Udo Salomon

Meisenheim

Eine kleine Stadt und ihre Bewohner
in den Spannungsfeldern
der europäischen Geschichte

Herausgegeben von der Stadt Meisenheim am Glan

Dieses Buch erscheint im März 2015
zum Jubiläum der Verleihung der Stadtrechte
an Meisenheim vor 700 Jahren (22. März 1315).

Mit freundlicher Unterstützung
der Sparkasse Rhein-Nahe

Autor
Udo Salomon

Satz
Udo Salomon

Herausgeber
Stadt Meisenheim

Copyright
Stadt Meisenheim

Verlag
Matthias Ess, Bad Kreuznach

Druck
odd Print und Medien, Bad Kreuznach

ISBN
978-3-945676-01-1

1. Auflage 2015

Inhaltsverzeichnis

Geleitwort 5
Vorwort 6
Einleitung 9
Meisenheim-Literatur 13
Kelten, Römer, Alemannen und Franken 20
Im Imperium Romanum 24
Das frühe Christentum 34
Wer war Meiso? 37
Stadtwerdung unter den Veldenzern 41
Godefridus und Meisenheims erste schriftliche Erwähnung 46
Stadtrecht für Meisenheim 48
Die Johanniter in Meisenheim 55
Auf dem Wege zum Territorialstaat 58
Die Entstehung des Herzogtums Pfalz-Zweibrücken 61
Das Haus Wittelsbach – Herzog Stephan 62
Die unruhige Zeit Ludwigs I., des Schwarzen 67
Die Zeit Herzog Alexanders 73
Eine Stadt des späten Mittelalters 77
Stadtbild um 1504 84
Die Reformationszeit 90
Herzog Wolfgang 98
Die Gründung der Lateinschule zu Meisenheim 106
Bergbau und Münze 109
Das konfessionelle Zeitalter 118
Übergang zum reformierten Bekenntnis 121
Der Westfälische Friede 131
Die Zeit des Absolutismus 132
Reunionen und Pfälzer Krieg 135
Zwischen den Kriegsschauplätzen 146
Neue Konfessionskonflikte 152
Friedlichere Zeiten für Meisenheim 158
Die Rahmenbedingungen des Alltags bis zum Ende des Alten Reiches 165
Das Gerichtswesen 165
Die Ordnungen des täglichen Lebens 172
Militär 179
Das zünftige Handwerk und sein Umfeld 181
Merkantilistische Politik 185
Französische Revolution und die Zeit Napoleons 194
Der Erste Koalitionskrieg 197
Neue Lebensbedingungen in der Französischen Republik 205
Im Napoleonischen Kaiserreich 214
Zur Geschichte der Juden in Meisenheim bis zur Französischen Revolution 219
Vom Deutschen Bund zum Deutschen Reich 227
Im „Landgrafthum" Hessen-Homburg 231
Achtzehnhundertachtundvierzig 242

Im Deutschen Kaiserreich 258
Eisenbahnbau und weitere Modernisierungen 267
Der Erste Weltkrieg 280
Die unvollendete Demokratie - in der Republik von Weimar 289
Unter französischer Besatzung 294
Goldene Zwanziger? 311
Weltwirtschaftskrise und die Folgen 322
Die nationalsozialistische Diktatur 334
In der „Volksgemeinschaft“ 338
Kirchenkampf 359
Die Meisenheimer Juden im 19. und 20. Jahrhundert - von guter Nachbarschaft 366
bis zur Vernichtung 366
Kriegsvorbereitungen 375
Im Zweiten Weltkrieg 379
Von der alliierten Besatzung zur Bundesrepublik Deutschland 394
Politische Säuberung 402
Wiederaufbau 413
Wirtschaftswunder-Zeiten 419
Jahre des Wachstums 425
Schulstadt Meisenheim 438
Der Meisenheimer Freundeskreis 449
Verwaltungsreformen 452
In der globalisierten Welt 457
Verluste und Gewinne 459
Stadtsanierung und Denkmalschutz 471
Neue Politikfelder 484
Meisenheim als Touristenziel 487
Auf dem Weg ins achte Jahrhundert der Stadtgeschichte 492
Ausblick 493
Kurze Übersicht über die Jahre 1990 – 2014 495
Bürgermeister der Stadt Meisenheim nach 1945 502
Ehrungen (Stand: 31.12.2014) 503
Ehrenbürger der Stadt Meisenheim 503
Träger des Ehrenringes der Stadt Meisenheim 503
Träger des Siegels der Stadt Meisenheim 503
Zum Ausklang: Hommage à Meisenheim 504
Anhang 506
Abkürzungsverzeichnis 506
Quellen- und Literaturverzeichnis 508
Abbildungsverzeichnis 534
Personen-Register 536
Zeittafel 554

Geleitwort

Dies ist ein großartiges Buch eines großzügigen Autors.

Großzügig deshalb, weil Udo Salomon bei seinem gewaltigen, zeitraubenden Einsatz keine Mühen gescheut und sein Werk uneigennützig, honorarfrei und frühzeitig vollendet hat – lange vor dem Jubiläum „700 Jahre Stadtrechte Meisenheim“ am 22. März 2015. Besten Dank für dieses starke ehrenamtliche Engagement!

Großartig ist sein Buch aus mehreren Gründen: Salomon fasst die zahlreichen verstreuten Einzeldarstellungen zur Geschichte Meisenheims zusammen. Auch wenn sein Herz für Meisenheim schlägt, verklärt er nicht lokalpatriotisch die große Vergangenheit der kleinen Stadt, sondern bewahrt sich den unparteiischen Blick des Historikers. Ein Schwerpunkt gilt dem 20. Jahrhundert bis 1989. Insbesondere die Geschichte Meisenheims ab 1945 wird hier erstmals im Zusammenhang behandelt.

Geschichtliche Entwicklungen werden – mit ausgesuchten Zitaten – lebendig nacherzählt. Liest man die Kapitel-Überschriften, vor allem zur Epoche von 1945 bis 1989, so merkt man, dass hier nicht (wie sonst üblich) die großen Taten großer Männer im Mittelpunkt stehen, sondern das Leben in Meisenheim: harte Nachkriegszeit, beginnender Wiederaufbau, positive wie negative Entwicklungen im Bereich von Verwaltung, Schule, Wirtschaft, Stadtsanierung und Kultur.

Eine ergänzende stichwortartige Übersicht über die Jahre 1990 bis 2014 führt bis in die Gegenwart. Der umfangreiche Anhang ist sehr hilfreich. Ich bin sicher, dass „der Salomon“ das maßgebliche Werk für die Geschichte Meisenheims sein wird, wie es „der Lurz“ für seine Architektur ist.

Natürlich habe ich mich sehr gefreut, dass Salomon am Ende seines Buches meinen *einzigen* Wunsch an die Meisenheimer zitiert: „*Lassen Sie sich von und für Ihre Stadt begeistern*!“ Wie sich Besucher unserer reizvollen Stadt begeistern, zeigt Rüdiger Freiherr von Neubeck (Würzburg) in seinem Gedicht von 2012:

Sommer in Meisenheim

Linde Lüfte leise wehen
In des Sommers hellem Licht
Jetzt durch Meisenheim zu gehen
Schenkt des Paradieses Sicht

Welch ein Summen welch ein Schwingen
Welch ein Träumen Tag und Nacht
So als wollt man fröhlich singen
Blumengärten grüßen sacht

Und der Glan in alter Weise
Zieht vorbei an Tor und Haus
Freut sich seiner Sommerreise
Weiter in die Welt hinaus.

Ich wünsche Meisenheim viele begeisterte Bewohner und Besucher – und Udo Salomons großartigem Buch viele begeisterte Leser.

Meisenheim, April 2014 *Werner Keym* (Stadtbürgermeister)

Vorwort

Was bringt jemanden, der mehr als sein halbes Leben in Norddeutschland, in der zweitgrößten Stadt der Republik verbracht hat, dazu, die Geschichte einer sehr kleinen Stadt im Südwesten des Landes schreiben zu wollen?

Ich habe nach der Vertreibung meiner Familie aus Schlesien elf Jahre in Lübeck gelebt; aber in der Zeit vom 13. bis zum 18. Lebensjahr, also in dem Alter, in dem man über den engeren Rahmen der Familie hinaus anfängt „die Welt" wahrzunehmen, bin ich in Idar-Oberstein zur Schule gegangen, und auf einem Ausflug von dort aus kam ich, wahrscheinlich als 17-Jähriger, zum ersten Mal nach Meisenheim. Natürlich erinnere ich mich über fünfzig Jahre später nicht mehr an die Einzelheiten, wohl aber an das Gefühl von Überraschung, Verwunderung und Freude, hier etwas (wieder)zu finden, was ich in der eher zufällig zusammen gewürfelten Kleinindustrie- und Garnisonstadt vermisst hatte: *irgendwie* wie Lübeck fand ich Meisenheim – das *tertium comparationis* war natürlich die spätmittelalterlich-frühneuzeitliche Stadtgestalt, die Geschlossenheit des Ortsbildes, die Architektur der alten Gebäude – *irgendwie* wie Lübeck, aber im Zusammenspiel von Stadt, Fluss, Bergen doch auch anders, eigentümlich und reizvoll. Es ist ziemlich sicher, dass dieses Staunen zu dem Ensemble von Gründen gehört, die mich ein paar Jahre darauf veranlasst haben, Geschichte zu studieren.

Im Oktober 1980 war ich, seit sechs Jahren Lehrer an einem Gymnasium in Hamburgs Norden, mit einer Gruppe von Oberstufenschülerinnen und –schülern auf einer Klassenreise im Glantal – ganz zufällig zu dem Zeitpunkt, als im Meisenheimer Rathaus die Ausstellung „Meisenheim und Wittelsbach – Streiflichter aus ihrer gemeinsamen Geschichte 1420 -1798"[1] gezeigt wurde. Auch meinen Schülerinnen und Schülern gefiel die Stadt, gemeinsam sahen wir uns die Ausstellung an, ich erwarb den Ausstellungskatalog – und seither hat mich Meisenheim nicht mehr losgelassen.

Es gibt Städte in Deutschland, die in bestimmten Epochen ihrer Geschichte in der Lage waren, eine eigene, städtische Politik zu machen – Nürnberg gehört z. B. dazu, auch Rothenburg[2] ob der Tauber, natürlich die „Königin der Hanse" Lübeck, auch meine Wahlheimat Hamburg – Meisenheim hat solche weit ausgreifende Bedeutung nie erlangt, wenn auch in der Reformationszeit wichtige Impulse von hier ausgegangen sind. Dennoch ist Meisenheim auf seine Weise ein sehr geschichtsträchtiger Ort – so gut wie alle Ereignisse der „großen" europäischen Politik haben ihre Auswirkungen auf die Stadt und ihre Bürger gehabt; ohne den polnischen Thronfolgekrieg wäre vermutlich der „Stephansstock" benannte Flügel des Meisenheimer Schlosses nicht abgebrannt; als zeitweilige Residenzstadt eines kleinen Fürstentums im Westen des Alten Reiches war Meisenheim in das Spannungsfeld der europäischen Politik eingebunden, was sich beispielsweise in der Zeit Lud-

---

[1] Meisenheimer Hefte [MH] 10 (1980)

[2] Fast jeder in Deutschland und viele Besucher aus den USA oder Japan verbinden mit „Rothenburg" bestimmte Vorstellungen. Es ist daher verständlich, dass die Tourismuswerbung für Meisenheim zuweilen an diese Assoziationen mit der Formulierung „Rothenburg am Glan" anzuknüpfen versuchte. Das geht aber an der historischen Wirklichkeit vorbei und verfälscht (für mein Empfinden) die geschichtliche Eigenart Meisenheims.

wigs XIV. und auf ganz andere Art in der Zeit der Französischen Revolution zeigte. Konferenzen an weit entfernten Orten – Campo Formio, Wien, Versailles, Jalta, um nur einige zu nennen – hatten einschneidende Wirkungen auf die kleine Stadt am Glan bis in den Alltag ihrer Einwohnerinnen und Einwohner hinein. Aber natürlich waren die Meisenheimerinnen und Meisenheimer nicht nur Objekt der Geschichte. Besonders im 19. Jahrhundert haben sie in der demokratischen und liberalen Bewegung entschieden aktiv mitgewirkt. Das Spannungsfeld zu beschreiben zwischen den Haupt- und Staatsaktionen der europäischen Geschichte einerseits, deren Auswirkungen in der kleinen Stadt und den Bemühungen ihrer Einwohnerinnen und Einwohner, damit fertig zu werden, andererseits ist ein Anliegen dieses Buches.

Geschichtliche Katastrophen – Kriegszerstörungen, Brände – sind Meisenheims Stadtbild weitestgehend erspart gerblieben; auch kein Bauboom in der industriellen Revolution hat die historische Substanz zerstört – die verlangsamte Entwicklung, die zum heutigen idyllischen Eindruck beigetragen hat, war aber für die wirtschaftlichen Lebensmöglichkeiten der Stadt und ihrer Einwohner längere Zeit eine Belastung, die durch den Verlust wichtiger administrativer Funktionen noch verschärft wurde. Die politischen Katastrophen der beiden Weltkriege des Zwanzigsten Jahrhunderts haben die Suche nach einer passenden Rolle für die kleine Stadt verzögert – heute, (fast) 700 Jahre nach der Stadtrechtsverleihung, so scheint es, hat Meisenheim als Schul- und Gesundheitszentrum, als Standort mittelständischen Gewerbes und als touristischer Anziehungspunkt seine Rolle gefunden.

So sehr mich Meisenheim interessierte und gefangen nahm und so sehr es mich reizte, seine ganze Geschichte im Zusammenhang darzustellen – ich hätte nie gewagt, dieses Projekt in Angriff zu nehmen, hätte ich nicht im Laufe der Zeit feststellten können, dass es eine große Fülle von Vorarbeiten zu einzelnen Themen und Epochen aus der Feder von geschichtlich interessierten Bürgerinnen und Bürgern aus Meisenheim und seiner weiteren Umgebung gibt, auf denen ich aufbauen konnte. (Vgl. den Literaturbericht in der Einleitung.) Den heimatgeschichtlich Interessierten, die die einschlägigen Veröffentlichungen der letzten Jahrzehnte kennen, wird dieses Buch also wenig *völlig* Neues bieten, aber sie werden vielleicht eine kompakte Zusammenfassung bisher in vielen Publikationen verstreuter Forschungsergebnisse nützlich finden. Lediglich die Geschichte Meisenheims nach dem Ende der NS-Diktatur und seit der Gründung der zweiten deutschen Republik ist, soweit ich sehe, noch nicht im Zusammenhang erzählt worden

***

Ohne Unterstützung, Zuspruch und Hilfe vieler Menschen wäre das Erscheinen dieses Buches nicht möglich gewesen. Ich danke dem Meisenheimer Stadtrat, Herrn Stadtbürgermeister Waelder † und Herrn Stadtbürgermeister Keym für das mir frühzeitig geschenkte Vertrauen und die finanzielle Unterstützung meiner Archivaufenthalte, Herrn Anthes vom Stadtarchiv für seine Unterstützung bei der Quellensuche und Herrn Reisek vom Kreismedienzentrum Bad Kreuznach für Beratung in der Heimatwissenschaftlichen Bibliothek und Unterstützung bei der Bildersuche, Herrn Notar Richard Held für die Denkschrift zur Verwaltungsreform, Herrn Vetter, Bürochef der VG-Verwaltung, für Informationen zur wirtschaftlichen Entwick-

lung, Herren Walter, Vater und Sohn, von der Druckerei Walter für das Gastrecht, das sie mir in der Druckerei gewährt haben, um fast 130 Jahrgänge des „Allgemeinen Anzeigers“ zu durchforschen, Frau Dr. Schlarb für die Vorablektüre des Buches und Zeitzeugengespräche, ich danke der Schulleitung der Meisenheimer Realschule Plus für das Vertrauen, mir zeitweise die Kostbarkeit der drei Bände der Schulchronik zu überlassen – und ich danke den vielen, vielen Meisenheimerinnen und Meisenheimern, die mir zu Gesprächen zur Verfügung gestanden und mit freundlichen Auskünften und Hinweisen weitergeholfen haben. Besonderer Dank gilt Herrn Pastor Günther Lenhoff und Herrn Stadtbürgermeister Werner Keym für die Durchsicht des Textes, die Hilfe bei der Korrektur und vor allem für die Zusammenstellung der Übersicht über die allerjüngste Geschichte Meisenheims.

***

Ich war vierunddreißig Jahre Lehrer und habe während dieser Zeit fast immer Geschichtskurse der Oberstufe, darunter viele Leistungskurse, geleitet. Dabei machte ich die Erfahrung, dass ich eine Sache – eine Epoche, eine bestimmte Struktur, ein historisches Problem, Ursachen und Wirkungen eines historischen Ereignisses – eigentlich erst dann *wirklich* verstanden hatte, wenn ich sie unterrichtet hatte. Denn meine Schüler stellten mir Fragen, die ich mir selbst noch nicht gestellt hatte, ihre Nachfragen zwangen mich zur Genauigkeit, ihre Neugier beflügelte die meine, ihre kritischen Einwände ließen mich meine Anschauungen überdenken und oft auch modifizieren: Unterricht ist keine Einbahnstraße, Lehren und Lernen sind die beiden Seiten *einer* Medaille. Weil ich selber in vierunddreißig Jahren Schule in der Summe wohl mehr gelernt habe, als ich jeder einzelnen meiner Schülerinnen, jedem einzelnen meiner Schüler habe vermitteln können, empfinde ich große Dankbarkeit – darum ist dieses Buch

GEWIDMET
ALLEN SCHÜLERINNEN UND SCHÜLERN
DIE ICH HABE UNTERRICHTEN DÜRFEN.

Meisenheim und Hamburg
im Frühsommer 2013

Udo Salomon

Einleitung

Die „Gegend [bietet] des Anziehenden genug, um den Menschen zur bleibenden Niederlassung hier einzuladen. Ist doch die Umgebung Meisenheims einer der reizendsten Punkte in dem schönen gesegneten Glanthal. Von schützenden Bergen und sonnigen Hügeln umgeben liegt es eingebettet in einer fruchtbaren, welligen Ebene mit Gärten, Wiesen und Feldern, von einer Thalerweiterung gebildet, in welche mehrere Seitenthäler mit ihren Bächen einmünden. Frühe schon müssen sich in diesen Thälern und auf den angrenzenden Höhen Ansiedelungen gebildet haben“[1] – so charakterisierte Fritz Coerper, Pfarrer an der Schlosskirche zu Meisenheim, im Jahre 1880 die Umgebung seiner Heimatstadt.

Der Glan durchfließt auf seinem 90 km langen Lauf, im Wesentlichen von SSW nach NNO, das Nordpfälzer Bergland, genauer: das Glan-Alsenz-Berg- und Hügelland, das sich von der Kaiserslauterer Senke im Süden bis zum Nahetal und dem Fuße des Soonwaldes im Norden erstreckt. Im unteren Drittel des Flusstales liegt das Städtchen Meisenheim am westlichen, linken Flussufer „auf der Niederterrasse eines Gleithanges, am Ostrand einer breiten Talsenke […] Der Platz zeichnet sich durch einen Übergang über den Glan und durch die gute Erreichbarkeit dieser Talweitung von allen Seiten aus“,[2] denn von Westen münden die Täler des Jeckenbachs, des Heimbachs und, anderthalb Kilometer nördlich der Stadt, des Raumbachs, von Osten das des Reiffelbachs in die Talweitung und schaffen so Verbindungen in alle Himmelsrichtungen; das gut erreichbare Nahetal stellt weiter die Verbindung zum Rheintal her. Das Bett des Flusses, der hier ein anmutiges Knie bildet, in das die Altstadt sich schmiegt, verläuft in 146 m über NN, die spätgotische Schlosskirche liegt gut 10 m höher. Der Stadt gegenüber am rechten, östlichen Flussufer steigt der Prallhang des Glan etwa 80 m mit einer pittoresken Felswand in die Höhe – das ist das einzig Schroffe in dieser „buckligen“ Landschaft, deren Berge in der Umgebung etwa 350 m erreichen. –

Rund ein Drittel der heutigen Deutschen lebt in Großstädten, weitere 40% leben in Gemeinden mit über 10.000 Einwohnern – und die meisten von ihnen würden wohl einen Ort mit rund 3.000 Einwohnern schlichtweg als „Dorf“ bezeichnen; doch „die Begriffe Dorf und Meisenheim passen einfach nicht zusammen“,[3] wie die Meisenheimerin Kläre Schlarb bei ihrem Festvortrag zur 675-Jahrfeier der Stadtrechtsverleihung im Jahre 1990 mit Nachdruck feststellte. Zur Stadt nämlich wird eine menschliche Siedlung nicht nur, nicht einmal in erster Linie durch die *Zahl* der Menschen, die darin wohnen – es gibt in unserem Lande dörfliche Siedlungen mit mehr Einwohnern als Meisenheim – sondern durch die geschichtlich gewordene

---

[1] **Coerper,** Fritz: Nachrichten über die evangelische Gemeinde Meisenheim und deren Schloß- oder Johanniskirche. Meisenheim 1880 [COERPER 1880], S. 3

[2] **Duckwitz**, Gert: Kleinstädte an Nahe, Glan und Alsenz. Paderborn 1971, [DUCKWITZ 1971] S. 25 f

[3] **Schlarb**, Kläre: 675 Jahre Stadt Meisenheim. Typoskript der Rede zur 675-Jahrfeier der Verleihung der Stadtrechte. Meisenheim 1990 [SCHLARB 1990]

Art des Zusammenlebens der Menschen, durch ihre Arbeit und durch die Gestaltung ihrer Lebenswelt. Was also macht Meisenheim unbestreitbar zur Stadt?

Eine erste Antwort erhalten wir, wenn wir uns der Stadt nähern: Da ist die Mauer, die, noch weitgehend erhalten, den dicht bebauten Platz umschließt, da ist das Stadttor (eines von ehemals dreien), da sind die steilen Dächer, da sind die Türme und Türmchen der Gebäude, da ist vor allem die hochragende Schlosskirche: Das alles zeigt ganz unmittelbar, dass hier ein gestaltender Wille und ein *gemeinschaftliches* Vorgehen gewirkt haben. Und wenn wir genau hinschauen, kann uns auch heute noch das Stadtbild von Meisenheim zumindest andeuten, wessen Wille, wessen Interessen und Bedürfnisse hier gewirkt (ob zusammen, ob gegeneinander, sei einstweilen dahingestellt), geplant und gebaut haben: Da ist die Stadt der *Bürger* mit ihren bescheideneren oder prächtigeren Häusern, da sind Markt und Rathaus, Orte wirtschaftlicher Tätigkeit und politischer Willensbildung, – und da ist, nicht gerade beherrschend über der Stadt, aber doch besonders herausgehoben, der Schlossbezirk, der Bereich der *Herrschaft*. So erfasst unser Auge schon bei der Annäherung „den Bereich eines besonderen Stadtrechtes – nämlich einer weitgehenden bürgerlichen Rechtsgleichheit […] in der freie Bürgerschaften ihren Stadtherren gegenüber Mitbestimmung […] behaupten."[4] Meisenheims Stadtmauer umschloss „eine Bewohnerschaft, deren besondere soziale Stellung nicht nur durch Freiheit, sondern auch durch Freizügigkeit und Mobilität, durch berufliche Spezialisierung und eine vielstufige Differenziertheit ausgezeichnet"[5] war. „Das Stadtrecht löste die Bürger sowohl aus dem Hofrechtsverband der Grundherrschaften, denen sie im früheren Mittelalter angehören konnten, als auch aus dem Landrecht heraus. Es schloß die Bewohnerschaft zu einem Schutz- und Friedensverband und einer Gerichtsgemeinde, ja, zu einem politischen Verband zusammen."[6]

Ein so differenziertes und vielgestaltiges Gebilde – in architektonischer und sozialer, in politischer und religiöser, in wirtschaftlicher und auch mentaler Hinsicht – entsteht natürlich nicht über Nacht oder aus einem einzelnen bewussten Willensakt. Der Ort, dessen Einwohner im Jahre 1315 von Kaiser Ludwig dem Bayern verliehen bekamen „ut […] munitio cū*(m)* suis Incolis Iurib.*(bus)* Privilegiis, gratiis et libertatibus quib.*(bus)* Oppidū*(m)* n̄ r̄ m *(nostrum)* Openheim cū*(m)* suis Incolis potitur: gaudeat et utatur"[7] („daß diese Feste *[das mit einer Mauer umgebene Meisenheim]* mit ihren Bürgern derselben Rechte, Privilegien, Vergünstigungen und Freiheiten sich erfreue und bediene, welche Unsere Stadt Oppenheim mit ihren Bewohnern besitzt"[8]) hatte schon eine lange, höchst wahrscheinlich über tausendjährige Geschichte *vor* diesem kaiserlichen Privileg, und siebenhundert Jahre sind seither gefolgt – ganz zu Recht, eher zu bescheiden, überschrieb der Heidelberger

---

[4] **Ennen**, Edith: Die europäische Stadt des Mittelelters. Göttingen [4]1987, [ENNEN 1987] S. 15

[5] ebenda

[6] **Fried**, Johannes: Das Mittelalter. Geschichte und Kultur. München 2008 [FRIED 2008]; 190

[7] Ordnungsbuch der Stadt Meisenheim, LHA Koblenz, Abt. 66, Nr. 1012 – zit. n. **Lurz**, Meinhold: Meisenheims Stadtrechte bis zum Ende der Pfalz-Zweibrücker Herrschaft. In: Meisenheimer Hefte [MH] 30 (1986), [LURZ MH 30] S. 225

[8] Übersetzung in COERPER 1880, S. 4

Kunsthistoriker Meinhold Lurz, der 1982 – 85 das Denkmalschutz-Inventar von Meisenheim erarbeitet hat, das erste Kapitel des Buches,[9] in dem er seine Arbeitsergebnisse vorlegte, „2000 Jahre Siedlungstradition in Meisenheim".

Allerdings lassen uns die schriftlichen Quellen für die ersten Jahrhunderte im Stich. Als im Jahre 1154 ein *Godefridus de Meysinheim,*[10] der erste uns namentlich bekannte Meisenheimer, als einer von zehn ausdrücklich genannten Männern einen Rechtsakt des Abtes von Disibodenberg bezeugte, bestand Meisenheim schon längere Zeit als zwar ländliche, aber sicher nicht unbedeutende Siedlung. Um eine Vorstellung davon zu gewinnen, wie der Ort sich bis dahin entwickelt hatte, wie die Menschen, die „ihren Wanderstab hier niederlegten und an der lieblichen Stelle, da unser Städtchen liegt, sich Hütten bauten, ihr Heim gründeten",[11] ihr Zusammenleben gestaltet, ihren Lebensunterhalt gewonnen haben, müssen wir zunächst auf die Ergebnisse der archäologischen Forschung zurückgreifen. Die Methode des Analogieschlusses – Gegebenheiten eines bekannten, gut erforschten Ortes auch an einem weniger gut erforschten Ort zu vermuten, sofern gleiche Rahmenbedingungen gegeben sind – ist im Detail immer anfechtbar, im Ganzen aber geeignet, eine Anschauung zu vermitteln.

Geschichte (in beiden Bedeutungen des Wortes: das, was geschehen ist; das, was die Wissenschaft darüber herausgefunden und aufgeschrieben hat) war lange Zeit die Geschichte der Großen und Mächtigen. Über deren Taten, Pläne und Ergehen wissen wir viel; vom Leben der „normalen" Leute erfahren wir immer nur zufällig etwas. Immerhin hat sich im letzten halben Jahrhundert die Perspektive der Geschichtswissenschaft erheblich gewandelt – Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Mentalitäts- und Alltagsgeschichte,[12] Generationen- und Geschlechtergeschichte, *oral history* und die Betrachtung der ‚Geschichte von unten' haben uns neue Blicke auf die Vergangenheit eröffnet.

Da das Auffinden alltagsgeschichtlicher Quellen, ähnlich dem archäologischer Funde, für ältere Zeiten sehr von Zufällen abhängig ist, wird man wieder von Fall zu Fall mit Analogieschlüssen arbeiten müssen. Hinzu kommt, dass ein großer Teil der Quellen, die vom Alltag handeln, polizeiliche, obrigkeitliche Regelungen sind (z. B. Zunft*ordnungen*, Markt*ordnungen*), bei deren Verwendung Vorsicht geboten ist. Denn sie drücken aus, was sein *sollte* – nicht unbedingt, was tatsächlich *war*.

Erst mit der Schulpflicht, mit der allgemeinen Alphabetisierung und der Verbreitung von Bildung wurden auch einfache, „normale" Menschen in die Lage versetzt, sich an einer Öffentlichkeit zu beteiligen, die weiter reicht als der Kreis

---

[9] **Lurz**, Meinhold: Meisenheim. Architektur und Stadtentwicklung. Horb am Neckar 1987 [LURZ 1987] , S. 7

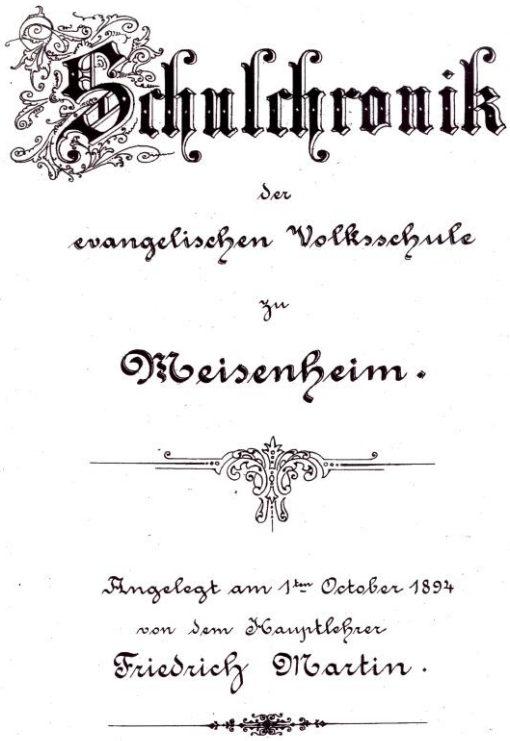
[10] **Beyer/Eltester/Goerz**: Urkundenbuch zur Geschichte der jetzt den preußischen Regierungsbezirke Coblenz und Trier bildenden mittelrheinischen Territorien. Bd. I. Koblenz 1860 (Neudruck Scientia Aalen 2007) [MRUB I], Nr. 576

[11] COERPER 1880, S. 3

[12] Hierzu vgl. **Evans**, Richard: Fakten und Fiktionen. Über die Grundlagen historischer Erkenntnis. Frankfurt/New York 1998, bes. Kap. 6 ‚Gesellschaft und Individuum'

der persönlichen Bekannten und die den Zusammenhang von lokalem, regionalem, nationalem und internationalem Geschehen erfahrbar werden lässt.

Die Alphabetisierung machte das Aufkommen von Massenmedien möglich, durch die schließlich auch das Ergehen von breiten Schichten der „ganz normalen“ Bevölkerung und der Wandel der „ganz normalen“ Alltagsverhältnisse, abseits der „Großen Politik“, zum Gegenstand von Berichten und Dokumentationen wurde. Darum war es erstens ein großer Gewinn für die Entstehung dieses Buches, dass alle Jahrgänge des „Allgemeinen Anzeigers“[13] vom ersten Erscheinungsjahr 1864 bis zur Einstellung 1980, die Lokalseiten sogar bis 1990 in Meisenheim erhalten sind und dem heutigen Leser einen Blick auf die kleine Stadt und ihre Bewohnerinnen und Bewohner vor hundert oder hundertfünfzig Jahren eröffnen können.


Schulchronik
der
evangelischen Volksschule
zu
Meisenheim.
Angelegt am 1ten October 1894
von dem Hauptlehrer
Friedrich Martin.

Über einen Zeitraum von 42 Jahren haben vier Meisenheimer Hauptlehrer in der Schulchronik berichtet, was sie für geeignet erachteten, Meisenheim, die Meisenheimerinnen und Meisenheimer und die Stellung von Stadt und Bewohnern in der Geschichte dem Leser nahezubringen.

Zweitens bewahrt die Realschule Plus immer noch die drei Bände der Schulchronik, an der wenigstens vier Generationen von Lehrern mehr als siebzig Jahre lang geschrieben haben, die tatsächlich sogar rund 135 Jahre Meisenheimer Geschichte umfasst und einen unschätzbaren Einblick bietet in die Art und Weise, wie die Menschen in Meisenheim den politischen, sozialen und kulturellen Wandel des 19. und 20. Jahrhunderts wahrgenommen und in ihr Leben integriert haben.

[13] Anfangs „Meisenheimer Anzeiger“

Gerade diese Schulchroniken, angelegt auf Geheiß der preußischen Bezirks-„Regierung zu Coblenz", zeigen auch das im 19. Jahrhundert wachsende heimatgeschichtliche Interesse: In der Zeit der Industrialisierung, in der die Menschen auch kleinerer Orte den beschleunigten Wandel der Lebensverhältnisse erfuhren, wuchs im Gegenzug das Bedürfnis, sich des „Eigenen" in Gegenwart und Vergangenheit zu versichern, weil die Kenntnis der eigenen Geschichte „wohl geeignet ist, die Anhänglichkeit an die Heimath und an das weitere Vaterland bei Lehrern und Schülern zu wecken und zu befestigen; die Aufmerksamkeit auf alle für die Schule und das Leben bedeutsamen Erscheinungen in der Gegenwart und Vergangenheit stetig hinzulenken, dem Lehrer einen festen Halt für seine eigene Fortbildung, sowie reichen Stoff zur Belebung des Unterrichtes darzubieten; dem neu antretenden Lehrer in den vorliegenden Ausarbeitungen das Verständniss seiner Umgebung und das Einleben in die Eigenart und Sitten seiner Ortsgenossen zu erleichtern, und endlich – bei sorgfältiger Eintragung wichtiger Thatsachen – in wacher Beziehung dankenswerthe Beiträge zur künftigen Verantworthung für die Landesgeschichte zu schaffen."[14]

Ersetzen wir die Lehrer und Schüler durch alle Menschen, die sich, ob als Besucher, als neue oder alteingesssene Einwohner, für das „Eigene" der kleinen Stadt interessieren und wissen wollen, welche Kräfte und Ereignisse dieses Eigene geformt haben, so beschreibt die 120 Jahre alte Anweisung der Bezirksregierung ganz gut, was dieses Buch erreichen möchte. Ob es geeignet ist, auf alle für das Leben bedeutsamen Erscheinungen in der Gegenwart und Vergangenheit der kleinen Stadt hinzulenken und das Verständnis von Eigenart und Sitten der Ortsgenossen zu erleichtern, möge die geneigte Leserin, der geneigte Leser entscheiden.

Meisenheim-Literatur

Bei einer Versammlung von Mitgliedern des im Dezember 1980 gegründeten[15] Historischen Vereins Meisenheim und weiteren historisch interessierten Bürgern „wurde der Wunsch geäußert, […] eine Chronik der Stadt Meisenheim zu erstellen."[16] Günter F. Anthes, ehrenamtlicher Stadtarchivar, Mitgründer des Vereins und Herausgeber der „Meisenheimer Hefte" – die ersten bis zur Gründung des Historischen Vereins noch mit dem Untertitel „Veröffentlichungen aus dem Stadtarchiv Meisenheim" – gab zu bedenken, dass ein solches Unternehmen nicht von einem einzelnen in kurzer Zeit zu schaffen sei, „doch könnten einzelne [Meisenheimer] Hefte, jedes auf einem Spezialgebiet, zur Grundlage einer späteren Zusammenfassung verwendet werden. Zunächst soll eine Kurzfassung der Geschichte der Stadt ausgearbeitet werden. […] Karl-Heinz Drescher will sich mit dieser Arbeit befassen."

Drescher, Geschichtslehrer am Paul-Schneider-Gymnasium, hatte bereits 1966 in einem Heft der Reihe „Große Baudenkmäler"[17] einen kurzen Abriss mit kunsthis-

---

[14] Schulchronik der evangelischen Schule zu Meisenheim. Angelegt am 1. Oktober 1894 von dem Hauptlehrer Friedrich Martin, unpaginierter Vorspann

[15] „Gründungsversammlung gut besucht", Allgemeiner Anzeiger 22. 12. 1980

[16] „Geschichte der Stadt erst kurz fassen" Allgemeiner Anzeiger 3. 4. 1981

[17] **Drescher**, Karl-Heinz: Meisenheim am Glan. München 1966

torischem Schwerpunkt, 1968 einen Aufsatz „Geschichte der Stadt Meisenheim“ im Naheland-Kalender[18] und 1974 „Meisenheim am Glan. Ein Gang durch Jahrhunderte“ als knapp 30seitige Einleitung zur Jubiläumsschrift[19] anlässlich des 100jährigen Bestehens der Sparkasse in Meisenheim verfasst. Die geplante „Kurzfassung“ der Stadtgeschichte hat Drescher, zur Zeit der Versammlung 75 Jahre alt, leider nicht mehr geschrieben.

Heimatblatt
für den Kreis Meisenheim
und das untere Glantal.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Philipp Hassinger, Meisenheim.

Nr. 5 | 4. Jahrgang. | 1927.

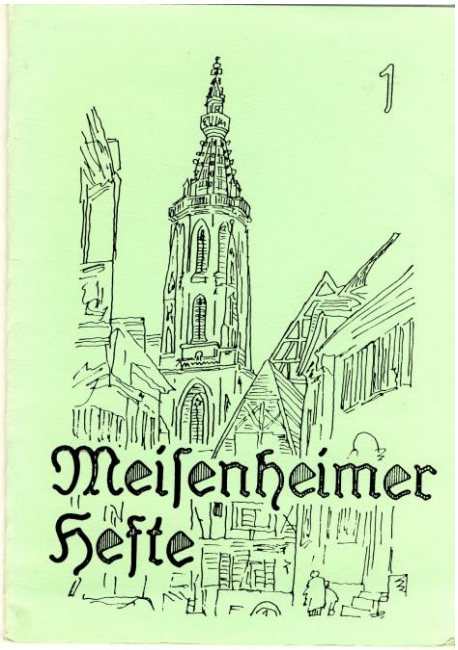
Herzlich Willkommen
zur 3. Tagung des Vereins für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande in Meisenheim (Glan) am 10. Juli 1927.

Aus den ersten Jahren der Franziskaner zu Meisenheim.
(1683–1697).
Von Pfarrer Fath, Wolfstein.
(Fortsetzung)

Die Wirksamkeit daselbst für die Zeit vom 19. Juli 1680 bis zum September 1686 wird zusammengefaßt in die Zahlen (ohne Gottesdienst, von dem schon die Rede war):

Taufen	56
Trauungen	39
Begräbnisse	40
Kommunionen	6829
Uebertritte	30

33



Historisch-heimatkundliche Zeitschriften:
Seit 1923 erschien das „Heimatblatt“ als Beilage des „Allgemeinen Anzeigers“, musste aber infolge der Weltwirtschaftskrise wieder eigestellt werden. – Seit 1978 erscheinen die „Meisenheimer Hefte. Veröffentlichungen des Historischen Vereins Meisenheim“.

Statt seiner veröffentlichte sein Kollege Karl Buß 1985, ebenfalls im Naheland-Kalender[20] eine „Geschichte der Stadt Meisenheim“. Allen genannten Veröffentlichungen ist gemein, dass sie den Schwerpunkt auf Meisenheims „große Zeit“, die spätmittelalterlich-frühneuzeitliche Geschichte, legen und die Zeit seit dem Ersten Weltkrieg nur sehr knapp behandeln. Eine Gesamtdarstellung, die näher an die Gegenwart heranreicht, ist seither nicht erschienen.

Wohl aber gibt es mehrere früher entstandene Arbeiten: Die älteste mir bekannte ist die „Oratio de Meisenheimio“, die Festrede, die Gabriel Brynolf Sundahl, ein Primaner des *Gymnasium illustre Bipontinum*, am 20. Oktober 1726 bei der Eröff-

[18] **Drescher,** Karl-Heinz: Geschichte der Stadt Meisenheim. In: NLK 1968, S. 82 – 86
[19] **Drescher**, Karl-Heinz: Meisenheim am Glan. Ein Gang durch Jahrhunderte. Hg. durch die Sparkasse Bad Kreuznach. Bad Kreuznach 1974
[20] **Buß**, Karl: Geschichte der Stadt Meisenheim. In: NLK 1985, S. 81 – 88

nungsfeier des Zweibrücker Gymnasiums gehalten hat[21] und die 1914, am Vorabend sowohl des Ersten Weltkrieges als auch der 600-Jahr-Feier der Stadtrechtsverleihung (die wegen des Krieges dann aber sehr bescheiden ausfiel) in deutscher Übersetzung herausgegeben worden ist. Der 15 Druckseiten umfassende Vortrag Sundahls beginnt nach ein paar Bemerkungen zu Lage und Klima mit der Zeit der Grafen von Veldenz und der Verleihung der Stadtrechte, beschreibt bedeutende Gebäude und berichtet von den Kriegsschicksalen der Stadt, um mit der Schilderung der Viten einiger bedeutender Gelehrter, die in Meisenheim gewirkt haben, zu schließen. Der Herausgeber hat der Übersetzung noch 27 Seiten Anmerkungen und Erläuterungen angefügt, denn: „Keinesfalls […] darf der Leser vergessen, daß Sundahls Arbeit zwar für die damalige Zeit mustergültig und quellenmäßig gearbeitet, aber doch immerhin eine Schülerarbeit ist, daß sie ferner in Form und Anreden, in der (französisch geschriebenen) Widmung an den damals regierenden Herzog Gustav Samuel Leopold von Zweibrücken […] Zeit und Stil ihrer Entstehung widerspiegelt und nicht etwa die gelehrte Arbeit eines modernen Geschichtsforschers darstellt.“[22]

Zum Abschluss der Restaurierung der Schlosskirche veröffentlichte Pfarrer Fritz Coerper 1880 ein knapp hundertseitiges Büchlein,[23] das sich zwar in erster Linie mit der evangelischen Gemeinde der Stadt und ihrer Kirche beschäftigt, aber infolge der engen Verbindung von Kirchen- und Stadtgeschichte einen guten Überblick bis in die hessen-homburgische Zeit hinein gibt. Die gleiche Verbindung von Kirchen- und Stadtgeschichte bietet das in erster Linie als Frömmigkeitsgeschichte intendierte Buch des Superintendenten Carl Peter Adams,[24] das die Zeit zwischen Reformation und Mitte des 20. Jahrhunderts behandelt. Auch die Festschrift zum 500jährigen Jubiläum der Schlosskirche[25] bietet – aus der Feder von 15 Autorinnen und Autoren – mehr als nur Kirchengeschichte.

Der langjährige Bürgermeister Heinrich Schaffner war auch ein kenntnisreicher Heimatforscher, und neben vielen Einzelaufsätzen schrieb er kurz vor seinem Tode noch eine „Kurzgefaßte Geschichte der Stadt Meisenheim am Glan.“[26] Schaffner beginnt mit der Entstehung der Grafschaft Veldenz und der ersten Erwähnung Meisenheims im Jahre 1154 und erzählt auf 21 Druckseiten die Geschichte der

---

[21] **Wernigk**, Ferdinand (Hg.): Die Stadt Meisenheim. Eine Festrede, im Zweibrücker Gymnasium gehalten am 20. Oktober 1726 von dem Primaner G. B. Sundahl. Zum sechshundertjährigen Jubiläum der Verleihung der Stadtrechte an dieselbe durch Kaiser Ludwig den Bayern. Nebst Anmerkungen aus dem Lateinischen übersetzt und mit Erläuterungen und und Ergänzungen herausgegeben von Dr. Ferdinand Wernigk. Meisenheim 1914

[22] Vorwort des Herausgebers, ebenda S. VII: Sperrung im Original

[23] **Coerper,** Fritz: Nachrichten über die evangelische Gemeinde Meisenheim und deren Schloß- oder Johanniskirche zusammengestellt zur Erinnerung an die Restauration der der letzteren von Pfarrer Fr. Coerper. Meisenheim 1880

[24] **Adams,** Carl Peter: Kirche und Stadt Meisenheim. Köln 1978 (SVRhKG 55)

[25] **Evangelische Kirchengemeinde Meisenheim** (Hg.): 1504 – 2004. Schlosskirche Meisenheim. Bewegende Geschichte und lebendige Gegenwart eines einzigartigen Bauwerks. Meisenheim 2003

[26] **Schaffner**, Heinrich: Kurzgefaßte Geschichte der Stadt Meisenheim am Glan. Zusammengestellt von Heinrich Schaffner, Bürgermeister a. D. Meisenheim 1938

Stadt entlang den Regierungszeiten der Veldenzer, Pfalz-Zweibrücker und hessen-homburgischen Landesherren. Die Zeit nach dem Übergang Meisenheims an Preußen 1867 streift er nur kurz und endet mit der Auflösung des Kreises Meisenheim1932. Der Geschichtsdarstellung folgt ein 20seitiger „Rundgang durch die Stadt“, in dem der Verfasser auch auf die Geschichte einzelner Gebäude eingeht. Herrschertabellen und ein Straßenregister runden die Arbeit ab.

Die Stadt Meisenheim.

Eine Festrede, im Zweibrücker Gymnasium gehalten am 20. Oktober 1726 von dem Primaner G. B. Sundahl.

22. März 1515. 22. März 1915.

Zum sechshundertjährigen Jubiläum der Verleihung der Stadtrechte an dieselbe durch Kaiser Ludwig den Bayern. Nebst Anmerkungen aus dem Lateinischen übersetzt und mit Erläuterungen und Ergänzungen herausgegeben von Dr. Ferdinand Wernigk.

Meisenheim 1914
Druck und Verlag von J. Feickert
Inhaber Wilh. Walter.

Das ehemalige Fürstenthum
Pfalz-Zweybrücken
und seine
Herzoge,
bis zur Erhebung ihres Stammes auf den bayerischen Königsthron.

Ein Beitrag zur vaterländischen Geschichte
von
Dr. Philipp Casimir Heintz,
königl. bayer. Oberconsistorialrath, Mitglied des obersten Schulrathes, der Akademie der Wissenschaften und anderer gelehrten Gesellschaften.

Erster Theil,
welcher die Periode von 1410 bis 1514 umfasst.

Mit vier lithographirten Bildnissen.

München 1833,
auf Kosten der königl. Akademie der Wissenschaften.

Druck von George Jaquet.

Vollständige Geschichte
des
Herzogthums Zweibrücken
und seiner Fürsten,
der
Stamm- und Voraltern des k. bayer. Hauses.

Nach Urkunden und sonstigen archivalischen Quellen bearbeitet
von
Johann Georg Lehmann,
prot. Pfarrer zu Nußdorf, correspondirendem Mitgliede der k. b. Akademie der Wissenschaften in München, Inhaber der großherzoglich hessischen goldenen Verdienst-Medaille für Wissenschaft und Kunst, sowie mehreren geschichtlichen Vereins- und ordentlichem Mitgliede.

In zwei Abtheilungen, nebst fünf genealogischen Tabellen.

München 1867.
Christian Kaiser.

Nachrichten
über die
evangelische Gemeinde
Meisenheim
und deren
Schloß- oder Johanniskirche
zusammengestellt
zur Erinnerung an die Restauration
der letzteren
von
Pfarrer Fr. Coerper.

Ludwig Eid
Meisenheim 1880.
Druck und Verlag von J. Feickert.

Viermal Meisenheimer Geschichte:
Ein Zweibrücker Gymnasiast (1726, o.l.), ein Münchner Oberkonsistorialrat (1833, o.r.), ein Nussdorfer Pfarrer (1867, u.l.) und ein Meisenheimer Pfarrer (1880, u.r.)

Zum 625-jährigen Jubiläum der Stadtrechtsverleihung, das abermals wegen Krieges bescheiden begangen wurde, gab der amtierende Bürgermeister Willms 1940 eine „Illustrierte Geschichte der Stadt Meisenheim am Glan“[27] heraus, die sich in erster Linie an Besucher der Stadt richtete. Der Titel ist irreführend – historische Darstellung enthalten nur etwa 13 der 49 Seiten, im übrigen gibt es, durchaus informative, Ausführungen zu Lage, Klima, Landwirtschaft, Bildungswesen usw. Neu gegenüber vorherigen Darstellungen sind ein Teil, der auf die Vor- und Frühgeschichte des Meisenheimer Raumes und seine archäologischen Funde eingeht, und zwei Kapitel „Das Dritte Reich“ und „Der Kampf der NSDAP“ von zusammen einer Dreiviertelseite.

Kurzgefaßte Geschichte

der Stadt

Meisenheim am Glan

Zusammengestellt

von

Heinrich Schaffner
Bürgermeister a. D.

1938

Buchdruckerei J. Feickert, Meisenheim am Glan

Meisenheim am Glan

Die Grundtatsachen der Stadtgeschichte
in Wort und Bild

Herausgeber: Bürgermeister der Stadt Meisenheim am Glan, 1940
Eine Anzahl Bildlisches stellten in dankenswerter Weise zur Verfügung: Prof. Behrens in Mainz und Kunstdenkmäler-Dezernent der Rheinprovinz i. V. Dr. Neu in Bonn
Druck: W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart / Preis 0.30 RM.

Zwei Bürgermeister schreiben die Geschichte ihrer Stadt:
Schaffner 1938, Willms 1940.

Die Denkschrift, die Amtsbürgermeister Caelius 1959 verfasste und die der Allgemeine Anzeiger in Fortsetzungen veröffentlichte,[28] hatte zwar den Zweck, Anregungen zur Verwaltungsneuordnung im mittleren Glangebiet zu geben – sie lässt sich aber auch mit Gewinn als eine kleine Verwaltungs- (und Wirtschafts-) Geschichte Meisenheims lesen.

Da Meisenheim schon zur Zeit seiner ersten Erwähnung Verwaltungsmittelpunkt und immer wieder auch Residenzstadt war, enthalten auch Territorial- und Dynastiegeschichten Informationen über die Geschichte der Stadt. Aus der großen

[27] **Illustrierte Geschichte** der Stadt Meisenheim am Glan. Die Grundtatsachen der Stadtgeschichte in Wort und Bild. Hg.: Bürgermeister der Stadt Meisenheim. (Ohne Autorenangabe) Meisenheim 1940

[28] Allgemeiner Anzeiger 8., 9., 10., 12., 13., 14., 15., 16. und 17. 1. 1959

Fülle seien nur einige Titel exemplarisch genannt: Für die veldenzische Zeit sind dies die Arbeiten von Fabricius[29] und Pöhlmann,[30] für die pfalz-zweibrückische Epoche das Buch von Heintz,[31] das sehr erzählfreudig und anschaulich, aber nicht immer ganz zuverlässig ist und nur die Zeit bis 1514 behandelt; für die anschließende Zeit braucht man die nahezu unlesbare Arbeit von Lehmann,[32] der ohne jede Gliederung und Schwerpunktsetzung Regesten der ihm vorliegenden Urkunden chronologisch aneinanderreiht; auf einen Kriegausbruch folgt der Verkauf einer kleinen Wiese. Und dann wieder eine Staatsaktion.

Die hessen-homburgische Zeit auch Meisenheims behandelt Barbara Dölemeier in einem Aufsatz[33] über die Landgrafschaft Hessen-Homburg. In Arbeiten zur rheinischen Geschichte der Zeit, in der Meisenheim zur preußischen Rheinprovinz gehörte, macht sich sehr stark bemerkbar, dass sich der kleine Kreis Meisenheim von Koblenz oder gar von Berlin aus gesehen doch sehr in einer Randlage befand – Meisenheim kommt fast gar nicht vor. Das gilt allerdings überhaupt nicht für die Regionalgeschichte von Dotzauer,[34] die aber mit dem Einmarsch der französischen Revolutionstruppen endet, und für die Heimatchronik des Kreises Kreuznach,[35] die bis in die 60er Jahre des vergangenen Jahrhunderts reicht und Meisenheim ausführlich berücksichtigt.

Erwähnt werden müssen auch zwei Denkmal-Inventare – des Kreises Kreuznach 1935 von Zimmermann[36] und der Stadt Meisenheim 1987 von Lurz.[37] Lurz gibt vor dem Katalog aller Häuser in der Denkmalschutzzone in der Meisenheimer Altstadt einen baugeschichtlichen Abriss der Stadtentwicklung mit sehr informativen Exkursen zur Geschichte des Alltags und der städtischen Infrastruktur.

---

[29] **Fabricius**, Wilhelm: Die Grafschaft Veldenz. Ein Beitrag zur geschichtlichen Landeskunde des ehemaligen Nahegaus. In: Mitteilungen des Historischen Vereins der Pfalz 33 (1913), S. 1 – 91, und 36 (1916), S. 1 - 48

[30] **Pöhlmann**, Karl: Die Grafen von Veldenz. In: Heimatblatt für den Kreis Meisenheim und das untere Glantal I, 1921/22, S. 2 – 16; sowie: **Pöhlmann**, Carl: Regesten der Lehnsurkunden der Grafen von Veldenz. Speier 1928 (Veröffentlichungen der Pfälzischen Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften Bd. III)

[31] **Heintz**, Philipp Casimir: Das ehemalige Fürstenthum Pfalz-Zweybrücken und seine Herzoge, bis zur Erhebung ihres Stammes auf den bayerischen Königsthron. Ein Beitrag zur vaterländischen Geschichte von Dr. Philipp Casimir Heintz. Erster Theil 1410 – 1514. München 1833

[32] **Lehmann**, Johann Georg: Vollständige Geschichte des Herzogthums Zweibrücken und seiner Fürsten, der Stamm- und Voraltern des k. bayer. Hauses. Nach Urkunden und sonstigen archivalischen Quellen bearbeitet von Johann Georg Lehmann. München 1867

[33] **Dölemeyer**, Barbara: Fragmentarische Staatlichkeit. Die Landgrafschaft Hessen-Homburg im Alten Reich und im Deutschen Bund. In: Mitteilungen des Vereins für Geschichte und Landeskunde zu Bad Homburg vor der Höhe Heft 44 (1995), S. 5 - 64

[34] **Dotzauer**, Winfried: Geschichte des Nahe-Hunsrück-Raumes von den Anfängen bis zur Französischen Revolution. Stuttgart 2001

[35] **Becker**, Kurt (Hg.): Heimatchronik des Kreises Kreuznach. Köln 1966

[36] **Zimmermann**, Walter: Die Kunstdenkmäler des Kreises Kreuznach. Im Auftrage des Provinzialverbandes der Rheinprovinz bearbeitet von Walter Zimmermann (= Die Kunstdenkmäler der Rheinprovinz Bd. 18)

[37] **Lurz**, Meinhold: Meisenheim. Architektur und Stadtentwicklung. Horb a. N. 1987

Von den „Meisenheimer Heften“, seit 1981 im Untertitel „Veröffentlichungen des Historischen Vereins Meisenheim e.V.“, erschienen bis 2000 in unregelmäßiger Folge 40 Nummern; dann trat eine zehnjährige Pause ein. Die Hefte behandeln zu etwa einem Drittel Themen aus den geschichtlichen Hilfswissenschaften wie Heraldik, Genealogie, Namenskunde usw., zu zwei Dritteln enthalten sie Aufsätze zu einzelnen Epochen. Dabei liegt der Schwerpunkt (22 Hefte) auf dem 17. – 19. Jahrhundert; das 20. Jahrhundert wird bis 2000 nur von zwei Heften berührt.

Im Übrigen existiert eine große Zahl von kürzeren und längeren Aufsätzen in den heimatkundlichen Publikationen, Kalendern und anderen Periodika, die hier aufzuzählen zu weit führen würde – im Literaturverzeichnis ist alles zu finden, was in dieses Buch eingegangen ist.

Kelten, Römer, Alemannen und Franken

Wenn man auf einer topografischen Karte einen Zirkel an der Stelle des Meisenheimer Marktplatzes ansetzt und dann einen Kreis darum schlägt, dessen Radius maßstäblich 10 km Luftlinie entspricht, dann liegen innerhalb dieses Kreises wenigstens dreißig Stellen, an denen vorgeschichtliche Funde gemacht worden oder sogar Bodendenkmale sichtbar erhalten sind. Die Betrachtung eines gemessen an der Fläche der Meisenheimer Altstadt recht großen Raumes empfiehlt sich, weil archäologische Funde erst in ihrer Summe aussagekräftig sind. In wie hohem Maße ihre Bewahrung und Auswertung vom Zufall abhängig sind, illustriert anschaulich ein Bericht des „Allgemeinen Anzeigers" vom 20. Juni 1911[1]:

„Im Sommer des Jahres 1910 wurde[n] auf dem oberen Scheidenberg bei der Fundamentierung des Hauses von Herrn Adolf Kiehl in einer Tiefe von etwa 1,60 m ein Skelett… gefunden, neben dem eine eiserne Lanze und ein breites kurzes Schwert lagen. Die Gegenstände wurden von den Arbeitern weggeworfen, ebenso wie die Scherben eines oder mehrerer schwarzblauer Gefäße, die am Kopfende des Grabes beobachtet wurden. Nachträglich wurden die Fundstücke von dem Sohn des Bauherrn in verdienstvoller Weise wieder aufgelesen."

Hätte also Herr Kiehl junior vor hundert Jahren nicht Aufmerksamkeit und archäologisches Interesse bewiesen, dann wüssten wir von dem merowingerzeitlichen Gräberfeld in Meisenheim nichts – und wir wissen nicht, in wie vielen anderen Fällen es *keinen* aufmerksamen Beobachter gegeben hat.

Die frühesten Zeugnisse menschlicher Tätigkeit im unteren Glantal sind an verschiedenen Orten, wenn auch nicht unmittelbar in oder bei Meisenheim, gefundene Werkzeuge aus der Jungsteinzeit.[2] Zwar können wir annehmen, dass auch die Meisenheimer Talweitung wegen ihrer günstigen Lage besiedelt gewesen ist – direkte archäologische Nachweise für diese Zeit fehlen aber. Den ersten sicheren Hinweis auf eine Siedlung gibt ein Fund von Scherben aus der Zeit um 800 v. Chr. in der Nähe des Meisenheimer Bahnhofs.[3] Sie zeigen, dass hier eine Siedlung der „Urnenfelderleute" bestanden haben muss, die ihre Toten verbrannten und Asche und Knochen in Urnen beisetzten.[4] Diese Bestattungssitte hatte sich von Südosteuropa her in unser Gebiet ausgebreitet und herrschte in der späten Bronzezeit (etwa 1000 – 600 v. Chr.) vor.[5] Innerhalb der großen, weit verbreiteten Bevölkerung der Urnenfelderleute kristallisierten sich für die Archäologen deutlich unterscheidbare

---

[1] Zitiert nach: **Behrens**, Gustav: Die Meisenheimer Landschaft in alter Zeit. In: Pfälzisches Museum 49/1932 [BEHRENS 1932], S. 297

[2] BEHRENS 1932, S. 291 f nennt neun Fundstellen (Lauterecken, Medard, Waldgrehweiler, Unkenbach, Odernheim, Duchroth, Löllbach, Raumbach, Schmittweiler) innerhalb unseres 10-km-Kreises.

[3] BEHRENS 1932, S. 292

[4] **Stümpel**, Bernhard: Urgeschichte im Überblick. In: Kurt Becker (Hg.): Heimatchronik des Kreises Kreuznach. Köln 1966, S. 20 f [HEIMATCHRONIK]

[5] BEHRENS 1932, S. 292 nennt insgesamt sechs bronzezeitliche Funde (neben Meisenheim: Obermoschel, Lauterecken, Desloch, Breitenheim, Löllbach) innerhalb des 10-km-Kreises.

Gruppen heraus – der Bereich der rheinischen Urnenfelderkultur, der sich von der Schweiz und Südwestdeutschland über unsere Gegend bis Ostfrankreich erstreckte, darf als die Heimat der „Urkelten“[6] angesehen werden. Einen direkten archäologischen Beweis für eine Siedlungskontinuität auf dem Boden von Meisenheim besitzen wir aus nahe liegenden Gründen nicht: Da, wo die ersten „Meisenheimer“ „ihren Wanderstab […] niederlegten und […] sich Hütten bauten“, haben auch in historischer Zeit bis heute die Bürger von Meisenheim ihre Häuser errichtet – die Spuren der ersten, aus Holz errichteten Bauten bleiben uns daher für immer verborgen. Dennoch sprechen die Gunst der naturräumlichen Lage und die noch erkennbare frühgeschichtliche Wegestruktur (s. u.) dafür, dass von der späten Bronze- über die Hallstatt- (frühe Eisenzeit) bis in die Latènezeit[7] (spätere Eisenzeit)[8] Menschen hier dauerhaft gewohnt haben.

Wenn wir eine Vorstellung vom möglichen Aussehen dieser Siedlung gewinnen wollen, könnte uns ein Blick auf die Ausgrabungen bei Bundenbach[9] über dem Hahnenbachtal helfen. Zwar haben die dortigen Bauten stärker den Charakter einer Wehranlage, als das für Meisenheim anzunehmen ist. Dennoch vermitteln die sorgfältig rekonstruierten Wohn- und Wirtschaftsgebäude einen realistischen Eindruck von keltischer Bautechnik:

„Die im Boden verkeilten und oben paarig verstrebten Ständerpfosten tragen die Dachkonstruktion und bilden auch das Wandgerüst. In der Mittelachse des Grundrisses stehen sich in den Giebelwänden die Firstträger für ein Satteldach gegenüber, teilweise ergänzt um zusätzliche Stützen im Innenraum. Die Wände zwischen den Trägerpfosten bestanden aus einem lehmverputzten Flechtwerk und ließen die […] Konstruktionshölzer frei. Der Innenraum öffnete sich wohl ohne regelrechten Zwischenboden zum Dach hin, ehedem wohl mit Holzschindeln oder Stroh gedeckt. […] Die Tür als einzige Öffnung, die offene Feuerstelle auf dem Lehmfußboden, der Rauchabzug durch den Dachraum und ein denkbar bescheidenes Mobiliar, das sind einige begründete Vermutungen über das Innenleben solcher Häuser, über das wir sonst recht wenig wissen.“[10]

Der Wohnkomfort in einer solchen Siedlung war sicher eher gering: Latènezeitliche Häuser dürften „den Hofbewohnern - etwa 6 bis 8 Personen - ausreichend Schutz vor der Witterung geboten haben und unempfindlich gegen schwere Stürme gewesen sein. Die Inneneinrichtung muss man sich spärlich vorstellen; mehr als die Schlafstellen neben dem Herd, ein paar Vorräte, das tägliche Arbeitsgerät und ein Getreidemahlstein waren nicht notwendig, höchstens noch der unentbehrliche Webstuhl, falls dafür nicht eine eigene Grubenhütte zur Verfügung stand. Eine […] Familie wäre damit ganz zufrieden gewesen, auch wenn sie chronisch unter

---

[6] **Stümpel**, HEIMATCHRONIK, S. 21

[7] Zur Periodisierung der keltischen Kultur in unserem Gebiet vgl. **Heinen**, Heinz: Trier und das Trevererland in römischer Zeit (= 2000 Jahre Trier Bd.1) Trier [5]2002, S. 4 ff

[8] Drei Funde (Meisenheim alter Friedhof, Odenbach, Kappeln) bei BEHRENS 1932, S. 292 f

[9] **Nortmann**, Hans: Artikel ‚Bundenbach' in: **Rieckhoff**, Sabine/**Biel**, Jörg: Die Kelten in Deutschland. Darmstadt 2001 [RIECKHOFF 2001], S. 311 ff

[10] ebenda, S. 313 f

‚Schniefnasen' infolge von Stirnhöhlenvereiterung litt, denn die Holz-Lehm-Bauten waren kalt und unter Umständen konnte das tödlich sein."[11]

Die Kelten, die wir als Erbauer und Bewohner dieser Behausungen annehmen, „waren nie ein Reich und hatten nie einen Staat. Es gab wohl größere Stämme und monarchisch regierte Stammesverbände (von denen wir nicht einmal wissen, ob sie sich als ‚Kelten' fühlten), aber der Mangel an politischem Bewusstsein verhinderte die Bildung einer größeren, zentral gelenkten territorialen Einheit. Nur ein einziges Mal im Kampf gegen die römische Eroberung wird eine Art Nationalgefühl erkennbar in den Worten, die Caesar seinem Gegner Vercingetorix in den Mund legt: ‚... er werde einen gemeinsamen Beschluss ganz Galliens herbeiführen, und sei es erst einmal einig, so könnte ihm die ganze Welt nicht widerstehen.' (Bellum Gallicum 7,29,6). Aber selbst dieses gallische Gemeinschaftsgefühl betraf nur einen Teil der keltischen Welt."[12] „Frankreich und Westdeutschland bis zum Rhein, das Oberrheintal sowie die Schweiz"[13] bildeten dieses Gallien, das durch Caesars Bericht über seine Eroberung (58 – 51 v. Chr.) nun deutlicher vor unsere Augen tritt. Damit verbessert sich unser Wissen über Land und Menschen erheblich. Das untere Glantal gehörte zur *civitas* (das Wort wäre mit ‚Staat' oder ‚Gemeinde' unzutreffend übersetzt – ‚Einflussbereich' träfe besser) der keltischen oder keltisch-germanischen Treverer, die von der Maas bis an den Rhein reichte und auch Rheinhessen und die nördliche Pfalz umfasste;[14] südlich schloss sich das Gebiet der Mediomatriker (Elsass, Südpfalz, Bliesgau, Lothringen) an. Von den Siedlungen der Treverer – Caesar unterscheidet vier Typen: die größeren *oppida*[15] („Städte"), die mit größeren Einwohnerzahlen Handwerk und Handel dienten, die kleineren *castella*[16] („Burgen"), befestigte Wohnsitze einer oder mehrerer Adelsfamilien und ihrer Hintersassen, *vici* („Dörfer"), eher unbefestigte, landwirtschaftlich geprägte Orte, und *aedificia* („Gebäude"), Weiler und Einzelhöfe auf dem platten Lande – ist in der Umgebung von Meisenheim archäologisch nichts nachgewiesen; Grabhügel bei Odenbach und bei Kappeln lassen sich allerdings in ihre Zeit einordnen. Aber um 1888 wurde am

---

[11] **Rieckhoff**, Sabine: Kultur und Geschichte. In RIECKHOFF 2001, S. 110 f

[12] ebenda, S. 15

[13] ebenda, S. 220

[14] **Dotzauer**, Winfried: Geschichte des Nahe-Hunsrück-Raumes von den Anfängen bis zur Französischen Revolution. Stuttgart 2001 [DOTZAUER 2001], S. 28

[15] Das Meisenheim am nächsten gelegene *oppidum* ist wohl das auf dem Donnersberg. **Engels**, Heinz-Josef: Fundkarte der sichtbaren vor- und frühgeschichtlichen Denkmäler. In: **Pfalzatlas**. Hg. v. Willi Alter, Speyer 1964 ff [PFALZATLAS] Karte 15, Text Bd. II, S. 630. Genaue Beschreibung der unterschiedlichen Siedlungsphasen und der Grabungsergebnisse in RIECKHOFF 2001, Artikel „Dannenfels" von Helmut Bernhard, S. 320 ff. Hier findet sich auch der Hinweis auf eine Münzstätte.

[16] Etwa acht km südlich von Meisenheim befindet sich auf dem Marialskopf bei Medard ein vermutlich vorrömischer Ringwall (BEHRENS 1932, S. 293), ein so genannter Schlackenwall, d.h. die einst vorhandene hölzerne Rahmenkonstruktion ist – sei es im Zusammenhang mit Kampfhandlungen, sei es durch ein Unglück – verbrannt und hat die dazwischen gelagerten Steine ausgeglüht und z. T. verschlackt. (**Engels**, PFALZATLAS, S. 629). Da der Ringwall noch nicht näher untersucht ist, lässt sich z. Zt. nicht sagen, ob er ein solches von Caesar erwähntes *castellum* der Treverer darstellt. Vgl. oben die Beschreibung von Bundenbach.

alten Friedhof eine Goldmünze der Treverer[17] gefunden, die sich nun im Wormser Museum befindet – bei Odenbach gab es sogar einen Fund von 150 Münzen der gleichen Prägung.[18]

Selbstverständlich war die Gesellschaft der Gallier von sozialer Ungleichheit geprägt – an den Grabbeigaben lässt sich das deutlich ablesen: Schon seit der frühen Eisenzeit hatte die keltische Welt in ständigen Handelsbeziehungen zur Welt der mediterranen Hochkulturen gestanden, und ihre „Fürstengräber"[19] waren mit Luxusgütern aus dieser Region versehen. Bis zur römischen Eroberung hatte sich dann das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem entwickelt, das Caesar kennen gelernt hat, das erste, „das wir als ‚frühstädtisch' bezeichnen können. Kennzeichen dieses Systems waren das Geld, die Schrift und die Stadt (oppidum). Ein Währungssystem und die Schrift ermöglichten erstmals ein komplexes ökonomisches System. Administration und eine prosperierende Wirtschaft führten zu einer frühstädtischen Lebensform, die man, um ihre spezifisch keltische Eigenart zu kennzeichnen, als *oppida*-Zivilisation bezeichnet. Die Oppidazivilisation bildete den Höhepunkt der keltischen Geschichte; mit ihr waren erstmals nördlich der Alpen die Voraussetzungen für eine Hochkultur geschaffen."[20]

Trotzdem ruhte auch diese „frühstädtische" Kultur auf der Landwirtschaft – die Ausdifferenzierung von städtischen, d.h. handwerklichen Berufen setzte zwingend voraus, dass die Landwirtschaft, in der der allergrößte Teil der Menschen arbeitete, genügend Fortschritte gemacht hatte, damit die Überschüsse ausreichten, „Städter" zu ernähren. Wiederum ohne einen Fund-Beweis können wir annehmen, dass die Siedlung am Glanknie in erster Linie landwirtschaftlich geprägt war, wenn auch vielleicht die Lage am Flussübergang einer Straße einzelnen Handwerkern ein Auskommen bot. – Sollte diese spekulative Überlegung stimmen, dann wäre unser Ort zur Zeit der Romanisierung Galliens ein „vicus" gewesen, dessen Bewohner sicher in irgendeiner Form von Abhängigkeit gelebt haben, wenn die Beobachtungen Caesars wohl auch ein wenig zu sehr schwarz-weiß zeichneten:

„Am Ende der Entwicklung stand die Gesellschaft, auf die Caesar 58 v. Chr. in Gallien gestoßen ist – auf der einen Seite die kleine, aber mächtige Aristokratie der Landbesitzer, die Reiter oder Ritter (equites) mit ihrem Anhang (ambacti und clientes), und auf der anderen Seite eine rechtlose Masse: ‚In ganz Gallien gibt es nur zwei Gruppen von Menschen, die etwas gelten und Achtung genießen. Denn das Volk wird fast wie Sklaven behandelt […] Die meisten begeben sich infolge von Schulden, hohen Abgaben oder wegen rechtswidrigen Verhaltens der Mächtigen in die Sklaverei [...] Die andere Gruppe ist die der Ritter […] Je einflussreicher einer von ihnen durch seine Abstammung und seinen Reichtum ist, um so mehr bewaffnete Sklaven (Ambakten) und Gefolgsleute (Klienten) hat er um sich. Das ist das

---

[17] Behrens 1932, S. 293

[18] ebenda

[19] Das Wort „Fürst" ist wegen seiner feudal-adligen Konnotation eher irreführend – neuerdings neigen die Archäologen zu der Auffassung, dass der Reichtum der so „fürstlich" Bestatteten eher im Handel (z. B. mit Eisen, Salz, Bernstein) erworben wurde. Vgl. RIECKHOFF 2001, S. 61 ff

[20] ebenda, S. 216

einzige Kriterium für Rang und Macht, das sie kennen.' (Bellum Gallicum 6,13,1; 15,2)."[21]

Caesar, der römische Staatsmann, benutzte natürlich Begriffe, die ihm (und seinen Lesern) aus der politischen Wirklichkeit seiner *res publica* geläufig waren – dennoch dürften Welten gelegen haben zwischen den Klientelen ehrgeiziger stadtrömischer Magistrate und den Gefolgschaften kriegerischer Haudegen wie der keltischen Stammeshäuptlinge, die er mit dem gleichen Wort bezeichnete. Eher schon finden wir im Verhältnis der alemannischen und fränkischen Erobererfürsten zu ihren bewaffneten Scharen ein knappes halbes Jahrtausend später vergleichbare Strukturen.

Im Imperium Romanum

Es dauerte ein paar Jahrzehnte, bis unsere Gegend nach Caesars gallischen Eroberungen ihren endgültigen Platz unter römischer Herrschaft gefunden hatte. Aus Caesars Berichten ist bekannt, „daß die Treverer, in deren östlichem Stammesgebiet unser Kreis liegt, nach einigen Kämpfen im Verband der neuen römischen Provinz aufgingen. Die […] Kämpfe hatten allerdings noch keine stabilen Verhältnisse geschaffen; denn kurz vor seiner Rückkehr nach Rom mußte Caesar noch eine große Truppenschau an den Grenzen der Treverer abhalten, um die rebellierenden Geister zu dämpfen (52 v. Chr.). Auch in den Jahren 39-37 und 29 v. Chr. hören wir von Versuchen der Treverer, teils im Verein mit anderen keltischen Stämmen, teils mit Unterstützung rechtsrheinischer, germanischer Stämme ihre Unabhängigkeit wiederherzustellen. Diese - wenn auch letztlich erfolglosen - Erhebungen waren nur möglich, weil Gallien während der Kämpfe um die Vorherrschaft in Rom weitgehend von römischen Truppen entblößt werden mußte. Erst nach der Festigung des augusteischen Prinzipates im Herzen des Reiches konnte die Neuordnung der Eroberungen in Gallien wieder energisch betrieben werden."[22]

Der Rhein blieb noch eine Weile eine unruhige Grenze. Die Einzelheiten der rechtsrheinischen Unternehmungen der Stiefsöhne des Augustus, Drusus und Tiberius, sind für die Geschichte unseres *vicus* am Glan nicht wichtig, wohl aber das Ergebnis: Die *civitas* der Treverer wurde in die Provinz Gallia Belgica umgewandelt und um einen Streifen am Rhein verkleinert,[23] der unmittelbarer militärischer Kontrolle unterstand. Zum Gebiet dieses *exercitus superior,*[24] von *Mogontiacum*/Mainz aus regiert, gehörte auch das untere Glantal. Die einstweilen letzte Veränderung brachte schließlich die Eroberung eines rechtrheinischen Landstreifens, des Gebietes, das dann mit dem Limes vom Rhein zur Donau gesichert wurde, unter Domitian (81 – 96 n. Chr.): Aus dem Militärbezirk und dem Südteil der rechtsrheinischen Erwerbung wurde die Provinz *Germania Superior.*[25]

---

[21] ebenda, S. 215

[22] **Stümpel**, HEIMATCHRONIK, S. 29

[23] **Fischer**, Thomas: Die Römer in Deutschland. Darmstadt 1999 [FISCHER 1999] S. 59, vgl. auch **Stümpel,** HEIMATCHRONIK, S. 34

[24] das obere Heer im Gegensatz zum *exercitus inferior*, dem unteren Heer mit dem Sitz in Köln

[25] FISCHER 1999, S. 59

Das auf die Ermordung Domitians folgende Jahrhundert brachte unserer Gegend inneren und äußeren Frieden. „Die Regierungszeiten der Kaiser Trajan (98-117), Hadrian (117-138) und Antoninus Pius (138-161) boten dem Land zwischen Rhein und Mosel günstige wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten. Gesichert durch die Grenzlinie des Limes und die Legionsstandorte Mainz mit der 22. Legion und Straßburg mit der 8. Legion konnte sich das zivile Leben ungestört entfalten. Während dieser Zeit bildete sich in Stadt und Land ein Siedlungsbild heraus, das bis in die zweite Hälfte des 3. Jahrhunderts Bestand hatte. Die einfachen Holzbauten der Frühzeit wurden durch Steinbauten oder massivere Fachwerkbauten ersetzt.“[26]

Diese Epoche hat in Meisenheim selbst[27] zu wenig hinterlassen, als dass wir uns eine genauere Vorstellung von seiner Gestalt in der Römerzeit machen könnten, aber genug, um ziemlich sicher zu sein, dass die Siedlung weiter bestanden hat: „Das Korrespondenzblatt der Westdeutschen Zeitschrift für Geschichte und Kunst berichtete im Jahr 1907 über den Fund eines römischen Grabs in der Baustelle des Schmiedemeisters Maurer, Saarstr. 15. Gefunden wurde eine Urne aus graublauem Ton, die mit Asche und Knochenresten gefüllt war. Außerdem drei kleine, becherartige Töpfchen aus rotgelbem Ton. Die Funde kamen ins Museum von Kreuznach. Weitere römische Funde aus Meisenheim sind nur durch Erzählungen, nicht durch wissenschaftliche Untersuchungen überliefert. In dem Haus Amtsgasse 5 sollen römische Ziegelsteine in einer Wand vermauert sein. An der Stelle des Hauses Untergasse 13/Ecke Hammelsgasse sollen Scherben gefunden worden sein.“[28]

In der Gegend des Bahnhofs fanden sich außerdem starke Hinweise auf die Existenz einer römerzeitlichen Töpferwerkstatt.[29] Da ein Töpfer einen größeren Markt für den Absatz seiner Produkte benötigt, als ihn ein kleines Dorf bieten kann, darf man daraus schließen, dass unser Ort schon eine gewisse Größe und regionale Bedeutung durch die verkehrsgünstige Lage an einem Straßenkreuz gehabt haben muss. Die römischen Straßen waren zwar in erster Linie aus militärischen Gründen gebaut worden, aber natürlich war das Wegenetz auch für zivilen Handel, Verkehr und Siedlungsbau von Bedeutung.

„Je mehr sich eine Vormarschstraße dem Rhein näherte, desto häufiger wurden Abzweigungen kleinerer Straßen, die die Hauptstraßen selbst, aber auch Stationen und Waffenlager untereinander verbanden, damit im Ernstfall Hilfstruppen und Waffennachschub schnell an die Grenze gelangen konnten. Dieser Tatsache verdanken wir die Vielzahl der Römerstraßen in unserer Gegend. In Meisenheim kreuzten sich die Vormarschstraße von Metz nach Mainz und die Querverbindungsstraße Kirchberg - Kirn - Kaiserslautern. […] Bei Meisenheim führte die Straße durch den östlichen Teil von Desloch ins Glantal hinab und von dort aus in süd-westlicher Richtung über die Höhe zwischen Odenbach und Breitenheim nach Grumbach. An welcher Stelle die Straße Metz-Mainz den Glan überquerte, ist nicht

---

[26] **Bernhard**, Helmut: Die römische Geschichte in Rheinland-Pfalz. In: **Cüppers**, Heinz (Hg.): Die Römer in Rheinland-Pfalz. Stuttgart 1990 [CÜPPERS 1990] S. 115

[27] BEHRENS 1932 S. 294 ff zählt elf Fundstellen in der Umgebung auf.

[28] LURZ 1987, S. 7

[29] **Hagen**, Josef: Römerstraßen der Rheinprovinz (= Erläuterungen zum geschichtlichen Atlas der Rheinprovinz Bd. 8). Zweite, neu bearbeitete und vermehrte Auflage. Bonn 1931, S. 404

einwandfrei nachgewiesen worden. Man vermutet den Übergang etwas unterhalb des Stadtgebietes von Meisenheim. Der zweite Feldweg (zur ‚Römereiche') an der rechten Seite der nach Rehborn führenden Straße wird als ein Teil der genannten Vormarschstraße angesehen. Ebenso wie heute gab es neben den Fernstrecken damals auch Straßen zweiter Ordnung, Verbindungswege der sich später entwickelnden Marktflecken. Die Tatsache, daß mehrere Nebenstraßen der näheren Umgebung durch Meisenheim führten, deutet auf einen römischen Stützpunkt an dieser Stelle hin. Nicht alle Wege, die heute als Römerstraßen bezeichnet werden, sind ursprünglich von den Römern angelegt worden. Oftmals wurden Wege aus vorgeschichtlicher Zeit einfach übernommen, jedoch […] verbreitert und […] befestigt."[30]

Der erkenn- oder erschließbare Verlauf der Straße in Meisenheim selbst lässt daher Schlüsse zu auf die römerzeitliche und sogar auf die spätere Topografie. Bürgermeister Heinrich Schaffner erläuterte 1911:

„Zieht man nämlich von dem Endpunkte der über die Hub *[Hügel links des Glan, südwestlich von Meisenheim, nahe Breitenheim, U.S.]* führenden Römerstraße eine gerade Weglinie nach der von Eich ab über den Bauwald *[rechts des Glan, nordöstlich von Meisenheim, Richtung Rehborn, U.S.]* führenden Römerstraße […] so dürfte mit Hilfe des Fundes auf dem Scheidenberg und der vor einigen Jahren bei der Fundamentierung des Hauses von Herrn Schmied Maurer an der Bahnhofstraße entdeckten römischen Töpferwerkstätte, da beide Fundplätze in diese Linie fallen und selbstverständlich ihrer Bestimmungsart entsprechend an einer größeren, vielfach begangenen Straße gelegen waren, genugsam erhellen, daß das langgesuchte Wegeverbindungsglied, das die Huber- mit der Bauwalderstraße verband, über den Scheidenberg, ungefähr mit dem jetzigen, neuen Scheidenbergerwege sich deckend, gelaufen sein mag. Diese Annahme wird fast zur Gewißheit, wenn man die Gewohnheit der Römer, ihre Straßen in möglichst gerader Linie zu dem zu erstrebten Ziele anzulegen, kennt und wenn man weiter weiß, daß sie nicht in den Tälern entlang, sondern über trockene Bergrücken ihre Wege zu leiten pflegten. Die Franken, die Nachfolger der Römer, haben dann ihrerseits diese alten festgefugten Straßen weiter benutzt und an diese *[sic]* ihre Niederlassungen gegründet und ihre Begräbnisplätze angelegt."[31]

„Die von Schaffner beschriebene Linie aber verläuft fast genau parallel mit der bis heute erhaltenen Stadtmauer. Deren gerade Linie dürfte auf die damit parallele, ebenfalls schnurgerade römische Straße zurückgehen."[32] Und mit der gehörigen Vorsicht, die bei reinen Analogieschlüssen geboten ist, können wir uns jetzt vielleicht eine Vorstellung von ‚Meisenheims' Aussehen machen: „In den Vici (herrschten) die […] sog. Streifenhäuser als Wohn- und Gewerbebauten vor. Diese langrechteckigen, Wand an Wand aneinandergebauten Häuser, deren Grundform aus Italien stammt, lagen mit den Schmalseiten zur Straße oder zu Plätzen. Dort

---

[30] **Lang**, Rudi/**Rosenboom**, Iwer: Spuren der Römer in Meisenheim und Umgebung. In: **Vierhundert Jahre Lateinschule Meisenheim** 1558-1958 – Zehn Jahre Paul-Schneider-Gymnasium. Festschrift zum 19. und 20. Juli. Meisenheim 1958 [FESTSCHRIFT 1958] S. 83 f

[31] Allgemeiner Anzeiger 26. Juni 1911 – zit. n. LURZ 1987, S. 8

[32] Schlussfolgerung von LURZ, ebenda.

waren Kneipen oder Läden untergebracht, verbunden mit einer gemeinsamen überdachten Veranda, die den Vici ein ähnliches Aussehen wie den ersten Städten im Wilden Westen gegeben haben dürften. Oft errichtete man die Streifenhäuser nur aus Holz mit Lehmfachwerk, bestenfalls mit einem steinernen Keller. Es gab aber auch - je nach den finanziellen Möglichkeiten der Besitzer - massive Steinhäuser mit Ziegeldeckung, Fußbodenheizung und Wandmalerei."[33]

Dank der römischen Infrastrukturmaßnahmen und der friedlichen Zustände unter den Adoptivkaisern im 2. Jahrhundert profitierten die Einwohner gerade der grenznahen Gebiete der *Germania Superior:*

„Die neue Provinz Obergermanien hatte trotz ihrer relativ geringen Größe eine erhebliche wirtschaftliche Kraft. Von hier aus nämlich erfolgte […] die Erschließung des freien Germanien für Handel und Verkehr aus dem römischen Reich. Die Westgermanen waren angesichts der energischen Grenzverteidigung der Römer weniger expansiv und stärker bodenständig geworden. Damit ergab sich die Möglichkeit zu lebhaftem Handelsverkehr mit dem Imperium, ein Handel, der sich nicht im Tausch erschöpfte, sondern weite Gebiete Germaniens allmählich dem römischen Währungsgebiet angliederte. Selbstverständlich profitierte von dieser Entwicklung auch unser Arbeitsbereich, da Kreuznach und Bingen-Bingerbrück zentrale Stationen waren auf dem Wege von Innergallien nach Germanien. Außer diesen beiden Orten nahmen auch andere verkehrsgünstig gelegene Siedlungen *[wie etwa ‚Meisenheim', U.S.]* teil an der Prosperität jener Jahre."[34]

„Die Versorgung der Truppen in Mainz und in den kleineren Kastellorten machte den Anbau von landwirtschaftlichen Produkten rentabel, waren doch schon für den Jahresbedarf einer Legion an Getreide 3000 ha Anbaufläche nötig, was der Überschußproduktion von 30-50 villae rusticae entsprach. […]"[35]

„Das freie Germanien stellte jetzt weniger eine Gefahr dar, als vielmehr einen aufnahmefähigen Absatzmarkt. Die Bewohner unseres Raumes profitierten vom Durchgangsverkehr und Handelsbetrieb aus Innergallien in Richtung Rhein und über den Rhein hinüber. In den Berglanden beiderseits der Nahe wurde eine blühende, auf alter Tradition beruhende Viehzucht gepflegt, die unter anderem auch den Bedarf der Garnisonen an Schlachtvieh und Reitpferden decken konnte."[36]

Die keltische Gesellschaftsordnung wurde relativ rasch durch die streng hierarchisch gegliederte römische Sozialstruktur verdrängt. „An der Spitze standen die Cives Romani, die römischen Bürger. Doch auch diese waren nicht gleich. Es gab zwei Adelsstände, den vornehmeren Senatorenstand, dessen Angehörige die Spitzenpositionen von Heer und Verwaltung innehatten, und den Ritterstand, der ebenfalls an den oberen Rängen der Staats- und Militärverwaltung teilhatte, aber auch wirtschaftlich rege tätig war. Ritter und Senatoren gaben in der Regel in den Grenzprovinzen nur kurze Gastrollen als hohe Offiziere und Beamte, dann kehrten sie nach Italien zurück. So waren die römischen Bürger in den Provinzen an Rhein und Donau zunächst überwiegend als Soldaten oder Kaufleute vertreten. Erst als

---

[33] FISCHER 1999, S. 82 – Die Beschreibung fußt auf zahlreichen archäologischen Befunden und einem zeichnerischen Rekonstruktionsversuch in *Rapis*/Schwabmüchen.

[34] Stümpel, HEIMATCHRONIK, S. 34

[35] DOTZAUER 2001, S. 40

[36] Stümpel, HEIMATCHRONIK, S. 39

im Laufe der Zeit immer mehr Einheimische das römische Bürgerrecht erlangten, nahm auch die Anzahl der Grundbesitzer und Handwerker zu, die sich stolz als Cives Romani bezeichnen konnten. […] Die Römer betrachteten die freigeborenen Einwohner eines unterworfenen Gebietes *[zunächst]* als unfreie Untertanen. […] Erst Kaiser Caracalla erhob 212 durch die sogenannte Constitutio Antoniana alle persönlich freien Reichsbewohner auch zu römischen Bürgern,…"[37] so dass wir uns einen großen Teil der Einwohner des Ortes am Glanknie im dritten Jahrhundert tatsächlich als römische Bürger zu denken haben, unter denen es - wie im ganzen Imperium - noch Freigelassene (*liberti*, freigelassene Sklaven in der ersten Generation) und Sklaven gab. Und wir können vermuten, dass diese römische Bürgerschaft von ‚Meisenheim' nicht allzu wohlhabend war – denn die Oberschicht, die ihren reichen Landbesitz von Kolonen, halbfreien Pächtern, bewirtschaften ließ,[38] zog es vor, ihre Wohnsitze an den oberen Hängen zu bauen. Den Auftraggeber für das Monument bei Schweinschied[39] müssen wir uns beispielsweise als den Herren einer solchen *villa rustica* vorstellen.

Aber insgesamt nahmen alle Bewohner der römischen Provinzen an dem zivilisatorischen Fortschritt teil, den wir als Romanisierung bezeichnen und der alle Lebensbereiche umfasste:

„Wir müssen annehmen, daß sie bald sogar ihre angestammte Sprache aufgaben und das Latein übernahmen. […] Auch die Schriftform des Latein wurde bald Allgemeingut. Anders kann man es sich nicht erklären, daß abgesehen von den zahlreichen Inschriften an Gebäuden, in Heiligtümern oder auf Meilensteinen auch Schriftzeugnisse in Form von Namenseinritzungen in Keramik oder – indirekt – in Form von Schreibgriffeln oder Tintenfässern auch in den Vici oder gar den Villae rusticae häufig vorkommen. So läßt sich mit Fug und Recht sagen, daß in der Römerzeit in Deutschland eine allgemeine Verbreitung von Lesen und Schreiben in der Bevölkerung bestand, wie sie erst wieder in der Neuzeit erreicht worden ist.

Bald kam es auch zu einer Übernahme römischer Speisen und Getränke: Wein, Olivenöl, Fischsoßen (Garum), Datteln, Feigen, Oliven, Pfeffer und viele andere exotische Genüsse wurden bald in großen Mengen konsumiert. […] Natürlich konnten auch die Provinzen umgekehrt die italische Küche bereichern: Gallische Schinken und Würste oder germanischer Honig wurden bald zum Exportschlager."[40]

Im zweiten Drittel des dritten Jahrhunderts geriet das Römische Reich in eine Krise, die nachhaltig die Lebensverhältnisse der Bewohner des Imperiums verändern sollte. Die Gründe dieser Krise waren vielfältig – es reicht für unseren Zweck, sie stichwortartig nur aufzuzählen: Der Druck an den Grenzen des Reiches nahm zu, weil von Osten wandernde Stämme in Bewegung geraten waren, weil die zahlreichen Clans begannen, sich zu größeren, schlagkräftigeren Stämmen (für unsere Gegend von besonderer Bedeutung Alemannen und Franken) zusammenzuschlie-

---

[37] FISCHER 1999, S. 50

[38] Zur römischen Sozialstruktur, besonders auf dem Lande vgl. **Alföldy**, Géza: Römische Sozialgeschichte. Wiesbaden 1975, [ALFÖLDY 1975] S. 126 ff und S. 153 ff

[39] BEHRENS 1932 nennt außerdem römerzeitliche Funde aus Breitenheim, Medard, Kappeln, Schweinschied, Rehborn, Odenbach, Gangloff, Löllbach und Jeckenbach

[40] FISCHER 1999, S. 102 ff

ßen, und weil die „Barbaren“ draußen von Organisation und Technik der Römer gelernt hatten, so dass deren Überlegenheit unaufhaltsam schwand.[41]

„Als Vorboten kommender Erschütterungen zeigten sich […] die Chatten, die seit 162 … in das Rhein-Main-Gebiet einfielen und Zerstörungen anrichteten. Die alles in allem langfristig relative Ruhelage westlich des Rheins wurde erschüttert, indem die Chatten zusammen mit den erstmals in das Licht der Geschichte tretenden Alamannen in der Zeit Caracallas den Limes durchbrachen. Der römische Herrscher konnte diese zwar 213 n. Chr. noch einmal mehr schlagen, aber der Limes war schließlich nicht mehr zu halten. Im Zeichen des Anrennens der germanischen Stämme und der immer häufiger erzielten Einbrüche kam es zur Verwüstung der strategisch wichtigen Militär- und Zivilsiedlungen am Rhein bzw. zu deren Ummauerung als Schutz. […] Überlegene Waffentechnik allein garantierte Überleben und Erfolg nicht mehr. Die Germanen waren infolge ihrer Masse nicht mehr zu bezähmen.

Die Raubzüge der germanischen Invasoren erstreckten sich nun bereits bis nach Spanien und Rom. Die endgültige Katastrophe wurde eingeleitet, als 260 der Limes auf breiter Front überrannt wurde und die Germanen nun ungehindert in das Innere Galliens vorstoßen konnten. Die Lande am Rhein wurden insbesondere durch die wiederholten Züge der Alamannen getroffen.“[42]

Städte und Militäranlagen waren durch Befestigungen jedenfalls noch eine Zeitlang zu schützen, aber da ‚Meisenheim’ wohl kaum befestigt war, selbst wenn wir von einem römischen Posten am Glanübergang ausgehen wollten, muss die Bevölkerung unter den fortgesetzten Beutezügen der rechtsrheinischen Stämme sehr gelitten haben. Direkte Beweise wie Brandspuren, die sich im Glan-Nahe-Hunsrückbereich häufen, fehlen allerdings in der unmittelbaren Umgebung ebenso wie Funde von Münzschätzen. Diese künden immer von einer persönlichen Katastrophe: Der Eigentümer hat in unsicheren Zeiten seinen Besitz vor den Horden der Plünderer in der Erde verborgen – und er ist, vermutlich durch Vertreibung oder gar den Tod, daran gehindert worden, den Schatz wieder zu heben.

Nach dem Ende der Epoche der Adoptivkaiser wurde auch die römische Armee unzuverlässig – immer wieder riefen Truppenteile ihren Kommandeur zum Kaiser aus, was in der Epoche der Soldatenkaiser[43] während des 3. Jahrhunderts zu einer Kette von Bürgerkriegen und einer Schwächung der militärischen Effizienz[44] führte: Die Soldaten forderten (und bekamen) immer größere „Geschenke“ (tatsächlich eher Bestechungsgelder), das Militär verschlang, modern formuliert, einen immer größeren Teil des Sozialprodukts. Die Folgen waren Inflation (der Silbergehalt der römischen Münzen sank stark ab), Verarmung großer Teile der Bevölkerung, Vernachlässigung der öffentlichen Aufgaben – alles Entwicklungen, die auch die Bewohner der Siedlung im Glantal verspürt haben werden. Das einst von Octavian, nach seinem Sieg im Bürgerkrieg (27 v. Chr.) ‚Imperator Caesar Octavianus Augustus’, begründete Prinzipat war (wiederum mit modernen Begriffen) faktisch eine Militärdiktatur, aber eine effiziente und daher verhüllte, „weiche“ gewesen. Die

---

[41] vgl. **Heuß**, Alfred: Römische Geschichte. Darmstadt [5]1987 [HEUSS 1987], S. 407 ff

[42] DOTZAUER 2001, S. 41

[43] HEUSS 1987, S. 418

[44] ebenda, S. 411

Bedrohung der Reichseinheit (Aufgabe des Limes und Bildung eines „Sonderreiches“ in Gallien 260) bewirkte noch einmal die Anspannung aller Kräfte; 274 wurde das Gallische Sonderreich zurückerobert, 282 die Rhein- und die Donaugrenze gesichert. In der Krise wandelte sich das Prinzipat zum Dominat, in dem eine übermächtige Staatsgewalt mit dem „*Dominus et Deus*“, dem göttliche Verehrung fordernden Kaiser an der Spitze, der grauen Masse der *subjecti*, der Untertanen, gegenüberstand:

„Der spätantike Staat, wie er aus den Händen Diokletians und Konstantins hervorging, war nicht nur als Schöpfung, sondern nicht minder in seinem Bestand eine ungeheure Energieleistung. Man hat das gerechterweise zu betonen angesichts des düsteren Eindrucks, den er auf einen unvoreingenommenen Beobachter macht. Er war gänzlich auf Gewalt und Macht gestellt. Es gab in ihm keine Freiheit mehr, soziale Freiheit nun schon gar nicht, und bald, nachdem das Christentum Staatsreligion geworden war, verflüchtigte sich auch die geistige! Auf der einen Seite stand die Masse der Untertanen in Stadt und Land, praktisch kaum mehr als Staatssklaven, auf der anderen die Regierung mit dem Heer ihrer Funktionäre.“[45]

Immerhin gelang es diesem Staatsapparat, wenn auch um den Preis einer fast vollständigen Unterdrückung, Ausplünderung und Bespitzelung der *subjecti*, das Überleben des Imperium Romanum noch einmal anderthalb Jahrhunderte zu sichern. Die Reformen im Zusammenhang mit der Einrichtung der Tetrarchie und der Teilung in ein östliches und ein westliches Teilreich betrafen auch unser Gebiet:

„Die Reformen des Diocletian brachten für alle Provinzen auf heute deutschem Boden größere Veränderungen. […] Obergermanien […] war durch den Limesfall auf einen Bruchteil seines früheren Bestandes geschrumpft. Südlich von Straßburg wurde die selbständige Provinz Sequania, später Maxima Sequanorum abgeteilt. […] Obergermanien hieß nun Germania Prima, beide germanischen Provinzen waren samt dem belgischen Teil der nächsthöheren Verwaltungseinheit, der Diözesis Galliarum. Auch Gallia Belgica […] teilte man nun auf, in die Provinzen Belgica I (prima) mit der Hauptstadt Trier und Belgica II (secunda) mit der Hauptstadt Reims.“[46]

Es ist für unseren Zusammenhang weder nötig, sämtliche Limesdurchbrüche, Überschreitungen der Rheingrenze, Plünderungszüge der verschiedensten Stämme, die durch die *Germania Prima* bis nach Spanien und Nordafrika vordrangen, noch die Streitigkeiten und immer wieder aufflackernden Thronkämpfe unter den Nachfolgern Diokletians und Konstantins aufzuzählen. Wir wissen, dass die Bevölkerung des ganzen Imperiums in dieser Zeit rapide abnahm[47] – Raubzüge, Seuchen, Hunger bewirkten das ebenso wie der Rückzug der Menschen vor dem immer brutaler werdenden Zugriff des Staates in die Wildnis; die Zunahme der Straßenräuberei im ganzen Imperium war eine Folge davon. Es wundert nicht, dass die Schriftquellen für diese Zeit immer dürftiger werden; auch die Bodenfunde werden seltener und

---

[45] ebenda, S. 443

[46] FISCHER 1999, S. 139

[47] Ein amerikanischer Althistoriker hält diesen Bevölkerungsrückgang sogar für den Hauptgrund für den Untergang des weströmischen Reiches: **Boak**, A. E. R.: Menschenmangel und der Untergang Roms. (1955) In: **Christ**, Karl (Hg.): Der Untergang des Römischen Reiches. Darmstadt 1970, S. 348 ff

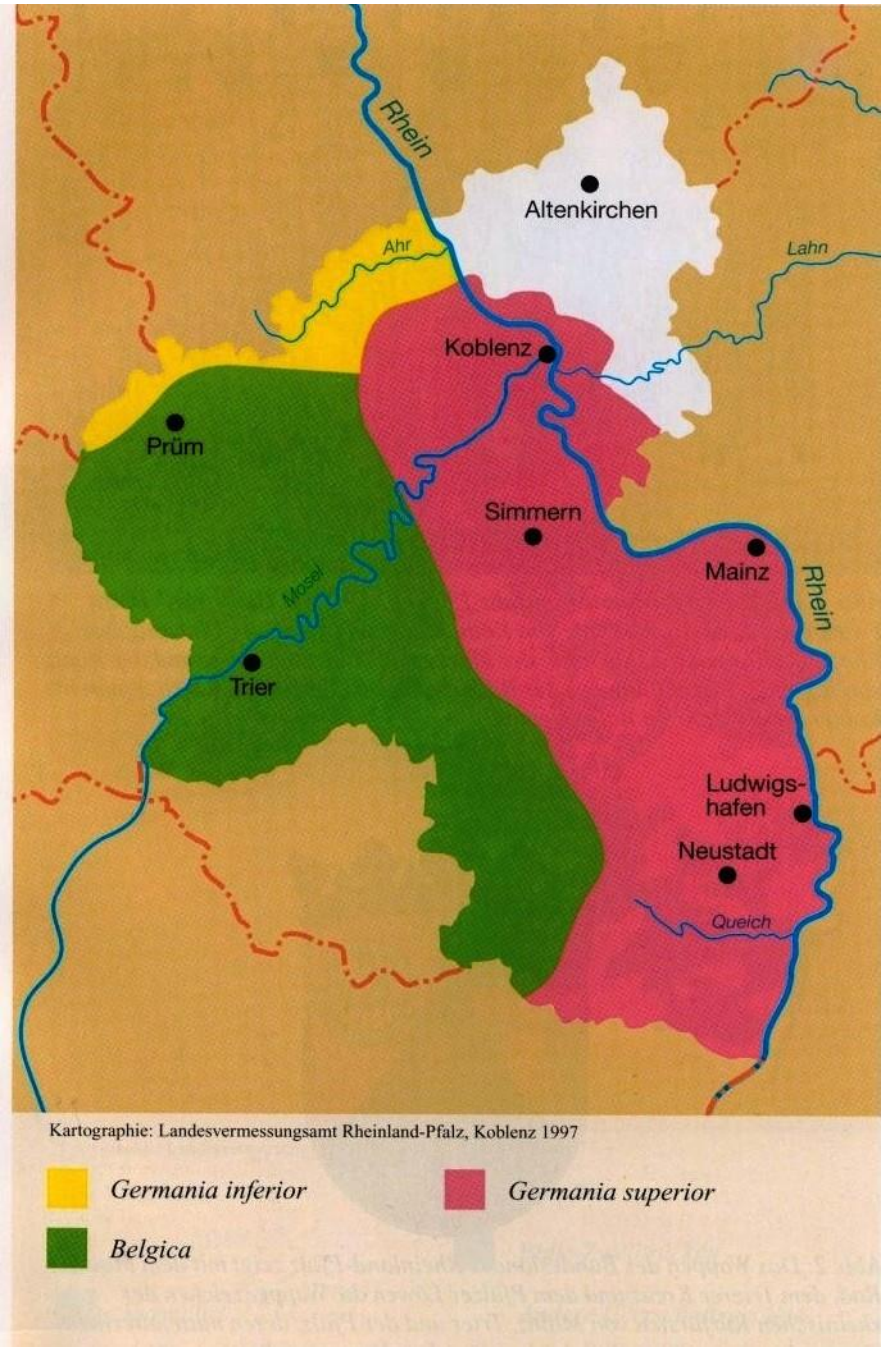
weniger aufschlussreich. Es ist nicht auszuschließen, dass auch die Siedlung am Glanknie vorübergehend ganz verödete; der römische Stützpunkt am Glanübergang, sollte es ihn denn gegeben haben, war jedenfalls kein Kastell, das in der Zeit der Krise dauerhaft besetzt gehalten worden wäre.

Wir haben uns angewöhnt, das Ende des Weströmischen Reiches mit der Absetzung des Schattenkaisers Romulus Augustulus im Jahre 476 anzusetzen und darin zugleich das Ende der Antike, den Beginn des Mittelalters zu sehen. Das ist zwar praktisch, aber doch eine Vergröberung – schon *vor* diesem Datum waren in den rheinnahen Provinzen Germanen (bei uns besonders Alemannen und vorübergehend die Burgunder) sesshaft geworden – sei es auf der Basis von Verträgen als ‚Ersatz' für die schwindende galloromanische Bevölkerung, sei es durch Einsickern in verödete Landstriche. Germanen stellten Hilfstruppen für den Grenzschutz, ihre Anführer machten Karriere als römische Offiziere; hohe Beamte germanischer Herkunft heirateten Töchter aus gallo-römischem senatorischem Adel. Und *nach* diesem Datum wirkten römische Sitten und Gebräuche, wirkten Errungenschaften in der Landwirtschaft, der Alltagstechnik, der Wohnkultur usw. fort. Bis 486 noch bestand das Reich des Syagrius, „die letzte römische autonome Bastion in Gallien, immerhin zehn Jahre nach dem Ende des weströmischen Kaisertums in Italien."[48]

„Die neuen Herren im ehemals römischen Gallien waren nun Westgoten, Burgunder, Franken und Alamannen, die aus ihrem eingeschränkten Status als mehr oder minder romtreue Bundesgenossen (foederati) eigene Königreiche nach germanischem Recht gebildet hatten. Anders als das oströmisch/byzantinische Reich hatte Westrom die ganzen Folgen der Völkerwanderung zu tragen gehabt. Durch die Westbewegung der Hunnen waren vor allem die ostgermanischen Völker unter Druck geraten und hatten sich schließlich auf weströmischem Boden niedergelassen. Das frühe Mittelalter hatte begonnen."[49]

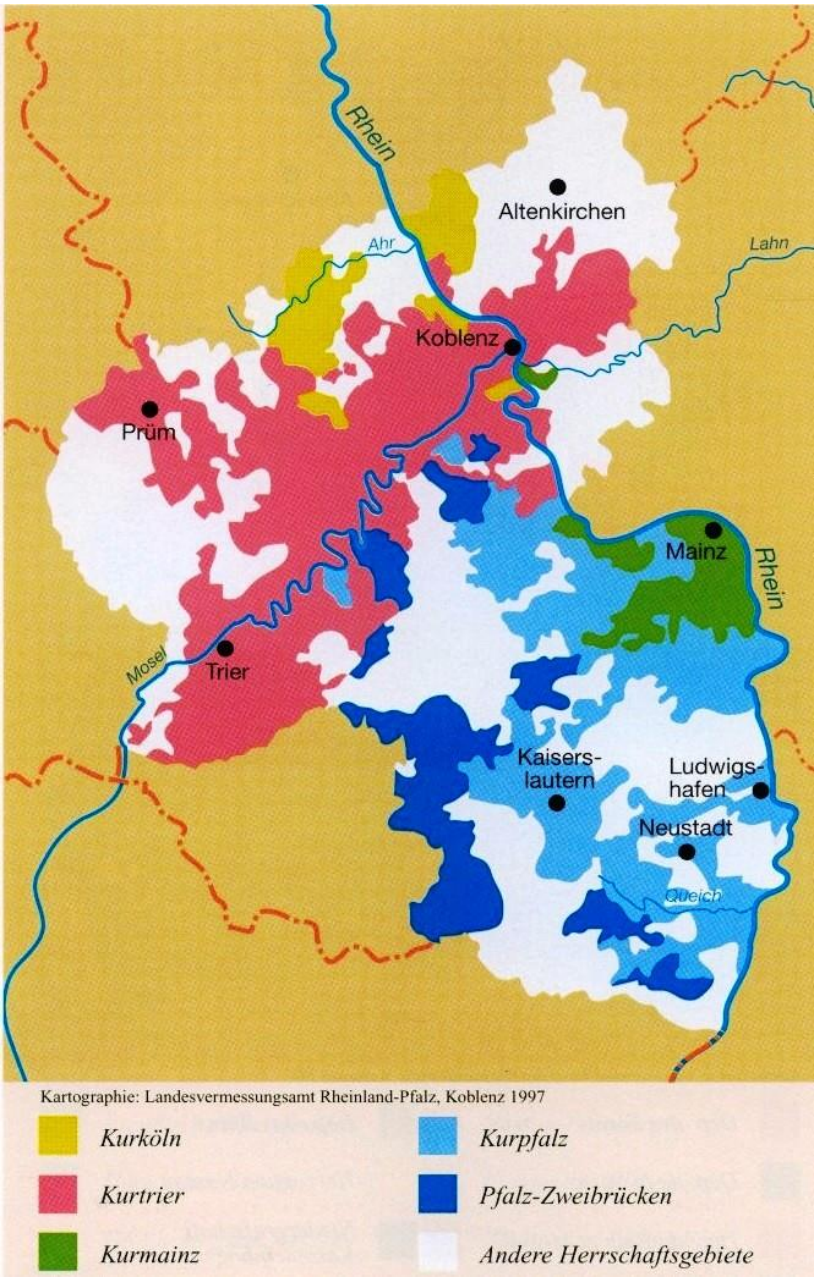
Aber nicht nur, dass der Übergang von der „Antike" zum „Mittelalter" keineswegs abrupt, sondern eher fließend vor sich ging – es gibt eine Institution, die geradezu eine Brücke vom Altertum ins Mittelalter (und bis heute) schlug und schlägt und vieles vom römischen Erbe bewahrte; die Rede ist natürlich von der Römischen Kirche. Dass sie Formen des Römischen Reiches fortsetzt, erhellt sich gerade im Rheinland aufs augenfälligste: Die drei ältesten und würdigsten Erzbistümer des späteren Deutschen Reiches sind Trier, Mainz und Köln, die Hauptstädte der römischen Provinzen *Belgica prima, Germania prima* und *secunda.* Aber nicht nur in administrativer und rechtlicher Hinsicht, sondern bis in den Alltag war „die Kirche die Retterin und Trägerin der klassischen höheren Bildung, insoweit sich solche, als nicht geradezu heidnischer Natur, mit ihr vertrug. Die Kirche taufte nicht bloss den germanischen Eroberer, sie lehrte ihn auch den Weinbau und bessere Ackerbestellung, sie zeichnete ihm den Riss seines Steinhauses, schaffte ihm zweckmässigeres Hausgeräthe, fertigte ihm Prunkkleider und Prachtgeräthe. Vor Allem bewahrte sie die dürftigen Reste der Wissenschaft. Cleriker verfassten und schrieben unsere mageren Chroniken und weitschweifigen Urkunden. Die wenigen Schulen waren

[48] **Bernhard** in CÜPPERS 1990, S. 161
[49] ebenda



© GeoBasisDE/LVermGeoRP2014-05-07

Territorialgeschichte I:
Römische Provinzen…



© GeoBasisDE/LVermGeoRP2014-05-07

Territorialgeschichte II:
….und vier rheinische Kurfüstentümer rund um Meisenheim

einzig bei den Stiftern und Klöstern zu finden. Dem fränkischen Edlen dünkte jede Beschäftigung ausser Krieg und Jagd unwürdig und verächtlich."[50]

Und darum müssen wir jetzt zunächst einen Blick auf das Vordringen des Christentums in unser Gebiet werfen, bevor wir uns der germanischen Landnahme und ihren Folgen zuwenden.

Das frühe Christentum

Dass es in römischer Zeit in den germanischen Provinzen christliche Gemeinden gegeben hat, geht aus einem theologischen Text des „aus Smyrna in Kleinasien stammenden Bischof[s] Irenäus von Lyon (177/178 – um 200)" hervor.[51]

„Im 10. Kapitel von Buch I. *[seiner Abhandlung ‚Adversus Haereses', „Gegen die Häretiker" U. S.]* […] schreibt er: ‚Die in Germanien gegründeten Kirchen glauben und überliefern nichts anderes als die in Spanien oder bei den Kelten, die im Orient oder in Ägypten, die in Libyen oder in der Mitte der Welt.'

Dieses Zeugnis des Bischofs von Lyon beweist, daß bereits in der zweiten Hälfte des 2. Jahrhunderts das Christentum bis an den mittleren und unteren Rhein vorgedrungen war, denn hier lagen die von Irenäus erwähnten römischen Provinzen ‚Germania superior' und ‚Germania inferior'[52]

Die ersten Glaubensboten im Mosel-Rhein-Gebiet sind weniger unter den Soldaten als unter den Händlern aus dem östlichen Mittelmeerraum und den gallischen Handwerkern zu suchen. Diese Christen kamen und lebten so unauffällig, daß sie der Nachwelt kaum literarische oder archäologische Spuren hinterließen."[53]

Allerdings dürfen wir daraus nicht schließen, dass in dieser ganz frühen Zeit in der Siedlung am Glan auch schon eine christliche Gemeinde bestanden habe; dafür war der Ort doch zu ländlich geprägt (nicht umsonst erhält das lateinische Wort *paganus* ‚ländlich' im Mittelalter die zusätzliche Bedeutung ‚heidnisch') und zu weit abgelegen von den großen Fernhandelsstraßen; „im Hinterland lassen sich sichere Spuren des Christentums nur im Zusammenhang mit gewerblich-militärischen Anlagen beobachten"[54], in unserem Bereich trifft das zu für Mainz, Bingen und Kreuznach. Diese frühen Christen stellten zunächst nur eine von zahlreichen religiösen Gruppen dar, die im römischen Imperium existierten; allerdings mussten sie fast zwangsläufig mit der römischen „Staatsdoktrin" in Gegensatz geraten: „Die Vielfalt der […] Kulte wurde durch das zeremonielle Band des römischen Kaiserkultes geeint. Dem römischen Kaiser […] oblag die politische und religiöse Fürsorge für seinen Staat. Macht, Einfluß und Würde des Kaisers waren theologisch begründet. Das Vertrauen in die allumfassenden Fähigkeiten des römischen Kaisers wurde durch Gebet und Opfer zum Ausdruck gebracht: Nur diese offizielle Kult-

---

[50] Heinrich Beyer / Leopold Eltester / Adam Goerz: Kurze Darstellung der Geschichte des Mittelrheins bis zum Anfang des 13. Jahrhunderts. In: **MRUB** II, S. CCXVII

[51] **Jürgensmeier**, Friedhelm: Das Bistum Mainz. Von der Römerzeit bis zum II. Vatikanischen Konzil. Frankfurt/M 1988 [JÜRGENSMEIER 1981] S. 11

[52] ebenda

[53] ebenda, S. 12

[54] **Boppert**, Walburg: Die Anfänge des Christentums. In: CÜPPERS 1990, [BOPPERT 1990] S. 256

pflicht verlangte der römische Staat von seinen Bürgern; allerdings wurde das Opfer von Juden und Christen aus theologischen Gründen als unzumutbar abgelehnt. Die Anhänger der monotheistischen Religionen gerieten hierdurch in den Gegensatz zu ihrer Umwelt, die darin eine staatsgefährdende Haltung sah, der man kritisch, in unsicheren und wirtschaftlich schwierigen Zeiten auch ablehnend gegenüberstand (sog. Christenverfolgungen).“[55]

Das änderte sich mit der „Konstantinischen Wende“,[56] die Christenverfolgungen wurden eingestellt, denn „Kaiser Konstantin erkannte die Bedeutung der christlichen Lehre und der kirchlichen Organisation für die römische Reichseinheit und protegierte ab 313 (Mailänder Edikt) die verfolgte Kirche“,[57] bis schließlich das Christentum zur Staatsreligion aufstieg und nun seinerseits die heidnischen Kulte verfolgte. Zwar wurden die Herrscher damit auch in die theologischen Streitereien der Christen hineingezogen, doch war die Zahl der Gläubigen und die Kraft der Organisation am Ende des Weströmischen Reiches groß genug, um die Stürme der Germaneneinfälle irgendwie zu überstehen. Es ist für die Geschichte Meisenheims nicht nötig, die Kämpfe unter den germanischen Eroberern (in unserem Bereich vor allem zwischen Burgundern, Alemannen und merowingischen Franken) um die Hegemonie im einzelnen zu verfolgen – es genügt, auf ein Ereignis hinzuweisen, das allerdings in politischer wie religiöser Hinsicht von gleich hoher Wirksamkeit war:

„Seit der Mitte des 4. und vor allem im 5. Jahrhundert drangen fränkische Gruppierungen in Gallien ein, zunächst bis zur Somme, dann ins Pariser Becken, und schufen eine eigene Herrschaft auf römischem Boden. Als Begründer des fränkischen Großreichs gilt Chlodwig, der 481/482, also nach dem Erlöschen des weströmischen Kaisertums, an die Macht gelangte. Er besiegte den nordgallischen Heermeister Syagrius (486/487) und dehnte nach weiteren Kämpfen die Grenzen seines regnum bis zu denen der Westgoten und Burgunder aus. Als er 496 oder 497 gegen die Alemannen kämpfte, soll er auf dem Höhepunkt der Schlacht gelobt haben, sich taufen zu lassen, wenn er den Sieg erringe. Er gewann die Schlacht und empfing wohl am Weihnachtstag 498 in Reims die Taufe durch den dortigen Bischof Remigius. Damit trat er vom Heidentum zum katholischen Christentum über, also nicht zum Arianismus, dem Goten, Vandalen und Burgunder anhingen. Der wesentliche Unterschied zwischen beiden Lehren besteht darin, dass die Arianer[58] die Wesensgleichheit Christi mit dem Vater leugnen. Chlodwigs Entschluss, katholisch zu werden, hatte zur Folge, dass auch das Volk zu diesem Glauben bekehrt

---

[55] **Ziethen**, Gabriele: Mogontiacum – vom Legionslager zur Provinzhauptstadt. In: **Dumont**, Franz/**Scherf**, Ferdinand/**Schütz**, Friedrich (Hg.): Mainz. Die Geschichte der Stadt., Mainz 1998, S. 66 f

[56] Vgl. **Demandt**, Alexander / **Engelmann**, Josef (Hg.): Konstantin der Große. Geschichte – Archäologie – Rezeption. Trier 2006

[57] JÜRGENSMEIER 1981, S. 14

[58] Nach dem alexandrinischen Presbyter Arius. Die Arianer hielten Christus für Gott (nur) wesens*ähnlich* (*ὁμοιούσιος*); die orthodoxen Katholiken dagegen halten Gottvater und Gottes Sohn für wesens*gleich (ὁμοούσιος*).

wurde. Dies ermöglichte eine Symbiose der fränkischen Eroberer mit der gallorömischen Bevölkerung, die katholisch war."[59]

Sicher werden sich nicht sofort alle „Großen" der Gefolgschaft Chlodwigs ebenfalls haben taufen lassen. Aber fortan gingen fränkische und gallorömische, christliche Vorstellungen eine Verbindung ein, die mindestens bis zur Reformation für das religiöse, politische und kulturelle Leben in Mittel- und Westeuropa prägend bleiben sollte.

„Auf Grund archäologischer Zeugnisse lassen sich bereits wenige Jahre nach Chlodwigs Übertritt zum Christentum, der sich im übrigen nicht direkt als der Auslöser schlechthin ausgewirkt zu haben scheint, die ersten Christen unter den Angehörigen der fränkischen Führungsschicht nachweisen, die außerhalb der Kastellorte lebte. Ein grundsätzlicher Unterschied wird deutlich. Während sich die spätrömische Diözese mit den Städten und Kastellen zufriedengab, wurde in der fränkischen Zeit das flache Land einbezogen. […]

In Rheinhessen hat der fränkische hohe Adel bereits vor der Mitte des 6. Jahrhunderts erste Kirchen als Eigenkirchen auf seinen Besitzungen errichtet. Auch das Königtum legte schließlich im ausgehenden 6. Jahrhundert auf seinen Gütern Siedlungen und Kirchen an. Der Mainzer Bischof förderte die kirchliche Erschließung auf seinem Besitz ebenfalls noch im 6. Jahrhundert. Das merowingische Teilkönigtum unterstützte das Bistum. Im letzten Drittel des 6. Jahrhunderts übernahmen Angehörige eingesessener Familien die Leitung der Bistümer. Dem Bischof unterstanden nicht nur die geistlichen, sondern auch die vermögensrechtlichen Belange der Kirchen. […] Die grundherrlichen und königlichen Eigenkirchen wurden von Anfang an der bischöflichen Oberaufsicht unterstellt."[60]

War also die „Bekehrung" der fränkischen Oberschicht eng verknüpft mit der Möglichkeit, in der kirchlichen Hierarchie leitende Positionen einzunehmen, so ging die Christianisierung des einfachen Volkes in den ländlichen Siedlungen, wie Meisenheim eine war, langsamer voran. Die bäuerliche Bevölkerung „zelebrierte [noch], und sei es heimlich, blutige Totenopfer, betrieb Losdeuterei und Zauberei, vertraute Amuletten, Wahrsagern und Wahrsagerinnen, suchte in Beschwörungen [ihr] Heil und huldigte dem Aberglauben (wie die alte Kultpraxis nun hieß)."[61]

Ihre Missionierung gelang nicht „von oben", sondern geht eher auf den Einfluss iro-schottischer und angelsächsischer Missionare zurück. Für unsere Gegend wird „die christliche Missionierung […] dem hl. Disibod und seinen Mönchen zugeschrieben. Der Franke oder Angelsachse Disibod lebte im ausgehenden 6. oder beginnenden 7. Jahrhundert mit einigen Gefährten in einer Mischung zwischen Klerikergemeinschaft und Einsiedlertum auf dem Disibodenberg und gründete auf diesem Berg an der Mündung des Glan in die Nahe seine Zelle. […] Seit dem ausgehenden 6. Jahrhundert entstand ein Mainzer Schwerpunkt an der Glanmündung. […] Mittelpunkt einer verhältnismäßig geschlossenen bischöflichen Grundherrschaft seit der Merowingerzeit und zugleich kirchliches Zentrum war bis zur späteren Gründung des Kanonikerstiftes auf dem Disibodenberg Sobernheim, des-

---

[59] **Große**, Rolf: Vom Frankenreich zu den Ursprüngen der Nationalstaaten 800 – 1214 (= Deutsch-französische Geschichte Bd. I). Darmstadt 2005, S. 18 f

[60] DOTZAUER 2001, S. 48 f

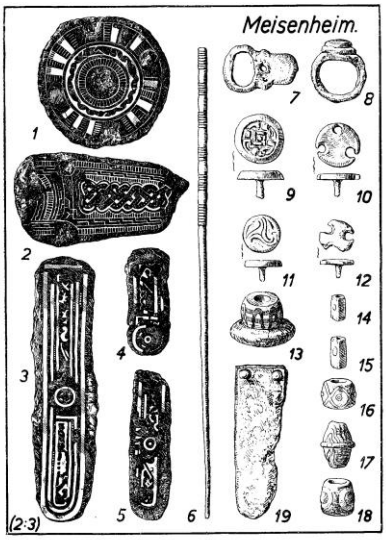
[61] FRIED 2008 S. 52

sen alte Pfarrkirche, eine der ersten in dieser Landschaft, bischöfliche Eigenkirche war.“[62]

Wann in Meisenheim die erste Kirche gebaut wurde, wissen wir nicht; man nimmt an, dass es schon vor dem Jahre 1000 geschehen sei.[63] Und „da nach altem germanischen Recht das Sippenoberhaupt für den Kult zuständig war, oblag es ihm, auch für die Kultstätte bzw. die Kirche zu sorgen. Diese war sein Eigenbesitz; sie wurde von ihm unterhalten, und er stellte die Priester an.“[64] Solch ein Sippenoberhaupt war mit großer Wahrscheinlichkeit jener ‚Meiso', dem Meisenheim seinen Namen verdankt. Ob er oder erst einer seiner Erben auch schon der Gründer der ersten Kirche gewesen ist, werden wir sicher nie erfahren. Trotzdem können wir uns ein paar Spekulationen über seine Person und sein Wirken erlauben.

Fränkische Bodenfunde aus der Umgebung von Meisenheim (aus Willms 1940)

Fränkische Funde in Meisenheimer Grabfeldern
1: Hiebschwert, 2: Lanzenspitze, 3: Pfeilspitze mit Widerhaken, 4: Schildgriff, 5: Messer, 6: Feuerstahl, 7: Schnalle, 8: Schleifstein (abgenutzt), 9 u. 10: Tongefäße, 11: Spinnwirtel aus Ton



Fränkische Funde in Grabfeldern auf dem Scheidenberg
1: silbertauschierte Rundscheibenfibel, 2: silbertauschierte Schnallenbeschläge, 3—5: Riemenzungen mit kreisrunder Almandinscheibe als Einlage, 6: Nadel mit facettiertem oberen Ende, 7: Schnalle, 8: Fingerring mit blauem Stein, 9—12: Knöpfe, wie sie auf der Lederscheibe der Ostramosaxe angebracht wurden, 13: Ring von Halskette mit Glasperle zusammengerostet, 14—18: bunte Perlen, 19: Riemenzunge

Wer war Meiso?

Die oben erwähnte Schlacht, die Chlodwigs Vorherrschaft in der *Francia rinensis* und damit auch in unserem Gebiet sicherte und die im allgemeinen bei Zülpich[65] (Kreis

---

[62] DOTZAUER 2001, S. 50 f

[63] **Zimmermann**, Walter: Die Kunstdenkmäler des Kreises Kreuznach. Düsseldorf 1935. Nachdruck 1985 [ZIMMERMANN 1935], S. 241. Die erste schriftliche Erwähnung der Kirche findet sich in einem Vertrag von 1279, in dem der Ritter Eberhard, genannt Wuste, und die Brüder Egen und Heinemann von Lachen gegenüber Graf Heinrich von Veldenz auf ihre Güter und ihre Rechte an der Kirche *in meysenheim* verzichten. (Hardt, Albert [Hg.]: Mitterheinisches Urkundenbuch Band 5 [MRUB V] Wiesbaden 2007, Nr. 993).

[64] JÜRGENSMEIER 1981, S. 26

[65] Vgl. **Ewig**, Eugen: Die Rheinlande in fränkischer Zeit. In: **Petri**, Franz / **Droege**, Fritz (Hg.): Rheinische Gechichte in drei Bänden. Düsseldorf o. J. S. 15 f

Euskirchen, nördlich der Eifel) angenommen wird, hatte eine rege Gründung von fränkischen Siedlungen zur Folge, wobei „Gründung“ insofern irreführend ist, als diese durchaus an schon vorher besiedelten Plätzen erfolgen konnte, wenn diese den fränkischen Vorstelllungen entsprachen – *neu gegründet* wurde nur die fränkische Herrschaft.

„Die Franken haben ihre Neugründungen mit der Kennzeichnung -heim versehen. Mit der Entstehung der heim-Namen ist seit Beginn der fränkischen Landnahme zu rechnen. Vielleicht schon seit dem ausgehenden 5. Jahrhundert, sicher seit der ersten Hälfte des 7. Jahrhunderts war diese Namengebung in Gebrauch. […] Die heim-Namen dehnen sich von der unteren Nahe und den Mündungsgebieten ihrer westlichen Zuflüsse (Guldenbach, Gräfenbach, Ellerbach) bis Kirn sowie an den unteren Glan […] aus. Die auftretenden Personennamen beziehen sich auf die grundbesitzende Herrenschicht und teilweise auf Angehörige des fränkischen Adels, […] wohl in der Regel gestandene Leute, Anführer von Sippen, Offiziere, Beamte, vielleicht auch Kaufleute. Durch die Historiographie der Zeit sind diese Personen nicht bekannt geworden. Die Quellenarmut ist dafür vielleicht eher der Grund als die Bedeutungslosigkeit der betreffenden Personen.“[66]

Ohne uns allzu sehr in Mutmaßungen zu verstricken, können wir also sagen, dass ‚Meiso’ ein fränkischer Freier und Großgrundbesitzer war, der, vermutlich für irgendwelche militärischen und/oder administrativen (Ver-)dienste, Land zugewiesen bekommen hat.

„Das spätrömische Notariatswesen arbeitete zum Teil weiter. In der Regel dürften die königlichen Beamten, nicht die jeweiligen fränkischen Sippenältesten, das eroberte Land den fränkischen Siedlern und Siedelgruppen angewiesen, entstehende Gemarkungsgrenzen genehmigt und unter königlichen Schutz gestellt haben. Gelegentlich […] mögen sich auch römische Flureinteilungen gehalten haben. In den unmittelbar bei der Landnahme dichter besiedelten Gebieten des Nahe-Hunsrück-Bereichs, also im Tal der unteren und mittleren Nahe bis Kirn und in ihren Seitentälern in den Hunsrück und im Glantal bis Meisenheim hat man an eine geregelte Landzuteilung zu denken.“[67]

Die möglicherweise noch vorhandene gallorömische Bevölkerung wurde zur Minderheit und ging in der Gruppe der Halbfreien auf; ihr Wissen über landesübliche Kulturarten (z. B. den Weinbau) gaben sie natürlich weiter, ihre aus dem Lateinischen hervorgegangene Sprache wurde von der ‚theodisca lingua’[68] verdrängt oder besser: aufgesogen; weiter westlich verlief der Vorgang umgekehrt und das Altfranzösische entstand.

Dass Meisenheim auf die beschriebene Weise von Franken der Merowingerzeit „gegründet“ worden ist, wissen wir nicht nur durch den Namen, sondern auch durch die am Anfang dieses Kapitels beschriebene Entdeckung des Reihengräberfeldes:

„Im Gegensatz zur keltoromanischen Bevölkerung pflegten die Franken ihre Friedhöfe auf Anhöhen anzulegen. Die Gräber waren in einer Reihe geordnet (Reihengräberfriedhöfe). […] Die Franken übernahmen die römische Sitte des Körper-

---

[66] DOTZAUER 2001, S. 54 f

[67] ebenda, S. 52

[68] Von germanisch ‚thiot’ ‚Volk’ abgeleitet: die Sprache des Volkes

grabes. Die Toten wurden unverbrannt in einem Erd-, Steinplatten- oder Trockenmauergrab bestattet. Völlig unrömisch ist der fränkische Brauch, Waffen mit in das Grab gelegt zu bekommen.[69] […] Lage und Umfang der neuen fränkischen Siedlungen läßt sich aus den archäologisch ermittelten Reihengräberfriedhöfen erschließen, die auf Hügeln oder Anhöhen in der Nähe der Siedlungen von den Franken angelegt wurden. Die Höfe errichtete man bevorzugt in Talauen bei Wasserläufen, wo es gute Weidegründe gab, denn Viehzucht hatte noch Vorrang vor Ackerbau.“[70]

Nehmen wir alle Kenntnisse zusammen, die uns die (reichhaltigen) archäologischen und (kargen) schriftlichen Quellen vermitteln, so können wir uns nun folgendes Bild von ‚Meisos Heim' machen:

„Der fränkische Friedhof verlief längs der römischen Straße. Die Franken siedelten unterhalb der Straße im Bereich zwischen Eisenbahnlinie und Untergasse. Noch weiter östlich, näher zum Glan, Häuser zu bauen, hatte wegen des regelmäßigen Hochwassers keinen Zweck. Hier lagen vielmehr die Gärten. […]

Also ergibt sich die topographische Anordnung, daß oben am Hang der fränkische Friedhof lag, darunter die Siedlung und darunter die Gärten und der Fluß. Diese Anordnung entspricht ganz und gar der bei den Franken üblichen [….] Da die mittelalterliche Bebauung auf der vorgegebenen fränkischen gründete, wurden von letzterer noch keine Reste gefunden. Bezogen auf Meisenheim vermutete dies Behrens schon 1932: ‚Die zu diesem Grabfeld gehörende Siedlung […] liegt zweifelsohne unter der heutigen Stadt. Da sie wohl nur aus Holzhäusern bestanden hat, besteht wenig Aussicht, daß noch irgendwo Reste sich erhalten haben. Die dichtstehenden Häuser der Altstadt dürften alle Spuren getilgt haben. Nur der Name Meisenheim ist seit fränkischer Zeit an dieser Siedlungsstätte haften geblieben'.“[71]

‚Meiso' und die Seinen lebten in einem Dorf *zusammen*, waren aber sicher nicht *gleich* in rechtlicher Hinsicht. Der Grund*besitzer* Meiso selbst war ein Freier, uneingeschränkt rechtsfähig und dem König zum Kriegsdienst verpflichtet. D.h., dass er möglicherweise in seinem Bereich schon die Stellung eines Grund*herrn* einnahm; dafür spricht die Größe der Meisenheimer Gemarkung,[72] die darauf schließen lässt, dass es in seinem „Heim“ auch noch Kleinbauern (frei, aber politisch unbedeutend) und Unfreie in verschiedner Abstufung gegeben hat. „Insgesamt [bestand] eine[..] Schichtung der Bevölkerung in Freie, Minderfreie, Freigelassene (Leti) und Unfreie (Servi). […] es gab sowohl sippengebundene Wohngemeinschaften als auch Siedlungsgruppen von Freien und Unfreien sowie von Franken zusammen mit Keltoromanen“,[73] – wie es aber im Einzelnen genau in Meisenheim ausgesehen hat, wissen wir ebenso wenig, wie wir etwas vom Schicksal ‚Meisos' und der Seinen wissen. Vielleicht haben sie den Übergang von den Merowingern zu den Karolingern, die „Karolingische Renaissance“, die Teilungen des Reiches[74] entlang der Sprachgrenze zwischen den karolingischen Erben und die Entstehung des Deut-

---

[69] DOTZAUER 2001., S. 57

[70] ebenda, S. 55

[71] LURZ 1987, S. 8

[72] heute 1.324 ha

[73] DOTZAUER 2001, S. 57

[74] Vertrag von Verdun 834, Vertrag von Mersen 870, Vertrag von Ribemont 880; der Vertrag von Bonn 921 besiegelte die Trennung von West- und Ostreich

schen Reiches[75] miterlebt oder sogar mitgestaltet – schriftliche Zeugnisse jedenfalls haben sie nicht hinterlassen.

Auf jeden Fall ist ihr Siedlungsgebiet von den Verwaltungsneuordnungen durch Karl den Großen erfasst worden, durch die Schaffung der Gaugrafschaften. Der Begriff ist umstritten, weil er suggeriert, dass eine Kongruenz bestehe zwischen der *landschaftlichen* Einheit des Gaus und der *politischen* der Grafschaft. Gerade in unserer Gegend könnte das aber tatsächlich der Fall gewesen sein, da die römische Verwaltung schon einen gewissen Rahmen vorgeprägt hatte, an den sich die karolingische Gaueinteilung halten konnte. Dennoch „sind ja die späteren Territorien der Grafenhäuser niemals identisch mit den Gauen, die sie regiert haben. Einerseits umfassen die Hausgüter der Gaugrafen nicht den ganzen Gau, indem neben ihnen sehr viele andere Herren, der königliche Fiscus, geistliche Korporationen Grossgrundbesitz mit staatsähnlicher Organisation, Gerichtsbarkeit und eigener Verwaltung haben konnten, anderseits waren diese Güter durchaus nicht an den einen Gau gebunden, der von dem Geschlecht verwaltet wurde. Um solche Besitzungen, Allodialgüter, Lehen, Vogteien über geistliche Latifundien handelt es sich, wenn man die Entstehung der Grafschaft“[76] zurückverfolgt, die für etwa 330 Jahre den Rahmen für die Entwicklung Meisenheims gebildet und entscheidende Weichenstellungen vorgenommen hat – der Grafschaft Veldenz.

Und damit verlassen wir das unsichere Terrain der Vermutungen und begeben uns in Zeiten, in denen uns schriftliche Quellen wenigstens ein bisschen konkreter unterrichten.

---

[75] 911 Königswahl Konrads I. (911 – 918)

[76] **Fabricius,** Wilhelm: Die Grafen von Veldenz. Ein Beitrag zur geschichtlichen Landeskunde des ehemaligen Nahegaues. Erster Teil In: Mitteilungen des Historischen Vereins der Pfalz. 33/1913, [Fabricius 1913] S. 1

Stadtwerdung unter den Veldenzern

„Gegen Ende des 9. Jahrhunderts wurde immer offenkundiger, daß die karolingischen Herrscher nicht länger imstande waren, ihrem Gesamtreich den erforderlichen Schutz zu gewähren."[1] – Das fränkische Großreich zerfiel über Zwischenstufen in die Teile Frankreich und Deutschland, und das Erzbistum Mainz wurde im Zusammenhang mit der Übertragung weltlich-politischer Aufgaben an die Kirchenfürsten (das so genannte „Ottonische Reichskirchensystem") zum wichtigsten „Machtfaktor im Westen des Rhein-Mainraumes"[2]. Auf dem Reichstag zu Verona 983 bestätigte Kaiser Otto II. dem Mainzer Erzbischof Willigis (975 – 1011) „als treuem Gefolgsmann überdies auch den gesamten königlichen Besitz, eingeschlossen alle Hoheitsrechte, in den Orten ‚diesseits des Rheins von der Brücke über die Selz bei Ingelheim bis nach Heimbach und jenseits des Rheins von der Elzbach, wo sie in den Rhein fließt, bis nach Kaub' […] Das heißt, das Gebiet beiderseits der unteren Nahe, linksrheinisch zwischen Ingelheim und Heimbach und der rechtsrheinische Rheingau waren Besitz des Mainzer Erzstifts geworden. […]. Die Veroneser Schenkung von 983 bildete einen wesentlichen Grundstock für das spätere Erzstift und den Kurstaat Mainz, in dem der Erzbischof schließlich als fast souveräner Landesherr herrschte."[3]

Die ersten Grafen im Nahegau, noch in karolingischer Zeit, über die wir schriftliche Quellen haben, waren Mitglieder des Adelsgeschlechtes, das spätestens, als es zur Königs- und Kaiserwürde aufgestiegen war,[4] als Salier, vorher aber auch als Konradiner bezeichnet wird. Der Ahnherr war ein Graf Werner, der spätestens am Ende des 9. Jahrhunderts als Graf im Worms-, Nahe- und Speyergau erscheint.[5] Die beiden letzten Vertreter, die Kaiser Heinrich IV. und Heinrich V., haben mit den Reformpäpsten seit Gregor VII. die welthistorische Auseinandersetzung zwischen *regnum* und *sacerdotium,* zwischen staatlicher und geistlicher Macht ausgefochten, die als „Investiturstreit" in die Geschichtsbücher eingegangen ist, deren Ergebnis das Verhältnis von Staat und Kirche indirekt bis heute prägt und die die „deutschen Hochkirchen *[darunter eben das Erzbistum Mainz, U.S.]* zu weltlichen Fürstentümern mit geistlichen Fürsten"[6] gemacht hat.

Verständlicherweise mussten die in der Reichspolitik beschäftigten Grafen Lehnsrechte und –besitzungen an Mainz abtreten und Aufgaben im Nahegau Vertretern, Untergrafen gewissermaßen, überlassen. Diese Untergrafen kennen wir als die Emichonen (nach dem in der Familie hauptsächlich vorkommenden Männernamen).

---

[1] JÜRGENSMEIER 1981, S.63

[2] ebenda, S. 66

[3] ebenda

[4] Konrad II., König 1024, Kaiser 1027, † 1039; Heinrich III., gewählter König 1028, regierend seit 1039, Kaiser 1048, † 1056; Heinrich IV., König 1056, Kaiser 1084, † 1106; Heinrich V., König 1106, Kaiser 1111, † 1125.

[5] **Boshof**, Egon: Die Salier. Stuttgart Berlin Köln² 1992, S. 10 f

[6] FRIED 2008, S. 217 f

„Nach dem Aussterben des salischen Geschlechts […] (1125), wurden die Söhne Emichs I. von Schmidburg[7] vollkommen unabhängig und nahmen ihre bisherige Amtsmacht als Privateigentum in Anspruch. Dies äußerte sich in erster Linie dadurch, daß sie den väterlichen Besitz um 1127 teilten. Der ältere Bruder Emich II., der sich bald von Schmidburg, bald von Kirberg und auch von Baymeburg (Altenbamberg im Alsenztal) nannte, wurde der Stammvater der späteren Wildgrafen und der Raugrafen, während der jüngere Bruder Gerlach sich nach der außerhalb des Nahegaues und von seinen übrigen Besitzungen getrennt liegenden Burg Veldenz[8] […] benannte."[9]

Die Zeit für ein solches Vorgehen war günstig. Das Lehnswesen kann man in sehr vereinfachter Form folgendermaßen beschreiben: Es war der ziemlich erfolgreiche Versuch, mit einer kleinen Zahl von Eroberern eine große Masse Landes effektiv zu beherrschen und zu verwalten, und das in einer Zeit mit geringer Verbreitung von Lese- und Schreibkenntnissen, mit schlechten Verkehrswegen und mit einem mehr auf Natural- als auf Geldwirtschaft beruhenden Entwicklungsstand. Die fränkischen Herrscher und ihre Nachfolger hatten die römische Staatlichkeit ersetzt durch eine Art „Personenverbandstaat", in dem die gegenseitige Treue von „Herr", *dominus,* und „Mann", *vassus* (Vasall), das Herrschaftssystem zusammenhielt. „Lehen" waren dabei prinzipiell *alle* Güter und Rechte, die ein Einkommen abwarfen, das der Lehnsmann als „Gehalt" für Dienst und Treue erhielt, in der Praxis handelte es sich dabei anfangs fast ausschließlich um „Land mit Leuten", also abhängigen Bauern, später auch um Zolleinnahmen, Gerichtsgebühren u. ä. In der Theorie endete dieses gegenseitige Verhältnis mit dem Tode von „Herr" oder „Mann", das Lehen „fiel zurück" – in der Praxis hatte sich aber bis Anfang des 11. Jahrhunderts die Erblichkeit „eingeschlichen", die schließlich bestätigt wurde: Der erste salische Kaiser, Konrad II., erließ 1037 im Mai bei der Belagerung von Mailand ein Lehnsgesetz, das die Rechte der Vasallen stärken sollte.[10] „Jeder Lehnsträger konnte künftig nur durch ein gerichtliches Verfahren vor seinen ‚pares' seine Lehen verlieren."[11]

Lehen wurden, wie es auch die Söhne Emichos I. machten, bei günstiger Gelegenheit „allodifiziert", d. h. in Eigentum verwandelt. Natürlich darf man dieses „Eigentum" nicht mit unserem modernen bürgerlich-rechtlichen Eigentumsbegriff verwechseln - an den so allodifizierten Lehen hingen nach wie vor Rechte und Aufgaben, die nach heutigem Verständnis klassische Staatstätigkeit sind: Gerichtsbarkeit, öffentliche Sicherheit, Infrastrukturaufgaben usw., sowie zahlreiche persönliche Loyalitätspflichten. Ob es gelang, aus einem Bündel von buntscheckigen

---

[7] Burg, heute Ruine, über dem Tal des Hahnenbachs (nördlicher Nebenfluss der Nahe) im Hunsrück

[8] Burg in einem Seitental der Mosel bei Mülheim; die Burg war ein Lehen vom Stift Verdun

[9] **Pöhlmann**, Karl: Die Grafen von Veldenz. In: Heimatblatt für den Kreis Meisenheim und das untere Glantal I, 1921/22 , [PÖHLMANN 1921], S. 4

[10] Text und deutsche Übersetzung in: **Weinrich**, Lorenz: Ausgewählte Quellen zur deutschen Verfassungs- Wirtschafts- und Sozialgeschichte bis 1250. Darmstadt 1977 [WEINRICH 1977], S. 110 ff

[11] **Bulst**, Marie Luise: Das Reich vor dem Investiturstreit. In: Gebhardt[9], Band 3, München 1983, S. 157

Lehnsrechten so etwas wie einen geschlossenen „Staat“ zu zimmern, hing von der Geschicklichkeit, vielleicht auch der Skrupellosigkeit eines Geschlechtes von Lehennehmern, geliehene Rechte erblich zu machen und dem Lehnsherren endgültig zu „entfremden“, ebenso ab wie von der mehr oder weniger großen Achtsamkeit und Tatkraft der Lehengeber. Das Ergebnis war völlig offen, zumal fast alle in Frage kommenden Familien *sowohl* Lehengeber *als auch* Vasallen waren. Überdies führte die Betrachtung der Lehnsrechte als Eigentum dazu, dass Gebiete oft zwischen Erben geteilt wurden. Die Veldenzer verfuhren ebenso, hatten aber das „Glück“, dass meist schon nach einer Generation der kinderlose Tod eines der Erben die Grafschaft wieder vereinigte.[12]

„Dieser erste Graf von Veldenz (der erwähnte Gerlach I.) […] erhielt neben Veldenz aus dem väterlichen Besitze das Amt des Erbtruchsessen[13] und Küchenmeisters des Erzstiftes Mainz sowie eine größere Anzahl von Lehen im Nahegau.[…] Wir finden die Grafen schließlich im Besitze von nur ganz geringfügigen Erbgütern […] dagegen von umfangreichen Lehen, deren Kern das Remigiusland westlich des oberen Glan bildete. Es war […] Eigentum des […] St. Remigiusklosters zu Reims. […] Nach Westen schlossen Verduner Lehen […] an, nach Osten dagegen […] kurpfälzische Lehen. Glanabwärts lag, von dem Veldenzer Hauptland getrennt, […] ein größerer erzbischöflich Mainzischer Lehensbesitz mit […] Meisenheim…“[14]

Und in allen diesen Einzelteilen der Grafschaft waren die Rechte und Einkünfte der Grafen ebenso vielfältig abgestuft und verschiedenartig[15] wie die Rechte und Pflichten der Untertanen. Es musste selbstverständlich das Bestreben der Grafen sein, aus dem bunten Flickenteppich irgendetwas Einheitliches, rechtlich und territorial Geschlossenes zu schaffen – die Landesherrschaft. Es sollte Jahrhunderte

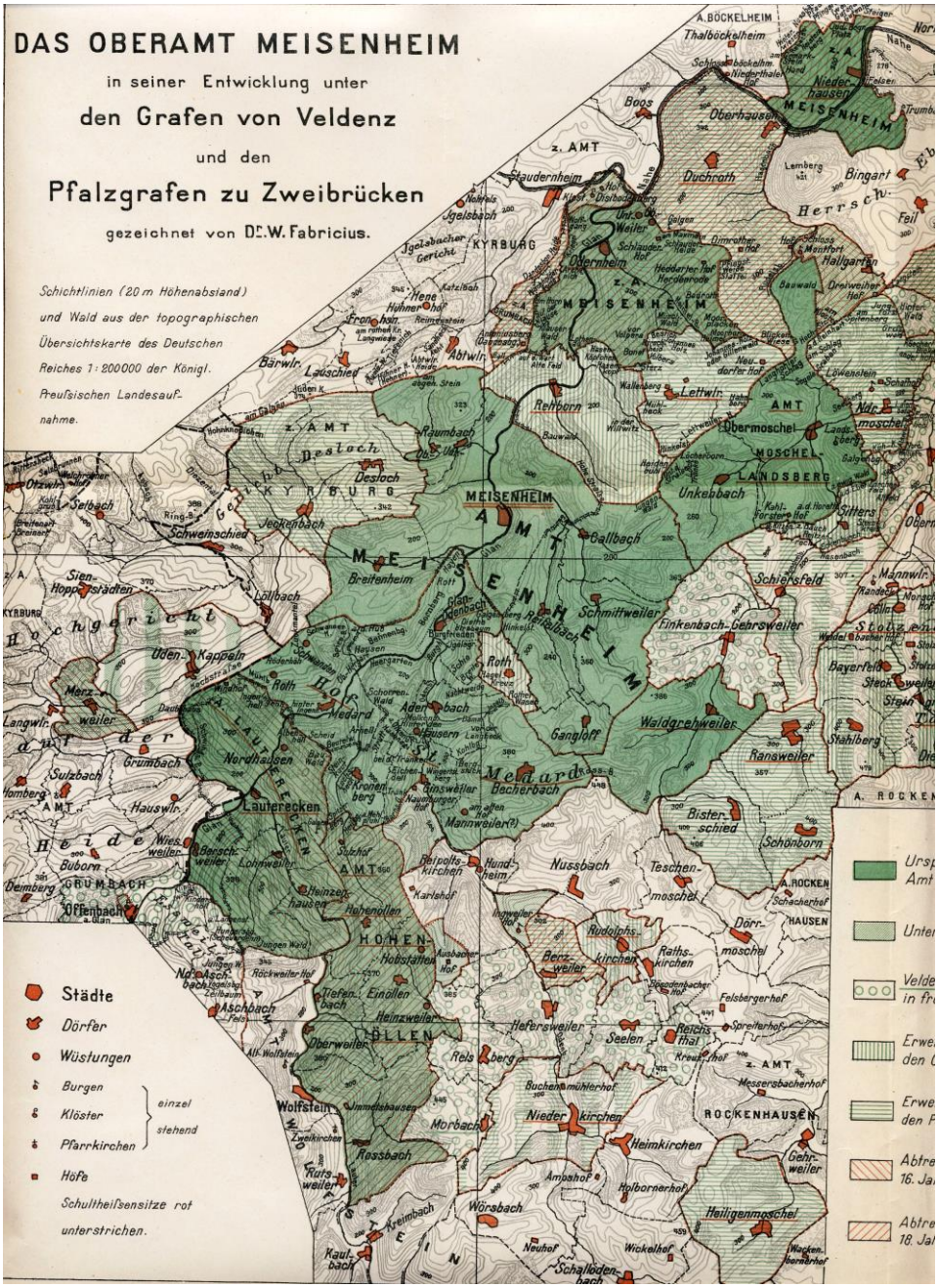
---

[12] PÖHLMANN 1921, S. 8 ff

[13] Der Truchsess, lat. *dapifer*, war im frühen MA ursprünglich der für die Versorgung des Hofes zuständige oberste Beamte – zur Zeit der Veldenzer nurmehr ein Ehrenamt, das allerdings politischen Einfluss und Verpflichtungen mit sich brachte. [LMA VIII, 1069 f] So versprach etwa Gerlach VI. dem Erzbischof Sigfrid von Mainz im Jahre 1230 100 Reiter für drei Jahre wegen seines Truchsessenamtes [**Pöhlmann**, Carl: Regesten der Lehnsurkunden der Grafen von Veldenz. Speier 1928 (Veröffentlichungen der Pfälzischen Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften Bd. III) Nr. 28] – [PÖHLMANN REGESTEN]; im Jahre 1279 versprach Graf Heinrich I. dem Mainzer Erzbischof Werner, der in einer Auseinandersetzung mit dem Grafen Johann von Sponheim stand (**Salden-Lunkenheimer**, Elfriede: Die Besitzungen des Erzbistums Mainz im Naheraum[= Heimatkundliche Schriftenreihe des Landkreises Bad Kreuznach Bd. 1] Bad Kreuznach 1968 [SALDEN-LUNKENHEIMER 1968] S. 95 ff), „Schutz und Trutz“ unter ausdrücklichem Bezug auf das Truchsessenamt. [PÖHLMANN REGESTEN Nr. 31]

[14] PÖHLMANN 1921 S, 4. – Mit Verdun und Reims hatten nachmals französische Stifte Lehnsrechte in unserem Gebiet, was in der Zeit des „Sonnenkönigs“ Ludwig XIV. Jahrhunderte später noch zu Konflikten führen sollte.

[15] Diese Stückelung „sträubt sich mitunter dem heute noch Begreifbaren“ bemerkt ein Kenner der Materie: **Wild**, Klaus Eberhard: Zur Geschichte der Grafschaften Veldenz und Sponheim und der Birkenfelder Linien der pfälzischen Wittelsbacher. 8 Vorträge. (= Mitteilungen des Vereins für Heimatkunde im Landkreis Birkenfeld, Sonderheft 43) Birkenfeld 1982 [WILD 1982], S. 12



Das veldenzische Oberamt Meisenheim in Mittelater und Neuzait und zum Vergleich…

…die Verbandsgemeinde Meisenheim (Stand 2012)

dauern, mindestens bis zum Westfälischen Frieden 1648, wenn nicht gar bis zum Reichsdeputationshauptschluss 1803, diesen Prozess zu einem Abschluss (nicht zur Vollendung) zu bringen.

Zu den Lehen vom Erzbistum,[16] die Gerlach von Veldenz um 1127 übernahm, gehörte also auch Meisenheim[17]. Auf welchem Wege es an den Mainzer Stuhl gekommen ist, wissen wir ebenso wenig wie Zeit und Umstände seiner Verleihung an die Emichonen. Es ist davon auszugehen, dass Meisenheim ursprünglich zum mainzischen Besitz um Sobernheim[18] gehörte, denn nach einer noch 1437 geltenden Bestimmung mussten Meisenheimer Maße in Sobernheim geeicht werden.[19] Sicher hatte Meisenheim schon zur Zeit des Erzbischofs Willigis eine Kirche,[20] wahrscheinlich auch schon eine Burg – aus einem Lehenverzeichnis um 1200 ergibt sich, dass ein Wolfram aus der rheingräflichen Familie Burgmannengelder von den Veldenzer Grafen zu Lehen hatte (die er allerdings an einen Godebold weiter verlieh)[21]: Infolgedessen hatte Meisenheim in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts mit alter Kirche und veldenzischer Residenz-Burg schon wesentliche Attribute eines zentralen Ortes.

Godefridus und Meisenheims erste schriftliche Erwähnung

„Im Namen der heiligen und unteilbaren Dreifaltigkeit. Ich, Helmger, Abt von Disibodenberg. Es steht fest, dass mit der Autorität alter Schriften dem Gedächtnis anvertraut wird, was die Nachkommen nicht ohne Gefahr ignorieren können.

Wir haben daher den Gegenwärtigen und Zukünftigen bekannt gemacht, dass unser lieber Vogt Franco von Staudernheim, nachdem er des Lehens, das er aus der Hand unseres Vorgängers, des Herrn Cuno, empfangen hatte, durch Herrn Siger, den Abt von St. Maximin, und durch dessen Vogt Emicho durch viele lästige Einmischungen beraubt worden war, zu uns gekommen ist und von uns einen Ersatz des Lehens erwartet hat. Wir aber, wegen seiner Liebe und weil es gerecht schien, haben ihm die Mühle am Fuße des Berges bei Staudernheim und eine halbe Hufe in Weinsheim als Ersatz für das vorige Lehen zugestanden; und die Bedingung, die zwischen ihm und unserem erwähnten Vorgänger wegen dieses Lehens bestanden hatte, haben wir erneuert und bestätigt. Deshalb hat der erwähnte Franco uns, wie er es unserem Vorgänger versprochen hatte, für sich und seine Erben versprochen, dass, wer auch immer von den Seinen Vogt in Staudernheim wäre, dieses Lehen aus der Hand des Abtes empfangen würde. Wir sollen von jeder Eintreibung und jedem Handstreich frei sein und zu keinem Beschluss gezwungen werden. Wir geben dem Vogt das Entscheidungsrecht gemäß dem Rat eines Schöffen. - Diese zwischen uns

---

[16] Die Mainzer Lehen: PÖHLMANN REGESTEN Nr. 28 - 42

[17] Allerdings besaß er in der Stadt einen Hof, „Grafenhof“ genannt, der sein Allodialeigentum war und in dem er sein „Manngericht“ zu halten pflegte. (PÖHLMANN REGESTEN Nr. 41)

[18] **Seibrich**, Wolfgang: Die Entwicklung der Pfarrorganisation im linksrheinischen Erzbistum Mainz. Mainz 1977, S. 136 u. 307

[19] **Fabricius,** Wilhelm: Die Grafen von Veldenz. Ein Beitrag zur geschichtlichen Landeskunde des ehemaligen Nahegaues. Zweiter Teil. In: Mitteilungen des Historischen Vereins der Pfalz. 36/1916, [FABRICIUS 1916] S. 7 f

[20] **Salden-Lunkenheimer**, Elfriede: Die Besitzungen des Erzbistums Mainz im Naheraum[= Heimatkundliche Schriftenreihe des Landkreises Bad Kreuznach Bd. 1] Bad Kreuznach 1968 [SALDEN-LUNKENHEIMER 1968] S. 17

[21] FABRICIUS 1916, S. 7

geschlossene und bekräftigte Vereinbarung haben wir auf seine Bitten aufgeschrieben und allen unseren Nachfolgern und seinen Erben als unverletzlich zu halten überliefert.

Wer auch immer versucht sein sollte, dem zu widersprechen, sei verdammt.

Zeuge dieser Angelegenheit sind: Sigebold, Propst dieses Ortes; Godefrid, Kämmerer; Borkard, Kellermeister; Hartmut und die übrigen Brüder unserer Kirche. –

Von den Laien: Gebold, Vogt von Odernheim; Ingebrand von Oberhausen; Bertolf Spiess; Godefrid von Meisenheim; Adelbero, Gir und viele andere.

Geschehen im Jahre der Fleischwerdung des Herrn 1154, in der zweiten Indiktion, unter der Regierung Friedrichs, Kaisers der Römer."[22]

Wer mag dieser Godefridus/Gottfried[23] gewesen sein, der als drittletzter Zeuge in der Belehnungsurkunde namentlich genannt wird? Dass die Mönche von Disibodenberg anwesend waren, bedarf keiner Erklärung. Gebold war ein „Kollege" von Franko, der Ersatz bekam für ein Lehen, das ihm bei territorialen Streitigkeiten zwischen dem Trierer Kloster St. Maximin und dem Mainzer Kloster Disibodenberg weggenommen worden war. D. h. alle Zeugen, deren Funktion wir *kennen*, leisteten Dienste für das Kloster auf dem Disibodenberg; es liegt nahe, das auch für die anderen anzunehmen. Odernheim war ebenso wie Meisenheim veldenzisch: Die Zeugenliste bestätigt die Lehenszusammenhänge zwischen Mainz, dem Kloster und den Veldenzern in Meisenheim. Gottfried war kein Adliger, kein Ritter (das wäre ausdrücklich erwähnt worden), aber er muss als zuverlässig (im Sinne des Abtes) gegolten haben – wird also in einem Dienstverhältnis gestanden und für die Mainzer Interessen gearbeitet haben, wahrscheinlich als Ministerialer. Auch die Grafen von Veldenz erscheinen sehr oft in Urkunden der Erzbischöfe von Mainz; auf einer niedrigeren Stufe wird hier noch einmal das uns schon bekannte Lehnsverhältnis zwischen Mainz und Veldenz bzw. Meisenheim bestätigt.[24]

Soweit erkennbar, haben die Grafen auf der Ebene der großen Reichspolitik keinen besonderen Ehrgeiz entwickelt,[25] in der regionalen Politik aber schon, wobei sie von Fall zu Fall auch begrenzte Konflikte mit ihren verschiedenen Lehnsherren riskierten[26] - inwieweit das Folgen für die Entwicklung Meisenheims hatte, bleibt unbekannt. Wir wissen aber bereits von der Meisenheimer Burg und Residenz. Ohne Besatzung war eine Burg natürlich wertlos, darum gehören zu einer Burg Burglehen, die eine Schar von Burgmannen ernährten. Wir hörten schon von demjenigen für Rheingraf Wolfram (s. o.). Für die Burgmannen bestand Residenz-

---

[22] Lateinischer Text: **MRUB I**, Nr. 576 – Übersetzung: Udo Salomon.

[23] Er taucht in den mir bekannten gedruckten Quellen- und Regestensammlungen nicht wieder auf.

[24] Jedenfalls war Gottfried kein Lehnsmann des Mainzer Erzbischofs auf der Wasserburg (?) zu Meisenheim, wie **Drescher,** Karl-Heinz: Geschichte der Stadt Meisenheim. In: Naheland-Kalender 1968, [DRESCHER NLK 1968] S. 82, annimmt. Dieser Lehnsmann war Gerlach II. von Veldenz.

[25] Als Zeugen auf Kaiser-Urkunden tauchen sie zwischen 1112 und 1196 ganze neun Mal auf, danach gar nicht mehr. (PÖHLMANN 1921, S.5)

[26] ebenda, S. 6 f

pflicht[27] auf oder bei der Burg. Da wir über das Aussehen, die Ausstattung und Größe des damaligen Baus nichts wissen, können wir wieder nur vermuten: Entweder war die Burg groß genug, um für den Grafen, mehrere Ministerialen und adlige Burgmannen angemessenen Wohnraum zu bieten, oder die Burgmannen ließen sich in eigenen Adelshöfen (die wir uns ggf. entlang der Obergasse denken können) nieder. Auf jeden Fall gab die Präsenz dieser Mannen und ihrer Familien der ländlichen Siedlung Meisenheim *auch* ein gewisses städtisches Gepräge: Sie benötigten über ihre Nahrung hinaus Waffen, Zaumzeug, Kleidung, der Repräsentation dienende Gegenstände usw., d.h. sie boten einen ‚Markt'[28] für Erzeugnisse örtlicher Handwerker und für aus der Ferne durch Kaufleute herangebrachte Waren, was bedeutet, dass neben Bauernhöfen auch Werkstätten das Ortsbild von Meisenheim bestimmt haben werden. –

Der Bestand der Grafschaft Veldenz stand auf dem Spiel, als Gerlach V. 1259 oder 1260 starb und nur eine 1½ jährige Tochter, Agnes, hinterließ. Doch Agnes' Großvater mütterlicherseits und Vormund, Graf Heinrich II. von Zweibrücken, wehrte tatkräftig alle konkurrierenden Erbansprüche ab und verheiratete seine Enkelin 1269/70 (also elf- oder zwölfjährig) an den Grafen Heinrich von Geroldseck (im Schwarzwald) – Witwer und schon Vater zweier erwachsener Söhne -, der sich fortan nach seiner neuen Grafschaft nannte und den Besitz seiner jungen Ehefrau, mit der er noch drei Söhne haben sollte, erfolgreich verteidigte.[29]

Georg, der älteste Sohn von Agnes und Heinrich, Erbe der Grafschaft Veldenz, war in der Reichspolitik aktiver als seine Vorgänger; mit den Königen bzw. Kaisern Albrecht I., Heinrich VII. und besonders Ludwig IV. dem Bayern hatte er oft Kontakt, woraus sich dann für Meisenheim eine einschneidende Veränderung ergeben sollte.

Stadtrecht für Meisenheim

Am 24. August 1313 war Kaiser Heinrich VII. aus dem Hause Luxemburg in seinem fünften Regierungsjahr, noch nicht 40-jährig, auf einem Italienzug in der Nähe von Siena gestorben.[30] In der Frage der Nachfolge standen sich zwei Parteien gegenüber, die man sehr grob als die habsburgische und die luxemburgische bezeichnen könnte. Der Sohn Heinrichs VII., König Johann von Böhmen aus dem Hause Luxemburg (Neffe des Erzbischofs von Trier), ließ sich nicht durchsetzen; daher „kam es 1314 zu jener folgenschweren Doppelwahl, die das Reich in mehrjährige Kriege verwickelte, die dem Erzstift Mainz größten Schaden zufügte, die den letzten Zweikampf zwischen Sacerdotium und Imperium auslöste und schließlich zum Rhenser Weistum von 1338[31] und zur Goldenen Bulle von 1356[32] führte, in der die

---

[27] Art. „Burg", LMA II, 965 ff

[28] ‚Markt' hier im Sinne einer kaufkräftigen Nachfrage, noch nicht im Sinne einer rechtlich abgesicherten Veranstaltung wie seit dem Jahre 1315.

[29] PÖHLMANN 1921, S. 6 f

[30] **Grundmann**, Herbert: Wahlkönigtum, Territorialpolitik und Ostbewegung im 13. und 14. Jahrhundert. In Gehardt[9] Band 5, München 1983, S. 154

[31] „Kurverein von Rhens": Festlegung, dass allein die sieben Kurfürsten (die Erzbischöfe von Mainz, Trier und Köln, der Pfalzgraf bei Rhein, der Herzog von Sachsen, der Mark-

Unabhängigkeit der deutschen Königswahl von der Gewalt des Papstes proklamiert und festgeschrieben wurde. Am 19. Oktober wählten in Frankfurt-Sachsenhausen Erzbischof Heinrich von Köln, der in territorialer Konkurrenz mit dem Mainzer Erzstift liegende Pfalzgraf Rudolf I., die Herzöge Rudolf von Sachsen und Heinrich von Kärnten den Habsburger Friedrich I. (Sohn Albrechts I.) zum König (1314 - 1330). Für seinen Vetter Herzog Ludwig IV. von Bayern (1314 -1347) entschieden sich am folgenden Tag vor den Toren Frankfurts die geistlichen Kurfürsten von Mainz und Trier sowie Markgraf Waldemar von Brandenburg, König Johann von Böhmen und Johann von Sachsen-Lauenburg."[33]

Im darauf anhebenden Krieg, der erst 1322 endete, als Ludwig der Bayer bei Mühldorf Friedrich vernichtend schlug und gefangen nahm,[34] hielt sich Graf Georg auf der Seite seines Lehnsherren, des Mainzer Erzbischofs,[35] und auf der Seite Ludwigs des Bayern. Dieser zeigte sich erkenntlich, indem er Georgs Residenz Meisenheim die Rechte der Stadt Oppenheim verlieh:

„Wir Ludwig von Gottes Gnaden, römischer Kaiser und König, Mehrer des Reiches, eingedenk der guten und ersprießlichen Dienste, welche der Edele Georg Graf zu Veldenz Uns und dem Reiche geleistet hat und leisten wird, gestatten demselben in Gnaden, daß er die Befestigung seines Ortes, genannt Meisenheim, erneuern möge, wollen und willfahren auch, daß diese Feste mit ihren Bürgern derselben Rechte, Privilegien, Vergünstigungen und Freiheiten sich erfreue und bediene, welche Unsere Stadt Oppenheim mit ihren Bewohnern besitzt. Dessen zum Zeugniß geben wir gegenwärtigen Majestätsbrief mit Unserem Siegel versehen.

Geschehen zu Speier am 22. März des Jahres 1315, Unserer Regierung im ersten."[36]

Zwei Gesichtspunkte sind an diesem Text interessant.

Erstens gestattete Ludwig Georg, dass er die „Befestigung seines Ortes […] *erneuern* möge". Im lateinischen Text steht *instaurare*, und das Stowassersche Wörterbuch gibt die Bedeutung mit ‚*wieder* aufrichten', ‚*wieder* herstellen' an; ‚erneuern' ist also ganz treffend. Damit ist klar, dass Meisenheim schon eine Stadtbefestigung[37] gehabt haben muss, ob auf Grundlage eines verschollenen Privilegs oder

---

graf von Brandenburg und der [1338 nicht anwesende] König von Böhmen) mit einfacher Mehrheit den deutschen König wählen und dass dieser keiner Bestätigung oder Anerkennung durch den Papst bedürfe.

[32] Bis 1806 gültiges „Grundgesetz" des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation, in dem u. a. die Vorrangstellung der Kurfürsten festgeschrieben wurde.

[33] JÜRGENSMEIER 1981, S. 123 f

[34] **Holzfurtner**, Ludwig: Die Wittelsbacher. Staat und Dynastie in acht Jahrhunderten. Stuttgart 2005 [HOLZFURTNER 2005], S. 82

[35] Peter von Aspelt, 1306 - 1320

[36] Hier die Übersetzung bei COERPER 1880, S. 4

[37] Untersuchungen, die der Bauhistoriker Stefan Ulrich (Römermuseum Homburg/Saar) im Jahre 2009 durchführte, kamen zu dem Ergebnis, dass die heute stehenden *steinernen* Stadtmauern erst aus dem 15. oder frühen 16. Jahrhundert stammen. Das Baumaterial des Untertores deutet jedoch darauf hin, dass dessen Sockel schon Ende 13./Anfang 14. Jahrhundert errichtet wurde. Da ein Tor alleine wenig sinnvoll wäre, muss eine Befestigung vorhanden gewesen sein, die man sich zu der Zeit der Stadtrechtsverleihung als eine

(was wahrscheinlicher ist) durch Usurpation des eigentlich dem König zustehenden Befestigungsrechtes während des Interregnums, sei dahingestellt. Mit Sicherheit hatte der Burgbezirk Mauern, die jetzt um die ganze Stadt verlängert wurden und heute noch zum großen Teil erhalten sind. Offenbar ging man dabei großzügig vor und bezog auch das zum Glan hin in der Hochwasserzone gelegene Gartengelände ein;[38] denn als 345 Jahre später, im Jahre 1660, der Landesherr anregte, „das wir sollten alhir zu meissenheimb zum Klencken thurm ußen, ein vorstadt uffbauen", wiesen Schultheiß, Bürgermeister und Rat sechs freie Bauplätze innerhalb der Mauern nach und fügten die Bemerkung an: „Wan es die Notturfft ferner erfordern thut, kann man noch mehr ledige pletze, so noch vorhanden seindt, weiter verpauen, und zu wohnungen zurichten."[39] Erst knapp hundert Jahre später, in der Mitte des 18. Jahrhunderts, wuchs Meisenheim tatsächlich über den Mauerring hinaus – allerdings nicht am Klenker-, sondern „Am Obertor".[40] Das vermutlich älteste der drei Tore ist das Untertor, dessen Sockelteil wohl schon 1315 fertig wurde,[41] andererseits zogen sich die Arbeiten hin – erst 1440 wurde das „ober grossthor uffgericht"[42] (was sich aber wohl nur auf den Tor*turm* bezieht, denn schon zwischen 1363 und 1378 wird in einer Lehnsurkunde ein Hof „bei der Obern Pforte auf dem Graben zu Meisenheim" erwähnt.[43] Noch 1470 wurde das „gross bollwerk gebawet,"[44] wobei es sich aber auch um Reparaturarbeiten nach der Beschießung des Jahres 1461 gehandelt haben kann.

„Über das Aussehen der Mauer geben drei Quellen Auskunft: Merians Stich von 1645, Speners Häuserbuch von 1768 und die bis heute erhaltenen Reste. Im Osten und Süden passte sich die Mauer dem Gelände an und folgte dem Flußlauf des Glan. Lediglich im Norden und Westen mußte ihr Lauf künstlich angelegt werden. Dabei orientierte sie sich fast genau an der Nordsüdrichtung und folgte dem Verlauf der Römerstraße, an der die Franken ihren Friedhof angelegt hatten. An der Nordwestecke der Stadt knickt die Mauer fast exakt im rechten Winkel ab. Davor lag im Norden und Westen der Stadtgraben. Es ist unwahrscheinlich, daß dieser je mit Wasser gefüllt war, da die Abzweigung des Glan unterhalb des Schlosses liegen müßte. Sowieso besaß das Schloß eine eigene Mauer, vor der der Hügel allmählich zum Glan hin abfiel."[45]

Zweitens bekamen die Meisenheimer die Rechte der Oppenheimer: Georg und seine Meisenheimer werden gewusst haben, was diese beinhalteten, darum brauchte die Urkunde keine Einzelheiten zu nennen; wir dagegen müssen nachlesen: Oppenheims Urkunde wurde 1226 von Kaiser Friedrich II. in Norditalien

---

Holz-Erde-Konstruktion vorstellen muss. „Experte: Stadtmauer wurde erst nach 1315 errichtet" ÖFFENTLICHER ANZEIGER 18. 4. 2011

[38] LURZ 1987, S. 112

[39] Stadtratsprotokoll, 20. Juli 1660, zit. n. LURZ 1987, S. 189

[40] So heißt die Straße der ersten Erweiterung über den Mauerring hinaus heute. - LURZ, 1987, S. 75 f

[41] LURZ 1987, S. 223

[42] Zweibrücker Kirchenschaffnei II, 248 – zit. n. ZIMMERMANN 1935, S. 283

[43] PÖHLMANN REGESTEN Nr. 325

[44] ZIMMERMANN 1935, S. 238

[45] LURZ 1987, S. 222

ausgestellt. Friedrich war zu der Zeit beschäftigt mit der Vorbereitung eines dem Papst zugesagten Kreuzzuges und mit dem Versuch, Norditalien wieder unter kaiserliche Botmäßigkeit zu bringen.[46] In dieser Situation war ihm daran gelegen, nördlich der Alpen „den Rücken frei" zu haben und sich verlässliche Stützpunkte zu schaffen. In diesem Zusammenhang versprach er, „die Ritter und sämtliche Bürger und Einwohner ihrer Stadt mit ihren Familien und ihren Gütern und diese Stadt Oppenheim in ihrer ganzen Ausdehnung unter unseren Schutz und in die besondere Verteidigung des Reiches auf(zu)nehmen.

Wir gestehen den Rittern, die in dieser Stadt wohnen, Freiheit und beständige Freistellung von Steuern und anderen Abgaben zu und begünstigen sie dauerhaft. Darüber hinaus gestatten wir den anderen Bürgern dieser Stadt, dass sie vom jetzigen Juni in der 14. Indiktion bis zum vollendeten zehnten Jahr danach von allen Steuern und Abgaben ganz und gar frei und unbelastet sein sollen; wir erweisen ihnen diese besondere Gnade, damit die Ritter und Bürger sogleich und wirksam zur Befestigung der Stadt schreiten.

Aus überfließender Gnade und den Vorteil der Bürger im Auge gestatten wir, dass jedes Jahr in der Stadt selbst oder außerhalb allgemeine Märkte stattfinden sollen, die jedes Jahr am neunten Tag vor dem Fest des heiligen Martin beginnen und bis zum neunten Tag danach dauern sollen. Darüber hinaus gestatten wir den Bürgern dieser Stadt die Festlegung der Grenzen, die man umgangssprachlich ‚Bannmeile' nennt, wie es vom verehrungswürdigen Erzbischof Engelbert von Köln ruhmreichen Angedenkens in denselben Grenzen angeordnet worden ist. Wir bestimmen und verbieten mit dem vorliegenden Edikt, dass kein Fürst, Herzog, Markgraf, Graf, Vizegraf, Schulheiß, Vogt, Ministeriale oder irgendeine Person, ob hoch, ob niedrig, ob kirchlich oder weltlich, sich herausnimmt, die genannte Stadt, ihre Ritter oder Bürger gegen die von unserer Seite getroffenen Konzessionen zu belästigen. Wer sich das herausnimmt, kann der Ungnade unserer Hoheit gewiss sein. […] *Datiert Borgo San Domino,*[47] *Juni 1226"*[48].

Das heißt: Der Kaiser wehrte jeden anderen als seinen eigenen Einfluss auf Oppenheim ab, garantierte Befestigung, ein umrissenes städtisches Territorium als eigenen Rechtsbezirk („Bann"), befristete Steuerfreiheit und günstige wirtschaftliche Rahmenbedingungen für die Stadt, persönliche Freiheit für die Bürger.

Was davon ist auf Meisenheim übertragbar? Zunächst: Der Einfluss der Veldenzer in ihrer Residenzstadt blieb erhalten, eine freie Reichsstadt ist Meisenheim nicht geworden. Sodann: Die Stadtmauer beschrieb einen Bezirk, in dem die Menschen persönlich frei waren, auf jeden Fall vollständig von Frondiensten. Das gilt für Oppenheim *und* Meisenheim – und befristet von der Steuerzahlung: auch in Meisenheim hören wir 1350 von einer Steuerpflicht; zugleich wurden in der Bannmeile

---

[46] **Stürner**, Wolfgang: Friedrich II. Teil 2: Der Kaiser 1220 – 1250. Darmstadt 2000, S. 116 ff

[47] zwischen Piacenza und Parma

[48] Lateinischer Text in: **Huillard-Bréholles**, J.-L.-A.: Historia Diplomatica Friderici Secundi sive constitutiones, privilegia, mandata quæ supersunt istius imperatoris et filiorum eius. Tomus II. Paris 1852; S. 623 f. – Übersetzung: Salomon. – Leicht abweichende Übersetzung bei LURZ MH 30, S. 226 – (Am gleichen Ort, unter dem gleichen Datum wurde auch die berühmte Reichsfreiheits-Urkunde für Lübeck ausgestellt.)

(d.h. wohl in den Grenzen der Gemarkung Meisenheims) die gleichen Rechtsverhältnisse garantiert, woraus zu folgern ist, dass die Bürger die Rechtspflege in die eigenen Hände bekamen. Damit war Meisenheim nicht nur Stadt im topografischen, sondern auch im rechtlichen Sinne: Die Bürger hatten ein gewisses Maß an Selbstverwaltung gewonnen. Ob die Einzelbestimmungen dieser Selbstverwaltung schon damals aufgeschrieben worden sind, wissen wir nicht.

Schließlich: Das Marktrecht – zu dem Herbstmarkt[49] trat relativ bald auch noch ein Frühjahrsmarkt hinzu;[50] über die Bedeutung und Wirkung des Marktrechts führte Karl Buß in seinem Vortrag zum 650-jährigen Jubiläum der Stadtrechtsverleihung aus:

„Durch die Erhebung zur Stadt erhielt Meisenheim die Berechtigung, zweimal im Jahr, an Ostern und im Herbst, einen 14-tägigen Markt abzuhalten.

Damit wurde Meisenheim zum wirtschaftlichen Mittelpunkt des gesamten Glantales: Hier strömte an Markttagen das Landvolk von nah und fern zusammen und deckte den Bedarf an Verbrauchsgütern. Hier erschienen die Kaufleute aus Zweibrücken, aus Kaiserslautern, aus Otterberg, aus den oberrheinischen Städten und sogar von Frankfurt, um ihre Waren feilzubieten.

Diese Großmärkte wurden zu einer lohnenden Einnahmequelle für die Stadt […]

Eine genaue Marktordnung sorgte für den reibungslosen Ablauf der beiden Märkte, zu denen später noch der Katharinenmarkt hinzukam.

Vorrang unter den Kaufleuten hatten die Zweibrücker Kaufleute, die vertragsgemäß ihre Verkaufsstände am Marktplatz direkt an der Untergasse aufschlagen durften und für diesen bevorzugten Platz ein Sonderstandgeld zahlten. Otterberger Tuchhändler hatten jahrzehntelang das Vorrecht, ihre Waren in der Rathaushalle zu stapeln und feilzubieten.

Meisenheim war die Marktstadt im Glantal, eine Zentrale wirtschaftlichen Leben; der Glan die Schlagader der Landschaft.

Damit standen die Bürger dieser Stadt weit über denen des platten Landes. Es war nicht nur eine Ehre, sondern auch ein Vorrecht, Bürger einer Stadt zu sein. Mit Recht entstand damals die Redensart, die jahrhundertelang Geltung behalten sollte:

Zweibrücker Herren
Meisenheimer Bürger
Kuseler Bauern.“[51]

Außer den beiden großen Jahrmärkten muss es auch bald Wochenmärkte gegeben haben – eine fragmentarisch erhaltene Stadt- und Polizeiordnung von 1437 erwähnt ihre Veranstaltung.[52]

Die im Lehnswesen wurzelnde Auffassung, dass Rechtsbeziehungen nur zwischen *Personen* bestehen, ihre Fortdauer in einem *Territorium* darum beim Tode eines Beteiligten durch Bestätigung gewissermaßen wieder aufgefrischt werden müssten,

---

[49] St. Martin: 11. November

[50] **Schaffner**, Heinrich: Etwas über das restaurierte Markthaus. In: Allgemeiner Anzeiger 25. 10. 1930 – zit. n. LURZ MH 30, S. 227

[51] **Buß**, Karl: Der 650. Geburtstag der Stadt Meisenheim. Feierstunde in der Internatsaula mit Festvortrag des Oberstudiendirektors Karl Buß. In: **Mosaik.** Schülerzeitschrift am Paul-Schneider-Gymnasium: 650 Jahre Stadt Meisenheim.. Meisenheim Juni 1965, S. 8 f

[52] LURZ 1987, S. 124

wobei gegebenenfalls Modifikationen möglich sein sollten, galt auch im späten Mittelalter und lebte noch bis in die Zeit des Absolutismus im 18. Jahrhundert fort. Darum wohl sah sich Graf Heinrich II. drei Jahre nach dem Tode seines Vaters Georg († 1347) veranlasst, den Meisenheimern ihr Stadtrecht zu bestätigen – in dieser neuen Urkunde war zum ersten Male vom Bürgermeister, von Schöffen, vom Schultheiß und von Steuern und Abgaben die Rede:

„Wir Heinrich, Graf zu Veldenz, erklären öffentlich in diesem Brief und tun kund allen denen, die ihn sehen oder lesen hören, dass wir wegen der getreuen, nützlichen Dienste, die die ehrsamen Leute - die Bürgermeister, Schöffen und ganze Gemeinde - von Meisenheim, unsere lieben Getreuen, uns, unserem Vater selig und allen unseren Vorfahren sehr willig erwiesen haben und noch erweisen mögen, mit diesen Briefe sollen bestätigt und befestigt bekommen, und wir bestätigen und befestigen diejenige Freiheit, die der durchlauchtigste Herr Ludwig selig, zu der Zeit Römischer König, derselben Stadt Meisenheim gegeben und verliehen hat mit seinen königlichen Briefen auf die Bitte unseres lieben Herrn und Vaters selig Georg, Grafen zu Veldenz: Also, dass sie haben, gebrauchen, genießen und sich erfreuen aller der Freiheiten, Rechte, Briefe und Gewohnheiten, die des Reiches Stadt Oppenheim hat, genießt, nutzt und sich erfreut: doch mit solchem Vorbehalten und Unterschied, dass die obgenannten Bürger der Stadt Meisenheim uns und unseren Erben leisten, geben und reichen sollen ewiglich alle Jahre im Mai 70 Pfund Heller und in dem Herbst danach auch 70 Pfund Heller in guter und annehmbarer Währung, die sie uns zu geben willig gelobt und sich verpflichtet haben. Auch haben wir uns und unseren Erben vorbehalten, des Schultheißen Amt in der vorgenannten Stadt Meisenheim und was an Nutzen, Gefällen oder Geldstrafen davon dem Amt oder dem Gericht zufällt oder zufallen würde. Alle diese vorstehenden Artikel und Stücke und jegliches besonders geloben wir in guter Treue für uns und unsere Erben und Nachkommen und alle unsere Städte fest und unverbrüchlich zu erhalten und die Bürger der obgenannten Stadt Meisenheim und alle ihre Nachkömmlinge niemals darüber hinaus zu bedrängen in keinen Stücken, wie man die verdenken möchte, heimlich oder offenbar, ausgeschieden ist in allen diesen vorstehenden Artikeln alle Arglist und Gefährdung. Und dies zu einer wahren Urkunde und ewiger Stetigkeit, so haben wir diesen Brief besiegelt mit unserem großen Insiegel, der gegeben worden dem Dienstag vor St. Bonifatiustage, des heiligen Bischofs, da man zählte von Christi Geburt dreizehnhundert Jahr und danach in dem fünfzigsten.“[53]

Was im Einzelnen die Aufgaben der genannten Amtspersonen waren, wird nicht festgelegt; deutlich werden die Zusammenarbeit von herrschaftlichen (vom Grafen ernannter Schultheiß) und bürgerschaftlichen (Bürgermeister und Schöffen) Beauftragten, das Zusammenfallen von administrativen und jurisdiktionellen Aufgaben, die Existenz eines Stadtgerichtes sowie das wirtschaftliche Interesse des Grafen. (Es ist wohl kein Zufall, dass die beiden Steuertermine im zeitlichen Zusammenhang mit den Märkten liegen). – Spätere Stadtrechte waren dann ausführlicher und differenzierter; sie werden unten im Zusammenhang mit der Zweibrücker Herrschaft behandelt.

---

[53] Spätmittelhochdeutscher Text und Übersetzung der Urkunde in LURZ MH 30, S. 228 f – (Übersetzung von mir leicht überarbeitet, U.S.)

Das „Gelbe Haus“ unter der Schlosskirche, an der Ecke Amtgasse – Untergasse, war bis zur Reformation Sitz der Johanniter-Kommende

Dass in Meisenheim, der Residenzstadt, natürlich auch Herrschaftstätigkeiten ausgeübt wurden, versteht sich, auch wenn wir darüber eher nebenbei etwas erfahren – etwa um 1373 durch ein Urteil, das Graf Heinrich III. in seiner „Schurre" (Gerichtsscheune) in einem Lehenstreit fällt; „der versiegelt brieff hievon der lyt zu Meisenheim uff dem Schryff husch";[54] (*‚die betreffende Urkunde befindet sich in Meisenheim in der Geschäftsstelle' U.S.*). Die Residenzstadt überflügelte an Bedeutung die Orte der Umgebung, die ebenfalls im 14. Jahrhundert Stadtrechte erlangten: Lauterecken (1343), Kusel (1347), Obermoschel und Odernheim (1349).[55] Allgemein kann man aber feststellen, dass die meisten Städte, die aus der landesherrlichen „Stadtgründungwelle" des Spätmittelalters hervorgegangen sind, nicht die Bedeutung frühmittelalterlicher oder gar römischer Gründungen erlangt haben (es sei denn, die Industrialisierung habe sie wachsen lassen – anschaulichstes Beispiel in unserer Gegend ist Ludwigshafen).

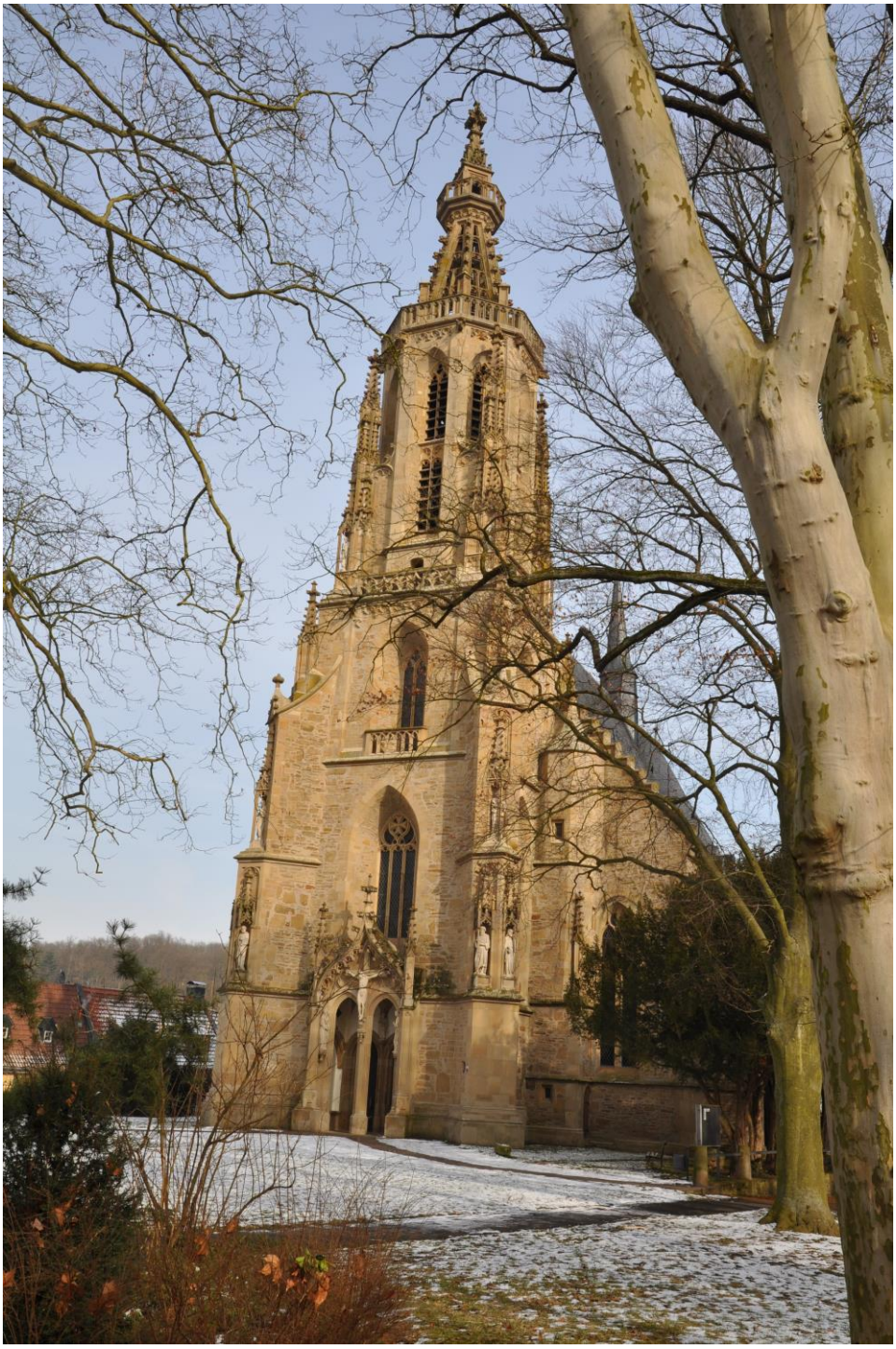
Die Johanniter in Meisenheim

Graf Georg hat sechs Jahre nach der Stadtrechtverleihung noch eine weitere Entscheidung getroffen, die das Leben der Meisenheimerinnen und Meisenheimer rund 200 Jahre lang mit geprägt hat: Er übergab die Pfarrkirche am 10. September 1321 an den Johanniterorden:

„Geben mit gesamter Hand und bedachtem Muet leuchterlich durch Gott zu eyner ewiglichen Gyffden und unwiderrufflich dem vorgemelden Orden und dem Meyster des Ordens, Bruder Rudolf von Masemonster, und Bruder Hartherard, und Bruder Johann, Conthuren, auch desselben Ordens, die Kirch und den Kirchsatz ynn der Stadt zu Meysenheym, und die Capellen, die zu der Stadt hörend, ynnen und ussen, mit allen den Rechten und Nutzen, die zu der Kirchen und Capellen hörend, und wenn der Kirchsatz Lehen ist, so hat Bruder Rudolph von Masenmünster, Meyster desselben Ordens und Bruder Harterart und Bruder Johann, die vorgenannten, uns und unsern nachkommenden begeben ihren großen Brül unter Bylstein, umb das wir und unsere nachkommenden, oder wer die Grafschaft von Veldentz und Meysenheym ynn hat, die vorgenannte Kirch und Kirchsatz vermannen sullen, das die nachkommende Meysterschaft und Brudere des Ordens ungehindert belyben. – Darum so hat Bruder Rudolph, Meyster, und Bruder Hartherat und Bruder Johann, die vorgenannten, uns gelobt, vier Briestere ewiglich zu halten uff der vorgenannten Kirchen zu dienen und zu betten für unser Seelen und unser Nachkommen und unser Altforderen. Also wye eyn Briester oder merr abgingen, so sollen die vorgenannten Meystere und Brudere in tzweyen Monaten, oder in dreyen, andere Briestere an die Statt wydersenden mit unsern und unsern nachkommenden Rad und Willen. Und deten sye des nit so mogen wir und unsere Nachkommen uns wyder halten ungewerd an den Kirchsatz zu Meysenheym und an das Gut zu Sulzbach und zu Rehbor, ires Ordens, als lang bis das sye die Zal der vier Briestere erfüllen […] und die Brudere zu Meysenheym mit Convent wonen sullen ungeverd, nit zu Solzbach. – Dusent Jaeren und druhundert Jaeren und eyn

[54] PÖHLMANN REGESTEN Nr. 335
[55] WILD 1982, S. 12

Von den Johannitern betreut: die Schlosskirche



und tzwentzig Jaer, des nechsten Samszdags nach dem Dag als unser Fraw gebohren wurd."[56] *(Mariä Geburt: 9. September, U.S.)*

Der Johanniter- oder Hospitaliterorden hatte zu diesem Zeitpunkt schon eine bewegte Geschichte.[57] Er war 1099, im Jahre der Eroberung Jerusalems durch den ersten Kreuzzug, gegründet worden, und die Fratres hatten mit ihrem Hospital für Pilger und Kranke für damalige Zeiten Vorbildliches geleistet, waren mit reichen Landschenkungen bedacht worden, deren Erträge die Tätigkeit des Ordens finanzierten, und hatten in mehreren Wallfahrtsorten Europas abhängige Spitäler gegründet. 1154 wurden die Johanniter vom Papst als Orden anerkannt, mit der Verpflichtung zu Keuschheit, Armut und Gehorsam wie die Mönchsorden auch. Bedingt durch die bedrohte Lage der europäisch-christlichen Eroberer im vorderen Orient, bildete der Orden neben dem karitativen bald einen militärischen Zweig aus, wurde daher auch für Adlige von Interesse und entwickelte sich rasch zum *Ritter*orden, ohne aber seine karitativen und seelsorgerlichen Aufgaben zu vernachlässigen; Ritter, Geistliche und dienende Brüder wirkten zusammen.

In Deutschland breitete sich der Orden besonders in der Mitte des 13. Jahrhunderts aus. Die etwas über hundert Kommenden, die örtlichen Ordenshäuser, waren im Großpriorat Deutschland zusammengefasst.[58] Zu der Zeit, als Graf Georg den Johannitern die Meisenheimer Pfarr- und Schlosskirche[59] übertrug, hatte der Orden infolge der sich für die christlichen Eroberer verschlechternden Lage Palästina bereits verlassen und residierte seit 1309 (und bis 1523) auf Rhodos. Damit wurden auch die Schenkungen an den Orden geringer, da sein eigentlicher Daseinszweck im „Heiligen Land" nicht mehr erfüllt wurde.

In unsere Gegend kamen die Johanniter durch eine Schenkung der Söhne Bertholds von Grumbach,[60] die 1290 dem Orden die Pfarrkirche und einige Güter in Sulzbach (heute Herrensulzbach bei Lauterecken) übergaben. Graf Georg veranlasste dann ihre Übersiedlung nach Meisenheim. Der obige Vertrag wurde geschlossen zwischen Georg und seiner Gemahlin Agnes einerseits, dem deutschen Großprior Rudolf von Masmünster und den Komturen Harterard und Johann andererseits. Der Orden verpflichtet sich, stets vier Geistliche an der Kirche zu halten (die auch die Kirchen und Kapellen in der Umgebung – Jeckenbach, Breitenheim,

---

[56] COERPER 1880, S. 5

[57] Das Folgenden nach LMA V, 613 f. – Der Orden trug zu verschiednen Zeiten auch andere Bezeichnungen: „Hospitaliter" wegen des Hospitals in Jerusalem, nach dem Verlust Palästinas für die Kreuzfahrer „Rhodiser" wegen des Sitzes des Ordens auf der Insel Rhodos (von 1309 bis zur osmanischen Eroberung der Insel 1522); danach „Malteser" (wegen des Ordenssitzes bis 1798).

[58] **Rödel**, Walter G.: Das Großpriorat Deutschland des Johanniter-Ordens im Übergang vom Mittelalter zur Reformation. Köln 1966, S. 25 ff

[59] „Schlosskirche" ist streng genommen falsch: Es handelt sich um die Pfarrkirche, der Bezug zum Schloss ist rein lokal. Wegen dieser räumlich Nähe und sicher auch wegen der glanzvollen Architektur hat sich der Name ‚Schlosskirche' festgesetzt – darum soll er hier auch weiterhin verwendet werden.

[60] Das Folgende nach **Rödel**, Walter G.: Die Johanniter und ihre Kirche in Meisenheim. In: Schlosskirche Meisenheim 1504 – 2004. Hg. von der evangelischen Kirchengemeinde Meisenheim. Meisenheim 2004 [SCHLOSSKIRCHE 2004], S. 47 ff

Desloch, Callbach, Reiffelbach, Löllbach[61] – zu betreuen sowie die Seelsorge im Meisenheimer Hospital zu gewährleisten hatten) und für das Seelenheil der Vorfahren des Grafen von Veldenz zu beten. Dafür bekommt der Orden den „Kirchsatz" (Kollatur), also das Recht, die Priester auszuwählen, und zur Besoldung der Geistlichen die Verfügung über die Güter der Kirche. Sollte der Orden seinen Verpflichtungen nicht nachkommen, behält sich der Graf den Zugriff auf die Ordensbesitzungen in Sulzbach und Rehborn vor.

Das Zusammenleben des Ordens mit der Stadt scheint sich zumeist sehr gedeihlich gestaltet zu haben. Die Kommende der Fratres erbaute sich (vielleicht schon 1339[62]) ihre Komturei unterhalb der Kirche, das so genannte Gelbe Haus[63] (Amtsgasse 12), das später Sitz des Amtmannes und der „Landschreiberei" wurde, nebst der dazugehörigen Zehntscheune; und 1417 wird erstmals das Bestehen eines Hospitals (im Grundriss erkennbar noch Mühlgasse 12) erwähnt,[64] d.h. der Orden blieb auch in Meisenheim seiner Aufgabe treu. „Hospital" bedeutet im Sprachgebrauch der Zeit mehr als nur Krankenhaus. „Aus unserer heutigen modernen Sicht könnte man eine solche Anstalt als eine Mischung von Herberge, Gasthaus, Obdachlosenasyl, Sozialstation und Krankenhaus bezeichnen. Eine zentrale Rolle spielte dabei die christliche Nächstenliebe, die *misericordia in pauperes*, die man nach unserem heutigen Verständnis als Diakonie im weitesten Sinn bezeichnen kann."[65] Im Jahre 1445 schloss die Komturei mit der Stadt einen Vertrag. Gegen Überlassung einiger Grundstücke konnten vermögenslose Einwohner wenn nötig in das Hospital aufgenommen werden.[66]

Die Johanniter sollten am Ende ihres Wirkens in Meisenheim noch eine wichtige Rolle bei der Einführung der Reformation spielen (s. u. *Die Reformationszeit).*

Auf dem Wege zum Territorialstaat

Im selben Jahre 1315, in dem Meisenheim sein Stadtrecht erhielt, besiegte am Morgarten[67] in der Schweiz ein *zu Fuß* kämpfendes Bauernheer aus den drei Kantonen Uri, Schwyz und Unterwalden ein schwer bewaffnetes *Ritter*heer Herzog Leopolds von Österreich. Die eher episodische Bedeutung des Ereignisses für die Schweizer Geschichte ist für unseren Zusammenhang nicht wichtig, wohl aber das, was es in militär- und noch mehr sozialgeschichtlicher Hinsicht symbolisiert: Die Zeit der

---

[61] Die Liste nach dem Visitationsprotokoll von 1495, wiedergegeben bei **Rödel**, Walter G.: Wirtschaftliche und kirchliche Verhältnisse der Johanniter-Kommende Meisenheim vom Ende des 15. Jahrhunderts bis zu ihrer Aufhebung in der Reformationszeit. In: Ebernburg-Hefte 11/1977 [RÖDEL 1977] S. 134

[62] **Buß**, Karl: Das „Gelbe Haus" in Meisenheim. In: Nahelankalender 1985, S. 104 f

[63] LURZ 1987, S. 98 f

[64] ZIMMERMANN 1935, S. 281

[65] Rödel in SCHLOSSKIRCHE 2004, S. 48

[66] **Schaffner**, Heinrich: Kurzgefaßte Geschichte der Stadt Meisenheim. Meisenheim 1938 [SCHAFFNER 1938] S. 14

[67] Zum Schlachtverlauf: **Delbrück**, Hans: Geschichte der Kriegskunst Band 3: Mittelalter. Neudruck Berlin 2000, S. 635 ff. – Zur historischen Wertung: **Geschichte de Schweiz und der Schweizer.** Hg. vom « Comité pour une Nouvelle Histoire de la Suisse » Basel 1986, S. 175 f

Ritter, der berittenen Lehnsmannen, ging langsam zu Ende; nicht mehr die Verfügung über einen vielköpfigen Lehnshof von oft recht unzuverlässigen, weil von 15, 20 oder mehr Herren belehnten Kleinadligen versprach militärischen und politischen Erfolg, sondern die Fähigkeit, die wirtschaftlichen Kräfte und hoheitlichen Rechte eines Gebietes so zu bündeln, dass sie politisch und, wenn es denn sein musste, auch militärisch effizient einsetzbar waren – mit anderen Worten: der Besitz der Landesherrschaft.

Einen ersten Schritt in diese Richtung bedeuteten die beiden Fürstengesetze Kaiser Friedrichs II,[68] die erst den geistlichen und 12 Jahre später auch den weltlichen Fürsten einen Teil der königlichen Rechte, der Regalien, überließen; mit der „Goldenen Bulle" (s. o.) erlangten die Kurfürsten eine herausragende Stellung, und zwei von diesen besonders privilegierten Reichsständen waren unmittelbare Nachbarn der Veldenzer, die sich bei Strafe des völligen Bedeutungsverlustes daher um weitere landesherrliche Befugnisse bemühen mussten.

Dass die Grafen von Veldenz sich das Recht, ihre Stadt Meisenheim zu befestigen, vermutlich einfach genommen hatten, haben wir schon gesehen. Dass in Meisenheim von den Grafen Zoll erhoben wurde, erfahren wir eher beiläufig für das Jahr 1390;[69] schon zwischen 1347 und 1393 prägte zumindest einer der drei Heinriche von Veldenz in Meisenheim Silbermünzen;[70] die Grafen sammelten Geleitrechte[71] – „Geleit, unter dem Worte verstehet man insgemein alles das, was die hohe Landes-Obrigkeit zu sicher und bequemer Geleitung, Forthelfung und Erhaltung der im Lande Reisenden, sonderlich aber derer Handelsleute verordnen und schaffen muß, es geschehe nun mit Beschützung derer Straßen vor Raubung und Plackerey oder mit Erhaltung derer Straßen selbst, derer Brücken etc. [72]" – also das Hoheitsrecht, für öffentliche Sicherheit zu sorgen – alles ursprünglich Regalien. Die Grafen erwarben zielgerichtet Höfe, Dörfer, Gerichte, die zwischen ihren Besitzungen lagen, um ihr Land zu arrondieren,[73] sie begannen, die verschiedenen Funktionen der Verwaltung in Ämtern und Oberämtern, darunter das wichtigste: Meisenheim zu organisieren,[74] deren Leitung nicht mehr „verliehen", sondern besoldeten

---

[68] *Confoederatio cum principibus ecclesiasticis* (1220) und *Statutum in favorem principum* (1232) – Text und Übersetzung: WEINRICH 1977, S. 376 ff u. 434 ff

[69] PÖHLMANN REGESTEN Nr. 338

[70] **Kreischer**, Kurt: Meisenheimer Münzprägungen der Grafen von Veldenz und der Herzöge von Pfalz-Zweibrücken-Veldenz. In: Zweibrücker Arbeitsgemeinschaft für Familienforschung/Arbeitskreis pfalz-zweibrücker Münzwesen und Bergbau (Hg.) Münzer in Meisenheim und Zweibrücken [MÜNZER]Zweibrücken 1976, S. 35

[71] PFALZATLAS I, Karte 86; **Fendler**, Rudolf: Geleitstraßen und Postlinien vor der Französischen Revolution. PFALZATLAS Textband II, S. 703 ff – PÖHLMANN 1921, S. 13. Die erste Verleihung eines Geleitrechtes von und nach Kaiserslautern: König Ludwig der Bayer an Graf Georg von Veldenz, 21. Dezember 1321. (PÖHLMANN REGESTEN NR. 4)

[72] J. H. Zedler: Großes vollständiges Universallexikon aller Wissenschaften und Künste, welche bißhero durch menschlichen Verstand und Witz erfunden und verbessert worden… zit. n. FENDLER, PFALZATLAS S. 703 f

[73] **Herrmann,** Hans-Walter: Die Grafschaft Veldenz. In: Geschichtliche Landeskunde des Saarlandes Band 2, Saarbrücken 1977 [HERRMANN, VELDENZ], S. 332 ff

[74] FABRICIUS 1913, S. 5 und passim; FABRICIUS 1916, S. 1 ff.

Amtleuten anvertraut wurden[75] – natürlich aus den Kreisen des ritterschaftlichen Adels, der hier eine neue Chance bekam; einige von diesen Adligen werden wir noch kennen lernen.

Natürlich mochte sich der Teil der Ritterschaft, dem der Anschluss an die heraufziehende Landesherrschaft *nicht* gelungen war, mit dem eigenen Bedeutungsverlust nicht abfinden. Der Übergang von der Ausübung des alten Fehderechtes zu simpler Straßenräuberei war oft fließend – ein Beispiel aus unserer Gegend ist die Ganerbenschaft[76] der Burg Montfort[77] (Gemeinde Hallgarten), die schließlich 1456 von Kurmainz und Kurpfalz erobert und geschleift wurde.[78]

Die Befriedung der Ritterschaft, die auf ihrem Fehderecht bestand und in ihren „festen Häusern" nur schwer zu stellen war, überforderte in dieser frühen Zeit der heraufkommenden Landesherrschaft oft die einzelne Herrschaft – daher nahmen im späten Mittelalter die Landfriedenseinigungen[79] zu, die man mit moderner Ausdrucksweise als Systeme „kollektiver Sicherheit" beschreiben könnte: Die Schwurgenossen der Einigung unterwarfen sich einem Schiedsgericht für den Konfliktfall und versprachen einander, gemeinsam gegen jeden Friedensstörer vorzugehen. Die Veldenzer Grafen waren z. B. Mitglieder des Landfriedens, den Karl IV. 1368 im Mittel- und Oberrheingebiet stiftete.[80] Gegen Kriege zwischen bereits vollendeten Landesherrschaften vermochten allerdings, wie wir im nächsten Kapitel sehen werden, auch die Landfriedenseinigungen und –ordnungen nur wenig auszurichten.

Bevor aber ihr Streben nach Landesherrschaft zum vollen Erfolg gelangte, starb die Familie der Grafen von Veldenz im Mannesstamme aus – die Grafschaft ging im Herzogtum Pfalz-Zweibrücken auf.

---

[75] PÖHLMANN 1921, S. 13

[76] Ganerbschaft: die gemeinsame Erbschaft an Lehnsgut (beispielsweise einer Burg), um die am Gut hängenden Rechte ungeteilt in der Familie zu erhalten

[77] Die Burg war ursprünglich auch Veldenzer Lehen von den Bischöfen von Worms, von den Grafen an Burgmannen weiter verliehen. **Wilke**, Herbert: Die Burg in der Landschaft – ihr Schicksal in acht Jahrhunderten. In: Burgenfreunde Montfort e. V. (Hg.): Die Burg Montfort, Oberhausen/Nahe 1988, S. S. 11

[78] **Hothum**, Norman: Geschichte der Burgbewohner. In: ebenda, S. 50 f

[79] Artikel „Landfrieden" LMA V, 1657 f

[80] SALDEN-LUNKENHEIMER 1968, S. 146 f

Die Entstehung des Herzogtums Pfalz-Zweibrücken

Am Anfang des 15. Jahrhunderts wiederholte sich in gewisser Weise die Situation, die Mitte des 13. Jahrhunderts bestanden hatte, als die ältere Linie der Grafen von Veldenz ausgestorben war (s. o.): Die Ehe von Graf Friedrich III., seit dem Jahre 1383 verheiratet mit Margarete, Gräfin von Nassau-Saarbrücken († 1427), blieb ohne Söhne. Die einzige Tochter des Paares, Anna, war als Erbin eines gut regierten, weitgehend schuldenfreien[1] Territoriums ohnehin schon eine „gute Partie", und sie wurde es umso mehr, als sich abzeichnete, dass mit dem Tode des Grafen Johann V. von Sponheim, ihres Onkels, der alle seine Kinder überlebt hatte, die Hälfte der hinteren Grafschaft Sponheim (mit dem Hauptort Starkenburg an der Mosel) und zwei Fünftel der vorderen Grafschaft (Hauptort Kreuznach) an ihren Vater Graf Friedrich III., den Vetter Johanns, fallen würden.[2]

Der Glückliche, der die Hand der Veldenzer Erbtochter Anna errang, war Pfalzgraf Stephan, der zweitjüngste Sohn des deutschen Königs und Kurfürsten Ruprecht[3] von der Pfalz aus dem Hause Wittelsbach. Selbstverständlich haben bei dieser Verbindung in erster Linie territorialpolitische Überlegungen eine Rolle gespielt, was deutlich wird, wenn man die Aufteilung des pfälzischen Erbes unter die Söhne König und Kurfürst Ruprechts betrachtet. Die Goldene Bulle hatte zwar die Unteilbarkeit der Kurfürstentümer festgelegt, doch betrachteten die Pfälzer Wittelsbacher nicht ihren ganzen Besitz als „Kurpräzipuum" (d. h. als mit der Kurwürde verbundenen, unteilbaren und nur auf dem Wege der Primogenitur[4] zu vererbenden Kernbestand);[5] besonders spätere, im Verhältnis zum kurpfälzischen Kerngebiet um Heidelberg eher abgelegene Erwerbungen standen für die jüngeren Söhne zur Disposition. Eine dieser Erwerbungen – z. T. durch Kauf, z. T. durch Erbvertrag – war die Grafschaft Zweibrücken.[6]

König Ruprecht beauftragte im Mai 1410, zwei Tage vor seinem Tode, sieben seiner Berater, einen Plan zur Teilung der Gebiete unter seine vier noch lebenden

---

[1] PÖHLMANN 1921, S. 13 f

[2] Die Einzelheiten waren festgelegt im Beinheimer Vertrag von 1425; die andere Hälfte bzw. die anderen beiden Fünftel, sollte der zweite Vetter Johanns, Markgraf Bernhard von Baden, bekommen. Ausgenommen von diesem Erbgang blieb das so genannte Erbfünftel, also das Fünftel, das über Elisabeth von Sponheim an Kurpfalz gelangte. Diese Regelung sollte noch für erhebliche Spannungen sorgen. - **Heintz**, Philipp Casimir: Das ehemalige Fürstenthum Pfalz-Zweybrücken und seine Herzoge, bis zur Erhebung ihres Stammes auf den bayerischen Königsthron. Erster Theil 1410 – 1514. München 1833,[HEINTZ 1833], S. 140 ff; HERRMANN, VELDENZ, S. 337

[3] König 1400 – 1410, als Ruprecht III. 1398 – 1410 Pfälzer Kurfürst.

[4] Erstgeburtsrecht: Nur der älteste Sohn erbt das Land mit allen politischen Souveränitätsrechten.

[5] **Schaab**, Meinrad: Geschichte der Kurpfalz. Bd. 1: Mittelalter. Stuttgart 1988 [SCHAAB 1988] S. 146 ff

[6] **Herrmann**, Hans-Walter: Die Grafschaft Zweibrücken. In: Geschichtliche Landeskunde des Saarlandes 2, Saarbrücken1977 S. 321 f; ders.: Das Herzogtum Pfalz-Zweibrücken. In: Ebenda [HERRMANN, PFALZ-ZWEIBRÜCKEN], S. 344 ff

Söhne[7] auszuarbeiten. Im Oktober lag das Ergebnis vor.[8] Es führte zur Herausbildung von vier verschiedenen Linien der pfälzischen Wittelsbacher, von denen uns hier nur die mit Pfalzgraf Stephan beginnende Zweibrücker Linie interessieren soll.

Stephan erhielt aus der Teilungsmasse Gebiete auf dem Hunsrück (mit dem Zentrum Simmern), im Pfälzer Wald (mit den Zentren Annweiler und Bergzabern), im Westrich (mit dem Zentrum Zweibrücken) und im Elsass. Schon ein flüchtiger Blick auf die Karte[9] zeigt, dass diese Sammlung weit auseinander liegender Gebietsteile höchst ungünstig war – es sei denn, man bezieht das Territorium der Grafschaft Veldenz ein: Was man dann vor Augen hat, ist zwar immer noch kein geschlossenes Herrschaftsgebiet, nähert sich dem aber schon an. Mit anderen Worten: Der Teilungsplan von 1410 setzte die 1409 geschlossene Ehe zwischen Anna von Veldenz und Pfalzgraf Stephan voraus. Berücksichtigt man auch noch das sponheimische Erbe der Veldenzer (der Erbfall trat 1437 ein), so ergab sich ein recht beeindruckendes Gebiet, das allerdings 1438 gleich wieder geteilt wurde. Von den fünf männlichen Enkeln Friedrichs III., die der Ehe von Anna und Stephan entsprossen waren, waren drei[10] zum geistlichen Stande bestimmt worden, das Territorium wurde zwischen dem ältesten, Friedrich, und dem dritten, Ludwig, geteilt: Friedrich bekam im Wesentlichen die Gebiete auf dem Hunsrück (Pfalz-Simmern), Ludwig das nun entstandene Herzogtum Pfalz-Zweibrücken, das sich von der oberen Nahe über Gebiete beiderseits des Glan bis zur heutigen deutsch-französischen Grenze erstreckte.[11] Die Bezeichnung „Herzogtum" bekam unser Gebiet, weil alle Wittelsbacher u. a. den Titel „Herzog von Bayern" trugen; mit den frühmittelalterlichen Stammesherzogtümern hat sie nichts zu tun.[12]

Im Jahre 1444 starb Friedrich III., der letzte Graf von Veldenz, und sein Schwiegersohn Stephan übergab schrittweise die Herrschaft in den nunmehrigen Herzogtümern Pfalz-Simmern und Pfalz-Zweibrücken an seine Söhne Friedrich und Ludwig.[13] Der so erreichte Zustand sollte im Wesentlichen den Rahmen für die Geschichte Meisenheims in den folgenden rund 350 Jahren darstellen.

Das Haus Wittelsbach – Herzog Stephan

Um die veränderte Stellung Meisenheims, das vorläufig Residenzstadt des vergrößerten Fürstentums blieb, im Kräftespiel der Territorialpolitik zu verstehen, sind ein paar Worte zu der Dynastie nötig, aus der Stephan, der Schwiegersohn des letz-

---

[7] Ludwig III., Kurpfalz; Johannes, Pfalz-Neuburg; Stephan, Pfalz-Zweibrücken; Otto, Pfalz-Mosbach

[8] SCHAAB 1988, S. 145 ff; HERRMANN, PFALZ-ZWEIBRÜCKEN S. 347 f

[9] PFALZATLAS Karte 66; **Baumann**, Kurt: Territoriale Entwicklung des Herzogtums Pfalz-Zweibrücken von 1444 bis 1793, Pfalzatlas Textband II, S. 1213 ff

[10] Ruprecht wurde Bischof von Straßburg, Stephan Domdechant in Köln, Johannes Erzbischof von Magdeburg.

[11] HERRMANN, PFALZ-ZWEIBRÜCKEN, S. 351

[12] Staatsrechtlich war Pfalz-Zweibrücken ein Fürstentum, weil seine Herrscher Sitz und Stimme auf der Fürstenbank des Reichstages hatten; die ‚Herzöge' selbst nannten sich meist mit dem Titel ‚Pfalzgraf bei Rhein' an erster Stelle der offiziellen Titulatur. Wir folgen im Weiteren dem nicht ganz korrekten, aber eingebürgerten Brauch.

[13] HEINTZ 1833, S. 181 f

Vier Wittelsbacher

König Ruprecht von der Pfalz, sein Sohn Stephan, sein Enkel Ludwig, sein Urenkel Alexander: Keines dieser Porträts ist zeitgenössisch und historisch verbürgt. Dennoch transportieren sie eine historische Aussage, nämlich die romantische Verklärung des Mittelalters nach den Schrecken der Französischen Revolution und die Projektion der vom Wiener Kongress enttäuschten nationalen Hoffnungen auf das „angestammte" Herrscherhaus.

ten Grafen von Veldenz, entstammte.[14] Seit der Mitte des 11. Jahrhunderts tauchen ihre Vertreter in den Quellen auf, seit 1180 stellten sie in verschiedenen Linien die Herzöge von Bayern. Ludwig der Bayer aus der oberbayerischen Linie ist uns als Kaiser und Verleiher der Meisenheimer Stadtrechte schon begegnet. 1329 wurden im Hausvertrag von Pavia[15] unter seiner Regierung die Besitzungen geteilt in die bayerischen und die pfälzischen Länder (mit der Oberpfalz); auch aus dieser Linie entstammt ein Römischer König, der uns ebenfalls schon bekannte Ruprecht von der Pfalz.

Die beiden Hauptlinien entwickelten sich, wieder in mehreren Teil-Linien, getrennt voneinander bis fast zum Ende des Alten Reiches, auf dessen Politik sie starken Einfluss ausübten – besonders im so genannten „konfessionellen Zeitalter" (s. u. das gleichnamige Kapitel). Über die Besetzung von Bistümern verstanden es die Wittelsbacher, ihren Einfluss zu vergrößern – die Erzbistümer Mainz, Trier, Köln, Magdeburg und Salzburg, die Bistümer Regensburg, Worms, Augsburg, Lüttich, Breslau und Münster hatten für kürzere oder längere Zeit Prälaten aus dem Hause Wittelsbach; schließlich stellten sie noch drei Hochmeister des Deutschen Ritterordens, einen dänischen und drei schwedische Könige. Mit dem Aussterben der bayerischen Linien Ende des 18. Jahrhunderts wurde Kurpfalz und schließlich Pfalz-Zweibrücken Nachfolger in Bayern – die bayerischen Könige des 19. und frühen 20. Jahrhunderts sind Nachkommen „unseres" Herzogs Stephan.

Natürlich fiel aus solchen Verbindungen Glanz nicht nur auf das Territorium, sondern auch auf die Residenzstadt. Stephan befand sich oft in der Begleitung der Römischen Könige, machte sich nützlich und bekam Privilegien, von denen zwei auch für Meisenheim Bedeutung erlangten: Von Sigismund,[16] dem Nachfolger Ruprechts von der Pfalz, erhielt Stephan 1431 das Münzrecht,[17] Grundlage der späteren Münzstätte in Meisenheim, die die Ausbeute der Silberminen auf dem Seelberge (bei Obermoschel) verarbeitete, wo seit 1442 gefördert wurde.[18] Stephans Schwiegervater Graf Friedrich III. hatte dem Mitbesitzer Wolfram von Löwenstein seine Anteile abgekauft.[19] Kaiser Friedrich III.[20] gewährte Herzog Stephan bzw. seiner Landesherrschaft 1446 das *privilegium de non evocando,*[21] d. h., dass niemand aus seinem Herzogtum vor ein fremdes Gericht (auch nicht vor das hoffnungslos überlas-

---

[14] Das Folgende nach **Holzfurtner**, Ludwig: Die Wittelsbacher. Staat und Dynastie in acht Jahrhunderten. Stuttgart 2005 [HOLZFURTNER 2005]

[15] SCHAAB 1988, S. 91 ff

[16] Aus dem Hause Luxemburg, Römischer König 1410, Kaiser 1433, † 1437

[17] **Lehmann**, Johann Georg: Vollständige Geschichte des Herzogtums Zweibrücken und seiner Fürsten. München 1867 (Nachdruck Osnabrück 1974) [LEHMANN 1867] S. 48 f

[18] **Spuhler**, Ludwig: Der Bergbau in der Pfalz. In: PFALZATLAS, Textband I, S. 126 (zu Karte 82). Zum Bergbau im Herzogtum s. u. *Bergbau und Münze*

[19] **Schlundt**, Rainer: „Und hat sich das ertz wol erzaiget". Nordpfälzer Bergbau der Herzöge von Pfalz-Zweibrücken im 15. und 16. Jahrhundert. Speyer 1982 [SCHLUNDT 1982], S. 43 f und 252 ff

[20] Aus dem Hause Habsburg, Römischer König 1440, Kaiser 1452, † 1493

[21] LEHMANN 1867, S. 74

tete, ineffektive Reichshofgericht) geladen werden durfte - ein Zugewinn an Souveränität, den bis dahin fast nur die sieben Kurfürsten genossen.[22]

Aber genauso brachte diese herausgehobene Stellung auch die Gefahr von unbeabsichtigten Verwicklungen – es muss fast für ein Wunder angesehen werden, dass unser Städtchen trotzdem nahezu unbeschadet die daraus entstehenden Konflikte, von denen noch die Rede sein wird, überstanden hat.

Herzog Stephan zog sich nach dem Tode seiner Frau und seines Schwiegervaters allmählich aus der Tagespolitik zurück, endgültig legte er die Regierung 1453 nieder.[23] Als Alterssitz wählte er Meisenheim. Schon während seiner aktiven Regierungszeit hatte er in der Stadt mehrere Bauten veranlasst: Der Torturm des Obertors, der Turm der Johanniterkirche, die Erweiterung des Spitals[24] gehen auf ihn zurück. Schließlich ließ er den nach ihm benannten „Stephansstock" errichten, den ältesten Teil des Meisenheimer Schlosses, über dessen Aussehen wir noch Bildquellen besitzen (von der alten veldenzischen Burg sind keine sichtbaren Spuren oder Abbildungen erhalten.) Das 1734 abgebrannte (s. u. *Zwischen den Kriegsschauplätzen*) Gebäude lag in der Südwestecke des Schlosshofes und sprang über dessen Umfassungsmauer nach Süden vor,[25] die Grundmauern dieses Vorsprungs sind noch zu erkennen.

Der ehemalige polnische König Stanislaus Leszczyński, der nach dem Verlust des Throns in Zweibrücken im Exil lebte, hat 1714 bei einem Besuch in Meisenheim drei Federzeichnungen der Schlossgebäude angefertigt.[26] Darauf erkennt man den Stephansstock als rechteckiges Gebäude mit vier Ecktürmchen und je einem Treppenturm in der Mitte der nördlichen und südlichen Längsseite. Das Untergeschoss war aus massivem Mauerwerk, das Obergeschoss wohl aus Fachwerk, darüber ein hohes Walmdach. Nicht klar ist die Zahl der Geschosse – die Zeichnungen von Stanislaus Leszczyński zeigen zwei Fachwerk-Obergeschosse; eine weitere, anonyme Zeichnung[27] der aufgeklappten Fassaden der Gebäude um den Schlosshof, ebenfalls von 1714, lässt nur ein Fachwerkgeschoss über dem massiven Sockel erkennen. Das ganze Gebäude trägt schon deutlich stärker die Züge eines frühneuzeitlichen Schlosses als die einer mittelalterlichen, wehrhaften Burg. Über dem Hauptportal befand sich ein rechteckiger Aufsatz mit den Wappen der Pfalz und von Veldenz und der Umschrift:[28]

---

[22] Artikel „Appellationsprivilegien" LMA I, 806

[23] HEINTZ 1833, S. 207

[24] ebenda S. 170 f

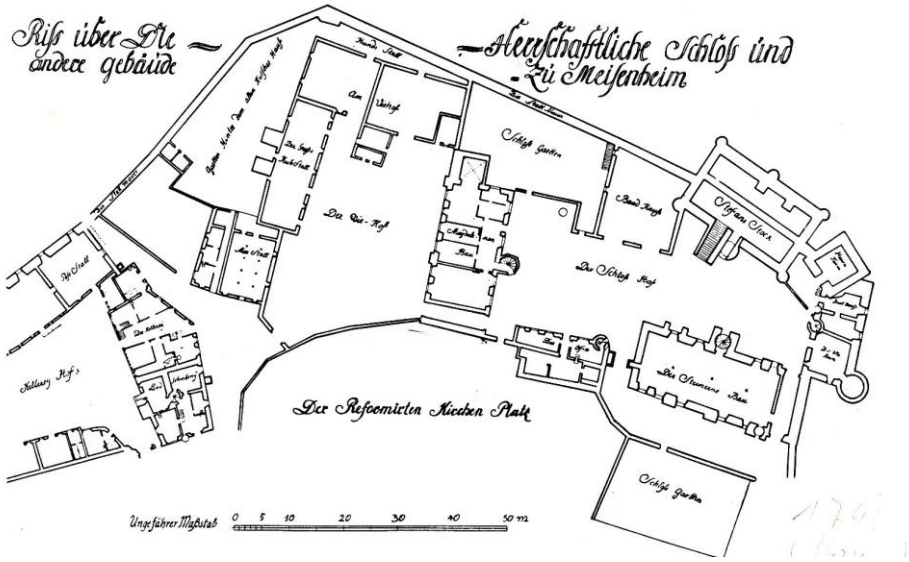
[25] Grundriss-Plan des Schlosshofes mit allen Gebäuden in ZIMMERMANN 1935, S. 271

[26] Zwei davon erstmals veröffentlicht in: Anthes, Günter F.: Meisenheim und Wittelsbach. Streiflichter aus ihrer gemeinsamen Geschichte. MH 10 (1980), S. 30 f; wieder abgedruckt in LURZ 1987, S. 206

[27] LURZ 1987, S. 208

[28] EDIFICATA EST STRVCTVRA HVIVS DOMVS REGNANTE ILLUSTRI PRINCIPE STEPHANO COMITE PALATINO RENI AC DVCE BAVARIE NEC NON COMITE VELDE(NCIE) ANNO DOMINO M CCCC LIX . Zitat und Übersetzung in **Nikitsch**, Eberhard J.: Die Inschriften des Landkreises Bad Kreuznach. 1993 [NIKITSCH 1993], Nr. 134

Das Schloss, wie es mal war. Oben: Zeichnung des polnischen Königs Stanislaus Leszczyński 1714; unten: anonymer Lageplan 1745



„Der Bau dieses Hauses ist durchgeführt worden unter der Regierung des erlauchten Fürsten Stephan, Pfalzgraf bei Rhein, Herzog von Bayern und ebenso Graf von Veldenz. Im Jahr 1459.“

Die Jahreszahl 1459 bezeichnet das Todesjahr Stephans, der Bau selbst dürfte ein paar Jahre früher fertig gestellt gewesen sein.[29]

Die unruhige Zeit Ludwigs I., des Schwarzen

Die meisten Veldenzer Grafen und auch Herzog Stephan waren wenig kriegerisch und zogen im Allgemeinen die schiedsgerichtliche Regelung von Streitigkeiten vor, die sich aus den komplizierten, unübersichtlichen Lehens-, Verwandtschafts- und Erbverhältnissen immer wieder ergaben. Stephan hegte zwar einen ständigen Groll[30] gegen seinen kurpfälzischen Bruder wegen des entgangenen „Erbfünftels" der vorderen Grafschaft Sponheim, ließ es aber nicht zum Krieg kommen. Sein Sohn Ludwig teilte diese friedliebende Haltung nicht, was auch Meisenheim in Mitleidenschaft ziehen sollte.

„Die größte Belastung der pfalz-zweibrückischen Politik des 15. Jahrhunderts stellte das gestörte Verhältnis zur Kurpfalz dar. […] In vier Fehden, - in den Jahren 1452/53 und 1455, von November 1459 bis Juni 1461 und 1470/71 - stand Ludwig in den Reihen der Gegner der Kurpfalz, wobei er immer wieder hoffte, die ungeklärte Frage nach der Rechtsnatur seiner kurpfälzischen Lehen – Mannlehen oder Kunkellehen –, nach einem siegreichen Waffengang in einem für ihn günstigen Sinne zu entscheiden."[31] Die von Kurpfalz herrührenden Gebiete waren im Wesentlichen die Stadt Kusel und ihre Umgebung (das Remigiusland, Burg Lichtenberg, Pettersheim, Bosenbach u. a.), die zur Grafschaft Veldenz zählten und mit denen Ludwig schon 1446, noch zu Lebzeiten seines Vaters Stephan, zwei Jahre nach dem Tode seines Großvaters Friedrich III., belehnt worden war, „aber vorbehaltlich der Prüfung, ob es sich nicht um Mannlehen handele, die nach Lehensrecht mit dem Tode des letzten männlichen Sprosses des alten Veldenzer Grafenhauses an die Kurpfalz hätten zurückfallen müssen. Dieser Vorbehalt, der gegebenenfalls zum Verlust eines Teiles des Kernbesitzes des neuen Territoriums führen mußte, war einer der tieferen Gründe, weshalb sich Ludwig dem Bündnis gegen Kurfürst Friedrich von der Pfalz[32] anschloß."[33] Ludwig war der Ansicht, dass es sich hier um ein Kunkellehen handele, das auch in weiblicher Erbfolge weitergegeben werden musste, und er hatte dabei zumindest das historische Argument auf seiner Seite, dass ja nach dem söhnelosen Tode Gerlachs V. der Erbgang über Agnes von Veldenz an Heinrich von Geroldseck problemlos vonstatten gegangen sei.

Die Koalition gegen Friedrich den Siegreichen hatte aus mehreren Gründen überregionale Bedeutung. Friedrich, der Vetter Ludwigs des Schwarzen, „hatte 1449 die Regentschaft in der Kurpfalz als Vormund seines Neffen, des damals einjährigen Kurprinzen Philipp, übernommen. Unter Berufung auf die dem römischen Recht entnommene Figur der Arrogation, der Übernahme der Macht durch Adop-

---

[29] NIKITSCH 1993, ebenda

[30] LEHMANN 1867, S. 34 f und fortlaufend

[31] HERRMANN, PFALZ-ZWEIBRÜCKEN S. 359

[32] Nach dem Tode seines Bruders Kurfürst Ludwig IV. 1449 Vormund seines Neffen Philipp und Regent der Kurpfalz, 1451 durch die „Arrogation" Kurfürst von der Pfalz, † 1475

[33] HERRMANN, PFALZ-ZWEIBRÜCKEN, S. 354

tion, hatte Friedrich sich 1451/52 auf Lebzeiten zum Herrn des Landes gemacht und selbst die Kurwürde beansprucht. Er konnte sich dabei auf die Zustimmung der Mutter des Prinzen, der wichtigsten pfälzischen Räte sowie auch der Kurfürsten und sogar des Papstes stützen. Selbst der Neffe ließ sich nach Erreichen der Volljährigkeit bewegen, die Vereinbarung ausdrücklich zu billigen. Dagegen war der Kaiser mit dieser Arrogation von Anfang an nicht einverstanden, da sie dem Sinn und den Bestimmungen der Goldenen Bulle von 1356 zuwiderlief. Doch vermochte er es über Jahre hinweg nicht, den Pfalzgrafen daran zu hindern, seine Herrschaft tatsächlich auszuüben. Friedrich wurde einer der erfolgreichsten - und mit Rücksicht auf die umgestaltete Verfassung seiner Besitzungen - modernsten Fürsten seiner Generation."[34]

Außerdem entwickelte sich Friedrich der Siegreiche zum „Führer der gegen Kaiser Friedrich III. gerichteten Fürstenopposition, die seit 1455 als erste Schritte für eine weitgehende Reichsreform ein ständiges Reichsregiment, ein oberstes Reichsgericht und eine allgemeine Reichssteuer, alles unter maßgeblicher Mitsprache der Reichsfürsten, forderte."[35] Infolgedessen lehnte sich Ludwig wiederum enger an den Kaiser an.

Die beiden ersten Fehden Ludwigs können wir übergehen, da sie sich auf Meisenheim, wo Stephan noch seinen Lebensabend verbrachte, kaum ausgewirkt haben. Ganz anders war das bei dem Krieg zwischen Kurmainz und Kurpfalz, bei dem Ludwig zunächst auf der Seite des Mainzer Erzbischofs Diether von Isenburg stand. Es ging um eigentlich geringfügige Grenzstreitigkeiten zwischen den beiden Territorien, die aber aus reichspolitischen Gründen zu einem großen Konflikt angeheizt worden waren.

„Die Feindseligkeiten begannen wieder mit Plünderungs- und Zerstörungszügen, unter denen die jeweiligen Untertanen entsetzlich zu leiden hatten. Man war darauf spezialisiert, den Bauern des Gegners das Vieh wegzutreiben und enorme Brandschatzungen zu erpressen. Beim geringsten Widerstand wurden die Dörfer angezündet, die Einwohner niedergemacht. Friedrich errang einige Vorteile gegen die Veldenzer, vor allem konnte er die Schauenburg, d. h. das militärische Rückgrat der Mainzer Exklave vor den Toren Heidelbergs, erobern und schleifen. […] Die Entscheidung fiel im Sommer 1460, als Friedrich das leiningische Kleinbockenheim belagerte und Erzbischof Dieter von Mainz, Ludwig der Schwarze von Veldenz und die Leininger zum Entsatz heranzogen. Friedrich erhielt Verstärkung durch den Landgrafen von Hessen und konnte am 4. Juli die Gegner aus einer verschanzten Wagenburg bei Pfeddersheim durch ein absichtlich schwach besetztes Vorgefecht herauslocken und dann in der Flanke angreifen. Die Verwirrung war allgemein, sie endete in katastrophaler Flucht der Gegner, die große Verluste hinnehmen mußten. Die Pfälzer und ihre städtischen Hilfstruppen stürmten die Wagenburg und erbeuteten 1000 Wagen mit Kriegsmaterial und Proviant, unter den Gefangenen waren vier Grafen, Pfeddersheim mußte sich anschließend ergeben."[36] – „Das führte zu einem Wechsel der erzbischöflichen Politik. Am 18. Juli 1460

---

[34] **Boockmann,** Hartmut/ Heinrich Dormeier: Konzilien, Kirchen- und Reichsreform 1410 – 1495. In: Gebhard [10], Band 8, Stuttgart 2005, S. 100 f

[35] JÜRGENSMEIER 1988 S. 159 f

[36] SCHAAB 1988, S. 178

schloß Diether mit dem Pfälzer Frieden und ging einen Monat später mit ihm ein für 20 Jahre geltendes Bündnis ein. Das war eine hochbrisante politische Entscheidung, denn Friedrich von der Pfalz war der Führer der gegen Kaiser Friedrich III. gerichteten Fürstenopposition."[37]

Ludwig zog sich nach der Niederlage zwar nach Meisenheim zurück, schloss sich aber nicht wie sein ehemaliger Verbündeter der anderen Seite an. Darauf rückte im Frühsommer 1461 Friedrich mit einem starken Heer vor Meisenheim und schloss es ein.[38] Herzog Ludwig weigerte sich, die Stadt zu übergeben; daraufhin ließ Friedrich eine Verschanzung der herzoglichen Verteidiger auf der beherrschenden Anhöhe des Keddart[39] (auf dem rechten Glanufer, etwas südsüdöstlich von Meisenheim) erstürmen, postierte dort seine Artillerie und begann mit der Beschießung der Stadt. „Zwei Thürme wurden beschädigt und ein Stück der Ringmauer stürzte zusammen, aber dennoch konnte er *(Friedrich)* sein Ziel nicht erreichen und den Eingang in die Stadt erzwingen. Die Belagerten kämpften unter den Augen ihres Fürsten und schlugen jeden Angriff zurück."[40] Das Ende kam durch die Vermittlung des Erzbischofs von Mainz und des Markgrafen von Baden zustande; letzterer fällte den Schiedsspruch: Friedrich sollte dem Herzog die Pfälzer Lehen als Mannlehen wieder verleihen; Ludwig musste als Kriegentschädigung die Hälfte seiner Einkünfte aus den Rheinzöllen bei Bacharach und Kaub dem Kurfürsten überlassen.[41] Dass Ludwig weder mit dieser Art der Belehnung zufrieden, noch durch die finanziellen Verluste abgeschreckt war, wurde rasch offenbar: Schon im Dezember desselben Jahres kämpfte er in der Mainzer Stiftsfehde auf der Seite des von Kaiser und Papst unterstützten neuen Erzbischofs Adolf von Nassau gegen den seine Absetzung nicht akzeptierenden Diether von Isenburg und damit zugleich in einem Reichskrieg gegen dessen Alliierten Kurfürst Friedrich. Immerhin sollen Ludwigs Truppen bei der Eroberung von Mainz für Adolf von Nassau beträchtliche Beute gemacht haben – die Rede ist von 21 Frachtwagen,[42] mehrere davon beladen mit Silbergerät, das Ludwig größtenteils in seinen Münzstätten, u. a. in Meisenheim, in geprägtes Geld verwandeln ließ.[43]

Ein knappes Jahrzehnt, in dem Ludwig eine durchweg konstruktive Innenpolitik in seinem Herzogtum betrieb, von der auch Meisenheim Nutzen hatte, verging friedlich. Erst im so genannten „Weißenburger Krieg" 1470/71 trafen die alten Kontrahenten noch einmal aufeinander. Friedrichs des Siegreichen „modernes" Verständnis von seiner Rolle als weltlicher Fürst wurde zum Auslöser des Konfliktes. Das ganze 15. Jahrhundert war geprägt von Bemühungen um eine Neudefinition der Rolle der Religion, des Verhältnisses von Klerikern und Laien, von staatlicher und kirchlicher Gewalt – die Stichworte Großes Schisma (Rom – Avignon), konziliare Bewegung (Konstanz, Basel) und Hussitenkriege mögen genügen, um diese Phase der Gärung zu bezeichnen. Da sich am Ende herausstellte, dass die

---

[37] JÜRGENSMEIER 1988, S. 160
[38] Das Folgende nach HEINTZ 1833, S. 283 ff
[39] Den Berg nennt SCHAFFNER 1938, S. 15
[40] HEINTZ 1833, S. 285
[41] LEHMANN 1867 S. 140
[42] JÜRGENSMEIER 1988, S. 162
[43] HEINTZ 1833 S,. 320

Kirche zu inneren Reformen weder willens noch in der Lage war und dass die Reichsgewalt unter Friedrich III. keinerlei Interesse daran hatte, die Ärgernisse und Gravamina[44] aber keineswegs beseitigt waren, ergriffen weltliche Fürsten die Initiative,[45] um in ihrem Bereich Reformen des kirchlichen Lebens durchzusetzen. Die Entstehung der Landeskirchen in der Reformationszeit zeichnete sich in diesen Maßnahmen der zweiten Jahrhunderthälfte allmählich ab – auch in Pfalz-Zweibrücken, wie wir sehen werden.

Kurfürst Friedrich[46] hatte in seiner Eigenschaft als Landvogt des Elsass, Schirmvogt der Benediktinerabtei Weißenburg und Inhaber des Kirchenregiments Abt und Propst abgesetzt, den alten, zuchtlosen Konvent vertrieben und Mönche aus dem der strengen Bursfelder Reformbewegung anhängenden Kloster St. Jakobsberg bei Mainz berufen. Die Bürger von Weißenburg wehrten sich gegen den Eingriff, Friedrich belagerte die Stadt Anfang 1470, dann gab es einen strittigen Schiedsspruch – das alles hätte eine regionale Angelegenheit bleiben können, wenn nicht der Kaiser Ludwig den Schwarzen anstelle Friedrichs des Siegreichen zum Landvogt im Elsass ernannt hätte. In dieser Position fühlte er sich berechtigt, noch einmal auf den alten Gegner loszugehen.

„Wiederum entbrannte der Krieg mit der bereits bekannten Taktik. Der erste große Schlag Friedrichs richtete sich gegen Schriesheim, die Veldenzer Enklave an der Bergstraße. Die Stadt und die Burg Strahlenburg wurden erobert, die Stadtmauern geschleift. Schriesheim verlor damit seine Stadteigenschaft. Besonders hart ließ Friedrich die Besatzung strafen. Sie wurde wegen Bruch ihrer Lehnspflicht ertränkt. Hartes Durchgreifen war ohnehin Friedrichs Art. Die andauernd wieder aufbrechenden Auseinandersetzungen mit Ludwig dem Schwarzen trotz des immer wieder geschworenen Lehnseides hatten die Erbitterung zum Äußersten gesteigert. Die Entscheidung im Krieg, der sich das ganze Jahr 1470 im Linksrheinischen hinzog, fiel nicht schnell. […] Ein Zug an die Nahe […] und Friedrichs abermaliges Erscheinen vor Meisenheim führten 1471 den Friedensschluß herbei. Für den Rest des 15. Jahrhunderts hielt Pfalz-Veldenz Frieden und erkannte die Lehensabhängigkeit an.“[47]

Damit können wir uns wieder der Entwicklung in Meisenheim selbst zuwenden und sehen dabei zwei miteinander verknüpfte Tendenzen, die für die zweite Hälfte des 15. Jahrhunderts kennzeichnend sind – es handelt sich um die Wahrnehmung des schon erwähnten landesherrlichen Kirchenregiments und im Zusammenhang damit um das Aufkommen erweiterter bürgerschaftlicher Mitwirkungsrechte.

Die Johanniter, die in Meisenheim seit 1321 den Gottesdienst versahen und spätestens seit 1417 das Hospital betrieben, waren durch zahlreiche Stiftungen zu ei-

---

[44] (politische, religiöse) Beschwernisse und Klagen

[45] **Boockmann,** Hartmut/ Heinrich Dormeier: Konzilien, Kirchen- und Reichsreform 1410 – 1495. In: Gebhard [10], Band 8, Stuttgart 2005, § 26: Das Kirchenregiment der weltlichen Obrigkeit, S. 240 ff

[46] Das Folgende nach SCHAAB 1988, S. 182

[47] ebenda

nem gewissen Geldvermögen[48] gekommen, aus dem sie gegen die Verpfändung von Grundstücken Darlehen gaben. Offenbar hatten sich zahlreiche Schuldner darauf verlassen, dass, regelmäßige Zinszahlungen vorausgesetzt, am Fälligkeitstag das Darlehen verlängert werde. Als dagegen der Komtur Johann Messerschmidt (Meßersmyt, 1438 – 1453) begann, die Pfänder bei Fälligkeit rücksichtslos einzuziehen, gab es lebhafte Klagen. Ludwig verfügte Verlängerung der Zahlungsfristen und „wies seine Gerichtsstellen an, in vorkommenden Fällen zum Vortheil der Klagenden zu entscheiden."[49] – Ein weiterer Eingriff des Herzogs betraf die Verwaltung des Hospitals, „das unter dem Komtur Johann Meßersmyt i. J. 1445 dazu übergegangen war, gegen Entgelt auch Stadtbewohner aufzunehmen. Der hierzu notwendige Vertrag zwischen Kommende und Stadtgemeinde bedurfte der landesfürstlichen Genehmigung, die Pfalzgraf Ludwig noch als Regent der Grafschaft Veldenz erteilte. Im Jahre 1453 ging es bei dem Streit zwischen dem ‚Spitalherrn', dem Johanniterbruder Ulrich, auf der einen, und Schultheiß, Schöffen und Stadtgemeinde auf der anderen Seite um die sachgemäße Verwaltung des Spitals und um die gerechte Verwendung seiner Einkünfte. Auf Veranlassung des Herzogs wurden im Beisein des herzoglichen Amtmanns zwei Stadtbürger zu Spitalmeistern gewählt und nach Eidesleistung zu Verwaltern bestimmt, wobei sie, abgesehen von der Pflege des Spitalgebäudes und seines Inventars, auch das, ‚was zum Altar und Amt der heiligen Messe an Kelchen, Meßbüchern, Meßgewändern, Altartüchern und Beleuchtung auf den Altar […] gehört, in gutem Bau und ordentlichem Zustande erhalten' mußten. Hierüber hatten sie alljährlich vor dem herzoglichen Amtmann im Beisein des Komturs Rechenschaft abzulegen. Die ersten gewählten Spitalmeister von 1453 waren Peder Kriech und Peder Buddel. Der Spitalherr seinerseits erhielt aus den Einkünften des Spitals alljährlich an Weihnachten acht Gulden."[50]

Nach ihrer Heirat stifteten Ludwig und seine Gemahlin Johanna von Croy eine ewige Messe, und um die „Ewigkeit" sicherzustellen, beauftragen sie Bürgermeister und Stadtgemeinde, jedes Jahr am Neujahrstag 80 Gulden aus der dem Herzog geschuldeten Steuer abzuzweigen und an die Johanniter für die Messe zu übergeben; darüber hinaus sollten die Meisenheimer keinem Nachfolger als Landesherren huldigen, er hätte denn zuerst die Zahlung dieser Messe gestattet.[51] – Wir sehen hier also mehrfach die Bürger von Meisenheim als politische und kirchliche Gemeinde selbständig handeln, und wir sehen den Landesherren, der einen Teil seiner hoheitlichen Aufgaben in die Verantwortung der Gemeindevertreter überleitet: Vorgänge, die typisch sind für die Zeit des Übergangs vom Mittelalter zur Neuzeit, für die heraufkommende Reformationsepoche und für die Entstehung bürgerschaftlichen Selbstbewusstseins.

Noch stark dem Mittelalter verhaftet ist eine andere Form der bürgerschaftlichen Selbstorganisation: die „Bruderschaften", von denen es in Meisenheim die Marien-,

---

[48] Das Folgende nach HEINTZ 1833, S. 227 f. Heintz berichtet detailreich, aber ohne Datumsangaben; die Nennung des Komturs Johann Messerschmidt verweist in die Anfangszeit von Ludwigs Regierung.

[49] HEINTZ 1833, S. 228

[50] **Benrath**, Gustav Adolf: Die Johanniterkirche in Meisenheim im Übergang vom späten Mittelalter zur Reformation. In: SCHLOSSKIRCHE 2004, S. 10 f

[51] BENRATH SCHLOSSKIRCHE 2004, S. 13

die Sebastians-, die St. Annen- und die Elenden-Bruderschaft[52] gab. Die Namen lassen den religiös-karitativen Ursprung der Zusammenschlüsse erkennen: Die drei erstgenannten hatten vermutlich ihr geistliches Zentrum an einem entsprechenden Altar der Pfarrkirche, die Elenden-Bruderschaft kümmerte sich durch tätige Hilfe um den Betrieb des Spitals. Über die Urspungszielsetzungen hinaus feierten die Bruderschaften gemeinsam, unterstützten bedürftige Mitglieder und nahmen von Fall zu Fall Einfluss auf gemeindliche Entscheidungen.[53] Wie stark ihr Gewicht in Meisenheim war, ist schwer abzuschätzen; eigene Bruderschaftshäuser, wie sie in größeren Städten vorkamen, sind in Meisenheim nicht bekannt.

Schließlich ließ Ludwig der Schwarze den Bau der wunderbaren spätgotischen Kirche beginnen, die heute noch das Stadtbild krönt, „wodurch sich derselbe ein ehrenvolles und unvergängliches Gedächtniß gestiftet hat."[54] Wir können vermuten, dass einer der beiden Türme, die bei der Belagerung von 1461 beschädigt worden waren, der von Stephan gestiftete Kirchturm des Vorgängerbaus war; vielleicht war auch die ganze Kirche in Mitleidenschaft gezogen worden. Jedenfalls wurde im Jahre 1479 der Grundstein für den 1504, nach Ludwigs Tod, geweihten, um 1514 endgültig fertig gestellten Bau gelegt. Eine zeitgenössische Quelle für die Grundsteinlegung besitzen wir nicht mehr, doch erwähnt der Zweibrücker Gymnasiast Gabriel Sundahl in der „Oratio de Meisenheimio" von 1727 zwei zu der Zeit noch teilweise lesbare Bauinschriften: „1479 ist die Kirch zu Meisenheim durch Herzog Ludwig von neuwem zu bauen angefangen"[55] und „…bei Rein … zv Veldentz. Anno d[omi]ni m cccc lxxix ist dieser bav angelegt".[56]

Ähnlich seinem Vater Stephan zog sich Ludwig am Ende seiner Tage allmählich aus der Tagespolitik zurück. Er übergab 1482 einen Teil der Regierung an seinen dritten Sohn Alexander[57] und wählte ebenfalls Meisenheim als Ruhesitz.[58] Allerdings war der Generationswechsel von nicht ganz durchschaubaren Spannungen und Differenzen überschattet. Ludwigs ältester Sohn[59] Caspar, der nach des Vaters Willen mit Alexander gemeinsam regieren sollte, widersetzte sich. Die ältere Geschichtsschreibung sieht als Ursache das „widerspännstige Gemüth"[60] Caspars – es lassen sich aber auch politische Gründe vermuten, denn Caspar strebte offenbar ein besseres Verhältnis zu Kurpfalz an.[61] Dass Alexander seinen Bruder 1490 in einem „Staatsstreich"[62] festnehmen und auf Burg Nohfelden zeitlebens[63] gefangen halten

---

[52] ebenda, S. 21
[53] Artikel „Bruderschaften", LMA II, 738 ff
[54] LEHMANN 1867, S. 187
[55] COERPER 1880, S. 10, NIKITSCH 1993, Nr. 153
[56] ebenda
[57] HEINTZ 1833, S. 388
[58] ebenda, S. 393 ff
[59] Der zweite Sohn, David, war 1478 „eines plötzlichen Todes gestorben". HEINTZ 1833, S. 400
[60] LEHMANN 1867, S. 202
[61] HEINTZ 1833, S. 385 ff
[62] HERRMANN PFALZ-ZWEIBRÜCKEN, S. 361
[63] † 1527, dreizehn Jahre nach seinem jüngeren Bruder

ließ, hat der Vater nicht mehr erlebt. Ludwig starb am 19. Juli 1489 und wurde in Meisenheim beigesetzt.

Die Zeit Herzog Alexanders

Abgesehen von dem etwas rabiaten Regierungsbeginn, der aber bei keinem der Nachbarn, auch nicht bei Kurpfalz, Protest hervorrief,[64] verlief die Herrschaft Alexanders so ruhig, wie es in dieser Epoche eben möglich war. Er initiierte ein Bündnis mit den Herren größerer und kleinerer Herrschaften in der Umgebung zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und schloss seine kleine Vereinigung dem größeren „Schwäbischen Bund"[65] an, der, bedingt durch die Unfähigkeit der Reichsgewalt, den Landfrieden durchzusetzen, die gleichen Ziele in größerem Rahmen verfolgte. Umgekehrt ahndete er Übergriffe von Edelleuten, die das Recht durch „Selbsthülfe" [66] in die eigene Hand nehmen wollten. Sein Regierungshandeln war auf die Erleichterung der wirtschaftlichen Tätigkeit durch Bereitstellung gesetzlicher, geordneter Rahmenbedingungen für die Untertanen gerichtet – beispielsweise ließ er durch die Vergabe von Schachtkonzessionen den Bergbau[67] fördern und kümmerte sich um Zunftordnungen.[68] Der Wohlstand Meisenheims hing auch vom Gedeihen der umliegenden Dörfer ab, „denn die Haupt-Nahrungsquelle oder der Handelszweig und die einzige Grundlage des Wohlstandes in jenen wiesenreichen Glan- und Nahethälern, bestand damals schon … in einer vortrefflichen Viehzucht",[69] der Handel mit Vieh fand auf den Meisenheimer Markttagen statt und setzte die Sicherheit der Straßen voraus, die der Herzog zu gewährleisten suchte. – Wenn Alexander auch mehr von Zweibrücken aus regierte, hielt er sich doch oft in Meisenheim auf, regelte Angelegenheiten der Johanniter, schlichtete Konflikte zwischen diesen und den Bürgern usw.

Er war infolge einer Pockeninfektion in der Jugend gehbehindert und von schwacher Konstitution. Seine Frömmigkeit war noch ganz mittelalterlich, was in seiner trotz gesundheitlicher Probleme von März 1495 – Januar 1496 unternommenen Wallfahrt zu den Heiligen Stätten in Jerusalem und Bethlehem zum Ausdruck kam. Der Herzog wurde auf der Reise über Venedig, Kreta, Jaffa nach Jerusalem und Bethlehem und zurück über Rhodos, wo er vom Großmeister des Johanniterordens empfangen wurde, von seinem Schwager Johann-Ludwig von Nassau-Saarbrücken, seinen vertrauten Mitarbeitern Schweikard von Sickingen, Stephan von Venningen, Karl Boos von Waldeck und seinem Geheimschreiber und Kanzleivorsteher Johannes Meisenheimer[70] begleitet, der als Autor der sehr anschauli-

---

[64] HEINTZ 1833, S. 424. – Der ausbleibende Protest legt tatsächlich die Vermutung nahe, dass Caspar eher aus – modern ausgedrückt – psychiatrischen als aus politischen Gründen eingesperrt wurde.

[65] Gebhard [10], Band 8, S. 125

[66] HEINTZ 1833, S. 431

[67] LEHMANN 1867, S. 210 u. S. 255

[68] HEINTZ 1833, S. 457

[69] LEHMANN 1867, S. 240

[70] ebenda, S. 222

chen und detaillierten Reisebeschreibung[71] gilt, die erstmals 1584 im „Reyssbuch des heiligen Landes“ abgedruckt wurde. Die Eindrücke dieser Reise sowie der Umstand, dass er in Jerusalem zum Ritter des heiligen Grabes geschlagen worden war,[72] haben Alexander wohl dazu angeregt,[73] in den Chor des Meisenheimer Kirchneubaus ein „Heiliges Grab“ einbauen zu lassen.[74]

Die Spannungen zwischen Pfalz-Zweibrücken und Kurpfalz, die Herzog Alexander und Kurfürst Philipp der Aufrichtige gewissermaßen von ihren Vätern ererbt hatten, schwelten weiter. Beim Aussterben der Linie Pfalz-Mosbach 1499 stellte sich heraus, dass zwischen Mosbach und Kurpfalz bereits ein Erbvertrag[75] bestand, der Alexander und sein Herzogtum leer ausgehen ließ. Das dürfte der Grund gewesen sein, dass Alexander 1504 bereitwillig dem Ruf des Kaisers und des schwäbischen Bundes folgte und nicht dem seines Vetters, als im Landshuter Erbfolgekrieg[76] Kurfürst Philipp der Aufrichtige in die Acht getan und der Reichskrieg gegen ihn beschlossen wurde. Jetzt erlebte Meisenheim abermals den Lärm des Krieges, wenn die Stadt selbst auch verschont blieb. Alexander, der aus gesundheitlichen Gründen nicht selbst ins Feld ziehen konnte, verlegte sein Hauptquartier nach Meisenheim.[77] Der Krieg wurde wieder in erster Linie als Verwüstungs- und Plünderungszug gegen die wehrlosen bäuerlichen Untertanen des jeweiligen Gegners geführt – die Einwohner von Oberhausen, Niederhausen, Duchroth verloren Vieh und Häuser durch einen Plünderungszug der kurpfälzischen Truppen und retteten ihr nacktes Leben hinter die Mauern von Meisenheim,[78] das gleiche taten die Mönche vom Disibodenberg.[79] Die Kurpfälzer operierten von Kreuznach her, die Pfalz-Zweibrücker Vergeltungsmaßnahmen gingen von Annweiler und Meisenheim aus. Im September 1504 erbeuteten Streifscharen aus Meisenheim im kurpfälzischen Gebiet um Sponheim herum 120 Rinder und 20 Schweine, die in die Stadt geschickt wurden.

„In der folgenden Nacht begaben sich etliche zwanzig Einwohner von Waldböckelnheim in die Gegend von Meisenheim. Hier versteckten sie sich in einem benachbarten Walde und hofften, dass die entführten Herden auf die Weide getrieben würden. Ihre Erwartung ging in Erfüllung. Sie brachen plötzlich aus dem Hinterhalt hervor, und nahmen weg, was früher ihr Eigenthum war. Zur Vergeltung wurde schon nach einigen Tagen ein Streifzug in die Gemarkung von Sobernheim unternommen, und alles Vieh, welches auf der Weide war, nach Meisenheim gebracht.“[80]

---

[71] HEINTZ 1833, S. 432, Anm. *
[72] ebenda, S. 445
[73] **Benrath** in SCHLOSSKIRCHE 2004, S. 15 f
[74] **Böchler**, Otto: Das Heilige Grab der Meisenheimer Johanniter. In: SCHLOSSKIRCHE 2004, S. 101 ff
[75] SCHAAB 1988, S, 159
[76] Für den Gegenstand des Streites, Anlass und Verlauf SCHAAB 1988, S. 213 ff
[77] HEINTZ 1833, S. 470 und 478
[78] ebenda, S. 470 ff
[79] ebenda, S. 474
[80] ebenda, S. 481

Was sich heute vielleicht als lustiges Räuber-und-Gendarm-Spiel liest, war für die betroffenen Bauern aber natürlich von existenzieller Bedeutung. – Der Krieg endete durch Erschöpfung aller Beteiligten, auf einem Reichstag in Köln im Mai 1505, an dem Alexander persönlich teilnahm, wurden die Friedensverhandlungen begonnen, die sich aber noch zwei Jahre hinzogen. Rund um Meisenheim änderte sich nichts; die Hoffnungen Alexanders, die Orte Waldböckelheim, Sobernheim, Monzingen und Nussbaum zurückzuerhalten, die sein Vater an Kurpfalz hatte abtreten müssen, erfüllten sich nicht; dafür wurde Pfalz-Zweibrücken im Besitze des im Krieg eroberten Amtes Kleeburg (im nördlichen Elsass) bestätigt.

Alexander ließ in Meisenheim einen Erweiterungsbau des Schlosses aufführen, den so genannten „Steinernen Stock", „wohl so genannt, weil er ganz aus behauenen Sandstein erbaut war"[81] im Gegensatz zu den älteren Bauten mit größeren Fachwerkanteilen. Eine der schon erwähnten Federzeichnungen Stanislaus Leszczyńskis zeigt rechts (d.h. nördlich) vom Stephansstock ein zweistöckiges Gebäude mit Satteldach;[82] auf der Südseite, also zum Schlosshof hin, war etwa in der Mitte ein Treppenturm vorgebaut. Das Gebäude reichte nach Westen bis an die Stadtmauer. Wie aus der anonymen Zeichnung der aufgeklappten Fassaden hervorgeht,[83] besaß der Bau rechts eine offenbar gewölbte Durchfahrt zur Stadt; links stellte ein Ecktürmchen die Verbindung zur Stadtmauer her. Nach dem Brand des Stephansstock 1734 kam hier im Steinernen Stock die Lutherische Kirche unter. 1882 wurde der Bau wie alle anderen Teile des Schlosses außer dem Magdalenenbau (s. u. *Im „Landgrafthum" Hessen-Homburg*) abgerissen.

Kurz vor seinem Tod regelte Alexander in seinem Testament[84] endlich die Erbfolge-Frage: Wie es im Trend der Zeit lag, wie es die weltlichen Kurfürsten bereits praktizierten, verfügte er das ausschließliche Erbrecht des Erstgeborenen und damit die Unteilbarkeit des Territoriums. Nachgeborene Brüder sollten tunlichst in den geistlichen Stand treten (was aber durch die Reformation alsbald obsolet wurde) bzw. mit angemessenen Apanagen abgefunden werden. Er starb am 31. Oktober 1514 und wurde in der nach ihm benannten Kirche in Zweibrücken beigesetzt.[85]

Mit dem Tode Herzog Alexanders ging für Meisenheim und für das ganze kleine Territorium das Mittelalter zu Ende. „Ende des Mittelalters" ist nur eine nachträgliche Konstruktion der Geschichtswissenschaft, die Menschen selbst haben natürlich keinen Einschnitt empfunden. Und es dürfte auch „schwer sein, zu entscheiden, ob den Bewohnern der Stadt Meisenheim die Einordnung in die territoriale Staatsform als Enge oder Weite ihrer Lebensentfaltung bewußt geworden ist. Eher ist anzunehmen, daß sich der breiten Mehrzahl diese Frage gar nicht gestellt hat. Vieles deutet darauf hin, daß die spätmittelalterliche Lebensform von den Bürgern in der täglichen Begegnung mit den Johanniterbrüdern und den Räten der fürstlichen Verwaltung einfach praktiziert worden ist."[86]

---

[81] **Anthes** MH 10, S. 30
[82] LURZ 1987, S. 206
[83] ebenda, S. 208
[84] HEINTZ 1833, S. 502 ff
[85] LEHMANN 1867, S. 256
[86] **Adams**, Carl Peter: Kirche und Stadt Meisenheim. (= Schriftenreihe des Vereins für Rheinische Kirchengeschichte Bd. 55) Köln 1978, [ADAMS 1978] S. 22

In diesem Zusammenhang ist hier der Platz, ein paar Bemerkungen über das Städtewesen im Mittelalter einzufügen.

Schloss und Schlossbezirk am Anfang des 21. Jahrhunderts

Eine Stadt des späten Mittelalters

Auch wenn wir auf Grund der archäologischen Spuren als sicher annehmen können, dass es am Platz der heutigen Stadt Meisenheim eine über zweitausendjährige *Siedlungs*kontinuität gibt – zur *Stadt* ist die Siedlung erst im späten Mittelalter geworden. Um besser verstehen zu können, was diese späte Stadtwerdung für die weitere Entwicklung bedeutet hat, müssen wir uns ein paar Gedanken über die Merkmale machen, die eine Stadt im *europäischen Mittelalter* auszeichnen. Man muss auf beide Begriffsteile Wert legen: Die *europäischen* Städte unterscheiden sich in Entstehung und Entwicklung, in Herrschafts- und Wirtschaftsstruktur erheblich vom orientalischen und asiatischen Typus, ohne dass wir auf diese Unterschiede jetzt eingehen müssen,[1] die europäischen Städte des *Mittelalters* unterscheiden sich architektonisch und soziologisch von den antiken selbst da, wo sie auf antiken Wurzeln entstanden sind:

„In der Tat, die Stadtkultur kehrte wieder. Doch glich, was jetzt aufkam, selbst dort, wo römische Civitates überlebten, kaum mehr den antiken Verhältnissen. Die Städte hatten sich einst durch Weiträumigkeit und spezielle öffentliche Kultureinrichtungen wie Foren, Thermen oder Theater ausgezeichnet. Die neue Stadtkultur aber war geprägt durch Enge und Recht, durch Mauern, Türme und bewachte, des Nachts verrammelte Tore, durch Kirchen und geistliche Gemeinschaften, […] durch Handel und Gewerbe und nicht zuletzt durch jüdische Gemeinden. Die lockere, aber steinerne Bebauung der Römerzeit war schon in der Spätantike engem Zusammenrücken gewichen. So gut es ging, nutzte man die antiken Reste. […] Ohne die römischen Hinterlassenschaften ging es schlichter zu. Da wurde […] in Holz gebaut, dicht beieinanderstehende Blockhäuser, die durchaus schon mehrstöckig sein konnten, mit wenig Licht, mit kleinen, im Winter pergamentbespannten Fenstern, an schmalen Gassen, gewöhnlich unbefestigt, bestenfalls mit Bohlen gedeckt. Entsprechend primitiv nahm sich das Stadtbild im 12. Jahrhundert aus. Erst seit dem 13. Jahrhundert mehrten sich auch hier die festen, steinernen Häuser oder Fachwerkbauten.“[2] –

„Im griechisch-römischen Altertum war und blieb, solange die Blüte des Städtewesens anhielt, Träger und Nutznießer der bürgerlichen Autonomie eine sehr geringe Minderheit unter den Stadtbewohnern, nämlich die Gruppe der durch Großbesitz abkömmlich gewordenen, nicht zu täglicher Arbeit für den eigenen Unterhalt gezwungenen Grundeigentümer; die in Landwirtschaft, Gewerbe und Handel tätige Masse der Bevölkerung stand außerhalb des vollen Bürgerrechts […] Im europäischen Mittelalter sehen wir dagegen, und dies geschah hier zum ersten Male in der Geschichte der Menschheit, als Kaufleute und Handwerker solche Männer zur Teilnahme an der Autonomie gelangen, die sich bei eigener körperlicher Arbeit die Leiber mit Schweiß bedeckten und die Hände schmutzig machten, Männer, die gerade deswegen nach uralter aristokratischer […] Anschauung zur Unfreiheit, zum

---

[1] Vgl. hierzu **Weber**, Max: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie. Tübingen [5]1983, S. 736 ff und S. 745

[2] FRIED 2008, S. 188 f

Dasein des Banausen […] verdammt waren. Im Auftreten des durch eigene Arbeit wirtschaftlich selbständigen, für den Absatz auf dem Markte in eigener Verantwortung schaffenden Handwerker-Kaufmannes, der kraft seiner ökonomischen Selbständigkeit zu persönlicher und bürgerlicher Freiheit und zur Mitwirkung am Schicksal des Gemeinwesens gelangte, sehen wir das besondere Merkmal, welches die Stadt des europäischen Mittelalters nicht nur von allem außereuropäischen, sondern auch vom antiken Städtewesen unterscheidet."[3]

In der historischen Stadt-Forschung hat sich ein weitgehender Konsens gebildet über die Kriterien, die eine Siedlung zur Stadt machen – nicht alle müssen gegeben sein, aber doch die Mehrzahl; im Allgemeinen werden vier oder fünf genannt:[4] „1. die Befestigung – 2. der Markt – 3. eigenes Gericht und mindestens teilweise eigenes Recht – 4. Verbandscharakter und damit verbunden 5. mindestens teilweise Autonomie und Autokephalie, also auch Verwaltung durch Behörden, an deren Bestellung die Bürger als solche irgendwie beteiligt waren."

Von der Erneuerung der Befestigung und der Veranstaltung von Märkten, die dann auch in der Topografie des Ortes durch die entsprechenden Plätze erkennbar wurden (neben dem Marktplatz westlich der Untergasse noch der Rossmarkt an der Schmiedgasse und der Rapportierplatz, der früher „Alter Markt" oder auch „Viehmarkt" hieß[5]), erfahren wir schon in der Urkunde von 1315 (s. o. *Stadtrecht für Meisenheim*); die Existenz eines Gerichtes, das auf der Basis von Oppenheimer städtischem Recht urteilte (wenn auch keine Berufungen an das Oppenheimer Gericht bekannt geworden sind[6]) bestätigt uns die Urkunde von 1350; der Verbandscharakter, also das Handeln der Stadtgemeinde als nach außen geschlossene Körperschaft erhellt beispielhaft aus einer Urkunde von 1453, in der der erste Wittelsbacher Herzog Stephan festlegt, „das wer in unser Stat Meysenheym obgenant oder ußwendig der stat bedehafftige gut keufft oder kaufft hat Es sy paff oder ley edel oder unedel der sol bede geben und der wachten auch gehorsam sein nu und hernach glich andern unsern burgern"; Gericht und Gemeinde sollten drauf achten „das da by der obgenanten beden und wachte nymants fry sy noch blibe".[7] Die Bede ist eine Geld-Steuer, die die Stadt als Ganze zu zahlen hat als Entgelt für die Gewährung des landesherrlichen Schutzes[8] und die sie autonom, nach eigenem Gutdünken auf die Gemeindemitglieder umzulegen hatte; unsere Quelle bestimmt ausdrücklich, dass der Beitrag zur Bede unabhängig vom Stand auf der Basis des Grundbesitzes zu entrichten sei.[9] Der Adlige hörte nicht auf adlig zu sein, wenn er sich in Meisenheims Mauern niederließ, aber er musste wie alle anderen seinen gleichen Beitrag zu

---

[3] **Pitz**, Ernst: Die Stadt des europäischen Mittelalters. In: **Haase**, Carl (Hg.): Die Stadt des Mittelalters. I: Begriff, Entstehung und Ausbreitung. Darmstadt 1978, S. 1 ff – Zit. S. 2

[4] Hier nach dem wegweisenden Aufsatz von **Weber**, Max: Die Stadt. [ursprünglich 1921] Wieder abgedruckt in: **Haase**, ebenda, S. 41 ff; Zitat S. 58

[5] LURZ 1987, S. 11

[6] **Anthes** MH 10, S. 5

[7] Stadtarchiv Meisenheim, jüngerer Bestand – zit. n. **Lurz**, Meinhold: Meisenheims Stadtrechte bis zum Ende der Pfalz-Zweibrücker Herrschaft. In: MH 30, S. 230

[8] Art. „Bede" LMA I, 1780

[9] Der Herzog behielt sich allerdings vor, Einzelpersonen von dieser generellen Verpflichtung zu befreien; zwei werden in der Urkunde namentlich genannt – vgl. MH 30, S. 230.

den Gemeinschaftsaufgaben leisten. Das Personal, das die Steuerveranlagung und andere Verwaltungsaufgaben zu erfüllen, z. B. auch, wie in der Quelle angegeben, die Bewachung der Stadt durch die Bürger zu organisieren hatte,[10] waren die Schöffen und Bürgermeister, die uns in der schon erwähnten Urkunde von 1350 begegnet sind und von denen wir später[11] erfahren, dass im Falle der Vakanz eines Postens der Nachfolger „durch die bürgerschaft gewehlet, und der, so die meiste stimmen bekommen, von gnädigster Landesherrschaft confirmiret" wurde.[12] Die Landesherrschaft hatte stets erhebliche Bedeutung für die Stadt – „Autokephalie", (vollständige) Eigenständigkeit hat Meisenheim weder erreicht noch angestrebt; „teilweise Autonomie" besaß es frühzeitig. Wir können also feststellen, dass *alle* Kriterien für den Stadtcharakter Meisenheims seit Mitte des 14. Jahrhunderts gegeben waren.

Die bisher besprochenen Merkmale haben gemeinsam, dass sie lediglich die *rechtlichen* Regelungen umfassen, also die Stadtverfassung. Sie mit Leben zu erfüllen, bedurfte es der Bürger, der *gesellschaftlichen* Selbstorganisation – die bereits erwähnten Bruderschaften, die sich „der Kranken- und Armenpflege, besonders auch an den Fremden und Durchwanderern angenommen hatten",[13] gehören hierher, ebenso die Zünfte, die die Qualität des Handwerks überwachten, Ausbildungsordnungen festlegten usw.

Über die *wirtschaftlichen* Lebensbedingungen und die Wachstumsmöglichkeiten einer Siedlung ist damit aber noch nicht viel gesagt. Diese hängen von einer ganzen Reihe von Faktoren ab, die man als „Zentralität"[14] zusammenzufassen pflegt. Ursprünglich ist dies ein (wirtschafts-, kultur-) geografischer Begriff, der sich aber auch als historisch fruchtbar erwiesen hat.

„Ein Ort ist zentral, wenn er Dienstleistungen anbietet, die von seinen Einwohnern und von denen in Siedlungen des Umkreises in Anspruch genommen werden. Er besitzt damit einen Bedeutungsüberschuß. Die Reichweite des Zentralen Ortes und damit die Größe seines Bereichsgebietes sind abhängig von seiner Ausstattung. Da sie nach Qualität und Quantität erheblich wechselt, stufen sich die Zentralen Orte in einer hierarchischen Gliederung ab: Beim Kleinzentrum beschränkt sich der Einzugsbereich auf das Umland oder den Nahbereich, das Mittelzentrum mit weitreichenderen Funktionen besitzt darüber hinaus ein Hinterland. Das Oberzentrum hat jenseits von seinem Um- und Hinterland ein Einflußgebiet, dessen Siedlungen dieses Zentrum nur für hohe und höchste Dienste in Anspruch nehmen. […]

Im Mittelalter wurden wirtschaftliche Faktoren […] durch herrschaftliche und kirchliche überlagert. Die Dienstleistungen umfaßten insbesondere politisch-administrative mit juristischen, ferner kultisch-kirchliche und wirtschaftliche Funktionen. Siedlungen des früheren Mittelalter mit solcher Ausstattung haben sich v. a. dann zu Oberzentren entwickelt, wenn sie durch Herren höheren Ranges gefördert

---

[10] Erst später wurde die Wach-Pflicht in eine Geldabgabe zur Finanzierung hauptberuflicher Wächter umgewandelt.

[11] In einer 1740 verfassten Zusammenfassung der in Meisenheim geltenden Rechte; **Lurz** MH 30, S. 235

[12] Zit. n. LURZ, MH 30, S. 237

[13] ADAMS 1978, S. 35

[14] Art. „Zentraler Ort, Zentralität" LMA IX, 541 ff (lexikalische Abkürzungen aufgelöst)

wurden oder ekklesiastische Mittelpunkte, Verkehrszentren und bevölkerungsreich waren. Dann waren zur Eigenversorgung Dienstleistungen anzubieten, die gleichzeitig der Versorgung des Umlandes dienten. Bereits […] die Städte der mittelalterlichen Frühzeit (5. - 10. Jh.) haben einige oder alle der folgenden Institutionen mit zentraler Funktion besessen: Bischofs- und Archidiakonatssitz, herrschaftliche Beamte, geistliche und weltliche Gerichtsbarkeit, Stifte und Klöster mit Verwaltung ihres im Um- und Hinterland und darüber hinaus oft weit gestreuten Grundbesitzes, Schulen, Markt mit Fern- und Nahhandel, Handwerker und karitative Einrichtungen. Wenn eine Herrenburg und eine Befestigung hinzutraten, konnte sich daraus eine Kontroll- und Schutzfunktion für die Umgebung entwickeln, welche die Zentralität zusätzlich verstärkte. Die meisten dieser oder nachfolgender Institutionen haben die weitere Entwicklung von Städten als Zentrale Orte bis in die Gegenwart ermöglicht."

Man erkennt auf den ersten Blick, dass auf Meisenheim einige der Zentralitätskriterien voll und ganz zutreffen, einige weniger, einige überhaupt nicht. So haben die Pfarrkirche und die Burg der Grafen von Veldenz schon im 11. oder 12. Jahrhundert „Meisos Heim" mehr Bedeutung verliehen als nur die eines alten und großen Dorfes, wenn auch Scheunen, Ställe und Dunggruben Meisenheims Stadtbild bis ins 18. Jahrhundert mit prägten.[15] Die Handwerker, die für die Burgmannen arbeiteten, verkauften ihre Produkte auch an die Landbevölkerung, die z. B. zur Inanspruchnahme kirchlicher „Dienstleistungen" den Ort aufsuchte. Das Stadtrecht erhielt 1315 also ein Ort, der über eine gewisse Zentralität schon verfügte, durch die Verleihung aber zusätzliche gewann: Gerichtsbarkeit und Märkte, Verwaltungs- und herrschaftliche Funktionen, karitative und Bildungseinrichtungen kamen zusammen. Allerdings war die Grafschaft Veldenz kein bedeutendes Territorium, die Grafen (und auch nicht ihre Wittelsbacher Erben) waren keine „Herren höheren Ranges". Die Johanniter hatten eine Komturei in Meisenheim, betrieben ein Hospital und wohl auch eine Schule[16] und finanzierten diese Einrichtungen aus dem Grundbesitz, den sie von Meisenheim aus verwalteten – aber sie waren nach Meisenheim gekommen in einer Zeit, da der Orden den Zenit seiner geistlich-politisch-wirtschaftlichen Bedeutung schon überschritten hatte. Die lokalen, auch regionalen Verkehrsströme durch das Glantal und seine Seitentäler liefen auf Meisenheim zu, aber der Glan ist nicht schiffbar – kein Vergleich mit dem Handel durch das Rheintal! Hinweise auf Fernhandelsbeziehungen finden sich in den Meisenheimer Geschichtsquellen nicht.

Andererseits sammelten sich die Abgaben der Bauern – seien es die dem Landesherren, den in Meisenheim ansässigen Landadligen oder der Johanniter-Kommende zufließenden – in Meisenheim; die stattliche Zehntscheune am Ende der Amtsgasse zeugte davon. Vermarktung und Weiterverarbeitung der Naturalabgaben boten Verdienstmöglichkeiten für die Meisenheimer. Auch in der Zeit, als Zweibrücken sich zur Hauptstadt des Herzogtums entwickelte, blieb Meisenheim

---

[15] Vgl. **Anthes**, Günter F.: Das Häuserbuch der Stadt Meisenheim anno 1768. MH 18 (1983), S. 93 ff, sowie LURZ 1987

[16] **Drescher**, Karl-Heinz: Zur Geschichte der Lateinschule in Meisenheim am Glan 1558 – 1948. Beiheft der Festschrift zur Vierhundertjahrfeier 1958. Meisenheim 1958, S. 6 [DRESCHER LATEINSCHULE]

Sitz eines bedeutenden Oberamtes,[17] die Amtsleute, Schreiber, Boten usw. verzehrten ihr Einkommen in unserer Stadt. Leider besitzen wir für das Mittelalter noch keine quantitativ aussagekräftigen Daten zur Wirtschaftsstruktur, doch spricht Vieles dafür, dass die Schwerpunkte schon ähnlich wie im 16./17. Jahrhundert gesetzt waren:

„In Meisenheim wurden neben den Wochenmärkten zunächst zwei, später drei Jahrmärkte abgehalten, und ein Marktverzeichnis von 1795 führt neben 13 Viehmärkten, die im 18. Jahrhundert durch die Wirtschaftspolitik der Landesherren großen Aufschwung genommen hatten, noch eine Reihe anderer Märkte auf. Das um 1560 erbaute […] Markthaus, der hinter diesem stehende Getreidespeicher sowie die benachbarte Fruchtwaage lassen erkennen, daß auf den Meisenheimer Märkten in erster Linie die landwirtschaftlichen Produkte des Umlandes, Getreide, Vieh und Wein, gehandelt wurden. […]

Die gewerbliche Wirtschaft Meisenheims war dagegen kaum von überregionaler Bedeutung. Zwar waren die Weber auch hier am Anfang des 17. Jahrhunderts *[1609, U.S.]* mit 20 Betrieben der stärkste Handwerkszweig, und die insgesamt 123 Handwerker stellten mit ihren Familien mehr als die Hälfte der Bevölkerung des Städtchens. Die meisten von ihnen arbeiteten jedoch für den Bedarf der Stadt und ihres engeren Umlandes und verdienten ihren Lebensunterhalt zum Teil aus der Landwirtschaft. Die geringe Bedeutung des Meisenheimer Handwerks […] geht auch daraus hervor, daß die Handwerker des gesamten Oberamtes Meisenheim, also auch diejenigen von Lauterecken und Obermoschel, zu Zünften zusammengeschlossen und die Meisenheimer Handwerker nicht in selbständigen Zünften organisiert waren. Ihre Existenz stand und fiel mit der Funktion Meisenheims als Behördensitz und Marktstadt.“[18]

Die erwähnten 123 Handwerker verteilten sich 1609 auf folgende Berufe: 20 Weber, 10 Gerber, 13 Bäcker, 13 Metzger, 4 Krämer, 10 Schuhmacher, 9 Schneider, 4 Schlosser, 2 Müller, 4 Schmiede, 1 Messerschmied, 3 Schieferdecker, 3 Zimmerleute, 6 Schreiner, 2 Sattler, 4 Steinmetze, 3 Glaser, 4 Kürschner, 2 Küfer, 2 Balbierer, 1 Kupferschmied, 1 Tüncher, 1 Weinstecher, 1 Strohschneider.[19] Strukturiert man die Liste etwas, so zeigt sich: ein gutes Viertel (32)[20] sorgt für den täglichen Bedarf der Haushalte; ein knappes Viertel (29)[21] arbeitet für die Herstellung längerlebiger, möglicherweise auch anspruchsvollerer (Pelzkleidung) Konsumgüter; ein gutes Viertel (33)[22] verarbeitet aus der Landwirtschaft der Umgebung stammenden Rohstoffe. Das Bauwesen gibt etwa einem Siebtel (18)[23] Verdienst. Außerdem er-

---

[17] Beschreibung und Karte bei FABRICIUS 1916, S. 1 ff

[18] **Faber,** Karl-Georg: Kirn an der Nahe und Meisenheim am Glan. Geographisch-historischer Vergleich zweier Kleinstädte im deutschen Mittelgebirge. In: Berichte zur deutschen Landeskunde Bd. 24/1960 H. 2, S. 131

[19] **Neussel**, Kläre: Kulturgeographie des unteren Glangebietes. Typoskript [Meisenheim] 1953 [NEUSSEL 1953], S. 97

[20] Bäcker, Metzger, Krämer, Messerschmied, Weinstecher

[21] Schuhmacher, Schneider, Kürschner, Schreiner, evtl. noch Kupferschmied

[22] Weber, Gerber, Müller, Strohschneider

[23] Schlosser, Schieferdecker, Zimmermann, Steinmetz, Glaser, Tüncher

wähnt die Liste von 1609 noch 6 Ackerbauern, 2 Winzer und 7 Tagelöhner[24] – was die sehr große Zahl landwirtschaftlicher Nebengebäude in Meisenheim rätselhaft erscheinen ließe, machte man sich nicht klar, dass der größte Teil der 123 Handwerkerfamilien eine Nebenerwerbslandwirtschaft betrieb zur Sicherung der Ernährung auch in Zeiten einer Auftragsflaute.

Die Liste ist nur eine Momentaufnahme, denn einige Berufe, die sicher fast immer in Meisenheim ansässig waren, fehlen darauf: z. B. der Goldschmied, der in einer Residenzstadt sein Auskommen finden konnte, der Tuchscherer, der den Produkten der Weber den letzten Schliff gab, oder der Seiler, dessen Produkte in einer Ackerbürgerstadt ebenso regelmäßig gebraucht wurden wie die Fähigkeiten eines Wagners. Auch wird nicht differenziert zwischen Woll- und Leinewebern, Rot- und Weißgerbern, und vielleicht steckt der fehlende Dreher unter der Überschrift Tischler (alle diese Berufe kommen in den Akten über Hausverkäufe[25] regelmäßig vor.) Aber trotz dieser Vorbehalte lässt sich eindeutig feststellen: Meisenheim war in der Zeit des ausgehenden Mittelalters und der beginnenden Neuzeit ein „Mittelzentrum" – seinen „Bedeutungsüberschuss" hatte es aber in erster Linie im staatlich-administrativen Bereich und im regionalen Handel, die Bedeutung des produzierenden Gewerbes reichte nicht allzu weit über das Umland hinaus. Ansätze zur Bildung eines Oberzentrums sind nirgends zu erkennen. Bleibt die Frage, woran das lag. Die Antwort ist denkbar simpel: Am Zeitpunkt.

Als Meisenheim Stadt und Residenz wurde, hatten die territoriale Gliederung, die Wirtschaftsstruktur, die Verkehrswege im Heiligen Römischen Reich schon eine ziemlich feste Form gefunden. In den „alten" Gebieten beiderseits des Rheins hatten sich bedeutende Territorien, darunter allein vier Kurfürstentümer,[26] schon ausgedehnte feste Einflusszonen geschaffen. Für den kleinen Lehnsmann des großen Mainzer Erzbischofs, für den kleinen Bruder des großen Kurpfälzers blieb nicht mehr allzu viel Raum zur Entfaltung – für den Fürsten nicht und nicht für sein Städtchen. Sieht man die Reihe der von Ludwig dem Bayern zur Stadt erhobenen Orte an, wird rasch deutlich: Meisenheim ist – für diese späte Stadtwerdung – noch ziemlich erfolgreich gewesen; von den achtzehn Orten[27] in den heutigen Bundesländern Rheinland-Pfalz und Saarland, die ihre Stadtrechte Ludwig verdanken, hat nur Homburg mit etwa 45.000 Einwohnern die kleinstädtischen Verhältnisse verlassen, dagegen haben manche den Rahmen[28] des Stadtrechts niemals ausfüllen können. Die früher entstandenen Städte, die zur Reichsfreiheit gelangt waren, dominierten im Exportgewerbe und im Fernhandel: Meisenheim blieb Zwischenstation für den Handel und Versorger für einen überschaubaren Markt.

---

[24] NEUSSEL 1953, S. 97

[25] Diese Akten sind, Straße für Straße, Haus für Haus, ausgewertet in LURZ 1987.

[26] Auch Kurtrier und Kurköln hatten Streubesitz und Interessen in unserer Gegend, allerdings ohne dass eine *unmittelbare* Auswirkung auf die Geschicke Meisenheims zu verzeichnen wäre.

[27] Balduinstein, Birkenfeld, Dannenfels, Dhaun/Nahe, Friedewald, Gau-Algesheim, Gemünden, Homburg, Kaisersesch, Königsfeld, Lambsheim, Merzig, Neu-Bamberg, Offenbach a. Gl., Oggersheim, Rockenhausen, Simmern, Wachenheim.

[28] Z. B. Balduinstein (Lahn) oder Friedewald (Westerwald)

Meisenheims Stadtbefestigung: Das Untertor, das einzig erhaltene von einst drei Toren – der „Bürgerturm" in der Nordostecke der Stadt – die nördliche Stadtmauer mit dem Bürgerturm von außen – die östliche Stadtmauer über dem Giesen

Immerhin, spät zu kommen hat auch Vorteile. Die europäische Stadt ist „erst das Endergebnis längerer, vom 11. bis ins 13. Jahrhundert dauernder Auseinandersetzungen. Sie haben sich zum Teil friedlich, zum Teil aber auch in heftigen Kämpfen vollzogen."[29] Im Jahre 1315 aber wusste man schon, wie das Verhältnis von Stadtherr und Gemeinde gedeihlich zu gestalten war. Offenbar sind auch die Handwerkerunruhen und Zunftkämpfe, die seit Mitte des 13. Jahrhunderts von Oberitalien ausgehend zunächst die patrizisch regierten Fernhandelsstädte, dann auch kleinere erschütterten, Meisenheim erspart geblieben.

Stadtbild um 1504

Wie müssen wir uns Meisenheim zu Beginn der frühen Neuzeit vorstellen? Wir wollen uns noch einmal auf das Feld der Spekulation begeben und einen fantasierten Spaziergang durch die kleine Residenzstadt unternehmen, und wir wählen dazu das Jahr 1504, in dem der Neubau der Schlosskirche geweiht worden ist. Ihren Turm sehen wir schon von weitem, wenn wir uns der Stadt am rechten Glanufer von Norden nähern. Über den Fluss erblicken wir auch die hohen Türme des Klenker- und des Untertors, außerdem können wir flussaufwärts den Mühlturm erkennen, an der Ecke, wo die Stadtmauer das Flussufer verlässt und nach Westen abknickt, den stattlichen runden Bürgerturm und natürlich die Stadtmauer, denn der Platz nördlich davor ist von Bebauung und Bewuchs freigehalten – anscheinend haben Weber darauf Leinwand zum Bleichen ausgebreitet; ein paar kleine Jungen bemühen sich (nicht allzu engagiert), die Gänse und Enten von den Stoffbahnen fernzuhalten.

Die Uferstraße gabelt sich – links geht es steil bergauf, aber wir überqueren nach rechts die steinerne, zweibogige Brücke über den Glan. Am Torwärterhäuschen bezahlen wir das fällige Wegegeld und versichern, dass wir keine akzisepflichtigen Waren mit uns führen und nur harmlose Absichten haben. Nach der Kontrolle geht es gleich über noch einen kleinen Wasserlauf, den Giesen.[30] Sein Wasser ist vom Glan abgeleitet, er treibt die Mühlenräder der Kornmühle und der Lohmühle[31] (die Eichenrinde für die Gerber zermahlt), versorgt die Badstube mit Wasser, und er führt allerhand Schmutz mit sich, den die Meisenheimer loswerden wollen. Nun betreten wir Meisenheim durch den gewölbten Bogen des Untertores – eine andere Möglichkeit haben wir von Norden kommend nicht, weil das Klenkertor geschlossen ist, seit vielen Jahren schon, denn die Reparatur der Stadtbefestigung nach der Beschießung von 1461 war teuer, und wenn der Landesherr deswegen auch auf einige Steuern verzichtete, so brauchten die Bürger doch auch noch Geld für den Bau des Rathauses, an dem es ihnen schon lange mangelte – irgendwo musste die Stadt sparen, und so wurde die Stelle eines der drei Torwärter gestrichen.[32] Allerdings sind die Bewohner der Obergasse damit nicht einverstanden – verlangt die

---

[29] **Brunner**, Otto: Sozialgeschichte Europas im Mittelalter. Göttingen 1978, S. 46

[30] LURZ 1987, S. 15 – Es findet sich häufig auch die Schreibweise „Gießen".

[31] **Kinzinger**, Lothar: Schweden und Pfalz-Zweibrücken. Probleme einer gegenseitigen Integration. Das Fürstentum Pfalz-Zweibrücken unter schwedischer Fremdherrschaft (1681 – 1719). Saarbrücken 1988 [KINZINGER 1988], S. 94

[32] LURZ 1987, S. 58. – Das Tor wurde erst 1759 wieder geöffnet.

Maßnahme ihnen doch einige Umwege ab, wenn sie beispielsweise zu ihren Gärten und Weinbergen Richtung Raumbach gelangen wollen.[33]

Halbrechts vor uns öffnet sich ein großer Platz, der nach Westen dreieckig zuläuft und leicht ansteigt. Wir müssen niemanden fragen, denn dass dies der Viehmarkt ist, sehen und riechen wir sogleich, auch wenn gerade kein Markttag ist. Pfähle zum Anketten sind in den Boden gerammt, am Rande des Platzes stapeln sich Teile von Schafshürden; die Hinterlassenschaften des gehandelten Viehs sind allgegenwärtig. Zum Glück hat es in den letzten Tagen nicht geregnet – denn der Platz ist genauso wenig gepflastert wie die Straßen, die von ihm ausgehen, dafür aber zerstampft von den Hufen der Rinder. Vor fast allen Häusern gibt es Dunggruben – und offenbar halten sich nicht alle Bürger an die Vorschrift, dass jeder Mistplatz durch ein „Meuerlein, Wanth oder Zeun versperret werden"[34] soll, hier und da sucht sich ein Rinnsal den Weg zum Giesen. Die Menschen, die den Platz hin und her überqueren oder auch zu einem Schwatz am Brunnen stehen bleiben, stören sich aber offenbar nicht daran, ebenso wenig wie an den Schweinen, die in den Ecken und Winkeln um den Platz – offenbar mit Erfolg – nach Essbarem suchen. Das ist am Anfang des 16. Jahrhunderts überall so, und überall versucht die Obrigkeit – offenbar ohne Erfolg – dem Einhalt zu gebieten, die ständig wiederholten Verbote zeugen vor allem von ihrer Nutzlosigkeit.

Nach oben hin ist der Platz von Gebäuden einigermaßen dicht umstanden, wenn es auch noch freie Bauplätze gibt. Blickt man zwischen den Häusern durch nach rechts, kann man zwischen Scheunen und Ställen hier und da ein Stück der nördlichen Stadtmauer erkennen. Aber wenn wir vom Untertor aus nach links schauen in die Untergasse, die sich rund 110 Ruten weit[35] fast schnurgerade nach Süden hinzieht, sehen wir auf der linken, östlichen Seite, zum Glan hin, fast nur Gärten, kaum Bauten – kein Wunder, denn das tief liegende Areal wird immer wieder vom Glan-Hochwasser heimgesucht.[36] Auf der rechten Gassenseite gibt es schon einige Gebäude, viele noch aus Holz gebaut, einzelne Fachwerkhäuser mischen sich darunter. Und fast alle Häuser sind mit Stroh gedeckt, was natürlich die Feuergefahr dramatisch erhöht. Nach den Geräten, Werkzeugen und Warenstapeln zu schließen, die sich auf der Gasse vor den Haustüren finden, müssen hier in erster Linie Handwerker und Kaufleute wohnen und arbeiten.

Nachdem wir uns diesen ersten Überblick verschafft haben, gehen wir geradeaus über den Platz bergan – es sieht so aus, als sei dies die Haupt-Durchgangsstraße, denn man hat mit ein paar Planken und Trittsteinen die Abflüsse der Dunggruben überbrückt. So gelangen wir alsbald zur oberen Querstraße. Nach rechts geht sie zum Klenkertor, und da das, wie gesagt, verschlossen bleibt, haben die Bewohner der eher ärmlich wirkenden Häuser die Sackgasse benutzt, um sich ein wenig auszubreiten, denn in den Stuben und Werkstätten ist es eng und dunkel.

Wir wenden uns aber nach links und stellen alsbald fest, dass es in der Obergasse, die auf den Schlossplatz zuläuft (wegen einer Krümmung der Straße können wir

---

[33] **Martin**, Adolf: Die Wiedereröffnung des Klenkertores (1698 – 1792). In: Allgemeiner Anzeiger 28. 7. 1956

[34] LURZ 1987, S. 13

[35] etwa 320 m

[36] LURZ 1987, S. 14

das Schloss allerdings noch nicht sehen) bedeutend herrschaftlicher zugeht: So gut wie alle Gebäude haben steinerne Sockelgeschosse unter ihren Fachwerk-Obergeschossen. Die Schlusssteine über den Hofeinfahrten tragen hier und da Wappen – es sind die der adligen Familien, die die ursprünglichen Lehenshöfe der Burgmannen ererbt haben und jetzt die höheren Hofbeamten stellen. Die Gebäude umschließen stattliche Höfe, in die wir zwar nicht hineinblicken können, es sieht aber ganz so aus, als zögen sich die Anwesen auf der linken Gassenseite die halbe Strecke bis zur Untergasse hin. Eine Kutsche kommt aus einer Hofeinfahrt, wir treten ein paar Schritte beiseite in eine abzweigende Gasse, die die Ober- mit der Untergasse bzw. mit dem großen Platz an ihrem Rande verbindet.[37] Auf dem Platz werden gerade in drei Reihen Buden und Marktstände aufgestellt – ein Büttel geht herum und kassiert die Standgebühren: Offenbar soll demnächst einer der Jahrmärkte beginnen, ein größeres Unternehmen jedenfalls als die wöchentlichen Märkte, bei denen die Bauern der Umgebung ihre Erzeugnisse (jedenfalls das, was sie nach der Abgabe an den Amtskeller und der Sicherung ihres Eigenbedarfs übrig haben) anbieten. Sie sind dazu verpflichtet,[38] um die Versorgung der Stadt zu gewährleisten und eventuelle Preistreibereien durch Zwischenhändler zu vermeiden.

Die Kutsche ist davongerasselt, wir drehen uns um und können jetzt gut erkennen, dass die Scheunen der großen Adelshöfe, die man oben vom Hof her ebenerdig erreicht, in Wirklichkeit auf massiven Sockeln aus Quadersteinen erbaut sind, und als wir uns neugierig auf die Zehenspitzen stellen und in eines der hochgelegenen, schießschartenartigen Fenster spähen, kommt es uns gerade so vor, als sei das unter der Scheune ein tonnengewölbter Weinkeller.

Auf der rechten Straßenseite der Obergasse sind die Grundstücke etwas kleiner und hinten von der westlichen Stadtmauer begrenzt, hier und da fällt der Blick auf ein blühendes Gärtlein am Fuße der Mauer. Übrigens ist die Straße hier kaum zugestellt mit Gerätschaften und Materialien – hier wohnen keine Handwerker; die von der Obergasse haben auch genug Platz im Inneren ihrer Anwesen. Man möchte denken, dass die Bezeichnungen „Obergasse“ und Untergasse“ sich nicht *nur* auf die Höhe über dem Wasserspiegel des Glan bezieht.[39]

Unser Weg macht einen kleinen Knick nach rechts, noch ein paar Schritte, wir erreichen eine Querstraße und erblicken Schloss und Kirche von nahem. D. h., vom Schloss können wir nur einen Teil sehen – vor uns ist ein Neubau im Gang, der sich rechts an die Stadtmauer anlehnt und den Schlosshof gegen die Stadt abschließt; beiderseits dieses entstehenden Baus gibt es je eine Durchfahrt in den Schlosshof, links schließt sich noch ein unscheinbares Gebäude an, das hinter der Kirche verschwindet. Aber da der Neubau, den Herzog Alexander veranlasst hat, erst bis zum ersten Stockwerk gediehen ist, können wir dahinter das mächtige Dach

---

[37] Nach neueren Forschungen ist der Platz des heutigen Marktes erst nach dem Verkauf eines Adelshofes an die Stadt im Jahre 1560 frei geworden. **Gross**, Karen: Neue Erkenntnisse zur historischen Markthalle in Meisenheim am Glan. In: **Arbeitskreis für Hausforschung** (Hg.): Rathäuser und andere kommunale Bauten (= Jahrbuch für Hausdforschung 60) Marburg 2010 [GROSS 2010], S. 399 – 408, hier S. 400. Die Markthalle an der Südeseite des Platzes datiert von 1669 – ebenda, S. 401 f

[38] KINZIGER 1988, S. 97

[39] LURZ 1987, S. 10 f

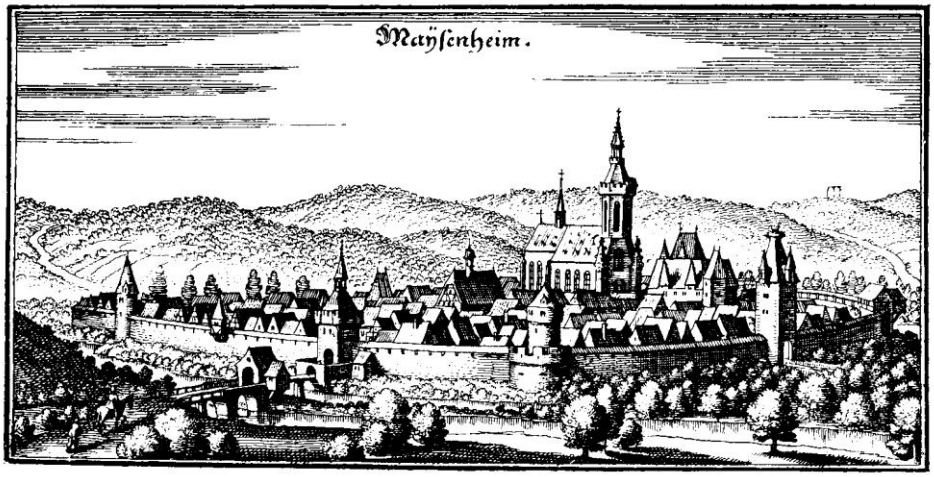
und die Ecktürmchen des „Stephansstocks“ erkennen. Auf der Fläche zwischen unserem Standort an der Querstraße und den Schlossgebäuden ist ein Garten angelegt, der zugleich den westlichen Vorplatz der Kirche bildet. Da nicht allzu viel Verkehr vom und zum Schloss unterwegs ist, auch keine Fahnen von den Türmen wehen, müssen wir annehmen, dass Herzog Alexander nicht in Meisenheim ist – seit der Belagerung und Beschießung von 1461 sind Verwaltung, Archiv usw. sukzessive nach Zweibrücken verlagert worden, das nun die „Hauptstadt“ des Herzogtums darstellt – aber Fürst und Gefolgschaft weilen doch oft hier, und als Sitz des großen Oberamtes ist Meisenheim zumindest zweite Hauptstadt.

Die Kirche strahlt im Glanz des frischen Baus; dass sie nicht nur prachtvoll, sondern auch ein wenig herrschaftlich wirkt, liegt daran, dass die Straße daneben recht steil zur Untergasse abfällt: Der Chor der Kirche scheint geradezu über den Dächern zu schweben. Unsere andächtige Stimmung angesichts dieses Bildes wird allerdings jäh unterbrochen, als eine Schar Enten ärgerlich schnatternd aus der Kirchentür gewatschelt kommt, gescheucht von einem Johanniter-Frater, der sich über die Leute beschwert, die auf ihre Tiere nicht aufpassen, und über den Büttel, der seine Pflichten nicht ernst nimmt, denn eigentlich hätte er die Enten pfänden müssen.

Da setzen wir denn unseren Rundgang fort – rechts von uns liegt das Obertor, aber da wir die Stadt noch nicht verlassen wollen, gehen wir links die Gasse unter der Kirche hinunter. Hier, in der Nähe des Schlosses, gibt es noch einen großen Adelshof, und unten an der Ecke steht das leuchtend gelb getünchte Haus der Johanniter; direkt daneben, aber schon in der Untergasse, noch ein stattliches, anscheinend ganz aus Stein gebautes Haus mit einem schönen Erker. Hinter den beiden Gebäuden erhebt sich, nahe an der Stadtmauer zum Glan hin, das hohe Dach der Zehntscheune; ihre Größe weist auf den Ertragreichtum des Landes ringsum hin.

Und nun können wir, umgekehrt herum durch die längste Gasse blickend, das Untertor wieder sehen, durch das wir vor einer Weile in die Stadt gekommen sind. Lebhafter Verkehr von Menschen und Karren, Surren, Klopfen, Hämmern von den Werkstätten auf der linken Straßenseite, aber rechts von unserem Weg, zum Glan hin, liegen fruchtbare Gärten, kleine Pfade laufen auf die Mauer am Fluss zu. Nur drei größere Gebäude (von ein paar Holzschuppen u. dergl. abgesehen) gibt es in diesem Areal: das Hospital der Johanniter, auf der anderen Wegseite an der Stelle, wo der Giesen in die Stadt kommt, die Mühle, und daneben das Badehaus, das das (noch) frische Wasser des Giesen nutzt. Merkwürdigerweise ist es seit fünf Jahren Eigentum der Kirche:[40] Herzog Alexander hat sie den Kirchenmeistern übergeben, damit sie aus den Badegebühren die Ausstattung der Kirche usw. finanzieren sollen. Die Mühle hat viel zu tun, denn die Bauern der umliegenden

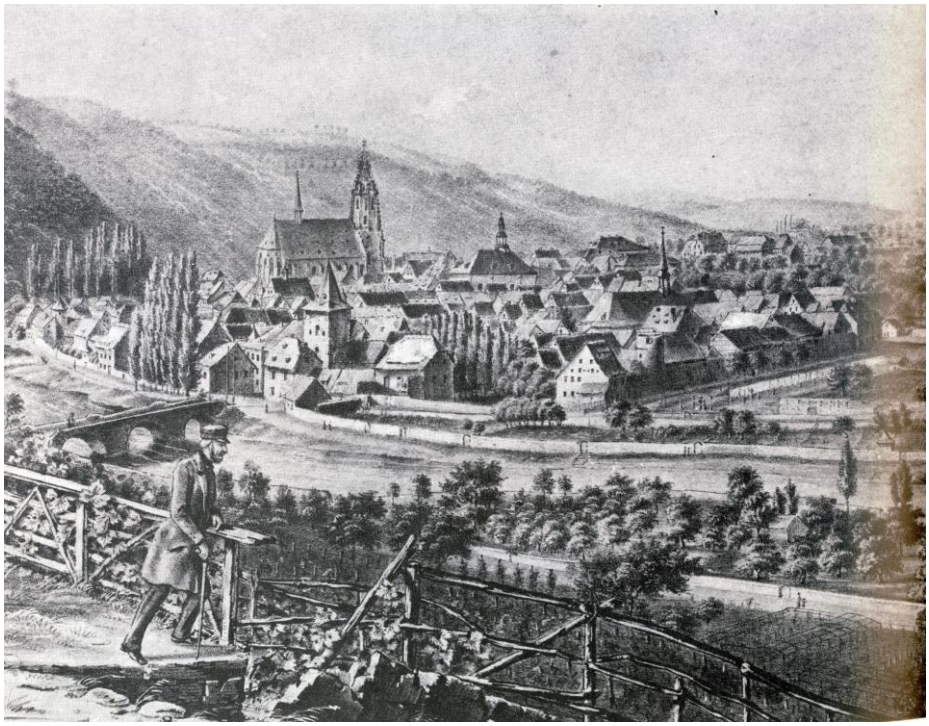
[40] **Anthes** MH 10, S. 34



Matthäus Merian 1645 und C. Gapp um 1850

Merians Kupferstich behandelt Meisenheims Stadtbild mit künstlerischer Freiheit: Er rückt die Kirche und das Schloss viel stärker in die Mitte der Ansicht, als es der Wirklichkeit entspricht. Diese Abbildung ist auch die einzige überlieferte Darstellung des Klenkertors (rechts). –

Zweihundert Jahre später zeigt Gapps Steindruck, dass Meisenheim durch das beginnende Industriezeitalter fast gar nicht verändert worden ist. Selbst heute erblickt der Besucher der Stadt eine im Kern fast unveränderte Stadtsilhouette.



Dörfer unterliegen zumeist dem Mühlenbann, d.h. sie müssen hier in der Meisenheimer Wassermühle mahlen lassen.

Der Wind ist ein wenig böig geworden und weht aus wechselnden Richtungen, und gerade jetzt, da er von Nordosten kommt, riecht es sehr unangenehm – dort zwischen Giesen und Stadtmauer liegen nämlich auch die Gruben, in denen die Gerber, die das Leder der Rinder, Schafe und Ziegen verarbeiten, ihren Rohstoff in die Eichenlohe gelagert haben. Kurz bevor wir den Markt erreichen, wo der Aufbau der Stände zügig vorangekommen ist, passieren wir einen abgesteckten Bauplatz, wo anscheinend ein größeres Gebäude entstehen soll, das Fundament ist offenbar schon gelegt. Tatsächlich bestätigt uns ein Marktbesucher: Rat und Gemeinde von Meisenheim haben beschlossen, dass es nun wirklich an der Zeit sei, ihrem Selbstbewusstsein und Stolz durch ein eigenes Rathaus angemessenen Ausdruck zu verleihen – aber eine kleine Weile[41] wird es bis zur Vollendung noch dauern.

Noch ein paar Schritte bis zum Viehmarkt, und durch das Untertor verlassen wir die kleine Stadt und das Feld der Spekulation.

[41] „Das Rathaus wird 1517 als neu bezeichnet“ ZIMMERMANN 1935, S. 274. – Nach vom Historischen Verein Meisenheim veranlassten dendrochronologischen Untersuchungen im Jahre 2009 lassen sich die Balken des Dachtragwerks des Rathauses auf 1505/1506 datieren. GROSS 2010, S. 400 u. 407

Die Reformationszeit

Kaum ein anderes Ereignis hat den Verlauf unserer europäischen Geschichte so tiefgreifend und so dauerhaft beeinflusst wie die von der Mitte Deutschlands ausgehende Reformation, kaum ein anderes Ereignis bis dahin hat die Menschen – die einfachen Menschen, die *scheinbar* an den Dingen der „großen" Politik gar keinen Anteil nahmen – so sehr in seinen Bann gezogen und zum eigenen Eingreifen bewegt. Die Reformation wurzelt mit ihrer religiösen Fragestellung – wie kann der Mensch Gottes Gnade finden? – noch ganz im Mittelalter; ihr Ergebnis aber – die Ausdifferenzierung der Sphären von Kirche und Staat, Religion und Politik, der Individualisierungsschub, der von der Notwendigkeit ausgelöst wurde, eine Glaubensentscheidung nach dem *eigenen* Gewissen zu treffen, die Entstehung von so etwas wie „Öffentlichkeit" – ist der unwiderrufliche Anbruch der Moderne.

„Die *[kirchlichen]* Mißstände waren am Ende des 15. Jh. sicher nicht größer als in der 2. Hälfte des 14. Jh. Die Menschen ertrugen sie aber viel weniger leicht, sie waren wacher, bewußter, kritischer und im guten Sinne anspruchsvoller geworden und damit empfindlicher für den Widerspruch zwischen Ideal und Wirklichkeit, Lehre und Leben, Anspruch und Leistung. […] Ursache der Reformation im weiteren Sinn ist […] die Auflösung der mittelalterlichen Ordnung und der sie tragenden Grundhaltungen […] Hier ist zunächst die Sprengung der das gesamte politische, geistige und religiöse Leben umfassenden Einheit zu nennen. Die eine Kirche in der einen Christenheit, dargestellt in der Spannungseinheit von Sacerdotium *[Priestertum des Papstes]* und Imperium *[Herrschertum des Kaisers]*, ist das am meisten ins Auge fallende Kennzeichen des Mittelalters. […] Doch je mehr *[der Papst]* seine Vollgewalt auf das weltlich-politische Gebiet ausweitete, um so entschiedener traf er auf den berechtigten Widerstand der sich immer stärker national differenzierenden und ihrer Eigenständigkeit bewußt werdenden Welt. […]. Das Ergebnis war das Landeskirchentum, das heißt die Abhängigkeit der Kirche von den weltlichen Mächten, sei es dem Königtum, der Fürstenmacht oder dem Stadtregiment mit deren Möglichkeit, weitgehend in das innerkirchliche Leben einzugreifen. Ohne dieses landesherrliche Kirchenregiment ist der Sieg der Reformation schwer vorstellbar. […]

Kennzeichnend für das Mittelalter ist weiter der auf dem Bildungsmonopol der Geistlichen und ihren Standesprivilegien beruhende Klerikalismus. … Es mußte der Tag kommen, an dem der mittelalterliche Mensch mündig wurde und sich selbständig mit dem ihm dargebotenen Glaubens- und Kulturgut auseinandersetzen konnte und wollte. […]

In der Begegnung mit der Antike und auf Grund eigener Forschung und Erfahrung entdeckte der Mensch Wirklichkeiten, die nicht auf dem Boden des Christentums gewachsen bzw. die aus sich heraus einsichtig waren und der Bestätigung durch Autoritäten nicht bedurften. Wohl wollten die Vertreter der neuen Wissenschaft auch Christen sein. Je mehr die Kirche sich aber mit dem Alten und Herge-

brachten zu identifizieren schien, um so mehr mußte das mit einem ungemeinen Pathos der Entdeckerfreude vorgebrachte Neue als Kritik an ihr wirken."[1]

In der Geschichte Pfalz-Zweibrückens und Meisenheims spiegeln sich alle diese Entwicklungen mehr oder weniger deutlich. Schon Herzog Stephan hatte Kaiser Sigismund u. a. auf das Konstanzer Konzil begleitet; seine Nachfolger hatten das landesherrliche Kirchenregiment in der Frage der Kirchenzucht, der Gottesdienstordnung und der *caritas* ausgebaut, allerdings noch nicht in theologischer Hinsicht eingegriffen. Auch die „neue Wissenschaft" des Humanismus hatte ihre Freunde in unserer Gegend. Die Ebernburg an der Nahe wurde durch ihren Besitzer Franz von Sickingen zur „Herberge der Gerechtigkeit", namhafte Humanisten und Reformatoren (Ulrich von Hutten, Martin Bucer, Johannes Oekolampad, Johannes Schwebel) waren Gäste des Hausherren.[2]

Beim Tode Herzog Alexanders war sein Sohn und Erbe Ludwig (II.) zwölf Jahre alt; bis zu seiner Volljährigkeit leitete ein Rat, bestehend aus seiner Mutter, einer Gruppe von Verwandten und dem uns schon bekannten Johannes Meisenheimer die Geschäfte. Ludwigs „einsichtsvolle Mutter, Margaretha, hatte viele Sorgfalt auf dessen Erziehung und Ausbildung verwendet, und schön und herrlich war derselbe aufgeblüht";[3] seit 1509 war der Humanist und Theologe Johannes Bader (* um 1487 in Straßburg) sein Prinzenerzieher; dass dieser „aufgeklärte und gelehrte" Lehrer „die ersten Keime *[humanistischer und reformatorischer Ideen]* in sein empfängliches jugendliches Gemüth (legte), welche später zu herrlicher Frucht für ihn und seine Unterthanen reiften"[4] darf man glauben. Dass der junge Fürst „…in diesen Grundsätzen […] noch mehr bestärkt und gekräftiget (ward), als er auf dem merkwürdigen und bedeutungsvollen Reichstage zu Worms, 1521, den großen Reformator selbst sah und hörte"[5] ist aber eine etwas voreilige Behauptung. Sicher bewunderte Ludwig Luthers aufrechte Haltung gegenüber der Forderung von Kaiser und Reichstag, seine Thesen zu widerrufen; tatsächlich unterließ er auch Maßnahmen, um das Wormser Edikt in seinem Territorium durchzusetzen, also Luther-Schriften aus dem Verkehr zu ziehen. Aktive Entscheidungen traf Ludwig aber nicht – er begleitete erst einmal Kaiser Karl V. auf seinem Feldzug gegen König Franz I. von Frankreich. Die reformatorische Initiative kam von unten, von den Gemeinden.

---

[1] **Iserloh**, Erwin: Reformation – Katholische Reform und Gegenreformation. Handbuch der Kirchengeschichte Bd. IV, Freiburg 1985; [ISERLOH 1985] S. 4 ff

[2] **Böcher**, Otto: Die Ebernburg in Bad Münster am Stein. Köln 2007, S. 13

[3] LEHMANN 1867, S. 269. – Zu Lehmanns Art der Geschichtsschreibung bemerkt der Speyerer Historiker Kurt Baumann: „Die biographischen Porträts, die Johann Georg Lehmann im Jahre 1867 in seiner ‚Geschichte des Herzogtums Zweibrücken' von den ‚Stamm- und Vorältern des k. bayr. Hauses', den Zweibrücker Fürsten, gezeichnet hat, erscheinen teilweise fast wie Heiligenbilder, auf Goldgrund gemalt, und man spürt zwischen den Zeilen gelegentlich das Unbehagen des Verfassers, daß er nicht in der Lage war, aus jedem seiner Herzöge schlechthin einen Musterregenten zu machen. Das ist eine Betrachtungsweise, von der wir uns heute ganz frei gemacht haben". (**Baumann**, Kurt: Das Herzogtum Pfalz-Zweibrücken – Umrisse einer Landesgeschichte. In: Von Geschichte und Menschen der Pfalz. Ausgewählte Aufsätze von Kurt Baumann. Speyer 1984, S. 46) [BAUMANN 1984]

[4] LEHMANN 1867, S. 269

[5] ebenda

Dass Luthers 1517 veröffentlichte Thesen zum Ablass[6] in geradezu rasendem Tempo in ganz Deutschland bekannt wurden,[7] wird ihn selbst am meisten überrascht haben; er hatte nur eine öffentliche theologische Diskussion initiieren wollen und sich damit durchaus im Rahmen der damaligen akademischen Gepflogenheiten bewegt. Ob Luthers Vorgehen 1518 oder erst Anfang 1519 in Meisenheim bekannt wurde, wissen wir nicht. Da die Meisenheimer Geistlichen Mitglieder eines weitverzweigten Ordens waren, der sicher über rasche interne Kommunikationsstrukturen verfügte, ist ein früher Zeitpunkt wahrscheinlicher. Sicher ist, dass ein Meisenheimer Johanniter-Frater, Nicolaus Faber, zum Studium nach Wittenberg zog (Immatrikulation 21. 4. 1520[8]). Superintendent Carl Peter Adams, von 1946 bis 1969 Pastor an der Meisenheimer Schlosskirche, nimmt an, dass Faber von der Meisenheimer Kommende gewissermaßen delegiert worden sei:

„Als Nicolaus Faber 1520 in Wittenberg sein theologisches Studium begann, war er einer der vielen jungen Männer, die der Ruf des inzwischen bekannt gewordenen Professors Luther erreicht hatte. Vor den Anderen aber brachte er eine zweifache geistliche Mitgift ein, die ihn den Ernst der Stunde wie der Sache zu erkennen fähiger machte als manche seiner Kommilitonen. […] Er kam aus der Welt geistlicher Zucht seines Ordens, der mit der Ordnung der täglichen Chorgebete, mit Studium, Seelsorge und Ordenskleid den Einzelnen in eine Lebensgemeinschaft von prägender Kraft einfügte. Dazu kam, daß die Kunde von den Ereignissen der letzten drei Jahre zweifelsohne auch den Meisenheimer Johanniter-Konvent erreicht und beschäftigt hatte. Hier, in der heilsamen Beunruhigung, die überall die gebildete Geistlichkeit erfaßte, hat wohl der Anstoß gelegen, einen der Brüder nach Wittenberg zu entsenden. Daß Faber von nun an in den unmittelbaren Wirkungskreis Luthers trat, daß er täglich die Gelegenheit wahrnehmen konnte, ihn zu hören, daß er Luther erlebte als Prediger, als Dozenten in der Auslegung der biblischen Bücher, als den Zeugen mit Wort und Schrift, das hat ihm die Unbeugsamkeit mitgegeben, die später dort zutage trat, wo es um das Evangelium der unbedingten Gnade Gottes ging.[9] […]

---

[6] „Ablass“ war in der damaligen kichlichen Praxis der Nachlass von Sündenstrafen im Fegefeuer als Gegenlesitung für „gute Werke“ – das waren Anfang des 16. Jahrhunderts zumeist profane Geldzahlungen an die Kirche. („Wenn das Geld im Kasten klingt / die Seele in den Himmel springt.“) Luther vermisste bei diesem Geschäft die echte Reue des Sünders, die allein ihm Gottes Gnade einbringen könne. – Ob Luther ein Plakat mit seinen Thesen tatsächlich öffentlichkeitswirksam am Vorabend von Allerheiligen an die Kirchentür genagelt oder ein paar Tage später als Flugblatt veröffentlicht hat, ist für uns ohne Belang. Die Wirkung steht fest.

[7] **Reinhard**, Wolfgang: Reichsreform und Reformation 1495 – 1555. In: Gebhardt[10], Band 9, Stuttgart 2001 [REINHARD 2001], S. 279 nimmt für 1519 an, dass bereits 250.000 Luther-Schriften auf dem Markt waren. Das wäre auch heute für eine wissenschaftliche Veröffentlichung eine sensationell hohe Auflage.

[8] **Rödel**, Walter G.: Die deutschen Johanniter im Zwiespalt zwischen Katholizismus und Luthertum, dargestellt an den Kommenden in Meisenheim und Sobernheim. In: Beiträge zur Mainzer Kirchengeschichte in der Neuzeit. Festschrift für Anton Philipp Brück zum 60. Geburtstag. Mainz 1973 [RÖDEL 1973] S. 55 – 70, hier S. 60

[9] ADAMS 1978, S. 24

Man hat geglaubt, aus der Rückkehr Fabers in seinen Orden auf die Entsendung des jungen Bruders nach Wittenberg durch den Konvent schließen zu können. Bei solcher durchaus wahrscheinlichen Annahme müßten Voraussetzungen festzustellen sein, aus denen die Entscheidung des Ordens verständlich würde. Sie ergeben sich ohne Zwang: die Bürgergemeinde des ausgehenden 15. Jahrhunderts war in zweifacher Hinsicht in die Zeitgeschehnisse einbezogen: einmal durch die Beziehung der Kirche zu allen Bereichen des täglichen Lebens, zum anderen durch ihre Zugehörigkeit zum Territorialstaat Zweibrücken. Man hat von ‚quasi-sakraler Gemeinschaft' gesprochen als dem Erscheinungsbild des spätmittelalterlichen Bürgerlebens, in dem die Kirche einen normierenden Stand hatte. Bei solcher Verflechtung und der fähigen Anteilnahme der Johanniter an den Zeitgeschehnissen darf auf ihr theologisches Interesse an den Wittenberger Ereignissen geschlossen werden."[10]

Faber kam 1523 nach Meisenheim zurück und übte sein Pfarramt an der Schlosskirche aus – sicher im reformatorischen Geiste, ebenso sicher aber auch behutsam, wie es zur gleichen Zeit Johannes Schwebel in Zweibrücken tat. Zwischen dem Wormser Edikt und dem Ersten Reichstag zu Speyer 1526 festigte sich in zahlreichen Gemeinden in ganz Deutschland die „evangelische Bewegung",[11] die Form des Gottesdienstes wandelte sich, und die Schriftauslegung durch die Predigt rückte in seinen Mittelpunkt. Das Wormser Edikt und die Ächtung Luthers traten vielerorts praktisch nicht in Kraft. Man darf dabei trotzdem nicht vergessen, dass Luther und allen, die in seinem Sinne diese Bewegung vorantrieben, das Schicksal etwa eines Jan Hus[12] bewusst gewesen ist.

Um diesen Schwebezustand genauer zu verstehen, müssen wir einen Blick auf die „große" europäische Politik werfen, deren Ereignisse den Rahmen bildeten für die Möglichkeiten und die Risiken der Volksbewegung. Seit 1519 war der Habsburger Karl V., Enkel Kaiser Maximilians I., erwählter Römischer König. Durch eine Folge von Erbfällen war er außerdem Herzog von Burgund, König von Spanien und von Neapel-Sizilien, und in dieser (wenn auch noch ungefestigten) Machtfülle sahen sowohl der Papst (wegen Süditalien) als auch besonders der französische König Franz I. (wegen der Einkreisung durch Burgund im Norden und Spanien im Süden) eine Bedrohung. Karl hatte eine sehr hohe Auffassung vom kaiserlichen Amt; er verstand sich in der mittelalterlichen Tradition als verantwortlicher Beschützer der *einen* römischen Kirche und, daraus abgeleitet, als Inhaber einer Vorrangstellung vor allen anderen Monarchen des christlichen Abendlandes, der „Universal-Monarchie"[13]. Franz I. dagegen, der einen schon weit einheitlicheren Staat regierte, war keineswegs bereit, diesen universalen Anspruch zu akzeptieren – vier

---

[10] ebenda, S. 28

[11] Wolfgang REINHARD benutzt diesen Begriff für die von den Gemeinden ausgehende Bewegung zwischen dem Wormser Reichstag und dem Bauernkrieg und grenzt sie ab „von der darauffolgenden ‚Reformation' im engeren Sinn als der rechtlich-institutionellen Neuordnung der Kirche und ihres Umfeldes".

[12] Der böhmische Theologe und Reformator war 1415 trotz der Zusage freien Geleits auf dem Konstanzer Konzil verurteilt und verbrannt worden, weil er den Widerruf seiner Schriften verweigerte.

[13] Vgl. **Kohler**, Alfred: Karl V. 1500 – 1558. Eine Biographie. München 1999, S. 94 f

Kriege zwischen Karl und Franz (und der noch zwei weitere Jahrhunderte währende Gegensatz Habsburg – Frankreich[14]) waren die Folge.

Aus der Rolle des Beschützers der katholischen Glaubenseinheit folgte natürlich, dass Karl alle reformatorischen Bestrebungen zu bekämpfen verpflichtet war – wenn er denn konnte. Zunächst musste er aber seine Ansprüche gegen Franz durchzusetzen versuchen, die österreichischen Erblande und die Reichsverwaltung überließ er seinem Bruder Ferdinand. In der Schlacht bei Pavia 1525 konnten die Truppen des Habsburgers den französischen König gefangen nehmen. Nachdem Karl V. Franz I. zum Frieden von Madrid gezwungen hatte (den der französische König als erzwungen aber nicht zu halten gedachte),[15] „glaubte Karl V., freie Hand zu haben, die religiösen Verhältnisse in Deutschland in seinem Sinn zu ordnen und dem Wormser Edikt Geltung zu verschaffen. Entsprechend lautete seine Weisung an Erzherzog Ferdinand für den zum 1. Mai nach Speyer einberufenen Reichstag, der aber erst am 25. Juni 1526 seine Verhandlungen aufnahm: In Sachen des Glaubens dürfe nichts geändert werden, und alles solle unverändert fortbestehen, ‚bis das Konzil eine einhellige, christliche, beständige und notdürftige Reformation, Satzung und Ordnung vornehmen und aufrichten werde'. Angesichts der inzwischen eingetretenen Wandlung der politischen Situation – der Papst hatte mit den Feinden des Kaisers *[insbesondere mit König Franz I.]* die Liga von Cognac (22. 5. 1526) gebildet, und die Türken verstärkten ihren Druck auf die Lande Ferdinands – konnte ein solcher Erlaß höchstens die ohnehin nicht sehr regen Bestrebungen zur Reform auf altkirchlicher Seite lähmen. Die evangelischen Stände, besonders die Städte, zeigten sich sehr selbstbewußt. Auf den Mänteln der Sachsen und Hessen und an ihren Quartieren las man die Losung: ‚Verbum Dei manet in aeternum.'[16] In den Höfen ihrer Herbergen warben bei offenen Toren ihre Prediger für den neuen Glauben. […] So wurde die Unwirksamkeit des Wormser Edikts vor aller Augen deutlich. […] Unter dem Druck der politischen Lage und der Notwendigkeit, von den Ständen Türkenhilfe zu erlangen, gab er *[Ferdinand]* aber seine Zustimmung zu dem Reichstagsabschied vom 27. August. […] Danach sollten in Sachen des christlichen Glaubens und der Religion kaiserlicher Instruktion gemäß keine Neuerungen vorgenommen werden. Zur Herbeiführung des Friedens und der Einigkeit halte man für das beste Mittel, binnen einem oder anderthalb Jahren ein freies Generalkonzil oder wenigstens ein deutsches Nationalkonzil abzuhalten. Betreffs des Wormser Edikts seien die Stände übereingekommen, bis zur Abhaltung des Konzils mit ihren Untertanen ‚also zu leben, zu regieren und zu halten, wie ein jeder solches gegen Gott und kaiserliche Majestät hoffet und vertrauet zu verantworten.'"[17]

Schon vor dem Speyrer Reichstagsabschied, zu Pfingsten 1526, wurde in Meisenheim das Abendmahl zum ersten Mal in evangelischer Weise „unter beiderlei Gestalt", also mit der Austeilung von Brot *und* Wein an die Kommunikanten, gefei-

---

[14] „Deutschland-Frankreich" wäre nicht richtig, denn einzelne deutsche Fürsten kooperierten immer wieder mit Frankreich; „Habsburg-Valois" oder „Habsburg-Bourbon" würde verschleiern, dass Frankreich schon auf dem Wege zum absolutistischen regierten „Nationalstaat" war.

[15] REINHARD 2001, S. 275

[16] „Das Wort Gottes bleibt in Ewigkeit". Jesaja 40, 8; 1. Petr. 1, 25

[17] ISERLOH 1985, S. 221 f

ert. „Die andern Mitglieder des Konvents der Johanniter scheinen sich nicht gegen Fabers Vorgehen gestellt zu haben, denn er wurde von ihnen nicht behindert. Auch der Komtur Georg Messerschmidt griff von sich aus nicht ein.“[18]

Herzog Ludwig II. heiratete im Oktober 1525[19] Elisabeth von Hessen, eine Cousine des Landgrafen Philipp (des Großmütigen), der sich seit Sommer 1524 offen zur Reformation[20] bekannte und sie in seinem hessischen Territorium energisch vorantrieb. Elisabeth förderte[21] Johann Schwebel in Zweibrücken und Nikolaus Faber in Meisenheim und andere lutherische Geistliche; Ludwig, der diesen Veränderungen wohlwollend zusah, ließ sich von seinem späteren Kanzler Jacob Schorr ein „Gutachten über den Unterschied zwischen den Hauptlehren der römischen Kirche und der lutherischen Auffassung der Lehren des Evangeliums … erstellen“,[22] besuchte aber den Reichstag zu Speyer 1526 nicht, ebenso wenig wie den zweiten zu Speyer 1529. Dieser fand innen- wie außenpolitisch unter wesentlich veränderten Rahmenbedingungen statt. Der Bauernkrieg von 1525,[23] der „Aufstand des gemeinen Mannes“,[24] der Luthers Schrift „Von der Freiheit eines Christenmenschen“ (1520) offenbar allzu wörtlich genommen hatte, war zwar brutal niedergeschlagen worden, hinterließ aber bei den Regierungen aller Länder des Reichs, unabhängig von der konfessionellen Haltung, ein tiefes Misstrauen gegen selbständige Volksbewegungen. Karl V. hatte nach dem „Sacco di Roma“, der Plünderung der päpstlichen Hauptstadt durch seine Landsknechte 1527 und dem Übergang der genuesischen Flotte von den Franzosen zu den Spaniern einen Separatfrieden mit dem Papst abgeschlossen, Franz I. musste auf Italien verzichten, Karls Tante Margarete und Franz’ Mutter Louise von Savoyen fädelten als Schwägerinnen den für Habsburg günstigen „Damenfrieden“ von Cambrai 1529 ein. Vor diesem Hintergrund konnten Ferdinand und die katholischen Reichsstände auf dem zweiten Reichstag in Speyer ganz anders auftreten. „Die altgläubige Reichstagsmehrheit hob nun den Kompromiß von 1526 auf; Neuerungen sollten zwar bis zu einem Konzil geduldet werden, aber weitere waren nicht zulässig, und die Messe durfte nirgends

---

[18] RÖDEL 1973, S. 60

[19] LEHMANN 1867, S. 286

[20] **Demandt**, Karl E.: Geschichte des Landes Hessen. Kassel 1980, S. 224 f

[21] RÖDEL 1977, S. 142

[22] ADAMS 1978, S. 29

[23] Meisenheim ist vom Bauernkrieg nicht berührt worden. Ob allerdings LEHMANNS Darstellung, „der Reformator und Hofprediger zu Zweibrücken, Johann Schwebel (habe) durch seine kräftigen Zuschriften und dringenden Ermahnungen […] so vortheilhaft und eindrücklich auf die Bevölkerung gewirkt und dieselbe in der Treue und im Gehorsam gegen den Landesherrn und die Obrigkeit dermaßen gestärkt, daß in den Aemtern Zweibrücken, Lichtenberg und Meisenheim durch Eingeborene auch nicht die geringste Unordnung vorfiel“ (S. 271), die Gründe dafür vollständig erfasst, sei dahingestellt. Schwebel schrieb: „Ist irgendein Volck von Oberkeit […] bedrangt und uber billichkeit beschwärt […] hat im zweifel dasselbig volck die straf umb gott verdient.“ Zit n. **Konersmann**, Frank: Kirchenregiment und Kirchenzucht im frühneuzeitlichen Kleinstaat. Köln 1996 (SVRhKG 121) [KONERSMANN 1996], S. 105

[24] So die neuere wissenschaftliche Interpretation der Geschehnisse durch **Blickle**, Peter: Die Revolution des gemeinen Mannes. In. Peter Blickle (Hg.): Der deutsche Bauernkrieg von 1525. (= Wege der Forschung Bd. 460) Darmstadt 1985, S. 468 ff

unterdrückt werden. Dagegen legten die Evangelischen am 19. April eine ‚Protestation' ein, die nicht angenommen und daher am 25. April erweitert als Appellation an Kaiser und Konzil wiederholt wurde, unterzeichnet von Johann von Sachsen, Philipp von Hessen, Ernst von Lüneburg, Georg von Brandenburg-Ansbach, Wolfgang von Anhalt und 14 Reichsstädten."[25]

Der Grund für den Protest der Evangelischen ist nicht nur in der Glaubensüberzeugung zu suchen – in gleichem Maße ging es den Reichsständen darum, sich nicht in ihre territorialen Hoheitsrechte, wozu sie auch das landesherrliche Kirchenregiment rechneten, hineinregieren zu lassen Ludwig erklärte sich auch jetzt nicht ausdrücklich für die neue Lehre, beließ einerseits die Klöster seines Landes in ihrem Bestand, erlaubte aber andererseits wohlwollend die Tätigkeit Schwebels und Fabers und förderte im September 1529 die Reise des Zürcher Reformators Ulrich Zwingli zum „Marburger Religionsgespräch". Auf der „Reise, die mit Rücksicht auf die Gegner in Heimlichkeit und unter militärischem Schutz unternommen werden musste",[26] machten Zwingli und seine Begleitung auch in Meisenheim (*nicht* in der Hauptstadt Zweibrücken!) Station (22. – 24. Sept.), von wo Zwingli nach Hause berichtete:[27]

„…und als wir uff Herstein (Herrenstein bei Straßburg) komen, sind Herzog Ludwigen von Zweybrüggen Reisigen an uns gestoßen und uns gar treulich und früntlich dür Abweg und Wald, Berg und Tal gar sicher und heimlich geleytet gen Zweinbrüggen, da dannen gen Lichtenberg und gen Meiysenheim uff die Schloß und früntlich und wol empfangen, kostfrey gehalten und allweg funden, was man uns zugesagt hat… Nu sind wir willens, mit der Hilf Gottes uff dato diß Briefs von Meysenheim gen Sant Gwer (St. Goar) oder uff das Schloß dasselbs, Rinfels, zu ritten."

Das Marburger Gespräch, veranlasst durch Ludwigs II. Verwandten Philipp, sollte die Differenzen zwischen Zwingli und Luther in wesentlichen theologischen Fragen klären, blieb aber beim wichtigsten Problem, der Abendmahlsfrage, ohne Ergebnis; die unterschiedlichen Positionen[28] waren schon zu sehr verfestigt. – Die Rückreise ging ebenfalls wieder über Meisenheim.

Auch der Zweibrücker Prediger Schwebel reiste mit nach Marburg, hatte aber von seinem Landesherrn die ausdrückliche Anweisung, nur als stiller Beobachter teilzunehmen.[29] Für Ludwigs Vorsicht gab es zwei Gründe: Sein kleines „Land hatte Ursache, die kaiserliche Rücksichtnahme nicht zu überfordern, ebenso wenig schien es geraten, sich in Gegensatz zu den angrenzenden katholischen Gebieten zu bringen. Als Landesherr vermied er jeden Bruch mit den fünf Bischöfen und Erzbischöfen von Speyer, Metz, Straßburg, Mainz und Trier, die in seinem Land kirchli-

---

[25] REINHARD 2001, S. 327

[26] ADAMS 1978, S. 36

[27] zit. n. ebenda

[28] Die unterschiedlichen Auffassungen über das Abendmahl drehten sich um die Frage, ob Christus in Brot und Wein *real gegenwärtig* sei (Luther) oder ob Brot und Wein Leib und Blut Chtisti *symbolisierten* (Zwingli).

[29] ADAMS 1978, S. 36

che Befugnisse hatten."[30] Ein konsequentes reformierendes Vorgehen hätte sicher zum Eingreifen der geistlichen Fürstentümer geführt.

Es muss dem Herzog daher äußerst ungelegen gewesen sein, als die Ordensgeistlichen der Schlosskirche im Jahr 1531 aus ihrer gewandelten Glaubensüberzeugung Konsequenzen zogen: Sie wollten ihre Ämter zur Verfügung stellen, den Orden verlassen und – gegen ein jährliches Einkommen – die Güter der Komturei an den Landesherren übertragen.[31] Der Grund lag in der lutherischen Rechtfertigungslehre: Allein der Glaube führt zum Heil, gute Werke – Spenden, Vermächtnisse, soziale Fürsorge, Almosen – sind nicht geeignet, sich der Gnade Gottes gewissermaßen als Gegenleistung zu versichern, diese „Werkgerechtigkeit" war nach Luthers Auffassung abzulehnen. Aus der gleichen Überzeugung hatten sich schon drei Jahre zuvor die vier Meisenheimer Bruderschaften (s. o. *Die unruhige Zeit Ludwigs I., des Schwarzen*) aufgelöst[32] und ihr Vermögen an die „Kirchenfabrik" übertragen (der Begriff aus dem Kirchenrecht bezeichnet die Vermögensverwaltung einer Kirche[33]).

Durch ihren Schritt mussten die Fratres einen Konflikt zwischen Pfalz-Zweibrücken und dem Johanniter-Orden provozieren, der „bei Kaiser Karl V. in hoher Gunst (stand). Hatte ihm doch der Kaiser […] 1530 […] Malta als neues Domizil übertragen, nachdem 1522 Rhodos an die Osmanen verlorengegangen war."[34] Ludwig lehnte also mehrmals ab, die Fratres gaben jedoch nicht auf und kamen schließlich auf den Gedanken, sich auf die Einsetzungsurkunde von 1321 (s. o. *Die Johannier in Meisenheim*) zu berufen – diese bestimmte, dass, sollten die Johanniter ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, „so mogen wir und unsere Nachkommen *[als Landesherren]* uns wyder halten ungewerd an den Kirchsatz zu Meysenheym und an das Gut zu Sulzbach und zu Rehbor, ires Ordens". Mentalitätsgeschichtlich bemerkenswert ist die Begründung, die der Komtur Johann Messerschmidt und seine fünf Konventualen für ihren Schritt gaben:

„Sie seien anfangs, in der Meinung, die ewige Seligkeit zu erlangen, jedoch, wenn sie die Wahrheit gestehen wollten, vielmehr ‚umb sicherheit unserer leibzucht und gutter tag willen' in ihren Orden getreten […], allein, sie hätten nun durch die Gnade Gottes, der in dieser Zeit das Licht seines göttlichen Wortes so reichlich und gnädig aufgehen und scheinen lasse, in Wahrheit und bei sich selbst befunden, ihre frühere Meinung behufs der ewigen Seligkeit wäre unbegründet gewesen […] Sie hätten deshalb mehrmals Capitel gehalten und sich öfters darüber berathen, wie sie solchen Uebelstand abwenden […] möchten; allein sie hätten weder in der göttlichen Schrift, aus welcher doch aller Rath und Trost herfließen soll, noch bei sich selbst keinen andern und bessern Rath finden können, als sich eines solchen, angeblich geistlichen Lebens ‚als einem gruel' zu entäußern und sich in den gottseligen Ehestand zu begeben […] seine fürstliche Gnade möchte doch das Comthureihaus zu Meisenheim … wieder von uns zu seinen Händen nehmen."[35]

---

[30] ebenda, S. 30

[31] RÖDEL 1973, S. 62

[32] ADAMS 1978, S. 35

[33] **Held**, Martin: Die Kirchenschaffnei Meisenheim. (= Schriftenreihe des Vereins für Rheinische Kirchengeschichte 78). Köln 1984 [HELD 1984], S. 17

[34] RÖDEL 1977, S. 142

[35] LEHMANN 1867, S. 284

Nun blieb dem Landesherrn, da die Fratres, die keine mehr sein wollten, die altgläubige Seelsorge verweigerten, nicht anderes übrig, als das Ordenshaus und alle Güter, die dazu gehörten, zurückzunehmen, was im Januar 1532[36] geschah. Die ehemaligen Ordensgeistlichen wurden „auf Lebenszeit mit jährlich zu zahlenden Deputaten aus Einkünften der ehemaligen Kommende abgefunden […] und hatten das Ordenshaus verlassen. Nikolaus Faber fungierte als Stadtpfarrer von Meisenheim, behielt also seinen Wirkungsbereich […] bei. Im Hauptgebäude der Kommende wurde die Landschreiberei des Amtes Meisenheim eingerichtet. Alles schien somit fürs Erste geordnet.“[37] Aber natürlich konnte der Johanniterorden diese Entfremdung seines Besitzes nicht einfach durchgehen lassen. Gesandte des Großpriors wurden in Zweibrücken vorstellig, langwierige ergebnislose Verhandlungen führten zur Einsetzung eines Vermittlers und schließlich zum Vergleich von 1535: „Pfalz-Zweibrücken behielt das Ordenshaus in Meisenheim nebst allen zugehörigen Besitzungen und Gefällen innerhalb des eigenen Territoriums. Die Johanniter mußten sich mit der Pfarrei Sulzbach, von wo das Meisenheimer Ordenshaus ursprünglich seinen Ausgang genommen hatte, zufrieden geben. Zusätzlich erhielten sie alle ehemals der Kommende Meisenheim zustehenden Renten und Gefälle außerhalb des Herzogtums Pfalz-Zweibrücken. Damit konnte der Orden nur einen Bruchteil seiner ehemaligen Besitzungen behaupten, war aber nicht völlig ohne Entschädigung geblieben, wie dies in einigen anderen Fällen vorgekommen ist.“[38]

Ludwig erlebte das alles nicht mehr: Er war am 3. Dezember 1532 in Zweibrücken im Alter von 30 Jahren gestorben „an der Schwindsucht, welche Krankheit er sich durch zu häufigen Genuß geistiger Getränke (welcher Unsitte damals an vielen deutschen, fürstlichen und gräflichen Höfen, leider leidenschaftlich gefröhnt ward) zugezogen hatte.“[39] Sein Sohn Wolfgang war zu diesem Zeitpunkt sechs Jahre alt.

Herzog Wolfgang

Ludwigs II. Sohn Wolfgang gilt wegen seines Einsatzes für die Reformation, wegen seiner Kirchenordnung und wegen der Gründung der Lateinschule als einer der beiden bedeutendsten Herzöge[40] von Pfalz-Zweibrücken; dabei wird aber auch kritisch angemerkt, dass der Herzog bei seinen ehrgeizigen reichs- und kirchenpolitischen Plänen jedes Augenmaß für die tatsächliche fiskalische Leistungsfähigkeit seines kleinen Territoriums habe vermissen lassen.

Zunächst stand Wolfgang unter der Vormundschaft seiner Mutter Elisabeth und seines Onkels Ruprecht, die sich beide offener als der verstorbene Ludwig zur Reformation bekannten und sie auch organisatorisch vorantrieben. Die Vormünder baten den Zweibrücker Reformator Schwebel, einen Erzieher für den jungen Pfalzgrafen zu suchen; Schwebel empfahl den gleich ihm aus Pforzheim stammenden

---

[36] ebenda, S. 143
[37] RÖDEL SCHLOSSKIRCHE 2004, S. 60 f
[38] ebenda, S. 61
[39] LEHMANN 1867, S. 286
[40] Der andere ist Herzog Christian IV., zu ihm s. u. *Die Zeit des Absolutismus.*

Wolfgang, Pfalzgraf bei Rhein, Herzog zu Baiern, Zweibrücken und Neuburg, Graf zu Veldenz (1526, reg. seit 1543, † 1569)*

Reformator und Prinzenerzieher Kaspar Glaser,[41] der später Pfarrer und Superintendent in Zweibrücken wurde; 1541 bekam der nun 15-Jährige außerdem den

[41] **Ney**, Julius: Pfalzgraf Wolfgang – Herzog von Zweibrücken und Neuburg. In: Schriften des Vereins für Reformationsgeschichte Nr. 106/107 Leipzig 1912, S. 5 f [NEY 1912]

Juristen Seifried von Oberkirch als Hofmeister, der ihn in die Geschäfte des Regierens einführen sollte; schließlich wurde der junge Mann an den kurtrierischen Hof und anschließend an den Hof des Pfalzgrafen Friedrich (ab 1544 Kurfürst Friedrich II. von der Pfalz) nach Neumarkt in der Oberpfalz geschickt, zwischendurch besuchte er den Reichstag in Regensburg 1541, wo er die Bekanntschaft Kaiser Karls V. machte.[42]

Im Jahre 1540 verheiratete seine Mutter sich wieder; Ruprecht führte die Vormundschaft nun allein. Ursprünglich zum geistlichen Stand bestimmt, hatte er, der Tendenz der Zeit folgend, 1537 geheiratet und dabei noch einmal ausdrücklich auf territoriale Erbansprüche verzichtet. Als er aber 1543 Vater wurde, erwachte dennoch der Wunsch in ihm, seinem Sohn ein selbständiges Fürstentum zu hinterlassen; das Ergebnis war die letzte politische Teilung[43] von Pfalz-Zweibrücken im Marburger Vertrag des gleichen Jahres, der das Fürstentum Pfalz-Veldenz (mit den territorialen Schwerpunkten um Lauterecken und an der Mosel) schuf. Im November 1543 endete damit auch die Vormundschaft, Wolfgang übernahm Ende 1543, noch 17-jährig, die selbständige Regierung und wurde nach Ruprechts frühem Tod ein Jahr später seinerseits Vormund für dessen Sohn Georg Hans.[44] 1545 heiratete Wolfgang Anna, die Tochter des Landgrafen Philipp von Hessen, seine Kusine zweiten Grades, und kam dadurch in noch engere Berührung mit einem der aktivsten Vorkämpfer der Reformation.

Während der Zeit der Vormundschaftsregierung hatten sich die konfessionellen Gegensätze verfestigt (s. folgendes Kapitel), gleichzeitig war immer deutlicher geworden, wie sehr die konfessionellen Fragen mit verfassungs- und außenpolitischen Konflikten verknüpft waren. Eine Anerkennung des kaiserlichen Anspruchs, als Universalmonarch Hüter der Glaubenseinheit zu sein, hätte die landesherrliche Souveränität beeinträchtigt; die ständigen Spannungen zwischen Habsburg und Frankreich führten zwangsläufig zu paradoxen Bündniskonstellationen: Für das französische Königtum, das im eigenen Land die Reformation erbittert bekämpfte, waren die evangelischen Reichsstände die natürlichen Bündnispartner. Die Spannungen wurden noch dadurch verschärft, dass das allgemeine Konzil, das die religiösen Gegensätze klären und beenden sollte, immer wieder verschoben wurde. Nach der Wahl von Karls V. jüngerem Bruder Ferdinand zum Römischen König erhöhte Karl den Druck zur Durchsetzung des Wormser Ediktes – die Reaktion auf protestantischer Seite war die „Verfassung zur eilenden rettung und gegenwehr", besser bekannt als „Schmalkaldischer Bund".[45] Philipp von Hessen gehörte auch hierbei zu den treibenden Kräften. Wolfgang suchte kurz nach Beginn seiner selbständigen Regierung die Nähe zum Bund,[46] zu einer Mitgliedschaft kam es aber – auch später

---

[42] ebenda, S. 12 f

[43] Spätere Ausstattungsgüter jüngerer Prinzen blieben reine Versorgungseinrichtungen und wurden nicht politisch souverän.

[44] NEY 1912, S. 15

[45] Vertragstext in **Hofmann**, Hans Hubert (Hg.): Quellen zum Verfassungsorganismus des Heiligen römischen Reiches Deutscher Nation 1495 – 1815. Darmstadt 1976, [HOFMANN 1976] S. 79 ff

[46] NEY 1912, S. 17

– nicht.[47] Ob der glanzvolle Besuch, den Karl V. im Jahre 1544 dem jungen Herzog in Zweibrücken abstattete, eine persönliche Loyalität begründet hatte oder ob eher die für den kleinen Staat allgemein geratene Vorsicht den Ausschlag gab, ist schwer zu beurteilen. Wolfgangs lutherische Überzeugung, die sich bis zum Dogmatismus in der Abendmahlsfrage steigern konnte,[48] steht außer Zweifel – die politischen Konsequenzen, die er daraus zog, waren aber nicht immer eindeutig.

Wir brauchen nicht im Einzelnen zu verfolgen, wie die Gegensätze sich bis zum Ausbruch des Schmalkaldischen Krieges zuspitzten. Die Kaiserlichen siegten bei Mühlberg an der Elbe (24. April 1547); Johann Friedrich, Kurfürst von Sachsen, verlor die Kurwürde und geriet wie auch Philipp, Landgraf von Hessen, in Gefangenschaft.[49] Der Kaiser konnte daher im folgenden Jahr auf dem „geharnischten Reichstag" zu Augsburg energisch auftreten. Den protestantischen Ständen wurde im Reichstagsabschied vom 30. Juni „Der römisch-kaiserlichen Majestät Erklärung, wie es der Religion halben im Heiligen Reich bis zum Austrag des gemeinen Concilii gehalten werden soll", das so genannte „Interim",[50] auferlegt. Karl V. war sicher der Meinung, er sei den Protestanten damit weit entgegen gekommen - nur: „Das ‚Interim' war schwer durchzuführen. Als Diktat der im Kriege siegreichen Macht war es belastet und reizte zum Widerstand. Zur Verwirklichung seiner positiven Möglichkeiten fehlten die überzeugenden Kräfte. Es mangelte an Priestern und Ordensleuten, die die opponierenden protestantischen Prediger hätten ersetzen können."[51] Wolfgang ließ durch seinen Gesandten in Augsburg beim Kaiser protestieren und erklärte, „er erwarte, der Kaiser werde von ihm nicht verlangen, daß er in Sachen des Glaubens und der Religion etwas bewilligen und annehmen solle, was er ohne Beschwerung des Gewissens nicht leisten könne. Die Reaktion war für Wolfgang erschreckend: der Kaiser äußert sich empört über diesen ‚Zweibrücker', ‚dieweil es sonst kein Stand von Fürsten, Grafen oder Städten getan' […] Der Kaiser blieb unbeugsam und nötigenfalls zur Gewaltanwendung entschlossen." [52]

In Heilbronn hatte Karl bereits 2000 spanische Reiter stationiert; Wolfgangs Gesandte konnten sich auf der Rückreise nach Zweibrücken überzeugen, was das für die Bevölkerung bedeutete.[53] Wolfgang wurde nun selbst nach Augsburg vor den Kaiser zitiert, der von Gewissensfragen nichts hören wollte, sondern soviel Druck ausübte, dass Wolfgang das Interim in den Kirchen seines Landes *verkünden* ließ – aber nur das; die *Durchführung* stellte er seinen Pfarrern anheim, die trotz der dro-

---

[47] Vgl. **Seul**, Cordula: Herzog Wolfgang von Wittelsbach-Zweibrücken und sein Verhältnis zum Schmalkaldischen Bund. In: Vogt/Silbermann (Hg.): Aufsätze zur Geschichte des Raumes an der mittleren Nahe (= Heimatkundliche Schriftenreihe des Landkreises Bad Kreuznach Bd. 20) Bad Kreuznach 1985, S. 90 - 118

[48] NEY 1912, S. 66 f

[49] REINHARD 2001, S. 340

[50] Darin wurde den Evangelischen *vorläufig* die Priesterehe und der „Laienkelch", also die Austeilung auch von Wein an die Gläubigen beim Abendmahl, zugestanden, alle weitergehenden Reformen im Gottesdienst, aber auch beim Kirchenbesitz, jedoch untersagt. Weder die katholische noch die evangelische Seite war damit zufrieden.

[51] ISERLOH 1985, S. 305

[52] ADAMS 1978, S. 39

[53] NEY 1912, S. 21

henden Gefahr standhaft bei ihren Überzeugungen blieben. „In Meisenheim war der Amtmann Wolf Wambold mit dem Landschreiber Johann Bernhard beauftragt worden, den versammelten Predigern des Oberamts den Befehl des Herzogs bekanntzugeben. Nicolaus Faber gab im Namen seiner Amtsbrüder die Erklärung ab, was er bisher in der Verwaltung seines Amts bekannt und gelehrt habe, sei nach gutem Gewissen geschehen und alles auf Gottes Wort gegründet gewesen. Dabei wolle er auch bleiben und nichts annehmen, was diesem Gehorsam entgegen wäre.“[54]

Wolfgang hatte damit gerechnet, nun wandte er sich an die Bischöfe der katholischen Diözesen, die formell noch kirchliche Rechte in seinen Gebieten hatten (hauptsächlich Mainz), und bat, unter Verzicht auf das Recht der Kollatur (Besetzung der Pfarrstellen), um Geistliche, die in den Kirchen seines Landes das Interim durchführen sollten – *nur* das Interim. Die altgläubigen Prälaten waren natürlich nicht dazu, sondern nur zur Durchführung *katholischer* Gottesdienste bereit, so dass Wolfgang den Kaiser schließlich wissen lassen konnte, er könne, trotz seiner Bereitschaft zum Gehorsam, keine Geistlichen finden, die das Interim zu praktizieren bereit seien, worauf keine kaiserliche Antwort mehr erfolgte.[55] Wolfgang blieb trotzdem vorsichtig und ließ „im Gegensatz zu manchen seiner Nachbarn im Jahre 1550 zu, daß eine Mainzer Kommission eine Visitation in den Teilen seines Herzogtums unternahm, die zur Diözese Mainz zählten. Die Mainzer Visitatoren, die bereits seit 1548 die Diözese durchreist hatten, erschienen nach Voranmeldung am 11. März 1550 in Meisenheim: ‚…haben die Visitatores erstlich angefangen zu visitiren die Pfarrkirche zu Meißenheim und nachfolgend examiniert den Pfarrer und seinen Caplan daselbst, den Pfarrer zu Dieffenbach, Roborn etc. […] Und darnach freitag den 14 Martij die Visitation in demselbigen fürstenthum weiter fürgenommen zu Chusel’.

Den Pfarrern, zu ihnen zählte als Stadtpfarrer von Meisenheim auch Nikolaus Faber, mag diese Visitation sehr befremdlich vorgekommen sein… Sie waren für diesen Besuch aus Mainz von ihrem Landesherrn angewiesen worden, sich nicht ungebührlich zu betragen, aber offen Rede und Antwort zu stehen. So sahen sich die Visitatoren des Mainzer Erzbischofs einer geschlossenen, ablehnenden Front von Geistlichen gegenüber, die zum größten Teil ‚den gewöhnlichen Eydt der Visitation, wie sich gepürt (nit wollen) thun’. Das Ergebnis war für die Rekatholisierungsbestrebungen des Erzbischofs Sebastian von Heusenstamm niederschmetternd. Die Visitatoren befanden nach der Examinierung der Pfarrer, daß diese ‚alle beweibt, lutherisch, scismatisch sein, halten sich mit ihrer lehr undt Ceremonien darinnen sie zwiespaltig, gar nit Catholisch, haben in ihren Kirchen kein Sacrament, halten auch nit meß, und Kays. Mayestät declaration gar zuwider […]’.

Mit dieser gescheiterten Visitation endeten einstweilen die Versuche einer Rekatholisierung.“[56]

Es zeigte sich, dass trotz einiger Erfolge besonders in den süddeutschen Reichsstädten das Interim tatsächlich nicht durchzusetzen war. Moritz von Sachsen, wie Wolfgang ein Schwiegersohn Philipps von Hessen, trug nun den Kurhut seines

---

[54] ADAMS 1978, S. 42
[55] ebenda, S. 43
[56] RÖDEL 1973, S. 66 f

Vetters Johann Friedrich und verhandelte, nachdem er erst die Reichsexekution zur Durchsetzung des Interims gegen Magdeburg (Kapitulation 4. 11. 1551) erfolgreich geleitet hatte, dann aber wieder zur protestantischen Opposition gestoßen war, insgeheim mit dem französischen König Heinrich II. und bekam von diesem im Vertrag von Chambord (15. Januar 1552)[57] finanzielle Hilfe für einen Angriff der landesfürstlichen Opposition auf den Kaiser zugesichert. Die militärischen Einzelheiten des kurzen Feldzuges sind für uns ohne Belang – das Ergebnis war einerseits die französische Besetzung von Metz, Toul und Verdun,[58] andererseits der Passauer Vertrag, der dann den Weg zum Augsburger Religionsfrieden von 1555 freimachte.[59]

„Das Reich übertrug unter Verzicht auf seine bisher postulierte und verteidigte Religionseinheit die Rechtshoheit in Sachen des Glaubens auf die Stände, d. h. dem Landesfürsten wurde das Bestimmungsrecht über den Konfessionsstand seines Territoriums […] bestätigt. […] Zu den bisherigen Hoheitsrechten auf den Gebieten von Recht, Verwaltung und Heer gewann durch den Augsburger Religionsfrieden der Territorialherr jetzt noch die Religionshoheit, die neben der Verfügung über die geistlichen Güter Macht über die Gesinnung der Untertanen einbrachte. […] Fortan bestand […] eine rechtlich zwiespältige Situation: während im Reich die konfessionelle Neutralität Staatsrecht wurde, gab es in den Territorien nur eine herrschende Kirche mit dem dem Landesherrn als Reichsstand gegebenen ‚liberum arbitrium religionis exercitium in suis dictionibus instituendi et mutandi'[60]. Das aber hieß, daß es in den Ländern keine konfessionelle Neutralität, keine paritätische Glaubensberechtigung gab."[61]

Wolfgang nahm die sich daraus ergebende Aufgabe, im Herzogtum Pfalz-Zweibrücken „in Lehr-, Rechts- und Gottesdienstordnungen das Leben einer evangelischen Gemeinde" zu gestalten, sehr ernst; er „legte Wert darauf, an der Prüfung des Entwurfs die Pfarrer des Landes teilnehmen zu lassen. Unter der Leitung Fabers erstellten auch die Prediger des Oberamtes Meisenheim ein ausführliches Gutachten." [62] Die Kirchenordnung wurde am 1. Juni 1557 als Landesgesetz verkündet, und sie wurde zum Vorbild für zahlreiche weitere in den mittel- und niederrheinischen evangelischen Territorien. Insgesamt hat Wolfgang 33 Landesordnungen allein zum Bereich der Kirchen- und Sittengesetzgebung erlassen.[63]

---

[57] **Babel**, Rainer: Deutschland und Frankreich im Zeichen der habsburgischen Universalmonarchie 1500 – 1648. (=Deutsch-französische Geschichte Bd. III) [BABEL 2005] Darmstadt 2005, S. 45

[58] Der Umstand, dass der Bischof von Verdun, Lehnsherr mehrerer Veldenzer und Pfalz-Zweibrückischer Besitzungen, nun der französischen Krone unterstand, sollte für Meisenheim noch weit reichende Folgen haben (s. u. *Reunionen und Pfälzer Krieg*)

[59] REINHARD 2001, S. 345 ff – Text: HOFMANN 1976, S. 98 ff

[60] „…die freie Entscheidung, die Religionsausübung in seinem Herrschaftsbereich einzurichten und zu verändern" – also der Grundsatz, dass der Landesherr die Konfession seiner Untertanen bestimmt.

[61] ADAMS 1978, S. 45

[62] ebenda, S. 46

[63] Thematischer und chronologischer Überblick bei KONERSMANN 1996, S. 170 ff

I

Kirchen Ordnunge/so in vn ser Wolfgangs von Gottes gnaden Pfaltzgrauens bey Reyn/Hertzogens in Baiern/ vnd Grauens zu Veldentz/Fürstenthumb soll gehalten werden.

Christliche Kirchen Ordnunge stehet fürnemlich in fünff Stücken.

Erstlich in pflantzunge vnd erkentnuß der einigen warhafftigen ewigen rechten Lehre Göttlichs worts/die Gott gnediglich von anfang für vnnd für seiner kirchen mit gewissen zeugnussen geoffenbaret/ vnd beuolhen hat/vnnd in rechtem brauch der Sacrament/ Wie der Sone Gottes spracht/ Mathei am letzten: Jr solt sie leren alles das ich euch gebotten habe. Item/wer mich liebet/der bewaret meine rede/Vnd mein Vater wird jn lieben/vnnd wir werden zu jme kommen/vnd wonunge bey jme machen. I.

Zum andern/in erhaltung des Kirchenampts/Nemlich des Ministerij Euangelici. Dann Gott will jme also ein ewige Kirch auß grosser barmhertzigkeit vmb seines Sons Jesu Christi willen samlen/das etliche ehrliche versamlungen sein: Darinn etliche personen das Euangelium dem Volck fürtragen/vnnd die Sacrament reychen. Vnnd ist der Sone Gottes selbst im Paradiß/ diser erste Prediger vnnd Priester gewesen/ vnd darnach II.

„Kirchen Ordnunge / so in Unser Wolfgangs von Gottes gnaden Pfalzgravens bei Reyn / Herzogens in Baiern / und Gravens zu Veldenz / Fürstenthumb soll gehalten werden.“ von 1557

Zwar hatte in der lutherischen Theologie die „Werkgerechtigkeit“ keinen Platz mehr; die Armen und Kranken bedurften aber nach wie vor der christlichen Nächstenliebe. In Meisenheim bestand das Spital weiter, das die Johanniter vor der Reformation versehen hatten, sowie der Almosenfonds, der 1480 durch eine Stiftung Herzog Ludwigs des Schwarzen begründet und durch Wolfgangs Gemahlin Anna erheblich aufgestockt worden war. Beide Einrichtungen erhielten neue, reformatorische Ordnungen und wurden in die Verwaltung der Kirchengemeinde gegeben. Für den Almosenfond wurde bestimmt, dass „6 Censoren die cura pauperum *(Armenfürsorge)* übertragen“ wird.[64] Die Vermögen der einzelnen Kirchen wurden in den Oberämtern des Landes in Kirchenschaffneien zusammengefasst; der erste Kir-

[64] ADAMS 1978, S. 348 u. 350

chenschaffner in Meisenheim trat 1567 sein Amt an.[65] Tatsächlich hat die Meisenheimer Kirchenschaffnei die Reunionskriege, die französische Revolution, das Ende des Alten Reiches und die Kriege des 20. Jahrhunderts bis heute überstanden, „die Schlosskirche Meisenheim [kann] daher auch in Zukunft auf die Unterstützung durch den Kirchenschaffneifonds bauen."[66]

Die nicht sehr zahlreichen Klöster des Herzogtums (nach der bereits erfolgten Auflösung der Meisenheimer Johanniter-Kommende noch Wörschweiler, Disibodenberg, Offenbach am Glan und Hornbach) wurden schrittweise aufgelöst, nachdem das Schicksal der wenigen noch vorhandenen Mönche geklärt war. In vielen evangelisch gewordenen Territorien verleibten die Landesherren den ehemaligen geistlichen Besitz dem Staatsvermögen ein – nicht so Wolfgang: Er bestimmte die Klostereinkünfte im wesentlichen zum Unterhalt der in Hornbach errichteten Landesschule.[67] Noch in seinem Testament schärfte Wolfgang seinen Nachfolgern ein, „die Kirchengüter … nur zu frommen Zwecken und nicht zu eigenem Nutzen [zu] verwenden":[68]

„So ist unser ernstlicher und endlicher Wille und Meynung, daß solche Clöster, und derselben Einkommen, zu Erhaltung der Schul Hornbach, Besserung der Pfarrer und Kirchendienst im Fürstenthum, auch Verlegung etlicher Stipendiaten und nirgend anders wohin angewendet werden. Befehlen hierauff und gebieten allen und jeden unseren Erben, Lehens-Erben und Nachkommen, insonderheit Unseren lieben freundlichen Söhnen, auß väterlicher Gewalt, […] daß Ihre Liebden alles dasjenige, so Wir solcher Kirchen-Güter, Stiftungen und Fundationen halben statuiret und geordnet, künftighin, also unverrückt und unverändert bleiben lassen, und die Kirchen und Schulen dabey für und für getreulich schützen und handhaben, und sie gegen allen denen, die ihnen ungefugten Eintrag oder Eingriff zu thun unterstehen, mit allen Gnaden und aller möglichen Beförderung schirmen und vertheidigen, als ihnen lieb ist, Gottes des Allmächtigen schwere Straff zu vermeyden auch unsern letzten allerliebsten Willen zu erfüllen."[69]

So sinnvoll und wohltätig die bisher genannten Erlasse, neben denen noch die Landes-, Polizei-, Berg- und Kanzleiordnung[70] erwähnt werden sollen,[71] waren, so merkwürdig, wenn nicht gar abstoßend muten uns Heutige manche Exzesse der landesherrlichen wohlmeinenden Regelungswut an, besonders, wenn sie – Folge des Selbstverständnisses des Landesherren als von Gott eingesetzter Erzieher und Sittenlehrer seiner Untertanen – in den Bereich der privaten Lebensgestaltung eingreifen; als Beispiel sei genannt „den 22ten January 1561: Verordnung vermög

---

[65] HELD 1984, S. 22

[66] **Held**, Martin: Der Kirchenschaffneifonds Meisenheim. Eine jahrhundertealte Stiftung im Dienste der Schlosskirche. In: SCHLOSSKIRCHE 2004, S. 142

[67] Zu Gründung und Ausstattung s. **Konersmann**, Frank: Das Gymnasium illustre in Hornbach. In: **Glück-Christmann**, Charlotte (Hg.): Die Wiege der Könige. 600 Jahre Herzogtum Pfalz-Zweibrücken. Zweibrücken 2010, S. 92 f

[68] NEY 1912, S. 100

[69] zit. n. ADAMS 1978, S. 279, Anm. 98

[70] HERRMANN, PFALZ-ZWEIBRÜCKEN, S. 364

[71] Über straf- und zivilrechtliche Verhältnisse und die Ordnung des Alltags in der Neuzeit siehe unten „Die Rahmenbedingungen des Alltags bis zum Ende des alten Reichs"

welcher der frühzeitige Beyschlaff vor gehaltenem Kirchgang bey Straff von 10 fl. verbotten wird".[72]

Andererseits sollte man diesem Übereifer vielleicht zugute halten, dass die Jahrzehnte währenden Glaubensstreitigkeiten, die von den theologischen Kontrahenten z. T. mit recht unflätigen verbalen Attacken ausgefochten worden waren, viele Menschen erst tief verunsichert und dann zu einer gewissen „Wurschtigkeit", wenn nicht gar zum Zynismus gegenüber Wahrheit und Ordnung gebracht hatten, wie Schwebel schon 1533 oder 1534 klagte: „Die Fabelpredigten hören auf, so achtet man Gottes Wort auch nicht. Man hat Abscheu vor dem Greuel der Messe, so begehrt auch Niemand ernstlich das Sakrament. Man bedarf des müßig gehenden geistlichen Haufens nicht, so meint man, man solle auch nicht Pfarrherren und Prediger haben….Darum wehre, wer wehren kann, dass uns der Teufel nicht alle gute Ordnung nehme, und helfe, wer helfen kann, daß man Gott gefällige und christliche Ordnung anstelle."[73]

Die Gründung der Lateinschule zu Meisenheim

In Pfalz-Zweibrücken bestanden vor dem Beginn von Wolfgangs Herrschaft Schulen in Bergzabern, Zweibrücken, Kusel und Meisenheim, über deren Ausstattung und Lehrplan wir wenig wissen. Für ein Fürstentum, das nicht nur durch die allmähliche Aneignung der Regalien und die Ausübung des landesherrlichen Kirchenregiments alle herrschaftlichen, quasi-staatlichen Funktionen zentralisiert, sondern durch die Einführung der Reformation auch die klassischen kirchlichen Bildungseinrichtungen aufgehoben hatte und überdies zahlreiche evangelische Predigerstellen neu besetzen musste, war schlagartig ein großer Bedarf an qualifiziertem Personal entstanden, den es aus den Kräften des Landes zu decken galt, zumal die erste Generation der humanistisch gebildeten Reformatoren allmählich das Zeitliche zu segnen begann. Dieser Notwendigkeit kam entgegen, dass das große Gewicht, das die lutherische Lehre der Lektüre der „Schrift" beimaß, und das durch den Humanismus neu oder wieder erweckte Interesse an klassischer Bildung in den Städten ein Potential an bildungsdurstigen Bürgern hatten entstehen lassen, für das nun die entsprechenden Bildungsinstitutionen bereitzustellen waren.

„So man vorhat, eine rechtschaffene stattliche Partikularschule in diesem Fürstentum Zweibrücken einzurichten, in der die heranwachsende Jugend in christlicher Zucht und guten Künsten dermaßen werde erzogen und unterwiesen, daß sie künftig durch Gottes Gnade sowohl in der Kirche Christi als auch in weltlicher Regierung in nützlicher Weise zu vieler Menschen zeitlicher und ewiger Wohlfahrt dienen und gebraucht werden möge, so wird vorm allen Dingen vonnöten sein, daß an den gemeinen Schulen, die sonst hin und wieder im Fürstentum sind angefangen worden, in denen muß zuerst die Jugend gesammelt und jährlich der delectus *[Auslese]* gemacht und gehalten werden, welche Knaben geschlachter Natur seien und

---

[72] zit. n. ADAMS 1978, S. 278, Anmerkung 95. KONERSMANN 1996 S. 175 zählt neun Landesordnungen zum Thema Ehe – Sexualität auf, die allein in der Regierungszeit Herzog Wolfgangs erlassen wurden.

[73] Teutsche Schriften Schwebels. Zweibrücken 1597/98. Teil II, S. 71 ff – Zit. n. NEY 1912, S. 3 f

gute fähige Köpfe und ingenia *[Begabungen]* haben und derhalben vor anderen wohl wert, daß sie bei den Studien erhalten und also folgends in die rechte Partikularschule entweder in ihrer Eltern Kosten, so sie des vermögend sind, oder in unseres gnädigen Fürsten und Herrn Stipendien befördert und in denen unterhalten werden.

Diese gemeinen Schulen aber könnten in einem jeden Amt etlich ganz bequem und das folgendermaßen eingerichtet werden als (…) im Meisenheimer Amt zu Meisenheim, Lauterecken, Odenbach und Moschel (…) Unter diesen wären die vornehmsten die Zweibrückener, Bergzaberer, Meisenheimer und Kuseler Schule, deren jede mit zwei Personen, einem Praeceptore und Cantore, die ziemlich wohl gelehrt, sollte versehen werden."[74]

Die „stattliche Partikularschule", von der Johann Marbach, lutherischer Theologe, Professor in Straßburg und im Jahre 1558 mit der Visitation der Zweibrücker Kirchen- und Schulverhältnisse beauftragt, in seiner Denkschrift spricht, ist das *Gymnasium illustre,* die einzurichtende Landesschule Hornbach. Damit für diese Anstalt ausreichend vorgebildete Studenten zur Verfügung standen, mussten in allen Oberämtern Zubringerschulen eingerichtet werden. Der Landesherr folgte den Vorschlägen der Denkschrift und ließ die „gemeinen" Schulen in den Oberämtern als die „vornehmsten" einrichten: Die bestehende Schule in Meisenheim wurde gewissermaßen „heraufgestuft" zur Lateinschule und in ein dreigliedriges System eingebaut. Das Paul-Schneider-Gymnasium in Meisenheim betrachtet daher ganz zu Recht das Jahr 1558 als Gründungsjahr.

Es ist kennzeichnend für das Denken der Reformationsepoche, dass die Schulordnung als vierter Teil „von der Erhaltung christlicher Schulen und Studien" in die Kirchenordnung[75] eingefügt wurde – so, wie die von Gott eingesetzte Regierung sich die „zeitliche *und* ewige Wohlfahrt" der Menschen als Ziel setzen musste, so hatte auch die Bildung diesem doppelten Zweck zu dienen. Der Schwerpunkt der vier „vornehmsten" Schulen lag auf dem Lateinunterricht – Beherrschung des Lateinischen befähigte zum Lesen „der Schrift", befähigte aber auch zur juristischen Ausbildung -, neben der Grammatik wurden Dialektik und Rhetorik unterrichtet, also das „Trivium"[76] des klassisch-antiken Bildungsbegriffs. Modern mutet an, dass die Denkschrift empfiehlt, durch die Vergabe von Stipendien die Begabungsreserven des Landes auszuschöpfen, wie man es heute ausdrücken würde:

„Es ist öffentlich und bekannt, daß die Mehrheit der Eltern arm und nicht in der Lage ist, ihre Kinder auf eigene Kosten ohne Hilfe bei der Schule zu erhalten. Nun ist gut zu bedenken, obschon in den niederen Schulen herrliche gute Ingenia sind, die zum Studium tüchtig befunden werden, aber ohne große Versäumung in der Lehre ihre vollen acht Jahre in solchen Schulen nicht erlangen können und deshalb notwendig an andere Orte zur Schule geschickt werden müssen, so wird es ihren Eltern schwer fallen, wenn sie auch nicht ganz arm sind und sich sonst mit ihrer

---

[74] Dr. Johann Marbach: „Bedenken von den Schulen, wie sie im Fürstentum Zweibrücken anzurichten seien", 18. August 1558. Zit. n. DRESCHER LATEINSCHULE, S. 5 f – Rechtschreibung von Drescher modernisiert.

[75] DRESCHER LATEINSCHULE S. 7

[76] Daher der gelegentlich verwendete Begriff „Trivialschulen" für diese vorbereitenden Schulen.

Arbeit ehrlich ernähren könnten, daß so früh auf ihre Söhne in diesem Alter, da sie noch nicht gewiß sind, was aus ihnen werden mag, soviel Unkosten, die da auf das Kostgeld, die Herberge, Bücher und Kleidung an fremden Orten gehen, anwenden und draufgehen lassen sollen, und ist gewiß, daß dadurch manch schönes Ingenium zurückgehalten und der Jugend merklicher große Schaden widerfährt."[77]

Marbach schlug dann vor, aus den Einkünften der ehemaligen Klöster je 100 Gulden jährlich für die vier Lateinschulen bereitzustellen und damit nach Bedarf Stipendien und Beihilfen zu finanzieren, „durch diese Gabe würden arme Bürger verursacht, ihre Kinder desto geflissener und länger in die Schule gehen zu lassen, bis man gewiß sehen könnte, ob sie zur Lehre geschickt oder nicht. Item: so in der minderen Schulen feine und geschlachte Jungen befunden werden, so sollen die Schulmeister und Pfarrer derselben Orte ihren Eltern zusprechen, daß sie ihre Söhne bei der Lehre sollten bleiben lassen und sie in der vier Schulen eine schicken, da würde man ihnen behilflich sein, daß sie bei ehrlichen Leuten unterkommen und Herberge haben möchten, samt der wöchentlichen Gabe."[78]

Der „Methodus docendi"[79] *(Lehrmethode)*, auf den die Präzeptoren in dem ebenfalls von Marbach verfassten Lehrplan verpflichtet wurden, sah einen für heutige Vorstellungen allerdings recht sturen Pauk-Unterricht mit viel Auswendiglernen vor. – Der Unterricht fand offenbar zunächst in Privaträumen statt – ob in den Wohnungen der Präzeptoren oder sogar in angemieteten Gasthaus-Sälen (wovon wir für das Jahr 1825 hören[80]), jedenfalls mangelte es an Platz und sogar an Stühlen,[81] erst 1590 wurde an der Nordwestecke des Schlossgeländes, unmittelbar an der Amtsgasse, ein Schulgebäude errichtet, recht billig offenbar, denn bald gab es Klagen, es sei „sehr irregulär gebaut und schon frühzeitig in Verfall geraten".[82] Auch der Standort (für den man kein eigenes Grundstück hatte erwerben müsen) war nicht ideal:

„Die Lage ist für jeden Handel und Gewerbe treibenden Mann vortrefflich, zum Schulunterricht und zur Wohnung eines Gelehrten äußerst unbequem und nachteilig. Denn das lateinische Schulhaus liegt hinten, vorne und auf einer Seite an stark gebrauchten Passagen. Alle Fuhren, die auf der Landstraße zum oberen Tore hinaus- oder hereinfahren, müssen die schmale, bergangehende bei Winterszeit oft des Glatteises wegen für Last- und Güterwagen nur mit heftigem Peitschen, Zurufen und Getöse (zu bewältigende Gasse) längs des lateinischen Schulhauses passieren, das auf dieser Seite nur eine dünne hölzerne, nicht ½ Schuh breite Hauptwand hat und durch vorbeifahrende schwere Wagen bis in die Fundamente erschüttert wird."[83]

(Man möchte meinen, die Ansicht, Schulen müssten für Staat und Gesellschaft viel leisten und großartige Ergebnisse bringen, nur kosten dürfe es möglichst wenig, sei gar keine so neue Erscheinung.) Im Dezember 1824 wurde das alte Gebäude

---

[77] DRESCHER LATEINSCHULE S. 15
[78] ebenda
[79] ebenda S. 13
[80] LURZ 1987, S. 74
[81] ebenda, S. 21
[82] DRESCHER LATEINSCHULE S. 22
[83] Bericht von 1815, zit. n. DRESCHER LATEINSCHULE, S. 44.

abgerissen, und 17 Jahre (!) darauf konnte die Lateinschule das neue Gebäude Ecke Am Obertor/Hinter der Hofstadt beziehen, das bis zum Herbst 1982 stand.[84]

Wolfgangs rastlose gesetzgeberische Tätigkeit war beeindruckend, und das umso mehr, als er gezwungen war, oft von seinem Heimat-Territorium abwesend zu sein: Von 1551 – 1557 war er Statthalter des Kurfürsten Friedrich II. in der Oberpfalz und wohnte meist in Amberg. Zweibrücken besuchte er oft, ließ sich sonst aber durch eine Statthalterschaft vertreten[85] – die absolutistische Verwaltung durch Beamte zeichnet sich hier ab. 1559 erbte er nach dem Tode des Kurfürsten Ottheinrich das Fürstentum Pfalz-Neuburg und hielt sich lange in Neuburg auf, wo er kirchen- und schulpolitisch ähnlich wirkte wie in Zweibrücken. Die Erfahrung, dass die Verwaltung so weit auseinander liegender Gebiete wenig effektiv war, veranlasste Wolfgang aber, in seinem Testament wieder die Trennung zu bestimmen.

Bergbau und Münze

Schon am Anfang der Wittelsbacher Herrschaft in Pfalz-Zweibrücken hören wir vom Bergbau in der Gegend um (Ober-)Moschel. Die Hauptstadt des nach der darüber liegenden Burg benannten Amtes Landsberg (zum Oberamt Meisenheim gehörig) liegt 9 km östlich von Meisenheim. Unter Herzog Stephan wurden seit 1410 am Vorderen Stahlberg Silber und Quecksilber abgebaut,[86] seit 1442 in größerem Maßstab und erfolgreicher auch am Seelberg. Sein Enkel Alexander vergab Konzessionen für neue Schächte[87] und erließ 1514 eine Bergordnung,[88] die von Ludwig II. erneuert und ergänzt wurde.[89] Das Silber wurde in den Zweibrücker Münzstätten verwendet, das Quecksilber – dann aus den Schächten am Landsberg – verkaufte man (zeitweise über die Frankfurter Messe[90]). Gegen Ende des 15. Jahrhunderts war die Nachfrage stark angestiegen – hatte man das Metall früher nur zur Spiegelherstellung und bei der Verarbeitung von Schafsleder zu feinem Pergament benutzt, so führte die Entdeckung des „Saiger"-Verfahrens, bei dem man mit Hilfe des Quecksilbers die Ausbeute aus Silber- und Golderzen erheblich steigern konnte, zu erhöhtem Bedarf.

Die Förderung war immer wieder von Rückschlägen begleitet – es gab in der Pfalz noch keine Erfahrung mit dem Bergbau; Betrüger und Hochstapler machten sich die Unerfahrenheit der Landesverwaltung zu nutze,[91] Bewetterung und besonders Entwässerung bereiteten ständige Probleme.

---

[84] LURZ 1987, S. 73 u. 75

[85] NEY 1912, S. 33

[86] SPUHLER PFALZATLAS, S. 125 f

[87] **Schlundt**, Rainer: Zur Geschichte des Bergbaus um Obermoschel. In. 650 Jahre Stadt Obermoschel. Hg. im Auftrag der Stadt Obermoschel von einem Autorenteam unter der Leitung von Rainer Schlundt. Otterbach 1999 [SCHLUNDT 1999], S. 174 f.

[88] LEHMANN 1867, S. 255

[89] SCHLUNDT 1999, S. 175

[90] SPUHLER PFALZATLAS, S. 126

[91] SCHLUNDT 1999, S. 176 f; Allgemeiner Anzeiger 28. 11. 1952. Vgl. auch den unterhaltsamen Exkurs „Ungewöhnliche Versuche der Erzgewinnung" in SCHLUNDT 1982, S. 233 ff

Mit Herzog Wolfgang begann die zweite Phase des pfalz-zweibrückischen Bergbaus.[92] Er versuchte, den Mangel an Fachkräften durch die Anwerbung von Personal aus alten Bergbaurevieren zu beheben – mit geringem Erfolg zunächst. Mathis Zellmayer, Bergmeister im oberpfälzischen Amberg, traf im Dezember 1553 in Meisenheim ein, trat in Wolfgangs Dienste, verlor aber nach Anfangserfolgen die Geduld und verschwand im Spätsommer 1555 wieder. Wolfgang war gewarnt worden – „es gebe Ime, Zellmaÿern, ettliche die Ime kennen […] nit viel bestendigkeit zu."[93]

„Welchen Typ Fachmann konnte man denn wirklich erwarten? Welcher hochqualifizierte Experte würde denn eine gut bezahlte Arbeit oder seinen Anteil an einem sehr ertragreichen Bergwerk beispielsweise im Erzgebirge, Tirol oder im Elsaß verlassen, um in eine unbekannte Gegend, ein kleines Revier mit ungewisser Zukunft und zweifelhaftem Erfolg zu ziehen? […] Der Nürnberger Syndikus Hans Thain[94] bilde[t] eine Ausnahme. Herzog Wolfgang hatte sich um diesen excellenten Fachmann lange bemüht; 1556 hatte er die Gruben inspiziert und eine schonungslose, entmutigende Analyse vorgelegt, dennoch sollte er jährlich einen weiteren Bericht liefern. Erst 1559 gelingt es dem Herzog, den Nürnberger für eine fürstliche Bezahlung als Amtmann und Berghauptmann zu verpflichten. Diese Doppelfunktion erschien auch notwendig, wenn man die übrige, durchaus ‚moderne' Verwaltung auf den Bereich der Bergwerke ausdehnen wollte. […] am 4. März 1560 erließ Herzog Wolfgang eine große Bergordnung, […] die zur Grundlage der Montangesetzgebung der nächsten Jahrhunderte werden sollte. Nur die wichtigsten Bestimmungen seien genannt: Zunächst wurde allen Bauern verboten, auf eigene Faust weiterhin zu schürfen. Thain kontrollierte die Bergleute streng und gab ihnen das Gefühl, gerecht behandelt und sogar geschützt zu werden. Neben gutem, pünktlich gezahltem Lohn und einer ‚guten iustitia' durch einen Richter, Schöffen und eine geordnete, überschaubare Verwaltung, neben der Regelung der Wasser- und Holzzuteilung oder der Kontrolle über die Krankheits-, Unfall- oder Witwenkasse wird seine unbestrittene Fachkenntnis ein günstiges Klima auf den Bergen geschaffen haben."[95]

Mit diesen Maßnahmen führte Wolfgang das moderne „Direktionsprinzip" ein, die koordinierende Aufsicht über die verschiedenen privaten Tätigkeiten und die Erteilung oder Beschränkung von Genehmigungen, ohne die ein so komplexes Unterfangen nicht erfolgreich sein konnte.

---

[92] SCHLUNDT 1982, S. 160 ff

[93] zit. n. ebenda, S. 163

[94] Es finden sich die Schreibweisen ‚Thein', ‚Thain' und ‚Thayn' – letztere hat sich heute durchgesetzt.

[95] SCHLUNDT 1999, S. 176 f

Das Haus, das sich der Berghauptmann Hans Thayn in der Untergasse 54 erbauen ließ, gehört sicher zu den schönsten in Meisenheim.

Wolfgang hatte die zentrale Verwaltung des Bergwesens schon 1553 in Meisenheim angesiedelt, und Hans Thayn, den Wolfgang nicht nur zum Berghauptmann, sondern auch zum Amtmann des Oberamtes Meisenheim gemacht und „ihm beinahe unbegrenzte Vollmachten“[96] eingeräumt hatte, baute sich dort nach 1559 ein Haus, das heute noch vorhandene „Thayn’sche Haus“ Untergasse 54, das mit seinen drei Stockwerken – das untere gemauert, darüber prachtvolles Fachwerk – dem hohen geschweiften Giebel und dem seitlichen Wendeltreppenturm sicher eines der schönsten Häuser in Meisenheim darstellt.

[96] SCHLUNDT 1982, S. 169

Unter Thayns Direktion wurden Bergleute aus Tirol und aus dem Bayerischen Wald angeworben,[97] und die Förderung kam endlich in Gang, Ende 1567 waren neun Zechen in Betrieb[98] und lieferten Silber für die Münze, die seit 1564 im Meisenheimer Münzturm arbeitete.

Wolfgang hatte sich hierfür technisch kundig gemacht – man könnte vielleicht auch von „Werkspionage"[99] sprechen - und sich durch zwei Basler Gewährsleute informieren lassen. Zunächst Wolfgangs Anfrage vom 6. September 1563, in der er auch die Bewältigung der technischen Probleme der Silbergruben erwähnt:

„Wir wollen euch hieneben auch gnedig nit verhehlen daß wir ein Hartt-Silber-Bergwerk in diesem unserm Fürstenthumb haben der Stalberg genannt: welcher sich von der Gnade Gottes wohl erzeigt, dann das Wasser Im Schacht also geweltigt ist, daß mann uff dem erzt, so man zuvor Wassers halben hat verlassen müssen, wiederumb arbeiten kann, und also (wie wir zu Gott verhoffen) kein Mangel an Erzt sein würd. Dernwegen wir bedacht seint, wo der Allmächtig Gott sein Segen gibt, daß wir widerumb muntzen laßen wollten. Dieweil dann die von Zürich zu ihren Thalern ein reinen Stempfell und zu ihren Münzen eine sondere schöne Art haben, so begeren wir gnädig, Ihr wollendt erkundigen, erstlich, was sie für Müntzmaister haben.

Zum Anderen, wo sie solche Stempfel schneiden lassen, und was der under- und oberstempfel zu schneiden costet […] Daneben begehren wir auch gnädig, daß ihr Erkundigung gebrauchen, ob wir mit der Zeit, derogleichen Müntzer wie sie die zu Zürich haben, bekhommen möchten und dann ob uns die obgemeltte Stempfell an dem Orth, dar sie die von Zurich schneiden lassen, auch zu schneiden angenommen werden wollten, und uns dessen gleicher Gestalt berichten. Das wollen wir hinwider Inn Gnaden gegen euch erkennen.

Wolfgank Pfaltzgraf"[100]

Schon 12 Tage später hatte Wolfgang die gründlich recherchierte Antwort in Händen:

„Darauf geben E. f. Gn. *(Eurer fürstlichen Ganden)* wir hinwieder in Untertänigkeit zuvernehmen, daß Sollich deren von Zürich Müntzen nit von der Handt also gestampft, sondern in einem besondern darzu gemachten Werk also gepreßt … werden. Welches Werkh (wie wir bericht) also zugericht sein soll, daß es die Thaler also schön in einem Truck preßt und sie auch damit in der Ründe abschneiden thut. Denn wie rain, gleich und artlich sonst die Stempfel geschnitten waren, so mag es

---

[97] **Buß**, Karl: Geschichte der Stadt Meisenheim. In: Naheland-Kalender 1985, [BUSS 1985]S. 84

[98] Großer und Kleiner Hottenberg, Hilfe Gottes, St. Barbara, Himmlisches Heer oder Grafenzeche, St. Görgen-Schwäbische Ritterschaft, Berat Gottes, Bauernzeche, Heilige Dreifaltigkeit und Heiliger Geist. SPUHLER PFALZATLAS, S. 127

[99] **Leonhardt**, Fritz: Münzer in Meisenheim und Zweibrücken. Abriß der Geschichte der beiden Münzstätten (16./17. Jahrhundert). In: Münzer in Meisenheim und Zweibrücken. –16./17. Jahrhundert. – Forschungsstand 1976. Hg. von der Zweibrücker Arbeitsgemeinschaft für Familienforschung in Verbindung mit dem Arbeitskreis pfalz-zweibrücker Bergbau und Münzwesen. Zweibrücken 1976. [MÜNZER 1976], S. 8

[100] Zit. n. MÜNZER 1976, S. 127 f

doch von der Hand zu stampfen nit also geben. Welches die von Zürich ein Zeitlang hoch und in geheim gehalten. Sonst erfordert es kein sondere hoche Kunst, sondern Schneiden der Stempflen oder sondere Müntzer, dann allein das Werk der Presse.

Es sollen aber ihrer zween solliche Pressen dem Müntzmeister von Zürich heimlicher Weise abgerissen haben, sie sich jetzund unterstandt, die nachzumachen. Und zeigt unß der Münzmeister allhie zu Basel an, wie sie in deren von Basel Gebiet, ungefähr ein Meil wegs von der Stadt, ein solliche Preß gemacht […] Sonst ist ein Goldschmidt allhie zu Basel, der das Stempfel schneiden ganz wohl bericht, mach sie sauber und rhein, nit allein der Stadt, sondern auch anderstwohin an fremde Ort. Wir haben ihn befragt, was ein Under- und Oberstempfel zu ganzen und halben Thalern, ganzen und halben Reichsguldinern auch 60 und 30 Kreuzern zu schneiden kosten würde, antwortet, dieweil er kein Abriß, auch nit wisse, was er für ein Wappen darauf schneiden müßte, könne er's nicht anzeigen. Denn etwan eins mehr dann das andere Arbeit erfordere. Er wolle es aber leidentlich und nit anderst halten dennwie man ihn sonst gewöhnlich belohne."[101]

Das heißt, in Zürich arbeitete man schon mit dem Verfahren der Walzenprägung, bei dem Vor- und Rückseite gleichzeitig geprägt und der Rohling ganz gleichmäßig am Rand beschnitten wurde („in der Ründe abschneiden"). Und natürlich ließen sich mit diesem durch Wasserkraft angetriebenen „Werkh" in kürzerer Zeit mit weniger Personal mehr Münzen prägen als mit dem herkömmlichen Verfahren, wie die Baseler ein Dreivierteljahr später genauer erläuterten:

„Erstlachen sovil di Pressen anlang, das ist das new Munzkunstwergk, darin die Munzenn geprest oder gemallen werden, das Nennen sie ein munz mul *(Münzen-Mühle)*, vnnd ist ein solich wergk das durch das Wasser mit einem od Zweyen Kampfredern *(Antriebsrädern)*, nachdem das wasser seiner art nach einen strengen oder langsamen fluß hatt, getrieben werden mussen, gleich wir ein malmullen Dardurch einen solchen gewalt Zu wegen gebracht, da di munzen in einem mal miteinander gebrest vnnd abgeschniten vnnd also under solchem Truck … gepregt, gerecht, vnnd unfelbar gemunzt werden sollen.

Zum anderen so soll solich Munz mul kheinen Stempffel bedörffenn, sonder ist mit Wüllen *(Walzen)* zugerichtet, darinnen di preg geschnitten, vnnd kann man diese Wüllen zu güldinen vnnd silbernen und nit allein zu den groben sondern auch zu den geringen kleinen Munzen, […] zubereitten vnnd damit auch ein überschwenklicher Uncosten erspart werden mögen.

Benantlichem, vnnd nit beim Höchsten Fürgebers soll mann uff einer solchen recht zugerichteten Munz mülle, Innerhalb einer Wochenn mit acht personnen, funfzehenn hundert Mark Silbers, zu dergleichen schönen Thalern vermunzen, das man sonst mit dreißig personnen nit verrichten konndte."[102]

Am Ende beließ man es doch beim alten Verfahren – der Bau einer solchen „high-tech"-Anlage hätte das kleine Fürstentum damals möglicherweise noch überfordert, wäre auf jeden Fall sehr teuer geworden, und niemand konnte wissen, ob der Stahlberg dauernd so viel Silber hergeben würde, dass die Investition sich ren-

[101] ebenda, S. 129
[102] ebenda, S. 131

tierte. Münzmeister wurde Hans Gutenson aus Tettnang, der als Münzmeister in St. Gallen und Zürich reich geworden war. Er starb 1568 in Meisenheim und wurde in der Schlosskirche beigesetzt; drei seiner Söhne setzten die Arbeit des Vaters in Meisenheim fort.[103] Bis 1571 wurde die Münze in Meisenheim betrieben.

Alle diese Aktivitäten – Schule, Bergbau, Münze – erforderten „Zulieferer" im weitesten Sinne unter den örtlichen Handwerkern und steigerten die „Zentralität" Meisenheims. Die Tatsache, dass Menschen wie Thayn und Gutenson, die bereits in großen Städten wie Nürnberg bzw. Zürich gelebt und gearbeitet hatten, sich hier niederließen, macht eines ganz deutlich: Das Glanstädtchen war attraktiv und relativ bedeutend geworden. Im kirchlichen, schulischen, wirtschaftlichen und technischen Bereich dominierte das bürgerliche Element; auch in der staatlichen Verwaltung begannen gut ausgebildete Bürger – „gelehrte Räte" – den Regionaladligen an die Seite zu treten, die bislang die Amtleute gestellt und den Rat des Landesherren gebildet hatten.[104]

Gegen Ende seines Lebens wurde Wolfgang zu einem dogmatisch-eifernden Lutheraner – sowohl in der Auseinandersetzung mit den Reformierten (u. a. am Heidelberger Hof seiner kurpfälzischen Vettern) als auch in der Feindschaft gegen die Juden. Luther hatte erwartet, dass die Juden, da er, Luther, die papistischen Irrlehren endlich beseitigt habe, sich zum nunmehr wahren und reinen Glauben bekehren würden. Da sie das nicht taten, begann er heftig gegen ihre „Verstocktheit" zu polemisieren („Von den Juden und ihren Lügen" 1543). „So ist auch zu verstehen, daß unser Meisenheimer Herzog Wolfgang […] in seinem Testament 1569 seine Nachfahren verpflichtete, keine Juden im Lande zu dulden: „... Nachdem die Juden verschiedener Zeit als ein Volk, so die Christen in mehr als einem Wege verderbet und beschweret, so legen wir all unsern Söhnen, auch ihren Nachkommen und Erben hiermit ernstlich auf, daß ihr keiner einen Juden oder Judengenossen in sein Gebiet wieder einkommen lasse.' "[105]

Zum Schluss dieses Kapitels soll noch ein Geschehen wenigstens ganz kurz erwähnt werden, das für Meisenheim unmittelbar keine Auswirkung hatte, ohne das aber das Bild dieser Epoche unvollständig wäre – gemeint ist Wolfgangs Kriegszug zur Unterstützung der französischen Hugenotten. Dieses Unternehmen, das schon die Zeitgenossen fasziniert hatte, hat nicht zum wenigsten dazu beigetragen, dass in Herzog Wolfgang „die Gestalt eines vielfach engagierten, weit über die Grenzen seines Westricher Territoriums hinaus wirkenden Fürsten, dessen Beweggründe aber bei vielen seiner Unternehmungen im Dunkel bleiben,"[106] vor unseren Augen steht. Wolfgang lehnte, wie erwähnt, das reformierte Bekenntnis ab, trotzdem stürzte er sich in das Abenteuer zugunsten der reformierten Hugenotten. Einer

---

[103] ebenda, S. 67

[104] Vgl. hierzu allgemein: **Ammerich**, Hans: Landesherr und Landesverwaltung. Beiträge zur Regierung von Pfalz-Zweibrücken am Ende des Alten Reiches. Saarbrücken 1981 [AMMERICH 1981], bes. S. 36

[105] **Dörr**, Wolfgang: Zur Geschichte der Juden in Meisenheim und Umgebung. Meisenheim 1991 [DÖRR 1991] S. 15

[106] HERRMANN ZWEIBRÜCKEN, S. 264

seiner Biografen[107] tadelt Wolfgangs „unbefriedigte(n) Ehrgeiz und fast krankhafte(n) Tatendrang".

Vorher machte Wolfgang noch sein bereits mehrfach erwähntes Testament, schärfte seinen Söhnen Respekt vor dem Kirchengut ein und regelte die Erbfolge dergestalt, dass sein zweiter Sohn Johann (I.) das Zweibrücker Territorium erhielt (das Neuburger Erbe bekam der Älteste, Philipp Ludwig, die Hunsrücker Besitzungen aus dem Sponheimer Erbe gingen an den dritten Sohn Karl, der die Linie Pfalz-Birkenfeld begründete). In allen drei Teilen sollte das Recht der Primogenitur gelten, was letztlich die Pfalz einschließlich Zweibrückens, wenn auch ohne das Oberamt Meisenheim an Bayern brachte.

Wir übergehen die Einzelheiten von Wolfgangs Truppenwerbungen und seine meist vergeblichen Versuche, an den evangelischen Höfen Europas Subsidien (Hilfsgelder) aufzutreiben[108] - als Wolfgang am 20. Februar 1569 mit 18 000 Soldaten von Bergzabern aufbrach, um Königin Johanna von Navarra, ihrem Sohn Heinrich (dem späteren « bon roi » Henri IV) sowie den hugenottischen Heerführern Prinz von Condé und Admiral Coligny zur Hilfe zu kommen, hatte er sein kleines Land, in dessen wirtschaftlichen Aufbau er so viel Kraft investiert hatte, mit der geradezu astronomischen Schuldensumme von 515.923 Gulden belastet; er hatte dafür sogar, durchaus im Widerspruch zu seinem eigenen Testament, erhebliche Teile des Klostervermögens verpfändet.[109] An der Abtragung der Schulden hatten seine Nachkommen noch über hundert Jahre[110] zu arbeiten, was die politische Handlungsfähigkeit des Herzogtums erheblich einschränkte. Die durchschnittlichen jährlichen Einkünfte des Herzogtums betrugen 26.000 Gulden – das reichte nicht einmal für die Zinsen.[111]

Betrachtet man die Unternehmung vom Ende her, also von der Lage der Hugenotten nach dem Feldzug, so war sie wenigstens ein relativer Erfolg. Durch die Burgundische Pforte und die Täler von Saône und Loire zog Wolfgang mit seinem Heer dem Admiral Coligny entgegen.

„Schließlich erreichte er ohne nennenswerte Verluste Nexon in der Nähe von Limoges (früher Nessun), wo Colignys Truppen zu ihm stießen. Zu einer persönlichen Begegnung der beiden kam es allerdings nicht mehr. Der fieberkranke Herzog fiel ins Koma und verstarb wenige Stunden vor der Ankunft Colignys am Abend des 11. Juni *[1569]* im Alter von 43 Jahren. In der Kirche von Nexon wurden seine Eingeweide, in der « Chapelle des Cordelfers » in Angoulême sein Leichnam beigesetzt. […] Wolfgang hatte zwar in seinem Testament gewünscht, dass sein Leichnam nicht […] zurück gebracht werden solle, aber seine Witwe bestand auf einer Überführung. Der Landweg schien vor allem Coligny zu gefährlich zu sein, ‚da der zweibrückische Name bei etlichen doch sehr gehasst sei'. So wurde der Tote einem Lübecker Schiffer als ‚Kaufmannsgut' getarnt übergeben. Stürmisches Wetter verschlug das Schiff zuerst an die spanische Küste, dann wurde es nach der Kanal-

---

[107] NEY 1912, S. 67

[108] **Koch**, Walther: Die Kriegskosten Herzog Wolfgangs von Pfalz-Zweibrücken und ihre Regulierung. Speyer 1961 (Sonderdruck aus MHVPf Bd. 59) [KOCH 1961], S. 84 ff

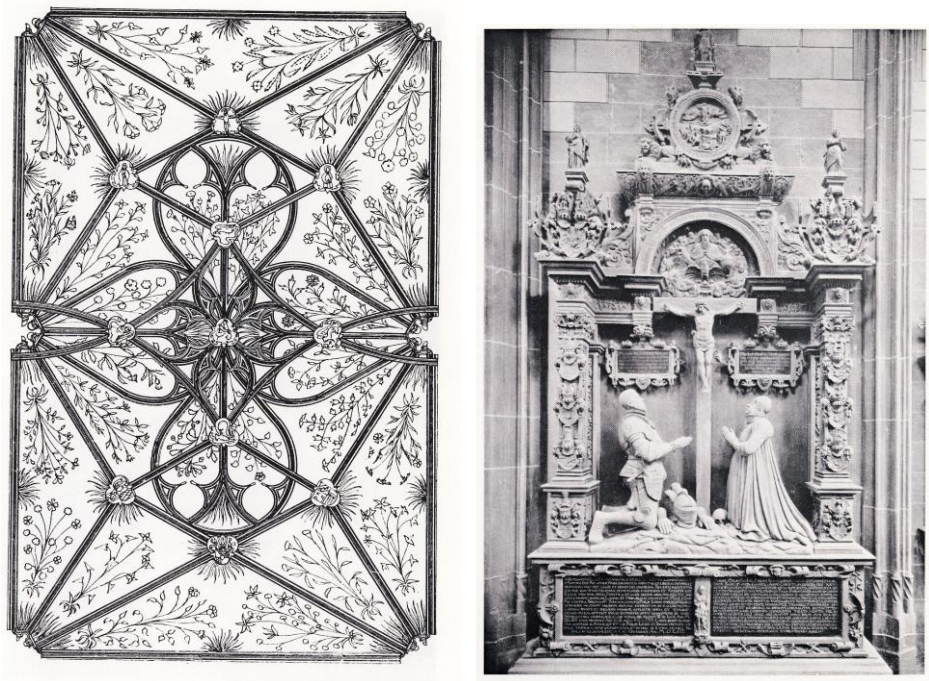
[109] KOCH 1961, S. 87

[110] NEY 1912, S. 82

[111] AMMERICH 1981, S. 60 f und Anm. 183

durchfahrt nach Norwegen, dann nach Kopenhagen abgetrieben, um nach fünf Wochen Fahrt in Lübeck anzukommen. Die Überführung des Leichnams in die Schlosskirche von Meisenheim endete schließlich am 23. September 1571.

Der Feldzug unter der neuen Führung Colignys endete am 3. Oktober 1569 in der Schlacht von Montcontour. Die Fußregimenter Wolfgangs wurden fast völlig aufgerieben, ein Großteil der deutschen Anführer fiel auf dem Schlachtfeld. […] Die beiden geschwächten Kriegsparteien schlossen schließlich am 8. August 1570 den Frieden von St. Germain-en-Laye, der den Hugenotten ihre Festungen beließ und ihnen einmal mehr weitgehende Religionsfreiheit gewährte. In einem Zusatzprotokoll verpflichtete sich König Karl IX., den übrig gebliebenen deutschen Truppen ihren Sold zu zahlen, damit sie so schnell wie möglich das französische Königreich verließen."[112]



Das Gewölbenetz der Grabkapelle in der Schlosskirche zu Meisenheim und das Grabmal Herzog Wolfgangs und seiner Gemahlin Anna dortselbst

Wolfgangs Witwe Anna residierte bis zu ihrem Tode 1591 in Meisenheim. Der Herzog und seine Frau liegen in der Grabkapelle südlich des Chorraumes der Schlosskirche begraben. Das aus Tuffstein gearbeitete Grabmal des Paares ist sicher eines der eindrucksvollsten Kunstwerke in dem spätgotischen Bau. Die Inschriften zeigen, was seine Nachfahren an seinem und seiner Gemahlin Leben für wesentlich gehalten haben.[113]

---

[112] **Martin,** Michael: Pfalz und Frankreich. Vom Krieg zum Frieden. Landau 2008, S. 22 f

[113] Deutsche Übersetzung der lateinischen Inschriften bei NIKITSCH 1993, Nr. 340:
Wolfgang, Pfalzgraf bei Rhein, Sohn des Pfalzgrafen Ludwig und der Frau Elisabeth Landgräfin von Hessen, Ururgroßenkel des römischen Kaisers, Ruprecht; ein Fürst, be-

rühmt durch Gerechtigkeit, Tapferkeit und edle Gesinnung, regierte seine Länder 26 Jahre lang nach den besten Gesetzen und ehrenhaftesten Grundsätzen. Er bekannte sich auch in gefährlichster Zeit zur reinen Lehre des Evangeliums, schützte seine Kirchen vor papistischem Götzendienst vertrieb aus ihnen auch andere Sekten und sorgte so für die rechte Lehre. Er errichtete die Schulen zu Lauingen und Hornbach und kämpfte unter dem römischen Kaiser Maximilian II. mit seinem Sohn, Herrn Philipp Ludwig, auf eigene Kosten in Ungarn gegen den Türken Süleymann. Er führte ein gewaltiges deutsches Heer nach Frankreich bis über die Loire und brachte den um des Glaubens willen Bedrängten Hilfe und dem gepeinigten Reich den Frieden. Bei diesem Feldzug beendete er im Dorf Nexon bei Limoges durch ein tödliches Fieber fromm dieses Leben an den 3. Iden des Juni (11. Juni) im Jahr 1569, nachdem er 43 Jahre, 8 Monate und 22 Tage gelebt hatte. Sein Leichnam wurde durch die Frömmigkeit der höchstbetrübten Gattin Frau Anna und ihrer Söhne Philipp, Ludwig und Johann aus Frankreich über Land und Meer überführt und in der Gruft seines Urgroßvaters Ludwig bestattet, an den 9. Kalenden des Oktobers (23. September), im Jahr 1571.

Anna, Pfalzgräfin bei Rhein; Tochter des Landgrafen Philipp des Älteren von Hessen und der Herzogin Christine von Sachsen, wurde zu Kassel geboren im Jahre Christi 1529, am 25. Oktober. Sie war eine wegen ihrer Frömmigkeit, Sittenreinheit und Wohltätigkeit den Armen gegenüber berühmte Frau. Mit ihrem Gemahl Wolfgang, Pfalzgraf bei Rhein, hat sie 24 Jahre lang in der Ehe gelebt und dabei fünf Söhne und acht Töchter geboren. Zehn von Ihnen erzog sie fromm, bis sie erwachsen waren, und wurde durch die Vermählung von sechs derselben und ihre zahlreiche Nachkommenschaft erfreut; die restlichen starben zum Teil im Kindesalter, zum Teil sind sie bis jetzt unvermählt geblieben. Nach dem Tode ihres Gatten verbrachte sie 22 Jahre lang in ehrenvoller Witwenschaft. Die Armen dieses Ortes, wie auch die in Neuburg und Zweibrücken hat sie freigiebig beschenkt. Zuletzt ist sie – nach der Abfassung eines Testamentes – durch Alter und Jahre erschöpft fromm in Christus im Schloß dieses Ortes entschlafen im Jahre des Herrn 1591, am 10. Tag des Monats Juli, nachdem sie in diesem Jammertal 61 Jahre, 8 Monate und 15 Tage verbracht hatte. Ihr Leichnam wurde von den höchstbetrübten Kindern und Enkeln in dieser Gruft bei ihrem Gatten bestattet, wo sie mit allen an Christus Glaubenden eine fröhliche Auferstehung von den Toten zum ewigen Leben erwartet. Amen.

Das konfessionelle Zeitalter

Für die Phase *nach* der eigentlichen Reformation, also nach der theologischen Formulierung der neuen Lehre, in der die Territorien des Reiches sich für eine Konfession entschieden und diese im Inneren durchsetzten, hat sich in den letzten beiden Jahrzehnten die Bezeichnung durchgesetzt, die die Überschrift dieses Kapitels bildet. „Konfessionalisierung meint […] nicht nur die Entstehung der Konfessionskirchen, sondern einen gesellschaftlichen Fundamentalvorgang. Denn es war die politische Macht, die mit Entschiedenheit die konfessionelle Homogenität anstrebte und herstellte. Damit erfaßte ‚Konfessionalisierung' diejenigen Bereiche, in denen der frühmoderne Staat gestaltend auftrat: Ämterwesen, Recht, Kultur, Bildungsinstitutionen, die äußere und innere Politik im ganzen. Konfessionalisierung stabilisierte damit die Herrschaft über ständische Eliten und Untertanen. Im Gesamtverlauf (1530-1730) bildeten sich konfessionell homogene Großgruppen in ‚institutionell-flächenmäßig' strukturierten Staaten. […] Die Konfessionalisierung diente somit dem politischen Wachstum. Im Reich bedeutete dies gemäß dem Konfessionsrecht von 1555: Sie diente der territorialen Staatsbildung. Das schloß die Mitgestaltung und Beteiligung der Beherrschten nicht aus, bei den gelebten Formen der Frömmigkeit ebensowenig wie bei der Kirchen- und Sittenzucht."[1]

Herzog Wolfgang hatte mit der Gründung der Lateinschulen und der Auflösung der Klöster bereits in dieser Richtung gewirkt. Sein Sohn und sein Enkel, Johann I. und II., setzten die Konsolidierung ihres Territoriums mit den Mitteln der Konfession fort.

Zunächst mussten seine Nachfolger sich aber mit dem schweren Erbe befassen, das die Belastungen aus dem Frankreichzug darstellten. Wolfgang hatte bestimmt, dass seine Söhne erst mit 24 Jahren selbständig regieren sollten – die immensen Schulden verlangten ihnen aber schon vorher Entscheidungen ab. Die meisten Verbindlichkeiten lagen auf Johanns kleinem Herzogtum Pfalz-Zweibrücken; Philipp Ludwig von Pfalz-Neuburg nahm auf Anregung der Vormünder – des Landgrafen Wilhelm von Hessen und des Pfalzgrafen Ludwig, des späteren Kurfürsten Ludwig VI. – seinem jüngeren Bruder einen Teil der Lasten ab und übertrug sie auf sein wesentlich ertragstärkeres Territorium.[2] Aber auch der Rest blieb drückend genug, zumal die Zahlungen der französischen Hugenotten für die erwiesene Unterstützung eher tröpfelnd einliefen.[3] In dieser Situation blieb dem Landesherren nicht anderes übrig, als sich an die Städte und Gemeinden seines Landes zu wenden und an ihre Hilfsbereitschaft zu appellieren.[4]

„Um dem drohenden Staatsbankrott zu entgehen, formierte Johann I. durch Verträge mit den Vertretern seiner Städte und Gemeinden sowie den vier Ämtern 1579 eine pfalz-zweibrückische Landschaft, deren Aufgabe es sein sollte, einen Teil

---

[1] **Lanzinner**, Maximilian. Konfessionelles Zeitalter 1555 – 1618. In Gebhard[10] Band 10, Stuttgart 2001 [LANZINNER 2001], S. 97 f

[2] LEHMANN 1867, S. 371 f

[3] KOCH 1961, S. 88 ff

[4] **Press**, Volker: Steuern, Kredit und Repräsentation. Zum Problem der Ständebildung ohne Adel. In: Zeitschrift für historische Forschung 2 (1975) S. 59 – 93 [PRESS 1975], hier S. 65

der Schulden zu übernehmen und zu tilgen. Diese Schuldenverwaltung sollte folgendermaßen aussehen: Landsteuer und Ungeld wurden von der Landschaft bewilligt und wurden ihr neben weiteren Einkünften zur Schuldentilgung überlassen. Da die Landessteuer mit Reichssteuern, die möglicherweise gleichzeitig vom Reichstag beschlossen werden konnten, koordiniert werden mußten, führte dies dazu, daß die landschaftliche Kasse ebenfalls für die Reichs- und Kreissteuer Sorge trug. 1588 hatte die landschaftliche Schuldenverwaltung fast die gesamte Schuldenlast übernommen. Eine Erhöhung des landesherrlichen Kredits bedeutete die Bürgschaft von Städten und Ämtern für die landesherrlichen Schulden; damit wurde die ältere Praxis der Verpfändung von Teilen des Territoriums hinfällig. Johann I. mußte der Landschaft wesentliche Teile der Landeseinkünfte und die Verfügung über verschiedene, meist indirekte Steuern als Gegenleistung überlassen."[5]

Landesherrliche Gegenleistung für diese Übernahme der Finanzverwaltung durch die Oberämter (Verträge vom 29. 1. 1579) waren Verbesserungen der Rechtslage der Städter, für Meisenheim bewilligte Johann I. am 10. 2. desselben Jahres „daß nun hinfürter alle Bürger, so in ermelter Unser Statt Meisenheim wohnen, darin gebohren undt erzogen oder anderstwoher hienein kommen, oder die künftig daselbst gebohren oder von andern orthen außerhalb Unsers Fürstenthumbs sich dahien zu wohnen begeben werden, der Leibeigenschafft damit sie unsern Voreltern undt unß biß daher verwandt undt Zugethan gewesen undt außerhalb dieser unserer befreyung noch ferner hinfüro gewesen waren, gänzlich erlediget undt frey gelaßen undt also nit mehr für leibeigen gehalten werden, noch schuldig sein sollen, sich, wann sie von dannen ziehen, derhalb von Unß, oder an Unser stell von Unsern Ambtleuth abzukauffen, oder umtauschen zu lassen."[6]

An dieser Urkunde überrascht zunächst die Erwähnung der Leibeigenschaft – waren denn nicht die Bürger einer Stadt ohnehin frei davon, war nicht „Stadt" geradezu definiert durch die Freiheit ihrer Bürger? Ein Blick auf die Begriffsgeschichte hilft uns weiter: Leibeigenschaft „als moderner Ordnungsbegriff beschrieb zunächst, mit polit.-aufklärer. Tendenz, die rechtl. Lage der Bauern im Zuge der Bauernbefreiung um die Wende zum 19. Jh., wurde von hier in verschiedenen Bedeutungen auf frühere Zeiten übertragen und kennzeichnet seither teils im engen Sinne nur die personenbezogene Abhängigkeit, teils im weiten Sinne die Abhängigkeit von einem Herrn schlechthin." [7] Natürlich lebten die Meisenheimer Bürger als Untertanen in einer Abhängigkeit „im weiten Sinne" (nicht im Sinne der bäuerlichen *Hörigkeit*, an die wir bei dem Wort ‚Leibeigenschaft' heute zuerst denken) von ihrer Landesherrschaft; und natürlich wurden sie nicht aus *dieser* entlassen – was genau gemeint ist, wird aus dem letzten Teil des Zitats deutlich: Die Bürger Meisenheims sind nicht mehr, „wann sie von dannen ziehen", verpflichtet, sich von „Unsern Ambtleuth abzukauffen", d h., sie genießen jetzt volle Freizügigkeit.[8] Damit wird es für Menschen, die „sich dahien zu wohnen begeben" wollen, attraktiv

---

[5] AMMERICH 1981, S. 60 f

[6] zit. n. LURZ MH 30, S. 232

[7] LMA V, 1845 f

[8] Auch der § 191 ‚Leibeigenschaft' in **Bachmann**, Johan Henrich: Pfalz-Zweibrükisches Staats-Recht. Tübingen 1784 [BACHMANN 1784] handelt, abgesehen von dem ländlichen Besthaupt-Recht, fast ausschließlich vom Recht des Zu- und Wegzuges.

sich in Meisenheim[9] anzusiedeln, denn sie können im Zweifelsfall die Stadt problemlos wieder verlassen. Natürlich hoffte die Landesobrigkeit auf solchen Zuzug, denn jeder freie Bürger erhöhte die Steuerkraft der Stadt. Das „Einzugsgeld" betrug 5 – 10 Gulden.[10] Je mehr Konsumenten Brot, Wein, Bier, Mehl usw. kauften, desto ertragreicher wurde das umsatzsteuerähnliche Ungeld; je mehr Menschen Grundbesitz in der Stadt erwarben, desto geringer wurden die Belastungen durch die Bede für jeden einzelnen. Es dürfte kein Zufall sein, dass die Bederegister Meisenheims gerade seit 1580 geführt wurden.[11]

Johann kam den „Landschaften" entgegen, „indem derselbe seitdem, … jährlich durch die Oberämter einen sogenannten Abschied über die finanzielle Lage des Herzogthums ausgeben ließ, worin er seinem Lande gleichsam Rechenschaft von seinem Haushalten ablegte, welches Vorgehen die Bewohner noch mehr in der Liebe und Anhänglichkeit zu ihrem Landesvater bestärkte und sie immer opferwilliger machte."[12]

In anderen Territorien haben sich diese Landschaften oder vergleichbare Organe allmählich verselbständigt und die Funktionen von Vertretungskörperschaften übernommen, die dem Fürsten gegenüberstanden[13] und denen die Fürsten Rechenschaft legten, wie es Johann tat. Das setzte allerdings voraus, dass diese Körperschaften dem Landesherrn finanziell etwas zu bieten hatten. Meisenheim war gegen Ende des 16. Jahrhunderts, wie wir gesehen haben, eine wirtschaftlich blühende Stadt, aber der Dreißigjährige Krieg machte diese Blüte zunichte. Hinzu kam ein Rückgang der Montankonjunktur[14] nach der Jahrhundertwende, die das Wirtschaftswachstum aller Bergbaustädte beeinträchtigte: „eine Vertretung der Stände konnte sich im Herzogtum *[infolgedessen, U.S.]* nicht entwickeln".[15]

Auch der Adel, der anderswo korporative Eigenständigkeit errang, vermochte in Pfalz-Zweibrücken diese eigenständige Rolle nicht zu spielen; „gegenüber dem im Herzogtum begüterten Adel konnten die Herzöge ihre Gerichtsbarkeit durchsetzen".[16] Dass einige der in Meisenheim ansässigen Adligen für ihre *außerhalb* des Herzogtums liegenden Besitzungen Mitglieder in den Kantonen der Reichsritterschaft waren, steht dazu nicht im Widerspruch,[17] sie waren auf jeden Fall „schuldig, die Landes- und Erb-Huldigung zu leisten. Sie stehen unter der Regierung. […], kurz, sie stehen vor ihre Personen und in Ansehung der Güter, die sie in dem Her-

---

[9] bzw. einer der anderen drei Oberamtsstädte

[10] ANTHES MH 10, S. 44 f

[11] **Meyer,** Fritz: Das Beethregister der Stadt Meisenheim am Glan 1580 – 1603. In: Mitteilungen der Westdeutschen Gesellschaft für Familienkunde [MWGF] 15 (1951); ders.: Das Beethregister der Stadt Meisenheim am Glan 1606 – 1616 MWGF 16 (1954)

[12] LEHMANN 1867, S. 383

[13] PRESS 1975, S. 59 f

[14] LANZINNER 2001, S. 128

[15] HERRMANN Pfalz-ZWEIBRÜCKEN, S. 359

[16] ebenda

[17] Vgl. etwa die Artikel „Boos von Waldeck", „Stein-Kallenfels" oder „Vogt von Hunoltstein" in: **Köbler**; Gerhard: Historisches Lexikon der deutschen Länder. Die deutschen Territorien vom Mittealter bis zur Gegenwart. München [3]1990

zogthum besizen, unter der Gerichtsbarkeit des Landesherrn."[18] Wenn der Zweibrücker Lehenhof als zuständiges Organ von Zahlungen an die „Ritter-Truhe", die gemeinsame Kasse der reichsritterschaftlichen Standesvertretung, erfuhr, zog er den Adligen zur Rechenschaft.[19] Auch eine Jurisdiktion der ritterlichen Grundherren in ihren Besitzungen war im Herzogtum Pfalz-Zweibrücken ausgeschlossen.[20]

Übergang zum reformierten Bekenntnis

Der Augsburger Religionsfrieden von 1555 hielt für die Dauer zweier Generationen, wenn die Spannungen zwischen den Konfessionen unterschwellig auch fortdauerten. Die Differenzen zwischen Lutheranern und Reformierten im protestantischen Lager gingen ebenfalls weiter – nur waren sie jetzt fast überall zu einer Angelegenheit der theologischen Fachdiskussion geworden (um das Wort Professorengezänk zu vermeiden), eine evangelische Volksbewegung gab es nicht mehr. In der Kurpfalz war nach dem Tode des ehemaligen Vormunds von Johann, des strengen Lutheraners Kurfürst Ludwig VI., durch dessen Bruder Johann Casimir als Vormund Kurfürst Friedrichs IV. der Kalvinismus wieder durchgesetzt worden,[21] und Herzog Johann I. führte 1588 das reformierte Bekenntnis auch in Pfalz-Zweibrücken ein, mit spürbaren Folgen für die Einwohner, die diesen Schritt mitgehen mussten. Allerdings zeigte sich dabei so etwas wie „passiver Widerstand" in den Kirchengemeinden, der sich „vor allem in Gottesdienstversäumnis und Abendmahlsverweigerung bemerkbar"[22] machte, bis er schließlich mit der Gewöhnung an die neuen konfessionellen Formen erlahmte.

„Ein Vergleich der von Luther eingenommenen Haltung zu den Ordnungsfunktionen Visitation, Kirchenzucht, Zensur mit […] den reformierten Verordnungen nach 1588 zeigt die fortschreitende Zentralisierung des territorialen Kirchenwesens. […] In der Verbindung von politischer Herrschaft und kirchlicher Bewegung trafen sich zwei nach ihrem eigenen Verständnis von Gott gesetzte Gewalten, die in einer von Obrigkeit und Konfession bejahten Ordnung zusammenzuwirken sich berufen glaubten. Die dabei angewendeten Mittel erscheinen uns heute fragwürdig. *(Die Aufgaben der Zensur waren)* die Verwaltung des Kirchengutes, die Unterdrückung öffentlicher Laster, die Überwachung von Leben und Lehre der Pfarrer, d.h. ob der Wille Gottes in der Gemeinde Gehör finde."[23]

Die Kirchenzensur führte bis ins 18. Jahrhundert rigide Aufsicht über das sittliche Verhalten der Meisenheimerinnen und Meisenheimer – an Sonntagen sollte „das Kegeln Kartenspiel vunde andere Kurtzweilen […] auch gantz nit mehr gestat-

---

[18] BACHMANN 1784, § 227 – vgl. **Schorr**, Albert: Die Stellung des Herzogs von Zweibrücken zur Reichsritterschaft. In. Westpfälzische Geschichtsblätter XXIX (1930) [SCHORR 1930], S. 6

[19] SCHORR 1930, S. 8 ff

[20] ebenda, S. 7

[21] **Schaab**, Meinrad: Geschichte der Kurpfalz. Band 2: Neuzeit, Stuttgart 1992 [SCHAAB 1992], S. 59 f

[22] KONERSMANN 1996, S. 420

[23] ADAMS 1978, S. 48 f

tet, sondern mit ernst verfolgt vnde gestrafft werden."[24] Moniert und geahndet wurde auch eine sechs Wochen „zu früh auf ehzeit" geschehene Geburt; ein „unverheyrathet paar", das eine gemeinsame Reise von zwei oder drei Tagen unternommen hatte, wurde „vorgeladen, damit böser Schein gemieden wird." Kurz vor dem Ende des alten Reiches und damit auch des Herzogtums Pfalz-Zweibrücken allerdings stellte ein Meisenheimer über die Zensur fest:[25] „sie gilt noch, ohngeachtet, so zu sagen keine ehebruchsklagen mehr vorkommen; entweder sind wir zu aufgeklärt oder zu tugendhaft." Unter der Regierung des lutherisch erzogenen, aus politischen Gründen aber zum Katholizismus konvertierten Herzog Christian IV. wurden die öffentlichen Kirchenbußen 1757 völlig abgeschafft.[26]

Die Spaltung des Protestantismus in die lutherische und die reformierte Konfession (die bis 1836 andauerte) brachte die Notwendigkeit, ein Pfarrhaus für die evangelisch-lutherische Gemeide zu errichten: Obergasse 19, Ende des 16. Jahrhunderts

Das reformierte Bekenntnis blieb vorherrschend bis zur Einführung der protestantischen Union im Jahre 1836,[27] auch nachdem unter französischem Druck in der Reunionszeit 1683 (s. u. *Reunionen und Pfälzer Krieg*) eine katholische und unter der schwedischen Statthalterschaft 1686 für deren Beamte eine lutherische Gemeinde in Meisenheim (wieder) entstanden waren.

In der Zeit Johanns I. und seines Sohnes Johanns II. lehnte sich Pfalz-Zweibrücken aus konfessionellen, aber auch aus politisch-militärischen Gründen eng an Kurpfalz an. Der Schutz des Augsburger Religionsfriedens erstreckte sich

---

[24] ebenda, S. 315

[25] ebenda, S. 365 f

[26] **Konersmann**, Frank: Wirtschaftspolitik in der Regierungszeit Herzog Christians IV. von Pfalz-Zweibrücken. In: **Glück-Christmann**, Charlotte (Hg.): Die Wiege der Könige. 600 Jahre Herzogtum Pfalz-Zweibrücken. Zweibrücken 2010, S. 210 – 214, hier S. 211

[27] COERPER 1880, S. 31

nur auf Katholiken und Lutheraner, die Reformierten befanden sich bis zum Westfälischen Frieden immer in einer prekären Lage und waren zu engem Zusammenwirken genötigt. Die Schutzbedürftigkeit Pfalz-Zweibrückens kann ein Blick auf die Reichsmatrikel von 1521[28] verdeutlichen, in der festgehalten ist, was die Territorien an Römermonaten zu leisten hatte: Kurpfalz 60 Reiter, 277 Fußsoldaten, 600 Gulden; Pfalz-Zweibrücken 24 Reiter, 75 Fußsoldaten, 160 Gulden. (‚Römermonate' sind eine Bemessungsgrundlage für die Reichssteuern, die ungefähr die militärische und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Territoriums widerspiegelt. Die Soldaten wurden im 16. Jahrhundert allerdings nicht mehr leibhaftig gestellt, stattdessen musste der entsprechende Sold als Steuer entrichtet werden.)

Kurfürst Friedrich IV. übernahm nach Johanns I. Tod 1604 die Vormundschaft über dessen ältesten Sohn Johann II., der später wiederum Vormund von dessen Sohn Friedrich V., dem nachmaligen„Winterkönig" wurde. „Johann erachtete dieses Amt und die damit verbundenen Aufgaben für so wichtig, daß er während der Dauer der vormundschaftlichen Regierung seine Residenz von Zweibrücken nach Heidelberg verlegte",[29] wo er auch die Rolle des Kurpfälzers als treibende Kraft der politisch-militärischen Organisation der Protestanten im Allgemeinen, der Reformierten im Besonderen übernahm.

In die Regierungszeit Johanns II. fällt die Errichtung des einzigen Teils des Schlosses, der heute noch vorhanden ist, des nach seiner ersten Hausherrin genannten Magdalenenbaus (heute „Herzog-Wolfgang-Haus"). 1614 wurde der nördliche, zur Kirche hin gelegene Teil mit dem Treppenturm als Witwensitz für Johanns I. Frau Magdalena von Jülich-Cleve-Berg errichtet. Der südliche Teil mit dem gotisierenden Treppengiebel entstand 1825/27 in der hessen-homburgischen Zeit. –

„Die Verbindungen zwischen Zweibrücken und den Hugenotten hörten mit dem Tode Wolfgangs keineswegs auf, sie gipfelten in der Heirat seines Enkels Johann II. … mit Katharina von Rohan aus einer der führenden Familien des hugenottischen Adels."[30]

„Die Ehe Herzog Johanns II. mit Katharina von Rohan ist nur ein Glied in der Kette dynastischer Verbindungen, in denen das politische Zusammengehen protestantischer Fürstengeschlechter in Deutschland mit den großen Mächten des Protestantismus in West- und Nordeuropa Ausdruck findet. Es ist die Zeit, wo die Kurpfalz zum Mittelpunkt einer Internationale des kämpferischen Kalvinismus wird, und auch Pfalz-Zweibrücken hat seinen sichtbaren Anteil daran. Friedrich Casimir, der jüngere Bruder Johanns II., heiratete Amalie von Oranien, die Tochter des großen ‚Schweigers'[31] und der Charlotte von Bourbon-Montpensier; eine andere Tochter des Oraniers wurde die Gattin des Hauptes der protestantischen Union, des Kurfürsten Friedrich IV. von der Pfalz. Die Tochter aus dieser Ehe, Pfalzgräfin Luise, wurde die zweite Frau Johanns II., während Friedrichs IV. Sohn und Nachfolger, Friedrich V., sich mit der englischen Prinzessin Elisabeth Stuart vermählte. Der jüngste Bruder aber des Zweibrücker Herzogs, Pfalzgraf Johann Casimir, den

---

[28] HOFMANN 1976, S. 40 ff (die Zahlen S. 41 und 42)

[29] HERRMANN PFALZ-ZWEIBRÜCKEN, S. 366

[30] ebenda, S. 365

[31] Gemeint ist Wilhelm I. von Oranien (* 1533, † [ermordet] 1584), Statthalter der Niederlande, Führer des Kampfes gegen die spanische Herrschaft

eine diplomatische Mission im Auftrag der Unionsfürsten 1615 nach Schweden führte, heiratete dort Katharina Wasa, die Schwester des Königs Gustav Adolf, und wurde damit zum Stammvater der schwedischen Wittelsbacher, der Pfalzgrafen und Schwedenkönige aus der Linie Zweibrücken-Kleeburg.“[32] (Zu letzteren s. u. *Die Zeit des Absolutismus*)

Durch diese internationale dynastisch-konfessionelle Verflechtung musste aber Pfalz-Zweibrücken (und damit auch Meisenheim) sehr rasch in große Auseinandersetzungen verwickelt werden, wenn die schwelenden Gegensätze zum offenen Krieg emporloderten. Als der Augsburger Friede brüchig wurde und die konfessionellen Parteien im Reich sich in Sonderbünden gegeneinander zu bewaffnen begannen,[33] gehörte Kurpfalz zu den Gründungsmitgliedern der Protestantischen Union (4. Mai 1608) – Pfalz-Zweibrücken trat Anfang 1610 dem Bündnis bei. Im Gegenzug bildeten die altgläubigen Stände die Katholische Liga (10. Juli 1609). Es bedurfte jetzt nur noch eines Funkens, um den Kriegsbrand zu entfachen. Wir müssen für unseren Zusammenhang nicht näher auf die Konflikte zwischen dem neugläubigen böhmischen Adel und dem katholischen Habsburger Ferdinand eingehen, die mit dem „Prager Fenstersturz“ am 23. Mai 1618 in den offenen Aufstand und mit der Wahl des Kurfürsten Friedrich V. von der Pfalz zum böhmischen König (26. August 1619) in den großen europäischen Krieg mündeten. Stattdessen „wollen wir einer Handlung in unserer Kirche erwähnen, bei der sich ein Fürst persönlich betheiligte, welcher gewissermaßen mit Veranlassung zu diesem schrecklichen Kriege gab. In dem Taufregister vom Jahre 1618 ist unterm 19. August nämlich Folgendes eintragen.

> ‚Der Durchlauchtigste, Hochgeborene Fürst und Herr, Herr *Carolus Friedericus*, *Illustrissimi principis Johannis Cassimiri*, *Palatini Rheni, Bavariae, Juil., Clev. et mont. Ducis etc. filius,*[34] ist allhier zu Meisenheim den dritten Julii, morgens früe umb 3 Uhr uff diese Welt geboren. Nachmals den 9. August in der Kirchen nach gehaltener Morgenpredigt getauft. –
>
> Die Gevattern waren, neben andern fürstlichen und grävlichen Personen *Illustrissimus Elector Palatinus Friedericus V.*[35] Und haben ihre churfürstlichen Gnaden das Kind selber über Tauf gehalten.’

Dazu ist von einer anderen Hand später bemerkt:

> ‚Dieser Churfürst Friedrich V. wurde im Augusto 1619 zum König in Böhmen erwehlet. Den 3. November 1620 seine Armee geschlagen. Starb zu Mayntz 1632.’“[36]

---

[32] BAUMANN 1984, S. 53 f

[33] Protestantische Union 1608, Katholische Liga 1609. Gründungstexte beider Sonderbünde in HOFMANN 1976, S. 149 ff (Union) und 153 ff (Liga)

[34] Herr Karl Friedrich, Sohn des Erlauchten Fürsten Johann Casimir, Pfalzgrafen bei Rhein, Herzog von Jülich, Kleve und Berg usw.

[35] der erlauchte Kurfürst von der Pfalz

[36] COERPER 1880, S. 31 f

Der Dreißigjährige Krieg

Der Krieg begann als regionaler Streit zwischen dem Habsburger Ferdinand, dem katholischen König von Böhmen (seit 1617, und seit 28. August 1619, zwei Tage nach Friedrichs Wahl zum böhmischen König, deutschem Kaiser) einerseits, den evangelischen Ständen Böhmens andererseits. Aber die komplizierte Gemengelage der konfessionell-dynastischen Konflikte in Europa in Verbindung mit dem System bestehender Verträge und Allianzen führte dazu, dass dieser begrenzte Konflikt unbeherrschbar wurde und einen Folgekrieg nach dem anderen hervorrief, bis diese „Akkumulation von Kriegen, genannt der ‚Dreißigjährige Krieg'"[37] schließlich aus schierer Erschöpfung der Mächte ihr Ende fand. Pfalz-Zweibrücken war zunächst offiziell neutral – was aber bei der ungeheuren Dynamik, mit der die angestauten Konflikte sich Bahn brachen, nicht viel bedeutete, zumal die eng benachbarte Kurpfalz in doppelter Hinsicht – durch ihren Fürsten und durch ihre geografische Lage - im Brennpunkt des Geschehens lag.

Es ist viel darüber gerätselt worden, was den Kurfürsten Friedrich V. dazu veranlasst hat, sich 1619 in das böhmische Abenteuer zu stürzen – ob er seine Rolle als Anführer der evangelischen Konfessionspartei überbewertet, ob er von seinem englischen Schwiegervater Jakob I. stärkere Hilfe erwartet, ob er die Geschlossenheit der protestantischen Union überschätzt hat oder ob er andererseits die Geschlossenheit der Habsburger Seite nicht erkannt und den Effekt der militärischen Unterstützung des Kaisers durch seinen spanischen Vetter unterschätzt hat, ob Friedrich gar mit Träumen von einem protestantischen Kaisertum umgegangen ist – wir müssen das hier nicht entscheiden. Dass Habsburg den Verlust Böhmens nicht hinnehmen würde, wusste jeder. Nach der Schlacht am Weißen Berge (bei Prag, 3. November 1620) war Friedrich nur mehr der „Winterkönig" und floh zu seinen kalvinistischen Glaubensbrüdern in Holland. Die protestantische Union löste sich auf. Friedrich V. verlor drei Jahre darauf auch noch die Kurwürde, die sein bayerisch-katholischer Vetter Herzog Maximilian, politisches Haupt der Liga, erhielt.

Die aufständischen Niederlande hatten 1609 einen zwölfjährigen Waffenstillstand mit Spanien geschlossen. Keine Seite hatte an einer Verlängerung Interesse, ab 1621 musste also mit der Fortsetzung des Krieges gerechnet werden. Für Spanien war es daher wichtig, über eine sichere Verbindung von seinen oberitalienischen Besitzungen und der Freigrafschaft Burgund zum vermutlichen Kriegsschauplatz zu verfügen. Im (nach dem spanischen Unterhändler genannten) Oñate-Vertrag[38] hatten die deutschen Habsburger den Spaniern als Gegenleistung für die Unterstützung von Erzherzog Ferdinands Kaiserkandidatur Rechte und Besitzungen im Elsass und in der Ortenau überlassen – um eine durchgehende „Heerstraße" nach den spanischen Niederlanden zu gewinnen, brauchte Spanien nur noch die Pfalz zu besetzen, was Truppen des Generals Ambrosio Spinola, aus den spanischen Niederlanden kommend und von Koblenz gegen die Armee der Union nach Süden

---

[37] **Schormann**, Gerhard: Dreißigjähriger Krieg 1618 – 1648. In Gebhard[10] Band 10, Stuttgart 2001 [SCHORMANN 2001] S. 205 ff, hier S. 232

[38] Wortlaut in: **Lorenz**, Gottfried (Hg.): Quellen zur Vorgeschichte und zu den Anfängen der Dreißigjährigen Krieges. Darmstadt 1991, S. 186 ff

vordringend, ab August 1620 vollzogen. Am 29. November erreichten die Spanier mit der Besetzung Meisenheims ihren südlichsten Punkt in diesem Jahr.[39]

„Bei den furchtbaren Verheerungen, welcher dieser Krieg über ganz Deutschland gebracht hat, sind die Drangsale und Leiden, welche einzelne, besonders kleinere Städte und Orte, deren viele ganz vom Erdboden verschwunden sind, zu erdulden hatten, in den Hintergrund getreten; in dem allgemeinen Ruine achtete man die einzelnen Trümmer nicht mehr. So lesen wir auch über das, was in dieser trautigen Zeit über Meisenheim ergangen ist, nur die Notiz, daß es im Jahre 1620 von dem General Spinola und seinen spanischen Kriegsvölkern überfallen und eingenommen wurde, und daß es während dieser fremden Besetzung die größten Drangsale zu erdulden hatte, (*in maximis jacuit malis)*. Dieses wird auch von Martin Zeil*[l]*er in seiner ‚*Topographia Palatinatus Rheni et vicinarum regionum'* bezeugt mit den Worten: ‚Margraf Spinola hat diesen Ort (Meisenheim) 1620 auch eingenommen; und hat derselbe in diesem Teutschen Krieg viel erlitten, obschon in den Relationen bisher noch wenig von diesem und anderen Orten herum, und im Westrich, einkommen ist.'"[40]

Die spanischen Truppen lagen in Meisenheim und Umgebung im Winterquartier und zogen im Frühjahr weiter – das hört sich harmlos an. Man muss jedoch die damalige Art der Kriegführung und besonders -finanzierung bedenken: Die Kassen der meisten kriegführenden Parteien waren wenig gefüllt; Söldnerheere waren äußerst kostspielig. Die Fürsten waren auf schnelle Siege angewiesen, der unterlegene Gegner hatte dann die Kriegskosten zu bezahlen, die Söldner wurden entlassen und möglichst schnell aus dem Lande befördert. Misslang ein rascher Erfolg (was im Dreißigjährigen Krieg oft der Fall war), so überforderte der Finanzbedarf der Heere die landesherrlichen Kassen. „Die Söldnerarmeen in der Zeit des Dreißigjährigen Krieges blieben jahrelang unter Waffen, waren praktisch stehende Heere, also angewiesen auf kontinuierliche Einnahmen. Die Beschaffung dieser Einnahmen lief aber zunächst weitgehend oder völlig an der bestehenden Administration vorbei und blieb den Armeen selbst überlassen. Mit Hilfe des Kontributionssystems wurden Teile des Sozialprodukts abgeschöpft für militärische Bedürfnisse. Da aber die Eintreibung und Verteilung durch die Armeen selbst erfolgte, war ein produktionsschädlicher Raubbau die Folge."[41]

Pfalz-Zweibrückens offizielle Neutralität interessierte Spinola nicht, zumal Johann II. die Kurpfalz während des böhmischen Abenteuers verwaltete: Das Oberamt Meisenheim lag in Feindesland und wurde rücksichtslos ausgebeutet, Nahrungsmittel, Feuerholz, Getränke usw. requiriert, auch wenn die Zivilbevölkerung hungerte und fror. „In Meisenheim haußten die Spanier übel, schlugen die Bürger, die Mangel an allem litten. Sie leuteten auch in der Kirche zur Meß, raubten zu Lauschet, Hundsbach und Apweiler 300 Wägen voll und schicktens nach Creutznach."[42] Der Meisenheimer Schultheiß berichtete am 12. Oktober 1620 an den

---

[39] **Scherer**, Karl: Karten zum 30jährigen Krieg. In: PFALZATLAS Karten 107 und 108. Text: Bd. III, S. 1398 ff, hier: S. 1401

[40] COERPER 1880. S. 32

[41] SCHORMANN 2001, S. 237

[42] Stadtratsprotokoll, zit. n. ADAMS 1978, S. 50. – Kreuznach war zeitweise Spinolas Hauptquartier.

Amtmann, „daß die arme Bürger auch ganz außgezehrt, indem der meiste theil, weder Wein, Frucht, Essenspeiß, herd noch anders mehr im vorrath, derowegen die Soldaten anfangen zu vndulden vnd etliche Bürger begeren zu schlagen, also daß besorglich in wenig Tagen viel derselben von haus vnd hoff gehn vnd ins elendt ziehen werden, vnd werden wir Gott erbarms gegen den Fastentägen besorglich ein Recht fasten auß mangel allerhandt Notwendigkeit anstellen müssen."[43] Zwar zogen die Spanier im nächsten Frühjahr ab, die unterernährte Bevölkerung wurde aber ein Opfer von Infektionskrankheiten, was erhöhte Sterblichkeit zur Folge hatte. In Meisenheim brach als Kriegsfolge die Pest[44] aus, wie Pastor Coerper berichtete:

„In Ermangelung aller andern geschichtlichen Nachrichten, die sich speciell über hiesige Gemeinde und Stadt verbreiteten, greifen wir daher zu den noch vorhandenen Kirchenbüchern, Presbyterialprotokollen und Kirchen- und Spital-Rechnungen aus jener Zeit. Die einfachen, wortkargen Aufzeichnungen darin reden eine wahrhaft erschütternde Sprache. Da lesen wir z. B. in dem Sterberegister vom Jahre 1624 unterm 17. August, nachdem vorher eine Anzahl schnell aufeinander erfolgter Sterbefälle verzeichnet ist: ‚*Gliscere coepit pestis sequentibus connummerandis: nam et hi peste exstincti putantur*'" d. h. die Pest beginnt sich zu zeigen bei Aufzählung der Folgenden, denn auch sie scheinen an der Pest gestorben. Und nun folgt ein Verzeichniß, aus dem sich ergibt, daß täglich mehrere, zuweilen 5 – 6 Menschen hier starben, daß ganze Familien, Eltern sammt Kinder, in wenigen Tagen dahingerafft wurden. Nehmen wir ein Beispiel heraus, woran wir zugleich die kurze trockne Art der Aufzeichnung ersehen. Der Wittib des Hans Schaub waren am 25. October zwei Kinder gestorben, dann heißt es weiter:

‚Hanß Klippeln Hausfrau den 26. October (gestorben)
[…] Thielen seligen ein Knäblein *eodem*
Nickell Preuelen ein Knäblein *eodem*
Hanß Schauben Wittib noch ein Kind *eodem*'

So geht das Verzeichniß fort bis Ende Dezember, dann schließt es für 1624 ab mit den Worten: ‚Vom 17. August bis 28. Dezember sind 244 gestorben.' –

Im folgenden Jahre 1625 sind für den Monat Januar noch 24 und für Februar noch 16 Todesfälle aufgezeichnet, dann beginnt die Pest allmählich zu erlöschen."[45]

Immerhin – Zerstörung und Plünderung blieben Meisenheim erspart, die Einwohnerinnen und Einwohner hatten „nur" Hunger, Krankheit und bittere Armut zu ertragen. Der Krieg entfernte sich in andere Gegenden Deutschlands – der Dänisch-Niedersächsische Krieg (1625 – 29) und der Beginn des Schwedischen Krieges verschonte den deutschen Südwesten – erst in der letzten Kriegsphase, dem Französisch-Schwedischen Krieg, zogen wieder Truppen durch.

Frankreich, dessen Politik seit 1624 von Kardinal Richelieu geleitet wurde, hatte die kriegerischen Ereignisse sorgfältig beobachtet und von Fall zu Fall mit Geld und Diplomatie eingegriffen, um die Macht des Hauses Habsburg nach Möglichkeit

---

[43] zit. n. ebenda

[44] Das lateinische *pestis* bedeutet ganz allgemein Seuche oder Unheil. In der frühen Neuzeit werden relativ viele verschiedene Epidemien unter der Bezeichnung „Pest" geführt; doch ist es in diesem Fall zumindest wahrscheinlich, dass tatsächlich *die* (Beulen- oder Lungen-) Pest wütete.

[45] COERPER 1880, S. 33

zu schmälern. „Als den Hauptgegner betrachtete Richelieu dabei, wie schon Heinrich IV., den spanischen Zweig der Habsburger. In diesem Sinne hat er einmal davon gesprochen, dass das Verhältnis beider Linien dieses Hauses zueinander dasselbe sei wie das zwischen Falke und Falkner - wobei die Rolle des Falkners der spanischen Linie, die des Falken, des Werkzeugs, der deutschen Linie der Habsburger zufalle."[46] Bis 1628 hatte Richelieu wegen des fortdauernden Kampfes gegen die Hugenotten die Hände noch nicht frei. Nach dem Fall der hugenottischen Festung La Rochelle am Atlantik konnte die französische Politik offensiver auftreten und schließlich vom „verdeckten" zum offenen Krieg gegen den Kaiser übergehen. „König Gustav Adolf II. von Schweden [landete] am 6. Juli [1630] mit Heeresmacht auf der Insel Usedom. Im Januar 1631 schloss Frankreich zu Bärwalde mit ihm einen Vertrag, durch den hohe französische Hilfsgelder zugesagt wurden. Im Gegenzug musste Gustav Adolf sich verpflichten, in den von ihm eroberten Gebieten den katholischen Kult nicht einzuschränken und die Neutralität der katholischen Liga und der ihr angehörenden Fürsten zu respektieren, solange er nicht angegriffen würde. […] Dieses Konzept beruhte ganz auf der Idee, dass es möglich sei, die katholischen Stände im Reich an Frankreich zu binden und gleichzeitig Schweden gegen den Kaiser und gegen das Haus Habsburg zu instrumentalisieren."[47] Erst als der Schwedenkönig nach einem Siegeszug sondergleichen, in dessen Verlauf auch Pfalz-Zweibrücken seine Neutralität aufgab und sich im Heilbronner Bund (26. April 1633) mit ihm verbündete, schließlich bei Nördlingen 1634 geschlagen wurde und sein Leben verlor, als infolgedessen die habsburgische Macht zunahm, die Spanier von Luxemburg aus das von Frankreich unter Schutz gestellte Kurtrier besetzten und Kurfürst Philipp Christoph von Sötern in Haft nahmen, erklärte Frankreich Spanien (jedoch nicht dem Kaiser) den Krieg. Jetzt wurde die Region zwischen Saar, Mosel und Rhein wieder zum Kriegsschauplatz.

„Am 1. Juli überschritt der kaiserliche General Gallas mit 30 000 Mann bei Worms den Rhein und rückte nach Westen vor. Die Schweden unter Bernhard von Weimar zogen sich […] zurück. Die meisten Städte ergaben sich den vorrückenden Kaiserlichen mit Ausnahme des tapfer verteidigten Zweibrücken. Als zu Bernhard von Weimar die erwartete französische Armee unter La Valette gestoßen war, begann unverzüglich wieder der Vormarsch. Ein Teil […] eroberte Saarbrücken zurück, befreite das belagerte Zweibrücken, stieß weiter auf Landstuhl vor und wandte sich dann über Lauterecken-Meisenheim und Bad Kreuznach nach Mainz. Gallas zog sich mit der Hauptmasse seines Heeres auf Oppenheim zurück. Das vereinigte schwedisch-französische Heer überschritt den Rhein, um das von den Kaiserlichen belagerte Frankfurt zu entsetzen, mußte aber dieses Vorhaben aufgeben, weil der erwartete hessische Zuzug ausblieb. Vom 17. bis 19. September nahm Bernhard seine Truppen wieder auf das linke Rheinufer zurück. Gallas leitete sofort eine Gegenaktion ein, bei der er versuchte, den Schweden und Franzosen den Rückzug auf die Saar abzuschneiden."[48]

---

[46] BABEL 2005, S. 77

[47] ebenda, S. 85 f

[48] **Herrmann**, Hans-Walter: Der Dreißigjährige Krieg. In: Geschichtliche Landeskunde des Saarlandes Band 2, Saarbrücken 1977 [HERRMANN KRIEG 2], S. 502

Während der Verfolgung der Schweden und Franzosen durch Graf Gallas wurde Meisenheim in der zweiten Septemberhälfte kurz von kaiserlichen Truppen besetzt. „Gallas suchte die auf dem Rückmarsch begriffene schwedisch-französische Armee am Übergang über die Nahe zu hindern, aber seine von Meisenheim aus eilig abgesandte Vorhut - 4000 Pferde und 16 Feldstücke[49] unter Colloredo - hatte erst den Talkessel von Odernheim erreicht, als sie am […] 21.9. 1635 schon auf die Spitze des weimarisch-französischen Heeres stieß, die bereits die steinerne Brücke bei Staudernheim passiert und die Einsattelung des Nahe und Glan trennenden Bergrückens erreicht hatte. Sofort ließ Colloredo seine Geschütze am Abhang des Hellersberges in Stellung gehen und seine Kavallerie südlich von Odernheim aufmarschieren, um dem Gegner die Glantalstraße zu sperren. Doch auch Bernhard von Weimar brachte auf der Höhe des ‚Staudernheimer Loches' seine schweren Geschütze in Stellung, die den Angriff seiner Infanterie und französischer Reiterei unter Guébriant wirkungsvoll unterstützten. Die Kaiserlichen warteten den entscheidenden Zusammenstoß jedoch nicht ab, sondern ließen 13 ihrer Geschütze im Stich und zogen sich fluchtartig auf die bei Meisenheim stehende kaiserliche Hauptarmee zurück. Deren Gegenwart zwang den Herzog von Weimar trotz des augenblicklichen Erfolges dennoch, seine geplante Rückzugslinie (Meisenheim-Lauterecken) aufzugeben und den weiteren Rückmarsch über Sobernheim und von da durch unwegsames und weithin unbekanntes Gelände zu nehmen."[50]

Da die Kaiserlichen den französisch-schwedischen Truppen schon drei Tage später bei Birkenfeld ein weiteres Gefecht lieferten, können Gallas' Truppen höchstens 4 – 6 Tage in und um Meisenheim stationiert gewesen sein. Die ältere Meisenheim-Geschichtsschreibung führt die Bewahrung der Stadt vor der angeblich schon angeordneten Zerstörung auf die „beharrliche Fürbitte" der Herzogin Luisa Juliana, der zweiten Frau Johanns II., zurück.[51] Gut möglich ist aber auch, dass Gallas alles daran setzte, Bernhard vom Weimar so schnell wie möglich zu verfolgen, und für größere Zerstörungsaktionen gar keine Zeit hatte. Außerdem war durch die Märsche Gallas' und Bernhards von Weimar das linksrheinische Land regelrecht „kahl gefressen", auch deswegen konnten große Truppenmengen kaum länger bleiben. Obendrein herrschte seit dem Frühsommer wieder die Pest.

„Das Elend, das in demselben Jahre hier herrschte, tritt uns noch ergreifender vor Augen, wenn wir die Notizen lesen, welche der damalige Spitalpfleger in seiner Rechnung über diejenigen machte, welche auf Kosten des Spitals beerdigt wurden. Da heißt es z. B.: ‚Item, ein frembd Mann von Frankenthal, so in der Goßen am Rathaus verstorben. Item, ein frembd Knäblein, so auf einer Dunggruben gefunden. Item, drei frembde Leuth, so in der Schießhütten verstorben. Item, ein Fraw von Otterberg so im Kelterhaus von N. todt gefunden worden etc. etc.'

So geht die Aufzählung von Beerdigungen mehrere Folioseiten der Rechnung fort; dann wird bemerkt:: ‚Dieweilen keine Borten (Bretter) zu Laden (Särgen) mehr

---

[49] Geschütze

[50] SCHERER, PFALZATLAS Textband III, S. 1411

[51] SCHAFFNER 1938, S. 21; DRESCHER NLK 1968, S. 84; BUSS 1985, S. 85. – Etwas nachdenklich stimmt, dass LEHMANN, der keine Gelegenheit auslässt, die Angehörigen des Herzogshauses zu verklären, diese Episode *nicht* berichtet.

vorhanden, so hat man den fußboden in der Kammer aufgebrochen und aus den Diehlen ein Kasten gemcht, darin die todten zu Grabe gebracht worden.'

Nach einem weiteren Verzeichniß heißt es dann: ‚Item, 16 Leichen, so man nach Abzug der frembden Kriegsvölker auf dem Felde um die Stadt herumb gefunden, seind, weilen sie von wilden Thieren sehr benaget waren, an Ort und Stelle zur Erden bestattet worden.' […]Und doch war Meisenheim bei Allem dem in dem allgemeinen Greuel der Verwüstung, welche Feuer und Schwert, Mord, Raub und Plünderung besonders in der Pfalz verbreitet hatten, gleich einer Oase, vom dem Schwersten verschont und vielen Elenden ein letzter Zufluchtsort geblieben."[52]

Die Stadt Zweibrücken war nach der vergeblichen Belagerung im Juli im Herbst doch noch durch die Kaiserlichen erobert worden. Die herzogliche Familie und ein großer Teil der Verwaltung des Herzogtums flohen nach Metz unter den Schutz Frankreichs, wo Johann II. am 30. Juli 1635 starb. Das Herzogtum wurde zunächst unter kaiserliche Sequester-Verwaltung gestellt. Johanns Sohn und Nachfolger Friedrich konnte erst 1644, als in Münster und Osnabrück die Friedensverhandlungen begonnen hatten, in sein Territorium zurückkehren. Da Zweibrücken noch in Trümmern lag, residierte der Herzog einstweilen in Meisenheim, auch das *Gymnasium illustre* wurde bis 1652 hierher verlegt.[53]

In vielen Gegenden Deutschlands haben Not, Elend und die erlebten Grausamkeiten der Kriegführung auch psychische Verwüstungen angerichtet, zu Apathie oder Verrohung, zum Verlust von Bürgersinn und Menschlichkeit geführt – Meisenheim ist auch in dieser Beziehung einigermaßen verschont geblieben, denn nicht alles, was die reformierten Zensoren als „Verrohung" bezeichnen,[54] hat dieses harte Urteil verdient. Die Meisenheimer konnten sich ihre Menschlichkeit bewahren, wie die Hilfsbereitschaft für die Opfer des (nicht durch Kriegseinwirkung verursachten) Großbrandes in der heutigen Schweinsgasse 1640 anschaulich macht:

„Weil auch den 3. Juni durch das Feuer, so in Nickel Böhmer Beckers Haus im Schornstein soll uffgangen sein, mit Abbrennung 51 allerhand Gebäu in der Stadt großer Schaden geschehen und dadurch viel Leuth vast ins Verderben gesetzet – als ist davon geredt und beschlossen worden, vor die ärmsten Leuth und die Wittweiber eine Steuer zu samblen, damit sie wiederumb unter Obdach möchten kommen, soll derowegen durch den H. Inspectorem die Gemeinde bis nechsten Sonntag erinnert werden, daß man derowegen ettwas Ehrliches steuern wolt. *Nota*: Diese Steuer ist Sonntags den 28. Juni durch die Censores vor der Kirchen allhier erhoben und befunden worden 50 fl. an Geld und 10 Malter Frucht an Zetteln."[55]

---

[52] COERPER 1880, S. 34

[53] LEHMANN 1867, S. 425 f

[54] Die Presbyterial-Protokolle führen z. B. Klage darüber, dass Bauern, die sich vor den Kriegsgefahren hinter die Mauern von Meisenheim geflüchtet hatten, während der Gottesdienstzeiten Wein trinken und Kartren spielen und damit auch die Meisenheimer von ihren religiösen Pflichten abhalten. – COERPER 1880, S. 39 ff

[55] ebenda, S. 37

Der Westfälische Friede

Der Krieg endete wegen der Erschöpfung aller Kräfte und wegen der schließlich gereiften Einsicht, dass er niemandem mehr irgendeinen Gewinn bringen könne. Bis zum Abschluss des Friedensvertrages von Münster und Osnabrück vergingen – Folge der umständlichen rechtlichen und diplomatischen Vorbehalte, Folge auch der komplizierten Materie: drei Konfessionen, vier Staaten waren zu berücksichtigen – noch vier Jahre. Am 24. Oktober 1648 wurde der Vertrag mit Frankreich in Münster, der mit Schweden in Osnabrück unterzeichnet.

Das umfangreiche Regelwerk[56] hat für die nächsten anderthalb Jahrhunderte[57] die deutsche Verfassung gebildet. Hier soll nur auf diejenigen Punkte hingewiesen werden, die für das fernere Schicksal Meisenheims Bedeutung erlangt haben:

Die reformierte Konfession wurde als dritte gleichberechtigt anerkannt, und alle Säkularisationen von Kirchen- und Klostergütern wurden bestätigt – Gottesdienst, Gemeindeordnung und die Finanzierung des Bildungswesens konnten in Pfalz-Zweibrücken so bleiben, wie die Herzöge Wolfgang und Johann I. sie eingerichtet hatten.

Die Einführung des „Normaljahres" der konfessionellen Zuordnung der Territorien befreite die Bevölkerung von dem Zwang, jeden Konfessionswechsel des Landesherren mitzumachen – für Pfalz-Zweibrücken wurde das bedeutsam, als 1681 das lutherische schwedische Königshaus die Landesherrschaft erbte und als 1718 der aus persönlichen Gründen zum Katholizismus konvertierte (1696) Herzog Gustav Samuel die Regierung antrat.

Die Territorien des Reiches wurden außenpolitisch weitgehend souverän (mit der Einschränkung, dass sie keine Bündnisse „gegen Kaiser und Reich" schließen durften) – was für Länder wie Brandenburg-Preußen oder Bayern ganz neue Perspektiven eröffnete, bedeutete allerdings für einen Kleinstaat wie Pfalz-Zweibrücken, unweit der Grenze zu Frankreich, eher Gefahr als Handlungsfreiheit.[58]

Der eigentliche Gewinner aber war Frankreich. Es hatte die habsburgische Umklammerung gelockert, fast abgeschüttelt, der spanische und der deutsche Zweig der Dynastie gingen fortan eigene Wege. Der Besitz von Metz, Toul und Verdun wurde Frankreich bestätigt – nicht nur der *Städte*, sondern auch der *Hochstifte*, von denen Pfalz-Zweibrücken einige Gebiete zu Lehen trug, was die französische Besetzung des Territoriums in der Reunionszeit[59] zur Folge haben sollte. Schließlich führte der Westfälische Friede auch das Ende der Auseinandersetzung zwischen Frankreich und den spanischen Habsburgern herbei: Der Pyrenäenfriede von 1659 machte Frankreich den Rücken frei für Vorstöße gegen die Niederlande und gegen die Westgrenze des Reichs – kirchliche, militärische und diplomatische Vertreter Frankreichs sollten in den nächsten anderthalb Jahrhunderten oft in Meisenheim auftauchen.

---

[56] Lateinische Textauszüge und deutsche Übersetzung in HOFMANN 1976, S. 169 - 194

[57] exakt bis 1806

[58] Vgl. BABEL 2005, S. 98 ff

[59] s. u. *Reunionen und Pfälzer Krieg*

Die Zeit des Absolutismus

Das Ende des Dreißigjährigen Krieges markiert einen tiefen Einschnitt in die Geschichte der politischen Struktur der europäischen Staaten. In seinem Verlauf war allen beteiligten Mächten die Kontrolle über den Krieg als Mittel der Politik[1] entglitten; das Instrument hatte sich mit katastrophalen Folgen verselbständigt; „der Krieg ernährte den Krieg".

„Charakteristisch für den Dreißigjährigen Krieg, der vor allem auf dem Gebiet des Deutschen Reiches ausgetragen wurde, […] ist zunächst, dass sich die Gewalt in ihm nur zum Teil gegen die bewaffnete Macht eines Feindes, im Übrigen jedoch – zeitweise sogar vorwiegend – gegen die Zivilbevölkerung richtete: Zunächst plünderte und brandschatzte man, um die für die Besoldung und Verpflegung der Truppen erforderlichen Mittel aufzubringen, bald aber häuften sich auch regellose Streif- und Raubzüge, auf denen sich die oftmals selber Hunger leidenden Soldaten die wenigen noch vorhandenen Nahrungsmittel mit Gewalt aneigneten. […] Mochte diese Art der Kriegführung von den Feldherren auch zunächst bewusst geplant worden sein, so gerieten die daran beteiligten Truppen doch zunehmend außer Kontrolle; schon bald führten sie auf eigene Rechnung Krieg und kannten dabei, was Grausamkeiten und Gewalttaten gegen die Zivilbevölkerung angeht, keine Grenzen."[2]

Wollten die Regierungen Europas nicht, dass das *ius ad bellum,* das Recht, politische Ziele notfalls auch mit Waffengewalt zu verfolgen, ihren Händen entglitt und sich gegen sie selbst wendete, so mussten sie die Gewaltanwendung unter ihre Kontrolle bringen, also *verstaatlichen*, und die Gewaltauswirkungen begrenzen, den Krieg also *einhegen*. Verstaatlichung und Einhegung des Krieges – erstens erforderte dies Ziel Veränderungen der Streitkräftestruktur: „Der Staat zerschlug also die korporativen Strukturen der Landsknechtsverbände […] und unterwarf sie seiner strengen Kontrolle. […] die als entwürdigend geltenden Schanzarbeiten, die zuvor von eigens mitgeführten Knechten oder von der dazu gezwungenen Landbevölkerung erledigt worden waren, oblagen nun den Soldaten selbst. Die Disziplinierung setzte sich fort in der Einübung des Gleichschritts und der Einführung des Drills. […] An die Stelle der ebenso phantasie- wie prachtvollen Landsknechtskleidung trat die Uniform, die der Staat zur Verfügung stellte (‚des Königs Rock'). […] Um zum

---

[1] „…der Krieg ist nichts als eine Fortsetzung des politischen Verkehrs mit Einmischung anderer Mittel. Wir sagen mit Einmischung anderer Mittel, um damit zugleich zu behaupten, daß dieser politische Verkehr durch den Krieg selbst nicht aufhört. […] Hören denn mit den diplomatischen Noten je die politischen Verhältnisse verschiedener Völker und Regierungen auf? Ist nicht der Krieg bloß eine andere Art von Schrift und Sprache ihres Denkens? Er hat freilich seine eigene Grammatik, aber nicht seine eigene Logik. Hiernach kann der Krieg niemals von dem politischen Verkehr getrennt werden, und wenn dies in der Betrachtung irgendwo geschieht, werden gewissermaßen die Fäden des Verhältnisses zerrissen, und es entsteht ein sinn- und zweckloses Ding." (**Clausewitz**, Carl von: Vom Kriege. Hinterlassenes Werk. Fankfurt/M – Berlin [4]1994, S. 674 f)

[2] **Münkler**, Herfried: Die neuen Kriege. Reinbek bei Hamburg 2002, S. 75 f

alleinigen Herrn des Krieges zu werden, hatte der Staat zunächst seines Militärs Herr werden müssen."[3]

Um das leisten, um den Primat der Politik durchsetzen zu können, mussten die Regierungen aber, zweitens, zu einer noch nicht da gewesenen Effektivität und Kontinuität der Staatstätigkeit – Steuererhebung, Wirtschaftsförderung, Vorratshaltung, Infrastrukturausbau usw. – gelangen.

„Das […] sich herausbildende stehende Heer wurde zu einer tragenden Säule für den gegen Ende des Dreißigjährigen Krieges entstehenden landesherrlichen und monarchischen Absolutismus in Deutschland und Europa; […] die Entstehung des *miles perpetuus*[4] seit der Mitte des 17. Jahrhunderts (wurde) zunehmend Anlaß, Mittel und Basis zugleich für die Errichtung, Ausbildung und Aufrechterhaltung einer sozialen, politischen und administrativen Organisation, die auf die Bedürfnisse dieses neuen Heeres ausgerichtet war. Als Friedrich Wilhelm, der ‚Große Kurfürst' von Brandenburg, sich erstmals entschloß, seine 1644 ausgehobenen Truppen nach Abflauen der Kampfhandlungen nicht mehr wie bisher zu entlassen, sondern sie in Bürgerhäusern von Garnisonsstädten einzuquartieren, ihre Ausrüstung und Verpflegung durch ständige Steuerbewilligungen, die er den Provinzialständen abtrotzte, permanent – statt wie bisher nur im akuten Bedarfsfall – finanzieren zu lassen, leitete er auch in seinem Kurfürstentum eine Entwicklung ein, die seinen Staat und das Leben der Bewohner grundlegend verändern sollte."[5]

Was hier am Beispiel Brandenburg-Preußens ausgeführt wird, galt als Notwendigkeit für alle Staaten Europas, auch für die Territorien des Deutschen Reiches – nur dass die geringe Größe mancher Länder den Möglichkeiten ihrer Fürsten enge Grenzen setzte, was für Pfalz-Zweibrücken selbst in der Zeit zutraf, als das Herzogtum 37 Jahre lang ein Bestandteil der militärischen Großmacht Schweden war. Trotz der geringen außenpolitischen Handlungsfreiheit des kleinen Landes (das noch dazu nahe der Grenze zur Großmacht Frankreich lag) kam es auch hier zu einer Modernisierung und Verstetigung des staatlichen Handelns,[6] die es erlaubt, für Pfalz-Zweibrücken ebenfalls vom absolutistischen Zeitalter zu sprechen.

Eine weitere Einsicht reifte ebenfalls im Gefolge des westfälischen Friedenskongresses, es kam „zur Ausbildung des modernen Völkerrechts […] *[und zu]* der in der Mitte des 17. Jahrhunderts mit dem Westfälischen Friedenskongreß einsetzenden Tradition der multilateralen europäischen Friedenskongresse. Völkerrecht und Friedenskongresse trugen maßgeblich zur Einhegung und Zivilisierung der Kriege im Zeitalter des Absolutismus bei. Der christliche Pazifismus des Erasmus von Rotterdam wirkte hier zumindest in den Gedanken der völkerrechtlichen Kriegsregeln und der multilateralen Sicherheits- und Gleichgewichtsinteressen der Staaten Europas untereinander fort. […] Diese Staatengemeinschaft bildete das durch kal-

---

[3] ebenda, S. 101 f

[4] „der ständige Soldat": Gemeint ist das stehende, kasernierte Heer.

[5] **Büsch**, Otto: Die Militarisierung von Staat und Gesellschaft im alten Preußen. In: Schlenke, Manfred (Hg.): Preußen – Beiträge zu einer politischen Kultur. Reinbek 1981, S. 45 – 60, hier S. 45

[6] Vgl. dazu AMMERICH 1981, passim, sowie **Forster**, Hans: Landesgeschichte und Heimatgeschichte. Grundzüge des Merkantilismus im Herzogtum Pfalz-Zweibrücken. Kirchheimbolanden 1983 [FORSTER 1983], S. 39 - 194

kulierte und begrenzte Gleichgewichtskriege […] aufrecht zu erhaltende polyphone ‚europäische Konzert'."[7]

Für ein kleines Land galt es, nach einem sicheren Platz in diesem System zu suchen, und so trat Herzog Friedrich Ludwig[8] im August 1661 dem vom Leiter der französischen Politik Kardinal Mazarin 1558 mit den rheinischen Kurfürsten und weiteren Reichsständen gebildeten Rheinbund[9] bei. „Der Rheinbund von 1658 […] stellte […] einen klassischen Versuch dar, die französischen Interessen im Rahmen einer kollektiven Sicherheitspolitik zu vertreten. *(Dieser Bund)* hatte für Frankreich und die beteiligten Stände den doppelten Zweck, zum einen die politischen Ordnungsbestimmungen des Westfälischen Friedens zu sichern und zum anderen … die kaiserliche Macht im Reich zu begrenzen. […] Der Rheinbund als Instrument der Friedensassekuration war für die beteiligten deutschen Fürsten von Vorteil, solange Frankreich im deutschen Grenzraum eine friedliche Politik verfolgte. Dies war unter Mazarin nach dem französisch-spanischen Ausgleich 1659 sicherlich der Fall"[10] – danach aber nicht mehr.

Der Kardinal starb 1661, und nach seinem Tode übernahm der junge, ehrgeizige Ludwig XIV., « le roi soleil », selber die Regierung Frankreichs. Damit begann eine aggressive, expansive Außenpolitik, ein neuer „Dreißigjähriger Krieg" (1667 – 97), der eine Generation lang unmittelbare Wirkungen auch auf Pfalz-Zweibrücken und Meisenheim hatte. Die ältere deutsche, am Nationalstaat orientierte und im engeren Sinne politisch-diplomatische Geschichtsschreibung, die im von Bismarck geschaffenen Kaiserreich Ziel und Vollendung der deutschen Geschichte sah, hat die französische Politik in der Zeit Ludwigs XIV., seine „Raubkriege", als diesem Ziele entgegengerichtet zumeist scharf verurteilt. Demgegenüber betrachtet die neuere Historiografie die Politik Ludwigs XIV. eher als „eine mit den Mitteln der Offensive betriebene Defensive"[11] (was natürlich die auch nach dem damaligen Kriegsvölkerrecht als verbrecherisch anzusehende Verheerung der Pfalz [s. nächsten Abschnitt] nicht entschuldigen kann) und sieht stärker die Wechselwirkungen[12] inner-

---

[7] **Schindling**, Anton: Kriegstypen der Frühen Neuzeit In: Dietrich Beyrau/Michael Hochgeschwender/Dieter Langewiesche (Hg.): Formen des Krieges von der Antike bis zur Gegenwart. Paderborn 2007, S. 99 – 120, hier S. 105

[8] Friedrich Ludwig war der einzige Herzog aus der Landsberger Nebenlinie. Im Juli 1661 trat er die Nachfolge Herzog Friedrichs an, der alle seine Söhne überlebt hatte. Friedrich Ludwig seinerseits überlebte sämtliche 13 Kinder aus seiner ersten Ehe mit Juliana Magdalena von Pfalz-Zweibrücken. Nach dem Tode seiner Gemahlin 1672 heiratete er noch im selben Jahr ihre Kammerjungfer Maria Elisabetha Hepp aus Meisenheim. Aus dieser morganatischen Ehe gingen die (nicht erbberechtigten) Freiherren von Fürstenwärther hervor, nach denen der Fürstenwärther Hof Obergasse 8 benannt ist. (NIKITSCH 1993, Nr. 592)

[9] Genauer: dem ersten Rheinbund - im Unterschied zum zweiten, unter Napoleons Ägide 1806 entstandenen. Französischer Text und deutsche Übersetzung in HOFMANN 1976, S. 222 ff

[10] **Braun**, Guido: Von der politischen zur kulturellen Hegemonie Frankreichs 1648 – 1789. (=Deutsch-französische Geschichte Band IV) Darmstadt 2008) [BRAUN 2008], S. 23 f

[11] **Sieburg**, Heinz-Otto: Grundzüge der französischen Geschichte. Darmstadt 1973 [SIEBURG 1973], S. 82

[12] Vgl. hierzu die Einleitung in BRAUN 2008

halb eines gesamteuropäischen Systems der internationalen Beziehungen, in dem Frankreich und Schweden als (Mit-)Garanten der deutschen Verfassung den kleineren Landesherren ein Gegengewicht gegen den habsburgischen Kaiser bieten konnten. Dieses Gleichgewicht musste aber immer wieder austariert werden – der fortwährende Gegensatz Bourbon - Habsburg[13] mit dem Versuch Ludwigs XIV., die Hegemonie zu erringen, hat unser Gebiet besonders stark betroffen, stellt aber in diesem Gleichgewichtssystem nur *ein* Element dar.

Reunionen und Pfälzer Krieg

Nach dem Dreißigjährigen Krieg war der Wiederaufbau in den verwüsteten, teilweise entvölkerten Landstrichen nur schleppend in Gang gekommen – auch Meisenheim, das wenigstens von baulichen Zerstörungen verschont geblieben war, litt unter Verarmung und Entkräftung der Menschen und unter dem Mangel fast aller Ressourcen.

„Der Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion wurde einmal durch die Verknappung der Arbeitskräfte infolge direkter Kriegsverluste und infolge der Seuchen, dann aber auch durch die Aussaugung des Landes infolge der Einquartierungen verursacht. Die Requirierung des Zugviehes, des Saatgutes und der unreifen grünen Halmfrüchte, sowie die Drangsalierung der ungeschützten Landbevölkerung brachte zeitweise die Feldarbeit völlig zum Erliegen und schränkte sie in den übrigen Zeiten, insbesondere zwischen 1635 und 1651, stark ein. So kam es zu einer andauernden Hungersnot, die immer neue Opfer forderte. Die Not steigerte sich derart, daß mitunter die Bevölkerung Nachbarorte überfiel.“[14]

Es wird berichtet, dass Herzog Friedrich seine beiden einzigen Pferde an die Bevölkerung auslieh, weil sonst kein Zugvieh vorhanden war, und dass die Meisenheimer dem Herzog eine zersprungene Glocke überließen, damit er sie verkaufen und aus dem Erlös die Reise zur Hochzeit seines Vetters Georg Wilhelm von Pfalz-Birkenfeld finanzieren konnte.[15] 1662 konnte immerhin der Schulbetrieb der Meisenheimer Lateinschule wieder aufgenommen werden,[16] was den energischen Anstrengungen des Herzogs Friedrich Ludwig zu verdanken war.[17]

Der erste der Kriege König Ludwigs XIV., die sich gegen die (vermeintliche oder wirkliche) habsburgische Umklammerung richteten, der „Devolutionskrieg“[18]

---

[13] Vgl. oben S. 107

[14] **Herrmann**, Hans-Walter: Der Dreißigjährige Krieg. In: Geschichtliche Landeskunde des Saarlandes Band 1, Saarbrücken 1978; S.264

[15] SCHAFFNER 1938, S. 22

[16] **Vogt**, Werner: Die Geschichte des mittleren und unteren Naheraumes. In: HEIMATCHRONIK S. 142

[17] DRESCHER LATEINSCHULE S. 28 f

[18] „Devolution“ bezeichnet die Regelung des flandrischen *privaten Erb*rechts (nicht etwa des *Staats*rechtes), dass Kinder aus erster Ehe im Erbfall bevorzugt berechtigt sein sollten gegenüber Kindern aus zweiter Ehe. Ludwig XIV. leitete daher nach dem Tode seines Schwiegervaters, des spanischen Königs Philipp IV., im Namen seiner Frau Maria Theresia Ansprüche auf die spanischen Niederlande ab; denn Maria Theresia stammte aus Philipps erster Ehe, der neue spanische König Karl II. dagegen aus der zweiten. Der An-

1667/68, berührte Meisenheim nur indirekt und am Rande, stärker schon die Besetzung Lothringens 1670, durch die Ludwigs Macht sehr nahe rückte, und dann besonders der Holländische Krieg 1672 – 78, der hauptsächlich im Gebiet zwischen Lothringen und dem Rhein ausgetragen wurde. Pfalz-Zweibrücken erlebte 1673 und 1676 Durchzüge französischer Truppen mit partieller Besetzung;[19] Zweibrücken wurde 1677 teilweise zerstört, weshalb die Landesregierung nach Meisenheim verlegt wurde, „wo auch der Herzog Friedrich Ludwig zumeist wohnte, wenn er sich nicht auf dem Moschellandsberg aufhielt."[20] Meisenheim wurde somit noch einmal für 22 Jahre Hauptstadt des Herzogtums Pfalz-Zweibrücken. - Als 1679 der Friede von Nimwegen den holländischen Krieg mit einem zumindest diplomatischen Erfolg[21] Ludwigs XIV. abschloss, hatte er die Hände frei für die Politik nach Osten, die mit den Reunionen und dem Pfälzer Erbfolgekrieg Meisenheim unmittelbar betreffen sollte. „Aufhänger" für die Reunionspolitik waren die im Westfälischen Frieden Frankreich endgültig zugesprochen ehemaligen Reichsstädte Metz, Toul und Verdun, aus denen Frankreich die ‚Provinz der drei Bistümer' (*province des trois évêchés*) bildete,[22] zu der nach französischer Auffassung auch alle jemals von einem der Bischöfe direkt oder indirekt lehensrührigen Gebiete zählen sollten. Die Ansprüche wurden von den betroffenen deutschen Landesherren und vom Kaiser natürlich bestritten.

„Zur Verwirklichung der Reunionen wählte Frankreich nicht das Mittel der militärischen Besetzung, sondern das förmliche Gerichtsverfahren vor eigens dazu gebildeten Gerichten oder Kammern. … durch Erlaß vom 23. Oktober des gleichen Jahres (wurde) bei dem Metzer Parlament[23] eine eigene Kammer (Chambre royale) errichtet. […] Der Kammer in Metz wurde die Aufgabe gestellt, in letzter Instanz über alle Klagen zu entscheiden, die von den Bischöfen von Metz, Toul und Verdun vorgebracht werden bezüglich der Rechte, Gebiete und Herrschaften, die zum weltlichen Besitz dieser Kirchen gehören und deren Souveränität seit den Friedensverträgen von Münster und Nijmwegen dem König von Frankreich zustehe. […]

Die Lehensleute der Metzer Bischöfe wurden durch einen Erlaß vom 1. März 1680, die der Bischöfe von Verdun durch Erlaß vom 16. April des gleichen Jahres vor die Kammer geladen. Am 17. Oktober erging dann, um das Verfahren zu beschleunigen, ein Erlaß, der allen Lehensträgern aufgab, innerhalb von zwei Monaten um Lehenserneuerung nachzusuchen, Huldigung zu leisten und ihre Lehensver-

---

spruch wurde im Frieden von Aachen 1668 weitgehend abgewiesen, doch erhielt Frankreich einige Festungen an seiner Nordgrenze, darunter Lille.

[19] LEHMANN 1867, S. 435 u. 440

[20] **Pöhlmann**, Carl: Zweibrücken in der Zeit der französischen Reunion (1680 – 1697). In: MHVPf 56 (1958) S. 107 – 136 [PÖHLMANN REUNION], hier S. 109 f

[21] Es gelang der französischen Diplomatie, die Front der Gegner zu spalten. Die frühere Ansicht, Ludwig habe damit eine unanfechtbare Übermacht gewonnen, gilt heute nicht mehr. Militärisch war das Ergebnis eher ein Unentschieden – vgl. **Ekberg**, Carl J.: The Failure of Louis XIV's Dutch War. Chapel Hill 1979

[22] **Herrmann**, Hans-Walter: Das Königreich Frankreich. In: Geschihtliche Landeskunde des Saarlandes Band 2, [HERRMANN FRANKREICH], S. 441

[23] So hießen im Frankreich des *ancien régime* die höheren Berufungsgerichte.

zeichnisse einzureichen. Die Kammer überprüfte die Lehensverzeichnisse, […] und sprach anhand der vorgelegten, teilweise auch von ihr selbst beigebrachten Belege die Reunion des Gebietes aus. Dem Spruch folgte die Besitzergreifung, die mit der Eidesleistung der Bevölkerung und mit der Anbringung eines Lilienwappens an den öffentlichen Gebäuden ihren Ausdruck fand. Eine militärische Besetzung war durchaus nicht überall damit verbunden."[24]

Das geschah in so kleinen Einzelschritten, „Dorf für Dorf, daß die juristisch-militärische Annexion unterhalb der Schwelle eines heißen Krieges blieb. Das war bewußte Taktik des Kriegsministers Louvois, der in ein und derselben Instruktion auf den französischen Universalanspruch und, um nicht ‚zuviel Lärm' zu verursachen, auf dieses scheibchenweise Vorgehen einschwor, damit ‚ganz Europa erkennt, daß seine Majestät nicht etwa Gewalt anwenden und sich keineswegs seiner durch eigene Kraft erworbenen Überlegenheit über alle Herrscher Europas bedienen will, um sich ganze Staaten anzueignen'".[25] Mit der Annexion der Reichsstadt Straßburg hatte Ludwig aber überzogen und es gab Gegendruck aus dem Reich. „Im Regensburger Stillstand von 1684 erlangte Frankreich um den Preis künftigen Stillhaltens gleichwohl eine vorläufige vertragliche Anerkennung der Ergebnisse dieser Phase seiner Annexionspolitik."[26]

Da bei den Reunions-Verfahren die *Klage* (auf Huldigung und Anerkennung der französischen Souveränität), *Beweisführung* (Herbeischaffung der Lehnsurkunden) und *Entscheidung* (immer für die Reunion) in der Hand der gleichen französischer Kronjuristen lag, ist es wohl gerechtfertigt, von einer „Justizkomödie" zum Zwecke der kalten Annexion zu sprechen.[27]

„Die erste Reunion, die die Metzer Kammer in ihrer Sitzung vom 12. April 1680 verfügte, betraf Schloß und Grafschaft *Veldenz* als alten Verduner Besitz. Durch eine Erbteilung im Hause Pfalz-Zweibrücken waren die alten Verduner Lehen zwischen der herzoglichen Hauptlinie und der Nebenlinie Pfalz-Veldenz-Lützelstein geteilt. Die im Saarland gelegenen alten Verduner Besitzungen um Wolfersweiler gehörten der Hauptlinie und wurden mit dem Herzogtum *Zweibrücken* in der Sitzung vom 28. Juni 1680 reuniert. […] Herzog Friedrich Ludwig lehnte ab, den verlangten Lehenseid zu leisten. Daraufhin wurde im Laufe des Herbstes die gesamte zweibrückische Landesverwaltung unter französische Kontrolle gestellt."[28]

Die französische Regierung fasste die reunierten Gebiete unseres Bereiches in der Saarprovinz, *Province de la Sarre,* zusammen, Intendant der Provinz wurde Anton Bergeron de la Goupillière, „ein fähiger französischer Beamter",[29] der ein Gebiet

---

[24] HERRMANN FRANKREICH, S. 446 f

[25] **Burkhard**, Johannes: Vollendung und Neuorientierung des frühmodernen Reiches 1648 – 1763. (= Gebhardt [10], Band 11) Stuttgart 2006, S. 102

[26] ebenda

[27] BAUMANN 1984, S. 56

[28] HERRMANN FRANKREICH, S. 447

[29] ebenda, S. 454. Dagegen die Feststellung KINZINGERS 1988, S. 214, dass „de la Goupillière … über die deutschen Verhältnisse nur unzureichend informiert war oder sie gar nicht genauer kennenlernen wollte, so daß seine Verordnungen die wirklichen Gegebenheiten in keiner Weise berücksichtigten. Überhaupt war sein Verhalten unberechenbar. Oft oktroyierte er den pfalz-zweibrückischen Gerichten Urteile nach Belieben auf, ein andermal

beherrschte, das praktisch das ganze heutige Saarland mit angrenzenden Gebieten nach Norden bis an die Mosel, nach Osten bis nahe an das Rheinufer umfasste.[30] Die neue Verwaltung begann die reunierten Gebiete sofort nach französischem Modell umzugestalten.

„Vor allem auf drei Gebieten wurde dies deutlich: durch die Brechung der Finanzhoheit der bisherigen Landesherren, durch die Entziehung der Verfügungsgewalt über ihre Untertanen und durch den Ausbau eines königlichen Beamtenapparates. …Durch die Aufhebung aller Zollgrenzen innerhalb der reunierten Gebiete ging ein Teil der alten Einkünfte verloren. Das Geleitsgeld, das Trabanten- und Soldatengeld wurden ganz abgeschafft. Die Schatzung wurde auf ein Drittel ihres Betrages im letzten Friedensjahr (1672) herabgesetzt. Weitere Einnahmequellen der Herren gingen verloren durch die Aufhebung der Leibeigenschaft und den Wegfall des damit verbundenen Loskaufsgeldes, durch die Herabsetzung der Frondienste, die ja in Geld ablösbar gewesen waren, auf ein Viertel des bisherigen Umfanges, und durch die vom Intendanten verfügte Beschränkung des herrschaftlichen Weiderechtes auf ein Viertel des vorhandenen Weidelandes.

Diese Maßnahmen trafen die Landesherren schwer, deren Ausgaben übrigens auch der Beaufsichtigung durch den Intendanten unterlagen, brachten aber umgekehrt den Untertanen keine große Erleichterungen, weil gleichzeitig neue direkte und indirekte Steuern, die in die Staatskasse flossen, eingeführt wurden, so daß es eher zu einer Neuverteilung des Steueraufkommens zwischen den Herren und der königlichen Zentralgewalt als zu einer spürbaren Senkung kam.“[31]

Das Gerichtswesen wurde ebenfalls angepasst. Die einheimischen Schultheißengerichte der unteren Instanzen, also auch das in Meisenheim, arbeiteten weiter, der Rechtszug ging dann aber zu französisch besetzten Gerichten über Saarlouis nach Metz.[32] Außerdem ließ der französische König in den evangelischen Territorien energische Maßnahmen zur Rekatholisierung durchführen (s. u. *Neue Konfessionskonflikte*).

Nach dem erbenlosen Tode Friedrich Ludwigs (1. 4. 1681) wurde die Kleeburger Linie im Herzogtum erbberechtigt. Der jüngste Bruder Herzog Johanns II., Pfalzgraf Johann Casimir,[33] der 1613 auf eine diplomatische Mission im Auftrag der protestantischen Union nach Schweden gesandt worden war, hatte dort Katharina Wasa, die Schwester des Königs Gustav Adolf, geheiratet und war damit zum Stammvater der schwedischen Wittelsbacher, der Pfalzgrafen und Schwedenkönige aus der Linie Zweibrücken-Kleeburg geworden, die mit Karl X. (1654-60) den schwedischen Thron bestiegen.[34] 1681 wurde daher der schwedische König Karl XI. (1660-97) auch Landesherr von Pfalz-Zweibrücken (das er allerdings nie betre-

---

widerrief er auf die Intervention bestimmter Kreise hin Befehle oder Verordnungen ohne Begründung.“

[30] Liste der Territorien HERRMANN FRANKREICH S. 455 f; Karte ebenda, S. 535

[31] HERRMANN FRANKREICH, S. 456 f

[32] PÖHLMANN REUNION, S. 118

[33] **Zeus**, Marlis: Ein Pfälzer in Stockholm. Johann Casimir von Pfalz-Zweibrücken-Kleeburg - Schwager und Vertrauter König Gustavs II. Adolf von Schweden im Dreißigjährigen Krieg. Karlsruhe 2002

[34] BAUMANN 1984, S. 53 f

ten hat), was Ludwig XIV. ein etwas behutsameres Vorgehen[35] im Herzogtum geraten scheinen ließ. Der Schwedenkönig „hatte zwar von Anfang an gegen Frankreichs Vorgehen Stellung genommen, […] aber gleichwohl konnte man ihm nicht vor den Kopf stoßen.“[36] Als Karl sich weigerte, dem französischen König für das ererbte Herzogtum zu huldigen, „mußte (Ludwig) daher irgendeinen Ausweg aus der Klemme suchen […] die Kammer zu Metz (erklärte) am 30. April 1681 […], der Pfalzgraf Christian von Zweibrücken und sein Bruder Johann Karl hätten dem König für das Herzogtum Zweibrücken Huldigung geleistet. […] Diese aus der Linie Zweibrücken-Birkenfeld stammenden Prinzen hätten erst nach dem Aussterben der schwedischen (Kleeburger) Linie Erbrecht auf das Herzogtum besessen, aber bei einer Vereinigung Zweibrückens mit Frankreich wäre ihnen dasselbe verlorengegangen; und dadurch mögen sie sich zu einem Eingreifen veranlaßt gesehen haben, vielleicht von Ludwig XIV. selbst dazu veranlaßt oder wenigstens ermutigt. Stand doch Pfalzgraf Christian als Maréchal de Camp im französischen Militärdienst! Er scheint die Landesregierung sofort übernommen zu haben.“[37]

In diesem Zusammenhang wirkte sich die Rücksichtnahme Ludwigs XIV. auf den schwedischen Landesherren für die Bevölkerung eher ungünstig aus: Die Einwohner von Meisenheim mussten zwar die höheren französischen Steuern zahlen, erhielten im Gegenzug aber nicht die Erleichterungen, die die Einwohner anderer Territorien genossen, weil diese auf Kosten König Karls XI. gegangen wären. „Die […] Einnahmen des Herzogtums gingen ohnehin infolge der Kriegswirren nicht mehr regelmäßig ein, aber trotzdem deckten sie die Kosten der Landesverwaltung und ergaben 1682 darüber noch einen Überschuß von 3350 fl, den der Administrator Pfalzgraf Christian bezog. Eine ganz stattliche Nebeneinnahme für einen so kleinen Potentaten! In den folgenden Jahren gestalteten sich die finanziellen Verhältnisse des Herzogtums noch günstiger, allerdings nur auf Kosten seiner Einwohner.“[38]

Längere Zeit umstritten blieb die Frage der Statthalterschaft im Herzogtum – Karl XI. misstraute offenbar seinem Vetter Christian, da dieser im begründeten Verdacht stand, für Staatsaufgaben vorgesehene Gelder in die eigenen Taschen zu leiten;[39] „auf irgendeine Weise brachte er ihn schließlich auch zu einem Verzichte auf die Administration von Zweibrücken.“[40] Eine geeignete Nachfolgerin hatte Karl bereits in Aussicht – die Pfalzgräfin Charlotte Friederike, die als Gemahlin des Pfalzgrafen Wilhelm Ludwig, des ältesten Sohnes des Herzogs Friedrich Ludwig, Herzogin geworden wäre, wenn ihr Mann nicht 1675 frühzeitig das Zeitliche gesegnet hätte. Sie hatte ihre Bereitschaft zur Übernahme der Administration erklärt, nur Ludwig XIV. musste noch überzeugt werden, was schwierig war. Einstweilen „amtierte“ Charlotte Friederike in einer Art „als ob“ - eine von der französischen Seite offiziell anerkannte Funktion hatte sie zwar nicht, trotzdem repräsentierte sie offenbar für die Franzosen die schwedische Seite und war eine geachtete Gesprächs-

---

[35] SCHAFFNER 1938, S. 24
[36] PÖHLMANN REUNION, S. 112
[37] ebenda, S. 113
[38] ebenda, S. 123
[39] KINZINGER 1988, S. 209
[40] PÖHLMANN REUNION, S. 116

partnerin, zumal sie in regelmäßigem brieflichem Kontakt mit Karl XI. in Stockholm stand.

„Im Herbst 1688 glaubte er (Karl XI.) endlich seinem Ziele nahe zu sein, so daß er der Pfalzgräfin in einem Briefe vom 19./29.[41] September bereits ziemlich ins einzelne gehende Anweisungen für ihre Geschäftsführung geben konnte; aber noch dauerte es fünf Jahre, bis das ränkevolle Spiel der Diplomaten infolge der militärischen Ereignisse ein Ende nahm. Frankreich war erschöpft und kriegsmüde geworden und suchte Karl XI. als Friedensvermittler zu gewinnen, weshalb es sich seinen Wünschen geneigt zeigen mußte.

Zu Anfang des Jahres 1693 war es endlich so weit, daß Charlotte Friederike ihr Amt antreten konnte. Am 7./17. März hatte ihr der König mitteilen können, daß Ludwig XIV. der Übernahme der Interims-Administration durch sie zugestimmt habe, und bald darauf wurde sie durch den schwedischen Gesandten, Grafen Gabriel von Oxenstierna, feierlich in ihr Amt eingeführt. Am 10. April ließ sie durch Präsident von Belling und Regierungsrat Sturtz im Schloß zu Zweibrücken die Huldigung des dortigen Amtes entgegennehmen und am 22. Dezember 1693 in der Stadt Annweiler. Am 24. November 1694 stellte sie den Lehensrevers über Zweibrücken aus. Vier Jahre lang widmete sie sich mit Klugheit und Verständnis der Verwaltung des Landes.“[42]

Charlotte Friederike hat heute noch einen dauerhaften Platz im Gedächtnis der Meisenheimerinnen und Meisenheimer. Es scheint aber, dass die ihr zuweilen entgegengebrachte Verehrung eher auf die bayerisch-patriotische Wittelsbacher-Begeisterung des 19. Jahrhunderts und den antifranzösischen Nationalismus von Autoren wie Lehmann zurückzuführen ist. Ihre politisch-administrativen Wirksamkeit[43] muss man wohl etwas nüchterner beurteilen. An ihrer warmherzigen Natur,

---

[41] In den katholischen Ländern datierte man seit 1582 nach dem reformierten „Gregorianischen Kalender“ (nach Papst Gregor XIII.), die evangelischen Länder Deutschlands und Skandinavien folgten 1700, Großbritannien 1752, die orthodoxen Länder Ost- und Südosteuropas erst nach dem Ersten Weltkrieg. Die erste Zahl bezeichnet die Datierung „alten Stils“ nach dem julianischen Kalender, der im 17. Jahrhundert 10 Tage „nachging“, die zweite die „neuen Stils“. Ist nur ein Datum genannt, handelt es sich in der Regel um das „neuen Stils.“

[42] PÖHLMANN REUNION, S. 116 f

[43] HERRMANN PFALZ-ZWEIBRÜCKEN, S. 367: „Sie bemühte sich redlich um den Wiederaufbau des schwer geprüften Landes innerhalb der ihr durch die französische Verwaltung gezogenen Grenzen. Im Grunde war sie eine unpolitische Natur, deren Bedeutung von der älteren zweibrückischen Geschichtsschreibung überzeichnet worden sein dürfte.“ – KINZINGER 1988, S. 259: „Mit Eigenschaften wie Einsicht, Umsicht, Bildung, Klugheit, Gewandtheit, Besonnenheit, Entschlossenheit und Mut zeichnet Lehmann 1867 das strahlende Bild einer wittelsbachischen Pfalzgräfin, die für die Administration des Fürstentums geradezu prädestiniert gewesen sei. […] 1931 hat Baumann als erster auf die Korrekturbedürftigkeit solcher Darstellungen hingewiesen. Er spricht Charlotte Friederike überragende Fähigkeiten und eine politische Begabung ab und erkennt ihr nur eine mittelmäßige Befähigung für das Amt der Administratorin zu. Mit diesen Eigenschaften und dem Hinweis auf eine gewisse Kleinlichkeit und Gehässigkeit dürfte er den tatsächlichen Wesenszügen der Pfalzgräfin ziemlich nahegekommen sein.“

die sie zu erheblichem sozialen Engagement[44] bewegte, ist allerdings nicht zu zweifeln.

Die für Meisenheim wohl wichtigste Folge ihrer Tätigkeit fällt aber noch in die Zeit vor ihrer offiziellen Einsetzung und gehört in den Zusammenhang des „Pfälzer Krieges", um die kürzeste Bezeichnung[45] zu gebrauchen. Die Tochter des Pfälzer Kurfürsten Karl Ludwig, Elisabeth Charlotte, besser bekannt als ‚Liselotte von der Pfalz', war mit dem Herzog von Orléans, dem jüngeren Bruder Ludwigs XIV., verheiratet. 1680 starb Kurfürst Karl Ludwig, „Ludwig XIV. verlangte im Namen von Elisabeth-Charlotte […], ungeachtet ihres bei ihrer Heirat […] geleisteten Erbverzichts, die Überlassung des Privatvermögens des verstorbenen Kurfürsten und des Allodialgutes der simmernschen Linie[46]. Darunter befand sich ein Teil der Rheinpfalz. Nach ihn nicht zufriedenstellenden Verhandlungen […] war Ludwig bereit, diesen Anspruch 1688 militärisch durchzusetzen. Zu den wesentlichen französischen Kriegszielen gehörte aber neben der Ausdehnung des französischen Einflusses in der Pfalz vor allem die dauerhafte Sicherung der im Regensburger Stillstand 1684 Ludwig XIV. auf zwanzig Jahre überlassenen Reunionen."[47]

„In den ersten Kriegsmonaten, während die kaiserlichen Regimenter sich auf dem Rückmarsch von Belgrad nach Wien befanden,[48] griffen die französischen Truppen weit in das Innere Süddeutschlands bis in die Gegend von Mergentheim und Ulm aus, um bei Blitzaktionen große Kontributionen einzutreiben und im Falle von Widerstand und Verweigerung die entsprechenden Ortschaften niederzubrennen. Nur langsam kam die schwerfällige Kriegsmaschinerie der Reichskreise in Bewegung. Immerhin verhinderten kursächsische Truppen das weitere Ausgreifen der Franzosen auf die östlichen Teile der Pfalz, ja sie drängten den Gegner von dort bis an den Westrand des Odenwaldes zurück. Jetzt, wo auch Heidelberg wieder verlorenzugehen drohte, wurde durch den französischen Kriegsminister Louvois der Plan einer systematischen Zerstörung des Aufmarschgebietes vor dem französischen Festungsgürtel in die Tat umgesetzt. […] Nachdem die Verbündeten im September 1689 Mainz zurückerobert hatten, erfaßte die Demolierung auch die Landschaften links des Rheines nördlich der französischen Front Philippsburg – Neustadt – Kaiserslautern – Mont Royal. Wenn die Schäden dort auch nicht ganz so flächendeckend waren wie im Bereich des Oberamtes Heidelberg, so wurden unter den pfälzischen Amtsstädten Oppenheim und Alzey gründlich verwüstet, stärker noch die Reichsstädte Worms und Speyer, wo die Franzosen nicht einmal die Dome und die Kaisergräber verschonten. Die Verwüstungen erreichten zwar das militärische Ziel, daß der französische Festungsgürtel standhalten konnte und aus den

---

[44] **Maurer**, Rudolf: Charlotte Friederike, Pfalzgräfin bei Rhein und zeitweilige Administratorin von Pfalz-Zweibrücken. MH 37 (1992). Vgl. auch **Martin**, A.: Eine deutsche Frau rettet Meisenheim In: NLK 1962, S. 73 f

[45] Der Krieg wird - je nach Betrachtungsweise - „Pfälzischer Erbfolgekrieg", « guerre da la Ligue d'Augsbourg », „Orléansscher Krieg" genannt, neuerdings auch neutral „Neunjähriger Krieg".

[46] Mit Karl Ludwig starb die evangelische Linie Pfalz-Simmern aus, es folgte die katholische Linie Pfalz-Neuburg.

[47] BRAUN 2008, S. 54

[48] vom Krieg gegen die osmanischen Türken

entvölkerten und zerstörten Landstrichen auch keine ernstliche Gegenaktion zu befürchten hatte. Dafür erfuhr das Ansehen Frankreichs und seines Königs in der öffentlichen Meinung Europas eine ungeheure Einbuße.“ [49]

Die grausame „Verbrennung der Pfalz“ war auch unter den französischen Offizieren nicht unumstritten – der General, spätere Marschall Bouflers etwa schrieb mehrere Briefe[50] an den Kriegsminister Luovois, in denen er ihn auf die militärische Nutzlosigkeit und die politisch kontraproduktive Wirkung der Politik der verbrannten Erde hinwies – ohne Erfolg. Das berüchtigte Gegenbeispiel zu Bouflers ist der Brigadegeneral Ezechiel de Mélac, dem die Verbreitung von Furcht und Schrecken offenbar Freude machte, der persönlich mit seinen Hunden die Bevölkerung terrorisierte und dessen Name als Synonym für Tyrannei ins kollektive Gedächtnis der Pfälzer eingegangen ist.[51]

Ezéchiel du Mas, comte de Mélac (1630 -1704 [gefallen]), französischer General, verwüstete 1689 im Auftrag Ludwigs XIV. die Pflaz.

Die reunierten Gebiete, zu denen Meisenheim gehörte, befanden sich nach den großflächigen Zerstörungen im rechtsrheinischen Gebiet und auf einem linksrheinischen Streifen in einer ungewissen Lage: Würden die Gebiete bei Frankreich bleiben, liefen Verwüstungen dessen Interessen zuwider; könnte Ludwig XIV. sie dagegen nicht halten, so würden sie das Glacis vor dem französischen Festungsgürtel darstellen und „applaniert“ werden.

„Es gab zwischen der neuen französischen und deutschen Front, wie sie der Herbst 1689 geschaffen hatte, eine Art leeren Raumes, der bisher von der allgemei-

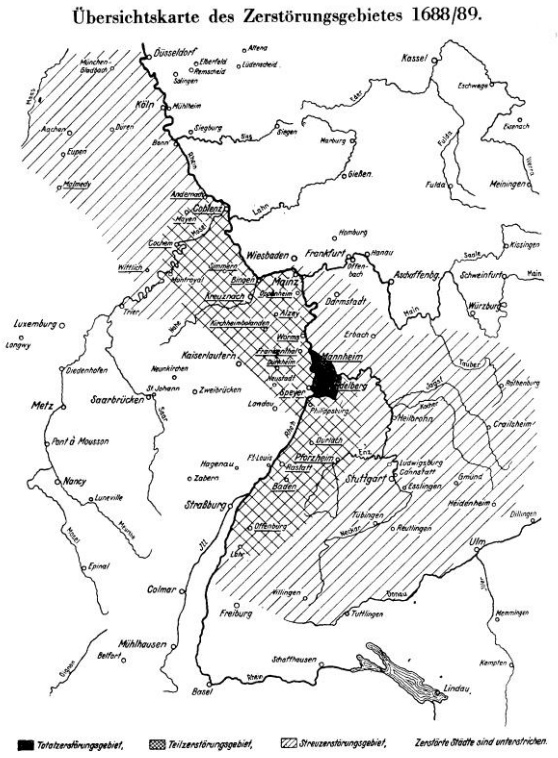
---

[49] SCHAAB 1992, S. 151 f

[50] **Raumer**, Kurt v.: Die Zerstörung der Pfalz von 1689. Bad Neustadt a. d. Saale 1982 (erstmals 1930) [RAUMER 1930] S. 79

[51] MARTIN 2008, S. 36 ff

nen Zerstörung nur zum Teil getroffen worden war. Die deutschen Linien liefen längs des Rheins, die französischen, […] von Philippsburg über Neustadt - Kaiserslautern nach Montroyal: der Raum dazwischen[52] hatte … im übrigen aber über alle Wechselfälle des Kriegs hinweg sein altes Gesicht bewahrt. Warum sollte man durch die Verwüstung dieses Gebiets nicht das Vernichtungswerk vollständig machen; waren nicht Zeit und Gelegenheit günstig, hatte man nicht die rechtsrheinischen Lande unter viel schwierigeren Voraussetzungen zerstört? In der Tat mußte die Verwüstung dieses Vorlands einen Angriff der Verbündeten im nächsten Jahr erschweren — und selbst, wenn der Schwerpunkt des Kriegs nach den Niederlanden oder Italien rücken sollte, konnte solch Glacis vor der mittelrheinischen Front nur entlastend und vorteilhaft wirken. So reifte der Gedanke zum Beschluß, und das Land zwischen Mosel und Rhein wurde der Vernichtung ausgeliefert wie die andern.



Die Karte (aus Raumer 1930) zeigt, dass Meisenheim am westlichen Rand des „Teilzerstötungsgebietes" lag, über dessen Zukunft sich die französische Führung zunächst unschlüssig war.

Man sucht freilich bei diesen Verwüstungen vergeblich nach irgendwelchen neuen oder größeren Gesichtspunkten, nach irgendwelchen Besonderheiten des Gedankens oder auch nur der Durchführung, nach irgendwelcher Geschlossenheit und Einheit. Es waren regellose und zersplitterte Brandzüge gewöhnlichster Art, wie übrigens auch von einer restlosen und applanierenden Zerstörung, im Sinn der Verwüstung zwischen Heidelberg und Mannheim, abgesehen wurde. Wahrschein-

[52] in dem auch das Oberamt Meisenheim lag

lich wäre die Truppe hierzu gar nicht mehr in der Lage gewesen. Man hatte ja die Schwierigkeiten einer solchen Generalzerstörung genugsam erprobt. Die Art und Weise, in der diese Ortschaft verschont und jene zerstört und hier wie dort dem Zufall weitester Spielraum gelassen wurde, legt vielmehr den Gedanken sehr nahe, daß bei vielen dieser Zerstörungen die Marodeurlust der Soldaten eine weit bedeutsamere Rolle spielte als der strategische Wille,"[53] dass infolgedessen aber auch viel von den an Ort und Stelle verantwortlichen Persönlichkeiten abhing. Charlotte Friederike, mutig und mittlerweile im Verhandeln mit der französischen Seite geübt, einerseits, General Bouflers, der der Verwüstungspolitik kritisch gegenüberstand, andererseits wirkten zusammen und ersparten Meisenheim das Geschick von Odernheim, Sobernheim, Monzingen, Rockenhausen oder Kirchheimbolanden,[54] um nur ein paar zerstörte Orte in der Nähe zu nennen. Die Diplomaten des schwedischen Königs übten in Versailles ebenfalls Druck auf Frankreich aus, „hätte damals ein deutscher Fürst an der Spitze des Landes gestanden, wären erneute Verwüstungen nach dem Beispiel des Dreißigjährigen und des Holländischen Kriegs mit Sicherheit unabwendbar gewesen."[55]

Belastend genug waren die Kriegsfolgen dennoch für Pfalz-Zweibrücken und Meisenheim, denn „Einquartierungen, Durchmärsche, Verpflegungslieferungen, Frondienstleistungen und Kontributionen"[56] hatten die Einwohner zu ertragen. Besonders die befestigten Orte (Meisenheim, Zweibrücken, Kusel, Bergzabern und Annweiler) wurden bevorzugt als Winterquartier genommen.

„In Meisenheim, das 1693 nur 139 Familien zählte, bezogen immer wieder starke Garnisonen Quartier. Die engräumige Stadt mußte auf diese Weise jährlich fünf bis sechs Kavallerie- und zehn bis zwölf und mehr Infanteriekompanien aufnehmen. Oft war der einzelne Bürger gezwungen, zehn bis zwölf Soldaten in seinem Haus zu beherbergen und zu verpflegen. […] auch die Aufstellung und Unterhaltung von Miliztruppen belasteten die Bevölkerung ganz erheblich. Allein im Oberamt Meisenheim, das 42 Mann bereitstellte, uniformierte und bewaffnete, entstanden den Untertanen dadurch Unkosten in Höhe von 2 000 Reichstalern."[57]

Mit seinem rücksichtslosen Vorgehen hatte Ludwig XIV. seine eigene Position und seine Möglichkeiten der Kriegführung allerdings selbst untergraben. „Man brauche sich nicht zu wundern, berichtete am 6. April 1689 der Intendant Goupillière,[58] wenn nach solchen Winterquartieren aus der Pfalz keine Kontributionen mehr eingingen. ‚Da die Leute weder imstande sind, was man von ihnen verlangt zu bezahlen, noch auch die Exekutionen der Kavallerie auszuhalten, machen sie sich auf und davon, verlassen ihre Häuser und alles, was sie haben. Ich füge die Abschrift eines Briefs bei, den ich an Marquis d'Huxelles geschrieben habe, um ihm von diesen Unordnungen Kenntnis zu geben. Die Kapitäne jener Eskadrons haben ungeheure Summen ausgehoben, um damit sich, ihre Equipage, ihre Reiter und

---

[53] RAUMER 1930, S. 178 f

[54] ebenda, S. 180

[55] KINZINGER 1988, S. 308

[56] ebenda, S. 303

[57] ebenda, S. 304 f. Vgl. auch die Meisenheimer Einquartierungslisten in **Anthes**, Günter F.: Kriegsbegebenheiten 1673 – 1695. In MH 19 (1983) S. 180 ff

[58] s. o., S. 165

Pferde durch ihre Quartiergeber zu ernähren: und außerdem lassen sie diese das Fleisch und den Wein in Geld bezahlen […] Während sie ihre Reiter unausgesetzt in den Dörfern zur Exekution hielten, ließen sie sich, außer der ordentlichen Abgabe, bis zu fünf oder sechs livres täglich bezahlen: so daß statt eines Winterquartiers, das ihnen zustand, alle zwei oder drei hatten… Die Summen, die sie erpreßt haben, sind exorbitant'."[59]

Die schwedischen Könige Karl XI. (1681 – 1697) und Karl XII. (1697 – 1718) waren auch Herzöge von Pfalz-Zweibrücken, das sie allerdings nie besucht haben.

Mit den Zerstörungen von 1690 hatte der Krieg seinen Höhepunkt überschritten, bis zur Aufnahme von Friedensverhandlungen dauerte es trotzdem noch drei Jahre. Als die französischen Truppen abzogen, sprengten sie alle Bauwerke, die auch nur entfernt einen militärischen Nutzen haben konnten, darunter auch zahlreiche mittelalterliche Burgen, deren kriegerischer Wert im Zeitalter der Belagerungsartillerie eher gering war. So geschah es auch dem Schloss Landsberg über Obermoschel, dem Witwensitz Charlotte Friederikes.

Mit dem Frieden von Rijswijk 1697 erreichte Ludwig XIV. einen beträchtlichern Teilerfolg: Zwar musste Frankreich, soweit es unsere Gegend betrifft, auf alle pfälzischen Gebiete und auf Lothringen verzichten, behielt aber die Reunionen im Elsass und die Stadt Straßburg. Außerdem wurde dem Friedensvertrag die so genannte „Rijswijker Klausel" eingefügt,[60] in der, in Abweichung von der Normaljahr-Regelung des Westfälischen Friedens, die Ergebnisse der von Ludwig XIV. betriebenen Rekatholisierung festgeschrieben wurden. Damit war der Grund für erneute religiöse Auseinandersetzungen gelegt.

---

[59] RAUMER 1930, S. 182 f

[60] Text lateinisch und deutsch in HOFMANN 1976, S. 263

Zwischen den Kriegsschauplätzen

Im Jahr des Rijswijker Friedens, 1697, fünf Monate vor Vertragsabschluss, starb Karl XI., Herzog von Zweibrücken und König von Schweden, das er als erster absolutistisch regiert hatte,[61] auf ihn folgte sein Sohn Karl XII. Seit den Zeiten Gustav Adolfs und seit dem Westfälischen Frieden hatte Schweden seinen Einfluss rund um die Ostsee immer weiter ausgedehnt und stellte um die Wende vom 17. zum 18. Jahrhundert die Vormacht in Nordosteuropa dar, die Russland und Polen fast vollständig vom Baltischen Meer abschnitt. Karls XII. politische Macht war groß genug und sein kriegerischer Ruhm strahlte im Großen Nordischen Krieg (s. u.) bald hell genug, um die Neutralität seines Herzogtums Zweibrücken (das er wie sein Vater nie betreten hat) im Spanischen Erbfolgekrieg (1701-14) zumindest grundsätzlich respektiert zu sehen.

Der Spanische Erbfolgekrieg, der nach dem kinderlosen Tod Karls II., des letzten spanischen Habsburgers, entbrannte, und der eine große gesamteuropäische Allianz gegen die drohende Hegemonie Frankreichs, sollte Philipp von Anjou, der Enkel Ludwigs XIV., den spanischen Thron erben, zusammenfügte, war – soweit es unsere Gegend betrifft[62] – ein offiziell erklärter Krieg des Reiches gegen Frankreich. Als König von Schweden war Karl XII. ein Bündnispartner Frankreichs, als Herzog und Pfalzgraf von Pfalz-Zweibrücken dagegen deutscher Reichsfürst. Da der Schwedenkönig seit 1700 im Großen Nordischen Krieg (1700 – 1721) gegen Russland und Polen-Sachsen stand, versuchte er, eine Beteiligung am Spanischen Erbfolgekrieg unter allen Umständen zu vermeiden.

„Wegen der Grenzlage zwischen Deutschland und Frankreich konnte eine Verwicklung des Fürstentums in das Kriegsgeschehen zu keiner Zeit verhindert werden. Pfalz-Zweibrückens Doppelstatus als Reichsterritorium und schwedisches Herrschaftsgebiet brachte zu Beginn des Krieges das Problem mit sich, daß jetzt die kriegsrechtliche Behandlungsweise des Landes zu klären war. …Einerseits war der König als regierender Pfalzgraf verpflichtet, der Reichsarmee ein pfalzzweibrückisches Kontingent zu stellen, andererseits wollte er aber in keine militärischen Aktionen gegen Frankreich verwickelt werden. Die engen Beziehungen zu Versailles durften jedoch nicht in eine zu große Vertraulichkeit ausarten, sonst ging man das Risiko ein, daß sich Wien durch militärische Vergeltungsaktionen gegen Pfalz-Zweibrücken rächte. Schweden mußte folglich so vorsichtig taktieren, daß keine Partei eine zu intensive Zusammenarbeit mit der anderen argwöhnte. […] Aus strategischen Gründen war es weder Wien noch Versailles möglich, Pfalz-Zweibrücken völlig aus dem Kriegsgeschehen herauszuhalten. So wurde zum Beispiel das Oberamt Bergzabern unmittelbar in die militärischen Aktionen hineingezogen, als die Alliierten am 9. September 1702 die französische Festung Landau einnahmen. Die Bemühungen der schwedischen Diplomatie und der Gouverne-

[61] HOLZFURTNER 2005, S. 346

[62] Kriegschauplätze waren außerdem Spanien, Italien, die Niederlande und die Weltmeere; man nennt den Spanischen Erbfolgekrieg darum auch „den ersten Weltkrieg der Neuzeit“.

mentsregierung[63] hatten zwar den Erfolg, daß die alliierten Truppen anfangs in Pfalz-Zweibrücken gute Disziplin hielten, konnten jedoch die drückenden Winterquartiere 1702/03 nicht abwenden. Nach der Einnahme Landaus quartierten sich fünf kaiserliche und kurpfälzische Kavallerieregimenter und fünf Kompanien Dragoner in den Oberämtern Lichtenberg und Meisenheim ein."[64]

Die Behandlung der Bevölkerung in Pfalz-Zweibrücken hing in hohem Maße vom Kriegsglück der Parteien ab. „Nach dem Sieg über die Franzosen am 13. August 1704 bei Höchstädt …bestand die deutsche Generalität auf weiteren Einquartierungen in Pfalz-Zweibrücken. Als nun alle Oberämter mit Infanterie- und Kavallerieregimentern, vor allem aber wiederum mit kurpfälzischen Truppen belegt wurden, hatte das Fürstentum unter den bisher härtesten Kriegsbedrückungen zu leiden. […] Kriegsrechtlich behandelten die Alliierten Pfalz-Zweibrücken nicht als ein schwedisches Gebiet, sondern als ein Reichsterritorium, das ihrer Meinung nach die gleichen Kriegslasten wie die übrigen Reichsteile zu tragen hatte."[65] Die kurpfälzischen Truppen hatten dabei nach Aussagen ihrer Offiziere sogar die Anweisung zu besonderer Rücksichtslosigkeit gegenüber den Untertanen Karls XII.,[66] ein Ausdruck der Konkurrenz der beiden Wittelsbacher Linien um das Veldenzer Erbe. Als dagegen Karl XII. nach dem Frieden von Altranstädt (September 1706) Polen beherrschte, mit seinen Truppen in Sachsen stand und die Alliierten im Rücken bedrohen konnte, nutzte er „geschickt den Augenblick seiner größten Macht und zwang den Kaiser zu folgenschweren Zugeständnissen…Das jahrelange Bemühen der Schweden, den deutschen Besitzungen einen Neutralitätsstatus zu verschaffen, wurde nun zu einem erfolgreichen Abschluß gebracht. Joseph I. sagte die völlige Befreiung der betreffenden Gebiete von allen Kreisbeiträgen während der Dauer des Krieges zu."[67] Darüber hinaus gelang es Karl auch, Kurfürst „Johann Wilhelm zu Zugeständnissen in der Frage der Kriegsentschädigungen zu zwingen. Auch der Kaiser hatte darauf bestanden, daß sich der Kurfürst mit dem König vergleichen müsse. Auf den allgemeinen Druck hin erklärte sich Johann Wilhelm im August 1707 endlich bereit, für den Schaden aufzukommen, den seine Truppen in Pfalz-Zweibrücken angerichtet hatten."[68]

Der Zweite, Große Nordische Krieg hat noch in einer weiteren Hinsicht auf die Geschichte Meisenheims eingewirkt. Ein Jahr vor dem Regierungswechsel in Schweden hatte auch in Polen ein Wechsel stattgefunden. Der sächsische Kurfürst Friedrich August I. war als August II. (‚August der Starke') zum polnischen König gewählt worden. In Polen hatte das Wahlkönigtum stets eine schwache Stellung dem Adel gegenüber gehabt, was August durch eine aggressive Außenpolitik ändern wollte.

August der Starke „war, um den Polen genehm zu sein, zum katholischen Glauben übergetreten, wollte sich aber nicht damit begnügen, nur dem Namen nach zu

---

[63] d. h. der Regierung des königlich schwedischen Gouverneurs in Zweibrücken

[64] KINZINGER 1988, S. 611 f

[65] ebenda, S. 614

[66] ebenda

[67] ebenda, S. 621

[68] ebenda, S. 622. Die Reparationssumme wurde auf 100.000 Reichstaler festgesetzt, von denen Kurpfalz bis 1716 tatsächlich 87 500 Reichstaler zahlte.

herrschen. Er hoffte, durch außenpolitische Erfolge seine innenpolitische Stellung kräftigen zu können. […] Um den Schweden Livland abzunehmen, verbündete August sich mit Zar Peter (dem Großen) von Rußland.

Mit einem Angriff seiner sächsischen Truppen auf das schwedische Riga begann August im Februar 1700 die Feindseligkeiten, aus denen dann der (2.) Nordische Krieg wurde. […] Die Niederlage der Russen bei Narwa (30. 11. 1700) gab Karl XII. von Schweden auch in Polen ein entscheidendes Übergewicht. Er schlug die Sachsen und besetzte im Mai 1702 Warschau. Eine Konföderation erklärte August für abgesetzt und wählte am 12. 7. 1704 den Magnaten Stanislaus August Leszczyński zum König. August jedoch erkannte seine Absetzung nicht an. Erst 1706 zwang Karl XII. ihn im Vertrag von Altranstädt (bei Leipzig), auf die polnische Krone zu verzichten.

Als Karl XII. aber bei Poltawa endgültig von Peter geschlagen worden war (9. 7. 1709), widerrief August seinen Thronverzicht. Russische Truppen führten ihn nach Polen zurück."[69]

Karl XII. war keineswegs bereit, seine Niederlage und den drohenden Verlust des Einflusses in Polen hinzunehmen. Stanislaus (poln. Stanisław, franz. Stanislas) blieb für die schwedische Politik der polnische Thronprätendent. Damit hatte Karl jedoch das Problem, für seinen Schützling eine neue, einem gewesenen und vielleicht zukünftigen König angemessene Position finden zu müssen – nach Zwischenstationen in Schweden und der Türkei wies er ihm schließlich 1714 Pfalz-Zweibrücken als Aufenthalt und die Einkünfte des Herzogtums als standesgemäßen Unterhalt an. Die Kosten für die repräsentative Hofhaltung überstiegen allerdings die regulären Einkünfte Pfalz-Zweibrückens bei weitem und brachten, zusammen mit den Kriegskosten, das Land an den Rand des Staatbankrotts.[70] Die Regierungsarbeit machte der Gouverneur Stralenheim; denn es „darf wohl behauptet werden, dass Stanislaus sich mehr mit Fragen der polnischen Politik – im August 1716 und im September 1717 mißlangen Attentate polnischer Offiziere auf ihn – als mit der zweibrückischen Verwaltungspraxis befaßte."[71]

Schweden hatte nach der Niederlage von Poltawa seine Politik in den deutschen Territorien geändert und begonnen, deren wirtschaftliche und menschliche Ressourcen rücksichtslos auszuplündern. „Schon aus der ersten königlichen Instruktion für Stralenheim ging die neue Rolle hervor, die Pfalz-Zweibrücken nun innerhalb des schwedischen Machtbereichs zu spielen hatte. Waren die beiden Infanteriekompanien noch für den Schutz des Landes aufgestellt worden, sollten die neu anzuwerbenden Einheiten jetzt ausschließlich für den Kriegsschauplatz bereitgestellt werden. Am 26. April 1710 befahl Karl XII. Stralenheim, unverzüglich zwei komplette Infanterieregimenter auszurüsten und mit pfalz-zweibrückischen Staatsmitteln zu unterhalten. Diese Anordnung verkannte völlig die finanzielle Leistungsfähigkeit des Fürstentums und zeigte, wie wenig der König über die Situation des Landes informiert war. Pfalz-Zweibrücken war damals bestenfalls in der Lage, 300 bis 500 Mann zu unterhalten, nicht aber, wie befohlen, eine Truppe von über 2 000 Mann. Die geringe Bevölkerungszahl, die begrenzte Finanzkraft der Untertanen, die

---

[69] **Meyer**, Enno: Grundzüge der Geschichte Polens. Darmstadt 1977 [MEYER 1977], S. 65 f

[70] KINZINGER 1988, S. 710 ff

[71] HERRMANN, PFALZ-ZWEIBRÜCKEN, S. 368

Kriegsfolgen und die hohe Staatsverschuldung ließen ein solches Vorhaben von vornherein aussichtslos erscheinen.“[72]

Verschärft wurde die wirtschaftliche Situation im Herzogtum auch noch durch Missernten 1712 und 1713, die die Bevölkerung an den Rand der Hungersnot brachte, und durch eine ganz Europa durchziehende Viehseuche.[73] Da die bäuerliche Bevölkerung überhaupt keine Kaufkraft mehr hatte, verloren auch die städtischen Handwerker Meisenheims praktisch alle Verdienstmöglichkeiten, das Herzogtum erlitt eine tiefe Rezession. Eine Ausnahme bildeten nur die wenigen Hoflieferanten und die Arbeiter an den Repräsentationsbauten in Zweibrücken.

Da Stanislaus, sieht man von der für barocke Hofhaltungen typischen Verschwendungssucht einmal ab, sich leutselig und volkstümlich gebärdete, erwarb er sich eine gewisse Popularität im Herzogtum, die bis heute fortwirkt.[74] Gelegentlich besuchte er Meisenheim, und er wohnte dann im Hotel Engel,[75] dem schönen Fachwerkgebäude Am Klenkertor 6 gegenüber der katholischen Kirche. Einem dieser Besuche verdanken wir die Federzeichnungen, die uns eine Anschauung von den verschwundenen Teilen des Schlosses vermitteln (s. o.). Die Franziskaner in Meisenheim begannen 1716 „einer Anregung des Königs folgend und wohl auch im Vertrauen auf seine tätige Beihilfe“[76] mit dem Neubau ihres Klosters.

Indirekt hängt auch der Brand des Stephansstocks mit der Person und dem Schicksal Stanislaus’ zusammen. Nach dem kinderlosen Tode Karls XII. (11. 12. 1718) während der Belagerung der Festung Fredrikshald (heute Halden, Südnorwegen) im Großen Nordischen Krieg endete die Personalunion Schweden-Zweibrücken[77] und damit der Kandidatenstatus Stanislaus’. Der neue Herzog Gustav Samuel „verfügte nicht über die Mittel, um seinen eigenen Hofstaat bestreiten und einem Exilkönig einen angemessenen Unterhalt gewähren zu können. Zu Anfang des Jahres 1720 verließ Stanislaus mit seiner Familie und seinem Gefolge Zweibrücken und fand in Weißenburg im Elsaß ein Unterkommen“[78] – sowie eine abermalige Kandidatenrolle und eine Apanage von der französischen Regierung. Diese wurde bis 1723 für den noch unmündigen Ludwig XV. von Philipp von Orléans, dem Sohn Lieselottes von der Pfalz, geleitet, danach vom Lehrer des jungen Königs, dem Kardinal von Fleury. Die französische Politik war auf der Suche nach einer Gemahlin für Ludwig XV., und Fleury „besann sich […] auf eine alte Tradition französischer Politik, als er sich mit Polen in Verbindung setzte.“[79] Im Spätsommer 1725 heiratete der 16-jährige Ludwig XV. Stanislaus’ Tochter Maria Leszczińska. „Diese Heirat gab Frankreich die Handhabe zu einer unmittelbaren Ein-

---

[72] KINZINGER 1988, S. 684 f

[73] ebenda S. 746 u. 748

[74] **Baumann**, Kurt: Stanislaus Lesczinsky *(sic)* in Zweibrücken – eine Geschichtslegende. In: Zweibrücken 600 Jahre Stadt. Festschrift zur 600-Jahrfeier. Hg. vom historischen Verein Zweibrücken. Zweibrücken 1952, S. 62 - 68

[75] SCHAFFNER 1938, S. 24

[76] SCHLAGER 1907, S. 130

[77] Königin von Schweden wurde Karls Schwester Ulrike Eleonore.

[78] HERRMANN, PFALZ-ZWEIBRÜCKEN, S. 368

[79] SIEBURG 1973, S. 85

mischung in die polnische Thronfolge, die durch den Tod Augusts des Starken […](† 1.2. 1733) aufgeworfen war."[80]

„Als August der Starke 1733 gestorben war, wurde nochmals der jetzt 56jährige Stanislaus Leszczyński, Schwiegervater Ludwigs XV. von Frankreich, zum König gewählt. Eine von Rußland und Österreich unterstützte Oppositionsgruppe wählte unter dem Schutz russischer Truppen den Sohn Augusts des Starken, den Kurfürsten Friedrich August II. von Sachsen. Das führte zum Polnischen Thronfolgekrieg (1733-1735), in dem Frankreich gegen Österreich, Rußland und Sachsen kämpfte. Das Ergebnis dieses am Rhein und in Oberitalien ausgefochtenen Kabinettskrieges war es, daß der Sachse als August III. polnischer König wurde und Stanislaus Leszczyński als Abfindung das Herzogtum Lothringen erhielt."[81]

Damit war Frankreich fast noch besser gedient als mit Stanislaus' polnischem Königtum – denn nach seinem Tode erbten seine Tochter und sein Schwiegersohn das für Frankreich strategisch so wichtige Herzogtum.[82] Die französischen Truppen, die vom Kriegsschauplatz zurückfluteten, kamen im November 1734 auch wieder durch Meisenheim. Viele der rund 3.000 Soldaten litten an Typhus; der Stephansstock wurde als Lazarett eingerichtet. Von den folgenden Ereignissen gibt es einen Augenzeugenbericht des reformierten Pfarrers Johann Abraham Hepp, der so dramatisch-anschaulich ist, dass er hier sehr ausführlich zitiert werden soll:[83]

„Nachdem von Ihro Hochfürstlichen Durchlaucht, Christian III., auf Begehren der französischen Generalität, verwilligt worden, daß ein Theil des hiesigen Schlosses, genannt Stephan-Stock, zum Hospital für die kranken Soldaten eingeräumt werde, so geschahe es, daß dieses alte, schöne Gebäu den 2. Dezember Morgens frühe in Brand gerieth; und ob zwar allerhand Muthmaßungen entstunden, wo das Feuer den Anfang möchte genommen haben, so war dieses die gewisseste, welches auch von den meisten bestätigt wurde:

Es hatten die *Directeurs* vom Spital einen großen Kessel einmauern lassen, in welchem täglich zwei- bis dritthalbhundert Pfund Fleisch gekocht wurden. Dieser Feuerheerd aber wurde angelegt über dem Keller, welcher nicht gewölbet, sondern oben mit Balken belegt war, worinnen eine unverantwortliche Unbedachtsamkeit von den französischen *Ingenieurs* und Bau-*Directeurs* begangen worden; zumalen über tausend Säcke französisches *Commis*-Mehl darinnen logiret waren.

Dieweilen nun die Hitze Tag und Nacht unterhalten und die Backensteine des Feuerheerdes beständig glühend geblieben, so konnte es nicht anders sein, als daß dieses hölzerne Fundament endlich entzündet werden mußte. Hierdurch geschahe es, daß des Morgens zwischen fünf und sechs Uhr aus allen Löchern des Kellers und unteren Theilen des Gebäues der Dampf herausschlug sowohl im Stadtgraben als im Schloß. Man vermeinte, das Feuer mit nassem Mist zu dämpfen; es schlug

---

[80] HERRMANN, FRANKREICH S. 461

[81] MEYER 1977, S. 67

[82] Ein weiterer Grund für diesen Krieg war die bevorstehende Vermählung der Habsburger Kaisertochter Maria Theresia mit Herzog Franz von Lothringen gewesen. Denn durch diese Ehe wäre das Haus Habsburg den Bourbonen abermals unmittelbar auf den Leib gerückt. Franz überließ Stanislaus sein Herzogtum und wurde dafür mit der Toskana entschädigt.

[83] Abgedruckt bei COERPER 1880, S. 60 ff

aber in die Höhe. Die erste Anzeige zum Feuer wurde wahrgenommen von der Schildwacht, welche im Hofe des Schlosses stund gegen dem Pulver-Magazin über, welches auch ein Keller war, nahe an dem andern und nur eine Mauer dazwischen.

Diese Schildwacht zeigte solches einem Lieutenant an, welcher eben die Posten visitirte (wie mir dieser Lieutenant umbständlich erzählet hat) und wiese ihm, daß aus dem Pulver-Thurm Dampf herausschlüge, in welchem Thurm über fünfzig Tonnen Pulver und viele Fässer mit bleiernen Kugeln sich befunden.

Dieser Lieutenant, der ein beherzter, munterer Mann war, lief geschwind zur Wacht und holte Soldaten, welche, da sie in der Eile keine Aexte haben konnten, die Thür aufzuhauen, selbige mit Flintenkolben einschlugen. Da sie dann funden, daß dieser Keller voller Dampfs, aber durch Gottes gnädige Verhütung noch kein Feuer darin war, welches aber bald erfolget.

Die Soldaten wälzeten in aller Geschwindigkeit die Fässer bis an die katholische Kirche, und dieweil die Gefahr stündlich größer wurde, daß die ganze Stadt in Brand gerathen werde, so wurden sie zum Thor hinausgewälzet. Es hat die Allmacht und Güte Gottes die Flamme vom Pulver abgehalten, sonsten das ganze Schloß, die Kirche und die ganze Stadt mit den Inwohnern und der Garnison von dreitausend Mann jämmerlich wären zugerichtet worden.

Dieser Lieutenant pochete entsetzlich an der Thür des untern Theils vom Schloß, gegen unsrer Kirche über, worin der Commandant, Herr General *von Lenek* logiret war, umb das Unglück anzuzeigen, konnte aber Niemanden muntermachen, daher er resolvirte, ohne die Ordres des Commandanten abzuwarten, durch die am Thor befindlichen *Tambours* die *Generale* (wodurch alles Volk in die Waffen gebracht wird, und welches ohne des Oberbefehlshabers *Ordres* nicht geschehen darf) schlagen zu lassen. Hierauf wurde mit der Feuerglocke und bald darauf mit allen Glocken gestürmet, welches den Tag über und die folgende Nacht zum großen Schrecken oft mußte wiederholt werden, daß viele Leute vor Angst krank wurden.

Dieweil nun eine große Anzahl kranker Soldaten im Schlosse waren, so sah es erbärmlich aus, wie diese Leute, in der Angst aus ihren Betten davongegangen, meistentheils von ihren Cameraden geführt werden mußten, und dieweilen man nicht wußte, wohin mit denselben, so wurden viele in die nächsten Häuser gebracht und den Bürgersleuten in ihre Stuben, ja sogar in die Betten gelegt, wodurch viele vor Eckel krank wurden. […]

Die Veranstaltung wegen Beischaffung genugsamen Wassers war solcher Gestalt eingerichtet, daß zwei Reihen Leute beiderlei Geschlechts gestellet worden vom Schloß bis an die Herren-Schlag, da einer dem andern den Eimer langete und große Bütten voll hielten. …

Und dieweil auf dem Stephan-Stock viele Früchte lagen, so wurde die verbrannte Spelz etliche Stunden weit in der Luft rund herumb getrieben.

Nachdem nun der Stephan-Stock bis auf den Grund ausbrannte und der nahe angelegene Thurm[84], welcher sehr stark von Holz war, ein erschreckliches Feuer aus sich speiete, hat man an der reformirten Kirche sehr zu wehren gehabt, daß dieselbe nicht in Brand geriethe, indem die glühenden Kohlen bis in den Glockenstuhl getrieben wurden. Der Thürmer und seine Frau haben sich heiser gerufen,

[84] der so genannte Hexenturm in der Südwestecke des Schlosshofes.

endlich fand der Thürmer, Johann Fach, nöthig, den Glockenstuhl mit Wasser zu überschütten, welches sogleich angefroren, denselben mit Eis bedecket und solcher Gestalt beschützet hat. […]

Gegen Abend geriet die ganze Stadt in neuen und größern Schrecken, indem die reformirte Kirche bereits in Brand geriethe und die Flamme in der Größe eines Korbes ausgebrochen war. […]

Ich ermangelte, nebst Herrn Kirchenschaffner Keller, nicht, das Möglichste zu tun, was zur Rettung dieses Gotteshauses nöthig war. Dieweil der Stephan-Stock ausgebrannt war und der große Thurm noch zu löschen, so ging ich an die Herren-Schlage, machte die Anstalt, daß die Wasserträger sich theileten und sich zur Kirche wendeten, welches mit größter Willigkeit geschehen, worzu unsere Pfarrkinder von den Dörfern sich auch sehr willig erzeigeten. […]

Der Herr Baron Carl Emilius von Fürstenwärther ließ sich diese Gefahr sehr angelegen sein und half gute Anstalten machen, sonderlich daß Leitern herbeigeschafft und selbige aus der Kirche durch das runde Loch im Gewölbe, sammt Borden, hinaufgezogen wurden, weil es auf den Balken glatt und sehr gefährlich zu gehen war.

Dieweil aber vor Hinaufschaffung der Leitern der Brand sich vermehrete, so haben einige sich gewaget, sind hinauf geklettert, umb das Feuer in Zeiten zu löschen, worzu sie wegen der Enge des Platzes Bollen und Pfannen nur brauchen konnten, bis größere Hilfe geleistet werden konnte.

Unter denen, die sich mit ihrer Hilfe sehr distinguiret, waren: Ein Husar, genannt *Peter du Moulin*, reformirter Religion, von Steinweiler im Amt Billigheim, herstammend von denen Vertriebenen aus Frankreich, so in selbiger Gegend wohnen; Meister Kaspar Popp, ein (katholischer) Maurer und Jakob Fach, des hiesigen Thürmers Bruder, diese waren die ersten, so sehr gute Dienste gethan, bis endlich auch die beiden Leiendecker, genannt Jeremias und Peter Pfaff, wie auch Meister Georg Heinz von anderer Arbeit im Schloß mußten abgerufen werden, welche ein Loch in der Decke machten, umb auf den Platz zu kommen, da sich das Feuer entzündet hatte, welches dann durch Gottes Beistand zur besonderen Freude der ganzen Stadt ist gelöschet worden.

Denen drei ersten wurde sogleich eine Erkenntlichkeit aus dem Almosen von einem französischen Siebenkopfstücksthaler verehret. Hochfürstliche Verwaltung hat diese Bemühung und nützlichen Dienste an diesen und den andern auch erkannt."

Die Verlegung der typhuskranken französischen Soldaten in die Meisenheimer Stuben führte natürlich zur Ausweitung der Infektion auch auf die städtische Bevölkerung; das Sterben „wehrete bis an den 23. Mai 1735. […] An derselben sind gestorben: an Reformirten 130, an Lutherischen 20, an Katholischen 28, von Franzosen 800."[85]

Neue Konfessionskonflikte

Mit der Betrachtung der Biografie Stanislaw Leszczyńskis sind wir vorausgeeilt; für die Untersuchung der konfessionellen Verhältnisse müssen wir noch einmal bis in die Reunionszeit zurückblicken. –

[85] Bericht von Pfarrer Hepp, zit. n. COERPER 1880, S. 66 f

Im Jahre 1685 hatte Ludwig XIV. das Edikt von Fontainebleau erlassen und damit das Edikt von Nantes widerrufen, das den Hugenotten seit 1598 zwar keine religiöse Toleranz, aber wenigstens einen gesicherten Rahmen für ihre Existenz gewährt hatte. Die absolutistische Staatsräson forderte ebenso wie Ludwigs hohe Vorstellung von seinem Amt ein auch religiös einheitliches Reich. Die Verschlechterung seines Ansehens bei den evangelischen Reichsständen nahm der König dabei in Kauf.[86] Schon vor 1685 hatte dementsprechend die französische Verwaltung in den reunierten Gebieten die Bildung katholischer Institutionen gefördert.[87] Die Verwendung der Konfession zur geistigen Homogenisierung der Untertanenschaft, zur politischen Stabilisierung der Herrschaft wurde in den deutschen Territorien seit dem Augsburger Religionsfrieden 1555 im Übrigen nicht anders praktiziert.

In den evangelischen reunierten Gebieten konnte die französische Verwaltung natürlich nicht auf einen Schlag die Konfession von über neunzig Prozent der Bevölkerung verbieten. Aber sie konnte katholische Gläubige bevorzugen, der Tätigkeit katholischer Missionare freie Bahn schaffen und eine Politik der „schleichenden" Diskriminierung der Protestanten betreiben.

„Zunächst wurde die Organisation der protestantischen Geistlichkeit vernichtet. Das Oberkonsistorium wurde auf königlichen Befehl von dem Intendanten aufgelöst, die Tätigkeit der Inspektoren eingestellt, die Abhaltung von Konventen verboten.

Sodann wurde den Protestanten die Beobachtung der katholischen Feiertage geboten. Eigene Schulen entstanden, in denen die Kinder Unterricht in der katholischen Religion und der französischen Sprache erhielten. 10 Livres Strafe drohten jedem Nichtkatholiken und natürlich erst recht jedem katholisch Gewordenen, der seine Kinder nicht in diese Schule schickte. Öffentliche Ämter konnten nur an Katholiken verliehen werden, und bezüglich der protestantischen Pfarrstellen wurde mitunter sogar der Versuch gemacht, sie mit einem der katholischen Priester zu besetzen, die im Lande von Stadt zu Stadt und von Dorf zu Dorf umherzogen und Propaganda für den katholischen Glauben trieben. Da ihnen aber ein entscheidender Erfolg versagt blieb, erließ der Intendant am 4. Januar 1684 eine Verordnung, durch welche allen, welche sich zur katholischen Religion bekehren würden, für vier Jahre Freiheit von allen Lasten zugesichert wurde. Die Beamten erhielten die Anweisung, die Neubekehrten von allen Steuern, Umlagen, Fronden und Einquartierungen frei zu lassen. Ihren Anteil an den betreffenden Lasten hatten natürlich die Protestanten zu tragen."[88]

Träger der katholischen Missionierung waren in Meisenheim die Franziskaner. In Kreuznach waren seit 1652 die Mönche des 1484 gegründeten, 1568 durch die Reformation aufgehobenen Franziskanerklosters St. Wolfgang wieder tätig.[89] Vermut-

---

[86] BRAUN 2008, S. 51 f

[87] Kleinere katholische Gemeinden gab es bereits, weil die Herzöge nach den Menschenverlusten durch den Dreißigjährigen Krieg die Einwanderung gefördert hatten. Die Einwanderer waren hauptsächlich Tiroler (katholisch) und Schweizer (reformiert). KINZINGER 1988, S. 62 u. 108

[88] PÖHLMANN REUNION, S. 124 f

[89] ZIMMERMANN 1935, S. 85

lich ging es auf ihren Einfluss zurück, dass am 7. Juni 1683 zum ersten Mal seit der Reformation wieder eine Fronleichnamsprozession in Meisenheim stattfand.[90] Das war als Provokation gemeint und konnte nur unter dem Schutz französischer Soldaten geschehen, die „die Wacht am Oberthor übel tractirt und mit Stößen und Schlägen zum Knien und Niederfallen"[91] vor der Prozession zwangen. Mit dieser erfolgreichen Demonstration katholischer Präsenz war der Boden bereitet für die Gründung des Meisenheimer Franziskanerklosters. Das Provinzialkapitel der Franziskaner in Köln beschloss sie offiziell am 30. April 1684 und bestimmte Pater Hubert Reinartz zum Gründungs-Präses.[92]

„Es war keine leichte Aufgabe, die ihm dadurch übertragen wurde, da ja sein bloßes Erscheinen in Meisenheim die schon bestehenden religiösen Gegensätze noch verschärfen und Widerspruch hervorrufen musste und da er nicht hoffen durfte, beim Bau von Kirche und Kloster von den ganz mittellosen Katholiken unterstützt zu werden. Freilich hatte die französische Regierung versprochen, jährlich hundert Reichstaler für die Bedürfnisse der neuen Niederlassung zu zahlen; aber diese geringe Summe reichte natürlich nicht aus. Doch P. Hubert ließ sich durch keine Schwierigkeiten zurückschrecken. Er war zufrieden, als ihm in einem verfallenen bereits verlassenen Häuschen eine Wohnung angeboten wurde, und in einer Scheune hielt er in den ersten Jahren den Gottesdienst. … Wider Erwarten flossen … die Mittel so reichlich, dass er es wagen konnte, den Bau einer Kirche zu beginnen, und in der kurzen Zeit von drei Jahren war sie vollendet. Am 25. April 1688 wurde sie von dem Mainzer Weihbischof und Generalvikar Matthias Stark konsekriert."[93]

Erst 28 Jahre nach der Weihe der Kirche (Allerheiligen 1716) konnten die Franziskaner einen Neubau für ihr Kloster beziehen, im Jahr darauf wurde der Kreuzgang zur Verbindung zwischen Kloster und Kirche errichtet.[94] Charlotte Friederike unterstützte die Mönche beim Beginn ihrer Tätigkeit.[95] Man könnte annehmen, dass sie damit bei der französischen Besatzung gut Wetter machen wollte, doch ging es ihr wohl eher um Ruhe zwischen den Konfessionen. Denn sie kümmerte sich, wiewohl selbst überzeugte Calvinistin, auf schwedischen Wunsch ebenso um „die geistliche […] Versorgung der lutherischen schwedischen Verwaltungsangehörigen",[96] daher wird man ihr Verhalten als Ausdruck politischer Klugheit einerseits, einer aufgeklärten Haltung religiöser Toleranz andererseits werten dürfen.

Es war ein recht langer Prozess, bis zwischen den Konfessionen Frieden eingekehrt war. 1686 kam es zu einer Reihe von „Kontroverspredigten", in denen die reformierten und die katholischen Geistlichen von den Kanzeln ihre gegensätzlichen theologischen und kirchenpolitischen Auffassungen darlegten und ihre Gemeinden beunruhigten. Im Verlaufe dieser Kontroverse wurde sogar der reformier-

---

[90] COERPER 1880, S. 46

[91] Presbyterial-Protokoll 10. 6. 1683, zit. n. COERPER ebenda

[92] **Schlager**, Patricius, O.F.M.: Zur Geschichte der Franziskanerklöster in Meisenheim und Blieskastel. In: MHVP XXVIII (1907) [SCHLAGER 1907], S. 128

[93] ebenda. S. 128 f

[94] ebenda, S. 131 f

[95] ebenda, S. 130

[96] ADAMS 1978, S. 61

te Pfarrer Johann Christof Salbach festgenommen und auf Burg Landsberg arretiert, von wo er erst ein knappes Jahr später, wahrscheinlich wiederum auf Bitten von Charlotte Friederike, freikam.[97]

Einer der Hauptstreitpunkte war die Frage der „Mischehen" und der religiösen Erziehung der Kinder aus solchen Familien – die schwedische Verwaltung ordnete 1699 und erneut 1703 an, dass „die Söhne in des Vaters und die Töchter in der Mutter Religion erzogen, und die Trauung durch den Geistlichen von des Mannes Religion verrichtet werden" sollte.[98] Offenbar ohne durchschlagenden Erfolg, denn 1711 musste die Anordnung mit erheblichen Geldstrafandrohungen bewehrt wiederholt werden.

Auch bezüglich der Schlosskirche erzeugte die „Rijswijker Klausel" einen Konflikt. Als gegen Ende des Spanischen Erbfolgekrieges wieder einmal französische Truppen in der Umgebung von Meisenheim einquartiert waren, erhielten die Franziskaner offenbar durch den Bischof von Metz die Anordnung, die Schlosskirche in Besitz zu nehmen. Da das einen Eingriff in die schwedische Souveränität über das Herzogtum Zweibrücken bedeutet hätte, wandten sich die Pfarrer an den zweibrückischen Amtmann Ehrentrauth um Schutz, der auch gewährt wurde.[99]

Erst nach dem Ende des Spanischen Erbfolgekrieges und dem Tode Ludwigs XIV., des ideellen Paten der Gegenreformation, scheint in diesen Fragen ganz allmählich Ruhe eingekehrt zu sein – die letzte Bestätigung der Regeln über Mischehen und Kindererziehung datiert von 1718,[100] der letzte Anlass für die reformierte Gemeinde zur Befürchtung, die Katholiken könnten die Schlosskirche besetzen, von Fronleichnam 1730,[101] gegen Ende der Regierungszeit des katholischen Herzogs Gustav Samuel. –

Auch das Verhältnis zwischen den beiden evangelischen Konfessionen blieb nicht konfliktfrei. Nach dem Frieden von Rijswijk und der Übernahme der vollen Regierungsgewalt durch Schweden begann sich die Tatsache verstärkt auszuwirken, dass der Landesherr des vornehmlich calvinistischen Landes Lutheraner war. Der schwedische Gouverneur Graf Gabriel Turesson Oxenstierna[102] „betrieb gemäß dem königlichen Befehl eine gemäßigte und auf Ausgleich bedachte Religionspolitik. Persönlich neigte er eher zu einer Bevorzugung des Luthertums und machte aus seiner Abneigung gegen den Calvinismus nie ein Hehl. Von der Überzeugung durchdrungen, daß die Konfession des Landesherrn als die vorrangige im Lande anzusehen sei, trug er während seiner ganzen Amtszeit zu einer einseitigen Förderung der Augsburgischen Konfession bei und empfand die Reformierten stets als hemmende Faktoren seiner Politik."[103]

Die reformierten Geistlichen reagierten besorgt und legten 1699 dem Gouvernement ein Memorandum vor, in dem sie zu bedenken gaben, dass „nichts die

---

[97] COERPER 1880, S. 48 f
[98] ebenda, S. 52
[99] ebenda, S. 55 ff
[100] SCHLAGER 1907, S. 135
[101] COERPER 1880, S. 59
[102] Er leitete die Regierung des Herzogtums von 1697 bis 1707.
[103] KINZINGER 1988, S. 549

Gemüther der Menschen nehr afficirt als die Verändterung und Newerung in Religionssachen, sie geschehen gleich in Kirchen oder Schulen.[104]

Konfliktträchtige „Newerungen" ergaben sich in vier Bereichen. Die wachsenden lutherischen Gemeinden benötigten Gotteshäuser: In Meisenheim wurde ihnen schon 1683 unter der Statthalterschaft des lutherischen Christian von Pfalz-Birkenfeld und gegen den Protest der reformierten Geistlichkeit[105] im „Stephansstock" des Meisenheimer Schlosses ein geräumiger Saal für den Gottesdienst zur Verfügung gestellt, den sie bis zum Brand des Schlosses 1734 nutzen konnten.[106]

Die Lutheraner verfügten als „Nachzügler" noch nicht über Kirchenvermögen und benötigten Geld zur Besoldung ihrer Pfarrer und zum Aufbau eines eigenen Schulwesens: Erst unter der Regierung Gustav Samuels bekamen sie „zur besseren Unterhaltung ihrer Kirchen- und Schuldiener so lange, bis sie anderwärts ein Fundum zuwege bringen können"[107] einen Teil der reformierten Geld- und Naturaleinkünfte zugewiesen.

Auch im Zusammenhang mit der Leitung des Gymnasiums, das bis 1706 in Meisenheim untergebracht war, trat öfter Streit auf,[108] der erst allmählich beigelegt werden konnte. Seit 1720 war der zunächst paritätisch besetzte „Lehrkörper ausschließlich reformiert, die Schüler lutherisch und reformiert. (Das Gymnasium) unterstand bis 1747 der Aufsicht des reformierten Konsistoriums, von 1747 an der neu gebildeten Schulkommission, die aus Vertretern der beiden protestantischen Konfessionen bestand."[109]

Alle Konfessionen wollten bei der Besetzung der Beamtenstellen angemessen berücksichtigt werden, und die Reformierten sahen mit Sorge, dass frei werdende Positionen in den Oberämtern und der Regierung unter Oxenstierna und Stralenheim vornehmlich mit Lutherischen,[110] unter Gustav Samuel dann mit Katholiken besetzt wurden. Dieser Konflikt ist erst durch die Folgen der Französischen Revolution obsolet geworden.

Es ist deutlich zu erkennen, dass in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts zwischen religiösen, wirtschaftlichen und machtpolitischen Fragen eine Verbindung entstanden war, die bei vielen Beteiligten erbitterte Reaktionen verursachte. Eine Folge dieser Vermengung war die Empfänglichkeit mancher Menschen für den von Hessen in das Herzogtum Pfalz-Zweibrücken einströmenden Pietismus.[111] Sie lehnten die enge Verbindung von Kirche und Staatsmacht ab und suchten neue Formen der Frömmigkeit in kleinen Kreisen, den „Konventikeln". Auch reformierte Pfarrer wie Johann Gabriel Sprenger in Meisenheim neigten dieser Bewegung zu.

---

[104] zit. n. ebenda, S. 546

[105] ebenda, S. 209

[106] LURZ 1987, S. 205

[107] zit. n. SCHAFFNER 1938, S. 25

[108] LEHMANN 1867, S. 459

[109] **Herrmann**, Hans-Walter: Der Kleinstaat des 18. Jahrhunderts. In: **Hoppstädter**, Kurt und **Herrmann**, Hans-Walter (Hg.): Geschichtliche Landeskunde des Saarlandes. Band 1: Vom Faustkeil zum Förderturm. Saarbrücken 1978, S. 266 – 309 [HERRMANN KLEINSTAAT], hier S. 293

[110] KINZIGER 1988, S. 546 ff und S. 761 ff

[111] ebenda, S. 768 ff

„Zwischen 1715 und 1718 […] erhielt der Pietismus beachtlichen Zulauf. … Seine separatistische Ideologie war um so gefährlicher, als sie die landesherrliche Autorität untergrub und einen Keil zwischen die staatlichen Instanzen und die Bevölkerung trieb. Sie sagte jeder Form von Orthodoxie und Institutionalismus den Kampf an und stellte sowohl die staatliche als auch die kirchliche Obrigkeit in Frage. […] Die Gouvernementsregierung konnte sich nun nicht mehr abwartend verhalten. Sie sah die protestantische Lehre und Orthodoxie bedroht und das kirchliche Leben durch die Konventikel und das Laienpredigertum gefährdet. […] Am 4. Juli 1716 verabschiedete die Gouvernementsregierung ein Edikt, das sich gegen die separatistische Strömung des radikalen Pietismus wandte. Sie verbot darin die heimlichen Konventikel und die Einführung pietistischer Bücher im Fürstentum. Personen, die man als ‚Separatisten' überführt hatte, sollten öffentlich ihre Zugehörigkeit zu der Glaubensrichtung widerrufen oder im Weigerungsfalle das Land verlassen."[112]

Trotz dieses scharfen Vorgehens konnte die Staatsgewalt den Pietismus lediglich aus der Öffentlichkeit verdrängen, nicht aber unterdrücken. Im Jahre 1730 ließ Herzog Gustav Samuel dem Oberkonsistorium, den Oberämtern und der Geistlichen Güterverwaltung eine Verfügung zukommen:

„Es ist uns die sichere Nachricht zugekommen, wassmassen die sog. Separatisten seit einiger Zeit in hiesiger und übrigen Stätten, auch verschiedenen Dorffschafften unseres Fürstenthumbs offentliche Versamblung in ihren Hausern halten, junge und alte auch die Kinder gegen den Willen ihrer Eltern ahn sich ziehen thun. Wann nu dergleichen der Policey zuwieder lauffende Assemblées vor sich selbsten sträfflich und verbotten seind, auch zu gefährlich Suiten Anlass geben möchten, alss ist unser gndst. Befehl, dass selbige hienkünfftig unterbleiben, und ihr durch die bestelte Pfarrer bey versambleter Gemeinde auff denen Cantzlen unseren Unterthanen dieses ernstliche Verbott mit dem Anhang verkünden sollet, dass zwar jedem in seinem Hauss mit den seinigem zu betten erlaubet, demselben aber bey Straff der Landes Verweissung untersaget werde, Frembde auffzunehmen oder zu erfordern."[113]

Das zur Publikation der Verfügung aufgeforderte Oberkonsistorium mahnte dagegen zur Toleranz. Diese Privatversammlungen seien gut und nützlich und gäben zu keinerlei schädlicher Unordnung Anlass. Der Herzog möge den Befehl zur Kanzelverkündigung zurücknehmen, was dieser keineswegs tat, er reagierte ungnädig. Auf den ersten Blick erscheint es verwunderlich, dass der katholische Herzog sich solche Sorgen machte wegen einer Entwicklung, die fast ausschließlich die beiden protestantischen Konfessionen betraf. Aber in seiner Antwort an die evangelischen Pastoren wurde sehr deutlich, worum es *eigentlich* ging. Der Herzog stellte nämlich drei eher rhetorische Fragen, deren dritte lautete: „Solte nicht eine grosse Unordnung entstehen, wenn mann sich auff eine Gewissensfreyheit wolte beruffen und ein Regent nicht viel vor Gott zu verantworten hätte, dergleichen zu gestatten und

---

[112] ebenda

[113] Zit. n. **Koch**, Walther: Der Pietismus im Herzogtum Pfalz-Zweibrücken in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts (Der Kampf um Gewissensfreiheit und Toleranz) In: BPfKG 34 (1967) [KOCH 1967] S. 1 – 159, hier S. 83

auffkommen zu lassen, wordurch ungezweiffelt erfolgen nüsste: quot Capita, tot Sensus *(vieviel Köpfe, soviel Meinungen, U.S.).*"[114]

Jedenfalls lebten in Meisenheim auch im Jahre 1793, als schon die Truppen der Französischen Revolution im Lande standen, noch einige wenige Pietisten. In einem von der nach Mannheim geflüchteten Landesherrschaft angeforderten Bericht[115] über die Zustände in Meisenheim erwähnte der Bürgermeister nach den Reformierten, Lutheranern, Katholiken, Mennoniten und Juden: „Zwey Häußer sind noch hier, deren Einwohner sich zur Pietischen Secte bekennen, werden aber wohl aussterben."

Man fragt sich, warum zwei Jahrhunderte nach der Reformation konfessionelle Differenzen abermals so aggressiv zum Ausbruch kamen – eine mögliche Antwort sieht Carl Peter Adams in dem Gegensatz von absolutistischem *Herrschaftsanspruch* in Politik und Religion einerseits und der geistigen *Emanzipation* der Menschen im Zeitalter der Aufklärung andererseits:

„Die auffällige Emotionalität, in der der Konfessionsstreit in Meisenheim ausgetragen wurde, findet neben der von außerkirchlichen Interessen gewährten Stützung ihre Erklärung in der Unsicherheit, die sich vom Widerspruch zwischen der alten kirchlichen Ordnung und dem absolutistischen Herrschaftsanspruch her ergab. Die Zeit war reif geworden, die selbstbewußt werdenden Menschen das Maß der Bevormundung erkennen und bedenken zu lassen, dem sie in Glauben, Kirche und privatem Leben, in Gesellschafts- und Gemeinschaftsleben sich zu beugen hatten."[116]

Friedlichere Zeiten für Meisenheim

Der Brand des Schlosses ereignete sich schon in der kurzen Regierungszeit Herzog Christians III. Zur Regierung Herzog Gustav Samuels ist nachzutragen, dass der aus persönlich-politischen Gründen (er hoffte auf eine Versorgung durch den Wiener Hof; der Papst übernahm nach seiner Konversion im Oktober 1696 seine Schulden[117]) zum Katholizismus konvertierte Fürst als eine seiner ersten Regierungsmaßnahmen Religionsfreiheit für alle drei christlichen Konfessionen verkündete[118] (wenn er dann auch in der praktischen Politik Katholiken bevorzugte) und den schon erwähnten Vergleich zwischen den Reformierten und den Lutheranern vermittelte. Auch die Katholiken bekamen 500 Gulden Zuschuss für die Besoldung ihrer Geistlichen.[119] Gustav Samuel erweist sich damit und mit seinen Bemühungen[120] „um eine weitere Heilung der Wunden, die das voraufgegangene kriegerische

---

[114] KOCH 1967, S. 88

[115] Im Einzelnen besprochen im nächsten Kapitel

[116] ADAMS 1978, S. 63

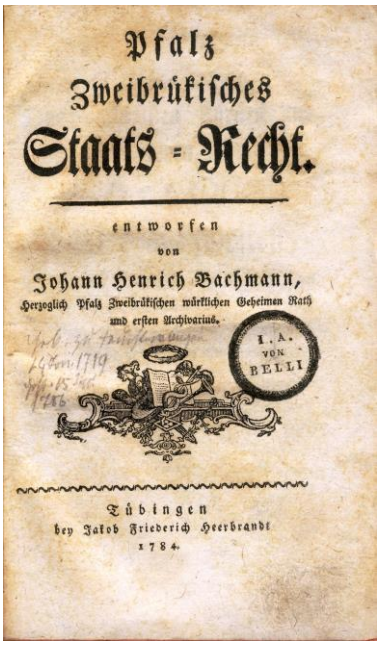
[117] **Baumann**, Kurt: Die Lebensgeschichte der Luise Dorothea Hoffmann aus Saarbrücken (1700 – 1745). In: BAUMANN 1984, S. 121 – 138, hier S. 125

[118] HERRMANN, PFALZ-ZWEIBRÜCKEN, S. 369

[119] AMMERICH 1981, S. 97

[120] Einzelheiten über Wirtschaft, Verwaltung und Justiz siehe folgendes Kapitel.

Jahrhundert dem Lande geschlagen hatte,“[121] als Vertreter des Aufgeklärten Absolutismus.



Pfalz
Zweibrükisches
Staats - Recht.

entworfen
von
Johann Henrich Bachmann,
Herzoglich Pfalz Zweibrükischen würklichen Geheimen Raths
und ersten Archivarius.

I. A.
VON
BELLI

Tübingen
bey Jakob Friederich Heerbrandt
1784.

Herzog Christian IV. (1735 – 1775) gilt als typischer Vertreter des „Aufgeklärten Absolutismus“ in Pfalz-Zweibrücken. Das von J. H. Bachmann kodifizierte Staatsrecht bildet gewissermaßen die Verfassung des Aufgeklärten Absolutismus.

Die Geschichtswissenschaft grenzt diese Regierungsweise des 18. Jahrhunderts als etwas Eigenständiges gegen den Absolutismus des 16./17. Jahrhunderts ab. Vereinfacht, aber doch treffend ließe sich der Unterschied mit zwei Aussagen zum Herrscher-Selbstverständnis kennzeichnen: « L’état, c’est moi »[122] hat König Ludwig XIV. von Frankreich (1643 – 1715) vermutlich nie gesagt, er *könnte* aber damit seine Herrschaftspraxis recht genau beschrieben haben: Militärische Machtentfaltung und kultureller Glanz, die den Monarchen erhöhten, und die wirtschafts- und infrastrukturpolitischen Maßnahmen, die die Voraussetzung dafür waren, die Konzentration der Macht beim Monarchen und damit die Beendigung des adligen Fehderechts kamen indirekt auch dem Staat und seinen Bewohnern zugute. „Ich bin der erste Diener meines Staates“, hat König Friedrich II. (1740 – 1786) von Brandenburg-Preußen *tatsächlich* gesagt: Fleiß, Gesittung, Sicherheit und Wohlstand des Volkes zu heben, war die Aufgabe des Königs, der aus dieser Verpflichtung dann auch das Recht zu sehr weitgehender Bevormundung[123] der Untertanen ableitete.

---

[121] HERRMANN, PFALZ-ZWEIBRÜCKEN, ebenda

[122] „Der Staat bin ich.“

[123] So berichtet der pfalz-zweibrückische Kammerdirektor Schimper an den Land- und Kammerrat Freiherrn von Hohenthal: „Man befindet sich öfters in dem Fall, daß man den Bauern zu seinem Besten zwingen muß hierinnen sind aber andere anderer Meinung

Es sind gar nicht wenige europäische Fürsten, die sich dem Ethos des Aufgeklärten Absolutismus in dieser Epoche vor der Großen Revolution verpflichtet fühlten, an denen aber auch die letztliche Beschränktheit eines Regierungssystems deutlich wird, in dem Wohl und Wehe eines Landes und seiner Menschen von den intellektuellen und moralischen Qualitäten eines Einzelnen abhängig waren.[124]

Pfalz-Zweibrücken und damit auch Meisenheim haben das Glück gehabt, dass sich drei von den vier Herzögen der Zeit zwischen dem Ende der schwedischen Episode (1718 mit dem Tode Karls XII.) und dem Ende des *ancien régime* (1794 mit dem Einrücken der französischen Revolutionstruppen im Ersten Koalitionskrieg) diesem Selbstverständnis verpflichtet fühlten – der letzte Herzog, Karl II. August,[125] hat dann mit seiner alle finanzielle Vernunft sprengenden, maßlosen Bauwut und seiner höfischen Günstlingswirtschaft die historische Überlebtheit des Absolutismus noch einmal anschaulich bewiesen.

Gustav Samuel war trotz guten Willens keine „Persönlichkeit, von der starke Impulse ausgingen",[126] was sicher auch daran lag, dass seine Eheangelegenheiten[127] einen großen Teil seiner Aufmerksamkeit verschlangen. Er hinterließ keine Kinder, und damit stand zum letzten Mal in der Geschichte des Herzogtums ein Wechsel zu einer weiteren wittelsbachischen Nebenlinie an.

„Schon zu [Gustav Samuels] Lebzeiten wurde seine Nachfolge diskutiert. Ansprüche erhoben die Linie Pfalz-Neuburg, die seit 1685 in der Kurpfalz regierte, und die Linie Pfalz-Birkenfeld. Die Rechtslage war nicht ganz eindeutig, je nachdem ob sich die Parteien auf das Testament des Herzogs Alexander oder auf die Erbfolge-Ordnung Herzog Wolfgangs stützten. Konfessionelle und politische Überlegungen waren in die erbrechtlichen verwoben. Die katholischen Neuburger waren mit dem habsburgischen Kaiserhaus verwandt und politisch auf dessen Linie eingeschwenkt. Der protestantische Pfalzgraf Christian III. von Birkenfeld konnte

---

und glauben, ein jeder tue von selbsten, was Ihme am Verträglichsten seie, dergleichen Leute aber kennen das Landvolk wenig, und wissen nicht was Vorurteil und die Weise der Väter bei einem unverständigen Bauersmann vor ein Tyrann seie." Zit. n. AMMERICH 1981, S. 90, Anm. 73

[124] Vgl. **Aretin**, Karl Otmar Freiherr von: Vom Deutschen Reich zum Deutschen Bund. Göttingen 1983 [ARETIN 1983], S. 26: „Der Aufgeklärte Absolutismus als europäische Erscheinung hat daher von den preußischen und später von den österreichischen Reformen wichtige Impulse empfangen. Er schien die Verwirklichung dessen zu sein, was die Physiokraten unter dem ‚despot éclairé' verstanden. Dieser aufgeklärte Despot sollte seine despotische Gerwalt dazu benutzen, sein Land von den feudalistischen Strukturen zu befreien und im Sinne der Aufklärung in einen rational aufgebauten Staat zu verwandeln. Das war, ganz zu Ende gedacht, ein Programm auf Zeit, denn irgendwann mußte der Moment eintreten, wo die aufgeklärte Gesellschaft das absolutistische Regiment nicht mehr ertragen konnte."

[125] Vgl. **Baumann**, Kurt: Herzog Karl August II. von Pfalz-Zweibrücken. In: BAUMANN 1984, S. 139 - 164

[126] HERRMANN, PFALZ-ZWEIBRÜCKEN, S. 369

[127] Seit 1707 verheiratet mit der zwölf Jahre älteren Pfalzgräfin Dorothea von Veldenz, hatte er 1722, noch vor Auflösung seiner ersten Ehe, die Saarbrücker Barbierstochter Luise Dorothea Hoffmann geehelicht. Vgl. **Baumann**, Kurt: Die Lebensgeschichte der Luise Dorothea Hoffmann aus Saarbrücken (1700 – 1745). In: BAUMANN 1984, S. 121 – 138

als Graf von Rappoltstein[128] und als französischer Generalleutnant[129] mit Unterstützung des Versailler Hofes rechnen."[130]

Nach dem Tode Gustav Samuels dauerte es daher drei Jahre, in denen das Herzogtum unter Sequesterverwaltung (vorläufig treuhänderische Verwaltung) stand, bis die Sache entschieden war und im April 1734 Christian III. von Pfalz-Birkenfeld die Regierung antreten konnte, damit „hatte […] Frankreich einen folgenreichen Sieg errungen."[131] Allerdings starb er schon im Februar des folgenden Jahres. Seine Witwe Karoline führte für den erst zwölfjährigen Sohn Christian IV. sieben Jahre die Vormundschaft; im Dezember 1740, mit 18 Jahren, begann er seine selbständige Regierung.

Die Zeit Christians IV. gilt als die „große Zeit"[132] Pfalz-Zweibrückens, das ganz in den Bann der französischen Politik, des Hofes von Versailles und seiner Subsidien geriet. Das hatte nicht zuletzt etwas mit den Zukunftsaussichten der Zweibrücker Herzöge zu tun. Von den vielen Seiten- und Nebenlinien der *Pfälzer* Wittelsbacher waren noch zwei übrig geblieben: die Pfalz-Neuburger, die seit 1685 in den Kurlanden regierten, und die Pfalz-Birkenfelder in Zweibrücken. Der letzte Kurfürst von der Pfalz, Karl Theodor, war kinderlos, und das gleiche galt für das Haupt des anderen, des *bayerischen* Zweiges der Familie – auch Max III. Joseph, Kurfürst von Bayern, hatte keine Leibeserben; nach beider Tod würden ihre Länder, den Haus- und Erbverträgen gemäß, an den letzten verbliebenen Wittelsbacher, eben den Herzog von Zweibrücken fallen, nur *wann* das sein würde,[133] war noch ungewiss. Die Gesandtschaft, die die französische Regierung seit 1756 in Zweibrücken unterhielt, galt also weniger dem Souverän des kleinen Ländchens als dem mutmaßlichen Erben zweier deutscher Kurfürstentümer: Bayerns und der Pfalz.[134]

„Mit der selbständigen Regierung Christians IV. beginnt jene Periode der zweibrückischen Geschichte, die das Herzogtum auf eine bisher nicht erreichte kulturelle Höhe hob und den Zweibrücker Hof zu einem der kunstsinnigsten im deutscheu Südwesten werden ließ, eine Periode, die trotz deutlich erkennbarer sozialer Schwächen noch heute ihre Bewunderer findet. Infolge der umsichtigen Förderung von Landwirtschaft, Gewerbe und Handel und aus den Subsidienverträgen mit Frankreich flossen dem Herzog die Mittel zu, um seine musischen Neigungen zu verwirk-

---

[128] Im Elsass (Ribeaupierre)

[129] Die Pfalzgrafen von Birkenfeld waren Inhaber des Regiments « Royal Alsace » und blieben es bis zum Untergang der französischen Monarchie.

[130] HERRMANN, PFALZ-ZWEIBRÜCKEN, S. 369

[131] BAUMANN 1984, S. 58

[132] **Schuler**, Max: Zweibrückens große Zeit im 18. Jahrhundert. In: Zweibrücken 600 Jahre Stadt. Zweibrücken 1952, S. 120 - 131

[133] Max III. Joseph starb Ende 1777. Damit vereinigte Karl Theodor die Kurpfalz und Bayern in seiner Hand. Als dieser 1799 starb, war der durch die Folgen der Französischen Revolution landlos gewordene Herzog Max Joseph von Pfalz-Zweibrücken der Gesamterbe und wurde als Maximilian IV. Joseph 1806 König von Bayern einschließlich der Pfalz. Nur betraf das unser Gebiet nach dem Ergebnis des ersten Koalitionskrieges nicht mehr.

[134] BAUMANN 1984, S. 57 ff

lichen und Baukunst und Malerei, Dichtkunst und Musik an seinem Hof eine Heimstatt zu geben."[135]

Typisch für die Zeit des aufgeklärten Absolutismus waren die Versuche, die ewig knappen Kassen durch die Kunst des Goldmachens zu füllen. Auch am Zweibrücker Hof Christians gab es diese Alchimisten, von denen meistens schwer zu sagen ist, ob sie Scharlatane und bewusste Betrüger waren oder an die Erfolgschancen ihrer Experimente glaubten. Einer von ihnen war…„der in Kirn als Quacksalber tätige Michael Stahl, der über Meisenheim nach Zweibrücken gekommen war. Er wurde vom Herzog gleich zum Physikus ernannt und begann so…seine alchimistische Tätigkeit. […] Mittlerweile war Stahl auch zum Leiter der Erz- und Kohlengruben im Herzogtum ernannt worden; das Ausschmelzen von Erzen wurde unternommen, außerdem die Herstellung eines von ihm erfundenen Kunstdüngers, die Fabrikation von Glas – die Reiffelbacher Glashütte stand an der Spitze – und das Verfahren, aus Schwefelkies Gold herzustellen. Der Erfolg des letzteren war logischerweise gleich Null und das Experimentieren verschlang Unsumme Geldes, das meistens in der eigenen Tasche Stahls verschwand."[136]

Nach Christians Tod sollte Stahl der Prozess gemacht werden, dem er sich aber durch Umzug nach Kreuznach entzog. Seine Bergwerksanteile wurden in Meisenheim versteigert.[137]

Christian verbanden nicht nur politische Gründe mit Frankreich, er pflegte seit 1750 auch persönlich freundschaftliche Beziehungen zu Ludwig XV. und dessen Mätresse Madame Pompadour und hielt sich jedes Jahr für längere Zeit in seinem Palais, dem « Hôtel de Deux-Ponts » in Paris auf. „Man hätte glauben können", schrieb der Hofmaler Mannlich in seinen Lebenserinnerungen, „daß Zweibrücken nur vier Meilen von Paris entfernt sei."[138]

Meisenheim allerdings geriet, da der Hof seit 1699 nur noch in Zweibrücken weilte, das mit einer nach damaligen Maßstäben modernen Regierungsorganisation[139] wirkliche Hauptstadtfunktionen übernahm und auch kulturell dominierte, ein wenig in den Schatten, obwohl auch hier etwa in der Person des Architekten Philipp Heinrich Hellermann (1728-1808) oder den Mitgliedern der Schreinerfamilie Schmidt, für deren Arbeiten die Kunstgeschichte sogar den Begriff „Meisenheimer Barock"[140] geprägt hat, künstlerisch bedeutende Persönlichkeiten vorhanden waren. Sie wirkten zusammen beim Bau der lutherischen Kirche (dem heutigen Gemeindehaus an der Rathausgasse).

Der lutherischen Gemeinde, die, wie erwähnt, mit der schwedischen Verwaltung entstanden war, fehlte ein geeigneter Andachtsort. Daher „wurde ihnen 1683 der Saal im Stephansstock des Schlosses zur Verfügung gestellt. […] Nach der Einäscherung des Schlosses 1734 diente der Steinerne Stock bis 1771 als Gottes-

---

135 HERRMANN, PFALZ-ZWEIBRÜCKEN, S. 370

136 **„B."**. Alchimist, Goldmacher, Spiritist, Oberbergdirektor und – Schwindler. Meisenheimer Prozeßakten über den Alchimisten Stahl. Allgemeiner Anzeiger 28. 11. 1956

137 ebenda

138 zit. n. BAUMANN 1984, S. 58

139 Vgl. AMMERICH 1981, passim, bes. S. 207 ff

140 DRESCHER NLK 1968, S. 85

haus."[141] Der dortige Raum reichte für die wachsende Gemeinde nicht aus – zunächst war vorgesehen, das Gebäude im Schlosshof „zu einer Kirche [zu] aptiren",[142] doch dann entstand der Plan, den Platz an der Rathausgasse für einen Neubau zu nutzen.

„Der Mann, der mit fast schwärmerischer Begeisterung in mehreren Denkschriften dem Herzog vorschlug, als Symbol der Toleranz in Meisenheim einen ‚Dreiklang' der Kirchen zu schaffen, die gleich weit voneinander entfernt, das Stadtbild mit ihren Türmen beherrschen sollten, war der damalige lutherische Pfarrer Johann Nikolaus Goetz. Der Rokokodichter, der unter dem Namen ‚Winterburger Nachtigall' in die deutsche Geistesgeschichte eingegangen ist, wohnte von 1754-1761 in dem ehemaligen lutherischen Pfarrhaus."[143]

Herzog Christian IV., obwohl selber aus politischen Gründen zum Katholizismus konvertiert, genehmigte als „Kind der Aufklärung"[144] den Namen „Christianskirche" für den lutherischen Neubau. Dass Goetz' „schwärmerische Begeisterung" für die Toleranz nicht unbegründet war, zeigt der Festzug[145] anlässlich der Grundsteinlegung im Oktober 1761: Neben den Schulkindern an der Spitze, Vertretern der Regierung und städtischer Prominenz nahmen auch Geistliche *aller drei* Konfessionen daran teil. Weil man zum Bau der neuen die Einrichtung der alten Kirche mit Stühlen und Bodenplatten verwenden wollte,[146] fanden in der Übergangszeit die lutherischen Gottesdienste ebenfalls in der reformierten Schlosskirche statt. Im November 1771 wurde der Neubau eingeweiht. Der heutige Besucher Meisenheims kann sich am besten vom Hang des Liebfrauenberges östlich der Stadt aus vom Gelingen des „Dreiklanges" überzeugen. –

Da die aus Christians IV. Ehe mit einer zur Gräfin von Forbach erhobenen französischen Tänzerin hervorgegangenen Kinder nicht erbberechtigt waren, ging nach seinem Tode (1775) die Regierung auf seinen Neffen Karl II. August über. „Eine zuweilen unglückliche Hand bei der Auswahl seiner Beamten und Ratgeber ließ bei Hofe die Günstlings- und Mißwirtschaft einreißen, […] Seine Bau- und Sammellust, die sich am deutlichsten in der weitläufigen Schloßanlage auf dem Karlsberg östlich von Homburg und ihrer reichen Innenausstattung manifestierte, läßt eine Maßlosigkeit erkennen, wie sie im folgenden Jahrhundert bei einem anderen Wittelsbacher, König Ludwig II. von Bayern, eklatant werden sollte. Wenn auch das Urteil Kurt Baumanns – ‚ein erblich belasteter und durch eine falsche Erziehung in seiner charakterlichen Entwicklung fehlgeleiteter Psychopath' - vielleicht zu hart ist, so fehlte Karl August trotz bezeugter Milde doch gänzlich die an seinem Vorgänger so gelobte Liebenswürdigkeit, aus Argwohn und Mißtrauen ließ er sich oft zu unbedachten Handlungen hinreißen."[147]

---

[141] ANTHES, MH 4, S. 10 f

[142] Zit. n. ZIMMERMANN 1985, S. 271

[143] **Drescher**, Karl-Heinz: Meisenheim am Glan. Ein Gang durch Jahrhunderte. Hg. durch die Sparkasse Bad Kreuznach. Bad Kreuznach 1974 [DRESCHER 1974], S. 28

[144] **Bayern**, Adalbert Prinz von: Die Familie Zweibrücken-Forbach. In: Zweibrücken 600 Jahre Stadt, S. 110

[145] LURZ 1987, S. 175

[146] ebenda

[147] HERRMANN, PFALZ-ZWEIBRÜCKEN, S. 370 f

In der Gestalt des Herzogs, der sich um die Regierungsgeschäfte nicht kümmerte, skrupellose Höflinge sich bereichern ließ, in den Traumwelten seines mit mehr Hunden als Menschen bevölkerten (weswegen ihm die Leute den wenig freundlichen Namen „Hundskarl" beilegten) Märchenschlosses verschwand, der die gemeinsamen Bemühungen seiner adligen und bürgerlich-gelehrten Räte, das Herzogtum einigermaßen in Ordnung zu halten, zum Scheitern verurteilte und seinem Land Schulden von 8 – 9 Millionen Gulden[148] hinterließ, zeigte sich drastisch die Überlebtheit des absolutistischen Zeitalters und die Notwendigkeit der kommenden großen Umwälzung. Als nach der Hinrichtung König Ludwigs XVI. (21. 1. 1793) französische Revolutionstruppen gegen die Westpfalz vorrückten, ließ man die Kostbarkeiten des Karlsberg-Schlosses verpacken und vorsorglich an den kurpfälzischen Hof nach Mannheim schicken; als ein Bauer das Heranrücken der Franzosen meldete, ergriff am 9. Februar abends um 10 Uhr die Hofgesellschaft in Panik die Flucht.[149] Die Regierung wurde im Frühsommer 1793 von Zweibrücken nach Meisenheim und im Dezember desselben Jahres nach Kastellaun auf dem Hunsrück verlegt.

Bevor wir uns aber mit den Folgen der Französischen Revolution für Meisenheim befassen, wollen wir einen Blick werfen auf einige langfristig wirksame Veränderungsprozesse in den Rahmenbedingungen des Alltags – im Rechts- und im Zunftwesen, in Handwerk und Landwirtschaft.

---

[148] **Baumann**, Kurt: Herzog Karl August II. von Pfalz-Zweibrücken. In: BAUMANN 1984, S. 163

[149] ebenda, S. 160

Die Rahmenbedingungen des Alltags bis zum Ende des Alten Reiches

Das Leben in einer Ackerbürgerstadt war auch in der Neuzeit noch am stärksten bestimmt durch den Rhythmus der Natur – Jahreszeiten und Wetter, Aussaat und Ernte, Verarbeitung und Verkauf dessen, was die Natur mal reichlich, mal kärglich als Früchte der menschlichen Arbeit bescherte, beherrschten den allergrößten Teil der Gedanken und des Tageslaufes der Meisenheimerinnen und Meisenheimer.

Aber wir haben in den letzten Kapiteln gesehen, dass die von Menschen gemachten Kriege das Alltagsleben allzu oft verheerender umwälzten als Naturkatastrophen. Die Versuche der Obrigkeit, in den prekären Friedenszeiten durch ihre Maßnahmen dem Alltag der Untertanen einen schützenden, ordnenden, u. U. erzieherischen und zum Aufbau des Gemeinwesens beitragenden Rahmen zu geben, also für das zu sorgen, was in der Zeit des Aufgeklärten Absolutismus „gute policey"[1] hieß, wirkten dagegen meist weniger einschneidend, waren aber langfristig vielleicht bedeutungsvoller.

Das Gerichtswesen

Um „gute policey" gewährleisten zu können, strebte der Souverän, also der Landesherr, danach, alle Staatsgewalten[2] in seinen Händen zu konzentrieren, den Willen des Fürsten zur Quelle aller staatlichen Tätigkeit zu machen. Dazu musste möglichst auch jeder Einfluss von außen – anderen Territorialfürsten oder Kaiser und Reich – abgewehrt werden. Das *privilegium de non evocando* (dass niemand aus den zweibrückischen Landen vor ein fremdes Gericht geladen werden durfte) hatte schon Herzog Stephan 1446 erhalten (s. o. *Das Haus Wittelsbach – Herzog Stephan*); das wichtigere *privilegium de non appellando* (dass gegen ein Urteil des Zweibrücker Hofgerichtes keine Berufung an ein Reichsgericht möglich sein sollte) bekam erst Christian IV. im Jahre 1764.[3] „Der Landesherr hat alle hohe, mittlere und niedere Gerichtsbarkeit in dem Herzogthum, soweit solches nicht unter der Französischen Hoheit stehet *(die Herrschaften Kleeburg und Bischweiler im Elsass, U.S.)*. Es kann niemand auf irgendeine Art einer Gerichtsbarkeit, wie die Namen hat, Anspruch machen, deme der Landesherr solche nicht ausdrücklich nachgegeben."[4]

Eine *unabhängige* Justiz war mit dieser Staatsauffassung unvereinbar, eine *vernünftig geordnete*, für den Recht suchenden Untertan verlässlich arbeitende war dagegen immerhin möglich. Die Versuche, die zahlreichen örtlichen Gewohnheitsrechte zu

---

[1] Der Begriff „Policey" umfasste im 18. Jahrhundert nicht nur die Sicherheits- und Kriminalpolizei, sondern die gesamte ordnende Exekutivtätigkeit. In den Begriffen „Baupolizei", „Gesundheitspolizei" u. ä. ist diese Betrachtungsweise heute noch aufbewahrt.

[2] Die Pluralform ‚*alle* Staatsgewalt*en*' ist streng genommen anachronistisch, denn das Werk, das die Lehre von den *drei unterschiedlichen* Staatsgewalten (und von der Gewaltenteilung) formulierte, Charles de Montesquieus « De l'esprit des lois », erschien erst 1748, d. h. zur Zeit der Regierung Herzog Christians IV.

[3] **Rose,** Monika: Das Gerichtswesen des Herzogtums Pfalz-Zweibrücken im 18. Jahrhundert. Frankfurt/M 1994 [ROSE 1994], S. 16

[4] BACHMANN 1784, § 189

vereinheitlichen, gehen im Herzogtum Pfalz-Zweibrücken zurück bis in die Zeit der Vormundschaft Pfalzgraf Ruprechts über Herzog Wolfgang. 1536 erschien die erste „Gerichtsordnung“,[5] die in einer revidierten Ausgabe von 1568 genauer als „Undergerichtsordnung“[6] bezeichnet wurde.[7] Wir müssen deren Entwicklung über die Fassungen von 1578 (nach dem Vorbild der Hinteren Grafschaft Sponheim) und 1657 bis zur letzten Kodifizierung durch Gustav Samuel 1722 nicht im Einzelnen verfolgen, es reicht, wenn wir den Zustand, der in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts erreicht war, skizzieren.

Die uns geläufige Unterscheidung zwischen Zivil- und Strafrecht, die dem Mittelalter völlig fremd gewesen war,[8] war zwar noch nicht vollständig systematisch ausgebildet, aber doch begrifflich vorhanden und dadurch gegeben, dass für die Ziviljustiz die Gerichtsordnungen Pfalz-Zweibrückens, für die Strafjustiz dagegen die „Peinliche Halsgerichtsordnung“ Kaiser Karls V. (s. u.) von 1532 angewandt wurden. Blicken wir zunächst auf den zivilrechtlichen Bereich.

„Die Gerichtsordnung von 1536 vereinheitlichte das Verfahren vor den Schöffengerichten und schuf einen neuen Instanzenzug. Die Schöffengerichte wurden zu Untergerichten, von denen aus an das Hofgericht als oberste Instanz appelliert werden konnte. Die sachliche Zuständigkeit der Untergerichte war ursprünglich umfassend, das heißt, sie erledigten sämtliche Zivilprozesse der Untertanen, die keinen privilegierten Gerichtsstand besaßen, ohne Rücksicht auf den Streitwert und die gesamte freiwillige Gerichtsbarkeit. Hinzu trat […] die Erledigung polizeilicher Aufgaben, denn zu den Justizangelegenheiten zählten neben der rechtsprechenden Tätigkeit ebenso die Aufgaben der allgemeinen Landesverwaltung. […] In den Städten übten die Stadtgerichte die niedere Gerichtsbarkeit in Zivilsachen durch Stadtschultheiß, Bürgermeister und Rat aus, wobei der Stadtschultheiß die Aufgabe besaß, die Rechtsprechung des Stadtgerichts zu leiten und den Magistrat zu kontrollieren.“[9]

---

[5] **Koch**, Walther: Zweibrücker Gerichtsordnungen in ihrer historischen Entwicklung. In: MHVPf 66 (1968) [KOCH 1968] S. 306 – 325. – Eine ausführliche Interpretation der ganzen Gerichtsordnung, Artikel für Artikel, bringt **Spieß**. Pirmin: Die Gerichtsordnung von 1536. In: **Konersmann**, Frank/ **Ammerich,** Hans (Hg.): Historische Regionalforschung im Aufbruch. Studien zur Geschichte des Herzogtums Pfalz-Zweibrücken anlässlich seines 600. Gründungsjubiläums. Speyer 2010, S. 247 - 272

[6] Daneben existierte die „Hofgerichtsordnung“ für das Obergericht in Zweibrücken, ROSE 1994, S. 20 ff; vgl. AMMERICH 1981, S. 63 ff. Da das Schultheißengericht in Meisenheim ein „Undergericht“ war, werden wir uns in erster Linie mit der Untergerichtsordnung zu befassen haben.

[7] KOCH 1968, S. 306 u. 319 f

[8] Im Mittelalter herrschte ursprünglich die Vorstellung, dass das Opfer einer Tat (oder dessen Angehörige) einen Schaden erlitten habe, der vom Täter (oder dessen Angehörigen) wieder gut zu machen sei: So war für die Tötung eines Menschen ein „Wergeld“ zu zahlen, das die Hinterbliebenen entschädigte – wenn sie denn klagten, denn „wo kein Kläger, da kein Richter“. Die Vorstellung, dass der Staat die Aufgabe habe, durch Bestrafung des Täters Verbrechen in der Zukunft vorzubeugen („Generalprävention“) und allgemein für den inneren (Rechts-) Frieden zu sorgen, entstand erst allmählich mit der absolutistischen Staatsauffassung.

[9] ROSE 1994, S. 34

Die unvollständige Trennung zwischen Judikative und Exekutive bewirkte allerdings, dass auch die (Ober-) Amtmänner von Fall zu Fall richterliche Funktionen ausübten, wodurch die städtischen Vertreter entmachtet und die erstinstanzlichen Zuständigkeiten unklar wurden. So hatten die Schultheißengerichte zwar vielfältige Aufgaben, aber keine eindeutigen, von den Oberämtern abgegrenzte Zuständigkeiten:

„Ihre *[der Schultheißengerichte]* Gerichtsbarkeit schränckt sich bei der Handhabung der Dorfs-Ordnung, kleinen Schuld- auch Injurien-Klagen so von keinem grosen Belang sind, Handhabung der Polizei-Verordnungen, Ausführung der Herrschaftlichen Befehle, Erheb- und Beitreibung der Schazung und anderer Herrschaftlicher Gelder, Aufsicht über Weg und Steg und d. gl. m. ein. […] In den Städten hat der Schultheis, Burgermeister und Rath die niedere Gerichtsbarkeit […] Beede, die Stadt und Land-Schultheisen stehen unter denen Ober- und respektive Ämtern, und wird von ihren Urteilen an dieselbe appellirt. […*Es*] hat das Oberamt in Bürgerlichen Angelegenheiten eine konkurrirende Gerichtsbarkeit mit dem Stadt-Rath, und stehet dem Kläger frei, ob er gegen einen Bürger in erster Instanz bei dem Ober-Amt oder beim Stadt-Rath klagen will. Doch stehet auch dem Ober-Amt frei, ob es die Klage annehmen, oder den Kläger an den Stadt-Rath verweisen will.“[10]

Wenn man dieses Hin und Her der Zuständigkeiten betrachtet, wundert es einen nicht, dass die Rechtsprechung schleppend voranging – alle Neuauflagen der Gerichtsordnungen mahnten in ihren Vorworten eine Beschleunigung[11] und Straffung der Verfahren an, offenbar mit geringem Erfolg. Die Verzögerung mancher Prozesse resultierte auch aus dem Mangel an ausgebildetem Personal – Schöffen und Schultheißen waren keine Juristen, ein großer Teil der Kläger und Beklagten war des Lesens und Schreibens nicht kundig und musste die Hilfe von nicht immer qualifizierten Fürsprechern in Anspruch nehmen. Über die Folgen klagte u. a. eine Verordnung vom 12. März 1726:

„Demnach in hiesigem Ober=Ambt die übele Gewohnheit eingeschlichen, daß fast die meiste Kauff= und Tausch=Briefe, Transactionen, Ehe=Beredungen, Einkindschaften, Donationen, Schuld= und Pfand auch andere Verschreibungen durch solche Leuthe bishero verfertigt worden, welche solche nicht verstanden, und öfters kaum ein wenig lesen und schreiben können, dadurch aber zu sonderbarem Nachtheil der Unterthanen so viele gerichtliche Process veranlasset worden, daß das Ober=Ambt solche fast nicht mehr besorgen können.“[12]

Von den Untergerichten waren Berufungen nur bei einem Streitwert über 10 Gulden möglich; Berufungsinstanz war das nur zweimal im Jahr tagende Hofgericht; „die oberste Justizbehörde des Fürstentums.“[13] Das Hofgericht konnte aber auch in erster Instanz tätig werden, wenn ein Schultheißengericht oder ein Oberamt die Sache weitergeleitet hatte. Nach der Erlangung des *privilegium de non appellando*[14]

---

[10] BACHMANN 1784, § 189

[11] ROSE 1994, S. 100 ff

[12] Zit. n. ebenda, S. 102

[13] AMMERICH 1981, S. 71

[14] Das Privileg kostete das Herzogtum 5.000 Gulden, von denen das Oberamt Meisenheim anteilig 1443 Gulden, 13 Batzen, 8 Kreuzer aufzubringen hatte.

1764 wurde noch ein Oberappellationsgericht nötig; der Streitwert für die Anrufung dieser Instanz betrug 600 Gulden.

Das war eine Summe, die die „Alltagsstreitigkeiten" der Meisenheimer – Unstimmigkeiten beim Kauf und Verkauf von Grundstücken, Häusern oder Handwerksprodukten, Schäden durch unbeaufsichtigtes Vieh oder übergelaufene Dunggruben, Erbauseinandersetzungen, versäumte Zahlungsfristen bei Darlehen oder Mietzins und dergleichen[15] – äußerst selten erreicht haben werden. Eine Durchsicht der Judicialprotokolle[16] ergab, dass der Streitwert in der größten Zahl der Fälle zwischen 10 und 30 fl lag, in vielen Fälle auch darunter; Streitwerte im dreistelligen Bereich blieben die sehr seltene Ausnahme. „Frevel", also Kriminalstrafen nach unserer heutigen Begrifflichkeit wurden hauptsächlich wegen Trunkenheit und Körperverletzung, Verleumdung, Beleidigung und übler Nachrede, auch wegen Diebstahl und Hehlerei verhängt.

Neben den Schultheißengerichten gab es noch eine Sondergerichtsbarkeit:[17] Für die Aufrechterhaltung der landesherrlichen Forst- und Jagdrechte hatte das Oberforstamt gerichtliche Kompetenzen: „Höhere Forst-Verbrechen, als Wild-Dieberei, Brand u. d. gl. werden bei einer Forst-Kommission, welche aus einem Justitiario, Aktuario, und einem Deputirten des Ober-Forstamtes bestehet, instruiret;"[18] für alle rechtlichen Angelegenheiten im Zusammenhang mit dem Bergbau war das Bergratskollegium in Meisenheim zuständig.[19]

Für die „peinliche Gerichtsbarkeit", also die Strafjustiz, galt die 1532 in Regensburg beschlossene „Peinliche Halsgerichtsordnung", nach ihrem lateinischen Titel *Constitutio Criminalis Carolina* oft kurz CCC oder Carolina genannt. In der Vorrede wurden Anlass und Zielsetzung der Ordnung erläutert:

„Wir Karl der fünfft Bekennen offentlich: *[weil]* die meynsten peinlich gericht mit personen, die vnsere Keyserliche recht nit gelert, erfarn oder übung haben, besetzt werden, Vnnd dass auss dem selben an viel orten offtermals wider recht vnd güte vernunfft gehandelt, vnnd entweder die vnschuldigen gepeinigt vnd getödt, oder aber die schuldigen durch vnordenliche, geferliche vnd verlengerliche handlung, den peinlichen klegern vnd gemeynem nutz zu grossem nachtheyl, gefristet, weggeschoben vnd erledigt werden […] Demnach haben wir, sampt Churfürsten, Fürsten vnd Stenden, auss gnedigem geneygtem willen etlichen gelerten trefflichen erfaren personen bevolhen, eyn begrieff, wie vnd welcher gestalt in peinlichen sachen vnd rechtfertigungen dem rechten vnd billicheyt am gemessten gehandelt werden mag, zu machen […] Welchs wir also in druck zu bringen verschafft haben, dass alle vnd

---

[15] Vgl. **Anthes**, Günther F. (Hg.): Quellen zur Geschichte der Stadt und Verbandsgemeinde Meisenheim am Glan, Ludwigshafen 1987 ff: Heft IV – X: Regesten der Meisenheimer Protokollbücher 1493 – 1793. [ANTHES REGESTEN] – Diese Streitigkeiten sind fast ausschließlich Gegenstand der Beschlussfassung; daneben erfüllte der Stadtrat die Aufgaben heutiger Notare: Registrierung von Testamenten, Eheverträgen u. dergl.

[16] ebenda, Heft VI und VII

[17] ROSE 1994, S. 42 ff

[18] BACHMANN 1784, § 189

[19] ebenda, § 28 Nr. 8

jede vnser vnnd des Reichs vnderthanen sich hinfürter in peinlichen sachen […] halten mögen."[20]

Am Ende der Vorrede stand die so genannte „Salvatorische Klausel": „Doch wollen wir durch dise gnedige erinnerung Churfürsten, Fürsten vnd Stenden an jren alten wolherbrachten rechtmessigen vnnd billichen gebreuchen nichts benommen haben"[21] – die meisten Landesherren, darunter auch die von Pfalz-Zweibrücken, übernahmen die Ordnung aber.

Mit heutigem juristischem Vokabular müsste man die Carolina sowohl als Strafgesetzbuch als auch als Strafprozessordnung bezeichnen. Sie trägt insofern die Merkmale der Umbruchszeit, in der sie entstanden ist, als sich mittelalterliche und neuzeitliche Vorstellungen in ihr mischen. Die grausamen Strafen, die Delikte der Zauberei und Hexerei, die Anwendung der Folter weisen noch ins Mittelalter; die Forderung, dass unter der Folter erzwungene Aussagen ohne diese wiederholt werden müssen, um verwertbar zu sein, die Vorstellung, dass die Staatsgewalt von sich aus ermitteln müsse, wenn ein Verbrechen geschehen ist, die Anleitungen zur rationalen Beweiswürdigung deuten bereits in die Neuzeit. –

Die Strafprozesse fanden zwar vor den örtlichen Gerichten statt, doch war der Herr des Verfahrens (und ggf. über Leben und Tod) der Landesherr, in dessen Namen die Urteile auch verkündet wurden. Im deutschen Südwesten im Allgemeinen,[22] in Meisenheim im Besonderen[23] haben sich nicht viele Unterlagen über Strafprozesse erhalten. Man wird aber kaum fehlgehen, wenn man annimmt, dass im Deutschen Reich allgemein zu beobachtende Tendenzen auch hier zu finden waren:

„Der Vollzug des Strafrechts, die erschreckenden Exzesse des Folterns und Hinrichtens belegen, daß Kriminalität um 1600 mit brutalerer Grausamkeit als sonst in der Frühen Neuzeit verfolgt wurde. Zudem deutet die Auswertung von Strafbüchern darauf hin, daß zwischen 1550 und 1600 in den Städten wesentlich mehr Delikte zur Verurteilung kamen als in den Jahrzehnten vorher und nachher (mehr als doppelt so viel). Der Höhepunkt scheint zwischen 1560 und 1580 zu hegen. Dabei hatte es die Kriminaljustiz nicht, wie man glaubte, in 70% aller Fälle mit Gewalt- und Eigentumsdelikten zu tun. Deren Anteil lag wohl unter 50%. Vielmehr waren Sitten- und Religionsdelikte mit 20 bis 30% relativ häufig. […]

Die städtische und territoriale Justiz zog Untertanen als Mitwirkende und Denunzierende heran. Die Auffassung, daß Mörder, Diebe, Fälscher oder Hexen hart zu bestrafen waren, teilten Obrigkeit und Untertan. Das ‚Schreckenstheater' der Hinrichtungen ist daher als Einschüchterung und Disziplinierung zu verstehen, zugleich als Ritual, das Recht und Gerechtigkeit wiederherstellte. Modernität - in der Kriminaljustiz und der Gerichtsbarkeit überhaupt - drückte sich nach 1555 aus

---

[20] zit. n. HOFMANN 1976, S. 83 f

[21] ebenda, S, 84

[22] **Schormann**, Gerhard: Hexenprozesse in Deutschland. Göttingen 1981 [SCHORMANN 1981] S. 69

[23] **Anthes**, Günter F.: Verhandlungen vor dem peinlichen Halsgericht in Meisenheim 1547 – 1629. MH 16 (1982), S. 54

in einer maßvollen, unparteiischen Urteilsfindung, in der Eindämmung von Verleumdungen und in der Verschriftlichung der Geschäftsführung."[24]

Dass auf der wohl bekanntesten Abbildung des frühneuzeitlichen Meisenheim, dem Merian-Stich von 1654, auf dem Berg rechts hinten der Galgen geradezu drohend deutlich über der Stadt zu erkennen ist, bestätigt den Charakter der Strafjustiz als „Schreckenstheater" der Gerechtigkeit.

Auch die schändlichen Hexenverfolgungen sind den Menschen in Meisenheim nicht erspart geblieben. „Um 1560/70 (begann) die Verfolgungswelle […], die zwischen 1585 und 1635 die größte Intensität in der Geschichte Europas überhaupt erreichte (wohl 30 000 - 40 000 Hingerichtete 1560 - 1650). Warum nahmen die Verfolgungen gerade im Reich und gerade 1560-85 so explosionsartig zu? […] Der Vorgang und die Erklärungen sind komplex. […] Offensichtliche Bedeutung kommt den Agrarkrisen zu; aber im ganzen lässt sich das Geschehen nur als Interaktion der Fürsten und ihrer Berater, der Rechtsgelehrten und Richter auf der einen Seite, ferner der Untertanen auf der anderen Seite begreifen. Hexenprozesse wurden angezettelt durch Gerücht und Besagung. Die Verfolgung begann im engen dörflichen und städtischen Sozialraum, der sich durch Hexen und ihren Schadenzauber bedroht glaubte und nach den Schuldigen an Mißwuchs, Hunger und Seuchen suchte. […] Die Verfolgung hatte Entlastungsfunktion, weil sie Schuldzuschreibung und Erklärung für Heimsuchungen lieferte."[25]

Die durch die Reformation und die Auflösung ehemaliger Glaubensgewissheiten hervorgerufene Verunsicherung mag das ihre zur Verbreitung des Aberglaubens an Schadenszauber beigetragen haben. Dafür spricht, dass in Ländern mit weitgehend homogenen Konfessionsverhältnissen (Skandinavien und England einerseits, Spanien und Süditalien andererseits) fast keine Hexenprozesse stattgefunden haben.[26]

„Die Visitationsprotokolle[27] verdeutlichen den allgemeinen Verbreitungsgrad des Aberglaubens im 16. Jahrhundert im Naheraum. Man glaubte an die Wirksamkeit zauberischer Beschwörungsformeln und Geheimmittel. Dabei liegt die Zahl der Anzeigen wegen des Gebrauchs übernatürlicher Hexerei im Jahre 1575 deutlich über der des Jahres 1590. Die Teufels- und Hexenfurcht scheint - nach einem ersten Höhepunkt zwischen 1560 und 1570 - zum Ende des l6. Jahrhunderts wieder geschwunden zu sein.[28]

[…] 1566 folgte der erste Hexenprozeß in Meisenheim. Die Gerichtssitzungen fanden mit einiger Wahrscheinlichkeit im großen Saal des Rathauses statt, das Gefängnis befand sich im Münzturm. Die wenigen erhaltenen Blätter sagen kaum

---

[24] **Lanzinner**, Maximilian: Konfessionelles Zeitalter 1555 – 1616. In: Gebhard[10] Band 10, Stuttgart 2001, [LANZINNER 2001] S. 167 f

[25] LANZINNER 2001, S. 168 f

[26] **Schormann**, Gerhard: Dreißigjähriger Krieg 1618 – 1648. In Gebhard[10] Band 10 Stuttgart 2001, S. 243

[27] Seit der Zeit und auf Anregung Herzog Wolfgangs wurden die Kirchengemeinden in gewissen Abständen auf die korrekte Durchführung von Verkündigung und Amtshandlungen und den allgemeinen sittlichen Zustand überprüft.

[28] **Baumgarten**, Achim R.: Hexenwahn und Hexenverfolgung im Naheraum. Ein Beitrag zur Sozial- und Kulturgeschichte. (= Europäische Hochschulschriften Bd.325) Frankfurt am Main Bern New York Paris 1986 [BAUMGARTEN 1986] S. 74

etwas über den Hintergrund der Beschuldigungen und die soziale Herkunft der Angeklagten aus. Ella Klotz hatte laut Anklageschrift gestanden, sie habe sich vom Teufel buhlen und als Werkzeug mißbrauchen lassen. An etlichen Hexentänzen im Nesterwald bei Odenbach habe sie teilgenommen. Katzen Engel hatte zugegeben, Becker Pettigs Sohn angeblasen und getötet zu haben. Prassen Engel habe sie an der Brust berührt, so daß Engel lange Zeit große Schmerzen zu ertragen hatte. Schließlich habe sie Lawers Margaret in die Seite gegriffen und angeblasen, wodurch die Seite geschwollen und Lawers Margaret krank geworden sei. Für beide Angeklagte beantragte Amtmann Hans Thain[29] den Tod durch Verbrennen."[30]

Man kann recht deutlich die typischen Elemente des Hexenwahns erkennen: Einigen Menschen ist ein Unglück (Tod eines Verwandten, schmerzhafte Krankheit) zugestoßen; jemand *muss* daran schuld sein – Verdacht, Beschuldigung, Folter: Die Obrigkeit stellt „Sicherheit und Ordnung" wieder her. Ein weiteres namentlich bekanntes Opfer des Hexenwahns ist Anna Spengler aus Meisenheim, die vor 1575 verbrannt wurde.

Glimpflich scheint dagegen die Sache für vier beschuldigte Frauen verlaufen zu sein, die von Anna Spengler unter der Folter als Teufelsanbeterinnen bezeichnet worden waren: „In Meisenheim standen vier Frauen im Verdacht der Hexerei: die alte Hoffrau Eva, Gerhard Heinzen Ehefrau Katharina, des alten Dolpen Witwe Engel und Medhards Hennen Witwe Katharina. Alle vier waren in einem kurze Zeit zuvor durchgeführten Hexenprozeß[31] als Gespielinnen des Teufels angegeben worden. Der Censor Hans Brenchenborn wußte hinzuzufügen, daß die alte Hoffrau Eva zehn Tage zuvor seiner Ehefrau einen Klaps auf die Achsel gegeben hatte, worauf an dieser Stelle ein Geschwür entstanden und die Frau schwer krank geworden war. Für die Krankheit könne er keine andere Ursache ausmachen. Die Kanzlei empfahl. auf die vier Beschuldigten gut aufzupassen und in Erfahrung zu bringen, wie der Ehefrau des Hans Brenchenborn wieder geholfen wurde. Die Ergebnisse der Nachforschungen sollten gemeldet werden."[32]

Nachgewiesen sind für unsere Gegend außerdem Verbrennungen von „Hexen" aus Lauterecken (sieben) und Sitters. Die Dunkelziffer wird erheblich sein. Trotzdem lässt sich feststellen, dass die „Obrigkeit" sich um einigermaßen rationales Verhalten bemüht hat:

„Auffällig ist die Zurückhaltung der Zweibrücker Kanzlei in Bezug auf die Strafverfolgung. Meist heißt es, die Amtleute sollen ‚gut Achtung haben' oder die Betroffenen zur Rede stellen (21 Mal), in zwei Fällen soll milde, davon einmal mit dem Turm (kurze Haftstrafe), und einmal ‚mit Ernst' gestraft werden."[33]

Mit der Rezeption der *Cautio criminalis*, der 1631 erschienen Kampfschrift des Jesuitenpaters und Theologieprofessors Friedrich Spee von Langenfeld gegen die Hexenprozesse, begann ein Umdenken; mit dem Vordringen Schwedens im Dreißigjährigen Krieg scheinen die Hexenprozesse allmählich aufgehört zu haben; in

---

[29] S. o. *Bergbau und Münze*

[30] BAUMGARTEN 1986, S. 80

[31] Es hing in hohem Maße von der – gegebenen oder fehlenden - Rationalität der Gerichte ab, welche „Beweiskraft" diesen erpressten Aussagen beigemessen wurde.

[32] BAUMGARTEN 1986, S. 68 f

[33] ebenda, S. 74

ihren eigenen Gebieten haben die Schweden Hexenprozesse sofort schlichtweg verboten.[34]

Auch in den übrigen „peinlichen Verfahren“ ließ seit der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts die exzessive Grausamkeit des Strafens nach, ebenso wurde die Folter seltener angewandt. Das mag mit dem Vordringen der Aufklärung zu tun haben oder auch mit dem Erstarken des Absolutismus: „Es hat also den Anschein, daß mit dem zunehmenden Erstarken der staatlichen (landesherrlichen oder reichsstädtischen) Autorität die Verhängung und der Vollzug der besonders grausamen Todesstrafen wie Rädern, Verbrennen, Vierteilen, Ertränken oder auch Erhängen nur noch bei aufsehenerregenden Straftaten zum Zwecke der Abschreckung nötig war, daß die Anerkennung der staatlichen Macht im allgemeinen aber nicht mehr so stark von dem Spektakel der Strafvollstreckung abhing.“[35]

Im Laufe der Entwicklung wurden auch „peinliche Strafen“ durch „Frevel“, d. h. Geldstrafen abgelöst, was nicht nur dem Delinquenten, sondern auch der Stadt zugute kam:

Die Geldbußen „bildeten eine Einnahmequelle für die Stadt, für das Amt oder auch für einzelne Amtspersonen, die mit der Übertretung unmittelbar befaßt waren. […] Eine Zusammenstellung für die Jahre 1606 – 1609 und aus dem Jahr 1618 weist aus, daß am häufigsten Frevelstrafen wegen Schlägereien verhängt wurden. Mit Abstand folgen Bestrafungen wegen Beleidigung, Fluchen und Ruhestörung, Diebstahl (minder schwerem) und Hehlerei.“[36]

Auch die Zahl der als strafwürdig angesehenen Tatbestände nahm ab – mit der Aufklärung verbreitete sich langsam auch die Meinung, dass der Staat sich nicht in das Privatleben der Bürger einzumischen habe. Es war ein langer Weg von der Eheordnung Herzog Wolfgangs bis zu der lapidaren Feststellung Bachmanns: „Der Ehebruch eines verheuratheten mit einer ledigen Person, also noch mehr die geringeren Fleisches-Verbrechen, werden nicht peinlich sondern bürgerlich bestraft“[37] – wir würden wohl formulieren: nicht mehr als Straftat, sondern als Ordnungswidrigkeit verfolgt; für die Ordnung aber fühlte der Landesherr sich durchaus zuständig.

Die Ordnungen des täglichen Lebens

Gegen Ende des alten Reiches hatten sich Rolle und Aufgaben der Landstädte gewandelt. (Die davon abweichende Entwicklung bei den Reichsstädten, die, mit Sitz und Stimme auf den Reichstagen, ebenso „souverän“ waren wie die fürstlich regierten Territorien des Reiches, muss für unser Thema außer Betracht bleiben.) Bis zum Beginn der Neuzeit hatten die Landesherren ein großes Interesse an Stadtrechtsverleihungen in ihren Ländern, weil die wirtschaftliche und militärische Kraft befestigter Städte ihr Territorium im Ganzen stärkte, und sie bemühten sich, die Prosperität der Städte durch verschiedene Privilegien zu fördern. Zudem haben die

---

[34] SCHORMANN 1981, S. 54

[35] **Schulz**, Gertrud: Aus der Rechtsgeschichte von Meisenheim. MH 29 (1968) [SCHULZ MH 29], S. 195 f

[36] ebenda, S. 201 u. 203

[37] BACHMANN 1784, §189

Städte, in denen es so etwas wie eine „Öffentlichkeit" gab, bei der Reformation eine vorwärts treibende Rolle gespielt.

In dem Maße aber, wie seit dem Dreißigjährigen Krieg die Landesherren begannen, zentralisierte Regierungen aufzubauen und stehendes Militär zu unterhalten, mussten „die Kräfte, die dieser Entwicklung im Wege standen oder entgegenwirkten, […] zuerst mit der Verwaltung in Konflikt geraten. Dies war in erster Linie im Bereich der städtischen Freiheiten der Fall. […] Alte Privilegien wurden abgeschwächt, und damit war schon eine bedeutendere Stufe des Untertanenstaates mit reglementierender und nivellierender Verwaltungstätigkeit erreicht Mit dem Absorptionsvorgang städtischer wie auch gemeindlicher Eigenrechte durch die pfalzzweibrückische Landesherrschaft"[38] verlagerte sich die Bestimmung der Alltagsordnungen von den Stadträten zu den Oberämtern, von diesen zur Zentralregierung. (Mit dem Bedeutungsverlust der städtischen Unter*gerichte* (s. o.) haben wir schon eine gleichartige Entwicklung gesehen.)

Da auch in der Neuzeit bei jedem Wechsel des Landesherren die *Privilegien, Freiheiten und Gnaden,* derer die Städte und Marktflecken sich erfreuten, „confimirt" werden mussten, um ihre Stellung gegenüber dem Fürsten zu sichern, reichten die Orte Beschreibungen ihrer bisherigen Rechte bei der neuen Regierung zur Bestätigung ein. Eine besonders ausführliche Darstellung der Rechte Meisenheims, gegliedert in fünfzehn Punkte und ergänzt um 21 Anlagen mit Abschriften alter Privilegien,[39] stammt von 1740. Zum Beginn der selbständigen Regierung Christians IV. hatte die Kanzlei in Zweibrücken solche Berichte mit den nötigen historischen Belegen von allen Städten und Marktflecken angefordert - möglicherweise hatte man dort, nach Reunionen und Schwedenzeit, den Überblick etwas verloren.

Die Punkte 1 und 3 – 9 handeln ausschließlich von Steuern und Gebühren; bei Punkt 2 geht es um die Frage der militärischen Dienstpflicht der Städter. Deutlich wird der härtere Zugriff der Zentralregierung (z. B. war Meisenheim früher von Schatzung frei, doch sei „unter denen letztern Landesherrschaften die Schatzungsfreyheit" abgegangen; Meisenheim sei von der „milice bis dato frey gewesen", aber dann sei befohlen worden, dass Meisenheim „auf eine niemahls erhörte weise" zu „Zweybrückischer Soldatesca ihr contingent beyzutragen hätte"[40]) – Die Punkte 10 – 13[41] betreffen die städtische Selbstverwaltung. Von Amtsschultheißen ist nicht die Rede; diese sind nun Regierungsbeamte. Der Stadtschultheiß wird gewählt und von der Landesherrschaft bestätigt (Punkt 10); wenn dagegen eine Stelle im Stadtrat frei wird, so werden der Regierung zwei Nachrücker vorgeschlagen, von denen sie einen ernennt: hier hat die Macht des Landesherren zugenommen (Punkt 12). Vom Bürgermeister ist in dieser Aufzeichnung ebenfalls nicht die Rede – er ist, da er aus den Reihern des Stadtrates gewählt wird, offenbar bei diesem inbegriffen. Bei den übrigen „Stattbedienten" – „als Wachtmeister, Stattdiener, Pförtner, Thürmer, Nachtwächter und Feldtschützen" hat die Stadt die Personalhoheit (Punkt 13), nur beim Stadtschreiber (Punkt 11) muss der vom Rat Vorgeschlagene „confirmiret"

---

[38] AMMERICH 1981, S. 106

[39] abgedruckt in LURZ MH 30, S. 235 - 238

[40] ebenda, S. 236

[41] ebenda, S. 237

werden. Die beiden letzten Punkte behandeln den Aufenthalt jüdischer Familien in der Stadt und die Gebühren an der Mehlwaage bei der Mühle.

In den folgenden Jahrzehnten bis zum Ende des alten Reiches lässt sich – unbeschadet der Bestätigung der „wohlhergebrachte(n) Freyheiten" durch Karl II. im Jahre 1777 – noch eine schleichende Verschlechterung der städtischen Stellung gegenüber der Landesherrschaft feststellen – Geldstrafen gingen nun vollständig (und nicht nur zur Hälfte) an die Regierung, Wiegegeld musste gezahlt werden, auch wenn man sein Mehl gar nicht wiegen lassen wollte.

„Die Schultheißen von Meisenheim wurden […] nicht mehr […] durch die Bürgerschaft gewählt und vom Herzog bestätigt, sondern […] vom Herzog direkt eingesetzt […] Auch brachte der Stadtrat keine neuen Stadtschreiber mehr in Vorschlag; auch sie wurden direkt vom Herzog eingesetzt. Bei der Besetzung von Ratsstellen schlug der Stadtrat zwar noch wie früher drei Kandidaten vor. Doch durfte er sie nicht mehr nominieren. Dies übernahm jetzt das Oberamt. Die Kanzlei oder der Herzog selbst entschieden. Auch den Stadtwachtmeister bestellte der Herzog selbst; der Stadtrat nahm ihn nur noch an."[42]

Wieweit die Beschneidung der städtischen Autonomie die einzelnen Meisenheimerinnen und Meisenheimer im Alltag betroffen oder auch nur geärgert hat, ist schwer zu sagen; die Steigerung der Belastungen durch die Erhöhung der Schatzung und die Verschlechterung der „öffentlichen Dienste"[43] werden sie sicher gespürt haben. Am unmittelbarsten betraf aber alle Einwohner die „Statt- und Policey Ordnung", die 1607 entstanden, seitdem bei jedem Regierungswechsel „confimirt" worden war[44] und den Alltag fast 200 Jahre lang geprägt hat.

Nach dem wiederholten *Wortlaut* „Wir – als euwer Christliche Oberigkeit – ordnen wollen und bevehlen das…" gibt sich der Text als landesherrliche Anordnung, was nach dem Selbstverständnis des absoluten Herrschers als Quelle allen Rechts auch gar nicht anders sein konnte. *Tatsächlich* ist er aber das Ergebnis eines Zusammenwirkens von Landesherrschaft und Stadtgemeinde. Die Ordnung geht auf einen von der herzoglichen Regierung angeforderten Entwurf des Meisenheimer Bürgermeisters Johann Sturtz[45] zurück, der wiederum ältere Verordnungen als Vorlage benutzte („darauff hab ich mich in den alten Ordtnungen sovill deren vorhandenn gewesen ersehen […] unnd nach gelegenheit dieses orts, darauß ein neuwes Corpus verfasset."[46]) und zu einem möglichst übersichtlichen, handhabbaren Text zusammenfasste. Betroffene Gruppen (z. B. die Bäcker) erhoben Einwände, die z. T. berücksichtigt wurden, die herzogliche Kanzlei sah den Text durch, dann wurde er in Kraft gesetzt.

---

[42] ebenda, S, 240

[43] Der moderne Begriff klingt anachronistisch – aber auch das Meisenheim des 18. Jahrhunderts benötigte für die Gewährleistung von Feuerschutz, Bewachung der Tore, Unterhaltung der Straßen und Wege usw. Geld, das fehlte, wenn es stattdessen für den Bau von Schloss Karlsberg verwendet wurde.

[44] Vollständiger Text in **Lurz**, Meinhold: Ordnung und Alltag. Öffentliches Leben in Meisenheim vom 15. bis 20. Jahrhundert. MH 31/32 (1986), S. 257 - 297

[45] ebenda, S. 251

[46] zit. n. ebenda, S. 254

Die „Policey Ordtnung der Statt Meysenheim“ ist gegliedert in 40 teils längere, teils kürzere Abschnitte, die das gesamte öffentliche Leben regeln und z. T. auch in den privaten Bereich eingreifen. Fast alle Regeln sind bewehrt mit der Androhung von Geldstrafen, die wir heute aber eher als Buß- oder Ordnungsgelder bezeichnen würden. Allerdings muss man sich bei Gesetzestexten immer klar machen: Die Bestimmungen sagen, wie es *sein soll* – was im Alltag *tatsächlich war*, können wir nur vermuten.

Eine erste Gruppe von sechs Abschnitten[47] befasst sich mit der sittlichen Lebensführung und der Verhinderung von Lastern und Verschwendung – derartige Vorschriften gegen Trunksucht und gegen übermäßigen Aufwand bei der Bewirtung von Hochzeitsgästen kennen wir aus so gut wie allen Städten; ihre häufige Wiederholung verweist auf ihre geringe Wirksamkeit.

Es folgen zwei Abschnitte über das städtische Sozialwesen.[48] Bei der Regelung des „Almosens“ – wir würden sagen: der Sozialfürsorge – fällt eine gerade für reformierte Gemeinden typische sittliche Anschauung auf: Bei den „Armen und Dürfftigen“ wurde unterschieden zwischen „rechten Armen Nemblich die Jenige so auß Leibs Schwachheitt unfall mißwachß, Krig Brandt, alter, menge der Kinder, oder andere dergleichen rechtmässigen Ursachen in Armuth gerathen“ seien, und „den Jenigen welche das Irige unnüzlich und üppiglich in Würzheusern oder sonsten verthan verschwendet und hindurch gejaget, oder in ihrer Jugendt nit arbeiten wollen, sondern sich deß müßiggangs beflissen“ hätten; die Almosenmeister sollten mit dieser Unterscheidung „ermessen, […] wieviell einem Jeden seyner noturfft nach […] mitzutheilen sey.“ Unsere heutigen Vorstellungen von der Hilfe zur Selbsthilfe und vom Subsidiaritätsprinzip fanden sich auch schon 1607: „Arme Kinder unnd Weysen sollen Zu Hanndtwerckern gethan oder sonsten verdingt werden. damit sie hernach ohne das Almuß Ihr brodt erwerben mögen. Unnd wann ihre Nechste freundt unnd Verwandten ihnen hierin hülff und Vorschup Zuthun nit Vermögen soll der Mangell auß den gemeinen Almosen erstatt werden.“ Ferner wurde die Finanzierung der sozialen Aufgaben durch Erbschaften, Kollekten, Spenden usw. sowie die Verwaltung und Rechnungslegung geregelt. Für die Handwerker-Ausbildung von Waisen galt eine ergänzende Regelung: Die Zünfte (s. u.) mussten einen Teil des „Aufdinggeldes“ (‚aufdingen’: einen Lehrjungen gegen Gebühr feierlich in die Zunftrolle eintragen) abgeben, „diese Gebühr war wesentlicher Bestandteil der herzoglichen Armenfürsorge: Gemäß einer Verordnung vom 23. Oktober 1755 sollten nämlich ‚arme Lehrjungen von den Zünften gratis aufgedingt werden,’ und zwar ohne Unterschied, wie eine spätere Verfügung vom 18. März 1756 ergänzt, ‚ob das ganze Lehrgeld an ihren Lehrmeister bezahlt werde, oder nicht, da ansonsten denen *Piis Corporibus,*[49] welche das Lehrgeld von solche armen Leute bezahlen, ein desto grösseres onus[50] zuwachsen würde.“[51]

---

[47] „von Besuchung der Predigen und anhörung Göttlichen worts“; „Vonn Gottes Lästern und Schweren“; „Vonn uberflüssiger beweynung“, „Von Spiller, Brassern und Verschwendern“, „Vonn Hochzeitten“, „Vonn Kindtauffen“.

[48] „Almus Ordtnung“, „Spittalordnung“

[49] ‚fromme Körperschaften’ also z. B. der Almosenfonds

[50] (finanzielle) Belastung

Eine weitere Gruppe von Bestimmungen[52] ist im engeren Sinne politisch-rechtlicher Natur: Die Aufnahme von neuen Bürgern[53] wurde davon abhängig gemacht, dass sie ein Vermögen von 100 Gulden oder eine abgeschlossene Handwerkerausbildung nebst 50 Gulden nachweisen – auch damit sie in der Lage waren, zur Bede beizutragen, deren Einziehung in einem weiteren Abschnitt geregelt wurde. Und natürlich mussten die Neubürger schwören, der Landesobrigkeit und der Stadt gehorsam und treu zu sein. Zu dieser Treue gehörte auch, dass der Bürger, wenn er „auch etwas in oder ausserhalb der Statt mit worten oder wercken fürnemmen würde, das uns oder der Statt Zum nachtheill möchte gereichen, Solches keines wegs verschweigen, sondern ahn gebürenden orten alsbaldt anzeigen" sollte. Die Aufgaben des Stadtschultheißen, der über Kenntnisse der Untergerichtsordnung und der Carolina verfügen sollte, erläutert ein weiterer Abschnitt: Man könnte den Schultheißen als eine Art Leiter der Innenbehörde oder als Polizeipräsidenten bezeichnen. Dabei wird seine „Scharnierfunktion" zwischen Stadtverwaltung und Landesherrschaft deutlich. Man kann sich auch heute noch leicht vorstellen, dass es dabei zu Loyalitätskonflikten kommen musste – seine Stellung hatte der Schultheiß zwar vom Herzog, leben und auskommen musste er aber mit den Meisenheimern. „Die Jenige sachen aber die Ime zu schwer sein mögten, soll er für gedachte unnser Ambtleuth weisen." Einer der längsten Abschnitte der ganzen Ordnung handelt schliedßlich davon, dass der „gröste theil der sachen so einem Schultheissen vorbracht werden, schulden und deren betzalung" betreffen – Pfandnahme, Zwangsvollstreckung, Zwangsversteigerung wurden höchst detailliert geregelt.

Die größte Gruppe von Bestimmungen[54] stellen, wie kaum anders zu erwarten, die über öffentliche Sicherheit und Sauberkeit dar. Tor- und Nachtwachen, Feuerschutz, Gebäudesicherheit, Schweine im Straßenmüll, Jauchegruben – alle diese Gegenstände wurden Jahrhunderte lang auch in allen anderen europäischen Städten in ähnlicher Weise behandelt und zu regeln versucht, und wie es scheint, überall mit wenig dauerhafter Wirkung. Dabei entsprach jede Bestimmung für sich dem gesunden Menschenverstand und den Regeln mitbürgerlicher Rücksichtnahme: Dass Nachtwächter nicht betrunken sein sollen, dass Schmiede und Bäcker besonderer feuerpolizeilicher Aufsicht unterstehen müssen, dass die Straßen wenigstens jeden

---

[51] **Schichtel**, Peter: Das Recht des zünftigen Handwerks im Herzogtum Pfalz-Zweibrücken während des 18. Jahrhunderts. Ein Beitrag zum Gewerberecht eines deutschen Kleinstaates gegen Ende des Ancien Régime. Berlin 1986 [SCHICHTEL 1986], S. 61 f

[52] „Vonn uffnemmung unnd beaidigung der bürger", „Vonn eines Statt Schultheisen Ambtt" „Kurtzer Underricht" (über das Verfahren bei Zwangsvollstreckungen), „Wie es mit einbringung der Beeth und andern Bürgerlichen schuldigkeiten Zue halten"

[53] Eine Stichprobe in ANTHES REGESTEN Heft X ergab für den Anfang des 18. Jahrunderts (1706 – 1717) durchschnittlich 9,3 Einbürgerungen pro Jahr; Minimum: 5 (1710), Maximum 16 (1707). Ein Zusammenhang der schwankenden Zahlen mit politischen Ereignissen ist nicht erkennbar. Die Aufnahme neuer Bürger erfolgte am Nikolaustag.

[54] „Von der Pförtner und Wächter ambth", „Von fewers noth undt uffruhr", „Von erhaltung, Handthabung undt Besserung der Gebew", „Die Ring Mauer undt gassen rein undt sauber Zuhaltten", „Schwein unndt ander Viehe, von den Gassen Zuhaltenn", „Von handthabung der Weg unndt Strassen", „Veldt schützen ordtnung", „Von Cloackhen unndt heimlichen gemachen".

Samstag gekehrt werden und die Hunde und Gänse an der Störung des Sonntagsgottesdienstes gehindert werden sollten, dass Jauche aus den „Cloackhen“ nicht in des Nachbarn Keller oder die öffentlichen Brunnen fließen und niemand sein „heimlich gemach“ just an die Hausmauer des Anrainers bauen dürfe: das alles sah gewiss jeder ein, nur die tägliche Praxis machte Probleme – in Meisenheim und überall. Schon 1717 stellte ein zeitgenössischer Beobachter fest, dass „Polizey-Ordnungen von niemand als von den Kirchenthüren und anderen Örtern, darin sie wegen der Publication angeschlagen und feste gemacht, gehalten“ würden.[55]

Für den Schutz der Wasserversorgung waren gemäß der Brunnenordnung[56] von 1634 die Brunnenmeister zuständig. Sie wurden für ein Jahr von den „Brunnengenossen“ aus ihrer Mitte gewählt, d. h. von den Bürgern, die aus einem bestimmten Brunnen[57] ihr Wasser holten, für dessen Reinigung und Pflege mitverantwortlich waren und einmal im Jahr mit einem gemeinsamen Gelage ihr Brunnenfest feierten. Die Tradition dieser Gelage ist heute im Heimbacher Brunnenfest aufgegangen.[58]

Eine Ackerbürgerstadt musste auch das außerhalb ihrer Mauern gelegene Eigentum der Bürger schützen – die „Feldschützen“ sollten das besorgen. Da jedes Jahr zwei aus der Bürgerschaft zu diesem Dienst „gezogen“ werden mussten, wird er nicht als besonders attraktiv gegolten haben. Um die Aufmerksamkeit und den Diensteifer zu fördern, erhielt der Schütze 12 Pfennig für die Anzeige jeden Schadens – ob nun eine Kuh oder Geiß einen Garten geplündert oder ein unangepflocktes Pferd von Nachbars Weide genascht hatte.

Fünf Abschnitte[59] enthalten Anordnungen für bestimmte Berufe, ohne dass es sich dabei um Zunftordnungen handelte. Es geht in erster Linie um (modern gesprochen) „Verbraucherschutz“: angemessene Preise, Qualität, Hygiene wurden gefordert und kontrolliert. Auffällig sind eine Reihe von, gewissermaßen, sozialen Schutzbestimmungen: Bäcker sollten Arm und Reich die Möglichkeit zum Nachwiegen[60] geben; bei Fleischknappheit sollten die Metzger nur bestimmte Höchstmengen an einzelne Bürger (an Gastwirte die vierfache Menge) verkaufen, damit

---

[55] Christian Thomasius, zit. n. **Blinn**, Dieter: „In Erwägung des genießenden herrschaftlichen Schutzes…“ Jüdisches Dasein im Fürstentum Pfalz-Zweibrücken im Spiegel normativer Quellen. In: **Konersmann**, Frank/ **Ammerich,** Hans (Hg.): Historische Regionalforschung im Aufbruch. Studien zur Geschichte des Herzogtums Pfalz-Zweibrücken anlässlich seines 600. Gründungsjubiläums. Speyer 2010, [BLINN 2010] S. 273 – 298, hier S. 274

[56] **Lurz**, Meinhold: Das Heimbacher Brunnenfest 1634 – 1835 – 1985. In: MH 25 (!985) S. 18 f.

[57] LURZ 1987, S. 13 nennt: „Am Klenkertor 17 den … ‚Gallbrunnen’, in der Obergasse 10 den ‚Ritterbrunnen’, neben der Obergasse 16, in der Untergasse 15 den ‚Adlerbrunnen’ in der Untergasse 30 den ‚Marktbrunnen’, vor Untergasse 41, Schweinsgasse 5, Lauergasse 7, Rathausgasse 3, am Gelben Haus (Amtsgasse 12) und am ‚Engel’ (Am Klenkertor 6).“

[58] LURZ MH 25, S. 25 ff

[59] „Von Beckern“, „Metziger Ordnung“, „Vonn Würthschafften“, „Von den Grempen *[Krämern]* Undt dem Lichtkauffen“, „Woruff ein Jede hebAm, angeloben unndt schweren soll“

[60] Die Marktpreis-Schwankungen fanden in dieser Ordnung in der Art Berücksichtigung, dass bei steigenden Mehlpreisen die Brote und Wecken nicht etwa *teurer*, sondern *kleiner* wurden.

auch für Ärmere etwas übrig blieb; die Hebamme sollte „allen unndt Jeden Weybern, sie seyen arm oder Reich, Inn der ordnung, wie sie angesprochen unndt ersucht würdt, unverzüglich Ire hilff“ erweisen.

In einer Stadt musste es Menschen geben, die öffentliche, z. T. hoheitliche Aufgaben zuverlässig erfüllten – deren Tätigkeit regeln weitere sechs Bestimmungen.[61] Die Mühle wurde, seit ihr Betrieb unter Johann I. für 1.000 Gulden an die Stadt übergegangen war, von einem Mühlmeister geleitet, der für die Stadt auch die Mahlgebühr (einen bestimmten Anteil des Mahlgutes) einzuziehen hatte. Dafür, dass das korrekt geschah, sorgte der Wiegemeister. Die Bäcker allerdings, die große Mengen zu mahlen hatten, durften das nachts weitgehend selbständig tun. Es gab in Meisenheim auch einen Weinhandel – die Einschätzung der Qualität und der Einzug der daran orientierten Umsatzsteuer, des „Ungeldes,“ war Aufgabe der beiden jährlich am Nikolaustag zu bestimmenden Weinschätzer, einer aus dem Stadtrat, einer aus der Bürgergemeinde. Mit der Organisation des Weinhandels war ebenfalls der nach dem gleichen Verfahren bestimmte „Weinstecher“ befasst: Welcher Meisenheimer im Herbst Wein zu verkaufen hatte, meldete das dem Weinstecher, der dann den Kontakt zu nachfragenden Weinhändlern vermittelte. Die Einfuhr von Wein von außerhalb war verboten, und auch das Verbot des Herstellens von Birnen- oder Apfelwein war eine protektionistische Maßnahme: Die Einkäufer von außerhalb sollten sich darauf verlassen können, dass nur *Trauben*wein in den Fässern war. Eine weitere Vertrauensstellung hatten die ebenfalls aus der Bürgerschaft erwählten Steinsetzer und Vermesser inne. Einerseits kam es vor, dass beim „Zackern“, also beim Pflügen, ein Grenzstein herausgerissen wurde. Der Verursacher musste das sofort anzeigen, dann hatte er nur die Kosten für die Wiederherstellung zu tragen, sonst wurde ein saftiges Bußgeld fällig. Wenn durch Verkauf, Erbteilung usw. Eigentumsverhältnisse sich änderten, musste neu vermessen, die Grenzen neu markiert werden. Für die Setzung eines Steins bzw. die Vermessung eines Morgens bekamen Steinsetzer bzw. Vermesser je 6 Pfennig.

Eine letzte Gruppe von Bestimmungen[62] regelt wirtschaftliche Fragen: Die Einhaltung der Marktordnung wurde von zwei Marktmeistern beaufsichtigt, die zugleich die Brotschätzer waren und „Wissenschaft haben soll(t)en, was die Frucht Zu Kirn, Sobernheim, Lauttern undt Creutznach gelte“; Maße und Gewichte wurden kontrolliert. Wer immer etwas zu verkaufen hatte, sollte das auf dem Markt und nur dort anbieten (denn da konnte man die Qualität kontrollieren und die Marktgebühren erheben). Bei Marktbeginn wurde die Marktfahne gehisst, dann hatten erst einmal die Einwohner der Stadt das Recht, ihre Einkäufe zu tätigen, wenn dann die Marktfahne eingeholt war, sollte „menniglich Zukauffen erlaubt sein…sowohl Inheimischen alß Frembden“ – damit sollte die Versorgung der Meisenheimer Haushalte vorrangig gesichert werden. Es gab einen ausführlichen Zolltarif, in erster

[61] „Müell *[Mühlen-]* Ordnung“, „nachvolgender gestaldt“ (Einzeheiten der Mühlenordnung); „Conradt Olier ist als Wiger Angenommen worden“ (Ordnung der Stadtwaage), „Von Unegeltern Undt Weinschetzern“, „Von den Weinstichern undt Ihrem Ambtt“, „Von der Steinsetzer unndt Veldtmesser Ampt unndt belohnung.“

[62] „Von Wochen und Jahrmercken“, „Vom Frucht messen“, „Von Wagen, Ehlen unndt Gewicht“, „Vom Zoll und Weggeldt“, „Von Belohnung der Fhur unndt Handtwercksleuthe, auch Taglöhnern und dhinstgesindts“

Linie für Vieh. Interessant sind drei wirtschaftliche Lenkungsmaßnahmen, die schon ein wenig merkantilistisches Denken erkennen lassen: Die Förderung des Verkaufs einheimischen Weins durch ein Einfuhrverbot haben wir schon erwähnt. Offenbar herrschte in Meisenheim eine latente Knappheit an Feuerholz und Licht: Holz war von jedem Zoll, Wegegeld usw. befreit; die Ausfuhr von Unschlitt (Talg) war verboten, und den Krämern wurde zur Auflage gemacht, daraus Kerzen herzustellen und immer im Sortiment zu haben.

Wenn man auch darüber streiten kann, ob man einen verärgerten Bürger (Jacob Vey 1654), der am Untertor ausrief: „der donner und hagel soll die bürgermeister uff dem Rahthauß erschlagen"[63] gleich einen ganzen Reichstaler zahlen lassen musste – die meisten Bestimmungen sind einleuchtend; die Gemeinde versuchte damit, das tägliche Miteinander friedlich zu regeln. Und es funktionierte – nicht reibungslos sicher, aber doch – unter anderem deshalb, weil die Bürger in den Ehrenämtern (vermutlich nicht unbedingt begeistert, aber einsichtsvoll) ihre Aufgaben von einem Nikolaustag bis zum nächsten erfüllten. Wenn im späten Absolutismus der Druck der Landesherrschaft auch zugenommen hatte – zu bloßen Untertanen sind die Meisenheimerinnen und Meisenheimer trotzdem nicht geworden.

Militär

Auch Pfalz-Zweibrücken zählte zu den „armierten Ständen", also zu den Fürstentümern, die Militär unterhielten. Allerdings war das kleine, trotz aller Arrondierungsbemühungen immer noch zersplitterte Land an der Grenze zu Frankreich völlig außerstande, militärische Machtpolitik zu betreiben. Gescheiter war es daher, sich an das große Nachbarland anzulehnen.

Christian IV. „versuchte, den Bestand seines Landes zu sichern durch die persönliche Freundschaft mit Louis XV., was ihm auch gelang, denn seine Regierungszeit war nie durch Kriege gestört worden. Ja er ging sogar noch weiter, er verpflichtete sich 1751 auf acht Jahre, Frankreich ein Bataillon von 1.000 Mann Infanterie zur Verfügung zu stellen, ‚wohlverstanden sollte dieses Bataillon weder gegen das Deutsche Reich noch gegen den Kaiser, als Oberhaupt des Deutschen Reiches verwendet werden'. Der Herzog erhielt dafür 40.000 Gulden Subsidien, sowie 48.328 Gulden für Ausrüstung des Heeres, 64.473 Gulden für den jährlichen Unterhalt, sowie 5.750 Gulden für Feldausrüstung."[64]

Diese derm französischen König zur Verfügung gestellte Truppe war das « Régiment Royal Deux-Ponts », das zwar nicht gegen Kaiser und Reich, wohl aber im Siebenjährigen Krieg (1756 – 1763) gegen Preußen eingesetzt wurde. Dieser Krieg, in dem nach dem großen « renversement des alliances » zum ersten Mal seit über 200 Jahren Bourbon und Habsburg Verbündete waren, spielte sich in Indien und Nordamerika, in Brandenburg, Sachsen, Schlesien und Böhmen ab, aber – fast möchte man sagen: ausnahmsweise – nicht in unserer Gegend. Das « Régiment Royal Deux-Pomts » blieb in französischen Diensten bis zur Revolution, und „im

---

[63] LURZ, MH 32, S. 299

[64] **Reuter**, Alfred: Der Merkantilismus im Herzogtum Pfalz-Zweibrücken. Die wirtschaftliche Entwicklung eines deutschen Kleinstaates in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Frankfurt a. M. 1931 [REUTER 1931], S. 104

Nordamerikanischen Unabhängigkeitskrieg haben diese Zweibrücker Soldaten unter Frankreichs Fahnen einen entscheidenden Anteil an der Befreiung der Neuenglandstaaten von der kolonialen Herrschaft gehabt (Schlacht bei Yorktown 1781). Mancher Zweibrücker, Soldat oder Offizier, hat dort zum ersten Male erfahren, was eine Demokratie oder eine Republik ist."[65]

Das Herzogtum war als Reichsstand verpflichtet, eine Anzahl Soldaten für das Kreiskontingent zur Verfügung zu stellen, diese Verpflichtung hatte Kurpfalz 1746 durch einen Vertrag dem Herzogtum Pfalz-Zweibrücken abgenommen.[66] Im Lande selber gab es nur eine Leibgarde zu Fuß und ein Corps Leib-Husaren in Zweibrücken sowie in jedem Oberamt eine Kompanie Landmiliz.[67]

„Der Landes-Herr hat das Recht, seine Unterthanen zur Reise, Folge, Wacht, Landes-Hülfe, Land-Ausschus und Musterung anzuziehen. In jedem Oberamt ist eine complette Kompagnie Land-Miliz, welche fleisig exerzirt, und zu geschwinden Expeditionen, zur Wacht in denen Herrschaftlichen Häusern, öfters in der Residenz selbst, zu Streifen, zu Überlieferung der Gefangenen u. d. gl. gebraucht wird, und ihre besoldete beständige Ober- und Unter-Offiziers hat. So oft der Mann im Dienst ist, bekommt er das herkömmliche tägliche Traktament. Rok, Hut und Gewehr gibt der Herzog. Ein jeder junger Pursch ist schuldig, sechs Jahr als Miliz zu dienen, es seie denn, daß man ihn wegen eines Natur-Fehlers nicht brauchen könne. […]

Seit 40 Jahren aber wird die jezige Anstalt ohnunterbrochen fortgeführet. Dadurch ist das gesamte Land-Volk beinahe umgeschaffen worden. Fast alles ist nun Soldat, an die Subordination gewöhnt, in seinen Verrichtungen exakt, in dem Verstand mehr aufgeheitert, mithin sich selbst und dem gemeinen Wesen brauchbarer."[68]

Die Meisenheimer waren von der von Bachmann gefeierten wohltätigen Wirkung des Soldatseins offenbar nicht so überzeugt, zumal der Wehrdienst als Folge der Leibeigenschaft betrachtet wurde. Deswegen wehrten sie – unter Berufung erstens auf ihre Befreiung von der Leibeigenschaft durch Johann I. 1579 (s. o. *Das konfessionelle Zeitalter*) und zweitens auf die Tatsache, dass sie die Bewachung nicht nur der Stadttore, sondern auch des Schlosses selbst organisierten – Vorstöße Gustav Samuels und zuletzt Karls II. erfolgreich ab.[69] Der heutige ‚Rapportierplatz' hat seinen Namen davon, dass auf dem Viehmarktgelände auch die Soldaten (ob der Stadtwache, ob der Landmiliz) „zum Rapport" antreten mussten. Erstmals wurde dieser Name 1653 erwähnt.[70]

---

[65] BAUMANN 1984, S. 58
[66] HERRMANN KLEINSTAAT, S. 302
[67] BACHMANN 1784, § 26
[68] ebenda, § 192
[69] LURZ, MH 30, S. 235 und 239
[70] LURZ 1987, S. 166

Nirgendwo in Pfalz-Zweibrücken hat es die mächtigen Handwerkerzünfte gegeben, die im Konfliktfall das patrizische Stadtregiment herausfordern konnten, wie wir es von den großen, Exporthandel treibenden freien Reichsstädten[71] kennen. In einer kleinen Stadt wie Meisenheim hat sich kein Patriziat im Sinne einer abgeschlossenen, erblichen, zumeist Fernhandel treibenden Oberschicht entwickeln können. Diejenigen politischen Entscheidungen, die die absolutistische Landesherrschaft der Stadt überließ, traf der Stadtrat; die „Ratsverwandten" waren in der Regel selbständige Handwerksmeister verschiedener Berufe. Eine Erblichkeit ergab sich allenfalls dadurch, dass, da die Zunftordnungen Meistersöhnen erleichterten Zugang zur Mitgliedschaft gewährten, die Söhne von Zunftmeistern oft den Beruf des Vaters ergriffen und dass natürlich der gute Ruf einer Familie bei der Nachwahl zum Rat auch eine Rolle spielte.

Der starke Bevölkerungsrückgang infolge der Kriege des 17. Jahrhunderts hatte zudem „dazu geführt, daß zu Beginn des 18. Jahrhunderts zahlreiche Zunfthandwerke personell so unterbesetzt waren, daß für den Bereich eines Oberamts nur eine einzige Zunft existierte. […] Auch kam es vor, daß artverwandte Zünfte […] sich […] zusammentaten, eine Erscheinung, die bis zum Ende des Herzogtums erhalten geblieben ist."[72] In Meisenheim gab es beispielsweise die kombinierte Bäcker- und Müllerzunft. Daher war auch das oft als zunfttypisch angesehene Bestreben, die Zahl der Mitglieder möglichst klein zu halten, um den wenigen Meistern eine ausreichende Menge an Aufträgen zu garantieren, in dieser Zeit kaum zu beobachten.

Die Regierung in Zweibrücken erließ 1776 die „Gemeine Zunftartikel"[73] und 1784 die „Pfalz-zweibrükische Zunftverordnung"[74]. Es reicht für unseren Zusammenhang, die gemeinsame Zielrichtung beider Gesetze zu skizzieren: Die Zünfte sollten kontrolliert und zu Instrumenten der merkantilistischen Politik umgebaut werden. Daher verloren sie ihre eigenständige Jurisdiktion (für Streit sowohl zwischen den Zunftgenossen als auch zwischen Handwerker und Kunden); ihre jährlichen Zunfttage, auf denen der Zunftmeister gewählt, alle möglichen zunftinternen Angelegenheiten geregelt und auch kräftig gefeiert wurde, fanden in Gegenwart eines Vertreters des Oberamtes statt. „Außer diesen ordentlichen Zunfttagen durften keine Zusammenkünfte erfolgen, es sei denn. daß das Oberamt die Genehmigung dazu erteilt hatte."[75] Bestimmte Missbräuche – z. B. die Verpflichtung eines

---

[71] Diesen Unterschied arbeitet SCHICHTEL 1986 anschaulich und materialreich heraus. „…es ist nicht zu vermuten, daß im Herzogtum Pfalz-Zweibrücken jemals autonome Zünfte existiert haben. Das zünftige Handwerk auf dem Land und in den Städten des Herzogtums hatte niemals die Stellung, die etwa die Zünfte in den Reichsstädten einnahmen; weder waren die pfalz-zweibruckischen Zünfte an der Regierung einer Stadt beteiligt, da es keine Stadt (mehr) gab, die der Landesherrschaft nicht unterworfen war, noch waren die pfalz-zweibrückischen Zünfte satzungsautonom, d. h. sie erhielten ihre Ordnungen schon immer von der Regierung bewilligt." (S. 57 f)

[72] SCHICHTEL 1986, S. 208

[73] Interpretation bei SCHICHTEL 1986 S. 75 ff, Text ebenda S. 269 ff

[74] Interpretation bei SCHICHTEL 1986 S. 90 ff, Text ebenda S. 276 ff

[75] REUTER 1931, S. 68

neuen Meisters, seine Zunftgenossen ausgiebig und sehr teuer zu bewirten, oder die Beschäftigung der Lehrjungen statt in der Werkstatt in der Landwirtschaft des Meisters - wurden verboten. Schikanen im Zusammenhang mit der Anfertigung des Meisterstücks (z. B. die Forderung, unsinnig kostbares Material zu verwenden) wurden unterbunden:

„Die Meisterstüke, so sehr ins Geld laufen, öfters gar nicht anzubringen, nebst dem altmodisch und blos um den neuen Meister zu kränken […] erfunden worden sind […] sind alle abgestellet, und dagegen moderne Stüke, die gleich wieder verkäuflich sind, und an denen man den Meister genug erkennen kan, vorgeschrieben worden.“[76]

Die örtliche Beschränktheit des Zunftwesens wurde 1760 aufgehoben: „Wer in einer Zunft im Herzogthum Meister wird, kann im ganzen Herzogthum ohngehindert arbeiten. Der ehemalige Zunftbann ist gänzlich aufgehoben.“[77] Das förderte die Mobilität und eröffnete tüchtigen Meistern einen größeren Markt – wenn auch wegen der großen Ausdehnung und Zersplitterung kaum das „ganze Herzogthum ohngehindert“ erreicht werden konnte. Da die Zünfte für neue Meister hohe Aufnahmegebühren forderten, eröffneten die neuen Regelungen einen Ausweg für Handwerker, die dafür nicht vermögend genug waren:

„Viele haben ein Metier ergriffen, es fehlet ihnen aber an Vermögen, oder sie sind durch Zufälle verhindert worden, sich zu zünftigen Meistern zu qualifiziren, können aber doch mit ihrer Hand etwas auf dem Handwerk verdienen, z. B. Schumacher, Schneider, Schreiner, Dreher Weber und dergleichen Einmännische Arbeit, denen wird erlaubt, auf ihrem Handwerk gegen eine jährliche Abgabe 1 Rthlrs *[Reichsthalers]* an die Zunft vor ihre Person, jedoch ohne Gesellen und Jungen, zu arbeiten. Ohne dieses würden sie Taglöhner oder Bettler abgeben; der letztere differirt von ersterem ohnehin nur dem Grad nach.“[78]

Wegen der genannten Abgabe wurden diese unzünftigen Handwerksmeister ohne Ausbildungsberechtigung „Talermeister“ genannt.

Über einen Bereich des Zunftwesens schweigen sich die landesherrlichen Verordnungen aus: Auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge für Witwen und Waisen, für durch Krankheit oder Unfall in Not geratene Zunftgenossen leisteten die Zünfte nämlich Vorbildliches; „der Landesherr hätte sich glücklich preisen können, wenn jeder Untertan seines Territoriums die gleiche soziale Absicherung bei Krankheit, Invalidität und Alter hätte in Anspruch nehmen können, wie dies bei den Zünften seit jeher der Brauch gewesen war.“[79]

In den Jahren 1766-68 nahm der pfalz-zweibrückische „Renovator und Peräquator“ Gottlieb Wilhelm Spener das gesamte Meisenheimer Stadtgebiet Grundstück für Grundstück kartografisch auf.[80] Der Zweck war die genauere Berechnung der Steuern, die sich am Wert der Anwesen bemaßen. Im dazugehörigen Text vermerkte er Namen, Beruf und Familienstand der Hausbesitzer. Dadurch sind wir in der

---

[76] BACHMANN 1784, § 201 „Zunftwesen“

[77] ebenda

[78] ebenda

[79] SCHICHTEL 1986, S. 153

[80] **Anthes**, Günter F.: Das Häuserbuch der Stadt Meisenheim anno 1768. In: MH 18 (1983) [ANTHES MH 18], S. 93

Lage, für das Stichjahr 1768 eine Berufsstatistik der Meisenheimer Bürger zu erstellen. Neben den Bürgern gab es weitere Hausbesitzer – das Häuserbuch nennt fünf adlige Namen[81] (ohne weitere Daten), außerdem Personen, die als „Diener" (Beamte) der Regierung, des Oberamtes, der Bergbauverwaltung sowie der Kirchen keine Stadtbürger waren,[82] und schließlich Menschen, die aus religiösen (Juden) oder sozialen (Hintersassen, Scharfrichter) Gründen kein Bürgerrecht genossen.[83] Auch der Advokat, die beiden Ärzte und der Apotheker wurden nicht als Bürger bezeichnet.

Die Bürger-Handwerker, die uns hier interessieren, waren insgesamt 193 an der Zahl. Ein knappes Drittel von ihnen (29,5 %) arbeitete als Bäcker (20), Metzger (15), Bierbrauer (10), Wirt (11) oder Müller (1) für den täglichen Bedarf. Dabei fällt auf, dass man vom Betrieb einer Gastwirtschaft offenbar nicht leben konnte: Bis auf einen hatten alle Wirte (als Bäcker, Metzger oder Küfer) einen „Hauptberuf", oder anders betrachtet: 20 % der Bäcker und Metzger beschränkten sich nicht auf den Ladenverkauf ihrer Güter, sondern verbanden damit einen Gastbetrieb.

Lederverarbeitung und Textilgewerbe standen mit je 16,6 % an zweiter Stelle. Die Gerber (15, davon mit 11 überwiegend Rotgerber, die Rinderhäute verarbeiten) lieferten das Material für drei Sattler, einen Säckler (Hersteller von Börsen, Taschen und lederner Kleidung) und 13 Schuhmacher.

„Das Rotgerberhandwerk war bei den günstigen Standortfaktoren, den zweckmäßigen Härtegraden des Wassers […] dem Viehreichtum und der bedeutenden Eichenloheproduktion […] seit dem Beginn der Neuzeit der bedeutendste Handwerkszweig […] und blieb es auch, als in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts sich die Marktlage für die Gerber verschlechterte. Die Produktion der in Meisenheim, Kirn, Sobernheim, Kreuznach und Stromberg ansässigen Meister, […] deckte nicht nur den lokalen Lederbedarf, sondern fand auch auf den Märkten zwischen Trier und Frankfurt und besonders auf den Messen der Mainmetropole ihre Käufer."[84]

Dreizehn Schuhmacher sind für eine Gemeinde von, alles in allem, etwa 1.200 Menschen[85] eine sehr hohe Zahl: sie arbeiteten offensichtlich auch für einen Markt jenseits der Stadtgrenzen.

Woll- (6) und Leinenweber (5) verwerteten ebenfalls landwirtschaftliche Rohstoffe, 8 Schneider, 4 Strumpfhersteller, 4 Hutmacher verarbeiteten die Stoffe weiter, nachdem die beiden Färber sie bearbeitet hatten. Dazu kamen zwei Seiler und, etwas überraschend, zwei Perückenmacher. Auch wenn der Advokat, die beiden Amtmänner, der Schulpräceptor, die drei Pfarrer und der Landbaudirektor irgendwann mal (was keineswegs bei allen sicher ist) für ihre Amtstätigkeit so ein Würdezeichen benötigt haben sollten: Man kann sich die beiden Perückenmacher nicht als ausgelastet vorstellen.

---

[81] Boos von Waldeck, Fürstenwärther, Kalkreuth, Kellenbach, Steincallenfels

[82] insgesamt 15 Haushaltsvorstände

[83] insgesamt 8 Haushaltsvorstände

[84] **Forster,** Hans: Die Wirtschaft des Kreises Kreuznach vor 1815. In: Becker, Heimatchronik 1966 [FORSTER 1966], S. 200 – 276, hier S. 267

[85] ANTHES MH 18, S. 157

Bei den 22 Handwerkern (11,4 %), die Holz verarbeiteten, standen die Küfer (11), von denen je drei auch Bierbrauer bzw. Gastwirte waren, an der Spitze. Sechs Schreiner, vier Wagner, ein Dreher ergänzten diese Gruppe. Ein Zimmermann fehlte erstaunlicherweise.[86]

Metallverarbeitende Berufe übten 16 Handwerker (8,5 %) aus. Hier ist eine starke Spezialisierung zu beobachten: vier Hufschmiede, je einen Messer-, Gold-, Kupfer- und Nagelschmied gab es, und einen, der einfach nur Schmied war. Drei Schlosser, zwei Spengler, ein Zinngießer, ein Büchsenmacher komplettierten die Gruppe. Man sieht, dass auch für den gehobenen Bedarf gearbeitet wurde, aber keine Zahl deutet auf so etwas wie Exportorientierung hin.

Etwa gleich stark (15 Handwerker, 7,8 %) war der Bereich „Bau, Steine, Erden" - erstaunlicherweise gab es nur einen Maurer, der zugleich Steinmetz war, und einen weiteren Steinmetz. Zwei Leyendecker, drei Glaser: Es sieht so aus, als habe es öfter mal ein Fenster oder ein Dach zu reparieren gegeben, aber selten ein neues Haus zu bauen. Die sieben Hafner werden wohl auch über die Stadtgrenzen hinaus geliefert haben.

Drei Chirurgen,[87] zwei Knopfmacher, ein Buchbinder schlossen die Handwerker-Liste ab, die uns allerdings nicht verrät, wie viele der Genannten „zünftig", wie viele „Talermeister" waren.

Der Bereich des Handels (13 Personen, 6,7 %) umfasste je vier Personen, die sich als Kaufmann bzw. Handelsmann bezeichneten, von diesen saß je einer im Rat, was auf eine gewisse Bedeutung ihrer Geschäfte hindeutet, jedenfalls gemessen an den eher ungünstigen Rahmenbedingungen.

„Für den Handel als selbständigen Gewerbezweig waren die Möglichkeiten […] eng begrenzt. Bis in das 19. Jahrhundert versorgten sich die Ackerbürger weitgehend selbst mit Agrarprodukten oder kauften sie auf dem Wochenmarkt und auf den Dörfern beim Bauern, der seinerseits seinen Bedarf an Gewerbeerzeugnissen, soweit er sie nicht selbst herstellte, ebenfalls unmittelbar beim Produzenten, dem Dorf- oder Stadthandwerker, deckte. Handel konnte also nur mit wenigen Waren wie Seefischen, Kolonialwaren, Tran, Glaswaren, feinen Textilien, bestimmten Metallwaren, Kalk, Kohlen usw. betrieben werden. […] auch die zum Teil geringe Spezialisierung im Großhandel war eine Folge der beschränkten Handelsmöglichkeiten […] in Meisenheim (war) Carl Anton Puricelli gezwungen, in seiner Großhandlung neben Spezereien Öle, Brennstoffe u. a. zu führen, weil er sich ohne ein derartig breites Warensortiment in der kleinen Oberamtsstadt mit ihrem wenig kaufkräftigen Umland nur schwer hätte behaupten können."[88]

Die fünf Krämer dagegen betrieben wohl wirklich nur Kramläden. Die fünf Fuhrleute werden ihre Pferde (oder Ochsen?) auch, vielleicht in erster Linie, in ihrer

---

[86] Ein kleiner Teil der Hausbesitzer wird von Spener nur mit Namen genannt ohne weitere Angaben zum Beruf usw.

[87] Im 18. Jahrhundert hatten Chirurgen noch keine akademische medizinische Ausbildung, sie waren Ersthelfer und Wundärzte mit Erfahrungswissen. Neben ihnen gab es in Meisenheim noch zwei akademische Ärzte, einer von ihnen war der Oberamtsphysicus.

[88] FORSTER 1966, S. 273. – Zur Familie Puricelli vgl. **Anthes**, Günter F.: Italiener in Meisenheim. In: MH 24 (1985) S. 12 ff

Landwirtschaft verwendet und nur von Fall zu Fall für die Kaufleute oder Handwerker tätig geworden sein.

Meisenheims Handwerk zog Jahr für Jahr wandernde Gesellen in nicht geringer Zahl an. Eine Stichprobe für die Jahre 1706 – 1717 ergab durchnittlich 35,9 Handwerksburschen pro Jahr[89] (Minimum 29, Maximim 42), die am Nikolaustag in die Stadtgemeinschaft aufgenommen wurden.

Um uns Meisenheim insgesamt einigermaßen realistisch vorzustellen, müssen wir uns klar machen, dass diesen knapp 200 Handwerkern, Fuhr- und Kaufleuten mit ihren Familien, den Handwerksgesellen und –lehrlingen sowie den „Hintersassen", die zumeist als landwirtschaftliche Arbeiter auf den Feldern und in den Ställen der Ackerbürger tätig waren, die Akademiker gegenüberstanden sowie die Personen, die Staat und Hof im weitesten Sinne repräsentierten. Einen Teil der Beamten haben wir schon genannt – dazu kamen die Verwalter der adligen Güter und eine Art „Rumpf-Hofstaat", der auch dann im Schloss vorhanden war, wenn Hof und Regierung nicht in Meisenheim weilten. Grob geschätzt, dürfte das Verhältnis dieser beiden Großgruppen etwa 5 : 1 betragen haben.

Merkantilistische Politik

Der Merkantilismus als wirtschaftspolitischer Ausdruck des Absolutismus war eine französische „Erfindung". Sehr holzschnittartig zusammengefasst, lagen dieser Politik folgende Annahmen zugrunde: Im europäischen Staaten-„Konzert" konnte sich nur behaupten, wer in der Lage war, militärische Macht zu entfalten. Für den ständigen Unterhalt von Truppen war viel Geld – unter den Bedingungen des 17./18 Jahrhunderts nur vorstellbar als Gold und Silber – erforderlich. Dieses Geld konnte, da die Menge des Edelmetalls[90] prinzipiell endlich war, nur aus den konkurrierenden Staaten kommen. Es galt daher, eine aktive Handelsbilanz, also einen Überschuss *exportierter Güter* und folglich einen Überschuss *importierten Edelmetalls* zu erzielen.

Der Oberintendant, später Generalkontrolleur der Finanzen Frankreichs unter Ludwig XIV, Jean Baptiste Colbert, verbot bzw. erschwerte durch Zölle die Ausfuhr von Rohstoffen und die Einfuhr von Fertigwaren: Frankreich sollte seine Naturprodukte selber verarbeiten und gewinnbringend ins Ausland verkaufen. Zu diesem Zweck förderte der Staat die Errichtung von Manufakturen, die mehr und kostengünstiger produzieren konnten als die kleinen Handwerksbetriebe, verbesserte durch Straßen- und Kanalbau sowie den Abbau der innerfranzösischen Zölle die Möglichkeiten des Handels und schuf so einen großen, einheitlichen Wirtschaftsraum.

Da die französische Politik erfolgreich war, fand sie Nachahmer auch in den Territorien des Deutschen Reiches. Nur zeigte sich bald, dass den meisten Kleinstaaten eine wesentliche Voraussetzung für eine Wirtschaft nach französischem Vorbild fehlte: der große, mit vielfältigen Rohstoffquellen gesegnete Wirtschaftsraum. Um herauszufinden, dass man die, um es mit einem modernen Begriff zu sagen, „kom-

---

[89] ANTHES REGESTEN, Heft X. - Vgl. oben, S. 214, Anm. 53

[90] Jedenfalls wuchs die Ausbeute der für die Europäer verfügbaren Gold- und Silberbergwerke weitaus langsamer als der Bedarf.

parativen Kostennachteile“ eines strukturschwachen Kleinstaates nicht einfach durch politische Entschlossenheit und landesherrlichen Zwang kompensieren konnte, mussten erst viele hoffnungsfroh gegründete Manufakturen bankrott gehen. Das galt natürlich auch für Pfalz-Zweibrücken, wo nach dem „Zweiten Dreißigjährigen Krieg“ 1667–97 (s. o.) noch sehr schlechte Startbedingungen dazukamen:

„Der Wiederaufbau ging nur langsam vor sich. Menschen- und Kapitalmangel waren wohl die wichtigste Ursache, vielleicht auch das Fehlen einer tatkräftigen und fähigen Regierung. Viel Land war noch öde. Gemäß einer Statistik aus dem Jahre 1750 waren zwei Drittel des gesamten urbaren Landes Wüste.

Die Regierungszeit Christians IV. brachte hier grundlegende Änderungen. Bereits im Jahre 1750 ernannte der reformeifrige jugendliche Fürst den Kammerdirektor Geheimrat Schimper zum Vorsitzenden der neueingerichteten Landesökonomie-Kommission. Diese Regierungskommission sollte das gesamte Ökonomiewesen und insbesondere die Landwirtschaft fördern. Sie hatte die Aufgabe, ‚die Gründe des Darniederliegens der Landwirtschaft sowie die anderorts gemachten Besserungsversuche zu prüfen, selbst Versuche anzustellen und dann endgültige Vorschläge zu machen’. Sie war verpflichtet, die Untertanen ‚in Dingen der materiellen Kultur’ zu unterweisen und kostenlose Auskunft zu geben.“[91]

Die Förderung der Landwirtschaft war natürlich unerlässlich, bevor man an den Aufbau von Manufakturen denken konnte. Die Schule der „Physiokraten“, begründet von dem französischen Arzt François Quesnay, sah in der Landwirtschaft, nicht im Gewerbe, die wesentliche Grundlage für den Wirtschaftskreislauf. Insofern beruhte die Politik, die Schimper im Auftrage Christians IV. in Gang setzte, auf einer Mischung beider Theorien.[92]

Die Verbesserungen in der Landwirtschaft betrafen die Stadt Meisenheim mit ihren Ackerbürgern ebenfalls, darum sollen die Maßnahmen Schimpers und der Landesökonomie-Kommission wenigstens kurz angerissen werden:

„Die Kommission hatte große Pläne, viele hat sie auch verwirklicht. Schimper begann seine Tätigkeit mit der Hebung der Viehzucht. Der Bauer sollte, wie er selbst sagte, ‚den größten Teil des Sommers sein nutzbares Vieh im Stall erhalten’, seinen Dung vermehren können und Gelegenheit haben, ‚die Schaf- und Schweinezucht höher zu treiben’.

Um dieses durchzuführen, mußte zuerst für genügend Futterpflanzen gesorgt werden. … Schimper war bemüht, neue Wiesen zu schaffen bzw. die alten zu verbessern. Er ließ die alten Wassergräben säubern, um durch Be- und Entwässerungen den Ertrag der Wiesen zu erhöhen und führte den Gebrauch eines französischen Pfluges ein, der sich zur Melioration magerer Wiesen bewährte. Um den Bauern den Vorteil der neuen Maßnahmen zu zeigen, machte Schimper Probearbeiten auf herzogliche Kosten. […]

Zur Verbesserung der heimischen Futterpflanzen führte Schimper aus Lyon bzw. London französischen und englischen Raygrassamen ein. Er ließ ferner aus Holland, Spanien und der Schweiz Kleesamen kommen und bürgerte den Kleebau

---

[91] REUTER 1931, S. 14

[92] **Forster**, Hans: Landesgeschichte und Heimatgeschichte. Grundzüge des Merkantilismus im Herzogtum Pfalz-Zweibrücken Mainz 1984 [FORSTER 1984] S. 61

im Herzogtum ein. Der spanische und holländische Klee gediehen im Lande prächtig. Zweibrücken mußte sogar… für andere deutsche Staaten Samen liefern. Der Anbau der Futterrüben hatte ebenfalls Erfolg. Durch all diese Maßnahmen wurde die Möglichkeit gegeben, die Viehzucht zu fördern.

Der Ackerbau erfuhr ebenfalls eine Verbesserung. Hier kam vor allem der durch die Stallfütterung des Viehes gewonnene Dung zur Verwendung, […]

Ein großes Verdienst erwarb sich der Fürst um die Viehzucht. … Zur Veredlung des einheimischen Rindes wurde Vieh aus der Schweiz eingeführt […]

Besonderes Augenmerk wurde aber auf die Schafzucht gelegt. Hierzu bot das Land günstige Bedingungen; weite Flächen lagen noch öde und große Teile des Landes waren gebirgig und eigneten sich daher nicht gut zu landwirtschaftlicher Nutzung. […] Gerade die Schafzucht war wichtig, denn durch sie wurde der Rohstoff für die Wollmanufakturen beschafft; sie war daher auch einer scharfen Kontrolle unterzogen.“[93]

So sinnvoll diese Verbesserungen durch die Kommission auch waren – es blieb doch auch hierbei die „absolutistische Handschrift“ zu erkennen. Wenn die Bauern, traditionsverhaftet, wie es für ihren Berufsstand typisch sein soll, den guten Vorschlägen nicht folgten, war man rasch mit Zwang und Strafen bei der Hand. Das zeigte sich auch auf zahlreichen anderen Feldern. Als es der Zweibrücker Wollmanufaktur an Garn gebrach, wurde das Spinnen mit Zwang durchgesetzt.

„Der Herzog erließ 1763 eine Verordnung, in der er befahl, daß alle Arme, Bettler, alte und kranke Leute spinnen sollten. Den Schultheißen wurde anbefohlen, Listen aufzustellen von allen Armen, Bettlern und Kindern armer Leute und diese dem Oberamt abzuliefern. Die Eigentümer der Häuser wurden verpflichtet, Listen aufzustellen ‚was für Leute bei ihnen wohnen, wie sie sich ernähren, ob sie Kinder haben, welche dem Müßiggang und Betteln oder sonstigem liederlichen Leben ergeben sind, da das Bettelwesen stark zunehme und unter den Bettelkindern erwachsene Mädchen seien, die gut spinnen könnten’.“[94]

Die Manufakturgründungen konzentrierten sich auf den Zweibrücker Raum. In Meisenheim gab es nur eine 1784 gegründete Puderfabrik, die 1789 abbrannte und nicht wieder aufgebaut wurde.[95] Eine zweite Blüte erlebte aber der Bergbau, wovon Meisenheim, das Sitz der zuständigen Behörden war, ebenfalls profitierte. Neben dem Quecksilber wurde jetzt der Steinkohle große Aufmerksamkeit gewidmet. Mit ihrem Abbau verfolgte die Regierung einen doppelten Zweck: Indem Feuerholz durch Kohle ersetzt wurde, sollten die Wälder, die unter dem Raubbau der letzten Jahrzehnte sehr gelitten hatten, sich erholen können, zudem erhoffte man sich aus dem Verkauf der Kohle Einnahmen für den Fiskus. Allerdings lehnte die Bevölkerung die einheimische Kohle wegen des hohen Schwefelgehaltes ab – also wurde wieder Zwang angewandt:

„Der Landesherr, dem einige der Bergwerke gehörten, beseitigte diese Absatzschwierigkeiten mit den Mitteln merkantilistischer Zwangswirtschaft. 1778 wurde jeder Bauer und Bürger im Oberamt Meisenheim, das zwei Drittel der Steinkohlen des Herzogtums Pfalz-Zweibrücken förderte, verpflichtet, vierteljährlich fünfzehn

---

[93] REUTER 1931, S. 15 ff

[94] ebenda, S. 27

[95] FORSTER 1966, S. 271

Zentner Steinkohlen zu drei Gulden zu beziehen, und gleichzeitig wurde der Bezug besserer und billigerer Kohle aus benachbarten ‚ausländischen' Gruben wie der von Alsenz verboten. Außerdem ließ die Regierung Modelle für Steinkohlenöfen aus Holland einführen und pfändete jeden, der keine Kohle kaufte. Beschwerden nutzten nichts. Der Einwand der Meisenheimer Bürgerschaft, der Schwefelgehalt der Kohlen aus der Grube Hahlkreuz sei gesundheitsschädlich, wurde von der Verwaltung mit der Bemerkung abgetan, alle Steinkohlen enthielten Schwefel, und der Rauch fördere sogar die Gesundheit, denn in Kirn seien nach der Einführung des Steinkohlenbrandes epidemische Krankheit verschwunden."[96]

Um die Produkte der Gruben, Manufakturen und Handwerksbetriebe auf den Markt, um den Willen des Landesherrn in alle Oberamtsstädte zu befördern, benötigte man brauchbare Straßen[97] und Postverbindungen. Auch hier gab es unter Christian IV. vielversprechende Anfänge, die nicht vollendet wurden. Die für Meisenheim wichtigste Straße war die über Lauterecken und Kusel nach Zweibrücken, die ab Ulmet im Glantal verlief.

„Die Straßen waren *[nach dem Ende des Pfälzischen Krieges]* mit Steinen aufzufüllen, mit starken Hölzern zu belegen, mit Reisern abzudecken und dann mit Kies und Sand zu überfahren. Die Büsche und Stauden an den Wegrändern mußten beseitigt werden. So also hat man sich den Straßenbau dieser Zeit vorzustellen. Kein Wunder, daß die Straße 1707 wieder ‚sehr bös und unbrauchbar' geworden war.

1744 wurde sie unter der Aufsicht eines zweibrückischen Chausseekommissars wieder repariert. Er ordnete an, daß dazu ‚kein Gereis und keine Faschinen' (Reisiggeflecht) verwendet werden dürften. Die Straßen sollten ‚mit den mit dem Schlägel wohl geschlagenen Steinen' einen festen Untergrund erhalten, dann mit Bachkies überfahren und eingeebnet werden. Die Straßenbautechnik war fortschrittlicher geworden, aber der stückweise Bau in der Fron wurde beibehalten. Der Straßenbau war ausschließlich eine Angelegenheit der Gemeinden, auch wenn sie weit ab von der Straße gelegen waren. In der Regel wurden ganze Schultheißereien zur Arbeit unter der Aufsicht des Schultheißen aufgerufen. Das darf nicht zu der Meinung führen, daß nun zwischen Ulmet und Meisenheim die Bewohner rechts und links des Glan in großen Kolonnen mit dem Werk begonnen hätten.

Das scheiterte schon daran, daß die Straße Ulmet - Meisenheim teils durch rheingräfliches, teils durch kurpfälzisches Gebiet führte, für die Zweibrücken nicht maßgebend war. […] Die Straßenrichtung und der Straßenzustand wurden durch die Landesgrenzen in erheblichem Maß wertmindemd beeinflußt.

Ein gemeinsamer, in einem Zug durchgeführter Straßenbau war bei diesen politischen Verhältnissen nur sehr schwer möglich."[98]

Die Regierung Christians IV. stellte zwar im Jahre 1751 ein Straßenbauprogramm[99] auf, das aber Stückwerk blieb – technische Schwierigkeiten, die nicht gerade überströmende Begeisterung der Einwohner der an der Straße gelegenen Orte

---

[96] ebenda, S. 256

[97] Verbindende Wege gab es natürlich, aber sie waren oft witterungsbedingt nur schlecht oder gar nicht befahrbar und in gebirgigen Abschnitten oft so schmal, dass die Begegnung zweier Fuhrwerke unmöglich war.

[98] **Zink**, Albert: Chronik der Stadt Lauterecken. Lauterecken 1968 [ZINK 1968] S. 105

[99] FORSTER 1966, S. 212

für den Frondienst und besonders die politische Kleinteiligkeit der Region verhinderten durchgreifende Erfolge. Immerhin wurde die Verbindung Zweibrücken – Meisenheim auf den damaligen Stand der Technik gebracht, aber „das Projekt einer Chaussee Meisenheim – Kirn – Trarbach, die an die neu gestückte und geschotterte Straße Zweibrücken – Meisenheim anschließen sollte, scheiterte an der starren Haltung der Kirner Regierung,[100] mit der keine Einigung über den bei der geplanten Linienführung nötigen Bau einer Nahebrücke zu erzielen war.“[101]

Eine Postverbindung Zweibrücken – Kusel – Meisenheim richtete die Zweibrücker Regierung im Jahre 1703 ein. „1741 trat das Herzogtum Zweibrücken diese Linie an die Reichspost der Fürsten von Thurn und Taxis ab, so daß die bis dahin bestandene landesherrliche Einrichtung in das Reichsnetz einbezogen worden war. Von da an verkehrten zweimal wöchentlich zwischen Zweibrücken und Meisenheim ‚reitende ordinaire Posten’, die dienstags und freitags abends zwischen 9 und 10 Uhr in Zweibrücken abgingen und donnerstags und sonntags wieder dahin zurückkehrten. Die Strecke Zweibrücken – Kusel wurde in sechs, ‚bei bösem Weg’ in sieben Stunden zurückgelegt.

1771 richtete Zweibrücken auf der genannten Strecke noch eine landesherrliche, der Personenbeförderung dienende Landwagenverbindung ein. Eine mit zwei Pferden bespannte Kutsche, die sechs Personen Platz gab, verkehrte wöchentlich einmal zwischen Zweibrücken und Meisenheim. Mit dem Einfall der Franzosen wurde diese Verbindung im Jahre 1793 eingestellt.“[102]

Alle diese Maßnahmen stellten ohne Zweifel gute Ansätze dar – man könnte darüber spekulieren, ob ein Nachfolger Christians IV., der mehr vom „Ersten Diener seines Staates“ gehabt hätte als Karl II., tatsächlich eines Tages die „Glückseligkeit der Unterthanen“ erreicht hätte – in der rauen Wirklichkeit herrschte außerhalb der kleinen Zentren bescheidenen Wohlstandes bittere Armut, die viele Menschen zur Auswanderung veranlasste, besonders nach Galizien, für das Kaiser Joseph II. ein günstiges Ansiedlungspatent erlassen hatte. Das lief der „Peuplierungpolitik“ der Landesherrschaft zuwider, die deswegen dagegen vorzugehen versuchte.

„Im Oberamt Meisenheim wurde ‚das schädliche Emigriren’ durch die Regierung scharf, aber nicht sehr erfolgreich bekämpft. ‚Serenissimi nostri Herzogliche Durchlaucht (haben) aus landesvatterlicher Vorsorge sich gnädigst bewogen gefunden […] zu verordnen […] daß Anwerber, welche Unterthanen zum Emigriren aufmuntern, für den Fall, wann sie sich in hiesigen Fürstentums Landen betreten lassen, ohnausbleiblich mit dem Strang zum Tod gebracht, die ehemaligen Unterthanen aber, welche wieder zurückkehren […] mit sechsjähriger Schubkarren-Straf belegt werden sollen. Welche gnädigste Verordnung sämtlichen Ober- und Unterämtern, in specie aber dem Oberamt Meisenheim mit der Auflage rescribiret wird, um solche zu jedermanns Nachricht gehörig publiciren zu lassen’.“[103]

Wie immer man die Aussichten für Meisenheims Zukunft unter dem *ancien régime* einschätzt – so hätte der große wittelsbachische Erbfall (s. o.) zumindest den nötigen Wirtschaftsraum entstehen lassen – die Folgen der welthistorischen Ereignisse

---

[100] der Wild- und Rheingrafen
[101] FORSTER 1966, S. 213
[102] ZINK 1968, S. 125
[103] FORSTER 1966, S. 225 f

des Sommers 1789 in Paris und Versailles haben diese Entwicklungslinie gekappt. Den Schluss dieses Kapitels sollen einige Auszüge aus dem „Gehorsamsten Bericht“ bilden, den der Meisenheimer Bürgermeister auf Anforderung der nach Mannheim geflohenen Landesherrschaft verfasst hat[104] und der vermutlich einen der letzten offiziellen Kontakte zwischen Meisenheim und Karl II. darstellt. (Um die Entwicklung in den letzten Jahren des *ancien régime* zu ermessen, kann man zum Vergleich oben das Kapitel *Das zünftige Handwerk und sein Umfeld* heranziehen.)

„[…]
Die Lage der Stadt.
Die Oberamts Stadt Meisenheim lieget in einem fruchtbaren Thal am Glanfluß, und wird gegen Osten von einem sehr steilen, zum theil mit Hecken und Waldungen bewachsenen, theils aber nackten Berg, Kedarth genannt, zwischen welchem und der Stadt der Glan fließet, begrenzet; gegen Westen ist die Lage weniger bergig, und liegen, obwohl in keiner eigentlichen Ebene, auf dießer Seite gute Frucht-Fluren. Der Glanfluß laufent von Mittag gegen Mitternacht, und seine beyde Ufer sind auf der Meisenheimer Gemark mit guten Wießen und Gärten, welche in dem Glan-Thal liegen bebäut. […]

Die Bevölckerung
Die Anzahl der Haushaltungen, groß und klein, beträgt in der runden Zahl 400 und schon geraume Jahre bestehet dieße Zahl, welche sich manchmal um einige bisher gemindert, bald um einige gemehret hat. Die Anzahl der Menschen mit Einbegriff allen Gesindes und der Kinder jedem Alters, beläuft sich auf 1700.

Adeliche
4 Adeliche Häußer befinden sich dahier nehmlich: 1.) Der Freyherrlich von Boosische Hoof, wovon der Herr Eigenthümer zu Maynz sich aufhält. 2.) Das Freyherrlich von Fürstenwaerterische Haus samt Zugehörde 3.) Das zwischen dem Herrn Staats-Ministre Reichsfreyherrn von Esebecks Excellenz des Herrn Regierungs-Praesidenten und geheimden Rath, Reichsfreyherrn von Fürstenwaerther und deßen Herrn Bruder, sodann dem Reichsfreyherrn von Kellenbach gemeinschaftliche Hauß in der Obern Straß Cum Appertinentiis 4.) Sodann das Freyherrlich von Steincallenfelsische Hauß samt Zugehör, so dem Baron von Hunoltstein im Württembergischen gehöret.

Bediente
Die Dienerschaft besteht aus dem Personali des Oberamts, einem zeitlichen Keller und Kirchschaffner, einem Oberförster, einem Landschafts-Commissario und Waysenschreiber, 2 Reformierten, 2 Lutherischen Geistlichen und einem Franziscaner Kloster, worinn 13 Individua sind, einem Schatzungs-Peraequatore,[105] einem Oberamts Physico,[106] und dem Magistrat, wozu ein Stadtschultheiß, ein Syndicus und 7 Rathverwandten gehören. Außer dießen wohnen noch dahier, der Freyherrlich von Hunoltsteinische - genannt Steincallenfels Beamte und deßen Amtsdiener.

[104] Abgedruckt in **Lurz**, Meinhold: Vom Handwerk zur Landwirtschaft. Teil I: Meisenheim 1793. In: MH 26 (1985), S. 54 ff
[105] Steuerbeamter
[106] Amtsarzt

Ein Fürstlich Thurn-Taxischer Postmeister. 10 Pfarr- und Civil Bedienten Wittwen. Ein Kayserlicher Notarius, Nahmens Gerhard Dhom. Ein Receptor von der Zoll-Salz und Tabacks-Ferme, nebst 2 Zollgarden. Berg Raths Aßessor Hellermann und deßen Bruder, ehehiniger Bau-Director Hellermann. Sodann cum Permißione Superiori, sind die Freyherrlich von Hunoltsteinische Concubine und die Kirchbergerische Wittib hier etabliert.
2 Reformierte, 1 Lutherischer und 1 Katholischer Schuldiener. 1 Oberamts- und 1 Policey-Diener. 1 Kellerey Speicherknecht oder Fruchtmeßer. Der Pfarrer von der Pfarrey Abtweiler Wallrad Mießer. Item ein Miliz-Lieutenent nebst etlichen Unter-Officieren und 2 Tambours. Item 2 Holländische Hauptleute Caesar und Keßler. Item 2 Lehrer bey hießigem Lateinischen Gymnasio.
254 Bürger, 56 Bürgers Wittwen, 24 Hintersaßen, 2 Stadtdiener, 2 Bettelvögte,
2 Pförtner welche auch Bürger, und 2 Schützen, welche Hintersaßen sind, endlich 2 Hirthen, 1 Schäfer und 1 Scharf Richter. Nebst mehrern kleinen Haushaltungen von einzeln ledigen mittellosen Personen. […]

Handwerker
Alle hiesige Bürgern, 8 ausgenommen, sind Professionisten, und müßen sich hauptsächlich von ihren Handwerckern zu nähren suchen, dieße 8 aber sind Fuhr- und Ackerleuthe und suchen ihren Unterhalt vom Fuhrwesen.

Ackerleute
Da der Verdienst der Handwercker durch die Zergliederung des Oberamts[107] ganz auf die Neige gekommen, so muß sich jeder Bürger wenigstens einen Theil seines Brods mit Ackerbau zu gewinnen suchen. Ein kleinere Anzahl Bürger aber treibt den Ackerbau auf eine vorzügliche Art im eigentlichen Sinn.

Hintersassen
In unserer Stadt sind 24 Hintersaßen, welche sich mit Taglohn nähren.

Knechte und Mägde
Die Zahl der Knechten und Handwercks-Gesellen beträgt 70. Jene der Mägde aber 128.

Viehstandt
Zugvieh: a) Pferde. An Zug- und Reitpferden finden sich dermalen 42 Stück, b) Ochsen. An Fuhrochsen 16 Paar, c) Esel. Nichts.
Wirthschaftliches Vieh: a) an Kühen 208 Stück dermalen, Rindern 104 Stück, b) Schaafen oder Hämmel 220 Stück, c) Schweinen 220 Stück, d) Geißen 25 Stück. […]

Nahrungsstandt
Feldbau: Dießer wird aufm Stadtbann nachahmungswürdig wohl behandelt und nicht eine Ruthe[108] breites Land ohnbebaut gelaßen, …
Ob die Ernde zulange? Man kann dahero es mit Grund behaupten: daß die Stadt mit der auf ihrem Bann gebauten Frucht zur Genüge auskommen könnte, allein eines theils erhält der Zehnden und die Considerable Mühlenpfächte auf Herr-

[107] S. Anm. 113 und den letzten Abschnitt „Verbesserungen“
[108] Zweibrücker Ruthe = 4,464 m

schaftliche Anordnung immer andere Bestimmung, und andern theils schleppen die viele Frucht- und Mehlhändlern eine übermäßige Menge Früchte, besonders an Spelz und Gersten in die Südliche Oberämter; daher ist es gewiß, daß eben so viel Früchte hier verkauft, als wieder vom Land und zum theil Auslande eingekauft werden; Zu denen 9 - 10 Tausend Malter Frucht, welche auf denen 52 hießigen Frucht-Märkten[109] jährlich verkauft werden, tragen hießige Einwohner ein 8. Theil bey, die Becker aber pflegen den größten Theil ihrer Erfordernuß vom Lande zu bekommen. […]

Bürgerliche Nahrung

Manufacturen: Da die Siamoise[110] und Poudre fabrique[111] eingegangen ist, so ist nur noch die Kempfsche Seiden-Fabrique hier, welche sich aber auf alle Webereyen extendiret[112] und dem Anschein nach soutenirt. Die Thielische Handschuch Fabrique will nichts bedeuten, und ist eine Fabrique en Miniature. ad a) So viel man weiß bringt: Herr Kempf alle seine Materialien aus dem Ausland, und ad b) verdebitirt seine fabricirte Waaren ins Land und zugleich ziemlich außer Lands.

Handwercker

Wo die Materialien her?: 1.) Die Eißen Arbeiter hohlen ihre Materialien alle auswärts. 2.) Die Holzarbeiter auch zum größern Theil. 3.) Die Leder Arbeiter, theils im Landt theils außerhalb. 4.) Die Seiler aus dem Ausland. 5.) Die Becker, theils hier, theils in der Nachbarschaft. 6.) Der Bierbrauer, die Gerst hier und anderwärts den Hopfen größtentheils aus Böhmen, wenigsten theils aus eigener Plantage. 7.) Die Wollarbeiter, alles aus der Fremde. 8.) Die Hafner, Die Glassur-Stücke im Ausland, die Erde hier.

Ob an Fremde verkauft wird: Allerdings verkaufen unßere Gerber, Schuhmacher, Strumpfweber, der Dreher, die Schloßer, Schmitte, Tuchmacher, der Goldschmitz, die Krämers, Haffner, Schreiner, Huthmacher, sehr viele Waaren theils von Hauß aus, theils auf Märckten und zwar meistens an fremde, weil das Oberamt durch die viele vertauschte Ortschaften[113] gar klein geworden ist.

Handel

Handel und Wandel wird zwar in hießiger Stadt ziemlich getrieben, doch könnte er blühender seyn, und es wieder wie ehehin werden, wann nicht so viele Waaren bey der Einfuhr der Confiscation unterworffen würden; Salz, Taback, Homburger Fabrique Waaren pp dörffen nicht importiert werden … Inzwischen geht gedachter maßen a) Vieh- und Frucht-Handel im Land beständig und b) ins Ausland geht ersterer nicht minder gut, letzterer aber nur alsdann, wann er von keinen Sperren gehemmet wird. […]

---

[109] Es gab demzufolge im Jahre 1793 einen Wochenmarkt.

[110] kariertes Baumwoll-Leinen-Mischgewebe für Bettwäsche, Küchentücher, Schürzen usw.

[111] Die von 1784 – 89 bestehende Puderfabrik

[112] d. h. nach dem Verlagssystem arbeitet

[113] Durch Gebietstausch-Verträge mit Nassau-Weilburg (1755) und Kurpfalz (1768) waren die ehemals zum Oberamt Meisenheim bzw. Pfalz-Zweibrücken zählenden Orte Alsenz, Winterborn, Niederhausen (Appelbach), Odernheim, Duchroth, Oberhausen, Niederhausen (Nahe) und Hochstätten (Alsenz) nun durch Zollgrenzen von Meisenheim getrennt. Vgl. Pfalzatlas, Bd. I, Karte 66 (Kurt Baumann)

Verbeßerungen
Nahrungsstand: In keinem Oberamt kann Serenißimus Imperans den Nahrungs-Stand so ungemein viel verbeßern oder eigentlicher zu sagen, wieder herstellen, wie er ehehin war, als in hießigem Ober-Amt; Ehe durch die Länder-Tausch Commißionen hießig Oberamt zerrißen und vieles von allen Seiten davon abgetrennt worden ist, war daßelbe das florisanteste aller Ämter. Vorhero entstunden in hießiger Stadt die Viele Handwercker und die Familien, welche jezo noch Reichthum besizen, haben solchen in der glücklichen Vorzeit geschöpft, ehe die viele Theile des Landes weggetauscht waren; damals hatten z.B. 40 Schneider, 36 Schuster, 9 Sattler pp alle Hände voll Arbeit, welche nun da Alsenz cum Appertinentiis[114] Odernheim, Duchroth, Niederhausen, die viele Hintersaßen im Reipolzkirchlichen, die ganze Amtschultheißerey Einölten, Niederkirchen und d. m. abgetrennet worden sind, Nahrungsloß bleiben.
Wann aber Serenißimi Hochfürstlichen Durchlaucht Höchstderoselben wartende Churfürstenthümer[115] antretten und sich bewogen finden werden: das Oberamt in Specie die Stadt Meisenheim wieder in ihre florisante Umstände herzustellen; so ist solches gar geschwinde dadurch bewürckt, wann die durch Vertausch an Churpfalz abgerißene Schultheißereyen und Ortschaften zu hiesigem Oberamt wieder geschlagen werden. Dadurch würde Meisenheim in allen seinen Theilen und in jedem Stande sich wieder zu dem verlohrnen Flor erheben. […]"

Der Bericht trägt das Datum „Meisenheim den 30ten August 1793". Vier Monate und sieben Tage später, am 6. Januar 1794[116], rückten Teile der französischen Moselarmee in Meisenheim ein.

[114] mit den zugehörigen Teilen
[115] Kurpfalz und Kurbayern
[116] SCHAFFNER 1938, S. 26

Französische Revolution und die Zeit Napoleons

Revolutionen sind ansteckend. Mit Sorge beobachteten die europäischen Höfe die Vorgänge in Frankreich: die Konstituierung der Nationalversammlung, den Bastille-Sturm, die Verabschiedung der „Erklärung der Menschen- und Bürgerechte" (26. August 1789), die schon unmittelbar nach dem Erscheinen mehrfach in deutscher Übersetzung gedruckt wurde und schnelle und weite Verbreitung fand,[1] sowie die Abschaffung des Adels (19. Juni 1790). Auch wenn in den deutschen Territorien keine „revolutionäre Situation" bestand, so war doch ein deutliches Anwachsen von (auch früher gelegentlich vorgekommener) Aufsässigkeit, Verweigerung von Frondiensten, Kritik an Behörden zu registrieren.[2]

Einer der ersten revolutionären Beschlüsse der Nationalversammlung betraf direkt die deutschen Landesherren, die – wie auch Pfalz-Zweibrücken – „Souveränitätslande"[3] im Elsass besaßen: die Abschaffung der Feudalität (11. August 1789):

„Die Nationalversammlung vernichtet das Feudalwesen völlig. Sie dekretiert, dass von den Feudal- wie Grundzinsrechten und -pflichten sowohl jene, die sich aus unveräußerlichem Besitz an Sachen und Menschen und aus persönlicher Leibeigenschaft herleiten, als auch jene, die an ihre Stelle getreten sind, entschädigungslos aufgehoben werden; alle übrigen Lasten werden für ablösbar erklärt, […] Jede grundherrliche Rechtsprechung wird entschädigungslos abgeschafft. […] Alle Zehnten […] oder Grundzinsabgaben, in deren Genuss weltliche oder geistliche Körperschaften kommen, werden abgeschafft."[4]

---

[1] **Struck**, Bernhard / **Gantet**, Claire: Revolution, Krieg und Verflechtung 1789 – 1815. (= Deutsch-Französische Geschichte Band V) Darmstadt 2008 [STRUCK – GANTET 2008], S. 56. – Zur Rezeption französischer „Revolutionsliteratur" allgemein vgl. **Reichardt**, Rolf: Die deutsche Bibliothek der Französischen Revolution oder: Wie jakobinisch war die Revolutionsrezeption im Südwesten? In: **Rödel**, Volker (Hg.): Die Französische Revolution und die Oberrheinlande (1789 – 1798). Sigmaringen 1991, S. 147 - 179

[2] **Baumann**, Kurt: Die Pfalz und die Französische Revolution. In: BAUMANN 1984, S. 179 – 198, hier S. 186: „So betonte auch der Stadtrat von Meisenheim am Glan … als er Klagen der Bürgerschaft … über die als ungerecht empfundene Arretierung eines Bürgers an das zuständige Oberamt weiterleitete, dies geschehe mit ‚Rücksicht auf die Zeitläufte', worauf die Regierung die Vermutung aussprach, ‚der Geist der Unruhe' wolle sich auch in Meisenheim einschleichen!" – Dass die Regierungen im Linksrheinischen aus Revolutionsfurcht auf Forderungen der Bauern meist rasch eingingen und diese insofern zunächst „systemstabilisierend" wirkten, zeigt **Ulbrich**, Claudia: Rheingrenze, Revolten und Französische Revolution, In: **Rödel**, Volker (Hg.):Die Französische Revolution und die Oberrheinlande (1789 – 1798). Sigmaringen 1991, S. 223 - 244

[3] Das waren Gebiete, die unter der Souveränität des französischen Staates standen und die deutsche Fürsten von der Krone Frankreich zu Lehen trugen, im Falle Pfalz-Zweibrückens etwa Rappoltstein, Bischweiler und Kleeburg. Aus Pfalz-Kleeburg stammte die Linie der pfälzischen Wittelsbacher, die u. a. drei schwedische Könige hervorgebracht hatte (vgl. oben *Die Zeit des Absolutismus*)

[4] Zit. n. **Grab**, Walter: Die Französische Revolution. Eine Dokumentation. München 1973 [GRAB 1973], S. 33 ff

Das bedeutete materielle Einbußen für die betroffenen Landesherren.[5] Die Nationalversammlung war zwar zu Verhandlungen über eine Entschädigung bereit, die aber wegen sehr unterschiedlicher Rechtsauffassungen zu keinem Ergebnis führten. Zum ersten Mal wurde über einen Krieg gegen die Revolutionäre geredet.[6] Natürlich sprach sich die Nachricht über die Abschaffung der Feudallasten herum und fand Beifall. Es ist nicht bekannt, ob Meisenheimer die « Gazette des Deux-Ponts » bezogen, man darf es aber für wahrscheinlich halten. Diese „im ganzen Europa gelesene"[7] Zeitung, hatte in Frankreich viele Informanten, so dass jedenfalls die gebildeten Städter des Herzogtums die Ereignisse verfolgen und sich eine Meinung bilden konnten.

Am 20. Juni 1791 scheiterte der Versuch König Ludwigs XVI., mit seiner Familie ins Ausland zu fliehen, er wurde unter Zwang nach Paris zurückgebracht und stand seither unter argwöhnischer Beobachtung. Am 27. August 1791, genau eine Woche vor Verabschiedung der Verfassung, die die absolute Macht des französischen Königs beendete, trafen sich im sächsischen Schloss Pillnitz an der Elbe Kaiser Leopold II. und der preußische König Friedrich Wilhelm II. mit dem Grafen Artois und dem Prinzen Condé, den Brüdern des französischen Königs und Anführern der französischen adligen Emigranten in Koblenz und Worms. Am Ende ihrer Beratungen erklärten sie „die Situation, in der sich der König von Frankreich gegenwärtig befindet, als ein gemeinsames Interesse für alle Könige Europas. Sie hoffen, daß [*die anderen europäischen Monarchen*] sich in der Folge nicht weigern werden, gemeinschaftlich mit den unterzeichneten Majestäten, … die wirksamsten Mittel anzuwenden, um den König in den Stand zu setzen, in größter Freiheit die Grundlagen eines monarchischen Regiments zu festigen […] In der Voraussetzung werden sie ihren Truppen die geeigneten Befehle erteilen, um sie in den Stand zu versetzen einzuschreiten."[8]

Die Kriegsdrohung war deutlich. Im Februar 1792 schlossen Preußen und Österreich zudem ein anti-revolutionäres Kriegsbündnis. Als die Formierung einer Emigrantenarmee in Koblenz in Zusammenarbeit mit der preußischen und österreichischen Militärführung Fortschritte machte, forderte „die *Assemblée législative* Österreich am 25. März 1792 ultimativ auf […], gegen die Emigranten vorzugehen".[9] Am 20. April folgte die Kriegserklärung:

„Die Nationalversammlung erklärt,

dass die französische Nation, den durch die Verfassung geheiligten Grundsätzen getreu, keinen Krieg mit der Absicht der Eroberung zu unternehmen und niemals

---

[5] Neben Pfalz-Zweibrücken u. a. noch Württemberg, Baden, Nassau-Saarbrücken, Hessen-Darmstadt, Leiningen und Kurtrier. **Dumont**, Franz: Die Mainzer Republik von 1792/93. Alzey ²1993 [DUMONT 1993], S. 52

[6] ebenda, S. 53

[7] **Drut-Hours**, Marie: Die „Gesellschaft der Aufklärer" im Herzogtum Pfalz-Zweibrücken und ihre Netzwerke In **Konersmann**, Frank/ **Ammerich,** Hans (Hg.): Historische Regionalforschung im Aufbruch. Studien zur Geschichte des Herzogtums Pfalz-Zweibrücken anlässlich seines 600. Gründungsjubiläums. Speyer 2010, S. 171 – 187, hier S. 171

[8] GRAB 1973, S. 59 f

[9] STRUCK – GANTET 2008, S. 68

gegen die Freiheit irgendeines Volkes die Waffen zu ergreifen, die Waffen nur aufnimmt zur Verteidigung ihrer Freiheit und Unabhängigkeit,

dass der Krieg, den sie gezwungen ist zu führen, kein Krieg ist von Nation gegen Nation, sondern die gerechte Verteidigung eines freien Volkes gegen den ungerechten Angriff eines Königs; […]

dass (die Franzosen) nichts unterlassen werden, um die Geißel des Krieges zu lindern, das Eigentum zu schonen und zu erhalten und alle unvermeidlichen Leiden des Krieges einzig auf die fallen zu lassen, die sich gegen ihre Freiheit verschwören werden; […]

Nachdem die Dringlichkeit festgestellt worden ist, beschließt die Nationalversammlung den Krieg gegen den König von Ungarn und Böhmen."[10]

Man erkennt deutlich, dass hier nicht wie im 17. und 18. Jahrhundert der Krieg eines Souveräns gegen einen anderen anfing, sondern dass der so genannte Erste Koalitionskrieg (1792 – 1797) eine Auseinandersetzung war zwischen Ideen und Prinzipien, in der der Kampf um die Köpfe (und Herzen) fast genauso wichtig war wie der Kampf der Waffen. Die Antwort des Oberbefehlshabers der Verbündeten fiel im Übrigen, mit umgekehrtem Vorzeichen, ebenso propagandistisch aus:

„Ihre Majestäten der Kaiser von Österreich und der König von Preußen haben mir den Oberbefehl über ihre an der Grenze Frankreichs vereinigten Heere übertragen; ich will also den Bewohnern dieses Königreichs die Gründe angeben, welche diese beiden Fürsten zu ihren Maßregeln bestimmt haben, und die Absichten, welche sie verfolgen.

Diejenigen, welche sich die Regierung in Frankreich angemaßt haben, sind… nachdem sie im Innern die gute Ordnung und die rechtmäßige Regierung […] umgestürzt und nachdem sie gegen die geheiligte Person des Königs und seiner erlauchten Familie Gewalttätigkeiten begangen haben… endlich so weit gegangen, daß sie Sr. Majestät dem Kaiser einen ungerechten Krieg erklärten […] Überzeugt, daß der gesunde Teil des französischen Volks die Ausschweifungen der herrschenden Partei verabscheut, […] fordern Ihre Majestäten dieselben auf, ohne Verzug zur Vernunft, zur Gerechtigkeit, zur Ordnung und zum Frieden zurückzukehren.

Ihre Majestäten erklären ferner auf Ihr kaiserliches und königliches Ehrenwort, daß, … wenn die mindeste Beleidigung dem Könige, der Königin und der ganzen königlichen Familie zugefügt wird, […] sie eine beispiellose und für alle Zeiten denkwürdige Rache nehmen und die Stadt Paris einer militärischen Exekution und einem gänzlichen Ruine preisgeben, die Verbrecher selbst aber dem verdienten Tode überliefern werden. […]

Gegeben im Hauptquartier Koblenz am 25. Juli 1792.

KARL WILHELM FERDINAND, Herzog von Braunschweig-Lüneburg."

Ob die Verbündeten nicht gewusst haben, dass sie mit diesen Drohungen das Schicksal Ludwigs XVI. besiegelten? Zwei Wochen nach dem Manifest des Herzogs von Braunschweig wurde der König unter Hausarrest gestellt, weitere sechs Wochen später war Frankreich Republik. –

[10] zit. n. GRAB 1973, S. 101 f

Der Erste Koalitionskrieg

Formell war der Erste Koalitionskrieg ein Krieg zwischen Frankreich einerseits, Österreich und Preußen (zu denen erst im Jahr darauf u. a. das Reich, Großbritannien, Spanien und die Niederlande hinzutraten) andererseits. Die Nationalversammlung hatte, indem sie die Kriegserklärung ausdrücklich nicht an den *Kaiser*, sondern den König von Ungarn und Böhmen richtete, den Reichsständen die Möglichkeit gegeben, sich herauszuhalten und für neutral zu erklären, was Kurpfalz und Pfalz-Zweibrücken auch taten. Man muss sich allerdings fragen, wie ernst es Karl II. damit war. Denn auch in Zweibrücken sammelten sich aristokratische Flüchtlinge, „lustige Brüder und Windbeutel von der ersten Klasse, den ganzen Tag schäkerten sie auf der Straße herum…; sie hatten eine kräftige Portion großsprecherischer Verachtung für die deutsche Bevölkerung", den Ernst der Lage hatten sie kaum erfasst, „ihre Verbannung hielten sie für die Wartezeit auf einer Durchreise." [11] Sie wurden bei Hofe empfangen, hielten Verbindung zum Grafen Artois in Koblenz und dem Prinzen Condé in Worms und straften so die Neutralitätserklärung Lügen.

Es ist für unseren Zusammenhang nicht nötig, den Kriegsverlauf auf allen Schauplätzen zu betrachten. In der „Kanonade von Valmy" (20. September 1792) stoppte die Revolutionsarmee den Vormarsch der Preußen und Österreicher. Militärisch betrachtet, war das kleine Gefecht in der Champagne nur eine Episode; psychologisch war es von ungeheuerer Wirkung. Dass es den schlecht ausgerüsteten, z. T. sogar barfüßigen Soldaten der improvisierten Revolutionsarmee nach den Verlusten von Longwy und Verdun gelang, die professionell gedrillten Truppen der absolutistischen Herrscher aufzuhalten, bewegte den Herzog von Braunschweig zum Rückzug[12] und veranlasste den weimarischen Minister Goethe, der als Beobachter mitgezogen war, zu seinem berühmten Diktum.[13] Am Tage darauf trat in Paris der neu gewählte Konvent zusammen, schaffte die Monarchie ab und erklärte Frankreich zur « République une et indivisible ».

Als die Verbündeten sich aus Frankreich zurückzogen, nutzte der in der französischen Festung Landau stationierte General Custine den Überraschungseffekt und stieß am Rhein entlang nordwärts vor, eroberte Speyer, Worms und am 20. Oktober die Festung Mainz. Der Verlauf der kurzen Kampagne machte deutlich, dass die französischen „Truppen auch einen ideologischen Kampfauftrag (hatten): ihr Vorrücken diente dazu, revolutionäres Gedankengut zu verbreiten und durch Mut sowie gute Disziplin dessen Überlegenheit zu demonstrieren. Der Krieg erhielt einen missionarischen Charakter, und nicht zufällig nannte man die Freiwilligen in der französischen Armee « apôtres de la liberté ». Während dieses Feldzuges, wohl am 30. 9. bei der Besetzung Speyers, entstand auch die berühmte Parole: ‚Friede

---

[11] Zit. n. **Weber,** Wilhelm [Hg.]: Das Herzogtum Pfalz-Zweibrücken und die Französische Revolution. Zweibrücken 1989 [WEBER 1989], S. 78 ff

[12] Weitere Gründe waren das sehr nasskalte Wetter und eine Durchfallepidemie bei den verbündeten Truppen.

[13] „Von hier und heute geht eine neue Epoche der Weltgeschichte aus und ihr könnt sagen, ihr seid dabei gewesen." (J. W. Goethe, Kampagne in Frankreich)

den Hütten, Krieg den Palästen!"[14] Als in Speyer stationierte Soldaten, gewissermaßen nach altem Kriegsbrauch, plünderten, ließ Custine drei Offiziere standrechtlich erschießen – das Exempel wirkte. Die französischen Soldaten *bezahlten* die Nahrungsmittel, die sie requirierten, sie *bezahlten* die Bauern für die Schanzarbeiten, und sie legten die Kontributionen, die sie den eroberten Städten wie eh und je abverlangten, nur auf die *reichen* Einwohner um. Die Menschen, die sich angesichts französischer Soldaten immer zuerst der Zerstörung der Pfalz hundert Jahre zuvor erinnerten, reagierten mit ungläubigem Staunen. Allerdings hing das Verhalten der Revolutionssoldaten auch sehr vom diesbezüglichen Engagement des Oberbefehlshabers ab – die Angehörigen der Brigade unter dem Kommando Kellermanns waren für ihre Rücksichtslosígkeit berüchtigt, und im weiteren Verlauf des Krieges nahmen Plünderungen zu.

Im Dezember erließ der Konvent ein „Dekret über die Politik in den von den republikanischen Armeen besetzten Ländern", das eine gewisse Wende in der französischen Kriegspolitik markierte:

„In den Ländern, die von den Armeen der Französischen Republik besetzt sind oder noch besetzt werden, proklamieren die Generäle unverzüglich im Namen der französischen Nation die Abschaffung der bisher dort geltenden Abgaben und Steuern, des Zehnten, der […] Feudalrechte, der […] Leibeigenschaft, des alleinigen Jagdrechts des Adels und überhaupt aller Privilegien. […] Die Generäle erklären dem Volke, daß sie ihm Frieden, Beistand, Brüderlichkeit, Freiheit und Gleichheit bringen. […] Sie proklamieren die Souveränität des Volkes und die Aufhebung aller bisher bestehenden Gewalten. Sodann rufen sie das Volk in Ur- oder Gemeindeversammlungen zusammen, um eine vorläufige Verwaltung ins Leben zu rufen und zu organisieren. […] Sobald die vorläufige Verwaltung eingerichtet ist, ernennt der Nationalkonvent aus seiner Mitte Kommissare, die brüderliche Beziehungen mit ihr aufnehmen."[15]

Diese ersten Artikel des Dekrets lagen noch ganz auf der Linie der « apôtres de la liberté ». Aber in Paris hatten sich die innenpolitischen Auseinandersetzungen verschärft, der Gegensatz zwischen Girondisten und Jakobinern zugespitzt. Was an Nachrichten aus Frankreich an den Rhein drang – über die Septembermassaker und die Exzesse der Entchristlichung z. B. – stieß bei vielen Menschen auf Ablehnung und ließ vielerorts die anfängliche Zustimmung zur französischen Politik schwinden. Frankreich reagierte auf die Vorbehalte, indem es den Charakter des Krieges allmählich vom „Befreiungskrieg" zur „revolutionären Expansionskrieg"[16] veränderte. In diesem Sinn bestimmte am Schluss Artikel 11 des Dekrets:

„Die fränkische Nation erklärt, dass sie dasjenige Volk als ihren Feind behandeln wird, welches die ihm angebotene Freiheit und Gleichheit nicht annehmen, oder beiden entsagen und seinen Fürsten und die privilegierten Familien behalten, zurückrufen oder mit ihnen in Unterhandlungen treten würde. Sie verspricht, nicht eher einen Friedensschluß zu unterzeichnen oder die Waffen niederzulegen, als bis die Souveränität und Unabhängigkeit des Volkes gesichert ist, auf dessen Gebiet

---

[14] DUMONT 1993, S. 61 – Der Begriff „Freiheitsapostel" wurde auch von den konservativen Gegnern der Revolution gebraucht, natürlich in ironisierend-abwertender Absicht.

[15] zit. n. GRAB 1973, S. 127 f

[16] DUMONT 1993, S. 8 und passim

sich die Truppen der Republik befinden, als bis es die Grundsätze der Gleichheit angenommen und eine freie Volksregierung errichtet hat."[17]

Das lief auf einen *Zwang zur Freiheit* hinaus und vertiefte die Spaltung der öffentlichen Meinung in den Gebieten zwischen Elsass, Lothringen und dem Rhein. Nach dem justizförmigen Mord am König und der Königin, nach der Einrichtung des Revolutionstribunals, das gegen bloß Verdächtige Todesurteile am laufenden Band fällte, wandten sich viele ursprüngliche Befürworter der revolutionären Veränderungen wieder ab.

Nach der Eroberung von Mainz (10. Oktober 1792) war dort im Zusammenwirken von französischer Militärverwaltung und den Klubs der „Deutschen Jakobiner" die „Mainzer Republik", der erste Versuch eines republikanisch-demokratischen Staatswesens auf deutschem Boden, entstanden.[18] Von Mainz aus wollten die deutschen Anhänger der Jakobiner im Verein mit den Kommissaren des Konvents das linksrheinische Gebiet revolutionieren. Die Kampagne hatte zwei Ziele: die „Munizipalisierung" der Städte und Dörfer, d. h. die Ersetzung der landesherrlichen Beamten durch vom Volk bestimmte Personen, und die Wahl von Deputierten zu einem „Rheinisch-Deutschen Nationalkonvent", der den Anschluss an die Französische Republik erklären würde. Der Termin der Wahlen (für die Gemeinden und den Konvent) wurde auf den 24. Februar 1792, der für die Eröffnung des Konvents auf den 10. März festgelegt.[19] Bei Vorbereitung und Durchführung der Wahlen erwies sich die Doppeldeutigkeit des Konventsdekrets vom 15. 12. 1792 in aller Schärfe. Zwar war das Wahlrecht das für die Zeit denkbar demokratischste (alle Männer ab 21 Jahren, ausgenommen Bedienstete und Bankrotteure), aber „die Ausübung des Wahlrechts (war) an Vorbedingungen geknüpft, die seinen demokratischen Charakter wieder in Frage stellten: Zum einen mußte jeder Wähler vor der Stimmabgabe folgenden Eid leisten: ‚Ich schwöre treu zu sein dem Volke und den Grundsätzen der Freiheit und Gleichheit.' (§ 16). Zum andern hatten alle ‚Privilegierten' das aktive und passive Wahlrecht nur, wenn sie vor der Wahl gemäß den Pariser Beschlüssen feierlich ihren Vorrechten entsagten."[20]

Mit anderen Worten: Um an der Wahl teilnehmen zu können, musste man sich zuerst zu den Prinzipien der Franzosen bekennen. Es verwundert eigentlich nicht, dass viele Menschen im linksrheinischen Gebiet nicht zu dieser Unterwerfungsgeste bereit waren und sich in vielfältiger Weise widersetzten,[21] auch wenn das keineswegs einem Bekenntnis zur alten Obrigkeit gleichkam. Der Grund für die Verweigerung war oft sicher „weniger in einer in früheren Darstellungen immer wieder gerühmten Anhänglichkeit der […] Bevölkerung an das angestammte wittelsbachische Herrscherhaus zu sehen als vielmehr in der historischen Erfahrung der Bevöl-

---

[17] Zit. n. **Remling**, Franz Xaver: Die Rheinpfalz in der Revolutionszeit 1792 bis 1798. Band. 1. Speyer 1865 [REMLING 1865], S. 212 f

[18] Unter den gegeben Umständen genügte die Mainzer Republik natürlich nicht heutigen Demokratievorstellungen. Das Problem wird in allen Aspekten untersucht und dargestellt in DUMONT 1993; dort auch (S. 540 – 560) eine Darstellung der Diskussion über die historische und aktuelle Bedeutung der „Mainzer Republik".

[19] DUMONT 1993, S. 316

[20] ebenda, S. 317

[21] ebenda, S. 325 ff

kerung begründet: Seit dem Dreißigjährigen Krieg hatte diese immer wieder ungeladene Gäste, vornehmlich aus Frankreich, aufnehmen müssen. Ebenso sicher war aber auch die Rückkehr des ‚Landes-Vatters', der mit denjenigen, welche mit dem neuen Regiment sympathisiert hatten, kurzen Prozeß zu machen pflegte. Ohne Gespür für die epochale Bedeutung der historischen Vorgänge und deren völlige Andersartigkeit im Vergleich zu früheren Ereignissen vertraute die Untertanenschaft auf die letztendliche Wiederkehr des ‚Ancien Regime'."[22]

Die Meisenheimer standen aber erst einmal nicht vor diesem Entscheidungsproblem, denn ihr Landesherr war offiziell neutral, und die Franzosen respektierten seine Neutralität – vorläufig.

„Die Wahlordnung galt zunächst pauschal für alle Gemeinden ‚diesseits des Rheins von Landau bis an die Mosel, die der willkürlichen Gewalt entzogen' seien; dann wieder sprach (sie) von den ‚mainzischen und angrenzenden Ländern diesseits des Rheins'. Mit einer solch unscharfen bzw. widersprüchlichen Abgrenzung konnte man den Umfang des Abstimmungsgebietes der jeweiligen militärischen und politischen Situation anpassen: Bei einer günstigen Kriegslage konnte man die Wahlen auf das gesamte linke Rheinufer zwischen Queich und Mosel ausdehnen, bei einer schlechteren fiel das Abstimmungsgebiet entsprechend kleiner aus. Das Fehlen einer exakten territorialen Definition ermöglichte es […], die Beziehungen zu noch neutralen Reichsständen in der Schwebe zu lassen."[23]

Da die militärische Lage Anfang 1793 nach dem Kriegseintritt Englands und erheblichen Rückschlägen in Belgien für die Franzosen nicht allzu gut aussah, achteten im allgemeinen auch die deutschen „Subkommissare", die für die Munizipalisierung und besonders die Eidesleistung sorgen sollten, die Grenzen der neutralen Reichsstände. Im März 1793 allerdings unterlief ihnen eine (gewollte?) Panne. Die Subkommissare Pape, Ott und Fuchs versuchten, die Gemeinden[24] in dem Abschnitt des Alsenztales, der zur Grafschaft Falkenstein gehörte – Graf von Falkenstein war der Kaiser, der sich hier allerdings die Landeshoheit mit Pfalz-Zweibrücken teilen musste – zur Zustimmung zu bewegen.[25] Im Eifer des Gefechtes kamen sie dann am 13. März in Begleitung von einigen[26] französischen Soldaten auch nach Obermoschel im Oberamt Meisenheim, das nun eindeutig *nur* unter pfalz-zweibrückischer Landeshoheit stand. Vom 13. – 15. März versuchten sie vergeblich mit Überredung, Gewaltandrohungen und Verhaftung des Bürgermeisters ihren Auftrag zu erfüllen – die Einwohner von Obermoschel weigerten sich, ihr einziges Zugeständnis war: Würden die Meisenheimer den Eid leisten, wollten sie, die Obermoscheler, sich anschließen.

Mittlerweile war der Krieg auch am Rhein wieder in Gang gekommen. Dem Kaiser war es gelungen, den Regensburger Reichstag zur Erklärung des *Reichs*krieges zu gewinnen – damit mussten auch die beiden wittelsbachischen Territorien ihre Neut-

---

[22] SCHICHTEL 1986, S. 200

[23] DUMONT 1993, S. 316 f

[24] Dielkirchen, Steckweiler, Bayerfeld, Cölln

[25] **Zink**, Albert: Das Oberamt Meisenheim in den Revolutionskriegen im Frühjahr 1793 In: Nordpfälzer Geschichtsverein 33/1955 [ZINK 1955], S. 25 – 29

[26] Bei ZINK 1955, der einem Bericht des Amtmanns Engelbach vom 22. Juni 1793 folgt, sind es dreißig Chasseurs, bei REMLING 1865 S. 290 nur sechs und ein Offizier.

ralität aufgeben, was sie allerdings nicht zu besonderen militärischen Anstrengungen veranlasste.[27] Für die Kommissare allerdings wurde es jetzt eng, denn am 27. und 28. März hatten die Preußen bei Kreuznach und Waldalgesheim die Revolutionstruppen geschlagen. Am 28. März, dem Gründonnerstag, kamen Pape, Ott und Fuchs nach Meisenheim[28] mit der Absicht, die Wahl am Karfreitag in der Kirche vornehmen zu lassen. Aber auf die Nachricht vom Vordringen der Preußen verließen die Kommissare und die französischen Soldaten ihrer Begleitung die Stadt, „ohne daß die Amtsverwaltung im Schloß etwas davon erfahren hatte.“[29] Unmittelbar darauf besetzte eine Schwadron kaiserlicher Husaren unter einem Rittmeister v. Taubenheim die Stadt. Taubenheim nahm Kontakt mit dem Amtmann Engelbach auf.

„Engelbach verschwieg auch nicht, daß es in Meisenheim 20 Einwohner gab, die der Ankunft der Franzosen mit großen Hoffnungen entgegensahen. Außer ihnen gab es auch solche, die davon nicht sprachen, in ihrem Herzen aber Patrioten, also Anhänger der Revolution, waren. Als am Karfreitag-Nachmittag Rittmeister von Taubenheim in Meisenheim ankam, wurde ihm hinterbracht, daß es in der Stadt Patrioten gebe. Nachts um 11 Uhr ließ er die zwei eifrigsten, die Gebrüder Böhler, aus den Betten holen und auf die Wache bringen. Am anderen Morgen schickte er zu dem Amtmann, um ihn zu einer gemeinschaftlichen Untersuchung bitten zu lassen. Engelbach verfügte sich in das Gasthaus zum Engel. Das Verhör wurde aber durch das Einrücken der Truppen des Grafen von Kalckreuth[30] abgebrochen. Taubenheim ließ die beiden Böhler noch vor sich kommen. Er hielt ihnen drohend die geballte Faust vor und sagte: ‚Ihr Schufte, die Sache soll noch weiter untersucht werden, wenn ich auch 20 Stunden weit von hier wäre. Wenn ich höre, daß ihr ferner über den Kaiser, den König, die Armeen, eure Fürsten oder eure Obrigkeit räsoniert, so lasse ich euch holen, und euch Galgen und Rad auf die Stirne brennen. Jetzt könnt ihr nach Hause gehen!’“[31]

Am 15. April schlossen die Koalitionstruppen Mainz ein, am 23. Juli kapitulierte die Festung, die französischen Truppen strömten, von den Verbündeten verfolgt, Richtung Landau, der Krieg verlagerte sich in die Südpfalz, Zweibrücken war unsicher. Daher kamen „vom 18. Mai an […] mehrere Herren der Zweibrücker Zivil-Dienerschaft in Meisenheim an, so daß die Stadt die Ehre hatte, die Regierungs- und Kammercollegia zu beherbergen.“[32] Nach Meinung des reformierten Pfarrers Wilhelm Neussel (Pfarrer in Meisenheim 1796 – 1838) wirkte sich die Anwesenheit der Regierungsbehörden „zum sittlichen Schaden der Einwohner“ aus; „denn diese Anwesenheit vermehrte zwar die Erwerbsmittel der Einwohner, verminderte aber die frühere Achtung gegen die Dikasterien[33], deren Angestellten, die Sitten eines

---

[27] **Wahl**, Adalbert: Geschichte des europäischen Staatensystems im Zeitalter der Französischen Revolution und der Freiheitskriege (1989 – 1815) Darmstadt 1967 (erstmals 1912) [WAHL 1912], S. 47

[28] REMLING 1865, S. 294

[29] ZINK 1955, S. 27

[30] von den preußischen Truppen

[31] ZINK 1955, S. 28

[32] ebenda S. 29 nach dem Bericht von Engelbach

[33] (griech.) Gerichte

schwelgerischen Hofes nachahmend, durch prassen, schwelgen, huren und Schulden machen, sich dem Volke eben nicht achtungsvoll darstellten".[34] Allerdings verließen die Herren die Stadt fluchtartig in Richtung Kastellaun, als sich im Dezember die Franzosen wieder näherten.

Der Winter 1793/94 ist in das Geschichtsbild der Pfälzer als der „Plünderungswinter" eingegangen, und in der Tat haben die Angehörigen der vom Konvent eingesetzten „Ausleerungskommission", die die Vermögen und hinterlassenen Wertsachen geflüchteter Repräsentanten des *ancien régime* beschlagnahmen sollte, schlimme Übergriffe trotz erkennbarer Bemühungen[35] nicht verhindern können. Aber „eines muß im überlieferten Geschichtsbild vom sogenannten ‚Plünderungswinter' 1793/94 und von der Tätigkeit der vom Konvent eingesetzten Ausleerungskommission ganz entschieden korrigiert werden, was von Remling bis Springer immer dazu benützt wurde, Haß und Abneigung gegen den ‚Erbfeind' zu entflammen: Es war nicht eine primär unmenschliche Gesinnung oder gar eine grausame Neigung zum Sadismus, was die Franzosen zu ihrem Vorgehen bewog. Die Armee war miserabel ausgerüstet, es fehlte an allem, an Waffen, Kleidung und Lebensmitteln – die militärische Katastrophe schien unabwendbar, wenn es nicht unter Anwendung aller Möglichkeiten gelingen würde, die zerlumpten Soldatenhaufen erst wieder kampftauglich zu machen. Das Argument, die Befreiten könnten doch auch etwas beitragen zur Aufrechterhaltung der neuen Lebensordnung gegen den Ansturm der alten Mächte, war nicht zu widerlegen. […] Aber für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit war damals gewiß schlecht Reklame zu machen."[36]

Der Konvent in Paris führte das Volksaufgebot, die « levée en masse », ein; der brutalen Diktatur des Wohlfahrtsausschusses unter Maximilien Robespierre gelang es schließlich, die innere und äußere Krise der Republik zu überwinden und der Armee ausreichend Kleidung und Bewaffnung zur Verfügung zu stellen. Am 26. Juni 1794 errangen die Revolutionstruppen bei Fleurus in Belgien einen entschei-

---

[34] Pfarrer Neussel hat über die „Franzosenzeit" einen Bericht „Bruchstücke zur Geschichte der ref. Pfarrei Meisenheim" verfasst (abgeschlossen 1825), der ihn als vehementen und nicht immer objektiven Gegner der neuen Ideen und Verhältnisse einerseits, als dennoch genauen Beobachter andererseits ausweist. - **Salomon**, Udo (Hg.): Hofprediger Wilhelm Neussel. Ein reformierter Pfarrer erinnert sich an die französische Herrschaft in Meisenheim am Glan 1794 -1814. MH 42 (2010), S. 8

[35] Am 9. Januar 1794 wurde folgende Anordnung erlassen: „Proclamation. – Den Bewohnern…von der Pfalz und anderen Ländern, welche von den Truppen der Republik besetzt sind. – Die von den Repräsentanten des französischen Volkes für die Ausleerung aller von den Feinden verlassener Gegenstände ernannten Comissäre haben in Betracht gezogen, daß die Ehre des Namens der französischen Nation darunter leide, wenn ein oder der andere übelgesinnte Soldat, der es nicht verdient, Republikaner zu seyn, fortfahren sollte, sich solchen Ausschweifungen zu überlassen, […] und verordnen: […] Art. II. Da die verlassenen Wohnungen unter dem Schutze der französischen Republik stehen, so wird jeder Soldat …der etwas von den darin befindlichen Effekten […] entwenden sollte, mit dem Tode gestraft. Art. III. Die Wohnung des ruhigen Bürgers soll geschützt seyn, und jeder Soldat, der sich dahin eindringt, um Lebensmittel durch Drohungen zu erpressen, soll […] militärisch gestraft werden. […]" Zit. n. REMLING 1856, S 439, Anm. 553

[36] BAUMANN 1984, S. 192 f

denden Sieg über die Österreicher. Einen Monat später (28.7.) wurden Robespierre und seine politischen Freunde gestürzt und am Tage darauf hingerichtet.[37]

Das ganze Jahr 1794 über sahen Stadt und Oberamt Meisenheim die Durchzüge der Truppen beider Seiten, die natürlich immer versorgt werden mussten. Alle aufzuzählen, wäre ermüdend.[38] Größere Kampfhandlungen gab es in der Nähe nicht, aber Brandschatzungen, Geiselnahmen und Erpressungen der Lieferung von Nahrungsmitteln, Schuhen, Textilien, Pferdefutter in unmöglich zu leistender Höhe, die die Bevölkerung wieder Hunger leiden ließ und der Stadt eine ungeheure, bis in die hessen-homburgische Zeit nachwirkende Verschuldung bescherte.[39]

Wieder einmal hatten Ereignisse in Polen Einfluss auf die Geschicke Meisenheims. Ein wesentlicher Grund für das lang dauernde Hin und Her der Vorstöße und Rückzüge durch die Pfalz ebenso wie für sein Ende lag nämlich in dem tiefen Misstrauen, das die Bündnispartner Preußen und Österreich wegen der polnischen Frage gegeneinander hegten. Hatten bei der ersten polnischen Teilung 1772 die mächtigen Nachbarn Russland, Preußen und Österreich noch gemeinsame Sache gemacht, so „ward jetzt die zweite Teilung Polens *[durch Preußen, U.S.]* mit Rußland allein unter völliger Verheimlichung vor Österreich verabredet, worin unter allen Umständen eine schwere Brüskierung des Bundesgenossen lag. Im Januar 1793 rückten preußische und russische Truppen in Polen ein …Die Stimmung Österreichs bei diesen Vorgängen läßt sich leicht erraten. Nicht nur, daß man sich in Wien von dem Bundesgenossen hintergangen fühlte; man fand sich auf das schwerste geschädigt: während man ihn im Besitz der ersehnten Entschädigung[40] sah, war die Hofburg,[41] trotzdem sie öfters den schönen Grundsatz der gleichmäßigen Entschädigung Österreichs und Preußens ausgesprochen, […] weiter entfernt denn je, etwas zu erhalten.“[42]

Das schon von den Zeitgenossen der Jahre 1792 – 95 mit Verwunderung festgestellte unentschlossene und unglaublich langsame Vorgehen der verbündeten Truppen war eine Folge des gegenseitigen Belauerns. Die österreichische Politik suchte seither nach Möglichkeiten einer „Entschädigung“ für die preußische Beute von

---

[37] **Soboul**, Albert. Die Große Französische Revolution. Darmstadt 1983, S. 371 ff

[38] Einzelheiten in REMLING 1865, S. 427 ff und REMLING 1866, S. 1 ff sowie in **Zink**, Albert: Meisenheim während der französischen Revolutionskriege 1793/94. In: Allgemeiner Anzeiger 12., 14. und 20. 1. 1956

[39] Adams 1978, S. 288 Anm. 146: „Der Stadtrat stand angesichts der ständig ansteigenden Forderungen vor einer nicht mehr auszugleichenden Schuldenlast, die schon 1804 auf 387.782 frs. angewachsen war. Der Rat mußte sich entschließen, im Jahr 1820 neben anderen Grundstücken den mit alten Eichen bestandenen Bauwald zu verkaufen. Mehr als zwei Drittel des gesamten städtischen Grundbesitzes mußte geopfert werden, erst im Jahr 1859 war die Stadt wieder schuldenfrei.' …. NEUSSEL MH 42, S. 20 erwähnt, dass „als Beitrag zur städtischen Schuld“ einmalige Summen von den Bürgern gezahlt werden mussten.

[40] König Friedrich Wilhelm II. von Preußen rechtfertigte sein Vorgehen außer mit einer angeblich drohenden Revolution in Polen damit, dass er für seine Ausgaben im Krieg gegen Frankreich „entschädigt“ werden müsse.

[41] in Wien, Sitz der österreichischen Regierung

[42] WAHL 1912, S. 42

1793. Die Gelegenheit ergab sich bald. In Polen gab es einen zunächst erfolgreichen Volksaufstand gegen die russischen Besatzer.

Die russische Zarin „Katharina II. war […] in der peinlichen Lage, […] sich um Hilfe an Preußen und Österreich wenden zu müssen, wodurch sich ihr die unangenehme Aussicht eröffnete, sich in die scheinbar so sichere Beute mit anderen teilen zu müssen. In dieser Lage gedachte sie nun aber Österreich gegenüber dem unbequemeren und im Osten weit stärker gerüsteten Preußen zu bevorzugen. Sie ließ deshalb an das Wiener Kabinett Andeutungen kommen, daß Österreich jetzt bei der bevorstehenden letzten Aufteilung Polens auf seine Kosten kommen solle, worauf dieses freudig einging, in der Hoffnung, bei der bevorstehenden dritten Teilung nun Preußen auszuschalten, wie Osterreich bei der zweiten ausgeschaltet worden war. Gerade das aber war es begreiflicherweise, was Friedrich Wilhelm II. seinerseits fürchtete. Deswegen entschloß er sich, die Niederwerfung des polnischen Aufstandes mit seinen Truppen energisch durchzuführen, um dann nicht übergangen werden zu können. Dieser Entschluß aber bedeutete naturgemäß eine Gefahr für die Aufgaben der Koalition im Westen und einen Schritt zum Frieden mit Frankreich. […] Schließlich waren es russische Truppen unter Suworow, welche Praga, die Vorstadt von Warschau, in blutigem Straßenkampf eroberten (4. November). Am 8. zog der siegreiche General in Warschau ein. Durch diese russische Kooperation, welche notwendig geworden war, wurde die preußische Rechnung, nun bei der bevorstehenden Teilung ein entscheidendes Wort mitreden zu können, durchkreuzt. Die dritte polnische Teilung[43] wurde in allem wesentlichen zwischen Rußland und Österreich allein verabredet und bedeutete so eine Brüskierung Preußens, wie die zweite eine Brüskierung Osterreichs dargestellt hatte.“[44]

Diese Brüskierung war der Grund für das Zerbrechen der Koalition – Preußen nahm Verhandlungen mit Frankreich auf, die im Frieden von Basel (5. April 1795) ihren Abschluss fanden: Preußen verzichtete auf das linke Rheinufer, die französische Republik sicherte die Neutralität Norddeutschlands zu, was Preußen Handlungsfreiheit in Polen gab und ihm ein Jahrzehnt Frieden bescherte. Für Österreich wurde der Krieg gegen die Revolutionsarmeen jetzt natürlich schwerer. Die Franzosen überquerten den Rhein, die Feldzüge der Jahre 1795/96 fanden im rechtsrheinischen Süddeutschland statt – und in Norditalien, das bis dahin eher ein Nebenkriegsschauplatz gewesen war. Hier trat zum ersten Mal der General Napoleon Bonaparte in das Licht der europäischen Öffentlichkeit: Mit ein paar glänzenden Siegen zwang er Österreich zum Frieden von Campo Formio (17. Oktober 1797), in dem auch das Haus Habsburg auf das linke Rheinufer (und Belgien) verzichten musste.[45] Im Frieden von Lunéville (9. 2. 1801) am Ende des Zweiten Koalitionskriegs, der unser Gebiet nicht berührte, wurde die Abtretung schließlich auch völkerrechtlich verbindlich. Die Neuordnung der politischen, administrativen und sozialen Verhältnisse in und um Meisenheim war nun gesichert.

---

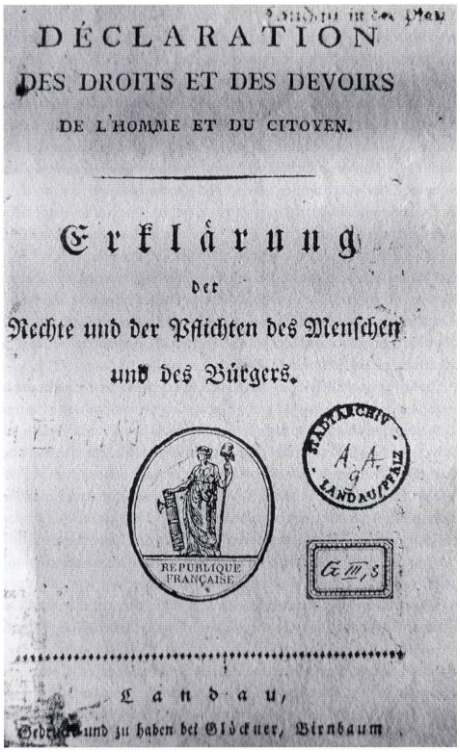
[43] nach der es keinen polnischen Staat mehr gab

[44] WAHL 1912, S. 58 f

[45] **Demel**, Walter: Reich, Reformen und sozialer Wandel 1763 – 1806. (= Gebhard[10] Band 12) Stuttgart 2005 [DEMEL 2005], S. 312

Neue Lebensbedingungen in der Französischen Republik

Angefangen hatte die Neuordnung allerdings schon früher. Die Abschaffung der Feudalität durch die verfassungsgebende Nationalversammlung (s. o.) beispielsweise war schon 1794 im Oberamt Meisenheim wirksam geworden. „Von Beginn der linksrheinischen Eroberungen an waren die Franzosen bemüht, der rein militärischen Gewalt zivile Behörden beizuordnen, um eine halbwegs geordnete Verwaltung der eroberten Gebiete sicher zu stellen. Der Nationalkonvent in Paris schickte bereits zum 1. Januar 1793 drei Kommissare nach Mainz, Merlin aus Thionville, Haussmann aus Straßburg und Reubell aus Colmar. Ihre Aufgabe war u. a. die Einrichtung von Munizipalitäten nach französischem Vorbild und die Feststellung und Sicherung der Domänen und herzoglichen Kassen.“[46]


DÉCLARATION
DES DROITS ET DES DEVOIRS
DE L'HOMME ET DU CITOYEN.

Erklärung
der
Rechte und der Pflichten des Menschen
und des Bürgers.

REPUBLIQUE FRANÇAISE

Landau,
Gedruckt und zu haben bei Glöckner, Birnbaum

Die fünf französische
Gesetzbücher
in
deutscher Sprache
nach den
besten Uebersetzungen.

Nebst den bezüglichen Gesetzen, Dekreten, Staatsrathsgutachten, Ministerialumschreiben, und allen seit 1814 in den Landen des linken Rheinufers und später in dem Rheinkreise ergangenen Gesetzen, Verordnungen und Instruktionen, wodurch die französische Gesetze aufgehoben, abgeändert oder erläutert werden.

Mit Stereotypen gedruckt.

Zweibrücken, 1827.
Druck und Verlag von G. Ritter und Comp.

Die Erklärung der Menschenrechte wurde auch in Pfalz-Zweibrücken rasch bekannt; das für die Entwicklung einer „Bürgerlichen Gesellschaft“ günstige Gesetzeswerk des « Code Napoléon » blieb linksrheinisch bis zur Gründung des Deutschen Reiches 1871 in Kraft.

[46] **Baumgart**, Karl: Philipp Jacob Roemmich (1766-1813). Vom reformierten Pfarrer zum „fonctionnair“ in der Zeit der Französischen Revolution. Zugleich ein Beitrag zur rheinisch-pfälzischen Landes- und Kirchengeschichte. Speyer 1999 (Veröffentlichungen des Vereins für Pfälzische Kirchengeschichte XX!) [BAUMGART 1999], S. 72

Nach dem Verschwinden der alten Obrigkeit und angesichts der Unerfahrenheit der Eroberer kam es allerdings auch sehr auf die Tatkraft der Meisenheimer selbst an. Ohne die Zusammenarbeit von eigentlich herzoglichen „Dienern" wie Amtmann Engelbach, der sicher *nicht* mit der Revolution sympathisierte, Bürgern, die dem Neuen schon etwas abgewinnen konnten wie dem Amtsschultheißen und späteren Friedensrichter Johann Ludwig Rischmann, und begeisterten Anhängern der Ideen von „Freiheit, Gleichheit, Bruderliebe[47]" wie dessen Sohn Heinrich August Rischmann, Maire von Meisenheim, und dem (ehemaligen) Pfarrer Roemmich wäre das Leben der Meisenheimerinnen und Meisenheimer nicht so bald wieder in einigermaßen erträgliche Bahnen gelenkt worden. Einigermaßen – denn die Belastungen durch die fortdauernden, wenn auch nun in anderen Teilen Europas sich abspielenden Kriege blieben bestehen (s. u.).

Die Neuerungen, die die französischen Beauftragten mitbrachten, waren stets gut gemeint, aber nicht immer gut auf die örtlichen Verhältnisse zugeschnitten. Ein paar Beispiele mögen das verdeutlichen:

„Aus heutiger Sicht erscheinen manche dieser Grundsätze, z. B. Abschaffung der Leibeigenschaft, der Lehensverfassung und des Zehnten, für die damalige Zeit außerordentlich fortschrittlich und modern. Aber für […] die Geistlichen und Lehrer wirkten sie sich verhängnisvoll aus; ihnen wurde ein wesentlicher Teil der bisherigen Existenzgrundlage mit einem Schlag entzogen, ohne daß gleichwertige Einnahmequellen geschaffen wurden. Insbesondere der Wegfall des Zehnten traf die Geistlichen hart. Jetzt rächte es sich bitter, daß Herzog Christian IV. im Jahr 1755 die geistliche Güterverwaltung der Reformierten der herzoglichen Rentkammer unterstellt hatte. Denn nun wurden die geistlichen Gefälle der Reformierten als herzogliche Einnahmen angesehen und so behandelt."[48]

Aus den kirchlichen Einkünften war auch der Unterhalt der Lateinschule, des Spitals und der „Almosen" bestritten wordedn, die nun infolge der Aufhebung des Zehnten Not leiden mussten. Um über das Geld für diese sozialen Aufgaben wieder verfügen zu können, brauchte es viel Überzeugungsarbeit bei den französischen Beauftragten, wie der Auszug aus einem Brief des Meisenheimer Kirchenausschusses an den zuständigen französischen „Agenten" zeigt:

„Wenn der Dienst der Republik diese augenblickliche Strenge erforderte, und wenn die Folgen bloß auf die Volkslehrer[49] zurückfielen, so würden dieselben durch freudige Hingabe eines Theils ihres Einkommens beweisen, daß sie dem allgemeinen Besten gern etwas aufopferten; und in der gewissen Zuversicht zu der Großmuth der Nation, daß sie den völligen Ruin einer, gewiß verdienten, Classe von Bürgern nie begehren könne, würden sie mit Geduld abwarten, was die Republik ihnen zu ihrem Unterhalt anweisen würde.

Aber gewiß war es Dir unbekannt, Bürger! - daß die geistlichen Güter nicht bloß zum Unterhalt der Volkslehrer bestimmt sind, sondern daß sie hauptsächlich eine große Menge Armer, Kranken und Schwachen ernähren, die ohne sie dem Hunger, der Blöße und dem Elend zum Raub würden. […] Nimm ihn also zurück, Bürger! diesen Befehl, der Hunderte von Dürftigen in den Abgrund der Verderbens stürzen

---

[47] So übersetzte man damals « fraternité » zumeist.

[48] BAUMGART 1999, S. 74 f

[49] So nannte man damals die Geistlichen.

würde, laß uns die Einkünften fernerhin erheben, und wir wollen Dir Rechenschaft von ihrer Anwendung geben, wir wollen den Armen sagen, daß sie der Republik ihren Unterhalt zu verdanken haben.“[50]

Der Appell scheint erfolgreich gewesen zu sein, dennoch erlitt die Kirchenschaffnei in den „zwanzig Jahre(n) der Fremdherrschaft einschneidende Verschlechterungen der Vermögenslage. Nur durch rigorose Kürzungen auf der Ausgabenseite hatte man gegen Ende dieser Zeit den Etat wieder einigermaßen ins Gleichgewicht bringen können.“[51]

Im Ergebnis positiv zu bewerten war sicher die Einführung der Gewerbefreiheit, wenn sie auch in einem etwas bedrohlichen Ton verfügt wurde und bei den Zunfthandwerkern zunächst wenig Beifall gefunden haben wird. In dem « Décret relatif aux assemblées d'ouvriers et artisans de même état et profession »[52] vom 17.6. 1791 hieß es:

„Art. 1. Da die Aufhebung aller Arten von Körperschaften des nämlichen Standes und Gewerbes eine der Hauptstützen der fränkischen Constitution ausmacht, so ist es verboten, dieselben wirklich […] wieder einzuführen […] 4. Wenn Bürger, welche die nämliche Kunst, das nämliche Handwerk oder Gewerb treiben, gegen die Grundsätze der Freiheit und der Constitution Berathschlagungen abfaßten, oder unter sich Verträge errichteten, die dahin abzielten, die Beihülfe ihres Kunstfleißes oder ihrer Arbeiten gemeinschaftlich zu versagen, oder sie nicht anders, als gegen einen bestimmten Preis zu gestatten, so sollen Berathschlagungen und Verträge […] als constitutionswidrig […] angesehen werden und von keiner Wirkung seyn. […] 7. Diejenigen, die sich Drohungen und Gewalt gegen die Handwerker erlauben würden, welche die durch die constitutionellen Gesetze bewilligte Freiheit in Ansehung der Arbeit und des Kunstfleißes benutzen wollen, sollen peinlich belangt und nach der Strenge der Gesetze, als Störer der öffentlichen Ruhe verfolgt werden.“[53]

Nach dem Frieden von Campo Formio ging Frankreich ernsthaft an eine Neuordnung des feudal zersplitterten linksrheinischen Gebietes. Am 14. Brumaire VI[54] (4. November 1797) errichtete das Direktorium[55] ein Generalkommissariat für die eroberten Länder und ernannte den Richter am Kassationshof Franz Josef Rudler zum Regierungskommissar und Leiter dieser Behörde. Rudler war Elsässer und beherrschte deshalb beide Sprachen sehr gut. „Rudler ging sofort an die Arbeit. […](und konnte) bereits am 23. Januar 1798 die Einteilung des Landes in die vier

---

[50] zit. n. BAUMGART 1999, S. 76 f

[51] HELD 1984, S. 36 f

[52] „Verordnung bezüglich der Vereinigungen von Arbeitern und Handwerkern desselben Standes und Berufes“

[53] zit. n. SCHICHTEL 1986, S. 256 f

[54] Am 5. Oktober 1793 hatte Frankreich einen neuen Kalender eingeführt, der vom Tage der Errichtung der Republik an rechnete. Die Monate, alle einheitlich 30 Tage = 3 Dekaden lang, erhielten Namen mit Bezug zur Jahreszeit (z. B. Brumaire – „Nebelmonat“, Thermidor: „Hitzemonat“ usw.). In den linksrheinischen Gebieten galt der neue Kalender ab 19. Juli 1798. Zum 1. Januar 1806 führte Napoleon den gregorianischen Kalender wieder ein.

[55] Regierung Frankreichs, bestehend aus fünf „Direktoren“, vom Ende der Jakobinerdiktatur bis zum Staatstreich Bonapartes (1795 – 1799).

© GeoBasisDE/LVermGeoRP2014-05-07

Territorialgeschichte III: Die an „natürlichen Grenzen" orientierte Gliederung der Französischen Republik brachte Meisenheim an den östlichen Rand des Saar-Departements; viele Orte des ehemaligen Oberamtes lagen nun im Donnersberg-Departement.

neuen Departements Roer (Hauptstadt Aachen), Rhein und Mosel (Hauptstadt Koblenz), Saar (Hauptstadt Trier) und Donnersberg (Hauptstadt Mainz) bekannt machen […] Bei der Bildung der Departements nahm Rudler keine Rücksicht auf

gewachsene historische Grenzen. So wurde der Glan zur Grenze zwischen den Departements Saar und Donnersberg mit der Folge, daß Meisenheim - links des Glan gelegen - zum Departement Saar, der rechts des Glan gelegene Teil des Oberamts Meisenheim dagegen zum Departement Donnersberg gehörte.“[56]

Da aber die *Gemarkung*sgrenzen erhalten blieben, ergab sich die seltsame Situation, dass die Grenze zwischen dem Saar- und dem Donnersberg-Departement gewissermaßen auf beiden Ufern des Grenzflusses „mäandrierte.“ Die „Feineinteilung“ der Verwaltung durchlief mehrere kurzlebige Phasen, deren Einzelheiten wir übergehen können. Mit der Übernahme der französischen Verwaltungsgliederung gingen Versuche einher, die Bevölkerung zu Petitionen für die Angliederung an die Französische Republik zu animieren; aber ähnlich wie schon bei dem gleichen Vorhaben des „Rheinisch-Deutschen Nationalkonvents“ (und vermutlich aus den gleichen Gründen, s. o.) war die Resonanz sehr gering. Zwischen März und Anfang Mai 1798 wurde den Einwohnern des Kantons Meisenheim folgende Resolution zur Zustimmung vorgelegt:

„Die untenbenannten Bürger verlangen so bald möglich alle Wohltaten der republikanischen Regierung zu genießen. Sie bitten den Bürger Rudler, Regierungskommissär, den Wunsch der Unterzeichneten, baldmöglichst mit der Frankenrepublik vereinigt zu sein, bei dem Vollziehungsdirektorium zu unterstützen.“[57]

Dieser Erklärung stimmten in der Stadt Meisenheim 88 Personen zu (bei 1730 Einwohnern), im Kanton Meisenheim 1.197 (von 7.512).

Nach dem Sturz des Direktoriums durch Bonaparte kam schließlich die endgültige Form der Verwaltung in Frankreich *und* den linksrheinischen Departements und damit die staatliche Vereinigung zustande. Am „17. Februar 1800 war in Frankreich das Präfektursystem eingeführt worden. Der letzte Rest von demokratischer Verwaltung war damit beseitigt; denn die Verwaltung lag nicht mehr in Händen vom Volk gewählter Beamter. An der Spitze des Departements stand jetzt vielmehr der Präfekt, der allein die Verwaltung des Departements leitete und vom Ersten Konsul[58] ernannt wurde. Ihm zur Seite standen der Präfekturrat und der allgemeine Departementrat, deren Mitglieder ebenfalls allein der Erste Konsul ernannte. Die Departements wurden in Arrondissements eingeteilt, an deren Spitze ein Unterpräfekt stand. Die Munizipalverwaltungen der Kantone entfielen. Ihre Zuständigkeiten gingen teils auf die Arrondissements über, teils auf die Gemeinden, denen nunmehr ein Maire vorstand. Die Kantone hatten nur noch die Bedeutung örtlicher Bezirke, z.B. für die Zuständigkeit der Friedensgerichte. Eine eigene Verwaltungszuständigkeit besaßen sie nicht mehr.“[59]

---

[56] BAUMGART 1999, S. 95 f. – Die Klage über das Zerschneiden „historisch gewachsener“ Zusammenhänge liest man in vielen Darstellungen zur Geschichte Meisenheims. Wenn man an die zahllosen willkürlichen Erbteilungen, Abtretungen von Ausstattungsgütern, Gebietstausche und Kondominate des Feudalzeitalters denkt, erscheint einem die Metapher vom „natürlichen“ Wachstum doch recht fragwürdig.

[57] **Hansen**, Joseph: Quellen zur Geschichte des Rheinlandes 1780 – 1801. Band IV: 1797 – 1801. Bonn 1938, S. 752

[58] Napoleon Bonaparte, s. u.

[59] BAUMGART 1999, S. 147

Seit Mai 1800 gehörte die *Mairie* („Bürgermeisterei") Meisenheim[60] zum Arrondissement Birkenfeld des Saardepartements. Der *Kanton* Meisenheim war größer, hatte aber nur die Funktion eines Gerichts- und Notariatsbezirks.

Die Grenzziehung am Glan zerschnitt das ehemalige Oberamt Meisenheim, was sich in der Franzosenzeit noch nicht besonders negativ auswirkte, da die Departements-Grenze keine Staats- oder Zollgrenze war. Später jedoch erwies sich diese Entscheidung als hemmend für die wirtschaftliche Entwicklung, denn auf dem Wiener Kongress wurde sie nicht korrigiert, es gab im Gegenteil einen grotesken Rückfall in die Kleinstaaterei (s. u. *Vom Deutschen Bund zum Deutschen Reich*), und Meisenheim geriet in eine Insellage: Das nunmehr hessen-homburgische Oberamt grenzte in allen Himmelsrichtungen schon nach wenigen Meilen an die Zollschranken der Königreiche Bayern und Preußen, des Großherzogtums Oldenburg und des Herzogtums Sachsen-Coburg. –

Wenn man bedenkt, welche Rolle in Frankreich der „Erste Stand", der Klerus, bei der Stabilisierung der königlichen Macht und dann bei der Bekämpfung der Revolution gespielt hat, kann man die kirchenfeindliche Haltung der Revolutionäre begreiflich finden. Ihre Versuche, die christliche Religion, der die überwältigende Mehrheit der Menschen anhing, verächtlich zu machen, waren dennoch verwerflich – und dumm obendrein. Die antireligiöse Welle in den eroberten Gebieten erreichte ihren Höhepunkt in den Jahren 1798/99. Es lassen sich dabei ideologische, administrative und vulgär-populistische Maßnahmen unterscheiden.[61]

Als eine Art banalisierter Aufklärung kann man die Versuche verstehen, einen Kult der Vernunft als Konkurrenz zum Christentum zu schaffen, Kirchen in „Tempel der Vernunft" umzuwidmen und Frauen als „Göttinnen der Vernunft" auftreten zu lassen; alles das geschah – wie anderswo – auch in Meisenheim. Die Ersetzung des „irrationalen" christlichen Kalenders mit seinen ungleich langen Monaten und den Wochen von sieben Tagen durch den „rationalen" Kalender mit gleichlangen Monaten von drei Dekaden fällt in die gleiche Kategorie.[62] Der Vernunftkult scheiterte an seiner eigenen Lächerlichkeit, den Kalender dagegen versuchte man mit administrativem Druck durchzusetzen, die Feiertagsruhe am „Decadi" musste streng eingehalten werden. Kirchliche Handlungen wurden in die Kirchengebäude verbannt, was Prozessionen und Trauer*gottesdienste* am Grab unmöglich machte. Die Trennung von Kirche und Staat bot dem christlichen Bekenntnis zwar letztlich die Chance, sich, von der politischen Last befreit, auf seine ureignen Aufgaben zurückzubesinnen – aber bei den christlichen Zeitgenossen erregte das religionsfeindliche Treiben erst einmal Angst und Widerwillen:

„Freiheitslieder […] und das ganze frivole Betragen konnte nur die Achtung gegen das Heiligtum schwächen. Den sonntäglichen Gottesdienst besuchten daher nur noch Frauen, geringe Bürger und Landleute; wer aber einen besseren Rock trug und auf einige Auszeichnungen Anspruch machte, schämt sich, die Kirche zu besu-

---

[60] Zu dieser gehörten außer Meisenheim selbst Breitenheim, Jeckenbach, Medard, Lauschied, Abtweiler, Ober- und Unterraumbach, Schweinschied, Löllbach und Desloch.

[61] Beispiele für alle drei Formen bei ADAMS 1978, S. 66 ff und BAUMGART 1999, S. 110 f

[62] Die Einführung des Meters (1795) und des metrischen Systems beruht im Übrigen auf dem gleichen Denken.

chen […] Der Pfarrer,[63] wiewohl er niemals zweifelte, daß das Christenthum fortdauern werde, glaubte doch, daß der öffentliche Cultus einst ganz aufhören und sich auf Privathäuser wie z. B. bei den Wiedertäufern pp. reduciren würde. […] Da man argwöhnisch auf jede größere Versammlung in Privathäusern hinsah, und die Klugheit gebot, der herrschenden Partei keine Gelegenheit zu geben, den Pfarrern zu schaden, so mußten die Presbyterial-Censuren unterbleiben und die Wirksamkeit des Pfarrers beschränkte sich bloß auf öffentliche Vorträge, der jedoch manchmal so warm z. B. bei Leichenbegängnissen, wo die Matadors anwesend zu seyn pflegten, für die Sache des Himmelreichs und so pikant von den Sitten der Zeit redete, daß die Rottenführer vor Wuth hätten zerplatzen mögen und Spione anstellten, um in seinen Vorträgen etwas Verfängliches zu finden, was Anlaß geben könnte, ihn auf etwa 10 Jahre in die Eisen zu bringen."[64]

Das staatliche, weltanschaulich neutrale, für jeden offene Bildungswesen ist eine wirkliche Errungenschaft der Moderne (was eine Pluralität von Bekenntnisschulen selbstverständlich einschließt), die Versuche, diese Trennung in Meisenheim zu schaffen, krankten aber an der mangelnden Finanzierung und an der unzulänglichen Art der Durchführung: „Auch die Schulen entzog man dem Einfluß der Pfarrer und stellte sie unter die Aufsicht der Agenten und Maires, d.h. sie wurden sich selbst überlassen, weil diese Angestellten sich in der Regel um den Unterricht nicht bekümmerten. Manche Schullehrer wurden nun träge oder sittenlos.[…] Die ganze sittlich-religiöse Bildung beschränkte sich auf den kurzen Confirmationsunterricht, dessen Wirkung aber durch täglich wiederkehrende Beispiele der Roheit und Sittenlosigkeit entkräftet wurde. Auch die lateinischen Schulen erfuhren in dieser Periode eine Reform. Man combinirte nämlich beide […] in eine, um die Einsparung der zweiten Besoldung zu erzielen."[65]-

Dazu kam bei den oft aus dem Militärdienst hervorgegangenen höheren französischen Beamten noch eine gewisse Ignoranz gegenüber der klassisch-humanistischen Bildung: „In Zweibrücken empfing der Präfekt des Departements du Mont Tonnerre die Professoren des Gymnasiums und erklärte ihnen, die Kenntnis aller toten Sprachen, der Geschichte und dergl. Wissenschaften sei sehr unnütz; denn Frankreich habe bei all seinen Eroberungen ihrer nicht bedurft. […] Die Lateinschulen […] ließ man kalten Herzens verfallen."[66]

Schließlich gab es noch Akte des Vandalismus, die mit revolutionärem Überschwang zu entschuldigen wirklich schwer fällt:

„Ich *[Wilhelm Weber]* bringe in Erinnerung, daß in der Schloßkirche zu Meisenheim nicht nur das alte Gestühl verbrannt und Fenster zertrümmert, sondern die Skulpturen des prachtvollen Grabmals von Herzog Wolfgang und seiner Gemahlin Anna - ein Werk von der Hand des bedeutenden Bildhauers Hans von Trarbach - schwer beschädigt wurden. Die untere Hälfte des Crucifix wurde abgeschlagen, die Wappen an den Seiten des Grabmals entfernt, das Gesicht an der Skulptur des Herzogs weggeschlagen, der Kopf der weiblichen Gestalt völlig zertrümmert. Man sagt, daß die Soldateska, die die Grablege der Wittelsbacher in der Meisenheimer

---

[63] Neussel spricht in Teilen seines Berichtes von sich selbst in der dritten Person.
[64] NEUSSEL 1825, MH 42 S. 19 f
[65] NEUSSEL 1825, S. 21
[66] DRESCHER LATEINSCHULE S. 42

Schloßkirche heimsuchte, die Statue Karls I. von Birkenfeld unversehrt ließ, weil sie in ihr die Darstellung eines Generals vermuteten, - Untertanengeist, der sich gegen einen fürstlichen Herrscher auflehnt, einem General gehorcht."[67]

Auch die „Umnutzung" von Kirchen wird man kaum mit militärischen Notwendigkeiten begründen können: „Die Schloßkirche wurde beschlagnahmt und darin für drei Jahre ein Heuschober eingerichtet. In der lutherischen Kirche lagerte man die Verpflegung für die Besatzungstruppen."[68] Schließlich wurden die kirchenfeindlichen Maßnahmen von dem einen oder anderen Zeitgenossen auch dazu benutzt, um durch bewusste Provokation die religiösen Gefühle anderer Menschen zu verletzen und sich für irgend etwas zu rächen – wenn etwa der « secrétaire en chef » der Kantonsverwaltung an einem Dekadenfeiertag zu Pferd durch die Gänge der Schlosskirche ritt.[69] -

Bei manchen Maßnahmen erkennt man, dass es den Franzosen sehr schwer fiel, die besondere Situation der eroberten Gebiete zu begreifen. Am 27. Pluviôse[70] VI (15. Februar 1798) ordnete Rudler an, dass alle Einwohner der neuen rheinischen Departements die blau-weiß-rote Kokarde zu tragen hätten. Mit Strafandrohungen wurde die Anordnung durchgesetzt.

„Es ist unverständlich, daß die französische Verwaltung der Auffassung war, sie könne durch aufgezwungene Symbole bei der Bevölkerung eine republikanische Gesinnung oder gar eine Zuneigung zu Frankreich erreichen. In Frankreich waren Freiheitsbaum und Kokarde während der Revolution von der Bevölkerung, also gewissermaßen ‚von unten', spontan als Symbole für das Ende der alten Herrschaft und den neuen Anfang gewählt worden. Die Übernahme dieser Symbole ließ sich zwar […] durch obrigkeitliche Maßnahmen erreichen, aber ohne daß damit eine Änderung in der Gesinnung der Bevölkerung zugunsten Frankreichs eintrat. Eher das Gegenteil war der Fall."[71]

Ein bisschen anders lag die Sache bei den Freiheitsbäumen, die symbolpolitisch zwar die gleiche Funktion hatten wie die Kokarden, wegen ihrer Ähnlichkeit mit den Maibäumen als Symbol für das gewissermaßen frühlingshafte Neue der Revolution aber besser verstanden und eher akzeptiert wurden. In Meisenheim wurden drei Freiheitsbäume gepflanzt[72] - der erste am 31. Dezember 1797 zu Feier der Ernennung Rudlers. Nur ist Silvester für Maibäume sicher kein guter Termin.

„Am 22. März 1798 schlug der Stadtrat den Bürgern vor, einen neuen Freiheitsbaum mit mehr Feierlichkeiten zu pflanzen. Die Bürger widersetzten sich zunächst wegen der Kosten für die Feier, stimmten am folgenden Tag aber zu. Auch Rischmann gab seinen anfänglichen Widerstand auf. So wurde dann am 25. März 1798 der neue Freiheitsbaum auf dem Marktplatz gesetzt, nachdem der alte entfernt worden war. Amtmann Engelbach schreibt hierüber in seinem Tagebuch:

‚Gegen 12 Uhr versammelte man sich auf dem Marcktplatz. Ein Corps junge Bürger von 40 Mann zu Pferd war schon vorher mit dem Wagen, welcher mit 8

---

[67] WEBER 1989, S. 87

[68] **Buß**, Karl: Geschichte der Stadt Meisenheim. In: Naheland-Kalender 1985, S. 86

[69] Berichtet von Neussel über Roemmich, nach BAUMGART 1999, S. 110

[70] „Regenmonat"

[71] BAUMGART 1999, S. 121

[72] ebenda, S. 106 ff

Pferden bespannt war, in den Wald gezogen. Von dem Markt ging man vor das obere Thor. Als der Baum ankam, ritten die hier liegende 5 Chausseurs voran, dem die bürgerlichen Reuter zur helfte mit Fahnen, Music, sämtliche Schulkinder d. municipalitaet, dann ich, hinter mir Adel Dienerschaft und helfte der bürgerlichen Fusgänger mit […] Fahnen, junge Mädchen, wovon 8 einen Cranz um ein junges Mädchen trugen. Hinter diesem kam der Wagen mit einem schönen Eichbaum, sodann die übrige Bürger und zuletzt die 2te Abteilung derer bürgerlichen Reuter. Der Zug ging durch alle Straßen, und zuletzt auf den Marcktplatz, wo der Kranz und ein Fahnen an den Baum befestigt und dieser gesetzt wurde'."[73]

Anschließend wurden mehrere Reden gehalten. Amtmann Engelbach hat den Wortlaut der seinen in seinem Tagebuch überliefert, und weil sie vermutlich die zwiespältigen Gefühle vieler Bewohnerinnen und Bewohner Meisenheims ausdrückt, soll sie hier vollständig zitiert werden:

„Beinahe sind es drei Wochen, daß ich Euch, liebe Mitbürger, an dieser Stelle den Aufruf des Regierungskommissars Rudler bekannt machte. Bei dieser Gelegenheit sagte ich: ruhig wollen wir abwarten, ob der Friedensschluß zu Rastatt[74] uns mit der großen Republik vereinigen wird, und wenn wir dann deren soeben verlesenen Vorteile teilhaftig werden, so wollen wir doppelt ausrufen: es lebe die Republik! Dieser Zeitpunkt ist nunmehr eingetreten, da die Reichstagsgesandten, die Friedensbasis, nämlich die Abtretung des linken Rheinufers unterschrieben haben. Zum Zeichen der daraus folgenden Vereinigung mit der großen Republik pflanztet Ihr, liebe Mitbürger. heute diesen Baum als Sinnbild der Freiheit. Wir wollen uns hierbei nicht wie unsere Nachbarn betragen, uns im Schimpfen und Verwünschen unserer alten Herrschaft üben, dessen wir keine Ursache haben. Wir wollen vielmehr öffentlich geloben. der großen Republik mit der nämlichen Treue ergeben zu sein, mit der wir unserer bisherigen Herrschaft zugetan waren. Wir wollen einander Bruderliebe beweisen, aus unserem Herzen Haß und Neid verbannen und dadurch der Republik bezeugen, daß wir gute Bürger des Staates und aller derer Wohltaten würdig seien, welche die übrigen Bürger der Republik zu genießen haben, in welcher Hoffnung wir itzo doppelt ausrufen: Es lebe die Republik!"[75]

Es muss doch so etwas wie Begeisterung bei der Sache gewesen sein, denn selbst der ausgewiesene Revolutionsgegner Pfarrer Neussel hielt eine Rede – für die er sich später in seinen Aufzeichnungen gewissermaßen bei sich selbst entschuldigte:

Nach dem Pflanzen eines Freiheitsbaumes „kam ganz unerwartet eine Deputation […] zu N. […] der Schwache ließ sich endlich zu einer Rede aus dem Stegreif bereden. Augenblicklich wird das Volk durch Trommelschlag und Glockengeläute zusammengerufen; alle Welt versammelt sich auf dem Markt; der Redner besteigt die Tribüne und - siehe! er, der nie eine politische Rolle gespielt hatte, spricht in demokratischen Floskeln vom Wildzaun pp in revolutionärem Sinne! Wie ein Strom fließt seine Rede; man staunt über sein Talent; aber: welch ein Patriot! […] Wer

---

[73] ebenda, S. 108

[74] In Rastatt fanden die Friedensverhandlungen zwischen dem Deutschen Reich und der Französischen Republik statt, die durch den Ausbruch des Zweiten Koalitionskrieges 1799 unterbrochen wurden. Der Frieden wurde dann 1801 in Lunéville geschlossen.

[75] zit. n. **Buß**, Karl: Meisenheim und sein Oberamt unter französischer Besatzung in den Jahren 1796 – 1798. In: Kreuznacher Heimatblätter 1968 / 9 S. 34

hätte in ihm einen so lange verkappten Demokraten vermuthen sollen? - Die strengen und günstigen Richter wußten nicht, dass er Tags zuvor […] eine (Rede) concipirt hatte, damit sie ein Anderer ablesen möge, was jedoch nicht geschehen ist; dass er unter dem Trommelschlag und Glockenschall mit zwei Gläsern alten Wein sich Muth in dieser für ihn so bangen Stunde sich einzuflösen suchte. Indessen ists gewiß und ein Wunder, dass er in diesem Augenblick mit Begeisterung von Freiheit sprach und dass viel Zeit hinging bis er diese Uebereilung einigermaßen reparirte."[76]

Im Übrigen fand am Abend nach den Reden ein Ball statt, der bis fünf Uhr am nächsten Morgen dauerte. - Nun stand auf dem Marktplatz ein Freiheitsbaum, auf dem Schlossplatz aber noch nicht. Zur Amtseinführung der „neuen Beamten, Agenten und Adjunkte am 10. April 1798"[77] sollte auch dort noch einer gepflanzt werden. Zwar scheuten die Bürger die Kosten, aber Trier ordnete an. Also „wurde morgens 11 Uhr der Zug eröffnet, alle männl. Einwohner und junge Mädcher, gingen mit, vom Marckt in die reformierte Kirche, wo die municipal Agenten und Adiuncten den Eyd der Treue ablegten, hernach ging der Zug vors obere Thor, der Baum wurde abgeholet, in den Schloshof gepflanzt u. dabey von Pfr. Römmich zu Gangloff dermalen Secret. G.al bei der hiesigen municipal Verwaltung eine Rede gehalten, Freyheitslieder gesungen, gesoffen u. vive la republique gerufen, abends aber Ball gehalten."[78]

Waren die Meisenheimerinnen und Meisenheimer nun so extrem vergnügungssüchtig, dass sie einfach keine Gelegenheit ausließen, einen Ball zu veranstalten? Oder hatten sie doch – trotz der Kosten – ihren Frieden mit den neuen Verhältnissen gemacht?

Im Napoleonischen Kaiserreich

Am 18. Brumaire VIII (9. November 1799) stürzte der General Napoleon Bonaparte das Direktorium, machte sich im Monat darauf zum „Ersten Konsul" und erklärte am 24. Frimaire[79] VIII (15. Dezember 1799): „Bürger, die Revolution hält an den Grundsätzen, die an ihrem Beginn standen, fest. Die Revolution ist beendet."[80] Am 2. Dezember 1804 krönte sich der Erste Konsul zum „Kaiser der Franzosen", Napoleon I. Aber gleichgültig, ob Konsulat oder Empire – herrschaftstechnisch war Frankreich seit dem 18. Brumaire eine Militärdiktatur,[81] so dass wir die Periode als Einheit betrachten können.

Die Kriege im Gefolge der Revolution gingen nach Lunéville weiter bis zum blutigen Ende bei Waterloo 1815. Natürlich werden die Bewohner des linken Rheinufers die Geschehnisse östlich ihrer Grenzen ebenso aufmerksam verfolgt

---

[76] NEUSSEL 1825, MH 42 S. 15 f
[77] BAUMGART 1999, S. 108
[78] Engelbach zit. n. ebenda
[79] „Raureifmonat"
[80] GRAB 1973, S. 301
[81] Genauer: eine auf der militärischen Macht des Kaisers beruhende, aber durch zivile Beamte, die die Anweisungen des Imperators auszuführen hatten, ausgeübte autoritäre und zentralistische Regierungsform.

haben wie alle anderen, und durch hohe Steuern und die Aushebung junger Männer für die napoleonischen Armeen waren sie auch von den Kriegslasten betroffen.

Die erste moderne Kartografierung linksrheinischer Gebiete war eine Folge der Französischen Revolution. Nach dem Anschluss an Frfankreich 1801 begann eine Gruppe französischer Ingenieur-Geografen unter der Leitung des Obersten Tranchot mit der Aufnahme des Gebietes.

© GeoBasisDE/LVermGeoRP2014-05-07

Die französische Wehrpflicht galt seit Juli 1802 auch in den rheinischen Departements.[82] Dabei wurde von der Armeeführung Jahr für Jahr die Zahl der zur Ergänzung der Armee benötigten jungen Männer auf die Departements entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil umgelegt und vom Präfekten in gleicher Weise auf die

[82] PFALZATLAS II, Karte 114 a; Text: **Kermann**, Michael: Die Konskription des Jahres 1812 in den Kantonen der Arrondissements Speyer, Kaiserslautern und Zweibrücken. Textband III, S. 1481 ff

Arrondissements und schließlich die Kantone verteilt.[83] Die Bedarfszahlen waren bis zum Russlandfeldzug 1812 immer wesentlich geringer als die Stärke des jeweiligen Aushebungsjahrganges, so dass gelost werden musste. Die Ausgelosten konnten gegen Bezahlung einen Ersatzmann stellen; befreit waren junge Männer, die schon einen Bruder bei der Armee hatten, verheiratet waren oder einen alten Elternteil versorgen mussten. In den letzten beiden Jahren der napoleonischen Herrschaft wurden die Aushebungen verschärft, auf mehr als einen Geburtsjahrgang und auch auf Verheiratete ausgedehnt.[84] In Meisenheim fanden die jährlichen Auslosungen in der Schlosskirche statt.[85] Für die Menschen in den linksrheinischen Gebieten war Wehrpflicht etwas völlig Neues und zunächst als empörend Empfundenes,[86] daher gab es im Einzelfall Widerstand, indem Wehrpflichtige nicht zu den Auslosungsterminen antraten. Dann wurde nach ihnen gefahndet und auch finanzieller und strafrechtlicher Druck auf die Eltern ausgeübt.[87]

Erstaunlicherweise änderte sich die Haltung der jungen Männer dann aber: „Die Rekruten haben sich, […] wenn sie einmal tatsächlich in das Heer eingereiht waren, bis 1813 nur in seltenen Fällen der Fahnenflucht schuldig gemacht. Die Konskribierten fühlten sich nach ganz kurzer Zeit des Waffendienstes ganz als ‚Soldaten der großen Armee'. Sie verehrten als solche ihren Feldherrn Napoleon und sahen sich neben Rheinbündlern, Italienern, Illyriern, Polen usw. ganz als Mitglieder der großen Internationale jener Zeiten an, in der Frankreich die Führung hatte und deren Triebfeder vor allem der Ehrgeiz war."[88]

Erst nach der Niederlage Napoleons in Russland und mit der Entstehung eines deutschen Nationalgefühls änderte sich das – von den Konskribierten des Jahrgangs 1813 verließen manche schon bei Leipzig ihr Regiment, „weil sie nicht mehr ‚als Deutsche gegen Deutsche fechten wollten'".[89]

Auf dem linken Rheinufer war seit 1802 relative Ruhe eingekehrt. Der große französische Markt stand den vom Zunftzwang befreiten Gewerbetreibenden offen und gab der Wirtschaft weitere Impulse, und „solange sich die wirtschaftlichen Verhältnisse stabilisierten, arrangierte sich jedenfalls die breite Mehrheit der Bevölkerung mit der französischen Herrschaft, zwar ohne besonderen Enthusiasmus, eher gleichgültig-distanziert, aber eben auch ohne größere Opposition."[90]

„Die Zeit der Regierung Napoleon Bonapartes […] kann man sicherlich als eine Ära modernisierender Weichenstellungen gerade am Oberrhein bezeichnen. Die Einführung des französischen Rechts (das hier wie im übrigen linksrheinischen Deutschland bis zum Ende des 19. Jahrhunderts gültig blieb), die prinzipielle Gleichstellung aller Bevölkerungsteile, die einheitliche Währung und eine effiziente Verwaltung ließen die neuen Departements rasch zu einem integralen Bestandteil

---

[83] KERMANN PFALZATLAS S. 1482

[84] **Springer**, Max: Die Franzosenherrschaft in der Pfalz 1792-1814 (Departement Donnersberg). Stuttgart 1926 [SPRINGER 1926], S. 325

[85] ADAMS 1978, S. 76

[86] vgl. oben, S. 220 f

[87] KERMANN PFALZATLAS S. 1493 f

[88] SPRINGER 1926, S. 328

[89] ebenda, S. 329

[90] DEMEL 2005, S.320

des ‚Grand Empire' werden. Hinzu kamen gerade in den Grenzgebieten, wenn auch hauptsächlich aus militärischen Gründen, wichtige Infrastrukturmaßnahmen wie der Straßenbau, die auf das Wirtschaftsleben stimulierend wirkten."[91]

„Ihren Abschluss fanden (die) vornapoleonischen Reformen mit dem Code Napoléon, das aus fünf Gesetzbüchern besteht: dem Code Civil, dem Zivilrecht von 1804, dem Code de procedure civile, dem Zivilprozessrecht von 1806, dem Code de commerce, dem Handelsrecht von 1807, dem Code d'instruction criminelle, dem Strafprozessrecht von 1808 und dem Code pénal, dem Strafrecht von 1810.

[…] gegenüber dem oft von paternalistischer Willkür geprägten Gerichtswesen des Alten Reiches, (wurde) ein dreistufiger Instanzenzug eingeführt. In Zivilsachen ging er von den Ziviltribunalen erster Instanz zu den Arrondissementhauptstädten, über die Appellationsgerichtshöfe zum Kassationshof in Paris.

Strafsachen gingen von den Zuchtpolizeigerichten in den Arrondissementhauptstädten über die Kriminalgerichte in den Departementshauptstädten ebenfalls nach Paris. Diesem Gerichtszug vorgeschaltet war der Friedensrichter auf lokaler Ebene des Kantons, der für Bagatellfälle, einerseits in Zivilsachen als Friedensgericht und andererseits in Strafsachen als Polizeigericht, fungierte. […]

Der geheime und schriftliche Inquisitionsprozess wurde durch den öffentlichen und mündlichen Anklageprozess ersetzt. In Strafsachen wurde das Schwurgericht eingeführt, bei dem Laienschöffen über die Schuldfrage entschieden. Diese Schwurgerichte sollten vor allem in der Vormärz-Zeit wichtig werden, als sich die Laienschöffen gegen politische Pressionen vielfach resistent erwiesen."[92]

Natürlich gab es dabei auch Schattenseiten – als Gerichtssprache wurde Französisch eingeführt, und die Kosten für das Stempelpapier, das man für jedes Schriftstück benötigte, das in den Prozess eingeführt werden sollte, machten die an sich kostenfreien Verfahren wieder sehr teuer. Trotzdem, der Code Napoléon war geradezu populär, „wenn auch nicht gerade jeder Pfälzer Bauer seinen Code Napoleon in der Tasche nachführt, so ist doch jeder so ziemlich mit dessen Bestimmungen vertraut und hält ihn hoch und wert als sein kostbares Gut."[93]

Auf dem anderen Rheinufer fand jetzt die weitere Neugestaltung der deutschen Landkarte statt – da sie nach 1814 auch für unsere Gegend Auswirkungen hatte, wollen wir einen Blick darauf werfen.

Im Frieden von Lunéville hatten mehrere deutsche Staaten Gebiete an Frankreich abtreten müssen, was ihnen durch das Versprechen von Entschädigungen in mehreren „reichsrechtswidrigen"[94] Geheimverträgen schmackhaft gemacht worden war. Die verfassungsrechtlichen Diskussionen können wir übergehen, denn eigentlich stand von Anfang an fest, dass die Hochstifte,[95] die kleineren Territorien, die Reichsritterschaft und die Mehrzahl der Reichsstädte die Zeche würden zahlen müssen.

---

[91] **Erbe**, Michael: Die Pfalz im Zeitalter der Französischen Revolution und Napoleons (1792 – 1815) In: **Rothenberger**, Karl-Heinz / **Scherer**, Karl / **Staab**, Franz / **Keddigkeit**, Jürgen (Hg.): Pfälzische Geschichte. 2 Bände Kaiserslautern 2002, hier Bd. 1, S. 349

[92] MARTIN 2008, S. 72 ff

[93] August Becker, zit. n. ebenda

[94] DEMEL 2005, S. 322

[95] also die Herrschaftsgebiete der geistlichen Reichsfürsten – darunter drei Kurfürstentümer!

„Die entscheidenden Verhandlungen fanden in Paris statt. […] Dabei flossen von seiten aller deutschen Interessenten, die dazu willens und in der Lage waren, mehr oder minder große Bestechungssummen in die Taschen des französischen Außenministers Talleyrand und seiner wichtigsten Beamten. Das Entschädigungsgeschäft wurde so zu einem wüsten Feilschen. Napoleon […] orientierte sich hierbei ähnlich wie Talleyrand an übergeordneten politischen Gesichtspunkten. Er suchte größere, arrondierte und reichsrechtlich aufgewertete Mittelstaaten zu schaffen, die innerhalb des Reichsverbandes ein gewisses Gegengewicht zu Österreich bzw. auch zu Preußen bilden konnten."[96]

Der Reichsdeputationshauptschluss vom 25. Februar 1803 ließ 112 Reichsstände, darunter fast alle geistlichen Fürstentümer und 45 von 51 Reichsstädten ihre Reichsstandschaft verlieren; sie wurden einem der zu entschädigenden Territorien angegliedert, ‚mediatisiert', darunter auch die zehn Jahre später für Meisenheim wichtig werdende Landgrafschaft Hessen-Homburg. Aber das war nur ein Zwischenschritt auf dem Wege zum endgültigen Verschwinden der Verfassungsordnung von 1648. Die von Napoleons Gnaden vergrößerten süd- und westdeutschen Territorien, darunter drei frischgebackene Königreiche,[97] bildeten 1806 den „Rheinbund", „ein[en] unter dem ‚Protektorat' Napoleons stehende[n] Zusammenschluß von 16 Reichsständen mit Frankreich. Ihm traten bis Ende 1806, zum Teil unter Rangerhöhungen, weitere 22 Mitglieder, 1807 noch das neue Königreich Westfalen bei […] So umfaßte der Bund schließlich das gesamte rechtsrheinische Deutschland, ohne die österreichisch, preußisch, dänisch oder schwedisch regierten Gebiete."[98]

Die Rheinbundstaaten erklärten ihren „Austritt" aus dem Heiligen Römischen Reich, Franz II. legte die Kaiserkrone nieder, seit dem 6. August 1806 gab es kein Reich mehr. Den dritten, vierten und fünften Koalitionskrieg beendete Napoleon siegreich und beherrschte damit fast ganz Europa, nur dass dieser Kontinent auf Dauer keine Hegemonie erträgt: Zu massiv hatte Napoleon das Gleichgewicht der Mächte gestört. Das unbesiegte England, die Aufstände in Spanien und Österreich, die militärische Katastrophe in Russland 1812/13 waren das eine – die Anstrengungen besonders Österreichs und Preußens, durch Reformen den Modernisierungsrückstand aufzuholen, der sie vom napoleonischen Kaiserreich trennte, das erwachende Nationalgefühl im deutschen Sprachraum waren das andere, und wohl wichtigere, Bündel von Ursachen für das schließliche Scheitern Napoleons.

Nach der verlorenen „Völkerschlacht" bei Leipzig (16. – 18. Oktober 1813) und dem Abfall aller seiner deutschen Verbündeten außer Sachsen hatte Napoleons Armee sich hinter den Rhein zurückziehen müssen. In der Neujahrsnacht 1813/14 überschritten die Verbündeten bei Kaub (unter Blücher) und Mannheim den Rhein, erreichten, ohne nennenswerten Widerstand zu finden, am 11. Januar die Saar und drangen weiter nach Frankreich vor. Damit endete die „Franzosenzeit", die auch – neben den zahlreichen schon erwähnten Veränderungen – „alle Benachteiligungen, Vorbehalte und Ausnahmebestimmungen bezüglich der jüdischen Personen, die

[96] DEMEL 2005, S. 324
[97] Bayern, Württemberg, Sachsen
[98] DEMEL 2005, S. 349

den Bürgereid leisten,“[99] aufgehoben hatte. Das betraf auch die Juden in Meisenheim, und darum soll hier ein kurzer Überblick über ihre Geschichte bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts gegeben werden.

Zur Geschichte der Juden in Meisenheim bis zur Französischen Revolution

Im Jahre 1551 verkaufte der Jude Moses sein an den Boos-von-Waldeckschen Hof grenzendes Haus in der Schweinsgasse an Peter Vischer.[100] Diese Nachricht ist die älteste Erwähnung von Juden in Meisenheim,[101] es ist aber als sicher anzunehmen, dass schon wesentlich länger einzelne jüdische Familien in Meisenheim gelebt haben. Das älteste bauliche Zeugnis jüdischen Lebens in Meisenheim ist eine Treppenkonstruktion unter dem Hause Obergasse 18, die mit großer Wahrscheinlichkeit den Zugang zu einem jüdischen Ritaulbad, einer *mikwe* bildete.[102] Ein Ghetto oder auch nur eine Judengasse hat es in Meisenheim nie gegeben, dazu war das Städtchen zu klein. Der jüdische Friedhof in einem Waldstück östlich der Straße Meisenheim-Rehborn wurde im ersten Viertel des 18. Jahrhunderts angelegt, der älteste erhaltene Grabstein trägt die Jahreszahl 1725.[103] Eine Synagoge entstand in Meisenheim – im Haus Wagnergasse 16[104] - erst 1787, was ein Zeichen für das Anwachsen der jüdischen Bevölkerung ist; denn eine Synagoge war erst dann sinnvoll, wenn regelmäßig zum Gebet ein *minjan*, also eine Gruppe von wenigstens zehn erwachsenen (religionsmündigen) Männern zusammenkommen konnte.

Bereits in der Römerzeit gab es Juden im Rheinland.[105] Ob und wieweit sie die Stürme der Völkerwanderung überstanden haben, ist aus Mangel an Quellen nicht zu klären. Schon Anfang des 10. Jahrhunderts hören wir wieder von jüdischen Gemeinden in Mainz, Trier, Worms und Speyer. Im christlich geprägten europäischen Mittelalter geriet eine Gruppe mit anderer Religion – und d. h. auch: einem abweichenden Festkalender – fast zwangsläufig in eine Außenseiterposition. Die berufliche Schichtung des jüdischen Bevölkerungsteils unterschied sich zunächst wenig von der der christlichen Mehrheit. „Mit dem Aufkommen und Erstarken des Feudalismus in Wirtschaft und Gesellschaft des europäischen Mittelalters wurde die Verdrängung der Juden von der Landwirtschaf verstärkt; denn nun war bei Übernahme des Lehensgutes die Ablegung eines christlichen Treuschwures nötig, den der Jude natürlich nicht leisten konnte.“[106] In den Städten gab es einen ähnlichen Verdrängungsvorgang durch die Bildung von Zünften, die als Aufnahmevoraussetzung u. a. das christliche Bekenntnis forderten. Daraus folgte zwangsläufig die vor-

---

[99] Dekret der Gesetzgebenden Nationalversammlung, 28. September 1791, zit. n. GRAB 1973, S. 93 f

[100] LURZ 1987, S. 214

[101] DÖRR 1991 S. 12

[102] LURZ 1987, S. 155

[103] DÖRR 1991, S. 16

[104] LURZ 1987, S. 51

[105] **Arnold**, Hermann: Juden in der Pfalz. Vom Leben pfälzischer Juden. Landau 1986 [ARNOLD 1986], S. 14

[106] **Bein**, Alex: Die Judenfrage. Biographie eines Weltproblems. Bd. 1, Stuttgart 1980 [BEIN 1980], S. 74

herrschende Betätigung im Handel, wobei einzelne jüdische Fernhandelskaufleute tatsächlich so reich wurden, wie ein zählebiges Klischee es bis heute will.

Einen tiefen Einschnitt in der Geschichte der Juden im Rheinland stellten die Kreuzzüge dar – der christliche Heilige Krieg, den Papst Urban II. im November 1095 auf der Synode von Clermont predigte,[107] wandte sich nicht nur gegen die ‚Sarazenen' in der Ferne, sondern auch gegen die Juden in der Nähe – die Pogrome von 1096 im Zusammenhang mit dem ersten Kreuzzug, die von 1146 im Zusammenhang mit dem zweiten[108] forderten zahllose Menschenleben in den rheinischen Städten und riefen, da die Pogrome die öffentliche Ordnung in Gefahr brachten, die Obrigkeit auf den Plan. Kaiser Friedrich Barbarossa 1157[109] und sein Enkel Friedrich II. 1236[110] stellten die Juden des Reiches unter besonderen Schutz, natürlich nicht umsonst, sondern um den Preis der „Kammerknechtschaft". Friedrich II. erklärte es zur Pflicht des Kaisers, wegen der „Rechtsbestimmungen, die für die Ungläubigen erlassen wurden", die Juden als ein „besonders anvertrautes Volk gütig zu regieren und gerecht zu schützen", weil nämlich „alle Unsere Kammerknechte" darum gebeten hätten. Mit „Kammer" ist die Schatzkammer, also die Finanzbehörde des Kaisers gemeint, der die Juden jetzt ‚gehörten' und der sie für ihren Schutz besondere, nur der Kammer zustehende Steuern schuldeten. Damit endete „die politische und ökonomische Integration der Juden […] um allmählich in eine politische und ökonomische Desintegration, die spätmittelalterliche Pariastellung, einzumünden. An die Stelle der religiösen und sozialen Trennung zum Zweck der Identitätswahrung tritt die Zurückdrängung jüdischen Rechts durch kirchliches und weltliches Judenrecht […] Selber von öffentlichen Ämtern ausgeschlossen und daher ohne politische Ambitionen, war den Juden an der Stärke ihrer Schutzherren gelegen, während umgekehrt das Interesse der Schutzherren sich vorwiegend auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Juden richtete."[111]

Die jüdische Gemeinschaft war damit aus der übrigen Bevölkerung herausgelöst und unter ein Sonderrecht gestellt worden – Juden wurden wie Ausländer behandelt, selbst wenn ihre Familien schon seit Jahrhunderten an einem Ort lebten. „Als Schutz- oder Geleitjuden galten diejenigen, die nach Auffassung des jeweiligen Landesherrn die Voraussetzungen dafür erfüllten, sich in einer bestimmten Stadt oder einem Dorf niederlassen zu dürfen. Zuvor mußten sie beim Inhaber des Judenregals […] individuell oder kollektiv um den Schutz bzw. das Geleit nachsuchen."[112]

Das Recht, die Juden zu schützen und sich dafür gut bezahlen zu lassen, war zum Regal, also zum königlichen Recht geworden, das mit anderen Regalien im

---

[107] **Runciman**, Steven: Geschichte der Kreuzzüge. München 1989, S. 105 f

[108] ebenda, S. 130 ff

[109] WEINRICH 1977, S. 240 ff

[110] ebenda, S. 496 ff

[111] **Mertens**, Dieter: Christen und Juden zur Zeit des ersten Kreuzzuges. In: Bernd Martin und Ernst Schulin [Hg.]: Die Juden als Minderheit in der Geschichte. München 1981 S. 46 ff

[112] **Kasper-Holtkotte**, Cilli: Juden im Aufbruch. Zur Sozialgeschichte einer Minderheit im Saar-Mosel-Raum um 1800. (=Forschungen zur Geschichte der deutschen Juden Abt. A, Bd. 3) Hannover 1996 [KASPER-HOLTKOTTE 1996], S. 35

Laufe der Zeit an die Landesherren überging. Im „Pfalz-Zweibrückischen Staats-Recht“ hieß es:

„§ 207 **Juden-Schuz.** Der Juden-Schuz im Herzogthum ist ein Landesherrliches Regale. Es wird dahero keinem Adelichen im Land, […] erlaubt, in seinem Dorf oder Adelichem Haus Juden aufzunehmen.

H. Wolfgang hat in seinem Testament gegen die Aufnahm der Juden sehr geeifert[113]. Es haben sich aber doch noch immer Juden im Lande in den Gemeinschaften, an den Gränzen, und nun in dem von Nassau eingetauschten Amt Homburg erhalten.

Sie zahlen ein starkes Schuz-Geld, fremde müssen den Leib-Zoll oder an dessen Statt ein temporarisches Taschen-Geleit lösen, und denen öfters durchpassirenden Bettel-Juden ist nicht erlaubt, länger als über Nacht zu bleiben.

Um denen wucherlichen Händeln mit dem Landmann vorzubeugen, müssen alle Händel über 6 fl. wie die immer Namen haben, bei Straf der Nullität, und daß die Summ dem Fiskus verfallen, gerichtlich aufgetragen werden, die aber unter 6 fl. betragen, müssen im Beiseyn eines Christen abgeschlossen werden.“[114]

Das landesherrliche Interesse kommt in diesem Paragrafen deutlich zum Ausdruck: Gewünscht wurden Juden, die für ihren Schutz zahlen konnten; wer auf Handelsreisen (oder weil er aus einem Nachbarterritorium vertrieben worden war), die Landesgrenzen überschritt, musste seinen Leib verzollen; Juden, die infolge der beruflichen Restriktionen kein Einkommen erzielen konnten und darum aufs Herumziehen und Betteln angewiesen waren, sollten sofort wieder verschwinden.

Der Verfasser des Pfalz-Zweibrückischen Staats-Rechts von 1784, Geheimrat Johann Henrich Bachmann, hatte schon 1773 die Haltung der Landesherrschaft den Juden gegenüber zum Ausdruck gebracht: „Den Juden sei es nach ihrer ‚Tradition’ erlaubt, Nichtjuden zu ‚betrügen’, weshalb sie keine sich dazu bietende Gelegenheit ausließen. ‚Man muß daher immer mit der Peitsche und mit den schärfsten Verordnungen hinter ihm her seyn’, erklärte Bachmann zur Rechtfertigung der extrem restriktiven ‚Judenpolitik’ Zweibrückens. Der Jude sei ‚niederträchtig, unverschämt, ein Kundschafter, ein Verräther. ein Lügner, ein Scheinheiliger, ein Hehler, ein Stehler, ein Wucherer von Profession, ein wissentlicher Debitant falscher Waaren, raffgierig bis zur Giftmischerey’. Wie jeder aus Erfahrung wisse, sei all dies keineswegs übertrieben, so daß die Juden zu Recht als für den ‚Staat gefährlich’ gelten könnten. Von Nutzen seien sie nur in Bereichen, die Nichtjuden wenig vertraut seien, hauptsächlich bei risikoreichen Handelsgeschäften. Das bedeute gleichzeitig, daß nur wohlhabende Juden in gewissem Rahmen nützlich seien.“[115]

Es wundert daher nicht, dass das in Pfalz-Zweibrücken zu entrichtende Schutzgeld mit das höchste im Bereich des späteren Saar-Departements war: In den badischen Dörfern der Grafschaft Sponheim auf dem Hunsrück wurden 6 – 7 Reichstaler gefordert, in Kurtrier: 9, in Nassau-Saarbrücken 10 und in Pfalz-Zweibrücken 20

---

[113] S. o.

[114] BACHMANN 1784

[115] KASPER-HOLTKOTTE 1996, S. 148

Reichstaler,[116] unter Christian IV. wurde der Betrag 1754 sogar auf 30 Reichstaler erhöht.[117]

Seit dem zweiten Nachfolger Herzog Wolfgangs, Johann II., wurden Juden wieder offiziell geduldet (1617), allerdings nicht als Einwohner. Sie durften in Pfalz-Zweibrücken „reisen, wandern, gehen […] zulässige Handtierung treiben, doch soll keiner sich mit häuslicher Wohnung in unserem Fürstentum niederschlagen […] zum höchsten drey Tag und Nacht […] verharren und aushalten".[118] Später wurden einzelne jüdische Familienväter als „Schutzjuden" aufgenommen. Die Zahl der jüdischen Familien in Meisenheim sollte auf vier begrenzt werden, doch waren es wohl öfter mehr. So nennt eine während der Reunionszeit aufgestellte Statistik der Saarprovinz für das Amt Meisenheim 24 jüdische Haushalte.[119] Auch Punkt 14 der schon erwähnten (s. o. *Die Ordnungen des täglichen Lebens*) Beschreibung der *Privilegien, Freiheiten und Gnaden* von 1740 erwähnt mehr jüdische Familien:

„Vierzehendens sollen in hiesiger Statt mehr nicht, als vier Judenfamilien wohnen und gedultet werden; Es haben sich zwaren solche unter der hochfürstlichen Gustavischer Landesregierung biß auf 7 vermehret, […] welche dann nicht nur denen hiesigen Krahmern durch das beständige Haußiren, und denen Metzgern durch das Schächten grossen schaden und abgang der Nahrung verursachen, sondern auch bereits viele bürger und bauern ins Verderben gesetzet haben, und noch beständig setzen, daß das wenige Schutzgeldt welches Ew. Hochfürstl. Durchl. von solchen Ziehen bey weitern den schaden nicht ersetzet, welchen Ew. Hochfürstl. Durchl. an dero treuesten unterthanen leiden. Ob auch wohlen wegen des Haußirens und schächtens einige Verordnungen, absonderl. der Metzger Zunftarticul ergangen sind, so stöhren sich dannoch diese Juden als ein hartnäckiges und unartiges Volck daran wenig, sondern fangen nach Verlauf einiger Zeit ihren mißbrauch wieder von neuem an; wir bitten demnach unterthänigst, daß Ew. Hochfürstl. Durchl. gnädigst geruhen wollen, die Juden allhier zur grösten consolation der burgerschaft wieder auf 4 zu reduciren, so dann die Verordnungen wegen des verbottenen Hausirens und der Metzgerzunft articul wegen des übermäßigen schächtens zu schärfen."[120]

Dass die berufliche Konkurrenzangst der Metzger und Krämer hier dem Stadtschultheißen die Feder geführt hat, ist offenkundig. Auf den ersten Blick verwunderlich mag erscheinen, dass ausgerechnet von der Haupttätigkeit der Juden im Nahe-Glan-Gebiet, dem Vieh-, Häute- und Lederhandel,[121] nicht die Rede ist.[122]

---

[116] Zusammenstellung nach KASPER-HOLTKOTTE 1996, S. 97

[117] BLINN 2010 S. 112

[118] zit. n. ARNOLD 1986, S. 23

[119] BLINN 2010, S. 112

[120] MH 30, S. 237

[121] KASPER-HOLTKOTTE 1996, S. 124 ff

[122] Es sei denn, man möchte in der Behauptung vom angeblichen Verderben der Bauern einen Hinweis darauf sehen, dass Bauern Vieh auf Kredit oder mit Ratenzahlung kaufen oder gegen Gebühr z.B. Zugochsen für die Erntezeit ausleihen konnten und dabei u. U. Schulden bei ihrem jüdischen Geschäftspartner ansammelten. (Vgl. KASPER-HOLTKOTTE 1994, S. 132)

Offenbar waren die Verfasser sich des wirtschaftlichen Nutzens dieser jüdischen Händler für die Stadt durchaus bewusst.

Die herzogliche Regierung gestattete den Juden eine gewisse Selbstverwaltung, wobei in der Position des „Judenschultheiß" Selbstverwaltung und gouvernementale Kontrolle eine Verbindung eingingen:

„Besondere Zuständigkeit im Bereich der Rechtspflege besaß der Judenschultheiß, ein herzoglicher Beamter, der mit der Wahrnehmung der Aufgaben eines Schultheiß innerhalb der jüdischen Gemeinde betraut war. Eine völlige Autonomie billigte man den Juden nur in Religionssachen zu, wobei allerdings der Rabbiner bei Streitigkeiten von Juden *‚in Ceremonialibus'* gemeinsam mit dem Judenschultheiß zu entscheiden hatte. Vor den Judenschultheiß kamen zivilrechtliche Streitigkeiten von Juden untereinander, während Rechtsstreitigkeiten zwischen Juden und Christen von den ordentlichen Untergerichten entschieden wurden. […] Über seine Tätigkeit hatte der Judenschultheiß ein Protokoll zu führen, das halbjährlich an die Regierung zu senden war und in dem insbesondere die verhängten Geldstrafen verzeichnet werden mußten."[123]

Man kann sich gut vorstellen, dass Menschen, die in derart beengten, prekären Verhältnissen leben mussten, mit hoffnungsvollem Interesse nach Frankreich schauten und angesichts der Verkündung der vollständigen staatsbürgerlichen Gleichstellung durch das schon erwähnte Dekret der französischen Nationalversammlung vom 28. September 1791 große Hoffnung schöpften:

„In der Erwägung, daß die notwendigen Voraussetzungen dafür, ein französischer Bürger zu sein, durch die Verfassung festgelegt sind und daß jeder, der diese Voraussetzungen erfüllt und sich durch die Leistung des Bürgereides zur Erfüllung aller von der Verfassung ihm auferlegten Pflichten bereit erklärt, ein Recht auf sämtliche Vorteile hat, die sie zusichert, widerruft die Nationalversammlung alle in ihre früheren Dekrete aufgenommenen Benachteiligungen, Vorbehalte und Ausnahmebestimmungen bezüglich der jüdischen Personen, die den Bürgereid leisten; dieser gilt als Verzicht auf alle in der Vergangenheit zu ihren Gunsten beschlossenen Privilegien und Befreiungen."[124]

Aber „der Weg in die erhoffte Gleichberechtigung war steinig und kurz."[125] Die Auswirkungen der französischen Herrschaft auf die linksrheinischen Juden lassen sich in drei Phasen teilen: Von der Besetzung 1794 bis zur verfassungsrechtlichen Angliederung an Frankreich 1801 hingen die Juden staatsbürgerrechtlich in der Luft – die französische Besatzungsmacht kassierte alle den Landesherren ehemals zufließenden Steuern, also auch das Schutzgeld, andererseits wurden die Juden nun aber auch zu solchen Abgaben herangezogen, von denen sie bisher frei waren; zwischen 1801 und 1808 galten sie als verfassungsrechtlich gleichgestellt und hatten die Rechte französischer „Citoyens"; seit 1808 aber galten die napoleonischen Dekrete, die die Juden abermals unter Sonderrecht stellten.[126]

Schon in der zweiten Phase zeigte sich, dass rechtliche Gleichheit zwar eine notwendige, aber keineswegs eine zureichende Voraussetzung für Gleichberechtigung

---

[123] ROSE 1994, S. 43 f
[124] zit. n. GRAB 1973, S. 93
[125] MARTIN 2008, S. 79
[126] KASPER-HOLTKOTTE 1996, S. 189 f

und Emanzipation waren. Denn die Vorurteile der christlichen Bevölkerung schwanden natürlich nicht über Nacht. „Den Juden ging es darum, grundsätzlich und eindeutig als vollberechtigte und -verpflichtete Bürger anerkannt und behandelt zu werden. Dies sollte sich in einer entsprechenden Lebenspraxis niederschlagen und nicht bloß in theoretischen Gleichheitsansprüchen und -zusicherungen. In der Praxis stellten sich Gewohnheitsrechte, Traditionen, mentale und psychosoziale Dispositionen auf Seiten der Nichtjuden als entscheidende Hemmnisse heraus.“[127] Exemplarisch deutlich wird das im Treiben der „Schinderhannes“-Bande von 1798 – 1802, deren „Überfälle […] sich fast ausschließlich gegen Juden (richteten). Arme jüdische Hausierer waren ihnen genauso ausgesetzt wie wohlhabende jüdische Kaufleute.“[128] Manche Dorfbewohner traten als „Tipp-Geber“ für die Bande auf, so dass für Juden die Dörfer ein unsicheres Pflaster wurden. Daher flüchteten 1803 u. a. sechs Juden aus Hundsbach mit ihren Familien nach Meisenheim.[129]

Aber auch in Meisenheim hatten die Juden kein leichtes Leben: „In den Jahren 1804/05 versuchte die Gemeinde, der Judenschaft das Recht auf ihren Begräbnisplatz, […] auf recht rabiate Art und Weise streitig zu machen. Wegen der neuen Gesetze und der Abholzungsaktionen der Franzosen litt die Gemeinde unter Holzmangel und beschloß deshalb, die fast zweihundertjährigen Bäume auf dem jüdischen Begräbnisplatz zu fällen. Ohne eine behördliche Genehmigung abzuwarten, schritt sie mit den Argumenten, der Platz gehöre den Juden nur leihweise, und sie wolle ‚ihren toleranten Gesinnungen' gegenüber den Juden nun endlich ‚entsagen', zur Tat.“[130]

Nur das Eingreifen des Unterpräfekten des Arrondissements Birkenfeld, Théremin, verhinderte das Unternehmen, was die Ressentiments den Meisenheimer Juden gegenüber nicht verringerte: „In welchem Ansehen die Juden standen, verdeutlicht Maire Hellermanns Schreiben vom Frühjahr 1805: ‚Es ist der ganzen Welt bekant, daß dieses Volck von jeher nur eine eigene und bei uns tolerierte fremde Nation ist, und welche, um mich so auszudrücken, heut zu Tage bey unseren Land Leuten (durch diese unglückselige Toleranz) mehr als das Gelbe Fieber schadet. Um so mehr ist es empöhrend, daß sich diese uns leider geduldete Menschen ähnliche Race sogar durch ihre bekanten Chicanen, ein Eigenthums Recht auf unsere Gemarkung zu verschaffen suchen wollen'.“[131]

Nach 1814 erhob die Gemeinde ihre Ansprüche erneut; erst nach jahrelangen gerichtlichen Auseinandersetzungen wurde die Angelegenheit zugunsten der jüdischen Gemeinde geklärt.

Von 1806 an verschlechterte sich die staatsbürgerliche Situation der Juden wieder. Im Elsass hatte es antijüdische Ausschreitungen, in Frankreich zahlreiche ju-

---

[127] ebenda, S. 198

[128] ebenda, S. 191. – Trotzdem lebt noch heute, u. a. befördert durch Zuckmayers Drama und dessen Verfilmung, die sozialromantische Verklärung des Johannes Bückler als eine Art rheinischer Robin Hood fort. Die Bande wurde nach einer aufwändigen Fahndung durch die französische Gendarmerie gefasst, Bückler mit 19 Komplizen am 21. November 1803 in Mainz hingerichtet.

[129] ebenda, S. 217

[130] KASPER-HOLTKOTTE 1996, S. 398

[131] ebenda

denfeindliche Veröffentlichungen gegeben, die sogar die mittelalterliche Mär von der Brunnenvergiftung wieder aus der Versenkung holten.[132] Vermutlich um die Lage zu beruhigen, erließ Napoleon am 30. Mai 1806 ein Dekret, das den angeblichen jüdischen Wucher verhindern sollte:

„Auf den uns erstatteten Bericht, daß in mehrern Departementen vom Nord unsers Reichs gewisse Juden, die kein andres Gewerb als den Wucher treiben, durch Häufung der unmäßigsten Zinse mehrere Pflüger dieses Lande in einen höchst elenden Zustand versetzt haben, haben wir gedacht, wir müßten denjenigen unserer Untertanen, die eine ungerechte Habsucht solchergestalt auf das äußerste gebracht zu Hilfe kommen.“[133]

Vorstellungen aufgeklärter deutscher und französischer Politiker, dass auch Christen, sogar Geistliche, Wuchergeschäfte trieben, fruchteten nichts[134]. Die Forderungen jüdischer Kreditgeber wurden für ein Jahr ausgesetzt und sollten dann überprüft werden, was zahlreiche Betroffene in den Ruin treiben musste. Damit wurde „die Intention der gegen die Juden erhobenen Wuchervorwürfe […] deutlich: Die nicht jüdischen Geldleiher, die sich ihren Schuldnern gegenüber keineswegs gnädiger verhielten oder geringere Zinsen erhoben, suchten die jüdischen als Konkurrenten zu verdrängen.“[135]

Zugleich schickte sich Napoleon an, die Juden insgesamt unter staatliche Kontrolle zu stellen. Den Verlauf der nach Paris einberufenen Versammlung von Vertretern jüdischer Gemeinden, des so genannten Sanhedrin, müssen wir für unsren Zusammenhang nicht besprechen, wohl aber einige der Folgen:

„Nur wenige Monate nach Abschluß des Sanhedrin verkündete Napoleon, am 17. März 1808, zwei weitere Dekrete, die die Judenschaft endgültig unter staatliche Kontrolle zwangen und vor allem ihre staatsbürgerliche Gleichstellung revidierten.

Das erste Dekret schränkte die Handels- und Geldgeschäfte und die Freizügigkeit der Juden stark ein und verpflichtete sie unbedingt zum Militärdienst. Dieses « Décret infâme »,[136] wie es die Juden bezeichneten, sollte zehn Jahre lang gültig bleiben. Binnen dieser Frist sollten die Juden den Beweis erbringen, daß sie zur Gleichstellung herangereift, daß sie dazu ‚würdig' geworden seien. […] Eine genauere Definition, was darunter zu verstehen war, unterblieb bzw. war äußerst nebulös.“ [137]

---

[132] ebenda, S. 258 f

[133] **Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz (Hg.)**: Dokumentation zur Geschichte der jüdischen Bevölkerung in Rheinland-Pfalz und im Saarland von 1800 bis 1945 – Band 1: Die Juden in der französischen Zeit 1789/1801 bis 1814, [DOKUMENTATION I] S. 135

[134] „Aus welchem politischen Kalkül Napoleons ‚Judenpolitik' resultierte, wird in der Forschung völlig unterschiedlich beurteilt. Es scheint aber offensichtlich, daß sie eher politischem Nutzdenken entsprang als antisemitischen Überzeugungen. Napoleons Grobziel war, die Judenschaft in den Staat einzupassen, was zunächst vorrangig Militarisierung bedeutete. Insofern sollten die Juden als Bevölkerungsgruppe dem Staat von Nutzen sein.“ KASPER-HOLTKOTTE 1996, S. 336, Anm. 1

[135] ebenda, S. 260

[136] „schändliches Dekret“

[137] KASPER-HOLTKOTTE 1996„ S. 270

Diese Forderung, sich „würdig“ zu erweisen, war demütigend und sollte wohl auch die judenfeindliche Kampagne zum Schweigen bringen. Ebenso hatten die wirtschaftlichen Bestimmungen des „schändlichen Dekrets“ neben der Einschränkung der Freizügigkeit und der Gewerbefreiheit eine deutlich als Demütigung gemeinte Komponente: Ein Jude „war überhaupt zum Handel nur zugelassen, wenn er ein jedes Jahr zu erneuerndes Patent sich beschaffte. Er erhielt es jedoch nur, wenn der Munizipalrat seiner Heimatgemeinde ihm bestätigte, er habe ‚nicht dem Wucher oder einem anderen unerlaubten Handel obgelegen’, das Konsistorium ihm dazu seine ‚Ehrlichkeit und gutes Betragen’ bestätigte.“[138]

Außerdem wurde den jüdischen Gemeinden eine straff zentralistische Organisation nach protestantischem Vorbild verpasst, die über Kantons-, Arrondissements- und Departementskonsistorien schließlich in einem obersten Konsistorium in Paris gipfelte, um die jüdische Bevölkerung und ihre Einrichtungen insgesamt kontrollieren zu können; schließlich mussten sich alle Juden, die sich zum Teil noch traditionell mit Vornamen und Vaternamen benannten, feste Familiennamen zulegen, was in erster Linie der besseren Erfassung der Wehrpflichtigen dienen sollte.

Der Meisenheimer Maire Hellermann legte dazu ein eigenes Buch an, in dem der erste von 161 Einträgen lautet:

„Vor uns dem Bürgermeister von Meisenheim, Kanton Meisenheim, Bezirk Birkenfeld, Departement Saar, ist heute Isaak Israel, wohnhaft in Meisenheim, erschienen und hat beantragt, den Familiennamen Dahl und den Vornamen Isaak anzunehmen, und hat mit uns am 31. Oktober 1808 unterzeichnet.“[139]

Die napoleonischen Dekrete galten auch in der hessen-homburgischen Zeit weiter, parallel zur landgräflichen Judenordnung von 1749, die 1827 aufgehoben wurde. Das „schändliche Dekret“ wurde in Meisenheim nie offiziell außer Kraft gesetzt, es „verlor nach und nach an Bedeutung.“[140] Erst mit dem Übergang des Oberamtes, nunmehr: Kreises Meisenheim an Preußen 1867 galt auch für die Meisenheimer Juden die völlige staatsbürgerliche Gleichberechtigung, unabhängig vom Bekenntnis.

---

[138] SPRINGER 1926, S. 352
[139] zit. n. DÖRR 1991, S. 19
[140] ebenda, S. 20

Vom Deutschen Bund zum Deutschen Reich

Der Wiener Kongress, der sich vom November 1814 bis zum Juni 1815 bemühte, das durch die Revolutionskriege durcheinander gewirbelte Europa wieder ins Lot zu bringen, macht auf den heutigen Betrachter einen zwiespältigen Eindruck. Einerseits begann „mit dem Wiener Congresse […] in der That eine neue Epoche des Völkerrechts, eine menschlichere Zeit, welche den großen Namen der Staatengesellschaft allmählich zur Wahrheit machte“,[1] haben die Vertreter aller europäischen Staaten (außer der Türkei) ein europäisches Gleichgewichtssystem geschaffen, das gut genug austariert war, um die Neugestaltung der deutschen und der italienischen politischen Landkarte und *fast* auch noch die Balkankriege am Anfang des 20. Jahrhunderts ohne katastrophale Folgen zu bewältigen und den gesamteuropäischen Frieden zu bewahren – 99 Jahre lang; erst dann zerstörte der Erste Weltkrieg[2] die „Wiener Ordnung.“

Andererseits waren die Beschlüsse des Kongresses in Bezug auf die innere Gestaltung der europäischen Staaten geprägt von der fundamentalen Unfähigkeit zu begreifen, dass die Französische Revolution aus Untertanen Bürger gemacht hatte und dass man diese Tatsache vielleicht vorübergehend unterdrücken, aber nie wieder aus der Welt schaffen konnte. Frankreich – das nun wieder von einem König aus dem Hause Bourbon regierte Frankreich – das im Ersten Pariser Frieden (1814) seine Grenzen von 1792 bestätigt bekommen hatte,[3] nahm gleichberechtigt am Kongress teil; denn die Koalitionskriege waren *gegen die Revolution,* nicht gegen einen Staat geführt worden.

„Da die alten Gewalten nicht zusammengebrochen waren, vielmehr gestärkt aus dem Kampf gegen Napoleon hervorgingen, dachten sie nicht ernsthaft daran, Macht an ein Gedankengebilde namens deutsche Nation abzutreten und dieses eben dadurch ins Reich der Wirklichkeit eintreten zu lassen. Machtpolitisch war es nach dem Sieg über Napoleon wieder möglich, über Völker und Territorien im absolutistischen Stil zu verfügen, und da es möglich war, wurde es auch getan.“[4]

Am Ende verpflichtete auf Vorschlag des Zaren Alexander I. eine „Heilige Allianz“ die legitimen christlichen Herrscher, ihre Untertanen wie Familienväter mit

---

[1] **Treitschke**, Heinrich v.; Deutsche Geschichte im Neunzehnten Jahrhundert. Erster Theil. Bis zum zweiten Pariser Frieden. Leipzig [5]1894, [TREITSCHKE 1894] S. 603

[2] Um die Bedeutung der Wiener Schlussakte würdigen zu können, muss man die Pariser Vorortverträge nach dem Ersten Weltkrieg zum Vergleich heranziehen: Das „System von Versailles“ hat den Frieden keine zwanzig Jahre gesichert!

[3] Im zweiten Pariser Frieden nach Napoleons Rückkehr von Elba, der Herrschaft der hundert Tage, die gezeigt hatte, dass König Ludwig XVIII. nicht allzu fest im Sattel saß, und schließlich nach der Schlacht bei Waterloo/Belle Alliance musste Frankreich Saarbrücken sowie die Festungen Saarlouis und Landau mit dem Gebiet zwischen Queich und Lauter abtreten.

[4] **Winkler**, Heinrich August: Der lange Weg nach Westen I. Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik. München 2000 [WINKLER 2000] S. 71

Gerechtigkeit und Liebe zu regieren und dabei keinen Widerspruch zu dulden. Vom Zaren, der dem Konstitutionalismus aufgeschlossen gegenüberstand, war das gut gemeint – der von Metternich überarbeitete Text des Manifestes (und mehr noch die folgende politische Praxis) trug dann eindeutig konservative, wenn nicht sogar reaktionäre Züge und machte die Allianz zu einem antirevolutionären Pakt.

Die Hoffnungen vieler Menschen in Deutschland, dass die *Befreiungs*kriege (gegen Napoleon) auch *Freiheits*kriege (für die Verwandlung von Untertanen in Bürger) sein möchten, wurden durch die Kongressergebnisse bitter enttäuscht. Statt eines deutschen Gesamtstaates mit einer demokratisch gewählten Volksvertretung brachte der Kongress den „Deutschen Bund" hervor, eine lose Föderation von halb oder ganz absolutistisch regierten Einzelstaaten. Das einzige gesamtdeutsche Organ war die Bundesversammlung in Frankfurt am Main mit 17 Stimmen unter dem Vorsitz Österreichs; die größeren Staaten hatten Einzelstimmen, die kleineren mussten sich eine Stimme teilen.[5] Unter Metternichs Regie entwickelte sich das Gremium zu einem polizeistaatlichen Kontrollinstrument, das von Fall zu Fall in eine als zu liberal angesehene Politik der Einzelstaaten repressiv eingriff.[6]

„Besonders groß war die Empörung bei den Studenten, von denen viele zuvor in den Befreiungskriegen als Freiwillige gegen Napoleon gekämpft hatten. Auf das berühmteste Freikorps, das des Majors von Lützow, gehen die Farben Schwarz-Rot-Gold zurück, die die neugegründete ‚Jenenser Burschenschaft' im Juni 1815 auf Vorschlag des Turnvaters Jahn zu ihrem Bundessymbol erhob. Die Burschenschaften, die sich rasch über ganz Deutschland ausbreiteten, waren von Anfang national, also gesamtdeutsch, und meist auch demokratisch gesinnt."[7]

Die linksrheinischen Gebiete und ihre Einwohner – zunächst unter die Verwaltung durch Preußen (nördlich der Mosel) und die von Bayern und Österreich gebildete „Landesadministrationskommission" (südlich davon, mit Sitz in Kreuznach) gestellt[8] - wurden zur Verfügungsmasse im Entschädigungsgeschacher, das Marschall Blücher in einem Brief grimmig so kennzeichnete: „Der gute Wiener Congreß gleicht einem Jahrmarkt in einer kleinen Stadt, wo ein Jeder sein Vieh hintreibt es zu verkaufen oder zu vertauschen."[9]

Nach dem zweiten Pariser Frieden (1815), der das Intermezzo der „Hundert Tage" abschloss, erhielt Preußen, um die gefährdete Westgrenze militärisch besser sichern zu können, die Umgebung von Saarbrücken und das ehemalige Saar-Departement – allerdings nicht das ganze, denn aus dessen Gebiet sollten nun noch einige kleinere Herren „entschädigt" werden, darunter Landgraf Friedrich V. von Hessen-Homburg, der zwar 1806 schon mediatisiert worden war, nun aber mit erneuerter Souveränität dafür belohnt wurde, dass alle seine Söhne „militärisch in

---

[5] Für verfassungsändernde Beschlüsse „bildet sich die Versammlung zu einem Plenum" von 69 Stimmen, in dem die Stimmenzahl nach der Größe der Mitglieder von 4 Stimmen (Österreich, Preußen usw.) bis zu einer Stimme (z.B. Hessen-Homburg oder die freien Städte) gestuft war.

[6] Als Beispiele seien nur genannt die Annullierung des badischen Pressegesetzes und die Besetzung Frankfurts durch preußische Truppen nach dem „Wachensturm" 1833.

[7] WINKLER 2000, S. 73

[8] PFALZATLAS II, Karte 115 c, Textband III, S. 1509 ff

[9] zit. n. TREITSCHKE 1894, S. 601

führenden Positionen auf Seiten der Alliierten gegen Napoleon und für die Befreiung Deutschlands von der französischen Fremdherrschaft"[10] gekämpft hatten; sein jüngster Sohn war 1813 als preußischer Offizier gefallen, die verbliebenen fünf wurden nach dem Tode ihres Vaters der Reihe nach Meisenheims Landesherren. Rund um Homburg vor der Höhe war nämlich schon alles verhökert, darum bestimmte Artikel 49[11] der Wiener Schlussakte, dass Preußen vom Saar-Departement Gebiete mit einer Gesamt-„Bevölkerung von 69.000 Seelen" abtreten sollte, darunter eines mit 10.000 Einwohnern für den Landgrafen von Hessen-Homburg. Die Gebietseinteilung erfolgte noch willkürlicher als seinerzeit die Festlegung der Departementgrenzen durch Rudler (s. o.), die ja immerhin der Idee von den durch Flüsse und Gebirge gebildeten „natürlichen Grenzen" folgte – jetzt ging es einzig um die Menge der Einwohner, die „nun wieder nichts sein sollten als eine große Heerde, die nur durch ihre Kopfzahl Werth hatte."[12] „Mit Schreiben vom 24. März 1816 teilte der preußische Staatsminister von Hardenberg dem Landgrafen mit, daß der Kanton Meisenheim für ihn ausersehen sei. Da der Kanton Meisenheim, wie er zu dieser Zeit bestand, aber nur 9438 Einwohner hatte, wurden noch einige Orte aus dem Kanton Grumbach hinzugefügt, um die zugesagte Zahl von 10.000 ‚Seelen' zu erreichen. Mit Bekanntmachung vom 26. August 1816 nahm Landgraf Friedrich V. Ludwig diesen Neuerwerb feierlich in Besitz."[13]

Außer ehemals grumbachischen Orten waren dem Gebiet noch 18 Dörfer[14] aus fünf weiteren kleinen Herrschaften hinzugefügt worden, so dass das nunmehrige hessen-homburgische Oberamt Meisenheim mit dem ehemaligen pfalzzweibrückischen fast nur noch den Namen und die Hauptstadt gemein hatte. Traditionelle Wirtschaftswege und Kommunikationsstrukturen wurden so zerrissen; neue anzuknüpfen in vorher anders, meist Richtung Nahetal orientierte Ortschaften, brauchte Zeit. Für die weitere Entwicklung besonders misslich war, dass die Bergbaugebiete (Quecksilber und Kohle, s. o.) völlig an Bayern übergingen. In der Vergangenheit hatten sie einen bescheidenen Wohlstand nach Meisenheim als Sitz der Bergbauverwaltung gebracht.

---

[10] **Heinemann**, Hartmut: Die Landgrafschaft Hessen-Homburg (1806) 1815 – 1866 In: Handbuch der hessischen Geschichte. Vierter Band Marburg 2000 [HEINEMANN 2000] , 649 – 665, hier S. 651

[11] « Il est réservé dans le ci-devant département de la Sarre, sur les frontières des états de S. M. le Roi de Prusse, un district comprenant une population de soixante-neuf mille âmes, dont il sera disposé de la manière suivante:
Le Duc de Saxe-Cobourg et le Duc d'Oldenbourg obtiendront, chacun, un territoire comprenant vingt mille habitants. Le Duc de Mecklenbourg-Strelitz et le Landgrave de Hesse-Hombourg, chacun un territoire comprenant dix mille habitants; et le Comte de Pappenheim, un territoire comprenant neuf mille habitants. » Zit. n. **Kübler**, Johann Ludwig: Quellen-Sammlung zu dem Oeffentlichen Recht des Teutschen Bundes. Erlangen [3]1830, S. 54 f

[12] TREITSCHKE 1894, S. 600

[13] **Baumgart**, Karl: Das Oberamt Meisenheim im Vormärz und Revolution 1848/49. MH 40 (2000) S. 3

[14] Einzeln aufgeführt in der statistischen Abhandlung des bayerischen Generalkommissars Frh. v. Stengel, abgedruckt in Lurz, MH 26, S. 72 f

© GeoBasisDE/LVermGeoRP2014-05-07

Territorialgeschichte IV: Nach dem Gefeilsche um Territorien und „Seelen" auf dem Wiener Kongress war das nunmehr Hessen-Homburgische Oberamt Meisenheim ringsum von Zollgrenzen eingeschnürt.

Die Entfernung zwischen Homburg v. d. H. im Taunus und Meisenheim im Nordpfälzer Bergland beträgt etwas mehr als 110 km – vor dem Bau der Eisenbahn waren das eher drei als zwei Tagesreisen. Dass Birkenfeld[15] von Oldenburg und St. Wendel[16] von Coburg *noch* weiter entfernt liegen, war da kaum ein Trost. Der Landgraf sprach vom Oberamt Meisenheim, das er noch nie gesehen hatte, als einem „Distrikt in China."[17] Unter den 41 Mitgliedern des „Deutschen Bundes" war Hessen-Homburg das drittkleinste Ländchen.[18]

Im „Landgrafthum" Hessen-Homburg

Eine „biedermeierliche Serenissimusidylle" sei Meisenheim unter den Hessen-Homburger Landgrafen gewesen, es sei gar in einen „tiefen Dornröschenschlaf" gefallen,[19] heißt es in einer Darstellung der Geschichte Meisenheims von 1968. Das mag zutreffen, wenn man die unruhigen Jahrzehnte vor 1816 zum Maßstab nimmt – dass die Meisenheimer in ihrem von Zollgrenzen verbarrikadierten Oberamt geschlafen und von den politischen Entwicklungen im übrigen Deutschland nichts mitbekommen und sich nicht zu gegebener Zeit auch eingemischt hätten, trifft aber keineswegs zu.

Stagnation auf wirtschaftlichem Gebiet muss man allerdings konstatieren, die engen Grenzen und die geringe Größe und Finanzkraft des Kleinstaates, die Verbesserungen der Infrastruktur fast unmöglich machten, das zeitweise nur spärliche Interesse der Homburger Regierung an dem „Distrikt in China" verhinderten hier diejenigen Impulse, die in anderen Gegenden bereits die Protoindustrialisierung in Gang setzten. An der Bevölkerungsentwicklung wird das sehr deutlich – zwischen 1816 und 1871, in einer Zeit also, da in Deutschland allgemein ein sehr starkes Bevölkerungswachstum zu verzeichnen war (so wuchs etwa die Bevölkerung des Königreichs Preußen in diesem Zeitraum um knapp über 90%[20]), nahm die Bevölkerung der Stadt Meisenheim ab – von 1.948 auf 1.819 Einwohner;[21] mehr als 500 Menschen wanderten aus nach Übersee.[22]

Landgraf Friedrich V. starb 1820, und die Jahre von 1820 – 1829, Regierungszeit seines Sohnes Landgraf Friedrich VI. Joseph, waren wohl in der Tat „idyllisch". Der Landgraf war verheiratet mit Elisabeth, Tochter des englischen Königs Georg III., die eine Mitgift von 40.000 Gulden und eine jährliche Apanage von 13.000 Pfund Sterling[23] in die Ehe und in das kleine Land mitbrachte, wovon sie viel für

---

[15] Die ‚20.000 Seelen' des Fürstentums Birkenfeld waren als Entschädigung an des Großherzogtum Oldenburg gegangen (vgl. Anm. 11).

[16] Hauptstadt des „Fürstentums Lichtenberg", dessen 20.000 Seelen den Herzog von Sachsen-Coburg entschädigen sollten (vgl. Anm. 11).

[17] HEINEMANN 2000, S. 653

[18] ebenda

[19] DRESCHER NLK 1968, S. 85

[20] **Wehler**, Hans-Ulrich: deutsche Gesellschaftsgeschichte. Zweiter Band: Von der Reformära bis zur industriellen und politischen „Deutschen Doppelrevolution" 1815 – 1845/49. München 1987 [WEHLER 1987], S. 10

[21] DUCKWITZ 1971, S. 39

[22] DRESCHER NLK 1968, S. 85

[23] HEINEMANN 2000, S. 655

karitative Zwecke und städtebauliche Verschönerungen, auch in Meisenheim, ausgab.

Der „Magdalenenbau" des Schlosses mit dem südlich (links) angefügten Bau von 1827. Die Reste der Parkanlagen, die sich in Terrassen bis zum Glan hinunterzogen, sind heute noch zu erkennen.

Sie erwarb 1826 den „Magdalenenbau" des Schlosses und ließ ihn durch den Darmstädter Architekten Georg Moller nach Süden durch einen Anbau mit gotisch-historistischem Treppengiebel erweitern[24]. Hinter dem Schloss wurden ältere Nebengebäude abgerissen und zum Glan hin ein Schlosspark angelegt.[25] Auch sonst bewirkte das englische Geld viele Verschönerungen des Stadtbildes. Der Landgraf „erweiterte die Amtsgasse, ließ […] die den Kirchplatz haltende Mauer bis zum Gelben Hause aufführen und mit Platten, Pfeilern und gußeisernen Staketen versehen. […] Er sorgte ferner für eine bessere Beleuchtung der Stadt durch Hergabe von kupfernen Laternen. Weiter erbaute er auf dem alten Friedhof ein Beinhaus. Auch ließ er am Kirchturm notwendig gewordene Reparaturen vornehmen. Er schenkte das Baugelände für einen Schulhausneubau etc. etc."[26]

In diese Zeit fallen auch der Abriss des Klenker- und des Obertors (1822),[27] die endgültige Abschaffung der (längst feuerpolizeilich verbotenen) Strohdächer[28] sowie die Neugestaltung des Platzes vor der Schlosskirche und die erste Stadterweite-

[24] LURZ 1987, S. 208 f
[25] SCHAFFNER 1938, S. 28
[26] SCHAFFNER 1938, S. 28
[27] LURZ 1987, S. 223
[28] BUSS 1985, S. 86

rung außerhalb der Mauern in westlicher Richtung (Einzelheiten s. u. im Zusammenhang der anderen Stadtweiterungen des 19. Jahrhunderts.)

Selbst die in der Revolutionsepoche verschlechterten schulischen Verhältnisse verbesserten sich allmählich. „Am Anfang steht der ‚gehorsamste Bericht' des späteren langjährigen Rektors Neussel über die ‚sogenannte lateinische Schule zu Meisenheim', vom 27. 2. 1816, der …in beißender Kritik die derzeitigen ‚Mängel des Instituts' darstellt und schließlich seine ‚Vorschläge zur Verbesserung desselben' vorbringt: 1. Neubau des Schulhauses, 2. Berufung ‚tauglicher Subjekte' in die beiden Lehrstellen, 3. Erhöhung der Gehälter, 4. Wiederherstellung des ‚Ephorats' *[der kirchlichen Schulaufsicht, U.S.]* und Entwurf eines modernen Schulreglements, 5. Ernennung eines dritten, ‚wohl auch' vierten Lehrers, 6. Verbindung der Schule mit einer Normalschule zur Bildung künftiger deutscher Schullehrer. Mit Ausnahme des letzten Punktes hat die brave Homhurgische Regierung dieses Programm erfüllt, allerdings brauchte sie - im Zeitalter der Postkutsche - ganze fünfzig Jahre dafür."[29]

Nach 17 Jahren der Unbehaustheit wurde am Lindenplatz 1841 endlich durch den Darmstädter Architekten Georg Moller ein angemessenes Gebäude für die Latein- und die Elementarschule errichtet. Die vorrevolutionäre Schulorganisation (kirchliche Schulaufsicht) blieb allerdings erhalten.

In den hessen-homburgischen Abschnitt der Meisenheimer Geschichte fällt auch das „Kuriosum"[30] der Union der reformierten und der lutherischen Gemeinden. Kurios war natürlich nicht die Union an sich. Seit dem Ende der kirchenfeindlichen Maßnahmen der französischen Revolutionäre 1802, spätestens aber seit den Vorbereitungen der 300-Jahrfeier der Reformation 1817 gab es Bestrebungen, die überholte Trennung zu überwinden. „Daß dies möglich war, zeigte zum ersten Mal in Deutschland das Vorgehen der Evangelischen im Herzogtum Nassau, die auf der Generalsynode zu Idstein (5.-9. August 1817) den Beschluß faßten, am Jubeltag der Reformation die Union zu vollziehen."[31]

Kurios ist aber, dass die Evangelischen Meisenheims nach dem ersten Versuch 1816 dafür noch 20 Jahre gebraucht haben. „Diese Kuriosität ist schon den […] Zeitgenossen aufgefallen. In der Allgemeinen Kirchenzeitung von 1825 berichtete ein Einsender P. G. unter dem Titel ‚Evangelische Kirchenvereinigung' über den damaligen Stand der Union auf dem linken Rheinufer. Er stellt fest, daß in der Pfalz, in den Fürstentümern Lichtenberg und Birkenfeld und fast überall in den preußischen Gebieten die Union geschlossen sei, und fährt dann fort: ‚Nur noch ein Teil eines kleinen Ländchens scheint im Ganzen eine Ausnahme bleiben zu wollen. Es ist dieses die hessen-homburgische Herrschaft Meisenheim mit 3 ¾ Quadratmeilen und 10 441 Einwohnern. Wenn Einsender dieses recht berichtet ist, so sind 6 oder 7 Gemeinden an der Nahe wirklich vereinigt […] Dagegen sind die beiden Pfarreien in Meisenhelm nebst den zunächst gelegenen 4 oder 5 noch sehr weit davon entfernt. Einsender … fragte deswegen bei Gelegenheit schon etliche Mal Protestanten aus der Herrschaft und Stadt Meisenheim, wie es doch komme,

---

[29] DRESCHER LATEINSCHULE S. 42 f

[30] **Fröhlich**, Hugo: die Einführung der Union im ehemaligen Hessen-Homburgischen Oberamt Meisenheim 1817 – 1836 Meisenheim 1954 [FRÖHLICH 1954], S. 62

[31] FRÖHLICH 1954, S. 6

daß dort immer noch nicht die Protestanten vereinigt seien, und erhielt jedesmal die Antwort: die Protestanten und am meisten die in den Pfarreien Meisenheim hätten schon längst die Vereinigung gewünscht, aber wie es scheine, sei es den Geistlichen nichts weniger als Ernst damit'."[32]

Es brauchte einigen Druck – von Seiten der Gemeindemitglieder, der Landpfarrer, der Homburger Regierung – bis auch die städtischen Pfarrer soweit waren: Am 10. November 1836 wurde die Union zur „Evangelisch-christlichen Kirche" vollzogen. 98 Jahre später entbrannte in Meisenheim noch einmal eine Debatte über die Schuldigen an diesem Kuriosum (die Pfarrer? die Stadt? die Homburger Regierung?), die hier nicht nachgezeichnet werden soll; weitere 20 Jahre darauf kommt die Darstellung der Unionsbemühungen zu dem Urteil: „Auf Grund der vorgelegten Akten wird man von einer geteilten Schuld sprechen müssen."[33]

Landgraf Friedrich VI. und seine Gemahlin Elisabeth müssen sich in Meisenheim wohl gefühlt haben, sie hielten sich jedes Jahr für ungefähr zwei Monate hier auf[34] und brachten einen Hauch höfischen Glanzes in das Oberamtsstädtchen. Davon konnte unter den Nachfolgern Ludwig (1829 – 1839) und Philipp (1839 – 1846) nicht die Rede sein – beide waren Berufssoldaten und behielten auch als regierende Landgrafen ihre militärischen Funktionen als preußischer Kommandant der Bundesfestung Luxemburg (Ludwig) und österreichischer Kommandant der Bundesfestung Mainz (Philipp).[35] Das Interesse dieser Fürsten an ihrem linksrheinischen Land war höchstens fiskalischer Natur, zumal die Einkünfte aus dem Oberamt Meisenheim zeitweise zur Tilgung von landgräflichen Schulden an das Frankfurter Bankhaus Rothschild verpfändet waren.[36] Ein Interesse an der Mitwirkung der Bürger bei den Angelegenheiten des Landes hat die Landesherrschaft nie bekundet; die Bestimmung des Art. 13 der Bundesakte von 1815: „In allen Bundesstaaten wird eine landständische Verfassung stattfinden" wurde niemals umgesetzt. Kein Wunder, dass die Meisenheimer die Angliederung an die benachbarte, nunmehr bayerische Pfalz anstrebten. Das war keineswegs Ausdruck einer „reaktionären"[37] Sehnsucht nach der angestammten Herrschaft von vor 1794, sondern Einsicht in den Nutzen der Zugehörigkeit zu einem größeren, modern verwalteten Wirtschaftsgebiet.

„Der ‚Bote aus Westen'[38] veröffentlichte am 1. Januar 1832 einen Artikel, der die Zustände in Meisenheim anprangerte und den Unmut der dortigen landgräflichen Untertanen formulierte.

‚Denn wir sind ja zur Entlohnung der Verdienste unserem Vaterland von dem Wiener Congresse als eine Apanage, als eine gute Milchkuh an unser jetziges Regentenhaus überwiesen worden'."[39]

---

[32] ebenda, S. 62 f

[33] ebenda, S. 66

[34] SCHAFFNER 1938, S. 27

[35] HEINEMANN 2000, S. 651

[36] **Schlick**, Gabriela: Die Landgrafschaft Hessen-Homburg 1816 – 1866. Liberale Bestrebungen oder Rückkehr zum Status quo ante? In: Mitteilungen des Vereins für Geschichte und Landeskunde zu Bad Homburg vor der Höhe, Heft 45 (1996) [SCHLICK 1996], S. 15

[37] So SCHLICK 1996, S. 70

[38] Von Philipp Jakob Siebenpfeiffer (s. u.) herausgegeben

Auch die Tatsache, dass das Oberamt Meisenheim (im Gegensatz zum homburgischen Landesteil, der erst sechs Jahre später folgte) schon zum 1. Januar 1830 an den preußisch-hessischen Zollverein angeschlossen wurde,[40] nützte nicht viel, denn auf drei Seiten – zur bayerischen Pfalz, zum oldenburgischen Birkenfeld und zum coburgischen Lichtenberg – bestanden die Zollgrenzen fort, und das waren die Gegenden, wohin traditionell die stärkeren wirtschaftlichen Beziehungen bestanden. Jedenfalls berichtete der Stadtoberschultheiß Bonnet am 19. Januar 1830 an das landgräfliche Oberamt von „bittersten Klagen und Beschwerden" der Meisenheimer, dass ihre Situation „einem förmlichen Belagerungszustand" gleichkomme.[41]

Es war abermals die Wechselwirkung von französischen und polnischen Ereignissen, die in Meisenheim die Dinge stärker in Bewegung brachte. In Frankreich war 1824 der extrem konservative Karl X. seinem Bruder Ludwig XVIII. nachgefolgt und hatte mit seiner erkennbaren Neigung zu klerikal-absolutistischer Politik einen großen Teil der französischen Öffentlichkeit gegen sich aufgebracht. Als Wahlen im Juli 1830 eine Mehrheit gegen die Regierung ergaben, reagierte Karl X. mit den „Juliordonnanzen" – Parlamentsauflösung, Änderung des Wahlrechts, Einführung der Pressezensur. Nach dreitägigen Barrikadenkämpfen war der König gestürzt und musste Frankreich verlassen. Das war das Signal für Aufstände in Belgien, Italien und mehreren deutschen Territorien; die Julirevolution brachte das System der „Heiligen Allianz" ins Wanken.

In dieser Situation fühlte sich Zar Nikolaus I., der 1825 auf Alexander I. gefolgt war[42] und „einen neuen absolutistisch-reaktionären Kurs der russischen Innenpolitik…, begleitet von einer nationalrussischen Wendung gegen die westlichen und polnischen Einflüsse"[43] eingeleitet hatte, berufen, die monarchische Legitimität mit militärischer Gewalt zu sichern und „die polnische Armee gegen die westeuropäischen Revolutionäre marschieren zu lassen. Das veranlaßte am 29. 11. 1830 eine kleine, von dem Leutnant Piotr Wysocki geführte Gruppe von Unteroffiziersschülern zu dem Versuch, den Oberkommandierenden der polnischen Armee, den Großfürsten Konstantin, zu ermorden. Der Anschlag mißglückte, der Funke der Revolution zündete aber in ganz Warschau. Als der Großfürst die Armee alarmiert hatte, wurden Offiziere, die ihre Einheiten zu den Sammelplätzen brachten, erschlagen. Ein Teil der polnischen Soldaten meuterte. Daraufhin räumte der Großfürst mit den in Warschau stationierten russischen Truppen die Stadt. Die Hauptstadt war frei."[44]

Die polnischen Revolutionäre forderten die Wiederherstellung der von Zar Alexander erlassenen sehr liberalen Verfassung und setzten den Zaren Nikolaus, als der sich weigerte, am 25. Januar als König von Polen ab. „Selbstverständlich konnte

---

[39] SCHLICK 1996, S. 26

[40] HEINEMANN 2000, S. 654

[41] BAUMGART MH 40, S. 5

[42] Das auf dem Wiener Kongress geschaffene Königreich Polen („Kongresspolen"), das bei weitem nicht alle polnischsprachigen Gebiete umfasste, wurde vom russischen Zaren als König von Polen in Personalunion regiert.

[43] **Broszat**, Martin: Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik. Frankfurt/M 1972 [BROSZAT 1972], S. 93

[44] MEYER 1977, S. 81 f

der Zar die Revolution der Polen nicht hinnehmen. Im Februar 1831 marschierte eine russische Armee unter Generalfeldmarschall v. Diebitsch in Polen ein…. Die Polen kämpften unter der Parole ‚Für unsere und eure Freiheit' und appellierten damit an alle von absoluten Monarchen unterdrückten Völker, für die sie zu kämpfen glaubten, und hofften auf die Hilfe des Westens."[45]

Preußen, der nördliche Nachbar des Oberamtes Meisenheim, dessen Zollverbund es seit Januar 1830 angehörte, stellte sich offen auf die Seite Russlands, verhinderte, dass polnische Freiwillige aus der preußischen Provinz Posen ihren Landsleuten zu Hilfe kamen, und lieferte der russischen Armee Verpflegung aus seinen Militärmagazinen.[46] Damit war die Niederlage der Aufständischen unvermeidlich. Die Ereignisse in Polen sah man überall, auch in Meisenheim, mit großer Anteilnahme; in vielen Orten des deutschen Westens bildeten sich Hilfsvereine für Polen. Der Verein in Meisenheim wurde bereits im Mai 1831 gegründet.

„An der Spitze des Vereins in Meisenheim […]. standen die Vertreter der fortschrittlichen Intelligenz der Kaufmanns- und Handwerkskreise der Stadt. Die Funktion des Vorsitzenden übernahm der Kaufmann Gustav Adolph Rischmann und die des Sekretärs Feickert. Dem Verein gehörten die Gründer und die nächsten Mitarbeiter von Rischmann an: Helene Rousselot, geborene Pfeiffer, Witwe eines französischen Militärs, weiterhin Daniel Persinger, Karl Buss, Dr. med. Schaffner, der Grundbesitzer Inges, der Apotheker Gustav Schilling, der Kaufmann Theodor Günther, P. Schellenberger, Jakob Anthes, Advokat G. Deutsch und Heinrich Sundheimer. […] Die Tätigkeit des Vereins in Meisenheim konzentrierte sich auf die Befriedigung der notwendigsten Bedürfnisse des Gesundheitsdienstes der polnischen Armee und die Erleichterung der Leiden der schwer von den Kriegshandlungen betroffenen Zivilbevölkerung in Polen. In dem Appell an die Einwohner von Meisenheim und der benachbarten Umgebung vom 7. Juli 1831 bat der Verein, den kranken und verwundeten Soldaten im Namen der menschlichen Solidarität Hilfe zu leisten. […] Auf der Tagesordnung stand die eilige Sache der Organisierung von Geldspenden, der Sammlung von Leinwand, des Zupfens von Charpie[47], der Anfertigung von Binden und Verbandsstoffen sowie das Nähen von Hemden und Wäsche für die Krankenhäuser und Lazarette in Polen."[48]

Diese Tätigkeit des Vereins war zunächst karitativ, dann aber auch hochpolitisch, denn die Unterstützung galt Menschen, die den Kampf für die Freiheit aufgenommen hatten, die man hier noch entbehrte. Seit der Julirevolution war es immer wieder zu Unruhen gekommen, die sich an scheinbaren Nebensächlichkeiten - wie z. B. der schlechten Qualität des Salzes[49] (29. Mai 1832, während des Hambacher

---

[45] ebenda, S. 82

[46] BROSZAT 1972, S. 96

[47] aus Leinengewebe gezupftes, watteartiges Verbandmaterial

[48] **Kosim**, Jan: Zur Geschichte der Vereine zur Unterstützung der Polen in Deutschland unter Berücksichtigung der Bayerischen Pfalz und der Landgrafschaft Hessen-Homburg. In: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte 4 (1978) [KOSIM 1978] S. 313 – 355, hier S. 346 und 348 f

[49] Der Verkauf des nicht nur zum Würzen, sondern besonders zum Konservieren benötigten Salzes war Staatsmonopol, das der hessen-homburgischen Kasse jährlich 6.000 fl aus

Festes)[50] – entzündeten und in scheinbar harmlosen Symbolhandlungen – wie z. B. dem Zeigen von dreifarbigen Fähnchen (15. August 1830) oder Kokarden (22. Dezember 1830)[51] - ausdrückten. Tatsächlich wurde darin aber die von vielen Meisenheimerinnen und Meisenheimern geteilte Überzeugung deutlich, dass die bestehenden Verhältnisse einer grundlegenden Veränderung bedurften, die den Franzosen bereits gelungen war und für die die polnischen Aufständischen kämpften. Die politische Bedeutung der Polen-Hilfe wird auch daran erkennbar, dass die nötige Kommunikation zwischen den örtlichen Vereinen durch die Zeitungen „Der Bote aus Westen"[52], herausgegeben von Philipp Jakob Siebenpfeiffer in Zweibrücken, und „Deutsche Tribüne", herausgegeben von Johann Georg August Wirth in Homburg, vermittelt wurde, die liberale und demokratische Positionen vertraten.

Nach der Niederschlagung der polnischen Erhebung im September 1831 traten viele Aufständische auf österreichisches und preußisches Gebiet über, wo sie interniert wurden. „Rund 10.000 polnische Emigranten […] machten von der vom Zaren angebotenen Amnestie keinen Gebrauch, sondern blieben im westlichen Ausland, wo sie vom Bürgertum begeistert als Freiheitskämpfer und ‚Sturmvögel der Revolution' begrüßt"[53] wurden. Die meisten Polen bekamen Asyl in Frankreich; sie wurden unter scharfer Beobachtung durch die preußische und bayerische Polizei auf bestimmten Routen durch Deutschland geschleust. Ihre Begrüßung geriet in den westdeutschen Städten zur politischen Demonstration für die Demokratie. Meisenheim lag abseits dieser festgelegten Routen und konnte also keine durchziehenden Freiheitshelden feiern und unterstützen, daher war die Hilfstätigkeit des Vereins beendet, nicht aber die politische Aktivität der meisten seiner Mitglieder – der Polenverein ging zum großen Teil in dem im Januar 1831 gegründeten „Deutschen Vaterlandsverein zur Unterstützung der freien Presse" (kurz ‚Pressverein') auf.

„Der Verein wurde von den Journalisten Johann Georg August Wirth und Philipp Jakob Siebenpfeiffer, dem aus politischen Gründen vorzeitig pensionierten Landkommissär von Homburg,[54] dem Abgeordneten Schüler und weiteren Zweibrücker Bürgern gegründet. Nach dem von Wirth in der ‚Deutschen Tribüne' veröffentlichten Programm ‚Deutschlands Pflichten' hatte er die Aufgabe, eine öffentliche Meinungsbildung über Fragen des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens herbeizuführen, um so eine allmähliche Veränderung der bestehenden Macht- und Herrschaftsstrukturen innerhalb der gesetzlichen Möglichkeiten einzuleiten. Diesem

---

dem linksrheinischen Oberamt einbrachte. Schlechte Qualität des Salzes und Proteste dagegen gewannen insofern sofort hohe politisch-symbolische Bedeutung.

[50] BAUMGART MH 40, S. 10 f

[51] ebenda, S. 7

[52] So hieß die am 12. 3. 1831 erstmals publizierte Zeitung, solange sie in Zweibrücken erschien. Nach seiner Übersiedlung nach Oggersheim Januar 1832 gab Siebenpfeiffer dort den „Westboten" heraus. Oft wird die Zeitung nur unter letzterem Titel zitiert.

[53] MEYER 1977, S. 84

[54] dem Homburg im bayerischen Rheinkreis, heute Kreisstadt des Saarpfalz-Kreises

Zweck diente zum einen die vom Preßverein unterstützte Publizistik, zum anderen die von ihm organisierten politischen Volksfeste.“[55]

Der Verein sorgte durch Abonnements für eine weite Verbreitung der demokratischen Presse, unterstützte Journalisten und half bei den finanziellen Verlusten, die den Druckern und Verlegern durch die häufigen Verbote der Zeitungen entstanden.[56] Der Verein hatte in Meisenheim 185 Mitglieder[57] – eine gemessen an der Einwohnerzahl höchst beeindruckende Zahl, die das demokratische Engagement der Meisenheimer, ihre Unzufriedenheit und den auf den Einwohnern des Oberamtes lastenden Druck gleichermaßen erkennen lässt. Der Verein war wohl auch der Urheber einer „Protestation“ an den Landgrafen, „in der sowohl wirtschaftliche Mißstände angeprangert als auch Preß- und Lesefreiheit gefordert wurden.“[58]

Selbstverständlich waren Meisenheimer, fünfzehn an der Zahl,[59] auch bei dem Ereignis beteiligt, in dem die verschiedenen Gründe für die Unruhen nach der Julirevolution zusammenliefen und bei dem die Hoffnungen der annähernd 30.000 Teilnehmer auf eine bessere Zukunft ihren Ausdruck fanden – wobei diese Zukunftshoffnungen sicher sehr verschiedenartig waren. Die Rede ist vom Hambacher Fest, 27. – 30. Mai 1832, das mittlerweile als Bestandteil der demokratischen Erinnerungskultur Deutschlands so allgemein bekannt geworden ist, dass wir seinen Verlauf und seine Bedeutung nicht mehr zu erörtern brauchen. Die vom Fest Heimkehrenden brachten Unruhe mit – kurz nach dem Fest soll in Meisenheim ein Freiheitsbaum aufgerichtet worden sein,[60] und nachdem der neue Landrat Reinhardt (Regierungsrat Ferdinand Wernigk, dessen Vater zuletzt reformierter Pfarrer und Rektor der Lateinschule in Meisenheim gewesen war und der als Kind der Stadt möglicherweise zu nachgiebig agiert hatte, war nach Homburg v. d. H. versetzt worden) die Mitgliedschaft im „Pressverein“ verboten hatte, kam es am 28. Oktober 1832 zu einer Anzeige durch die Landjäger:

„1. In den oberen Zimmern der Wirtschaft Christian Hohl tagte in den Abendstunden des 28. Oktober 1832 die ‚Gesellschaft der sogenannten Liberalen’. Von den vielen Anwesenden wurden erkannt: Kaufmann Gustav Adolf Rischmann, Apotheker Gustav Adolf Schilling, Strumpfweber Georg Philipp Illges, Oekonom Friedrich Karl Schmidt, Oekonom und Tuchmacher Jakob Bäßel Junior, Messer-

---

[55] **Foerster**, Cornelia: Das Hambacher Fest: Höhepunkt einer demokratischen Massenbewegung in Deutschland. In: **Rothley**, Willi / **Geis**, Manfred: Schon pflanzen sie frech die Freiheitsbäume. 150 Jahre Hambacher Fest. Neustadt a. d. Weinstraße 1982 [Foerster 1982 a] S. 33 f

[56] **Foerster**, Cornelia: Der Preß- und Vaterlandsverein. In: PFALZATLAS, Textband III, S.1709 ff

[57] **Foerster**, Cornelia: Der Preß- und Vaterlandsverein von 1832/33. Sozialstruktur und Organisationsformen der bürgerlichen Bewegung in der Zeit des Hambacher Festes. Trier 1982 [FOERSTER 1982 b], S. 196

[58] ebenda, S. 131

[59] **Busch**, Egon: Meisenheimer Demokraten wissen sich zu wehren. In: **Rothley**, Willi / **Geis**, Manfred: Schon pflanzen sie frech die Freiheitsbäume. 150 Jahre Hambacher Fest. Neustadt a. d. Weinstraße 1982, [BUSCH 1982] S. 111

[60] **Kermann**, Joachim: Karten zum Hambacher Fest – Zusammenhänge und Auswirkungen in der Pfalz und in Deutschland. PFALZATLAS, Karte 130, Textband III, S. 1694 – 1745, hier S. 1731

schmied Heyl, Tagelöhner Karl Eberhard, Maurer Andreas Schlarb, Apotheker Gebhardt sämtlich aus Meisenheim und Gastwirt Huck aus Becherbach.

2. Die Gesellschaft sang aufrührerische, sogenannte Freiheitslieder, womit großer Lärm verbunden war, der die Ruhe der Nachbarn störte.

3. Die Aufforderung, den verbotenen Gesang einzustellen, beantwortete der Kaufmann Rischmann damit, daß er ein Hoch auf die Freiheit aufbrachte, das die Landjäger als eine Verhöhnung auffaßten.

4. Der Strumpfweber Illges trug über der Brust ein Band in den verbotenen sog. ‚deutschen Farben'."[61]

Da die Unruhestifter – wir erkennen einige Namen aus dem Polen-Hilfsverein wieder – sich recht geschickt herausredeten, die Anzeige erstattenden Landjäger die Vorgänge wohl auch nicht so ganz durchschaut hatten und ihre Aussagen abschwächten, verlief die Angelegenheit im Sande.

Am 31. Mai 1834 verkaufte der Herzog von Sachsen-Coburg sein Fürstentum Lichtenberg an das Königreich Preußen, das damit auch im Süden Nachbar Meisenheims wurde. Der Grund für den Schritt waren die Unruhen, die in Folge der Julirevolution auch dieses Gebiet ergriffen hatten und die der weit entfernt residierende Herzog nicht bewältigen konnte. Dieser Herrschaftswechsel löste in Bayern Überlegungen aus, ob es sinnvoll wäre, das Oberamt Meisenheim von Hessen-Homburg zu kaufen, um durch diese Vergrößerung politisch mit Preußen gleichzuziehen. Freiherr von Stengel, Generalkommissar und Präsident des bayerischen Rheinkreises, wurde mit einer Untersuchung beauftragt und berichtete:[62]

„Diese Erwerbung dürfte für Bayern von politischer Wichtigkeit seyn. Wer den Eindruck zu beobachten Gelegenheit hatte, welchen die neuerlich vollzogene Abtrettung des Fürstenthums Lichtenberg an Preußen im Rheinkreis und seiner Umgebung hervorbrachte, wird sich leicht überzeugt haben, wie die Erweiterung der größern Staaten auf dem linken Rheinufer dem allgemeinen Wunsche gemäß ist, welchen Aufschwung diese Erweiterung der Nationalität giebt, und wie dadurch im Volke die Zuversicht steigt auf innere Kraft; denn nichts war mehr geeignet, jenes Gefühl in den Augen des Volkes zu schwächen. als die Zerstückelung des linken Rheinufers, wie sie der Wiener Kongreß bewirkt hat."[63]

Von Seiten der Einwohner sei kein Widerstand gegen den Herrschaftswechsel zu erwarten, im Gegenteil, „die Erwerbung für Bayern entspricht den Neigungen der Bewohner".[64] Finanziell hätte sich die Sache für Bayern eher nicht gelohnt – Generalkommissar v. Stengel rechnete detailliert vor, dass der Preis, den Hessen-Homburg fordern würde, durch die Einnahmen, die Bayern aus dem Gebiet ziehen könnte, nicht zu amortisieren wäre.[65] Schwierigkeiten würden sich obendrein ergeben, „hat doch Hessen-Homburg die Herrschaft Meisenheim dem Hause Rothschild verpfändet, und zwar, wie ich es aus verläßiger Hand erfahren habe, mit der

---

[61] BUSCH 1982, S. 112

[62] Bericht des Generalkommissars und Präsidenten des Rheinkreises Freiherrn von Stengel vom 8. Januar 1835. Abgedruckt in: Lurz, Meinhold: Vom Handwerk zur Landwirtschaft Teil II: Meisenheim 1835. MH 26, S. 63 – 84

[63] ebenda, S. 63

[64] ebenda, S. 68

[65] ebenda, S. 69 f

grellen Stipulation, daß, wenn die Rückzahlung des Anleihens nicht in den bestimmten Terminen geschehe, die Beamten ihrer Pflichten gegen den Landesherrn entlassen, und unter das Haus Rothschild gestellt sind.“[66] Trotzdem riet der Berichterstatter nachdrücklich zu, wobei auch historische Gründe angeführt wurden – denn „mehrere Sprößlinge des erlauchten Fürstengeschlechts haben in Meisenheim das Licht der Welt erblickt, mehrere haben dort ihre Ruhestätte.“[67]

Der Herrschaftswechsel hat 1835 nicht stattgefunden, sondern erst 1866/67, und neuer Landesherr wurde nicht Bayern, sondern Preußen (s. u. *Achtzehnhundertachtundvierzig*). Der Bericht des Freiherrn von Stengel ist aber noch aus einem weiteren Grunde interessant – den politischen Empfehlungen angefügt sind „Statistische Nachrichten über die Landgräflich Hessen-Homburgische Herrschaft Meisenheim“, die einige Probleme erkennen lassen. Über das Bildungswesen heißt es:

„Für die Herrschaft besteht in Meisenheim eine lateinische Schule mit 2 Lehrern u. 20 bis 25 Zöglingen. Diese Schule soll ihre Dotationsmittel aus dem, mit Bayern zur Zeit noch ungetheilten Kirchenschaffnereifonde empfangen, allein eben die obschwebende Strittigkeiten mit Bayern wegen der Theilung sind das Hinderniß, daß jene Mittel *nicht nach dem Bedürfnisse der Lehranstalt* verabreicht werden können, und so giebt der Landgraf aus den herrschaftlichen Gefällen vorschußweise eine Summe von ca. 1200 fl., wovon 1100 fl. zur Besoldung der beiden Lehrer bestimmt ist, der Rest aber den Volksschulen zugewendet wird.

Der Volksunterricht ist demnach fast ausschließlich den Gemeinden zur Last, und wie es den Anschein hat, *nichts weniger als in einem blühenden Zustande.*“[68]

Probleme der gering entwickelten Infrastruktur waren erst in jüngster Vergangenheit einer Lösung näher gebracht worden, allerdings um den Preis einer Behinderung und finanziellen Belastung des Handelsverkehrs durch Straßenbarrieren, an denen Maut kassiert wurde:

„Es sind im Oberamtsbezirk nur 2 größere Straßen, welche man nach dem Systeme in Bayern unter die Staatsstraßen reihen würde:

1. die Glanstraße. Sie durchläuft die Herrschaft auf den Gemarkungen von Meddart und Meisenheim;

2. die Straße von Meisenheim über Breitenheim, Jeckenbach und Hundsbach nach Kirn.

Es wurde früher zwischen dem Landgrafen und seinen Unterthanen viel gestritten, wem die Erbauung und Unterhaltung der Landstraßen obliege, und bei diesem Streit haben die Straßen ganz besonders gelitten, weil sie fast in totalen Verfall versunken sind. Seit die Einführung mehrerer neuen Steuern (Moststeuer, Mauth) hat endlich der Landgraf Erbauung und Unterhaltung übernommen, und in der That wurde heuer, gemeinschaftlich mit Bayern, ein neues Stück der Glanstraße abwärts Meisenheim gebaut, und die übrigen Theile dieser, so wie der Breitenheimer Straße befinden sich in ziemlich fahrbarem Zustande.“[69]

---

[66] ebenda, S. 66
[67] ebenda, S. 67
[68] ebenda, S. 82 f – (Hervorhebungen von mir, U. S.)
[69] ebenda, S. 83

Nach Erläuterungen zu „Ackerbau, Wiesenbau, Obstkultur, Viehzucht“, in denen den Weinen „vorzügliche Güte“ attestiert wird, folgt eine Analyse von „Handel, Industrie und Gewerbe“, die die Folgen der isolierten Lage deutlich macht:

„Manufakturen und Fabriken in weiterm Sinne finden sich keine in der Herrschaft, und der Handel conzentrirt sich auf die Stadt Meisenheim. Es ist theils Produkten, theils Detailhandel, beide hatten einen bedeutenden Aufschwung, so lange die Territorial- und Mauthverhältnisse nicht störend darauf einwirkten. […]

Die Stadt Meisenheim befriedigte früher nicht nur in ihrem dermaligen Gebiete, sondern auch in vielen angränzenden bayer. Orten die dem Landmanne gewöhnlichen Bedürfnisse an Kleidungsstücken, Kolonialwaren, Ackergeräthschaften, und sonstige Gegenstände der Industrie und der Gewerbe, dadurch entstand in dieser Stadt ein nahmhafter Detailhandel und eine ausgebreitete Gewerbsthätigkeit. Es stand der Produktenhandel mit dem Detailhandel und dem Absatze der gewöhnlichen Gewerbsgegenstände in einer gewissen Wechselwirkung; der Landmann brachte seine entbehrlichen Produkte in die Stadt zum Verkaufe, und nahm die ihm nothwendigen Artikel mit zurück.

Seit dem Eintritte der Herrschaft in den preusischen Mauthverein hat sich jedoch der früher sehr lebhafte Verkehr der Stadt mit den zahlreich sie umgebenden Orten des bayer. Rheinkreises einigermaßen zerschlagen, […] Es läßt sich also annehmen, daß seit einigen Jahren der Detailhandel und die Gewerbe in der Stadt Meisenheim Noth gelitten haben, und daß dieser ehehin so gewerbereiche Ort etwas in Rückgang gekommen ist.“

Schließlich folgt eine Übersicht der Gewerbetreibenden in der Stadt Meisenheim: „3 Groshändler - 11 Krämer - 11 Mehlhändler - 5 Gerber - 6 Mahlmüller - 1 Tuchmacher - 48 Becker und Wirthe einschließlich der Gastgeber - 7 Bierbrauer - 2 Apotheker - 17 Schreiner - 8 Blech- und Messerschmiede - 10 Wagner - 18 Grobschmiede - 10 Zimmerleute - 28 Maurer - 3 Häfner - 3 Seiler -3 Nagelschmiede - 3 Färber - 30 Schuster und Schneider - 3 Glaser - 20 Leinenweber - 7 Drechsler nebst verschiedenen andern minderbedeutenden Gewerben.“[70]

Ein direkter Vergleich dieser Angaben mit denen der Berichte von 1793, 1768 oder 1609 (s. o.) ist wegen des unterschiedlichen Ansatzes nicht möglich, einige Beobachtungen lassen sich trotzdem festhalten: Der Anteil der im Handel Tätigen hatte sich gegenüber dem produzierenden Gewerbe vergrößert. Der Anteil der Betriebe für die tägliche Versorgung war etwa gleich geblieben (in der Zahl der „Becker, Wirthe einschließlich der Gastgeber“ müssen auch die Metzger eingeschlossen sein, die in der Liste nicht ausdrücklich erwähnt sind). Die Bedeutung der Ledererzeugung (nur 5 Gerber) und Lederverarbeitung (die Schuster mit den Schneidern zusammen gezählt) war viel geringer geworden. Die Textilerzeugung konzentrierte sich ganz auf das Leinen, (Woll-) Tuch erzeugte nur noch ein Handwerker, vermutlich eine Folge des Rückgangs der Schafzucht zugunsten der Rinderzucht und des mit Hilfe des Stalldungs ausgeweiteten Getreideanbaus. Baugewerbe und Metallverarbeitung hatten ihre Bedeutung für den lokalen Markt behalten. Luxusgewerbe gab es gar nicht.

---

[70] ebenda, S. 76 f

Ob Meisenheim *nach* 1832 in einen Dornröschenschlaf verfallen ist? Ein Umstand spricht sehr dagegen: Mehrere Personen, deren Namen im Zusammenhang mit der 48er-Revolution auftauchen, waren auch schon bei den Ereignissen nach der Julirevolution aktiv, und sie werden ihr politisches Engagement in der Zwischenzeit nicht aufgegeben haben, wenn wir auch nicht viel darüber wissen.

Es ging auch diesmal wieder in Frankreich los. Am 23. Februar 1848 gab es in Paris Massendemonstrationen gegen das Verbot eines Banketts (auch in Frankreich wurde mit dieser Aktionsform die Pressezensur unterlaufen), auf dem für das allgemeine Wahlrecht[71] geworben werden sollte. Die Nationalgarde ging auf die Seite der Demonstranten über, König Louis Philippe dankte am Morgen des 24. Februar ab, Frankreich war wieder Republik. Auch diese Revolution wurde sofort ein gesamteuropäisches Ereignis, das außer England und Russland alle Regionen des Kontinents erfasste.

Nur drei Tage später, am 27. Februar, forderte eine Volksversammlung in Offenburg in Baden Pressefreiheit, Schwurgerichte, Vereinigungsfreiheit, Volksbewaffnung und ein deutsches Parlament – und diese „März-Forderungen" verbreiteten sich wie ein Lauffeuer von Südwesten aus durch ganz Deutschland. Fast überall siegte das Volk kampflos (in den meisten kleineren Staaten des Deutschen Bundes) oder nach zwar blutigen, aber kurzen Straßen- und Barrikadenkämpfen (Wien 13. – 15. März, Berlin 18./19. März). Die meisten alten Regierungen traten zurück (am symbolträchtigsten war die Flucht Metternichs aus Wien), die Fürsten ernannten bürgerlich-liberale „Märzministerien" und bewilligten „Märzforderungen".

In Meisenheim zündete der Funkenflug aus Paris schon am 4. März. Es ist interessant zu beobachten, wie die revolutionäre Aktivität sich von der Befassung mit unmittelbar lokalem Ärger zu allgemeinpolitischen liberalen und demokratischen Anliegen weiter entwickelte. Am 4. März tagte der Stadtrat und teilte als Ergebnis seiner Beratungen mit:

„Im Hinblick auf die neuesten wichtigen Zeitereignisse in Frankreich sowohl als in den deutschen Bundesstaaten, wodurch alle Gemüter aufs äußerste aufgeregt sind und in Erwägung, daß zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung vor allem dringend nötig ist, jede Veranlassung zu allgemeinen Beschwerden zu beseitigen, vornehmlich die wegen der schlechten Beschaffenheit des Salzes und dann die wegen der der Stadt äußerst nachteiligen Straßen-Barrieren, worüber sich eine so allgemeine große Erbitterung ausspricht, daß wenn diesen Beschwerden nicht ungesäumt abgeholfen wird, die schlimmsten Folgen zu befürchten stehen, findet sich der Stadtrat […] veranlaßt, folgenden Beschluß zu fassen:

1. Soll höheren Ortes angeregt werden, daß unverzüglich besseres Salz hierher beschafft werde.

2. Sollen die der hiesigen Bürgerschaft und den Bewohnern in den benachbarten Orten äußerst gehässige Straßen-Barrieren aufgehoben werden.

---

[71] Das geltende Wahlrecht sah einen hohen Zensus vor „und garantierte, daß die Partizipation an der politischen Macht auf eine schmale Oberschicht von Notabeln und Repräsentanten des Großbürgertums beschränkt war." **Mommsen**, Wolfgang J.: 1848. Die ungewollte Revolution. Frankfurt/M 2000, S. 104

3. Soll eine aus zuverlässigen Bürgern bestehende Bürgergarde errichtet werden.

4. Behält sich der Stadtrat vor, noch weitere geeignete Anträge zu stellen."[72]

Einen Tag später verkündete Stadtoberschultheiß Bonnet auf einer Bürgerversammlung, dass der Stadtrat die Aufgabe der Staatsgewalt, die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten, selbst in die Hand genommen habe: Es „sollen unverzüglich von ihm [dem Stadtrat] alle geeigneten Schritte geschehen um, so wie in Baden auch hier in gesetzlichem Wege der Ordnung eines besseren Zustandes der Verhältnisse herbeizuführen, und damit nun der Stadtrat in der Ausführung dieser seiner wohlmeinenden Absicht nicht durch etwaige ungesetzliche Handlungen gehemmt wird.

So soll 2. eine Bürgerwehr zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und gesetzlichen Ordnung errichtet werden. Man ladet nun zu dem Behufe alle Bürger und Bürgerssöhne reiferen Alters ein, sich zur Einschreibung in die Bürgergarde längstens bis morgen, Montag Mittag, hier auf dem Rathause anmelden zu wollen."[73]

Den Beteiligten an der Bürgerversammlung war klar, dass eine Verbesserung ihrer lokalen Situation nur im Rahmen genereller Reformen des Herrschaftssystems gelingen konnte. Sie beauftragten den Tierarzt Dr. Wilhelm Kempff mit der Formulierung entsprechender Forderungen (Pressefreiheit, deutsches Parlament, Volksbewaffnung, Beratungsrecht für Volksversammlungen, staatsbürgerliche Gleichheit, politische Amnestie, Recht zur Wahl der Gemeindebeamten)[74] die der Stadtrat dann übernahm. Den Stand der politischen Willensbildung fasste ein „Flugblatt vom 8. März 1848 zusammen, das von Haus zu Haus verteilt wurde":[75] wegen seiner Anschaulichkeit soll es in vollem Umfang zitiert werden.[76]

„Publicandum

Zur Beruhigung der Gemüther und um den Bürgern hiesiger Stadt von den in ihrem Interesse gethanen Schritten Kenntniß zu geben, sieht man sich von Seiten des hiesigen Stadtraths veranlaßt, durch Gegenwärtiges bekannt zu machen, daß derselbe in seiner Sitzung vom Gestrigen beschlossen hat:

Sollen mittelst einer durch eine besondere Deputation des Stadtraths zu überreichenden Adresse die Beschwerden, Wünsche und Erwartungen der hiesigen Bürger Sr. Hochfürstlichen Durchlaucht, unserem Herrn Landgrafen, vorgetragen werden.

In Vollziehung dieses Beschlusses wird nun wo möglich noch heute durch eine Deputation des Stadtrahths, begleitet von mehreren dazu erwählten Bürgern eine motivirte Vorstellung an Se. Hochfürstliche Durchlaucht nach Homburg abgehen, worin – außer **Preßfreiheit, Volksbewaffnung, Vertretung des Volkes beim deutschen Bundestage, freiem Associations- und Berathungs-Recht über**

---

[72] zit. n. BAUMGART MH 40, S. 15

[73] zit. n. SCHLICK 1996, S. 45

[74] ebenda, S. 46. – Die auch oft erhobenen Forderungen zur Reform des Gerichtsverfahrens tauchten linksrheinisch nur selten auf, da dort das Recht der napoleonischen Zeit fortgalt.

[75] **Buß**, Karl: Politische Ereignisse in Meisenheim im Revolutionsjahr 1848. In: NLK 1969, [BUSS NLK 1969] S. 52

[76] In faksimilierter Form wiedergegeben bei BAUMGART, MH 40, S. 18 f; Hervorhebungen im Original.

öffentliche Interessen, staatsbürgerliche Gleichheit ohne Unterschied des Glaubens, unbedingte politische Amnestie – noch insbesondere

1) sofortige Aufhebung der Straßenbarrieren;
2) unverzügliche Beschaffung eines besseren Salzes, mit Herabsetzung des Verkaufspreises;
3) Abschaffung der Most- Brenn- und Brausteuer;
4) Verschiebung der beabsichtigten Katastrierung, jedenfalls Befreiung der Gemeinden und Grundbesitzer von den desfallsigen Kosten;
5) Eine neue Communal-Verwaltungs-Ordnung mit Erweiterung der Competenz des Stadtraths, sowie mit dem Rechte für die Bürger, ihre Gemeindebeamten selber frei zu wählen:
6) Unabhängigkeit der Lokal-Armencommission von der Amts-Armencommission bei Vertheilung der öffentlichen Unterstützungen, und sofortige Rückziehung der außerhalb des Oberamts, namentlich in Homburg, angelegten Waisengelder;
7) Rücknahme der höchsten Verordnung, wodurch die Collateralsteuer im Oberamt Meisenheim zum Vortheile der Staatskasse von 2 ½ auf 5 Prozent erhöht worden;
8) eine bessere Gerichtsordnung für unser Oberamt;
9) Ertheilung einer ständischen Verfassung für unser Oberamt, Namens der Bürger beansprucht wird.

Von der Einsicht und dem guten Sinn der hiesigen Bürger läßt sich erwarten, daß sie nicht durch unbesonnene und übereilte Handlungen dem Gedeihen der guten Sache schaden, sondern selber gerne zur Vermeidung aller Ungesetzlichkeiten und Unordnungen nach Kräften beitrage und dadurch den Beweis liefern, daß sie der verlangten Freiheiten würdig sind.

Meisenheim den 8. März 1848

Der hiesige Stadtrath:

W. Bonnet – Schilling – Merck – Louis Bonnet – Fr. Sinn – V. Albert – M. Rischmann – Ph. Vollmar – Ch. Günther – W. Anthes – F. Persinger."

Die im Flugblatt erwähnte Deputation (Wilhelm Anthes, Gustav Hellermann, Philipp Vollmar, Wilhelm Kempff, Gustav Schilling, Carl Gillmann) machte sich gleich auf den Weg, und sie hatte in Homburg leichtes Spiel, da auch die dortige Bevölkerung schon ihre Märzforderungen erhoben hatte.[77] Landgraf Gustaf (1846 -1848) teilte den Meisenheimern mit, dass Pressefreiheit, bürgerliche Gleichheit vor dem Gesetz und politische Amnestie schon am 6. März 1848 bewilligt worden waren.[78] Außerdem erklärte er, dass

„ad 1 die Aufhebung der Straßenbarrieren genehmigt ist,

ad 2 bereits Verhandlungen mit der königlich-preußischen Provinzial-Direktion eingeleitet sind betreffs besseren Salzes,

ad 3 Regelung der Steuern,

ad 4 Katastrierung,

[77] SCHLICK 1996, S. 35 ff

[78] ebenda, S. 47

ad 5 eine neue Gemeindeverwaltungsordnung eingeführt wird mit Berücksichtigung der freien Wahl der Gemeindebeamten.
ad 6 und 7 die Anträge beraten werden."[79]

Die erfolgreiche Delegation wurde bei ihrer Rückkehr in Meisenheim begeistert empfangen – durch Turner, Musikkorps und Gesangvereine schon vor der Stadt, durch die Honoratioren am Untertor. „Die Musik spielt eine Symphonie und dann verkündet ein Deputierter das Resultat ihrer Sendung. Den Deputierten wird hierauf ein ‚Vivat' ausgebracht und jedermann zieht sich dann ‚friedlich und ruhig zurück nach Hause.'"[80]

In der Zwischenzeit war die beschlossene Bürgergarde gebildet, 173 Bürger hatten sich gemeldet und waren in zwei Kompanien (unter dem Kommando von Kempff und Roemmich) eingeteilt worden. „Nach ihrer Satzung sollte die Bürgergarde für die Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung und der allgemeinen öffentlichen Ruhe und die Sicherung des Eigentums sorgen, wozu u. a. auch nächtliche Streifen durchgeführt werden sollten."[81] Dass Stadtbürger, die gerade an einem Umsturz der politischen Verhältnisse mitwirkten, zugleich um die Aufrechterhaltung der Ordnung und die Sicherung des Eigentums so bemüht waren, mag auf den ersten Blick verwundern. Die Erklärung liegt in der Besorgnis, dass die Angehörigen der städtischen und ländlichen Unterschichten, deren elende Lage den politisch Handelnden durchaus bekannt war, durch die revolutionäre Situation zu unkontrollierbaren Ausbrüchen hätten hingerissen werden können.

Das im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts massiv auftretende Phänomen des ländlichen Pauperismus (Massenelends) muss es auch im Oberamt Meisenheim gegeben haben, wenngleich die Quellen es nur indirekt (z. B. in den Kriminalakten durch Zunahme von Felddiebstählen und Holzfreveln) erfassen. Die Entfeudalisierung durch die französische Revolution hatte gerade den linksrheinischen Gegenden[82] zunächst einen lang andauernden Aufschwung der Landwirtschaft beschert.

„Diese Aufschwungphase wurde jedoch im späten Vormärz mit der vollen Wucht, dessen *[sic]* die letzte Agrarkrise ‚alten Typs' fähig war, noch einmal unterbrochen. Wegen einer sehr knappen Ernte entwickelte sich bereits 1845 ein lebhafter Preisanstieg, wie es ihn seit 1831/32 nicht mehr gegeben hatte. […] Die durchschnittlichen deutschen Getreidepreise, […] kletterten von 1844 = 71,7 auf 80 Indexeinheiten.[83] 1845 lag aber nicht nur die Getreideernte erheblich unter dem Mittelmaß der Vorjahre, sondern die ‚Kartoffelfäule' […] führte zu der verheerenden Folge, daß manchmal die Hälfte, häufig sogar nur ein Viertel der üblichen Ernte eingebracht werden konnte. Beides beschleunigte im Winter 1845/46 den Preisauftrieb kontinuierlich weiter. […]

Als das Jahr 1846 eine vollständige Mißernte brachte […] zogen die durchschnittlichen Getreidepreise auf 102,6 […] die Kartoffelpreise wegen der anhalten-

---

[79] zit. n. ebenda

[80] Aus dem Festprogramm, zi. n. BAUMGART MH 40, S. 20

[81] BAUMGART MH 40, S. 16

[82] Jedenfalls, soweit sie von den natürlichen Gegebenheiten dazu in der Lage warten – für die Höhen des Hunsrück oder des Pfälzer Waldes gilt das Gesagte nicht.

[83] Preisindex mit der Basis 1913 = 100. Vgl. Tabelle 21 ‚Deutsche Getreidepreise 1816-1850' in WEHLER 1987, S. 28

den Fäulnis schon um 60 % an. Über den bösen Winter 1846/47 hinweg setzte sich der steile Preisanstieg weiter fort und erreichte 1847 seine Rekordhöhe in den sechs Jahrzehnten zwischen 1817 und 1875. Die durchschnittlichen Getreidepreise kletterten weiter auf 124,6, […] damit hatten sie sich in drei Jahren nahezu verdoppelt; […] Diese Preisinflation bis zum Frühsommer 1847 bestimmte wesentlich den extrem hohen Preisdurchschnitt dieses Jahres. Zwar zeichnete sich zu jenem Zeitpunkt bereits eine reiche Ernte ab, aber wegen der Erfahrungen in den beiden vorhergehenden Jahren und wegen der Getreidespekulation blieben die Preise weiterhin hoch."[84]

Da in Meisenheim und Umgebung auch viele arme Familien über gewisse Möglichkeiten der Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln verfügten, wird sie die Not nicht mit der vollen Härte getroffen haben, gespürt haben die Tagelöhner, die auf die Unterstützungen durch die Armen-Commission Angewiesenen usw. sie mit Sicherheit. Dass Menschen in dieser Lage ihr Heil weniger von langfristigen politischen Reformen als von kurzfristiger „Selbsthilfe" erwarten, ist nahe liegend. In irgendeiner Weise wird auch das nachfolgend geschilderte Ereignis als eine Art Hungerrevolte in diesen Zusammenhang einzuordnen sein:

„Am Abend des 16. März 1848 kommt es aus unbekannter Ursache zu einer ‚tumultuarischen Verfolgung' der Feldschützen Johannes Hoffmann und Adam Becker, die nach Desloch flüchten mußten. Wie Bonnet dem Verwaltungsoberamt am 17. März mitteilt, sollen diese Demonstrationen, an denen ca. 20 bis 25 mit Knüppeln bewaffnete Männer, ‚namentlich ein gewisser Fehl und Scheppert teilgenommen haben, von dem Nagelschmied Fr. Peter Wickert und dem Schreiner Alexander Nazareth veranlaßt worden sein.' Auf ihr Gesuch hin werden die beiden Feldschützen am 21. März 1848 entlassen."[85]

Die Meisenheimer nahmen im Übrigen die Neugestaltung ihrer Stadtverwaltung tatkräftig in die Hand; am 14. März wurde ein Bürgerausschuss[86] zur Beratung einer neuen Gemeindeverfassung und zur Mitwirkung bei der Verwaltung gewählt. Der letzte Vertreter des *ancien régime* in Meisenheim war nur noch der Landrat Reinhardt, dessen Abberufung Stadtrat und Bürgerausschuss erzwangen, indem sie drohten, im Falle der Nichterfüllung der Bitte in ihrer „an eure Hochfürstliche Durchlaucht abgesendeten untertänigsten Eingabe"[87] ihre Verantwortung für „die Erhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit in die Hände der Regierungsbehörden zurückzugeben und von der Mitverantwortung der städtischen Angelegenheiten zurückzutreten."[88] Diese für heutige Leser erheiternde Mischung von „untertänigstem" Ton und offener Revolutionsdrohung wirkte – Reinhardt wurde abberufen, Regierungsrat Dr. Bansa aus Homburg zum neuen Leiter des Verwaltungsoberamtes bestellt.

---

[84] WEHLER 1987, S. 642

[85] BAUMGART MH 40, S. 21

[86] Friedrich Römmich (Tierarzt). Wilhelm Kempff (Tierarzt), Philipp Schellenberger (Drechsler), Jacob Anthes (Wirt und Renter), Carl Gillmann (Wirt am Untertor), Christian Hoffmann (Sattler), Carl Dorn (Schlosser), Ludwig Böhmer (Messerschmied), Carl Gréus (Kaufmann), Abraham Altschüler (Handelsmann), Jacob Fuchs (Bäcker), Carl Persinger (Geometer) – BUSS NLK 1969, S. 53

[87] zit. n. ebenda, S. 54

[88] zit. n. BAUMGART MH 40, S. 22

Nicht so erfolgreich waren die Meisenheimer mit ihrer alten Forderung nach Abschaffung der unsinnigen Grenzziehung durch Anschluss an Bayern, notfalls Preußen – der Landgraf konnte einer Halbierung seines ohnehin winzigen Territoriums nicht zustimmen. Aber im Frühjahr 1848 schien diese Frage nicht ganz so dringlich, bestand doch Hoffnung, dass die deutsche Nationalversammlung die innere und äußere Gestalt Deutschlands zum Besseren reformieren und das Lage-Problem Meisenheims sich von selbst erledigen würde.

In der Frankfurter Bundesversammlung waren inzwischen die meisten vorrevolutionären Gesandten durch von den „Märzregierungen" ernannte ersetzt worden; die Wahl einer Deutschen Nationalversammlung wurde beschlossen. Da auch die Frankfurter Paulskirche heute zu den großen und bekannten Erinnerungsorten der Deutschen zählt, können wir die einzelnen Schritte der schwierigen Wahlvorbereitungen - schließlich war noch nie ein gesamtdeutsches Parlament gewählt worden! – als bekannt voraussetzen.

Die Landgrafschaft Hessen-Homburg bildete einen „Wahlkreis", dessen Abgeordneter in indirekter Wahl durch lokal zu bestimmende Wahlmänner gewählt werden sollte. Wahlberechtigt waren alle männlichen Bürger über 21 Jahre, unabhängig von Vermögen oder Dienstverhältnis. Das Oberamt Meisenheim hatte 1.639 Urwähler und stellte 28 Wahlmänner, die Stadt Meisenheim davon 625 Urwähler und sechs Wahlmänner, die am 26. und 27. April gewählt wurden. Wir finden wieder bekannte Namen: Dr. Wilhelm Kempff; Gustav Adolf Rischmann, Kaufmann; Friedrich Roemmich, Tierarzt; Friedrich Albert, Notar; Gustav Schilling, Apotheker; Philipp Gunther, Kaufmann.[89] „Die Forderung des Stadtrats vom 20. April, den Wahlmännern aus Meisenheim die Reisekosten zu ersetzen […] wurde am 26. April von Dr. Bansa entrüstet mit der Begründung zurückgewiesen, das Wahlamt sei ein Ehrenamt und deshalb sollten die Wahlmänner die Reisekosten selbst übernehmen"[90], was sie dann auch taten.

Die Homburger bereiteten den Meisenheimern einen begeisterten Empfang, („Seyd uns gegrüßt Ihr wackern Männer des Volksvertrauens, die Ihr nun bei der Wahl des Abgeordneten des Landgrafthums zum ersten deutschen Parlament das Recht des Volkes sollt wahren helfen."[91]), und die Wahl wurde zu einem wahren Festtag der Demokratie gestaltet. Schon am Vortage gab es einen festlichen Umzug, Musik, Gesang und Reden. Am 3. Mai „vor 10 Uhr begeben sich der Wahl-Commissär und die Wahlmänner unter Vortragung der Fahnen in ernstem Zuge in das Local, in welchem die Wahl vorgenommen wird."[92]

Gewählt wurde der 43-jährige in Köln geborene Jurist und Publizist Jacob Venedey. Nach der Teilnahme am Hambacher Fest war er aus Preußen ausgewiesen worden, hatte in Paris als Korrespondent verschiedener deutscher Zeitungen gearbeitet und gehörte zu dem Mitbegründern des „Bundes der Geächteten", einer

---

[89] ebenda, S. 24

[90] ebenda, S. 25

[91] Einladungsschreiben des Vorstandes des Wahlcomités zu Homburg an die Wahlmänner des Oberamts Meisenheim, in faksimilierter Form wiedergegeben bei BAUMGART, MH 40, S. 26

[92] „Festprogramm", in faksimilierter Form wiedergegeben ebenda, S. 28

Organisation deutscher demokratischer Emigranten.[93] Im Februar 1848 kehrte er nach Deutschland zurück und wurde Mitglied des „Vorparlamentes", das in Frankfurt die Wahlen zur Nationalversammlung vorbereitete. Er vertrat großdeutsche und demokratisch-republikanische Positionen: „Wir glauben überhaupt nicht mehr an die Macht der Regentenhäuser gegenüber den Volkshäusern und deshalb suchen wir auch die Macht, auf die wir die Einheit Deutschlands bauen wollen, nicht in einer dynastisch-monarchischen Spitze, sondern in einer demokratisch-republikanischen Grundlage."[94]

Nach der Wahl hatten die Meisenheimer Wahlmänner Venedey gebeten, sich bald auch bei ihnen zuhause vorzustellen,[95] und schon drei Tage später, am 6. Mai abends traf er ein und hielt am nächsten Tag eine Rede, die er mit den Worten schloss:

„Deutschland muß Ein Deutschland werden in der That und in der Wahrheit, und nicht nur die Grenze, die Ihr schönes Thal von den Nachbarthälern trennt, sondern jede unnatürliche Grenze in Deutschland muß schwinden und wird schwinden. Sie werden schwinden, sie werden mit Tausend anderen unnatürlichen Zuständen aufhören, wenn das deutsche Volk begreift, daß heute das einige Deutschland durch ein einiges, mächtiges, kräftiges Parlament verwirklicht werden muß. In diesem Bewußtsein allein liegt die Rettung, und deßwegen, meine Herren, schließe ich hier bei Ihnen, wie in der Kirche zu Homburg, mit dem Rufe: ‚Gott mit Deutschland und das Parlament über alle Fürsten Deutschlands'."[96]

Zwei Monate später kam Venedey, eingeladen von Gustav Adolph Rischmann, abermals nach Meisenheim, und zwar zum Heimbacher Brunnenfest. Das Fest wurde seit 1835 im Tal des namengebenden Baches ein Stück nördlich der Stadt gefeiert.[97] Nach der Kommunalisierung der ursprünglich genossenschaftlichen Brunnen in Meisenheim (s. o. *Die Ordnungen des täglichen Lebend*) waren die Brunnenfeste anlässlich der jährlichen Wahl der Brunnenmeister entfallen – die Neufassung einer Quelle in der Heimbach im Jahre 1835 bot eine willkommene Gelegenheit, anknüpfend an die Brunnengelage nun die Festtradition in anderer Form fortzusetzen. In der Zeit des Vormärz boten Bankette und Volksfeste auch immer wieder Gelegenheit zu politischen Kundgebungen, und so wurde auch der Besuch des Abgeordneten zu einer Demonstration für Einheit und Freiheit gestaltet: „Festlicher hat Meisenheim noch keinen Morgen begrüßt – alle Straßen prangend im kräftigen Grün von jungen Eichen und Birken, geziert mit Blumen und Guirlanden – vier Ehrenpforten, hervorgezaubert aus der Erde, zwischen diesen grünen Alleen, das Wallen der schwarz-rot-goldnen Fahnen; wer hatte allen diesen Schmuck geschaffen? Der freie Wille der Bürger Meisenheims."[98]

---

[93] Dieser Bund benannte sich 1847 in „Bund der Kommunisten" um und beauftragte Karl Marx und Friedrich Engels mit der Formulierung eines politischen Programms, das als „Kommunistisches Manifest" bekannt geworden ist.

[94] zit. n. **Koch,** Rainer: Die Frankfurter Nationalversammlung 1848/49. Frankfurt (Main) 1989, S. 408

[95] SCHLICK 1996, S. 57

[96] Meisenheimer Bote Nr. 18 vom 18. Mai 1848, zit n. BAUMGART MH 40, S. 31

[97] LURZ MH 25, S. 23 ff

[98] Festbroschüre, zit. n. BAUMGART MH 40, S. 33

Zu den Feierlichkeiten gehörten die Überreichung der von Meisenheimer Frauen „schön gearbeitete(n) deutschen Fahne“ an die Bürgerwehr und mehrere Reden.

„Den Schluß der Fahnenweihe machte einen dreimalige Ehren-Salve der Bürgerwehr, und nach dieser sah man einen Mann, auf welchen aller Augen gerichtet waren, das Pferd des Majors besteigen, es war Herr Venedey, der deshalb diesen Standpunkt wählte, um von der lautlos harrenden, kaum übersehbaren Versammlung seine […] Ansprache verständlicher zu machen. Seiner Rede, die im Herzen aller Anklang finden mußte, erfolgte ein Hoch seinem bisherigen Wirken am Parlament…“[99]

Die Nationalversammlung hat es nicht vermocht, sich, wie Venedey wünschte, „über alle Fürsten Deutschlands“ zu stellen, und sie ist trotz großartiger Arbeit – die „Grundrechte des deutschen Volkes“ waren so wohl durchdacht, dass sie hundert Jahre später noch z. T. wörtlich in unser Grundgesetz übernommen werden konnten! – am Ende gescheitert. Die Diskussion über die Gründe ihres Scheiterns füllt ganze Bibliotheken; wir können sie hier nicht aufnehmen; stattdessen sollen nur zwei Wendepunkte der Revolution angesprochen werden. Der erste ist die notgedrungene Zustimmung der Nationalversammlung zum Waffenstillstand von Malmö. Dänemark hatte das (anders als Holstein) nicht zum Deutschen Bund gehörige Herzogtum Schleswig vertragswidrig mit dem Königreich Dänemark vereinigt. Dagegen erhoben sich die Schleswig-Holsteiner, und die Nationalversammlung beauftragte Preußen mit der Vertreibung der dänischen Truppen aus Schleswig. Unter britisch-russischem Druck schloss Preußen jedoch *gegen den ausdrücklichen Willen der Nationalversammlung* den Waffenstillstand von Malmö (26. August) und räumte Schleswig und Holstein. Die Nationalversammlung verwarf am 5. September den Waffenstillstand, musste ihm aber am 16. September doch zustimmen, weil ihr die Machtmittel fehlten, Preußen zur Wiederaufnahme des Krieges zu zwingen.

„Die Meisenheimer verfolgten das Geschehen in Frankfurt mit Aufmerksamkeit. Mit der Erklärung des Waffenstillstandes von Malmö kamen ihnen die ersten Zweifel an der Wirksamkeit der Nationalversammlung.“[100] Der Bürgerausschuss richtete eine sehr kritische Adresse an Venedey, der „Meisenheimer Bote“[101] schrieb: „Durch diesen Beschluß hat das Parlament die von ihm so häufig im Munde geführte Souveränität des Volkes mit Füßen getreten, es hat die Revolution, der es sein Dasein verdankt, verläugnet und hat als blindes Werkzeug der souveränen Fürsten offen sich bekannt.“

Dieser Vorwurf war sicher ungerecht, brachte aber die tiefe Enttäuschung der demokratischen Hoffnungen zum Ausdruck. Tatsächlich hatten die souveränen Fürsten ihre März-Lähmung überwunden und beharrlich an der Wiederherstellung ihrer Macht gearbeitet – Aufstände[102] dagegen blieben unkoordiniert und daher wirkungslos.

---

[99] ebenda, S. 34 f

[100] SCHLICK 1996, S. 59

[101] Nr. 36 vom 21. September 1848, zit. n. BAUMGART MH 40, S. 38

[102] Stellvertretend seien nur genannt der Berliner Zeughaus-Sturm im Juni und der Frankfurter Aufstand gegen die Billigung des Waffenstillstandes im September, gegen den die Nationalversammlung preußische und österreichische Truppen zu Hilfe rufen musste.

Der zweite Wendepunkt war die Ablehnung der deutschen Kaiserkrone durch den preußischen König Friedrich Wilhelm IV. Die Nationalversammlung hatte nach Malmö weiter gearbeitet, im Dezember 1848 die Grundrechte proklamiert und am 28. März 1849 die Verfassung verabschiedet. Sie sah eine konstitutionelle Monarchie in „kleindeutscher" Ausdehnung unter preußischem Erbkaisertum vor, aber es gab keine Pläne für den Fall, dass der Kaiser-Kandidat ablehnte. Genau das aber tat Friedrich Wilhelm IV. mit der vorgeschobenen Begründung, dass nicht alle Einzelstaaten die Verfassung vorbehaltlos anerkannt hätten. In Wirklichkeit lehnte er die Krone von *Volkes* Gnaden, „diesen Reif von Dreck und Letten" als eines Königs von *Gottes* Gnaden unwüdig ab. Viele Abgeordnete resignierten daraufhin, Vertreter der republikanischen Linken versuchten durch Volkserhebungen besonders in Sachsen, Baden und in der Pfalz (die „Reichsverfassungskampagne") die Revolution doch noch zu retten. Die preußische Armee unter Prinz Wilhelm, dem Bruder Friedrich Wilhelms IV. und späteren Kaiser Wilhelm I., ging mit brutaler Härte gegen die Aufständischen vor, Wilhelm erwarb sich dabei den bösen Titel des „Kartätschenprinzen".

Landgraf Ferdinand (er war seinem am 8. September 1848 verstorbenen Bruder Gustaf nachgefolgt) gehörte zu denen, die die Paulskirchenverfassung nicht akzeptiert hatten, was die Meisenheimer erzürnte. Sie hatten ohnehin durch das demonstrative Desinteresse an den Arbeiten zur nun endlich in Angriff genommen hessen-homburgischen Verfassung[103] gezeigt, dass sie eigentlich anderswohin orientiert waren.

„Am 21. Mai 1849 richtet der Stadtrat […] eine Eingabe an den Landgrafen, in der er seine große Besorgnis darüber zum Ausdruck bringt, daß die Gültigkeit der Frankfurter Verfassung noch nicht durch Veröffentlichung im Regierungsblatt anerkannt sei. Er äußert die Besorgnis, daß die Landgräfliche Regierung sich durch die Politik der größeren Kabinette […] zur ‚Desavouierung der Gültigkeit der Reichsgesetze und somit zum Wort- und Treubruch gegen das Volk' habe verleiten lassen. Er bittet um eine schleunige Lösung und Entscheidung, da in der Pfalz der Kampf des Volkes gegen die reaktionäre Regierung schon begonnen habe und man sich auf vielen Seiten im Oberamt mit dem Gedanken trage, sich von der Landgrafschaft Hessen-Homburg loszusagen und der bayerischen Pfalz anzuschließen."[104]

Das war, streng genommen, eine Kriegserklärung. Die Antwort ließ nicht auf sich warten. Am 1. Juni 1849 wurde dem Stadtrat vom Verwaltungsoberamt mitgeteilt, dass in Kürze preußische Truppen im Oberamt einrücken würden und dass man für deren Unterbringung Sorge tragen möge.[105] Der Stadtrat protestierte und gab zu bedenken:

„In Erwägung, daß wenn *[der preußische Einmarsch]* jedoch eine Demonstration gegen die zur Durchführung der Deutschen Reichsverfassung in der benachbarten Pfalz ausgebrochenen Bewegung bezwecken und in feindlicher Absicht erfolgen sollte, es ebensowenig zu rechtfertigen sein würde, weil das Oberamt oder die Stadt Meisenheim bei dieser Bewegung sich nicht beteiligt und strenge Neutralität geübt,

---

[103] die zwar fertig gestellt wurde, aber niemals in Kraft trat – SCHLICK 1996, S. 69

[104] BAUMGART MH 40, S. 39

[105] **Buß**, Karl: Die Besetzung des Oberamts Meisenheim durch preußische Truppen im Jahre 1849. In: Bad Kreuznacher Heimatblätter 3/1973 [BUSS KHbl 1973], S. 11

demnach auch nicht für die Handlanger des pfälzischen Volkes einzustehen hat, daß aber ein in dieser Absicht etwa erfolgender Einmarsch preußischer Truppen nur von den nachteiligsten Folgen für das Oberamt begleitet sein und die größte Gefahr für die Stadt Meisenheim, welche von drei Seiten von der Pfalz umgeben ist, zur Folge haben könnte, indem das pfälzische Volksheer nimmermehr zugeben wird, daß die Militärmacht einer der Reichsverfassung feindlich gesinnten Regierung durch Besetzung eines neutralen Gebietsteils die Grenzen der Pfalz bedroht."[106]

Wo die Sympathien der Meisenheimer Stadträte lagen, ist unschwer zu erkennen. Die Antwort der landgräflichen Behörde bezog sich auf die von Meisenheim bereits gezeigte Aufsässigkeit:

„In zwei bei Seiner Landgräflichen Durchlaucht eingelaufenen Petitionen des Stadtrats von Meisenheim sowie des daselbst bestehenden Bürgervereins werde um Anerkennung der von der deutschen Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. beschlossenen Reichsverfassung, des Reichswahlgesetzes und der Grundrechte gebeten, zugleich aber unverhohlen die Drohung ausgesprochen, das Oberamt Meisenheim sich dem in der angrenzenden bayrischen Pfalz ausgebrochenen Aufruhr anschließen werde. [… Es] sei zu besorgen, daß diejenige Partei in dieser Stadt, welche jene Schritte betriebe, nicht unterlassen werde, die bewaffnete Hilfe der Insurgenten herbeizurufen, sobald die ablehnende Erwiderung auf die erwähnten Eingaben dorthin gelangt sein werde. Dieser Ausdehnung des pfälzischen Aufstands auf das Oberamt Meisenheim entgegenzutreten und womöglich vorzubeugen, finde sich Seine Landgräfliche Durchlaucht umso mehr verpflichtet, als der überwiegenden Mehrzahl der Bewohner des Oberamts der nötige Schutz gegen die von so nachteiligen Folgen begleitete Insurrection nur erwünscht sein werde."[107]

Mit anderen Worten: die radikale Minderheit in Meisenheim habe selbst schuld, wenn zum Schutze der wohlmeinenden schweigenden Mehrheit die preußischen Truppen einrückten – und zwar in erheblicher Stärke, wie ein Brief des Infanterie-Regiments 17 vom 8. Juni 1849 ankündigte: zwei Infanterie-Bataillone, eine Eskadron Husaren, zwei Geschützgruppen, ein Jäger-Detachement nebst den dazugehörigen Stäben – um 1.750 Mann mit rund 250 Pferden.[108] Die Truppen zogen zwar nach zwei Tagen weiter gegen die Pfälzer Aufständischen, die Stadt blieb aber – nach langwierigem Schriftwechsel mit der Regierung in Homburg - auf den Quartier- und Verpflegungskosten sitzen. Schließlich appellierte Bürgermeister Bonnet im September 1850 an die Bürger, die wegen der Stationierungskosten Ansprüche an die Gemeindekasse hatten, diese gewissermaßen als Spende abzutreten. „Dieser Appell fand begeisterte Zustimmung …Über 200 Bürger verzichteten auf die ihnen wegen Verpflegung preußischer Truppen etwa zukommenden Einquartierungsgelder mit der Auflage, daß diese Gelder zu gemeinnützigen Zwecken verwendet werden sollen."[109]

Die Meisenheimer haben 1848/49 an einem den ganzen deutschen Bund bewegenden Ereignis engagiert teilgenommen, und der Spannungsbogen von vormärzli-

---

[106] ebenda, S. 12
[107] ebenda
[108] Genaue Zahlen bei BUSS KHbl 1973, S. 12
[109] ebenda

cher Unruhe und „Märzforderungen“ über die Phase der demokratischen Begeisterung mit den Wahlen zur Nationalversammlung, Selbstorganisation der Bürger, publizistischer Aktivität usw. bis zur Enttäuschung und schließlich Resignation nach dem Scheitern des Verfassungsprojektes gleicht dem in vielen anderen deutschen Orten. Es sind jedoch auch ein paar Eigentümlichkeiten zu beobachten. So blieb in Meisenheim in den ganzen anderthalb Jahren der revolutionären Bewegung die bürgerlich-liberale Schicht, die die Revolution trug, relativ geschlossen. Im nahe gelegenen Kreuznach[110] etwa bildeten sich schnell drei politische Strömungen heraus: der (klein-)handwerklich bestimmte „Bürgerverein“, der linksliberale und soziale Forderungen vertrat,[111] der „Demokratische Verein“, der radikal-republikanische Positionen verfocht,[112] sowie der „Konstitutionelle Bürgerverein“, in dem sich Männer besitz- und bildungsbürgerlicher Herkunft sammelten und der immer stärker preußisch-monarchistische, gegenrevolutionäre Politik betrieb.[113] In Kreuznach mit fast 10 000 Einwohnern gab es eben eine weit stärkere Differenzierung sozialer Ungleichheit, die sich auch in politischer Organisation niederschlug, als im wesentlich kleineren Meisenheim. In Kreuznach, einem Bestandteil des Königreiches Preußen, richtete sich ein Teil der politischen Aktivität, und umso stärker in dem Maße, wie die Frankfurter Beratungen erfolglos blieben, auf Veränderungen im eigenen Königreich – eine Möglichkeit, die den Meisenheimern versperrt blieb, da sie ja gerade die Zugehörigkeit zu Hessen-Homburg als eines ihrer Hauptprobleme ansahen; weswegen sie auch konsequenterweise die Wahlen zum konstituierenden Landtag boykottierten.[114]

Im Übrigen wurden Schritt für Schritt die alten Verhältnisse restauriert – im Juni 1849 kam der von den Bürgern im April des Vorjahres verdrängte Regierungsrat Reinhardt zurück; die Bürgergarde wurde aufgelöst; das Heimbacher Brunnenfest fiel 1849 aus und wurde danach in sehr viel kleinerem Rahmen begangen;[115] zum 1. Januar 1850 wurde das Chausseegeld wieder eingeführt; schließlich wurden im Februar 1852 alle Turnvereine in der Landgrafschaft verboten.[116] Auch die nie in Kraft getretene hessen-homburgische Landesverfassung wurde 1852 förmlich aufgehoben Die politische Stille, die sich nun über Meisenheim senkte, hatte mehr von Friedhofsruhe als von Dornröschenschlaf. „Aber hier und dort begann auch neues Leben. Die in der Politik gestauten Energien wirkten sich in der Wirtschaft aus.“[117] Immerhin drei für eine Stadt dieser Größe ziemlich bedeutende Unternehmungen wurden in dieser Epoche gegründet: 1863 die Brauerei Bonnet, im selben Jahr die

---

[110] Vgl. zum Folgenden: **Schwindt**, Helmut: Kreuznach in der Revolution von 1848/49. (= Heimatkundliche Schriftenreihe des Landkreises Bad Kreuznach Bd. 17) Bad Kreuznach 1984 [SCHWINDT 1984]

[111] SCHWINDT 1984, S. 44 ff

[112] ebenda, S. 50 ff

[113] ebenda, S. 54 ff

[114] BAUMGART MH 40, S. 36

[115] LURZ MH 25, S. 28

[116] ebenda, MH 40, S. 41

[117] DRESCHER 1974, S. 38

Getreidegroßhandlung Louis David und 1864 die Druckerei Feickert, die im selben Jahr den „Allgemeinen Anzeiger“ herausbrachte.[118]

Im Jahre 1863 gründete August Bonnet seine Brauerei, die er zum größten Betrieb Meisenheims ausbaute. Der heutige Baubestand stammt im Kern aus den 1870er Jahren. Die Brauerei existierte als selbständiger Betrieb bis 1969 (Verkauf an die Königsbacher Brauerei in Koblenz).

[118] zunächst unter dem Titel „Meisenheimer Anzeiger“ – ebenda, S. 38 f

Am meisten hätte Meisenheim natürlich ein Eisenbahnanschluss genützt – den aber verhinderte einstweilen die Kleinstaaterei. Schon seit den 1830er Jahren hatte es unter Saarindustriellen und in Kreuznach Überlegungen gegeben, eine Verbindung vom Industriegebiet an der Saar zum Rhein durch das Nahetal zu schaffen, was zunächst am preußischen Desinteresse scheiterte.[119] Der Gedanke wurde aber immer wieder aufgegriffen, und 1856 erhielt ein Eisenbahnkomitee, das sich in Kreuznach gebildet hatte, vom preußischen Handelsminister die Konzession für den Bahnbau.[120] 1857 begannen die Bauarbeiten. Die preußische Eisenbahnverwaltung strebte einen Verlauf der Bahn möglichst nur auf preußischem Gebiet an, was aber nicht überall durchzuhalten war, da die Nahe nicht immer exakt die Südgrenze des preußischen Gebietes bezeichnete – die Gemarkung der ehemals wild- und rheingräflichen und hunolsteinischen Gemeinde Staudernheim, die 1816 an Hessen-Homburg gekommen war, reicht etwa 2 km Luftlinie über die Nahe nach Norden, so dass die Bahn hier knapp dreieinhalb Kilometer hessen-homburgisches Gebiet durchqueren musste. In Staudernheim wurde ein Bahnhof errichtet,[121] weil Hessen-Homburg den Bau dieses ersten und lange Zeit einzigen Bahnhofs im Oberamt Meisenheim im Staatsvertrag mit Preußen zur Bedingung gemacht hatte.[122] Am 15. Dezember 1859 wurde der Streckenabschnitt Kreuznach – Oberstein eröffnet und am 25./26.Mai 1860 unter Anwesenheit der Souveräne von Preußen, Oldenburg und Hessen-Homburg die ganze Strecke bis Neunkirchen.[123] Meisenheim und die anderen Orte des Glantals mussten auf den Bahnanschluss noch 36 Jahre warten (s. u. *Eisenbahnbau und weitere Modernisierungen*).

Die nationalen und wirtschaftlichen Probleme im Deutschen Bund, die neben den liberal-demokratischen Forderungen Ursache der Revolution gewesen waren, bestanden fort, und da sie nicht von unten hatten gelöst werden können, wurden sie von den Obrigkeiten angegangen. Die Initiative verlagerte sich dabei, je länger, desto mehr, auf Preußen. Die „oktroyierte Verfassung" von 1850 mit ihrem Drei-Klassen-Wahlrecht war wenig demokratisch, aber besser als gar nichts. Die Liberalen unterlagen zwar im Verfassungskonflikt[124] mit dem von Wilhelm I. 1862 zum Ministerpräsidenten ernannten Otto von Bismarck, sie machten aber ihren Frieden mit ihm (um nicht zu sagen: sie unterwarfen sich dem Machtstaat), als er begann, auf seine Weise, „mit Eisen und Blut" die seit 1849 liegen gebliebenen Probleme der deutschen Staatlichkeit zu lösen. Der Krieg von 1864 verdrängte Dänemark aus Schleswig und verband *beide* Elbherzogtümer mit Deutschland; der preußisch-

---

[119] **Brumm**, Rudolf: Die Rhein-Nahe-Bahn Bingerbrück bis Neunkirchen. Bad Kreuznach 1986 [BRUMM 1986], S.10

[120] ebenda, S. 39

[121] ebenda, S. 58

[122] ebenda, S. 96

[123] ebenda, S. 144 f

[124] Es ging dabei, sehr kurz gesagt, um die Frage, ob die Regierung für eine Heeresreform Geld ausgeben durfte, das ihr der Landtag zuvor ausdrücklich verweigert hatte. Bismarck tat genau das, „bewies" aber mit den Kriegen von 1864 und 1866, dass das Geld wirklich nötig gewesen sei – und der Landtag schluckte die Kröte, indem er Bismarck für den Verfassungsbruch straffrei stellte (Indemnitätsvorlage vom 3. September 1866).

österreichische Krieg von 1866 beantwortete die Frage: ‚Großdeutsch oder kleindeutsch?' mit der Verdrängung Österreichs aus Deutschland und der Gründung des Norddeutschen Bundes. Preußen annektierte nach dem Sieg alle norddeutschen Territorien, die im Krieg auf der falschen, nämlich österreichischen Seite gestanden hatten. Das Großherzogtum Hessen-Darmstadt, das am 24. März 1866 das Erbe des kinderlos gestorbenen letzten Landgrafen von Hessen-Homburg angetreten hatte, hatte ebenfalls auf der falschen Seite gestanden und musste daher sein Erbe schon am 3. September an Preußen abtreten, am 12. Januar 1867 erschien das „Besitznahmepatent" König Wilhelms von Preußen.[125] Zunächst wurde das Oberamt Meisenheim von der Provinz-Regierung in Koblenz direkt verwaltet,[126] bis sich im März 1868 der Provinzial-Landtag zur Erleichterung der Meisenheimer für das Fortbestehen des Oberamts als selbständiger Kreis des Regierungsbezirks Koblenz aussprach.[127] Am 14. Oktober erging die entsprechende „Allerhöchste Cabinetsordre",[128] seit 1869 war Meisenheim Kreisstadt, die Kreisverwaltung zog in den Magdalenenbau. Der erste preußische Landrat (bis 1872) war der letzte hessische, Martin Reinhardt.[129]

Die Zeit zwischen dem Krieg von 1866 und dem deutsch-französischen Krieg 1870/71 nutzte Preußen, um die süddeutschen Staaten vertraglich fest an sich zu binden. Bismarcks geschickte Inszenierung des Krieges gegen das Frankreich Napoleons III. ließ Preußen als die angegriffene Partei erscheinen, damit den Bündnisfall für die süddeutschen Staaten eintreten und die nationale Leidenschaft zu einem „machtvollen Treibstoff"[130] werden – Frankreich musste plötzlich gegen *ganz* Deutschland antreten. Selbstverständlich wurden auch die Meisenheimerinnen und Meisenheimer von Sorge und Aufregung erfasst:

„In der Nacht vom 15ten auf den 16. Juli 1870 traf hier die Nachricht von der Kriegserklärung Frankreichs an Preußen ein; es war ein Samstag. An Arbeit dachte an diesem Morgen niemand. Die Leute standen gruppenweise auf der Straße und sprachen von dem Ernst der Situation. Gleichzeitig erfolgte die Mobilmachung der ganzen Armee. […] Die hiesigen Wehrleute folgten am 21ten Juli, 23 an der Zahl. […]

Da man allgemein annahm, daß es bei Kaiserslautern zu einer Schlacht kommen werde, so suchte sich jedermann zu verproviantieren und die Folgen davon waren, daß alle Lebensmittel wie Mehl, Reis, Hülsenfrüchte fast gar nicht mehr oder zu fabelhaften Preisen zu haben waren. […] Für die Stadt wurden einige Vorkehrungen getroffen und unter anderem 100 Centner Korn angekauft."[131]

Vom 31. Juli bis zum 6. August erlebte Meisenheim den Durchzug und die Einquartierung von Teilen der II. Armee des Prinzen Friedrich Karl, die sich um

---

[125] Meisenheimer Anzeiger vom 26. 1. 1867

[126] Meisenheimer Anzeiger vom 25. 5. 1867

[127] Meisenheimer Anzeiger vom 1. 4. 1868

[128] Meisenheimer Anzeiger vom 18. 11. 1868

[129] VOGT in HEIMATCHRONIK, S. 174

[130] **Wehler**, Hans-Ulrich: Das Deutsche Kaiserreich 1871 – 1918. Göttingen 1983 [WEHLER 1983], S. 36

[131] Schulchronik der evangelischen Schule zu Meisenheim. Angelegt am 1. Oktober 1894 von dem Hauptlehrer Friedrich Martin [SCHULCHRONIK I], S. 11 f

Homburg und Neunkirchen sammelte[132] - einer mecklenburgischen Kavallerie-Division, großer Teile des III. Armeekorps und des hannoverschen X. Armeekorps.

„Meisenheim hat derzeit keine 1800 Einwohner und gleichwohl mußten 6000 Mann hier untergebracht werden. Auf die Einwendung des Gemeinderates, daß das unmöglich sei, erklärte der Offizier, daß er im andern Falle die Truppen zwangsweise einquartieren werde, worauf eine nochmalige Verteilung erfolgte. Am Nachmittag war nicht ein Lot Fleisch noch Brot bei den Metzgern und Bäckern zu haben. Die Soldaten betrugen sich jedoch sehr anständig und waren leicht zufrieden zu stellen.[133] […]

Am 18. August ließ der Bürgermeister Falkenhagen mit der Schelle bekannt machen, daß am folgenden Tage eine große Masse Verwundeter die Station Staudernheim passieren würden und forderte die Einwohner auf, zwischen fünf und sechs Uhr des Morgens Erfrischungen und Eßwaren auf das Rathaus zu bringen. Die Einwohnerschaft kam dieser Aufforderung in großartiger Weise nach. Zwei schwere Wagen mit tausenden Fleischbrötchen, Eiern, Würsten und Wein gingen nach Staudernheim ab. Es kamen nach einander drei große Züge mit verwundeten Deutschen und Franzosen, welche sämtlich mit Erfrischungen erquickt und teilweise verbunden wurden; 22 leicht verwundete Preußen kamen nach Meisenheim in Privatpflege.“[134]

Die deutschen Erfolge – Gefangennahme Napoleons III. bei Sedan am 3. September 1870, Kapitulation von Paris am 28. Januar 1871 – wurden gefeiert: „Allgemeines Hurrah, Beflaggung der Stadt und Böllerschüsse vom Karlsberg herab.“[135] Die Reichsgründung als Ergebnis des deutsch-französischen Krieges 1870/71 haben die Bürgerinnen und Bürger Meisenheims ebenso begrüßt wie die meisten Deutschen: „Am folgenden Morgen wurde mit allen Glocken geläutet und dazwischen ertönten vom Karlsberg die Böller. Zwei Freudenfeuer auf dem ‚Geisenrech’ loderten gen Himmel; auf allen Höhen der Umgegend sah man diese Zeichen der Freude. Der Gesangverein ‚Liederkranz’, der Musikverein und eine große Menge Volkes durchzogen die Stadt. Auf dem Marktplatze sang die Menge mit Musikbegleitung: ‚Nun danket alle Gott.’ Ein Hoch auf Sº Majestät Kaiser Wilhelm den Ersten und das geeinigte Vaterland beschloß die Feier.“[136]

Es sah schließlich so aus, als wäre der „liberal-bürgerliche Wunsch nach einem nationalen Gesamtstaat“ durch die „großpreußische Expansion“[137] gänzlich erfüllt worden. Die demokratischen Defizite, die mit der „charismatischen Herrschaft“[138] Bismarcks einhergingen, sollten erst später zutage treten.

---

[132] **Moltke**, Helmuth Graf von: Geschichte des deutsch-französischen Krieges von 1870-71. Berlin 1895, S. 5

[133] SCHULCHRONIK I, S. 13

[134] SCHULCHRONIK I, S. 16

[135] SCHULCHRONIK I, S. 16

[136] SCHULCHRONIK I, S 18

[137] WEHLER 1983, S. 36

[138] **Wehler,** Hans-Ulrich Deutsche Gesellschaftsgeschichte Band III: Von der „Deutschen Doppelrevolution“ bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges. München 1995 [WEHLER 1995], S. 264

Ein von der „Heimathsgemeinde“ Meisenheim gestiftetes Erinnerungsblatt[139] nennt insgesamt 26 Männer – vom Militärarzt, Unterarzt und „Lazarettgehülfen“ über zehn Offiziers- und Unteroffiziersdienstgrade bis zu einigen Husaren und vielen „Gemeinen“ vornehmlich aus dem Infanterie-Regiment Nr. 69. Außer in preußischen Regimentern dienten Meisenheimer auch in bayerischen, hessischen und badischen Einheiten, sogar ein See-Kadett war dabei. Da das Gedenkblatt auf die Schicksale der Genannten nicht eingeht, ist nicht klar, ob Meisenheimer Familien mehr als den Husaren und den Musketier zu beklagen hatten, deren Tod die Schulchronik verzeichnet hat.

[139] Abgedruckt in **Lurz**, Meinhold: Meisenheim – Historische Aufnahmen. Horb am Neckar 1985 [LURZ 1985), S. 86

„Seit dieser Zeit hat Meisenheim Freud und Leid mit Preußen geteilt."[1] Diese Feststellung Bürgermeister Schaffners trifft ohne Zweifel zu. Zwar ist es mangels persönlicher Zeugnisse nicht zu beweisen, wir können aber doch annehmen, dass auch das evangelische Meisenheimer Bildungsbürgertum - nach dem Anschluss an Preußen 1867 und nach der Proklamation des preußischen Königs Wilhelm zum deutschen Kaiser am 18. Januar 1871 im Spiegelsaal zu Versailles - sich allmählich das „kleindeutsch-borussische" Geschichtsbild zu eigen gemacht hat. Darin „erschien die preußisch-deutsche Geschichte als ein sich mit Notwendigkeit erfüllender Entwicklungsprozeß, der von Luther und der Reformation über den Großen Kurfürsten und Friedrich den Großen bis zur preußischen Reformzeit führte, um dann im Werke Bismarcks seinen krönenden Abschluß zu finden."[2]

Diese Sichtweise begründete die weit verbreitete Bismarck-Verehrung (Meisenheim feierte den 80. Geburtstag des Altkanzlers am 1. April 1895 mit Fackelzug und Feuerwerk[3] und pflanzte genau ein Jahr später eine „aus dem Sachsenwald bezogene Bismarck-Eiche" auf dem Kirchplatz[4]) und erleichterte es den Bürgern, die Folgen der Niederlage der Liberalen im Verfassungskonflikt hinzunehmen.

„Dessen Ausgang ist rückblickend als zentrale Weichenstellung klar zu erkennen, prägte doch die Begrenzung des parlamentarischen Einflusses und die extrakonstitutionelle Stellung des Militärs das Kaiserreich bis zu seinem Untergang im Ersten Weltkrieg.[5] […] Diese … Sonderstellung des Militärs wurde durch seine Popularität und Hochschätzung nach den Erfolgen in den drei nationalen Einigungskriegen weiter gestärkt und begünstigte langfristig eine Militarisierung der Gesellschaft, zumal offenblieb, inwieweit das Militär im Innern eingesetzt werden konnte, die Kommandogewalt also die – dehnbare – Entscheidung über den Ausnahmezustand mit umfaßte. Der im Kriege geborene Nationalstaat trat also als ein Militärstaat ins Leben."[6]

Für die Wahl des Reichstages galt das für die Maßstäbe des 19. Jahrhunderts sehr demokratische allgemeine, gleiche, direkte und relativ[7] geheime Wahlrecht der Männer über 25 Jahre. Allerdings war die Wirksamkeit der Volkssouveränität, die sich im Wahlakt ausrückte, begrenzt. „Zum ersten lag das Auflösungs- und Einberufungsrecht *(für den Reichstag)* bei Kaiser und Bundesrat. …. Je nach ihrem politi-

---

[1] SCHAFFNER 1938, S. 28

[2] **Lenger,** Friedrich: Industrielle Revolution und Nationalstaatsgründung (= Gebhardt[10] Bd. 15) Stuttgart 2003 [LENGER 2003] S. 227

[3] SCHULCHRONIK I, S. 32

[4] SCHULCHRONIK I, S. 35 – Einen Bismarckplatz bekam Meisenheim allerdings erst 1933.

[5] LENGER 2003, S. 30

[6] ebenda, S. 228

[7] Da die Parteien die Stimmzettel für die Wahl ihres Kandidaten selber drucken lassen mussten, konnte das Wahlgeheimnis durchlöchert werden – im Extremfall drückte der Gutsbesitzer seinen Landarbeitern den „richtigen" Stimmzettel direkt in die Hand. **Berghahn**, Volker: Das Kaiserreich 1871- 1914 (= Gebhardt[10] Bd. 16) Stuttgart 2003 [BERGHAHN 2003], S. 322

schen Bedürfnis konnte die Reichsspitze die […] Sitzungsperioden unterbrechen, um durch den Wahlkampf ein günstigeres parteipolitisches Kräfteverhältnis herbeizuführen. Denn auf die Zustimmung der Reichstagsmehrheit […] blieb die Reichsregierung im Gesetzgebungsprozeß angewiesen. Zum zweiten war die parlamentarische Majorität außerstande, den Regierungschef zu stellen oder auch nur die Ernennung von Ministern aus ihrer Mitte zu erzwingen. … da die feudalrechtliche Loyalitätsbeziehung des Kanzlers zum Monarchen den Primat besaß, blieb eine unüberschreitbare Schranke bestehen, die den Übergang zum parlamentarischen System verhinderte."[8]

Meisenheim gehörte zum Reichtags-Wahlkreis 230 Ottweiler – St. Wendel – Meisenheim, war also für die Wahlen dem Regierungsbezirk Trier zugeschlagen, was zu einer Verschiebung der Konfessionsgewichte führte: Der überwiegend evangelische Kreis Meisenheim gehörte damit zu einem Wahlkreis mit (1890) 42,9% Protestanten und 56,1% Katholiken.[9] Gewählt wurde nach dem absoluten Mehrheitswahlrecht – d. h. ein Kandidat benötigte im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen; ereichte diese kein Kandidat, so gab es einen zweiten Wahlgang, in dem die relative Stimmenmehrheit ausreichte. Dieses Verfahren kam grundsätzlich „Honoratioren", also angesehenen und einflussreichen Persönlichkeiten zugute, verringerte den Einfluss von Parteien und ermöglichte bzw. erzwang sogar im Falle eines zweiten Wahlganges politische Absprachen. Schon seit der Wahl zum Reichstag des Norddeutschen Bundes 1867 bis zu seinem Tode 1901 (mit einer Unterberechung 1881, als ein nationalliberaler Kandidat gewann), hatte der freikonservative saarländische Stahlindustrielle Karl (seit 1888: Freiherr von) Stumm das Mandat für den Wahlkreis 230 inne.[10] Seit 1871 führten die Freikonservativen im Reichstag den Namen „Deutsche Reichspartei".

Preußens „Annexionen in Norddeutschland nach dem Krieg von 1866, die mit legitimistischen Grundsätzen unvereinbar waren, und Bismarcks Zusammenarbeit mit den Nationalliberalen bei der Gründung des Norddeutschen Bundes führten […] zum Bruch *(zwischen den Konservativen und Bismarck).* Ein Teil der konservativen Abgeordneten machte den Bruch nicht mit und unterstützte weiterhin die Regierung, was den Verzicht auf preußischen Partikularismus und eine gewisse Offenheit für liberale Gedanken voraussetzte. Diese Abgeordneten schlossen sich im Juli 1866 zur ‚Freien Konservativen Vereinigung' (freikonservative Partei) zusammen, […] Im Programm der Freikonservativen hieß es: ‚….Mit voller Hingebung widmen wir uns der Hebung der materiellen Interessen unseres Volkes in den Fragen der Besteuerung, des Handels und Verkehrs, der Landwirtschaft, des bedeutsamen Verhältnisses von Kapital und Arbeit' ."[11]

„Von allen Parteien im wilhelminischen Reich war die Freikonservative Partei am altertümlichsten und wirkungslosesten organisiert, ihre Honoratioren hatten weder den Ehrgeiz noch die Möglichkeiten, einen modernen Apparat aufzubauen und der Partei massenwirksamen Einfluß und Resonanz zu verschaffen. […] Im Grunde

---

[8] WEHLER 1995, S. 357 f

[9] **Reibel**, Carl-Wilhelm: Handbuch der Reichtagswahlen 1890 – 1918. Bündnisse – Ergebnisse – Kandidaten. Düsseldorf 2007 [REIBEL 2007], S. 936

[10] ebenda, S. 939

[11] **Tormin**, Walter: Geschichte der deutschen Parteien seit 1848 Stuttgart ²1967, S. 60

blieb die Partei ein Konglomerat regionaler Komitees mit unklar umrissenen und unverbindlichen Kompetenzen ohne jede Möglichkeit zentraler Führung und ohne nennenswerten Anhang; *(sie war)* im wesentlichen auf den Einfluß ihrer starken Persönlichkeiten (Stumm, Kardorff, Zedlitz) angewiesen."[12]

Offenbar konnten sich die Meisenheimer mit dem rührigen Unternehmer Stumm befreunden[13] – schon 1871 bekam er in der Stichwahl 246 von 281 abgegebenen Stimmen in der Stadt Meisenheim.[14] 1871 und 1874 gab es einen nationalliberalen Gegenkandidaten, der in der Stichwahl zugunsten Stumms verzichtete.[15] In der Stadt Meisenheim bekam Stumm in der Regel um zwei Drittel der abgegebenen Stimmen, in der Bürgermeisterei verschob sich das Ergebnis leicht in Richtung des Zentrumskandidaten.[16]

1898 stellte der „Bund der Landwirte" (BdL), „der sich zur Hauptsache aus Landwirten des Kreises Meisenheim zusammensetzte" ein Mitglied des Hunsrücker Bauernvereins gegen den für Reichspartei *und* Nationalliberale kandidierenden Freiherrn von Stumm auf.[17] Damit trat erstmals eine Organisation in Erscheinung, deren verhängnisvoller ideologischer Einfluss weit über das Ende des Kaiserreiches hinauswirkte und die wir daher etwas genauer betrachten müssen. 1893 „auf die alleinige Initiative ostelbischer Großgrundbesitzer" gegründet, vertrat der BdL „ausschließlich deren Interessen," der „gesamte[n] Apparat und seine Organe blieb eindeutig in den Händen des Großgrundbesitzes."[18] Um schlagkräftig als *pressure group* für seine agrarprotektionistischen Ziele auftreten zu können, brauchte der BdL aber eine möglichst große Mitgliedschaft. „Ein Jahr *[nach der Gründung]* zählte der „Bund der Landwirte" schon zweihunderttausend, 1913 sogar dreihundertdreißigtausend Mitglieder. Ein Prozent davon stammte aus dem Großbesitz, 24% kamen aus den vollbäuerlichen Besitzklassen, 75% aus dem Kleinbauerntum. Aber alle Entscheidungsgremien wurden von diesem einen Prozent der Großagrarier beherrscht."[19]

Um eine wirtschaftlich-sozial so heterogene Klientel zusammenzuhalten, bedurfte es einer ideologischen Klammer in Gestalt eines integrierenden Feindbildes: „Der BdL verließ sich nicht allein auf erfolgreiche Lobbyaktivität, er setzte vielmehr auch auf die Karte eines völkischen Nationalismus und rassistischen Antisemitismus, um mit Hilfe dieser neuen Integrationsideologien seine Anhängerschaft zu erhalten und auszudehnen. Auf diese Weise drangen beide Ideenkonglomerate in

---

[12] **Puhle**, Hans-Jürgen: Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservatismus im wilhelminischen Reich (1893 – 1914). Ein Beitrag zur Analyse des Nationalismus in Deutschland am Beispiel des Bundes der Landwirte und der Deutsch-Konservativen Partei. Bonn ²1975 [PUHLE 1975], S. 200

[13] Stumm hat die Bildung des Kreises Meisenheim befürwortet und sich auch „durch …thatkräftiges Wirken an hoher Stelle" (SCHULCHRONIK I, S. 39) für den Bau der Glantal-Bahn eingesetzt.

[14] Allgemeiner Anzeiger 6. 3. 1871

[15] Allgemeiner Anzeiger 17. 1. und 24. 1. 1874

[16] Vgl. die Angaben im Allgemeinen Anzeiger

[17] REIBEL 2007, S. 937

[18] PUHLE 1975 S. 63

[19] WEHLER 1995, S. 835

den politischen Konservativismus ein, sie stärkten ihn auf dem Land, wenn auch weit weniger in den Städten. Am wichtigsten aber war, daß der neue Antisemitismus, an die Traditionen des religiösen und ökonomischen Antijudaismus mühelos anknüpfend, auf diese Weise gesellschaftsfähig gemacht wurde. Als Bestandteil einer angeblich honorigen konservativen Überzeugung trug er zudem auf längere Sicht zu einer ideologischen Radikalisierung des Konservativismus maßgeblich bei."[20]

„Der Ausgangspunkt aller judenfeindlichen Argumentation von seiten des BdL war - in den Jahren zwischen 1893 und 1914 gleichbleibend betont - das Klischee vom herrschsüchtigen Wucherjuden, der es darauf anlege, den deutschen Bauern auszuwuchern und von Haus und Hof zu treiben. Das Gefühl anonymer Bedrohung und wirtschaftlicher Unsicherheit wurde in dieser Gestalt personalisiert und aggressiv abreagiert."[21]

Durch das Wirken des BdL und der von ihm weitgehend beherrschten Deutsch-Konservativen Partei[22] verbreitete sich auch über den agrarischen Bereich hinaus ein „völkisches" Staatsverständnis, in dem nicht mehr Verfassung und rechtliche Staatbürgerschaft die Bezugspunkte bildeten, sondern eine rassistisch verstandene „Blutseinheit des Volkes", in der wie auch immer definierte „Fremde" keinen Platz haben konnten. Unter politisch stabilen Verhältnissen blieb diese totalitäre Strömung ungefährlich; in der revolutionären Nachkriegskrise (Hitler-Putsch 1923) und der Wirtschafts- und Verfassungskrise seit 1930 kam sie zu verhängnisvoller Wirkung.

Nach dem Tode Stumms gewann das katholische Zentrum 1903 und 1912 den Wahlkreis, in der „Hottentotten-Wahl"[23] 1907 ein parteiloser nationalistischer Sammelkandidat der Konservativen, Nationalliberalen und Freisinnigen,[24] in Meisenheim stimmte die Mehrheit nationalliberal. Die Arbeiterbewegung hatte bei der ländlich-handwerklichen Wirtschaftsstruktur Meisenheims keine Wahlchancen; das erste Auftreten eines leibhaftigen sozialdemokratischen Reichstagskandidaten im Juni 1901 war dem Allgemeinen Anzeiger am 6. 6. trotzdem oder gerade darum einen langen Artikel wert:

„Eine sozialdemokratische Wahlversammlung oder richtiger gesagt: eine von Sozialdemokraten einberufene Wahlversammlung in Meisenheim ist etwas Neues. Kein Wunder daher, daß eine Menge Neugieriger […[sich am Sonntag im Schwinnschen Saale einfanden. […] die Erschienenen gehörten mit wenig Ausnahmen der liberalen Partei an und so war es natürlich, daß […] der Vorsitz einem

---

[20] ebenda, S. 1062 – Diese ‚ideologische Radikalisierung' zeigte sich sehr deutlich in der programmatischen Entwicklung der DNVP, die in der Weimarer Zeit das Erbe der Konservativen angetreten hatte und als Juniorpartner der NSDAP und Steigbügelhalter Hitlers endete.

[21] PUHLE 1975, S. 126

[22] „Alle deutsch-konservativen Reichtagsabgeordneten der Wahlen von 1898 bis 1912 sind dem BdL verpflichtet gewesen." PUHLE 1975, S. 214

[23] Ironische Bezeichnung; die Wahl fand statt, nachdem der Reichstag den Nachtragshaushalt wegen der Niederschlagung des Herero- und Hottentotten-Aufstandes in Deutsch-Südwestafrika abgelehnt hatte und aufgelöst worden war.

[24] REIBEL 2007, S. 938

Liberalen, dem Vorstandmitglied der nationalliberalen Partei, Herrn Gerichtssekretär Feickert von hier, übertragen wurde. […] *[Am Ende]* schloß der …Vorsitzende mit eine[m] …Hoch auf das Vaterland …die Versammlung. Gewiß ein eigenartiger Verlauf einer von Sozialdemokraten einberufenen Wahlversammlung!"

Die Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus waren wegen des Dreiklassenwahlrechtes wenig repräsentativ und stießen zumindest bei der Masse der Bevölkerung, die in der dritten Klasse wählte, auf geringes Interesse. Zu konstatieren ist daher nur ganz allgemein ein „sowohl im diachronen innerpreußischen wie im synchronen internationalen Vergleich auffällige(r) Immobilismus *(der Wahlergebnisse)* vor 1914."[25]

Bei der Nennung des Namens Preußen assoziiert man bis heute in gesellschaftlicher Hinsicht die Vorstellung von der Gutsuntertänigkeit und der Gesindeordnung in Ostelbien, von der Vorherrschaft der „Junker" in Militär, Verwaltung und Politik. Die gab es natürlich – aber „Preußen" waren auch linksrheinische Gebiete, seit dem Wiener Kongress die ganze Rheinprovinz, die einige der wirtschaftlich und sozial am weitesten entwickelten Gebiete des Deutschen Bundes bzw. Deutschen Reiches umfasste – ohne alle Reste des Feudalismus, mit einem selbstbewussten Bürgertum in den wirtschaftlichen Zentren und mit dem Fortgelten des französischen Rechts, das für die im Entstehen begriffene bürgerliche Gesellschaft einen adäquateren Rahmen darstellte als das Preußische Allgemeine Landrecht von 1794.

„Das französische Recht blieb bestehen in den linksrheinischen Gebieten, die zu Preußen, Hessen-Darmstadt und Bayern kamen, sowie im Gebiet des ehemaligen Herzogtums Berg. Der Kampf um die Erhaltung der französischen Institutionen wurde vor allem in Rheinpreußen sehr heftig geführt, während in Rheinhessen und in Rheinbayern die Regierungen schon früh Garantien für die Erhaltung der grundlegenden Errungenschaften des französischen Rechts gegeben hatten."[26]

Nach dem preußisch-österreichischen Krieg wurden schon am 20. September 1867 „alle seit dem 15. April 1815 ergangenen Gesetze und landesherrlichen Verordnungen, welche in dem westrheinischen Teil des Regierungsbezirks Koblenz Gesetzeskraft haben *(also auch die Bestätigung des ‚Code Napoleon', U.S.)*, mit derselben Wirkung vom 1. Oktober ab in dem genannten Oberamte *(Meisenheim)* eingeführt."[27]

Daher galt seit dem 20. September 1867 die „Rheinische Gemeindeverfassung", die Gemeindeordnung der preußischen Rheinprovinz von 1856,[28] für Meisenheim[29] und legte die Regeln für die kommunale Selbstverwaltung fest. Preußen

---

[25] **Kühne**, Thomas: Dreiklassenwahlrecht und Wahlkultur in Preußen 1867 – 1914. Landtagswahlen zwischen korporativer Tradition und politischem Massenmarkt Düsseldorf 1994, S. 26

[26] **Schubert**, Werner: Französisches Recht in Deutschland zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Köln 1977, S. 601 f

[27] Meisenheimer Anzeiger 28. 9. 1867

[28] **Stier-Somlo**, Fritz: Handbuch des kommunalen Verfassungsrechts in Preußen. Mannheim – Berlin – Leipzig ²1928, S. 378 ff

[29] Meisenheimer Anzeiger 29. 4. 1868

hatte den Schritt von der „Bürgergemeinde“[30] zur „Einwohnergemeinde“[31] im Gegensatz zu manchen anderen Staaten des Deutschen Bundes schon 1831 vollzogen.[32] Die Gemeindeordnung war allerdings von unseren heutigen Vorstellungen von demokratischer Mitwirkung noch ziemlich weit entfernt. Das Bürgerrecht, das nach § 5 „in dem Rechte zur Theilnahme an den Wahlen sowie zur Uebernahme unbesoldeter Aemter in der Gemeindeverwaltung und zur Gemeindevertretung“ bestand, hatten Männer ab 25 Jahre, sofern sie ein Haus oder Grundstück im Gemeindegebiet besaßen *oder* einkommensteuerpflichtig waren und keine Armenunterstützung bezogen. Damit hatte Preußen immerhin „die traditionellen Kriterien aufgegeben, nämlich Grundbesitz und Gewerbebetrieb, mit denen das Bürgerrecht umschrieben wurde, und sie durch moderne ersetzt, die Einkommen, liquides Kapital und die darauf begründeten Leistungen zugrunde legten. Insofern also war das preußische Kommunalverfassungsrecht modern.“[33]

Gewählt wurde nach dem Dreiklassenwahlrecht,[34] das auch für die Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus (nicht aber für die Reichstagswahlen, s. o.) galt. Der „Meisenheimer Anzeiger“ veröffentlichte am 24. Juni 1868 die Wählerliste zur Gemeinderatswahl – die 178 Wähler (zum Vergleich: Für die Wahl zum Norddeutschen Reichstag am 12. Februar des Vorjahres waren in Meisenheim 329 Stimmen abgegeben worden[35]) verteilten sich folgendermaßen: 16 (9 %) wählten in der I. Klasse, 40 (22,5%) in der II., während sich 122 (68,5 %) in der III. Klasse drängten. „Wenigstens die Hälfte der Gemeindeverordneten muß aus Grundbesitzern bestehen. Wer über 50 Thaler Grundsteuer zahlt, gehört bereits ohne Wahl zum Gemeinderathe.“[36]

Dieses Wahlrecht verschaffte dem besitzenden Bürgertum ein erhebliches politisches Übergewicht. Im Extremfall konnte *ein* vermögender Steuerzahler allein über die Besetzung einzelner Mandate entscheiden. Das verdeutlicht ein kurioser Verwaltungs-Rechtsstreit:[37] Zwei Meisenheimer Bürger klagten gegen die Mitgliedschaft von Ludwig Bonnet im Stadtrat. Bonnet war Mitinhaber der Brauerei in der Rechtsform einer OHG, und diese OHG *als juristische Person* war der größte Steuerzahler am Ort. Die Kläger machten geltend, dass eine juristische Person nicht wählbar sei. Sollte aber Bonnet als *einem* der Inhaber das Steueraufkommen der OHG zugerechnet werden, so müsse der *andere* Teilhaber der OHG, Friedrich Ro-

---

[30] Bei dieser älteren Gemeindeauffassung hingen die Teilnahme an kommunalen Entscheidungsprozessen und der Genuss der gemeindlichen Daseinsvorsorge vom (durch Erbe, Grunderwerb oder ein hohes Eintrittsgeld zu erwerbenden) Bürgerrecht ab.

[31] Hier wurde der Genuss der Rechte durch den Wohnsitz in der Gemeinde erworben, allerdings mit Abstufungen bei den Partizipationsrechten.

[32] LENGER 2003, S. 137

[33] ebenda

[34] „Für die Wahl der Stadtverordneten werden die stimmfähigen Bürger […] nach Maßgabe der von ihren zu entrichtenden direkten Staats-, Gemeinde-, Kreis- und Provinzialsteuern in drei Abtheilungen getheilt, und zwar in der Art, daß auf jede Abtheilung ein Drittheil der Gesammtsumme der Steuerbeträge aller Wähler fällt.“ STÄDTEORDNUNG § 12

[35] Meisenheimer Anzeiger 13. 2. 1867

[36] Wahlbekanntmachung des kommissarischen Bürgermeisters v. Marschall, Meisenheimer Anzeiger 27. 5. 1868

[37] SAM 2/7.11

binson, aus dem Rat ausscheiden. Die Kläger wurden abschlägig beschieden – die Umlegung der Steuern der OHG auf Bonnet gehe in Ordnung, und gegen Robinsons Ratsmitgliedschaft hätten die beiden Bürger ja nicht geklagt. Ob sie das danach getan haben, verraten die Akten nicht.

Eine kleine Stadt wie Meisenheim wählte 12 Stadtverordnete für sechs Jahre, alle drei Jahre wurde die Hälfte neu gewählt (§ 49). Die Stimmabgabe erfolgte mündlich zu Protokoll. Die Stadtverordnetenversammlung wiederum wählte den Bürgermeister für 12 Jahre; die beiden Beigeordneten wurden für sechs Jahre gewählt, es sei denn, dass sie hauptamtlich und besoldet tätig werden sollten, dann umfasste ihre Wahlperiode ebenfalls 12 Jahre. Die Wahlbeamten bedurften der Bestätigung durch die Bezirksregierung.

Bei diesen beschränkten Mitgestaltungsmöglichkeiten durch politische Wahlen suchte sich das spätestens seit Julirevolution und Hambacher Fest erwachte bürgerschaftliche Engagement[38] andere Betätigungsfelder. „Je komplexer die deutsche Gesellschaft wurde, desto bunter wurde auch das Vereins- und Verbandsleben. Am Ende gab es kaum eine menschliche Tätigkeit, der man nicht in einer Organisation zusammen mit Gleichgesinnten nachgehen konnte. […*Die verschiedenen Vereine*] spiegelten alle wider, wie differenziert die deutsche Gesellschaft seit der Reichsgründung geworden war und in welch hohem Grad sie sich selbst organisiert hatte. Sie vereinte, daß sie sich als unpolitisch betrachteten, obwohl sie in einem weitere Sinne (und im Jahrzehnt vor 1914 sogar mehr und mehr) durchaus politisch wirkten.“[39]

So entstanden in Meisenheim ebenfalls zahlreiche Vereine – ohne den Anspruch der Vollständigkeit seien genannt: Der Gesangsverein „Liederkranz“ von 1840,[40] der Turnverein von 1848,[41] der Kriegerverein von 1873,[42] der Verschönerungsverein von 1878,[43] der Gesangsverein „Eintracht“ von 1886,[44] der Fußballclub „1. FC Meisenheim 07“[45] und die Ortsgruppe des Pfälzerwald-Vereins 1909.[46] Sicher hat es bei all diesen Gründungen auch „Vereinsmeierei“ gegeben, aber ebenso sicher ist, dass ein „gesellschaftsbildende(r) Geist“[47] bei den Gründungen eine Rolle gespielt hat. Den Turnern wurde ihre politische Bedeutung sogar von höchster Stelle bescheinigt, indem nämlich nach dem Scheitern der Revolution von 1848/49 auf „höchsten Befehl“ des Landgrafen die Auflösung aller Turnvereine in Hessen-

---

[38] Natürlich hat es solches Engagement auch früher gegeben, allerdings äußerte es sich im Mittelalter und der Frühen Neuzeit eher im kirchlichen Rahmen (vgl. die „Bruderschaften“ des Mittelalters), während die staatliche Bevormundung in der Zeit des aufgeklärten Absolutismus es eher bremste (vgl. oben S. 192 Anm. 123).

[39] BERGHAHN 2003, S. 332 f

[40] **Spatz**, Harald: Sängervereinigung „Liederkranz – Eintracht“. In: **Mosaik.** Schülerzeitschrift am Paul-Schneider-Gymnasium: 650 Jahre Stadt Meisenheim. Meisenheim 1965, S. 23 ff

[41] LURZ 1985, S. 59 f

[42] „Aus der Geschichte des Krieger-Vereins Meisenheim“, Allgemeiner Anzeiger 22. 7. 1933

[43] SAM 56/10

[44] LURZ 1985, S. 68 und SPATZ in MOSAIK S. 24

[45] 50 Jahre 1. Fußballclub Meisenheim 07. Meisenheim 1957

[46] SAM 56/12.2

[47] Grußwort von Bürgermeister Kircher in der Festschrift des 1. FC 07, S. 7

Homburg verfügt wurde;[48] erst nach dem Ende der hessen-homburgischen Herrschaft entstand wieder ein Turnverein, dessen politische Betätigung nun aber eher preußisch-staatstragend ausfiel.[49] Beide Gesangvereine engagierten sich mit Wohltätigkeitskonzerten für soziale Zwecke und förderten die Integration ihres heimatlichen Oberamtes bzw. Kreises in den entstehenden Nationalstaat durch Teilnahme an Sängerfesten und –wettstreiten. Neben dem Wandern spielten Aspekte des Naturschutzes im Pfälzerwald-Verein eine Rolle, und der Verschönerungsverein hatte ausdrücklich „die Verschönerung der Stadt Meisenheim und ihrer Umgebung" (§ 1 der Statuten) zum Zweck.

Alle Vereine waren aber auch unentbehrlich für die Gestaltung des nationalen Festkalenders - Kaisergeburtstage, Regierungsjubiläen, Reichsgründungstag, ganz besonders die in der Zeitung regelmäßig groß angekündigten Sedanfeiern[50] boten den Vereinen und ihren Mitgliedern Anlass, sich selbst, ihre nationale Gesinnung und den Stolz auf das in drei Kriegen geschaffene Reich zu präsentieren. Eine besonders wichtige Rolle spielte dabei natürlich der Kriegerverein, der 1873 von Teilnehmern am Krieg 1870/71 gegründet worden war. Zunächst organisierte er die Veteranen aus allen Orten der Bürgermeisterei Meisenheim; in dem Maße, wie der Verein Zulauf erhielt, machten sich dann bei entsprechender Mitgliederzahl die dörflichen Vereine selbständig.[51] Neben der martialischen Staffage bei nationalen Feiertagen organisierte der Verein auch Besichtigungsfahrten zu den Schlachtfeldern, begleitete die Beerdigung von Vereinskameraden und kümmerte sich um Hinterbliebene. Allein in der Stadt Meisenheim hatte er schließlich 250 Mitglieder.[52]

Auch die evangelische Kirche wirkte bei nationalen Gedenktagen mit – keine Reichsgründungsfeier ohne Festgottesdienst, kein Hohenzollernjubiläum ohne Festansprache durch einen Pfarrer,[53] zu Siegesmeldungen wurden die Kirchenglocken geläutet. Schließlich wurden auch die Schulen regelmäßig einbezogen: „Nicht nur in den Schulen wurde durch Rede, Declamation und Vertheilung von Bretzeln dieses Tages gedacht, auch eine kirchliche Feier, mit Liedervorträgen des hiesigen Singkränzchens verbunden, verherrlichte dieses Fest." *(gemeint ist der Sedan-Tag, U.S.)* [54]

Ohne dass es ausdrücklich beabsichtigt war, entwickelte sich so der übersteigerte Nationalismus der wilhelminischen Ära, wurde die gesamte Gesellschaft schleichend militarisiert. –

---

[48] BAUMGART MH 40, S. 41

[49] LURZ 1985, S. 60

[50] Zur Erinnerung an die Schlacht bei Sedan 1. – 3. 9. 1870, bei der Napoleon III. in preußische Gefangenschaft geriet.

[51] „Aus der Geschichte des Kriegervereins Meisenheim", Allgemeiner Anzeiger 22. 7. 1933

[52] ebenda

[53] Der erste Band der Meisenheimer Schulchronik ist voll von Beschreibungen dieser Feste. Das alles endete schlagartig durch die Novemberrevolution 1918, die den evangelischen Kirchen mit dem gestürzten und geflohenen Kaiser ihren „Summus episcopus" nahm, also das landesherrliche Kirchenregiment beendete. An der deutschnationalen Haltung der Geistlichen änderte das aber erst einmal wenig (s. u.).

[54] Allgemeiner Anzeiger 3. September 1881

„Der preußische Sieg von 1866 *(bei Königgrätz über Österreich)* war auch ein Sieg des Talers über den Gulden und leitete eine Phase gesteigerter ökonomischer Aktivität ein“[55], wobei die Währungen hier auch metaphorisch zu verstehen sind: Der Gulden steht für süddeutsch-österreichisch, katholisch und agrarisch, der Taler für norddeutsch-preußisch, industriell und die „protestantische Wirtschaftsethik“.[56] Die wirtschaftliche Tätigkeit wurde gefördert durch eine Anzahl von Regelungen zur Vereinheitlichung der Rahmenbedingungen des Wirtschaftslebens. Mit Taler und Gulden parallel zu rechnen, hatten die Meisenheimerinnen und Meisenheimer früher schon gelernt, ab 1871 ersetzte die Mark die alten Währungen; die Talermünzen (1 Taler. = 3 Mark) blieben aber gültig bis 1904; Meile, Rute, Fuß, Malter, Fuder, Lot usw. wichen den 1868 im Norddeutschen Bund eingeführten Einheiten des metrischen Systems. Dass nicht allen die Umstellung leicht fiel, zeigte eine Anzeige im Allgemeinen Anzeiger vom 14. Februar 1872, in der „Der kleine Nothelfer“ empfohlen wurde: „Tabellen zur Vergleichung des alten Maaßes und Gewichts mit dem neuen, und Umrechnung der Preise. Unentbehrlich für Jedermann! Preis nur 5 Sgr.“ Schließlich traten nach der Gründung des Deutschen Reiches für alle Länder schrittweise einheitliche Gesetze in Kraft; u. a. 1871 das Strafgesetzbuch, 1877 das Gerichtsverfassungsgesetz, die Straf- und die Zivilprozessordnung; das bürgerliche Gesetzbuch schloss 1900 die Vereinheitlichung ab.

Die Eingliederung des Kreises Meisenheim in das Königreich Preußen mit seinem staatlichen Bildungssystem brachte für die traditionsreiche Lateinschule die Notwendigkeit, sich gegenüber Vereinheitlichungs- und Zentralisierungsbestrebungen zu behaupten.

„Die preußische Bürokratie, gewohnt, in großen Räumen und rational leicht überschaubaren Verhältnissen zu denken, stand dem eigenwüchsigen, in keins der gebräuchlichen Schemata passenden Gebilde der stiftischen Schule ohne sonderliches Verständnis gegenüber. […*Sie*] hätte […] es nicht ungern gesehen, wenn an die Stelle der Latein- eine Realschule getreten wäre; in der wirtschaftlich aktivsten Provinz der Monarchie war der Zug zur „realistischen“ Bildung ohnehin groß.“[57]

Gegen diesen bürokratischen Vorstoß erhob sich Widerstand, und nach langen Verhandlungen wurde 1883 ein Kuratorium eingesetzt, dem „der Bürgermeister als Vorsitzender, der Gemeindepfarrer, ein Vertreter der Kirchenschaffnei und drei vom Gemeinderat gewählte Bürger angehörten, die alle evangelisch sein mussten“,[58] und das sich recht erfolgreich bemühte, die Eigenart der Schule als humanistische Bildungsstätte zu bewahren, ohne sich Neuerungen gänzlich zu verschließen – so konnten die Schüler der Tertia (entspricht heute der 8. Klasse) seit 1899 zwischen Griechisch und Englisch wählen. 1908 feierte die Schule ihr 350-jähriges Bestehen, wenn auch in einer, wie schon Zeitgenossen beklagten, recht konventionellen Weise: „kein Festvortrag von Rang und Namen, kein klassisches Spiel, kein

---

[55] **Böhme**, Helmut: Prolegomena zu einer Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert. Frankfurt/M 1968, S. 61

[56] Vgl. **Weber**, Max: Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus. (1905)

[57] DRESCHER LATEINSCHULE S. 47

[58] ebenda, S. 48

Schülervortrag, kein Wort von Humanismus überhaupt! Stattdessen Bengalische Beleuchtung, Wasserkorso, Frühschoppen, Bankett, Ball und Militärmusik.“[59]

Eisenbahnbau und weitere Modernisierungen

Das Königreich Preußen wollte natürlich aus fiskalischen Gründen genauer wissen, was es mit dem Oberamt Meisenheim im Kriege 1866 erworben hatte. Der „Veranlagungs-Commissar“ Eichner erstattete am 16. Juni 1871 Bericht:[60]

„Die wichtigsten Erwerbsquellen der Einwohner *(des Kreises Meisenheim, U.S.)* sind die Landwirthschaft und die Viehzucht. An Handwerkern ist nur die für das Bedürfniß der Bevölkerung nothwendige Anzahl vorhanden.

In der eine starke Meile vom Bahnhofe Staudernheim entfernten Kreisstadt Meisenheim dagegen sind Handwerk und Gewerbe vorherrschend. Nur wenige eigentliche Landwirthe findet man hier. Fast alles Grundeigenthum ist […] unter den […] Einwohnern, bis zu den Taglöhnern herab, vertheilt und wird nebengeschäftlich, meist mit Lohnfuhrwerk und mit Hülfe von Taglöhnern bewirthschaftet. Außer den städtischen Gewerben wird Handel getrieben in Produkten der Landwirthschaft (Getreide und Sämereien, Wein, Tabak), der Viehzucht (Milch- und Schlachtvieh, Schweine und gemästete Schafe).

Die Industrie ist nicht entwickelt. Außer mehrern größern hauptsächlich für den Export arbeitenden Bierbrauereien haben Fabriken und sonstige Etablissements nicht Fuß fassen können.“

Dass auch weiterhin – bis weit über die Jahrhundertwende – „Fabriken und sonstige Etablissements nicht Fuß fassen“ konnten, „dürfte einerseits an der ländlichen Struktur meiner *(des Verfassers H. C. Anthes)* Heimatstadt […] gelegen haben“,[61] andererseits aber auch an ihrer isolierten, vom Hinterland und von leistungsfähigen Verkehrsverbindungen getrennten Lage. Während schon 1843 die Rheinische Eisenbahn bei Aachen den elektrischen Telegrafen benutzte und 1852 die Telegrafenlinie Berlin – Köln stand,[62] wurden die Kriegsnachrichten 1870/71 nach Meisenheim noch mit der Postkutsche befördert: „Samstag, den 3ten September, des Mittags um 12 Uhr kam der Stationsvorsteher von Staudernheim *(wo es an der Nahe-Eisenbahn eine Telegrafenstation gab, U.S.)* mit Extra-Post und brachte die telegraphische Nachricht: der Kaiser Napoleon mit der ganzen französischen Armee gefangen.“[63] Eine von Thurn und Taxis betriebene Postlinie Zweibrücken – Kusel – Meisenheim – Obermoschel – Mainz gab es seit 1743. Erst nach dem Krieg 1866 wurde das Unternehmen Thurn und Taxis von der preußischen Post, nach 1870 von der Reichspost abgelöst. Das Postamt befand sich von 1743 bis 1912 in der Wagnergasse 8,[64] wo heute eine Hinweistafel daran erinnert.

---

[59] ebenda, S. 49

[60] Abgedruckt in MH 26, Zitat S. 92

[61] **Anthes**, Hans Conrad: Mein Weg mit der Technik. In: MH 14 (1982), S. 7

[62] **König**, Wolfgang/**Weber**, Wolfhard: Netzwerke, Stahl und Strom 1840 – 1914 (= Propyläen Technik-Geschichte Bd. 4) Berlin 1997, S. 217

[63] SCHULCHRONIK I, S. 16

[64] Allgemeiner Anzeiger 16. 3. 1933

Auf die Bemühungen um die Errichtung einer Telegrafenstation „sowohl von den Behörden, als auch von den Handels- und Gewerbetreibenden hiesiger Stadt selbst“[65] bekamen die Meisenheimer vom Bundeskanzler des Norddeutschen Bundes die Auskunft, der Bund habe für eine Station Meisenheim z. Zt. kein Geld, es sei der Gemeinde aber unbenommen, auf eigne Kosten die Verbindung von Kreuznach über Staudernheim nach Meisenheim herzustellen. Bürgermeister Falkenhagen rechnete im Allgemeinen Anzeiger vor, dass, laufende Kosten und eingesetztes Kapital gegen die Einnahmen aus Telegramm-Gebühren gerechnet, ein jährliches Defizit von 55 Talern zu erwarten sei. „Meine Mitbürger mögen hiernach beurtheilen, ob die Commune Meisenheim zur Errichtung einer Telegraphenstation aus eigenen Mitteln schreiten darf.“[66] – Also musste man warten. „Am 16ten Juli 1873 ward Meisenheim durch eine Telegraphenleitung mit Kreuznach verbunden; sie führt über Obermoschel und Alsenz.“[67] (An das Telefonnetz wurde Meisenheim am 13. August 1890 angeschlossen.[68]) Man kann sich vorstellen, dass diese Verzögerungen ein wenig lähmend wirkten: „Die Folge war das völlige Fehlen einer unternehmerischen und risikobereiten Initiative der Bürger, die auf der Grundlage ihrer in Generationen erworbenen, beachtlichen Vermögen einem ruhigen und beschaulichen Dasein den Vorzug gaben.“[69]

Völlig kann unternehmerische Initiative in Meisenheim aber doch nicht gefehlt haben, denn im Jahr 1872 wurde in einem Maschinenhaus an der Straße Hinter der Hofstadt die erste Dampfmaschine aufgestellt. Sie hatte „den Zweck, eine Druckpumpe anzutreiben, welche Wasser aus dem Glan über den Berg nach der A. Bonnet’schen Brauerei zu förderte.“[70] In den 90er Jahren trieb die Maschine auch den Generator für die elektrische Beleuchtung der Brauerei.[71]

Nach dreijähriger Vorbereitung durch eine vom Stadtrat ernannte Kommission konnte Bürgermeister Beck am 21. Januar 1874 im Allgemeinen Anzeiger verkünden:

„Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß nunmehr die Spar- und Darlehenskasse dahier, unter der Garantie der hiesigen Stadt […] in Wirksamkeit getreten.

Die Spar- und Darlehenskasse wird verwaltet von einem Curatorium bestehend aus

a) dem Bürgermeister als ständigem Director[…]
b) zwei Beisitzern und
c) einem Rendanten.[72] […]

Die Einlagen können von 10 Sgr. an geschehen, jedoch wird nur der volle Thaler mit 3 $^1/_3$ Procent oder 1 Sgr. per Thaler verzinst […].

---

[65] Allgemeiner Anzeiger 9. 2. 1870
[66] ebenda
[67] SCHULCHRONIK I, S. 20
[68] ebenda, S. 28
[69] Anthes, MH 14, S. 7 – Der Vater des Verfassers war Privatbankier in Meisenheim.
[70] SCHULCHRONIK I, S. 20
[71] SCHULCHRONIK I, S. 48
[72] Rechnungsführer

Wegen des guten Zwecks, welche diese auf Betreiben des Gemeinderaths jetzt in's Leben gerufenen Anstalt im Auge hat, möge Jeder zur Förderung und segensreichen Gedeihen derselben nach Kräften beitragen helfen.

Meisenheim, 20. Januar 1874
Der Bürgermeister
Beck"[73]

Dass Meisenheims beschaulicher Lebensrhythmus großen Initiativen dennoch nicht unbedingt förderlich war, lässt sich am Beispiel einer bedeutenden Erfindung zeigen:

Der „Mechanikus" „Laubenheimer war als junger Mann *(von Meisenheim)* nach Nordamerika ausgewandert und hat dort mit einem Schlossergesellen namens Pfaff eine der ersten Nähmaschinen gebaut, deren Modell der Mechanikus später in seine Heimatstadt zurückbrachte. Die Maschine stand in seinem Hause in der guten Stube, wo ich sie betrachten durfte. Die Fabrikation der Maschinen wurde in Kaiserslautern in der Schlosserwerkstatt Pfaff aufgenommen. …Der „Schlossergeselle" Pfaff ist später als Inhaber eines großen Industrie-Unternehmens und der ‚Mechanikus' Laubenheimer als Inhaber eines kleinen Handwerksbetriebes verstorben."[74]

Kaiserslautern und Pfaffs Nähmaschinenfabrik hatten, anders als Meisenheim, schon seit 1849 Eisenbahnanschluss; seit 1852 führte durch Kaiserslautern die Bahnverbindung von Paris zum Rhein.[75] „‚Vordem hat der Kaiser durch seine Privilegien Städte gemacht, jetzt macht die Eisenbahn Städte.' Mit diesen Worten beschrieb der konservative Sozialkritiker und scharfsinnige Beobachter Wilhelm Riehl schon 1853 den … Zusammenhang"[76] zwischen Verkehrsanbindung, Stadt- und Wirtschaftsentwicklung im Zeitalter der industriellen Revolution. „Einige Zahlenbeispiele mögen diesen Zusammenhang veranschaulichen: So verdoppelte sich um 1840 der Kohlenpreis bereits nach 13,5 km, wenn der Transport mit Wagen zu erfolgen hatte, bei Benutzung der Eisenbahn nach etwa vierzig bis fünfzig km. Angesichts eines so hohen Gewichts der Transportkosten wird die Bedeutung ihres Sinkens von 17 bis 18 Pfennigen pro Tonnenkilometer … zu Beginn der 1840er Jahre über etwa zehn Pfennige zur Jahrhundertmitte auf weniger als fünf Pfennige im Jahre 1873 deutlich."[77]

Neben dem allgemeinen Interesse, „mit der großen Welt verbunden" zu sein, gab es in Meisenheim mehrere Wirtschaftsbereiche, die von einem Bahnanschluss Wachstumsimpulse hätten empfangen können: Das alte Gerberei-Handwerk war auf Zufuhr von großen Mengen Eichenrinde angewiesen, die durch eine Bahn billiger erfolgen konnte[78], die Vermarktung des in der Stadt gehandelten Getreides wäre

---

[73] zit. n. **Sparkasse Bad Kreuznach** (Hg.): Sparkasse in Meisenheim 1874 – 1974. Bad Kreuznach 1974, S. 41

[74] Anthes, MH 14, S. 6

[75] **Emich**, Hans-Joachim/**Becker**, Rolf: Die Eisenbahnen an Glan und Lauter. Waldmohr o. J. (1996) [EMICH 1996], S. 7

[76] LENGER 2003, S. 131

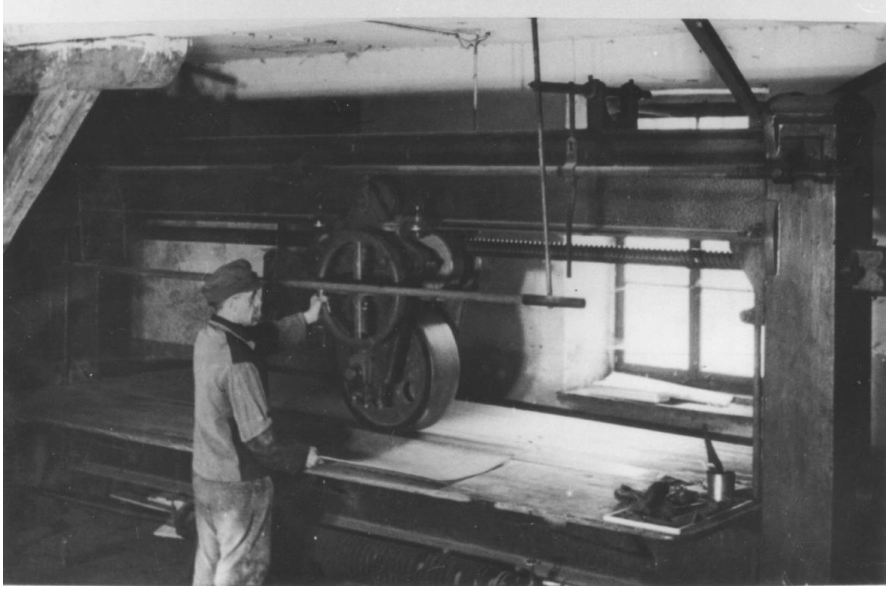
[77] ebenda, S. 37 f

[78] In der Zeit nach der Reichsgründung erlebte daher die Lederindustrie in Kirn (an der Rhein-Nahe-Bahn) einen Aufschwung, der in Meisenheim ausblieb. Vgl. **Schwindt**, Helmut: Arbeiterbewegung und Industrialisierung in Stadt und Landkreis Kreuznach von

Die Gerberei war bis ins 20. Jahrhundert hinein ein wichtiger Wirtschaftszweig in Meisenheim

Oben: Grobreinigung der frischen Häute in einer mit Lauge gefüllten Drehtrommel
Unten: Auswaschen der Reinigungs-Lauge in einem Wasserbecken

1849 bis 1918 [= Heimatkundliche Schriftenreihe des Landkreises Bad Kreuznach Bd. 30] Bad Kreuznach 1999 [SCHWINDT 1999]



Nach mehreren Laugenbädern für den eigentlichen Gerbvorgang (haltbar und geschmeidig machen, färben) wurden die Häute getrocknet und mit Walzen geglättet.
Fotos: Kreismedienzentrum Bad Kreuznach (KMZ-KH); Beschreibung des Gerbvorganges nach Lurz 1983

erleichtert worden, und die Brauerei Bonnet war in ihrer Kapazität ohnehin auf einen größeren Markt hin angelegt – schon vor dem Bahnbau exportierte sie ihr Bier bis nach Paris.[79] Das Bismarckreich hatte aber trotz unbestreitbarer Fortschritte in Richtung Zentralisierung den Partikularismus noch lange nicht überwunden: Eisenbahn blieb Ländersache, was zur Folge hatte, dass die Kreisstadt Meisenheim nach der Reichsgründung noch volle 26 Jahre auf den Eisenbahnanschluss warten musste. Es hätte eigentlich nahe gelegen, eine „Bahn durch das Glantal als direkte Verbindung vom Saargebiet zum Rhein" zu bauen, was sich „wegen des günstigen Flußlaufs von Südwesten nach Nordosten förmlich auf(drängte)." [80] Aber die preußisch-bayerische Grenze wechselte zwischen St. Julian und dem Nahetal vierzehn Mal das Flussufer, und das überstieg offenbar zunächst die planerischen Fähigkeiten der beiderseitigen Eisenbahnverwaltungen. Ohnehin hatte die überregionale Bedeutung der Glantal-Bahn schon durch die Fertigstellung der Rhein-Nahebahn 1856 und der Alsenzbahn 1871, die bis Münster am Stein nur über bayerisches Gebiet führte, abgenommen. Zwischen 1871 und dem Beginn der Bauarbeiten im Herbst 1894 gab es zahllose Initiativen, Komitee-Gründungen und Denkschriften, die alle aufzuzählen ermüdend wäre.[81]

Schließlich beschleunigte der Druck des Militärs die Angelegenheit. Seit Moltkes auf den Eisenbahntransport gegründeter Aufmarschplan im deutsch-französischen Krieg mit zum Sieg bei Sedan beigetragen hatte, war die strategische Bedeutung

---

[79] EMICH 1996 S. 18
[80] ebenda, S. 15
[81] Detailliert wiedergegeben in EMICH 1996, S. 15- 21. - Vgl. a. Allgemeiner Anzeiger 24. 7. 1867, 6. 1. 1868, 18. 5. 1872, 2. 10. 1872

dieses Verkehrsmittels deutlich geworden, und da das Deutsche Reich sich mit der unklugen Annexion Elsass-Lothringens an seiner Westgrenze einen auf Vergeltung sinnenden Gegner geschaffen hatte, konnte es gar nicht genug Verbindungen nach Westen, insbesondere zur Versorgung der Festung Metz, geben.

„Zu Beginn der neunziger Jahre tat sich auch im unteren Glantal in Sachen Eisenbahn endlich etwas. Die bayerische Regierung sah sich von verschiedenen Seiten zum Handeln gezwungen: Hierzu gehörten der Druck der Öffentlichkeit sowie die Eigeninitiative Preußens. Neben den im Frühjahr 1891 abgeschlossenen Planungen für die Linie Meisenheim - Staudernheim hatte Preußen bereits mit Vermessungen für eine Verbindung von Kirn über Becherbach, Breitenheim nach Meisenheim begonnen. Es zeigte sich einmal mehr, daß Preußen nicht lange fackelte, wenn es um die Durchsetzung seiner verkehrs- und militärpolitischen Interessen ging. […] Am 28. Oktober 1891 wurde ein Staatsvertrag zwischen Preußen und Bayern geschlossen, in dem sich die bayerische Regierung bereit erklärte, die gesamte Strecke Lauterecken - Staudernheim durch die Pfälzischen Nordbahnen bauen zu lassen. Das untere Glantal konnte nun ohne Rücksicht auf politische Grenzen erschlossen werden.“[82]

Am Montag, 26. Oktober 1896 wurde die Strecke schließlich eingeweiht. Sie war zunächst nur eingleisig, aber auf Wunsch des Militärs für zweigleisigen Ausbau vorbereitet und für Militärzüge mit besonders langen Ausweichgleisen in den Bahnhöfen ausgestattet.

Das Festprogramm im mit Tannen- und Laubgrün geschmückten Meisenheim begann mit Böllerschüssen morgens um sieben, ging weiter mit einer „Parademusik“ der Kapelle des königlichen bayerischen 18. Infanterie-Regiments.

„Eine ungeheure Menschenmenge hatte sich eingefunden; aber schon das erste Stück wurde durch Regen unterbrochen, so daß sich, programmgemäß, die Kapelle entschoß, das Conzert in der Bonnetschen reich geschmückten Festhalle weiterzuführen. Hier zeigte sich jedoch, daß der Raum für die vielen Conzertbesucher nicht ausreichte. Aber schon während des Conzertes hellte sich der Himmel auf und eine freundliche Herbstsonne strahlte herunter. Punkt 1 Uhr erfolgte sodann die Aufstellung des Festzuges am Bahnhofe“[83], der die Ehrengäste, die „von kleinen, in preußischen und bayerischen Farben gekleideten Mädchen Blumensträuße dargeboten“[84] bekamen, am Bahnhof in Empfang nahm, um dann mit ihnen unter Böllerschüssen durch die Stadt zu ziehen. Die Schulkinder bekamen am Ende des Umzuges zur Erinnerung an den Tag Brezeln, die Ehrengäste und die Meisenheimer Honoratioren (97 Personen zusammen) ein Acht-Gänge-Menü. Um 7 Uhr abends wurden die Gäste am elektrisch beleuchteten Bahnhof verabschiedet; zur Feier des Tages war auch der Turm der Schlosskirche beleuchtet. Zum Abschluss um 8 ½ Uhr Konzert in der Festhalle.[85] „Wer gegen sechs Uhr sich in der Nähe des Festgebäudes befand, konnte bemerken, wie die letzte Fahrpost von hier nach Stau-

---

[82] EMICH 1996 S. 19
[83] SCHULCHRONIK S. 41 f
[84] ebenda, S. 42
[85] Festprogramm als Faksimile abgedruckt in EMICH 1996, S. 20

dernheim abging".[86] Damit war das Postkutschenzeitalter auch für Meisenheim vorbei.

Glantalbahn (1896 – 1986)
Das Stellwerk südlich des Bahnhofsgebäudes ist jetzt privater Wohnraum. Auf der Bahntrasse verkehren nur noch Fahrräder und Draisinen. Auch die Güterwagen dienen dem Draisinen-Betrieb (als stationäre Geräte-, Gepäck- und Toilettenwagen). Allerdings strebt der Regionale Raumordnungsplan Rheinhessen-Nahe 2004 „langfristig…die Wiederinbetriebnahme … Staudernheim – Meisenheim – Lauterecken" an

Allerdings verkehrten die täglichen fünf Züge in beiden Richtungen erst einmal nur von und bis Odernheim (in der anderen Richtung durch das Lautertal nach Kaiserslautern), weil es in Staudernheim Schwierigkeiten beim Erwerb der nötigen Grundstücke gegeben hatte. Am 1. Juli 1897 konnte endlich der durchgehende Verkehr aufgenommen werden. Der zweigleisige Ausbau, der südliche Anschluss durch das Glantal über Altenglan nach Homburg und der Anschluss an die Strecke Odernheim – Münster a. St. *rechts* der Nahe (die so genannte strategische Strecke) waren am 1. Mai 1904 vollendet. – Nach neunzig Jahren, am 30. Mai 1986, wurde die Strecke stillgelegt, seitdem ist Meisenheim wieder ohne Bahnanschluss; immerhin steht der 1904 fertiggestellte prachtvoll-historistische Bahnhof noch.

[86] SCHULCHRONIK S. 45

Die elektrische Beleuchtung, die im Festprogramm zur Streckeneröffnung erwähnt wurde, war just in diesem Jahr ganz neu; der Strom kam zu diesem Anlass vom Generator der Brauerei. – Von den kupfernen Öllampen, die Landgraf Friedrich VI. Josef der Stadt schenkte, war schon die Rede; je acht davon hingen im Abstand von etwa 40 Schritten in der Ober- und Untergasse.

„Bereits im Jahre 1896, noch vor Eröffnung der Glanthalbahn, versuchten die Gebrüder Laubenheimer, Besitzer der Stadtmühle, ein Elektricitätswerk mit Ausnutzung der Wasserkraft zu errichten. Das Projekt scheiterte aber damals. Erst nach jenem Brande am 16ten April 1897, wodurch die Stadtmühle vollständig eingeäschert und an deren Stelle ein neuer Mühlenbau mit Turbinenbetrieb errichtet wurde, kam das Projekt wiederum in Aufnahme und endlich zur Ausführung. Der Stadtrat schloß in seiner Sitzung am 18. April 1898 mit den Gebrüdern Laubenheimer nachstehenden Vertrag: ‚Den Gebrüdern Laubenheimer in Meisenheim wird die beantragte Concession zum Anlegen und Betriebe elektrischer Stromleitungen in der Gemeinde Meisenheim auf 30 Jahre … erteilt. Die Gemeinde behält sich das Recht vor, nach Ablauf von 5 Jahren die Anlage jederzeit in eigenen Betrieb zu nehmen gegen eine in den abzuschließenden Vertrag für jedes Jahr im Voraus festzusetzende Entschädigung. […] Der Preis der Beleuchtung für Private darf, solange die Concession dauert, nicht mehr als 2 ½ Pfennig für eine 16 normalkerzige Lampenbirnenstunde betragen.' Als Entschädigung für die Beleuchtung der Straßen bezahlt die Gemeinde jährlich 1500 Mark an die Gebrüder Laubenheimer. – Der elektrische Strom wird durch zwei Dynamo-Maschinen von je 20 Pferdekraftausnutzung erzeugt. Als Aushilfekraft für beide Dynamo-Maschinen bei kleinem und Hoch-Wasser ein 40pferdiger Legroin-Motor. […] Als Beleuchtung der Stadt dienen 10 Bogenlampen à 900 Kerzenstärken und 16 Glühlampen à 25 Kerzenstärken…"[87]

Im Jahr 1926 wurde Meisenheim an die Rhein-Nahe-Kraftversorgung angeschlossen.[88]

Auch die Wasserversorgung erfuhr gegen Ende des Jahrhunderts eine Modernisierung. Von den städtischen Brunnen und ihren Problemen haben wir schon gehört. Fortschritte im medizinischen Wissen über Infektionskrankheiten, möglicherweise auch das warnende Beispiel der Hamburger Cholera-Epidemie[89] hatten allgemein für die gesundheitlichen Gefahren durch verschmutztes Wasser sensibilisiert. „1898 - 99 wurden in Meisenheim Wasserrohrleitungen durch die Straßen in die Privatwohnungen verlegt. Bis Mai 1899 waren die Arbeiten […] ausgeführt. Am 1. Mai 1899 wurde die Wasserleitung in Betrieb genommen. An der Deslocher Landstraße stand das Sammelbecken. Die nötige Pumpstation wurde im Jeckenbachtal in der Nähe der „Postenbrücke" errichtet. Sie lief mit Hilfe eines Benzin-

---

[87] SCHULCHRONIK I, S. 47 f

[88] LURZ 1987, S. 12

[89] Die durch verseuchtes Trinkwasser verursachte „Cholera-Epidemie von 1892 machte die Stadt zur Zielscheibe der Verdammung durch die öffentliche Meinung in der ganzen Welt." **Evans**, Richard: Tod in Hamburg. Stadt, Gesellschaft und Politik in den Cholera-Jahren 1830 – 1910. Reinbek bei Hamburg 1990, S.706

motors. […] Die öffentlichen Brunnen waren von Chemiker Dr. Stern als gesundheitsschädlich erkannt und daher geschlossen worden.“[90]

Das Gebäude der Pumpstation steht immer noch in den Wiesen am Jeckenbach und stellt mit seinem älteren Teil ein schönes Beispiel für die Industriearchitektur der Jahrhundertwende dar. Auf lange Sicht allerdings genügte der Brunnen in der Jeckenbach nicht, um die Stadt im Sommer mit Wasser zu versorgen, zudem war das Wasser nach längerem Regen oft trübe. Daher wurden im Herbst 1927 in der Heimbach Brunnen gebohrt und im April 1928 durch eine Rohrleitung mit dem tiefer gelegenen Wasserbehälter an der Deslocher Straße verbunden. Dadurch wurden die Meisenheimer Trinkwasserverhältnisse bedeutend verbessert.[91] In heißen Sommern gab es aber bis in die 1960er Jahre hinein gelegentliche Versorgungsprobleme (s. u. *Jahre des Wachstums*).

Wasserversorgung: die Pumpstation in der Jeckenbach

Auf das Gegenstück zur Wasserversorgung, eine auch die Altstadt erfassende Kanalisation, mussten die Meisenheimerinnen und Meisenheimer aber noch bis weit ins neue Jahrhundert warten. Erst im Zusammenhang mit der Anlage des Neubaugebietes Herzog-Wolfgang-Straße – Warthstraße in den 20er Jahren nach dem ersten Weltkrieg wurde diese Aufgabe in Angriff genommen,[92] womit auch zum ersten Male ein effektiverer Hochwasserschutz möglich wurde, denn Lauergasse, Wagnergasse, Schmidtsgasse leiteten ihre Straßenrinnen durch die Stadtmauer in den Glan, während die Mühlgasse, die Untergasse mit Hammels-, Rathaus-, Markt- und Schweinsgasse Rapportierplatz, Klenkertor und Obergasse ihre Abwässer dem

[90] LURZ 1987, S. 14
[91] SCHULCHRONIK II, S. 102
[92] SCHULCHRONIK II, S. 94

Giesen zuführten[93] - diese Wasserdurchlässe bildeten immer die Schwachstellen. Erst mit dem Bau einer Kläranlage 1972 und eines Hauptkanals auch für die tiefer gelegenen Stadtteile 1973 – 1979 war die Abwasserentsorgung vollständig modernisiert, und 1984 war auch der Giesen wieder sauber (s. u. *Stadtsanierung und Denkmalschutz*).

Auch das äußere Stadtbild wandelte sich im Laufe des 19. Jahrhunderts[94] – so stark, wie in dem knappen halben Jahrtausend seit der Errichtung der Stadtbefestigung nicht. Standen bis zur Zeit der Französischen Revolution nur ganz wenige Gebäude außerhalb der Mauern – genannt seien das Rischmannsche Haus jenseits des Obertors, die Ölmühle zwischen Giesen und Glan und die Gerberhäuser nördlich und südlich der Glanbrücke vor dem Untertor[95] – so wuchs die Stadt nach dem Abbruch des Obertors (1822) schon in hessen-homburgischer Zeit an der Amtsgasse entlang in westlicher Richtung: 1826/27 entstand das Amtshaus, das nach einem Brand 1864 durch das heute noch stehende Gebäude Amtsgasse 2 (bis Ende 1966 Sitz des Meisenheimer Amtsgerichtes) ersetzt wurde. Auf dem westlich anschließenden Parkplatz erinnert heute eine kleine Tafel an das Gebäude der Lateinschule, die von 1841 bis 1982 hier stand.[96] Die Baulücke zwischen dem Rischmannschen Anwesen auf der gegenüberliegenden Straßenseite und der Stadtmauer wurde ebenfalls in den 1820er und 1830er Jahren geschlossen. An der Ecke Lindenallee/Amtsgasse errichtete sich der Landrat Reinhardt 1847 ein Wohnhaus, in der Lindenallee gegenüber standen schon drei Gebäude aus dem 18. Jahrhundert.

Fast so etwas wie einen Bauboom gab es dann wieder im letzten Drittel des Jahrhunderts – die wirtschaftlichen Wachstumsimpulse in Folge der Reichsgründung erreichten auch Meisenheim. Die Topografie der mittelalterlichen Stadt mit ihren drei Ausgängen führte zu drei „Entwicklungsachsen". Vor dem Obertor gab es um den Bereich der heutigen Kreuzung Amtsgasse/Obertor/Lindenallee/Hinter der Hofstadt landwirtschaftliche Gebäude, die nun durch städtische ersetzt wurden. Die ersten Gebäude stehen noch unmittelbar an der Straße, dann wurde 1878 die Fluchtlinie um 15 Fuß zurück verlegt, so dass Vorgärten angelegt werden konnten.[97] Auf der südlichen (von der Stadt aus linken) Seite der Straße Obertor wurde mit den Gebäuden der Bonnet-Brauerei 1877 die größte Ausdehnung stadtauswärts erreicht. Neben der Brauerei stadteinwärts errichtete sich August Bonnet 1906 – 07 seine prachtvolle Villa, die heute der Verbandsgemeinde-Verwaltung dient. Auf der anderen Straßenseite entstanden nach der Baulinien-Änderung ebenfalls mehrere Villen. Bis 1897 erreichte die Bebauung die Einmündung der Wathstraße, bis 1907

---

[93] SCHULCHRONIK II, S. 100

[94] In der Geschichtswissenschaft spricht man vom „langen 19. Jahrhundert" zwischen Französischer Revolution und Erstem Weltkrieg. Bezieht man diese Epochenteilung auf Meisenheim, so dauerte das 19. Jahrhundert vom ersten Auftreten der Revolutionsarmeen 1794 bis zur Ausrufung der Republik 1918. Darum ist es sinnvoll, die ersten anderthalb Jahrzehnte nach der Jahrhundertwende mit der Zeit seit der Französischen Revolution zusammen zu betrachten. Vgl.: **Kocka**, Jürgen: Das lange 19. Jahrhundert. Arbeit, Nation und bürgerliche Gesellschaft. (= Gebhard [10], Band 13) Stuttgart 2001

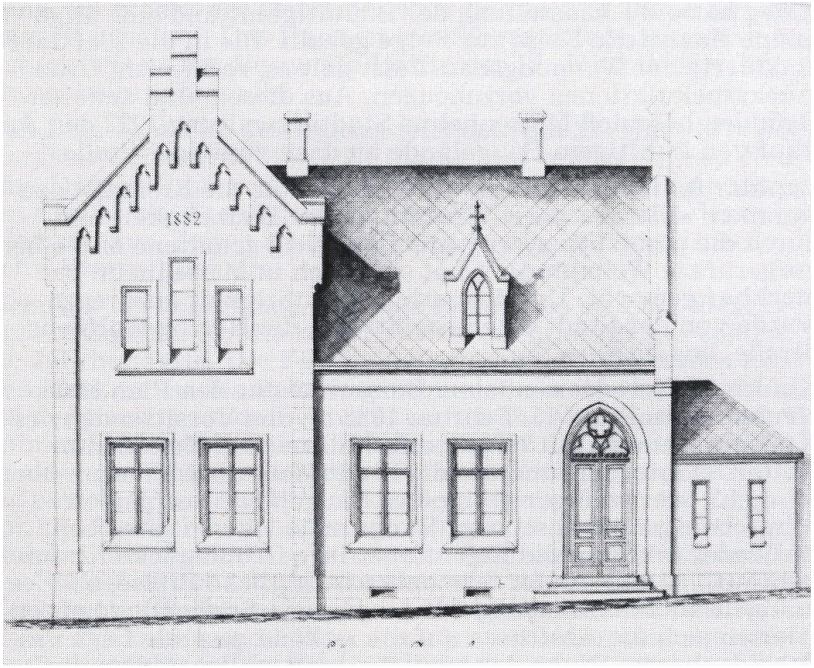
[95] Vgl. LURZ 1987, S. 9

[96] ebenda, S. 73 ff

[97] ebenda, S. 25

folgten noch zwei Villen, darunter die des Teilhabers der Brauerei, Friedrich Robinson.

Die Bebauung der Straße Hinter der Hofstadt begann anfangs der 1870er Jahre auf der östlichen (linken) Seite. 1882 wurde das Gebäude der Klein-Kinderschule Hausnummer 2 auf der Westseite errichtet. Der Kindergarten, schon 1844 gegründet, war zunächst in Privaträumen, dann im evangelischen Schulhause, seit 1874 in



Kindergarten (o.), Krankenhaus (u.): Ausdruck bürgerlichen Verantwortungsbewusstseins und sozialen Engagements. Das Gebäude des Kindergartens in der Straße Hinter der Hofstadt lässt sich immer noch gut erkennen; das Krankenhaus – immer wieder umgebaut – ist schließlich auf den Liebfrauenberg umgezogen.

einem Gartenhäuschen am Obertor untergebracht.[98] Das Krankenhaus an der heutigen Stelle, aber mit ganz anderem Aussehen wurde 1890 in Betrieb genommen; gebürtige Meisenheimer aus anderen Städten hatten mit erheblichen Spenden zum Bau beigetragen.[99] Bis 1905 dehnte sich die Villen-Bebauung bis dahin aus, wo die Straße nach Westen abknickt. In der Lindenallee ging die Bebauung aus Richtung Obertor 1908 bis zur Volksschule (s. u. S. 347 f). In diesen topografischen Zusammenhang gehört auch noch der Stadtgraben – seine fortifikatorische Funktion war längst vergangen, auf dem Grundstück Stadtgraben Nr. 2 wurde wegen der Nähe zum Amtsgericht das Meisenheimer Gefängnis errichtet, sonst gab es hier in erster Linie Gärten, landwirtschaftliche Gebäude und den Schwinn'schen Saal, durch den die Stadtmauer hindurchging und der später – von 1936 bis Ende der 1960er Jahre – auch als Meisenheims Kino[100] dienen sollte.

Am anderen, nördlichen Ende der Lindenallee begann das Wachstum in der Umgebung des Bahnhofs. Um 1910 war der Abschnitt zwischen dem Bismarckplatz und der Eisenbahnbrücke bebaut. Die Verbindung zwischen Stadt und Bahnhof stellte die heutige Saarstraße her, die überhaupt erst nach dem Abriss des Klenkertores einige Bedeutung erlangte. 1866 errichtete die jüdische Gemeinde hier ihre neue, größere Synagoge; die übrigen, sehr stattlichen Gebäude an der Straße zum Bahnhof entstanden in den 1890er Jahren bis 1902, darunter 1898 das Hotel „Pfälzer Hof". Auch die Raumbacher Straße erhielt erste Wohnbauten im Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg. Die Entwicklung dieses Viertels zum Gewerbegebiet begann dagegen erst in der Zwischenkriegszeit.

Schließlich gab es Bautätigkeit auch vor dem Untertor – in der Schillerstraße zwischen Glan und Giesen (seit 1905 zum 100. Todestag des Dichters so benannt) entstanden zwischen der Ölmühle und dem Untertor im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts Wohnbauten, die z. T. die älteren Gerberhäuser verdrängten. Und endlich wuchs die Stadt sogar über den Glan: 1897 wurden in der heutigen Hans-Franck-Straße nahe der Brücke zwei Häuser errichtet. Weit draußen kurz vor dem Reiffelbach stand schon seit 1877 die Brauerei Böhmer. Nach ihrem Konkurs wurde hier die Mälzerei errichtet, nach der die bergan führende Querstraße heißt. 1936 brannte sie ab.[101]

Es lässt sich als Ergebnis dieser Stadterweiterung ein Prozess der Ausdifferenzierung erkennen: Landwirtschaftliche Betriebe verließen zuerst die Stadt, auch weil „die immer fortschreitende Agricultur …die Vermehrung der Wohn und Oekonomie-Gebäude dringend nöthig" machte.[102] Die *danach* vor den Toren errichteten Gebäude waren vorwiegend reine Wohngebäude für Menschen, die ihr Brot an einer Arbeitsstelle außerhalb der eigenen Wohnung erwarben. So benötigten und bekamen die in der Stadt verbleibenden Handwerker auch mehr Platz für ihre sich

---

[98] SCHULCHRONIK I, S. 25

[99] ebenda, S. 28. Auswärtige Meisenheimer, die zu Wohlstand gelangt waren und sich dankbar ihrer Herkunft erinnerten, waren u. a. ein Mitglied der Familie Bonnet in Wiesbaden und ein Bruder des Meisenheimer Medizinalrates Alexander Schaffner, Generaldirektor Max Schaffner aus Aussig in Böhmen. Die SCHULCHRONIK nennt weitere Namen.

[100] Allgemeiner Anzeiger 22. 7. 1989

[101] LURZ 1985, S. 45

[102] Stadtoberschultheiß Beck am 28. April 1825, zit. n. ebenda, S. 25

technisch modernisierenden Betriebe. Und man darf annehmen, obwohl es darüber keine Zahlen gibt, dass die individuell verfügbare Wohnfläche der Meisenheimerinnen und Meisenheimer ebenso wie der Wohnkomfort (Strom- und Wasserversorgung) im 19. Jahrhundert zugenommen hat, zumal die Einwohnerzahl insgesamt im 19. Jahrhundert schrumpfte.[103]

Bis 1907/08 waren die Volks- und die Lateinschule im selben, 1841 errichteten Gebäude untergebracht, das auch noch die landwirtschaftliche Winterschule beherbergte und sich im Laufe der Zeit immer mehr als unzulänglich erwies. Als der preußische Landtag ein Gesetz beriet, das „kleinen Gemeinden bei Schulbauten nennenswerte Unterstützungen in Aussicht stellte, beschloß die … Gemeindeverwaltung, … ein neues Schulhaus für die Volksschule zu erbauen.“ [104]

„Für den beschlossenen Volksschulneubau war bald ein geeigneter Platz gefunden. Der alte Zimmerplatz an der Scheidenbergerstraße *(die heutige Lindenallee, U.S.)*, zu dem noch 30 – 35 Ar der anstoßenden Äcker hinzu gekauft wurden, wurde dazu ausersehen. […] Wie beabsichtigt, konnte der Neubau am 1. Nov. 1908 seiner Bestimmung übergeben werden. An diesem Tage versammelten sich Lehrer und Schüler beider Confessionen vor dem altehrwürdigen Schulhause. Es ging doch manchem ein Gefühl von Wehmut durchs Herz, als es galt, Abschied für immer von den traut gewordenen Räumen zu nehmen. […] An der Schwelle des neu erbauten Hauses richtete der Bürgermeister kurze, aber treffliche Worte an die Schuljugend. Er ermahnte die heranwachsenden Knaben und Mädchen, fleißige, tatkräftige und tugendhafte deutsche Männer und Frauen zu werden. … In einem der Lehrsäle fand nun eine kleine Feier statt. […] Hauptlehrer Frech, […] richtete ernste Mahnworte an die versammelte Schuljugend. Möchte sie den heutigen Tag als Freuden- und Jubeltag nicht vergessen, möchte sie aber auch nicht vergessen, daß es nunmehr an ihr liege, diesem herrlichen Bauwerk seine wahre und schönste Bedeutung zu verleihen […]

Das Gebäude, das die Volksschule mit dem heutigen Tag bezieht, ist in angestrengter Arbeit mit Gottes gütiger Hilfe fertig gestellt worden. […] An einer der schönsten Stellen unserer Stadt errichtet, erhebt sich das Gebäude in edeln Formen: weite, lichte Säle, prächtige Gänge mit zweckentsprechenden Einrichtungen sind geschaffen, um der Jugend eine Bildungsstätte zu bereiten, die auch den weitge-

---

[103] Hauptlehrer Martin vermerkte in der SCHULCHRONIK I, S. 29 anlässlich der Volkszählung im Deutschen Reich 1890:

„Es mag hier eine geschichtliche Zusammenstellung von Volkszählungen der Stadt Meisenheim, wie sich solche aus den auf dem Rathause dahier vorgefundenen Zähl-Listen ergibt, folgen:

Nach der Zählung von	1834 waren es	2624 Seelen,
	1843	2550
	1855	1983
	1864	1882
	1875	1793
	1885	1701
	1890	1651

woraus ersichtlich, daß Meisenheim in einem Zeitraum von nicht ganz fünfzig Jahren um 973 Seelen abgenommen hat.“

[104] SCHULCHRONIK I, S. 69

hendsten Wünschen gerecht wird. Und so erhebt sich denn der Bau als eine Zierde unserer Stadt, und man darf mit Stolz sagen, daß die Gemeinde Meisenheim es an nichts hat fehlen lassen, um ihrer Jugend eine vortreffliche Bildungsstätte zu schaffen."[105]

Der von dem Kreuznacher Baurat Häuser entworfene, für die Zeit seiner Entstehung in der Tat vorbildliche und auch heute noch architektonisch reizvolle Bau diente bis zum vollständigen Ausbau des Schulzentrums am Nordende der Stadt seinem Zweck; bis 2012 war darin ein „Erlebnishotel" untergebracht, das einen Teil der alten Schuleinrichtung erhalten hatte.

In einem nostalgischen Aufsatz[106] hat der Lehrer und Heimathistoriker Karl Buß die Handwerksbetriebe aufgezählt, die um 1900 in Meisenheim existierten bzw. an die der Verfasser sich erinnern konnte. Wenn natürlich ein Erinnerungstext auch nicht hundertprozentige statistische Genauigkeit erreichen kann, so lohnt doch ein Blick auf diese Bestandaufnahme zur Jahrhundertwende. Buß nennt 68 Betriebe, die sämtlich für den lokalen Markt arbeiteten: Für die unmittelbare tägliche Versorgung gab es neun Bäcker, zwei Konditoren und sieben Metzger (etwas mehr als ein Viertel), für den längerfristigen Bedarf zehn Schuhmacher und fünf Schneider (ein knappes Viertel). In der Holzverarbeitung waren fünf Schreiner, zwei Drechsler und ein Küfer tätig. Das Bauhandwerk umfasste einen Zimmermann, einen Dachdecker, einen Glaser, einen Steinmetzen und drei Anstreicher – einen Maurer nannte der Autor nicht. Die sechs Schlosser und drei Blechschmiede werden sowohl im Wohnungsbau als auch in der Herstellung landwirtschaftlichen Bedarfs tätig gewesen sein. Für letzteren arbeiteten auch ein Seiler, vier Sattler, drei Hufschmiede, ein Wagner und evtl. auch der Chaisenmacher. Ein Korbmacher und ein Töpfer schließlich gaben kurz nach der Jahrhundertwende den Betrieb ohne Nachfolger auf.

Auch ohne eine detaillierte Interpretation der Zahlen zeigt schon der erste Blick, dass Meisenheims Wirtschaftstruktur und seine Stellung im ökonomischen Gefüge des Umlandes vom alten Reich über den Deutschen Bund bis ins wilhelminische Kaiserreich keine sehr tiefgreifenden Veränderungen erfahren hat.

Der Erste Weltkrieg

Am Abend des 8. Dezember 1912, während des Ersten Balkankrieges, machte sich der Admiral Georg Alexander von Müller, Chef des Marinekabinetts, Aufzeichnungen über eine Besprechung, an der er am Vormittag teilgenommen hatte:

„11 Uhr zum Kaiser ins Schloß befohlen, mit Tirpitz[107] und den Chefs des Generalstabes und Admiralstabes zusammen. Der Kaiser erzählt […] daß England, wenn wir Frankreich angriffen, unbedingt Frankreich beispringen würde, denn

---

[105] SCHULCHRONIK I, S. 70 ff

[106] **Buß**, Karl: Frühere Bedeutung verloren – Die Meisenheimer Handwerker um die Jahrhundertwende (1900). In: KHBll 1990, S. 7 f

[107] Alfred v. T., Großadmiral, Staatssekretär des Reichsmarineamtes, „… der mit dem Schlachtflottenbau die Innen- und Außenpolitik, die Sozial-, Finanz- und Militärpolitik grundlegend beeinflußte." (WEHLER 1983, S.70 f)

England könne nicht dulden, daß die balance of power in Europa gestört würde. […]

Se. Majestät habe sich folgendes Bild gemacht: Österreich müsse den auswärtigen Slaven … gegenüber kraftvoll auftreten, sonst verliere es die Macht über die Serben der österreichisch-ungarischen Monarchie. Wenn Rußland die Serben stütze …wäre der Krieg für uns unvermeidlich. […]

Der von dem Chef des Admiralstabes im letzten Vortrag erörterte Fall eines Krieges mit Rußland allein werde … außer Betracht bleiben. Also gleich Unterseebootskrieg gegen englische Truppentransporte bzw. nach Dünkirchen, Minenkrieg in der Themse. […}

General v. Moltke[108]: ‚Ich halte einen Krieg für unvermeidlich und: je eher, desto besser.' Wir sollten aber durch die Presse die Volkstümlichkeit eines Krieges gegen Rußland im Sinne der Kaiserlichen Ausführungen besser vorbereiten. Seine Majestät bestätigt dies und fordert Staatssekretär v. Tirpitz auf, auch mit seinen Pressemitteln nach dieser Richtung zu wirken."[109]

In dieser Besprechung – von Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg, der ausdrücklich *nicht* geladen war, später als „Kriegsrat", der hinter seinem Rücken abgehalten worden sei, bezeichnet[110] - wurden auf einen Blick mehrere letztlich verhängnisvolle Eigentümlichkeiten des „wilhelminischen" Regierungssystems und der bündnispolitischen Situation des Deutschen Reiches am Vorabend des Krieges sichtbar:

- das „persönliche Regiment" des Kaisers, der über den Kopf des verantwortlichen Kanzlers hinweg Beschlüsse fasste,
- die „Immediatstellung"[111] des Militärs, das nicht nur in der Sicherheits-, sondern auch in der Außen- Innen- und Finanzpolitik Entscheidungen traf oder wenigstens beeinflusste,
- die Flottenrüstung, die das Verhältnis zu England ständig verschlechterte,
- die Isolation („Selbsteinkreisung") des Deutschen Reiches nach dem Zerfall des bismarckschen Bündnissystems,
- infolgedessen das Angewiesensein auf das durch Nationalitätenkonflikte und eine längst überdehnte Annexionspolitik geschwächte Habsburgerreich als letzten Bundesgenossen,
- die fatalistische Haltung des Generalstabchefs, der in der Art einer *self fulfilling prophecy* den Krieg geradezu herbeiwünschte,
- die darauf folgende massive Aufrüstung auch des Landheeres durch die Heeresvorlage 1913.

Das Jahr 1913 bot gleich mehrere Anlässe, kriegerische Stimmung zu erzeugen. Im März feierte man in ganz Deutschland den hundertsten Jahrestag der preußischen Erhebung gegen Napoleon. Im Festgottesdienst in der Schlosskirche gedach-

---

[108] Helmuth v. M, seit 1906 Chef des Generalstabs

[109] **Hölzle**, Erwin: Quellen zur Entstehung des Ersten Weltkrieges. Internationale Dokumente 1901 – 1914. Darmstadt 1978, S. 111 f

[110] Bethmann Hollweg an den preußischen Gesandten in Karlsruhe, 20. Dezember 1912, ebenda S. 117

[111] d. h. der unmittelbare Zugang zum Kaiser unter Umgehung von Kanzler und Auswärtigem Amt

te der Pfarrer „in ergreifenden Worten der glorreichen Erhebung des preußischen Volkes und seiner großen Männer, die in schwerer, ernster Zeit Großes vollbracht.“ Auf dem Platz vor der Lateinschule hielt Bürgermeister von Stuckrad eine Ansprache, die mit den Worten endete: „Wenn wieder fränkischer Übermut uns das Gewehr in die Hand drückt, dann verrinne der letzte Blutstropfen für Deutschlands Kaiser und Deutschlands Ehre. Se. Majestät unser allergnädigster Kaiser und König Wilhelm II. hoch! hoch, hoch!“[112]

Ein Vierteljahr darauf beging man das 25jährige Regierungsjubiläum Wilhelms II. – eine gute Gelegenheit, die Flotten-Rüstung zu preisen. „Sein *(Wilhelms II.)* Hauptbestreben war natürlich auf die Verstärkung von Heer und Flotte gerichtet, und wenn heute unsere Flotte an 2ter Stelle steht, so ist dies dem rastlosen Streben unseres Kaisers zu danken.“[113] Schließlich die Erinnerung an die Völkerschlacht bei Leipzig im Oktober. Im „bis zum letzten Platz besetzten“ evangelischen Gemeindesaal hielt Justizrat Schaffner den Festvortag und gab „der Hoffnung Ausdruck, daß, wenn es einmal die Not erfordern sollte, jeder gern Gut und Blut für das Vaterland einsetzen möge. Mit einem dreifachen ‚Hoch’ auf das deutsche Vaterland schloß Herr Justizrat seine Ausführungen.“[114]

Natürlich wäre es Unsinn, jeden Teilnehmer solcher Feierlichkeiten als Befürworter des Krieges oder gar als Kriegstreiber zu betrachten – die meisten kamen wegen des Gemeinschaftsgefühls, wegen der Musik und weil sie überhaupt gerne feierten. Doch steter Tropfen höhlt den Stein - dass sich die sichere Erwartung des Krieges tatsächlich in der Bevölkerung ausgebreitet hatte, verdeutlicht die Notiz von Hauptlehrer Wilhelm Frech, der seit 1908 die Meisenheimer Schulchronik führte und bei Kriegsbeginn 1914 eintrug: „Was einsichtsvolle kluge Politiker schon seit einigen Jahren vorausgesagt und denkende Staatsbürger geahnt hatten, das sollte Anfang August dieses Jahres zur Wirklichkeit werden: Der Weltkrieg.“[115]

Im Januar desselben Jahres 1912, in dem der erwähnte „Kriegsrat“ stattfand, war die Sozialdemokratische Partei – 22 Jahre nach dem Ende des zwölfjährigen Verbots durch Bismarcks Sozialistengesetz – zur stärksten Partei im Reichstag gewählt worden, eine Partei, die das monarchische Regiment, die Unverantwortlichkeit der Reichsregierung dem Parlament gegenüber, das preußische Dreiklassenwahlrecht und den Militarismus fundamental ablehnte und damit von der Führung des Reiches als so bedrohlich eingeschätzt wurde, dass der Kaiser (der für seine rhetorischen Entgleisungen allerdings berüchtigt war), daran dachte „erst die Sozialisten ab[zu]schießen, [zu] köpfen und unschädlich [zu] machen, wenn nötig per Blutbad, und dann Krieg nach außen.“ [116]

„Die wachsenden innenpolitischen Spannungen und die rapide dahinschwindende Kompromißfähigkeit der großen politischen Kräfte und Bewegungen trat auch bei den Auseinandersetzungen um die Wehrvorlage von 1913 zutage. Die Vergrößerung der Armee selbst war nach einer massiven Kampagne in der

---

[112] SCHULCHRONIK I, S. 88

[113] Bürgermeister von Stuckrad, zit. n. ebenda, S. 95 f

[114] SCHULCHRONIK I, S. 101

[115] ebenda, S. 104

[116] **Bülow**, Bernhard Fürst von. Denkwürdigkeiten. 2. Band: Von der Marokko-Krise bis zum Abschied. Berlin 1930, S. 198

‚nationalen' Presse und seitens der ‚nationalen Kampfverbände' – voran des Wehrvereins – unter gebührender Herausstellung der angeblichen Bedrohung durch Frankreich und Rußland ratifiziert worden. Die Mehrheiten, die sich für diese „patriotische Tat" gefunden hatten, verflüchtigten sich aber schnell, als es um die Erhebung neuer Steuern ging."[117]

Das einzige wirkliche Machtmittel des Reichstages war die Ablehnung des Budgets oder von Gesetzesvorlagen. Doch sollte eine Parlamentsmehrheit von diesem Mittel zur Durchsetzung von Reformen Gebrauch zu machen versuchen, so schwebte dabei immer die Drohung mit dem Staatsstreich über den Abgeordneten, „d. h. mit einer Rückwärtsrevision oder gar Abschaffung der Verfassung unter Einsatz der von der Krone kommandierten Armee. Das war eine Drohung, die in Erinnerung an den preußischen Verfassungskonflikt der 1860er Jahre durchaus ernst genommen wurde."[118] Bismarck hatte 1864 und 1866 vorgemacht, wie man mit einem siegreichen Krieg innenpolitische Schwierigkeiten überwinden kann – die deutsche Innenpolitik steckte spätestens seit 1912 in *großen* Schwierigkeiten; aus diesen Gründen haben Historiker das Verhalten der Führung des Deutschen Reiches in der „Julikrise" nach der Ermordung des österreichischen Thronfolgerpaares am 28. Juni 1914 in Sarajewo als „Flucht nach vorne" interpretiert.[119]

„In gewissem Sinne suchten die Führungseliten im Juli 1914 ihre Zuflucht im Kriege, weil sich ansonsten die überfälligen politischen und gesellschaftlichen Reformen, die unter anderem in den Forderungen der Arbeiterbewegung, aber auch dem zunehmenden politischen Partizipationsverlangen der bürgerlichen Schichten zum Ausdruck kamen, nicht mehr hätten abwehren lassen. Nach Kriegsausbruch 1914 traten die nationalistischen und imperialistischen Bestrebungen nahezu ungehemmt zutage und machten von Anbeginn eine Politik des Augenmaßes, die allenfalls einen Verständigungsfrieden hätte herbeiführen können, zu einem Ding der Unmöglichkeit."[120]

Es gelang der Regierung, der Bevölkerung den Krieg als einen Verteidigungskrieg gegen den „zaristischen Despotismus" darzustellen. Wilhelm II. verkündete am 1. August 1914 vom Balkon des Berliner Schlosses. „Ich kenne keine Parteien und auch keine Konfessionen mehr, wir sind heute alle deutsche Brüder und nur noch deutsche Brüder."[121]

---

[117] BERGHAHN 2003, S. 289

[118] ebenda, S. 292

[119] Es ist für unseren Zusammenhang nicht nötig zu erörtern, ob Deutschland den „Griff nach der Weltmacht" (Fritz Fischer) gewagt, ob es in innen- wie außenpolitisch bedrängter Situation die „Flucht nach vorne" (Klaus Hildebrand) angetreten oder ob ein „polykratisches Chaos" (Hans-Ulrich Wehler) die Akteure zu verantwortungslosem, kriegstreiberischem Handeln bewogen hat. Unstreitig ist, dass kein anderer Staat als das Deutsche Reich so zielstrebig die Krise verschärft und so schroff *alle* Vermittlungsbemühungen abgewiesen hat.

[120] **Mommsen**,Wolfgang J.: Die Urkatastrophe Deutschlands. Der Erste Weltkrieg 1914 – 1918. (=Gebhardt[10] Band 17) Stuttgart 2002, [MOMMSEN 2002], S. 150

[121] **Bihl**, Wolfdieter: Deutsche Quellen zur Geschichte des ersten Weltkrieges. Darmstadt 1991 [BIHL 1991], S. 49

„Die nationale Begeisterung der Augusttage war echt […] Aber sie ging einher mit depressiven Gefühlen und tiefer Sorge vor dem, was kommen würde. Die Aufbruchstimmung des ‚August 1914' wurde in erster Linie von den bürgerlichen Schichten und der Intelligenz in den städtischen Zentren getragen; in der Provinz und mehr noch auf dem flachen Lande konnte davon nicht die Rede sein. Namentlich in ländlichen Gegenden löste die Mobilmachung, die dazu führte, daß mitten in der Ernte die arbeitsfähigen Männer eingezogen und die Pferde requiriert wurden, weithin Schrecken und Irritation aus; von Kriegsbegeisterung war hier nichts zu spüren."[122]

Meisenheim erlebte den Kriegsbeginn in Gestalt eines Kommandos von 30 Soldaten des 22. bairischen Infanterie-Regiments, die schon am 29. Juli morgens um sechs eintrafen und den Bahnhof, die Eisenbahnübergänge, Brücken und Tunnel „mit scharfgeladenem Gewehr und aufgepflanztem Seitengewehr" sicherten. „So vergingen 3 Tage in banger Erwartung der Dinge, die da kommen sollten. An Arbeit dachten viele Leute nicht und gruppenweise standen viele Leute auf der Straße beisammen und besprachen den Ernst der Situation." [123]

„Am […] Samstag den 1. August, abends gegen halb sieben Uhr wurde die gesamte Land- und Seemacht des Deutschen Reiches durch Erlaß S.M. zu den Waffen gerufen. Unbeschreiblich war die Aufregung und Begeisterung, die die Bekanntgabe des Kaiserlichen Erlasses bei der gesamten Bevölkerung unseres Städtchens hervorrief. Sofort begannen die Glocken der beiden hiesigen Kirchen zu läuten. Die ganze Stadt war auf den Beinen; jung und alt eilte auf die Straßen. Die heranwachsende Jugend scharte sich zusammen und zog unter Hurrarufen und dem Gesang patriotischer Lieder durch die belebten Straßen."[124]

Für die auf der Glantalbahn nach Westen transportierten Truppen wurde am Bahnhof eine Verpflegungsstation gebaut, und solange die Transporte dauerten, wurde aus Angst vor Spionen und Saboteuren eine Zivilwache aufgestellt, die nachts das Wasserwerk, das Innere der Stadt und die Ausfallstraßen bewachte.[125] Außerdem richtete die Stadt zwei Lazarette für Leichtverwundete ein, die von der Bevölkerung mit Bettstellen, Bettzeug usw. ausgestattet wurden.[126]

Die sofort verhängte Pressezensur verhinderte im Übrigen, dass die Bevölkerung - in Meisenheim wie in ganz Deutschland - sich ein wirklichkeitsnahes Bild vom Verlauf des Krieges machen konnte. Geistliche der Evangelischen Kirche taten das Ihre, Kriegsbegeisterung zu wecken und wach zu halten: „Der Superintendent (glaubt 1915) ‚dunkle Gewitterwolken' und ‚Grollen des Donners schon längere Zeit am Völkerhimmel' entdeckt zu haben. ‚Der Krieg hat allmählich die ganze Welt ergriffen, wie nie ein Krieg, solange die Welt besteht, und alles, um unser deutsches Volk zu erniedrigen und zu schwächen'! ‚Das Verhalten von Truppe und Heimat, vor allem aber das feste Vertrauen auf den Herrn der Welt als auf den, welcher denen hilft, die aufrichtig ihm dienen, denn darauf kommt doch alles an, berechtigt zu der Hoffnung, es werde nicht gelingen, was unsere Feinde wollten'.

---

[122] MOMMSEN 2002, S. 35 f
[123] SCHULCHRONIK I, S. 105
[124] ebenda, S. 105 f
[125] ebenda, S. 108 f
[126] ebenda, S. 109

[…] ‚ja, Gott mit uns und unserem Volke, sein heiliger Geist ist am Werke in der deutschen Volksseele'."[127]

Und noch im Jahre 1917 – dem Jahr, in dem die Mehrheitsparteien des Reichstages eine Friedensresolution beschlossen – warnten Geistliche davor, der Friedenssehnsucht allzu rasch nachzugeben: Es dürfe „‚kein Friede um jeden Preis sein', sondern ein ‚solcher Friede, der unserem deutschen Volke das gibt und erhält, was es zu seinem innerlichen und äußerlichen Gedeihen unbedingt bedarf'. Dazu ist erforderlich: ‚hinweg mit aller Zaghaftigkeit und Mutlosigkeit, mit Selbstsucht und Eigenbrötelei, Unzufriedenheit über Maßnahmen der Behörden, die sie zum allgemeinen Wohl treffen, hin mehr und mehr zur echten Liebe zum deutschen Vaterland und darum hin zum echten Christentum, wie es gerade dieses Jahr der vierhundertjährigen Jubiläumsfeier der Wittenberger Reformation so deutlich und klar zeigt.'"[128]

Militärische Erfolge wurden mit Glockengeläute und Ansprache des Bürgermeisters vom Rathaus-Erker verkündet; das Scheitern des Schlieffen-Planes[129] dagegen, das Erstarren des Krieges zum langwierigen, extrem verlustreichen, aber ergebnislosen Stellungskrieg konnten die Meisenheimer kaum realistisch wahrnehmen. Auf einen Abnutzungskrieg von dieser Länge und mit diesem Ausmaß an Materialverbrauch war keiner der kriegführenden Staaten wirtschaftlich vorbereitet.

„Die bereits in den ersten Kriegsmonaten dramatisch ansteigenden Ausgaben für die Kriegführung, aber auch für indirekte Lasten wie die hohen Unterstützungsleistungen für die Familien der im Felde stehenden Soldaten, welch letztere allerdings zunächst einmal den Städten und Gemeinden aufgebürdet wurden, […] führten […] zu einer riesigen schwebenden Reichsschuld, die immer stärker anwuchs. […] Hingegen wurde von der Erhebung zusätzlicher Steuern abgesehen mit dem Argument, daß die Lasten des Volkes während des Krieges nicht noch durch zusätzliche Besteuerung erhöht werden dürften. Vielmehr sollte die ‚ungeheure Bürde' der finanziellen Kriegslasten nach dem Ende des Krieges den gegnerischen Mächten auferlegt werden.[130]

---

[127] ADAMS 1978, S. 148. – Der Verfasser zitiert aus Predigten und Synodal-Protokollen, verzichtet aber darauf, die Autoren der Zitate namentlich zu nennen und sie damit bloßzustellen.

[128] ebenda, S. 150

[129] Der Plan sah vor, mit einem sehr starken rechten Flügel des deutschen Heeres unter Verletzung der belgischen Neutralität von Norden nach Paris zu marschieren, Frankreich einen Waffenstillstand aufzuzwingen und sodann die frei werdenden Truppen in den Kampf gegen Russland, das sehr viel länger als die westlichen Mächte für die Mobilmachung seiner Truppen benötigte, zu schicken – mit anderen Worten: Der gefürchtete (ungewinnbare) Zwei-Fronten-Krieg sollte in zwei einzelne siegreiche Kriege aufgelöst werden. Nach dem Scheitern des deutschen Vormarsches in der Marneschlacht 5. – 12. September 1914 hatte Deutschland genau diesen Zwei-Fronten-Krieg zu führen, den es nicht gewinnen konnte. Vgl. MOMMSEN 2002, S. 40 ff

[130] MOMMSEN 2002, S. 84 f. – Mit dieser Art der „Finanzierung" des Krieges durch Schulden wurde der Grund gelegt für den schon im Krieg spürbaren Preisanstieg, der sich danach in eine galoppierende Inflation verwandelte. Hauptverantwortlicher für die Verschuldung war der Staatssekretär des Reichsschatzamtes Karl Helfferich.

Die Menschen in Meisenheim erlebten, wie in schleichendem Übergang der Krieg zum die ganze Gesellschaft berührenden Geschehen, zum „totalen“ Krieg wurde: Im Februar 1915 ließ die Regierung die Mehl- und Getreidevorräte erfassen, am 8. März wurden in Meisenheim die ersten Brotkarten ausgegeben.[131] Da durch den Kriegseinsatz die erwachsenen Männer auf den Bauernhöfen fehlten, wurden die älteren Schüler der Meisenheimer Volksschule für landwirtschaftliche Arbeiten beurlaubt – zunächst für verlängerte Sommerferien, dann für das ganze Sommerhalbjahr.[132]

Auch sonst griff man immer wieder auf die Hilfe der Schulkinder zurück. Sie wurden ausgesandt, um für die acht aufgelegten Kriegsanleihen zu werben (zur Belohnung gab es einen Tag schulfrei), sie mussten sammeln: Obstkerne[133] zur Gewinnung von Öl und Fett, Brennnesseln zur Gewinnung von Textilfasern, Altmetall, Blechdosen, Altpapier usw., deren Verkaufserlös dem Roten Kreuz gespendet wurde, Laub aus den Wäldern,[134] um das knapp gewordene Futter der Pferde an der Front zu ergänzen. Frauen und Mädchen strickten Strümpfe, Kinn-, Kopf- und Pulswärmer. Auch die Schulmädchen beteiligten sich daran und strickten allein 216 Kniestrümpfe.[135] Trotzdem entfiel ab Kaisergeburtstag 1916 wegen Mehlmangels die „sonst übliche Kaiserbrezel. […] Dafür erhielt aber jedes Kind ein Büchlein über den Weltkrieg.“[136]

Die Ernähungslage verschärfte sich mit Fortdauer des Krieges. Die staatlichen Stellen experimentierten bei der Verwaltung des Mangels: Einführung von „Lebensmittelbüchern“ und Butter-, Zucker-, Fleisch- und Seifenkarten, Festsetzung von Höchstpreisen für Fleisch und Wurst, die schrittweise immer stärker gesteigert wurden. Schließlich wurde 1916 den einzelnen Metzgern das Schlachten verboten. „Für den ganzen Kreis hat der Kommunalverband eine Schlachterei in Meisenheim eingerichtet, von wo aus das Fleisch den einzelnen Bürgermeistereien zugeschickt wird. Für die Bewohner von Meisenheim ist jeden Freitag Verkaufstag, wo die Haushaltungen in alphabetischer Reihenfolge zum Einkauf ihres Fleisches zugelassen werden. Auch für den Verkauf der übrigen Lebensmittel ist eine Verkaufsstelle errichtet, wo an einem bestimmten Tage im Monat die Waren ausgegeben werden. Sämtliche Einkäufe werden von einem Beamten des Verbandes in das Lebensmittelbuch eingetragen. Bei den Kaufleuten sind keinerlei Waren mehr zu erhalten.“[137]

Aber natürlich wurde dadurch das Angebot auch nicht größer, und so überließ man 1917 den Verkauf wieder den Einzelhändlern, die Lebensmittelbücher wurden durch Karten ersetzt. Die Auswirkungen für die Frauen, die versuchten, ihre Familien über die Runden zu bringen, kann man sich vorstellen. Die Auslastung der Eisenbahn mit Militärtransporten führte dazu, dass im strengen Winter 1916/17 die Kohlen knapp wurden – das Generalkommando verfügte daher die

---

[131] SCHULCHRONIK I, S. 113 f
[132] ebenda, S. 125
[133] ebenda, S. 132
[134] ebenda, S. 152
[135] ebenda, S. 125
[136] ebenda, S. 128
[137] ebenda, S. 135

Schließung der Schulen bis zum 26. Februar. Die Sorge um Väter, Brüder, Söhne teilten die Menschen in Meisenheim mit allen anderen in den kriegführenden Ländern, dennoch ging es den Bewohnern ländlicher Gegenden – relativ – besser als den Großstädtern; daher nahm der Kreis Meisenheim 1917 im Mai 88 Schulkinder aus Frankfurt a. M., auf, die von Familien beherbergt und verpflegt wurden, im Juni 1918 waren es allein in der Stadt Meisenheim 23 Kinder aus Remscheid.[138]

Die Lenkung der öffentlichen Meinung durch die zensierte Presse funktionierte bis fast zum Schluss: General Paul von Hindenburg, der angebliche „Sieger von Tannenberg" wurde zum Feldmarschall befördert und an der Spitze der OHL[139] als messianischer Retter der Nation[140] aufgebaut, in dessen Schatten selbst der Kaiser verblasste. (Der Hindenburg-Mythos sollte die Niederlage überdauern und die erste deutsche Demokratie noch schwer belasten – s. u. *Goldene Zwanziger?*). Die Unterzeichnung des Friedensvertrages von Brest-Litowsk mit Russland am 3. März 1918 ließ kurzfristig Zuversicht aufkeimen; selbst nach dem völligen Zusammenbruch der letzten großen Westoffensive im Frühsommer 1918 und der panikartigen, „für jedermann völlig überraschend(en)"[141] Forderung der OHL nach „der sofortigen Herausgabe des Friedensangebotes an unsere Feinde"[142] am 29. September 1918 wiegten sich die Menschen noch in der trügerischen Hoffnung auf einen deutschen Sieg. Auch in der kleinen Stadt Meisenheim wurde eine Durchhaltepropagandaveranstaltung abgehalten:

„Am Donnerstag den 20. Oktober nachmittags 3 Uhr *[fand]* im ev. Gemeindehause hier eine öffentliche Aussprache über die politische Lage statt. Der stellvertretende Landrat Herr Regierungsassessor *[Wermuth]* begrüßte die zahlreich erschienenen und führte einleitend aus, daß es ihm vor allem darauf ankomme, den zum Teil ganz unglaublichen Gerüchten entgegenzutreten, die in unserer Gegend von leichtfertigen und gewisssenlosen Leuten verbreitet würden und in unbegreiflicher Weise auch Glauben fänden. Herr Assessor Wermuth gab dann in eindringlichen Worten eine gedrängte Übersicht über die Kriegsereignisse der letzten Wochen, stellt fest, daß die Rückwärtsbewegung unserer Heere planmäßig erfolge, und kommt dann auf die Volksregierung[143] zu sprechen und auf das Friedensangebot an Wilson. Deutschland habe die 14 Programmpunkte Wilsons[144] als

---

[138] ebenda, S. 141 und 152

[139] Oberste Heeresleitung – für die Öffentlichkeit seit 1916 verkörpert durch Hindenburg und seinen Generalquartiermeister Erich Ludendorff.

[140] Für die beträchtliche Differenz zwischen Mythos und Realität vgl. die Biografie: **Pyta**, Wolfram: Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler. München 2007 [PYTA 2007]

[141] BIHL 1991 S. 147

[142] ebenda S. 474

[143] die am 3. Oktober gebildete parlamentarische, auf die Mehrheitsparteien gestützte Regierung unter der Kanzlerschaft des Prinzen Max von Baden

[144] In dem am 8. Januar 1918 verkündeten Programm plädierte US-Präsident Woodrow Wilson für einen Kompromissfrieden. Die Regierung des Reichskanzlers Graf Hertling wies am 24. Januar – unter dem Druck der „Alldeutschen", die weiter auf Annexionen setzten, und der OHL, die ihre Frühjahrsoffensive vorbereitete, – die Vorschläge zurück.

Grundlage angenommen und damit seinen Friedenswillen vor aller Welt kundgetan. Das deutsche Volk müsse aber geschlossen hinter seine Regierung treten, es müsse in dieser ernsten Stunde ablassen von unfruchtbarer Kritik und Nörgelei, es müsse sich endlich auf sich selbst besinnen. Hindenburgs Ausspruch: ‚In der Stunde der Not zeigt sich, was der Einzelne und ein Volk wert ist' mahnt uns an unsere Pflicht. Herr Bürgermeister H. Schaffner machte in kräftigen Worten Front gegen die Lauheit, die sich in manchen Kreisen in nationaler Hinsicht breit mache und forderte auf, sich zusammen zu nehmen und nicht kopfhängerisch zu wirken. Mit Hoch auf den Kaiser schloß die Versammlung."[145]

Der heutige Betrachter, der diese Aufzeichnung von Hauptlehrer Frech im Wissen um die weitere Geschichte liest, erkennt deutlich, wie die Verursacher von Krieg und Niederlage sich aus der Verantwortung zu stehlen suchten: Die unter den denkbar ungünstigsten Umständen geforderten Friedensverhandlungen sollte die „Volksregierung" führen, nicht etwa die Generäle; würde das Ergebnis der Verhandlungen so ausfallen wie nach der militärischen Lage zu erwarten, dann waren nicht die schuld, die den Karren in den Dreck gefahren hatten, sondern die Parteien der „Friedensresolution"[146] und das Volk, das in seiner „Lauheit" sich nicht „zusammengenommen", sondern „genörgelt" und „unfruchtbare Kritik" geübt hatte.

Für viele der in dieser Weise belogenen Menschen war die scheinbar ganz plötzlich hereingebrochene Niederlage so unfassbar, dass sie für Verschwörungstheorien wie die Dolchstoßlegende empfänglich wurden und der Deutschen Republik mit großen Vorbehalten entgegentraten.

Am 13. November 1918 notierte Hauptlehrer Frech die bis dahin bekannte offizielle Zahl der Gefallenen: 132 in der Bürgermeisterei, 23 in der Stadt Meisenheim.[147] Als Bürgermeister Schaffner am 2. November 1924 das städtische Ehrenmal auf dem Schlossplatz einweihte, hatte er 52 Namen zu verlesen.[148]

Vgl. **Fischer**, Fritz: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914 / 18. Kronberg im Taunus 1977, S. 540.

[145] SCHULCHRONIK I, S. 155 f

[146] Schon am 19. Juli 1917 hatte die Reichstagsmehrheit aus Sozialdemokraten, Zentrum und Fortschrittlicher Volkspartei die Reichsleitung mit dieser Resolution zur Anbahnung eines Verständigungsfriedens aufgefordert. Text BIHL 1991,S. 296 f

[147] SCHULCHRONIK I, S. 162

[148] Allgemeiner Anzeiger 5. 11. 1924

Die unvollendete Demokratie - in der Republik von Weimar

„Der Kaiser ging, die Generäle blieben" lautet der Titel eines Romans[1], der die letzten Kriegstage vom Zusammenbruch der kaiserlichen Armee bis zur Ausrufung der Republik am 9. November 1918 in Berlin schildert, und dieser Titel ließe sich auch recht gut als Überschrift über die ganze problembeladene Geschichte der Weimarer Republik verwenden. „Der Kaiser ging" heißt: es gelangen die Umwandlung der Staatsform in eine demokratische Republik mit der Bindung der Regierung an das Vertrauen des Parlaments, die Einführung eines fairen Wahlrechtes,[2] erstmals auch für die Frauen, und die Schaffung einer Verfassung mit einem Grundrechtskatalog,[3] der in der Verfassung des Kaiserreiches gefehlt hatte; – „die Generäle blieben" bedeutet: die Vorherrschaft der alten Eliten war ungebrochen - nicht nur im Militär, sondern auch im landwirtschaftlichen Großbesitz, in der Justiz, der höheren Verwaltung und der Wirtschaft[4] - in den Kreisen also, die keine sechs Jahre nach Inkrafttreten der Weimarer Reichsverfassung (WRV) mit der Wahl des kaiserlichen Feldmarschalls v. Hindenburg zum Präsidenten der Republik 1925 einen symbolischen und folgenschweren Sieg errangen und schließlich an der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler maßgeblich mitwirkten (s. u. *Die nationalsozialistische Diktatur*).

War, so gesehen, die Novemberrevolution schon im Deutschen Reich allgemein eine „gebremste Revolution",[5] so fand sie in Meisenheim fast gar nicht statt. Hauptlehrer Frech übertrug den Wortlaut des Telegramms vom 9. November 1918, das die Abdankung des Kaisers verkündete, aus dem „Allgemeinen Anzeiger" in die Schulchronik und fügte hinzu: „Vielerorts, besonders in den Großstädten kam es zu heftigen Straßenkämpfen. In Meisenheim verliefen die Revolutionstage im allgemeinen ruhig, abgesehen von kleinen Lärmszenen, hervorgerufen von einigen unreifen, grünen Jungens."[6] In Kreuznach dagegen war bereits am 10. November ein Arbeiter- und Soldatenrat gewählt worden. „Der Rat der Arbeiter und

---

[1] **Plivier**, Theodor: Der Kaiser ging, die Generäle blieben. Bibliothek der verbrannten Bücher, Hamburg 1979 (erstmals Malik-Verlag Berlin 1932)

[2] „Das Verhältniswahlsystem machte Schluß mit der zunehmend ungerechten Wahlkreiseinteilung der Monarchie …und erlaubte eine prozentual angemessene Repräsentation der politischen Strömungen des deutschen Volkes. […] die Kehrseite der möglichst vollkommenen politischen Repräsentation (lag) in einer Zersplitterung der Stimmen und damit des Parteiensystems …" **Möller**, Horst: Weimar. Die unvollendete Demokratie (= Deutsche Geschichte der neuesten Zeit 12) München [5]1994 [MÖLLER 1994], S. 79 f. Das Verhältniswahlrecht hatte nach Art. 22 WRV Verfassungsrang.

[3] Art. 109 – 134 WRV

[4] Vgl. **Wehler**, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Vierter Band: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914 – 1949. München 2005 [WEHLER 2005], S. 284 ff: „Die deutsche Klassengesellschaft zwischen Krieg und Diktatur"

[5] **Winkler**, Heinrich August: Weimar 1918 - 1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie. München 1993 [Winkler 1993], S. 33

[6] SCHULCHRONIK I, S. 157

der Soldaten signalisierte seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit anderen Bevölkerungsgruppen, und dieses Angebot wurde von den Bauern positiv aufgenommen. Unmittelbar in den Tagen nach dem 9. November hatte der Kreuznacher Arbeiterrat seinen Zuständigkeitsbereich auf die Kreise Simmern und Meisenheim ausgedehnt."[7]

Da der Kreuznacher Rat eine seiner Hauptaufgaben in der Nahrungsmittelversorgung der Kreuznacher sah und da der Kreis Meisenheim noch über Lebensmittelreserven verfügte, gab es Konflikte. „Die Verpflegungs-Kommission *[des Kreuznacher Arbeiter- und Soldatenrates]* […] beschaffte in den ersten Tagen … aus dem Kreis Meisenheim immer noch ‚ein recht ansehnliches Quantum Butter' … Am 13. November erreichten Beschwerden der Landräte von Meisenheim und Simmern über Eingriffe des Kreuznacher Arbeiter- und Soldatenrats in die vorgesehene Verteilung das Koblenzer Regierungspräsidium. Die Eisenbahn in Meisenheim weigerte sich, Kartoffeln zu verladen, da alle nicht für Kreuznach bestimmten Sendungen dort zurückgehalten wurden, … *[Der Kreuznacher, U.S.]* Landrat von Nasse hatte das Vorgehen ‚seines' Arbeiter- und Soldatenrates sicherlich schon deshalb nicht ungern gesehen, weil der Landkreis bei der Zuteilung der ihm zustehenden Nahrungsmittel in der Vergangenheit häufig hinter anderen hatte zurückstehen müssen."[8]

Offenbar also war in der Situation des Kriegsendes und des allgemeinen Mangels der Gegensatz zwischen ‚alter' und ‚neuer' Staatsgewalt nicht allzu groß, was sich auch in Meisenheim bestätigen sollte, wo mit einer Woche Verspätung und tatkräftiger Unterstützung der Kreuznacher Revolutionäre am 17. November ebenfalls ein Rat eingerichtet wurde.

„Am […] 17. 11. hatte die […] hier weilende Abordnung des Kreuznacher Arb. u. Sold. Rates eine Versammlung einberufen, die aus ihrer Mitte für Meisenheim einen Arb., Soldat.- Bauern oder Bürgerrat bilden sollte. Die Versammlung war gut besucht, sie wurde geleitet von dem Vorsitzenden der Kreuznacher Delegation stud. phil. Blum, einem geborenen Meckenbacher. Der Vorsitzende gab zunächst einen kurzen Überblick über den Verlauf, die Ursachen und die bisherigen Ergebnisse der Revolution und wies darauf hin, daß die Delegation nach Meisenheim gekommen sei, einen Rat ins Leben zu rufen, da sich die Institution bisher nicht wie anderwärts aus eigenem Antrieb gebildet habe. Die Einrichtung der Räte sei zwar nur eine vorläufige Maßnahme, bis die konstituierende Nationalversammlung über die endgültige Art der Verfassung beschlossen habe, […] die bisherigen Behörden sollen […] unter der Kontrolle und Mithilfe der Arb. u. Sold. Räte weiterarbeiten. Man wolle nicht plötzlich alles auf den Kopf stellen, sondern allmählich das Alte ab- und Neues aufbauen. Redner schlägt dann die Wahl des Rates vor und bittet um Vorschläge und eröffnet die Besprechung. […]

Der Arbeiter- Soldaten- und Bauernrat der Stadt Meisenheim, dessen 18 Mitglieder in der Volksversammlung gewählt worden waren, hatte sich in einer mehrstündigen Sitzung konstituiert. Dem Vollzugsauschuß gehören an: Dr. Neussel,

---

[7] SCHWINDT 1999, S. 203

[8] ebenda, S. 204

Vorsitzender, Julius Löb, stellvertr. Vorsitzender, Fritz Schwinn und Oberheizer Coerper, Beisitzer, Amtsgerichtssekretär Hoffacker, Schriftführer."[9]

Der Vorsitzende Hermann Neussel „teilte zugleich dem Oberpräsidenten *(der Rheinprovinz in Koblenz)* per Telegramm mit, der Rat übe seine Macht ausschließlich in voller Übereinstimmung mit dem Landrat aus."[10] Mit dieser Auffassung von der Aufgabe des Rates befand er sich durchaus in Übereinstimmung mit vielen anderen Räten, denn „die Räte der ersten Phase der Revolution verstanden sich überwiegend… als Nothelfer in einer Übergangszeit und mehr als Konkursverwalter des alten als denn als Gründer eines neuen Staates."[11]

Dass der Meisenheimer Rat kein sehr revolutionäres Organ war, erkennt man auch daran, dass sein Vorsitzender von der (monarchistisch-konservativen) DNVP auf ihre Liste für die Wahlen zur Preußschen Verfassungsgebenden Landesversammlung am 26. Januar 1919 gesetzt wurde[12].

Der am 11. November abgeschlossene Waffenstillstandsvertrag sah vor, dass Deutschland bis zum 5. Dezember seine Truppen aus den besetzten französischen und belgischen Gebieten sowie vom ganzen linken Rheinufer zurückzuziehen habe. Es lag im Interesse der Militärführung, der Bevölkerung dabei das Bild von der „im Felde unbesiegten", nur vom „Dolchstoß der Revolution" am Sieg gehinderten Armee zu vermitteln – und es gelang offenbar:

„In dem letzten Drittel des Monats November erfolgte […] der Rückmarsch der deutschen Truppen nach der Heimat. Am 23. Nov. haben die Truppenbewegungen auch unsere Stadt erreicht. … Zuerst zog in unserer Stadt mit Trommelklang der Stab der 28. bad. Infanterie Division ein, deren Regimenter in Meisenheim und Umgegend Quartier bezogen. Die Division soll in Lauterecken, Meisenheim u. Altenglan zum Bahntransport nach Karlsruhe verladen werden. Die Stadt hatte zu Ehren der heimkehrenden tapferen Krieger reichen Flaggen- und Guirlandenschmuck angelegt. Die Bevölkerung wetteifert in der Bewirtung ihrer Soldaten. Auch wir entbieten den tapferen Verteidigern unserer Landesgrenzen, die so Übermenschliches leisteten und duldeten, unseren herzlichen Gruß! Willkommen in der Heimat! Am folgenden Tag, am 24. Nov. zog das badische Grenadierregiment № 110 mit klingendem Spiel in unsere Stadt ein. Mittags gab die Regimentskapelle auf dem Schloßplatz ein Promenadenkonzert, für Meisenh. ein Ereignis. […] Mit dem 30. November war der Truppendurchzug im wesentlichen beendet. Die 3. bayerische Division bildete die Nachhut. Nach ihrem Weggange wurden die Fahnen sofort eingezogen und die Guirlanden entfernt."[13]

---

[9] SCHULCHRONIK I, S. 157 ff

[10] SCHWINDT 1999, S. 210

[11] **Büttner**, Ursula: Weimar – die überforderte Republik 1918 – 1933 (=Gebhard[10]) Stuttgart 2010 [BÜTTNER 2010], S. 292

[12] **Sander**, Hartmut: Die politischen Wahlen im Regierungsbezirk Koblenz 1918 bis 1924. Diss. (Ms.) Bonn 1971, S. 285: (Die Wahlvorschlagsliste) „umfaßte … Männer, die in weiten Teilen des WK *(Wahlkreises)* bekannt waren, vor allem Pfarrer Heckenroth […] daneben Dr. Neussel, den Vorsitzenden des Meisenheimer Vollzugsrates nach der Novemberrevolution…"

[13] SCHULCHRONIK I, S. 159 f

Als der Rückzug beendet war, mochten sich viele Deutsche, in Meisenheim und anderswo „fragen, warum Truppen, die einen so vorzüglichen Eindruck machten, den Kampf nicht bis zum sicheren Sieg fortgesetzt hatten.“[14]

Eine Woche nach dem Abzug der letzten deutschen Soldaten trafen die ersten französischen Truppen in Meisenheim ein. Der Telefon- und Telegrafenverkehr wurde unterbrochen, eine Ausgangssperre von 20 Uhr bis 6 Uhr verhängt. Den Einwohnern war durch eine Bekanntmachung des Koblenzer Regierungspräsidenten Anweisungen für das „Verhalten der Bevölkerung während der bevorstehenden feindlichen Besetzung“ gegeben worden:

„Im Verkehr mit dem Feinde wird der Bevölkerung ein ruhiges und gemessenes Verhalten anempfohlen. Nur wenn die Bevölkerung dem Feinde mit deutschem Stolz begegnet, wird sie auch von ihm diejenige achtungsvolle Behandlung erfahren, auf welche sie nach den Heldentaten unserer Armee vollen Anspruch erheben kann. Darum halte ein Jeder, Mann wie Frau, seine nationale Ehre und Würde hoch. Wer mit dem Feinde liebäugelt, wird Freund wie Feind gleich verächtlich sein. […] Gewalttätigkeiten jeglicher Art müssen unterbleiben; sie würden unser nationales Unglück vermehren. […] Harte und schwere Zeiten stehen uns bevor; trage ein Jeder an seinem Teile dazu bei, sie für sich und seine Volksgenossen nach Möglichkeit zu erleichtern und erträglich zu machen.“[15]

Die französische Besatzung hatte an revolutionären Organen keinerlei Interesse, ihre Beamten beaufsichtigten die herkömmliche deutsche Verwaltung in Stadt, Kreis, Regierungsbezirk und Provinz. Der in „Volksrat“ umbenannte Arbeiter- und Soldatenrat übte zwar die „durch die Verfügung der Berliner Volksregierung vorgeschriebene Überwachung aller amtlichen Maßnahmen“[16] aus, führte aber in seinem Geschäftszimmer in der Amtsgasse eher ein Schattendasein – jedenfalls hat seine von den Alliierten nicht anerkannte[17] Tätigkeit in den Quellen keinen weiteren Niederschlag gefunden.

Am 7. Dezember teilte die Redaktion des Allgemeinen Anzeigers ihren Lesern mit: „Die Schriftleitung unseres Blattes untersteht seit heute der französischen Zensur.“[18] Im Zeitungsarchiv der Druckerei Walter (vormals Feickert), das alle je erschienen Ausgaben des Allgemeinen Anzeigers verwahrt, gibt es zwischen den Jahresbänden für 1918 und 1919 einen zusätzlichen Band, beschriftet „1918/19 Französische Zensur“. Dieser Band enthält die Bürstenabzüge der Zeitung, die dem französischen Kreisdelegierten vorgelegt werden mussten, der die Seiten mit Stempel und Unterschrift versah, bevor das Blatt in Druck gehen durfte. In nicht allzu vielen Ausgaben hat der Zensor mit dickem Blau- oder Rotstift einige Zeilen (selten mehr als fünf oder sechs) gestrichen, der entsprechende Raum blieb dann in der ausgelieferten Ausgabe weiß. Gestrichen wurden alle Informationen von gegen die Besatzungsmacht gerichteten Streiks und Unruhen, Nachrichten über die Kämpfe im Baltikum und Kritik an den im Versailler Vertrag festgelegten Gebietsabtretungen. Dass die Zensur im Ganzen moderat war, lag aber wohl auch daran, dass die

[14] SCHWINDT 1999, S. 212
[15] Allgemeiner Anzeiger 25. 11. 1918
[16] Allgemeiner Anzeiger 2. 12. 1918
[17] Allgemeiner Anzeiger 4. 12. 1918
[18] Allgemeiner Anzeiger 7. 12. 1918

Redaktion von sich aus vorsichtig war – nicht immer vorsichtig genug, denn einmal im Jahre 1919 und ein weiteres Mal im Februar 1921 wurde das Erscheinen des Allgemeinen Anzeigers für drei Tage verboten. Beim zweiten Mal erfuhren die Leser auch, warum: Am Ende eines Artikels über die Pariser Reparationskonferenz hatte der Autor die rhetorische Frage gestellt, ob die Alliierten ihren Verstand wohl noch beisammen hätten. -

Im Januar 1919 lieferte Bürgermeister Kohlen einen zusammenfassenden Bericht[19] an das Landratsamt:

„Die ersten Besatzungstruppen trafen in Meisenheim am 07. 12. 1918 vormittags ein. Auch einzelne Gemeinden der Bürgermeisterei (Raumbach, Medard, Breitenheim, Jeckenbach) erhielten vorübergehend Einquartierung. […] Größere französische Truppenverbände durchzogen in den darauffolgenden Tagen die Stadt Meisenheim. […]

Die Stärke der vorübergehend in Meisenheim untergebrachten Besatzung schwankte zwischen 350 und 1200 Mann, in den Gemeinden zwischen 300 bis 500. Die dauernde Besatzung in Meisenheim, die ebenfalls aus französischen Truppen besteht, beträgt etwa 35 Offiziere, 460 Mann, 99 Pferde, einschließlich Sanitätspersonal des Lazaretts. […] In Meisenheim ist die Unterbringung in Bürgerhäusern und Massenquartieren (Lateinschule, Volksschule, ev. Gemeindehaus) erfolgt […] Das Verhalten der Bevölkerung zur Besatzung war ruhig und entgegenkommend, das Verhalten der Besetzer zur Bevölkerung im allgemeinen korrekt; die vorgenommenen Requisitionen sind verhältnismäßig hoch. Sie betreffen bisher hauptsächlich Bettstellen, Strohsäcke, Kopfkissen, Brennmaterial und Stroh, selten nur Lebensmittel (Vieh). Bekanntmachungen und Anordnungen der Befehlshaber der Besatzungstruppen von größerer Bedeutung sind nicht ergangen, jedoch besteht die Verpflichtung, die französischen Offiziere zu grüßen.

Wegen Nichtgrüßen und Nichtmitführen vorschriftsmäßiger Ausweise haben Bestrafungen stattgefunden.

Die Stadt Meisenheim ist mit 800 Mark bestraft worden, weil in einem Quartier 2 Armeerevolver französischer Truppen abhanden gekommen sind. […]

Die Besatzungsmacht verlangte unter Anordnung von Strafen, daß die Durchgangsstraße der Stadt *(gemeint ist die Untergasse)* frei sein sollte von Pferdefuhrwerken."

Um der Bevölkerung das Erkennen der zu grüßenden französischen Offiziere zu erleichtern, veröffentlichte der Allgemeine Anzeiger folgende Notiz: „Die Abzeichen der französischen Offiziere, die auf den Aermeln der Uniform und am Käppi getragen werden, sind folgende: Divisionsgeneral: 3 Sterne, Brigadegeneral: 2 Sterne, Oberst: 5 Streifen, Oberstleutnant: 5 Streifen, davon 2 von anderer Farbe, Major: 4 Streifen, Hauptmann: 3 Streifen, Leutnant: 2 Streifen, Unterleutnant: 1 Streifen."[20]

In der Volksschule wurde von Dezember 1918 bis zu den Osterferien 1919 ein Lazarett eingerichtet, der Schulunterricht fand währenddessen in den Räumen der Landwirtschaftsschule bzw. des Franziskaner-Klosters[21] statt.

---

[19] LHAK 655/24, Nr. 2271, mitgeteilt von Karl **Buß** in NLK 1984, S. 69 f

[20] Allgemeiner Anzeiger 18. 12. 1918

[21] SCHULCHRONIK I, S. 162 f

„Seit dieser Zeit *(1871, U.S.)* hat Meisenheim Freud und Leid mit Preußen geteilt"[22] - für elf Jahre (von 1919 – 1930) traf die Feststellung Bürgermeister Schaffners nicht *uneingeschränkt* zu, denn die linksrheinischen Gebiete des Reiches (die bayerische Pfalz, Rheinhessen, der oldenburgische Kreis Birkenfeld und die preußische Rheinprovinz mit dem Kreis Meisenheim) wurden von den Alliierten besetzt,[23] der Rhein wurde zur Grenze, und es war nicht immer ganz sicher, dass das Rheinland auch in Zukunft „Freud und Leid mit Preußen" teilen würde.

Im Laufe des Jahres 1919 tagten in zwei Orten, die von Meisenheim in westlicher bzw. nordöstlicher Richtung etwa gleich weit entfernt liegen, Versammlungen, deren Beschlüsse für die Zukunft auch Meisenheims von großer Bedeutung sein sollten: in Paris und Versailles die am 18. Januar eröffnete Friedenskonferenz, in Weimar die am 19. Januar gewählte Verfassungsgebende Nationalversammlung.

Das Ergebnis des Pariser Friedenskongresses waren die so genannten Vorortverträge[24], denen man anmerkte, dass mit dem Schweigen der Waffen keineswegs[25] ein Schweigen der vom Krieg erregten Hassgefühle – beiderseits – eingetreten war. Der deutschen Delegation wurde der Text des Versailler Vertrages am 7. Mai überreicht.

„Vergleicht man die Friedensregelung, wie sie aus der Pariser Konferenz hervorging, […] mit den großen europäischen Friedensverträgen des 19. Jahrhunderts, so halten die Hauptfiguren der Pariser Friedenskonferenz[26] den Vergleich mit Metternich, Castlereagh oder Bismarck nicht aus. Die Regelung der europäischen Verhältnisse, wie sie 1815 aus dem Wiener Kongreß und 1866 und 1871 aus den Friedensschlüssen von Prag und Frankfurt hervorgingen, dienten der Wiederherstellung und Fortführung des europäischen Staatensystems und schenkten Europa eine lange Friedenszeit. Die europäische Ordnung, wie sie 1919 geschaffen wurde, trug den Keim neuer Kriege in sich. Allerdings wird man bedenken müssen, daß die Staatsmänner der Alliierten nach diesem ersten totalen Kriege in ihren Entschlüssen nicht so frei waren wie ihre größeren Vorgänger. Der Krieg hatte die Massenleidenschaften entfesselt, ungezügelte Hoffnungen erweckt und wilden Haß entfacht. Es war

---

[22] SCHAFFNER 1938, S. 28 – s. o. *Im Deutschen Kaiserreich*

[23] Belgier, Briten und Amerikaner besetzten den Norden der Rheinprovinz, die Franzosen den Süden und die Pfalz, ab 1923 auch das amerikanisch besetzte Gebiet nördlich der Mosel. Karte in: **Faber** Karl-Georg: Die südlichen Rheinlande 1816 – 1956. in: **Petri**, Franz / **Droege**, Fritz (Hg.): Rheinische Geschichte Band II: Neuzeit. Düsseldorf o. J. (1976) [FABER 1976] S. 428

[24] Versailles (28. Juni 1919 mit Deutschland), St. Germain (10. September 1919 mit Österreich), Trianon (4. Juni 1920 mit Ungarn), Neuilly (27. November 1919 mit Bulgarien), Sèvres (10. August 1920 mit der Türkei)

[25] Vgl. **Krumeich**, Gerd: Versailles 1919. Der Krieg in den Köpfen. In: Ders. (Hg.): Versailles 1919. Ziele - Wirkung – Wahrnehmung. Essen 2001, S. 53 – 64 [KRUMEICH 2001]

[26] Gemeint sind die „Großen Drei": der französische Ministerpräsident Georges Clemenceau, der britische Premierminister David Lloyd George, der US-Präsident Woodrow Wilson.

schwer denkbar, daß ein solcher Krieg, […] durch einen Frieden abgeschlossen werden konnte, der das Zeichen kühl abwägender Staatsvernunft trug."[27]

Der Krieg war gegen das kaiserliche, halbabsolutistische und militaristische Deutschland geführt worden, die harten Friedensbedingungen[28] wurden der Delegation eines Deutschland präsentiert, das sich nach einer Revolution gerade in den Beratungen über einen demokratischen Neubeginn befand. „Deutschland (wurde) weder als gleichwertig noch als gleichberechtigt anerkannt",[29] was sich insbesondere darin zeigte, dass es keine Verhandlungen über den Vertragstext gab: Deutschland konnte akzeptieren – oder die Fortdauer der Blockade und möglicherweise die militärische Besetzung des ganzen Landes in Kauf nehmen. Schon die Zeitgenossen bemerkten, dass durch dieses demütigende Vorgehen die junge deutsche Demokratie Schaden nehmen musste. Der britische Journalist G. E. R. Gedye, Rheinland-Korrespondent der Londoner „Times", ließ einen fiktiven Monarchisten sich an das deutsche Volk wenden:

„Da seht ihr das Werk eures neuen Meisters, der Demokratie. Ging es euch unter uns nicht besser? Ihr warft das Schwert weg und vertrautet den Feinden unseres Landes, daß sie als eure Befreier von uns handeln würden. Seht ihr jetzt nicht an dem heutigen Verhalten dieser Feinde, wie recht wir hatten, als wir predigten: Vertraut auf das Schwert und auf euren starken Arm und auf sonst niemanden? Wollt ihr uns nicht zurückrufen? Wollt ihr nicht wieder rüsten? Wollt ihr nicht den Weg der Schmach, der Demütigung, des Hungers verlassen, das Büßergewand abwerfen und in unser Lager zurückkehren?"[30]

Wie um zu beweisen, dass Deutschland zu Recht „bestraft" werde, hielt der Leiter der deutschen Delegation, Graf Brockdorff-Rantzau eine Gegenrede, „die die maßlose Enttäuschung und Verletztheit, die angestaute Empörung, die unverwundene Niederlage, den Willen, zurückzuschlagen und die Sieger vor der Weltöffentlichkeit ob ihres Verhaltens anzuklagen und zu verurteilen, zum Ausdruck brachte,"[31] und er hielt diese Rede demonstrativ im Sitzen. „Diese Ungehörigkeit empfanden viele Deutsche als nationale Demonstration, die Sieger als peinliche Entgleisung und Provokation."[32]

Hindenburg, immer noch Chef der OHL, lehnte den Vertrag natürlich ab, teilte aber zugleich Reichspräsident Ebert mit, dass die Armee die Westgrenze *nicht* würde verteidigen können.[33] Dessen ungeachtet stimmten in der Nationalversammlung DNVP, DVP, Teile des Zentrum und der DDP gegen die unvermeidliche Unter-

---

[27] **Erdmann**, Karl Dietrich: Die Weimarer Republik (= Gebhard[9], Bd. 19) München 1983 [ERDMANN 1983], S. 108 f

[28] Das Deutsche Reich verlor ein Siebentel seines Territoriums, ein Zehntel seiner Bevölkerung, musste abrüsten und Kriegsentschädigung in noch festzulegender Höhe zahlen. Die Einzelregelungen, soweit sie unser Thema betreffen, werden im Folgenden erörtert.

[29] **Krüger**, Peter: Versailles. Deutsche Außenpolitik zwischen Revisionismus und Friedenssicherung. München [2]1993, [KRÜGER 1993], S. 20

[30] **Gedye**, G(eorge) E(ric) R(owe): Die Revolverrepublik. Frankreichs Werben um den Rhein. Köln 1931, S. 28

[31] KRÜGER 1993, S. 21

[32] ebenda, S. 22

[33] MÖLLER 1994, S.134

zeichnung, nachdem sie sich vergewissert hatten, dass die Mehrheit dafür trotzdem zustande kommen würde. Am 28. Juni wurde unterzeichnet (damit endete die Blockade), am 10. Januar 1920 war der Ratifikationsprozess abgeschlossen und offiziell der Friedenszustand erreicht, womit auch die Fristen für die Besatzung und deren Aufhebung nach 5, 10 und 15 Jahren[34] zu laufen anfingen. Zugleich begann die Rückführung der deutschen Kriegsgefangenen, die bis dahin zu „Aufräumarbeiten" im verwüsteten Nordfrankreich eingesetzt worden waren.

Parallel dazu schloss die deutsche Nationalversammlung ihre Arbeit ab – am 11. August 1919 unterzeichnete Reichspräsident Friedrich Ebert die Verfassung, am 14. trat sie in Kraft, auch in den linksrheinischen Gebieten. Lange Zeit hat man die Weimarer Demokratie nur vom Ende, vom schmählichen Untergang in der NS-Diktatur her gesehen und daher das Werk der Nationalversammlung sehr kritisch beurteilt. Heute, mehr als 90 Jahre danach und in Kenntnis der *ganzen*[35]„Weimarer" Geschichte, muss man aber feststellen: Ungeachtet der vielberedeten „Konstruktionsfehler" der Verfassung ist Deutschland mit ihr heil durch die fünf Jahre währende Nachkriegskrise 1919 – 1923 gekommen und hat von 1924 bis 1929 wenn kein „goldenes", so doch wenigstens ein Jahrfünft der Erholung, der Modernisierung und der kulturellen Blüte erlebt.

Als dann die zweite große Krise hereinbrach (s. u. *Weltwirtschaftskrise und die Folgen*), zeigte sich allerdings, dass die Republik zu wenige Menschen zu Republikanern hatte erziehen können. Dass das eine Herkulesaufgabe gewesen wäre, wird einem klar, wenn man die Blütenlese aus Äußerungen des Superintendenten des Kreises Meisenheim liest, die Carl Peter Adams zusammengetragen hat. *Diesen* Wall aus Ressentiment und politischer Borniertheit zu schleifen, hätte es mehr als ein Jahrfünft gebraucht:

„Nicht die Fahne schwarz-rot-gold soll über Deutschlands Fluren wehen, es zu sicherem Untergang führen, sondern schwarz-weiß-rot und kein anderes soll das Banner sein und kann es bleiben, wenn das deutsche Volk hingeht und wieder schöpft aus dem Quell, aus dem einst sein Luther seine Kraft, aus dem es selbst immer wieder genommen und durch seine wundersame Kraft Deutschland zur Einheit und seiner Größe bringen konnte.[36] – Was Jahrzehnte sich bewährt, zum Teil großen Segen gestiftet hatte, muß der rücksichtslosen Gewalt weichen oder wird durch Federstrich eines Diktators vernichtet. Leider müssen wir feststellen, daß das Umstürzen leichter ist, denn das Regieren, daß bislang eigentlich noch nichts Gescheites zutage gefördert worden ist. – Unser Volk ist in weiten Schichten wie von einem Demokratisierungsfieber, ja -wahn ergriffen, und ich wünschte, daß recht bald die Krisis überstanden, aber dann auch anerkannt würde, wie ent-

---

[34] Meisenheim lag in der südlichen, dritten Zone, die eigentlich erst 1935 geräumt werden sollte. Dank der deutsch-französischen „Entspannung" nach Abschluss der Locarno-Verträge (s. u.) wurde dann aber schon der 30. Juni 1930 der Tag des vollständigen Endes der Besatzung.

[35] nicht nur der politischen, sondern auch der Sozial-, Wissenschafts-, Architektur-, Kunst-, Literatur- usw. Geschichte

[36] ADAMS 1978, S. 154. – Der Autor fügt hier an. „Es ist zugegebenermaßen schwer, angesichts solcher Ausführungen eines leitenden Kirchenmannes und Theologen auf das Schreiben einer Satire zu verzichten."

setzlich der Volkskörper in diesem Krankheitszustand gelitten und dadurch geschwächt worden ist.“[37]

Man darf wohl annehmen, dass Hauptlehrer Frech die Gefühle sehr vieler seiner Mitbürger ausdrückte, als er am 30. Dezember 1919 einen Jahresrückblick in die Schulchronik eintrug:

„Das erste Jahr nach dem Kriege geht seinem Ende entgegen. Wie sieht es aus? Schwerer sind wir wohl kaum von einem Jahre enttäuscht worden, als von diesem! […] Dieses Jahr […], das mit tausend schönen Versprechungen, Hoffnungen und Wünschen begonnen wurde, befriedigt sicher nur ganz vereinzelt. Drückend schwer lasten die ungeheuren Pflichten, die uns der Friede von Versailles auferlegt hat, auf uns. Mehrere hunderttausend Kriegsgefangene werden noch in fremden Ländern zurückgehalten. Dazu kommt die immer fortschreitende, enorme Teuerung aller Lebensbedürfnisse, Wohnungs-, Kleider- und Kohlennot. Dennoch aber wollen wir arbeiten und nicht verzweifeln, dann wird das kommende Jahr 1920 für uns gesegnet sein.“[38]

Die Enttäuschung über den Frieden benutzten die Rechtspartien für eine Kampagne gegen den „Schmachfrieden“, für den sie die „Erfüllungspolitiker“ der demokratischen Partien verantwortlich machten. Bei den Reichstagswahlen am 6. 6. 1920 verloren die Partieen der „Weimarer Koalition“,[39] sie sollten nie wieder die Stärke wie 1919 in der Nationalversammlung erreichen. Die Rechts- und Linksradikalen legten zu[40]. (Zu den Meisenheimer Wahlergebnissen im Einzelnen s. u.). –

Dass nach dem Sieg der Alliierten das Elsass und Lothringen ohne weiteres[41] an Frankreich zurückfallen würden, war von vornherein klar gewesen. Dass Frankreich, auf dessen Territorium sich der Krieg im Westen fast ausschließlich abgespielt hatte und dessen nördliche Departements schwer verheert worden waren, versuchen würde, soviel Sicherheit wie möglich vor vermuteten deutschen Revanchegelüsten *auch* durch territoriale Veränderungen zu erreichen, war ebenso zu erwarten. Da aber weder zwischen der militärischen und der politischen Führung Frankreichs noch zwischen Frankreich und seinen Alliierten volles Einvernehmen über den Umgang mit dem besiegten Gegner herrschte, bekam die französische Besatzungspolitik einen Zug von „Opportunismus“ in dem Sinne, dass sie Gelegenheiten zur Veränderung der Landkarte zu Frankreichs Gunsten beim Schopfe fasste, wenn sie sich boten oder zu bieten schienen, im Übrigen aber keineswegs die

---

[37] ebenda, S. 162 f. – Der Autor verschweigt, vermutlich aus Taktgefühl, den Namen des Redners: Superintendent Richard Reindell, Pfarrer in Staudernheim, der schon in Versammlungen vor den Wahlen zur Nationalversammlung mit judenfeindlichen und antirevolutionären Äußerungen hervorgetreten war. (Allgemeiner Anzeiger 18. 1. 1919)

[38] SCHULCHRONIK I, S. 170 f

[39] SPD, DDP und Zentrum hatten in der Nationalversammlung 1919 zusammen 329 Abgeordnete; im 1. Reichstag 1920 nur noch 205 Abgeordnete.

[40] USPD und DNVP hatten in der Nationalversammlung zusammen 66 Abgeordnete; im 1. Reichstag erreichten USPD, KPD und DNVP 159 Sitze.

[41] D. h. auch ohne Volksabstimmung: „Ohne Zweifel entsprach die Lösung vom Reich und die Rückkehr zu Frankreich dem Wunsch der Bevölkerung. Ihr wurde jedoch jetzt ebensowenig wie 1871 die Möglichkeit gegeben, über ein Autonomiestatut als Alternative zu einer einfachen staatlichen Eingliederung zu votieren,.“ ERDMANN 1983, S. 104

Allianz aufs Spiel setzen wollte. Fest steht, „daß Frankreich während des Krieges und danach bis zu dem halb erzwungenen Verzicht auf der Friedenskonferenz im März 1919 die Rheinlinie angestrebt hat. Das bedeutete konkret, daß Deutschland am Rhein enden sollte, nicht aber daß Frankreich das linksrheinische Gebiet annektieren wollte. Mögen dies einige Narren vielleicht für wünschenswert gehalten haben, so war die verantwortliche Führung doch weit davon entfernt, ein neues Elsaß-Lothringen unter umgekehrten Vorzeichen zu schaffen. […] Tatsächlich bedeutete die Rheinlinie zugleich die Bildung von ‚unabhängigen Staaten' auf dem linken Rheinufer in Verbindung mit einer militärischen Besatzung."[42]

Für die Bestrebungen zwischen 1918 und 1924, dem linksrheinischen Gebiet eine neue staatsrechtliche Gestalt zu geben, hat sich der Begriff „Separatismus" eingebürgert, der aber ungenau ist, weil er sehr unterschiedliche Ziele und Vorgehensweisen zusammenfasst. Eine vor wenigen Jahren erschienene Dissertation[43] bevorzugt daher die Bezeichnung „Rheinstaatsbestrebungen" und schlägt vor, zwischen drei Kategorien zu unterscheiden (wobei die Übergänge fließend sein konnten):

- Der eigentliche Separatismus, also die Absicht, um jeden Preis, insbesondere mit Unterstützung der Besatzungsmacht Frankreich, einen vom Reich völlig abgetrennten, selbstständigen Rheinstaat (nach Lage der Dinge jedoch unter französischem Protektorat) zu gründen,
- die Autonomie auf aktionistischem Wege noch während der Besatzungszeit (Volksabstimmung in Eigenregie), notfalls auf illegalem (hochverräterischem) Wege,
- die Autonomie auf gesetzlichem Wege, also die Bildung eines Rheinstaates im Zuge einer Neuordnung des Reichsgebietes gemäß Art. 18[44] der Weimarer Reichsverfassung.

„Autonomie" bedeutete in diesem Zusammenhange die Bildung eines oder mehrere Länder, die sich von Bayern (Pfalz), Hessen (Rheinhessen), Oldenburg (Kreis Birkenfeld) bzw. Preußen (Rheinprovinz) mit eigener Volksvertretung und eigener Regierung ablösen, jedoch durch Beteiligung an Reichstagswahlen, Mitarbeit im Reichsrat usw. integraler Bestandteil der Weimarer Republik bleiben sollten. Das Streben nach Autonomie auf gesetzlichem Wege innerhalb des Reichsverbandes war relativ stark in den katholischen Teilen der Rheinprovinz verbreitet, da die

---

[42] **Köhler,**, Henning: Französische Besatzungspolitik 1918 – 1923. in: Hüttenberger/Molitor: Franzosen am Rhein 1789 – 1918 – 1945. Essen 1989 [KÖHLER 1989] S. 115

[43] **Schlemmer**, Martin: „Los von Berlin." Die Rheinstaatbestrebungen nach dem ersten Weltkrieg. Köln – Weimar – Wien 2007 [SCHLEMMER 2007], S. 13

[44] Art 18 WRV: „(1) Die Gliederung des Reichs in Länder soll unter möglichster Berücksichtigung des Willens der beteiligten Bevölkerung der wirtschaftlichen und kulturellen Höchstleistung des Volkes dienen. Die Änderung des Gebiets von Ländern und die Neubildung von Ländern innerhalb des Reichs erfolgen durch verfassungsänderndes Reichsgesetz. Stimmen die unmittelbar beteiligten Länder zu, so bedarf es nur eines einfachen Reichsgesetzes." Nach Art. 167 sollte Art. 18 allerdings erst zwei Jahre nach Verkündigung der Reichsverfassung in Kraft treten, natürlich um den Einfluss der Besatzungsmacht auszuschließen.

katholische Bevölkerung den „Kulturkampf“[45] in unguter Erinnerung hatte. Die Protestanten dagegen wären in einem „Rheinstaat“ zur Minderheit geworden, teilten aber zumindest in ländlich-konservativen Gegenden wie der Umgebung Meisenheims[46] das Misstrauen gegen die „bolschewistische Gefahr“, die man aus Berlin und München[47] drohen sah.

Diese diffuse „Los-von-Berlin“-Stimmung begünstigte in der Latenzperiode des Frühjahrs 1919, als über die Friedensregelungen noch verhandelt wurde, die Aktivität verschiedener aktionistisch-autonomistischer Gruppen, von denen die „Freie-Pfalz-Bewegung“ unter Führung des Landauer Chemikers Dr. Eberhard Haas[48] und die verschiedenen Vereine, Komitees usw., die der umtriebige Staatsanwalt Hans Adam Dorten[49] ins Leben gerufen hatte, die wichtigsten waren. Sie wurden von den französischen Generälen Gérard (8. Armee, Landau) und Mangin (10. Armee, Mainz) ziemlich unverhohlen gefördert. Den ersten Höhepunkt bildete die Ausrufung der „Rheinischen Republik“ am 1. Juni 1919 durch Dorten in Wiesbaden[50] und Haas in Speyer,[51] die aber kläglich scheiterte:

„Am 2. Juni 1919 setzte Dorten den preußischen Ministerpräsidenten Hirsch über die erfolgte Proklamation der rheinischen Republik in Kenntnis und bat diesen darum, eine Abordnung rheinischer Delegierter zu den Friedensverhandlungen nach Versailles entsenden zu dürfen. Dieses Gesuch blieb jedoch unbeantwortet. Noch am gleichen Tag erschien in vielen deutschen Zeitungen eine Verlautbarung der rheinischen Mitglieder der preußischen Landesversammlung und der Nationalversammlung, in welcher die Bevölkerung des Rheinlandes aufgefordert wurde, dem Reich die Treue zu halten. […] Am 7. Juni betrachtete auch die französische Presse das Experiment der rheinischen Republik als gescheitert.“[52]

---

[45] Die Auseinandersetzung zwischen (besonders dem preußischen) Staat und katholischer Kirche in den 1870er und 1880er Jahren um den Einfluss der Kirche auf die Politik, des Staates auf das Schulwesen und die kirchliche Personalpolitik. Obwohl die meisten staatlichen Eingriffe („Maigesetze“) zurückgenommen wurden, blieb gerade in der Rheinprovinz ein erhebliches antipreußisches Misstrauen – und die dominierende Stellung der Zentrumspartei – bestehen. Vgl. HANSEN 1918, S. 197 ff

[46] „In dem überwiegend protestantischen Landkreis Meisenheim am Glan konnte die CVP *(die katholische Christliche Volkspartei, U.S.)* bei den Reichtagswahlen von 1920 einen unerwarteten Erfolg verbuchen, was in erster Linie auf die demographische Struktur des Kreises zurückzuführen ist, der ansonsten mehrheitlich der DNVP die Stimme gab. In dem ländlich geprägten Kreis machten sich die landwirtschaftliche Krise und der Affekt gegen das ‚rote' Berlin offenbar dahingehend bemerkbar, dass die Wähler vornehmlich den als oppositionell eingeschätzten Parteien des bürgerlichen Lagers das Vertrauen schenkten.“ SCHLEMMER 2007, S. 348 f

[47] Berlin „Spartakusaufstand“ im Januar 1919; München Räterepublik April/Mai 1919

[48] MARTIN 2008, S. 109

[49] **Bischof**, Erwin: Rheinischer Separatismus 1918 – 1924. Hans Adam Dortens Rheinstaatbestrebungen. Bern 1969, passim: „Nassauischer Aktionsausschuss“ in Wiesbaden und Mainz, „Mittelrheinischer Aktionsausschuss“ in Bingen und Kreuznach

[50] SCHLEMMER 2007, S. 118 ff

[51] **Springer**, Max: Loslösungsbestrebungen am Rhein (1918 – 1924) Berlin 1924 [SPRINGER 1924] S. 7

[52] SCHLEMMER 2007, S. 121

In der Pfalz gab es sofort starken Widerstand aus der Bevölkerung; General „Gérard wagte es nicht, die ‚Freie Pfalz' durch Anwendung militärischer Machtmittel zu unterstützen."[53] Es zeigte sich, dass das „Los-von-Berlin"-Gefühl bei den meisten Rheinländern und Pfälzern keineswegs mit Separatismus im engeren Sinne gleichzusetzen war, sondern dass im Gegenteil jede Bewegung, die die Zugehörigkeit zum Deutschen Reich in Frage stellte und/oder im Interesse und mit Unterstützung der Besatzungsmächte arbeitete, auf den Widerstand der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung traf – auch im Krisenjahr 1923 (s. u.).

Zusammen mit dem Versailler Vertrag war auch das „Rheinlandabkommen" unterzeichnet worden, zusammen mit diesem trat es am 10. Januar 1920 in Kraft. Es sollte für das nächste Jahrzehnt den Rahmen für das politische und wirtschaftliche Leben der linksrheinischen Gebiete und damit auch für Kreis und Stadt Meisenheim bilden.

„Die nationale Souveränität Deutschlands blieb *[im Besatzungsstatut, U.S]* bewahrt, aber mit Beschränkungen: temporäre Besetzung, zeitlich unbegrenzte Demilitarisierung nach Besetzungsende und […] die Möglichkeit für die Alliierten, die Besetzung zu verlängern.[54] Zwar gestand das ‚Rheinlandabkommen' (Arrangement rhénan) zu, daß nach Inkrafttreten des Friedensvertrags die zivile Verwaltung wieder an die deutschen Behörden überging, doch schuf es zugleich eine neue zivile interalliierte Stelle, die ‚Hohe Interalliierte Kommission der Rheinischen Gebiete' (« Haute Commission Interalliée des Territoires Rhénans », H.C.I.T.R.), deren Aufgabe darin bestand, in den besetzten rheinischen Gebieten als Mittler zwischen den Alliierten und den deutschen Zivilbehörden zu fungieren. Es handelte sich um ein interalliiertes Gremium mit vier Hohen Kommissaren – einem Amerikaner, einem Belgier, einem Briten und einem Franzosen –, doch die französische Vorherrschaft war offensichtlich, denn der französische Kommissar war statutgemäß Präsident und verfügte im Fall der Stimmengleichheit über eine zweite Stimme […] Durch die Statuten der Hohen Kommission hatte diese in Krisenzeiten die Möglichkeit, zu einer Art De-facto-Regierung über die besetzten Gebiete zu werden, ohne daß der deutsche Staat sich dem hätte entgegenstellen können: Dies betraf die Gesetzgebung auf dem Verordnungsweg (« ordonnances »), die Abberufung und Benennung von Beamten, die Erhebung von Steuern und die Rechtssprechung. Die französische Regierung benannte Paul Tirard, einen hochrangigen zivilen Beamten, zum Hohen Kommissar und damit zugleich zum Präsidenten der Hohen Kommission. […] (Tirard) ließ sich in Koblenz, seit 1815 Verwaltungshauptstadt der preußischen Rheinprovinz, nieder,. und zwar im Gebäude des Oberpräsidenten. Dies war weit mehr als ein Symbol."[55]

---

[53] SPRINGER 1924, S. 7

[54] Die Besatzung war ausdrücklich als Garantie für die Ausführung der Vertragsbestimmungen gedacht. Art. 428 des Versailler Vertrages: „Um die Ausführung des gegenwärtigen Vertrags durch Deutschland sicherzustellen, bleiben die deutschen Gebiete westlich des Rheins einschließlich der Brückenköpfe während eines Zeitraums von fünfzehn Jahren nach Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrags durch die Truppen der alliierten und assoziierten Mächte besetzt."

[55] **Bariéty**, Jacques: Die französische Besatzungspolitik im Rheinland nach dem ersten Weltkrieg. Historisch-politische Mythen und geostrategische Realitäten. In: **Koops**, Til-

Die „politischen Generäle“ Gérard und Mangin wurden im Oktober abberufen, die Jahre 1920 – 22 waren linksrheinisch verhältnismäßig ruhige Jahre, sieht man von Kohleknappheit[56] und den Folgen der fortschreitenden Inflation für die Lebenshaltung der Bevölkerung ab. In einer kleinen Kreisstadt machte sich das Wirken der Besatzung nicht allzu einschneidend bemerkbar. Dem Kriegerverein wurde uniformiertes Auftreten zu politischen Anlässen untersagt; bei Beerdigungen von Vereinskameraden durfte die Vereinsfahne nur mit einem Aufnäher mitgeführt werden, der die Farben schwarz-weiß-rot überdeckte.[57]

„Für die deutschen Verwaltungseinheiten - Landkreis, Regierungsbezirk, Provinz - wurde jeweils ein « administrateur » eingesetzt. Daß dabei nichts dem Zufall überlassen blieb, mag die Personalausstattung eines « administrateur du cercle » zeigen, zu dem unter anderem zwei Radfahrer, zwei Schreiber, einer von ihnen mit Schreibmaschinenkenntnissen, und pro Offizier ein Pferd gehörte.“[58]

Nach dem Übergang der Besatzungsverwaltung in zivile Hände war der Titel des Beamten, der den Landrat beaufsichtigte « délégué du cercle », Kreisdelegierter. Ausdrücklich wurde die Bevölkerung angewiesen, sich nicht an die Besatzungsmacht direkt zu wenden, sondern den Dienstweg einzuhalten: „Dem Herrn Kreiskommandanten der französischen Besatzungstruppen werden immer noch Briefe und Anträge direkt unterbreitet. Auf Anordnung des Herrn Kommandanten mache ich die Bevölkerung erneut darauf aufmerksam, daß ihm alle Anträge **nur** durch das Landratsamt unterbreitet werden dürfen. Jeder, der trotzdem noch Anträge direkt an den Herrn Kommandanten richtet, setzt sich der Gefahr aus, daß er bestraft wird. […] Der stellv. Landrat.“[59]

Die größte Belastung Deutschlands und des deutsch-französischen Verhältnisses, zwar auch in materieller, aber weit mehr noch in psychologischer Hinsicht stellte die Formulierung des Reparationsanspruchs in Art. 231 des Versailler Vertrages dar:

„Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären und Deutschland erkennt an, dass Deutschland und seine Verbündeten als Urheber aller Verluste und aller Schäden verantwortlich sind, welche die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Angehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges erlitten haben.“[60]

„Kriegsschuldartikel“, „Kriegsschuldlüge“ waren die Schlagworte, die hierfür rasch im Umlauf waren und auch in Meisenheim benutzt wurden. Der Vertrag blieb eine Wunde für das deutsche Nationalgefühl – eine Wunde, die bewusst offen und schmerzend gehalten wurde. Als 1929 der Tag der Vertragsunterzeichnung sich zum zehnten Male jährte, gab es zahlreiche Kundgebungen.

„Mit dem gesamten deutschen Volk denkt der Deutsche Evangelische Kirchenausschuß als die berufene Vertretung des Bundes der deutschen Landeskichen in

---

man /**Vogt**, Martin: Das Rheinland in zwei Nachkriegszeiten 1919 – 1930 und 1945 – 1949, S. 12

[56] SCHULCHRONIK I, S. 171

[57] Allgemeiner Anzeiger 22. 7. 1933

[58] KÖHLER 1989 S. 116

[59] Allgemeiner Anzeiger 8. 1. 1919

[60] Zit. n. BEAUPRÉ 2009, S. 51

Trauer der zehnjährigen Wiederkehr des Tages von Versailles. […] Die durch die ungeheure finanzielle Belastung hervorgerufene Not mußte eine tiefe Verbitterung auslösen. Der Glaube an menschliche und selbst an göttliche Gerechtigkeit ist bei vielen ins Wanken gekommen. […] Der Wahrheits- und Gerechtigkeitssinn in allen Völkern und Kirchen muß dafür eintreten, daß die im Diktat von Versailles […] ausgesprochen Belastung des deutschen Volkes (mit) der Kriegschuld baldigst beseitigt wird. […] - Der Kirchenausschuß hält es für erwünscht, daß in den evangelischen Landeskirchen der 28. Juni, kommender Freitag, als Trauertag begangen wird; alle Glocken sollen eine Viertelstunde lang läuten."[61]

Zwei Tage später mussten die Meisenheimerinnen und Meisenheimer allerdings lesen:

„Sämtliche Kundgebungen aus Anlaß der zehnjährigen Wiederkehr der Unterzeichnung des Versailler Diktats am heutigen 28. Juni wurden von der Rheinlandkommission untersagt. Darunter fällt auch das Läuten der Kirchenglocken."[62]

Dabei hätte eine weniger aufgeregte Betrachtung des Artikels 231 gelehrt, dass hier weder von moralischer noch strafrechlichter „Schuld" die Rede war, sondern lediglich ein quasi-zivilrechtlicher Regressanspruch erhoben wurde, den Deutschland zudem schon im Vorfriedensvertrag anerkannt hatte; allenfalls das Wort „aufgezwungen" mochte einen Vorwurf enthalten. Dass der Verlierer Reparationen zu zahlen habe, war geltendes Völkerrecht, die Deutschen hatten es 1871 nicht anders gemacht und hätten es bei gewonnenem Kriege wieder so gehalten.[63] Möglicherweise *mussten* Franzosen und Deutsche aber auch deswegen eine ganz unterschiedliche Sichtweise des Krieges und der Reparationen haben, weil „niemals ein verantwortlicher deutscher Nachkriegspolitiker mit eigenen Augen das Ausmaß der systematischen Verwüstung und industriellen Demontage Frankreichs gesehen hatte, welche die Deutschen dort angerichtet hatten."[64]

Unklug war aber auf jeden Fall, dass die Höhe der Reparationen[65] erst später festgelegt, mit der Zahlung aber sogleich begonnen werden sollte. Auf die Deutschen musste das so wirken, als sollten sie durch wirtschaftlichen Druck bis in alle Zukunft am Wiederaufstieg gehindert werden – und für den einen oder anderen französischen Nationalisten war das auch wirklich der Sinn der Sache,[66] aber kei-

---

[61] Allgemeiner Anzeiger 26. 6. 1929

[62] Allgemeiner Anzeiger 28. 6. 1929

[63] In der Reichstagsdebatte um die Kriegsfinanzierung durch Schulden hatte Karl Helfferich, der Staatssekretär im Reichschatzamt, ausgeführt: „Das Bleigewicht der Milliarden haben die Anstifter des Krieges verdient. Sie mögen es durch die Jahrzehnte schleppen, nicht wir." Zit n. **Blaich**, Fritz: Der Schwarze Freitag. Inflation und Weltwirtschaftskrise, München 1985 [BLAICH 1985], S. 34. Helfferich (DNVP) gehörte später zu den Vertretern der „Dolchstoßlegende" und war ein höchst destruktiver Kritiker der Republik, die sich bemühte, die von ihm angehäuften Schulden zu tilgen.

[64] KRUMEICH 2001, S. 54

[65] Nach neueren Schätzungen deckten die am Ende tastsächlich bezahlten deutschen Reparationen etwa 30% der Kosten des Wiederaufbaus der zerstörten privaten und öffentlichen Gebäude, Industrieanlagen und Infrastruktureinrichtungen in Frankreich. Vgl. BEAUPRÉ 2009, S. 126

[66] **Rémond**, René: Frankreich im 20. Jahrhundert. Erster Teil 1918 – 1958, Stuttgart 1994 [RÉMOND 1994], S. 51 ff und 91 f

neswegs das Ziel der gesamten französischen „politischen Klasse". „Frieden durch eine verstärkte Rüstung und ein umfassendes Bündnissystem oder Frieden durch eine deutsch-französische Annäherung, durch die Schaffung einer internationalen Organisation und die Etablierung einer internationalen Rechtsordnung: das war die Alternative, die die außenpolitischen Debatten *[in Frankreich, U.S.]* beherrschte und die öffentliche Meinung zwischen 1920 und 1935 in zwei Lager spaltete. Während die Rechte eher der ersten Denkschule zuneigte, die besser ihren innersten Überzeugungen entsprach, bevorzugte die Linke den zweiten Weg, der eher mit ihrem Optimismus harmonierte."[67]

Der deutscherseits „nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Versailles fortbestehende Irrglaube, die kriegerische Auseinandersetzung mit ökonomischen Mitteln fortsetzen"[68] und durch Verschleppung der Reparationsleistungen sich irgendwie aus dem Vertrag herauswinden zu können, bewirkte das genaue Gegenteil. Raymond Poincaré, der am 15. Januar 1922 französischer Ministerpräsident wurde, war Anhänger der ersten, der „rechten" Denkschule. „Es war bekannt, daß er auf der vorbehaltlosen Erfüllung des Versailler Vertrages durch die Weimarer Republik bestand, besonders aber auf der pünktlichen Zahlung der Reparationen." Als „die Kommission zur Abwicklung der Reparationszahlungen (feststellte), daß die Deutschen ihren Verpflichtungen nicht vollständig nachgekommen waren, […] beschloß er, das Ruhrgebiet als das Herzstück der deutschen Industrie und Quelle ihrer Macht zu besetzen, um mit diesem Faustpfand die Zahlungen zu erzwingen. Am 11. Januar 1923 rückten die französischen Besatzungstruppen aus ihren Standorten am linken Rheinufer im gesamten Ruhrgebiet ein."[69]

Trotz der rasch auf fast 100 000 Mann gesteigerten Zahl der französischen und belgischen Truppen im Ruhrgebiet „erwies sich *[die Besetzung, U.S.]* jedoch als Schlag ins Wasser."[70] Der von der deutschen Regierung dagegen ausgerufene „passive Widerstand" brachte das wirtschaftliche Leben im Ruhrgebiet fast zum Stillstand, verursachte Massenarbeitslosigkeit und drosselte insbesondere die Kohleförderung so sehr, dass „im ersten halben Jahr der Ruhrbesetzung …weniger Kohle und Koks abtransportiert (wurde) als in den letzten 10 Tagen vor dem Einmarsch."[71] Auch im von Duisburg mehr als 250 Eisenbahnkilometer entfernten Meisenheim machten sich die Auswirkungen rasch bemerkbar. Die Finanzierung des faktischen Generalstreiks an der Ruhr ruinierte die durch die Kriegsanleihen schon schwer angeschlagene deutsche Währung vollends. Hauptlehrer Frech füllte ganze Seiten der Schulchronik mit Tabellen über die Entwicklung der Lebensmittelpreise. Ende Dezember 1923 fügte sein Nachfolger[72] Hauptlehrer Wilhelm Hoppstätter eine Übersicht über den Verfall der „Papiermark" im Vergleich zur

---

[67] ebenda, S. 93 f

[68] **Mommsen**, Hans: Die politischen Folgen der Ruhrbesetzung. In: **Krumeich**, Gerd/**Schröder**, Joachim (Hg.): Der Schatten des Weltkriegs. Die Ruhrbesetzung 1923. Essen 2004, S.305 – 314, hier S. 310

[69] RÉMOND 1994, S. 94 f

[70] MÖLLER 1994, S. 154

[71] ERDMANN 1983, S. 167

[72] Wilhelm Frech starb am 13. 12. 1923 „nach kaum dreiwöchigem Krankenlager". SCHULCHRONIK II, S. 64

„Goldmark“ der Vorkriegszeit hinzu: Am 1. Januar des Krisenjahres entsprach eine Goldmark 2000 M, am 1. April 5000 M, am 1. August 250 000 M, am 3. November 100 Milliarden M, am 20. desselben Monats schließlich einer Billion M.[73]

„In Auswirkung des passiven Widerstands wurde im März ds. Js. *[1923]* die Glantalbahn stillgelegt. Der Fernverkehr wurde durch Autos und Pferdefuhrwerke notdürftig vermittelt. Dadurch wurde die Versorgung mit Lebensmitteln und Kohlen und allem anderen sehr erschwert, teilweise unmöglich gemacht und stark verteuert. Der Briefverkehr stockte und der Paketverkehr war völlig eingestellt. Man fühlte sich in die Zeit vor hundert Jahren zurückversetzt. Auch unsere Schule hatte darunter zu leiden: Es konnte kein Koks zur Heizung beschafft werden. Um den Unterricht nicht ganz ausfallen zu lassen, wurde Mitte November den evangel. Klassen die Kleinkinderschule und ein Saal der Lateinschule, den kathol. Klassen ein Zimmer im Kloster als Unterrichtsraum überlassen.“[74]

Um den für die Truppenversorgung und die Reparationslieferungen wichtigen Bahnverkehr wieder in Gang zu setzen, gründete Frankreich die mit französischem Personal betriebene „Eisenbahnregie.“ Seit August fuhr die Glantalbahn wieder.[75] Den passiven Widerstand der Bevölkerung gegen diese und andere Maßnahmen versuchte die Besatzungsverwaltung durch strafrechtliche Maßnahmen gegen Amtsträger zu brechen. So wurden Landrat Schwebel und Bürgermeister Schaffner am 2. Februar 1923 verhaftet und ins Gefängnis nach Kreuznach gebracht.[76] Schaffner wurde ins unbesetzte Gebiet ausgewiesen, Schwebel zu einer langen Haftstrafe verurteilt, konnte aber im September wieder nach Meisenheim zurückkehren, wo er „in herzlichster Weise“ empfangen wurde.[77] Auch andere Widerspenstige – besonders Beamte der Eisenbahn und der Stadt-, Kreis- und Justizverwaltung, aber auch Handwerker und Kauflaute – wies die Besatzungsmacht in das rechtsrheinische Gebiet aus. Im Laufe des Jahres 1923 wurden 138 Personen[78] (von 1850 Einwohnern = 7,5 % der Bevölkerung) gezwungen, Meisenheim zu verlassen – teils allein, teils mit ihren Familien.[79]

---

[73] SCHULCHRONIK II, S. 66

[74] ebenda, S. 65

[75] ebenda, S. 70

[76] Allgemeiner Anzeiger 4. 2. 1923

[77] Allgemeiner Anzeiger 8. 9. 1923

[78] SCHAFFNER 1938, S. 29

[79] „Landrat Schwebel und Familie, Bürgermeister H. Schaffner, Kreissekretär Dreidoppel und Familie, Amtsgerichtsrat Redtrig und Familie, Notar Merck und Familie, Bahnverwalter Wendt und Familie, Oberbahnmeister Litzenburger (ohne Fam.), Bahnschaffner S. Germann u. Fam., Bahnschaffner Salinger u. Fam., Bahnschaffner Halewer u. Fam., Zolleinnehmer Lautenschläger u. Fam., Zollaufseher Beer u. Fam., Katasterinspektor Schachtzabel (ohne Fam.), Rektor Spenner u. Fam., Lehrer Halm (ohne Fam.), Lehrer W. Kiehl, Oberlehrerin Stühmke, Pfarrer Beysiegel u. Familie, Wachtmeister Kreuzfeld u. Familie, Gerichtssekretär J. Hertel, Rechtsanwalt W. Walmer , Rechtsanwalt A. Albert u. Fam., Kaufmann May. Grün + Fam., Brauereibesitzer Ludw. Bonnet (ohne Fam.), Glaser W. Feickert, Kaufmann W. Coerper, Bankbeamter G. Schmi, Schreiner G. Becker, Apotheker Urschel u. Fam., Gerbereibesitzer G. Andres (ohne Fam.)“ SCHULCHRONIK II, S. 71 – „In der französischen Zone des altbesetzten Gebietes wurden ausgewiesen: der Oberpräsident, sämtliche Regierungspräsidenten, sechsundzwanzig von insgesamt zwei-

Während die Bevölkerung auf diese Weise zermürbt wurde, unternahmen Belgien und Frankreich einen zweiten Anlauf, um das Rheinstaat-Projekt doch noch zu verwirklichen. Der Chef der Rheinlandkommission, Paul Tirard, der sich bis Mitte 1923 gegenüber den Separatisten sehr zurückgehalten hatte, gab diese Zurückhaltung auf.[80] Er verhandelte wieder mit ihren Anführern Dorten und Matthes, die mittlerweile eine „Rheinlandschutz" genannte Truppe aufgestellt hatten. Diese bestand vor allem aus durch den Krieg entwurzelten Männern, Vorbestraften und Abenteurern, von denen die meisten mehr Interesse am Plündern und „Requirieren" als an der politischen Zukunft des Rheinlandes hatten.[81]

Die Reihe der von diesen Leuten unternommenen Putsche begann überraschend am 21. Oktober in Aachen, weil Matthes, hinter dem Rücken von Dorten agierend, sich von den Belgiern, die vollendete Tatsachen schaffen wollten, grünes Licht hatte geben lassen.[82]

„Der Aachener Putsch vom 21. Oktober 1923 gab das Fanal für eine große Zahl weiterer Unruhen. In fast jeder Stadt des Rheinlandes hißten im Oktober und November die Separatisten ihre Fahne. Die mehr oder weniger tatkräftige Unterstützung durch die französischen und belgischen Besatzungsbehörden bestimmte dabei die Erfolgschancen der Separatistenputsche fast ausschließlich; denn die rheinische Bevölkerung stand gegen Ende 1923 in ihrer überwiegenden Mehrheit den Separatisten ablehnend gegenüber."[83]

Die Welle der Putsche verlief von Norden nach Süden; sie hatten immer den gleichen Ablauf: Eine Abteilung des „Rheinlandschutzes" besetzte die Verwaltungsgebäude (in Kreuznach in der Nacht vom 26. auf den 27. Oktober 1923[84]) und gründeten einen „Aktionsausschuss", die französische Gendarmerie oder das Militär sorgten für „Ruhe und Ordnung", indem sie ein Eingreifen der deutschen Polizei verhinderten; dann erkannte der französische Kreis- oder Bezirksdelegierte die Separatisten als Inhaber der tatsächlichen Staatsgewalt und legitime Vertreter der „Rheinischen Republik" an. In Meisenheim verkündete der Allgemeine Anzeiger (der, wie erwähnt, französischer Zensur unterlag) am 31. Oktober auf der ersten Seite:

„Nun ist auch in unserem Städtchen die „Rheinische Republik" ausgerufen worden. Seit Tagen wartete die Bürgerschaft auf das Ereignis mit Ungeduld, denn die Zustände sind auch in unserem Landstädtchen unhaltbar geworden. Fast die gesamte werktätige Bevölkerung ist zur Arbeitslosigkeit verurteilt. Industrie und Handel liegen darnieder. Niemand ist mehr in der Lage, auch nur die notwendigsten Lebensmittel, Kohlen, Kleidungsstücke, Schuhe zu kaufen, und der Winter steht vor der Tür. Die Reichsregierung ist nicht einmal bestrebt, zur Wiederaufnahme eines geregelten Bahnverkehrs beizutragen, sie kümmert sich in keiner Weise um die stilliegenden Betriebe. […] Ratlos, teilnahmlos läßt sie die Rheinlande ohne Tat

---

unddreißig Landräten, dazu weit .mehr als die Hälfte der sämtlichen übrigen Verwaltungsbeamten." SPRINGER 1924, S. 28

[80] SPRINGER 1924, S. 45

[81] Vgl. SCHLEMMER 2007, S. 170 ff; BISCHOF 1969, S. 124 ff

[82] GEDYE 1931, S. 188 f

[83] BISCHOF 1969, S. 124

[84] HEIMATCHRONIK, S. 180

und Hilfe. Im rechtsrheinischen Deutschland tobt der Aufruhr an vielen Orten. Auch im besetzten Gebiet treiben Not und Hunger zu Ausschreitungen. So konnte es nicht weitergehen.

Die Gründung eines freien, völlig unabhängigen Rheinstaates ist der einzige Ausweg und bietet die einzige Möglichkeit, in absehbarer Zeit zu geordneten Verhältnissen […] zu gelangen. […] In Meisenheim hat sich seit einiger Zeit eine Anzahl Bürger, die sich ihrer Verantwortung bewußt sind, zusammengefunden, um auch unseren Kreis […] der Bewegung anzuschließen.

Heute früh 8 Uhr erschienen Vertreter des Aktionsausschusses, gefolgt von zahlreichen Anhängern auf dem Landratsamt und dem Bürgermeisteramt, um die Rheinische Republik auszurufen. Die Beamten unterwarfen sich. […]

Es soll in eiligster Weise dafür gesorgt werden, daß die Bevölkerung mit Brennmaterial, mit Kartoffeln und anderen Lebensmitteln versorgt wird, bis die neue Regierung das gesamte Staatsleben wieder in geordnete Bahnen leitet."[85]

In der gleichen Ausgabe erschien als Inserat ein Aufruf des Aktionsausschusses mit heftiger Kritik an Berlin, das die Meisenheimer „durch den wahnsinnigen Ruhr–Widerstand in vollständige Zerrissenheit und in jedem Einzelnen fühlbares Chaos gestürzt" habe. Unterzeichnet war er mit 17 Namen, an der Spitze dem des Amtgerichtsrates Braukmann.

Durch die zahlreichen Ausweisungen und die materielle Not war die Energie der Einwohner von Meisenheim so sehr niedergedrückt, dass es, anders als in größeren Industriestädten, keinen nennenswerten Widerstand gab. Jedenfalls konnte der Aktionsausschuss zwei Tage später zufrieden feststellen:

„Die Rheinische Republik hat sich in unserem Städtchen in friedlicher Form eingeführt, ein Beweis dafür, daß fast die gesamte Bürgerschaft unseres staatlichen Gebildes volles Verständnis hat. Nirgends hat sich auch nur der geringste Widerstand gezeigt. Infolgedessen brauchten keinerlei Maßnahmen zur Einschränkung des Straßenverkehrs getroffen zu werden. Auch die Schließung der Wirtschaften um 9 Uhr abends konnte auf den ersten Tag beschränkt bleiben. […] Bisher hat der Aktionsausschuß die dringlichste Frage der Arbeitslosenunterstützung für die nächsten Tage gelöst, und sich der Aufgabe gewidmet, die noch schwebenden Schulden, Beamtengehälter usw. zu erledigen. Sodann hat er den Grundsatz aufgestellt, daß unser Kreis in der Lage sein muß, sich selbst zu versorgen, und in diesem Sinne die Ausfuhr aller Lebensmittel verboten. […] Die vorläufige Regierung hat mit Zustimmung des Aktionsausschusses Herrn Amtsgerichtsrat Braukmann zum Bezirkskommissar (Vollzugsbeamten für den Kreis) ernannt. Als Stellvertreter fungiert Herr Julius Loeb. Zum Ortskommissar (Vollzugsbeamte für die Bürgermeisterei u. Stadt Meisenheim) ist Herr Carl Laubenheimer ernannt."[86]

In diesem Herbst erlebte Deutschland die schlimmste Krise der Nachkriegszeit. Der Hamburger Aufstand der KPD, der Hitler-Ludendorff-Putsch in München, die zu bürgerkriegsähnlichen Formen sich steigernde Separatistenbewegung, der faktische Staatsbankrott, der zur Aufgabe des passiven Widerstandes und zur finanziellen Abkoppelung der Rheinlande vom Reich[87] und die kommunalen Körperschaf-

---

[85] Allgemeiner Anzeiger 31. 10. 1923

[86] Allgemeiner Anzeiger 2. 11. 1923

[87] Die so genannte „Versackungspolitik" – FABER 1976, S. 434

ten zur Ausgabe von Notgeld[88] zwang, bedrohten den Bestand des Staates. Es musste gehandelt werden, das war nicht nur der deutschen Regierung, sondern auch den Besatzungsmächten klar.

Der erste Schritt zur Überwindung der katastrophalen Situation war die Sanierung der Währung. Schon am 15. Oktober 1923 war die „Deutsche Rentenbank" gegründet und mit einem eigentlich fiktiven Kapital von 3,2 Mrd. Goldmark, gedeckt durch eine hypothekarische Belastung des gesamten gewerblichen Grundbesitzes, ausgestattet worden. Auf dieser Grundlage gab die Bank Geldscheine heraus, die „Rentenmark" hießen und den Wert 1 Rentenmark = 1 Goldmark hatten; seit dem 15. November wurden die Inflationsscheine im Verhältnis 1 Billion Papiermark : 1 Rentenmark eingewechselt.[89]

In den französisch besetzen Gebieten wurde dagegen zunächst der „Regiefranken" eingeführt, der im Wert an den französischen Franc gekoppelt war und die Vorstufe zu einer „separatistischen" Währung bilden sollte. Am 16. November, einen Tag nach Beginn der Ausgabe der Rentenmark im unbesetzten Gebiet, berichtete der „Allgemeine Anzeiger":

„Der Aktionsausschuss teilt uns mit: Ab Montag, dem 19. November 1923 wird als offizielles Zahlungsmittel für die Übergangsperiode, d. h. für die Zeit bis zur rheinischen Währung, der französische Franken bzw. der Regiefranken eingeführt. Die Papiermark wird bis 30. November 1923 bei Einlieferung auf der Kreissparkasse zu einem Kurs von 300 Milliarden für einen Franken jedem Einlieferer gutgeschrieben. Zur Einlieferung kommen nur die in unserem Kreis bisher gültigen Scheine in Frage. Wir ersuchen die Bevölkerung […] sich des bargeldlosen Zahlungsverkehrs zu bedienen und sich ein entsprechendes Bankkonto anlegen zu wollen, da wir im Anfang noch nicht genügend Bargeld zur Verfügung haben, um den vollen Bedarf in Frankennoten zu befriedigen. Es handelt sich hier ja nicht um Papiermark, sondern eine wertbeständige Währung."[90]

Die Mitteilung des Aktionsausschusses endete mit einer merkwürdigen Mischung aus Appell und Vorwurf:

„… die (übrigens durchaus unentgeltliche) Tätigkeit der Herren, die sich im alleinigen Interesse der Bevölkerung der Kreis- und Stadtverwaltung angenommen haben, (bedarf) dauernd der ihnen seither gewährten vertrauensvollen Mitarbeit aller Kreise, auch jener Kreise, die dem Aktionsausschuß politisch nicht folgen zu können glauben, die aber wie alle mitgeholfen haben durch ihre Sympathie für den französischen Franken die Markwährung und damit das deutsche Staatswesen zu untergraben."[91]

Da die Rentenmark durch strikte Begrenzung der Emission auf 3,2 Mrd. stabil blieb,[92] gewann sie rasch das Vertrauen der Bevölkerung, und im Sog dieses „Währungswunders" wurde sie Ende November[93] bereits mit Billigung der HCITR auch

---

[88] Vgl. **Held**, Richard: Das Notgeld des Kreises Meisenheim. MH, Sonderheft Nr. 2, Meisenheim 1990 [HELD 1990]

[89] BLAICH 1985, S. 49 f

[90] Allgemeiner Anzeiger 16. 11. 1923, zit. n. HELD 1990, S. 19 f

[91] ebenda, S. 20

[92] BLAICH 1985, S. 50

[93] HELD 1990, S. 21

im besetzten Gebiet eingeführt - und setzte sich durch. Der Übergang von der Renten- zur Reichsmark, die wieder an das Gold gekoppelt war, erfolgte für die Öffentlichkeit fast unmerklich im August 1924.[94]

Der zweite Schritt war die Beendigung des Putschismus, der in der Pfalz schon fast bürgerkriegsartige Formen angenommen hatte.

„Der wachsende Widerstand der Bevölkerung kumulierte in zwei blutigen Angriffen auf die Separatisten: in der Ermordung von Heinz am 9. Januar 1924 im ‚Wittelsbacher Hof' in Speyer[95] und im Sturm auf das von Separatisten besetzte Bezirksamt in Pirmasens am 12. Februar 1924, bei dem 23 Tote und viele Verletzte zu beklagen waren.

Die chaotischen Verhältnisse im Rheinland und in der Pfalz führten zu einem wachsenden Druck der anderen Alliierten - vor allem Englands - auf Frankreich, die Separatisten nicht weiter zu unterstützen. Die ‚Hohe Interalliierte Rheinlandkommission' entsandte daraufhin eine ‚Spezialkommission' unter Leitung des englischen Generalkonsuls in München, Clive, die prüfen sollte, wie die öffentliche Ordnung wieder herzustellen sei. Clives schonungsloser Bericht gab schließlich den Ausschlag dafür, dass die Franzosen keine separatistische Gruppe mehr unterstützten."[96]

Ohne Unterstützung der Besatzungsmächte fiel die Loslösungsbewegung in sich zusammen. Die reguläre Verwaltung nahm ihre Tätigkeit wieder auf. Auch der Meisenheimer Aktionsausschuss trat einen geordneten Rückzug an:

„Es liegt uns *[der Redaktion des Allgemeinen Anzeigers, U.S.]* ein offener Brief des Aktionsausschusses an den 1. Kreisdeputierten Großarth mit dem Ersuchen um Veröffentlichung vor. […] Wir (erwähnen) daraus nur ‚der Kreistag habe dem Aktionsausschuß seinen Dank ausgesprochen, daß er während seiner Wirksamkeit Ruhe und Ordnung im Kreise aufrechterhalten habe. Es seien aber Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Körperschaften vorgekommen, infolge deren der Aktionsausschuß seine Tätigkeit niederlege.' Dazu schreibt der Aktionsausschuß wörtlich: ‚Unter diesen Umständen lehnt es der Aktionsausschuß von heute an ab, sich weiterhin der Kreisverwaltung anzunehmen, und stellt Ihnen, bzw. den gewählten Körperschaften anheim, die Verwaltung wieder selbständig zu übernehmen. Er wird, um auch äußerlich seinen Trennung von der Verwaltung zu bekunden, seinen Sitz in den rechten Flügel des Schlosses verlegen und sich auf seine politische Tätigkeit beschränken.'

Damit hat die Tätigkeit des Aktionsausschusses im Kreise Meisenheim ihr Ende erreicht. Es ist damit eine Strömung zum Zusammenbruch gekommen, die in den übrigen Teilen des Regierungsbezirks Koblenz bereits früher der **tiefgehenden Abneigung weiter Bevölkerungskreise** zum Opfer gefallen ist. […] Damit ist auch die über unser Blatt verhängte Zensur, die uns manchen Zwang auferlegt hat, wieder aufgehoben. Als ein äußeres Zeichen des Endes der Bewegung dürfte es

---

[94] BLAICH 1985, S. 51

[95] Anführer der Mörder war der Zweibrücker Rechtsanwalt Edgar Julius Jung, der als Vertreter der „Konservativen Revolution" später Redenschreiber des Reichskanzlers Franz v. Papen war. FABER 1976, S. 436. – Jung fiel seinerseits in der Nacht des so genannten „Röhm-Putsches" 1934 SS-Mördern zum Opfer.

[96] MARTIN 2008, S. 110 f

anzusehen sein, daß heute morgen 10.30 Uhr die grün-weiß-rote Fahne vom Rathaus entfernt wurde."[97]

Die französischen Behörden sorgten nur noch dafür, dass die Mitglieder der „Aktionsausschüsse" nicht wegen ihrer Tätigkeit verfolgt wurden: „Es entsprach … der Gepflogenheit der Besatzungsbehörden, wenn sie die Durchführung von Disziplinarverfahren gegen Beamte, die sich an der Absplitterungsbewegung beteiligt hatten, verhinderten. […] Die vorläufige Amtsenthebung dieses als ‚Bezirkskommissars' aufgetretenen Mannes *[Amtsgerichtsrat Braukmann in Meisenheim, U.S.]*, der sich also des vollendeten Hochverrats schuldig machte, wurde von den Franzosen als ‚nichtig' erklärt" - hieß es in einem schon 1924 erschienenen Buch, das noch sehr vom nationalistischen „Zorn und Eifer" des Kampfes gegen die Rheinstaatsbestrebungen geprägt war.[98]

Schließlich musste noch die Reparationsfrage, die letztlich die ganze Krise verursacht hatte, geklärt werden. Im Januar 1924 trat in Paris ein Ausschuss der Reparationskommission unter dem Vorsitz des amerikanischen Bankiers Charles Dawes zusammen, die den nach ihrem Vorsitzenden benannten Plan für eine geregelte, von Deutschland zu bewältigende Zahlungsweise (aber noch nicht für einen Abschluss der Zahlungen) erarbeitete und die nötigen Garantien[99] für Frankreich enthielt. Im Reichstag fanden die „Dawes-Gesetze" die Mehrheit, und nachdem dieser Stein weggeräumt war, war der Weg frei zur Räumung des Ruhrgebiets und zur Konferenz von Locarno, an der Deutschland als gleichberechtigter Partner teilnahm und die mit einer Reihe von Verträgen schloss, die die Sicherheit in Europa und insbesondere die Unverletzlichkeit der deutsch-französischen Grenze garantieren sollten.[100] Gegen die Stimmen der Rechtsparteien wurden die Verträge vom Reichstag ratifiziert. Sieben Jahre nach Kriegsende war wieder Vernunft in die internationalen Beziehungen eingekehrt.

Anschließend arbeitete eine Kommission unter der Leitung des amerikanischen Managers Owen D. Young den Plan aus, der endlich einen tatsächlichen Schluss-Termin[101] für die deutschen Zahlungen festsetzte. Obwohl damit auch das Ende der Besatzung in greifbare Nähe gerückt war, schlossen sich gegen den „Young-Plan" die nunmehr zur extremen Rechten tendierende DNVP, die NSDAP und die Weltkriegs-Veteranen-Organisation „Stahlhelm" zu einem „Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren" zusammen. Nach Art. 73 (2) WRV mussten 10% der Wahlberechtigten dem Volks*begehren* zustimmen, damit es zum Volks*entscheid* kam.

---

[97] Allgemeiner Anzeiger 5. 12. 1923. – Hervorhebung im Original.

[98] SPRINGER 1924, S.137. – Der Autor geht beispielsweise über den rechtsterroristischen Mord an Heinz rasch hinweg und erwähnt die Lynchjustiz an den Separatisten in Pirmasens überhaupt nicht. – Wie die Laufbahn des Amtsgerichtsrats Braukmann weitergegangen ist, konnte nicht ermittelt werden; im LHA Koblenz findet sich keine Personalakte.

[99] Unter anderem wurde die Reichsbahn in eine Gesellschaft umgewandelt, die für ihr auferlegte Obligationen Zinsen in den Reparationstopf zu zahlen hatte. ERDMANN 1983, S. 200

[100] Die Außenminister Frankreichs und Deutschlands, Aristide Briand und Gustav Stresemann, erhielten für ihre Arbeit den Friedensnobelpreis 1926.

[101] Durch den Ausbruch der Weltwirtschaftkrise (s. u. S. 404 ff) wurde der Plan überholt – die deutschen Zahlungen endeten schon 1932 mit dem Abkommen von Lausanne.

Auf Reichsebene wurde dieses Quorum erreicht, in Meisenheim trugen sich von 1272 Stimmberechtigten ganze acht (!) ein. Einen Grund für dieses Ergebnis kann man in der folgenden Anzeige erblicken, die am 22. Oktober 1929 im Allgemeinen Anzeiger erschien:

„Gegen das Volksbegehren. In einem Aufrufe an das deutsche Volk gegen das Volksbegehren haben aus dem ganzen Reiche bedeutende Persönlichkeiten …warnend ihre Stimme erhoben und dabei …die Gefahren des Volksbegehrens dargestellt. Für die Bewohner des Kreises Meisenheim, die in ihrem eigensten Leben von der deutschen Geschichte der letzten 11 Jahre betroffen sind, bedarf es keiner Aufklärung darüber, daß die Politik der Verständigung die einzig mögliche und zum Ziele führende ist und daß die Grundlagen und Ziele des Volksbegehrens gänzlich verfehlte sind.

Wenn das Volksbegehren Gesetz würde, wäre neben der zu erwartenden inneren Spaltung und Zerrissenheit des deutschen Volkes und einer Gefährdung des Reiches es gerade unsere Heimat, die um die Segnungen und Erfolge der bisherigen Verständigungspolitik gebracht würde.

Deshalb, rheinische Frauen und Männer, wendet Euch mit aller Kraft gegen das Volksbegehren und gebt ihm nicht Eure Unterschrift!“[102]

Es folgten 32 Namen von Personen des öffentlichen Lebens aus Orten im Verbreitungsgebiet des Allgemeinen Anzeigers, darunter aus Meisenheim die Stadtratsmitglieder Bonnet, Feickert, Gillet, Dr. Krüger, die Lehrer Hoppstätter (Schreiber der Schulchronik), Martin und Spenner sowie der amtierende und der ehemalige Bürgermeister, Schaffner und Spindler. Der Volksentscheid am 22. Dezember 1929 hatte keinen Erfolg[103] - in Meisenheim gab es ganze 92 Ja-Stimmen (7,2%).[104]

Damit war die Reparationsfrage endlich geregelt, und am 30. Juni 1930, fünf Jahre früher als ursprünglich vorgesehen, verließen die letzten Besatzungstruppen das Rheinland. Hauptlehrer Hoppstätter hielt in der Schulchronik fest:

„Befreiungsfeier. Da am 30. Juni die französischen Besatzungstruppen das Rheinland, Rheinhessen und die Rheinpfalz verließen, fand, wie überall, auch in Meisenheim eine Befreiungsfeier statt. Um 23 ½ Uhr wurden die Häuser der Stadt festlich illuminiert, und auf dem Schloßplatz versammelten sich die Einwohner. Während auf den Felsen ein mächtiges Freudenfeuer aufloderte, hielt Bürgermeister Dr. Spindler eine Ansprache. Darauf zog ein Fackelzug durch die Stadt.

Am 1. Juli vorm. 10 Uhr haben sich die Schulen des Kreises zu einer gemeinsamen Feier am Jahrhundert-Gedenkstein in Hundsbach zusammengefunden. Abends fand noch eine Befreiungsfeier auf dem Karlsberg statt.“[105]

---

[102] Allgemeiner Anzeiger 22. 10. 1929

[103] Da der von den Rechtspartien vorgelegte Gesetzentwurf verfassungsändernden Charakter hatte, war eine Zustimmung von 50% der Wahlberechtigten (d. h. rund 21 Millionen Ja-Stimmen) erforderlich, es gab aber nur 5,8 Millionen.

[104] Im ganzen Kreis gab es allerdings 1832 Ja-Stimmen von 8819 Stimmberechtigten (20,8%) – im Reich: 13,8%.

[105] SCHULCHRONIK II, S. 118

Im September 1924 waren fast alle Ausgewiesenen nach Meisenheim zurückgekehrt, seit November fuhr die Eisenbahn wieder unter deutscher Leitung, Eingriffe der Besatzungsmacht in die Verwaltung fanden kaum noch statt. Der linksrheinische Alltag verlief nun ruhiger und teilte wieder „Freud und Leid mit Preußen" und dem Reich. Aber selbstverständlich hatten die Meisenheimerinnen und Meisenheimer auch vorher schon immer „über den Rhein" geschaut – als nach der Ermordung Außenminister Walter Rathenaus durch rechte Terroristen am 24. Juni 1922 in ganz Deutschland republikanische Kundgebungen stattfanden, protestieren die Einwohner Meisenheims[106] ebenfalls gegen die Feinde der Demokratie, und auch der dritte Geburtstag der Republik wurde gefeiert: „Der Tag, an dem vor 3 Jahren zu Weimar das Deutsche Reich seine neue Verfassung erhielt, wurde nun in unserem Städtchen in recht würdiger Weise begangen. Am Freitag, 11. 8. fand unter Beteiligung der hies. Gesangvereine und des Musikvereins im Saale des ev. Gemeindehauses eine gemeinsame Feier statt, in der Herr Landrat Schwebel die Festrede hielt. Viele Häuser trugen an diesem Tage Flaggenschmuck."[107]

Der Landrat war dann bei der Feier verhindert – statt seiner hielt Bürgermeister Schaffner „eine zu Herzen gehende Ansprache…die mit einem Hoch auf das deutsche Vaterland und die deutsche Republik schloß",[108] deren Inhalt aber leider nicht überliefert ist. Um Missverständnisse bei der Beflaggung zu vermeiden, hatte der zur Feier ladende Landrat zuvor an den Einladungstext sicherheitshalber angefügt: „Gestattet sind die geltenden Reichs-, sowie sämtliche Landes-, Provinzial- und Stadtfarben. Nicht gestattet sind die alten Reichsfarben schwarz-weiss-rot."[109] So ganz sicher verankert war die Idee der schwarz-rot-goldenen Republik wohl noch nicht. Die Haltung der evangelischen Kirche in diesem Zusammenhang haben wir schon erwähnt.

So, wie man für die Niederlage im Krieg und die Lasten des Versailler Vertrages die Revolution verantwortlich machte, so schob man der Republik die Schuld für die Inflation und damit die Entwertung des für die Alterssicherung Ersparten vieler Mittelständler in die Schuhe. Die Auseinandersetzung mit den Separatisten hatte bei vielen Menschen aggressiv-nationalistische Einstellungen hervorgerufen; dennoch war die Rede, die Bürgermeister Schaffner anlässlich der Einweihung des Kriegerdenkmals am 2. November 1924 hielt, ganz frei von kriegerischen Tönen, nur getragen von Gefühlen „des Dankes, der Trauer, der Wehmut."[110] In der Beamtenschaft und in bildungsbürgerlichen Kreisen besonders war eine mit der demokratischen Republik schwer vereinbare Hohenzollern-Nostalgie verbreitet. Nachdem am 11. April 1921 die Gemahlin Wilhelms II., Auguste Viktoria, in Doorn in den Niederlanden gestorben war, baute Pfarrer Weber „Worte des Dankes und der tiefsten Verehrung"[111] für die Verstorbene in seine Predigt zum 400. Jahrestag des Reichs-

---

[106] SCHWINDT 2004, S. 40
[107] SCHULCHRONIK II, S. 53
[108] Allgemeiner Anzeiger 12. 8. 1922,
[109] Allgemeiner Anzeiger 8. 8. 1922
[110] Allgemeiner Anzeiger 4. 11. 1924
[111] SCHULCHRONIK II, S. 10

tages zu Worms ein, in der er im übrigen Luthers religiöse Standhaftigkeit zu einem nationalistischen Vorbild uminterpretierte.[112] Dagegen war der Tod des Reichspräsidenten Friedrich Ebert den Geistlichen keine Erwähnung im Gottesdienst wert,[113] wenn auch am Tage seiner Beisetzung von allen Kirchen die Glocken 15 Minuten lang läuteten. Die Arbeiter legten ebenfalls für eine Viertelstunde die Arbeit nieder.[114]

Aber die nüchtern-vernünftige und betont glanzlose Republik machte es den Menschen auch nicht gerade leicht, sich mit ihr zu identifizieren. An einer eher anekdotischen Begebenheit lässt sich das recht gut ablesen: Der Geburtstag des Kaisers war jedes Jahr in den Schulen gefeiert und in der Meisenheimer Schulchronik war regelmäßig vermerkt worden: „Zu Erinnerung an diesen Tag erhielt jedes Kind eine Bretzel". Das war ein so fester Brauch, dass selbst sein Fortfall ausdrücklich registriert wurde. Im Kriegsjahr 1916 hieß es: „Wegen Mangel an Mehl konnte den Kindern diesmal die sonst übliche Kaiserbretzel nicht verabreicht werden. Dafür erhielt aber jedes Kind ein Büchlein über den Weltkrieg."[115]

Dieses obrigkeitsfromme Ritual wurde nach der Revolution nicht wieder eingeführt, (was sollte man von einem Staat halten, der nicht einmal bereit und in der Lage war, den Schulkindern zum Geburtstag des Staatsoberhauptes Bretzeln zu spendieren?), bis die Deutschen den Exponenten der untergegangenen Monarchie, den kaiserlichen Generalfeldmarschall von Hindenburg eher zum „Ersatzkaiser" als zum Präsidenten *der Republik* wählten. Zu dessen 80. Geburtstag vermerkte die Schulchronik dann wieder:

„Hindenburgfeier. Am 3. Oktober wurde der Geburtstag unseres Reichspräsidenten von Hindenburg in den Schulen gefeiert. Nach der Feier wurden die Kinder mit großen Bretzeln beschenkt, und es war unterrichtsfrei."[116]

Der Kandidat Hindenburg war erst im zweiten Wahlgang[117] aufgetreten. Im ersten Wahlgang hatten noch alle großen politischen Parteien eigene Kandidaten aufgestellt, wobei sich DNVP und DVP auf den Oberbürgermeister von Duisburg, Karl Jarres, als Kandidaten der bürgerlichen Rechten geeinigt hatten. Die Meisenheimer (und nun auch die Meisenheimerinnen), die im Kaiserreich in der Regel den freikonservativen und nationalliberalen Kandidaten zur Mehrheit verholfern hatten (s. o. *Im Deutschen Kaiserreich*), orientierten sich bei der ersten direkten Präsidentenwahl[118] an der Tradition. Das Ergebnis des ersten Wahlgangs am 29. 3. 1925:[119]

---

[112] ebenda

[113] ebenda, S. 79

[114] SCHWINDT 2004, S. 98

[115] SCHULCHRONIK I, S. 128

[116] SCHULCHRONIK II, S. 99

[117] Um gewählt zu sein, benötigte ein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Kam diese nicht zustande, gab es einen zweiten Wahlgang, in dem die relative Mehrheit ausreichte.

[118] Friedrich Ebert war noch von der Nationalversammlung zum Staatsoberhaupt gewählt worden.

[119] Prozentanteil der abgegeben Stimmen in der Stadt Meisenheim, im Kreis und im ganzen Reich berechnet nach den Angaben im Allgemeinen Anzeiger.

Reichspräsidentenwahl, 1. Wahlgang 29. 3. 1925	Stadt Meisen-heim	Kreis Meisen-heim	Reich
Otto Braun *(SPD)*	15,1%	11,8%	29,1%
Heinrich Held *(BVP)*	--	--	3,7%
Willy Hellpach *(DDP)*	11,7%	4.2%	5,8%
Karl Jarres *(DNVP, DVP))*	55,6%	67,2%	38,8%
Erich Ludendorff *(völkisch)*	0,1%	0,4%	1,1%
Wilhelm Marx *(Zentrum)*	16,0%	15,3%	14,5%
Ernst Thälmann *(KPD)*	1,3%	1,9%	7,0%

Das war, nimmt man die Stimmen für Braun, Hellpach und Marx *im Reich* zusammen, fast eine Mehrheit (49,4%) für die „Weimarer Koalition". Die Meisenheimerinnen und Meisenheimer gaben deren Exponenten allerdings nur zu 42,8% ihre Stimmen; wäre es nach ihnen gegangen, wäre der Duisburger Oberbürgermeister im ersten Wahlgang mit sehr deutlichem Vorsprung – in den Dörfern des Kreises *noch* deutlicher als in der Stadt - gewählt worden. Für den zweiten Wahlgang am 26. 4. einigten sich die Parteien der „Weimarer Koalition"[120] auf den Zentrumspolitiker Wilhelm Marx, die Kommunisten kochten weiter ihr eigenes Süppchen, die Rechte suchte und fand nun in dem „Weltkriegshelden" Hindenburg eine angeblich überparteiliche Integrationsfigur und hatte Erfolg damit:

2. Wahlgang 26. 4. 1925	Stadt Meisenheim	Kreis Meisenheim	Reich
Paul von Hindenburg	68,9%	78,4%	48,6%
Wilhelm Marx	29,4%	20,2%	45,5%
Ernst Thälmann	1,2%	0,9%	5,9%

Man erkennt beim Vergleich beider Wahlgänge, wie der „Hindenburg-Mythos" in Stadt. Kreis und Reich gleichermaßen, aber in der Stadt Meisenheim relativ am stärksten (+ 13,3 Prozentpunkte) seine Wirkung entfaltet hat.[121]

Vergleicht man die Ergebnisse der Reichstagswahlen[122] in Stadt und Kreis Meisenheim mit denen im Deutschen Reich insgesamt, so werden ebenfalls Gemeinsamkeiten und Unterschiede erkennbar:

Nationalversammlung 19. Juni 1919	Stadt	Kreis	Reich
Wahlbeteiligung[123]	88,6%	75,4%	83,0%
USPD	---	3,1%	7,6%
SPD	21,6%	8,9%	37,9%
~~DDP~~ [124]	***	5,0%	18,6%

[120] SPD, Zentrum, DDP – also die (Nachfolge-)Parteien der Friedensresolution von 1917.

[121] Zur Wiederwahl Hindenburgs 1932 unter den ganz anderen Rahmenbedingungen in der Wirtschafts- und Staatskrise seit 1929/30 s. u. S. 413 f

[122] Quellen der Zahlen: für das Reich: **Kaack**, Heino: Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems. Opladen 1971; für Stadt und Kreis bzw. Amt berechnet nach den Angaben im Allgemeinen Anzeiger

[123] Bei den mit * bezeichneten Daten der Wahlbeteiligung war die Zahl der Wahlberechtigten nicht zu ermitteln, die %-Anteile sind daher nach den Zahlen der vorausgegangenen bzw. folgenden Wahlen errechnet.

Zentrum	15,2%	13,0%	19,7%
DVP + DDP	49,4%	16,1%	4,4%
DNVP	13,8%	47,6%	10,3%

1. RT 6. Juni 1920	Stadt	Kreis	Reich
Wahlbeteiligung*	81,2%	67,2%	79,2%
USPD + KPD[125]	3,7%	3,3%	20,0%
SPD	13,5%	9,5%	21,7%
DDP	15,4%	5,4%	8,3%
Zentrum+ BVP	14,4%	13,9%	17,8%
DVP	39,1%	17,2%	13,9%
DNVP	13,9%	50,8%	15,1%

2. RT 4. Mai 1924	Stadt	Kreis	Reich
Wahlbeteiligung*	66%	74%	77,4%
KPD	4,8%	3,6%	12,6%
SPD	16,5%	11, %	20,5%
DDP	17,1%	5,2%	5,7%
Zentrum+ BVP	2,9%	14, %	16,6%
DVP	27,4%	27, %	9,2%
DNVP	11,6%	34, %	19,5%
Völkische	5,1%	1,5%	6,5%

3. RT 7. Dez. 1924	Stadt	Kreis	Reich
Wahlbeteiligung	69,9%	69,7%	78,8%
KPD	5,0%	2,2%	9,0%
SPD	14,7%	10.9%	26,0%
DDP	15,0%	4,7%	6,3%
Zentrum+ BVP	13.7%	14,4%	17,4%
DVP	28,3%	9,8%	10,1%
DNVP	15,7%	12,0%	20,5%
(NSDAP)	--	--	3,0%

4. RT 20. Mai 1928	Stadt	Kreis	Reich
Wahlbeteiligung*	69,1%	71,0%	75,5%
KPD	3,2%	1,9%	10,6%
SPD	16,8%	14,4%	29,8%
DDP	5,1%	1,6%	4,9%
Zentrum+ BVP	12,8%	14,5%	15,2%

[124] In Meisenheim hatten DVP und DDP einen gemeinsame Liste aufgestellt.

[125] Die KPD nahm an den Wahlen zur Nationalversammlung nicht teil. Die USPD spaltete sich 1921 – der linke Flügel ging zur KPD und machte diese erst zur Massenpartei, der rechte Flügel ging zur SPD zurück.

DVP	37,1%	10,3%	8,7%
DNVP	10,6%	3,0%	14,2%
NSDAP	2,7%	6,0%	2,6%

Die Wahlbeteiligung lag bei den beiden ersten Wahlen generell hoch, in der Stadt Meisenheim noch höher als im Reichsdurchschnitt. Bei den nächsten drei Wahlen (bis 1928; die Wahlen von 1930 – 1933 fanden unter ganz anderen Rahmenbedingungen statt, s. u. *Weltwirtschaftskrise und die Folgen*) war sie ein wenig geringer als im Reichsdurchschnitt. Die Vorkriegs-Tradition der nationalliberalen und freikonservativen Orientierung der Wähler dominierte zunächst die Wahlentscheidung offenbar auch der Meisenheimer*innen*: Die Nachfolgeparteien DVP und DNVP waren anfangs eindeutige Favoriten. Dabei war in der Stadt das *liberale* Erbe der Nationalliberalen zunächst viel stärker, auf dem Lande dagegen das *national-konservative*.

Dass die beiden Parteien der Arbeiterbewegung (SPD[126] und KPD[127]) in Kreis und Stadt Meisenheim immer deutlich schwächer abschnitten als im Reich, verwundert im handwerklich-mittelständisch und bäuerlich geprägten Umfeld nicht. Bemerkenswert ist aber, dass *beide* liberalen Parteien (auch die linksliberale DDP, nicht nur die nationalliberale DVP) bei den städtischen Wählern bis 1928 immer deutlich über dem Reichsdurchschnitt lagen; erst 1928 konzentrierte sich offenbar die liberale Wählerschaft bei der DVP und leitete damit (das wiederum im Einklang mit dem Reichstrend) den Niedergang des Linksliberalismus ein. Die auf ihrem rechten Flügel ziemlich nationalistische DVP deckte offenbar in Meisenheim und Umgebung einen Teil des Meinungsspektrums ab, das sonst der DNVP zugute kam. Letztere wiederum blieb seit 1924 unter dem Reichsergebnis. Ein böses Erbe des antisemitischen Bundes der Landwirte (s. o.) zeigte sich im weit überdurchschnittlichen Ergebnis der NSDAP auf den Dörfern schon 1928 – mehr als das Doppelte des Reichsdurchschnitts! Erstaunlich wirkt das gute Abschneiden der Zentrumspartei im überwiegend evangelischen Kreis Meisenheim – seit 1924 blieb sie nur wenig unter dem Reichsergebnis. Im Kreisgebiet kamen die Stimmen fast ausschließlich aus Lauschied und Merxheim – ersteres mit mehrheitlich katholischer Bevölkerung,[128] letzteres mit zumindest weniger Protestanten als im Kreisdurchschnitt. Das Ergebnis für die Stadt Meisenheim lässt sich damit allerdings nicht erklären; möglicherweise wurde das Zentrum, das bis 1932 an *jeder* Reichsregierung beteiligt war, als besonders zuverlässig angesehen. –

Die Menschen im Rheinland versuchten, in der schwierigen Nachkriegszeit ihren Willen zur Selbstbehauptung und zur weiteren Zugehörigkeit zum deutschen Reich, so gut es unter den gegebenen Umständen ging, zu artikulieren. Diesem Zwecke dienten auch zwei Ausstellungen – die Meisenheimer Heimatausstellung 1922 und die zur „Jahrtausendfeier der Rheinlande“ 1925.

---

[126] Der SPD-Ortsverein Meisenheim gibt als sein Gründungsjahr 1919 an (mündliche Auskunft 14. 9. 2009)

[127] Eine KPD-Ortsgruppe wurde erst im November 1930 gegründet, sie scheint aber schon im Frühsommer 1932 ihre Aktivitäten eingestellt zu haben. SCHWINDT 2004, S.66

[128] PFALZATLAS I, Karte 78

Die Idee[129] zur Heimatausstellung war auf einer Versammlung des Meisenheimer Geschichts- und Altertumsvereins Ende 1921 entstanden, sie sollte Landschaft, Tier- und Pflanzenwelt der Glan-Region zeigen, die künstlerischen und handwerklichen Leistungen des regionalen Gewerbes vorführen und besonders die Bedeutung Meisenheims als zeitweilige Residenzstadt des Herzogtums Pfalz-Zweibrücken im Kontext der *deutschen* Geschichte herausstellen. Die Ausstellung fand vom 25. Juni – 9. Juli 1922 statt. Ausstellungsgebäude war das evangelische Gemeindehaus, doch gab es auch ein Begleitprogramm mit Vorträgen, Musik- und Theateraufführungen im Schwinnschen Saal, Führungen wurden auch für Schulklassen angeboten.

„Die in Meisenheim veranstaltete Heimatausstellung verfehlte ihre Anziehungskraft nicht. Besucher aus allen Orten der näheren und weiteren Umgebung trafen täglich zum Besuch der Ausstellung hier ein. Freunde der Kunst und des ehrbaren Handwerks ließen es sich nicht nehmen, die Reise nach dem alten Meisenheim zu machen. […] ‚Eine ganz besondere Stelle nehmen die reichen Erinnerungen an die herzoglich Pfalz-Zweibrückische und landgräflich hessische Zeit ein. Hier gibt die Tatsache, daß Meisenheim als Stätte einer großartigen Fürstengruft und Sitz eines herzoglichen Residenzschlosses sich stets besonderer Gunst seiner Herzöge erfreuen durfte, der Ausstellung ein besonderes Gepräge. Denkende und kundige Ausstellungsbesucher müssen zu dem geschichtlich begründeten Werturteil gelangen: Wenige Städte von der Größe Meisenheims können auf eine so reiche, viele Jahrhunderte alte Kultur zurückblicken wie diese Stadt, wo seit Ende des Mittelalters stets erlauchte Geister, gesinnungstüchtige Beamte, alte gediegene Familien rechtschaffener Bürger, tüchtige und schaffensfreudige Handwerker sich um Thron und Hof trefflicher Fürsten scharten und in edler Arbeitsgemeinschaft mit diesen wahren Landesvätern vorbildlich dem Besten dienten'."[130]

Im Jahre 925 unterstellte sich Giselbert, der Herzog von Lothringen, dem Römischen König Heinrich I. aus dem Geschlecht der sächsischen Liudolfinger.[131] Dieses Ereignis war in den folgenden 995 Jahren außerhalb des Kreises der Mediävisten wenig bekannt, es bildete aber weitere fünf Jahre später den willkommenen Aufhänger, um die Verbundenheit der Rheinlande mit dem Deutschen Reich zu demonstrieren. „Die von der Besatzungsmacht ungern gesehenen … Veranstaltungen aus Anlaß der Jahrtausendfeier"[132] fanden an zahlreichen Orten statt; im Mittelpunkt stand eine große Ausstellung rheinischer Kunst in Köln, auf der auch ein

---

[129] Ob und inwieweit die Idee der Ausstellung eine Antwort auf die von Frankreich in Wiesbaden gezeigte Ausstellung französischer Kunst war, wird sich nicht mehr feststellen lassen. Es ist aber wahrscheinlich, dass man auch in Meisenheim bestrebt war, der werbenden Offensive der französischen Kulturpolitik etwas entgegenzusetzen. Vgl. hierzu: **Brunn**, Gerhard: Französische Kulturpolitik in den Rheinlanden nach 1918 und die Wiesbadener Kunstausstellung des Jahres 1921, in: Hüttenberger/Molitor: Franzosen am Rhein 1789 – 1918 – 1945. Essen 1989, S. 219 - 241

[130] SCHULCHRONIK II, S. 48 ff – Das Zitat hat Hauptlehrer Frech aus der Besprechung in der Ludwigshafener „Pfälzischen Rundschau" übernommen.

[131] **Keller**, Hagen / **Althoff**, Gerd: Die Zeit der späten Karolinger und der Ottonen. Krisen und Konsolidierungen 888 – 1024. (= Gebhard[10] Bd.3) Stuttgart 2008, S. 127

[132] FABER 1976, S. 437

Gipsabguss des Grabmals für Herzog Wolfgang und seine Gemahlin Anna gezeigt wurde. Der „Allgemeine Anzeiger“ berichtete:

„Es dürfte für viele Freunde unseres Städtchens […] von großem Interesse sein, zu hören, daß z. Zt. das Grabdenkmal des Herzogs Wolfgang von Pfalz-Zweibrücken und seiner Gemahlin Anna, ein Werk des berühmten Bildhauers Johann von Trarbach, […] von kunstsachverständiger Hand im Auftrage des kunsthistorischen Instituts in Bonn und des Vereins für Provinzialdenkmalpflege der Rheinprovinz in Gips abgenommen wird. Es soll an hervorragender Stelle auf der Kunstausstellung zu Köln, die gelegentlich der 1000jährigen Jubelfeier der Zugehörigkeit der Rheinlande zu Deutschland veranstaltet wird, zur Aufstellung gelangen. […] Wir Meisenheimer […] sind stolz darauf, daß das beste Werk, das aus der Hand des Meisters Johann hervorging, …für die Ausstellung in allererster Linie ausgewählt wurde. […] Die in Köln ausgestellte Copie des Herzog-Wolfgang-Denkmals wird sicherlich manchen Kunstsachverständigen veranlassen, mit Gleichgesinnten nach Meisenheim zu kommen, um seinen Augen an dem Original zu erfreuen und sich unser altes Städtchen mit Interesse anzusehen.“[133]

„Mit Politik kann man keine Kultur, mit Kultur aber Politik machen“ – mit diesem dem späteren Bundespräsidenten Theodor Heuß zugeschriebene Ausspruch lassen sich die Absichten und Unternehmungen der Meisenheimer in diesem Zusammenhang ganz gut zusammenfassen. Die Gründung des bereits erwähnten Geschichts- und Altertumsvereines im Jahre 1920[134] ist sicher nicht nur mit kultur*politischen* Motiven zu erklären; das Bedürfnis, sich nach Krieg, Revolution und Besetzung der eigenen Identität zu versichern, dürfte aber ein wesentliches Motiv gewesen sein. Der Verein begann seit Oktober 1921 ein „Heimatblatt für den Kreis Meisenheim und das untere Glantal“ herauszugeben, das einmal monatlich als Beilage zum Allgemeinen Anzeiger erschien.[135] Ostern 1925 schließlich wurde in Meisenheim ein Heimatmuseum[136] gegründet. Eine der treibenden Personen bei allen drei Vorhaben war Philipp Hassinger, der nach seiner Zeit als Berufssoldat in seine Geburtsstadt Meisenheim zurückgekehrt war und allgemein als ‚Major Hassinger’ tituliert wurde.[137] Allerdings mussten sowohl das Museumsprojekt als auch das Heimatblatt im Jahre 1929 aus Kostengründen wieder eingestellt werden.

Die Zeit der Weimarer Republik war auch die Zeit einer Modernisierung,[138] die fast alle Lebensbereiche erfasste. In der Sozialstruktur, im Generationen- und Geschlechterverhältnis, in Wissenschaft, Technik und Wirtschaft, in Mobilität und Massenkommunikation erlebte Deutschland eine Epoche beschleunigten Wandels, der von den großstädtisch-industriellen Zentren ausging, sich aber auch in Meisenheim, in sozusagen maßstäblicher Verkleinerung, auswirkte.

Hatte die Stadt sich vor dem Krieg langsam an den drei von den Stadttoren vorgegebenen „Entwicklungsachsen“ entlang ausgedehnt, so entstand nach dem Krieg

---

[133] Allgemeiner Anzeiger 2. Mai 1925

[134] SCHULCHRONIK II, S. 7

[135] ebenda, S. 18 f

[136] ebenda S. 87

[137] LURZ 1985, S. 83

[138] Vgl. hierzu **Peukert,** Detlev J. K.: Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne. Frankfurt/M 1987 [PEUKERT 1987]

das erste planmäßig angelegte Neubaugebiet im Karree Lindenallee – Herzog-Wolfgang-Straße – Warthstraße – Am Obertor. Die Stadt hatte, um Spekulationen vorzubeugen,[139] das landwirtschaftliche Areal im Ganzen erworben, parzelliert und mit Strom- und Wasserversorgung und Kanalisation, die Ende des Jahrzehnts auch die Altstadt erreichten, bis 1926 schrittweise erschlossen. Die ersten Gebäude entstanden schon 1922/23. Neben privaten Bauherren errichtete auch die öffentliche Hand Bauten. An der Ecke zur Lindenallee (Nr. 2) wurde eine Unterkunft für die französische Gendarmerie gebaut (Amtsräume sowie Wohnräume für drei Beamte und ihre Familien). Bis zur Fertigstellung des Neubaus waren die Gendarmen im Rischmannschen Haus in der Amtsgasse untergebracht gewesen. Allerdings wurde der Gendarmerieposten bald darauf nach Kirn verlegt, so dass fünf Meisenheimer Familien als Mieter in die Herzog-Wolfgang-Straße 2 einziehen konnten.[140]

„Weimarer Architektur": Das Gebäude der der ehemaligen Landwirtschaftsschule in der Herzog-Wolfgang-Straße 9

[139] LURZ 1987, S. 109
[140] SCHULCHRONIK II, S. 71 f

Etwa gleichzeitig erhielt die 1908 gegründete „Landwirtschaftliche Winterschule“, die bisher Räume in der Lateinschule nutzte, einen Neubau (Herzog-Wolfgang-Straße. 9). Das reizvolle Gebäude entstand mit Hilfe von Freunden und ehemaligen Schülern der Schule, die „durch Geldmittel und tatkräftige praktische Mitarbeit beim Ausschachten und Herbeischaffen des Baumaterials“[141] die Arbeiten unterstützten. Neben dem Unterricht (zwei Winter-Semester von November bis März mit 30 Wochenstunden)[142] bot die Schule auch Beratung in allen mit der Landwirtschaft zusammenhängenden Fragen an. Seit der Zeit des Merkantilismus und des Kammerdirektors Schimper (s. o. *Merkantilistische Politik*) galt der Zucht des Glanviehs besondere Aufmerksamkeit. Als Zuchtziel, dem die Beratungstätigkeit u. a. gewidmet war, wurde angegeben: „Ein einfarbig gelbes, mittelschweres, frohwüchsiges und futterdankbares Tier mit viel Breite und Tiefe, auf kräftigem, korrektem Fundament mit räumendem Gang, fruchtbar, langlebig und widerstandsfähig gegen die Schäden der Stallhaltung.“[143]

Katasteramt (1927) und Krankenkasse (1929)[144] waren weitere öffentliche Gebäude, die mit den Wohnbauten zu einem Ensemble zusammenwuchsen, das dem heutigen Betrachter einen guten Eindruck von Stil und Baugesinnung der Zwanzigerjahre des vorigen Jahrhunderts vermittelt: Der historistische Protz, der manchen Bauten der wilhelminischen Ära das Aussehen von gotischen Ritterburgen zu verleihen suchte, ist ganz verschwunden; die Gebäude sind von einer gutbürgerlichen Bescheidenheit, deren ästhetische Eleganz sich oft erst dem zweiten Blick erschließt.

„Weimarer Architektur“: Die Genossenschaftsmolkrei

[141] **Soehring**, Dr.: 50 Jahre Landwirtschaftsschule und Beratungsstelle Meisenheim 1908 – 1958. Meisenheim 1958, S. 19
[142] ebenda, S. 27
[143] ebenda, S. 67
[144] LURZ 1987, S. 109; SCHULCHRONIK II S. 124

Entlang der Raumbacher Straße, des Heimbacher Weges und des Güterbahnhofs entwickelte sich, ganz allmählich nach Norden wachsend, ein Gewerbegebiet, dessen Areal bis nach dem Zweiten Weltkrieg Raum bot für Betriebe, denen es in der Altstadt zu eng geworden war, sowie für neu angesiedelte oder gegründete Firmen. Zu den ersten gehörte die Möbelfabrik Gebr. Becker (1928),[145] die aus einer Schreinerwerkstatt in der Altstadt (seit 1826) hervorgegangen war, und die Molkereigenossenschaft,[146] deren Gebäude mit dem noch vorhandenen eindrucksvollen Schornstein gegenüber dem Bahnhof 1929 errichtet wurde.

Darüber, von welcher Größe und von welcher technischen Ausstattung an man einen Betrieb als „Fabrik" bezeichnen sollte, lässt sich streiten. Für das letzte der 1920er Jahre, unmittelbar vor Ausbruch der Weltwirtschaftskrise, stellte Wilhelm Hoppstätter die folgende Liste zusammen:

„Fabriken. Ende dieses Jahres befanden sich in Meisenheim folgende Fabrikbetriebe:

Bierbrauerei A. Bonnet + Co. – Dampfziegelei, Friedr. Wilhelm - Möbelfabrik Gebr. Becker - Gerberei, Gebr. Andres - Mälzerei, Akt. Ges. – Sägewerk K. Laubenheimer (Wasserkraft) - Sägewerk Lettermann (Motor) - Elektrizitätswerk (1 Turbine) Rhein-Nahe-Kraftversorgung A.G."[147]

Warum der Chronik-Schreiber die „Meisenheimer Elektrobau-Anstalt"[148] von Adolf Conrad, 1919 gegründet, und den Vulkanisierbetrieb von Heinrich Maurer[149] (1926) nicht als Fabriken ansah, wird sich wohl nicht mehr klären lassen.

Die allmähliche Belebung der wirtschaftlichen Tätigkeit ließ auch den Verkehr zunehmen, der jetzt kaum mehr mit Pferdefuhrwerken bewältigt wurde. Für LKWs war die Glanbrücke vor dem Untertor natürlich nicht ausgelegt; Juli/August 1925 wurden ihre Fundamente mit Beton verstärkt. In diesem Jahr waren in Meisenheim 4 Last- und 13 Personenwagen sowie 13 Motorräder angemeldet;[150] zwei Jahre später waren es 10 Personenwagen mehr.[151] Man kann sich vorstellen, dass der Lärm in den engen Straßen Meisenheims als sehr unangenehm empfunden wurde, zumal noch kaum Straßen asphaltiert waren. Auch über die gewaltigen Staubwolken, die die Autos infolgedessen im Sommer hinter sich herzogen, wurde geklagt.

Schließlich sei noch ein weiteres Element der Beschleunigung des Alltags genannt: der Rundfunk, der das Weltgeschehen fast gleichzeitig mit den Ereignissen berichten konnte, jedenfalls viel schneller war als die Zeitung mit ihren noch sehr langen Produktionszeiten. Das Radioverbot im besetzten Rheinland wurde 1926 von der Besatzungsmacht aufgehoben, und kurz darauf gab es in Meisenheim 40 „Empfangsanlagen",[152] vier Jahre darauf waren es schon dreimal so viele.[153]

---

[145] HEIMATCHRONIK, S. 428 f

[146] **Mosaik.** Schülerzeitschrift am Paul-Schneider-Gymnasium: 650 Jahre Stadt Meisenheim. Meisenheim Juni 1965, S. 37 (ohne Autorenname)

[147] SCHULCHRONIK II, S. 124

[148] HEIMATCHRONIK, S. 429

[149] ebenda, S. 430

[150] SCHULCHRONIK II, S. 87 f

[151] ebenda, S. 99

[152] ebenda, S. 101

[153] ebenda, S. 125.

In der Weimarer Zeit empfanden auch die Menschen außerhalb der großen Ballungsgebiete, dass das Leben nicht mehr ruhig und gleichmäßig dahinlief wie im 19. Jahrhundert, sondern raschen Veränderungen unterworfen war. Eine der möglichen Reaktionen war, sich der Vergangenheit (von der die meisten sehr wohl wussten, dass es keine „gute alte Zeit“ gewesen war) durch ihre Pflege zu versichern. Die Meisenheimer entdeckten, dass die Schönheit ihrer Stadt nichts Selbstverständliches war.

Ecke Obergasse / Amtsgasse: verputzt und mit freigelegtem Fachwerk (li: KMZ KH)

„Altertümliche Häuser. Im Laufe der letzten Jahre wurden mehrere altertümliche Häuser neu hergerichtet, der Verputz wurde entfernt und das Fachwerk freigelegt und bunt gestrichen, so daß sie jetzt eine Zierde der Stadt bilden. Es sind folgende Häuser:

Gasthaus zum Engel, Klenkertor Nr. 6 - Bäckerei R. Schmidt, Untergasse Nr. 54 - Landfried, Untergasse Nr. 12 - Ritterhaus …Obergasse Nr. 4 - Altes Pfarrhaus Obergasse Nr. 19 - Markthalle Am Markt Nr. 4.“[154]

Am 10. August 1929 feierte Meisenheim wie der Rest der Republik den zehnten Jahrestag der Weimarer Verfassung. „In zehn langen Jahren der Arbeit und des Wiederaufbaus hat das Werk von Weimar allen inneren und äußeren Stürmen standgehalten“,[155] konnte man feststellen, und diesmal war es auch nicht nötig auf die korrekten *republikanischen* Farben hinzuweisen. Der Tag wurde mit Musik und Sportveranstaltungen begangen; am Abend gab es eine Feier unter freiem Himmel auf dem Karlsberg, bei der der Rektor der Lateinschule Eduard Spenner eine kämpferisch-demokratische Festrede hielt, an deren Schluss er sich vom Krawall-Nationalismus der Rechtsparteien distanzierte :

[154] ebenda, S. 121
[155] Allgemeiner Anzeiger 10. 8. 1929

„[…] Freilich, unter einer funkelnden Kaiserkrone sich zu beugen war einfacher und bequemer, aber größer und würdiger und vornehmer ist doch das Volk, das sich unter selbst gegebene Gesetze beugt, die voll Geist, von seinem Geist und voll hehren Menschentums sind. Wie verehrt das große englische Volk seine Verfassung! Wie ehrt das mächtige amerikanische die seine! Ich glaube, es kommt die Zeit, wo das deutsche Volk auch seine Verfassung ehren und lieben wird.

So laßt uns denn zu unserer Verfassung stehen als zu unserem eigenen, selbstgegebenen Gesetz. So haben wir den Grund zu unserer Feier gelegt.

[…] Das Nationale versteht sich von selbst., und am meisten gerade für die, denen Keuschheit des Gefühls das laute Bekenntnis zur Nation von den Lippen bannt. Aber daß es sich von selbst versteht, ist nicht zum mindesten das Werk der Weimarer Verfassung. Die Gegner unseres neuen Staates, die sich mit uns so nachdrücklich zum Nationalen bekennen, sollten nie vergessen, daß erst der neue Staat breite Kreise, die dem alten Staat ausgestoßen und fremd gegenüberstanden, für den Staat und die Nation gewonnen hat.“[156]

In den nächsten drei Jahren allerdings, als die Wirtschaftskrise und ihre Folgen das Land fest im Griff hatten, war den Menschen nicht sehr nach Verfassungsfeiern zumute – Flaggenschmuck, immerhin, und ein paar Sportwettkämpfe, das war's.

Weltwirtschaftskrise und die Folgen

Am Freitag, dem 25. Oktober 1929 platzte an der New Yorker Börse eine gewaltige Spekulationsblase. Das Wachstum der US-amerikanischen Wirtschaft, getragen von der Automobil-, Elektro- und Filmindustrie, hatte die Aktienkurse jahrelang steigen lassen. Billiges Geld hatte es fast jedermann erlaubt, Aktien auf Kredit zu erwerben und die Schulden mit den Kursgewinnen zu tilgen. Als dann jeder fünfte Amerikaner ein Auto, fast jeder Haushalt einen Kühlschrank und ein Radiogerät besaß (vieles davon auf Raten gekauft), der Absatz stockte und die Aktienkurse geringfügig sanken, konnten zahlreiche Aktienkäufer ihre Kredite nicht mehr bedienen und mussten ihre Aktien mit Verlust verkaufen; die Kurse stürzten ab. Sehr viele Amerikaner verloren jählings ihren geborgten Wohlstand und wurden zahlungsunfähig, infolgedessen gerieten die Banken in die roten Zahlen, kündigten ihren Firmenkunden die Kredite, die Firmen mussten Arbeiter entlassen, die ihrerseits ihren Konsum einzuschränken gezwungen waren und damit weitere Arbeitsplatzverluste verursachten – eine rasende Abwärtsspirale begann sich immer schneller zu drehen.[157]

Die deutsche Wirtschaft wurde rasch und heftig in diesen Strudel gezogen. Da durch die Inflation ein sehr großer Teil der Geldvermögen vernichtet worden war, konnten die zur Modernisierung der deutschen Wirtschaft nötigen Mittel nicht in ausreichendem Umfang von inländischen Sparern zur Verfügung gestellt werden. Dafür strömte, angelockt durch im internationalen Vergleich sehr hohe Zinsen, amerikanisches Kapital nach Deutschland. Es handelte sich in der Regel um kurzfristige Kredite, die von den deutschen Banken allerdings häufig in langfristige Investitionen gesteckt wurden. Das ging gut, solange die Konjunktur in den USA günstig verlief und die Kredite bei Fälligkeit regelmäßig verlängert wurden – aber

[156] Allgemeiner Anzeiger 12. 8. 1929

[157] BLAICH 1985, S. 80 f

schon die geringste Stockung musste bei diesem System katastrophale Folgen haben,[158] wobei die wirtschaftliche Krise schon bald eine politische Krise nach sich zog.

Die Wahlen von 1928 (s. o. *Goldene Zwanziger?*) hatten der SPD einen großen Erfolg beschert (Steigerung von 131 auf 153 Abgeordnete) und insgesamt eine solide Mehrheit der republikanischen Parteien gebracht, Herrmann Müller (SPD) bildete eine Regierung der „Großen Koalition",[159] der es gelang, mit dem „Young-Plan" (s. o.) das leidige Reparationsthema abzuschließen. Doch bei dem dagegen angestrengten Volksbegehren wurde zum ersten Mal seit dem Ende der Nachkriegskrise die politisch-gesellschaftliche Kräftekombination sichtbar, die die Weimarer Demokratie zerstören sollte: das Bündnis zwischen dem altem Konservatismus und dem neuen aktivistischen Extremnationalismus.

„Der Kampf für den Volksentscheid war … eine willkommene Agitationsmöglichkeit für die Nationalsozialisten. Durch ihr Bündnis mit den Deutschnationalen wurden damals die Voraussetzungen geschaffen für den Einbruch der nationalsozialistischen Propaganda in die bürgerlichen Kreise und für den ersten großen Wahlerfolg der Nationalsozialisten im September des folgenden Jahres. Der Volksentscheid (22. Dezember 1929) blieb erfolglos […] dennoch muß man in dieser Bundesgenossenschaft der Deutschnationalen mit den Nationalsozialisten in dem Kampf gegen den Young-Plan den ‚eigentlichen Start Adolf Hitlers zur Machtergreifung' sehen. Die Hemmungslosigkeit der nationalsozialistischen Propagandamethoden und die Brutalität ihrer Kampfweise wurden für die Bürger salonfähig gemacht und gleichsam akkreditiert."[160]

Diese politische Konstellation hätte in normalen Zeiten nicht gefährlich werden müssen; zumal die krawallige Hitler-Partei wäre nach der Niederlage im Volkentscheid sicher wieder in der Bedeutungslosigkeit verschwunden, in der sie von 1924 – 29 gesteckt hatte. Aber es *waren* keine normalen Zeiten: Im Frühjahr 1930 ereichten die Folgen des „Schwarzen Freitag" Deutschland mit Macht; die Arbeitslosigkeit stieg im März auf dreieinhalb Millionen Erwerbslose. Dieser Belastung war die erst 1927 eingeführte Arbeitslosenversicherung nicht gewachsen. Angesichts sinkender Beiträge und steigender Unterstützungsleistungen entstand ein erhebliches Defizit der Reichsanstalt, das „die Regierung der Großen Koalition … vor die Entscheidung (stellte), entweder die Leistungen der Versicherung zu kürzen oder die Beiträge zu erhöhen. […]. Die Anforderungen des ersten Krisenwinters stellten das Reichskabinett im Frühjahr 1930 erneut vor das Problem der Sanierung der Finanzen der Reichsanstalt. Ein mühevoll ausgehandelter Kompromißvorschlag, dem sich auch die SPD als der größte Koalitionspartner unterordnete, sah eine weitere Erhöhung der Beiträge auf 4 Prozent des Bruttolohnes vor. Den Wünschen der Arbeitgeber folgend, beharrte jedoch die Fraktion der DVP auf dem bisherigen Satz von 3,5 Prozent. Dieser Lösung, die den Unternehmern Lohnnebenkosten erspart, aber gleichzeitig die Senkung der Unterstützungssätze erzwungen hätte, widersetzten sich die Vertreter der SPD. Der in der Koalition um eine Beitragslücke

---

[158] ebenda, S. 78 f

[159] SPD, DDP, Zentrum, DVP

[160] ERDMANN 1983, S. 271

von 0,5 Prozent aufflammende Streit schuf den äußeren Anlaß für das Auseinanderbrechen des Kabinetts Müller."[161]

Am 27. März 1930 endete, was in dem Augenblick kaum einem Zeitgenossen klar wurde, die parlamentarisch-demokratische Regierung des deutschen Reiches. Die Verantwortlichen, besonders Hermann Müller, die SPD und die Gewerkschaften, sind später sehr getadelt worden, weil sie wegen 0,5% die Republik hätten scheitern lassen. Fairerweise muss man aber sagen, dass die Folgen für niemanden erkennbar waren, und dass erst die Verelendungspolitik der beiden nächsten Jahre die Nationalsozialisten so stark werden ließ, dass sie *am Ende* unvermeidlich zu sein schienen.

Es folgte die Periode der Präsidialkabinette. Heinrich Brüning (1930 – 32), Franz v. Papen (Juni – November 1932) und General Kurt v. Schleicher (Dezember 1932 – Januar 1933) regierten ohne, wenn nicht gar gegen den Reichstag, gestützt einzig auf die Diktaturvollmacht des Reichspräsidenten nach Art. 48 WRV.[162]

Die massiven Sparmaßnahmen, die die Regierung Brüning mit Notverordnungen durchsetzte, mussten die Krise verschärfen und die Arbeitslosigkeit erhöhen und damit Deutschlands Unfähigkeit, weiter Reparationen zu leisten, unter Beweis stellen, denn Brünings politischer Zeitplan sah vor: „Zuerst Befreiung von den Reparationen, Abbau des Sozialstaats und Vereinfachung der Verwaltung im Zuge einer Reichsreform, dann die wirtschaftspolitische Wende, […] der Beseitigung der Reparationen kam er nahe. … Doch dieser Erfolg wurde mit der Verschärfung der Wirtschafts- und Staatskrise in Deutschland, mit der Vernichtung vieler Betriebe, der Verelendung weiter Bevölkerungskreise und mit dem dramatischen Anwachsen des politischen Extremismus zu teuer erkauft."[163]

Als die Reichstagmehrheit eine Notverordnung aufhob, ließ Brüning durch den Präsidenten den Reichstag auflösen[164] und am 14. September 1930 neu wählen. Das Ergebnis war ein sprunghafter Anstieg der NSDAP-Mandate von 12 (1928) auf 107.

---

[161] BLAICH 1985, S. 65

[162] Art. 48: „(2) Der Reichspräsident kann, wenn im Deutschen Reiche die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten. Zu diesem Zwecke darf er vorübergehend die in den Artikeln *[Freiheit der Person, Unverletzlichkeit der Wohnung, Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Koalitionsrecht, Recht auf Eigentum]* festgesetzten Grundrechte ganz oder zum Teil außer Kraft setzen.
(3) Von allen gemäß Abs. 1 oder Abs. 2 dieses Artikels getroffenen Maßnahmen hat der Reichspräsident unverzüglich dem Reichstag Kenntnis zu geben. Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichstags außer Kraft zu setzen."

[163] BÜTTNER 2010. S. 658 und 665

[164] Die Verwendung des Artikels 25 WRV (Auflösungsrecht des Präsidenten), um eine Anwendung des Art. 48 (3) durch den Reichtag zu verhindern, war eindeutig verfassungswidrig.

5. RT 14. Sept. 1930	Stadt	Kreis	Reich
Wahlbeteiligung	82,3%	78,2%	82,0%
KPD	4,0%	2,6%	13,1%
SPD	16,8%	13,7%	24,5%
DStP [165]	3,7%	1,4%	3,8%
Zentrum+ BVP	14,4%	14,3%	14,8%
DVP	22,6%	6,7%	4,5%
DNVP	2,4%	1,6%	7,0%
NSDAP	18,0%	19,9%	18,3%

In Stadt und Kreis Meisenheim stieg die Wahlbeteiligung, die zuletzt immer unter dem Reichsdurchschnitt gelegen hatte, gewaltig an. Die Ratlosigkeit, wenn nicht gar Verzweiflung angesichts der wirtschaftlichen Lage schlug sich im Anwachsen der extremen Parteien nieder. Bei der Wirtschafts- und Sozialstruktur von Meisenheim und Umgebung profitierte die KPD davon weit weniger als die NSDAP, die einen großen Teil der Stimmen des rechtsbürgerlichen und nationalistischen Lagers aufsaugen konnte. Erstaunlich unangefochten blieben noch – in Stadt *und* Kreis – die Stimmanteile der beiden wichtigsten demokratischen Parteien SPD und Zentrum, was wohl mit der Festigkeit der so genannten „sozialmoralischen Milieus" zu tun hatte, in denen sie wurzelten.

Die demokratische Mitte des Reichstages musste jetzt, um eine abermalige Reichstagsauflösung zu vermeiden, zähneknirschend die Notverordnungen hinnehmen, die mit einer rücksichtslosen Austerity-Politik die Krise immer weiter verschärften. Von sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Seite vorgeschlagene Konjunkturprogramme lehnte Brüning ab.[166] An sich wären die 18,3% NSDAP-Stimmen (107 von 577 Mandaten) kein besonders furchterregendes Ergebnis gewesen. Dass die demokratischen Parteien auf die Nazis starrten wie das Kaninchen auf die Schlange, lag einerseits am brutalen Aktionismus der SA-Schläger, die sich durch die ständige Zunahme des Massenelends bestärkt fühlten, andererseits an der Gewissheit, dass eine Neuwahl des Reichstages die Rechtsextremisten weiter stärken würde.

In Meisenheim hatte es schon am 16. Februar 1928 eine Kundgebung der NSDAP gegeben; eine Ortsgruppe wurde aber erst am 8. Dezember 1929 (also während der Kampagne für den Volkentscheid gegen den Young-Plan) gegrün-

---

[165] „Deutsche Staatspartei" war der Name der ehemaligen linksliberalen DDP nach ihrer – politisch widernatürlichen - Fusion mit dem nationalistischen „Jungdeutschen Orden". Vgl. **Hornung**, Klaus: Der Jungdeutsche Orden. Düsseldorf 1958, S. 96 – 107. – Das Zusammengehen nützte im Übrigen nichts, die Partei versank in Bedeutungslosigkeit.

[166] Für Brüning hatte die Außenpolitik mit dem Ziel, die Reparationszahlungen ganz einstellen zu können, Priorität. Er war daher bereit, die Verelendung größerer Bevölkerungsgruppen (vorübergehend) hinzunehmen. Vgl. PEUKERT 1987, S. 250: „Aber die Regierung blieb … untätig …auch weil sie die Krise zur Durchsetzung ihrer innen- und außenpolitischen Ziele instrumentalisieren wollte. Deutschlands internationale Zahlungsunfähigkeit sollte die Reparationslasten endgültig abschütteln helfen, die Ausschaltung der Sozialdemokratie und des Parlaments sollte die innenpolitische Wende ermöglichen."

det;[167] erster Ortsgruppenleiter wurde ein Dr. Helmut Keller.[168] (Allerdings heißt das nicht, dass es nicht schon vorher nationalsozialistischen Einfluss in der Umgebung gegeben hätte: In Odernheim am Glan bestand, im wesentlichen bestimmt durch den Heimatschriftsteller Karl Schworm, bereits seit 1921 eine Ortsgruppe.[169]) Bei den Septemberwahlen 1930 stimmten 184 Meisenheimerinnen und Meisenheimer (= 18,0 %) für die NSDAP und lagen damit ziemlich genau im Reichstrend.

Nach dem Ende der Besatzungszeit fiel auch das Uniformverbot für den „Stahlhelm". Das undatierte Foto (KMZ KH) stammt aus der Zeit kurz vor oder nach dem 30. Januar 1933.

Generell fand die NSDAP in Meisenheim für ihre Entwicklung ein günstiges Umfeld: die frische Erinnerung an die Bestatzungszeit, eine nationalistisch vorgeprägte Vereinslandschaft (Kriegerverein,[170] Stahlhelm, Luisen-Bund[171]), zudem die ideologische Tradition des „Bundes der Landwirte", besonders den Antisemitismus, auf dem Lande. In dieses traditionelle Milieu eines Honoratioren-Nationalismus brachte die NSDAP ihre neuartigen Aktionsformen: einschüchternde Massenaufmärsche uniformierter Verbände[172] und aufwendige Großkundgebungen mit musi-

---

[167] **Henn**, Markus: Die Machtergreifung der Nationalsozialisten in Meisenheim. Ursachen, Motive, Hintergründe. In: Anthes/Lurz (Hg.): Meisenheim – Studien. Bd. II Bad Kreuznach 1984 S. 293 - 319 [HENN 1984], hier S. 295

[168] Illustrierte Geschichte der Stadt Meisenheim am Glan. Die Grundtatsachen der Stadtgeschichte in Wort und Bild. Hg.: Bürgermeister der Stadt Meisenheim. (Ohne Autorenangabe) [ILLUSTRIERTE GESCHICHTE] Meisenheim 1940, S. 29

[169] **Brüchert,** Hedwig: Demokratie ohne Demokraten – Krise und Zerstörung der Weimarer Republik und die Anfänge des Nationalsozialismus auf dem Gebiet des heutigen Rheinland-Pfalz. In: **Meyer**, Hans-Georg / **Berkessel**, Hans (Hg.): Die Zeit des Nationalsozialismus in Rheinland-Pfalz Bd. 1: „Eine nationalsozialistische Revolution ist eine gründliche Angelegenheit." Mainz 2000; S. 24

[170] Seit 1922 unter dem Dach des „Deutschen Reichskriegerbundes Kyffhäuser"

[171] Genauer: „Bund Königin Luise" – die Frauenorganisation des Stahlhelm. Vgl. **Berghahn**, Volker R.: Der Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten 1918 – 1935. Düsseldorf 1966, [BERGHAHN 1966] S. 33 Anm. 8

[172] Bis zum Abzug der Besatzungstruppen im Juni 1930 bestand linksrheinisch ein Uniformverbot, dieses fiel aber noch vor den Septemberwahlen 1930, so dass die SA auch in Meisenheim wahlkämpfend auftreten konnte.

kalischem Begleitprogramm. Auch in Meisenheim wurde die „Faszination deutlich, die die Agitation der SA in einer ländlichen Region auslöste. Hier stand, anders als in den Städten, nicht so sehr die handgreifliche Auseinandersetzung mit dem ‚Marxismus' im Vordergrund, die publikumswirksame ‚Verdrängung' des politischen Gegners von der Straße, sondern es genügte bereits die eindrucksvolle Kundgebung, die symbolische Zurschaustellung der eigenen Stärke. Die Zusammenziehung von uniformierten Anhängern in einem Dorf oder einer Kleinstadt, begleitet von einem gewissen militärischen Spektakel, war in der deutschen Provinz der zwanziger Jahre ein Ereignis an sich, eine willkommene Abwechslung, in gewisser Weise vergleichbar mit dem Jahrmarkt, einem Zirkusbesuch oder einer Filmvorführung. Fand also der bloße ‚Rummel' der SA-Propaganda bereits eine gewisse Resonanz, die die Sturmabteilung insbesondere für die Landjugend attraktiv erscheinen ließ, so hinterließ das disziplinierte und ‚schneidige' Auftreten der braunen Kolonnen bei der ländlichen Bevölkerung vor allem den Eindruck jener geordneten Kraft, die man im schwächlichen Weimarer Staat mit seiner geringen Fähigkeit zur wirksamen Selbstdarstellung vermißte."[173]

Ohne die Auswirkungen der Wirtschaftskrise und des Brüning'schen Sparkurses wäre der Erfolg der NSDAP trotzdem kaum möglich gewesen. Zwar gab es in Meisenheim keine Großbetriebe, die zu Massenentlassungen schritten – der Rückgang der Kaufkraft traf aber die Möbelfabrik ebenso wie jeden Handwerksbetrieb, das Schuh- oder das Textilgeschäft; der Rückgang der Bautätigkeit traf die Ziegelei, und in allen diesen Betrieben kam es zu Entlassungen. Wer seinen Arbeitsplatz verlor, erhielt (vorherige längere Beschäftigung vorausgesetzt) aus der Versicherung für ein halbes Jahr zwischen 35 und 75% seines früheren Einkommens, danach ein Vierteljahr „Krisenfürsorge". Hatte er oder sie dann keinen neuen Arbeitsplatz gefunden, war er oder sie auf die Fürsorge der Wohngemeinde angewiesen.[174]

Die SA besaß „eine besondere Attraktivität für Arbeitslose. Die SA baute während der Wirtschaftskrise ein Netz von Unterstützungseinrichtungen auf, die die Erwerbslosen (insbesondere die, die nicht oder nur unzureichend in den Genuß sozialstaatlicher Maßnahmen kamen) zumindest mit dem Notdürftigsten versorgten und sie gleichzeitig durch Eingliedern in eine festgefügte Ordnung und durch Zuweisen bestimmter Aufgaben aus ihrer depressiven Lage herausriß, ihnen das Gefühl einer sinnvollen, zielgerichteten Beschäftigung vermittelte. […] Jugendliche Aggressivität gegen eine Gesellschaft, die den jungen keine Chance bot, der Wunsch nach Geborgenheit in einer nach außen stark erscheinenden Gruppe, nicht zuletzt schlichte Langeweile infolge permanenter Nichtbeschäftigung bieten sich als Erklärungen für die Bereitschaft gerade vieler Jugendlicher an, sich der NS-Parteitruppe anzuschließen."[175]

Obwohl Meisenheim eine im Vergleich mit verschuldeten Gemeinden in industrialisierten Regionen günstige Ausgangsposition hatte, verzehrte die Krise auch

---

[173] **Longerich**, Peter: Die braunen Bataillone. Geschichte der SA. München 1989 [LONGERICH 1989], S.74

[174] BLAICH 1985, S. 64

[175] LONGERICH 1989, S. 89 ff

seine Kassenbestände – selbst die Straßenlaternen mussten schließlich mit 60-W-Birnen (statt 100 W zuvor) auskommen.[176]

Ein Bauer konnte zwar nicht arbeitslos werden, die Landwirtschaft litt jedoch unter einem starken Rückgang der Erzeugerpreise. Gerade die im Glantal wichtige Viehzucht war besonders betroffen, „da der Arbeitslose […] eher seinen Fleischverzehr als seinen Brot- oder Kartoffelkonsum einschränkte."[177] Der Bauer, der im Frühjahr Jungvieh auf Kredit gekauft hatte, um es zur Schlachtreife zu mästen, konnte bei gesunkenem Fleischpreis in eine finanzielle Krise geraten, an deren Ende die Zwangsversteigerung des Hofes drohte. Dass die so gefährdeten Bauern für die „Blut-und-Boden"-Propaganda der NSDAP empfänglich waren, ist nachvollziehbar.

Es war ein wirres Gemisch von sozialen Bedrohungsängsten und politischen Heilsversprechungen, das auf die Menschen in den Jahren 1930 – 33 einwirkte. Es ist kaum möglich einzuschätzen, welche der wirtschaftlich-sozialen, der ideologischen und der propagandistischen Faktoren auf die Meinungsbildung der Menschen wie stark gewirkt haben, fest steht nur eine weit verbreitete tiefe Verunsicherung, die bei vielen die Sehnsucht nach starker „Führung" weckte.

Jedenfalls ergab sich, als mitten in der Krise die Neuwahl des Reichspräsidenten anstand, die paradoxe Situation, dass Hindenburg als Kandidat der republikanisch-demokratischen Parteien ins Rennen ging – als das „kleinere Übel" gegenüber Hitler. Es waren wieder zwei Wahlgänge nötig.

1. Wahlgang 13. 3. 1932	Stadt	Kreis	Reich	St. %	Kr. %	R. %
Düsterberg	144	1066	2.557.876	12,4	13,5	6,8
Hindenburg	533	2640	18.650.730	46,1	33,5	49,5
Hitler	423	3910	11.339.285	36,6	49,6	30,1
Thälmann	57	273	4.983.197	4,9	3,5	13.3
Abgegebene Stimmen	1157	7889	37.660.377			

2. Wahlgang 10. 4. 1932	Stadt	Kreis	Reich	St. %	Kr. %	R. %
Hindenburg	561	2777	19.359.642	48,3	35,4	53,1
Hitler	562	4860	13.417.460	48,4	62,0	36,8
Thälmann	39	197	3.706.388	3,4	2,5	10,2
Abgegebene Stimmen	1162	7834	36.491.694			

Es bereitete Hindenburg Unbehagen, gegen seinen Stahlhelm-Kameraden Duesterberg als Kandidat von Parteien antreten zu müssen, die er zum Teil überhaupt nicht schätzte. Der zweite Wahlgang wurde nach dem Verzicht Duesterbergs „zu einer Volksabstimmung für oder gegen den Nationalsozialismus."[178] Die untere Tabelle zeigt, was zwei Krisenjahre in den Köpfen besonders der Landbevölkerung angerichtet hatten.

[176] SCHULCHRONIK II, S. 126
[177] BLAICH 1985, S. 74
[178] ERDMANN 1983, S. 292

Dankbarkeit gehörte nicht zu Hindenburgs auffälligsten Eigenschaften, er nahm Brüning, der für ihn die Wiederwahl organisiert hatte, persönlich übel, dass er ihn zum Kandidaten auch der SPD gemacht hatte,[179] ließ ihn am 30. Mai fallen und machte Franz v. Papen zum Reichskanzler, der das von Brüning verhängte Verbot von SA und SS wieder aufhob, die preußische Landesregierung wegputschte und mit Reichstagsauflösung und Neuwahlen den Nazis einen rauschenden Wahlerfolg bescherte.

6. RT 31. Juli 1932	Stadt	Kreis	Reich
Wahlbeteiligung*	89,8%	91,7%	84,1%
KPD	6,4%	4,4%	14,3%
SPD	12,4%	9,9%	21,6%
DStP	0,7%	0,3%	1,0%
Zentrum+ BVP	13,8%	13,2%	18,7%
DVP	10,3%	2,7%	1,2%
DNVP	5,1%	4,8%	5,9%
NSDAP	50,6%	63,9%	37,4%

Die Zahlen zeigen eine Rekord-Wahlbeteiligung und den Sieg der nationalsozialistischen Parolen in den Köpfen der Wählerinnen und Wähler in Stadt und Kreis Meisenheim. Die „Weimarer" Parteien verloren 20,3 % (von 57,5 % 1930 auf 37,2% 1932) an Zustimmung; die NSDAP lag in der Stadt um 13,2 %, im Kreis sogar 26,5 % über dem Reichsdurchschnitt. Aber obwohl die Partei die Zahl ihrer Reichtagsmandate mehr als verdoppelt hatte – die Regierungsmacht hatte sie nicht, und „die maximale Grenze dessen, was Hitler in der Weimarer Zeit mit dem Stimmzettel erreichen konnte, war markiert und wurde nicht mehr überschritten."[180]

In der SA waren die Erwartungen nach dem Wahltag aufs äußerste gespannt – der Straßenterror nahm in einem solchen Maße zu, dass das Kabinett am 9. August eine Notverordnung verabschiedete, die für politischen Mord die Todesstrafe vorsah und zur Verfolgung solcher Straftaten Sondergerichte einführte. Am 10. August überfielen in Potempa in Oberschlesien neun SA-Männer einen kommunistischen Arbeiter in dessen Wohnung und trampelten ihn vor den Augen seiner Mutter zu Tode.[181] Sie wurden gefasst und vor das Sondergericht in Beuthen gestellt. Nach drei Tagen Prozessdauer wurden am 22. August fünf von ihnen wegen Mordes zum Tode, einer wegen Beihilfe zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt; drei Angeklagte wurden freigesprochen, weil ihre genaue Tatbeteiligung nicht zu klären war.

Der Allgemeine Anzeiger in Meisenheim hatte die Mordanklage nur in einer knappen 11-Zeilen-Notiz erwähnt; denn im Mittelpunkt *seiner* Berichterstattung über die politischen Unruhen stand zu der Zeit der Prozess gegen mehrere Reichsbannerführer in Ohlau (Schlesien), die in einer Schlägerei mit SA-Leuten einen SA-Mann tödlich verletzt hatten; ein weiterer war bei der Schlägerei von einer Brücke

---

[179] Vgl. PYTA 2007, S 681 und 692

[180] **Broszat**, Martin: Die Machtergreifung. Der Aufstieg der NSDAP und die Zerstörung der Weimarer Republik. München 1987, [BROSZAT 1987] S. 150

[181] ebenda, S. 153

gestürzt und ertrunken. (Die Angeklagten erhielten wegen Landfriedensbruchs und schweren Raufhandels Freiheitsstrafen von ein bis vier Jahren.) Der Bericht über die Beuthener Todesurteile und besonders über die Proteste dagegen war der Zeitung dann aber jeweils die ganze Titelseite am 23. und 24. August wert. Redaktionelle Kommentare gab es nicht (die kamen allgemein nur sehr selten vor im Allgemeinen Anzeiger); die Sorgfalt, mit der jede Äußerung der Empörung und des Protestes von nationalsozialistischer Seite wiedergegeben wurden, sprach jedoch Bände.

Die Zeitung enthielt den Meisenheimern auch nicht den Text des Telegramms vor, in dem Hitler sich mit den Mördern solidarisierte und in dem er sie seiner Treue versicherte und ihnen baldige Befreiung versprach.[182] (Im Frühjahr 1933, als Hitler Kanzler war, wurden sie amnestiert und auf freien Fuß gesetzt.[183]) Die Menschen überall in Deutschland und auch in Meisenheim *konnten* also wissen, wenn sie denn wollten, was für ein Mensch das war, der sich da um die Kanzlerschaft bemühte.

Aber ein anderes Thema dürfte im Sommer 1932 die Menschen im Kreis Meisenheim sehr viel mehr beschäftigt haben: Die selbständige Existenz des Kreises war bedroht. Es gab schon seit längerer Zeit Überlegungen zu Gebiets- und Verwaltungsreformen, da die preußischen Landkreise von sehr unterschiedlicher Größe und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit waren. In diesem Zusammenhang wurde auch immer wieder die Existenzberechtigung des Landkreises Meisenheim bestritten, der tatsächlich einer der kleinsten preußischen Kreise überhaupt war. Erste Überlegungen dazu hatte es sogar schon nach dem Tode des noch aus hessen-homburgischer Zeit stammenden Landrats Reinhard[184] 1872 und dann wieder 1907 gegeben.[185] Natürlich setzten sich die Meisenheimer zur Wehr, indem sie auf ihre kommunalpolitischen Erfolge und ihre gesunden Finanzen hinwiesen (letzteres meist verbunden mit einer Spitze gegen den verschuldeten Kreis Kreuznach). Der „Allgemeine Anzeiger" verteidigte die Existenzberechtigung des Kreises:

„Der verhältnismäßig kleine Kreis Meisenheim hat seine Entstehung der historischen Entwicklung zu verdanken. Als ehemalig hessen-homburgisches Gebiet kam Meisenheim 1866 zu Preußen. Den besonderen Eigenarten dieses Gebiets hat man, auch mit Rücksicht darauf, daß sich hier seit jeher die Residenz der Landesfürsten befand und Meisenheim ein kultureller Mittelpunkt für die weitere Umgebung war, dadurch Rechnung getragen, daß man einen selbständigen Verwaltungskörper bildete. Seine Existenzfähigkeit und –berechtigung hat der Kreis zur Genüge nachgewiesen. Trotz aller Wirtschafts- und Finanznot steht er heute wie bisher stets den Verhältnissen entsprechend gut. Er ist schuldenfrei, besitzt ein beträchtliches Vermögen und erhebt niedrigere Umlagen wie die gesamten Nachbarkreise, sowie die meisten Kreise überhaupt. Bei einer Auflösung und Eingliederung des Kreises in einen Nachbarkreis würde die Bevölkerung diese Vorteile sofort verlieren. Die günstige Finanzlage des Kreises beruht aber keineswegs auf übermäßigen Ersparnissen oder Vernachlässigung kommunaler Aufgaben, vielmehr hat der Kreis

---

[182] Allgemeiner Anzeiger 24. 8. 1932
[183] BROSZAT 1987, S. 154
[184] Vgl. oben S. 296, 307, 315 u. 318
[185] Allgemeiner Anzeiger 2. 8. 1932

alle von ihm übernommenen und unterstützten Arbeiten stets in vorbildlicher Form ausgeführt. (Z. B. besitzt er ein sehr gut ausgebautes Kreisstraßennetz, die Elektrizitätsversorgung ist seit Jahren fast restlos durchgeführt, die besonders wichtige Viehzucht wird aus Kreismitteln beträchtlich unterstützt; für je zwei Ortschaften im Durchschnitt ist eine Krankenschwester vorhanden."[186]

Der Verlust von Verwaltungsfunktionen hatte schon 1928 begonnen, seit April war die „Finanzhilfsstelle" eingespart und nach Kreuznach verlegt worden, nur einmal wöchentlich fand eine Sprechstunde statt, „bei welcher ein Finanzbeamter aus Kreuznach jede gewünschte Auskunft"[187] erteilte. Auch die Lateinschule musste der Sparpolitik ein schweres Opfer bringen: „Am 6. 11. 1931 setzte sich das Kuratorium mit dem Landrat zusammen und beschloß schweren Herzens, mit Rücksicht auf die derzeitigen Verhältnisse und aus Ersparnisgründen ‚einstweilen' die humanistische Abteilung ‚ruhen' zu lassen, unter grundsätzlicher Wahrung des durch die geschichtliche Tradition gegebenen humanistischen Charakters der Anstalt'."[188]

Mit der Verschärfung der Sparmaßnahmen wurde es dann ernst. Eine preußische Notverordnung vom 22. 12. 1931 ermächtigte die Regierung, Gebietsreformen ohne die eigentlich vorgeschriebene Mitwirkung der Betroffenen durchzuführen. Eine am 1. August 1932 veröffentlichte Verfügung löste 50 preußische Landkreise, so auch Meisenheim, mit Wirkung vom 1. Oktober 1932 auf, der Kreis Meisenheim sollte dem Kreise Kreuznach angegliedert werden. Eine sehr zahlreich besuchte Versammlung im evangelischen Gemeindehaus am Abend des 1. 8., die „von allen Parteien, Verbänden und Vereinen gemeinsam einberufen worden"[189] war, formulierte den ohnmächtigen Protest. Die folgende Resolution wurde einstimmig angenommen und nach Berlin telegrafiert:

„Die aus allen Schichten versammelte Bürgerschaft Meisenheims stellt sich einmütig hinter die vom Kreisausschuß und Stadtrat in der Frage der Kreis-Auflösung gefaßten Beschlüsse. Sie kann es nicht fassen, daß die Regierung in der Frage der Kreis-Auflösung bereits das letzte Wort gesprochen haben sollte. Sie bittet dringend von der Durchführung der geplanten Auflösung des Kreises Meisenheim Abstand zu nehmen, da diese der Gesamtbürgerschaft unabsehbaren Schaden bringen und die letzten Lebensmöglichkeiten einer treu deutschen Bevölkerung vernichten müßte."[190]

Auch aus dem nahe gelegenen, aber pfalzbayerischen Callbach kam eine Resolution, die die an sich vernünftige Anregung enthielt, die *Kreis*reform doch bis zu einer *Reichs*reform zurückzustellen: „Warum hat die preuß. Regierung nicht die Reichsreform, die in kurzer Zeit doch kommen muß und mit der die lästigen Grenzpfähle fallen, abgewartet, damit das alte zweibrückische Gebiet wieder errichtet werden kann und wir wieder zu Meisenheim kommen. Nicht nur Callbach, sonder alle benachbarten pfälzischen Orte würden dies mit Freuden begrüßen."[191]

---

[186] Allgemeiner Anzeiger, zit. n. SCHULCHRONIK II, S. 132
[187] SCHULCHRONIK II, S. 105
[188] DRESCHER LATEINSCHULE, S. 53
[189] HENN 1984, S. 299
[190] Allgemeiner Anzeiger 2. 8. 1932
[191] ebenda

Die NSDAP – dieselbe Partei, die viereinhalb Jahre später mit einem Federstrich die Selbständigkeit der Freien Hansestadt Lübeck auslöschte – brachte im Preußischen Landtag einen populistischen Gesetzentwurf gegen die Auflösung ein.[192] Aber es nützte alles nichts, auch die Klage betroffener Kreise beim Staatsgerichtshof, der sich Meisenheim am 22. September 1932 anschloss,[193] blieb erfolglos. Der Druck der Wirtschaftskrise und der Sparzwang (wiewohl die Meisenheimer die Sparwirkung der Maßnahme sehr bezweifelten), vielleicht auch das Bedürfnis v. Papens, seit dem „Preußenschlag" am 20. Juli[194] auch Regierungschef in Preußen, Tatkraft zu beweisen, waren stärker.

„Alle Proteste und Einwände gegen die Auflösung des Kreises waren erfolglos. Am 30. September wurde das Schloß[195] geräumt. Das Mobiliar und die Akten wurden mit Auto nach Kreuznach gebracht. … Der Landrat Sell wurde als Landrat nach Stehle[196] in Schlesien versetzt. […] Das Schloß (bisheriges Landratsamt) wurde von der Rheinischen Provinzialkirche für 36 000 M angekauft. Zum Schloß gehört der Park samt Garten. Die bisherige Landratswohnung im 2. Stockwerk des Schlosses wird dem Pfarrer Beysiegel als Dienstwohnung überwiesen. Die andren Räume sollen zu Aufnahme der Volkshochschule, die jetzt in Stromberg ist, dienen."[197]

Man darf vermuten, dass die Menschen im Kreise Meisenheim im Spätsommer und Herbst 1932 ihr Augenmerk stärker auf die Kommunal- als auf die Reichspolitik gerichtet haben. Acht Beamte mit ihren Familien und deren Kaufkraft verließen die kleine Stadt, und der Publikumsverkehr am Landratsamt, der zugleich Kunden in die Meisenheimer Geschäfte geführt hatte, blieb nun aus.

In Berlin hatten Papen und sein „Kabinett der Barone" erwartungsgemäß rasch abgewirtschaftet, als auch die abermaligen Reichstagswahlen vom 6. November keine arbeitsfähige Mehrheit ergeben hatten. Allerdings zeigten die Novemberwahlen auch, dass die Hitlerpartei den Gipfel ihrer Bedeutung überschritten hatte – sie verlor 34 Mandate. Wer Hitler und seine Schlägerbanden benutzen wollte, um endlich der demokratischen Republik den Todesstoß zu versetzen, musste sich nun beeilen.

7. RT 6. Nov. 1932	Stadt[198]	Reich
Wahlbeteiligung*	89,7%	80,6%
KPD	7,0%	16,9%
SPD	14,6%	20,4%
DStP	0,4%	1,0%

[192] Allgemeiner Anzeiger 7. 9. 1932

[193] HEIMATCHRONIK, S. 183

[194] An diesem Tag setzte die Reichsregierung unter einem dürftigen Vorwand die preußische Landesregierung des Ministerpräsidenten Otto Braun (SPD) ab, die seit den letzten Landtagswahlen geschäftsführend amtierte. Dieses verfassungswidrige Vorgehen hatte vor allem den Zweck, die preußische Polizei unter Kontrolle zu bekommen.

[195] das bis zu diesem Zeitpunkt als Landratsamt gedient hatte

[196] richtig: *Strehlen*

[197] SCHULCHRONIK II, S. 139

[198] Ein *Kreis* Meisenheim, den man zum Vergleich heranziehen könnte, existierte im November nicht mehr.

Zentrum+ BVP	12,6%	15,0%
DVP	9,8%	1,9%
DNVP	10,1%	8,9%
NSDAP	45,4%	33,1%

In Meisenheim verlor die NSDAP mit -5,2% überdurchschnittlich; nimmt man die absoluten Zahlen, so lässt sich feststellen: 91 Meisenheimerinnen und Meisenheimer hatten sich im November von der Hitlers Partei[199] ab-, allerdings nicht zugleich den demokratischen Parteien wieder zugewandt, die absolut 20 Wählerinnen und Wähler verloren.[200] Dass die DNVP ihren Stimmenanteil verdoppeln konnte, war gänzlich bedeutungslos – unter dem Vorsitz des Alldeutschen[201] Hugenberg war die einst honorig-konservative Partei zur Steigbügelhalterin der Nazis verkommen.[202]

[199] Juli: 597 Stimmen; November: 506 Stimmen

[200] SPD + DStP + Z + DVP Juli 438 Stimmen, November 418 Stimmen.

[201] Der u. a. von Alfred Hugenberg 1891 gegründete ‚Alldeutsche Verband' war eine nationalistische Propaganda-Organisation, die sich für Rüstungs- und Kolonialpolitik sowie im Ersten Weltkrieg für weitreichende Annexionen einsetzte. Zur Weimarer Republik stand der Verband in schroffer Gegnerschaft und näherte sich den rechtsextremistischen Positionen der NSADAP. – Vgl.: **Hering**, Rainer: Konstruierte Nation. Der Alldeutsche Verband 1890 bis 1939. Hamburg 2003, besondrs S. 466 ff u. 479 ff

[202] Vgl. **Hiller von Gertringen**, Friedrich Frhr. v.: Die Deutschnationale Volkspartei. In: **Matthias**, Erich / **Morsey**, Rudolf (Hg.): Das Ende der Partien 1933. Darstellungen und Dokumente. Königstein i. Ts./Düsseldorf 1979, S. 576 ff

„Der Herr Reichspräsident erklärte,…er könne es vor Gott, seinem Gewissen und dem Vaterlande nicht verantworten, einer Partei die gesamte Regierungsgewalt zu übertragen, noch dazu einer Partei, die einseitig gegen Andersdenklende eingestellt wäre."[1] Als Hindenburg sich am 13. August 1932 so gegen Hitler äußerte, hatte die „einseitige Einstellung" der NSDAP und ihrer SA bereits eine dreistellige Zahl von Todesopfern unter „Andersdenkenden" gefordert. Der Wahlerfolg im Juli[2] – der größte, den die NSDAP bei freien Wahlen je errungen hat, aber immer noch 75 Mandate von einer regierungsfähigen Mehrheit entfernt – hatte Hitler der Kanzlerschaft keinen Schritt näher gebracht, und bei den Novemberwahlen desselben Jahres *verlor* die NSDAP 34 Mandate. Zwar hatte nun auch v. Papen abgewirtschaftet und wurde als Reichskanzler durch den im Ergebnis ebenso hilflos agierenden[3] General von Schleicher ersetzt (2. 12. 1932), aber solange Hindenburg sich weigerte, „den österreichischen Gefreiten zum Wehrminister oder Reichskanzler zu machen",[4] schien Hitler in einer Sackgasse zu stecken. Nur war, als der Reichspräsident am 26. Januar 1933 diese Versicherung abgab, in einer Hinterzimmer-Intrige im Hause des Bankiers v. Schröder in Köln der Ausweg aus der Sackgasse bereits gebahnt worden. Bei dieser Intrige „wirkten mit: die nächste Umgebung Hindenburgs, das Drängen wirtschaftlicher Interessengruppen, die Schwenkung der DNVP, eine letzte verzweifelte Anstrengung der NS-Führung, Schleichers optimistische Fehlkalkulation und Papens gekränkter Ehrgeiz. Es wirkten nicht mehr mit: die alten demokratischen Parteien und Gruppen der sterbenden Weimarer Republik."[5]

Auf Hitlers Kanzlerschaft hatten nicht nur die von der Krise gebeutelten „kleinen Leute" ihre Hoffnungen und Wählerstimmen gesetzt. Auch die Vertreter der „wilhelminischen Eliten", die die Ergebnisse der Novemberrevolution - die *angeblichen* (Verlust des Krieges und der deutschen Großmachtstellung, Abschaffung der Wehrpflicht und Verkleinerung der Armee, Gebietsverluste und Reparationen) wie

---

[1] Aufzeichnung des Staatsekretärs im Reichspräsidialamt Otto Meißner über eine Unterredung des Reichspräsidenten v. Hindenburg mit Hitler am 13. August 1932. zit. n. **Kühnl**, Reinhard: Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten. Köln [5]1980, [KÜHNL 1980] S. 156

[2] S. o. S. 413

[3] Schleicher hatte, um vom dauernden Gebrauch des Artikels 48 loszukommen, die Idee einer „Querfront", einer Koalition aus Vertretern der freien und der christlichen Gewerkschaften um Theodor Leipart und Adam Stegerwald mit dem „linken", sozialrevolutionären Flügel der NSDAP um Gregor Strasser. Seine Hoffnung, dadurch die NSDAP spalten zu können, ging jedoch nicht auf. **Bracher**, Karl Dietrich. Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtzerfalls in der Demokratie. Königsstein im Taunus / Düsseldorf 1978 (erstmals 1955), [BRACHER 1978] S. 586 ff

[4] So wörtlich zum Chef der Heeresleitung, Generaloberst Kurt v. Hammerstein am 26. Januar 1933; „Niederschrift des Generalobersten Kurt von Hammerstein" im Anhang zu BRACHER 1978 S. 639

[5] ebenda, S. 600

die *tatsächlichen* (parlamentarische Demokratie und soziale Modernisierung, Tarifvertragsrecht und Betriebsräte) – nie akzeptiert hatten, hofften, dass durch „die Übertragung der verantwortlichen Leitung eines mit den besten sachlichen und persönlichen Kräften ausgestatteten Präsidialkabinetts an den Führer der größten nationalen Gruppe“[6] der Wiederaufstieg Deutschlands, wie sie ihn verstanden, erreicht werden würde. Was diese Kreise unter „Wiederaufstieg“ verstanden, fasste v. Schröder nach dem Krieg in einer eidesstattlichen Aussage[7] für den Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg zusammen:

„Diese Zusammenkunft zwischen Hitler und Papen am 4. Januar 1933 in meinem Hause in Köln wurde von mir arrangiert, nachdem Papen mich ungefähr am 10. Dezember 1932 darum ersucht hatte. Bevor ich diesen Schritt unternahm, besprach ich mich mit einer Anzahl von Herren der Wirtschaft und informierte mich allgemein, wie sich die Wirtschaft zu einer Zusammenarbeit der beiden stellte. […] Ein gemeinsames Interesse der Wirtschaft bestand in der Angst vor dem Bolschewismus und der Hoffnung, daß die Nationalsozialisten – einmal an der Macht – eine beständige politische Grundlage in Deutschland herstellen würden. Ein weiteres gemeinsames Interesse war der Wunsch, Hitlers wirtschaftliches Programm in die Tat umzusetzen […] Weiterhin erwartete man, daß eine wirtschaftliche Konjunktur durch das Vergeben von größeren Staatsaufträgen werden würde […] In diesem Zusammenhang sind zu erwähnen: eine von Hitler projektierte- Erhöhung der deutschen Wehrmacht. von 100 000 auf 300 000 Mann, das Bauen von Reichsautobahnen […], Aufträge zur Verbesserung des Verkehrswesens, insbesondere der Reichsbahn. […] Es war allgemein bekannt, daß einer der wichtigsten Programmpunkte Hitlers die Abschaffung des Vertrages von Versailles darstellte und die Wiederherstellung eines sowohl in militärischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht starken Deutschlands. Es war klar, daß in einem starken Deutschland auch die Wirtschaft aufblühen würde.“

Bei dem Treffen in Köln, das nicht geheim blieb, sondern schon zwei Tage später zu Pressespekulationen auch in Meisenheim Anlass gab,[8] vereinbarten v. Papen und Hitler die Bildung einer gemeinsamen Regierung mit Hitler als Kanzler, Papen als Vizekanzler und der DNVP als Partner. Irgendeine Beteiligung des Reichstages war dabei nicht vorgesehen, nur „den alten Herrn“ musste man noch herumkriegen. Der mittlerweile 86jährige Hindenburg stand bei seinen Entscheidungen sehr unter dem Einfluss seiner Berater – v. Papens, des Staatsekretärs Meissner, seines Sohnes Oberst Oskar v. Hindenburg, der dem Vater die Wünsche und Vorstellungen der Reichswehr vermittelte, dazu noch des Grafen Kalckreuth, des Präsidenten des „Reichlandbundes“ –, und diese „Kamarilla“ arbeitete erfolgreich an der Demontage Schleichers. Als dieser am 28. Januar um die Vollmacht zur Auflösung des

---

[6] Schreiben einer Gruppe von Industriellen, Bankiers und Großgrundbesitzern an Hindenburg, November 1932, zit. n. KÜHNL 1980, S. 162

[7] zit. n. KÜHNL 1980, S. 174 f

[8] Allgemeiner Anzeiger 6. 1. 1933: „Bei der Besprechung seien die Möglichkeiten erwogen worden, noch einmal den Versuch der Erreichung der Kanzlerschaft Hitlers zu unternehmen. Angesichts der guten Beziehungen Papens zu Hindenburg hoffen die Beteiligten anscheinend, daß Papen Hindenburg umstimmen könnte, seine bisherigen Bedenken gegen eine Kanzlerschaft Hitlers fallen zu lassen.“

Reichstages ersuchte, verweigerte ihm Hindenburg diese; Schleicher trat zurück. Danach überredeten Papen, Meissner und Oskar v. Hindenburg den Präsidenten schließlich dazu, nun einem Kabinett Hitler – Papen grünes Licht zu geben.[9] Dieser Vorgang ist unter der irreführenden Bezeichnung „Machtergreifung" in die Geschichtsbücher eingegangen – „ergriffen" hat Hitler die Macht nicht, sie wurde ihm zugeschoben von Leuten, die – ein verhängnisvoller Irrtum – glaubten, ihn und seine Schlägerbanden für ihre Zwecke benutzen zu können.

Die Zusammensetzung der Regierung, die am 30. Januar 1933 ernannt wurde, war nämlich an sich nicht besorgniserregend: Mit dem Kanzler Hitler, dem Innenminister Frick und dem Minister ohne Geschäftsbereich Göring saßen nur drei[10] Nationalsozialisten im Kabinett; Göring als kommissarischer preußischer Innenminister hatte allerdings das Kommando über die stärkste deutsche Polizeitruppe. Der Vizekanzler v. Papen entstammte wie die parteilosen Minister für Auswärtiges, Finanzen, Justiz, Post und Verkehr schon dem „Kabinett der Barone". Wirtschaftsminister wurde der Deutschnationale Hugenberg, Arbeitsminister der Stahlhelm-Bundesführer Seldte. Der stellvertretende Stahlhelm-Bundesführer Duesterberg meinte beruhigend: „Wir rahmen sie *(die Nationalsozialisten)* ein."[11] Nur der Berliner Fackelzug uniformierter SA und SS am Abend desselben Tages machte vielen demokratisch denkenden Menschen Angst – zu Recht, wie sich rasch zeigen sollte.

Die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler war – im Gegensatz zu den Wahlkämpfen der Jahre 1931/32 – unblutig verlaufen. Daher entstand die auch heute noch manchmal zu hörende Auffassung, Hitler sei doch „ganz legal" an die Macht gekommen. *Legal* wäre nach der Verfassung nur eine Kanzlerschaft gewesen, der nach erfolgreicher Wahl der Reichstag das Vertrauen ausgesprochen hätte.[12] Die Tatsache, dass auch schon Hitlers Vorgänger Papen und Schleicher gegen das Parlament regiert hatten, machte die Sache nicht besser: Verfassungsbruch wird nicht durch seine Fortsetzung geheilt.[13]

Diese verfassungsrechtlichen Fragen haben in Meisenheim vermutlich nicht viele Menschen interessiert. Wahrscheinlich fanden die meisten auch die Notverordnung „Zum Schutz des Deutschen Volkes" vom 4. Februar, die die Presse- und Versammlungsfreiheit einschränkte, nicht allzu beunruhigend. Die Zensurdrohung betraf natürlich auch den Allgemeinen Anzeiger, der sich aber schon seit spätestens Mitte 1932 in vorauseilendem Gehorsam übte, so dass wir heute kaum mehr feststellen können, was die „öffentliche Meinung" in Meisenheim etwa von der Heranziehung der SA als Hilfspolizei (22. Februar) gehalten hat oder von der „Reichstagsbrandverordnung"[14] und der Verhaftungsaktion gegen Kommunisten in der

---

[9] BRACHER 1978, S. 628

[10] Goebbels bekam sein Ministeramt „für Volksaufklärung und Propaganda" erst am 13. März.

[11] zit. n. BRACHER 1978, S. 625.

[12] Art. 54 WRV: „Der Reichskanzler und die Reichsminister bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstags. Jeder von ihnen muß zurücktreten, wenn ihm der Reichstag durch ausdrücklichen Beschluß sein Vertrauen entzieht."

[13] Vgl. BRACHER 1978, besonders S. 471 ff

[14] eigentlich Verordnung „Zum Schutz von Volk und Staat", 28. 2. 1933

Folge des Reichstagsbrandes. Mindestens zwei Meisenheimer sind, obwohl die KPD-Ortsgruppe „schon im Frühsommer 1932… ihre Aktivitäten eingestellt zu haben“[15] scheint, in diesem Zusammenhang in „Schutzhaft“ genommen worden;[16] bei mehreren Mitgliedern der Ortsgruppe wurden Haussuchungen vorgenommen.[17] Auch die Ortsgruppe des „Reichsbanner Schwarz Rot Gold“[18] löste sich knapp zwei Wochen nach den Märzwahlen auf.[19] Da die Angst vor dem „Bolschewismus“ in Deutschland weit größer war als die tatsächliche machtpolitische Bedeutung der KPD, haben vermutlich auch viele Meisenheimerinnen und Meisenheimer die Behauptung geglaubt, der Brand sei als Signal für einen kommunistischen Aufstand gedacht gewesen, der gerade noch habe verhindert werden können.[20]

Der Stuhl, auf dem der Reichskanzler Hitler saß, stand auf ebenso wackeligen Beinen wie der von Brüning, Papen und Schleicher zuvor. Hitler konnte nur solange regieren, wie der Reichspräsident oder die Kamarilla bereit waren, den Art. 48 zu seinen Gunsten anzuwenden. Er musste also versuchen, sich aus dieser Abhängigkeit zu befreien. Daher handelte er Hindenburg mit dem Versprechen (einem der ganz wenigen, die er gehalten hat), dies würden nun *die letzten* Reichstagsneuwahlen sein, noch eine Parlamentsauflösung ab. Die Wahlen wurden auf den 5. März 1933 angesetzt. Man kann sie wegen der Behinderungen, denen die Gegner der NSDAP durch die Reichstagsbrandverordnung ausgesetzt waren, nur noch sehr bedingt als frei und demokratisch bezeichnen. Im Folgenden das Ergebnis für die Stadt Meisenheim im Vergleich mit dem Reichsergebnis:

8. RT – 5. 3. 1933	Stadt	*Amt*	Reich
Wahlbeteiligung*	89,0%		88,8%
KPD	5,0%	*2,4%*	12,3%
SPD	10,3%	*8,0%*	18,3%
DStP	0,6%	*0,2%*	0,9%
Zentrum+ BVP	12,6%	*18,0%*	13,9%
DVP	7,0%	*2,8%*	1,1%
Kampffront Schwarz-Weiß-Rot (DNVP)	10,9%	*7,1%*	8,0%
NSDAP	53,2%	*61,1%*	43,9%

[15] SCHWINDT 2004, S. 66

[16] ebenda, S. 119

[17] HENN 1984, S. 309

[18] Republikanischer Wehrverband zum Schutz der Weimarer Demokratie. Zur Geschichte: **Rohe**, Karl: Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfbünde zur Zeit der Weimarer Republik. Düsseldorf 1966. - Die Meisenheimer Ortsgruppe war erst am 28. März 1931 gegründet worden. Allgemeiner Anzeiger 30. 3. 1931

[19] HENN 1984, S. 310

[20] Da man bei einem Verbrechen stets *cui bono*, wem nützt das, fragt, drängte sich vielen Zeitgenossen aber andererseits die Antwort auf: „Die Nazis waren es.“ Wir müssen die Jahrzehnte währende Diskussion über die Schuld am Reichstagsbrand hier nicht nachzeichnen – heute scheint alles für eine Alleintäterschaft des niederländischen Kommunisten Marinus van der Lubbe zu sprechen. *Genützt* hat der Brand aber einzig und allein den Nationalsozialisten.

Auf der Basis dieses Ergebnisses hätte die Koalition aus NSDAP und DNVP (die sich jetzt „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“ nannte) mit einer soliden parlamentarischen Mehrheit von 340 Mandaten[21] ganz normal verfassungsmäßig regieren können. Genau das wollte Hitler aber nicht; er strebte die völlige Ausschaltung des Parlaments an, was ihm mit dem „Ermächtigungsgesetz“ auch gelang.

In der „Volksgemeinschaft“[22]

Bevor wir die weiteren Schritte der Etablierung des „Führerstaates“ betrachten, müssen wir einen Blick werfen auf die Methoden von „Verführung und Gewalt“,[23] mit denen die Nationalsozialisten eine zwar in der Grundströmung deutschnationale, aber (noch) nicht nationalsozialistische Bevölkerung auf ihre Seite zu ziehen oder wenigstens ruhig zu stellen verstanden. Gewalt war in Meisenheim fast überflüssig, selbst Einschüchterung offenbar kaum nötig. Das Verhältnis der Bewohner eines kleinen Landstädtchens zur Partei-Armee Hitlers war anders als das von Großstädtern; denn auf dem Land entfiel der abstoßende Straßenterror weitgehend – im Gegenteil, die SA trug gelegentlich sogar zur Unterhaltung bei:

„Bunter Abend der S.A. – Gestern abend *(27. 1. 1933)* veranstalteten die SA.-Leute der N.S.D.A.P.-Ortsgruppe Meisenheim im überfüllten Schwinn'schen Saale einen ‚Bunten Abend' mit musikalischen, ernsten und heiteren Vorträgen. Pünktlich um 8.15 Uhr eröffnete ein schneidiger Marsch … die Vortragsreihe. In der folgenden Begrüßungsansprache betonte Wilhelm Kiehl, daß die S.A., die schon jahrelang im schärfsten Kampfe stehe, auch einmal das Recht habe, fröhlich zu sein und auf ihr Programm ein Lustspiel zu setzen. […] Das bischen *[!]* Fröhlichkeit hätten die S.-A.-Leute reichlich verdient. […] Die Musikkapelle aus Anhängern der N.S.D.A.P. zusammengesetzt, tat ihr übriges um den Abend gut gelingen zu lassen.“[24]

Dass der Mann, dessen Verheißungen sie seit Juli 1932 mehrheitlich vertrauten, drei Tage nach dem bunten Abend Reichskanzler war, wird den Meisenheimerinnen und Meisenheimern Hoffnung auf Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse gemacht haben. Am 31. Januar fand auf dem Schlossplatz die Feier des Ereignisses[25] statt mit Böllerschüssen vom Karlsberg, einem auf dem Felsen über dem Glan leuchtenden Hakenkreuz und einer Ansprache von Pfarrer Wolfrum aus Oden-

---

[21] von insgesamt 647 Abgeordneten

[22] Mit diesem Begriff beschworen die Nationalsozialisten eine ethnisch-kulturell-„rassische“ Einheit des deutschen Volkes über alle regionalen, konfessionellen und besonders sozialen Differenzen hinweg, die es weder gab noch je gegeben hatte. In der Weimarer Zeit wurde mit diesem Begriff der Pluralismus der sozialen Interessen und politischen Parteien, der jeder modernen Industriegesellschaft eigen ist, geleugnet und der demokratische Austrag der Interessenvielfalt propagandistisch diffamiert.

[23] So der Titel einer Gesamtdarstellung der NS-Zeit: **Thamer**, Hans-Ulrich: Verführung und Gewalt. Deutschland 1933 – 1945. Berlin 1986 [THAMER 1986]

[24] Allgemeiner Anzeiger 28. 1. 1933

[25] „Nationale Kundgebung“ Allgemeiner Anzeiger 1. 2. 1933

bach.[26] Und knapp vier Wochen darauf, eine Woche vor der Reichstagswahl, zeigten die Nazis abermals Präsenz mit einem als „Freiheitskundgebung“[27] angekündigten Aufmarsch:

„Aufmarsch der Nationalsozialisten. … Am 26. Februar veranstalteten die Nationalsozialisten unserer Gegend einen Aufmarsch in unserem Städtchen. Es waren gegen 700 SA- und SS-Leute erschienen, dazu mehrere Jugendgruppen. Um 11 Uhr war Festgottesdienst in der Schlosskirche, wobei Pfarrer Wolfrum die Festpredigt hielt. Um 12 Uhr fand eine Gedenkfeier am Kriegerdenkmal statt. Um 3 Uhr marschierten die Uniformierten mit ihren Fahnen und Wimpeln nach den Klängen einer Musikkapelle durch die Stadt. Um die Mittagszeit fanden die auswärtigen Gäste bereitwilligst Aufnahme in Bürgerquartieren.“[28]

Wenn die Zahlen in der Schulchronik zutreffen – etwa 700 Erwachsene plus mehrere Jugendgruppen –, muss im Schnitt jede Meisenheimer Familie wenigstens einen demonstrierenden Nazi als Mittagsgast gehabt haben. – Ganz friedlich blieb die Veranstaltung allerdings nicht, ein „Zwischenfall ereignete sich am Marktplatz. Während dem Absingen des Deutschlandliedes machten zwei junge Burschen verächtliche Bemerkungen. Die SA-Leute ließen sich das nicht bieten und verschafften sich schnellstens Rechtfertigung durch eine Tracht Prügel.“[29]

Als am Dienstag, den 7. März das Wahlergebnis [30] bekannt wurde, „bewegte sich ein Fackelzug mit zwei Musikkapellen durch die Straßen der Stadt. Auf dem Marktplatz wurden die Fackeln zusammen verbrannt, während Pfarrer Wolfrum (Odenbach) eine zündende Ansprache hielt. Zum Schlusse sang die Menge begeistert das Deutschlandlied.“[31]

Und damit auch die Schuljugend etwas vom „Sieg der nationalen Regierung“ hatte, fiel am Mittwoch, 8. März, die Schule aus, und am 21. März schon wieder:

„Eröffnung des neuen Reichstages. Heute, am 21. März, wurde der am 5. März gewählte neue deutsche Reichstag eröffnet. Das war ein Festtag für die ganze deut-

---

[26] Im nahe gelegenen pfalz-bayerischen Odenbach gab es eine starke kommunistische Wählerschaft aus Arbeitern, die ins nahe Saar-Revier pendelten. Pfarrer Rudolf Wolfrum war schon seit dem 1. Juli 1929 Mitglied der NSDAP, weil er in dieser Partei die einzige politische Kraft sah, die dem „gottlosen Bolschewismus“ entgegentreten könne. („Die Partei als solche vertritt den Standpunkt eines positiven Christentums…sie bekämpft den jüdisch-materialistischen Geist in und außer uns…“ Punkt 24 des Programms der NSDAP, zit. n. KÜHNL 1980. S. 108.) Wolfrum war *in Meisenheim* in die Partei eingetreten, „weil er in der Pfalz wegen Beziehungen zum rheinischen Separatismus als politisch unzuverlässig galt.“ **Fandel**, Thomas: Konfession und Nationalsozialismus. Evangelische und katholische Pfarrer in der Pfalz 1930 – 1939. Paderborn 1997, [FANDEL 1977] S. 537. – Seit 1933 übernahm Wolfrum immer stärker die rassistische und militaristische NS-Ideologie.

[27] Inserat Allgemeiner Anzeiger 25. 3. 1933; Bericht: „Große Freiheitskundgebung der NSDAP - 700 SA Leute und 220 HJ marschieren“ Allgemeiner Anzeiger 27. 2. 1933

[28] SCHULCHRONIK II, S. 142

[29] Allgemeiner Anzeiger 27. 2. 1933

[30] Man muss sich klar machen, dass das manuelle Auszählen, Weitermelden, Addieren, Überprüfen und Berechnen der Verhältniszahlen für die Sitzverteilung in der Zeit vor der elektronischen Datenverarbeitung und der sekundenschnellen Hochrechnungen viel länger dauerte, als wir gewohnt sind.

[31] SCHULCHRONIK II, S. 141 f

sche Nation. In allen Schulen fiel der Unterricht aus. Um 11.[45] versammelten sich die Kinder in der Schule, wo ihnen in einer kurzen Feier die hohe Bedeutung des Tages zum Verständnis gebracht wurde. Sie sollten fühlen, daß mit dem heutigen Tage ein neuer Zeitabschnitt in der Geschichte des deutschen Volkes begonnen hat. Von 12 Uhr ab hörten dann alle Schüler die Rundfunkübertragung des feierlichen Staatsaktes in der Garnisonkirche zu Potsdam. Abends um 9 Uhr fand ein großer Fackelzug statt."[32]

Die Reichstags-Eröffnungsfeier in die Potsdamer Garnisonkirche, an den symbolträchtigsten Ort des preußisch-deutschen Patriotismus, zu verlegen, war eine propagandistische Meisterleistung des neuen Ministers Goebbels. Hindenburg erschien im vollen Glanze seiner ordensgeschmückten preußischen Generalfeldmarschallsuniform; Hitler, im Frack, verbeugte sich tief vor dem Präsidenten. Das Foto von dem Händedruck der beiden Männer, millionenfach reproduziert, schien zu beweisen, dass das „alte" und das „neue" Deutschland sich vereinten, um das Land zu altem Glanz und alter Größe zu führen. Dann betraten beide die Kirche, Hindenburg hob vor dem leeren Stuhl des Kaisers grüßend seinen Marschallstab. Nach dem Festakt mit Reden des Präsidenten und des Kanzlers stieg Hindenburg in die Krypta der Kirche hinab, um vor dem Sarg König Friedrichs II. einen Kranz niederzulegen.[33]

In Meisenheim wie im ganzen übrigen Deutschland hingen nicht nur die Schulkinder am Radio. „In allen Häusern, wo Radioapparate vorhanden sind, fanden sich die Bürger ein und lauschten gespannt und tiefergriffen der Uebertragung aus Potsdam. …wohl manche stille Träne rollte über die Wangen."[34] Es gibt auch sonst zahlreiche persönliche Zeugnisse – Briefe, Tagebücher, Erinnerungen –, dass Zuhörer bei der Übertragung des Staatsaktes zu Tränen gerührt waren und dass gerade bildungsbürgerliche und konservative Menschen, die wegen der mörderischen Brutalität der SA den Nationalsozialisten und Hitler sehr distanziert gegenüber gestanden hatten, nun bereit waren, den neuen Männern einen Vertrauensvorschuss zu gewähren.

Der Fackelzug am Abend endete vor dem Kriegerdenkmal am Schlossplatz mit einem Akt drastischer Symbolik: Nach drei Reden, einer Salve von Stahlhelm und SA, dem Deutschland- und dem Horst-Wessel-Lied wurde „zum Schluß […] die seitherige […] Fahne schwarz-rot-gold, die von zwei SA-Leuten im Zuge mitgeschleift wurde, vor dem Denkmal verbrannt,"[35] die Fahne der Befreiungskriege, des Hambacher Festes und der 1848er Revolution.

Mit dem Potsdamer Rührstück waren die Voraussetzungen geschaffen, dass zwei Tage darauf im Reichstag die Zweidrittelmehrheit für das Ermächtigungsgesetz zustande kommen konnte. Die Mandate der KPD waren kassiert worden, um desto sicherer das verfassungsändernde Quorum zu erreichen. Nach einer sehr tapferen Rede ihres Vorsitzenden Otto Wels stimmte am „schwärzesten Tag …der

---

[32] ebenda, S. 143

[33] Vgl. u. a. THAMER 1986, S. 270 ff, PYTA 2007, S. 820 ff

[34] „Der Tag der erwachenden Nation in Meisenheim", Allgemeiner Anzeiger 22. 3. 1933

[35] ebenda

deutschen Parlamentsgeschichte“[36] nur die SPD *gegen* das Gesetz, das der demokratischen Republik den Todesstoß versetzte.

„Ein Gemisch aus resignativen Stimmungen, ‚nationalem Pflichtgefühl’, illusionären Hoffnungen auf spätere Anerkennung der Anpassungs- und Kooperationsbereitschaft sowie taktischen Erwägungen zur Rettung der jeweils eigenen Organisation hatte alle bürgerlichen Oppositionsparteien zur Zustimmung bewogen. Beim Zentrum und bei der Deutschen Staatspartei waren fraktionsinterne Meinungsverschiedenheiten vorangegangen, aber am Ende stimmten außer den Sozialdemokraten alle Anwesenden mit Ja.“[37]

Die SPD wurde am 22. 6. verboten. Der Opportunismus der übrigen Parteien nützte ihnen auch nichts – bis zum Juli hatten sie sich alle „freiwillig“ selbst aufgelöst.

Das Ermächtigungsgesetz erlaubte es der Reichsregierung Gesetze, selbst verfassungsändernde, ohne Zustimmung des Reichstages zu erlassen.[38] Es war zwar auf vier Jahre befristet, wurde aber vom nunmehr gänzlich zahnlosen Reichstag regelmäßig verlängert. Die Existenz der Institutionen Reichstag, Reichsrat und Reichspräsident sollte im Übrigen unangetastet bleiben, und Hitler hat auch dieses Gesetz gebrochen, als er am Todestag Hindenburgs[39] die Ämter von Präsident und Kanzler in seiner Person vereinigte.

Der Terror gegen politische Gegner des neuen Regimes, Massenverhaftungen besonders von Kommunisten und Sozialdemokraten, Ausschreitungen gegen jüdische Mediziner, Juristen, Geschäftsleute, die ersten „wilden“ KZs waren von den Deutschlandkorrespondenten ausländischer Zeitungen natürlich nicht unbemerkt geblieben, und ihre Heimatblätter hatten zumeist kritisch darüber berichtet – unabhängig von der Religionszugehörigkeit des Verlegers oder Chefredakteurs. Nach der Sündenbocktheorie der NS-Regierung konnte die Kritik aber nur das Ergebnis einer jüdischen Verschwörung sein, die man mit Maßnahmen gegen die deutschen Juden „abwehren“ wollte. Die NSDAP ließ am 31. März im Allgemeinen Anzeiger verkünden:

„Mit der Übernahme der deutschen Regierung durch Adolf Hitler setzte in der ganzen Welt ein Verleumdungsfeldzug gegen Deutschland ein. […] Kurz vor der Machtübernahme durch Adolf Hitler hatte sich in der Wohnung des jüdischen Malers Liebermann in Berlin ein Kreis jüdischer Literaten und Künstler versammelt und einen ebenfalls anwesenden französischen Vertreter aufgefordert, Frankreich sollte mit allen […] Mitteln die Machtergreifung durch Adolf Hitler verhindern. Der jüd. Professor Albert Einstein…hat im Auslande einen Aufruf […] erlassen, in dem er alle Länder auffordert, im Namen der Menschlichkeit…gegen Deutschland

---

[36] **Frei**, Norbert: Der Führerstaat. Nationalsozialistische Herrschaft 1933 – 1945.München 1987 [FREI 1987] S. 45

[37] ebenda S. 55

[38] „Art. 1. Reichsgesetze können, außer in den in der Reichsverfassung vorgesehenen Verfahren, auch durch die Reichsregierung beschlossen werden. … Art. 2. Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze können von der Reichsverfassung abweichen, soweit sie nicht die Einrichtung des Reichstages und des Reichsrates als solche zum Gegenstand haben. Die Rechte des Reichspräsidenten bleiben unberührt. […]“

[39] 2. August 1934

vorzugehen. Der deutsche Jude Lion Feuchtwanger verbreitet in Amerika die wahnsinnigsten Lügen über angebliche Greueltaten in Deutschland. Somit ist klar erwiesen, daß die Greuelhetze gegen Deutschland…von deutschen Juden angezettelt wurde. Das deutsche Judentum stützt diesen Hetzfeldzug. […]

Darum setzt mit der ganzen Wucht unserer Bewegung unsere Abwehrmaßnahme ein.

Wir ordnen hiermit an: Ab Samstag, den 1. April 1933, 10 Uhr vormittags, setzt in Meisenheim der Boykott gegen sämtliche jüdischen Geschäfte ein. Kein Deutscher betritt mehr ein jüdisches Geschäft. […] wer vom Juden kauft, treibt Landesverrat. Er muß sich gefallen lassen, von uns als Landesverräter behandelt zu werden. […]

Wir erwarten, daß die gesamte deutschgesinnte Bevölkerung uns in diesem Abwehrkampf des deutschen Volkes unterstützt.

Der Ortsgruppenleiter."[40]

Am Abend des 31. März fand zur Einstimmung auf dem Marktplatz eine stark besuchte Kundgebung[41] statt, in der wiederum Pfarrer Wolfrum als Redner auftrat und noch einmal das ganze antisemitische Repertoire wiederkäute:

„Es gilt, unsere Stellung zu festigen gegen den Feind, der kein Mittel scheut, uns niederzuringen. Das internationale Judentum sah mit der Regierungsübernahme durch Hitler seine bisherige Macht schwinden und sucht nun durch die verwerflichste Hetze im Ausland Deutschland wieder so zu schwächen, daß es reif wird zur Verwirklichung seiner Machtgelüste. Hier aber stimmt die Rechnung nicht mehr. Sie haben es nicht mehr mit dem Deutschland eines Brüning oder Stresemann zu tun, sondern es steht ihnen ein einiges Deutsches Volk unter Führung des großen Volkskanzlers Hitlers *[!],* der den wahren Feind alles Deutschtums erkannt hat, gegenüber. Wir haben die Kriegserklärung des internationalen Judentums aufgenommen und werden uns zu wehren wissen. Schon einmal, in den Jahren 1914 – 1918, hat man eine Greuelpropaganda gegen Deutschland eingesetzt. Damals konnten wir nichts dagegen tun. Heute aber, da man dieselben Märchen wieder auftischt, ist uns die Möglichkeit gegeben, uns zu schützen durch eine mächtige Gegenpropaganda. Hier wenden wir uns an die nationale Bevölkerung, daß sie uns tatkräftig unterstützt in dem Kampf gegen eine Weltmacht, die Deutschland gleich Sowjetrußland in ihre Hand bekommen wollte. Sie verbreiten im Ausland Märchen, die an Grausamkeit nicht zu übertreffen sind, rufen zum Boykott gegen Deutsche Waren auf und treten unsre Ehre in den Dreck. Solange diese Propaganda dauert, solange wird unser Kampf und unser Boykott gegen sämtliche jüdischen Geschäfte, jüdischen Rechtsanwälte und jüdische Aerzte anhalten. […] Wir Nationalsozialisten haben alle Kämpfe gewonnen, die wir durch lange Jahre zu führen hatten und werden auch diesen Kampf siegreich zu Ende führen, weil wir kämpfen, wie Deutsche kämpfen, die wissen, was sie wollen und sich der Verantwortung dem Vaterlande

---

[40] seit Januar 1932 Jakob Kiehl

[41] Dass sie wirklich „fast die ganze Bevölkerung von Meisenheim auf die Beine gebracht" hat, wie der Allgemeine Anzeiger meldete, wird man wohl bezweifeln dürfen. Zumindest wird nicht jeder, der da auf dem Marktplatz zuhörte, dem Redner auch inhaltlich zugestimmt haben.

gegenüber bewußt sind. Wer nicht mit uns kämpft, ist ein Verräter am Deutschen Volk."[42]

Es gab in Meisenheim im Frühjahr 1933 noch sieben Ladengeschäfte mit jüdischen Inhabern[43] – zwei Textilgeschäfte, zwei Tabakwarengeschäfte, ein Schuhgeschäft, eine Wein- und Likörhandlung und eine Metzgerei. (Je zwei weitere Geschäftsleute waren im Getreide- bzw. Viehhandel tätig und hatten keine Ladengeschäfte.) Die Bilder in Meisenheim dürften denen im übrigen Deutschland geglichen haben. Die Meisenheimer Stadtverwaltung berichtete am Montag darauf der Koblenzer Bezirksregierung, was diese hören wollte:

„Der Boykott ist in diesseitigem Bezirk reibungslos verlaufen. Kein Käufer hat ein Judengeschäft betreten. Vor jedem jüdischen Geschäft war ein SA-Posten aufgestellt, an diese Geschäftshäuser waren Schilder mit der Aufschrift ‚Deutsche kauft nicht bei Juden usw.' angelehnt. Die meisten Eingänge zu den jüdischen Geschäften waren verschlossen gehalten."[44]

Aber natürlich „ließ sich die unabhängige ausländische Presse dadurch nicht das Wort verbieten",[45] was man vorher wissen konnte. Der tiefere Grund für die Aktion lag in der Notwendigkeit, diejenigen Kräfte, die bisher in den Wahlkämpfen ihre Aggressionen an politischen Gegnern ausgetobt hatten und denen ein einfacher Regierungswechsel nicht genug an „nationaler Revolution" bedeutete, gleichzeitig zu beschäftigen und unter Kontrolle zu halten:

„Tatsächlich entsprach Hitler mit der Entscheidung für die Aktion genuinen Bedürfnissen im Partei-‚Volk': Das alte radikal-antisemitische Lager, verkörpert durch Streicher als Leiter des Boykott-Komitees, sollte befriedigt, dem ‚revolutionären' Aktivitätsdrang der SA ein Betätigungsfeld gegeben und zugleich etwas für die traditionelle Parteiklientel im NS-Kampfbund für den gewerblichen Mittelstand getan werden […] Dem Bedürfnis durchaus heterogener Kräfte innerhalb der NS-Bewegung, Macht und Gewalt auszukosten, wurde in den ersten Apriltagen 1933 gezielt Raum gewährt. Zugleich jedoch wurde damit der zentrale Lenkungsanspruch einer Parteiführung untermauert, die nun Staatsautorität beanspruchen konnte…"[46]

Die radau-antisemitischen Kräfte müssen in Meisenheim und Umgebung ziemlich stark gewesen sein – im Frühjahr und Sommer gab es immer wieder Schikanen gegen und Festnahmen von einzelnen jüdischen Meisenheimern,[47] so dass, wer von ihnen es möglich machen konnte, die Stadt verließ. (Die Geschichte der Meisenheimer Juden im 19. und 20. Jahrhundert wird im übernächsten Abschnitt im Zusammenhang dargestellt.)

In Systemen, in denen die Loyalität der Staatsbürger nicht durch den Prozess der Mitwirkung[48] des einzelnen an der politischen Willensbildung entstehen kann, weil

---

[42] Allgemeiner Anzeiger 1. 4. 1933

[43] Die folgenden Angaben nach: **Lamb**, Anni / **Schlarb**, Kläre: Jüdische Mitbürger in den 20er und 30er Jahren. Zeitzeugen berichten. MH 39 (1992). – Vgl. auch: **Buß**, Karl: Die Juden in Meisenheim. In: NLK 1991, S. 91 ff

[44] Zit. n. DÖRR 1991, S. 36 u. 38

[45] FREI 1987, S. 58

[46] ebenda

[47] HENN 1984, S. 316

[48] oder wenigstens die jederzeitige Möglichkeit dazu

die politische Entscheidungsbefugnis von der herrschenden Clique oder vom Diktator monopolisiert wird, muss Massenloyalität durch ständigen Aktionismus propagandistisch erzeugt werden. Es deutet vieles darauf hin, dass die Meisenheimerinnen und Meisenheimer, gewohnt, in ihrem kleinen Städtchen immer nur am Rande des Geschehens zu leben, diesen Aktionismus durchaus begrüßt haben:[49] Es war „etwas los", und sie wurden wichtig genommen. Willig fügten sie sich daher in die „Volksgemeinschaft" – benannten am 6. April den Bahnhofsplatz nach Bismarck, den Platz vor der Lateinschule nach Hindenburg und den Scheidenberger Weg (die heutige Lindenallee) nach Hitler.[50] Den beiden letzteren trug der Stadtrat mit Beschluss vom 28. April[51] die Ehrenbürgerschaft an. Huldigungsgesten dieser Art gab es allenthalben, trotzdem spürte das Regime immer wieder das Bedürfnis, sich auf plebiszitärem Wege bestätigen zu lassen – mit Druck und Kontrolle. So zum Beispiel schon Ende 1933: „Am 12. November fand … der Volksentscheid für (ja) oder gegen (nein) die Regierung Adolf Hitlers statt. Das Ergebnis war in Meisenheim recht günstig: Von 1313 Wahlberechtigten (davon waren 32 Inhaber von Stimmscheinen) haben 1301 gewählt. Von den restlichen 12 waren 11 Schwerkranke und 1 ‚Nichtwähler' (Adolf Conrad)."[52]

Die Notiz in der Schulchronik macht es ganz deutlich: Das *Hingehen* zur Abstimmung war schon der entscheidende Unterwerfungsakt, wer sich verweigerte, wurde namentlich erfasst. Das Abstimmungs*ergebnis*, das eh feststand, musste dann schon gar nicht mehr genannt werden – es waren immerhin noch zwei Nein-Stimmen.[53]

Der 1. Mai, traditionell der Tag, an dem die Organisationen der Arbeiterbewegung für Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen der abhängig Beschäftigten demonstrierten, wurde von der NSDAP okkupiert und als „Tag der nationalen Arbeit" zum gesetzlichen Feiertag gemacht. Mit dem Kampf für die Emanzipation des Proletariats hatte die Gestaltung des Tages aber nichts zu tun. Gewerkschaften wirkten an der Veranstaltung nicht mit, dafür der „Stahlhelm" und der Kriegerverein. Der Allgemeine Anzeiger teilte im Ton eines Tagesbefehls mit:

„In der gestrigen Sitzung des Ausschusses für die Feierlichkeiten am 1. Mai wurde das endgültige Programm festgelegt. Danach wird am Abend des 30. April um 9.30 ein Höhenfeuer angezündet. Brennmaterial dazu wird am Samstag nachmittag gesammelt. Die Bevölkerung wird gebeten, dasselbe bereitzuhalten.

Das Tagesprogramm für Montag ist folgendes […]

---

[49] S. z. B. DRESCHER , NLK 1968 S. 86: „So erlebten die Meisenheimer das sogenannte Dritte Reich dann auch weithin in einer Art euphorischen Stimmung, teils weil sie glaubten, endlich einmal aus ihrer Enge heraus einer großen Idee angeschlossen zu sein, teils weil ihr Nationalgefühl in der langen Besatzungszeit …. empfindlich verletzt worden war…"

[50] HENN 1984, S. 298; Allgemeiner Anzeiger 6. 4. 1933

[51] SCHULCHRONIK II, S. 148

[52] SCHULCHRONIK II, S. 150. – Conrad gehörte den „Ernsten Bibelforschern" (Zeugen Jehovas) an, die sich grundsätzlich nicht mit Politik befassten. LHAK, Best. 856 Nr. 120483, Blatt 38

[53] Allgemeiner Anzeiger 13. 11. 1933

10.15[54] Uhr Festgottesdienst […]

11.00 – 1.00 Uhr Übertragung der Feier vom Tempelhoferfeld[55] auf dem Marktplatz,

2.00 Uhr Aufstellung des Festzuges auf dem Schlossplatz,

2.30 Uhr Abmarsch des Festzuges durch die Obergasse, Bahnhofstraße, Bismarckplatz, Adolf-Hitler-Straße, Herzog-Wolfgang-Straße, Wader-Straße[56], Hindenburgplatz, Amtsgasse, Untergasse, über die Brücke, Karlsberg mit folgender Aufstellung: Knüppelkapelle der Feuerwehr, SA, Stahlhelm, Kriegerverein, Musikkapelle, Fahnengruppe, Berufsstände, Hitlerjugend, B. d. M., Luisenbund, Scharnhorst, Turnerjugend, Schuljugend. Die übrige Bevölkerung schließt sich an.

Das Programm auf dem Karlsberg ist

Gesang (Singkränzchen)
Ansprache (Pfarrer Wolfrum)
Gesang (Sängervereinigung)

Es folgt zwangloses Programm mit Darbietungen der Hitlerjugend, Turnerjugend und der Kapelle,

8 Uhr Übertragung der Rede des Reichskanzlers auf dem Marktplatz. […]

[…] Alle Häuser werden beflaggt und die öffentlichen Gebäude mit Grün geschmückt. Die Arbeit ruht an diesem Tage vollkommen.

Der Ausschuß.“[57]

Dass am Tage *nach* dem angeblichen Aufgehen des Gegensatzes von Kapital und Arbeit in der „Volksgemeinschaft“ die SA die Gewerkschaftshäuser besetzte, Gewerkschafter in „Schutzhaft“ nahm und sämtliche Kassen stahl, erfuhr man in der kleinen Landstadt nur durch die Zeitung und vom Hörensagen, z. B. aus Kreuznach oder Odenbach. In den folgenden Jahren verdrängte man den Ursprung des Tages ganz, der „Tag der deutschen Arbeit“ wurde der „Nationalfeiertag des deutschen Volkes“. Auch die selbständige Existenz von Kriegerverein und „Stahlhelm“ samt Nebenorganisationen (Luisenbund und Scharnhorst, die Jugendorganisation) endete bald darauf: Die Vereine wurden im Laufe des Sommers widerstandslos „gleichgeschaltet“ und den entsprechenden NS-Organisationen (SA, NS-Frauenschaft, HJ) zunächst angegliedert, bis sie ganz darin aufgingen.[58]

Die Arbeitslosigkeit hatte im Winter 1932/33 noch einmal einen Höhepunkt erreicht, aber „zum Zeitpunkt der nationalsozialistischen Machtübernahme am 30. Januar 1933 hatte die deutsche Volkswirtschaft die Talsohle der Depression bereits

---

[54] In der Zeitung stand 9.00, in der Schulchronik wurde der spätere Zeitpunkt handschriftlich in den Artikel korrigiert.

[55] Auf dem Tempelhofer Feld in Berlin fand die zentrale Kundgebung statt, auf der Hitler redete: Der nationale Staat werde die Deutschen zur Volksgemeinschaft erziehen und das Volk „über Klassen, Stände und Einzelinteressen“ erheben. THAMER 1986, S. 285. Die Rede wurde im Rundfunk übertragen und über Lautsprecher auf öffentliche Plätze ausgestrahlt. In einigen Orten wurden Fabrik-Belegschaften geschlossen zum Zuhören geführt; das scheint in Meisenheim nicht der Fall gewesen zu sein.

[56] die heutige Warthstraße

[57] Allgemeiner Anzeiger 29. 4. 1933

[58] HENN 1984, S. 304 ff

durchschritten“[59] – das weltweit zu beobachtende Abflauen der Wirtschaftskrise kam der NS-Regierung ebenso unverdient zugute wie das Ende der Reparationszahlungen, die noch die Regierung Brüning in Lausanne ausgehandelt hatte. Die Nationalsozialisten kamen mit dem Versuch, diese Entwicklungen sich selber zuzurechnen, bei der Bevölkerung – in Meisenheim und überall – durch. Die Kritiker waren mundtot gemacht und hinter den Zäunen und Mauern der „Schutzhaft“-Lager verschwunden.

Der Propagierung dieser „Erfolge“ diente auch ein „Tag des Handwerks“, der am 22. Oktober 1933 gefeiert wurde. Dem Ereignis verdanken wir eine Übersicht über die Meisenheimer Wirtschaft zu Beginn der NS-Herrschaft. Nach dem Bericht über die Feierlichkeiten zählte der Schreiber der Schulchronik auf:

„Es mag hier eine Aufzählung der verschiedenen Handwerke folgen, die heute noch in Meisenheim ausgeübt werden. (Die eingeklammerten Zahlen hinter den Namen geben die jetzige Anzahl der selbständigen Handwerker an.)

Bäcker (8)	Korbmacher (2)	Bildhauer (1)
Metzger (7)	Schlosser (2)	Glaser (1)
Schneider (7)	Schmied (3)	Töpfer (1)
Modistin (2)	Klempner (4)	Schornsteinfeger(1)
Schuster (9)	Mechaniker (3)	Gärtner (4)
Sattler u. Polsterer (6)	Installateur (1)	Uhrmacher (3)
Gerber (1)	Elektriker (3)	Friseur (5)
Schreiner (7)	Maurer (4)	Buchbinder (1)
Dreher (1)	Zimmerer (1)	Buchdrucker (1)
Wagner (1)	Dachdecker (1)	Bierbrauer (1)
Küfer (1)	Anstreicher (4)	

Dazu wurden bis 1914 noch folgende Handwerke ausgeübt: Müller, Seiler, Kürschner, Seifensieder, Goldschmied, Nagelschmied, Messerschmied, Färber.“[60]

Auf den ersten Blick ist erkennbar, dass nach wie vor der größte Teil der Handwerker für den lokalen Bedarf arbeitete. Neu gegenüber der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg sind Mechaniker und Elektriker. Die Friseure und Modistinnen tauchten zwar in früheren Übersichten nicht auf, dürften aber doch vorhanden gewesen sein. Die Aufstellung ist mit früheren nicht gut vergleichbar, da sie nach anderen Methoden erhoben wurde – einer der sieben Schreiner war der Inhaber der Möbel*fabrik* Becker; und niemand wäre wohl vorher auf die Idee gekommen, den Inhaber der Brauerei Bonnet als Handwerker zu zählen. –

Die Pläne für ein Netz vierspuriger, kreuzungsfreier Straßen, die bis heute hartnäckig mit dem Namen Hitlers verknüpft werden, waren schon in der Weimarer Republik ausgearbeitet worden, und auch der Freiwillige Arbeitsdienst (FAD), der arbeitslose junge Leute von der Straße holen sollte, war eine Maßnahme der Regierung Brüning – 1931 geschaffen, umfasste er Mitte 1932 bereits 100.000 Freiwillige und im November des Jahres eine Viertelmillion.[61], Seit dem Frühjahr 1933 gab es in Meisenheim eine Abteilung des FAD. Die Idee eines vormilitärischen Dienstes für möglichst viele junge Männer war in nationalistischen Kreisen im Schwange,

[59] BLAICH 1985, S. 115
[60] SCHULCHRONIK II, S. 149
[61] BÜTTNER 2010, S. 681

seit der Versailler Vertrag die allgemeine Wehrpflicht untersagt hatte, aber erst am 23. Juli 1931 wurde die Verordnung über den Freiwilligen Arbeitsdienst erlassen.[62] Damit war der Wunsch der Wehrverbände nach einer Arbeits*pflicht* zwar nicht in Erfüllung gegangen, trotzdem stürzte sich der „Stahlhelm" mit finanzieller Unterstützung der Regierung Brüning sogleich in die Arbeit.

„Der Stahlhelm hatte …den Ehrgeiz, durch Mobilisierung möglichst vieler Mitglieder eine führende Stellung innerhalb der Arbeitsdienstbewegung zu gewinnen. Die große politische Wende des Bundes *(weg von der Parteipolitik, U.S.)* gab im Sommer 1932 gerade dem Arbeitsdienstprogramm des Stahlhelms einen beträchtlichen Auftrieb. Wagner *(Siegfried W., Major a. D., Stahlhelm-‚Bundeskanzler', U.S.)* bat die Landesverbände, ‚alle auf den Freiwilligen Arbeitsdienst und die Arbeitsbeschaffung hinzielenden Vorarbeiten zu überprüfen und zu ergänzen, weil [eine] stärkere, vielleicht ausschlaggebende Beteiligung des Stahlhelm hier in Aussicht steht'. Bis zum 1. August waren etwa 10000 junge Mitglieder der Parole ihrer Führer ‚An die Arbeit - für Deutschlands Befreiung' gefolgt. Mit dieser Zahl errang der Bund die ersehnte Führungsstellung gegenüber den anderen Verbänden. Bis zum Ende des Jahres hatte sich diese Zahl verdoppelt, und die Bundesführung verwaltete zwischen 300 und 400 Lager."[63]

Die Leitung durch einen Wehrverband, die Kasernierung und das Auftreten in geschlossener Formation gaben dem FAD eine durchaus gewollte militärische Prägung. Die Meisenheimer Abteilung umfasste am Anfang knapp 90 Männer,[64] die dazu eingesetzt wurden, den Glan unterhalb der Stadt zu regulieren. Durch einen schnelleren Abfluss sollten Überschwemmungen der Altstadt bei Hochwasser vermieden werden. Die Leute hausten zuerst recht primitiv in einer Lagerhalle an der Raumbacher Straße.

Als Hitler zum Reichskanzler ernannt worden war, „gab es […] Schwierigkeiten zwischen der NSDAP und dem Stahlhelm um den Arbeitsdienst […] Die Nationalsozialisten erhoben […] Einspruch, als der Stahlhelm den Staatssekretärsposten im Reichskommissariat […] für sich beanspruchte. Hitler wollte nicht Mahnken *[Stahlhelmführer, U.S.]*, sondern Konstantin von Hierl *[NSDAP, ‚Reichsarbeitsführer' bis 1945, U.S.]* seinen eigenen Arbeitsdienstexperten, für seine Bemühungen um dieses Programm belohnt sehen. […] Ende März wurde Hierl dann … Staatssekretär und Mahnken einer der beiden ihm untergebenen Kommissare."[65]

Infolgedessen erhielt die NS-Parteiorganisation am 22. Juni 1933 den Zugriff auf alle Arbeitsdienstlager im Parteigau Koblenz-Trier (später „Gau Moselland"). Die Gauleitung forderte von Meisenheim eine bessere Unterkunft für die Männer, und die Stadt kaufte das Gebäude einer ehemaligen Hotel-Pension[66] hinter dem Bahnhof, die so genannte „Spießburg" (nach dem Familiennamen der Betreiberinnen). Die nötigen Um- und Erweiterungsbauten wurden zu großen Teilen vom FAD

---

[62] BERGHAHN 1966, S. 232

[63] ebenda, S. 232 f

[64] SCHULCHRONIK II, S. 146

[65] BERGHAHN 1966, S. 252 f

[66] Heutige Adresse Präses-Held-Straße, der Altbau des Internats des Paul-Schneider-Gymnasiums

selbst ausgeführt. Am 13. November 1934 wurde mit viel Parteiprominenz der Umbau eingeweiht.

Appell des Arbeitsdienstes vor der Eisenbahnbrücke Lindenallee,(vermutlich 1934 /KMZ KH)

Der Zeitungsartikel,[67] der darüber berichtete, zeigte, wie die NS-Verantwortlichen geschichtsklitternd ihren Führer und die Leistungen seiner Partei gesehen wissen wollten, ließ aber – kaum *zwischen* den Zeilen – auch die vormilitärische Zwecksetzung des Arbeitsdienstes erkennen. Darum soll daraus etwas ausführlicher zitiert werden:

„Als nach dem großen Völkerringen 1914/18 das einst stolze deutsche Reich in sich zusammengebrochen war, da begann für unsere heranwachsende Jugend eine schwere Zeit. …Es war schmerzlich anzusehen, wie so mancher Junge, der gewiß gerne gearbeitet hätte auf die Straße geworfen und so dem Laster preisgegeben war. Geduldig haben die jungen Leute ihr Los getragen in der Hoffnung, daß es doch einmal anders und wieder besser werde. Und es wurde anders. Ein Mann, der einst selbst die harte Arbeit als Handwerker[68] verrichtet hatte, der an sich selbst verspürte, was es heißt, arbeits- und brotlos zu sein, aber die Hoffnung auf Deutschlands Zukunft nicht aufgegeben hatte, Adolf Hitler, hat in glühender Liebe zu dem deutschen Volk uns ein neues Reich geschaffen, ein Reich, in dem auch der Arbeiter wieder als ehrbar und geachtet gilt. Und er gab auch der deutschen Jugend Gelegenheit, sich wieder in den Arbeitsprozeß einzureihen, durch Schaffung der Ar-

[67] „Vom Arbeitsdienstlager in Meisenheim“, Allgemeiner Anzeiger 4. 11. 1934. Autor war Kurt Fettig, langjähriger Schriftleiter des Allgemeinen Anzeigers, den er allmählich von nationalliberalen zu nationalsozialistischen Positionen gebracht hatte.

[68] Es ist schade, dass der Autor uns nicht verraten hat, welches Handwerk sein Führer hart arbeitend verrichtete, da doch alle einschlägigen Biografien nur von Arbeitsscheu und zielloser Herumtreiberei zwischen Schulabbruch und Kriegsausbruch zu berichten wissen.

beitsdienstlager. […] Wenn man so Zeuge ist, wie die braunen Arbeitssoldaten nach getaner Arbeit mit munterem Gesang in gleichem Schritt und Tritt durch die Straßen des Städtchens ziehen, dann mag wohl mancher Mann an seine frühere Militärzeit zurückdenken und angenehme Erinnerungen[69] steigen in ihm auf an die Garnisondienst- und Manöverzeit."

Der männliche Arbeitsdienst bezog, da die Spießburg zu klein geworden war, im Jahre 1935 ein Barackenlager am westlichsten Ende der Stadt, im Winkel zwischen Deslocher und Breitenheimer Straße (heute der letzte Abschnitt der Straße Obertor.) Die Stadt erwarb das Grundstück und stellte auf ihre Rechnung Elektrizitäts- und Wasseranschluss her.[70] Nach der Auflösung der Meisenheimer Arbeitsdienstseinheit wurde das Barackenlager dann von wechselnden Wehrmachtseinheiten belegt.

Die Spießburg wurde nach dem Auszug des Arbeitsdienstes als „Umschulungslager" benutzt – zum Zeitpunkt von dessen Einweihung am 8. 9. 1935 waren dort „23 Mädchen aus Großstädten … untergebracht, die zu ländl. Dienstboten, Siedlerfrauen umgeschult werden"[71] sollten. Leider erfahren wir nicht, woher die Mädchen kamen und was sie ins Lager verschlagen hatte – dass ein Großstadtmädchen von sich aus den Wunsch gehabt hätte, ländliche Dienstmagd zu werden, ist schwer vorstellbar. 1938 wurde das Umschulungslager wieder aufgegeben und der Bau dem weiblichen Arbeitsdienst übertragen. Bevor die 40 „Arbeitsmaiden"[72] anrückten, ließ sich die Arbeitsdienst-Führung erst einmal über die Stadt unterrichten; Meisenheim erhielt vom NSDAP-Kreisleiter aus Kreuznach ein aus heutiger Sicht wenig rühmliches Zeugnis:[73]

„Bescheinigung

Die Stadt Meisenheim ist eine alte Hochburg des Nationalsozialismus. Breits im Jahre 1928 wurden dort die ersten Versammlungen abgehalten und die erste Ortsgruppe gegründet.

Die politische Haltung der Bevölkerung war immer so, dass wir sie zum grössten Teil als absolut politisch zuverlässig ansprechen konnten.

Nach der Machtübernahme hat die Bevölkerung in weitgehendstem Masse alle Bestrebungen und Ziele der NSDAP. tatkräftig unterstützt. […]

Das Verhalten der Bevölkerung vor und nach der Machübernahme findet vollste Anerkennung dadurch, dass der Gauleiter sich persönlich für die Stadt Meisenheim weitgehendst eingesetzt hat.

Der Kreisleiter (gez.)
Schmitt M. d. R."

Das Straßenbild bekam einen militärischen Anstrich: Neben dem Arbeitsdienstmännern trugen auch die NS-Parteifunktionäre („Amtswalter"), die SA-Leute, die

---

[69] Auf die angenehmen Erlebnisse in der Garnison und im Manöver mussten die die jungen Männer links des Rheins zum Glück keine zwei Jahre mehr warten.

[70] LHAK Best. 655,024 Nr. 2317

[71] SCHULCHRONIK II, S. 178

[72] LHAK Best. 655,024 Nr. 2318

[73] ebenda

Angehörigen der Hitlerjugend im Dienst Uniform; schließlich kam noch die Wehrmacht hinzu. Bei politischen Veranstaltungen und Kundgebungen war oft die Mehrheit der anwesenden Männer uniformiert. Auch im Stadtbild zeigten die NS-Organisationen immer mehr sichtbare Präsenz. Die NSDAP bezog das Gebäude in der Bahnhofstraße (jetzige Saarstraße) unmittelbar südlich neben der Synagoge, das erst als Gartenwirtschaft des „Hotel Engel" gedient hatte,[74] dann als Zigarrenfabrik und schließlich als Jugendherberge. Vor dem Haus war zeitweise ein Eisenbahnwaggon aufgestellt, der der NSDAP als „Wachlokal" diente.[75] Bei der Einweihung am 15. Oktober 1933, auf der neben Bürgermeister, Landrat und dem NSDAP-Kreisinspekteur Schmitt auch Pfarrer Wolfrum sprach, erhielt es den Namen „Karl-Schworm-Haus" nach einem der ersten Nationalsozialisten im Nahe-Glan-Gebiet, dem aus Odernheim stammenden Heimatdichter und späteren Cheflektor des parteieigenen Eher-Verlages in München.

Kundgebung vor dem Sitz der Meisenheimer NSDAP-Ortsgruppe in der Saarstraße. Am rechten Bildrand angeschnitten: der südliche Eckturm der Synagoge. (KMZ KH)

Das Haus wurde auch Sitz der SA-Standarte 433.[76] Die SA hatte nach der „Machtergreifung" widerwillig ihre Aggressivität zügeln müssen. Die nationalrevolutionären Rabauken in der Organisation waren auch durch den Judenboykott vom 1. 4. 1933 nicht zufrieden gestellt, und auf ihre dauernden Forderungen nach einer „zweiten Revolution"[77] musste die nationalsozialistische Staatsgewalt reagieren. Bereits am 12. Juli 1933 hatte der Allgemeine Anzeiger unter der Überschrift „Die Revolution ist abgeschlossen" ein drohendes Rundschreiben des Reichs-Innenministers veröffentlicht: „[…] In seinen letzten Ansprachen an die SA-Führer … hat der Herr Reichskanzler eindeutig festgestellt, daß die deutsche Revolution

[74] SCHULCHRONIK II, S. 150
[75] Allgemeiner Anzeiger 16. 10. 1933
[76] ebenda
[77] Vgl. **Bloch**, Charles: Die SA und die Krise des NS-Regimes 1934. Frankfurt (Main) 1970 [BLOCH 1970]

abgeschlossen ist. […] Damit ist die siegreiche deutsche Revolution in das Stadium der Evolution, das heißt normaler gesetzmäßiger Aufbauarbeit, getreten … diese Aufgabe wird sofort auf das Schwerste gefährdet, wenn weiterhin von einer Fortsetzung der Revolution oder von einer zweiten Revolution geredet wird. Wer jetzt noch so redet, muß sich darüber klar sein, daß er sich damit gegen den Führer selbst auflehnt und dementsprechend behandelt wird.“[78]

Trotzdem flackerte die Unruhe in der SA immer wieder auf;[79] die Beschwerden aus der Wirtschaft und zunehmend auch aus der Reichswehr häuften sich und veranlassten Hitler schließlich zu der Mordaktion, die unter dem irreführenden Namen „Röhm-Putsch“ in die Geschichtsbücher eingegangen ist.[80] Röhm und der größte Teil der SA-Führung wurden zu einer angeblichen Besprechung mit Hitler nach Bad Wiessee am Tegernsee befohlen;[81] die große Masse der SA-Leute stellte man durch angeordneten Urlaub ruhig. Der SA-Gruppenführer Westmark ließ in einem Tagesbefehl auch im Allgemeinen Anzeiger mitteilen:

„[…] Ich habe ausdrücklich für den Monat Juli jeglichen Dienst verboten, sodaß sich jeder SA-Mann seiner Familie und seinen Angehörigen widmen kann. Seid Euch aber auch im Urlaubsmonat Juli bewußt, daß zu unserer Kameradschaft und zu unserer Treue das eiserne Band der Disziplin gehört.“[82]

Vor diesem Hintergrund konnte die Zerschlagung der am Tegernsee versammelten SA-Führung ungestört ablaufen, so dass der Allgemeinen Anzeiger in einem Extrablatt am Sonntag, 1. Juli verkünden konnte: „Adolf Hitler greift durch! – Rücksichtsloses Vorgehen gegen Staatsverbrecher. – Das energische Zupacken des Führers sicherte die Säuberungsaktion. – Vollkommene Ordnung.“ [83] Bei der Gelegenheit wurden neben der SA-Führung gleich noch ein paar andere für Hitler unliebsame Personen ermordet – General v. Schleicher für seinen Versuch, Hitlers Kanzlerschaft in letzter Minute zu verhindern,[84] v. Papens Redenschreiber Edgar Jung für die vorsichtige Kritik an der Brutalität der „Machtergreifung“, die er in einer Rede von Hitlers Vizekanzler Papen untergebracht hatte. Die SA-Standarte 433 wusste, was von ihr erwartet wurde:

„Der Führer der Standarte 433 sandte dem Führer am Samstag folgendes Telegramm: ‚SA-Standarte 433 Meisenheim (Glan), Gruppe Westmark, steht in alter Treue zum Führer.

Litzenberger, Standartenführer'.“[85]

Seitdem war die SA zwar immer noch im Straßenbild allgegenwärtig, aber machtpolitisch gänzlich zahnlos. Ihre Aufgabe bestand nun in vormilitärischer Ausbildung und in der Teilnahme an Appellen, Kundgebungen, Fahnenweihen,

---

[78] „Die Revolution ist abgeschlossen – Fortsetzung ist Sabotage“ Allgemeiner Anzeiger 12. 7. 1933

[79] BLOCH 1970, S. 67 ff

[80] ebenda, S. 96 ff

[81] ebenda, S. 101

[82] Allgemeiner Anzeiger 30. 6. 1934

[83] Allgemeiner Anzeiger 1. 7. 1934

[84] s. o. S. 421, Anm. 3

[85] Allgemeiner Anzeiger 2. 7. 1934

Platzkonzerten (der Meisenheimer Musikverein war 1934 als „PO-Kapelle“ gleichgeschaltet worden[86]) und in der Durchführung der zahlreichen Sammelaktionen.

Das Untertor wurde renoviert, als HJ-Heim eingerichtet und am 7. Oktober 1934 eingeweiht,[87] am gleichen Tag bekam der BdM im Boos-von-Waldeckschen Hof einen von der evangelischen Kirche, die zu der Zeit das übrige Gebäude als Schwesternhaus nutzte, eingerichteten Raum zur Verfügung gestellt. „Der Bund d. M. zahlt monatlich 3 M Miete an die Kirchengemeinde. Die Kirche zeigte großes Entgegenkommen, denn bisher bekam sie 15 M Miete.“[88] Totalitäre Systeme legen großen Wert darauf, die Kontrolle über die Jugend zu gewinnen – man muss feststellen, dass das NS-Regime auf diesem Gebiet ziemlich erfolgreich war. Das lag daran, dass in der HJ die Befriedigung jugendlicher Abenteuerlust – Fahrten, Zelten, Lagerfeuer, Kampf- und Geländespiele, die man vom Wandervogel und den Pfadfindern übernommen hatte – mit der ideologischen Indoktrination zu Kriegsbefürwortung, „Gefolgschaftstreue“ und Herrenrassendünkel verbunden und im organisatorischen Rahmen ein gewisser Freiraum („Jugend führt Jugend“) gewährt wurde. Das Untertor mit seiner mittelalterlich-romantischen Atmosphäre, nunmehr als „Jugendburg“ bezeichnet, war sicher ein attraktives „Heim“ für Kinder und Jugendliche. Trotzdem schlug der HJ-Gebietsführer Karbach bei der Einweihung leise drohende Töne an:

„Wir können stolz sein auf unsere HJ-Heime, denn es sind Stätten, in denen die Einigkeit gepflegt und die Jungens und Mädels zu echt deutschen Menschen erzogen werden. […] Wenn der Ruf der HJ oder des BDM erschallt zum Eintritt, so darf kein Bube oder Mädel zurückstehen. Es wäre unbegreiflich und auch unverantwortlich von den Eltern, wollten sie ihre Kinder von dem Eintritt abhalten.“[89]

Die Drohungen waren aber kaum nötig, denn schon Anfang Juli konnte Hauptlehrer Martin nach einer Werbeaktion der HJ stolz in die Schulchronik eintragen: „Der Erfolg bei der evgl. Volksschule Meisenheim fand darin seinen Ausdruck, daß auch die letzten Außenseiter noch restlos gewonnen wurden. Es konnte vermerkt werden, daß alle Kinder (bis auf 2 Juden) der HJ angehören.“[90] (Pflicht wurde die HJ- bzw. BdM-Mitgliedschaft erst im März 1939.)

Wie sehr die Staatspartei die Kinder und Jugendlichen für die Zwecke des Regimes instrumentalisierte, hatte sich schon im Vorjahr gezeigt, als das Pfingsttreffen des BdM–Gaues Koblenz-Trier-Birkenfeld in Meisenheim zum Anlass für eine Bücherverbrennung genommen wurde, wie sie in Universitätsstädten schon im Mai stattgefunden hatte. „Alle Werke und Schriften der Stadtbücherei, die dazu dienten, in offener oder versteckter Form gegen deutsche Kultur, Moral und Sitte Propaganda zu machen, die den Klassenhaß schürten und den Wehrwillen sabotierten, sollten, … in den Flammen des Thingfeuers aufgehen,“[91] außerdem wurden die

---

[86] Allgemeiner Anzeiger 18. 5. 1934; PO: Partei-Organisation
[87] Allgemeiner Anzeiger 8. 10. 1934
[88] SCHULCHRONIK II, S. 159
[89] Allgemeiner Anzeiger 8. 10. 1934
[90] SCHULCHRONIK II, S. 155
[91] HENN 1984, S. 297

Mädchen losgeschickt, um sich in Privathaushalten „die etwa vorhandenen marxistischen und jüdischen Schriften aus…händigen“ zu lassen.[92]

Am Pfingstsonntagabend warf dann Pfarrer Wolfrum die Bücher ins Lagerfeuer auf dem Karlsberg: „Heilige Flamme, glühe und erlösche nicht im deutschen Vaterland. …Wir geben die marxistischen und jüdischen Schriften und Bücher der Vernichtung durch die zehrenden Flammen preis. Und nun wollen wir vorwärts schauen auf das große Ziel: Deutschland, nichts als Deutschland.“[93]

Schon am 15./16. Juli folgte ein Treffen von 1200 Hitlerjungen in der Stadt. Der Ablauf solcher Treffen war immer der gleiche – Marschmusik („zackig“), Fahnenappell („feierlich“), Vorbeimarsch an irgendeinem „Führer“ oder einer „Führerin“, wobei die Zeitung stets das „stramme Auftreten“, die „straffe Haltung“ und die „Frische“ der Mädchen und Jungen zu würdigen wusste. Waren sie „im Gleichschritt“ und in „tadelloser Disziplin“ marschiert, traten sie an, um Reden zu hören. Diese waren von verblüffender intellektueller Dürftigkeit, außerstande, den Zuhörerinnen und Zuhörern irgendwelche Ziele jenseits einer reibungslosen Anpassung zu zeigen. Sie verliefen nach stets dem gleichen Schema: Rückblick auf die schrecklichen Verhältnisse vor 1933, Erinnerung an die parteieigenen Märtyrer Schlageter und Wessel, Jubel über die „Tat des Führers“, dringende Aufforderung an die anwesenden Mädchen, Jungen, SA-Leute usw. „*deutsche* Mädchen/Jungen/SA-Leute“ usw. zu sein. Auch die Frage, worin denn nun dieses „deutsch sein“ bestehe (da die deutsche *Staatsbürgerschaft* ja nicht gemeint sein konnte) wurde beantwortet: „…das heißt, sei treu und wahr“; „die mustergültige Ordnung dieser disziplinierten Mädchen…hat uns gezeigt, was es heißt, ein deutsches Mädel zu sein“; „deutsche Jungens (sind) der Verweichlichung, dem Jazz und ähnlichen fremden Einflüssen zu entziehen.“[94] Deutschlandlied, Horst-Wessel-Lied, dreifaches Siegheil, disziplinierter Rückmarsch.

Das Regime fügte dem traditionellen, christlich geprägten Jahres-Festkalender neue Feiertage hinzu - rein nationalsozialistische wie etwa den 30. Januar („Machtergreifung“) oder den 9. November („Marsch auf die Feldherrenhalle“), aber auch solche, die nationales Gemeinschaftsgefühl erzeugen sollten wie das entchristlichte und im NS-Sinne politisierte Erntedankfest, bei dem die lokale Feier auf die staatliche Zentralveranstaltung bezogen, den örtlichen Teilnehmern das Gefühl der Einbettung in die „Volksgemeinschaft“ vermittelt wurde:

„Das Erntedankfest wurde in schöner Weise gefeiert. Am Bahnhof stellte sich um 1 Uhr der Festzug auf: SA, F.A.D., Bauern und Handwerker, HJ und B.d.M.. Im Zuge wurden schöngeschmückte Wagen mitgeführt. Auf der Bleiche fand die Schlußfeier statt. Mädchen führten den Erntetanz vor, und die einzelnen Berufe überreichten der N.S.V[95] ihre Gaben. Um 4 Uhr begaben sich die Teilnehmer in den Saal Schwinn, um die Übertragung vom Bückeberg anzuhören.“[96]

Die NS-Propaganda nahm auch die ganz eigene Meisenheimer Tradition des Heimbacher Brunnenfestes in Beschlag. Hatte das Fest in der Zeit nach der Unter-

---

[92] Allgemeiner Anzeiger 3. 6. 1933
[93] Allgemeiner Anzeiger 7. 6. 1933
[94] Alle Zitate aus dem Allgemeinen Anzeiger Juni/Juli 1933
[95] „Nationalsozialistische Volkswohlfahrt“
[96] SCHULCHRONIK II, S. 158

brechung durch den Ersten Weltkrieg – ähnlich wie die Heimat- und die Rheinlandausstellung 1922 und 1925 (s. o. *Goldene Zwanziger?*) - den Charakter einer tröstenden Selbstvergewisserung gehabt („..wo Jugenderinnerungen und Heimatgefühl des Meisenheimers einen besonderen Auftrieb erhalten"[97]), so musste es nun der Gleichschaltung in der Volksgemeinschaft dienen. „Gerade unser Heimbacherfest wird dazu angetan sein, die uns allen so notwendige Volksgemeinschaft zu pflegen und zu hegen, Bürger und Bauer, Arbeiter und Beamte, Lehrling, Geselle und Meister setzen sich in Reih und Glied…"[98]

Wer schon einmal auf dem Heimbachfest gewesen ist, wird allerdings bezweifeln, dass die Festteilnehmer „in Reih und Glied" gesessen haben. Das Fest 1934 war überschattet von der Mordaktion Hitlers, Himmlers und der SS gegen die SA-Führung am 30. Juni. Man hatte schon befürchtet, das Fest müsse abgesagt werden.

„Umso herzlicher aber war die Freude, als bekannt wurde, daß unser Führer Herr der Lage ist und daß jeder aufrichtige Deutsche sein unerschrockenes, mutiges Eingreifen begrüßte. Das waren auch die Gedanken, die die Herzen der Mitglieder des Brunnenvereins und der erschienenen Gäste beseelten, die sich am Samstagabend um das Brünnlein scharten und das Fest mit Speis und Trank und den üblichen Reden einleiteten."[99]

Dagegen wirkte das Jubiläumsfest zum 100-jährigen Bestehen im Jahre 1935 verhältnismäßig unpolitisch, auch wenn Philipp Hassinger im Vorfeld mit der absurden These, das Heimbachfest sei „die Fortsetzung des altgermanischen Maifestes"[100] eine Verbindung zur völkischen Ideologie herzustellen versucht hatte. Das Regime saß nun fest im Sattel und hatte mit der Saar-Abstimmung (s. u. *Kriegsvorbereitungen*) einen gerade im Linksrheinischen sehr begrüßten Erfolg errungen, es konnte die Zügel etwas lockerer lassen. Zum Jubiläum gab es einen Festzug, der mit zahlreichen Festwagen die Eckpunkte der Stadtgeschichte darstellte: 1315 - Stadtrechtsverleihung, 1479 - Grundsteinlegung der Schlosskirche, 1558 - Gründung der Lateinschule, 1689 - Rettung der Stadt im Pfälzischen Erbfolgekrieg, 1714 - Besuch von König Stanislaus Leszczyński, 1814 – Durchzug Blüchers, 1825 – Friedrich Joseph von Hessen-Homburg in Meisenheim, und dann – was man nur mit äußerster Verwunderung liest: 1848 – Empfang Jacob Venedeys in Meisenheim:[101] Wussten die Nazis nicht, wofür Venedey stand?[102] Oder war 1848 schon so lange her, dass man es als harmlose Folklore betrachten konnte?

Die „Gleichschaltung" des gesamten öffentlichen Lebens erfasste auch den 1 FC Meisenheim 07. Schon 1933 war sein Ehrenvorsitzenden Max Kircher (Stadtratsmitglied 1924 – 33) zurückgetreten. Es „wurde … nach der Machtergreifung der NSDAP … schwieriger, sich dem totalen Einfluß der NSDAP, der schließlich auf die Auflösung der Vereine hinzielte, zu entziehen. Einerseits förderte das Regime den Sport stark, andererseits aber forderte man seitens der NSDAP den totalen Einluß auf alles Geschehen. Der Club konnte seine Selbständigkeit bis zum Som-

---

[97] Festrede von Robert Coerper 1925, zit. n. LURZ MH 25, S. 35
[98] Allgemeiner Anzeiger, zit. n. LURZ MH 25, S. 37
[99] Allgemeiner Anzeiger, zit. n. ebenda
[100] „Meisenheimer Jahrhundertfeiern" Allgemeiner Anzeiger 1. 12. 1934
[101] Allgemeiner Anzeiger 8. 7. 1935
[102] Vgl. oben, S. 310, Anm. 92!

mer 1938 bewahren. Dann aber erfolgte der zwangsweise Zusammenschluß aller sporttreibenden Vereine in dem Verein für Leibesübungen."[103]

Auch die Anlage von sozialen Einrichtungen, wie sie die Weimarer Republik in den größeren Städten längst begonnen hatte, wurde nun als Beweis für die Existenz der „Volksgemeinschaft" propagandistisch ausgeschlachtet. Der Bau des „Mutter-und-Kind-Heims" (die spätere, 2009 abgerissene,[104] Sprachheilschule auf dem Liebfrauenberg) gehört in diesen Zusammenhang. Es war angeblich das erste Heim dieser Art und für Meisenheim von erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung.[105] Bauträger war das Hilfswerk „Mutter und Kind", eine Unterabteilung der NSV, die nach dem Verbot der AWO[106] zur wichtigsten Wohlfahrtsorganisation geworden war. Propagandaminister Goebbels hatte schon 1934 den Zusammenhang der Gründung mit der NS-Ideologie erläutert:

„Der Nationalsozialismus denkt in erbbiologischen Gedankengängen, der Nationalsozialismus arbeitet ohne Rücksicht auf den Beifall oder die Ablehnung der gegenwärtigen Generation zielbewußt für kommende Jahrhunderte. So steht als neues großes und notwendiges Hilfswerk die Arbeit für die deutsche Mutter und ihr erbgesundes Kind im Vordergrund unseres Interesses."[107]

Im Sommer 1937 wurde mit dem Bau begonnen, noch vor Wintereinbruch war der Rohbau fertig, und man konnte einen ersten Eindruck gewinnen. Da das Gebäude heute verschwunden ist, sei aus der Beschreibung etwas ausführlicher zitiert

„Die äußere Form des Gebäudes gleicht einem Z. Das heißt, es besteht aus einem Längsbau von 69 Metern und zwei Seitenflügeln von 27 und 20 Metern mit Kellergeschoß, Erdgeschoß, Obergeschoß und Dachgeschoß. […] Im Erdgeschoß finden wir an der Ecke, die der Stadt zugewendet ist, den Speisesaal mit hohen breiten Fenstern mit prachtvollem Blick auf die Stadt und ihre Umgebung. Es schließen sich an: die große Empfangshalle, Tages- und Unterrichtsräume, Treppenhaus und als Abschluß des Längsbaus ein Wintergarten Von der Empfangshalle und den Aufenthaltsräumen kann man auf die dem Längsbau, nach der Stadt zu, vorgelagerte 7 Meter breite Terrasse treten. […] Im Obergeschoß: … die Schlafräume für Mütter mit je drei Betten und Austritt auf den 1,50 Meter breiten überdachten Holzbalkon mit schönem Fernblick. […] wir dürfen heute schon feststellen, daß sich der Bau sehr gut in das Gelände einpasst."[108]

Am 21. September 1938 bezogen die ersten Mütter mit ihren Kindern im Säuglingsalter das für 49 Mütter und Kinder ausgelegte Heim; drei Tage später war die offizielle Einweihung mit großem Auftrieb an Parteiprominenz, die sich für ihren

---

[103] 50 Jahre 1. Fußballclub Meisenheim 07. Meisenheim 1957, S. 23

[104] Die als Erholungsheim gebaute Anlage, die zwischendurch (von 1951 – 54) auch als Unterkunft der Bereitschaftspolizei diente, entsprach nicht mehr den Notwendigkeiten eines modernen Krankenhausbetriebes; außerdem gab es im Holz der Galerien und des Dachgebälks starke Schäden. (Mündliche Auskunft, 5. 5. 2010)

[105] Allgemeiner Anzeiger 24. 9. 1938

[106] Arbeiterwohlfahrt – der SPD und den freien Gewerkschaften nahe stehende soziale Hilfsorganisation

[107] „Hilfswerk ‚Mutter und Kind'. Von Dr. Josef Göbbels *[!]*" Allgemeiner Anzeiger 19. 4 1934

[108] Allgemeiner Anzeiger 11. 11. 1937

„unbeugsame(n) Wille(n)“ feiern ließ, der „in einem Zeitraum von ca. 14 Monaten (das) Bauwerk erstehen lassen“ habe.[109] Mit Beginn des Zweiten Weltkrieges wurde das Heim vorübergehend in ein Lazarett umgewandelt,[110] aber im September 1941 wieder dem ursprünglichen Zweck übergeben.[111]

Vor dem „Mutter-und-Kind-Heim“: Statue von Hans Breker / Auch wenn die NS-Größen sich für ihren „unbeugsamen Willen“ zur Errichtung des Heimes feierten – die Arbeit machte unter anderem dieses Pferdegespann, das 1937 Baumaterial auf den Liebfrauenberg zog. (KMZ KH)

Die Stadterweiterung in westlicher Richtung ging zwischen 1933 und 1939 weiter mit der Anlage der Bonnetstraße bis zur Deslocher Straße.[112] Der Zuschnitt der Häuser war nach dem Einbruch der Bautätigkeit in der Weltwirtschaftskrise einfacher als zuvor, ein Teil der Arbeiten wurde in Selbsthilfe durch die Bauherren und ihre Familien und in Nachbarschaftshilfe ausgeführt.[113] Pläne zur Anlage von Kleinsiedlungen nach dem Krieg, für die bereits Interessenten gesucht[114] wurden, kamen nicht mehr zur Ausführung.

Mittelalterliche Städte sind nicht für den Autoverkehr gebaut – der Verkehr von Obermoschel nach Lauterecken und umgekehrt musste sich aber wegen der Glanbrücke am Untertor zwangsläufig durch Meisenheims enge Straßen bewegen. Ab-

---

[109] Allgemeiner Anzeiger 24. 9. 1938
[110] Allgemeiner Anzeiger 27. 12. 1939
[111] Allgemeiner Anzeiger 27. 8. 1941
[112] „Rege Bautätigkeit in Meisenheim“, Allgemeiner Anzeiger 18. 8. 1936
[113] „Die Bautätigkeit in Meisenheim“, Allgemeiner Anzeiger 24. 9. 1936 und 23. 11. 1936
[114] „Wer will siedeln?“ Allgemeiner Anzeiger 12. 8. 1940

hilfe wurde 1938/39 geschaffen durch die Anlage der Umgehungsstraße (die heutige B 420), die Ostern 1939 dem Verkehr übergeben wurde.[115]

Die spätmittelalterliche Fassade des Rathauses zur Untergasse; der westliche Anbau von 1934

Auch in der Altstadt gab es Veränderungen – das Rathaus erhielt einen Erweiterungsbau,[116] die Markthalle wurde wiederhergestellt,[117] an vielen alten Häusern das Fachwerk freigelegt.[118] Insgesamt fügten sich diese Verschönerungsmaßnahmen zu einem Konzept, das im Fremdenverkehr ein wesentliches wirtschaftliches Standbein Meisenheims in der Zukunft sah. Schon seit 1933/34 war Meisenheim oft Ziel für Tagesausflüge von Vereinen oder Betrieben,[119] seit 1935 kamen regelmäßig Reisegruppen der NS-Freizeitorganisation „Kraft durch Freude" (KdF), die bei privaten Quartiergebern untergebracht wurden.[120] Die wirtschaftliche Bedeutung des Fremdenverkehrs wird daran deutlich, dass um die Zuweisung von Erholungsuchenden ein regelrechter Wettstreit entstand. Am 28. Juni 1938 schrieb der Amtsbürgermeister an die KdF-Zentrale in Koblenz:

---

115 Allgemeiner Anzeiger 30. 6. 1938 und 18. 4. 1939
116 Allgemeiner Anzeiger 13. 10. 1934 und 19. 11 1934
117 Allgemeiner Anzeiger 24. 8. 1939
118 Allgemeiner Anzeiger 11. 10. 1937 und 4. 6. 1938
119 Allgemeiner Anzeiger 12. 5. 1935
120 Allgemeiner Anzeiger 19. 7. 1935

„Betr,: KdF-Urlauber.

Die Stadt Meisenheim sollte mit Rücksicht auf ihre Notlage in diesem Jahre eine größere Zuweisung von K.d.F.-Urlaubern erhalten. Bis jetzt ist aber eine Zuweisung noch nicht erfolgt Wenn auch bekannt ist, daß Züge ausgefallen sind, so wäre es doch wohl möglich, wenigstens einen kleineren Teil der Urlauber, die Kreuznach und Münster/St. zugewiesen werden, nach Meisenheim zu überweisen. Die Urlauber, die hier untergebracht waren, haben sich stets hier wohlgefühlt und es wird auch weiterhin alles getan werden, um dieselben zufrieden zu stellen. Ich bitte daher nochmals, daß auch Meisenheim mit KdF-Urlaubern bedacht wird, da das Gastwirtschaftsgewerbe sich auf die in Aussicht gestellte Zuweisung eingestellt hat."[121]

Die Antwort kam fast postwendend und war vielversprechend; der Gauwart der Abteilung Reisen, Wandern, Urlaub versprach am 4. Juli: „Ich habe trotzdem jetzt angeordnet, daß künftig der Ort Meisenheim selbst bei einer Minderbeteiligung jeweils mit zumindest 60 Urlaubern berücksichtigt wird".

Dem Versprechen scheinen aber keine Taten gefolgt zu sein, denn kurz darauf musste der Amtsbürgermeister beim Gauwart in Koblenz anmahnen:

Ich „erlaube […] mir, Ihnen zur Kenntnis zu bringen, daß, nachdem Meisenheim nun zweimal KdF-Urlauber erhalten hat, nunmehr wieder keine Berücksichtigung der Stadt Meisenheim erfolgte. Wie mir mitgeteilt wurde, ist der diesmalige Urlauberzug auf Sobernheim, Kirn, Kreuznach verteilt worden. Ich bitte die Kreisdienststelle Kreuznach anzuweisen, daß die von dort gegebene Anordnung zu befolgen ist, damit wir beim nächsten Transport wieder berücksichtigt werden."

Es scheint, dass die eisenbahntechnische (relative) Abgelegenheit sich für Meisenheim ungünstig auswirkte – die drei in dem Brief genannten Orte liegen alle an der Nahestrecke und waren ohne Umsetzen von Kurswagen in einem Zuge zu erreichen. Um beim Wettbewerb um Urlauber mithalten zu können, waren also einige Anstrengungen und Investitionen nötig:

„Der Bürgermeister (machte) eingehende Ausführungen über seine besonderen Maßnahmen zur Hebung des Fremdenverkehrs. Die klimatischen, landschaftlichen, städtebaulichen und geschichtlichen Vorzüge der Stadt Meisenheim rechtfertigen es, daß Meisenheim den Anspruch auf Anerkennung als ‚Luftkurort' erhebt. Es hat bereits eine örtliche Besichtigung durch einen Beauftragten der rheinischen Klimastelle in Trier hier stattgefunden. Zur Auswertung unseres Klimas ist die Aufstellung einer Klimastation erforderlich. Die Ratsherren begrüßten das Vorhaben des Bürgermeisters, der auch schon Verhandlungen eingeleitet hat wegen der Errichtung eines großen Kurhauses."[122]

Genau 14 Tage nach der Stadtratssitzung, in der Bürgermeister Willms diese Ziele vorgestellt hatte, begann mit dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf Polen der Zweite Weltkrieg und machte die Pläne zur Makulatur.

---

[121] LHAK Best. 655,024, Nr. 2324

[122] „Meisenheim wird Luftkurort" Allgemeiner Anzeiger 18. 8. 1939.

Kirchenkampf

Am 28. Juli 1933 wurde in Meisenheim eine Ortsgruppe der „Deutschen Christen" gegründet.[123] Die Versammlung fand nicht im evangelischen Gemeindehaus statt, sondern im Schwinn'schen Saale, der schon viele NS-Versammlungen gesehen hatte, und wurde eröffnet vom nationalsozialistischen Stadtratsmitglied Philipp Hassinger. Hauptredner war der Odenbacher Pfarrer Wolfrum, der die Deutschen Christen als „die folgerichtige Fortsetzung der nationalsozialistischen Revolution auf religiösem Gebiet" charakterisierte. Da sich in der anschließenden Aussprache auch der Meisenheimer Pfarrer Weber[124] „voll und ganz hinter die Ideenwelt der ‚Deutschen Christen'" stellte, er selbst wolle in Meisenheim als erster dafür eintreten, fand sich „eine große Anzahl der Anwesenden […] zur Ortsgruppengründung" [125] bereit.

Um diese Gründung einordnen zu können, müssen wir einen Blick auf die Haltung der evangelischen Kirchen gegenüber dem Nationalsozialismus werfen. Einerseits hatte ihre Mehrheit – Pfarrer und Gemeinde – nach der Novemberrevolution die Republik nie wirklich akzeptiert (s. o.) und als ‚Obrigkeit' im Sinne von Römer 13[126] anerkannt, und nach den Erfahrungen der Nachkriegszeit gehörte es „zur Besonderheit dieses rheinischen unierten Protestantismus …, daß Pfarrer und Gemeinden fast ausschließlich streng antifranzösisch - antikatholisch[127] - antisozialistisch eingestellt"[128] und damit für die Verheißungen der Nationalsozialisten zumindest empfänglich waren. So hatte auch die Kreissynode, die am 28./29. Mai 1933 in Meisenheim tagte, die „politische Wandlung (als) Befreiung von den zersetzenden Einflüssen des Bolschewismus" befürwortet. Der Redner begrüßte auch „mit lebhaftem Dank gegen Gott, daß dem Volk Führer gegeben sind gegen Materialismus, Bolschewismus und würdelosen Pazifismus, Entsittlichung des Volkes." [129]

---

[123] Allgemeiner Anzeiger 29. 7. 1933

[124] Wilhelm Weber war nach dem Tode von Heinrich Beysiegel (Pfarrer in Meisenheim 1910 – 1932) zu der Zeit der einzige evangelische Pfarrer in Meisenheim (1915 – 1947). Die zweite Pfarrstelle wurde erst 1934 wieder besetzt (Günter Walter Hinnenthal). SCHLOSSKIRCHE 2004, S. 402 f

[125] Allgemeiner Anzeiger 29. 7. 1933

[126] „Jedermann sei untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat. Denn es ist keine Obrigkeit ohne von Gott; wo aber Obrigkeit ist, die ist von Gott verordnet." – Vgl. Adams 1978, S. 170: „Die zwischen mühsam geübter Zurückhaltung und offener Ablehnung wechselnde Haltung der Republik und der Demokratie gegenüber läßt die Berufung auf das lutherische Obrigkeitsverhältnis der Kirche nicht nur als peinlich empfinden."

[127] weil zumindest der politische Katholizismus unter dem Generalverdacht des Separatismus stand.

[128] **Brandenburg**, Hans-Christian: Gemeinden in der Entscheidung. Der Kirchenkampf 1933 – 1945 in den rheinischen Kreissynoden an Nahe und Glan. In: **Norden**, Günter van (Hg.): Zwischen Bekenntnis und Anpassung. Köln 1985 [BRANDENBURG 1985], S. 412

[129] zit. n. ADAMS 1978, S. 169 f. – Man fragt sich allerdings, wo und wie der „Bolschewismus" im Nahe-Glan-Gebiet wirksam geworden sein mag. Es gilt wohl auch hier: Man fürchtet am stärksten, was man nicht kennt.

Andererseits bedeutete die Sympathie für die christlich-autoritäre Staatsführung, wie sie im Potsdamer Staatsakt verhießen schien, nicht, dass die Kirchen sich bedingungslos dem „nationalen Staat“ unterwerfen wollten. Offenbar spürten die Synodalen schon im Frühjahr 1933 einen gewissen Gleichschaltungsdruck, dem gegenüber betont wurde: „Die Kirche hat sich nie den sozialen Aufgaben und Nöten des Volkes gegenüber verschlossen. *Darum bedarf die Kirche keiner Umstellung*…Die Kirche hat mit der scharfen Waffe des Wortes Gottes furchtlos und treu zu kämpfen. Auch ihres in der Predigt immer geforderten Tatchristentums darf sie sich erinnern.“[130]

Der NS-Totalitarismus war jedoch wenig geneigt, geistlich selbständige Gemeinschaften zu dulden, sofern von ihnen politische Wirkungen ausgehen konnten. Für das Bestreben der staatlichen Stellen, die Kirchen zu kontrollieren, bildete die „Glaubensbewegung Deutsche Christen“ (DC) den Hebel. Die Bewegung war – nach ihrem ersten Auftreten in Thüringen 1927 – in ganz Deutschland 1932 entstanden.

Die Bewegung „sucht den Artikel 24 des Parteiprogramms zur kirchenpolitischen Bewegung auszugestalten. In den Richtlinien der deutschen Christen von 1932 […] heißt es: ‚Wir stehen auf dem Boden des positiven Christentums. Wir bekennen uns zu einem bejahenden artgemäßen Christusglauben, wie er deutschem Luthergeist und heldischer Frömmigkeit entspricht.’ Am 6. Juni 1932 übernimmt die ‚Glaubensbewegung’ die politischen Organisationsformen der Nationalsozialistischen Partei. Ihr ‚Reichsleiter’ (seit diesem Tage Pfarrer Hossenfelder in Berlin) wird von der politischen Partei ernannt.“[131]

Die DC kandidierten erstmals bei den turnusgemäßen Kirchenwahlen in Preußen im November 1932, errangen etwa ein Drittel der Sitze in den Gemeindekörperschaften und lösten damit bei vielen evangelischen Christen Besorgnis um die Eigenständigkeit der Kirchen und Versuche zu ihrer Bewahrung aus. Die 28 deutschen Landeskirchen hatten sich, nachdem durch die Novemberrevolution das landesherrliche Kirchenregiment beendet worden war, 1922 zu dem relativ lockeren „Deutschen Evangelischen Kirchenbund“ zusammengeschlossen. [132] Die Evangelische Kirche in der preußischen Rheinprovinz war Teil der „Altpreußischen Union“, der größten der 28 evangelischen Landeskirchen in Deutschland, unterschied sich allerdings durch ihren presbyterial-synodalen[133] Aufbau von der Verfassung anderer Kirchen in Preußen.[134] Diese Struktur wirkte schon an sich stärker hem-

---

[130] ebenda - Hervorhebung von mir, U. S.

[131] **Hermelink**, Heinrich (Hg.): Kirche im Kampf. Dokumente des Widerstands und des Aufbaus in der Evangelischen Kirche Deutschlands von 1933 bis 1945. Tübingen/Stuttgart 1950 [HERMELINK 1950], S. 31

[132] HERMELINK 1950, S. 29 f

[133] Das heißt, dass die Leitung der Gemeinden, der Kirchenkreise und der Provinzialkirche in hohem Maße von gewählten Gremien (Presbyterien in den Gemeinden, Synoden auf höherer Ebene) mitbestimmt wurden, im Unterschied zur Leitung durch Landesbischöfe in anderen Landeskirchen.

[134] **Norden**, Günter van: Der Kirchenkampf im Rheinland 1933 bis 1934. In: Ders. (Hg.): Kirchenkampf im Rheinland. Die Entstehung der Bekennenden Kirche und die Theologische Erklärung von Barmen 1934. Köln 1984 (SVRhKG 76) [NORDEN 1984] S. 3 f

mend auf Gleichschaltungsversuche als die auf den Landesbischof zentralisierten Verfassungen anderer Mitgliedskirchen. An der Spitze wurde die Rheinische Kirche repräsentiert durch den vom Kirchensenat ernannten Generalsuperintendenten als geistlichen Leiter, den von der Provinzialsynode gewählten Präses und den Konsistorialpräsidenten als Leiter der Kirchenverwaltung, des Konsistoriums. „Die Kompetenzen der… drei verschiedenen … Gremien und ihrer Repräsentanten waren nicht klar gegeneinander abgegrenzt. …so daß sich ein spannungsreiches Nebeneinander ergab."[135]

Der politische Druck seit dem 30. 1. 1933 verstärkte die Bemühungen der evangelischen Christen, sich eine Verfassung mit einer nach außen wirksameren Repräsentanz zu geben, wie in einem Aufruf des Präsidenten des Kirchenbundes zum Ausdruck kam:

„Die Stunde gebietet, unverzüglich eine Reform der Verfassung des deutschen Protestantismus einzuleiten. Das Ziel der Reform ist die bündische Deutsche Evangelische Kirche, errichtet auf der Grundlage und unter voller Wahrung des Bekenntnisses. Aus lebenskräftigen Landeskirchen erwachsen, soll sie alle Vollmachten erhalten, deren sie zu Pflege des gesamtdeutschen evangelischen kirchlichen Lehens und seiner Beziehung zu Volk und Staat im In- und Ausland bedarf."[136]

Am 26. Mai 1933 wählten infolgedessen die Bevollmächtigten aller Landeskirchen mit Mehrheit den Betheler Pfarrer Friedrich von Bodelschwingh zum Reichsbischof; „dies war ein Sieg der etablierten Kirche, ein Zeichen der Selbstbehauptung in der allgemeinen Gleichschaltungshysterie, ein Sieg der Konservativen über die Deutschen Christen."[137] Der Gegenschlag des Regimes ließ nicht lange auf sich warten. Der preußische Ministerpräsident Göring ermächtigte den Kultusminister Rust zu jedem Eingriff in kirchliche Belange. Ein der NSDAP angehöriger Landgerichtsrat wurde zum Staatskommissar für alle evangelischen Landeskirchen in Preußen ernannt; Bischof Bodelschwingh trat daraufhin zurück. Der Staatskommissar löste alle Presbyterien und Synoden auf und ernannte Bevollmächtigte für die Provinzialkirchen – für das Rheinland den DC-Führer Landrat Gottfried Adolf Krummacher,[138] der, in SA-Uniform auftretend, Opponenten Redeverbot erteilte und einige sogar verhaften ließ. Dieser rabiate Kurs rief nun allerdings den Reichspräsidenten auf den Plan. Hindenburg schrieb am 30. Juni an Hitler:

„Die Auseinandersetzungen in der evangelischen Kirche und die Gegensätze, die zwischen der preußischen Staatsregierung und der Leitung der preußischen evangelischen Landeskirche entstanden sind, erfüllen mich als evangelischen Christen wie als Oberhaupt des Reichs mit ernster Sorge. […] aus einer Fortdauer […] dieses Zustandes muß schwerer Schaden für Volk und Vaterland erwachsen und die nationale Einheit leiden. Vor Gott und meinem Gewissen fühle ich mich daher verpflichtet, alles zu tun, um solchen Schaden abzuwenden."[139]

---

[135] ebenda, S. 4
[136] Aufruf D. Dr. Hermann Kaplers vom 23. April 1933, zit. n. HERMELINK 1950, S. 35
[137] NORDEN 1984, S. 20
[138] ebenda, S. 30 f
[139] zit. n. HERMELINK 1950, S. 44

Hitler gab klein bei und teilte am 12. Juli dem Präsidenten mit, dass der Staatskommissar und dessen Bevollmächtigte zurückgezogen würden und die Kirchen ihre Leitungsgremien in freier Wahl bestimmen könnten.[140] Die am Vortage verabschiedete Verfassung der „Deutschen Evangelischen Kirche" wurde am 14. Juli als Reichsgesetz verkündet und sah zum ersten Mal einen Reichsbischof an der Spitze vor; am 27. September wurde der Königsberger Wehrkreispfarrer Ludwig Müller in dieses Amt gewählt. Die Landeskirchen behielten allerdings ein hohes Maß an Selbständigkeit.[141] Das NS-Regime wollte die (relative) Zentralisierung benutzen, um die Gleichschaltung der evangelischen Kirchen voranzutreiben und ordnete darum für den 23. Juli 1933 Neuwahlen zu den Gemeindevertretungen und eine Woche darauf zu den Synoden an.[142] Generell erreichte der Druck von Staat und Partei in der Altpreußischen Union und zahlreichen weiteren Landeskirchen große Erfolge für die DC – wo es sie gab, was eben am Wahltag in Meisenheim noch nicht der Fall war. Ob von Seiten der NSDAP-Kreis- oder -Gauleitung eine Aufforderung an die örtliche Partei ergangen ist, endlich die Initiative zu ergreifen, lässt sich nicht mehr feststellen. Auffällig ist bei dem Bericht über die DC-Gründung jedenfalls, dass der örtliche Pfarrer erst zum Schluss zu Worte kam. Es gab also am Wahltag keine Liste der DC und infolgedessen wurde „auf der Tagung der Meisenheimer Synode am 8. 8. 1933 in Staudernheim … der bisherige Synodalvorstand einstimmig wiedergewählt; auch die Wahl der Abgeordneten für die Provinzialsynode erfolgte einstimmig. […] So war […] erst einmal der der Versuch der Gleichschaltung durch die DC gescheitert. […] Andererseits stieg …bei vielen Pfarrern das Gefühl der Vereinsamung, ja der Hoffnungslosigkeit. Ohnmächtig mussten sie…zusehen, wie die Zerrissenheit der Kirche, die Eingriffe des Staates…immer spürbarer wurden."[143]

In dieser Situation, verstärkt noch durch die Kundgebung der „Deutschen Christen" im Berliner Sportpalast am 13. November, auf der die Entfernung aller Juden aus der Kirche und die Verwerfung des alten Testaments als eines „Buches von Viehjuden und Zuhältern"[144] gefordert worden war, entstanden an verschiednen Orten Initiativen zum Zusammenschluss der Pfarrer und Laien, die diesen Übergriffen wehren wollten. Im Bereich von Nahe und Glan bestand seit 1934 die „Nahebruderschaft".[145] Sie „war seit Beginn des Jahres 1934 auf den Synoden vertreten, auf denen sich langsam die einzelnen Gruppen, die sich im Widerstand gegen die

---

[140] NORDEN 1984, S. 47

[141] HERMELINK 1950, S. 44 f. - Der Bischof des - sehr unhistorisch erfundenen - evangelischen Bistums Köln-Aachen, Heinrich Oberheid „konnte sich im Rheinland mit seinen presbyterial-synodalen Traditionen nicht halten." **Butterweck**, Kurt: Die Nahebruderschaft. Kirchenkampf im südlichen Rheinland. In: Monatshefte für Evangelische Kirchengeschichte des Rheinlandes 25 (1976), S. 213 – 234 [BUTTERWECK 1976], S. 218

[142] NORDEN 1984, S. 55

[143] BRANDENBURG 1983, S. 419 u. 420

[144] Zit. n. **Erdmann**, Karl Dietrich : Deutschland unter der Herrschaft des Nationalsozialismus 1933 – 1939 (= Gebhard[9], Bd. 20), München 1984, S. 190

[145] BUTTERWECK 1976, S. 215 ff

Gleichschaltung der Kirche und gegen den Einbruch der deutschchristlichen Irrlehre zusammengefunden hatten, zur Bekennenden Kirche[146] entwickelten."[147]

Der Nahebruderschaft gehörte auch Pfarrer Günther Walter Hinnenthal an,[148] der als Nachfolger des verstorbenen Heinrich Beysiegel von Januar 1934[149] bis Dezember 1937 Pfarrer in Meisenheim war. In seiner Person wird die – jedenfalls für den heutigen Betrachter – sehr widersprüchliche Haltung der evangelischen Geistlichkeit beispielhaft deutlich: Einerseits führte er im Dankgottesdienst zum zweiten Jahrestag der „Machtergreifung" am 30. 1. 1935 aus: „Danken wollen wir mit dem gesamten Deutschen Volk dem Herrn für seine große Güte und Freundlichkeit, daß er uns den Führer und Reichskanzler geschenkt, der unser Deutsches Vaterland vor dem Untergange bewahrt hat, aber gleichzeitig auch Gott bitten, daß er uns den Führer noch lange in besten Kräften und Gesundheit erhalten möge."[150] Aber andererseits nahm er an den beiden für die Entstehung und Entwicklung der Bekennenden Kirche wesentlichen Bekenntnissynoden in Barmen (29./30. Mai 1934) und Dahlem (19./20. Oktober 1934) teil. Ein Meisenheimer Presbyter beschwerte sich zweimal, 1934 und 1935, beim Konsistorium über Hinnenthal, weil dieser zwar Aufrufe der Bekennenden Kirche, nicht aber Aufrufe des Reichsbischofs im Gottesdienst verlesen hatte.[151] Hinnenthal musste mehrere Disziplinarverfahren über sich ergehen lassen und wurde schließlich Ende Dezember 1937 nach Pfalzfeld im Hunsrück und im Mai 1938 nach Kaldenkirchen am Niederrhein versetzt, wo er 1941/42 einem Amtsbruder half, einen getauften Juden vor der Deportation zu bewahren.[152]

Neben der Verkündigung im und durch den Gottesdienst waren „Gemeindetage unter dem Wort" und Bekenntnissynoden Mittel, sich gegen nationalsozialistische Eingriffe zu wappnen. Der erste Gemeindetag fand am 8. Juli 1934 in Meisenheim statt, der Versuch des NS-Kreisleiters Schmitt, ihn zu verbieten, scheiterte.[153] Die Teilnehmerzahl übertraf die Erwartungen der Bruderschaft. Regionale Bekenntnissynoden fanden im April 1936 in Sobernheim und im Juni 1937 in Waldböckelheim statt, die letztere war überschattet durch die Nachricht von der Verhaftung Paul Schneiders.[154] Auf den Synoden wurde auch über die zahlenmäßige Stärke der Bekenntnisbewegung berichtet: Im Kirchenkreis Meisenheim gehörten 1936 fünf,

---

146 Über Entstehung, theologische, organisatorische und kirchenpolitische Entwicklung, über die Spannweite ihrer Aktivität „Zwischen Bekenntnis und Anpassung" (NORDEN 1985) gibt es eine reichhaltige Spezialliteratur, die zu erörtern zu weit führen würde. Für unsere Gegend enthalten die bereits zitierten Arbeiten von Günter van Norden reiches Material.

147 BRANDENBURG 1985, S. 422

148 ebenda, S. 421; zur Biografie: www.fleischer-amtherot.de/resources/Guenther+Hinnenthal.pdf. März 2010 [FLEISCHER 2010]. - Hedwig Fleischer geb. Hinnenthal ist das vierte Kind, *1937, von Günther Hinnenthal und seiner Frau Dr. med. Elisabeth H.

149 Allgemeiner Anzeiger 16. 1. 1934

150 zit. n. Allgemeiner Anzeiger 30. 1. 1935

151 FLEISCHER 2010

152 ebenda

153 BUTTERWECK 1976, S. 220 f

154 ebenda, S. 231 u. 233 – Zur Person und Bedeutung Paul Schneiders s. u.S. 564 f!

1937 sechs von zwölf aktiven Pfarrern der Bruderschaft und der BK an.[155] Nach der Waldböckelheimer Synode fanden keine weiteren mehr statt; Konvente von Geistlichen gab es aber bis Kriegsende. „Auf der Beerdigungsfeier in Dickenschied für den am 18. 7. 1939 im KZ Buchenwald ermordeten Pfarrer Paul Schneider war auch die Nahebruderschaft zahlreich vertreten und erlebte dort die Gemeinschaft der Brüder aus ganz Deutschland."[156]

Wenn auch – sofern die Zahlenangaben auf der Versammlung von Waldböckelheim stimmen – die Hälfte der Pfarrer in der Kreissynode Meisenheim in Gegnerschaft zum Eindringen der NS-Ideologie in die Kirche standen, wenn auch die Standhaftigkeit der Pfarrer und Presbyter in den Bruderräten letztlich den „Zusammenbruch der DC-Organisation"[157] in der Rheinischen Kirche herbeiführte, so gelang ihnen doch erst spät oder gar nicht der Schritt zum politischen Widerstand gegen das verbrecherische Regime. Das lag nicht an mangelndem Mut, sondern an der durch das traditionelle Obrigkeitsverständnis bedingten Unfähigkeit, den Unrechtscharakter des Hitlerregimes und seiner Maßnahmen zu begreifen; „Denn die überwiegende Mehrheit der Mitglieder der BK stand (noch) in tief verinnerlichter Loyalität zu diesem Staat – auch bis hin zur Verehrung Hitlers – sie wollten aber dennoch … die Eigenständigkeit und den Eigenwert der…Kirche bewahren."[158] „Proteste wegen der Verfolgung der Juden scheint es in den Nahesynoden von seiten der Pfarrer und Kirchengemeinden nicht gegeben zu haben."[159]

Die Auseinandersetzungen um die Leitung der Kirche – Einsetzung des „Ministers für kirchliche Angelegenheiten" Hanns Kerrl 1935, die Einsetzung von Kirchenausschüssen und die Auseinandersetzungen darum – haben offenbar das Meisenheimer Gemeindeleben nicht direkt berührt.[160] Nur wenige Gruppen und Persönlichkeiten aus der Bekennenden Kirche kamen schließlich zu der Einsicht, „daß das Wort Gottes in Christus immer pro hominibus[161] steht und also auch die Kirche in die aktive Weltverantwortung und zu konkretem Handeln für die Menschen ruft."[162] Im vierten Jahr der NS-Diktatur fand diese Einsicht zum ersten Mal den Weg in die Öffentlichkeit in Form einer Denkschrift.[163]

„…So deutlich wie nie zuvor formulierte im Monat Mai *(1936)* die Vorläufige Leitung *(der Bekennenden Kirche, U.S.)* in ihrer Denkschrift an Hitler ihre Kritik an führenden Parteileuten, wie Rosenberg und Schirach, die den Kampf gegen die Kirche und die Diffamierung des Christentums mit ihrer Mystifizierung des Blutes – also der neuen Mythos-Religion – vorantrieben und damit die Entchristlichung des deutschen Volkes propagierten. Aber die Denkschrift nannte nicht nur diese die Kirche im engsten Sinne betreffenden Belastungen, sondern wagte sich an politi-

---

155 ebenda S. 229

156 BRANDENBURG 1985, S. 427

157 NORDEN 1984, S. 135

158 **Norden**, Günther van: Politischer Kirchenkampf. Die rheinische Provinzialkirche 1934-1939. Bonn 2003 (SVRhKG 159) [NORDEN 2003], S. 39

159 BRANDENBURG 1985, S. 426

160 Diese schildert detailliert NORDEN 2003, S. 84 ff.

161 (lat.): ‚für die Menschen' - gemeint im Sinne des Schutzes der Menschenrechte

162 NORDEN 2003, S. 159

163 Wortlaut in HERMELINK 1950, S. 344 ff

sche Themen: dass den Menschen ‚ein Antisemitismus aufgedrängt wird, der zum Judenhaß verpflichtet', dass Menschen, die bei der letzten Reichstagswahl nicht im Sinne des Staates abgestimmt hätten, ‚verhöhnt und misshandelt' worden seien, dass ‚Willkür in Rechtsdingen' einzöge, dass es ‚in Deutschland, das sich selbst als Rechtsstaat bezeichnet, immer noch Konzentrationslager gibt und daß die Maßnahmen der Geheimen Staatspolizei jeder richterlichen Nachprüfung entzogen sind'. Diese Denkschrift gelangte gegen den Willen der Vorläufigen Leitung ins Ausland und wurde dort als ein Dokument der verfolgten Kirche veröffentlicht."[164]

Das Regime reagierte mit aller Brutalität. Zwei junge Vikare und der Kanzleichef der Vorläufigen Leitung, Dr. Friedrich Weißler, die man für die Veröffentlichung verantwortlich machte, wurden ins KZ Sachsenhausen verschleppt. Während die beiden Vikare nach über einem Jahr freigelassen wurden, „musste Weißler entsetzliche Folter über sich ergehen lassen. In der Nacht vom 18. zum 19. Februar 1937 wurde er von seinen Schergen zu Tode getrampelt. Er ist der erste Märtyrer der Bekennenden Kirche, und dieser erste Märtyrer war jüdischer Herkunft."[165]

Die Vorläufige Leitung musste nach dem Bekanntwerden der Denkschrift gegenüber den Gemeinden Stellung nehmen und tat das mit einer Kanzelabkündigung, die am 23. August 1936 in den Gottesdiensten verlesen werden sollte.

„Die Abkündigung verzichtete auf die eindeutige Kritik an politischen Verfolgungsmaßnahmen des Staates, wie sie noch die Denkschrift gewagt hatte, aber auch sie nannte klar und scharf die Unterdrückung und Verhöhnung des Evangeliums durch antikirchliche Praktiken des Staates und der Partei beim Namen und forderte die Beendigung aller antikirchlichen Aktivitäten. Sie beschwor ‚alle Obrigkeit im deutschen Volk' ‚hinfort nichts zu tun und nichts zuzulassen, was wider Gottes Gebot und wider die Freiheit des in Gott gebundenen Gewissens ist!' Ein mutiges Zeugnis des Glaubens war diese Abkündigung gewiss. Sie wurde von vielen Kanzeln in Deutschland verlesen, obwohl der altpreußische Landeskirchenausschuss die Pfarrer ausdrücklich davor warnte."[166]

Man kann nach dem übrigen Verhalten Pfarrer Hinnenthals davon ausgehen, dass die Abkündigung auch in Meisenheim erfolgt ist, wenn Quellen-Belege dafür auch nicht mehr vorzuliegen scheinen.

Bei Ausbruch des Krieges wurde die Kirchenverfolgung gemäßigt, das Regime wollte die Geschlossenheit der Bevölkerung nicht aufs Spiel setzen; die Zurückdrängung der Kirche aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens ging jedoch weiter. Von den Plänen für eine totale Entchristlichung Deutschlands nach dem Krieg, wie sie besonders der Leiter der NS-Parteikanzlei Martin Bormann hegte, ist in der Öffentlichkeit kaum etwas bekannt geworden, wenn auch die Entwicklung von neuheidnischen Riten schon während des Krieges begann, etwa die ‚Feierliche Namensgebung' statt der Taufe:

„Feierliche Namensgebung. Gestern Nachmittag fand im großen Saal des Parteiheims die feierliche Namensgebung für 8 Kinder aus Meisenheim und einigen umliegenden Orten statt. Der Saal war zu diesem Zweck schön ausgeschmückt. Nach einem Vorspruch hielt Pg. Eduard Lang aus Medard eine Ansprache an die

---

164 NORDEN 2003, S. 117
165 ebenda, S. 117 f
166 ebenda, S. 118

Eltern und die erschienenen Bürgen, in der er auf die Bedeutung dieser nationalsozialistischen Form der Namensgebung hinwies. Der deutschen Mutter wird im Reiche Adolf Hitlers wieder die Achtung entgegengebracht, die ihr als Erhalterin des deutschen Blutes zukommt. […] Anschließend richtete Ortsgruppenleiter Pg. Kiehl herzliche Dankesworte an die Mütter und nahm die Kleinen, nachdem er ihre Namen verlesen hatte, in die große deutsche Volksgemeinschaft auf. …"[167]

Die kleine katholische Pfarrgemeinde (weniger als ein Fünftel der Einwohnerschaft) in Meisenheim befand sich in einer Diaspora-Situation, in der ihr vor allem daran gelegen war, nicht anzuecken. Das ging soweit, dass in einigen Jahren die Fronleichnams-Prozessionen in das Innere des Klostergeländes verlegt wurden.[168] Politische Stellungnahmen des Pfarrers oder von Gemeindevertretern sind nicht bekannt geworden.

Die Meisenheimer Juden im 19. und 20. Jahrhundert - von guter Nachbarschaft bis zur Vernichtung

Die Paulskirchenverfassung von 1849 hatte in Art. V, § 146 bestimmt: „Durch das religiöse Bekenntnis wird der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte weder bedingt noch beschränkt." Zwar war diese Verfassung nie in Kraft getreten, die staatsbürgerliche Gleichheit wurde aber 1869 in einem Gesetz des Norddeutschen Bundes bestätigt, das alle „noch bestehenden, aus der Verschiedenheit des religiösen Bekenntnisses hergeleiteten Beschränkungen der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte" aufhob. Der Grundsatz wurde, wenn auch ohne expliziten Bekenntnisbezug, auch in die Reichsverfassung von 1871 aufgenommen: „Für ganz Deutschland besteht ein gemeinsames Indigenat[169] mit der Wirkung, daß ein …Staatsbürger …zum festen Wohnsitz, zum Gewerbebetrieb, zu öffentlichen Ämtern, zur Erwerbung von Grundstücken …und zum Genusse aller sonstigen bürgerlichen Rechte […] zuzulassen […] ist."[170] Damit waren die Juden in ganz Deutschland gleichberechtigte „deutsche Staatsbürger jüdischen Glaubens"[171]

Das Selbstverständnis der emanzipierten Juden, dem wahrscheinlich auch der größte Teil der Juden in Meisenheim beigepflichtet hätte, brachte eine 1893 zunächst anonym veröffentlichten Broschüre[172] zum Ausdruck:

„Der bessere Teil der deutschen Juden hat keine andere Gemeinschaft mit den Juden anderer Länder, als die des überkommenen Glaubens, wie auch der deutsche Katholik durch das Band der Kirche mit den Katholiken Frankreichs verbunden ist, und wie der deutsche Protestant mit dem Protestanten Schwedens in geistiger Ver-

---

[167] Allgemeiner Anzeiger 12. 5. 1941

[168] Freundliche Mitteilung von Pfarrer Eck, 28. 4. 2010

[169] Staatsangehörigkeitsrecht

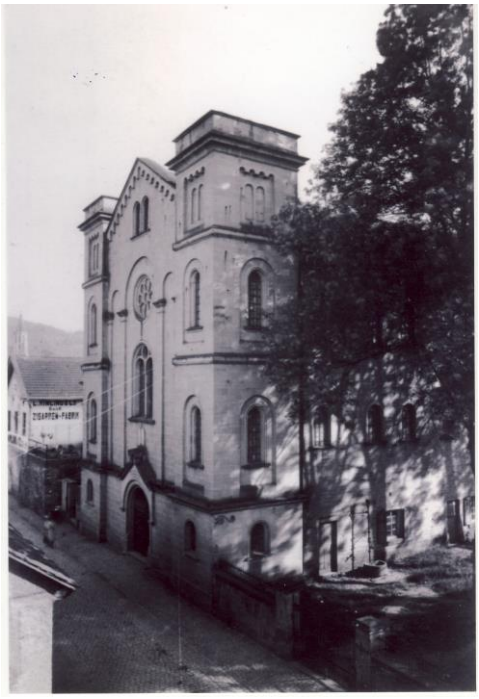
[170] Reichsverfassung 1871, Art. 3

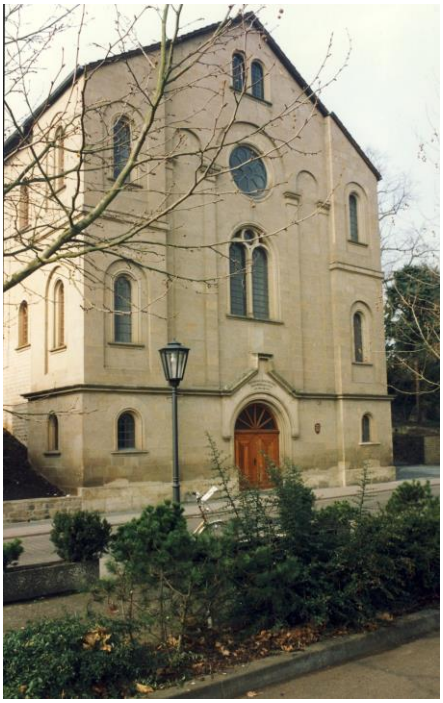
[171] „Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" hieß die 1893 gegründete Organisation deutscher Juden zur Abwehr des Antisemitismus.

[172] Unter dem Titel: „Schutzjuden oder Staatsbürger?" wandte sich der Publizist Raphael Löwenfeld dagegen, eine jüdische Delegation zum Kaiser zu schicken, um dessen Hilfe gegen antisemitische Hetze zu erbitten, weil der Schutz des Staates den jüdischen Bürgern ohnehin als Recht zustehe wie allen anderen Deutschen auch.

wandtschaft steht. Aber über dieser Glaubenseinheit und vor ihr steht uns, wie unseren katholischen und protestantischen Mitbürgern, das theure Vaterland.“[173]

Die jüdische Gemeinde Meisenheims war durch Zuzug aus dem umliegenden Dörfern verhältnismäßig groß; im Jahre 1864 hatte sie mit 198 Mitgliedern (= 12% der Einwohnerzahl Meisenheims) ihre größte Zahl erreicht, um dann während der Zeit des Kaiserreiches allmählich durch Wegzug in größere Städte wieder kleiner zu werden (1902: 89 Mitglieder = 5,01%)[174] Infolge ihrer Größe war es der Gemeinde möglich, eine Synagoge und eine Schule zu unterhalten. Die ersten Synagogen – eigentlich nur kleine Betsäle – befanden sich in Privathäusern, erst in der Wagner-, dann in der Lauergasse.[175] Am 3. August 1866 konnte die Gemeinde dann ihren Neubau vor dem Klenkertor an der städtischen Bleiche, in der heutigen Saarstraße, einweihen.





Die Meisenheimer Synagoge 1922 und das „Haus der Begegnung“ 2011

Die repräsentative Fassade wurde an beiden Seiten von Ecktürmen flankiert, die ein Stockwerk über den mit einem Blendbogenfries abschließenden Giebel emporragten. Das Gebäude enthielt im Erdgeschoss unter dem Gottesdienstraum Räume

---

[173] Zit. n. **Dunker**, Ulrich/ **Leviné-Freudenthal,** Rachel: Im Kaiserreich – Versuch der Assimilation. In: Juden in Preußen. Ein Kapitel deutscher Geschichte. Hg. vom Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz,. Dortmund 1981, S. 254

[174] Angaben nach **Alemannia Judaica**: www.alemannia-judaica.de/meisenheim: Meisenheim (Landkreis Bad Kreuznach) Jüdische Geschichte/Synagoge 26. Januar 2010, S. 1

[175] LURZ 1987, S. 51

für die jüdische Volksschule und die Gemeindeverwaltung.[176] Das November-Pogrom 1938 (s. u.) hat der Bau, wenn auch mit erheblichen Beschädigungen, überstanden. Der Fassade des heutigen „Hauses der Begegnung“ fehlen die oberen Geschosse der Ecktürme, die dadurch als Türme kaum mehr wahrnehmbar sind, und der Blendbogenfries am Giebel.

Die Finanzierung des Baus bereitete der Gemeinde Mühe; neben dem Sammeln von Spenden und der Aufnahme von Darlehen wurde eine Lotterie veranstaltet. Auch der Landgraf von Hessen-Homburg, der überhaupt eine sehr aufgeklärte Religionspolitik verfolgte, steuerte 500 Gulden bei.[177] Dass die jüdische Gemeinde das gleiche Verhältnis zum Landesherrn pflegte wie die christlichen Kirchen, geht aus ihrem Dankschreiben hervor:

„Darum erlauben wir uns nun zu sagen, daß in der neu zu erbauenden Synagoge bei jedem abzuhaltenden sabbatlichen Gottesdienst wie bisher auch für die unendliche Zukunft der ehrwürdige Rabbiner unserer Gemeinde als unser Repräsentant vor dem Thron Gottes in tiefster Ehrfrucht ein besonderes Gebet in der Landessprache für das Heil und Wohl Eurer Hochfürstlichen Durchlaucht sprechen soll und daß wir endlich ewig mit Unterwürfigkeit sein werden Eurer Hochfürstlichen Durchlaucht untertänigste Diener!“[178]

An der Meisenheimer Synagoge waren von 1845 bis 1883 vier Rabbiner tätig. Danach scheint es der Gemeinde nicht mehr gelungen zu sein, einen Rabbiner anzustellen.[179] In dieser Zeit – 40 Jahre, gut eine Generation – haben sich die Meisenheimer Juden offenbar so erfolgreich in das Leben ihrer Heimatstadt integriert, dass sie „Meisenheimer Bürger jüdischen Glaubens“ wurden.

Die Integration der Juden „umfaßte nicht nur den politischen Bereich, sondern auch den kulturellen. So wurden die Juden auch in Meisenheimer Vereinen aktive Teilnehmer: im Kriegerverein, im Bürgerverein, im Militärverein waren Juden gar im Vorstand, ebenso im Vorstand der Meisenheimer Spar- und Darlehnskasse.

Die Juden öffneten sich gegenüber der Gesellschaft, sie engagierten sich und suchten die Assimilation. Die Juden wurden als Menschen akzeptiert, die nur eine andere Religion besaßen.

In der Zeitung wurde bei der Nennung jüdischer Bürger nicht erwähnt, daß sie jüdischen Glaubens waren. An den Wahlen nahmen Juden teil, bei den Konservativen, Liberalen und den Sozialdemokraten. Im Stadtrat von Meisenheim beispielsweise war von 1877 bis zum Ersten Weltkrieg mindestens ein Jude vertreten. Bedenkt man, daß der Stadtrat meist sieben Räte hatte, entfielen auf jedes Mitglied etwa 15% der Wähler. Bei etwa 7% jüdischen Wahlberechtigten mußten also Christen für Juden ihre Stimme abgegeben haben; ein Indiz dafür, daß - zumindest bei

---

[176] LURZ 1987, S. 190

[177] **Buß**, Karl: Mit Hilfe einer Geldlotterie. Finanzierung des Neubaus der -Synagoge in Meisenheim - 1863-1865. In KHBl 1980/8 S. 30

[178] zit. n. ebenda

[179] Der letzte sicher belegte Rabbiner, Dr. Israel Mayer, wurde 1879 nach Zweibrücken versetzt. Aus einem Nachruf (1906) für Dr. Seligmann Fried geht hervor, dass dieser Rabbiner in Meisenheim gewesen sei – möglicherweise als Mayers Nachfolger von 1879 – 1883. ALEMANNIA JUDAICA 2010 S. 5 f

einem großen Teil der Bevölkerung - Juden als ebenbürtige Menschen angesehen wurden. […]

Wie fest die Bande zwischen Juden und Christen in Meisenheim waren, sieht man auch daran, daß sich weder 1898 Widerstand regte, als ein Christ die alte Synagoge kaufte, noch 1899, als Louis David die alte lutherische Kirche für drei Jahre als Fruchtmagazin pachtete."[180]

Das jüdische Schulwesen wurde ebenfalls schon in der hessen-homburgischen Zeit auf sichere Füße gestellt – 1838 erließ der Landgraf eine Schulordnung[181] für jüdische Schulen: Nun bestand auch für die jüdischen Kinder Schulpflicht; der Lehrer wurde vom Staat besoldet. Seit 1842 war die Schule in der Wagnergasse 13 untergebracht; nach Fertigstellung der Synagoge an der Bleiche zog sie dorthin um. Die Schule unterstand wie die evangelische Volksschule seit Herbst 1876 der neu gebildeten Schulinspektion Kreuznach-Meisenheim.[182] Über seine erste Inspektion berichtete der Kreisschulinspektor:

„So muß ich auf Grund der gemachten Erfahrungen mich dahin äußern, daß eine sofortige Veränderung der gegenwärtigen Verfassung der Schule mir nicht geboten zu sein scheint. Jedenfalls giebt es manche Schule, die nicht besser, vielleicht schlechter. Es möge mir noch gestattet sein, zu bemerken, daß der Lehrer Unrich auch bei seinen christlichen Mitbürgern den Ruf eines treuen und braven Lehrers genießt, und daß die aus seiner Schule in die Lateinschule übertretenden Knaben nach Aussage des Rectors der letzteren, des Herrn Pfarrers Merck, durchschnittlich die bestvorgebildeten sind."[183]

Wenn es nötig war, vertraten Lehrer der evangelischen Schule auch einmal einen jüdischen Kollegen,[184] jüdische Junglehrer bereiteten sich in der evangelischen Schule auf ihre zweite Lehrerprüfung vor.[185] Als der jüdische Lehrer Benjamin Unrich 1887 nach 50-jähriger Tätigkeit in den Ruhestand trat, überreichte ihm der Landrat den Adler des hohenzollernschen Hausordens, die Konferenz der in Meisenheim unterrichtenden Lehrer sang ihm ein Lied, und Hauptlehrer Martin von der evangelischen Volksschule „gedachte des liebevollen kollegialischen Entgegenkommens"[186] des Ruheständlers. Zu diesem Zeitpunkt war die Zahl der jüdischen Kinder so stark zurückgegangen, dass sich eine eigene Schule für sie nicht mehr lohnte – fortan gingen die jüdischen Kinder in die evangelische Volksschule, nur der Religionsunterricht wurde vom Kantor der jüdischen Gemeinde in deren Räumen erteilt.[187] Gelegentlich unterrichtete der jüdische Religionslehrer andere Fächer auch an der evangelischen Schule, so z. B. der letzte jüdische Lehrer Julius Voos seit Februar 1925 zwölf Wochenstunden „mit Ausnahme von Deutsch und Ge-

---

[180] DÖRR 1991, S. 30 f

[181] DÖRR 1991, S. 22

[182] SCHULCHRONIK I, S. 20

[183] Zit. n. **Kemp**, Wolfgang: Zur Geschichte der Meisenheimer Juden. In: Sachor. Beiträge zur jüdischen Geschichte und zur Gedenkstättenarbeit in Rheinland-Pfalz 2/1995, H. 10, [KEMP 1995] S. 12

[184] ALEMANNIA JUDAICA 2010, S. 6 f

[185] SCHULCHRONIK I, S. 179; SCHULCHRONIK II, S. 26 u. 79

[186] „Der Israelit", 5. 12. 1887, zit. n. KEMP 1995, S. 12

[187] ALEMANNIA JUDAICA 2010, S. 1

schichte."[188] – Bis 1936, solange die Schulchronik[189] entsprechende Statistiken führte, gab es drei jüdische Schüler an der evangelischen Volksschule.

Dass der „Bund der Landwirte" den Antisemitismus als Kitt zwischen den schlecht vereinbaren Interessen seiner reichen und seiner armen Mitglieder benutzte und mit dieser Ideologie auch einen Teil der Konservativen infizierte, haben wir bereits gesehen. Die unmittelbare Wirkung antisemitischer Kampagnen blieb allerdings erst einmal gering.

„Wenn man von den konkreten Resultaten ideologischer Kampagnen auf deren wirkliche Ziele schließen darf, so handelte es sich […] bei den Angriffen auf die Juden um Mittel zum Zweck; der manipulative Charakter der antisemitischen Kampagnen ist evident. Machtvolle konservative Kräfte und machtlose Mittelstandsschichten waren eine Verbindung eingegangen, bei der Antisemitismus als das vermittelnde Glied diente. Antisemitismus aber bedeutete für jeden der beiden ungleichen Partner etwas vollkommen anderes. Nach 1895 verloren die Konservativen ihr Interesse am Antisemitismus […] An seine Stelle trat die nationalistische Ideologie. Der mit der imperialistischen Ära einsetzende wirtschaftliche Aufschwung reduzierte auch die Judenfeindlichkeit des Mittelstandes."[190]

Nur, steckte das Ressentiment einmal in den Köpfen, so bestand immer die Gefahr, dass beim Eintritt einer Krise die Verantwortlichen versuchen würden, es wieder zu beleben und den enttäuschten, vielleicht sogar Not leidenden Menschen einen Sündenbock zu präsentieren. Solange der deutsche Nationalismus und Imperialismus erfolgreich waren, konnte der Hass auf den französischen „Erbfeind", auf das „perfide Albion" als Integrationsideologie herhalten. „Als dann der erste Weltkrieg der imperialistischen Ph*(r)*ase und dem Traum von nationaler Harmonie auf der Grundlage internationaler Vorherrschaft ein demütigendes Ende bereitete, konnte der Antisemitismus, stärker und bösartiger denn je, die verlassenen Positionen wieder einnehmen."[191] Im Ersten Weltkrieg ordnete „das preußische Kriegsministerium eine sog. „Judenzählung" an…, um den Anteil der Juden am Militär und an den Fronttruppen festzustellen. Das war eine eindeutig antisemitisch motivierte,

---

[188] SCHULCHRONIK II, S. 79

[189] Band II der Schulchronik reicht nur bis 1936. Band III, der wie die beiden ersten Bände im Archiv der Realschule plus in Meisenheim verwahrt wird, beginnt mit dem Mai 1949 und folgenden Sätzen: „Am 9. Mai 1949 wurde ich, Lehrer Herbert Schötz, an die Volksschule Meisenheim versetzt und mit der Leitung der Schule beauftragt. Die alte Schulchronik – 2 Bände – endet mit dem Jahre 1936; die Chronikberichte aus der Zeit 1937 – Mai 1949 konnten nicht aufgefunden werden." – Aus dieser Notiz geht eindeutig hervor: Die Anweisung oder einfach der Brauch, eine Schulchronik zu führen, galt auch nach 1936 weiter, sonst hätte man nicht nach einer Fortsetzung gesucht. Und dass die Suche ergebnislos blieb (bis heute), legt die Vermutung nahe, ohne dass es letztlich zu beweisen ist, dass Anfang 1945 von interessierter Seite ein peinliches, vielleicht sogar belastendes Dokument vernichtet worden ist.

[190] **Massing**, Paul W.: Vorgeschichte des politischen Antisemitismus. Frankfurt/M. 1986, [MASSING 1986] S. 223 f - Das Buch ist erstmals 1949 unter dem Titel "Rehearsal for Destruction" in New York erschienen.

[191] MASSING 1986, S. 225

dazu sachlich - wie die bekannt gewordenen Zahlen zeigen - völlig unberechtigte Maßnahme.[192]

Erwartet hatte das Ministerium natürlich, dass man jüdische „Drückeberger" für den mangelnden Kriegserfolg hätte verantwortlich machen können, stattdessen waren Juden unter den Frontsoldaten sogar leicht *über*repräsentiert. Wir wissen nicht, ob Hauptlehrer Wilhelm Frech an dieses schändliche Unternehmen dachte, als er im September 1920 in der Schulchronik notierte:

„Mit dem 1. Sept. des Jahres verläßt der Lehrer der hiesigen jüdischen Gemeinde seinen Wirkungskreis, um die Verwaltung der öffentl. jüdischen Volksschullehrerstelle in Neuwied zu übernehmen. Diese Tatsache hier zur Erwähnung zu bringen, sei mir gestattet, da Herr Nathan seit Ostern 1914 aushilfsweise an der hies. evang. Volksschule unterrichtete, um sich auf die 2. Lehrerprüfung vorzubereiten. Am 1. Mai 1915 wurde er zum Heeresdienst einberufen, brachte es zum Vizefeldwebel und Offizieraspiranten und kehrte mit dem eisernen Kreuz II. Klasse zurück."[193]

Verlorener Krieg, Novemberrevolution, Besetzung: in der Erschütterung der Jahreswende 1918/19 hatten Sündenbocktheoretiker Konjunktur. Vor einem davon warnte am Vortage der Wahlen zur Nationalversammlung eine Anzeige im Allgemeinen Anzeiger:

„Achtung. In der Wahlversammlung gestern abend erhob Herr Pfarrer Reindell, Staudernheim (einer der **Begründer der Vaterlandspartei**) wieder einmal den Ruf gegen die Juden. Ihm ist ja schon in der Versammlung selbst von verschiedenen Seiten entgegen getreten worden. Aber man sieht doch wie ein Mann der Deutsch-Nationalen-Volkspartei […] seine **wahre** Gesinnung enthüllt hat. Es ist der Geist der Unduldsamkeit gegen Minderheiten, der in Deutschland die ganzen Jahre geherrscht und seine jetzige unglückliche Lage verursacht hat.

Wähler und Wählerinnen, die Ihr ein freies Deutschland wollt, laßt Euch in letzter Stunde nicht noch überrumpeln. **Einer für viele**."[194]

Leider gibt es über den Verlauf der Wahlversammlung sonst keinen Bericht – man wüsste gern, wer mit welchen Argumenten dem Redner widersprochen hat. Jedenfalls zeigte das Wahlergebnis (s. o.), dass nur wenige Wählerinnen und Wähler sich ‚überrumpeln' ließen: Die DNVP erzielte zwar in Meisenheim ein etwas höheres Ergebnis als im Reichsdurchschnitt, war aber vom Erfolg der beiden *nicht* antisemitischen liberalen Parteien weit entfernt – eine Relation, an der sich bis 1930/32 auch nichts änderte; bis zum Vorabend der „Machtergreifung" war in der Stadt Meisenheim mit antisemitischen Parolen kein Wahlerfolg zu erringen.

Karl Buß hat in seinen Erinnerungen an „Die Juden in Meisenheim"[195] in den Zwanzigerjahren das Bild einer übersichtlichen kleinstädtischen Welt gezeichnet, in der jeder jeden kannte, einzuschätzen wusste und respektierte und in der ein verstorbener Jude auch von seinen christlichen Mitbürgern zu Grabe geleitet wur-

---

[192] **Rürup**, Reinhard: Juden in Preußen – Probleme ihrer Geschichte. In: Juden in Preußen. Ein Kapitel deutscher Geschichte. Hg. vom Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz,. Dortmund 1981, S. 36

[193] SCHULCHRONIK I, S. 179

[194] Allgemeiner Anzeiger 18. 1. 1919

[195] NLK 1991, S. 91 - 94

de.[196] In die gleiche Richtung einer halbidyllischen Normalität zwischen Menschen unterschiedlicher Bekenntnisse deuten die Zeitzeugen-Berichte, die Anni Lamb und Kläre Schlarb zusammengetragen haben.[197] Es fällt einem schwer, heute, da das Wissen um die „Endlösung" ebenso schwer auf uns lastet wie die beschämende Tatsache, dass die übergroße Mehrheit der nichtjüdischen Deutschen es vorgezogen hat, im entscheidenden Moment wegzusehen, der Zuverlässigkeit und Vollständigkeit dieser Erinnerungen zu trauen. Trotzdem scheint es wirklich so etwas wie ein gutnachbarliches, vertrauensvolles Zusammenleben gegeben zu haben. Und in dieses ist dann der Rassenwahn der Nazis eingebrochen wie eine Naturkatastrophe - unerklärlich und unaufhaltsam?

Es berührt unangenehm, wenn man in einer Darstellung der Meisenheimer Geschichte,[198] erschienen mehr als ein Vierteljahrhundert nach der Wannsee-Konferenz, lesen muss, die Meisenheimer seien durch die Nationalsozialisten in eine „euphorische Stimmung" versetzt worden, nicht nur weil „ihr Nationalgefühl in der langen Besatzungszeit nach dem Weltkrieg durch Schikanen und Ausweisungen empfindlich verletzt worden war", sondern auch „weil sie seit langem mit einer relativ großen jüdischen Gemeinde zusammenlebten (1865: 12% der Bevölkerung), zu deren einzelnen Gliedern zwar vielfach recht freundliche persönliche Beziehungen bestanden, von der sie sich im ganzen aber durch ihre Monopolstellung im Vieh- und Fruchthandel und durch ihre unverhältnismäßig starke Vertretung im Stadtrat (bis 1932: drei Mandate) beengt und übervorteilt wähnten."

Das klingt fatal nach der Auffassung, die Opfer seien schließlich irgendwie selber schuld, und fehlerhaft ist es außerdem: Im Jahre 1933 lebten noch 38 Juden in Meisenheim (= 2,05 % der Bevölkerung) – wozu also hier der Hinweis auf die 70 Jahre ältere Zahl? Die meisten Meisenheimer waren 1933 keine Ackerbürger mehr, konnten sich also von einer „Monopolstellung" im Landhandel kaum „beengt" fühlen. Und schließlich: zu keinem Zeitpunkt haben *drei*[199] Angehörige der jüdischen Gemeinde im Stadtrat gesessen. Der einzige war von 1924 – März 1933 Moritz Rosenberg, Inhaber eines Tabakwarengeschäftes in der Untergasse.[200] Gewählt worden war er auf der „Bürgerliste", die die kommunalpolitische Ausprägung der DVP darstellte. Im Übrigen war bei einer demokratischen Wahl niemand so „beengt", dass er Rosenberg wählen *musste*.

Wie die „Machtergreifung" der Nationalsozialisten sich in Meisenheim vollzogen hat, haben wir bereits ebenso gesehen wie ihren ersten, auch schon gewalttätigen,

---

[196] ebenda, S. 93

[197] Jüdische Mitbürger in den 20er und 30er Jahren. Zeitzeugen berichten. MH 39 (1992)

[198] DRESCHER 1968, S. 86

[199] Ich habe mich gefragt, wie Drescher zu dieser falschen Angabe gekommen ist. Dabei stieß ich auf eine anonyme „Illustrierte Geschichte der Stadt Meisenheim am Glan. Die Grundtatsachen der Stadtgeschichte in Wort und Bild", 1940 anlässlich der 625-Jahr-Feier der Stadtrechtsverleihung herausgegeben vom Bürgermeister Willms. Dort heißt es (S. 47): „Im Stadtrat waren 1932 1 – 3 jüdische Mandate vertreten." Die Angabe „1 – 3 Mandate" gibt Rätsel auf, möglicherweise hat der unbekannte Autor nach dem „jüdischen Klang" von Namen geurteilt. Drescher übernimmt unkritisch die falsche höhere Zahl.

[200] LAMB/SCHLARB MH 39, S. 14

Übergriff am 1. April 1933 und die Drangsalierung durch kurzfristige Verschleppungen in „Schutzhaft".

Die Bedrückung der jüdischen Meisenheimerinnen und Meisenheimer lässt sich nicht im Einzelnen nachzeichnen – es waren nicht nur Anpöbeleien oder das Transparent „Juden sind hier unerwünscht", das 1936 am Untertor hing,[201] auch das „Einschlafen" einer Freundschaft, das Wegsehen bei Begegnungen auf der Straße wird ein Gefühl der Isolierung, der Verlorenheit erzeugt haben, schon vor den staatlichen gesetzesförmigen Repressalien, die allgemein bekannt sind und darum nur stichwortartig genannt werden sollen: 1935 die „Nürnberger Gesetze", die den Juden die Staatsbürgerrechte nahmen und Eheschließungen sowie Liebesbeziehungen zwischen Juden und Nichtjuden kriminalisierten; 1938 die Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben, die Entlassung jüdischer Schüler aus den Schulen, Einführung von besonderen, mit einem roten „J" gestempelten Ausweisen, Einziehung der Führerscheine von Juden, Zulassungsverbote für jüdische Ärzte und Rechtsanwälte, Zwang zum Führen der Vornamen „Sara" bzw. „Israel"; 1941 die Einführung des „Judensterns" und das Verbot, Radios, Schreibmaschinen, Fahrräder, Ferngläser zu besitzen.

Verständlicherweise versuchten die jüdischen Meisenheimerinnen und Meisenheimer dem Druck zu entfliehen – 29 von ihnen gelang die Emigration, aber 33 wurden ermordet.[202] Die in Meisenheim zurückgebliebenen waren zumeist ältere Leute, von denen zwischen 1933 und 1938 sechs eines natürlichen Todes starben. Sechzehn Juden[203] lebten zur Zeit des Novemberpogroms 1938 noch in Meisenheim.

In der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg waren Juden aus dem zaristischen Russisch-Polen vor dem dortigen Antisemitismus nach Deutschland ausgewichen, ebenso waren Juden nach dem Krieg aus dem wieder erstandenen polnischen Staat vor antijüdischen Ausschreitungen geflüchtet. Nach deutscher Ansicht waren diese Menschen polnische Staatsbürger, der polnische Staat dagegen wollte sie nicht aufnehmen. 1933 lebten etwa 56.500 jüdische Ausländer mit polnischer Herkunft in Deutschland.[204] Im Herbst 1938 schob das NS-Regime 15.000 von ihnen über die polnische Grenze ab. Da Polen sich weigerte, die Menschen aufzunehmen, „wanderten die Deportierten in strömendem Regen und ohne Nahrung oder Unterkunft

---

[201] DÖRR 1991, S. 39

[202] KEMP 1995, S. 14. – Die Zahlenangaben über die Schicksale Meisenheimer Juden nach 1933 differieren. Das liegt nicht nur daran, dass von vielen sich die Spuren verlieren, die dann mit dem Sterbedatum 8. Mai 1945 für tot erklärt worden sind, sondern auch daran, dass Menschen vor oder nach 1933 Meisenheim verlassen haben, die dann später an anderen Orten Opfer der Verfolgung wurden, so z. B. bei den Schwestern Ida und Johanna Strauss und Ferdinand Altschüler, die *von Mannheim aus* Opfer der „Pfalzaktion" im Oktober 1940, der Verschleppung in das Lager Gurs in Südfrankreich wurden. Alle drei, 67, 75 und 78 Jahre alt, starben schon im Dezember 1940 an den Haftbedingungen. – KEMP ebenda und DÖRR 1991, S. 44

[203] Diese Zahl nennt KEMP 1995, S. 16, während die ältere Arbeit von LAMB/SCHLARB MH 39, S. 20 erst von 13 Personen weiß.

[204] **Maurer**, Trude: Abschiebung und Attentat. Die Ausweisdung der polnischen Juden und der Vorwand für die „Kristallnacht". In: **Pehle**, Walter H. (Hg.): Der Judenpogrom 1938. Von der „Reichskristallnacht" zum Völkermord. Frankfurt/M 1988, S. 52 – 73, hier S. 56

zwischen den beiden Fronten hin und her; die meisten von ihnen endeten dann in einem polnischen Konzentrationslager…“[205] Unter diesen Menschen war auch eine Familie Grynszpan, die 1911 aus Russisch-Polen gekommen war; der Vater hatte bis zur Abschiebung in Hannover als Schneider gearbeitet. Der 1921 dort geborene Sohn Herszel war nicht bei ihnen, er lebte in Paris, wo er sich mit Gelegenheitsarbeiten durchzuschlagen versuchte. Als er durch einen Brief seiner Schwester vom Schicksal seiner Familie erfuhr, kaufte Herszel eine Pistole und schoss „in einem Akt ohnmächtiger Rache auf das grausame Schicksal seiner Eltern“[206] auf den Legationssekretär der deutschen Botschaft Ernst vom Rath und verletzte ihn tödlich.

Dieses Attentat bot Hitler den willkommenen Vorwand, dem Drängen der militanten Antisemiten um den fränkischen Gauleiter Streicher ein Ventil zu öffnen und einen „spontanen“ Ausbruch des Volkszorns zu inszenieren. Goebbels übernahm die Leitung, und „die mündlichen Anweisungen des Reichspropagandaleiters sind wohl von sämtlichen anwesenden Parteiführern so verstanden worden, daß die Partei nicht nach außen als Urheber der Demonstration in Erscheinung treten darf, sie in Wirklichkeit aber organisieren und durchführen sollte.“[207] Darum trugen die eingesetzten SA-Leute auch „Räuberzivil“.

Auch in Meisenheim wurde der Volkszorn angefacht:

„Zu eindrucksvollen Kundgebungen gegen die Juden kam es gestern früh in Meisenheim aus Erbitterung über die feige jüdische Mordtat, dem *[!]* der deutsche Gesandtschaftsrat vom Rath in Paris zum Opfer gefallen ist. Mehrere Juden mußten in Schutzhaft genommen werden. Auch aus vielen umliegenden Orten werden Protestkundgebungen gegen jüdische Einwohner gemeldet.“[208]

Zeitzeugen erinnern sich, dass aus den Wohnungen des Metzgers Cahn und des Weinhändlers Levy Möbel auf die Straße geworfen, dass mehrere Juden verprügelt wurden, die alte Frau Levy die Treppe hinunter gestoßen und das Ehepaar Rosenberg verhaftet wurde.[209]

An der Synagoge zertrümmerte der Mob alle Fenster, Türen und große Teile der Empore und legte Feuer.[210] Das Feuer wurde jedoch schnell gelöscht, vermutlich auch deswegen, weil das Karl-Schworm-Haus der NSDAP unmittelbar benachbart lag. Das Gebäude wurde zunächst „auf Abbruch“ für 3000 Mark an einen Bauunternehmer verkauft;[211] die Stadt erwarb es aber ein halbes Jahr später, ließ die Obergeschosse der Ecktürme abtragen und vermietete es an gewerbliche Nutzer.[212] Nach dem Krieg diente es als Lager für Getreide und Düngemittel; die Empore wurde abgebrochen und eine Zwischendecke eingezogen. Erst seit den 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts fand man eine angemessenere Verwendung: Am 9. November 1988, fünfzig Jahre nach der „Kristallnacht“, konnte der „Träger- und

---

[205] **Friedländer**, Saul: Das Dritte Reich und die Juden. Erster Band: Die Jahre der Verfolgung 1933 – 1939. München 1998, S. 289 f

[206] THAMER 1986, S. 393

[207] ebenda, S. 396

[208] Allgemeiner Anzeiger 11. 11. 1938

[209] MH 39, fortlaufend

[210] ALEMANNIA JUDAICA 2010, S. 7

[211] Allgemeiner Anzeiger 12. 12. 1938

[212] Allgemeiner Anzeiger 28. 6. 1939

Förderverein Synagoge Meisenheim“ das von ihm erworbene Bauwerk als „Haus der Begegnung“ der Öffentlichkeit übergeben.[213]

Die meisten Juden, die das Novemberpogrom in Meisenheim überstanden hatten, verließen noch vor dem Zweiten Weltkrieg ihre Heimatstadt; viele von ihnen wurden von ihren neuen Aufenthaltsorten aus deportiert und ermordet. Nur über die vierköpfige Familie Levy ist mit Sicherheit bekannt, dass sie Deutschland gerade noch rechtzeitig verlassen konnte. Der Textilkaufmann Albert Loeb bekam als letzter der jüdischen Meisenheimer 1942 den Deportationsbefehl. Die Lokalzeitung trat mit dem Klischee vom reichen jüdischen Ausbeuter noch einmal nach:

„Meisenheim judenfrei. Vor einigen Tagen hat die letzte jüdische Familie Meisenheim verlassen. Vor etwa 80 Jahren wohnten hier 198 Juden. Es befand sich eine jüdische Schule hier mit 28 Schülern. Die Juden hatten es verstanden, den Handel im ganzen Glangebiet an sich zu reißen, sowohl in der Landwirtschaft wie bei Groß- und Kleinvieh. Durch die Beherrschung des gesamten Handels gelangte die jüdische Bevölkerung zu großem Wohlstand, während die einheimische Bevölkerung schwer um ihre Existenz zu ringen hatte und viele Hunderte zur Auswanderung nach Amerika gezwungen wurden. Noch zu Beginn dieses Jahrhunderts war der jüdische Einfluß in Meisenheim auf allen Gebieten sehr stark. Trotzdem doch nur wenig jüdische Familien mehr hier wohnten, waren die Juden im Meisenheimer Stadtrat bis zum Jahre 1933 stets mit 1 – 3 Mandaten vertreten.“[214]

Damit war das jüdische Leben in Meisenheim erloschen, vernichtet. Heute erinnern „Stolpersteine“ an die umgekommenen und vertriebenen einstigen Mitbürgerrinnen und Mitbürger.

Kriegsvorbereitungen

Die Politik der Regierung Hitler war vom ersten Tage an darauf gerichtet, Deutschland erst kriegsbereit und –fähig zu machen und dann einen Krieg zum Gewinn der europäischen Hegemonie zu führen. Schon am 3. Februar 1933 hatte der Kanzler vor den Befehlshabern des Heeres und der Marine bei einem Besuch in der Wohnung des Generals Kurt von Hammerstein-Equord ausgeführt:

„Ziel der Gesamtpolitik allein: Wiedergewinnung der pol. Macht. Hierauf muß gesamte Staatsführung eingestellt werden (alle Ressorts!).

1. Im Innern. Völlige Umkehrung der gegenwärt. innenpol. Zustände in D. Keine Duldung der Betätigung irgendeiner Gesinnung, die dem Ziel entgegensteht (Pazifismus!). … Einstellung der Jugend u. des ganzen Volkes auf den Gedanken, daß nur d. Kampf uns retten kann u. diesem Gedanken gegenüber alles zurückzutreten hat. […]

2. Nach außen. Kampf gegen Versailles. Gleichberechtigung in Genf; aber zwecklos, wenn Volk nicht auf Wehrwillen eingestellt. […]

4. Aufbau der Wehrmacht wichtigste Voraussetzung für Erreichung des Ziels: Wiedererringung der pol. Macht. Allg. Wehrpflicht muß wieder kommen. Zuvor aber muß Staatsführung dafür sorgen, daß die Wehrpflichtigen vor Eintritt nicht

---

[213] ALEMANNIA JUDAICA 2010, S. 7

[214] Allgemeiner Anzeiger 15. 4. 1942. – Zu den inhaltlichen Behauptungen vgl. oben Anm. 199.

schon durch Pazif., Marxismus, Bolschewismus vergiftet werden … Wie soll pol. Macht, wenn sie gewonnen ist, gebraucht werden? Jetzt noch nicht zu sagen. Vielleicht Erkämpfung neuer Export-Mögl., vielleicht – und wohl besser – Eroberung neuen Lebensraums im Osten u. dessen rücksichtslose Germanisierung."[215]

Als dieser Krieg dann tatsächlich entfesselt wurde, herrschte in der deutschen Bevölkerung gedrückte Stimmung,[216] kein Vergleich mit dem Jubel im August 1914. Die politischen Schritte auf dem Weg zum Krieg hatten die Deutschen aber in ihrer Mehrzahl begrüßt, weil sie sie als Maßnahmen zur Abschüttelung des „Versailler Jochs" begriffen.

Den ersten außenpolitischen Erfolg bescherte ausgerechnet der Vatikan dem NS-Regime durch das Reichskonkordat vom 20. Juli 1933. Wenn der Papst als *die* moralische Autorität mit Hitler einen Vertrag schloss, konnte er so schlimm doch nicht sein – das milderte das Misstrauen der Nachbarn, und auch innenpolitisch baute das Konkordat Besorgnisse ab, in beiden Konfessionen.

Die Revision des Versailler Systems begann mit der Saar-Abstimmung.[217] Mitglieder des Meisenheimer „Saarvereins" begleiteten am 13. Januar 1935 die Abstimmungsberechtigten aus dem Amt Meisenheim vom Sammelpunkt in der NSDAP-Zentrale zum Bahnhof. Selbst Strafgefangene wurden zur Abstimmung beurlaubt – die Generalstaatanwaltschaft leitete einen Brief des Reichs- und preußischen Justizministers auch an die Gefängnisverwaltung in Meisenheim weiter:

„Den in Straf- oder sonstiger gerichtlicher Haft befindlichen Abstimmungsberechtigten, die den Wunsch haben, an der Saarabstimmung teilzunehmen, soll hierzu Gelegenheit gegeben werden, soweit dies im Rahmen einer ordnungsgemäßen Rechtspflege möglich ist. […] Bei der Durchführung dieses Erlasses ersuche ich, nicht engherzig zu verfahren."[218]

Als das überwältigende Ergebnis – 90,7% für die Rückkehr zum deutschen Reich – bekannt wurde, gab es Glockengeläut und den schon fast obligatorischen Fackelzug,[219] und als am 1. März die offizielle Rückgliederungsfeier in Saarbrücken stattfand, fuhren über hundert Meisenheimer hin – „Sonderzug. Hin- und Rückfahrt 1,90 M."[220]

Nach diesem Erfolg wagte das Regime mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht (16. 3. 1935) den ersten ganz offenen Bruch des Versailler Vertrages, nachdem die Aufrüstung mit modernen schweren Waffen noch einigermaßen diskret begonnen worden war. Auch die jungen Männer Meisenheims wurden jetzt wehrpflichtig, denn § 12 des Wehrpflichtgesetzes bestimmte: „(1) Die Wehrpflich-

---

[215] Handschriftliche Aufzeichnung des Generalleutnant Liebmann (so genanntes „Liebmann-Protokoll") – zit. n. **Wendt**, Bernd-Jürgen: Großdeutschland. Außenpolitik und Kriegsvorbereitung des Hitler-Regimes. München 1987 [WENDT 1987] , S. 186 f

[216] THAMER 1986, S. 622

[217] Nach dem Saar-Statut des Versailler Vertrages wurde das Industriegebiet aus Teilen der bayerischen Pfalz und der südlichen preußischen Rheinprovinz für 15 Jahre unter Völkerbundverwaltung gestellt. Danach sollte eine Volksabstimmung über die Zukunft des Gebietes entscheiden. Abstimmungsberechtigt waren auch „Exil-Saarländer."

[218] LHAK Best. 602,029 Nr. 309, Blatt 95

[219] SCHULCHRONIK II, S. 169

[220] ebenda, S. 170

tigen werden durch die Ersatzdienststellen der Wehrmacht erfaßt. (2) In der entmilitarisierten Zone werden die Wehrpflichtigen durch die Behörden der allgemeinen und inneren Verwaltung erfaßt."[221] Am 13. Juni rief die Zeitung die Angehörigen der Geburtsjahrgänge 1914 und 1915 zur Musterung auf: „Für die Dienstpflichtigen des Amtes Meisenheim findet die Musterung im Gemeindehaussaale am Samstag, den 13. Juli um 7.30 Uhr statt."[222]

Der nächste, hochriskante Vorstoß gegen die Nachkriegsordnung und zudem ein Bruch des Locarno-Vertrages war die militärische Besetzung der linksrheinischen Gebiete am 7. März 1936, die gelang, ohne dass ernsthafte Sanktionen[223] folgten. Die Begeisterung der Bevölkerung über die „Wiederherstellung der Gleichberechtigung" dürfte echt gewesen sein:

„Um 12 Uhr am Samstag mittag gab es wohl kaum einen Radio-Apparat hier, der nicht auf Berlin eingestellt war und vor dem die Hörer nicht fieberhaft gespannt der Rede des Führers lauschten, und als zum Schluß seiner Ausführungen der Führer erklärte, daß er die uns durch das Versailler Diktat aufgezwungene entmilitarisierte Rheinlandzone aufhebe und die deutschen Soldaten bereits in die alten rheinischen Garnisonsstädte wieder einziehen, brach überall begeisterter Jubel aus. Auch den ganzen Nachmittag über wurden die Uebertragungen von dem Einmarsche in bekannte Garnisonen mit lebhafter Freude aufgenommen."[224]

Als wiederum zwei Jahre später auch der „Anschluss" Österreichs (12. 3. 1938) ohne Eingreifen Großbritanniens und Frankreichs glückte, „stand Hitler […] auf dem Höhepunkt seiner Popularität in Deutschland überhaupt. Die staatlichen Lageberichte mußten schon zu Superlativen greifen, um die Stimmung im Lande zu beschreiben: ‚Im März erlebte das deutsche Volk einen Höhepunkt seiner Geschichte, die Geburt des groß- und volksdeutschen Reiches und damit die Erfüllung der alten Sehnsucht aller Deutschen, das ‚Deutsche Wunder'. Des Führers ‚größte Vollzugsmeldung seines Lebens' entfachte einen elementaren Lenzsturm der Begeisterung. […] In dem Jubel und der Zustimmung schwang die Erleichterung mit, daß es wieder einmal gut gegangen war. Denn alle amtlichen Berichte erwähnen die ‚Erregung', ‚Bestürzung' und ‚Beunruhigung', die anfänglich überall geherrscht habe. Wie bei der Rheinland-Besetzung schlug die besorgte Stimmung erst in Begeisterung um, als die Gefahr einer militärischen Auseinandersetzung gebannt und der großdeutsche Traum ohne Blutvergießen verwirklicht schien."[225]

Es gibt keinen Grund anzunehmen, dass die Menschen in Meisenheim wesentlich anders gedacht und gefühlt haben als ihre Landsleute: Sie wollten keinen Krieg, die Erinnerungen an den letzten waren noch frisch, aber sie wollten auch, dass die als ungerecht empfundenen Regelungen von Versailles aufgehoben wurden: Wehrpflicht und Rheinlandbesetzung waren Verletzungen geltenden Völkerrechts, ließen sich aber auch als Wiederherstellung der politischen Souveränität und Gleichberechtigung auffassen, der Zusammenschluss mit dem deutsch sprechenden Öster-

---

[221] Zit. n. Allgemeiner Anzeiger 22. 5. 1935 – Sperrung im Original.

[222] „Wer will unter die Soldaten…" Allgemeiner Anzeiger 13. 6.1935

[223] Der Völkerbundsrat verurteilte am 19. 3. das deutsche Vorgehen als Bruch des Locarno-Vertrages, beließ es aber bei dem papierenen Protest.

[224] „Große Begeisterung über die Maßnahme des Führers", Allgemeiner Anzeiger 9. 3. 1936

[225] THAMER 1986, S. 578

reich als Ausdruck des Selbstbestimmungsrechts der Völker verstehen. Dass Hitler die riskanten Manöver glückten, wird auch in Meisenheim den „Führer-Mythos" beflügelt haben. Ob der Preis für diese Erfolge mit der Zerstörung der Demokratie, der Unterdrückung und Ermordung Andersdenkender und der Entrechtung von Minderheiten nicht viel zu hoch war, werden auch in Meisenheim nur wenige überlegt haben. Dass Deutschland mit seiner massiven Aufrüstung auf der Basis einer versteckten Staatsverschuldung seine Volkswirtschaft in eine Krise trieb, die letztlich nur durch die „Flucht in die gewaltsame Aggression"[226] gelöst werden konnte, hat außerhalb des Kreises der für die Rüstungswirtschaft Verantwortlichern kaum ein Zeitgenosse gewusst.

Die Bevölkerung wurde in kleinen Schritten und fast unmerklich mit Kriegsvorbereitungen vertraut gemacht – Vorträge über Luftkrieg und Luftschutz, Belehrungen über Verdunkelung, Übungen von Sanitätskolonnen gehörten ebenso dazu wie die Einquartierung von Truppen – erst einmal nur im Manöver. In der folgenden Meldung des Allgemeinen Anzeigers verwundert allerdings die Formulierung des letzten Satzes: ist dieses „*wird* empfangen" eine Voraussage – oder eine Anordnung?

„Einquartierung. Zum ersten Male seit dem Rückzug des deutschen Heeres aus Frankreich *[im November 1918, U. S.]* erhält Meisenheim heute Einquartierung. Gestern trafen die Quartiermacher hier ein. Mit großer Freude wird die ganze Bevölkerung die Soldaten der neuen Wehrmacht empfangen."[227]

Im Januar 1939 erschien ein Erlass des Reichsinnenministeriums über die „Belegungsfähigkeit" der Gemeinden – Meisenheim sollte gegebenenfalls 30 Offiziere, 400 Unteroffiziere und Mannschaften sowie 180 Pferde aufnehmen;[228] nach der Räumung des Arbeitsdienst-Barackenlagers wurden weitere 500 Plätze frei.[229]

Als dann mit dem Münchener Abkommen[230] am 29. September 1938 auch das Sudetenland „heim ins Reich" geholt wurde, feierte die Bevölkerung in München den britischen Premierminister als Friedensstifter. „Mit diesem Volk kann ich noch keinen Krieg führen,"[231] soll Hitler bei der Gelegenheit geäußert haben. Allerdings hielt ihn das nicht davon ab, seinen Generälen den Auftrag zu erteilen, Pläne für die „Erledigung der Resttschechei" auszuarbeiten. Als diese am 15. März 1939 in die Tat umgesetzt wurden, das Deutsche Reich erstmals mit offener Kriegsgewalt über seine ethnischen Grenzen hinausgriff, machte die britisch-französische Garantie der Unabhängigkeit Polens klar, dass jede weitere deutsche Expansion Krieg bedeuten würde.

---

[226] WENDT 1987, S. 171

[227] Allgemeiner Anzeiger 17. 9. 1937

[228] LHAK Best. 655,024 Nr. 2256

[229] LHAK Best. 655,024 Nr. 2258

[230] Auf der Münchener Konferenz zwischen Hitler, Mussolini (Italien), Chamberlain (Großbritannien) und Daladier (Frankreich) wurde beschlossen, dass die Tschechoslowakei das Sudentengebiet sofort an Hitlerdeutschland abtreten müsse. Vertreter der eigentlich betroffenen Tschechoslowakischen Republik waren nicht anwesend. Das Abkommen markierte zugleich Höhepunkt und Ende der Appeasement- (Beschwichtigungs-) Politik.

[231] THAMER 1986, S. 598

Sechs Wochen vor dem deutschen Überfall auf Polen, der den Beginn eines fast sechsjährigen Krieges mit über 50 Millionen Toten markierte, eines Krieges, der begonnen wurde, um Revanche zu nehmen für die Niederlage von 1918 und um die politisch-wirtschaftlich-militärische Hegemonie Deutschlands in Europa, die schon das Ziel der wilhelminischen Führung im Ersten Weltkrieg gewesen war, doch noch zu errichten, eines Krieges, der mit verbrecherischen Zielen und Methoden geführt wurde, der mit dem Totalverlust der deutschen Souveränität endete und Schande über das deutsche Volk brachte, in dessen Namen er angeblich geführt worden war,[232] erschien im Allgemeinen Anzeiger eine Notiz, die die Bürgerinnen und Bürger auf ein im März des folgenden Jahres zu feierndes Jubiläum aufmerksam machte:

„625-jähriges Jubiläum der Stadt Meisenheim. Am 22. März des Jahres 1315 wurde Meisenheim, der Hauptstadt der damaligen Grafschaft Veldenz, von König Ludwig dem Bayern das Stadtrecht verliehen. Diese für die Stadt Meisenheim so wichtige Begebenheit jährt sich im nächsten Jahre zum 625. Male. Meisenheim wird diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne sie durch eine würdige Feier festlich zu begehen, zumal die seiner Zeit vorgesehene 600-Jahrfeier 1915 durch den Weltkrieg vereitelt wurde. Bis zum nächsten Jahre werden wohl alle Arbeiten der Stadtverschönerungsaktion – Freilegung der alten Fachwerkhäuser usw. – beendet sein, sodaß Meisenheim in seinem mittelalterlichen Glanze wieder neu erstrahlt und sich den Besuchern aufs beste präsentieren wird. Die Vorarbeiten für die glanzvolle Ausgestaltung des Stadtjubiläums sind bereits in Angriff genommen. … Die gesamte Bürgerschaft wird schon jetzt ersucht, zum guten Gelingen des Vorhabens beizutragen."[233]

Aber als der Jubeltag dann gekommen war, herrschte schon wieder Krieg. Bereits am 14. September war der erste junge Meisenheimer in Polen gefallen.[234] Für eine „glanzvolle Ausgestaltung des Stadtjubiläums" war das nicht die Zeit. Die Zeitung brachte am 22. März einen von Bürgermeister Willms gezeichneten Artikel über die Stadtgeschichte; am selben Tag…„versammelten sich vormittags […die] Ratsherren, Kreisleiter Schmitt, Offiziere der Wehrmacht und zahlreiche Gäste im Sitzungssaale des Rathauses, um in einer schlichten Gedenkstunde das für unsere

---

[232] Nach einer allzu langen Phase der Verdrängung und Verleugnung in den beiden ersten Nachkriegsjahrzehnten sind die beschämenden Umstände des Krieges – die kriegsvölkerrechtswidrige Art der Kriegführung in den Ländern Osteuropas, der ethnische Vernichtungskrieg, die Ausplünderung und teilweise Versklavung der Zivilbevölkerung der besetzten Länder und die Tätigkeit der Einsatzgruppen beim Völkermord – heute ebenso bekannt, wie die Erzählung vom Unterschied zwischen der verbrecherischen SS und der „anständigen" Wehrmacht durch zahlreiche, u. a. durch die so genannte „Wehrmachtsausstellung" veranlasste Forschungsarbeiten als höchstens eine Halbwahrheit entlarvt worden ist. Das Attentat auf Hitler und die Befreiung des Lagers Auschwitz gehören zur Gedächtniskultur, das „Nie wieder!" zur Staatsräson der Bundesrepublik Deutschland. Darum, und nur darum dürfen wir uns auf die Schilderung des Alltagsschicksals der Einwohner der kleinen Stadt beschränken.

[233] Allgemeiner Anzeiger 18. 7. 1939

[234] Allgemeiner Anzeiger 3. 10. 1939

Stadt so wichtige Ereignis zu würdigen. Nach der Begrüßung der Gäste hielt Bürgermeister Willms folgende Ansprache:

‚Wir haben uns […] zu einer feierlichen Ratsherrensitzung versammelt, um nicht im festlichen Jubel, sondern unserer Kriegszeit entsprechend in ernster Besinnung dieses kommunal-historischen Ereignisses zu gedenken.'"

Der Redner stellte dann „nur wenige, besonders hervorragende Tatsachen aus der Stadtgeschichte" heraus, die natürlich dem herrschenden Geschichtsbild entsprachen: schon in germanischer Zeit besiedelt gewesen, immer treu zum Reich gestanden, durch die französische Willkür in den wirtschaftlichen Niedergang getrieben, wieder aufgestiegen durch den Nationalsozialismus, voller Vertrauen auf eine gesunde Zukunft. Die Schlussfolgerung war: „Unsere Aufgabe besteht insbesondere darin, im Umbruch unserer Zeit und Weltanschauung auch kommunalpolitisch unsere erhöhten Pflichten restlos zu erfüllen und mit vereinten Kräften und in treuem Zusammenstehen an der Erzielung des Sieges für Reich und Heimat unsere Kraft einzusetzen."[235]

Sicher werden viele Meisenheimerinnen und Meisenheimer auch Stolz auf die Geschichte ihrer Stadt empfunden haben. Aber höchstwahrscheinlich haben die Realitäten des Krieges ihre Gedanken mehr beschäftigt. Beispielsweise wurden gerade in der Woche vor dem Jubiläum von den „Blockwaltern" der NSDAP die „Volksgasmasken" ausgegeben.[236] Schon am zweiten Tag des Krieges waren die Meisenheimer ermahnt worden:

„Achtung, Feind hört mit! […] Jeder Volksgenosse, in Fabrik, Kontor und hinter dem Pflug muß vom Bewußtsein durchdrungen sein, daß seine Pflichttreue, sein Schweigen, seine Aufmerksamkeit und sein Vertrauen zu den amtlichen Abwehrorganen eine allgemeine Abwehrfront des deutschen Volkes aufrichtet, die jedem Spionageangriff des Auslandes Halt gebietet."[237]

Und seit dem fünften Kriegstag lagen alle Straßen abends und nachts in tiefem Dunkel – die Straßenbeleuchtung blieb ausgeschaltet, die Fenster der Wohnungen, Werkstätten, Büros usw. mussten mit schwarzen Rouleaus lichtdicht verschlossen werden.[238] Am Anfang des Krieges und besonders außerhalb der industriellen Ballungsgebiete wurden diese Anordnungen nicht allzu sorgfältig ausgeführt, worauf die zahlreichen, auch mit Strafandrohungen versehenen Wiederholungen hindeuten: „Die Zahl der festgestellten Bummelanten ist trotz der vielfachen Pressehinweise und Verwarnungen groß. Diese Gleichgültigkeit wird nunmehr unnachsichtig mit Strafen verfolgt."[239] Mit Fortschreiten des Krieges wurden die Anordnungen erweitert – so mussten „mindestens fünf Löschsandtüten je Haushaltung in den Wohnungen bereitgestellt werden. […] auch ist es Pflicht der Hauseigentümer und –

---

[235] Allgemeiner Anzeiger 23. 3. 1940

[236] Allgemeiner Anzeiger 14. 3. und 16. 3.1940

[237] Allgemeiner Anzeiger 2. 9. 1939. – Man muss sich bei der Lektüre der Zeitungen der NS-Zeit, besonders im Krieg, vor Augen halten, dass das Goebbels-Ministerium die Presse fest im Griff hatte. Für eine eigenständige Berichterstattung in kommunalen und regionalen Angelegenheit war wenig Raum, für eine eigenständige Kommentierung und Meinungsbildung überhaupt keiner.

[238] Allgemeiner Anzeiger 5. 9. 1939

[239] „Verdunkelungsbummelanten", Allgemeiner Anzeiger 20. 9. 1939 und dann regelmäßig.

haltungsvorstände, dafür Sorge zu tragen, daß während der Nacht in ihren Wohnungen ausreichend Löschwasser (mit Wasser gefüllte Eimer, Badewannen und sonstige Behälter) vorhanden ist."[240] Damit der Luftschutz im Ernstfall auch klappte, wurden Übungen angeordnet, die von den „Luftschutz-„ bzw. „Hausgemeinschaften", zusammengefasst in „Selbstschutzbereichen"[241] durchzuführen waren. Es gab in 19 Blöcken insgesamt 67 Hausgemeinschaften, in denen minutiös die Zuständigkeiten für Wasserversorgung, Alarmierung, Meldewesen usw. geregelt waren.[242]

Man kann den Zweiten Weltkrieg in vielerlei Hinsicht als die Fortsetzung oder besser Wiederaufnahme des Ersten betrachten – eine Wiederaufnahme nicht nur mit modernerer Rüstung, sondern auch mit einer effektiveren Organisation der Kriegsgesellschaft. Nach der Vorstellung Hitlers, der NS- wie auch der militärisch-industriellen Führung hatte die deutsche Gesellschaft 1918 „die Nerven verloren" und damit den Sieg verspielt. Es galt also, die „Heimatfront" kriegstauglich zu machen. Diesem Ziel diente die Ausschaltung der politischen Gegner[243] ebenso wie etwa die Tätigkeit der „KdF"-Organisation: Wer nicht pazifistisch verhetzt wurde, sondern – z. B. als Rüstungsarbeiter[244] – sich von der harten Arbeit auch in preiswertem Urlaub erholen konnte, der würde auch durchhalten bis zum „Endsieg".

„Doch wie stand es um ihren *[der deutschen Gesellschaft, U. S.]* kriegerischen Geist? Die Nagelprobe mußte im August 1939 bestanden werden, als die scheinheilige Friedenspropaganda der Nationalsozialisten auf den unmittelbar bevorstehenden Krieg umgeschaltet werden mußte. Nach der positiven Grundstimmung durch den wirtschaftlichen Aufschwung war in der nervösen außenpolitischen Hektik 1938/39 das Risiko des Kriegs bereits erkennbar geworden. Von Hitler und seinen Getreuen abgesehen, sehnte kaum jemand den Krieg herbei. Im August/September 1939 kam jedenfalls zur allgemeinen Überraschung keine Jubelstimmung in Deutschland auf."[245]

Allerdings verwandelte sich die Stimmung, als der „Blitzkrieg" gegen Polen 1939, die Besetzung Dänemarks und Norwegens im April und der Feldzug gegen Frankreich, den Angstgegner von 1914/18, im Mai/Juni 1940 schnell und siegreich verliefen, dann doch in Begeisterung. Der Erfolg der Strategie, die einzelnen Gegner so schnell niederzuwerfen, dass sie zu einem gemeinsamen Kampf gar nicht finden konnten, verstärkte noch einmal den „Führermythos". Der Allgemeine Anzeiger druckte nacheinander ganzseitige Landkarten von Polen, Dänemark, Frankreich

---

[240] Allgemeiner Anzeiger 23. 5. 1942

[241] Zum Beispiel wurden „folgende Luftschutzübungen im Selbstschutz der Stadt Meisenheim festgesetzt: […] am Freitag, den 25. August 1944, um 20 Uhr, im Selbstschutzbereich Nr. 14, umfassend die Luftschutzgemeinschaften 39, 40 und 41 (Obergasse und Rathausgasse)." Allgemeiner Anzeiger 21. 8. 1944

[242] LHAK Best. 655,024 Nr. 2300

[243] Vgl. Liebmann-Protokoll (oben, S. 243): „Keine Duldung der Betätigung irgendeiner Gesinnung, die dem Ziel entgegensteht (Pazifismus!)."

[244] Der Berliner Munitionsarbeiterstreik 1917 galt und gilt als Vorbote der Novemberrevolution.

[245] **Müller**, Rolf-Dieter: Der Zweite Weltkrieg 1939 – 1945 (= Gebhard[10] Bd. 21), Stuttgart 2004 [MÜLLER 2004], S. 269

und auch von Großbritannien, und die Buchhandlung Feickert bot am 28. August sogar Europakarten zu 50 Reichspfennigen an.

„Es war ein Glücksfall für die Nationalsozialisten, daß der Zweite Weltkrieg für die Deutschen mit einer Serie von Erfolgen begann, so daß Ängste und Besorgnisse zunächst verflogen. Hoffnungen auf ein rasches Kriegsende wurden durch eine Milderung der kriegsbedingten Einschränkungen gefördert. Befürchtungen wegen eines Stimmungseinbruchs an der ‚Heimatfront' bewogen Hitler und die Partei, den Krieg von der Gesellschaft möglichst fernzuhalten und den ‚Volksgenossen' die Früchte des Sieges schnellstens zu offerieren. Umfangreiche sozialpolitische Programme wurden konzipiert, um den Deutschen eine glänzende Zukunft nach dem Krieg anzukündigen."[246]

Im Ersten Weltkrieg waren die Versorgung der Soldaten-Familien und die gerechte Rationierung der durch den Krieg verknappten Lebensmittel und des Heizmaterials zwei große und bis zum Ende nicht befriedigend gelöste Probleme gewesen. Die deutsche Führung der NS-Zeit hatte gelernt und war nicht nur auf den Eroberungskrieg, sondern auch auf die Organisation der „Heimatfront" vorbereitet. Schon am vierten Kriegstag wurden die Menschen über „Die Familienunterstützung für Angehörige von Soldaten" unterrichtet: „Während des besonderen Einsatzes der Wehrmacht wird für die nächsten Angehörigen der zum Wehrdienst Einberufenen durch die Familienunterstützung gesorgt."[247] Lebensmittelkarten für Milch, Fleisch, Fett und Nährmittel waren gedruckt und wurden reibungslos verteilt; später folgten auch Kleiderkarten für den Bezug von Textilien. Der Allgemeine Anzeiger teilte mehrere Wochen lang nicht nur mit, welche Nahrungsmittel in welcher Menge es auf welche Kartenabschnitte gebe, sondern fügte auch hierauf und auf den saisonal frei käuflichen Waren basierende Rezepte[248] bei. „Nach kurzer Übergangzeit hat sich die große Mehrzahl der Hausfrauen auf das Bezugscheinsystem eingespielt. Trotz mancher, im Haushalt notwendig gewordener Veränderungen haben die übrigen Familienmitglieder von der neuen Sachlage im Haushalt kaum etwas zu spüren bekommen. … Die Verordnung zur vorläufigen Sicherstellung des lebenswichtigen Bedarfs wurde … einmütig als notwendig, richtig und in ihrer Durchführung zweckmäßig anerkannt."[249]

Natürlich war dieser dem Allgemeinen Anzeiger vermutlich aus dem Goebbels-Ministerium übermittelte Artikel Propaganda. Aber Propaganda, die nicht wenigstens eine gewisse Anknüpfung in der Realität hätte, würde sich lächerlich machen. Es war erklärte Politik, dass die Deutschen Krieg führen, aber vom Krieg nichts merken sollten. Dafür merkten es Deutschlands Kriegsgegner umso schmerzhafter – die Volkswirtschaften der besetzten Länder wurden rücksichtslos geplündert, um die Deutschen satt und bei Laune zu halten.[250] Trotzdem wurde der Krieg im Mei-

---

[246] ebenda, S. 270

[247] Allgemeiner Anzeiger 4. 9. 1939

[248] Z. B. „Selleriegemüse auf Schweizer Art" oder „Kohlrüben mit Tomatentunke" im „Ratgeber der Hausfrau 27. November bis 3. Dezember 1939", Allgemeiner Anzeiger 27. 11. 1939.

[249] Allgemeiner Anzeiger 11. 9. 1939

[250] Vgl. zum Zusammenhang von Raubkrieg und Sozialpolitik: **Aly**, Götz: Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus. Frankfurt am Main 2005.

senheimer Wirtschaftsleben immer spürbarer. Im Lagebericht des Amtsbürgermeisters an das Landratsamt Kreuznach vom 31. 12. 1940 wird das deutlich:

„…2. Die wirtschaftliche Lage. Die vorhandenen Industriebetriebe sind, soweit sie wehrwirtschaftlich wichtige Betriebe sind, gut beschäftigt – Holzwarenfabrik Gebr. Becker und Lederfabrik Andres – während dagegen die sonstigen Betriebe, wie Brauerei Bonnet, Ziegelei Bender, und die übrigen Betriebe der gewerblichen Wirtschaft einen starken Rückgang zu verzeichnen haben So sind z. B. von sieben in der Stadt Meisenheim vorhandenen Bäckereien bei fünf Betrieben die Inhaber eingezogen, so dass nur noch zwei Betriebe voll betriebsfähig sind, wovon ein Betriebsinhaber bereits in vorgeschrittenem Alter steht. Zwei Betriebe werden notdürftig mit jüngeren Gesellen weitergeführt, drei sind ganz geschlossen. Von drei Cafés sind ebenfalls zwei geschlossen. Eisenwaren- und Baumaterialhandlungen liegen fast völlig still. Die Geschäfte der Textilbranche sind ebenfalls sehr zurückgegangen. Einen normalen Betrieb haben lediglich die Lebensmittelgeschäfte aufzuweisen. […]

Eine ganz erhebliche Verteuerung wird mit grosser Missbilligung für Textilien und Schuhwaren festegestellt, die von Tag zu Tag mehr ansteigt. Zieht man auch noch die Verschlechterung der Qualitäten bei Wäsche, Kleidern und Schuhe *(!)* in Betracht so ist ein Ansteigen der Preise um das doppelte gegen früher zu verzeichnen. Auch die Preiserhöhung für Butter und Salatöl ist fühlbar. Daneben zeigt sich ferner noch für sonstige Gegenstände des täglichen Bedarfs ein Ansteigen der Preise. […]“[251]

Meisenheim lernte auch wieder die Einquartierung von Soldaten kennen, deren Einheiten meist für kürzere Zeit in Meisenheim und Umgebung auf ihren Einsatz warteten. Auch für diesen Fall hatte die Diktatur bürokratisch-exakte Regeln aufgestellt:

„Vergütung bei Einquartierung. […] Die Höhe der Vergütungssätze für die Gewährung von Unterkunft (Quartier) an Wehrmachtsangehörige richtet sich nach dem Dienstgrad des Einquartierten, nach der Art der Belegung (Privat oder Massenquartier) und nach der Jahreszeit (Sommer- oder Wintermonate). […] Die Zahlung der Quartiervergütung erfolgt durch die Stadtverwaltung. Die Quartiergeber müssen daher nach Abrücken der Truppen die ihnen ausgehändigten Quartierzettel dem städt. Quartieramt einreichen. […] Über den Zeitpunkt der Auszahlung erfolgt in jedem Falle durch die Kommunalbehörde […] besondere Mitteilung.“[252]

Die Anwesenheit vieler fremder junger Männer brachte auch einige unerfreuliche Erscheinungen mit sich. Das Meisenheimer Gefängnis, das in „normalen“ Zeiten im Jahresdurchschnitt mit 0,1 Gefangenen pro Tag (0,06 Männer; 0,04 Frauen/Tag) belegt war, [253] diente während der Einquartierung auch als militärische Arrestanstalt. Die Gerichtsakten enthalten für die Jahre 1939 – 41 mehr als 170 „Einstellscheine“,[254] meist wegen harmloser Angelegenheiten wie Überschreitung des Zapfenstreichs oder des Versäumnisses, das Kompaniefahrrad zu waschen. Aber einzelne Vorkommnisse brachten doch erhebliche Beunruhigung. Ein Feldwebel er-

[251] LHAK Best 655,024 Nr. 1303
[252] Allgemeiner Anzeiger 22. 11. 1939
[253] LHAK Best. 602,029 Nr. 272 Blatt 80
[254] LHAK Best. 602,029 Nr. 276

hielt 12 Tage Arrest im Gerichtsgefängnis Meisenheim, „weil er am 9. 12. 1939 in betrunkenem Zustand nachts in der Wohnung seiner Quartiergeber sein ihm noch unbekanntes Quartierzimmer suchte, wobei er auch die Schlafzimmertür eines jungen Mädchens öffnete und dadurch Ärgernis bei den Quartiergebern erregte, und weil er am 10. 12. 39 in betrunkenem Zustande den Fahrer des Kp.-L-Kw. veranlasste, ihn um 3.30 Uhr in sein Quartier zu fahren, was dieser auch ausführte."[255]

Ab und zu kam ein Diebstahl vor – Delikte, die auch nur entfernt einen politischen Charakter haben könnten, finden sich in den Akten überhaupt nicht. - Einen Teil der bei ihnen einquartierten Soldaten sahen die Meisenheimer nach dem Frankreich-Feldzug im Herbst 1940 wieder:

„Begeisterter Empfang für die Frontsoldaten. Gestern Nachmittag um 4 Uhr wurde hier ein Teil der Truppen empfangen, deren Division im vergangenen Winter bei uns im Quartier lag. Die Bevölkerung der Stadt bereitete den tapferen Soldaten, von denen viele das Eiserne Kreuz trugen, einen begeisterten Empfang. Bei der Ankunft auf der Bleiche jubelte ihnen die Bevölkerung entgegen und überschüttete sie mit einem wahren Blumenregen."[256]

Da die Männer im wehrpflichtigen Alter eingezogen waren, fehlte es an Arbeitskräften. Sie wurden durch Kriegsgefangene, Dienstverpflichtete und Zwangsarbeiter ersetzt. Bei den räumlichen, Wohn- und Arbeitsplatzverhältnissen auf dem Lande und in der Kleinstadt blieb es (anders als in den industriellen Großstädten, deren Zwangsarbeiter in bewachten Lagern hausten) nicht aus, dass Sieger und Besiegte sich kennen lernten und einander als Menschen wahrzunehmen begannen. Die Mahnungen, zu den Kriegsgefangenen feindselige Distanz zu halten, erschienen in der Zeitung noch häufiger als die zu sorgfältiger Verdunkelung:

„Wegen verbotenen Umgangs mit Kriegsgefangenen verurteilte das Amtsgericht den Landwirt und Gastwirt G. aus Meddersheim zu 150 Mark Geldstrafe. Er verkaufte kriegsgefangenen Polen Tabak und Getränke. Die 30jährige Frau des Landwirts S. in Steinhardt erhielt ebenfalls 150 Mark Geldstrafe, weil sie polnische Kriegsgefangene photographierte und ihnen Bilder schenkte. Der 33jährige Landwirt Sch. aus Waldhilbersheim nahm seinen kriegsgefangenen Polen mit in eine Wirtschaft, er erhielt dafür 2 Wochen Haft. Der Gastwirt B., der duldete, daß sich der polnische Kriegsgefangene in seiner Wirtschaft auf einem Stuhl niederließ und in einem Notenbuch blätterte, kam mit 50 Mark Geldstrafe davon. Ein Einwohner aus Oberhambach hat im Umgang mit französischen Kriegsgefangenen die notwendige Würde verlassen. So setzte er sich mit dem ihm zur Erntearbeit zugeteilten Gefangenen zur gemeinsamen Mahlzeit an einen Tisch und begrüßte Kriegsgefangene durch Händedruck. Er wurde verhaftet."[257]

Die Meldung sollte abschreckend wirken und tat es auch, wenngleich die Strafen im Jahre 1940 noch verhältnismäßig milde waren.[258] Einerseits machen diese Pro-

---

[255] ebenda, Blatt 53

[256] Allgemeiner Anzeiger 1. 10. 1940

[257] Allgemeiner Anzeiger 23. 8. 1940

[258] Nach „Stalingrad" - das heißt, nach der Wende des Krieges, als die Ernährungslage sich verschlechterte, die alliierten Bombenangriffe zunahmen und die Siegeszuversicht schwand – wurden die Urteile für die gleichen Sachverhalte härter und steigerten sich zu exzessiver Brutalität.

zesse deutlich, dass viele Menschen in Meisenheim und Umgebung sich einfach normal-menschlich verhielten. Andererseits weisen die Verfahren aber auch auf die erschreckende Bereitschaft vieler Menschen hin, einen Nachbarn bei den Repressionsorganen zu denunzieren. Das war keine Besonderheit der Nordpfalz.

„Tatsächlich belegen Akten der Justiz, der Gestapo und der NSDAP eine Denunziationsbereitschaft der Bevölkerung von einem unvorstellbaren Ausmaß. Zahlreiche Vorladungen und Verhaftungen waren nicht, wie häufig angenommen, Folge eigener Beobachtungs- und Überwachungstätigkeit der Politischen Polizei, sondern wurden durch politische Denunziationen aus der Bevölkerung ausgelöst. […] Mit ihr wurden von ideologischen Prinzipien und Normen des Regimes abweichende Einstellungen und Verhaltensweisen gemeldet in der Absicht, eine Bestrafung des Angezeigten herbeizuführen. […] Erschreckend ist, in welchem Maße Gerichtsverfahren durch private Anzeigen ausgelöst wurden.“[259]

Seltsam gelähmt wirkte das kommunale Eigenleben der Stadt Meisenheim in der zweiten Kriegshälfte. Die Sitzungen des Stadtrates fanden immer seltener statt und nahmen zuletzt fast nur noch Mitteilungen über Entscheidungen entgegen, die vom Militär oder der Gauleitung der Partei getroffen worden waren. Die Bautätigkeit kam nach Abschluss begonnener Arbeiten (Umbau der Markthalle: Wiederherstellung der offenen Halle im Untergeschoss, Einrichtung des Obergeschosses für ein Heimatmuseum,[260] Umpflasterung einiger Altstadtgassen,[261] Erstellung eines Bebauungsplanes für eine Nachkriegssiedlung[262]) ganz zum Erliegen.

Nachdem die „Luftschlacht um England“ verloren und der Versuch, auch die Sowjetunion in einem vernichtenden „Blitzkrieg“ niederzuwerfen, gescheitert waren, musste sich das Deutsche Reich, mussten sich die Menschen auf einen längeren Krieg einstellen, dessen Auswirkungen jetzt auch im zivilen Alltag stärker spürbar wurden – wenn auch noch lange nicht so sehr wie im Ersten Weltkrieg, wie das Regime gewissermaßen mit erhobenem Zeigefinger mitteilen ließ: **„Was bekamen wir im Weltkrieg zu essen?** Das Maß unserer Ernährung im Weltkrieg ist den meisten wieder entfallen. An Brot bekamen wir 1918 160 Gramm täglich, also die Hälfte der heutigen Menge. Auch die Fleischrationen waren halb so groß wie heute. Die Butterzuteilung schwankte zwischen 60 und 90 Gramm in der Woche, während uns jetzt 270 Gramm an Fett zusteht.“[263]

Neben den schon gewohnten regelmäßigen Geldsammlungen wurden nun auch – da die Wehrmachtsführung in überheblicher Siegessicherheit die Soldaten ohne ausreichende Winterausrüstung in den Krieg gegen die UdSSR geschickt hatte – Wollsachen, Pelze und sogar Skier gesammelt:

„Auch das letzte Paar Skier heraus! Kein anständiger Deutscher wird dem draußen in Schnee und Eis an der Front kämpfenden Soldaten die Dinge versagen oder vorenthalten wollen, die im bitteren Kampf zum Schutz der Heimat dringend

---

[259] **Diewald-Kerkmann**, Gisela: Denunziantentum und Gestapo. Die freiwilligen ‚Helfer' aus der Bevölkerung. In: **Paul**, Gerhard /**Mallmann**, Klaus-Michael (Hg.): Die Gestapo – Mythos und Realität. Darmstadt 1995, S. 288 – 305, hier S. 289

[260] Allgemeiner Anzeiger 2. 8. 40 und 29. 6. 42

[261] Allgemeiner Anzeiger 26. 9. 1942

[262] Allgemeiner Anzeiger 15. 6. 1942

[263] Allgemeiner Anzeiger 25. 3. 1941

benötigt werden. Die Abgabe von Skiern mit und ohne Ausrüstung, sowie Ski-Stiefeln ist eine unermeßliche Notwendigkeit. Jeder bedenke, der Soldat, dem die Skier unter allen Umständen gegeben werden müssen, braucht sie, damit der Sieg gewährleistet wird."[264]

Nach Siegesgewissheit klang das nicht mehr, wie auch im Lagebericht vom 29. 1.1942 erkennbar wird:

„I. Die politische Lage. In der Stimmung der Bevölkerung spiegelt sich das Wissen um die Schwere der Kämpfe im Osten und eine nicht verkennbare Besorgnis über die Folgen der nach allgemeiner Auffassung verspätet durchgeführten Aktion zur Versorgung der Truppe mit Winter- und Wollsachen wider. Kursierende Gerüchte sprechen von grauenhaften Verstümmelungen von Soldaten durch Erfrierungen, deren Zahl so hoch sein soll, daß für ihre Unterbringung die vorhandenen Lazarette nicht ausreichen. […]"[265]

Dass man aus den deutschen Zeitungs- und Rundfunknachrichten keine zuverlässigen Informationen über den Kriegsverlauf bekommen konnte, war allen klar. Das Regime stellte das Abhören ausländischer Sender unter Strafe, aber natürlich wurde diese Informationsquelle trotzdem genutzt. „Ende des Jahres 1944 wurden mehrere Einwohner von Meisenheim durch die Ortspolizei verhaftet, weil sie Auslandssender abgehört hatten. Sie wurden in das Gefängnis nach Koblenz übergeführt, wo sie für einige Wochen inhaftiert blieben."[266]

Die NSDAP bemühte sich, durch immer neue Kundgebungen Zuversicht zu verbreiten. Aber auch an der Partei gingen die tatsächlichen Kriegsereignisse nicht spurlos vorbei. War am 12. Februar 1941 der Schwinnsche Saal noch mit dem Spruchband „Mit unseren Fahnen ist der Sieg!" geschmückt, und konnte „Gauredner Pg. Dr. Kreppner" noch ausführen: „Wir gewinnen den Krieg, weil wir in der glücklichen Lage sind, einen Mann wir Adolf Hitler als Führer zu besitzen",[267] so klang es zwei Jahre später, am 30. Januar 1943, ganz anders. Im Schwinnschen Saale, „von dessen Bühne uns die eindrucksvollen Worte ‚Unser Führer, unser Glaube' entgegenleuchteten", sprach wieder einmal Rudolf Wolfrum, der sein Pfarramt aber zugunsten einer neuen Verkündigungsaufgabe niedergelegt hatte:

„… Für uns gibt es jetzt, im Kampf um Leben oder Tod, nur ein *[!]* Gedanke und nur das eine Ziel; der Einsatz aller Kräfte für den Sieg. Dabei soll uns der deutsche Soldat, vor allem aber die Helden von Stalingrad, leuchtendes Vorbild sein. Es geht heute nicht um Bequemlichkeit und leichtes Leben, es geht um Sein oder Nichtsein nicht nur Deutschlands, sondern ganz Europas."[268]

Der „Einsatz aller Kräfte" bedeutete: Dienstpflicht für alle Männer vom 16. bis zum 65., für alle Frauen vom 17. bis zum 45. Lebensjahr. Der Amtsbürgermeister ließ mehrfach im Allgemeinen Anzeiger unter Androhung von Geld- und Haftstra-

---

[264] Allgemeiner Anzeiger 2. 1. 1942

[265] LHAK Best. 655,024 Nr. 1303

[266] LHAK 856, Nr. 120483, Blatt 5 a – Vernehmung des Meisenheimer Ortsgruppenleiters der NSDAP im Internierungslager Diez, 30. 7. 1947. Der Beschuldigte versicherte, dass nicht er die Verhaftungen veranlasst habe. Wer dann der Denunziant gewesen ist, blieb unbekannt.

[267] Allgemeiner Anzeiger 13. 2. 1941

[268] Allgemeiner Anzeiger 1. 2. 1943

fen auffordern,[269] sich zur Erfassung und Musterung zu melden. Der Arbeitseinsatz der Männer erfolgte in Erwartung der Invasion der Alliierten, die am 6. Juni 1944 in der Normandie tatsächlich begann, hauptsächlich bei der Wieder-Befestigung des „Westwalls". Dieser war nach dem Sieg über Frankreich zugunsten des „Atlantikwalls" entwaffnet worden – nun fehlten allerdings Materialien wie Stahltüren oder Nachrichtenverbindungen, und die neueren Waffen waren oft zu sperrig für die alten Schießscharten.[270] Eine militärisch wichtige Rolle hat der Westwall nicht mehr gespielt. Als die Amerikaner weiter nach Osten vordrangen, wurden die Dienstpflichtigen zum Bau von Unterständen und Panzergräben eingesetzt. Ob auch in Meisenheim die Scherzfrage gestellt wurde, die aus der Südpfalz überliefert ist („Was ist der Unterschied zwischen einem Panzergraben und einem Wurstzipfel? - Keiner; beide sind für die Katz.")[271] ist unbekannt; dass die Einwohner der Stadt diese Meinung geteilt haben, darf man annehmen. Schließlich wurde aus diesem letzten Aufgebot der alten Männer und der unausgebildeten Jugendlichen der „Volkssturm" gebildet. Der letzte Aufruf erschien, als die westlichen Alliierten die deutsche Ardennenoffensive[272] bereits zurückgeschlagen hatten.

„Volkssturm. Morgen, Sonntag, den 14. Januar, tritt der gesamte Volkssturm der Stadt Meisenheim um 8 Uhr am Obertor mit Schanzzeug an."[273]

Damit das Volk nicht wie 1918 „die Nerven verlor", setzte das Regime alles daran, wenigstens ein bisschen Unterhaltung und Ablenkung zu ermöglichen. Der 1. Mai 1943, „der zur Entspannung des schaffenden deutschen Volkes" diente, blieb von den bis dahin üblichen Aufmärschen frei, es sei „jedoch selbstverständlich, dass das übliche Unterhaltungs-, Theater- und Kino-Programm durchgeführt wird."[274] Aber die kleinen Fluchten änderten nichts an der tristen Realität der zahlreicher werdenden Todesanzeigen für gefallene Angehörige, des zunehmenden Nahrungs- und Kleidungsmangels und der uneingestandenen Furcht, dass der Krieg verloren werden würde. Die Lageberichte des SD[275]-Abschnitts Koblenz bezogen sich zwar auf den ganzen Regierungsbezirk bzw. den „Gau Moselland",

---

[269] z. B. Allgemeiner Anzeiger 24. 9. 1943, 27. 9. 1943, 16. 8. 1944, 5. 12. 1944

[270] **Keddigkeit**, Jürgen: Das militärische Ende des Zweiten Weltkrieges 1945. In: PFALZATLAS, Textband III, S. 1433 f

[271] nach **Schwedt**, Herbert: Alltagsgeschichte der Nachkriegszeit – nach Berichten von Zeitzeugen. In: **Düwell**, Kurt / **Matheus**, Michael (Hg.): Kriegsende und Neubeginn. Westdeutschland und Luxemburg zwischen 1944 und 1947. (= Geschichtliche Landeskunde Bd. 46) Stuttgart 1997, S. 33 – 67, hier S. 35

[272] Die Ardennenoffensive war der letzte große Angriff der Wehrmacht im Westen. Ziel der am 16. Dezember 1944 begonnenen Operation war, durch das Waldgebirge der Ardennen zur Maas vorzustoßen, die britischen und amerikanischen Truppen voneinander zu trennen und Antwerpen einzunehmen, über dessen Hafen ein großer Teil des alliierten Nachschubs lief. Die Offensive scheiterte nach elf Tagen; bis Anfang/Mitte Januar hatten die Alliierten die Deutschen auf ihre Ausgangspositionen zurückgeworfen und setzten zum Sturm auf das Reichsgebiet an. MÜLLER 2004, S. 350 ff

[273] Allgemeiner Anzeiger 13. 1. 1945

[274] Allgemeiner Anzeiger 29. 4. 1943

[275] SD =Sicherheitsdienst: der Nachrichtendienst der SS, der unter anderem regelmäßige Lageberichte an das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) verfasste.

aber was beispielsweise am 11. Januar 1944 nach Berlin berichtet wurde, dürfte auch die Lage in Meisenheim zutreffend beschrieben haben:

„Auch in der vergangenen Berichtswoche habe sich die seit Wochen beobachtete zuversichtliche Stimmung der Bevölkerung im allgemeinen zwar noch erhalten, doch beginne sie unter dem Druck der Nachrichten von der Kampflage im Osten und von den neuen Terrorangriffen spürbar nachzulassen. Es mehrten sich in nicht mehr überhörbarem Maße die pessimistischen Stimmen, die ihre Zweifel an unserem Stehvermögen … äußerten. Die Bevölkerung fühle sich im Ganzen durch die außerordentliche Wucht der neuen Winteroffensive der Bolschewisten und durch ihre bereits errungenen Teilerfolge auf das stärkste belastet und äußerte in mannigfachen Redewendungen, daß …man sich einfach keine Vorstellung mehr davon machen könne, wie der Krieg im Osten ausgehen und beendet werden solle. Die in den Nachrichten aufgezeigte Kampfkraft der Sowjets lasse alles andere als ein Nachlassen der Kraft dieser fürchterlichen Gegner erkennen. […] Stark bedrückt worden sei die Bevölkerung wieder durch die Nachrichten von den neuen Terrorangriffen und von den sehr zahlreichen Durchflügen und Alarmen. Man habe auch in dieser Woche wieder erkennen müssen, daß die feindliche Luftwaffe z. Zt. immer noch wesentlich stärker als unsere Abwehr sei, und dieses Wissen sei eine Last, die z. Zt. mit keiner anderen verglichen werden könne. Hinzu komme, daß die Bevölkerung des Abschnittsbereichs[276] bei einer Invasion im Westen mit einer schweren Luftoffensive auch gegen ihr Wohngebiet rechne. Die Anglo-Amerikaner, so heißt es, würden ganz zweifellos alles tun, um die zahlreichen durch den Abschnittsbereich laufenden Verbindungswege nach dem Westen zu zerstören.“[277]

Da der Eisenbahntunnel unter der Straße Am Obertor von Munitionszügen als Schutzraum benutzt wurde, war die Gegend Ende 1944 dreimal Ziel von Bombardierungen (KMZ KH)

Mit den Luftangriffen auf Verkehrsverbindungen hatten die Menschen ganz richtig vermutet. Zwar war das kleine Meisenheim kein Standort wirklich kriegswichti-

[276] entspricht dem Parteigau Moselland

[277] Zit. n. **Brommer**, Peter (Hg.): Die Partei hört mit. Lageberichte und andere Meldungen des Sicherheitsdienstes der SS, der Gestapo und sonstiger Parteidienststellen im Gau Moselland. Bd. 2, Koblenz 1992, S. 433 ff

ger Industrie, (die Möbelfabrik Becker stellte Munitionskisten her), aber die Glantalbahn war von großer Bedeutung für den Nachschub der Truppen im Westen. Am 13. und 19. Oktober und am 29. Dezember 1944 fielen Bomben auf Meisenheim.[278] Ziel war beim ersten Mal offenbar ein Munitionszug,[279] der im Eisenbahntunnel unter der Kreuzung Lindenallee/Hinter der Hofstadt/Amtsgasse/Obertor untergestellt war. Auf beiden Seiten der Straße Am Obertor wurden Häuser zerstört,[280] es gab mehrere Tote, darunter tragischerweise auch einige Menschen, die kurz zuvor in verschiedenen rheinischen Großstädten ausgebombt und im vermeintlich sichereren Meisenheim einquartiert worden waren.[281] „Ein Vertreter der Partei hielt die Traueransprache, die mit dem Gelöbnis schloß, daß die Opfer nicht vergeblich fielen, sondern die Heimatfront im bewußten und fanatischen Zusammenstehen stärkten. Der Tod der braven Arbeitsmänner und Frauen bleibt unvergessen, er ist Vermächtnis für die Lebenden in ihrem Sinne weiterzukämpfen und zu arbeiten."[282]

Größere Kampfhandlungen hat es in und um Meisenheim nicht gegeben. Am 8. März 1945 hatten die amerikanischen Truppen bereits den Rhein bei Köln erreicht und die deutsche 7. Armee, deren Armee-Oberkommando in Bad Kreuznach lag, nach Süden abgedrängt.[283] Am 12. März begann von Norden her der Angriff der 3. US-Armee auf die deutschen Truppen westlich des Rheins, am 15. März von Süden her der Angriff der 7. US-Armee. Die von Norden kommenden US-Truppen durchquerten rasch den Hunsrück, die 4. US-Panzerdivision (PD) erreichte schon am 16. März die Nahe. Die deutschen Truppen,[284] die Mangel an Munition und Treibstoff litten, zudem personell stark dezimiert waren, hatten dem nicht viel entgegenzusetzen. Am 18. 3. drangen die Amerikaner auf breiter Front über die Nahe nach Süden und Osten vor. Die deutsche 246. Volksgrenadierdivision (VGD) schaffte es noch, zusammen mit Resten der 9. VGD und der 2. PD vor dem Glan eine „dünne Sicherungslinie" zu bilden. „Diese Front wurde seit dem Morgen des 19. 3. 1945 heftig angegriffen und traf in erster Linie die 2. PD, die schnell durchbrochen war und mit namhaften Teilen im Kessel von Hundsbach *[9 km westlich von Meisenheim, U. S.]* vernichtet wurde. […] Die östlich anschließende 159. VGD […] mußte sich daher hinter den Glan zurückziehen […] Der schnelle Rückzug hinter den Glan war letztlich auch nutzlos, denn der 12. US-PD (CCB *[Combat Command, Kampfgruppe]* B) gelang sofort bei Meisenheim der Übertritt über den Fluß. Jeglicher planvoller Widerstand hörte damit auf."[285]

Wie genau das Ende der Kampfhandlungen sich für einen Ort auswirkte, hing oft von ganz zufälligen Gegebenheiten ab:

„Die militärische Eroberung der Städte und Dörfer (geschah) entweder völlig reibungslos oder unter schwersten Kämpfen, beinahe en passant oder unter dra-

---

[278] Allgemeiner Anzeiger 17. 10. 23. 10. und 30. 12. 1944.
[279] EMICH 1996, S. 50
[280] Lurz 1985, S. 91 ff
[281] Gespräch mit Frau Dr. Kläre Schlarb, Meisenheim, 1. 9. 2010
[282] „Abschied von den Opfern des Bombenterrors", Allgemeiner Anzeiger 17. 10. 1944
[283] KEDDIGKEIT PFALZATLAS S. 1438
[284] detaillierte Angaben zu den eingesetzten Verbänden s. ebenda, S. 1443 ff
[285] ebenda, S. 1447

matischsten Umständen. Die Art und Weise der Besetzung war von den Bewohnern, die überall vor allem die Zerstörung ihrer Ortschaft befürchteten, nur bedingt zu beeinflussen. Eher bestimmt werden konnte sie von den Wehrmachtseinheiten am Ort […] Am meisten aber kam es auf das Vorgehen der amerikanischen Truppenkommandeure an. Es blieb […] vielfach […] nichts anderem als dem Zufall überlassen, ob die Besetzung […] kampflos vonstatten ging […] oder ob sie in Straßenkämpfen erzwungen werden mußte."[286]

Der „schnelle Rückzug hinter den Glan" und der weitgehend kampflose Nachstoß der amerikanischen Panzer war möglich, weil in der Umgegend von Meisenheim keine SS-Truppen eingesetzt waren, die sonst noch den letzten Fußgängersteg über den Dorfbach in die Luft jagten und mit „standrechtlichen" Morden jeden Versuch friedlicher Übergabe zu verhindern trachteten. Die Meisenheimerinnen und Meisenheimer dagegen hängten ungestraft weiße Bettlaken an ihre Häuser,[287] und es wurde, zum Glück für die Stadt und ihre Einwohner, kein Widerstand geleistet. Beim Entnazifizierungsverfahren gegen den NSDAP-Ortsgruppenleiter von Meisenheim vor der Säuberungskammer Kreuznach lag u. a. über das Kriegsende in Meisenheim die folgende Entlastungserklärung[288] vom 1. 3. 1949 vor:

„Seit Februar 1945 wurde ich *[der Zeuge A. D.]* vom Volkssturm dienstverpflichtet. Am 16. 3. 45 wurde ich als Kraftfahrer beordert, mich mit der Restkampfgruppe des Volkssturms von Meisenheim abzusetzen. Sammelpunkt war die Wohnung des damaligen Ortsgruppenleiters Herrn Jakob K.. Bei dieser Gelegenheit hat Herr K. wörtlich erklärt: ‚Ich habe die Mob*(ilmachungs)*-Befehle vernichtet und kann diesen Befehl nicht ausführen, weil ich es mit meinem Gewissen nicht vereinbaren kann, hier Wiederstand *(sic!)* zu leisten, um dadurch Meisenheim vernichten zu lassen'."[289]

So blieb die Stadt unzerstört, ebenso die Glanbrücken, die schon für die Sprengung präpariert waren – angeblich soll ein Meisenheimer Bürger den Führer des Sprengtrupps am Vorabend der geplanten Zerstörung betrunken gemacht haben[290]. Während die Masse des amerikanischen Combat Command B weiter zog, kam ein „Detachment" in die Stadt, um formell die Regierungsautorität zu übernehmen. Zehn Jahre nach den Ereignissen schilderte der „Allgemeine Anzeiger" noch einmal, was am 19. März 1945 abgelaufen war:

„Der 19. März 1945 – es war ein strahlender, warmer Frühlingstag – wird der Meisenheimer Einwohnerschaft lange in Erinnerung bleiben. Die Amerikaner näherten sich, von der Nahe her vordringend, dem Glan, während sich unsere Feld-

---

[286] **Henke**, Klaus-Dietmar. Die amerikanische Besetzung Deutschlands. München [2]1996 [HENKE 1996] S. 354

[287] Gespräch mit Frau Dr. Kläre Schlarb, Meisenheim, 1. 9. 2010

[288] Gegenüber den so genannten „Persilscheinen" ist natürlich große Skepsis geboten. Allzu häufig bildeten sich regelrechte „Entlastungskartelle" von ehemaligen Nationalsozialisten, die sich gegenseitig bestätigten, dass sie eigentlich immer dagegen gewesen und nur PG geworden waren, um Schlimmeres zu verhüten. In diesem Fall spricht die Person des Zeugen - Betriebsrat, Kommunist, Gewerkschafter – für die Glaubwürdigkeit der Aussage.

[289] LHAK Best. 856 Nr. 120483, Blatt 53

[290] Gespräch mit Frau Dr. Kläre Schlarb, Meisenheim, 1. 9. 2010

grauen – von Panzern und Jabos gehetzt – in südöstlicher Richtung nach dem Rhein absetzten. Die letzten deutschen Soldaten verließen gegen 12 Uhr unsere Stadt – viele über den Steg durchs Tal oder die Röther Straße hinauf, wo es noch Verwundete gab, die zum Teil von mutigen Meisenheimer Frauen zuerst verbunden, dann aber, das sei anerkannt, von den Amerikanern vorbildlich versorgt und abtransportiert wurden. Um 13 Uhr ist die Stadt Meisenheim ‚gefallen'. Es ist dabei zum Glück nicht hart hergegangen. Unsere Brücken sind ganz geblieben, nur hat die Stadt durch Bomben gelitten. Die Amtsgasse herunter fuhr in rasender Fahrt ein Ami-Jeep, dem am Rathaus zwei amerikanische Offiziere entstiegen. Als Bürgermeister wurde Herr Anton Hain eingesetzt, der später von Herrn Paul Schiebe abgelöst wurde."[291]

Die Besetzung war ohne einen Schuss erfolgt; auch Strom- und Wasserversorgung waren nach Erinnerung von Zeitzeugen nicht unterbrochen.[292] Die Einwohner der Stadt hatten während der entscheidenden Stunden im „Felsenkeller" unter dem Schwinnschen Saal, im Keller des Herzog-Wolfgang-Hauses, zu der Zeit Lazarett, und im Brauereikeller Schutz gesucht.[293] Zu Verwaltungschefs ernannten die Amerikaner Menschen, von denen sie erfahren hatten (z. B. durch Geistliche) oder einfach nur annahmen, dass sie Nazigegner waren. Praktische Verwaltungserfahrung (etwa aus der Weimarer Zeit) war natürlich wünschenswert, aber nicht Bedingung. Anton Hain, für ein paar Monate Stadt- und Amtsbürgermeister von Meisenheim, war durch die Erfahrungen des Ersten Weltkrieges zum Pazifisten und Sozialisten geworden und hatte vor 1933 entsprechende Artikel veröffentlicht.[294] Er war bei Kriegsende (seit 1942) Besitzer der Meisenheimer Sägemühle, vorher Versicherungsmathematiker und später Verleger.[295] Hain *ernannte* zu seiner Unterstützung einen 12köpfigen Stadtrat,[296] von dessen Mitgliedern einige auch im ersten *gewählten* Stadtrat wieder auftauchten. Sein Nachfolger Paul Schiebe hatte von November 1944 bis Januar 1945 in Gestapo-Haft in Bad Kreuznach gesessen.[297] Nach der Ernennung des Bürgermeisters wurden Wohnungen für die Besatzungssoldaten beschlagnahmt[298] und überall zweisprachige Plakate mit der Verhängung eines Versammlungsverbotes und einer nächtlichen Ausgangssperren aufgehängt.

Eine der ersten Amtshandlungen Anton Hains war die Beschlagnahme des Mutter-und-Kind-Heimes als städtisches Hilfskrankenhaus, als dessen Chefarzt er Dr. K. einsetzte. Dieser war gegen Kriegsende in Raumbach Bataillonsarzt in der OT[299] und am 20. März bei Höringen (südlicher Donnersbergkreis) in amerikanische Ge-

---

[291] Allgemeiner Anzeiger 19. 3. 1955

[292] Gespräch mit Frau Dr. Kläre Schlarb, Meisenheim, 1. 9. 2010

[293] Allgemeiner Anzeiger 16. 3. 1985

[294] **Hain**, Dieter: Verlag Anton Hain. Gründung und Geschichte. MH 41 / 2010, S. 5

[295] ebenda, S. 4

[296] Allgemeiner Anzeiger 16. 2. 1985

[297] LHAK, Bestand 856, Nr. 120 483; Blatt 66

[298] Allgemeiner Anzeiger 16. 3. 1985

[299] Organisation Todt, nach dem NS-„Generalinspekteur für das Straßenwesen" und „Generalbevollmächtigten für die Regelung der Bauwirtschaft" benannte Organisation, deren – im Krieg durch Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge aufgefüllte – Baubataillone zu Befestigungs- und Straßenbauarbeiten eingesetzt wurden.

fangenschaft geraten. Er erinnerte sich in einem mehrteiligen Artikel zum zehnten Jahrestag an die Geschehnisse. Auf dem Gelände der Möbelfabrik Becker hatte die US-Armee für kurze Zeit ein Kriegsgefangenenlager eingerichtet, (später diente dieses als Nachschubdepot.[300]) –

Kurz nach Dr. K.'s und seiner Begleiter Gefangennahme „kommt ein leerer Lastwagen, auf den wir alle wie die Heringe zusammengepfercht werden. Und fort geht es in sausendem Tempo durch unsere deutschen Dörfer […] Es wird dunkel und nach einiger Zeit halten wir vor der Möbelfabrik im Städtchen Meisenheim, […] Nie hätten wir gedacht, daß wir nach wenigen Tagen als Kriegsgefangene dort einziehen würden. Die Möbelfabrik mit ihrem großen Hof war nun von den Amerikanern als Auffanglager eingerichtet. Es wimmelte auf dem Hof von deutschen Kriegsgefangenen, an die 5-6000 Mann, die sich alle aus den dort lagernden fertigen Munitionskisten Hütten zum Schlafen für die Nacht bauten. […] Am folgenden Morgen ganz früh war alles frierend auf dem Hof. […] Der Lagerkommandant, ein Hauptmann, trat an mich heran und fragte: Sind sie Arzt? Ich bejahte. Er fragte weiter: Verstehen sie was von Fleckfieber? Mich befiel ein freudiges Ahnen. Ich bejahte und sagte ihm, daß bei meinem OT-Bataillon, das hier in der Umgebung gelegen, Flecktyphus ausgebrochen, daß im 2 km entfernten Raumbach noch 20 kranke Russen und hier in Meisenheim im ehemaligen Luftwaffen-Lazarett noch 8 deutsche Schwerkranke liegen würden. […] Der Hauptmann fragte mich nach dem Weg nach Raumbach und in wenigen Minuten waren wir *(Dr. K. und zwei Assistenz-Ärzte der Wehrmacht)* in dem Ort, wo ich noch vor einigen Tagen unsere ganzen Leute entlaust und verarztet hatte. Der Hauptmann beauftragte mich für die Kranken und zur Bekämpfung des Typhus alles zu tun und so lange in Raumbach zu bleiben, bis wir abgeholt würden.[301] […] Am folgenden Tag kommt morgens ein amerik. Lastauto und holt uns alle. Sämtliche 20 kranken Russen und wir 3 Aerzte werden nach Meisenheim gebracht in das frühere Mutter- und Kind-Heim der NSV., in dem bis vor Kurzem noch das Hals über Kopf getürmte Luftwaffenlazarett war, und in dem unsere 7 fleckfieberkranken OT-Männer waren, von denen inzwischen 4 gestorben und 3 gebessert sind. Kaum sind wir da, kommt auch der neue Bürgermeister von Meisenheim uns drei begrüßen und erklärt, er habe das Haus beschlagnahmt für die Stadt und wolle es einem guten Zweck nutzbar machen. Das städtische Krankenhaus sei zu klein und könne nur ca. 25 operative Fälle aufnehmen. Es müsse täglich mehrere Patienten ablehnen […] er fragte mich, ob wir bereit wären, zusammen mit einer älteren Rote-Kreuz-Schwester das Krankenhaus einzurichten, anlaufende Patienten aufzunehmen, zu verarzten und zu versorgen. Wir sagten freudig zu, und so ernannte er mich zum Chefarzt des städt. Hilfskrankenhauses Meisenheim. Die nötigen Arbeitskräfte waren bald in genügender Zahl herbeigeschickt, und sofort ging es an die Einrichtung. Nach einigen Stunden waren 2 große Säle und mehrere Krankenzimmer fertig, und auch die anderen Zimmer wurden noch am selben Tage aufnahmebereit, sodaß wir abends eine abgeschlossene Infektionsabteilung und eine schöne Innere Abteilung fertig einge-

---

[300] HEIMATCHRONIK S. 429

[301] „Rückzug und Gefangennahme in der Heimat – Flucht quer durch die Pfalz – Gefangen in der Meisenheimer Möbelfabrik" Von Dr. K. – Meisenheim. Allgemeiner Anzeiger , 19. 3. 1955

richtet hatten. […] Einer der drei Assistenzärzte und mein alter Sanitäter hatten im Laufe des Nachmittags die 20 Russen geschoren, im schönen Baderaum gründlich gebadet und entlaust. Alle hatten frische deutsche Soldatenlazarettanzüge bekommen, und so lagen abends die 20 Russen in weißbezogenen Betten in 2 großen Sälen. … Zwei erfahrene Rote-Kreuz-Schwestern hatten schon ihren Dienst hier angetreten. Zwei weitere waren angefordert. Für jede Stationsschwester wurden noch 2 Hilfskräfte[302] engagiert."[303]

Die Eisenbahnstrecke im Glantal, die von allen Strecken in der Gegend am glimpflichsten davongekommen war, war nun, nachdem amerikanische Eisenbahnpioniere die Nahebrücke zwischen Bad Münster am Stein und Bad Kreuznach wieder hergestellt hatten, mit bis zu 120 amerikanischen Nachschubzügen täglich die wichtigste Verbindung links des Rheins und wurde daher jetzt von deutschen Fliegern angegriffen – ohne Erfolg allerdings.[304]

Das Kommando der Heeresgruppe G und das Armee-Oberkommando 7 hatten schon am 16. März Bad Kreuznach verlassen; am 21. März standen die US-Truppen, abgesehen von einigen Brückenköpfen, überall am Rhein. Für Meisenheim und das ganze linksrheinische Deutschland war der Krieg am Boden zu Ende. Als am Volkstrauertag des Jahres 1963 das neu gestaltete Gefallenen-Ehrenmal am Schlossplatz eingeweiht wurde, verlasen Schülerinnen der Meisenheimer Volksschule die Namen von 159 Kriegsopfern: 107 Gefallene, zehn an Kriegsleiden Gestorbene, 42 Vermisste.[305]

---

[302] Eine dieser medizinischen Hilfskräfte war Frau Dr. Schlarb, (damals Kläre Neussel), die die Angaben Dr. K.'s im Wesentlichen bestätigte.

[303] „Als Arzt im Raumbacher Russenlager – Vorsicht Flecktyphus – Mukiheim wurde Hilfskrankenhaus" Allgemeiner Anzeiger 22. 3. 1955

[304] EMICH 1996, S. 52

[305] Allgemeiner Anzeiger 18. 11. 1963

Von der alliierten Besatzung zur Bundesrepublik Deutschland

Bei Kriegsende 1945 wurde, wie schon am Ende des Ersten Weltkrieges, über das Schicksal auch der Meisenheimerinnen und Meisenheimer an weit entfernten Orten verhandelt und entschieden. Vom 4. – 11. Februar tagten die „Großen Drei" (der US-Präsident Franklin D. Roosevelt, der britische Premierminister Winston S. Churchill und der sowjetische Staats- und Parteichef Josef W. Stalin) in Jalta auf der Halbinsel Krim; vom 17. Juli – 2. August fand in veränderter Zusammensetzung (nach dem Tode Roosevelts war sein Vizepräsident Harry S. Truman nachgefolgt, nach britischen Unterhauswahlen war Clement Attlee Premierminister geworden, nur in der UdSSR hatte sich nichts geändert) in Potsdam die letzte Dreierkonferenz über die Neuordnung Deutschlands und Europas statt.

„Die Verhandlungen in Jalta verliefen ziemlich chaotisch, weil die westlichen Verbündeten dem östlichen Partner mißtrauten […] und weil die Interessen der Beteiligten stark differierten. […] Wichtig für Deutschland war der Beschluß der Anti-Hitler-Koalition, die vollständige Entwaffnung und Entmilitarisierung Deutschlands sicherzustellen […] Von erheblicher Bedeutung war auch das Übereinkommen, Frankreich […] als vierte Macht zur Teilnahme an der alliierten Kontrolle Deutschlands einzuladen und den Franzosen eine eigene Besatzungszone einzuräumen. […] An der gemeinsamen Verwaltung der Hauptstadt Berlin sollte Frankreich ebenfalls beteiligt sein. Ebenso wie zum Gipfeltreffen in Jalta im Februar 1945 wurde de Gaulle aber auch nicht zur letzten Kriegskonferenz nach Potsdam vom 17. Juli bis 2. August 1945 eingeladen. […] Das Bewußtsein, nur als Größe zweiten Ranges betrachtet und behandelt zu werden, kränkte in Paris nachhaltig. Für die französische Deutschlandpolitik der nächsten Jahre hatte dies Folgen, weil Frankreich, um seine eigenen Ziele durchzusetzen, zunächst alle gemeinsamen Beschlüsse über Deutschland blockierte."[1]

Die vorrückenden US-Truppen hatten wie in Meisenheim überall im von ihnen besetzten linksrheinischen Gebiet vorläufige Verwaltungen installiert und die Funktionsträger des NS-Systems unter „automatischen Arrest" gestellt – der NS-Ortsgruppenleiter von Meisenheim etwa wurde zunächst in einem kleineren amerikanischen Lager interniert, nach dem Übergang der Militärregierung an Frankreich von der französischen Besatzungsmacht[2] nach Diez an der Lahn[3] verlegt und schließlich bis zum Spruchkammer-Verfahren in Trier im Lager des CIC[4] auf dem

---

[1] **Benz**, Wolfgang: Deutschland unter alliierter Besatzung 1945 – 1949 (= Gebhard[10] Band 22) Stuttgart 2009, [BENZ 2009] S. 47 f

[2] Vgl. **Resmini**, Bertram: Lager der Besatzungsmächte in Rheinland-Pfalz. Kriegsgefangene, Internierte und Verschleppte im Rheinland nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte19 (1993), S. 601 – 621, besonders S. 614 f

[3] LHAK Best. 856, Nr. 120482, Blatt 5 a

[4] Das Kriegsgefangenenlager (Stalag XII) in der Kemmelkaserne auf dem Petrisberg wurde nach Kriegsende vom amerikanischen CIC (Counter Intelligence Corps, Abwehrorganisation der US-Army) als Internierungslager für NS-Funktionäre übernommen und später an das französische Militär übergeben.

Petrisberg inhaftiert.[5] Nach dem Ende der Kampfhandlungen übernahm das XIII. Korps der 15. US-Armee das Gebiet der Pfalz, des Saarlandes, Rheinhessens und der Regierungsbezirke Trier und Koblenz und schlug sein Hauptquartier in der Klotzberg-Kaserne in Idar-Oberstein auf.[6] Die in den Tagen der Besetzung neu ernannten örtlichen Bürgermeister und Landräte hatten „der Militärregierung ihre weiteren Mitarbeiter vorzuschlagen. Zweck und Aufgabe dieser ersten Zivilverwaltung war es, in den turbulenten Tagen des Zusammenbruches der Bevölkerung die nackte Existenz zu sichern und das Überleben zu ermöglichen. Verwaltungstätigkeit im üblichen Sinne war in einer solchen Situation wenig gefragt. Insofern entsprach bei der Einsetzung von Bürgermeistern und Landräten das pragmatische Vorgehen der Militärregierung, das sich allein an den örtlichen Gegebenheiten orientierte, durchaus dem Gebot der ‚Stunde Null'.[7]]…] Die Einsetzung ins Amt erfolgte dann ohne große Formalitäten, häufig nur in mündlicher Form."[8]

Anders verhielt es sich auf der Ebene der Provinz- und Bezirksregierungen, wo beim Einmarsch der Amerikaner keine funktionsfähigen Behörden mehr vorhanden waren. Das Gebiet des XIII. Korps umfasste – ebenso wie das spätere Land Rheinland-Pfalz – Gebiete ganz unterschiedlicher Zugehörigkeit: wesentliche Teile der preußischen Rheinprovinz, die bayerische Pfalz, den (bis 1937) oldenburgischen Landesteil Birkenfeld und den linksrheinischen Teil Hessens. Man muss sich aus heutiger Sicht fast wundern, wie schnell und problemlos im Ganzen[9] aus diesem Konglomerat ein stabiles Bundesland geworden ist; *nicht* verwunderlich ist, dass die Organisation des Gebietes der Militärregierung erst einmal Probleme bereitete. In Neustadt an der Haardt wurde ein kurzlebiges „Oberregierungspräsidium" unter dem ehemaligen (bis 1933) Mannheimer Oberbürgermeister Hermann Heimerich gebildet. Heimerichs „Mitteilung Nr. 1" beschrieb die Situation zum Zeitpunkt der Kapitulation Nazideutschlands ziemlich treffend:

---

[5] LHAK Best. 856 Nr. 120493, Blatt 15

[6] **Wünschel**, Hans-Jürgen: Quellen zum Neubeginn der Verwaltung im rheinland-pfälzischen Raum unter Kontrolle der amerikanischen Militärregierung April bis Juli 1945. Mainz 1985 [WÜNSCHEL 1985] , S. 2

[7] Dieser Begriff ist höchstens zur Bezeichnung des Zeitpunktes der Machtübergabe geeignet. In Wirklichkeit hat es einen völligen, grundsätzlichen *Neu*anfang, wie ihn „Stunde Null" suggeriert, nicht gegeben – administrative, personelle, leider auch manche ideologische Kontinuitäten verhinderten das.

[8] **Böhn**, Georg Friedrich: Wiederaufbau der Verwaltung. In: **Heyen**, Franz-Josef (Hg.): Rheinland-Pfalz entsteht. Beiträge zu den Anfängen des Landes Rheinland-Pfalz in Koblenz 1945 – 1951 Mainz 1984, [BÖHN 1984] S. 1

[9] 1956 gab es in Rheinland-Pfalz insgesamt fünf Volksbegehren, die auf die Abtrennung von Teilen des Landes und Angliederung derselben an benachbarte Länder abzielten, orientiert an der Zugehörigkeit der Landesteile im Kaiserreich bzw. der Weimarer Republik. Drei dieser Volks*begehren* brachten immerhin die notwendigen Eintragungen für die Abhaltung eines Volks*entscheids* zusammen. Die (aus verfassungsrechtlichen Gründen erst sehr viel später abgehaltenen) Abstimmungen bestätigten dann aber den Bestand des Bundeslandes. Vgl. **Fenske**, Hans: Rheinland-Pfalz und die Neugliederung der Bundesrepublik. In: **Haungs**, Peter (Hg.): 40 Jahre Rheinland-Pfalz. Eine politische Landeskunde. Mainz 1986; S. 103 - 130

„An die Bevölkerung der Pfalz, des Saarlandes, Rheinhessens und der Regierungsbezirke Trier und Koblenz.

Landsleute! Unser Land ist besiegt, verwüstet und besetzt. Die Naziverbrecher haben sich kläglich davongemacht. Hitler ist tot. Er hat uns in den Krieg getrieben und im Elend zurückgelassen. Wir haben einen ungeheuren Preis gezahlt und werden noch weiter leiden müssen, aber wir sind von der Tyrannei befreit. Darum atmet auf!

Jetzt aber müssen wir uns helfen. Es gilt zu erhalten, was uns geblieben ist, zu flicken, was zerrissen und zerbrochen ist, zu beleben, was gelähmt ist. Packt an!

Es gilt, das göttliche Gesetz zu achten und das menschliche Recht wiederherzustellen. Es wird kein Unschuldiger mehr gequält, noch getötet werden. Es fallen keine Bomben mehr. Die Zeiten der Angst sind vorüber. Habt Zuversicht! […]

Das Oberregierungspräsidium Mittelrhein-Saar. Dr. Heimerich."[10]

Unter diesem Oberregierungspräsidium bestand in Koblenz ein Regierungspräsidium, seit Juni 1945 geleitet von dem ehemaligen (bis 1933 und wieder seit April 1945) Landrat von Altenkirchen im Westerwald, Wilhelm Boden. Die Einzelheiten der Verwaltungsorganisation sind für unseren Zusammenhang unwichtig, zumal die Verwaltung der südlichen[11] linksrheinischen Gebiete am 10. Juli 1945 vereinbarungsgemäß von der US-Militärregierung an die neu gebildete französische Besatzungszone überging. Die französische Besatzungsmacht löste die Behörde in Neustadt auf und arbeitete direkt mit den fünf[12] Regierungspräsidien, was ihrem Interesse an einer weitgehenden Dezentralisierung[13] ihres östlichen Nachbarn entsprach. Vergleicht man die beiden Nachkriegszeiten 1918/23 und 1945/49 miteinander, so wird deutlich, dass die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges aus den Fehlern nach dem ersten Kriegsende gelernt hatten. Die bedingungslose Kapitulation beispielsweise verhinderte die Entstehung einer neuen Dolchstoßlegende, die vollständige Entwaffnung die Organisation revanchistischer Bestrebungen. Frankreich unterließ jede offene Förderung separatistischer Aktivitäten und ließ – trotz der betonten Eigenständigkeit[14] seiner Militärregierung - keinen Zweifel an der Zugehörigkeit seines Besatzungsgebietes zu einem Deutschland, das es sich aber möglichst föderalistisch, mit einer schwachen Zentralgewalt ausgestattet wünschte; den Zugriff auf die Saar-Kohle sicherte es sich allerdings bis zur Volksabstimmung im Jahre 1955 durch einschneidende politisch-wirtschaftliche Maßnahmen.

---

[10] Zit. n. WÜNSCHEL 1985, Nr. 21, S. 81 f

[11] Die nördlichen Regierungsbezirke im heutigen Nordrhein-Westfalen gehörten zur britischen Besatzungszone.

[12] Neben Koblenz, zu dem der Kreis Kreuznach mit Meisenheim gehörte und gehört, zu diesem Zeitpunkt noch Trier, Saarland, Pfalz und Rheinhessen.

[13] BÖHN 1984, S. 12 f.

[14] So verblieb die französische Militärregierung auch nach der Bildung des Berliner Alliierten Kontrollrates in Baden-Baden; „Administrateur Général Émile Laffon, der Leiter der Militärregierung, war der einzige im Kreise seiner Kollegen Clay, Robertson und Sokolowsky, der nicht an den Sitzungen des eigentlichen Arbeitsgremiums des Kontrollrates, des Koordinierungsausschusses, teilnehmen konnte." **Henke**, Klaus-Dietmar: Politik der Widersprüche. Zur Chrarakteristik der französischen Militärregierung in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg In: VfZ 30 (1982), Heft 3 S. 500 – 537 [HENKE 1982], hier S. 508 f

Die Besatzungsmächte waren, jede auf ihre Weise, bestrebt, den Deutschen so bald wie möglich die Verantwortung für ihr eigenes Schicksal zu übertragen, dabei jedoch zu gewährleisten, dass die Sicherheit der Siegermächte garantiert blieb und dass die deutsche Verwaltung auf demokratische Weise ausgeübt wurde. In diesem Sinne proklamierte der Oberbefehlshaber der französischen Besatzungstruppen und Militärgouverneur in Deutschland, General Pierre Koenig am 30. August 1946:

„Die Absicht, die deutsche Bevölkerung so weit als möglich mit der Verwaltung ihres Landes innerhalb genügend großer Gebietsteile zu betrauen, hat mich dazu veranlaßt, die Vereinfachung des verwaltungsmäßigen Aufbaues der französischen Besatzungszone sowohl auf dem rechten wie auch auf dem linken Rheinufer ins Auge zu fassen.

Im Zuge dieses Planes und von dem Willen beseelt, der rheinischen und pfälzischen Bevölkerung Gelegenheit zu geben, ihre Freiheiten und ihr wirtschaftliches Leben harmonisch zu entwickeln, habe ich insbesondere die Schaffung eines Landes beschlossen, dessen Hauptstadt Mainz sein und das die gegenwärtig zu den Oberpräsidien Hessen-Pfalz und Rheinland-Hessen-Nassau gehörenden Regierungsbezirke umfassen wird. […]"[15]

Gleichzeitig bestimmte die Verordnung Nr. 57, wie die Gründung des Landes im Einzelnen ablaufen sollte:

„Artikel 1. Es wird hiermit ein Land geschaffen, welches die Pfalz und die gegenwärtigen Regierungsbezirke Trier, Koblenz, Mainz und Montabaur umfaßt.

Artikel 2. Als Hauptstadt dieses Landes wird Mainz bestimmt, wo die Regierung ihren Sitz haben wird, sobald die entsprechenden wohnlichen Voraussetzungen geschaffen werden konnten.

Artikel 3. Eine beratende Versammlung, die sich aus den erwählten Vertretern der im Artikel 1 bezeichneten Gebiete zusammensetzt, wird alsbald nach den Wahlen vom 13. Oktober …gebildet…

Artikel 4. Die vorläufige Regierung des Landes wird nach Befragen der oben erwähnten Versammlung und zwar spätestens am 30. November gebildet werden.

Artikel 5. Die beratende Versammlung wird im Einvernehmen mit der vorläufigen Regierung einen Verfassungsentwurf ausarbeiten, der insbesondere die Beziehungen zwischen den verschiedenen Teilen des neuen Landes festlegen soll. Über den Verfassungsentwurf wird durch Volksentscheid entschieden werden. […]"[16]

Schon Mitte Dezember 1945 war die grundsätzliche Erlaubnis zur Gründung von demokratischen und antinazistischen Parteien[17] erteilt worden, die im Laufe des Jahres 1946 erfolgte. Am 15. September 1946 fanden Wahlen zu den Stadt- und Gemeinderäten statt. Die Meisenheimer Wahlen ergaben folgende Sitzverteilung:

---

[15] Zit. n. **Brommer**, Peter (Hg.): Quellen zur Geschichte von Rheinland-Pfalz während der französischen Besatzung März 1945 bis August 1949. Mainz 1985 [BROMMER 1985] Nr. 73, S. 193 ff

[16] ebenda

[17] **Brüchert**, Hedwig: Stunde Null? Neubeginn und „Vergangenheitsbewältigung". In: **Meyer**, Hans-Georg / **Berkessel**, Hans (Hg.): Die Zeit des Nationalsozialismus in Rheinland-Pfalz Bd. 3: „Unser Ziel – die Ewigkeit Deutschlands". Mainz 2001 [BRÜCHERT 2001], S. 181 – 201, hier S. 188

Stadtrat 1946	15 Sitze
CDP[18]	8
SPD	3
DP[19]	3
KPD	1

Am 13. Oktober folgten die Wahlen zu den Kreistagen. Die in Artikel 4 der Verordnung Nr. 57 genannte beratende Versammlung wurde am 17. November 1946 gewählt, die von ihr erarbeitete Verfassung wurde gleichzeitig mit der ersten Wahl zum rheinland-pfälzischen Landtag am 18. Mai 1947 zur Abstimmung gestellt und bei einer Wahlbeteiligung von 77,7% mit 53% der abgegebenen Stimmen angenommen. Im Juli löste der erste vom Landtag gewählte Ministerpräsident Peter Altmeier (CDU) den Übergangs-Regierungschef Wilhelm Boden ab.[20]

Diese Aufzählung von Daten hört sich an wie eine Erfolgsgeschichte,[21] zu der der schrittweise Aufbau der zweiten deutschen Demokratie schließlich auch geworden ist. Sie verdeckt aber die Sorgen und Nöte bei der Bewältigung des Nachkriegsalltags, die die meisten Menschen, trotz der relativ hohen Wahlbeteiligung, mehr beschäftigt haben werden als die Fragen der staatlich-politischen Neuorganisation. „Die politische Lage ist nach wie vor durch die Sorge um die Ernährung […] so beherrscht, daß […] das politische Geschehen fast ganz in den Hintergrund tritt, "[22] klagte der politische Lagebericht des Regierungsbezirks Koblenz im Juli 1946, und ein Dreivierteljahr später (April 1947): „Die politische Lage ist leider gekennzeichnet durch eine große Teilnahmslosigkeit und passive Haltung der Bevölkerung gegenüber dem politischen Geschehen."[23]

Die Jahre 1945 – 1948 sind in das kollektive Gedächtnis der Deutschen als „die schlechte Zeit" eingegangen, in der alle hungern mussten. Allerdings war die Not zeitlich, geografisch und sozial nicht gleichmäßig verteilt. War die Lage 1945 noch halbwegs erträglich, da der Mangel an Düngemitteln sich noch nicht gravierend bemerkbar gemacht hatte und von den Amerikanern unmittelbar hinter der kämp-

---

[18] Christlich Demokratische Partei, rheinland-pfälzische Vorläuferin der CDU

[19] „Demokratische Partei" – Die beiden Strömungen des Liberalismus (in der Tradition der DVP und der DDP der Weimarer Zeit) organisierten sich im Gebiet des späteren Bundeslandes Rheinland-Pfalz zunächst in verschiedenen Gruppierungen – dem eher nationalliberalen SV (Sozialer Volksbund) hauptsächlich in der Pfalz, und der LPR (Liberale Partei Rheinhessens). Bei den Kommunalwahlen 1946 agierten die Gruppen noch getrennt; erst kurz vor den Landtagswahlen 1947 schlossen sich beide zur „Demokratischen Partei" zusammen, die dann in der bundesweit agierenden FDP aufging. Vgl. **Weitzel**, Kurt: Vom Chaos zur Demokratie. Die Entstehung der Parteien in Rheinland-Pfalz 1945 - 1947. Mainz 1989, S. 96 ff

[20] BRÜCHERT 2001, S. 190. – Das Wahlergebnis für den Landtag: CDU 47,2%, SPD 34,4%, LP/SV 9,7%, KPD 8,7.

[21] Dass der zweite Versuche der Deutschen mit der Demokratie reüssierte, dass „Bonn nicht Weimar" wurde, war keineswegs von Anfang an sicher. – Vgl **Wolfrum**, Edgar: Die Bundesrepublik Deutschland 1949 – 1990 (= Gebhard[10] Band 23) Stuttgart 2005 [WOLFRUM 2005], S. 68 u. 70

[22] zit. n. BROMMER 1985, Nr. 71, S. 182 f

[23] ebenda, Nr. 138, S. 419

fenden Truppe 600.000 t Getreide eingeführt wurden,[24] so verschlechterte sie sich in der folgenden Zeit beträchtlich. Die Kombination mehrerer Faktoren[25] – Rückgang der Hektarerträge infolge Düngermangels, Zusammenbruch der Verkehrsinfrastruktur, Behinderung regionalen Ausgleichs durch die Zonengrenzen, Verlust der agrarischen Überschussgebiete im Osten Deutschlands und ein extrem kalter und langer Winter 1946/47, gefolgt von einem heißen und dürren Sommer – bewirkte, dass der Tiefpunkt erst zwei Jahre nach Kriegsende im Sommer 1947 erreicht wurde. Diese Entwicklung wirkte deprimierend, weil die Menschen, denen im Mai 1945 zumeist durchaus klar war, dass sie für den verbrecherischen Krieg zu zahlen haben würden, den Eindruck gewannen, je länger der Krieg zurückläge, desto schlimmer würde die Not. Die französische Militärregierung in Baden-Baden forderte mehrfach von der Zentralregierung in Paris eine Erhöhung der Rationen für die deutsche Bevölkerung,[26] was diese aber ablehnte, da die Ernährungssituation in Frankreich selbst kritisch war: „Ende 1945 kam es beispielsweise in Lyon zu Hungerunruhen; damals wurde dort eine Fettration von 100 g im Monat ausgegeben, während der Normalverbraucher in Rheinland-Pfalz zu dieser Zeit noch durchschnittlich 440 g erhielt, der Selbstversorger mehr. Die durchschnittlichen offiziellen Brotrationen in Frankreich lagen bis 1949 meist etwa auf gleichem Niveau mit den rheinland-pfälzischen Rationen (6000 g - 9000 g im Monat), nur selten etwas höher und in manchen Gebieten wie der Mittelmeerküste oft darunter. Lebensmittelkarten wurden auch in Frankreich noch bis Herbst 1949 ausgegeben.“[27]

Allerdings entnahmen die Franzosen, wozu sie als Besatzungsmacht berechtigt waren, zusätzlich zur Requisition von Wohnraum auch den Lebensmittelbedarf für die Soldaten, die Beamten der Militärregierung und ihre Familienangehörigen aus ihrer Zone – in einem Umfange, wie es hieß, dass sie „in ihrer Zone paradiesisch gelebt (haben) mit hohen Fleisch- und Butterrationen.“[28] Zwar wirkte sich das bei der geringen Zahl der französischen Konsumenten (anfangs 5%, später 2% der Bevölkerung) für den „Normalverbraucher“ nicht gravierend aus, war aber geeignet, böses Blut zu erzeugen. Insgesamt bedeutete der Übergang von der amerikanischen zur französischen Besatzung für die Bevölkerung in Meisenheim und im zwei Jahre später gegründeten Rheinland-Pfalz, dass der wirtschaftliche Erholungsprozess „nicht zuletzt auch wegen der französischen Demontagen und der schwierigen

---

[24] **Rothenberger**, Karl Heinz: Die Hungerjahre nach dem Zweiten Weltkrieg am Beispiel von Rheinland Pfalz. In: **Düwell**, Kurt / **Matheus**, Michael (Hg.): Kriegsende und Neubeginn. Westdeutschland und Luxemburg zwischen 1944 und 1947. Stuttgart 1997, S.159 – 173 [ROTHENBERGER 1997], hier S. 169

[25] ebenda, S. 160 f. – Die in früheren Geschichtsdarstellung geäußerte Auffassung, Frankreich habe seine Besatzungszone gezielt, gewissermaßen als Strafmaßnahme, ausgebeutet, ist überholt. Richtig ist, dass Frankreich „das Wirtschaftspotential seiner Zone für seinen Wiederaufbau verwendet“ hat, was sich natürlich auf die Versorgung der Bevölkerung auswirken musste. ROTHENBERGER 1997, S. 162; vgl. a. HENKE 1982, S. 515 ff

[26] ebenda, S. 163

[27] **Hudemann**, Rainer: Zur Politik der französischen Besatzungsmacht. In. **Heyen**, Franz-Josef (Hg.): Rheinland-Pfalz entsteht. Beiträge zu den Anfängen des Landes Rheinland-Pfalz in Koblenz 1945 – 1951. Mainz 1984, S. 31 – 58, hier S. 39 f

[28] ROTHENBERGER 1997, S. 162

Situation der Besatzungsmacht Frankreich nicht so rasch voran(schritt) wie in der englischen und amerikanischen Zone."[29]

Am schlimmsten war natürlich die Situation der Menschen in den zerbombten Großstädten, während in einem kleinen, kaum zerstörten Landstädtchen wie Meisenheim trotz der scheinbaren Gleichmacherei durch die Lebensmittelkarten für „Normalverbraucher" doch einige Kompensationsmöglichkeiten bestanden. Neben dem bekannten Schwarzmarkt gab es in den ländlichen Regionen einen „Grünen Markt"[30], auf dem die Produkte von Gartenbau und Kleinviehhaltung getauscht wurden. Bauern konnten als „Selbstversorger" ein bestimmtes Deputat aus ihrer Ernte für sich und ihre Familien behalten. Diese Deputate ergaben im Durchschnitt eine doppelt so hohe Kalorienzahl wie für Normalverbraucher.[31] Weil zwischen den Stadt- und den Dorfbewohnern oft verwandtschaftliche und freundschaftliche Beziehungen bestanden, gab hier es einen gewissen Ausgleich. Da die Meisenheimer Handwerker für die Landwirtschaft wichtige Dienstleistungen boten, konnten sie für diese statt entwerteten Geldes Naturalien fordern und erhalten. Die dadurch hervorgerufenen Spannungen fanden ihren Niederschlag auch in den politischen Lageberichten:

„Es ist geradezu empörend, zusehen zu müssen, wie auf der einen Seite, nämlich bei den Handwerkern und Gewerbetreibenden, ein fast friedensmäßiges Leben in Bezug auf Ernährung geführt wird, und auf der anderen Seite ein täglicher Kampf um das notwendige Brot vor sich geht."[32]

Allerdings hatten die Handwerker auch zunehmend Probleme, das benötigte Material für ihre Arbeiten zu besorgen, wenn die gehorteten Vorräte an Ersatzteilen usw. einmal aufgebracht waren; denn die früheren eingespielten Handelsbeziehungen einer hoch arbeitsteiligen Wirtschaft waren durch die Zonengrenzen unterbrochen worden. – Die relativ bessere Situation der ländlichen Gebiete zog die „Hamsterer" aus den städtischern Regionen an:

„Im Kreise Kreuznach wird …eine verschärfte Kontrolle der Züge verlangt, da diese mit Hamsterern oft so überfüllt sind, daß die Berufstätigen kaum Plätze bekommen.[33] […] Aus den Kreisen Birkenfeld, Kreuznach und Simmern wird berichtet, daß die Kreise durch das nahe Saargebiet trotz aller Abwehrmaßnahmen sehr geschädigt würden, weil die Bergleute von der Saar mit Kohlen und sonstigen Dingen kommen und sie gegen Lebensmittel eintauschen."[34]

Kohlen waren ein begehrtes Gut, da die Hausbrandversorgung sehr schlecht und im Winter 1946/47 fast ganz zum Erliegen gekommen war. Die Forstverwaltungen

---

[29] **Mathy**, Helmut: 50 Jahre. Ein Querschnitt durch die Geschichte. In: **Borck**, Heinz-Günther (Hg.): Beiträge zu 50 Jahren Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz. (= Veröffentlichungen der Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz Band 73) Koblenz 1997, S. 23 – 60, [MATHY 1997] hier S. 32

[30] ebenda, S. 165

[31] ROTHENBERGER 1997, S. 164 gibt einige Beispiele für die unterschiedliche Versorgung 1946/47 (Selbstversorger/ Normalverbraucher): Kartoffeln: 275 kg/150 kg; Brotgetreide 130 kg/82,5 kg; Fett 7,2 kg/2,4 kg; Fleisch 25 kg/6,3 kg.

[32] BROMMER 1985, Nr. 71 (Juli 1946), S.186

[33] ebenda, S. 188

[34] ebenda, Nr. 139 (April 1947), S. 424

hatten alle Hände voll zu tun, um den Raubbau[35] an den Wäldern durch frierende, Feuerholz suchende Menschen einzudämmen. Angesichts dieser bitteren Not mochte bei Beobachtern die Vermutung aufkommen, die Deutschen sehnten das alte Regime zurück, ihr Desinteresse am demokratischen Aufbau sei auf NS-Nostalgie zurückzuführen, was das Koblenzer Regierungspräsidium dementierte – auch wenn man das diesem Dementi zugrunde liegende Interesse bedenkt, scheint die Aussage glaubhaft:

„Das Volk erduldet die größten Entbehrungen und Opfer auf Opfer, ohne aufzubegehren, und dennoch ist mit größeren Schwierigkeiten, etwa in Gestalt von Widerstandsleistungen, noch nicht zu rechnen. Durchaus unzutreffend ist die oft zu hörende Behauptung, die deutsche Bevölkerung sei immer noch oder schon wieder nationalsozialistisch eingestellt. Die Stimmung der Bevölkerung ist eine Elendsstimmung, die mit irgendeiner politischen Einstellung nichts zu tun hat."[36]

Besserung der Lage trat erst 1948 ein. Wieder wirkten mehrere Faktoren zusammen – die USA hatten 1947 eine Rekord-Getreideernte eingefahren, die sie zu großen Exporten nach Europa befähigte; der nach dem Scheitern der Außenministerkonferenzen[37] über die Zukunft Deutschland eskalierende Kalte Krieg führte zur Entscheidung der westlichen Alliierten aus ihren Besatzungszonen einen Separatstaat zu bilden,[38] wodurch die Grenzen zwischen den westlichen Zonen durchlässiger wurden und schließlich ganz wegfielen; die Wirkung der Marshallplan-Hilfe wurde spürbar; die Währungsreform veranlasste die Landwirte, einen sehr viel größeren Teil ihrer Erträge auf den Markt zu bringen,[39] da sie für das neue Geld jetzt Dünger, Ersatzteile für ihre Maschinen usw. kaufen konnten. 1950 konnte die Rationierung vollständig aufgehoben werden.

Neben der Sorge um Ernährung und Heizung gab es weitere Probleme, die die Menschen in Meisenheim mehr oder weniger belasteten. Auch hier machte sich Wohnraummangel bemerkbar; denn neben den Evakuierten aus den Kampfgebieten an der Westgrenze, besonders aus dem Kreis Saarburg, und Ausgebombten aus den größeren Städten suchten auch Flüchtlinge Unterkommen – Ende November 1945 wurden im Kreis Kreuznach insgesamt 6.914 Menschen[40] gezählt, die ihre Heimat hatten verlassen müssen – darunter etwa ein Drittel, die von Frankreich aus dem Saargebiet ausgewiesen worden waren. Die französische Besatzungsmacht weigerte sich allerdings strikt, Transporte von Vertriebenen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie, dem Sudetenland und den deutschen Siedlungsgebieten in Südosteuropa aufzunehmen.

„Die französische Besatzungsmacht war bestrebt, die ihrer Meinung nach ohnehin schon zu hohe Bevölkerungsdichte in ihrer (Frankreich benachbarten) Zone zu verringern. Die Aufnahme eines proportionalen Anteils von Vertriebenen, wie sie die drei übrigen Besatzungsmächte verlangten, hätte diesem Ziel widersprochen. […] Die Unterbringung und die Ernährung von Zehntausenden von Vertriebenen

---

[35] ebenda, S. 426
[36] ebenda, S. 420
[37] 10. 9. – 2. 10. 1945 in London; 25. 4. – 12. 7. 1946 in Paris
[38] s. u. S. 530 ff
[39] ROTHENBERGER 1997, S. 173
[40] BROMMER 1985, Nr. 47, S. 130

hätte - wenn sie in einer derart unter den starken Kriegsfolgen leidenden Zone überhaupt möglich war - hohe Kosten verursacht und damit den Wiederaufbau der Wirtschaft erheblich belastet."[41]

Noch kurz nach der Währungsreform 1948 ergab eine Zählung in den Ländern der westlichen Besatzungszonen, dass die französische Zone den mit Abstand geringsten Anteil von Vertriebenen aufwies:[42]

Schleswig- Holstein	33,0%	Nordrhein-Westfalen	7,6 %
Niedersachsen	24,5%	Bremen	5,2%
Bayern	17,0%	Hamburg	4,8%
Württemberg-Baden	17,0%	Westzonen insgesamt	14,8%
Hessen	14,5%	Französische Zone	3,0%

(Erst nach Gründung der Bundesrepublik glich sich der Anteil der Vertriebenen aus den Ostgebieten und der Flüchtlinge aus der sowjetischen Besatzungszone an der Bevölkerung der Länder der französischen Besatzungszone an den Bundesdurchschnitt an - siehe das folgende Kapitel).

Aber auch diese 3 % heimatlosen Menschen mussten in einem Land, das in den Städten am Rhein und in der „Roten Zone" an der Grenze zu Frankreich erhebliche Wohnraumverluste zu verzeichnen hatte, irgendwie untergebracht werden. Weil bis zur Währungsreform auch Baumaterialien knapp und Neubauten kaum möglich waren, wurden die Menschen häufig als Untermieter in den bestehenden Häusern untergebracht, und die Wohnungsinhaber mussten zusammenrücken – die Spannungen und Unzuträglichkeiten, die die Folge waren, kann man sich vorstellen. Die Herstellung befriedigender Wohnverhältnisse brauchte wesentlich länger als die Überwindung des Hungers.

Politische Säuberung

Die Zerstörung der Weimarer Demokratie durch das Bündnis der alten wilhelminischen Eliten mit den Kräften des durch den Weltkrieg geschaffenen neuen Radikalnationalismus, die planmäßige Vorbereitung und Entfesselung des Revanchekrieges durch dieses Bündnis hatten die Siegermächte gelehrt, dass bloße Entwaffnung nicht reichen würde, sondern dass eine konstruktive Politik der Demokratisierung nötig war, wollte man sicherstellen, dass von Deutschland in Zukunft keine Gefährdung des Friedens mehr ausgehe. Der damalige französische Ministerpräsident und spätere Präsident der V. Republik General Charles de Gaulle „forderte im Herbst 1945, daß die Sicherheit Frankreichs nicht nur durch eine mehrjährige militärische Präsenz in Deutschland, sondern auch durch die Entnazifizierung und die Demokratisierung des deutschen Volkes gewährleistet werden müsse. Die französische Besatzungspolitik habe daher zweigleisig zu fahren (« double caractère de fer-

[41] **Neubach**, Helmut: Aufnahme, Eingliederung und Leistung der Vertriebenen In: **Borck**, Heinz-Günther (Hg.): Beiträge zu 50 Jahren Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz. Koblenz 1997; S. 499 – 534 [NEUBACH 1997], hier S. 502

[42] ebenda, S. 505

meté et d'humanité »[43]). Strenge, was die Gewährleistung der Sicherheit vor einer erneuten deutschen Aggression und die Wiedergutmachung der angerichteten Schäden angehe; Menschlichkeit in bezug auf die Gestaltung des zukünftigen Zusammenlebens beider Völker in Europa."[44]

Als nach dem Selbstmord des „Führers" und dem totalen Zusammenbruch aller Staatlichkeit den Deutschen das ganze Ausmaß der von ihnen oder zumindest in ihrem Namen angerichteten Verbrechen und Zerstörungen klar wurde, entstand auch bei den Besiegten das „Gefühl, daß die Okkupation als Folge der nationalsozialistischen Verbrechen notwendig und moralisch gerechtfertigt war",[45] und „wurde von der Mehrheit der deutschen Bevölkerung die Erfordernis einer durchgreifenden Entnazifizierung anerkannt."[46] Die allgemeine Not, von vielen als Strafe empfunden, und die Tatsache, dass die ehemaligen Nazi-Größen sich, soweit sie nicht interniert worden waren, wohlweislich verkrochen hatten, so dass sie nicht mehr als bedrohlich wahrgenommen wurden, ließen diese Einsicht allerdings bald vergehen.

Die Zustimmung zur politischen Säuberung schwand aber auch deswegen, weil diese sich zuerst mit den kleinen Beamten und Angestellten befasste, die, ob nun aus Überzeugung oder aus Opportunismus, der NSDAP oder einer ihrer Nebenorganisationen beigetreten waren und darin untergeordnete Funktionen bekleidet hatten. Der Verdacht, dass man „die Kleinen hänge", während man „die Großen (Profiteure des Regimes in der Wirtschaft) laufen lasse", legte sich als schwere Belastung über die Säuberungsverfahren.

Die französische Entnazifizierungspolitik unterschied sich von der US-amerikanischen durch einen pragmatischeren Ansatz – weniger ein strafender „moralischer Rigorismus"[47] als vielmehr die Frage, wie der Prozess der Demokratisierung am besten gegen Nazisabotage abzusichern sei, war für sie wichtig, und sie trauten den Deutschen auch mehr zu als die Amerikaner:

„Die französischen Politiker, die von der Existenz eines ‚anderen Deutschlands' ausgingen, stellten […] die Umerziehungs- und Demokratisierungspolitik in den Mittelpunkt ihrer Bemühungen um die zukünftige Sicherheit Frankreichs. Der Quai d'Orsay[48] kam in einem Memorandum vom September 1944 zu der Auffassung, daß ein langfristiger Erfolg der Besatzungspolitik davon abhinge, ob die deutsche Öffentlichkeit und insbesondere die deutsche Jugend von den Vorteilen eines demokratischen Staatssystems überzeugt werden könne: « La partie sera bien près d'être gagnée s'il est prouvé à l'opinion allemande qu'un peuple libre peut être en

---

[43] „doppelter Charakter von Strenge und Menschlichkeit"

[44] **Möhler**, Rainer: Entnazifizierung in Rheinland-Pfalz und im Saarland unter französischer Besatzung von 1945 bis 1952. (= Veröffentlichungen der Kommission für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz Band 17) Mainz 1992 [MÖHLER 1992] S. 19 f

[45] BENZ 2009, S. 86

[46] **Möhler**, Rainer: Politische Säuberung im Südwesten unter französischer Besatzung. In: **Düwell**, Kurt / **Matheus**, Michael (Hg.): Kriegsende und Neubeginn. Westdeutschland und Luxemburg zwischen 1944 und 1947. Stuttgart 1997 S. 175 – 191 [MÖHLER 1997], hier S. 184

[47] ebenda, S. 180

[48] das französische Außenministerium

même temps digne et fort. » [49] […] Nach Laffons[50] Auffassung konnte diese Politik über längere Zeit nicht ohne die Mitarbeit deutscher Kräfte durchgeführt werden. Das ‚andere Deutschland' sollte daher für die Schaffung der neuen deutschen Gesellschaft gewonnen und ihr dadurch ein Fortdauern über die Besatzungszeit hinweg gesichert werden. […] Diesem Ziel entsprach auch die Weisung an die französische Besatzungspolitik, sich allmählich auf eine indirekte Verwaltung der Zone zurückzuziehen. Parallel dazu erfolgte eine schrittweise Übergabe von Kompetenzen und Verantwortung an deutsche Verwaltungen. Diese von der Orts- über die Kreis- bis hin zur Länderebene neu aufgebaute deutsche Verwaltung sollte mit antifaschistischen, demokratischen und - wenn möglich - frankreichfreundlichen Personen besetzt werden. […] Die Militärregierung stellte in ihrem Entnazifizierungsbericht Ende 1945 fest:

« Pour respecter le principe de l'Administration indirecte et pour pousser l'Allemagne dans la voie d'une démocratisation réelle, il a été décidé de faire effectuer par les allemands eux-mêmes l'épuration des administrations et de l'économie privée. « "[51]

Die verschiedenen Änderungen des formellen Verfahrens der politischen Säuberung sind für die Geschicke Meisenheims von geringer Bedeutung gewesen. Wesentlich war, dass am Ende die Verfahren vor den Untersuchungsausschüssen auf Kreis- und den Spruchkammern auf Landesebene nicht mehr von antifaschistischen Parteienvertretern, sondern von Juristen geleitet wurden, „die sich außerstande zeigten, *politische* Schuld *juristisch* zu ahnden."[52] Wer das verbrecherische Regime nach Kräften unterstützt hatte, ohne sich im strafrechtlichen Sinne die Hände schmutzig zu machen, landete rasch in der untersten Belastungskategorie – das böse Wort „Mitläuferfabriken" wurde für die Spruchkammern geprägt.

Statt die Diskussion über Erfolg oder Misserfolg[53] der politischen Säuberung hier aufzugreifen, soll im Folgenden das Verfahren gegen den Meisenheimer NSDAP-Ortsgruppenleiter K.[54] dokumentiert werden, weil darin die ganze Problematik der NS-Herrschaft in einer kleinen Gemeinde anschaulich wird. –

---

[49] „Das Spiel ist schon fast gewonnen, wenn man der deutschen (öffentlichen) Meinung beweist, dass ein freies Volk gleichzeitig würdig und stark sein kann."

[50] Émile Laffon, „Administrateur général", der oberste zivile Beamte in der französischen Zonen-Regierung, Stellvertreter des Comandant en Chef, General Pierre Marie Koenig.

[51] „Um den Grundsatz indirekter Regierung zu berücksichtigen und um die Deutschen auf den Weg einer wirklichen Demokratisierung zu bringen, ist beschlossen worden, die Säuberung der Verwaltung und der Privatwirtschaft von den Deutschen selbst durchführen zu lassen." – MÖHLER 1992, S. 28 ff

[52] MÖHLER 1997, S. 182 – Hervorhebungen von mir, U.S.

[53] Als Misserfolg muss man den Prozess der politischen Säuberung ansehen, wenn man die Zahl der ehemaligen aktiven Nazis betrachtet, die an verantwortlichen Stellen in der Verwaltung, der Justiz, bei der Polizei, im Gesundheits- und sogar im Bildungswesen weiterarbeiteten, fast, als wäre nichts geschehen. Als, wenn auch mehr indirekter, Erfolg lässt sich aber werten, dass sich kein NS-Untergrund aus entlassenen Ex-Nazis entwickelt hat und dass die Parteien, die das NS-Gedankengut weiterhin propagierten, aufs Ganze gesehen ohne politische Bedeutung blieben.

[54] Fast alle Verfahrensbeteiligten sind vor 1900 geboren, ihre Namen dürften nach den Regeln der Landesarchivverwaltung also genannt werden. Da ich aber nicht bei allen das

Der Öffentliche Kläger des Kreises Kreuznach beantragte am 25. 10. 1948 in seiner Klageschrift, K. als Hauptschuldigen einzustufen und festzusetzen:

„1. dauernde Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter, einschliesslich der Anwaltschaft;
2. Verlust der Rechtsansprüche auf ein aus öffentlichen Mitteln zahlbares Ruhegehalt, eine Unterstützung oder eine Rente;
3. Verlust des Wahlrechts, der Wählbarkeit und des Rechtes, sich politisch zu betätigen oder Mitglied einer politischen Partei zu sein;
4. Verbot Mitglied einer Gewerkschaft oder einer wirtschaftlichen oder beruflichen Vereinigung zu sein;
5. Untersagung auf die Dauer von 10 Jahren nach seiner Freilassung
   a. selbständig in einem freien Beruf, Unternehmen oder gewerblichen Betrieb tätig zu sein, sich daran zu beteiligen oder die Aufsicht oder Überwachung hierüber auszuüben;
   b. einen leitenden Posten in einem unselbständigen Beruf innezuhaben;
   c. als Lehrer oder Erzieher, Verleger, Redakteur, Prediger, Schriftsteller oder Rundfunk-Kommentator tätig zu sein;
6. Verpflichtung zu einer bezahlten Wiederaufbauarbeit von 3 Jahren;
7. eine einmalige Geldbuße von 1.000,--DM;
8. die in § 12 Abs. (3) angeordneten Verwaltungsmaßnahmen aufzuerlegen.

Begründung.

Der Betroffene hat der NSDAP schon ab Oktober 1922 bis November 1923 und dann vom 1. 2. 1931 bis 1945 angehört und war Ortsgruppenleiter vom 1. 1. 1932 bis 1945, dann hat der Betroffene noch ab 1933 der NSV[55] angehört und hatte hier zuletzt das Amt eines Ortsgruppenamtsleiters, dem RBdB[56] gehörte er ab 1940 und dem NS-Kriegerbund ab 1933 an.

Schon die formalen Belastungen nach den Angaben im Fragebogen des Betroffenen stellen eine ausserordentlich schwere politische Belastung dar.

Die angestellten Ermittlungen haben ergeben, dass der Betroffene sich ausserordentlich aktiv in jeder Form für den Nationalsozialismus betätigt hat. Er dürfte fast allein dafür verantwortlich sein, dass schon im Jahre 1933 grosse Teile der Bevölkerung von Meisenheim der NSDAP angehört haben. Er hat alle Anweisungen der NSDAP, z. B. die Judenaktion, die Synagogenbrandstiftung usw. in rücksichtsloser Weise durchgeführt. Er wird beschuldigt, einen Soldaten, der nicht mehr an den Sieg Hitlers glaubte, zur Anzeige gebracht zu haben, sodass dieser mit einer erheblichen Zuchthausstrafe belegt wurde.

Ich beantrage zum Verhandlungstermin folgende Zeugen zu laden: *[Drei Namen]*

Unter Berücksichtigung aller Be- und Entlastungen erscheint die beantragte Busse angemessen und gerechtfertigt.“[57]

Geburtsjahr ermitteln konnte, wurden sämtliche Namen in diesem Zusammenhang anonymisiert.

[55] Nationalsozialistische Volkswohlfahrt

[56] Reichsbund der deutschen Beamten

[57] LHAK Best. 856, Nr. 120 483, Blatt 10

Die geladenen Zeugen hatten in schriftlichen Aussagen[58] die Vorwürfe erhoben, die im vorletzten Absatz der Klageschrift aufgeführt sind. Der Betroffene,[59] zu der Zeit im Lager Trier-Petrisberg interniert, antwortete am 15. 1.. 1948:

„…Betr.: Klageerwiderung:

Bezug : Klageschrift des öffentl. Klägers beim Untersuchungsausschuß Bad Kreuznach vom 25. 10. 48 Gesch. Nr. S.J.I. 1093/48

Meine Eltern entstammen aus kleinbäuerlichen Verhältnissen. Vater im Februar 1945 verstorben. Mutter 78 Jahre alt, krank. Ich bin das 4. von 7 Kindern, 2 Schwestern gestorben, 2 Brüder im Osten gefallen. Mein Vater übernahm bald nach meiner Geburt die Stelle eines Gefängnisaufsehers in Meisenheim mit einem Monatsgehalt von ca. RM 50,- und freier Wohnung. Meine elf ersten Kindheitsjahre verlebte ich in der Gefängniswohnung unter dürftigen Verhältnissen. Meine Eltern hatten etwas Land gepachtet und Vieh gehalten und stets schwer gearbeitet, um zum Lebensunterhalt beizutragen. Diese ganzen Verhältnisse, besonders die Erlebnisse mit den Gefangenen, haben auf mich so eingewirkt, daß sie mitbestimmend waren für meine weitere Lebensauffassung und soziale Einstellung. Ich besuchte von 1908 bis 1912 die Lateinschule in Meisenheim und erwarb 1914 am Gymnasium in Birkenfeld die Obersekundareife. Bis zu meiner Einberufung 1916 war ich bei der Deutschen Sprengstoff- A.G. in Wahn beschäftigt, dann 2 Jahre an der Westfront, 2x verschüttet, am Schluß als Beauftragter meines Truppenteils in den Soldatenrat gewählt. Ende 1918 in die Heimat entlassen, arbeitete ich 1919 und 1920 bei 2 Meisenheimer Firmen zur Vorbereitung auf den Ingenieurberuf, besuchte das Rheinische Technikum in Bingen und später das Polytechnikum in Friedberg, wo ich 1924 mein Maschinenbauingenieurexamen ablegte. Die beiden letzten Jahre waren die schlimmsten meines Studiums, es war ein regelrechtes Durchhungern, und nur unter größten Anstrengungen und Opfern mußte ich mir die Mittel zum Durchhalten selbst beschaffen, da ich infolge des dauernden Währungsverfalls von zu Hause kaum noch unterstützt werden konnte. Dies und dazu die chaotischen Zustände der damaligen Zeit überhaupt, sowie der Umgang mit meinen Studienkameraden, die zum größten Teil Parteimitglieder waren, erklärt meinen Eintritt in die NSDAP im Oktober 1922, zumal ich bei dem Wiederaufbau meines Vaterlandes nicht untätig sein wollte und keinen anderen Ausweg mehr sah. Nun folgt eine fast 4-jährige Stellenlosigkeit, während der mir jede öffentliche Unterstützung abgelehnt wurde mit der Begründung, daß meine Eltern für mich sorgen müßten. Ich schlug mich durch mit allen möglichen Gelegenheitsarbeiten, die sich mir boten. Meine erste Stelle erhielt ich im Februar 1928 bei der Firma Adam Opel in Rüsselsheim als technischer Kalkulator. Hier trat ich dem Gewerkschaftsbund technischer Angestellter und Beamter bei. Trotzdem sich bereits Anfang 1929 in meiner Heimat eine Ortsgruppe der NSDAP gründete, trat ich vorerst nicht bei, weil ich mit einer gewaltsamen Lösung, wie sie Hitler 1923 versucht hatte, nicht einverstanden war. Erst als es ersichtlich war, daß die Partei den legalen Weg beschritt, erklärte ich am 1. Februar 1931 meinen Eintritt. Im Anschluß an eine Generalmitgliederversammlung wurde ich auf allgemeinen Wunsch der Parteimitglieder zum Ortsgrup-

[58] LHAK Best. 856, Nr. 121 471

[59] So die offizielle Bezeichnung – da es sich nicht um ein *Strafverfahren* handelte, gab es keinen *Angeklagten*.

penleiter bestimm mit Wirkung vom 1. 1. 1932 ab. Ich nahm unter Vorbehalt an, da ich nur jeweils sonntags zu Hause und durch doppelte Haushaltsführung besonders belastet war – ich hatte 1929 geheiratet und konnte in Rüsselsheim keine Wohnung bekommen.

Gerade dieser Umstand dürfte als Beweis dafür dienen, daß ich entgegen der Annahme der Anklage nicht dafür verantwortlich gemacht werden kann, ‚daß schon im Jahre 1933 große Teile der Bevölkerung von Meisenheim der Partei angehört haben.' Hauptursache dafür war m. E. neben der jahrelangen Propagandatätigkeit des damaligen Kreisleiters – ich selbst bin niemals als Redner aufgetreten – vielmehr die Tatsache, daß in Meisenheim als einer alten Kreisstadt größere Bevölkerungskreise national eingestellt waren und wegen der Auflösung des Kreises im Jahre 1932 einen besonderen Groll gegen letztgenannte Maßnahme hatten.

Erst im Oktober 1933 habe ich meinen doppelten Haushalt in Rüsselsheim aufgegeben und bin endgültig nach Meisenheim zurückgekehrt, um dort selbst eine Stelle als Krankenkassengehilfe zu übernehmen, um die ich mich beworben hatte. In der Folgezeit war meine Parteiarbeit stets darauf ausgerichtet, meinen Mitmenschen im Rahmen des mir Möglichen zu helfen. Mein Hauptinteresse galt meiner sozialen Einstellung entsprechend der Fürsorge für meine Mitmenschen. Das war auch letztlich der Grund dafür, daß ich noch zusätzlich – wenigstens vorübergehend – das Amt des NSV-Ortsamtsleiters mitversah. Außerdem waren meine Anstrengungen als Ratsherr darauf gerichtet, die besondere Notlage der Stadt Meisenheim zu beseitigen. Ich erinnere nur an den Hochwasserschutz, die Kanalisation, die Stadterneuerung, die Errichtung des ‚Mutter-und-Kind'-Heims, an den Ausbau der Gaststätten und Geschäfte, sowie Förderung der heimischen Industrie und des Fremdenverkehrs. Die Erstellung einer neuen Siedlung und die Krankenhauserweiterung waren beide durch den Krieg verhindert worden.

Meine besondere Hilfe während des Krieges galt den Kriegerfrauen und Witwen, den Bombengeschädigten und Evakuierten, wobei zu beachten ist, daß Meisenheim sowohl bei Beginn des Krieges, als auch gegen Ende desselben als eine Hauptdurchschleusungs- und Verpflegungsstelle bestimmt war. Dies erforderte von mir einen außergewöhnlichen und aufreibenden Arbeitseinsatz, den ich ehrenamtlich und nur in der mir neben meinem Beruf verbleibenden Zeit verrichtete in dem Bewußtsein, damit die Not Tausender zu lindern.

Entgegen dem ausdrücklichen Verbot des Gauleiters habe ich einer ganzen Anzahl gaufremder Personen bezw. Familien den Zuzug nach Meisenheim ermöglicht, darunter auch dem in der Anklage erwähnten Belastungszeugen S. Auch der weiteren Anordnung des Reichsverteidigungskommissars, alle nicht aus dem Kreis Saarburg stammende Evakuierte nach Mitteldeutschland weiterzuschleusen, habe ich zuwidergehandelt und vielen von ihnen Asylrecht gewährt. (Beweis: Listen des Einwohnermeldeamtes Meisenheim und 1. Beigeordneter L. als Zeuge.)

Wenn die Anklage behauptet, ‚er hat alle Anweisungen der NSDAP in rücksichtsloser Weise durchgeführt', so beweisen nicht nur die vorgenannten, sondern auch die nachfolgenden Vorgänge das Gegenteil. Bei meinem Eintreten für politisch Andersdenkende, ja, sogar für ausgesprochene Parteigegner, habe ich mich wiederholt in schärfsten Gegensatz zu den strikten Anordnungen der Partei gestellt, selbst auf die Gefahr hin, persönlich schwerste Nachteile zu erleiden. Im Fall C.,

einem fanatischen Anhänger der Ernsten Bibelforscher und ehemaligen Separatisten (siehe Bescheinigung) habe ich mich in meiner Eigenschaft als Hoheitsträger persönlich bei der Gestapo verbürgt und ihn damit vor der Todesstrafe bewahrt. … Mein jahrelanges Bemühen, im Gegensatz zu den Parteiinteressen, den ‚Allgemeinen Anzeiger' vor der Liquidation durch das ‚Nationalblatt' zu bewahren (siehe Bescheinigung) brachte mir abgesehen von dauernden Zusammenstößen mit dem Gaupresseamt sogar ein Parteigerichtsverfahren mit einem schweren Verweis.

Die Erklärung des evang. Pfarramtes in Meisenheim und diejenige der Oberin der Schwestern vom Heiligen Geist legen Zeugnis ab von meiner steten Toleranz gegenüber Kirchen und religiösen Einrichtungen. Im letzteren Falle waren größte Schwierigkeiten zu überwinden, um das Fortbestehen des Klosters und des damit verbundenen Kindergartens zu erreichen, zumal die NSV in Meisenheim einen eigenen Kindergarten unterhielt.

Wäre ich so ‚außerordentlich aktiv in jeder Form für den Nationalsozialismus' im Sinne der Anklage gewesen, dann hätte ich mich diesen Stellen gegenüber wie auch in den anderen Fällen sicherlich ganz anders verhalten. Das Gleiche gilt auch für mein Verhalten gegenüber ausländischen Arbeitern und Kriegsgefangenen, die ich stets anständig behandelt habe, ja, sogar vor Belästigungen bezw. Strafe geschützt habe, vgl. Versicherung des Franzosen D.

Als Beweis dafür, daß ich kein Fanatiker war, beziehe ich mich auf die Bescheinigung des Dr. N., Meisenheim. Auch der Umstand, daß in der von mir geleiteten Ortsgruppe keinerlei Ausschreitungen gegenüber politisch Andersdenkenden, z. B. Separatisten und dergl. stattfanden, möge als Bestätigung dafür gewertet werden, daß ich stets bemüht war, alle Exzesse zu verhindern. Ich benenne als Zeugen dafür u. a. *[drei Namen]*. Ich habe diesem ganzen Personenkreis gegenüber immer größte Toleranz geübt und soweit es in meiner Macht stand, geholfen, trotz schwerster Anfeindungen seitens der Partei. Ich bin meinem ganzen Charakter entsprechend stets ein Gegner jeder Gewaltherrschaft gewesen. Ich bin mir auch nicht bewusst, durch meine Tätigkeit als Ortsgruppenleiter, wie ich sie auffaßte und durchführte, die nationalsozialistische Gewaltherrschaft, von der ich damals überhaupt keine Kenntnis hatte, gefördert zu haben.

Auch gegenüber den Juden habe ich immer diese Gesichtspunkte meinem Handeln zugrunde gelegt. Mit meinem Willen und Einverständnis sind niemals Gewalttätigkeiten begangen worden. Ich erkläre zur Anklage betr. Judenaktion[60] und Synagogenbrandstiftung: Ich habe niemals eine diesbezgl. Anweisung erhalten und habe niemals eine solche an irgend jemand weitergegeben, persönlich war ich vollständig unbeteiligt an den Ausschreitungen und der Brandstiftung. Ich war seit 7. oder 8. Novbr. 1938 etwa 14 Tage bettlägerig an Grippe und Bronchitis erkrankt – Zeugen: meine Ehefrau … und der behandelnde Arzt Dr. N., Meisenheim, der mich im Verlauf meiner Krankheit mehrere Male besucht hat. Die Gedenkfeier am 9. Novbr. 1938 hat als mein Vertreter der örtliche SA-Führer geleitet.

Der SA-Sturmführer R. berichtete mir später, daß er selbst mit der Polizei zusammen am 10. und 11. November an der Synagoge Wache gehalten hat, weil diese angeblich in die Luft gesprengt werden sollte und zwar von auswärtigen Arbeitern,

---

[60] Gemeint ist das Novemberpogrom 1938.

die damals beim Bau der Umgehungsstrasse beschäftigt und mit mehreren 100 Mann in Meisenheim einquartiert waren. In der gleichen Sache wurde ich einige Zeit später von der Gestapo Koblenz vernommen, wobei ich die gleichen Aussagen gemacht habe.

Zur Verurteilung des Soldaten erkläre ich: Ich habe den Soldaten überhaupt nicht gekannt und habe auch keine Anzeige gegen ihn erstattet. Die Angelegenheit ereignete sich während meines Einsatzes am Westwall, im Herbst 1944. Den einzigen Berührungspunkt mit der Sache habe ich insofern, daß meine Frau als Zeugin vernommen wurde, durch deren günstige Aussage der Soldat vor einem weit schwereren Urteil bewahrt wurde.

Daß ich bei meinem Handeln keine Rücksicht auf meine eigene Person und Sicherheit nahm, beweist gerade mein Verhalten am Ende des Krieges, wo ich als verantwortlicher Hoheitsträger dafür Sorge trug, daß nutzlos erkannter Widerstand unterblieb, daß der Volkssturm vor Anrücken aufgelöst wurde und die geplanten Sprengungen von Brücken usw. nicht durchgeführt wurden. Beweis: Erklärung des *[SA-Sturmführers]* R.

So bin ich während meiner ganzen Parteizugehörigkeit stets der Idealist geblieben, als der ich seinerzeit eingetreten war. Ohne irgendwelche eigenen Vorteile und Vergünstigungen. Mehrere Bürgermeisterstellen habe ich ebenso abgelehnt, wie eine Hauptstelle bei der Gauleitung und einen mir angetragenen Posten in Luxemburg, desgl. den Einsatz als Kreisredner und den Besuch von polit. Führerschulen, um jeder Zeit meine volle Unabhängigkeit der Partei gegenüber zu wahren.

Bezgl. meines Gesamtverhaltens darf ich insbesondere auf die Erklärung des Dr. N. […]. verweisen.

Nach alledem bin ich der Auffassung, daß in meinem Fall weder die Voraussetzung des § 4, noch diejenige des § 5 der LVO[61] gegeben sind. Somit erscheint die in der Klageschrift beantragte Einstufung keineswegs gerechtfertigt. Ich bitte den Untersuchungsausschuß, mir die Möglichkeit zu geben, in meinem Beruf weiterhin tätig sein zu können. Ich versichere, daß ich stets bemüht sein werde, nach besten Kräften dem neuen Staat zu dienen. Schließlich bitte ich zu berücksichtigen, daß ich mich nunmehr bereits seit über 3 Jahren in Internierungshaft befinde und die wirtschaftliche Lage meiner kranken Ehefrau mit den 4 unmündigen Kindern außerordentlich schlecht ist. Persönlich habe ich mir ein Herzleiden zugezogen."

[Unterschrift][62]

Der Akte beigefügt sind 16 Bescheinigungen, auf die sich K. in seiner Klageerwiderung z. T. ausdrücklich bezogen hatte. Es handelt sich im Wesentlichen um Leumundszeugnisse – K. habe weder die evangelische[63] noch die katholische[64] Gemeinde drangsaliert, habe keinen Nutzen aus seiner Funktion gezogen, habe toleriert, dass im Hause des Arztes ausländische Sender gehört wurden,[65] habe französische Kriegsgefangene anständig behandelt.[66] Siebzig „Gewerbetreibende, Ge-

[61] Landesverordnung zur politischen Säuberung im Lande Rheinland-Pfalz vom 17. 4. 1947
[62] LHAK Best. 856, Nr. 120 483, Blatt 15 - 20
[63] ebenda, Blatt 40
[64] ebenda, Blatt 33
[65] ebenda, Blatt 39
[66] ebenda, Blatt 36 (franz Text), Blatt 37 (Übersetzung)

schäftsleute und Arbeiter“ erklärten, K. habe sie trotz ihrer Nicht-Mitgliedschaft in der NSDAP nicht drangsaliert.[67] Kurz vor der mündlichen Verhandlung am 12. 3. 1949 wurde von dem ehemaligen Beigeordneten M. noch eine eidesstattliche Erklärung eingereicht:

„Folgendes erkläre ich hiermit an Eides Statt:

Über den Brand der Synagoge ist mir folgendes bekannt geworden. Ich war damals ehrenamtlicher Beigeordneter der Stadt. An einem Sonntag, etwa um 9 Uhr, kam der kath. Lehrer Z. zu mir und teilte mir mit, daß seit 5 Uhr morgens die Synagoge brenne, ich müsste mich doch als Stadtbeigeordneter darum kümmern. (Die Feuerwehr unterstand dem Amtsbürgermeister.) Ich eilte sofort zum Brandmeister C. und veranlaßte ihn, daß der Brand sofort gelöscht wurde. Es war nur im Innern Schaden entstanden. Die früher vorhandene Orgel hatten die jüd. Bürger schon vorher verkauft, da die Synagoge nicht mehr benutzt wurde. Das Forschen nach den Brandstiftern hatte keinen Erfolg. Bis heute wurde nicht bekannt, wer die Täter waren. Der Name K. wurde im Zusammenhang mit dem Brand niemals genannt. […]

Das Verhältnis zwischen K. und dem Kreisleiter Schmitt war sehr gespannt. Darunter war die kommunale Arbeit der Stadt sehr erschwert, weil Schmitt uns haßte. … Warum Schmitt den K. so haßte, ist mir nicht bekannt. Ich nehme an, daß durch die Rhömgeschichte *(!)* die Spannung sich noch vergrößerte. Ein Bruder von K. wurde damals verhaftet, und wie mir Rechtsanwalt A. später erzählte, soll Schmitt sehr für die Bestrafung des K. als Helfershelfer von Röhm eingetreten sein. Nur ein guter Bekannter von K.s, Karl Schworm, der in der Partei einen Namen hatte, soll K. damals gerettet haben.

Jedenfalls habe ich in den vielen Jahren, die ich in Nachbarschaft von K. wohne, niemals beobachten können, daß das Auto von Schmitt einmal am Haus von K. anhielt. – […]“

[Name][68]

In der mündlichen Verhandlung traten insgesamt sieben Zeugen auf, fünf entlastende, die ihre schriftlichen Aussagen wiederholten, und zwei belastende. Der Zeuge G., nach K.’s Urteil ein „fanatischer Zentrumsmann“, berichtete:

„Als ich 1945 vom Wehrdienst zurückkam, mußte ich zu meiner Überraschung feststellen, daß viele Bürger aus Meisenheim der NSDAP beigetreten waren, von denen ich es nicht erwartet hatte. Auf Befragen erfuhr ich dann, daß der Betr. und sein Mitarbeiterstab in Meisenheim erreichten, daß sich alle Bürger der NSDAP anschlossen. Einzelne haben mir auf meine Frage sogar geantwortet, wenn ich den Druck, den man auf sie angewandt hat, auch über mich hätte ergehen lassen müssen, wäre ich zum Schluß schließlich wohl auch noch PG geworden.“[69]

Die Geschichte vom SA-Sturmführer, der eine Synagoge bewachte, um sie vor der Zerstörung zu schützen, ist einfach zu rührend, um wahr zu sein. Und auch die Angaben über NSDAP-Mitgliedschaften sind verwirrend, und jetzt, fast 70 Jahre später, auch kaum mehr zu entwirren: Einerseits soll der Ortsgruppenleiter erreicht haben, dass sich „alle (!) Bürger der NSDAP anschlossen“. Andererseits betonten

[67] ebenda, Blatt 30
[68] ebenda, Blatt 48
[69] ebenda, Blatt 64 f

achtzig Personen, also schon ohne Familienangehörige grob geschätzt 7 % der wahlberechtigten Bevölkerung, *keine* PGs gewesen zu sein.

Trotzdem musste der Untersuchungsausschuss zu einem Urteil kommen. Es erging am 21. 3. 1949:

„Bad Kreuznach, 21. März 1949

Ausfertigung Säuberungsvorschlag […] Der Betroffene ist Minderbelasteter – Gruppe III -. Die Bewährungsfrist wird auf zwei Jahre festgesetzt.

Es wird die Auferlegung folgender Sühnemaßnahmen vorgeschlagen:

1. Dem Betroffenen wird eine Geldbusse von 1.000,-- DM, ersatzweise für je 10,00 DM ein Tag Arbeitsleistung, mit der Massgabe auferlegt, dass hiervon eine Teilsumme von 500,00 DM für die Nachteile der Internierungshaft abgegolten ist.
2. Für die Dauer eines Jahres wird dem Betroffenen das aktive Wahlrecht, für die gesamte Bewährungszeit auch die Wählbarkeit aberkannt und die Befugnis abgesprochen, sich politisch zu betätigen oder Mitglied einer politischen Partei zu sein.
3. Die Kosten des Verfahrens belasten den Betroffenen.
4. Der Streitwert wird auf 3600,00 DM festgesetzt.

Gründe:

Durch die angestellten Erhebungen, die durchgeführte Beweisaufnahme und das Ergebnis der mündlichen Verhandlung ist erwiesen, dass der Betroffene durch folgende Mitgliedschaften an der NS-Bewegung teilgenommen hat und zwar:

1. NSDAP von Dezember 1922 bis November 1923 zum ersten Male, später abermals in der Zeit vom 1. 2. 1931 bis zum NS-Zusammenbruch im Jahre 1945,
2. RDB von 1934 bis 1945, NSV von 1934 bis 1945,
3. Bund Deutsche Familie von 1940 bis 1945, NS-Kriegerbund seit dessen Gründung bis zum Zusammenbruch 1945.

Im Jahre 1935 hat der Betroffene auch seinen Kirchenaustritt vollzogen. Er lebt in einer Mischehe Seine Ehefrau hat sich schon ein Jahr früher von der kath. Kirche gelöst. Dem erk. U-Ausschuss erscheint daher die Einlassung des Betroffenen, dass für seinen Kirchenaustritt politische Beweggründe nicht massgebend waren, glaubhaft.

Der Betroffene hat dem NS-Gewaltsystem aktiv gedient, es wesentlich unterstützt und es auch wesentlich gefördert. In der Zeit von 1932 bis 1945 war er planmäßiger Ortsgruppenleiter der NSDAP in Meisenheim, zusätzlich auch seit Gründung der NSV bis Ende 1935 – Anfang 1936 noch der Ortsgruppenleiter der NSV. Von dem Betroffenen ist eingeräumt worden, dass er alle mit seiner politischen Amtsstellung verbundenen Obliegenheiten erfüllt hat, also pflichtbewusst und nach dem Masse seiner Kräfte für die Verwirklichung der Ziele des NS-Staates eingetreten ist. Er war nahezu 14 Jahre lang als Ortsgruppenleiter der NSDAP in Meisenheim – hier war der NS übrigens stark vertreten – tätig. Dass der Betroffene während dieses langen Zeitraums durch seine aktive Tätigkeit im Dienst der Hitlerbewegung auch das NS-Gewaltsystem wesentlich unterstützt hat, ist schon aus den Erfahrungsregeln des Lebens unwiderlegbar und zwingend zu folgern, im übrigen aber auch durch das Beweisergebnis (vgl. Zeugenaussage Sch., G.) eindeutig festgestellt Der Betroffene war Nazi-Aktivist, weil er einmal durch seine Tätigkeit die NS-Gewaltherrschaft wesentlich gefördert hat und zweitens auch ein überzeugter An-

hänger des NS-Systems gewesen ist. Die Tatbestandsvoraussetzungen des § 1 (a) und (c) sind erfüllt.
Gleichwohl kann die Einstufung des Betroffenen in die Gruppe der Minderbelasteten erfolgen, weil die Beweisaufnahme ebenso ergeben hat, dass der Betroffene nach seiner Gesamthaltung einer milderen Beurteilung würdig ist. (§ 8 a LVO) Zu seinen Gunsten ist einwandfrei festgestellt worden, dass er, obwohl überzeugter Anhänger des NS-Staates, die vom NS-System angewandten Mittel der Gewalt und des Terrors nicht in vollem Umfange gebilligt hat und, soweit er dazu in der Lage war, für eine legale Verwirklichung der NS-Ziele eingetreten ist. Zwar hat er, wie festgestellt werden konnte, in den von ihm abgehaltenen Veranstaltungen öfters einen starken Ton angeschlagen, auch dabei die Macht des NS-Staates herausgestellt, aber seinen Worten hinterher die Taten nicht folgen lassen, vielmehr, wie durch die Zeugenaussagen Dr. N., S., C. erwiesen ist, doch stets ausgleichend gewirkt, sich sogar für NS-Gegner, die schon verhaftet waren, eingesetzt und teilweise ihre Freilassung erwirkt. Die Einstufung des Betroffenen in die Gruppe der Minderbelasteten erscheint in gerechter Bewertung seiner Gesamthaltung geboten, zumal er, wie in der mündlichen Verhandlung sich ebenfalls ergab, nach seinem Wesen und seinem Charakter die Gewähr dafür bieten dürfte, nach Ablauf einer gewissen Bewährungszeit wieder ein brauchbarer Bürger der Demokratie zu werden. Allerdings hält der erkennende Untersuchungsausschuss eine Bewährungszeit von 2 Jahren für notwendig.
Im übrigen müssen sich die Sühnemassnahmen nach dem festgestellten Schuldbild und der Vermögenslage des Betroffenen richten. Sühneverschärfend war zu beachten, dass der Betroffene sich sehr früh der NS-Bewegung angeschlossen hat, für sie über ein Jahrzehnt aktiv tätig war, dass er selbst dann noch nicht die notwendigen Folgerungen gezogen hat, als er die verwerflichen Ziele des von ihm vertreten Regimes erkannt hatte, andererseits war sühnemildernd die allgemeinen Haltung des Betroffenen, seine derzeitige Lage und seine lange Internierungshaft zu berücksichtigen. In Abwägung all dieser Umstände hält der erk. U-Ausschuss eine Geldbusse von 1.000,00 DM für schuldangemessen, schlägt jedoch vor, einen Teilsumme - 500,00 DM - der erkannten Geldbusse mit Rücksicht auf die seelischen und materiellen Folgen der langen Internierungshaft des Betroffenen als abgegolten anzusehen.
Seine ihn belastende politische Schuld hat der Betroffene in den Augen der Allgemeinheit begangen. Daher erscheint es auch notwendig, gegen den Betroffenen eine Sühnemassnahme zu verhängen, die der Öffentlichkeit bekannt wird. Auf die Dauer eines Jahres wurde ihm deshalb auch das aktive Wahlrecht entzogen. Die Absprechung der Wählbarkeit – mit den ausgesprochenen Nebenanordnungen – für die Dauer der Bewährungszeit ist eine zwingende gesetzliche Folge der Einstufung des Betroffenen in die Gruppe der Minderbelasteten.
Es war hiernach unter Hinweis auf §§ 2, 3, 5, 8, 14, 19 LVO, wie geschehen, zu erkennen.
Kostenfolge nach § 55 LVO. Streitwert DM 3.600 nach dem Gehaltseinkommen des Betroffenen im Jahre 1938." *[gez. drei Namen]*[70]

---

[70] ebenda, Blatt 69/70

Dass einer der Verfahrensbeteiligten gegen den Spruch des Untersuchungsausschusses an die übergeordnete Spruchkammer appelliert hätte, weisen die Akten nicht aus. –

Am 31. März 1950 hatten die politischen Säuberungen in Rheinland Pfalz die folgenden Ergebnisse gebracht:[71]

Kategorie:	Insgesamt	%
Hauptschuldige	5	0%
Belastete	440	0,2%
Minderbelastete	4.840	2,3%
Mitläufer	18.474	8,8%
Entlastete	711	0,3%
VO 92 *(Amnestie-Verordnung)*	42.309	20,4%
VO 133/165 (*Amnestie-Verordnung)*	139.478	66,4%
Einstellungsbeschlüsse	3.829	1,8%
Insgesamt:	210.086	100%

Der heutige Betrachter wundert sich, dass nur 2,5 % der Betroffenen (die Hauptschuldigen, Belasteten und Minderbelasteten) ganz allein für die Untaten des NS-Regimes verantwortlich gewesen sein sollen. – Der Allgemeine Anzeiger meldete das Ende der Entnazifizierung:

„Das Landesgesetz über den Abschluß der politischen Säuberung ist unter dem 25. Januar verkündet worden. Das Gesetz bestimmt, daß Personen, die als Mitläufer eingestuft sind, ab 1. April keinen Beschränkungen mehr unterworfen sind. Sühnemaßnahmen werden von diesem Termin ab nicht mehr vollstreckt. Der Ausschluß von der Wählbarkeit entfällt. In die Gruppe der Minderbelasteten Eingeordnete werden in die Gruppe der Mitläufer eingestuft…“[72]

Wiederaufbau

Am 1. Oktober 1945 begann an der Meisenheimer Volksschule wieder der Unterricht[73], der seit Anfang des Jahres unterbrochen war: ein erster kleiner Schritt aus dem Chaos des Krieges in einen Alltag des Friedens war damit gemacht, wenn auch mit einem Notprogramm – denn ein großer Teil der Schulbücher der NS-Zeit war für ein demokratisches Schulwesen ungeeignet, und auch das Lehrpersonal musste sich erst einmal der politischen Säuberung unterziehen. Eine Verordnung der französischen Militärregierung vom 11. September 1945 „setzte die Lehrpläne für die Volks- und höheren Schulen außer Kraft. Anstelle der Lehrpläne aus der Nazi-Zeit führte die französische Militärregierung ihre eigenen ein. In den Volksschulen wurde der Geschichtsunterricht untersagt, ebenso Biologie und Rassenkunde. Die

[71] MÖHLER 1992, S. 356

[72] Allgemeiner Anzeiger 31. 1. 1950

[73] Schulchronik der paritätischen Volksschule Meisenheim III. Teil (Begonnen: Mai 1949), ab 1. 4. 1966: Verbandsschule 6554 Meisenheim/Glan – christliche Simultanschule – ab 1. 8. 1969: Hauptschule 6554 Meisenheim/Glan – christliche Gemeinschaftsschule [SCHULCHRONIK III], S. 1

Schüler, die nicht am Religionsunterricht teilnahmen, sollten als Ersatz ethischen Unterricht erhalten. Im Musik-, Sport- und Zeichenunterricht hatten alle Beispiele, die an nazistische Bräuche erinnerten und militärischen Charakter trugen, zu unterbleiben."[74]

Dass zwei klassische Unterrichtsfächer („Rassenkunde" kann man wohl kaum als seriösen Unterrichtsgegenstand betrachten) völlig verboten wurden, wirkt drastisch, war aber angesichts des ideologischen Missbrauchs gerade dieser Fächer wohl unvermeidlich. Die den neuen Lehrplänen zugrunde liegenden Erziehungsziele, die die Direction de l'Éducation Publique 1947 formulierte, können auch heute noch Zustimmung finden:

„Unabhängig von der Schulart sollte das Kind beim Eintritt ins Leben darauf vorbereitet sein, seine Persönlichkeit ganz entfalten zu können und sich dessen bewußt zu sein, daß es vollauf der gebildeten Welt und nicht einer engen nationalrassischen oder sozialen Gruppe angehört.

Der deutschen Jugend muß der Dünkel genommen werden, daß ein einziges Land der Nabel der Welt sei und daß Geschichte, Wissenschaft und Kunst nur dem Interesse dieses Landes und seiner nationalen Vormachtstellung dienten.

[Das gegenwärtige deutsche Elend lehrt] die Gefahren erkennen, denen sich ein Volk aussetzt, wenn es sich von Träumen nationaler Überlegenheit und eitlen Ruhms hinreißen läßt und blind auf das politische Geschick eines einzelnen Menschen vertraut."[75]

Die ersten Zeitungen erschienen, lizenziert und kontrolliert durch die Besatzungsmacht, schon seit Spätsommer 1945 wieder (die Koblenzer „Rhein-Zeitung", zu der heute der „Oeffentliche Anzeiger" gehört, begann am 23. 4. 1946). Fast alle Zeitungen der so genannten Lizenz-Presse gewannen dadurch einen erheblichen Vorsprung vor den erst später (wieder) erscheinenden Blättern. Auf die erste Ausgabe ihres „Allgemeinen Anzeigers" mussten die Meisenheimerinnen und Meisenheimer allerdings noch warten. Am 27. September 1946 fanden sie ein einseitig bedrucktes Blatt ausgehängt. Unter den vertrauten Kopf (mit der Unterzeile „Genehmigt von der Militärregierung") konnten sie lesen:

„Ab heute erscheint wöchentlich einmal der Anzeigendienst des Allgemeinen Anzeigers der mit Genehmigung der Militärregierung und der Behörde zum Aushang kommt. *In dieses Anzeigenblatt werden Inserate aller Art aufgenommen, seien es Familienanzeigen, Stellenangebote oder –Gesuche, Verkaufsanzeigen, Gelegenheitsanzeigen usw.* Die Bevölkerung wird höflichst gebeten, von dieser Neueinrichtung regen Gebrauch zu machen.

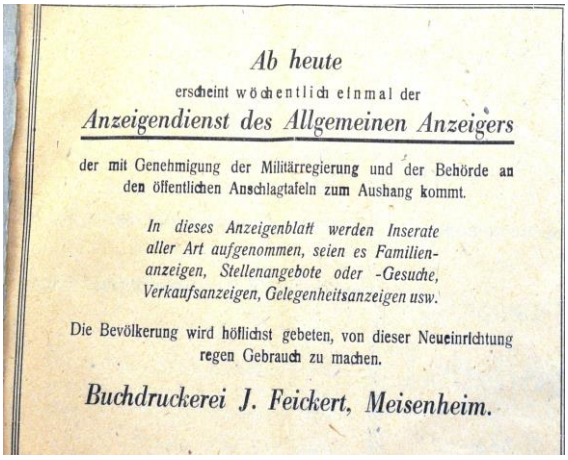
Buchdruckerei J. Feickert, Meisenheim."[76]

---

[74] **Ruge-Schatz**, Angelika: Umerziehung und Schulpolitik in der französischen Besatzungszone 1945 – 1949 Frankfurt/M 1977, S. 75

[75] L'œuvre culturelle française en Allemagne, Paris 1947, S. 14, zit. n. ebenda, S. 121

[76] Allgemeiner Anzeiger 27. 9. 1946



Ab heute

erscheint wöchentlich einmal der

Anzeigendienst des Allgemeinen Anzeigers

der mit Genehmigung der Militärregierung und der Behörde an den öffentlichen Anschlagtafeln zum Aushang kommt.

In dieses Anzeigenblatt werden Inserate aller Art aufgenommen, seien es Familienanzeigen, Stellenangebote oder -Gesuche, Verkaufsanzeigen, Gelegenheitsanzeigen usw.

Die Bevölkerung wird höflichst gebeten, von dieser Neueinrichtung regen Gebrauch zu machen.

Buchdruckerei J. Feickert, Meisenheim.

Das Blatt wurde an die Bürgermeisterämter des früheren Verbreitungsgebietes versandt; auf der Rückseite stand: „An den Bürgermeister von … Bitte sofort zum Aushang bringen.“ Eine richtige Zeitung wurde der Allgemeine Anzeiger zwar erst wieder 1949 nach der Gründung der Bundesrepublik, als mit Inkrafttreten des Grundgesetz-Artikels 5 (Pressefreiheit) Zensur und Lizenzzwang wegfielen, aber auch dieses erste schmale Angebot wurde wahrgenommen. Schon in dieser ersten Ausgabe kündigte die Callbacher SPD eine Versammlung zu den bevorstehenden Kreistagswahlen an, die CDP-Ortsgruppe Meisenheim folgte eine Woche darauf mit ihrer Einladung; neben zahlreichen Familienanzeigen gab es auch schon Stellenangebote – so suchten z. B die Brauerei Bonnet und die Weinhandlung Gréus schon wieder Arbeitskräfte, und es erging die Aufforderung zur Neugründung des Musikvereins.[77]

Die trotz dieser hoffnungsvollen Anfänge herrschende Not und Unsicherheit haben wir bereits erwähnt. Der Zweite Weltkrieg war, wie der Erste, durch eine massive Staatsverschuldung finanziert worden, die allerdings durch ein schwunghaftes System von sich selbst refinanzierenden Finanzwechseln und Reichsschatzanweisungen sowie durch Lohnstopp, Rationierung und Preiskontrollen geschickt verschleiert worden war.[78] Nach Kriegsende drückten die horrenden Schwarzmarktpreise den tatsächlichen Kaufkraftverfall der Reichsmark aus. Mit der Währungsreform am 24. Juni 1948 wurden RM-Guthaben im Verhältnis 1.000 : 65 abgewertet – rein rechnerisch jedenfalls, denn in der Realität war der Schnitt möglicherweise härter: „Manche Schwarzhändler und Schieber zogen es damals vor, ihr altes Geld, dessen Herkunft zu deklarieren peinliche Folgen gehabt hätte, bündelweise zu vernichten.“[79] Durch diese Angleichung der Geldmenge an die reale Produktion wurde die Bildung realistischer Marktpreise möglich – eine der Voraussetzungen für das so genannte Wirtschaftswunder (vgl. folgendes Kapitel).

Auch wenn es im Blick auf das Schicksal der 17 Millionen Einwohner der SBZ/DDR zynisch klingt, der Kalte Krieg zwischen der UdSSR und ihren ehemaligen Partnern in der Anti-Hitler-Koalition trug mit Marshallplan und eigener Staatsgründung erheblich zur Verbesserung der Lebensverhältnisse in den *westlichen* Besatzungszonen bei.

„Das Scheitern der Londoner Außenministerkonferenz im Dezember 1947 beschleunigte die Bereitschaft und die Vorbereitungen zur Gründung eines westdeutschen Staates auf seiten der USA und Großbritanniens. Das zeigte sich in der Neu-

[77] Allgemeiner Anzeiger 4. 10. 1946, 2. 8. 1947, 13. 9. 1947
[78] THAMER 1986, S. 478 f
[79] BENZ 2009, S. 169

organisation der Bizonen-Administration[80] im Januar 1948, und auf diplomatischem Parkett bemühten sich die beiden Westmächte im unmittelbaren Anschluß an die Londoner Konferenz um die Zustimmung Frankreichs zu ihren Deutschlandplänen. […] Nach langwierigen Verhandlungen, bei denen auch die französischen Wünsche nach einem möglichst lockeren deutschen Staatenbund eine Rolle spielten, ergab sich ein Minimalkonsens, … Im Schlußkommuniqué […] waren das Programm und die organisatorischen Umrisse einer neuen Konstitution Westdeutschlands beschrieben: Diese Verfassung sollte so beschaffen sein, daß sie es den Deutschen ermöglichte, ihren Teil dazu beizutragen, die augenblickliche Teilung Deutschlands wieder aufzuheben, allerdings nicht durch die Wiedererrichtung eines zentralistischen Reiches, sondern mittels einer föderativen Regierungsform, die die Rechte der einzelnen Staaten angemessen schützte, gleichzeitig eine angemessene zentrale Gewalt vorsah und die Rechte und Freiheiten des Individuums garantierte."[81]

Der Auftrag zur Staatsgründung war in den „Frankfurter Dokumenten" enthalten, die die westlichen Militärgouverneure am 1. Juli 1948 an die Ministerpräsidenten der elf mittlerweile bestehenden westlichen Länder übergaben und deren zentraler Satz lautete: „Die verfassunggebende Versammlung wird eine demokratische Verfassung ausarbeiten, die für die beteiligten Länder eine Regierungsform des föderalistischen Typs schafft, die am besten geeignet ist, die gegenwärtig zerrissene deutsche Einheit schließlich wieder herzustellen, und die Rechte der beteiligten Länder schützt, eine angemessene Zentralinstanz schafft und die Garantien der individuellen Rechte und Freiheiten enthält." Der erste Schritt zur Verwirklichung dieses Auftrages wurde in Rheinland-Pfalz getan: Auf dem „Rittersturz" bei Koblenz (9./10. Juni 1948)[82] diskutierten die Ministerpräsidenten, denen klar war, dass sie den Weg zur deutschen Teilung betreten sollten und die deshalb erhebliche Skrupel hatten, das weitere Vorgehen, ohne dass sie wirklich eine Wahl hatten. Wir müssen die folgenden Schritte[83] auf dem Wege zum Grundgesetz – und damit auch auf Deutschlands „langem Weg nach Westen"[84] – nicht erörtern, sie bilden die allgemein bekannte Gründungsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Der Landtag von Rheinland-Pfalz stimmte dem Grundgesetz mit 91 gegen 8 Stimmen zu.

---

[80] Bizone: der Zusammenschluss der US-amerikanischen und der britischen Besatzungszone zum „Vereinigten Wirtschaftsgebiet" (1. 1. 1947), dessen Institutionen (u. a. der Wirtschaftsrat) gewissermaßen die Keimzelle der späteren Regierungsorgane der Bundesrepublik Deutschland bildeten. 1948 erhielt das Vereinigte Wirtschaftsgebiet auch legislative Organe, Vorläufer von Bundestag und Bundesrat.

[81] BENZ 2009, S. 188

[82] MATHY 1997, S.30

[83] Verfassungskonvent von Herrenchiemsee 10. – 23. August 1948, Konstituierung des Parlamentarischen Rats in Bonn 1. September 1948, Verabschiedung des Grundgesetz-Entwurfs durch den Parlamentarischen Rat 8. Mai 1949, Abstimmungen der Länderparlamente über das GG, Verkündung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland am 23. Mai 1949.

[84] Vgl. **Winkler**, Heinrich August: Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte II: Vom „Dritten Reich" bis zur Wiedervereinigung. München 2000; besonders S. 116 ff

Man kann es als einen Ausdruck der wiedergewonnenen Lebensfreude ansehen, dass die Meisenheimerinnen und Meisenheimer im Juli 1949 zum ersten Mal seit zehn Jahren wieder ihr Heimbacher Brunnenfest feiern konnten. Schulleiter Herbert Schötz notierte in der Schulchronik, was vier Jahre nach Kriegsende schon wieder möglich war:

„In den letzten Tagen vorher wurde überall fieberhaft gearbeitet: alles wurde mit Grün geschmückt, geputzt, viele Häuser erhielten noch einen neuen hübschen Anstrich, Kuchen wurde in Mengen gebacken, nicht zuletzt wollte jede Frau ein neues Kleid haben."[85]

Sechs Wochen nach dem ersten Nachkriegs-Heimbachfest fand auch die erste Bundestagswahl statt. Liest man die Worte Rektor Schötz', so gewinnt man den Eindruck, dass das eine noch etwas erklärungs- und gewöhnungsbedürftige Angelegenheit war:

„Am 14. August 1949 wurden die Mitglieder zum Bundestag gewählt. Die Bundesrepublik Deutschland ist das neue Gebilde, das 4 ½ Jahre nach Waffenruhe (einen Friedensvertrag haben wir noch immer nicht) Deutschland wieder einen soll. Wenigstens den westlichen Teil, die amerikanisch, britisch und französisch besetzten Zonen, während die russisch besetzte Zone noch abseits steht. Zur jetzigen Bundesrepublik gehören 11 Länder. Die Wahlbeteiligung war ziemlich stark, jedenfalls stärker, als erwartet worden war."[86]

Betrachtet man das Wahlergebnis von Meisenheim im Vergleich mit den Ergebnisse auf Landes- und Bundesebene, so fallen zwei Dinge auf: Während im Lande Rheinland-Pfalz die CDU einen starken Vorsprung vor der SPD erringen konnte – was bei der Konfessions-, Wirtschafts- und Sozialstruktur eines überwiegend agrarisch geprägten Landes mit nur wenigen Industriestädten zu erwarten war – so lagen die beiden Parteien in Meisenheim beinahe gleichauf; und die FDP bekam dreieinhalb mal so viele Stimmen wie im Bundesdurchschnitt:

I. Bundestag 1949	Stadt abs.	Stadt %	Land	Bund
Wahlbeteiligung	1.033	70,1	79,6	78,5
CDU	256	25,7	49,1	31,0
SPD	254	25,5	28,6	29,2
FDP	418	42,0	15,8	11,9
KPD	68	6,8	6,2	5,7
sonstige	--	--	0,3	22,2

Beide Phänomene hängen zusammen und lassen sich wohl so erklären, dass 1949 die Meisenheimer nationalliberale Tradition[87] wieder aufgelebt war – die Liberalen, wenn auch mit neuem Namen, waren das Sammelbecken der mittelständischbildungsbürgerlichen Meisenheimer. (Diese Besonderheit im Wahlverhalten dauerte, wenn auch allmählich abflachend, bis zum Beginn der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts an.) Diese Interpretation wird bestätigt durch einen Blick auf die

[85] SCHULCHRONIK III, S. 5

[86] ebenda, S. 8

[87] s. o. *Im Deutschen Kaiserreich* und *Goldene Zwanziger?*

Zusammensetzung des am 15. September 1946 (*vor* der Gründung der FDP[88]) gewählten 15-köpfigen Stadtrats (s. o.): 1946 sammelte sich die Mehrheit der Meisenheimer Wählerinnen und Wähler noch bei der CDP, die mehr als die Hälfte der Stadtratsmandate besetzen konnte und der auch Bürgermeister Max Kircher angehörte. Nachdem der stärker „nationalliberal“[89] orientierte SV mit der LP zusammengeschlossen war, deckte die Partei das Meisenheimer Meinungsspektrum der Nachkriegsjahre genauer ab.

Die nächsten Stadtratswahlen (s. folgendes Kapitel) zeigten dann aber schon das Bild, das für Kommunalwahlen, besonders in kleinen Orten, „wo jeder jeden kennt“, typisch wurde – das Vorherrschen freier lokaler Listen gegenüber den überregionalen Parteien. 1952 standen zwei Parteien (SPD und FDP) drei Listen gegenüber, 1956 war das Verhältnis sogar eins (SPD) zu fünf.

[88] 12. September 1948

[89] Der für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg eigentlich anachronistische Begriff wird hier verwendet, um auf die lang wirkende Tradition im Wahlverhalten hinzuweisen.(Vgl. oben die Kapitel „Im Deutschen Kaiserreich“ und „Die unvollendete Demokratie – in der Republik von Weimar“.)

Wirtschaftswunder-Zeiten

„Seit dieser Zeit hat Meisenheim Freud und Leid mit der Bundesrepublik Deutschland geteilt“, könnte man in Abwandlung der Worte Bürgermeister Schaffners über die Geschichte der folgenden Jahrzehnte schreiben. Tatsächlich vollzogen sich in allen Bereichen des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens in Meisenheim im Großen und Ganzen die gleichen Entwicklungen wie im übrigen Lande – nur eben im Kontext der Meisenheimer Tradition und im Rhythmus und Tempo einer kleinen Stadt. Zur Meisenheimer Tradition gehörte der Allgemeine Anzeiger, der sechs Wochen nach der ersten Bundestagswahl mit unüberhörbarem Stolz verkündete:

Wir sind wieder da!

Seit Jahr und Tag wartet die Bevölkerung des Glangebietes und der Seitentäler auf das Wiedererscheinen des alten Heimatblattes. Heute endlich können wir die so erfreuliche Mitteilung machen, daß

ab 1. Oktober 1949 der „Allgemeine Anzeiger“ vorerst 4mal wöchentlich wieder erscheint. Der Bezugspreis beträgt

monatlich 1.65 DM

zuzügl. 25 Pfg. Trägerlohn.

Mit dieser ersten Nummer kommt nach mehrjähriger Unterbrechung ein Blatt in die Häuser unserer engeren Heimat, das überall — so hoffen wir — wie

ein alter guter Bekannter

begrüßt und empfangen wird, denn schon den Großeltern der meisten jetzigen Leser war der Anzeiger ein guter Freund.

Die zahlreichen Anfragen aus unserem Leserstamm haben uns bewiesen, daß das Treueverhältnis zwischen Bevölkerung und Heimatblatt weiterbesteht. Täglich sind in den letzten Jahren alte Bezieher an uns herangetreten und haben gefragt: „Wann kommt unser Heimatblatt wieder?“ Das alte Band ist nicht zerrissen, es verbindet jetzt wieder die Städtchen, die Dörfer, die Häuser und die Familien im mittleren Glangebiet miteinander.

„Wir sind wieder da! Seit Jahr und Tag wartet die Bevölkerung des Glangebietes und der Seitentäler auf das Wiedererscheinen des alten Heimatblattes. Heute endlich können wir die so erfreuliche Mitteilung machen, daß ab 1. Oktober 1949 der „Allgemeine Anzeiger“ vorerst 4mal wöchentlich wieder erscheint. […] **Jetzt wird wieder jedermann rechtzeitig das Neueste aus dem Heimatgebiet erfahren, jetzt hat wieder die Bevölkerung Gelegenheit, ihre Familienanzeigen zu veröffentlichen, jetzt ist dem Geschäftsmann wieder die Gelegenheit geboten, seine Ware in Kreisen anzubieten, aus denen seine Kundschaft kommt.** Außer den Nachrichten aus der Heimat wollen wir natürlich auch für eine sachliche und knappe Unterrichtung über das Weltgeschehen sorgen. […] Der 85 Jahre bestehende Verlag J. Feickert ist auch unter den schwierigen Verhältnissen der Gegenwart gewillt, seine Aufgabe zu erfüllen, die er darin sieht, unserer heimischen Bevölkerung ein wirklicher Helfer in allen Dingen des Lebens zu sein.“ [1]

Nach dem Heimbacher Brunnenfest wurde auch die Tradition des Herbstmarktes wieder belebt, in der alten Kombination von Viehmarkt mit Prämierung von Zuchtleistungen einerseits und Volksfest mit Musik und Tanz andererseits. Im

[1] Allgemeiner Anzeiger 29. 9. 1949

Oktober 1949 fand er auf dem alten Sportplatz „Im Tal", unmittelbar am rechten Glanufer erstmals wieder statt. Die „Allgemeine Zeitung" aus Mainz resümierte:

„So klangen die festlichen Tage aus […] die alte Residenzstadt Meisenheim und ihr weites Hinterland haben bei dieser Veranstaltung gezeigt, daß sie noch immer eine Einheit bilden. Neben der glänzenden Leistungsschau der heimischen Viehzucht hat auch die Meisenheimer Geschäftswelt beweisen dürfen, daß sie mit der Zeit geht und allen an sie gestellten Wünschen und Anforderungen gewachsen ist. Der alte Ruf Meisenheims als kultureller und wirtschaftlicher Mittelpunkt seines Gebiets wurde aufs Neue bestätigt und für die Zukunft gefestigt."[2]

Die bestätigte Zentralitätsfunktion brachte der kleinen Stadt eine angemessene Teilhabe an der Rekonstruktions- und Nachholkonjunktur der Nachkriegszeit, die in das geschichtliche Gedächtnis der Deutschen unter dem hübscheren Namen „Wirtschaftswunder" eingegangen ist. Die Forschung zur bundesrepublikanischen Wirtschaftsgeschichte[3] hat seit den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts herausgearbeitet, dass man das „Wunder" durchaus erklären kann. So waren – erstens – die Zerstörungen der industriellen Produktionskapazitäten geringer,[4] als die Menschen angesichts der entsetzlichen Bilder zerstörter Wohnstädte annehmen mochten; das wirtschaftliche Problem lag in den Zerstörungen der Verkehrsinfrastruktur, die verhältnismäßig rasch zu beheben waren. Zweitens war „nirgendwo sonst … ein so großes Reservoir an qualifizierten, flexiblen und leistungsorientierten Arbeitskräften vorhanden, wie es die Bundesrepublik durch das Millionenheer von Flüchtlingen und Vertriebenen hatte."[5] Marshallplan und Währungsreform schufen – drittens – günstige Rahmenbedingungen im Finanzsektor. Und als das riskante Manöver Wirtschaftsminister Erhards, die kaum rekonstruierten Unternehmen dem freien Wettbewerb des Weltmarktes auszusetzen, die Arbeitslosigkeit von 400.000 zum Zeitpunkt der Währungsreform auf über 2 Millionen Menschen im Februar 1950 ansteigen ließ, da kam – viertens – der durch den Ausbruch des Krieges in Ostasien (Juni 1950) ausgelöste Korea-Boom zur Hilfe: „…weil die Bundesrepublik als einziger großer westlicher Industriestaat über freie Kapazitäten verfügte, kam die Exportwirtschaft immer mehr auf Touren",[6] langsam stiegen daher jetzt auch die Reallöhne, und die Bedürfnisse der Menschen, die durch Bombenkrieg und Vertreibung buchstäblich alles verloren hatten und es vom Kochtopf über die Kleidung bis zum Radiogerät ersetzen mussten, bescherten der bundesdeutschen Wirtschaft – fünftens - eine lang anhaltende Konjunktur.

Kann man das Phänomen also wissenschaftlich erklären – für die Menschen war es *doch* ein Wunder, als sie am 1. 7. 1950 mit dem Allgemeine Anzeiger jubeln konnten:

„Butter frei! Wie sich das anhört, was? Das Ende einer 10-jährigen Zwangsbewirtschaftung ist glücklich gekommen, und mit ihrem Ende ist gleichzeitig ein er-

---

[2] Allgemeine Zeitung 18. 10. 1949

[3] Siehe besonders die Arbeiten von **Abelshauser**, Werner: Wirtschaft in Westdeutschland 1945 – 1949, Stuttgart 1975; und **derselbe**: Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland (1945 – 1980). Frankfurt a. M. 1993

[4] WOLFRUM 2005, S. 120

[5] ebenda, S. 130

[6] ebenda, S. 120

freulicher Sturz der Schwarzmarktpreise eingetreten. Jetzt können aber die Kartenstellen wirklich einpacken!"[7]

Das *eigentliche* Wunder ist aber darin zu sehen, dass der zweite Versuch der Deutschen mit der Demokratie gelang. Die gegen Kriegsende schätzungsweise 6,5 Millionen Mitglieder der NSDAP verwandelten sich in ihrer Mehrheit stillschweigend (und vielleicht sogar schamerfüllt) in unauffällige demokratische Bürger. Selbst die Integration vieler hoher Funktionäre des NS-Regimes verlief reibungslos – wenn auch um den Preis politisch und moralisch fragwürdiger Entscheidungen wie beispielsweise der Ernennung des Juristen und Kommentators der „Nürnberger Gesetze" von 1935 (s. o.) Hans Globke[8] zum Staatssekretär im Bundeskanzleramt.

Auch in Meisenheim, das, wie wir gesehen haben, dem nationalsozialistischen Angriff auf die Weimarer Demokratie nur wenig entgegengetreten war, wurde die demokratische Republik akzeptiert – wenn es auch bei den Bundestagswahlen von 1953 und 1957[9] noch 185 bzw. 60 Wähler der rechtsextremen DRP[10] gab. Dass zwölfmal, vier Jahre später immer noch viermal so viele Wähler in Meisenheim wie im Bundesdurchschnitt Nazi-Nostalgie pflegten, ist schon einigermaßen erschreckend.

II. 1953	Stadt abs.	Stadt %	Land	Bund
Beteiligung	1.503	82,6	86,1	83,2
CDU	571	38,0	52,1	45,2
SPD	305	20,3	27,2	28,8
FDP	323	21,5	12,1	9,5
KPD	14	0,9	2.3	2.2
BHE	34	2,3	1,5	5,9
DP	16	1,1	1,1	3,2
GVP	21	1,4	1,2	1,1
DRP	185	12,3	2,5	1,1
sonstige	--	--	--	1,3

[7] Allgemeiner Anzeiger 1. 7. 1950

[8] Der Name dieses Mannes, der bis 1963 an einer zentralen Schaltstelle deutscher Politik arbeitete und damit viel Aufmerksamkeit auf sich zog, obwohl er weder NSDAP-Mitglied noch gar an NS-Verbrechen beteiligt gewesen war, steht hier *stellvertretend* für die personelle Kontinuität von der NS-Zeit zur frühen Bundesrepublik – in Verwaltung, Bildungswesen und Justiz. „Das größte Kontingent nicht belangter NS-Täter zeigte sich allerdings bei den Juristen, die in der Bundesrepublik zu ‚Richtern in eigner Sache' aufstiegen, ihren Berufsstand kollektiv freisprachen und zugleich Ermittlungen gegen nationalsozialistische Gewaltverbrechen verschleppten oder Verfahren einstellten." (WOLFRUM 2005, S. 219) Zu diesen „furchtbaren Juristen" zählte Hans Filbinger, der der Ansicht war: „Was damals Recht war, kann heute nicht Unrecht sein." (**Ramge**, Thomas: Die großen Polit-Skandale. Eine andere Geschichte der Bundesrepublik. Frankfurt/New York 2003, S. 140.)

[9] StRP Bd. 39

[10] Deutsche Reichspartei – personell und ideologisch Vorläuferorganisation der heutigen NPD.

III.1957	Stadt abs.	Stadt %	Land	Bund
Beteiligung	1.449	85,9		84,5
CDU	503	34,7	53,7	50,2
SPD	451	31,1	30,4	31,8
FDP	300	20,7	9,8	7,7
BHE	38	2,6	1,5	4,6
DP	27	1,9	1,6	2,8
DRP	60	4,1	2,7	1,0
	--	--	--	--

Eine auch für unser Städtchen bedeutsame Entwicklung bahnte sich genau fünf Jahre nach Kriegsende an. Am 9. Mai 1950 verlas der französische Außenminister Robert Schuman „eine Regierungserklärung, in der er den Plan einer Zusammenlegung der deutschen und französischen Kohle- und Stahlproduktion bekanntgab; sie sollte unter internationale Kontrolle gestellt werden und für die Beteiligung anderer Länder Europas offen sein. *[Der Schuman-Plan]* gilt als ‚Geburtsurkunde des gemeinschaftlichen Europa' […].Um künftige Kriege in Europa zu verhindern, sollten die Montanindustrien der westeuropäischen Staaten miteinander verschmolzen werden."[11]

Dass aus der „Montanunion" die EWG, aus dieser schließlich die EU hervorgegangen ist, ist allgemein bekannt. Aber die Quellen sagen uns nichts darüber, und Zeitzeugen erinnern sich nicht mehr, ob den Meisenheimerinnen und Meisenheimern schon im Frühjahr 1950 klar geworden ist, *was* da so kurz nach dem Krieg, der Europa fast zugrundegerichtet hätte, seinen Anfang nahm: Zum ersten Mal seit über 1000 Jahren, genauer: seit dem letzten der Verträge zur Teilung des Karolingerreiches, Bonn 921,[12] lebten sie nicht mehr in einer immer wieder von Kriegen heimgesuchten Randlage zwischen Deutschland und Frankreich, sondern mitten in einem Europa, das sich anschickte, Krieg zumindest zwischen seinen westlichen Staaten unmöglich zu machen. Dass fünf Jahre später die „Pariser Verträge" die Aufhebung des Besatzungsregimes und den Beitritt Westdeutschlands zur NATO regelten und die Westintegration der Bundesrepublik besiegelten, werden die Menschen in der kleinen Stadt schon deswegen wahrgenommen haben, weil ein weiterer Vertrag ihre unmittelbare Nachbarschaft betraf:

„Schließlich, auch dies war ein Bestandteil der Pariser Verträge, unterzeichneten auf bilateraler Ebene Konrad Adenauer und der französische Ministerpräsident Pierre Mendès-France das Saarstatut, das ein politisch zwar autonomes und europäisiertes, jedoch mit Frankreich durch eine Währungs- und Zollunion wirtschaftlich verbundenes Saarland vorsah. Drei Monate nach dem Inkrafttreten, so war es vorgesehen, sollte die saarländische Bevölkerung über das Statut abstimmen - und sich zur allgemeinen Überraschung ganz anders entscheiden als man vermutet hatte. […] Das Saarstatut (wurde) am 23. Oktober 1955 der Saarbevölkerung zur Abstimmung vorgelegt, die es mit einer Mehrheit von 67,7 % ablehnte…. Das eindrucksvolle Wählervotum konnte von den westlichen Demokratien schwerlich

[11] WOLFRUM 2005, S. 150 f

[12] s. o. S. 43

mißachtet werden. … Neue deutsch-französische Verhandlungen führten …zum Saarvertrag, der vorsah, die Saar mit Beginn des Jahres 1957 politisch und am 1. Januar 1960 auch wirtschaftlich in die Bundesrepublik einzugliedern.“[13]

Schließlich führte das gute persönliche Verhältnis Präsident de Gaulles und Bundeskanzler Adenauers zum „Gedanken einer deutsch-französischen Union, aus dem schließlich der am 22. Januar 1963 unterzeichnete Elysée-Vertrag hervorgehen sollte“.[14] Die „Erbfeindschaft“, die auch den Menschen in Meisenheim immer wieder Not und Bedrängnis gebracht hatte, war begraben.

Den Kalten Krieg, die gegenseitige Hochrüstung, den Ausbau des Landes Rheinland-Pfalz zum „Flugzeugträger“ der NATO bekamen die Menschen in Meisenheim schon deswegen hautnah mit, weil der Lärm der Tiefflieger und des Artillerie-Schießplatzes Baumholder auch bei ihnen zu hören war. Ob das Vorhandensein von atomarer Munition in ihrer Nähe sie beunruhigt hat, lässt sich nicht mehr mit Sicherheit sagen; jedenfalls wussten sie davon, es stand in der Zeitung:

„Im Zuge der Herbstmanöver fuhr heute früh ein Atomgeschütz in unsere Stadt. Die Amerikaner hatten sich scheinbar verfahren. Das Geschütz konnte natürlich nicht durch das Untertor fahren. Auch am Gelben Haus sowie am Klenkertor mußte lange operiert werden, bis ein Weiterfahren möglich war.“[15]

Vielleicht war es in diesem Zusammenhang, dass ein Schild[16] an der Einmündung der Straße Obertor in die B 420 aufgestellt wurde, das noch bis zum Sommer 2010 dreisprachig warnte:

“Military Attention! The narrow local streets are not practicable for armoured cars and other heavy track vehicles. / Achtung Militär! Die engen Ortsstraßen sind für Kettenfahrzeuge und sonstige schwere militärische Fahrzeuge nicht befahrbar. / Militaire Attention! Pour les chars chaînés ou pour d’autres véhicules lourds les rues étroites de cette localité ne sont pas practicables. »

Nach dem Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953 nahm die Zahl der Flüchtlinge aus der DDR stark zu, und Meisenheim reservierte ausdrücklich einige Wohnungen in den Neubauvorhaben (s. nächsten Abschnitt) für „Sowjetzonenflüchtlinge“. Als im September 1955 Bundeskanzler Adenauer beim Staatsbesuch in Moskau im Gegenzug für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der UdSSR die Freilassung aller noch in der Sowjetunion festgehaltenen Kriegsgefangenen erreicht hatte, war anscheinend keine Meisenheimer Familie davon unmittelbar betroffen; dennoch nahm die Stadt Anteil:

„Die Stadt Meisenheim wird heute Mittag einem heimatlosen Rußlandheimkehrer im Rathaus einen schönen Empfang bereiten. Der Leiter der Brauerei Bonnet, Herr Dr. Kuus, der selbst mehrere Jahre in russischer Kriegsgefangenschaft war, ist am Montag nach Friedland gefahren, um einen heimatlosen Heimkehrer nach Meisenheim einzuladen. Der 30 Jahre alte Helmut Krüger, gebürtig in Frankfurt an der Oder, der 11 Jahre lang in russischer Gefangenschaft lebte und jetzt keine Angehörigen mehr hat, wird heute Mittag 12.30 Uhr aus Friedland hier erwartet. Der Heimkehrer wird zunächst auf Einladung der Brauerei 4 Wochen lang im Bahn-

---

[13] WOLFRUM 2005, S. 173 und 180

[14] ebenda, S. 255 f

[15] Allgemeiner Anzeiger 31. 8. 1954

[16] Foto im Besitz des Verfassers

hofshotel wohnen und dann auch einen Arbeitsplatz in der Brauerei Bonnet erhalten."[17]

Im Übrigen aber machte man Kommunalpolitik, um die örtlichen Probleme zu lösen. Dominierende Gestalt der Lokalpolitik war bis zum 30. April 1965 der Bankier Max Kircher, Mitgründer der CDU in Meisenheim, der aber seit 1952 bei Kommunalwahlen mit einer eigenen Liste antrat. Vorwürfen, durch das Auftreten freier Listen neben den Land- und Bundestagsparteien werde der Zersplitterung der politischen Landschaft Vorschub geleistet,[18] wurde entgegengehalten, in der Kommunalpolitik gehe es um die Lösung „konkreter Sachaufgaben", dabei könnten parteipolitische „Parolen…nur schaden."[19] Tatsächlich zeigte die weitere Entwicklung, die wir nicht im Einzelnen verfolgen müssen, dass je nach Problem- und Interessenlage die Listen, ob nun unabhängige oder parteigebundene, untereinander von Wahl zu Wahl eine starke Fluktuation aufwiesen, dieselben Kandidaten mal auf freien, mal auf Parteilisten auftauchten.

Meisenheim unterschied sich da nicht von anderen Orten ähnlicher Größenordnung. Wo Wählerinnen und Wähler Kandidaten noch persönlich kennen, ist ihnen eine „Persönlichkeitswahl" unter „den besten und tüchtigsten Männern bezw. Frauen ihrer Gemeinde"[20] bis heute durchaus möglich, was natürlich andererseits auch immer mal wieder rein persönliche Animositäten in die Wahlentscheidung einfließen lässt und die Auseinandersetzung verschärft. Jedenfalls glich der Satz, mit dem der Allgemeine Anzeiger das Stadtratswahlergebnis 1956 verkündete, fast einem Stoßseufzer: „Die Wahlen, die die Gemüter in den letzten Tagen besonders erregt hatten, sind glücklich vorüber."[21] – Zur Veranschaulichung folgen die Ergebnisse der ersten vier Stadtratswahlen[22] seit Gründung der Bundesrepublik, die zugleich die Amtszeit von Bürgermeister Max Kircher umreißen.

Stadtrat 1952	Stimmen	15 Sitze
SPD	164	2
FDP	228	3
Liste Kircher, Max	510	7
Liste Venter, Ernst	170	2
Liste Hill, Karl	104	1

Stadtrat 1956	Stimmen	15 Sitze
SPD	191	2
Liste Kircher, Max	372	5
Liste Dornbusch, Otto	116	1
Liste Schwinn, Willi	117	2
Liste Laubenheimer, Karl	261	4
Lister Venter, Ernst	112	1

[17] „Heute Empfang eines Spätheimkehrers". Allgemeiner Anzeiger 19. 10. 1955

[18] Karl Laubenheimer: „Gedanken zur Stadtratswahl", Allgemeiner Anzeiger 22. 10. 1952

[19] Georg Becker: „Zur Stadtratswahl" , Allgemeiner Anzeiger 25. 10. 1952

[20] Hans Walter: „Zur Stadtratswahl", ebenda

[21] Allgemeiner Anzeiger 20. 11. 1956.

[22] Zusammengestellt nach den Angaben im Allgemeinen Anzeiger, der Allgemeinen Zeitung und der SCHULCHRONIK III.

Stadtrat 1960	Stimmen	15 Sitze
CDU	184	2
SPD	421	4
FDP	178	2
Liste Kircher, Max	443	5
Liste Laubenheimer, Karl	127	1
Liste Hassinger, Jakob	87	1

Stadtrat 1964	Stimmen	15 Sitze
CDU	151	2
SPD	505	6
FDP	80	--
Liste Fey	123	1
Liste Walter	203	2
Liste Schuck	182	2
Liste Dr. Grunow	82	1
Liste Dr. Schneider	142	1

Jahre des Wachstums

Der britische Historiker Eric Hobsbawm hat in seiner „Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts" die Zeit von 1945 – 1973 als „Die goldenen Jahre"[23], jedenfalls für die westlich-kapitalistischen Industriestaaten, bezeichnet:

„Von höchster Priorität für die europäischen Staaten und Japan war es, sich vom Krieg zu erholen. […] Für die nichtkommunistischen Staaten bedeutete Erholung obendrein, die Ängste vor einer sozialen Revolution und einem sich ausbreitenden Kommunismus, den Hinterlassenschaften von Krieg und Widerstand, zu überwinden. […] Die Geheimwaffe einer Gesellschaft, die ‚Wohlstand für alle' produziert – die Vollbeschäftigung –, begann sich erst in den sechziger Jahren auszuwirken, nachdem die durchschnittliche europäische Arbeitslosenrate auf 1,5 Prozent gesunken war. […] Europa konnte sich seines außerordentlichen Wohlstandes also erst in den sechziger Jahren wirklich gewiß sein. Von da an begannen nun kundige Beobachter zu glauben, daß alles und jedes in der Wirtschaft irgendwie immer weiter vorwärts und aufwärts streben müsste."[24]

Aus diesem Glauben wurden die Industriestaaten dann durch die die Ölkrise von 1973 mit ihren wachstumshemmenden Wirkungen gerissen, die uns im nächsten Kapitel beschäftigen werden. – Deutsche Wirtschaftshistoriker folgen dieser Periodisierung, differenzieren aber stärker zwischen der Wiederaufbauphase (bis 1959), in der es noch recht knapp zuging, und den eigentlichen „goldenen Jahren".[25]

---

[23] **Hobsbawm,** Eric: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. München [2]1999, [HOBSBAWM 1999], S. 324 ff

[24] ebenda, S. 325 f

[25] Vgl. hierzu die beiden Sammelbände: **Schildt**, Axel / **Sywottek**, Arnold (Hg.): Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre. Bonn 1993

*Wieder*aufbau im Wortsinne war im glimpflich davongekommenen Meisenheim kaum nötig, wohl aber die Schaffung von Wohnraum und Arbeitsplätzen für eine wachsende Bevölkerung. Infolgedessen musste auch die mit Wohn- und Gewerbegebäuden bebaute Stadtfläche wachsen, und zwar in einem Maße, das auch die – an sich schon nicht unerheblichen – Stadterweiterungen der Weimarer Zeit weit in den Schatten stellte. Da hierbei die Einwirkung von Kriegsfolgen und bundespolitischen Entscheidungen auf die von der Kommunalpolitik zu lösenden Aufgaben besonders deutlich wird, soll der Beginn dieses Wachstumsprozesses etwas ausführlicher geschildert werden.

Meisenheim teilte seit 1950 mit dem Rest Westdeutschlands die Aufgabe, eine große Zahl von Flüchtlingen und Vertriebenen aufzunehmen, unterzubringen und ihnen Arbeit zu verschaffen. Infolge der restriktiven Politik der französischen Militärregierung stieg in Rheinland-Pfalz die Zahl der Vertriebenen aus den Ostgebieten und der Flüchtlinge[26] aus der sowjetischen Besatzungszone erst *nach* 1949 an. „Seit der Gründung der Bundesrepublik war Rheinland-Pfalz im gleichen Maße wie die anderen Bundesländer an der Verteilung und Aufnahme der Flüchtlinge beteiligt".[27] Sie kamen seit 1950 mit Transporten, die die Länder Schleswig-Holstein und Niedersachsen entlasten sollten und wurden offiziell auf die Gemeinden verteilt; im Kreis Bad Kreuznach insgesamt 17.222 Menschen (ca. 16 % der Einwohner).[28] In diesen Zahlen sind nicht die Ausgebombten aus Großstädten enthalten, die bei Verwandten in kleineren Orten Unterschlupf gesucht hatten. Da die Städte Bad Kreuznach, Kirn und Sobernheim stärker als Meisenheim von Bomben getroffen worden waren, muss Meisenheim mehr als die 377 Menschen aufgenommen haben, die bei seiner Einwohnerzahl rein statistisch zu erwarten gewesen wären.[29] Der erste Transport kam am 28. April 1950 in Meisenheim an:

„Der erste Flüchtlingstransport ist heute Vormittag um ½ 11 Uhr in unserer Stadt eingetroffen. Es handelt sich um 30 Familien mit insgesamt 138 Personen, die auf Stadt und Amt Meisenheim verteilt werden. Die Flüchtlinge kamen in 4 Omnibussen von Langenlonsheim.[30] In Meisenheim selbst bleiben 14 Personen. Allen Heimatvertriebenen rufen wir ein herzliches Willkommen entgegen. Mögen

---

und: **Schildt**, Axel / **Siegfried**, Detlef / **Lammers**, Karl Christian (Hg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften. Hamburg 2000

[26] Die historisch und juristisch korrekte Unterscheidung zwischen ‚Vertriebenen' und ‚Flüchtlingen' verwischte sich im Alltagssprachgebrauch sehr schnell; man redete im Allgemeinen unterschiedslos von Flüchtlingen.

[27] STEIN 1984, S. 235

[28] **Vogt**, Werner: Die Nachkriegszeit und der Wiederaufstieg im Naheraum. In: HEIMATCHRONIK, S. 189

[29] Die im Landeshauptarchiv Koblenz verfügbaren Quellen erfassen die Zahlen nur bis zur Ebene der Kreise; die Stadt Meisenheim direkt betreffende Zahlen konnte ich für die unmittelbare Nachkriegszeit nicht ermitteln. Im Jahr 1961 wurden in Meisenheim 533 Flüchtlinge und Vertriebene gezählt, die damit 58,1% der *Zunahme* der Wohnbevölkerung seit 1939 ausmachten. **Duckwitz**, Gert: Kleinstädte an Nahe, Glan und Alsenz – ein historisch-geographischer, wirtschafts- und siedlungsgeographischer Beitrag zur regionalen Kulturlandschaftsforschung. Paderborn 1971 [DUCKWITZ 1971], Tabelle 3

[30] Dort befand sich ein Durchgangslager, wo die Menschen in Eisenbahn-Zügen ankamen, um am folgenden Tage die Reise zu ihren Bestimmungsorten mit Bussen fortzusetzen.

sie sich nach dem jahrelangen unruhevollen Leben in ihrer neuen Heimat bald zurechtfinden, das ist unser aller Wunsch!"[31]

Am nächsten Tag hatte der Allgemeine Anzeiger weitere Einzelheiten über Herkunft und Empfang der Flüchtlinge in Erfahrung gebracht:

„Meisenheims Neubürger. Wie wir bereits in der gestrigen Ausgabe…mitteilten, trafen am Vormittag […] in 4 Omnibussen 138 Neubürger für das Amt Meisenheim ein. Amtsbürgermeister Lehmann hatte […] in seiner Begrüßungsrede darauf hingewiesen, er wünsche von Herzen, daß sich die aus Ostpreußen stammenden und seit 5 Jahren in Schleswig-Holstein lebenden Heimatvertriebenen bei uns wohlfühlen und sich baldigst akklimatisieren mögen. Nicht Hütten, sondern menschenwürdige Wohnmöglichkeiten wären für sie bereitgestellt. Er bat, sich den Gelegenheiten anpassen und auch von ihrer Seite aus Bereitwilligkeit zeigen zu wollen. Der Omnibus mit den 15 (4 Familien) Neubürgern für Meisenheim wurde an der Volksschule von Bürgermeister Kircher…empfangen und durch die Schulspeisung mit Kakao, Keks, Schokolade und Süßigkeiten versorgt. Zum Mittagessen, das…in einem der Schulsäle eingenommen wurde, stiftete die Brauerei Bonnet Bier, das den Flüchtlingen ausgezeichnet mundete."[32]

Am 5. August 1950 traf dann bereits „der 14. Umsiedlertransport mit 40 Familien und 150 Personen im Durchgangslager Langenlonsheim ein"[33] und wurde am 7. August in seine Bestimmungsorte im Amt Meisenheim weitergeleitet.

Schon im Juni war in Meisenheim in Anwesenheit Amtsbürgermeister Lehmanns eine Ortsgruppe des Bundes der Heimatvertriebenen gegründet worden,[34] die sich zwar auf ihrer zweiten Sitzung die „Charta" des BdV „stehend angehört" hatte, die sich im Übrigen aber stärker mit den Alltagsproblemen ihrer Mitglieder befasste.[35] Um das Zusammenwirken von Neubürgern, alten Einwohnern und kommunaler Politik bei der Lösung dieser Probleme zu gewährleisten, wurde ein „Flüchtlingsausschuss" gebildet, der sich etwa um die Höhe der Mieten, um Spendenaktionen für Hausrat, die Zuteilung von Gartenland und die Organisation einer Weihnachtsfeier für die Flüchtlingskinder kümmerte.[36]

Der Bau von Wohnungen wurde jetzt sehr dringend – in den nächsten Jahren entstanden in rascher Folge etliche Mehrfamilienhäuser, ein Bautyp, der bisher im Meisenheimer Stadtbild eher selten vorgekommen war. Eines der ersten war das Sieben-Familien-Haus in der Warthstraße:[37] „Die einzelnen Zimmer eines jeden Stockwerks sind geräumig und für die Inneneinrichtung bequem gestaltet. Breite Fenster lassen sie hell und luftig erscheinen, Badezimmer für jede einzelne Wohnung sorgen für die notwendige Körperpflege. […] Mit seinem Mehrfamilienhaus,

---

[31] Allgemeiner Anzeiger 28. 4. 1950. – Die Schulchronik gab etwas anders an, wer in der Stadt Meisenheim blieb: „15 Personen mit zwei arbeitsfähigen Männern und 1 schulpflichtigen Kind." SCHULCHRONIK III, S. 24

[32] Allgemeiner Anzeiger 29. 4. 1950

[33] Allgemeiner Anzeiger 4. 8. 1950

[34] Allgemeiner Anzeiger 26. 6. 1950

[35] Allgemeiner Anzeiger 23. 8. 1950

[36] „Dank der Flüchtlinge an die Bevölkerung / Tagung des Flüchtlingsausschusses für das Amt Meisenheim" - Allgemeiner Anzeiger 15. 11. 1950

[37] „‚Neues' Meisenheim", Allgemeiner Anzeiger 15. 5. 1952

das in diesen Tagen bereits bezogen werden wird, und in dessen Erdgeschoß sich ein neues Lebensmittel- und Feinkostgeschäft […] mit breitgelagerten einladenden Schaufenstern befindet, hat unsere kleine Stadt wieder einen Schritt weiter getan in ihrer modernen Hausgestaltung."[38]

7-Familien-Haus mit Laden in der Warthstraße (1952, Foto 2010)

Die bewundernden Worte von „B.", dem Reporter des Allgemeinen Anzeigers zeigen, dass der Ausstattungsstandard des Neubaus für viele Einwohner in Meisenheims Altstadt noch etwas Ungewöhnliches war. – Die durch den Bombenangriff im Oktober 1944 entstandene Baulücke am Obertor wurde durch ein Sechs-Familienhaus geschlossen, ein weiteres Sechs-Familienhaus wurde auf der Nordseite der Herzog-Wolfgang-Straße von der Kreissiedlungsgesellschaft gebaut – „trotzdem ist die Wohnungsnot immer noch sehr stark, da ständig Neuzuzüge zu verzeichnen sind," notierte Rektor Schötz im Oktober 1953,[39] und am Jahresende resümierte er: „Die Bautätigkeit in der Stadt war im Jahre 1953 überraschend groß. Neben vielen Privatbauten gab es auch industrielle Erweiterungen. Was fehlt, ist der soziale Wohnungsbau. Zwar wurde ein größeres Mietshaus gebaut…aber die gewonnenen 7 Wohnungen werden noch keine fühlbare Erleichterung unter den Wohnungssuchenden schaffen, vor allem auch, weil es sich nur um 2-Zimmer-Wohnungen handelt."[40]

Die Probleme wurden dadurch verschärft, dass in der Altstadt, auch verursacht durch Vernachlässigung während der Kriegsjahre, Bausubstanz teilweise so stark geschädigt war, dass „Lebensgefahr wegen Baufälligkeit eines Grundstückes" entstand und Familien dringend umquartiert werden mussten.[41] Der Stadtrat zog ernsthaft in Erwägung, von der Bundesbahn ausrangierte Wagen zu kaufen und als

[38] „Modernes Meisenheim", Allgemeiner Anzeiger 26. 9. 1952
[39] SCHULCHRONIK III, S. 70
[40] ebenda, S. 72
[41] Brief Amtsbürgermeister Lehmanns an Stadtbürgermeister Kircher, Allgemeiner Anzeiger 26. 2. 1953

Notwohnungen einzurichten;[42] weder schriftliche Unterlagen noch mündliche Auskünfte deuten allerdings auf die Ausführung des Planes hin.

6-Familienhaus, Herzog-Wolfgang-Straße (1958, Foto 2011)

Durch das Ende des Gerberei-Handwerks in Meisenheim wurden Gebäude in attraktiver Lage frei, und die Stadt erwarb sie.

„Der gesamte, rund 20 ar große Komplex an Gießen und Glan (verschiedene Trockenspeicher, Baracken, Badehaus mit Wohnung und Büroräumen, die Lohmühle, die Bodenfläche mit etwa 70 Gerbgruben usw.) wurde von der Stadt Meisenheim zum Preis von DM 35.800, - angesteigert. […] Man vertrat im Stadtrat einmütig die Ansicht, daß die Uebernahme dieses zentral gelegenen ganzen Komplexes in den Besitz der Stadt […] nur Vorteile bieten kann. Was nun mit den ganzen Gebäuden […] geschehen soll, kann im Einzelnen natürlich noch nicht gesagt werden. […] die Stadt (hat) eine Reihe dringender Probleme zu lösen: es sei da an die Unterbringung der Feuerwehrgeräte, Feuerwehrauto usw. gedacht. […] Die Stadt muß in naher Zukunft für Wohnungen sorgen. Zu den weiterhin zu lösenden Problemen gehören die […] Berufsschule, die Unterbringung der Gendarmeriestation usw. usw. Inwieweit die Lösung aller dieser Probleme mit dem Kauf der Gerberei in Verbindung zu bringen sind*[!]* wird der Stadtrat von Fall zu Fall zu entscheiden haben.“[43]

---

[42] „Eisenbahnwaggons als Notwohnungen / Platz für die Aufstellung noch nicht festgelegt“ Allgemeiner Anzeiger 26. 2. 1950

[43] „Stadt Meisenheim steigert die Gerberei“, Allgemeiner Anzeiger 26. 1. 1955

Unter anderem diente der Komplex tatsächlich vorübergehend als Gendarmeriestation, aber in einem Teil wurden auch Notunterkünfte eingerichtet, die 1957 noch einmal erweitert wurden.

„Der Stadtrat beschloss gestern Abend in geheimer Sitzung, zwei weitere Sechsfamilienhäuser in der verlängerten Herzog-Wolfgang-Straße unmittelbar oberhalb des bereits vorhandenen Sechsfamilienhauses zu bauen. Je 2 Wohnungen sind dabei für Sowjetzonenflüchtlinge vorgesehen. In einem der stadteigenen Gerbereigebäude sollen Notunterkünfte ausgebaut werden.“[44]

Der Bau zweier weiterer Sechsfamilienhäuser an der Ostseite der Raumbacher Straße und die Gründung einer Baugenossenschaft am 15. Dezember 1952[45] haben dann das Wohnungsproblem längerfristig auf ein erträgliches Maß gemindert.

Wenn man sich eine großmaßstäbliche Karte[46] von Meisenheim ansieht, bemerkt man, dass das bebaute Stadtgebiet – mit drei später zu betrachtenden Ausnahmen[47] rechts des Glan – durch zwei natürliche Grenzen und eine von Menschenhand erzeugte Linie umschlossen wird: Im Osten ist das der Glan, an den sich die Altstadt schmiegt, im Süden das Jeckenbach-Tal, zu dem das Gelände vom Bendstich steil abfällt, im Westen und Norden dagegen das geschwungene Band der B 420. Binnen eines Jahrzehnts, bis zum Beginn der 60er-Jahre des letzten Jahrhunderts, füllte Meisenheim dieses Areal fast vollständig aus.

Die Wohnstadt wuchs in drei Bereichen: Herzog-Wolfgang- und Bonnetstraße wurden weiter verlängert bis zu der Stelle, wo sie im Westen an der Deslocher Straße vor den Sportanlagen zusammentreffen.[48] Quer dazu, von der Herzog-Wolfgang-Straße nach Nordnordwest abzweigend, wurde die Carl-Hellermann-Straße mit einigen anschließenden Stichstraßen als Hauptachse zur Erschließung des Geländes zwischen Umgehungsstraße und „Schulstadt“ (Paul-Schneider-Gymnasium mit Internatsgebäuden, s. u.) planmäßig angelegt, der Bebauungsplan wurde bis 1959 mehrfach überarbeitet und ergänzt. Wer heute von der Herzog-Wolfgang-Straße aus zur am nordwestlichen Bogen der Umgehungsstraße gelegenen Realschule plus (ehemals Hauptschule) läuft, kann dabei fast so etwas wie eine „Architekturgeschichte des Einfamilienhausbaus in der zweiten Hälfte des Zwanzigsten Jahrhunderts“ betrachten (jedenfalls auf den ersten 450 Metern, danach überwiegen Mehrfamilienhäuser). Wenn er ganz genau hinsieht, wird er im Bereich zwischen Lindenallee und Carl-Hellermann-Straße und an der Merowinger Straße einige noch jüngere Häuser entdecken: Hier lagen die letzten (von zwei Bauern) landwirtschaftlich genutzten Flächen[49] im Stadtgebiet.

Die beiden anderen Erweiterungen der Wohnstadt hatten kleinere Dimensionen: Südlich der Straße Obertor wurde am Bendstich gebaut und zwischen Obertor und

---

[44] „Die Stadt baut 2 Sechsfamilienhäuser und Notunterkünfte.“ Allgemeiner Anzeiger 6. 11. 1957

[45] Allgemeine Zeitung und Allgemeiner Anzeiger 16. 12. 1952

[46] oder den Flächennutzungsplan: www.meisenheim,de/vg_meisenheim/Planen_und_Bauen/Bauleitplanung/Flächennutzungsplan 5. 9. 2010

[47] „Im Tal“, Landeskrankenhaus, „Am Hohrech/Am Hohrecher Weg/Auf Kipp“

[48] Allgemeiner Anzeiger 28. 11. 1953

[49] Allgemeiner Anzeiger 21. 12. und 23. 12. 1955

Bendstich westlich der Brauerei eine Verbindungsstraße angelegt. Und drittens entstand auf der Ostseite der Raumbacher Straße bis zum Glan ein Wohngebiet. Nördlich der Querstraßen ‚In den Tiefenäckern' und ‚Auf der Lach' endete die Wohnbebauung und begann das das zum Teil bereits vor dem Krieg erschlossene und bebaute Gewerbegebiet.

Was in gut einem Jahrzehnt geschafft worden war, belegt ein statistischer Vergleich[50] zwischen 1950 und 1961. Besonders eindrucksvoll: Die Zahl der Wohnungen stieg mehr als dreimal so stark wie die Bevölkerung insgesamt, und immer noch fast dreimal so stark wie die Zahl der Haushalte:

Meisenheim	**1950**	**1961**	*Veränderung*
Wohnbevölkerung	2.557	2.840	+ 11,06%
Privathaushalte	791	905	+ 14,41%
Personen/Haushalt	3,32	3,13	- 5,72%
Wohngebäude	390	485	+ 24,36%
Wohnungen insgesamt	592	816	+ 37,83%

Dabei ist nicht ganz unwichtig, dass die Wohnungen, in denen Vertriebene und Flüchtlinge unterkamen, über das Stadtgebiet verteilt wurden – die allgemein wohl richtige Bemerkung „Es gibt kaum eine Gemeinde in der alten Bundesrepublik, in der seit den 1950er Jahren nicht ein geschlossenes Siedlungsgebiet *(für Vertriebene, U. S.)* am Ortsrand entstanden ist…Die Kommunen haben mit ihrer Siedlungspolitik die Isolierung der Vertriebenen zuweilen gefördert, "[51] trifft für Meisenheim eindeutig nicht zu. Es wird sicher in der frühen 50ern Spannungen, verursacht durch sehr beengte Wohnverhältnisse, gegeben haben – an wirkliche Integrationsprobleme können Zeitzeugen sich nicht erinnern, auch schriftliche Hinweise sind nicht zu finden. So konnten die Flüchtlinge dann auch ihren Beitrag zum Wachstum der Meisenheimer Wirtschaft leisten.

Den ersten „Sprung über den Glan" machte die Wohnbebauung etwas später mit dem Bebauungsplan „Im Tal" von 1964, im Gebiet östlich vom Friedhof mit der Bürgermeister-Kircher- und der Bürgermeister-Schaffner-Straße als Hauptachsen und kleinen, nach Vögeln genannten Seiten- und Verbindungsstraßen. Bereits Ende 1965 waren „in der künftigen Gartenvorstadt …Straßen und Wege für die geplanten 80 Wohnhäuser…angelegt" und schon die ersten Häuser errichtet worden.[52]

Aber die Stadt musste nicht nur für Wohnungsbau sorgen, sondern auch für Arbeitsplätze. Die wichtigste Neuansiedlung war die der „Spinnerei Meisenheim GmbH", eines rechtlich selbständigen Zweigbetriebes der Spinnerei Pferdmenges & Scharmann in Rheydt (bei Mönchengladbach).[53] Die Verhandlungen zwischen Stadt, Investor und Grundeigentümern begannen im Frühjahr 1950, der Start der Bauarbeiten im Spätsommer 1951 weckte große Hoffnungen:

---

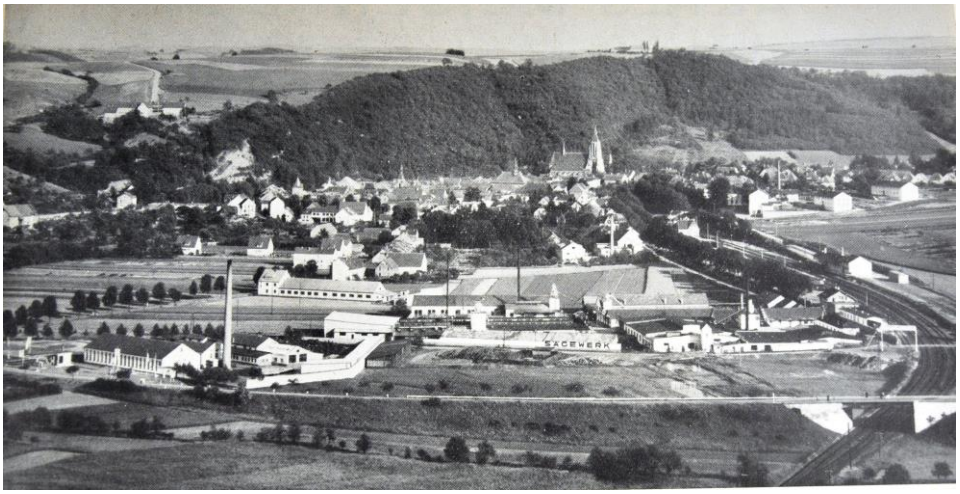
[50] **StRP** Band 21 a, Band 110, eigene Berechnungen

[51] **Kossert**, Andreas: Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945. Berlin 2008, S. 110

[52] „Zwischen den Jahren", Allgemeiner Anzeiger 30. 12. 1965

[53] HEIMATCHRONIK S. 426

Das Meisenheimer Gewerbegebiet 1957 und 2011



Da in über 50 Jahren nicht nur die Firmen im Gewerbegebiet, sondern auch die Bäume am Hang gewachsen sind, erkennt man nicht sehr deutlich, dass das Sägewerk verschwunden ist. Deutlich erkennbar dagegen der Neubau des Gesundheitszentrums über dem Glan und die Gebäude des Paul-Schneider-Gymnasiums am rechten Bildrand.

„Es besteht die berechtigte Aussicht, die Arbeitslosen wieder in den Arbeitsprozeß einzureihen, den Flüchtlingen Arbeit und Brot zu geben, den Kleinbauern der Nachbardörfer, die mit 10, 12, 15 oder 18 Morgen Land nicht mehr existenzfähig sind…eine zusätzliche Erwerbsmöglichkeit zu sichern. […] Unsere hier skizzierte Hoffnung ist wohl begründet, und wir finden uns in Übereinstimmung mit der Ansicht der maßgebenden Persönlichkeiten des Wirtschafts- und Finanzministeriums unseres Landes, die uns dankenswerterweise in unserem Bemühen um Industrieansiedlung […] unterstützten.“[54]

[54] L. (wohl Stadtratsmitglied Karl Laubenheimer): „Spinnerei Meisenheim GmbH.“ Allgemeiner Anzeiger 14. 5. 1951

Am 28. November 1953 war die Einweihung des Betriebes, der sich an der Südseite der Straße Obertor nach Westen hinzog. Der „Große Bahnhof“ mit Vertretern des Innen-, Finanz- und Wirtschaftsministeriums zeigte die Bedeutung, die die Landespolitik der Ansiedlung in einem „strukturschwachen“ Gebiet beimaß; die Rede von Bürgermeister Kircher deutete an, dass die Stadt einige Vorleistungen erbracht hatte: Der Stadtrat hat „kein Mittel unversucht gelassen, um die Schwierigkeiten, die sich ihm in großer Zahl in den Weg stellten, zu überwinden; ebenso wenig ist er vor finanziellen Opfern, die bis an die Grenzen der Leistungsfähigkeit unserer Stadt gingen, zurückgeschreckt.“[55]

Das bezog sich nicht nur auf den Grunderwerb (10 ha) und die Erschließung, die die Stadt bezahlt hatte, sondern auch auf einen zehnjährigen Gewerbesteuerverzicht der Stadt.[56] Auch danach zahlte die Spinnerei nur wenig Gewerbesteuer, weil die Auslieferung der in Meisenheim produzierten Waren an den zahlenden Kunden am Hauptsitz der Firma erfolgte.[57] Erleichtert wurden der Stadt die „finanziellen Opfer“ allerdings auch dadurch, dass Pferdmenges zugesagt hatte, „schon im 2. und 3. Betriebsjahr mit Siedlungsbauten – einem für Meisenheim unentbehrlichen Erfordernis“[58] – zu beginnen. Mit der Wohnanlage „Am Leyenbrunnen“ wurde die Zusage erfüllt.[59] Der Betrieb bot in seinen besten Zeiten 300 Arbeitsplätze und war zeitweise der größte Arbeitgeber der Stadt. Damit lag er im Wettstreit mit der Firma Möbel-Becker, die Ende der 50er Jahre um 300, später noch ca. 150 Beschäftigte hatte[60]. Das Unternehmen hatte seine im nordwestlichen Bogen des Heimbacher Weges gelegene Fabrik schon 1951 um ein Furnierwerk erweitert, das nicht nur für den Eigenbedarf arbeitete, sondern Edelholzfurniere u. a. an Schwarzwälder Produzenten von Radiogeräten lieferte.[61] Beim Richtfest gab Georg Becker, einer der beiden Inhaber, „der Hoffnung Ausdruck, daß die Fabrik in Zukunft immer bei ihrer Friedensproduktion, den Schlafzimmern mit den guten Betten, bleiben kann und nie Munitionskisten anzufertigen braucht.“[62]

Der Getreidehändler Adolf David, Inhaber der Firma Louis David, hatte unter dem Druck der antisemitischen NS-Politik 1937 seine Firma auflösen müssen, hatte Meisenheim, aber nicht Deutschland verlassen und war nach dem Novemberpogrom 1938 in Dachau ermordet worden. Sein Sohn Otto überlebte unter dem Schutz einer französischen Familie, kehrte 1946 nach Meisenheim zurück,[63] übernahm das alte Lagerhaus der väterlichen Firma und erweiterte den Betrieb durch ein 1959 an

---

[55] „Ein bedeutender Tag in der Geschichte Meisenheims“, Allgemeiner Anzeiger 29. 11. 1953

[56] Mündliche Mitteilung 31. 8. 2010

[57] „Auf 30 Jahre Meisenheimer Kommunalpolitik geblickt / Stadtbürgermeister erläuterte Ereignisse der Vergangenheit“ Allgemeiner Anzeiger 18. 5. 1981

[58] ‚L.’ im Allgemeinen Anzeiger 14. 5. 1951

[59] Mündliche Mitteilung 31. 8. 2010

[60] HEIMATCHRONIK, S. 428 f

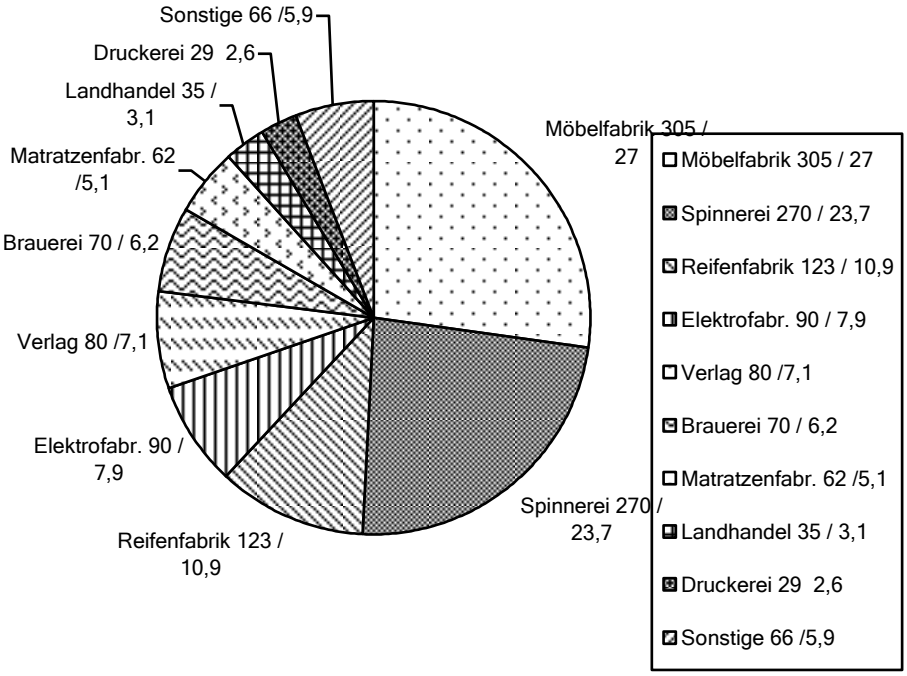
[61] Gespräch mit Herrn Vetter, Bürochef der VG-Verwaltung, 2. 9. 2010

[62] „Richtfest bei Gebr. Becker / Die Errichtung des Furnierwerkes wurde gefeiert/ Unsere Stadt stand im Zeichen dieses Betriebsfestes“ Allgemeiner Anzeiger 23. 6.. 1951

[63] HEIMATCHRONIK, S. 427

der Ecke Raumbacher Straße / In den Tiefenäckern errichtetes modernes Silo (heute RWZ Raiffeisen Landhandel.)

Meisenheim: Beschäftigtenzahlen 1. Quartal 1958
(Betrieb – Beschäftigte absolut/Anteil in % - 1 130 = 100%)[64]



Die einsetzende Massenmotorisierung kam der Firma Reifen-Maurer zugute, die bereits 1948 ihre neuen Gebäude[65] unmittelbar an der B 420 bezogen hatte und Ende der 50er Jahre der drittgrößte Arbeitgeber in Meisenheim war. Auch die Firma A. Conrad KG, Elektromotoren-Fabrik, kam ab 1950 mit dem Platz der Werkstatt in der Untergasse nicht mehr aus und errichtete ihre Gießerei in der Schillerstraße, vor den Mauern der Stadt: „Im Beisein geladener Gäste fand in der neuerrichteten Gießerei der Elektromotorenfabrik Konrad *(!)* der erste Guß statt. In Zukunft wird die Firma Konrad die Gehäuse ihrer Elektromotoren selbst gießen. Sie hat zu diesem Zweck die alte Pfeiffermühle erworben und in ihr eine moderne Gießerei eingerichtet.“[66]

---

[64] Nach: **Masanek**, Peter / **Völker**, Dietmar / **Wannow**, Eberhard: Kleine Wirtschaftsgeographie Meisenheims. In: **Vierhundert Jahre Lateinschule Meisenheim** 1558-1958 – Zehn Jahre Paul-Schneider-Gymnasium. Festschrift zum 19. und 20. Juli. Meisenheim 1958, S. 97

[65] HEIMATCHRONIK S. 430 f

[66] „Der erste Guß“, Allgemeine Zeitung, 12. 1951

Der Anton-Hain-Verlag (von 1946 bis 1955 „Westkulturverlag“), der in der Meisenheimer Mühle 1946 seine Arbeit begonnen hatte, brauchte für seine moderne Druckerei ebenfalls mehr Platz und bezog 1962 einen Neubau am Heimbacher Weg.[67]

Im nördlichen Gewerbegebiet gab es außerdem die Matratzenfabrik Schönenborn & Co., deren Inhaber Werner Martin die Firma zu einem großen Möbelhaus ausbaute, das heute zwar seinen Hauptsitz in Saarbrücken hat, an der Raumbacher Straße in Meisenheim aber immer noch optisch dominiert, ferner Dr. Riedelbauch und Stoffregen, ein Unternehmen der metallurgischen Chemie (Schmelzzusätze) sowie die Büffet- und Eisschrankfabrik Schuck. Erwähnenswert ist noch, dass die Ziegelei (in der gleichnamigen Straße am Südrand des Internatsgeländes) im Spätsommer 1953 wieder in Betrieb genommen wurde.[68] Mit dieser Aufzählung sind zwar nicht alle Betriebe erfasst, aber doch diejenigen mit der größten Zahl an Arbeitsplätzen. Sie sind auch in die vorstehende Übersicht für das erste Quartal 1958 eingegangen, die drei Unterprimaner (Schüler der 12. Klasse) des Paul-Schneider-Gymnasiums erarbeitet haben.

Positiv wirkte sich für Arbeitsuchende aus Meisenheim und seinem Umland aus, dass die Stadt mit diesen Firmen über eine „relativ breite Skala von Betrieben verschiedenster Branchen“[69] verfügte, darunter mit der Spinnerei und dem Verlag auch zwei, die eine große Zahl „typisch weiblicher“ Arbeitsplätze (wir sprechen von den 50er Jahren, in denen Familienminister „Franz-Josef Wuermeling […] in einer Berufstätigkeit von Frauen nur den Ausdruck einer sozialen Notlage, eine Art erzwungenes Unheil“[70] sah!) zu bieten hatten.

Betrachtet man die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen in den einzelnen Wirtschaftssektoren im zeitlichen Verlauf, fällt – neben der allgemeinen Zunahme der Erwerbstätigkeit – am stärksten die Verlagerung vom land- und forstwirtschaftlichen Bereich auf den gewerblichen und Dienstleitungsbereich auf: typischer Ausdruck eines Modernisierungsprozesses:[71]

Erwerbstätige Meisenheim	1950	1961	*Veränderung*
I. Land- und Forstwirtschaft	112	62	- 44,64 %
II. Verarbeitendes Gewerbe	424	530	+ 25,0 %
III. Handel und Verkehr	178	207	+ 9,47 %
IV. Sonstige Dienstleistungen	306	381	+ 24,5 %
Summe	1.020	1.180	+ 11,76 %

Die Bedeutung des „Arbeitsplatzes Meisenheim“ für die Umgebung – und damit auch die Zentralitätsfunktion der Stadt – verdeutlicht die Entwicklung der Pendlerzahlen[72] im Jahrzehnt des Wachstums. Zwar stieg auch die Zahl der Meisenheimerinnen und Meisenheimer an, die zum Arbeiten ihre Stadt verlassen mussten; die

[67] HAIN MH 41 / 2010, S. 14 und 31
[68] „Der Schornstein raucht wieder!“ Allgemeiner Anzeiger 1. 8. 1953
[69] DUCKWITZ 1971, S. 75
[70] WOLFRUM 2005, S. 197
[71] **StRP** Band 21 b, Band 109, eigene Berechnungen
[72] **StRP** Band 21 a, Band 109, eigene Berechnungen

Zahl der Menschen aus dem Umland, die zur Arbeit einen Betrieb in der Stadt Meisenheim aufsuchten, wuchs aber in der gleichen Zeit auf mehr als das Doppelte:

Berufspendler	1950	1960	*Veränderung absolut / prozentual*
Einpendler	426	957	+ 537 / + 126,05 %
Auspendler	75	134	+ 59 / + 55,97 %
Bilanz	+351	+ 823	+ 472 / + 74,36 %

Der vom „Wirtschaftswunder" beflügelte Veränderungsdrang machte auch vor den Geschäften in der Altstadt nicht Halt – mit Maßnahmen, die nicht immer auf das schutzwürdige Stadtbild Rücksicht nahmen. Eine Zustimmung zu allem, was „modern" war, die uns heute etwas gedankenlos vorkommt, spürt man in einer kurzen Zeitungsnotiz aus dem Jahre 1953:

„Moderne Geschäfte. Zwei weitere Geschäfte in der Untergasse bauen zur Zeit ganz modern um. Die Bäckerei K. vergrößert den Verkaufsraum und verlegt die Eingangstür in die Mitte des Hauses. Die Eisenwarenhandlung T. verbreitert die Schaufenster und erhält eine neuzeitliche Inneneinrichtung."[73]

Davon, dass in dieser Hinsicht des Guten ein wenig zu viel getan wurde, kann man sich beim Gang durch die Untergasse überzeugen: Am Südende, zwischen Hammelsgasse und Amtsgasse sind beispielsweise die Häuser Nr. 3 – 13 sämtlich nach 1958 errichtete Neubauten, denen alte Häuser weichen mussten, und es lassen sich weitere Beispiele für eine rücksichtslose Modernisierung finden;[74] den Gipfel stellt wohl das Gebäude der Volksbank (Klenkertor 15) dar, das sich weder in Material noch Form in die architektonische Nachbarschaft einfügt. Dabei hatte ein Leserbriefschreiber schon 1951 auf die Notwendigkeit hingewiesen, „Schönes zu erhalten, ohne dabei der Nützlichkeit Abbruch zu tun. […] Die Masse der Bürger […] ist gleichgültig und scheint keinen Sinn zu haben dafür, daß es gilt, reale Werte zu erhalten […] .Die Ortssatzung[75] wird oft mit dem Hinweis abgetan, sie sei für das Geschäftsleben hinderlich. Das ist nicht wahr! […] Daß man moderne Schaufenster brechen kann, die sich gut in das Gesamtbild einpassen, ist durch die Firma Sch. bewiesen. […] Noch einmal: Meisenheim besitzt Reize. Sie zu erhalten ist eine Aufgabe die sich lohnt. Es wird gelingen, wenn alle mithelfen."[76]

Das Wachstum der Bevölkerung machte die Tatsache immer deutlicher, dass das Meisenheimer Krankenhaus mit seinen 25 Betten und dem kleinen Operationssaal zu klein war – 1890 in Betrieb genommen (s. o. *Eisenbahnbau und weitere Modernisierungen*), genügte es modernen Ansprüchen schon lange nicht mehr:

„Die Küche entsprach in ihrer Größe und Einrichtung der eines Häuslers in Notstandsgebieten […] Das Röntgenzimmer […] diente als Dunkelkammer, zugleich als Untersuchungs-, Behandlungs- und Schreibzimmer für den Arzt. Die medizinisch-physikalischen Behandlungen fanden aus Platzmangel im Büro der

[73] Allgemeiner Anzeiger 18. 9. 1953

[74] Zum Aussehen der Vorgängerbauten und zu den Baudaten vgl. LURZ 1987, S. 226 ff

[75] Die Ortssatzung vom 8. 11. 1939 enthielt detaillierte Vorschriften über Bauweisen in der Altstadt und eine Liste besonders schutzwürdiger Bauten. Vgl. Allgemeiner Anzeiger 31. 10. 1951

[76] Allgemeiner Anzeiger 13. 11. 1951

Oberschwester statt….Die Hilfsschwester schlief auf einem amerikanischen Feldbett im Badezimmer, das gleichzeitig als Nähstube diente, während das zweite Badezimmer als Sterilisierraum mitbenutzt wurde“ – so drastisch, wenn auch vielleicht nicht ganz uneigennützig schilderte der Leitende Arzt der Klinik die Zustände in der Nachkriegszeit.[77] Wöchentlich mussten 6 – 8 Kranke auf die nächsten Kliniken in Bad Kreuznach und Kaiserslautern verwiesen werden.[78] Der Stadtrat hatte schon im November 1950 die Erweiterung beschlossen,[79] aber wegen der schwierigen Finanzierung wurde mit dem Bau tatsächlich erst im April 1954 begonnen.[80]

Eine zweite Einrichtung des Gesundheitswesens erhielt Meisenheim, als die Abteilung des Landeskrankenhauses Alzey für die Rehabilitation von Hirnverletzten und Schlaganfallpatienten nach Meisenheim verlegt wurde. Untergebracht wurde sie in dem Gebäude auf dem Liebfrauenberg,[81] das in seiner wechselvollen Geschichte schon als Mutter-und-Kind-Heim (s. o. *In der „Volksgemeinschaft“*), Lazarett, Isolierstation für Fleckfieberkranke (*Im Zweiten Weltkrieg*), als Unterkunft für einen Kirchenkinderchor aus Paris im August 1950[82] und seit dem 1. November 1951 als Kaserne für eine Hundertschaft der rheinland-pfälzischen Bereitschaftspolizei gedient hatte. Am 15. Dezember 1954 verabschiedete sich die Polizei mit einem Platzkonzert auf dem Marktplatz;[83] im April 1955 zog, nach einigen Umbauten, das Landeskrankenhaus ein und wurde erwartungsvoll aufgenommen:

„Für die Stadt Meisenheim wird die Verlegung der Anstalt eine wesentliche Belebung bedeuten. Nicht nur der Zuzug von Hunderten vor Personen auf den ‚Karlsberg’ mit seinen Auswirkungen auf den Einzelhandel und die Handwerker ist von großer Bedeutung, sondern noch viel mehr der regelmäßige Zustrom auswärtiger Besucher, die teilweise von weither kommen, ihre Angehörigen oder Bekannten im Landeskrankenhaus aufsuchen und dann über Nacht oder sogar ein ganzes Wochenende hier Quartier beziehen. So wird die langbesprochene Verlegung für alle Teile Meisenheims nur Vorteile bringen, deren Auswirkungen nicht zu unterschätzen sind.“[84]

Im Jahre 1967 wurde für das Landeskrankenhaus ein Neubau direkt nebenan errichtet, in den Altbau, das freiwerdende MuKi-Heim (wie man in Meisenheim mittlerweile sagte), zog das Kinder-Sprachheilheim aus dem recht abgelegenen Weibern in der Eifel ein.[85] 2009 wurde das MuKi-Heim abgerissen, auch um Platz zu schaffen für den Umzug des städtischen Krankenhauses auf den Berg.

Eine weitere Einrichtung des Sozial- und Gesundheitswesens war das Bodelschwingh-Zentrum, das die Kreuznacher Diakonie seit 1974 südlich des Baugebie-

---

[77] **Schneider**, Dr. F. W.: Zur Eröffnung des Meisenheimer Krankenhauses (Ein Rückblick). Allgemeiner Anzeiger 15. 11. 1955

[78] Allgemeine Zeitung, Oktober 1953 – zit. n. SCHULCHRONIK III, S. 70

[79] Allgemeiner Anzeiger 11. 11. 1950

[80] Allgemeiner Anzeiger 6. 4. 1954

[81] früher oft verwendete Bezeichnung „Karlsberg“

[82] Allgemeiner Anzeiger 26. 7. 1950

[83] Allgemeiner Anzeiger 15. 12. 1954

[84] Allgemeine Zeitung, undatierter Ausschnitt (April 1955) in SCHULCHRONIK III, S. 91

[85] Allgemeiner Anzeiger 29. 9. 1967

tes „Im Tal“ errichten ließ und dessen Entstehung im nächsten Kapitel näher behandelt wird.

Schließlich soll noch erwähnt werden, dass die wachsende Bevölkerung und die wachsende Industrie auch einen wachsenden Wasserverbrauch und ein wachsendes Abwasseraufkommen bewirkten – im Allgemeinen Anzeiger kehrten Berichte über sommerlichen Wassermangel und über mal mehr, mal weniger erfolgreiche Brunnenbohrungen während der ersten Hälfte der 50er Jahre immer wieder. Als dann in der Odenbacher Au Brunnen mit einer Tageskapazität von 400 m³ (bei einem Verbrauch von 200 – 220 m³) erschlossen waren, galt es weitere Probleme anzugehen: „Sorgen bereitet jetzt […]noch der Teil des Rohrnetzes, der länger als 50 Jahre liegt. Besonders in der Untergasse und Obergasse entstehen oft Rohrbrüche, denen man nur durch eine Neuverlegung begegnen kann. Weiter wird man sich im Stadtrat Gedanken um den Bau eines weiteren, höher gelegenen Wasserbehälters machen müssen, damit alle Häuser der sich weiter ausdehnenden Stadt versorgt werden können.“[86]

Dauerhaft gesichert wurde die Wasser-Versorgung schließlich 1984 mit dem Anschluss an das überörtliche Westpfalz-Verbundnetz.[87] Für die Abwasserentsorgung wurde 1972/73 die Kläranlage nördlich der Stadt gebaut, eine umfassende Lösung gab es erst 1979/80, als auch der Hauptkanal für die tiefer gelegenen Stadtteile fertig gestellt war – denn bis dahin waren die Abwässer der Altstadt immer noch in den Giesen eingeleitet worden.[88]

Schulstadt Meisenheim

Bei Kriegsende gab es in Meisenheim drei Schulgebäude: die Lateinschule, 1841 errichtet, an der oberen Amtsgasse, die Volksschule, 1908 errichtet, an der Lindenallee, und die Landwirtschaftsschule, 1923 errichtet, an der Herzog-Wolfgang-Straße. Diese Schullandschaft veränderte sich in den ersten drei Nachkriegsjahrzehnten erheblich.

In der Landwirtschaftsschule wurde 1955 eine Beratungsstelle für Landfrauen eingerichtet, die so erfolgreich arbeitete, dass „der Wunsch nach einer schulischen Ausbildungsmöglichkeit im Bereich der Hauswirtschaft […] stärker“[89] wurde. Zu diesem Zweck baute man hinter dem Gebäude an der Straße ein weiteres für die Hauswirtschaftliche Abteilung der Schule, die im Herbst 1960 den Unterricht aufnahm und 1968 zur Wirtschafterinnenschule (für hauswirtschaftliche Großbetriebe wie Kindergärten, Krankenhäuser usw.) erweitert wurde. Der Strukturwandel, der in den 50er Jahren die Landwirtschaft erfasste und viele Kleinbauern zum Berufswechsel zwang, führte zu sinkenden Schülerzahlen und 1968 zur Schließung der

---

[86] Allgemeiner Anzeiger 17. 7. 1956

[87] „Westpfalz gibt jetzt 29,9, Liter Wasser pro Sekunde“ Allgemeiner Anzeiger 16. 2. 1984

[88] Allgemeiner Anzeiger 7. 12. 1972; „Gießen und Kanalisation“ Allgemeiner Anzeiger 16. 8. 1979

[89] **Eberle**, Gerhild: Berufsbildende Schule Ländliche Hauswirtschaft. Beratungs- und Weiterbildungsstelle für Landwirtschaft und Hauswirtschaft Meisenheim. In: NLK 1985, S. 188-190, hier S. 190

eigentlichen Landwirtschaftsschule,[90] während die Wirtschafterinnenschule noch weiterarbeitete, bis die Anmeldezahlen im Herbst 1988 auf nur noch sieben zurückgingen,[91] wahrscheinlich eine Folge des gewandelten Rollenverständnisses junger Frauen.[92] Heute ist das Schulgelände privat genutzt. –

Schulstadt Meisenheim: Volksschule 1908 (heute umgenutzt)

Der konfessionelle Schulstreit in Rheinland-Pfalz – Bekenntnisschule oder christliche Simultanschule? –, der 1947 fast die Verabschiedung der Landesverfassung verhindert hätte, blieb der Meisenheimer Volksschule erspart. Schon seit 1908 waren Kinder beider Konfessionen unter einem Dach, seit 1939 auch in einer Organisationsform unterrichtet worden. Die Gemeinsamkeit blieb nach Gründung des Landes Rheinland-Pfalz erhalten, was mit Schreiben der Bezirksregierung Koblenz vom 27. 2. 1953 ausdrücklich bestätigt wurde:

„Nach erneuter Prüfung des konfessionellen Status der vor 1933 als kath. und ev. Bekenntnisschule geführten Volksschule Meisenheim hatten die am 18. 10. 1951 geltend gemachten Willenserklärungen des überwiegenden Teils der kath. und ev. Erziehungsberechtigten in Anwendung des Art. 29 Abs. 4 Satz 2 der Landesverfas-

[90] ebenda, S. 189

[91] „Zu geringes Interesse an Meisenheimer Schule – Hauswirtschafterinnenschule wird geschlossen“ Allgemeiner Anzeiger 23. 8. 1988

[92] Gespräch mit Hernn Vetter, Bürochef der VG-Verwaltung, 2. 9. 2010

sung von Rheinland-Pfalz zur Begründung einer Simultanschule geführt. Damit wird der seit 1946 tatsächlich bestehende Zustand als rechtmäßig anerkannt."[93]

Mit der sich ändernden Schulgesetzgebung variierten nur die Bezeichnungen: zuerst „Paritätische Volksschule", ab 1966 „Verbandsschule – Christliche Simultanschule", ab 1969 „Hauptschule – Christliche Gemeinschaftsschule".[94] Probleme gab es dagegen infolge des Raummangels. „Sch.", sehr wahrscheinlich Rektor Schötz, berichtete im Allgemeinen Anzeiger:

„[…] Es sind 8 Klassen, für die nur 6 Säle zur Verfügung stehen. Daher muß Nachmittagsunterricht erteilt werden. Jeder, der sich ein wenig für Erziehungsfragen interessiert – das muß man eigentlich bei allen Eltern voraussetzen – weiß, daß der Unterricht am Nachmittag lange nicht so erfolgreich ist, wie der am Vormittag. […] Deshalb immer wieder bei der Lehrerschaft die Frage: „Wie kann man da abhelfen?" Ein geplanter Anbau wird wohl vorläufig wegen finanzieller Schwierigkeiten nicht realisiert werden können. Jetzt wurde der Stadtgemeinde von der Lehrerschaft der Vorschlag gemacht, einen Kellerraum im Schulgebäude als Handarbeitsraum auszubauen. …Ostern 1951…werden nämlich die Schwierigkeiten noch größer, weil ca. 50 Schüler neu eingeschult werden, während keine Entlassungen stattfinden. […]

Es wird von der Lehrerschaft anerkannt, daß die Stadtgemeinde sehr viel Sorgen hat…Sowohl Eltern- als auch Lehrerschaft [hoffen], daß die Gemeinde der Schule nach wie vor helfend und unterstützend zur Seite stehen wird."[95]

Alles in allem musste die Schule noch 19 Jahre auf eine wirkliche Lösung des Raumproblems durch einen Neubau warten. Im Sommer 1958 beschloss der Stadtrat die Errichtung eines pavillonartigen Baus für zwei Klassen,[96] „das Ende des Schichtunterrichtes rückt näher", notierte die Schulchronik[97] - aber erst nach den Herbstferien 1961 konnten die erste und die zweite Klasse in den Anbau ziehen und der Schichtunterricht aufgegeben werden; Räume für Werk-, Handarbeits- und Naturkundeunterricht fehlten immer noch.

Der Anstoß zu einer umfassenden Lösung kam dann aus der mittlerweile unüberhörbaren Kritik an den schlecht ausgestatteten einklassigen so genannten „Zwergschulen" im Lande – die neu zu errichtende Mittelpunktschule nicht nur für die Orte des Amtes, sondern auch für solche aus dem pfälzischen Kreis Kusel bekam ihren gewissermaßen natürlichen Standort in Meisenheim. Die Gemeinde Raumbach, in der wie in vielen Orten eine evangelische und eine katholische Konfessionsschule nebeneinander bestanden, preschte vor. Zuerst schickten seit dem 5. Mai 1965 die evangelischen Eltern ihre Kinder nach Meisenheim[98] und lösten dadurch die evangelische Konfessionsschule Raumbach auf; die katholischen Eltern folgten „dank der Aufgeschlossenheit des neuen Pastors und der Mithilfe der Lehrerin"[99] dem Beispiel. Fast erdrutschartig lösten jetzt weitere Gemeinden ihre Schu-

---

[93] Abschrift in SCHULCHRONIK III, S. 62 f
[94] SCHULCHRONIK III, Titelblatt
[95] Allgemeiner Anzeiger 28. 11. 1950
[96] Allgemeiner Anzeiger 23. 7. 1959
[97] SCHULCHRONIK III, S. 125
[98] ebenda, S. 163
[99] undatierter Zeitungssausschnitt in SCHULCHRONIK III, S. 172

len auf, traten dem Schulverband bei und meldeten die Kinder zum Schuljahresbeginn 1966 in Meisenheim an.

„Am Dienstag, 19. April, wird auf dem Hof der Volksschule Hochbetrieb herrschen: Rund 180 Kinder aus den Gemeinden des Amtsbezirks und dem pfälzischen Nachbarort Callbach zusätzlich kommen nach Meisenheim. Das ist das Ergebnis der Beschlüsse der Gemeindevertretungen und der Verfügung der Bezirksregierung über den Schulstandort. Es entspricht auch dem Willen der Eltern. […] Acht Klassenräume stehen im bisherigen Volksschulgebäude bereit, weitere vier Klassenräume und eine Ausweichklasse für Religionsunterricht in der früheren Lateinschule.

Je zwei Busse der Bundesbahn und Bundespost, der Werksbus der Spinnerei und ein stadteigener Bus werden für den An- und Abtransport der Kinder eingesetzt."[100]

Schulstadt Meisenheim: Realschule plus, 1968 ff

Jetzt führte an einem Neubau kein Weg mehr vorbei. Die Stadt erwarb das Gelände „In der Wesbach" am nordwestlichen Bogen der Umgehungsstraße, unmittelbar nördlich vom Areal des Paul-Schneider-Gymnasiums; nach vorbereitenden Arbeiten im Sommer 1967 konnte am 14. Februar 1968 der Grundstein für „eines der modernsten und fortschrittlichsten Schulzentren in Rheinland-Pfalz"[101] gelegt werden. Zu diesem Zeitpunkt gehörten 16 Gemeinden[102] dem Schulverband an. Am 17. 10. 1968 war Richtfest. Eine Verfügung der Bezirksregierung trennte zum

[100] „Sechs Busse zur Verfügung – Mittelpunktschule Meisenheim jetzt Wirklichkeit / 180 Kinder" Allgemeiner Anzeiger 19.4. 1966

[101] Allgemeine Zeitung 14. 2. 1968

[102] Abtweiler, Becherbach, Breitenheim, Callbach, Desloch, Gangloff, Hundsbach, Jeckenbach, Lauschied, Löllbach, Meisenheim, Raumbach, Reiffelbach, Roth, Schmittweiler, Schweinschied

1. 8. 1969 die Volks- in eine Grund- und eine Hauptschule. Infolgedessen musste nochmal über den konfessionellen Status abgestimmt werden – das Ergebnis war eindeutig: 96,1 % der Eltern[103] votierten für die Simultanschule (3,4 % für eine evangelische, 0,5 % für eine katholische Bekenntnisschule).[104]

„Am 4. 11. 1969 konnte der erste Bauabschnitt in der Wesbach durch die Hauptschule bezogen werden, und dessen Einweihung wurde am 6. 6. 1970 durch einen „Tag der offenen Tür" gefeiert. Mit seinen 11 Klassenräumen, einer Schulküche, einem Physiksaal, einem Werkraum, einer Turnhalle sowie den entsprechenden Verwaltungsräumen war eine erste grundlegende Verbesserung nicht nur für die Schulorganisation, sondern auch für einen qualifizierten Unterricht geschaffen. Eine weitere Verbesserung bedeutete der Bezug eines weiten Bauabschnitts am 28. 9. 1972 mit 5 Klassenräumen, einem Sprachlabor, einem Biologiesaal, einem weiteren großen Werkraum, einem weiteren Handarbeitsraum und Nebenräumen. Die Einweihung wurde dann im Sommer 1973 wieder als ‚Tag der offenen Tür' gefeiert."[105]

Schulstadt Meisenheim: Astrid-Lindgren-Grundschule, 1998

Die ebenfalls am 1. 8. 1969 entstandene Grundschule musste sich zunächst mit unzulänglichen Raumverhältnissen herumschlagen – zwei Klassenstufen wurden im alten Gebäude an der Lindenallee, die beiden anderen im Neubau „In der Wesbach" unterrichtet. „Der durch die Trennung in zwei Unterrichtsorte erforderliche Wechsel der Lehrkräfte, häufig in den 5-Minuten-Pausen, ist für alle Beteiligten, insbesondere für die Lehrkräfte, sehr mißlich,"[106] musste noch 1985 Rektor Rädler klagen. Erst mit der Errichtung der ausreichend großen „Astrid-Lindgren-Grund-

[103] Darauf, dass zumindest in der Stadt Meisenheim viele Eltern die Fragestellung im Zeitalter der Ökumene für etwas überholt hielten, deutet die Beteiligung an der Abstimmung hin: Nur ein knappes Viertel der Berechtigten hielt sie für nötig.

[104] Allgemeiner Anzeiger 29. 4. 1969

[105] **Kimpel**, Karl: Die Hauptschule Meisenheim. In NLK 1985, S. 187

[106] **Rädler**, Arno: Die Grundschule Meisenheim. In: NLK 1985, S. 187

schule“ waren alle Raumprobleme gelöst – und die alte Volksschule konnte in ein „Erlebnishotel“ verwandelt werden. –

Die Nationalsozialisten hatten in den 12 Jahren ihrer Diktatur „fast sämtliche humanistischen Gymnasien als unerwünschte Bildungsanstalten geschlossen. […] Es gab nach 1945 im gesamten Bereich der oberrheinischen Synoden kein einziges humanistisches Gymnasium mehr.“[107] Auch die traditionsreiche Lateinschule hatte unter der Nazibarbarei leiden müssen – 1936 in eine „Oberschule für Jungen und Mädchen in Zubringerform“ verwandelt, wurde sie vier Jahre später zur Hauptschule herabgestuft. „Diesmal schien es endgültig auszusein *(!)* mit der vierhundertjährigen Geschichte.“[108]

Schulstadt Meisenheim: Paul-Schneider-Gymnasium im alten Lateinschulgebäude, 1841 – 1982 (KMZ KH)

Nach dem Krieg wurde aus der Lateinschule zwar wieder eine höhere Schule, nämlich ein Realprogymnasium; aber die kleine Stadt Meisenheim war mit dessen Unterhalt überfordert und bot der Evangelischen Kirche im Rheinland die Übernahme an. Es war im Wesentlichen der energische, mit dem Bundesverdienstkreuz gewürdigte Einsatz von Pfarrer Carl Peter Adams als Vorsitzendem des Schulkuratoriums, der es „in vielen Fahrten nach Koblenz und Vorsprachen beim Ministerium in Mainz (fertig)brachte […], daß aus der kleinen Lateinschule ein Vollgymnasium wurde;“[109] – ein humanistisches Gymnasium mit neun Klassenstufen (Sexta bis

---

[107] **Rosenboom**, Johannes: Das Paul-Schneider-Gymnasium in dieser Zeit. In: **Vierhundert Jahre Lateinschule Meisenheim** 1558-1958 – Zehn Jahre Paul-Schneider-Gymnasium. Festschrift zum 19. und 20. Juli. Meisenheim 1958 [FESTSCHRIFT 1958], S. 13

[108] DRESCHER LATEINSCHULE S. 54

[109] „Superintendent und Pfarrer i. R. Dr. Adams begeht 50. Jahrestag seiner Ordination“, Allgemeiner Anzeiger 30. 11. 1974

Oberprima, 5. – 13. Klasse) bis zum Abitur. Die Sprachenfolge war zunächst: Latein ab Sexta (5.), Französisch ab Quarta (7.) In der Untertertia (8.) erfolgte die Teilung in den neusprachlichen Zweig mit Englisch und den altsprachlichen mit Griechisch; in diesem Zweig ab Obersekunda (11.) wahlweise Hebräisch oder Englisch.

Über die Namensgebung der Schule wurde diskutiert – es gab den Vorschlag, das Gymnasium nach Herzog Wolfgang, dem Gründer der Lateinschule (s. o. *Die Gründung der Lateinschule zu Meisenheim*), zu benennen, „um auch auf solche Weise auf ihren Ursprung in der Reformationszeit und ihre legitime Kontinuität mit der Lateinschule hinzuweisen."[110] Doch man folgte schließlich dem Vorschlag des Kuratoriumsvorsitzenden Adams und entschied sich für den „Prediger von Buchenwald", den von den Nazis 1939 ermordeten Pfarrer Paul Schneider, was im Jahre 1948 sicher ein noch klareres Zeichen darstellte, als es heute der Fall wäre. Um die Bedeutung dieser Namenswahl klarzumachen, soll der Lebensweg Paul Schneiders hier kurz skizziert werden.[111]

Geboren am 29. 8. 1897 als Sohn eines reformierten Pfarrers in Pferdsfeld/Hunsrück,[112] wuchs er auf dem Hunsrück und in Hochelheim in Hessen (in der Nähe von Wetzlar) auf. Notabitur 1915, Kriegsfreiwilliger, Studium der Evangelischen Theologie in Gießen und Marburg, Mitglied im „Wingolf", einer christlichen Studentenverbindung. Seine erste Pfarrstelle nach dem Vikariat in Essen trat er 1926 nach dem Tode seines Vaters an dessen Kirche in Hochelheim an. Wie viele Kriegsfreiwillige unter der akademischen Jugend, aber auch wie große Teile der evangelischen Kirche, stand Schneider der demokratischen Republik distanziert gegenüber; er befürwortete ein christlich-autoritäres System und konnte darum die Regierung Hitler zunächst als gottgegebene Obrigkeit akzeptieren. Allerdings geriet er bald mit dem Totalitätsanspruch des Regimes in Konflikt, das einerseits die Kirche in Dienst zu nehmen versuchte, andererseits neue, ‚liberalere' Moralvorstellungen propagierte. Wegen einer sehr strengen Auffassung davon, wer zum Abendmahl zugelassen werden könne, geriet Pfarrer Schneider auch mit seinem Presbyterium in eine Kontroverse. Die Kirchenleitung wollte ihn in Hochelheim aus der Schusslinie nehmen, Schneider bewarb sich um die Pfarrstelle in Dickenschied im Hunsrück und wurde gewählt.

---

[110] Rosenboom in FESTSCHRIFT 1958, S. 15

[111] Das Folgende nach: **Norden**, Güter van / **Schmidt**, Klaus (Hg.): Sie schwammen gegen den Strom. Widersetzlichkeit und Verfolgung rheinischer Protestanten im ‚Dritten Reich'. Köln o. J. (2006); **Kopp**, Eduard: Vorbilder: Paul Schneider. In: **chrismon** 09/2010, S. 39; http://de.wikipedia.org/wiki/Paul_Schneider_(Pfarrer) sowie den von Angehörigen des Gymnasiums verfassten Artikeln zum Paul-Schneider-Tag im Allgemeinen Anzeiger 1950, 1953, 1954, 1955

[112] Das Dorf hat einem Militärflugplatz weichen müssen, selbst von der Kirche gibt es keine Spur mehr; an Paul Schneider erinnert aber noch ein kleiner Platz mit Brunnen und einer Stele, an der vier Bronzeplatten Stationen auf dem Lebensweg Paul Schneiders zeigen. Das Denkmal wurde entworfen von dem Kirner Maler und Bildhauer Karl-Heinz Brust und 1997, zum 100. Geburtstag Schneiders, eingeweiht. Freundliche Mittelung von Herrn Anton Neugebauer, Ministerium für Bildung, Jugend, Wissenschaft und Kultur Rheinland-Pfalz vom 7. 4. 2011.

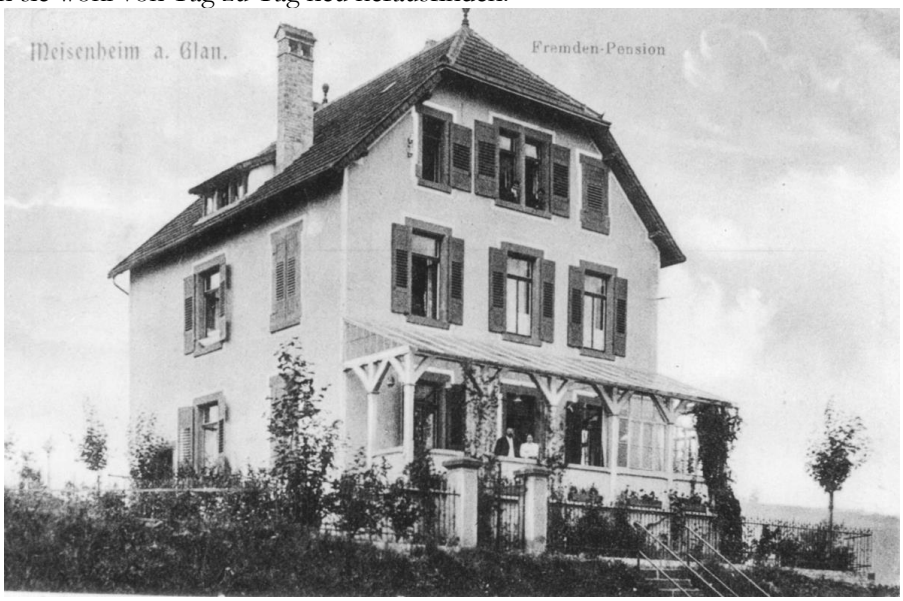
Paul-Schneider-Denkmal in Pferdsfeld / Hunsrück, zum hundertsten Geburtstag 1997 eingeweiht: Granitstele mit vier Bronze-Reliefplatten von Karl-Heinz Brust

In Dickenschied spitzte sich der Gegensatz zum Regime zu. Ob es Schneiders Zurückweisung von nationalsozialistischen Äußerungen bei einer Beerdigung war, die Weigerung, den Konfirmandenunterricht mit dem ‚deutschen Gruß' zu beginnen, oder die Ablehnung, durch Teilnahme an Reichstags-„Wahlen" der antichristlichen Weltanschauungspolitik des Regimes zuzustimmen – immer handelte Schneider aus *religiösen* Motiven, in der Verteidigung des Glaubens und des eigenen Rechtes der christlichen Gemeinde, was vom nationalsozialistischen Staat aber als *politische* Aktion wahrgenommen wurde. Am 31. März 1937 wurde Schneider festgenommen und blieb bis zum 24. Juli in Gestapo-Haft. Bei seiner Entlassung wurde über ihn ein Aufenthaltsverbot für die Rheinprovinz – also auch für Dickenschied – verhängt. Als das Presbyterium ihn bat zurückzukehren, entschloss er sich, gegen das Verbot zu handeln, teilte seinen Entschluss auch mit ausführlicher kirchenrechtlicher und theologischer Begründung den staatlichen Stellen mit: Gott habe ihn in diese Gemeinde gestellt, Menschen könnten ihn von dem göttlichen Auftrag nicht abbringen.

Er kann nicht erwartet haben, dass der NS-Staat das hinnehmen würde. Erneut verhaftet, weigerte er sich weiterhin, die Ausweisungsverfügung zu akzeptieren und wurde infolgedessen am 27. November 1937 ins KZ Buchenwald gebracht, wo er mit den anderen Häftlingen schwere Zwangsarbeit leisten musste. Als er es an Hit-

lers Geburtstag 1938 ablehnte, die Hakenkreuzfahne – „dieses Verbrechersymbol" – zu grüßen, wurde er schwer misshandelt und im „Bunker" in Einzelhaft gesteckt. Trotz ständiger Quälereien versuchte er immer wieder, durch das Fenster seiner Arrestzelle den Mitgefangenen Mut zuzusprechen und das Evangelium zu verkünden. – Er wäre freigelassen worden, hätte er den Ausweisungsbefehl akzeptiert, was er unter Berufung auf Apostelgeschichte 5, 29 verweigerte: „Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen." Am 18. Juli 1939 wurde er ermordet. An seiner Beisetzung in Dickenschied nahm die Gemeinde großen Anteil, zahlreiche Trauergäste, darunter etwa 200 Pfarrer der Bekennenden Kirche (s. o. *Kirchenkampf*), waren von außerhalb angereist. Paul Schneiders Todestag wird jedes Jahr am Paul-Schneider-Gymnasium feierlich begangen.

Was die Namensgebung drei Jahre nach Kriegsende bedeutete, bedarf ebenso wenig einer Erläuterung, wie man bestreiten kann, dass die unbedingte Überzeugungstreue Bewunderung verdient. Was der schwierige Namenspatron für Schüler und Lehrer in einer Zeit und in einem Land bedeutet, die den Menschen glücklicherweise Entscheidungen von so existenzieller Bedeutung nicht abverlangen, müssen sie wohl von Tag zu Tag neu herausfinden.



Ein Gebäude mit bewegter Geschichte: erst Fremden-Pension, dann Arbeitsdienst-Unterkunft und „Umschulungslager", schließlich Internatsgebäude: die „Spießburg", heute Präses-Held-Straße (KMZ KH)

Auch das Paul-Schneider-Gymnasium, von Anfang an als Internat geplant, begann unter unzulänglichen räumlichen Bedingungen. Die ersten Internatsschüler wurden zunächst im Herzog-Wolfgang-Haus untergebracht, ein Jahr darauf konnten sie in den „Altbau", die so genannte Spießburg, das ehemalige Arbeitsdienst-

quartier (s. o.) umziehen,[113] was am Anfang durchaus Züge eines Abenteuerurlaubs hatte: „Beim Einzug war das Inventar noch unvollständig. Auch die Küchengeräte fehlten. So mußte das erste Mittagessen in einem von einer Putzfrau entliehenen Topf gekocht werden. Das erste Mittagessen im neuen Heim sollte trotzdem besonders schmackhaft werden, aber leider brannte die Erbsensuppe an.“[114]

Die „Spießburg“ 2011

Das Unterrichtsgebäude der Lateinschule wies starke Spuren der über hundertjährigen intensiven Nutzung durch Lateinschüler, Volksschüler, Landwirtschaftschüler und viele andere auf. Fast hätte das dazugeführt, dass der langjährige[115] Schulleiter Johannes Rosenboom sein Amt gar nicht erst angetreten hätte. Jedenfalls erinnert sich Oberkirchenrat Boué, Vorsitzender des Schulkuratoriums seit 1957 so:

„Die erste Schule, die die Ev. Kirche im Rheinland übernahm, war die Lateinschule in Meisenheim, um sie zu einem modernen humanistischen Gymnasium mit Internat auszubauen. Aber woher nun den geeigneten Direktor[116] nehmen? Da erinnerte sich Präses Held an die Adresse eines jungen Studienrates. […] Da *[Studienrat Rosenboom]* fortschrittlich und aktiv zu sein schien, wurde er sogleich angeschrieben, ob er bereit sei, die Direktorstelle am Gymnasium in Meisenhelm anzunehmen. […] Ein gutes Gespräch mit Präses Held ermunterte uns, diesen Mann für uns zu gewinnen und ihn für Meisenheim zu interessieren. So mußten wir das Eisen

---

[113] Daten aus der Chronik. In: In freier Trägerschaft, herausgegeben aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des Paul-Schneider-Gymnasiums in Meisenheim. Meisenheim 1973 [FESTSCHRIFT 1973], S. 118

[114] **Riemer**, Thilo: 10 Jahre Internat für Jungen. I: 1948 – 1952. In FESTSCHRIFT 1958, S. 52

[115] 1950 - 1973

[116] Hier trog die Erinnerung den Verfasser ein wenig – vor Johannes Rosenboom amtierten noch für jeweils ganz kurze Zeit zwei Vorgänger als Schulleiter. Vgl. FESTSCHRIFT 1958, S. 129

schmieden, solange es heiß war. Am selben Tage fuhren wir den Direktorkandidaten durch das im Frühlingsschmuck liegende Rheintal nach Meisenheim, das mit seinen winkligen Gassen, alten Häusern. und seiner ehrwürdigen Schloßkirche gern das rheinische Rothenburg genannt wird. Die Reise verfehlte ihre Wirkung nicht. Doch vor dem alten Schulgebäude wandte sich der Gast am liebsten gleich mit Grausen. Beim Betreten dieses Hauses senkten sich nicht nur die Bohlen unter seinen Füßen, sondern auch seine Mundwinkel! Es bedurfte einiger Beredsamkeit, um ihn dennoch von der Wichtigkeit des Aufbaus gerade dieses Gymnasiums zu überzeugen."[117]

Und der Aufbau schritt rasch voran. Erst wurde 1950 das alte Lateinschulgebäude renoviert, dann konnte im September 1952 der erste Internats-Neubau (der „Oberbau") bezogen werden – nachdem von Ostern (Beginn des neuen Schuljahres) an im Altbau drangvolle Enge geherrscht hatte.[118] Ein weiteres Internatsgebäude für Jungen folgte 1954, 1956 der Internatsbau für die Mädchen, die vorher in der Herzog-Wolfgang-Straße ebenfalls zuerst unter sehr beengten Verhältnissen und in schlecht heizbaren Räumen untergekommen waren.[119] Zur Einweihung erschien im Allgemeinen Anzeiger ein bebilderter Artikel über die Neubauten, der am Ende ein wenig süffisant feststellte:

„Der neue ‚Stadtteil' hat alles in allem, einschließlich Bauumgebungsarbeiten und Inventarisierung, bei weitem noch nicht soviel gekostet wie ein einziger Patton-Panzer, jener Panzertyp, mit dem unsere Bundeswehr zur Zeit ausgerüstet wird und der nach einer kürzlich veröffentlichten Pressemitteilung an DM 500 000 (in Worten fünfhunderttausend) kosten soll."[120]

Schließlich wurde in zwei Bauabschnitten, 1963 (Klassentrakt und Verwaltung) und 1968 (Aula, Sportanlagen) der gesamte Schulbetrieb an die Lindenallee verlegt. Die Straße erhielt in ihrem nördlichen Abschnitt, an dem Gymnasium und Internat liegen, den Namen „Präses-Held-Straße" nach dem Mitbegründer des Gymnasiums und Vorsitzenden seines Kuratoriums von 1955 – 57.[121] Das alte Lateinschulgebäude wurde 1982 abgerissen, eine Tafel am Rande des Parkplatzes erinnert noch daran.

Als 1973 das Paul-Schneider-Gymnasium sein 25jähriges Bestehen feierte, als der Schulleiter der Aufbaujahre Johannes Rosenboom verabschiedet wurde, als in der Festschrift die Besonderheiten der Schule wie etwa der Sport-Zug oder die Unterrichtsdifferenzierung in der Oberstufe erläutert wurden, gab es auch einen kleinen Artikel über die wirtschaftliche Bedeutung der Schule für Meisenheim. Der Autor stellte fest, dass das Gymnasium „auch einen wichtigen Wirtschaftsfaktor für die Stadt Meisenheim und über ihre Grenzen hinaus bedeutet. Dies läßt sich anhand einiger Zahlen leicht verdeutlichen:

Umsatz (Schule und Internat) 1972	= 3,1 Mill DM; davon u. a.
Personalkosten	= 1,8 Mill. DM
Lebensmittel	= 125.000,- DM

[117] **Boué**, Edgar: So war das damals … ich erinnere mich. In FESTSCHRIFT 1973, S. 119 f
[118] Riemer in FESTSCHRIFT 1958, 53 f
[119] **Aetzler**, Ingetraut: Das Internat für Mädchen. In: FESTSCHRIFT 1958, S. 59 f
[120] Allgemeiner Anzeiger 7. 11. 1956
[121] Daten aus der Chronik, FESTSCHRIFT 1973, S. 118 f

Unterhaltung der Gebäude und Anlagen = 350.000,- DM
Bewirtschaftung (Strom, Wasser, Heizung) = 300.000,- DM

Diese Beträge verbleiben zu 80 % in Meisenheim und Umgebung. Hinzu kommt das Taschengeld der Internatsschüler und –schülerinnen in Höhe von ca. 75.000,- DM jährlich, das zu 100% in Meisenheim bleibt."[122]

Schließlich fehlte zur Vervollständigung der Schulstadt noch der vorschulische Bereich. Die beiden Kirchengemeinden unterhielten bereits Kindergärten mit zusammen 90 Plätzen; der Bedarfsplan des Kreises Kreuznach sah für Meisenheim weitere, von der Verbandsgemeinde zu schaffende 118 Plätze vor, die in der Nähe der Grundschule liegen sollten. Die evangelische Gemeinde beschloss, da ihre Räume nicht mehr ausreichten, mit ihrem Kindergarten ebenfalls in die „Schulstadt" zu ziehen. So entstanden 1973 die beiden gleich aussehenden Kindergärten am Nordende der Präses-Held-Straße, vor der Grundschule, neben der Hauptschule, und rundeten damit die Schulstadt ab – wenn natürlich auch danach noch erweitert und umgebaut wurde. Insgesamt bedecken alle Bildungseinrichtungen zusammen eine Fläche, die etwa 3 ha größer ist als die historische Altstadt.

Der Meisenheimer Freundeskreis

Wenige Wochen nach der ersten Bundestagswahl, im Frühherbst 1949, notierte Rektor Schötz in der Schulchronik:

„Vom 15. 9. – 21. 9. 1949 fand in Meisenheim eine Dichtertagung statt, ins Leben gerufen von Pfarrer v. Schweinitz. Aus ganz Deutschland kam ein Kreis von Dichtern (30 – 40) zusammen, um in Vorträgen, Gesprächen, Dichterlesungen sich näher zu kommen. Sie stand unter dem Motto ‚Goethe' und soll in jedem Jahre wiederholt werden."[123]

Und tatsächlich machten die „Meisenheimer Dichtertage" (seit 1956 auch unter dem Namen „Europäische Dichterwoche") Meisenheim länger als ein Jahrzehnt, von 1949 bis 1961 für jeweils eine Sommerwoche zu einem kulturellen Mittelpunkt. Anreger, Ideengeber und Organisator war der 1901 geborene Hellmut von Schweinitz, seit 1947 Pfarrer in Meisenheim. Er war vorher „lange Jahre in Berlin Chefredakteur des ‚Reichsboten'" [124] gewesen, einer Tageszeitung, die seit 1873 den äußersten rechten Flügel des deutschen Protestantismus im Kampf gegen Liberalismus und Sozialdemokratie vertrat,[125] ohne jedoch in der Endphase der Weimarer Republik völlig auf nationalsozialistische oder deutschchristliche Positionen einzuschwenken.[126] Die Zeitung musste in der NS-Zeit ihr Erscheinen einstellen. Schweinitz trat auch mit zwei Gedichtbänden, drei Romanen und 1936 mit einer

---

[122] **Landvogt**, Dieter: Das Paul-Schneider-Gymnasium als Wirtschaftsfaktor. FESTSCHRIFT 1973, S.132

[123] SCHULCHRONIK III, S. 13

[124] Allgemeiner Anzeiger 18. 7. 1950

[125] **Bussiek**, Dagmar: „Das Gute gut und das Böse böse nennen." Der Reichsbote 1873 – 1879. In: **Grunewald**, Michel / **Puschner**, Uwe: Das evangelische Intellektuellenmilieu in Deutschland, seine Presse und seine Netzwerke (1917 – 1963). Bern 2008, S. 97 - 119

[126] Vgl. **Weiling**, Christoph: Die „Christlich-deutsche Bewegung". Eine Studie zum konservativen Protestantismus in der Weimarer Republik. Göttingen 1998

Broschüre „Geschichte im Raum. Völker, Rassen, Kulturen“ hervor, in der er mit geopolitischen und pseudohistorischen Argumenten[127] zum Kampf gegen den durch die „Versailler Schmach“ „bis hart an die Oder heran“ geschobenen „geschlossene(n) Ringwall der Slawen“ aufrief: „Ostland ist immer Kampfland gewesen. Der Kampf um den verlorenen deutschen Osten darf nicht aufhören.“[128] Trotz der völkischen Töne und der Anklänge an das nationalsozialistische Konzept vom Lebensraum im Osten wurde die Broschüre verboten,[129] vermutlich, weil der Autor den rassistischen NS-Theorien skeptisch gegenüberstand.[130] Seit 1940 war v. Schweinitz als Pfarrer tätig.

Ähnlich wie bei vielen anderen Vertretern des konservativen protestantischen Bildungsbürgertums, die, ohne sebst aktive Nazis zu sein, doch durch ihre ablehnende Haltung zum Untergang der demokratischen Republik wesentlich beigetragen hatten, müssen auch bei v. Schweinitz und seinem Kreis die Gräuel des Völkermordes und die Barbareien des Krieges eine Rückwendung zu humanistischen und religiösen Werten und zum klassischen Bildungserbe bewirkt haben – Tagungsthemen wie „Leben mit Goethe“ 1949, „Ruf zur schöpferischen Mitte“ im Zeichen Johann Sebastian Bachs 1950 oder „Die Sendung Europas“ 1951 (Vortragsthema u. a. „Ist Europa schon in Berlin zu Ende?“) machten das recht deutlich. Am Ende der Zusammenkunft 1951 veröffentlichte der Freundeskreis eine Presseerklärung, in der das elitäre Selbstverständnis der Beteiligten („verantwortlich empfindende Persönlichkeiten des deutschen Geisteslebens“) ebenso deutlich wurde wie der Nachhall konservativ-kulturpessimistischer Anschauungen, aber auch eine deutliche Abkehr vom Nationalismus der Vergangenheit und eine Hinwendung zu Vorstellungen vom christlichen Abendland (die „europäische Gemeinschaft…kann nur verwirklicht werden auf Grund der christlichen Idee von Dienst und Opfer“). Die Ablehnung der „parlamentarischen Phrase“ klang dagegen doch noch sehr nach der rechtsradikalen Parlamentarismuskritik der 1930er Jahre; was „wahre“ Sozialpolitik sein mochte, blieb das Geheimnis der Verfasser – sicher ist nur, dass sie darunter *nicht* die Bestrebungen von Gewerkschaften und Sozialdemokratie verstanden:

„Der Meisenheimer Freundeskreis, gegründet 1949, in dem verantwortlich empfindende Persönlichkeiten des deutschen Geisteslebens vereinigt sind, kam in den Tagen vom 23. bis 30. 7. in Meisenheim am Glan bei Bad Kreuznach zu seiner 3.

---

[127] Z. B. über König Heinrich I. „der ein König der Deutschen war und doch ein gekrönter Herzog der Sachsen blieb, ein Amtmann Gottes wie Jahrhunderte nach ihm die Hohenzollern auf märkischem Boden.“ **Schweinitz**, Hellmut von: Geschichte im Raum. Völker, Rassen, Kulturen. Das a b c des N(*ationalen*)-B*(ücherd*) D*(ienstes*), Heft 2. Berlin 1936, S. 23)

[128] ebenda, S. 24

[129] Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums, Leipzig 31.12. 1938, S. 133 – zit. nach www.berlin.de/rubrik/hauptstadt/verbannte_buecher/detail 4. 9. 2010

[130] „Das Gemeinsame von Kulturelementen, das sich…selbst bei wesensfremden Kulturvölkern findet…läßt zunächst die Beobachtung rassischer, völkischer und kultureller Besonderheiten zurücktreten.“ (S. 6) „Welche Kräfte und Formungselemente am Aufbau einer Rasse mitwirken, ist nicht geklärt, sowenig über den Begriff ‚Rasse’ selbst eine einheitliche Vorstellung herrscht.“ (S. 10)

Jahrestagung ‚Die Sendung Europas' zusammen und legt folgendes Arbeitsergebnis seiner Tagung vor:

1. Wir bekennen uns zur europäischen Gemeinschaft. Wir sehen sie in einem Zusammenschluß freier und gleichberechtigter Völker. Diese Gemeinschaft kann nur verwirklicht werden auf Grund der christlichen Idee von Dienst und Opfer und der sich daraus ergebenden Wertung des Menschen.

2. Wir wenden uns gegen alle Pläne, gleichgültig, ob sie von Westen oder Osten kommen, die darauf ausgehen, anstelle der Gemeinschaft ein Kollektiv zu setzen und die Würde des Menschen zu verneinen.

3. Wir fordern die Reinigung des Geschichtsbildes von allen verfälschenden Nationalismen, eine echte Begegnung von Mensch zu Mensch und Volk zu Volk, nicht nur an romantischen Lagerfeuern, sondern vor allem durch gegenseitigen Austausch und in gemeinsamer praktischer Arbeit. Wir fordern die Überwindung der Spannung zwischen Masse und Individuum durch den sofortigen Beginn einer wahren Sozialpolitik. Wir fordern alle, die sich mit uns zum europäischen Gedanken bekennen, auf, an die Stelle parlamentarischer Phrasen endlich die demokratische Tat zu setzen."[131]

Neben Dichterlesungen und Vorträgen zu theologischen (Theologen, ob Pfarrer oder Universitätstheologen, waren immer zahlreich vertreten), philosophischen und kulturwissenschaftlichen Themen gab es immer ein musikalisches Rahmenprogramm in der Schlosskirche und im evangelischen Gemeindehaus, mit dem Schwerpunkt auf geistlicher Musik. Dabei trat schon 1950 der Knabenchor der Pariser Kirche St. Laurent auf, was sicher als Zeichen der französisch-deutschen Versöhnung gemeint war und darüber hinaus den Schriftsteller Ludwig Bäte zu seiner „Meisenheimer Novelle" inspiriert haben mag – jedenfalls spielt in der Erzählung[132], die in einem, was die topografischen Details betrifft, mit dichterischer Freiheit gestalteten Meisenheim handelt, ein aus Paris angereister Knabenchor eine wichtige Rolle. – Die Tagung von 1954 befasste sich mit den Religionen Asiens, besonders Indiens. Es gab u. a. Rezitationen aus den Heiligen Schriften der Hindus und einen Vortrag von Pfarrer v. Schweinitz „Buddhismus und Christentum", der später als Buch erschien.

Die Zahl der Teilnehmer und Gäste stieg bis zu 80 Personen[133] an; der Südwestfunk und die überregionale Presse berichteten über die Veranstaltungen. Allerdings hing das Ganze stets an der Person des Freundeskreis-Gründers – nach dem Tode Hellmut v. Schweinitz' fand nur noch 1961 eine Tagung mit dem Thema „Das Einfache" statt. –

Etwa zwei Jahre nach dem letzten Treffen, am 26. 12. 1963 wurde in Meisenheim das „Volksbildungswerk" (VBW) gegründet,[134] das seither einerseits Kurse (Sprachen, Stenografie, Photo usw.) und Vorträge zu den verschiedensten Themen

---

[131] Zit. n. Allgemeiner Anzeiger 1. 8. 1951

[132] **Bäte**, Ludwig: Meisenheimer Novelle und andere Dichtungen. Berlin ²1959

[133] Allgemeiner Anzeiger 20. 7. 1956

[134] **Rosenboom**, Johannes: Das Volksbildungswerk Meisenheim. Eine Art Zwischenbilanz. In: **Mosaik.** Schülerzeitschrift am Paul-Schneider-Gymnasium: 650 Jahre Stadt Meisenheim.. Meisenheim Juni 1965, S. 43 ff

veranstaltet, andererseits Konzertveranstaltungen, Ausstellungen, Theateraufführungen nach Meisenheim holt – in der Summe ein Programm, das man in einer 3000-Einwohner-Stadt nicht unbedingt vermuten würde.

Verwaltungsreformen

Das Land Rheinland-Pfalz bestand zu Beginn aus fünf Regierungsbezirken mit zusammen 39 Kreisen und 2.706 Gemeinden Dabei existierten in den verschiedenen Teilen des Landes unterschiedliche, aus den territorialen Traditionen hervorgegangene Kommunalverfassungen. In den ehemals rheinpreußischen Gebieten, zu denen auch der Kreis Kreuznach mit Meisenheim zählte, gab es die Ämter als Verband mehrerer Gemeinden. „Die Ämter wurden von einem üblicherweise hauptamtlichen Amtsbürgermeister verwaltet. Damit war auch auf dem platten Land eine gewisse Leistungsfähigkeit der örtlichen Verwaltung sichergestellt.“[135] Allerdings galten die Ämter in den pfälzischen und rheinhessischen Landesteilen als „preußisch“ und trafen infolgedessen auf eine gewisse Ablehnung. Trotzdem bestand die Notwendigkeit von Verwaltungsreformen, um die Gemeinden zu befähigen, die Versorgung mit Strom, Gas, Wasser und Nahverkehrsleistungen, den Bau und Unterhalt von Schulen, Krankenhäusern und Kläranlagen zu gewährleisten – sämtlich Aufgaben, mit denen sich auch Meisenheim herumschlagen musste.

Während in Bonn die Zeit der christlich-demokratischen Vorherrschaft nach 17 bzw. 20 Jahren mit dem Rücktritt Bundeskanzler Ludwig Erhards (1966) und der Übergangsphase der Großen Koalition (1966 – 69) zu Ende ging, dauerte sie in Rheinland-Pfalz volle 44 Jahre,[136] was aber nicht bedeutete, dass es nicht auch innerhalb dieser *Partei*kontinuität zu einem politischen *Generationen*wechsel gekommen wäre. Die nachdrängende Generation mit dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Helmut Kohl machte die Verwaltungsreform zu einem ihrer Hauptanliegen.

„Die politische Konfliktlinie verlief weniger zwischen den Parteien, sondern zwischen verschiedenen politischen Generationen mit unterschiedlichen politischen Grunderfahrungen. Dieser Konflikt fand daher vor allem innerhalb der jeweiligen Parteien statt. In der für Rheinland-Pfalz wesentlichen CDU wurde er vor allem durch die Auseinandersetzung zwischen Altmeier und Kohl personifiziert.“[137]

Die Reformer waren erfolgreich, und mit insgesamt 18 Landesgesetzen wurden die Verwaltungs- und Gebietsreformen zwischen 1966 und 1974 umgesetzt. Aus fünf Regierungsbezirken wurden im Jahre 1968 drei,[138] aus 39 Landkreisen wurden 24 z. T. neu zugeschnittene. [139] Am wichtigsten für die eigentliche Kommunalpolitik

---

[135] **Heil**, Peter: Staat und Kommune 1954 – 1974. Von der Integration zur Modernisierung der Verwaltung. In: **Borck**, Heinz-Günther (Hg.): Beiträge zu 50 Jahren Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz. Koblenz 1997, S. 115 – 138 [HEIL 1997], S. 120

[136] Ministerpräsidenten Peter Altmeier (1947 – 1969), Helmut Kohl (1969 – 1976); Bernhard Vogel (1976 – 1988) und Carl-Ludwig Wagner (1988 – 1991)

[137] HEIL 1997, S. 126

[138] Rheinhessen und Pfalz wurden zu Rheinhessen-Pfalz; Koblenz wurde um Montabaur erweitert; Trier blieb unverändert.

[139] „Daß diese beiden Kernstücke der Reform in das symbolträchtige studentenrevolutionäre Jahr 1968 fielen, ist mehr als ein Zufall. Die unmittelbar nicht miteinander verbunde-

waren dabei das Gesetz über die Verbandsgemeinden von 1970, das die Bildung und Verfassung derselben regelte, und das von 1972, das den räumlichen Zuschnitt festlegte. Mit dem Namen ‚Verbandsgemeinde' trug man den Vorbehalten gegen ‚Ämter' in den außerpreußischen Landesteilen Rechnung.

Für Meisenheim war das wichtigste Ergebnis die Überwindung der „Glangrenze". Zwar gab das Amt Meisenheim im Süden die Gemeinden Hoppstädten und Medard an den vergrößerten Pfälzer Kreis Kusel ab, im Norden Lauschied an die Verbandsgemeinde (Bad) Sobernheim. Dafür erhielt es acht rechts des Glan gelegene Gemeinden[140] seines ehemaligen Pfälzer Hinterlandes von früheren Kreisen Rockenhausen[141] und Kusel.

Heute (2012), knapp 40 Jahre nach der ersten Reform, wird zwar die Notwendigkeit größerer Einheiten gesehen, die VG Meisenheim muss „auf Brautschau gehen."[142] –

„Die Kommunalreform bringt die kleine Verbandsgemeinde Meisenheim in Bedrängnis. Will sie fortbestehen, muss sie wohl größer werden, sich Partner suchen. Die Diskussion um die Auswirkungen der Kommunalreform auf die Verbandsgemeinde Meisenheim wird heftiger. Vermutlich muss die kleine VG am Glan mit einer anderen fusionieren oder andere Orte ‚anwerben'."[143] (*s. letztes Kapitel)*

Trotzdem trifft zu, was die VG in ihrer Selbstdarstellung im Internet schreibt:

„Verbandsgemeinde – Ein Erfolgsmodell in Rheinland-Pfalz - Gemeinsam geht es besser – Dieser Gedanke mag die rheinland-pfälzische Landesregierung geleitet haben, als sie im Jahr 1972 die Verbandsgemeinden aus der Taufe hob. In den Verbandsgemeinden schließen sich mehrere Ortsgemeinden und (kleinere) Städte zu einer Verwaltungseinheit zusammen und erledigen bestimmte überörtliche Aufgaben gemeinsam. Dazu gehören die Trägerschaft für Grund- und Hauptschulen, die Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung, der Brandschutz und technische Hilfen, das Melde- und Ordnungswesen sowie die Flächennutzungsplanung.

Neben diesen eigenen Aufgaben führt die Verbandsgemeindeverwaltung die Geschäfte der angehörigen Ortsgemeinden und Städte in deren Namen und Auftrag.

Als eigenständige Gebietskörperschaft hat die Verbandsgemeinde ein eigenes, von den Bürgerinnen und Bürgern gewähltes Parlament: den Verbandsgemeinderat. An der Spitze der Verwaltung und des Rates steht der hauptamtliche urgewählte Bürgermeister der Verbandsgemeinde.

Die Ortsgemeinden und Städte bleiben eigenständig und haben eigene Ortsbürgermeister und Gemeinderäte. Diese regeln örtliche Angelegenheiten wie den Bau

---

nen Ereignisse spiegeln auf unterschiedliche Weise den fundamentalen sozialen Wandel der sechziger und frühen siebziger Jahre. Staatlich kanalisierte Reformeuphorie und jugendbewegter Studentenprotest bildeten die zwei Seiten einer Medaille grundlegenden gesellschaftlichen Wandels." (HEIL 1997, S, 127)

[140] Von Nord nach Süd: Rehborn, Lettweiler, Callbach (Rockenhausen), Schmittweiler, Reiffelbach, Roth, Gangloff und Becherbach (Kusel)

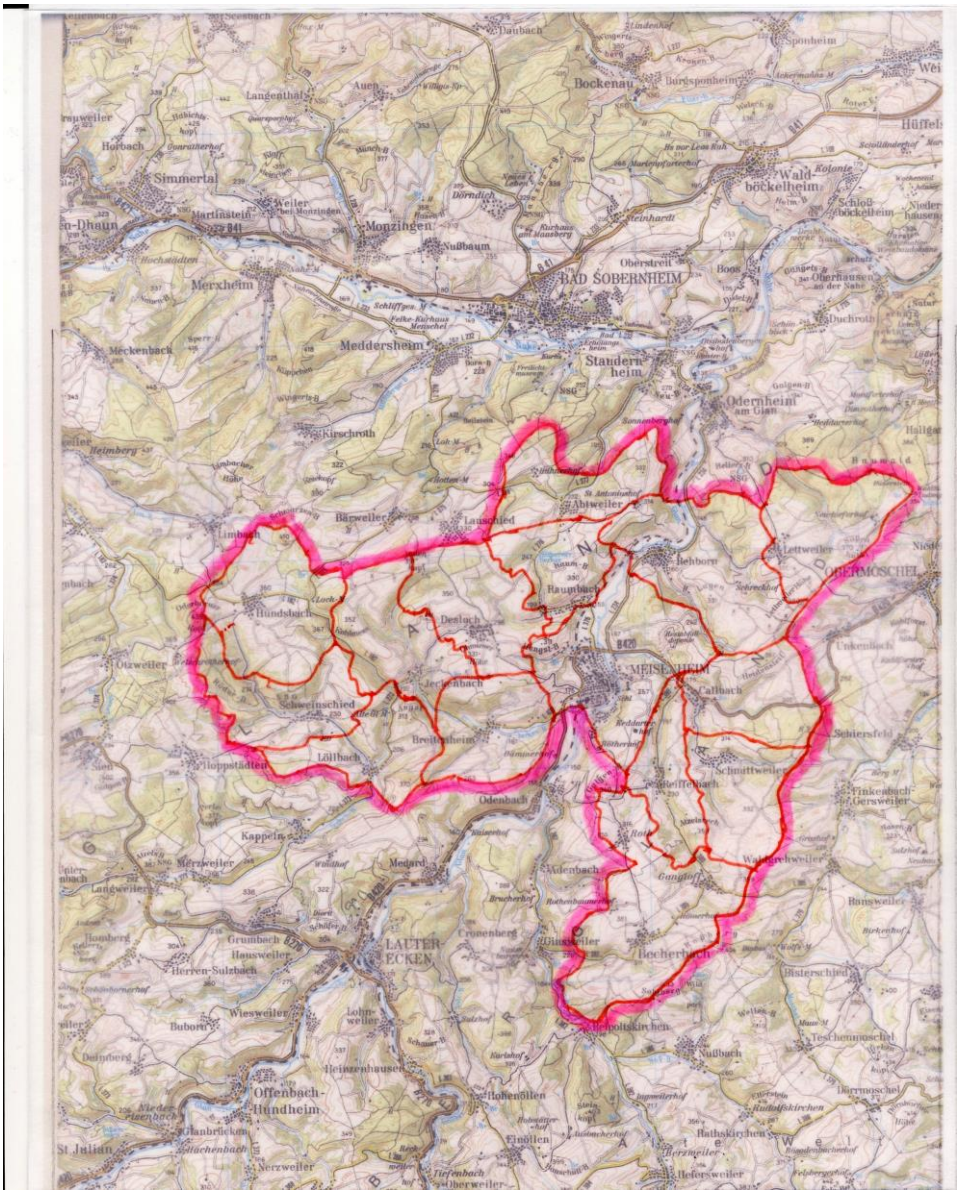
[141] nun mit Kirchheimbolanden zum Donnersbergkreis vereinigt

[142] Öffentlicher Anzeiger 3. 9. 2010

[143] ebenda

von Gemeindestraßen, den Bau und die Unterhaltung von Sportstätten, Kindergärten, Dorfgemeinschaftshäusern, Friedhöfen usw.

Verbandsgemeinde Meisenheim 2012 – wieder auf beiden Seiten des Glan
(auf Basis der TK 1 : 100 000, © GeoBasisDE/LVermGeoRP2014-05-07)



Wenngleich die aktuell diskutierte Verwaltungs- und Gebietsreform Veränderungen in der kommunalen Familie bewirken wird, bleibt diese aus dem preußischen Recht gewachsene Organisationsstruktur gewahrt."[144]

Dass auch die Bundes-Politik dieser sozialliberalen Jahre – in erster Linie die Politik der inneren Reformen und die Entspannungs- und Versöhnungspolitik gegenüber den Ländern Osteuropas – die Meisenheimerinnen und Meisenheimer interessiert und bewegt hat, lässt sich gut anhand der Bundestagswahlergebnisse der 60er und frühen 70er Jahre zeigen.

IV. 1961	Stadt abs.	Stadt %	Land	Bund
Wahlbeteiligung	1.320	87,5		87,7
CDU	379	28,7	48,9	45,3
SPD	635	48,1	33.5	36,2
FDP	306	23,2	13,2	12,8
sonstige	--	--	4,4	5,7

V. 1965	Stadt abs.	Stadt %	Land	Bund
Wahlbeteiligung	1.492	86,6		86,8
CDU	452	30,3	49,3	47,6
SPD	681	45,6	36,7	39,3
FDP	257	17,2	10,2	9,5
sonstige	102	6,8	3,8	3,6

Die gegenüber den ersten drei Bundestagswahlen abnehmende Zustimmung zur CDU bei gleichzeitiger Zunahme der SPD-Stimmen ist auch mit dem Wirken des als „der gute Mensch von Kirn" bekannt gewordenen sozialdemokratischen Wahlkreisabgeordneten Wilhelm Dröscher zu erklären. Die FDP schnitt gegenüber dem Bundesdurchschnitt immer noch besser ab, der Vorsprung wurde aber ein wenig geringer. Die Wahlbeteiligung wies keine auffälligen Schwankungen auf.

VI. 1969	Stadt abs.	Stadt %	Land	Bund
Wahlbeteiligung	1.417	85,0		86,7
CDU	523	36,7	47,8	46,1
SPD	700	49,2	40,1	42,7
FDP	120	8,4	6,3	5,8
sonstige	74	5,2	5,8	5,5

VII. 1972	Stadt abs.	Stadt %	Land	Bund
Wahlbeteiligung	1.683	91,6		90,4
CDU	648	39,2		44,9
SPD	876	51.2		45,8
FDP	150	9,0		8,4
sonstige	9	0,5		0,9

Die Wahl 1969 war von Wechselstimmung geprägt, die liberal-konservativen Wähler wandten sich aber teilweise von der zur „kleinen", sozialliberalen Koalition

[144] www.meisenheim,de/Bürgerservice/Verwaltung , 27. 10. 2010

entschlossenen FDP ab, in Meisenheim noch stärker als im Bund. Die sechste Legislaturperiode war verkürzt – nach dem gescheiterten Misstrauensvotum des CDU-Fraktionsvorsitzenden Barzel gegen Willy Brandt und nach mehreren Fraktionswechseln von Gegnern der Ostverträge[145] stellte Willy Brandt im Bundestag die Vertrauensfrage, die erwartungsgemäß scheiterte, worauf der Bundestag aufgelöst wurde. Die Wahl wurde zum Quasi-Plebiszit über die neue Ostpolitik - die 60,2 % Zustimmung zur sozialliberalen Koalition in Meisenheim darf man als fast ebenso starke Zustimmung zur Versöhnung mit den osteuropäischen Nachbarn betrachten, und sie brachte mehr Meisenheimerinnen und Meisenheimer als je zuvor an die Wahlurnen.[146]

[145] Inhaltlich gleichartige Verträge über Gewaltverzicht und Anerkennung der bestehenden Nachkriegsgrenzen mit der Volksrepublik Polen und der UdSSR

[146] Vier Jahre später gab es noch eine Steigerung auf 92,4 % Beteiligung – danach nahm das politische Interesse in Meisenheim kontinuierlich ab, bis auf 41,1 % im Jahre 2009 – mehr als 20 % unter dem Bundesdurchschnitt!

In der globalisierten Welt

Am 6. Oktober 1973 – Versöhnungstag, Jom Kippur, ganz Israel lag in tiefster Feiertagsruhe – eröffneten ägyptische und syrische Streitkräfte den vierten Nahostkrieg. Syrien besetzte die Golanhöhen, ägyptische Truppen eroberten Teile der seit 1967 israelisch besetzten Sinaihalbinsel zurück, bevor es der israelischen Armee gelang, im Gegenstoß den Suezkanal zu überqueren. Nachdem schon in den ersten Kriegstagen die Rohöllieferungen aus den arabischen Förderländern zurückgegangen waren, beschlossen die in der OAPEC (*Organisation of Arab Petroleum Exporting Countries)* zusammengeschlossenen Staaten am 16. Oktober, das Erdöl als politische Waffe einzusetzen, um westliche Staaten, insbesondere die USA, von der militärischen, logistischen und politischen Unterstützung Israels abzubringen[1]. Der Preis für das 159-l-Fass (*Barrel)* der Sorte *Arabian light* wurde von 3,01 auf 5,11 US $, d. h. um 70% erhöht; bis zum 23. Dezember wurde der Preis noch einmal mehr als verdoppelt (von 5,11 auf 11,65 $.[2])

Die Zeit eines durch äußerst niedrige[3] Energiepreise ermöglichten Wirtschaftwachstums der westlichen Industriegesellschaftern, ihr „Goldenes Zeitalter", war endgültig vorüber, die „Krisenjahrzehnte"[4] hatten begonnen. Das billige Öl hatte die Wachstumsperiode der Nachkriegszeit möglich gemacht, insbesondere Massenmotorisierung und Straßenbau vorangetrieben; gleichzeitig hatte die Illusion, billige Energie stünde unerschöpflich zur Verfügung, die Industriegesellschaften die rechtzeitige Suche nach anderen Energiequellen versäumen lassen und auf diese Weise eine verhängnisvolle Abhängigkeit erzeugt. Der Anteil des importierten Erdöls am Primärenergieverbrauch der Bundesrepublik Deutschland war von 5 % 1950 auf 56% im Jahre 1973 gestiegen.[5]

An einem Sonntag Ende November, wenn das Wetter kaum zu Ausflügen verlockt, gibt es in Meisenheim ohnehin wenig Autoverkehr. Dass aber auch der Autolärm auf der B 420 verstummt war, hatte so noch niemand erlebt; die Bewohner der Carl-Hellermann-Straße werden die Ruhe am 25. November 1973 genossen haben.

---

[1] In diesem Ursache-Folge-Verhältnis sind die Vorgänge auf den Rohölmärkten seinerzeit von den westlichen Industriestaaten wahrgenommen worden. Dass die Ölförderländer in Wirklichkeit schon früher begonnen hatten, sich gegen die Dominanz der Verbraucherländer bei Förderung und Verteilung des Rohstoffs zu wehren, so dass der Jom-Kippur-Krieg eher Anlass als Ursache für den Ölpreisschock war, zeigt ausführlich: **Hohensee**, Jens: Der erste Ölpreisschock 1973/74. Die politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen der arabischen Erdölpolitik auf die Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa. Stuttgart 1996 [HOHENSEE 1996].

[2] ebenda, S. 78

[3] „Erdöl war ein Rohstoff, der weit unter Wert verkauft wurde. Dies wurde später auch von westlicher Seite zugestanden: ‚Die Verträge waren' so der Londoner Erdölexperte Joe Roeber, ‚um nicht lange drum herumzureden, kolonial.'" Ebenda, S. 17

[4] „Die Geschichte des 20. Jahrhunderts war seit 1973 die Geschichte einer Welt, die ihre Orientierung verloren hat und in Instabilität und Krise geschlittert ist." HOBSBAWM 1999, S. 503

[5] HOHENSEE 1996, S. 52

Die Bundesregierung hatte eine Rechtsverordnung gemäß § 1 (3) des Energiesicherungsgesetzes[6] erlassen und „Kraftfahrzeuge, Wasserfahrzeuge mit Maschinenantrieb und motorgetriebene Luftfahrzeuge“ an diesem und den folgenden drei Sonntagen zu benutzen verboten. Die Meisenheimer verstanden, etwas daraus zu machen:

„In der Pferdekutsche durch Meisenheim. Wie überall in der Bundesrepublik waren gestern, dem ersten Sparsonntag, die Straßen von Benzinkutschen leergefegt. Dafür sah man mehr Fußgänger und Radfahrer. Um die Mittagszeit fuhr durch Meisenheim eine vollbesetzte Pferdekutsche. Es hat sich also herausgestellt, daß es ganz leicht ist, Kraftstoff zu sparen.“[7]

Im Nachhinein stellte sich zwar heraus, dass die Maßnahme überflüssig war – zu keinem Zeitpunkt waren die westdeutschen Vorräte an Mineralölprodukten auf weniger als 60 Tagesverbrauchssätze gesunken – im historischen Gedächtnis sind die „autofreien Sonntage“ aber *der* Ausdruck der „Ölkrise“. In Wirklichkeit gab es keine Krise, wenn das Wort eine Unterbrechung oder wesentliche Einschränkung der Versorgung ausdrücken soll.

Was es aber gab, was schon früher begonnen hatte, aber seine Wirkungen erst längerfristig umso einschneidender zeigen sollte, war ein globaler Wandel der *terms of trade*, der weltweiten Austauschverhältnisse, denn eigentlich hatten die Golfstaaten nur den Preis für ein begehrtes Gut erhöht – ein völlig normaler marktwirtschaftlichen Vorgang. Sie hatten damit allerdings eine ungeheure Menge an Kaufkraft von den Verbraucherländern auf ihre Konten umgelenkt, mit erheblichen Folgen: Die Konsumenten in den Verbraucherländern, die nun mehr Geld für ihre Mobilität und für warme Wohnungen im Winter zu zahlen hatten, konnten dieses Geld nicht mehr für andere Güter ausgeben, was Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe gefährdete. Firmen mussten wegen gestiegener Preise für Energie und die zahlreichen aus Öl gewonnenen Halbfabrikate wie Kunststoffe, Farben und Lacke, Lösungsmittel, Kunstfasern usw. höhere Preise für ihre Produkte fordern, was die Konkurrenzfähigkeit manches Unternehmens und damit dessen Arbeitsplätze gefährdete. „Hatte die Arbeitslosigkeit seit 1969 stets zwischen 200 000 und 300 000 gelegen, so erhöhte sie sich 1974 auf 600 000 und 1975 sogar auf 1,1 Millionen.“[8]

Zu den ohnehin großen wirtschaftlichen Problemen kam noch die Erschütterung des westlichen Währungssystems infolge des US-Krieges in Vietnam, der z. T. mit der Notenpresse finanziert worden war, eine dauerhaft passive Handelsbilanz der USA verursacht und Europa mit US-$ überschwemmt hatte. Da der Doller im Währungssystem von Bretton Woods[9] als Leitwährung fungierte und die Noten-

---

[6] Genauer: „Gesetz zur Sicherung der Energieversorgung bei Gefährdung oder Störung der Mineralöleinfuhren“

[7] Allgemeiner Anzeiger 26. 11. 1973

[8] HOHENSEE 1996 S. 220 f. – Die Daten mögen heute, da ein Absinken der Arbeitslosenzahl unter 3 Millionen als großer Erfolg gefeiert wird, als harmlos, wenn nicht gar erfreulich angesehen werden. Für die Zeitgenossen entscheidend war aber die Tatsache der erheblichen *Zunahme* der Arbeitslosigkeit.

[9] In Bretton Woods in New Hampshire tagte 1944 die UN-Währungskonferenz, die u. a. zu Gründung des Internationalen Währungsfonds führte. Das ursprüngliche IWF-

banken der kapitalistischen Länder die US-Währung als Reserve lagerten, musste ein dauerhaftes Zahlungsbilanzdefizit der USA die Währungsreserven entwerten, weltweit Preissteigerungen hervorrufen und damit die Folgen des Ölpreisschocks noch erheblich verstärken.[10]

Als heilsame Folge des Ölpreisschocks muss man dagegen festhalten, dass bei vielen Menschen erstmals die Erkenntnis von der Endlichkeit vieler Ressourcen, von den „Grenzen des Wachstums"[11] und der Notwendigkeit nachhaltigen Wirtschaftens entstand. „Neue soziale Bewegungen" versuchten in der folgenden Zeit, diese Erkenntnis in praktische Politik umzusetzen (s. u. *Neue Politikfelder*). Der *Begriff* „Globalisierung" drang erst später in unseren Sprachgebrauch ein, die *Erfahrung* machten Meisenheimer, Deutsche, Europäer schon in der ersten Hälfte der 70er Jahre.

Verluste und Gewinne

Durch den Ölpreisschock wurde deutlich und für alle sichtbar, dass die Konzentrations- und Zentralisationstendenz des kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Systems und der Zwang zu leistungsfähigeren größeren Einheiten nach wie vor wirksam waren. Das Wirtschaftswachstum der „goldenen Jahre" hatte nur für 15 – 20 Jahre den Wettbewerbsdruck auf kleinere Unternehmungen abgemildert und ihr Überleben erleichtert, aber die Wirkungen der Konzentrationsprozesse gingen auch an Meisenheim nicht spurlos vorbei.

Das heißt natürlich nicht, dass etwa die Schließung des Amtsgerichtes zum 1. Januar 1967[12] eine *direkte* Folge ökonomischer Zwänge war. Aber der von wirtschaftlichen Entwicklungen ausgehende Druck zu Rationalisierungen, Effizienzsteigerungen, Ressourceneinsparungen traf öffentliche Einrichtungen so gut wie private Betriebe. Die Überschrift des Artikels über die Landtagsberatung des entsprechenden Gesetzes machte das ganz deutlich. „Rationeller auch bei der Justiz".[13] Stadt und Amt Meisenheim protestierten, als die Pläne Anfang 1965 bekannt wurden, mit einer Denkschrift,[14] die auch auf die geschichtliche Bedeutung der Stadt hinwies:

„Die Veröffentlichung *[des Gesetzentwurfes, U. S.]* hat in der Bevölkerung allgemein eine große Erregung hervorgerufen, so auch in Stadt und Amt Meisenheim. In der Auflösung des Amtsgerichtsbezirkes Meisenheim und der Katasteramtsnebenstelle erblickt man mit Recht einen Bruch mit einer bewährten und traditionellen Einrichtung. Die Stadt Meisenheim mit über 3000 Einwohnern liegt zentral im unteren Glantal. Sie ist seit 650 Jahren mit den Rechten einer Stadt ausgestattet.

Abkommen sah Gold und US-$ als gleichwertige Währungsreserven und auf deren Basis feste Wechselkurse zwischen den Währungen der Mitgliedsländer vor.

[10] WOLFRUM 2005, S. 408

[11] So der Titel des berühmten Berichtes „zur Lage der Menschheit" an den Club of Rome 1972. Das Buch selbst war weit verbreitet, die Berichterstattung über seinen Inhalt erreichte praktisch jeden gebildeten Menschen, auch in Meisenheim. Weitere durch die Krise angeregte Bücher zum Umdenken mit weiter Verbreitung waren u. a.: Erhard Eppler: *Ende oder Wende* und: Herbert Gruhl: *Ein Planet wird geplündert*.

[12] Freundliche Mitteilung von Herrn Notar Richard Held, Meisenheim

[13] Rhein-Zeitung, 13. 1. 1965

[14] „Denkschrift zu einer Verwaltungsreform", Meisenheim (Glan) 1. 3. 1965

Als Residenz der Pfälzisch-Zweibrücker Herzöge war Meisenheim jahrhundertelang Sitz eines Oberamtes, dessen Gebiet große Teile der Nordpfalz und der Nahe umfaßte. Dazu gehörten u. a. die Gerichtsbezirke Obermoschel, Lauterecken, Rockenhausen und Wolfstein. […] Bei der Bedeutung der Stadt Meisenheim ist es nicht zu verstehen, daß nunmehr der Amtsgerichtsbezirk Meisenheim und die Katasteramtsnebenstelle im Zuge der geplanten Verwaltungsreform aufgelöst werden sollen."

Doch geschichtliche Argumente hatten schon 1932 bei der Auflösung des Kreises Meisenheim nicht verfangen, ebenso wenig halfen die Hinweise auf die Zentralitätsfunktionen der Stadt (Schulen, Krankenhäuser, Molkerei mit großem Einzugsbereich, kulturelle Veranstaltungen usw.): das Gericht wurde aufgehoben; heute gehört Meisenheim zum Bezirk des Amtsgerichtes Bad Sobernheim. Am Ende der Denkschrift machten die Autoren den Vorschlag, den Bereich des Amtes Meisenheim um zehn Umgebungsgemeinden zu erweitern, und hier hatten sie langfristig gesehen Erfolg: Sieben der zehn genannten Gemeinden gehören heute tatsächlich zur Verbandsgemeinde Meisenheim (s. o. Kapitel *Verwaltungsreformen*).

Der Konkurs von Möbel-Becker hatte, wie das fast immer der Fall ist, noch weitere Gründe neben den gestiegenen Energiekosten – es gab Mängel bei der Qualitätskontrolle in der Furnierproduktion, oft wurden Lieferungen retourniert;[15] Wandlungen des Geschmacks und der Trend zu „moderneren" Materialien wie Kunststoffen, die in allen Farben zur Verfügung standen und leichter formbar waren als Holz, kamen dazu und führten zu Umsatzeinbußen, die das Unternehmen schließlich nicht verkraften konnte.

Auch die traditionsreiche Brauerei Bonnet und Cie. GmbH erlag dem Konzentrationsprozess. 1969 wurde die Firma von der Koblenzer Königsbacher-Brauerei übernommen, die 1978 den Brauereibetrieb stilllegte. Mit der Herstellung von Fruchtsäften wurden Arbeitsplätze erhalten, bis man Anfang 1980 die Erzeugung von „Bonnet-Pils" doch noch einmal aufnahm[16] – allerdings nur für zwei Jahre. Seitdem lag das imposante Ensemble, das in die Denkmalliste[17] eingetragen ist, mehr oder weniger brach, sieht man von der Teilnutzung als Restaurant und durch einen Getränkevertrieb ab. Zur Zeit der Entstehung dieses Buches wurde der Wirtschaftshof in eine Wohnanlage („Bonnet-Park") umgewandelt.

Im September 1976 wurde in der Spinnerei das 25-jährige Arbeitsjubiläum einer Mitarbeiterin gefeiert, die schon ein Jahr vor der Eröffnung des Meisenheimer Betriebes 1952 „mit einer ersten Gruppe in Rheydt *[dem Hauptsitz der Firma Pferdemenges & Scharmann, U. S.]* die ersten Gehversuche in der Textilfertigung gemacht habe. […] Für die Zukunft sagte der Geschäftsführer eine interessante Zeit voraus."[18] – Ob die Beschäftigten der Spinnerei die Zeit, die am Ende desselben Jahres vor ihnen lag, auch als „interessant" angesehen haben?

---

[15] Gespräch mit Herrn Vetter, Bürochef der VG-Verwaltung, 2. 9. 2010

[16] „Nach zweijähriger Pause wird wieder gebraut", Allgemeiner Anzeiger 12. 3. 1980

[17] Rheinland-Pfalz, Generaldirektion Kulturelles Erbe, 30. 11. 2009: Nachrichtliches Verzeichnis der Kulturdenkmäler Kreis Bad Kreuznach, S. 49: „ehem. Brauerei Bonnet, weitläufige gründerzeitliche Gesamtanlage mit ehem. Mälzerei- und Lagergebäuden mit vier Schornsteinen, Wirtschaftshof, neugotische Stilelemente, 3. Drittel 19. Jh."

[18] Allgemeiner Anzeiger 23. 9. 1976.

„Produktion eingestellt. Die Spinnerei Meisenheim hat nun endgültig die Produktion eingestellt und die Maschinen stehen still. Die Hoffnung auf einen Sanierungsplan oder eine Auffanggesellschaft haben sich nicht erfüllt, da alle Verhandlungen diesbezüglich vorläufig gescheitert sind. Alle Arbeitnehmer sind beurlaubt und Konkurs soll eröffnet werden. Für die Belegschaft der Spinnerei wird dies ein trauriges Weihnachtsfest. Darüber hinaus ist der Konkurs der Spinnerei ein schwerer Schlag für unsere heimische Wirtschaft. Die schon schlechte Situation des Wirtschaftsraumes Meisenheim und Umgebung wird dadurch weiter erheblich geschwächt."[19]

Die Textilindustrie ist bekanntlich für die Schwankungen der Weltwirtschaft besonders empfindlich, Zeitzeugen[20] berichteten aber, dass die Firma in den letzten Jahren ihres Bestehens in Meisenheim Neu- und Erhaltungsinvestitionen systematisch versäumt habe. Auf einen Sozialplan mussten die 220 Entlassenen dann noch fast zweieinhalb Jahre warten, erst am 29. Mai 1979 konnte der Allgemeine Anzeiger über den Erfolg der Verhandlungen zwischen der IG Textil-Bekleidung und dem Konkursverwalter berichten.[21] Dass offenbar viele der entlassenen Arbeiterinnen und Arbeiter aus Meisenheim und Umgebung weggezogen waren, lässt sich aus einer ergänzenden Vereinbarung zwischen der ehemaligen Betriebsratvorsitzenden und dem Konkursverwalter schließen: „Nicht zuweisbare Summen (werden) einem wohltätigen Zweck zugeführt."

Am 27. Februar 1986 meldete die Hain-Druck GmbH Konkurs an. Die Druckerei, spezialisiert auf die Produktion wissenschaftlicher Bücher in kleinen Auflagen und den Nachdruck vergriffener Werke im Offset-Verfahren,[22] war als Hausdruckerei des Anton-Hain-Verlages 1953 gegründet und 1980 an die 1976 gebildete Verlagsgruppe Athenäum – Hain – Scriptor – Hanstein verkauft worden. Danach wurden offenbar nötige Modernisierungsinverstitionmen unterlassen. Die Hoffnung, dass eine andere Firma den insolventen Betrieb weiterführen könnte,[23] zerschlugen sich; zuletzt reichte die Konkursmasse gerade noch, den 54 Beschäftigten die ausstehenden Löhne zu zahlen.[24]

Ende 1988 musste nach 63-jähriger Selbständigkeit auch die Firma Reifen-Maurer dem Zwang zu größeren Produktionseinheiten nachgeben. Im Allgemeinen Anzeiger[25] erschien eine Erklärung der Inhaberin:

„Wir machen uns schon seit längerer Zeit Gedanken über die Zukunft unseres Unternehmens, das seit 63 Jahren im deutschen Reifenmarkt eine bedeutende Position einnimmt. So haben wir uns entschieden, mit der Conti-Gruppe […] zusammenzugehen. Der Geschäftsbetrieb der Firma Reifen-Maurer geht mit Beginn des Jahres 1989 auf die Conti-Gruppe über. […] Es versteht sich von selbst, daß alle

---

[19] Allgemeiner Anzeiger 23. 12. 1976

[20] Gespräch am 31. 8. 2010

[21] „Später Sozialplan. Ehemalige Spinnereiarbeiter erhalten eine Abfindung." Allgemeiner Anzeiger 29. 5. 1979

[22] HAIN MH 41, S. 12

[23] „Hat auswärtige Druckerei Interesse an Firma Hain?" Allgemeiner Anzeiger 28. 2.1986

[24] „Was bleibt für die Arbeitnehmer übrig?" Allgemeiner Anzeiger 14. 5. 1986

[25] 17. 12. 1988

bestehenden Arbeitsverhältnisse aufgrund meines ausdrücklichen Verlangens übernommen werden. Ella Wahl-Maurer."

Doch trotz dieser Zusicherung zwang der globale Konkurrenzdruck die Firma schon im Herbst des Jahres zur Schließung einer Abteilung mit 60 Mitarbeitern[26] und zwei Jahre darauf zum Abbau von weiteren 35 Stellen.[27] Einem Teil de Mitarbeiter wurden Arbeitsplätze an anderen Firmenstandorten angeboten.

Meisenheim hatte in einem knappen Jahrzehnt vier seiner größten Arbeitsstätten verloren. Und als reichte das noch nicht, neigte sich auch das trübe Kapitel des allmählichen Niedergangs der Glantalbahn dem Ende zu. Schon 1959 war bekannt geworden: „Was man bisher nur für ein unsinniges Gerücht hielt, ist bitterer Ernst: Die Bundesbahn beabsichtigt, die Glantalstrecke von Münster bis Schönenberg-Kübelberg *[im Süden des Kreises Kusel, U.S.]* im Rahmen der Rationalisierungsmaßnahmen eingleisig zu machen. […] Eine Wirtschaftlichkeitsberechnung habe ergeben, daß bei Eingleisigmachung der bisher zweigleisigen Strecke an jährlichen Vorhaltungskosten […] 254 000 Mark eingespart werden könnte."[28]

Die Abbauarbeiten hatten 1961 begonnen, seit 1963 gab es auch zwischen Meisenheim und Odernheim nur noch ein Gleis. Modernisierungen der „längst veralteten, personalintensiven Sicherungsanlagen"[29] unterblieben aber, nur ein einziger Bahnübergang an der ganzen Strecke wurde automatisiert, so dass der Einspareffekt sich in engen Grenzen hielt. Bevölkerung und Politiker ahnten, dass die Entfernung des zweiten Gleises nur den ersten Schritt zur vollständigen Stilllegung bedeutete, und protestierten vielfach bei der Bahn und beim Bundesverkehrsministerium. Alle einzelnen Denkschriften, Anfragen und Gutachten aufzuzählen, wäre ermüdend. Die Antworten auf die Proteste folgten jedes Mal dem gleichen Muster:

„Zu der Frage einer Modernisierung der Glantalbahn weist die DB u. a. auf die zweigleisige, elektrifizierte Strecke Saarbrücken – Kaiserslautern – Ludwigshafen hin, deren Leistungsfähigkeit noch nicht ausgeschöpft ist. […] Ein Ausbau zusätzlich auch noch der Glantalbahn ist volkswirtschaftlich nicht vertretbar. Dabei ist zu berücksichtigen, daß mit einem nachhaltigen Anstieg des geringen örtlichen Aufkommens in dem betroffenen Raum nicht gerechnet werden kann. Auch ein Ausbau und eine Modernisierung der Strecke würde hieran nichts ändern. Vielmehr würde nach allen bisherigen Erfahrungen der zu erwartende Verkehrszuwachs die entstehenden Mehrkosten nicht decken können, d. h. die Wirtschaftlichkeit dieser Strecke würde sich noch weiter verschlechtern."[30]

In gewisser Weise sorgte die DB auch selbst durch Ausdünnung der Fahrpläne, Verkehrseinstellung an Sonntagen (1975) und Schließung der Stückgutabfertigungen[31] dafür, dass die Kunden wegblieben. Wie allein das Gerücht, eine Strecke könne stillgelegt werden, zur *self-fulfilling-prophecy* werden kann, machte Bernd Brinken,

---

[26] „Maurer schließt einen Teilbereich – 60 Arbeitsplätze sollen betroffen sein", Allgemeiner Anzeiger 21. 9. 1989

[27] „Maurer baut ab – Etwa 35 Stellen fallen weg", Allgemeiner Anzeiger 8. 11. 1991

[28] Allgemeiner Anzeiger 20. 8. 1959

[29] EMICH 1996, S. 60

[30] „Bonn offensichtlich gegen Erhalt der Glantalbahn", Allgemeiner Anzeiger 15. 5. 1974

[31] „Schließung der Stückgutbahnhöfe Meisenheim und Sobernheim nun endgültig?" Allgemeiner Anzeiger 24. 6. 1974

Kreisdeputierter des Kreises Bad Kreuznach, in einem Vortrag „Der Meisenheimer Raum – Idylle im Abseits?“ vor dem „Rheinischen Verein für Denkmalpflege und Landschaftsschutz“ im Juni 1982 deutlich:

„Mit schöner Regelmäßigkeit liest man in den Zeitungen Briefe der heimischen Abgeordneten an die Bundesbahn-Direktion Saarbrücken, den Verkehrsminister in Mainz oder den in Bonn mit der Bitte, sich für den Erhalt der Glantalbahn einzusetzen, und einige Wochen später die Antworten, in denen es stereotyp ebenso regelmäßig heißt, es bestünden keine akuten Planungen zur Stilllegung. Nichts gesagt wird aber zur weiteren Zukunft. Daß in den nächsten Monaten nichts geschehen wird, wird aber demjenigen, der vor der Frage steht, ob er etwa als Unternehmer im Meisenheimer Raum eine Investition tätigen soll, bei der er mit dem Fortbestand der Bahn rechnet, sicherlich nicht ausreichen, und so mag denn auch in einer uns unbekannten Zahl von Fällen ein solches Engagement im Meisenheimer Raum schon unterblieben sein. Was sich die Bundesbahn mit dieser Politik der Unsicherheit leistet, würde man bei einem Privatbetrieb als Selbstmord bezeichnen.“[32]

Am 30. Mai 1986 wurde der gesamte Zugverkehr zwischen Lauterecken und dem Nahetal eingestellt.[33] Seitdem war Meisenheim jahrelang von Samstagmittag bis Montagfrüh nicht mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar – erst seit der Einführung des „Rheinland-Pfalz-Taktes“ gibt es eine regelmäßige und ziemlich zuverlässige Bus-Verbindung zu den Bahnhöfen Lauterecken und Bad Sobernheim.

Die schwindende Leistung der Bahn einerseits, der unaufhaltsame Trend zur Verlagerung des Personen- und Güterverkehrs auf die Straße andererseits führten zu Forderungen, die Region um Meisenheim an das Autobahnnetz anzuschließen. Als Anfang der 70er Jahre eine Autobahnverbindung Brüssel – Darmstadt diskutiert wurde, gründeten Kommunalpolitiker und Vertreter der Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern und Bauernverbände aus dem Nahe-Glan-Gebiet die „Interessengemeinschaft A 80 Süd“. Wären die Wünsche dieser Gruppe verwirklicht worden, würde heute eine Autobahn bei Meisenheim den Glan überqueren.[34] Auch sieben Jahre später fand der Verbandsgemeinderat, dass Meisenheims wirtschaftliche Probleme – die Steuereinnahmen der Verbandsgemeinde lagen um 19,1% *unter* dem Landesdurchschnitt[35] - mit dem Straßennetz zusammenhingen. „Es gehe um die Aufhebung der Isolierung dieses *[des Meisenheimer, U. S]*. Raumes.“[36] Allerdings meldete vier Wochen später ein Kommentar des Allgemeinen Anzeigers Zweifel an – sowohl an der angeblichen Isolation Meisenheims als auch an der wohltätigen Wirkung einer nahen Autobahn:

„Sicherlich wird die Resolution unseres Verbandsgemeinderates, die die Autobahnanbindung des Meisenheimer Raumes verlangt, abgesegnet sein durch viele

---

[32] Der Allgemeinen Anzeiger druckte den Vortrag im Dezember 1982/Januar 1983 in drei Folgen nach. Zitat 3. 1. 1983

[33] EMICH 1996, S. 64 f und 153 ff; „Jetzt stehen die Signale auf Halt“, Allgemeiner Anzeiger 31. 5. 1986

[34] „Südliche Linienführung der A 80 erwünscht“, Allgemeiner Anzeiger 5. 12. 1972

[35] Allgemeiner Anzeiger 24. 8. 1981

[36] „Bessere Verkehrsanbindung nötig - Resolution einstimmig verabschiedet“, Allgemeiner Anzeiger 16. 10. 1979

Gutachten… Doch welche Hoffnungen, welche Erwartungen steckt man in dieses als ‚lebensnotwendig' bezeichnete Projekt? Wird es uns neue Industrie bringen oder gar die sehnlichst erwarteten Urlauber? Hat Meisenheim denn tatsächlich eine so miserable Verkehrssituation, wie einem immer wieder gesagt wird? Sind 34 Kilometer zur Autobahn Koblenz – Ludwigshafen oder 40 Kilometer zur Autobahn Saarbrücken – Mannheim schon unzumutbar …? Will man eine weitere Schneise ins Land schlagen, noch mehr ruhige Täler in dröhnende Verkehrswege verwandeln…? Mir kommt es so vor, als sähen einige Kommunalpolitiker die vielbeschworene Autobahn als Wundermittel an und auch als Prestigeobjekt."[37]

Die B 420, die die genannten Verbindungen zur A 61 bzw. A 62 herstellt, ist im Landesentwicklungsprogramm als Straße für den überregionalen Verkehr (Kategorie II) ausgewiesen[38] und offenbar den Anforderungen gewachsen. Die Verbindung nach Norden, zum Nahetal und zur B 41 blieb allerdings durch einige sehr enge Ortsdurchfahrten gekennzeichnet. Daher richtete sich nach Stilllegung der Bahn die Begehrlichkeit einiger kommunaler Verkehrsplaner auf die nun funktionslose Bahntrasse,[39] um darauf eine Umgehungsstraße anzulegen, was zum Glück für das idyllische Glantal unterblieb – heute bilden die Draisinenfahrten auf der eingleisigen Strecke zwischen Staudernheim und Altenglan eine touristische Attraktion und bringen Besucher nach Meisenheim; doch gibt es auch Überlegungen, die Strecke zwischen Staudernheim und Lauterecken wieder in Betrieb zu nehmen.[40]

Nachdem in den 70er-Jahren Meisenheims Finanzlage als „katastrophal"[41] bezeichnet worden war, die Stadt „keinen Entscheidungsspielraum mehr"[42] hatte, der ehemalige Bürgermeister Kircher sogar aus Protest dagegen, dass Meisenheim „durch die hohe Verschuldung weder lebensfähig (sei) noch den Bestimmungen der Selbstverwaltung (entspreche)", die Stimmabgabe bei der Kommunalwahl 1974 verweigerte,[43] der Streit zwischen Stadt und Verbandsgemeinde um die Kosten, die der Stadt durch die Wahrnehmung zentraler Funktionen entstanden (z. B. durch die Bereitstellung von Grundstücken für Hauptschule, Kläranlage, Schwimmbad[44], die auch anderen Gemeinden im Verband zugute kämen), immer wieder aufflammte,

---

[37] Markus Weber, Allgemeiner Anzeiger 6. 11. 1979

[38] LEP III, Karte 10 „Funktionales Verkehrsnetz", S. 48: „Straßen für den überregionalen Verkehr (Kategorie II) sind Verbindungen von Mittelzentren zu den zugehörigen Oberzentren oder Verbindungen zwischen benachbarten Mittelzentren. Ferner dienen sie der Anbindung großräumig bedeutsamer Erholungsgebiete und Verkehrsverknüpfungspunkten an Straßen der Kategorie I. In der Regel sollen diese Straßen frei von Ortsdurchfahrten sein."

[39] Allgemeiner Anzeiger 5. 6. 1986 und 28. 10. 1986

[40] **Planungsgemeinschaft** Rheinhessen-Nahe: Regionaler Raumordnungsplan Rheinhessen-Nahe, Mainz 2004, S. 44: „Bestehende Schienentrassen, auf denen zur Zeit kein (Personen-)Verkehr stattfindet, sind über vertragliche Regelungen für eine eventuelle spätere Nutzung in ihrem Bestand zu sichern. … Langfristig ist die Wiederinbetriebnahme auf den Strecken … Staudernheim – Meisenheim – Lauterecken anzustreben."

[41] Allgemeiner Anzeiger 27. 6. 1972

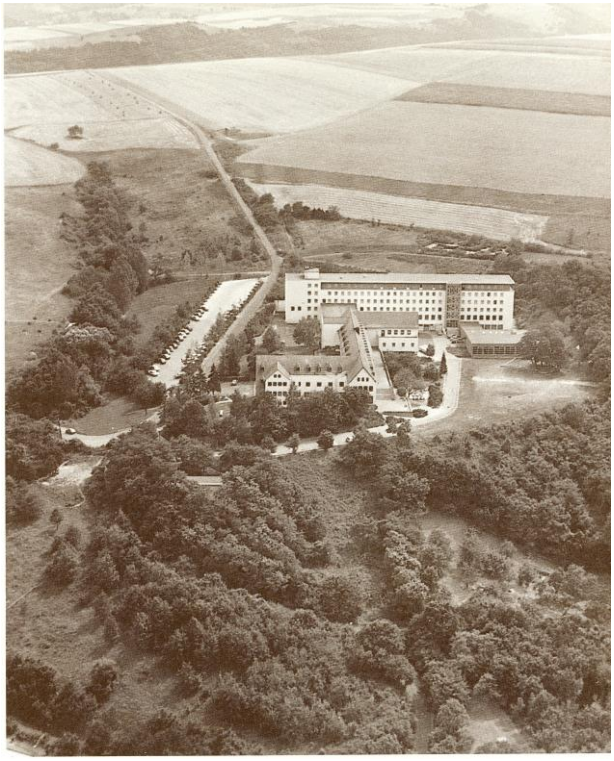
[42] Allgemeiner Anzeiger 16. 12. 1978

[43] Allgemeiner Anzeiger 30. 4. 1974

[44] Allgemeiner Anzeiger 18. 1. 1982

zeichnete ein Bericht der „Planungsgemeinschaft Rheinhessen-Nahe“[45] ein düsteres Bild von der Zukunft: „Die Entwicklung der Bevölkerung der Verbandsgemeinde Meisenheim ist durch hohe Abwanderungen und niedrige Geburtenraten geprägt. […] Für diese ungünstige Entwicklung macht die Analyse die relativ schlechte Verkehrsanbindung und ungünstige Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt verantwortlich. Besonders die erwerbstätige Bevölkerung sei daher abgewandert.“

Zum Glück für die Stadt gab es aber auch gegenläufige Entwicklungen. Von den beiden größten *neuen* Arbeitsstätten soll im Folgenden die Rede sein. Nach dem LEP III und dem ergänzenden „Regionalen Raumordnungsplan Rheinhessen-Nahe“ bildeten Meisenheim und Bad Sobernheim ein zusammengehöriges „Mittelzentrum im Ergänzungsnetz“[46], wobei in Meisenheim die Entwicklung des Dienstleistungsbereichs, in Sobernheim die des produzierenden Gewerbes im Vordergrund stehen sollte.



Die Entwicklung zur „Gesundheitsstadt“: Auf dem Liebfrauenberg über dem Glan steht hinter dem einstigen „Mutter-und-Kind-Heim“ (der Z-förmige Bau in Bildmitte) der erste neu gebaute Flügel (1983). Mittlerweile ist das alte Gebäude ganz verschwunden, das Gesundheitszentrum, das auch das Krankwenhaus in der Stadt ersetzen wird, geht seiner Vollendung entgegen. (Foto Rudolf Homberger)

[45] Die Analyse wurde in Zusammenarbeit mit einer Arbeitsgruppe der Universität Kaiserslautern und der „Arbeitsgemeinschaft Entwicklungsplanung und Datenverarbeitung“ Bonn auf der Basis von 1972 – 1977 erhobenen Daten erstellt. Der Allgemeine Anzeiger berichtete unter der Überschrift „Wenig Arbeit und schlechte Straßen sind verantwortlich“ am 9. 1. 1981

[46] LEP III, S. 36: „Mittelzentren sind Standorte für gehobene Einrichtungen im wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen und politischen Bereich und für weitere private Dienstleistungen. … Mittelzentren des Ergänzungsnetzes ergänzen die Versorgung im jeweiligen Mittelbereich und berücksichtigen die langfristige Sicherung vorhandener zentralörtlicher Einrichtungen…“

Den Ausbau der Meisenheimer „Schulstadt“ haben wir im vorigen Kapitel betrachtet; in den 70er Jahren setzte die Entwicklung zur „(Schul- und) Gesundheitsstadt“ ein. Zum bestehenden, mehrmals erweiterten und bis zum völligen Verschwinden des Altbaus[47] modernisierten Krankenhaus in der Stadt, dem Sprachheilzentrum und dem Neurologischen Landeskrankenhaus (das 1972 sein 25-jähriges Bestehen feiern konnte[48]) auf dem Liebfrauenberg, das ebenfalls laufend ausgebaut wurde,[49] trat das Bodelschwingh-Zentrum der Diakonie.

Das Diakonische Werk hatte schon 1952 das „Herzog-Wolfgang-Haus“ (ehemaliges Schloss, ehemaliges Landratsamt, ehemaliges Lazarett[50]) als Altersheim, Tagungsstätte und Gästehaus von der Rheinischen Landeskirche übernommen. 1988 sollte das Haus, das modernen Ansprüchen nicht mehr genügte, geschlossen werden, erlebte aber noch eine Wiederbelebung als Aussiedler-Unterkunft.[51]

Die Planungen für die weitläufige Anlage am neuen Standort ‚Im Tal’ nahmen schon Anfang der 70er Jahre feste Gestalt an:

„Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport hat den Diakonie-Anstalten in Bad Kreuznach mitgeteilt, daß seitens der Regierung die Voraussetzungen für die Errichtung eines Rehabilitations- und Behindertenzentrums in Meisenheim/Glan gegeben sind. […] Dieses große Bauvorhaben der Diakonie wird für die Fortentwicklung unserer Stadt von wesentlicher Bedeutung. „Im Tal“, in Südlage, entlang der Straße nach Roth entsteht ein völlig neues Stadtviertel. Wenn man bedenkt, daß allein Platz geschaffen wird für ca. 500 Krankenbetten, so kann man sich einen ungefähren Begriff davon machen, welchen Umfang das Unternehmen hat. Dazu kommen noch die vielen Wohnungen und Häuser für Ärzte, Schwestern und Personal.“[52]

Mit dem ganzseitigen Nachdruck eines Artikels aus der Hauszeitschrift der Diakonie-Anstalten stellte der Allgemeine Anzeiger[53] seinen Leserinnen und Lesern das architektonische und medizinisch-soziale Konzept des Zentrums vor. Der erste Spatenstich erfolgte dann am 1. Juli 1974, und Verbandsgemeindebürgermeister Döhl machte in seiner Rede deutlich, warum Meisenheim diesen Anfang mit Ungeduld erwartet hatte:

„Meisenheim sei zwar idyllisch gelegen, doch von dieser Idylle allein könne die Stadt mit ihren sehr schwachen wirtschaftlichen Kräften nicht leben. Man habe sich gerade für die Ansiedlung des Pflegezentrums besonders engagiert und einen Teil des Baugeländes kostenlos und erschlossen zur Verfügung gestellt, weil durch die

---

[47] „Krankenhaus wird weiter ausgebaut – Altbau verschwindet“, Allgemeiner Anzeiger 28. 9. 1979; „Umbau bringt Meisenheim ein modernes Krankenhaus“, Allgemeiner Anzeiger 2. 8. 1985

[48] „25 Jahre Neurologisches Landeskrankenhaus Meisenheim“, Allgemeiner Anzeiger 28. 10. 1972

[49] „Noch ein Hallenbad in Meisenheim im Landeskrankenhaus“, Allgemeiner Anzeiger 3.7.1975

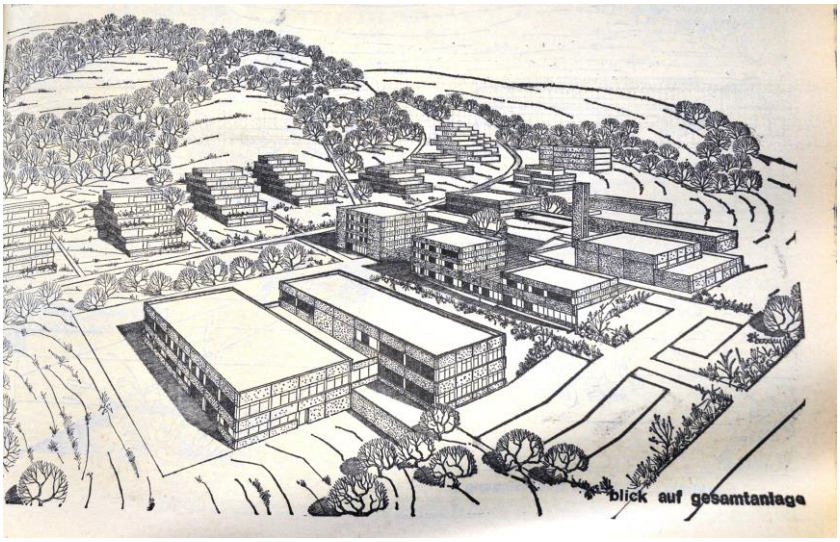
[50] Allgemeiner Anzeiger 11. 2. 1988

[51] Allgemeiner Anzeiger 28. 6. und 18. 11. 1989

[52] „Die Diakonie fängt an. Errichtung eines Rehabilitations- und Behindertenzentrums“, Allgemeiner Anzeiger 12. 6. 1972

[53] 19. 8. 1972

Einrichtung zahlreiche krisenfeste Arbeitsplätze geschaffen würden, mit deren Hilfe die in der Landwirtschaft frei werdenden Arbeitskräfte aufgefangen werden könnten. Die Abwanderung aus diesem Bereich könne auf diese Weise gestoppt werden."



Bodelschwingh-Zentrum der Diakonie; Zeichnung aus dem „Allgemenen Anzeiger" vom August 1972 und Foto eines der Terrassenhäuser 2011

Und zum städtebaulichen Aspekt des Vorhabens hieß es weiter:„Die Anpassung des Gebäudekomplexes mit seinen Terrassenbauten an den Hängen des Baugeländes sei so vollzogen, daß man das vollendete Pflegezentrum sicherlich später als eine Meisenheimer Sehenswürdigkeit bezeichnen könne. … Die Lage ist so ge-

wählt, daß das Rehabilitationszentrum zwar eine kleine Stadt für sich mit Geschäften, Café und einem Marktplatz bilden, aber keinen Ghetto-Charakter annehmen soll."

Das Zentrum werde eine Vielzahl verschiedener Aufgaben erfüllen, hieß es bei der in Gegenwart von allerhand landespolitischer Prominenz vollzogenen Grundsteinlegung; es werde „einmal acht Wohnheime und ein Pflegeheim für Behinderte erhalten; ein Wohnheim für behinderte Kleinkinder, eine Sonderschule, eine Turnhalle mit Gemeinschaftszentrum, eine Arztstation, eine Werkstatt mit 225 Arbeitsplätzen, ein Verwaltungsgebäude mit Küche, Cafeteria und einer kleinen Gaststätte, ein Gebäude für Ausbildung von Pflegepersonal und zwei Personalwohnheime."[54]

Im Frühsommer 1976 wurde Richtfest gefeiert, und „in den Grußworten der Gäste (schwang) immer noch ein Quentchen Sorge darüber, ob die Meisenheimer in der Lage sein werden, 500 geistig Behinderte als Mitbürger zu akzeptieren."[55] Ob konkrete Ereignisse in Meisenheim Anlass zu dieser Sorge gegeben haben, ließ sich eine Generation später nicht mehr feststellen. Als die ersten Bewohner eingezogen waren und unter Leitung ihres Erziehers einen ersten Spaziergang durch Meisenheim machten, stellten sie „sich … in einigen Geschäften vor und fand(en) eine freundliche Aufnahme."[56] Aber auch noch aus Anlass der offiziellen Einweihung (7. September 1979) wurden eindringliche Appelle zu Geduld und Einfühlungsfähigkeit veröffentlicht:

„Die meisten Bewohner sind eingezogen. Wir sehen sie fast täglich. Sie begegnen uns auf den Straßen und in den Geschäften. Wir erleben sie in unseren Gottesdiensten. Wir haben angefangen zu lernen, miteinander zu leben.

Ich sage: Wir haben angefangen zu lernen. Mehr noch nicht. Wir können nicht sagen, daß wir schon eine große Gemeinschaft geworden wären. Aber immerhin: Wir haben gemerkt, daß und wie man miteinander leben kann. […] Wir werden noch manches tun müssen, damit Meisenheim und das Bodelschwingh-Zentrum enger miteinander verbunden sind."[57]

„Für eine so kleine Stadt wie Meisenheim mit knapp 3000 Einwohnern ist diese Anlage imposant. … Dieses Behindertenzentrum stellt aber für die Zukunft große Aufgaben und Belastungen für die hiesige Bevölkerung in Aussicht. Es wäre falsch, bei der Freude über das so schön gelungene Werk diese kommenden Schwierigkeiten zu übersehen. Der Umgang mit diesen armen Menschen will erst gelernt sein. […] Es wird also von Anfang an […] Aufgabe der Verantwortlichen sein, mut Fingerspitzengefühl und Einfühlungsvermögen dieses Miteinander zu fördern."[58]

Knapp fünf Jahre nach der Einweihung, im Mai 1984, fand im Rathaus eine Fotoausstellung über Leben und Arbeiten im Bodeschwingh-Zentrum statt. Zur Eröffnung sprach Pfarrer Louis vom Diakonischen Werk:

---

[54] Allgemeiner Anzeiger 2. 7. 1974

[55] „Bodelschwingh wird Taufpate des Diakonie-Zentrums – Richtfest mit zahlreichen Gästen gefeiert – Brücken zu Meisenheimer Bürgern schlagen", Allgemeiner Anzeiger 3. 6. 1976

[56] „Die ersten Bewohner im Bodelschwingh-Zentrum – 23 junge Männer mit ihren Betreuern beleben das ‚Haus an der Tanne'", Allgemeiner Anzeiger 10. 6. 1978

[57] Pfarrer Posth: „Lernen, miteinander zu leben", Allgemeiner Anzeiger 7. 9. 1979

[58] Stadtbürgermeister Dr. Rings: „Schwierigkeiten nicht übersehen", ebenda

„Während ‚viele unserer Heimbewohner gerne durch Meisenheims Straßen gehen zu einem Einkauf oder auch nur zu einem Bummel durch die Stadt' sagte Pfarrer Louis […] sei umgekehrt zu bemerken, daß ‚nur wenige Meisenheimer das Zentrum besuchen.' Obwohl der Gebäudekomplex kaum zu übersehen sei, gäbe es nur wenige, die genaueres über das dortige Leben, Wohnen und Arbeiten wüßten. Dies alles bekannter zu machen, sei mit ein Ziel der jetzt gezeigten Ausstellung. […] ‚Als Mitmenschen angenommen zu werden' sei der Wunsch der Heimbewohner, betonte Pfarrer Louis."[59]

Das Zentrum ist weiter ausgebaut, besonders die Werkstätten sind vergrößert worden. Wie viel Gemeinschaftlichkeit entstanden ist, ist dennoch schwer zu sagen. Rudolf Homberger, der für den reich bebilderten, der Stadt und Verbandsgemeinde Meisenheim gewidmeten Jahresbericht 1983 der Sparkasse Bad Kreuznach[60] die Fotos und Texte geliefert hat, verwandte drei liebevoll gestaltete Fotoseiten für das Sommerfest der Bewohner, die den Eindruck vermitteln, als verstünden Städter und Heimbewohner zumindest gut miteinander zu feiern. Die Heimbewohner sind jedenfalls mittlerweile ein nicht wegzudenkender Teil der Einwohnerschaft der kleinen Stadt, das bestätigt jeder. Als Mitglieder der Leitung der Evangelischen Kirche im Rheinland im Mai 1992 Meisenheim besuchten, bestand im Gespräch mit Vertretern des Presbyteriums der Kirchengemeinde, Mitarbeitern und der Leitung des Bodelschwingh-Zentrums „Einigkeit darin, daß dem Verhältnis von Kirchengemeinde und Behinderteneinrichtung in der Kleinstadt am Glan besondere Qualität zuzumessen sei. Im zahlenmäßigen Ungleichgewicht zwischen betreuungsbedürftigen, behinderten Menschen und eigenverantwortlich lebenden Stadtbürgern, das mit Eröffnung des Bodelschwingh-Zentrums zunächst Sorge und viel Verhaltensunsicherheit auf beiden Seiten hervorrief, erhalte die Meisenheimer Situation Modellcharakter, der nicht als permanente Überforderung, sondern als große Chance begriffen werden könne. Bei vielen Menschen in Gemeinde und Stadt sei mit den Jahren aufgrund eigener Begegnungserfahrung ein erfreuliches Wir-Gefühl gewachsen, das behinderte und normalsinnige Menschen insgesamt als Menschen einer Stadtgemeinde verstehe und akzeptiere."[61]

Das Gelände der in Konkurs gegangenen Spinnerei lag zum Glück für die Stadt nicht allzu lange brach. Schon 1978 interessierte sich eine Idar-Obersteiner Firma für das verlassene Gelände:

„Die Firma BITO-Lagertechnik Bittmann OHG, Idar-Oberstein, Ortsteil Weierbach, hat das zur Zeit stilliegende Betriebsgelände der ehemaligen Spinnerei in Meisenheim erworben. Die Planung sieht vor, daß in Meisenheim in den nächsten drei Jahren 50 Arbeitsplätze geschaffen werden. […] BITO-Lagertechnik erreicht 1978 einen Umsatz von 13,5 Millionen DM. […] Die Firma Bittmann wurde 1845 als Goldschmiedewerkstatt gegründet […] bis dann Anfang der 60er Jahre das Fertigungsprogramm um Produkte aus dem Bereich Lagertechnik erweitert wurde. […]

---

[59] „Bodelschwingh-Zentrum ein Stadtteil Meisenheims" , Allgemeiner Anzeiger 10. 5. 1984

[60] **Sparkasse** Bad Kreuznach (Hg.): Die Stadt Meisenheim. Fotos und Texte von Rudolf Hornberger. Bad Kreuznach 1984 (ohne Seitenzählung)

[61] „Verstehen und akzeptieren – Kirchenleitung zu Besuch im Bodelschwingh-Zentrum", Allgemeiner Anzeiger 19. 5. 1992

Die Investition in Meisenheim schafft die Voraussetzungen für eine günstige Entwicklung. […] Die neuen Regaltypen (Durchlauf-, Schwerlast- und Palettenregal) […] bieten erhebliche Rationalisierungseffekte. Diese Produkte, die die weitere Entwicklung der Firma entscheidend prägen, sind in der Montage der Endelemente äußerst raumintensiv und sollen nach verschiedenen baulichen Maßnahmen in Meisenheim gefertigt werden."[62]

Tatsächlich enstanden im Laufe der Zeit weit mehr als die angekündigten 50 Arbeitplätze, weil 1991 auch der Firmensitz und der Versand nach Meisenheim verlegt wurden;[63] im August 1990 war Richtfest für das neue Verwaltungsgebäude am Obertor.[64] Zur Lagertechnik gehören neben den oben erwähnten Regalen auch Kunststoffbehälter für die verschiedensten Güter. Zunächst wurde beides in Meisenheim produziert, dann verliefen die Geschäfte so erfolgreich, dass für die Abteilung Kunststoff-Spritzguss im nahen Lauterecken ein weiters Werk gebaut werden musste. Zum Hauptwerk der BITO-Lagertechnik gehören insgesamt 620 Mitarbeiter, davon 100 in Lauterecken, weitere 100 in den Niederlassungen in ganz Europa.[65] BITO als industrieller Betrieb stellt gegenüber dem LEP III gewissermaßen einen – für die Stadt sehr erfreulichen – „Ausrutscher" dar.

Die Firma Uhren-Müller KG war schon 1954 gegründet worden, insofern stellt ihre Umfirmierung zur „Zeitmesstechnik GmbH & Co. KG" keine *Neu*gründung, wohl aber ebenfalls einen Gewinn an Arbeitsplätzen dar. 1972 zog die Firma in die Saarstraße in das ehemalige Sparkassengebäude und entwickelte sich so erfolgreich, dass 2000 und 2011 Anbauten bzw. Austockungen neben dem denkmalgeschützten Sparkassengebäude nötig waren. Anfang 2012 bot das Unternehmen, das den Service für mehrere große Marken der Uhren- und Schmuckindustrie übernimmt, 88 Arbeitsplätze.

Dass die Zielvorstellung von Meisenheim als Dienstleistungszentrum alles in allem erfüllt wurde, geht aus dem Vergleich der Erwerbstätigenzahlen[66] 1970 / 1987 hervor – bei insgesamt stagnierenden Zahlen hatten Gewerbe und Dienstleistungen die Plätze getauscht:

Erwerbstätige Meisenheim	1970	1987	*Veränderung*
I. Land- und Forstwirtschaft	25	9	- 64 %
II. Verarbeitendes Gewerbe	576	386	- 33 %
III. Handel und Verkehr	174	136	- 21,8 %

[62] „50 neue Arbeitsplätze – BITO-Lagertechnik, Idar-Oberstein erwarb Spinnerei – Vom kleinen Regalkasten bis zum großen Bito-Norm-Stapelbehälter", Allgemeiner Anzeiger 29. 11. 1978

[63] „Entscheidung für den Standort Meisenheim – Bito verlegt Hauptsitz von Weierbach an den Glan", Allgemeiner Anzeiger 15. 3. 1988; www.bito.de/deDE/Unternehmen/Historie 3. 12. 2010

[64] „Die Firma hat noch einiges auf Lager – Neubauten der BITO-Lagertechnik Bittmann GmbH kosten 16 Millionen – 280 Arbeitsplätze" Allgemeiner Anzeiger 29. 8. 1990

[65] Freundliche Mitteilung von Frau Silvia Feder, Leitung Marketing und Werbung, 7. 12. 2010

[66] **StRP** Band 221 und 328, eigene Berechnungen; vgl. auch Allgemeiner Anzeiger 4. 4. 1990 „Die Dienstleistungen sind die Meisenheimer Trümpfe – Dieser Sektor bietet 62,9 Prozent der Arbeitsplätze"

IV. Sonstige Dienstleistungen	372	534	+ 43,5 %
Summe	1.147	1.065	- 7,1 %

Stadtsanierung und Denkmalschutz

Die Zeit hinterlässt an alten Städten sichtbare Spuren. Das kann zu einem ehrwürdig-patinierten Aussehen führen, aber auch zu einem heruntergekommen-schäbigen: die Trennlinie dazwischen ist hauchdünn. Die kleine Ackerbürgerstadt, die Meisenheim bis ins beginnende 20. Jahrhundert gewesen war, enthielt naturgemäß zahlreiche Gebäude für landwirtschaftliche Zwecke – Ställe, Scheunen, Geräteschuppen – die in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts funktionslos geworden waren und für die sich nur selten eine neue Nutzung ergab. Sogar einzelne Wohngebäude, die neuzeitlichen Ansprüchen nicht mehr gerecht wurden und deren Renovierung und Umbau die Eigentümer finanziell überforderten, standen leer und waren dem Verfall preisgegeben. Die Vollmotorisierung mit einem PKW in fast jedem Haushalt erzeugte zusätzliche Probleme.

In den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten hatte überall die Behebung der Wohnungsnot im Vordergrund gestanden, nicht nur in den zerbombten Großstädten, auch in Meisenheim (s. voriges Kapitel). Seit Ende der sechziger Jahre rückten die städtebaulichen Zusammenhänge und damit die alten Quartiere wieder in den Blick. Das „Städtebauförderungsgesetz“ vom 19. Juni 1971[67] war der Ausdruck dieser „Sanierungs- und Besinnungsphase“[68] der Stadtentwicklung. Es gab den Verantwortlichen für die Stadtplanung in ausgewiesenen Sanierungsgebieten die Möglichkeit, Abbruch-, Bau- und Modernisierungsgebote zu erlassen.[69] Voraussetzung dafür waren vorbereitende Untersuchungen, die nicht nur bautechnische, sondern auch „soziale, strukturelle und städtebauliche Verhältnisse und deren Zusammenhänge“[70] berücksichtigen mussten: Nur bei überzeugter Mitwirkung aller Betroffenen – Grundeigentümer, Mieter, Gewerbetreibenden – konnte eine Stadtsanierung schließlich erfolgreich sein.

Der Stadtrat von Meisenheim beschloss am 28. 10. 1974,[71] mit der Stadtsanierung zu beginnen. Auf der Sitzung waren auch der Kreisplaner und der Direktor der „Heimstätte Rheinland-Pfalz“, der Vorläuferorganisation der heutigen EGRP (Entwicklungsgesellschaft Rhein-Pfalz GmbH), anwesend, die die Voruntersuchung vornehmen sollte. Wegen der knappen Kassen der Stadt wurde zunächst nur die Gegend um das Rathaus (im Karree zwischen Obergasse – Hammelsgasse – Untergasse – Rathausgasse/Markt) in Angriff genommen. Fünfzehn Monate später ging es los:

---

[67] heute Bestandteil des Baugesetzbuches (BauGB)

[68] **Hangarter**, Ekkehard: Bauleitplanung – Bebauungspläne. Handbuch für Studium und Praxis. Neuwied ^{5}2006. [HANGARTER 2006], S. 3

[69] BauGB §§ 175 – 179, vgl. HANGARTER 2006, S. 154

[70] ebenda, S. 167

[71] Allgemeiner Anzeiger 30. 0. 1974

„Hinterm Rathaus wird es heller. Umfangreiche Abbrucharbeiten sind im Laufe dieser Woche im Stadtzentrum ausgeführt worden. Alte Scheunen, Ställe und Keller, die in den Besitz der Stadt übergegangen waren, wurden abgerissen und der Bauschutt abtransportiert. Das so geschaffene Freigelände hinter dem Rathaus soll als Parkplatz genutzt werden. Ein unmittelbar an das Rathaus anschließendes Doppelwohnhaus, das ebenfalls bereits in städtischem Besitz ist, konnte in die jetzige Abbruchmaßnahme nicht einbezogen werden, da für eine hier wohnende Familie keine geeignete Ersatzwohnung angeboten werden kann.“[72]

Das Foto vom März 1991 macht recht deutlch, dass einige Ecken in der Altstadt (hier: hinter dem Rathaus) auch durch aufwändige Restaurierung nicht mehr zu retten waren.

Die knappe Finanzlage, die ein langsames Vorgehen erzwang, war ein Segen für die Stadt. In sehr vielen westdeutschen Städten waren die frühen 70er Jahre in ungebrochener Wachstumseuphorie eine Zeit nahezu hemmungsloser Kahlschlagsa-

[72] Allgemeiner Anzeiger 7. 2. 1976

nierungen, die ganzen Vierteln das Gesicht raubten und in der Folge Bürgerproteste hervorriefen. Der Bericht der „Heimstätte Rheinland-Pfalz“ lag wenige Wochen nach Abrissbeginn vor. Deutlich wurde das fünf Jahre nach Verabschiedung des Städtebauförderungsgesetzes gewachsene Problembewusstsein:

„Stadt nicht als Museum erhalten, sondern mit Leben erfüllen / Bericht über Voruntersuchung zur Stadtsanierung vorgelegt. Die Altstadt von Meisenheim darf durch die Sanierung nicht als eine Art großes Museum erhalten bleiben, sondern muß mit Leben erfüllt werden. Diese Erkenntnis, die sich auch andere Städte mit ähnlichen Problemen bereits zu eigen gemacht haben, bildet den Kernpunkt des Berichtes, den die „Heimstätte Rheinland-Pfalz“ über die Voruntersuchung der Sanierungsmöglichkeiten im Bereich rund um das Rathaus vorlegte. Diesem Leitsatz folgend muß also auch das Rathaus weiterhin seine Funktion als Sitz der Verwaltung erfüllen. […]

Gegen allzu umfangreiche Abbruchmaßnahmen in der Altstadt sprach sich Stadtbürgermeister Keller aus. Nach seinen Vorstellungen ist die Anzahl der Gebäude, die nach dem bestehenden Sanierungsleitplan […] abgerissen werden sollen, auf jeden Fall zu hoch angesetzt. Wie sich bei der Voruntersuchung durch „Heimstätte Rheinland-Pfalz“ herausstellte, ist ein Großteil der im Sanierungsgebiet um das Rathaus lebenden Bürger der Ansicht, daß so viele alte Gebäude wie möglich erhalten und nur ungenutzte Scheunen und Schuppen abgerissen werden sollten. Dazu Stadtbürgermeister Keller: ‚Das kann ich nur dick unterstreichen.’ […]

Wie aus dem fünfzig Seiten starken Bericht der Heimstätte hervorgeht, sind von den 49 Häusern, die das Sanierungsgebiet umfaßt, nur drei nach 1900 entstanden. Sieben davon stammen aus der Zeit von vor 1700. Es sei hier, so sagt der Bericht aus, eine in Deutschland kaum noch anzutreffende geschlossene historische Bausubstanz vorhanden. Ein Viertel der Gebäude rund um das Rathaus, so heißt es weiter, sei überhaupt nicht genutzt und befinde sich teilweise in mangelhaftem oder verwahrlostem Zustand. Mehr als ein Drittel werde für Wohnungen benutzt. […]

Die Erhaltung der historischen Bausubstanz legte der Bericht der Heimstätte den Stadtvätern noch einmal warm ans Herz. Hierbei kommt es vor allem darauf an, ganze Straßenzüge in ihrer ursprünglichen Form zu erhalten und nicht durch die Entfernung von Einzelobjekten das geschlossene Bild zu zerstören.“[73]

Der Empfehlung des Berichtes, das historische Rathaus in der Altstadt als Verwaltungssitz zu erhalten, folgte der Verbandsgemeinderat am Ende nicht. Das alte Rathaus war für die Aufgaben der Verbandsgemeindeverwaltung zu klein geworden; die Errichtung eines Anbaus auf dem durch Abriss frei gewordenen Areal westlich des Altbaus erwies sich als zu teuer. Der Kauf der Bonnet-Villa am Obertor (1983), die seit 1980 leer stand, und die Anfügung eines Erweiterungsbaues waren die preiswertere Lösung. Der denkmalgeschützte Altbau blieb in Farbgebung und Bauschmuck erhalten, der Erweiterungsbau wurde mit einem „ ‚Glashaus’ […] das gleichzeitig verbindet und trennt“,[74] angefügt und ist von der Straße her kaum zu sehen, so dass das historische Stadtbild nicht beeinträchtigt wurde. Damit blieb

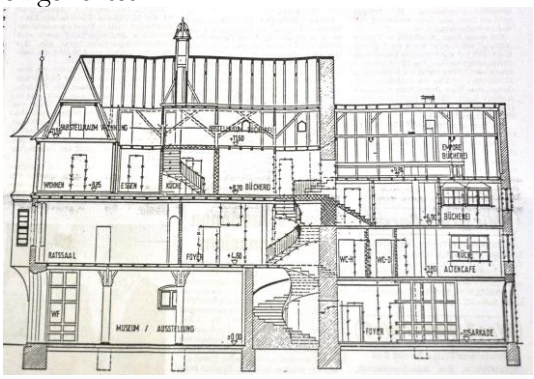
[73] Allgemeiner Anzeiger 29. 3. 1976

[74] Karen Gross: „Die schönen Details sprechen für sich. Ehemalige ‚Bonnet-Villa’ wurde restauriert / Jetzt Verwaltungsgebäude der Verbandsgemeinde“, Allgemeiner Anzeiger 10. 1. 1987

die Verwaltung auch in der Stadt – ein völliger Neubau „auf der grünen Wiese“ hatte ebenfalls zur Debatte gestanden.[75]

Details von der Bonnet-Villa, nun Verbandsgemeindeverwaltung

Die Frage, was aus dem historischen Rathaus werden sollte, blieb lange umstritten. Das Heimatmuseum, das ggf. in das Rathaus hätte einziehen können, kam bis heute nicht zustande. Im Mai 1988 stand dann das Konzept,[76] das heute verwirklicht ist: Der ältere historische Teil blieb mit Sitzungssaal und Bürgermeisterzimmer sowie der Halle im Erdgeschoss, die für Ausstellungen dienen kann, weitgehend unverändert; der Anbau von 1934 wurde als Altentagesstätte und Stadtbücherei eingerichtet.



Der der Untergasse zugewandte Teil des Alten Rathauses (links) blieb weitgehend in seiner ursprüglichen Funktion als Ort der politischen Willensbildung und der städtischen Repräsentation erhalten. Der Anbau von 1934 (rechts) wurde neuen Zwecken angepasst.

[75] „Wegen geringerer Kosten für Bonnet-Villa entschieden“, Allgemeiner Anzeiger 26. 1. 1982

[76] Allgemeiner Anzeiger 24. 5. 1988 und 29. 9. 1988

In den nächsten Jahren ging es auch darum, den Meisenheimerinnen und Meisenheimern, die natürlich die abschreckenden Beispiele anderer Städte zur Kenntnis genommen hatten („Für viele Bürger hat das Wort Sanierung einen negativen Beigeschmack, man vermutet Konsequenzen wie Abriß und ‚Leute raus'.") zu versichern: „Was jetzt vorrangig bedacht wird, ist keine Wegsanierung, sondern die Erhaltung und Pflege des Vorhandenen."[77] Aber natürlich waren Abbrüche nicht völlig zu vermeiden, und über das, was an die Stelle der Lücke trat oder auch erst einmal nicht trat, gab es durchaus Meinungsverschiedenheiten. Im Sommer 1981 machte sich Unmut mit einer nächtlichen Bemalung von Hauswänden Luft („Trotz allen Gewalten / nichts mehr erhalten"; „'Bravo', sprach die Kleinstadtmücke / ‚Meisenheim hat Mut zur Lücke!'"). Der Allgemeine Anzeiger veröffentlichte Fotos der aufgepinselten Sprüche und gab dabei zu bedenken: „In der Diskussion über die ‚Verzierungen' sollte man jedoch nicht vergessen, daß der Ärger über diverse Schandflecke im Stadtbild bei vielen Meisenheimern vorhanden ist. Viele Gespräche drehen sich um die verschiedenen ‚Zahnlücken' […], um die langsam verfallenden Gebäude an mehreren Stellen, die niemand kaufen kann oder will, weil riesige Investitionen nötig wären, sie zu retten, um geplante Projekte,…die etliche Bürger als unsinnig erachten. Hauptpunkte sind bei diesen Diskussionen das Geld, das die Stadt nicht hat, und das Konzept der Altstadtsanierung, das ebenfalls nicht eindeutig existiert."[78]

Das Dilemma, in das die Sanierung eines so geschichtsträchtigen Ortes die Planer, die Kommunalpolitiker und die Bürgerinnen und Bürger stürzen musste, wird deutlich, wenn man den Tenor des Artikels „Stadt nicht als Museum erhalten" vergleicht mit dem nachfolgenden über die Bedenken der Denkmalschützer – beide Positionen waren und sind ja berechtigt, aber nicht leicht zu vereinbaren:

„Besorgt um die Zukunft Meisenheims / Landesamt für Denkmalpflege äußert sich über das Stadtbild. Das Landesamt für Denkmalpflege in Mainz hat in einem Schreiben an die Verbandsgemeindeverwaltung Meisenheim […] seine Sorgen hinsichtlich des Fortgangs der Altstadtsanierung und der Zukunft des Stadtdenkmals Meisenheim zum Ausdruck gebracht.

Vorangestellt wird in diesem Schreiben, ‚daß sich Meisenheim durch ein Stadtbild auszeichnet, in dem mittelalterliche Strukturen sich so deutlich, wie in vielleicht keiner anderen Stadt unseres Landes mehr erhalten haben. Auch die Bausubstanz geht in vielen Fällen noch bis ins Mittelalter zurück, mindestens aber bis in die Zeit vor 1800, von wenigen Neubauten der letzten 20 Jahre abgesehen.'

Das Landesamt verweist dann darauf, daß in dieses einheitlich von der Geschichte geprägte Altstadtbild in den letzten Jahren eine Reihe von Lücken gerissen worden seien, die teils auf private Abbrüche, teils aber auch auf die beginnende Sanierung zurückgingen (Lücken in der Untergasse, in der Obergasse, am Klenkertor und vor allem hinter dem Rathaus). Während bei Abbrüchen mit folgenden Neubauten historische Substanz verloren gehe, gehe bei Abbrüchen mit bleibenden Lücken noch wichtigeres verloren, nämlich das durch dichte und geschlossene Bebauung geprägte Stadtbild. Die Altstadt droht damit zu veröden und sich noch

[77] „Sanierung ist ohne Beigeschmack", Allgemeiner Anzeiger 7. 8. 1978

[78] „Mit Farbe und Pinsel etwas beeinflussen?", Allgemeiner Anzeiger 1. 6. 1981

Stadterneuerung am Beispiel des Boos-von-Waldeckschen Hofes:
Neben Verschmutzung und allgemeinen Abnutzungserscheinungen bewirkte vor allem ein ungeschickt davor platziertes Gebäude, dass der repräsentative, das Stadtbild prägende Charakter des Gebäudes nicht mehr zur Geltung kam.

Durch Fassadenauffrischung und Anlage eines kleinen Platzes wirkt der Bau nun einladend

mehr zu entleeren. Geschäfte und Dienstleistungen würden den Bauherrn in die Außenbezirke folgen, weitere leer stehende, vom Abbruch bedrohte Gebäude würden die Folge sein. Dem könne und müsse – so betont das Landesamt – durch Sanierungsplanung entgegengewirkt werden.

Sie könne aber nur verwirklicht werden, wenn für die privaten Bauherren Anreize geschaffen würden, in der Altstadt zu investieren, und wenn die öffentlichen Bauherren mit gutem Beispiel vorangingen."[79]

Um private Bauherren zu Investitionen zu bewegen, gab es beispielsweise Zuschüsse für die Erneuerung von Fachwerkfassaden, die an eine vorherige denkmalpflegerische Beratung gebunden waren. Eine weitergehende Förderung erfolgte nach dem so genannten „Herrsteiner Modell"[80], das in Meisenheim auf großes Interesse stieß:

„Bisher konnten acht Häuser im Rahmen des Programms renoviert werden, das von der Verbandsgemeinde getragen und vom Arbeitsamt finanziert wird.

Dabei gibt es drei Kategorien von Maßnahmen, erklärte Amtsrat Kehl. Zum einen werden die Arbeiten ausschließlich von Beschäftigten nach der Arbeitsbeschaffungsmaßnahme (ABM) des Arbeitsamtes ausgeführt, wobei d[ie] Eigentümer lediglich das Material und die anteiligen Kosten für das Gerüst bezahlen müssen. Eine zweite Möglichkeit ist, daß ABM-Arbeiter nur die lohnintensiven Arbeiten verrichten und der Rest von einem Unternehmer ausgeführt wird. Bei der dritten Kategorie werden die möglichen Arbeiten von ABM-Arbeitern gemacht, wobei der Bereich nicht so genau abgrenzbar ist.

Von den insgesamt 14 Objekten sind zur Zeit acht abgeschlossen, die restlichen sollen bis Ende 1984 fertiggestellt sein. … In einer nächsten Maßnahme stehen nochmals etwa 14 Projekte an, wobei ständig neue bei der Verbandsgemeinde eingehen. Die Genehmigungen dazu sind bereits vorhanden. […]

Die Bereitschaft der Hausbesitzer in Meisenheim ist groß. Immer mehr sind dazu bereit, ihre Fassaden zu verschönern. Durch die Aktivitäten nach dem ‚Herrsteiner Modell' wurden offenbar auch etliche andere Hausbesitzer ermuntert, das Gesicht ihres Hauses aufzumöbeln, was dem gesamten Stadtbild gut tut."[81]

Einen wesentlichen Beitrag zur Förderung des Interesses an denkmalgerechter Sanierung und an der Stadtgeschichte allgemein leistete der Kunsthistoriker Meinhold Lurz, der von Oktober 1982 bis Juni 1985 ein Inventar sämtlicher Gebäude innerhalb der Stadtmauern sowie des größten Teils der vor 1945 außerhalb der Mauern entstandenen erarbeitete, das 1987 als Buch erschien.[82] Die vollständige Aufnahme einer Denkmalzone gemäß § 5 (3) Denkmalschutz- und -pflegegesetz[83]

---

[79] Allgemeiner Anzeiger 18. 9. 1981

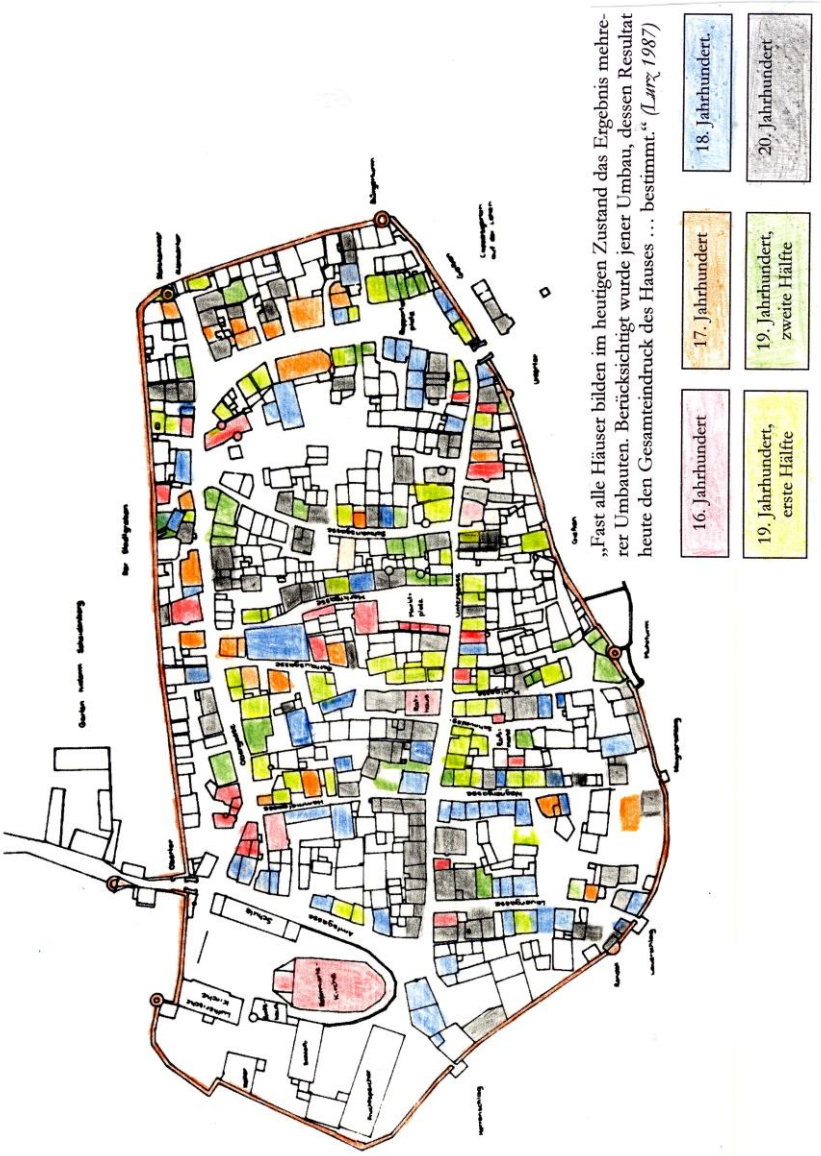
[80] In dem Ort Herrstein im Hunsrück, Landkreis Birkenfeld wurde dieses Modell der Finanzierung durch Arbeitsbeschaffungsprogramme entwickelt und erprobt.

[81] „Immer mehr Häuser erhalten jetzt ein neues Gesicht / Sanierungsprogramm stößt auf positive Resonanz", Allgemeiner Anzeiger , 23. 8. 1984

[82] Ohne die reichhaltigen Informationen aus diesem schon sehr häufig zitierten Buch (LURZ 1987) wäre es mir kaum möglich gewesen, diese Geschichte Meisenheims zu schreiben. Ich möchte dem Verfasser an dieser Stelle meinen aufrichtigen Dank sagen. U.S.

[83] § 5 „(1) Denkmalzonen sind insbesondere…2. kennzeichnende Straßen-, Platz- und Ortsbilder. … (3) Ein kennzeichnendes Straßen-, Platz- oder Ortsbild ist insbesondere

Das Alter der Häuser in der Meisenheimer Innenstadt (nach Lurz 1987)



des Landes Rheinland-Pfalz hatte es so noch nie gegeben, so dass man vom „Meisenheimer Modell der Denkmalpflege“ sprach:

„Zum „Meisenheimer Modell in der Denkmalpflege“ erläutert Kulturdezernent *(des Landkreises Bad Kreuznach)* Krumm:

---

gegeben, wenn das Erscheinungsbild der Anlage für eine bestimmte Epoche oder Entwicklung oder für eine charakteristische Bauweise auch mit unterschiedlichen Stilarten kennzeichnend ist.“

‚In Meisenheim wird erstmals ein neues Modell der Denkmalpflege praktiziert. Es wird nicht abgewartet, bis ein Hausabbruch beantragt wird, um dann wie die Feuerwehr noch schnell ein(zu)greifen und den Abbruch zu verhindern; vielmehr wird in Meisenheim im vorhinein an der schrittweisen Unterschutzstellung aller erhaltenswerten Gebäude gearbeitet.' Der längerfristige Aufenthalt von Denkmalpfleger Dr. Meinhold Lurz, der zugleich an einer Stadt- und Architekturgeschichte arbeitet, bietet die Gelegenheit, mit dem eigentlichen Denkmalschutz zahlreiche weitere Aktivitäten zu verbinden. Sie alle münden letzten Endes rückwirkend wieder in den Denkmalschutz ein, sofern sie dazu dienen, das Interesse der betroffenen Bürger zu wecken und zu fördern. Seit Beginn seiner Tätigkeit im Oktober 1982 hat Dr. Meinhold Lurz nicht nur inzwischen fast alle erhaltenswerten Häuser aufgenommen, beschrieben, fotografiert, abgegangen und ihre Geschichte nachgezeichnet, sondern daneben eine Fülle von Aktivitäten entwickelt, die das Interesse der Öffentlichkeit an den Belangen der Denkmalpflege wecken und fördern. […]

Dr. Meinhold Lurz ist es auch zu danken, daß durch einen unregelmäßig über das Jahr verstreute Serie von Zeitungsartikeln[84] bei den Meisenheimern im vergangenen Jahr zunehmendes Interesse an der Geschichte der Stadt geweckt wurde. Deren einzelne Aspekte und Stationen wurden Kapitel für Kapitel beleuchtet, ob eine Hochwasserbekämpfung oder die Geschichte einzelner Straßen und Plätze, die Separatistenbewegung, die Vorgeschichte des Heimbacher Brunnenvereins oder Anekdoten aus einem Nachlaß. Letzten Endes wird dem Meisenheimer dadurch jene Einstellung zu Werken der Vergangenheit vermittelt, die für die Erhaltung der Häuser nötig ist. […]

Gerade in Meisenheim enthält die historische Bausubstanz eine noch brachliegende Chance. Im strukturschwachen Bereich, mit nur geringer Industrie und wenig Arbeitsplätzen, liegt im mittelalterlichen Stadtbild ein Kapital, das für den Fremdenverkehr erst noch ausgenützt werden muß. […] Das von der Denkmalpflege geschützte Stadtbild erweist sich dabei als weithin ungenutzter Wirtschaftsfaktor, vielleicht als der einzige, der Meisenheim in Zukunft noch bleibt."[85]

Das „Verzeichnis der Kulturdenkmäler - Einzeldenkmäler"[86] führt für die Stadt Meisenheim 165 einzelne Positionen auf, die sämtlich der Pflege bedürfen. Am Beispiel der Stadtmauer lassen sich die damit verbundenen Probleme zeigen: Zum Teil gehört die Mauer der Stadt, zum Teil Privatpersonen. Sanierungsmaßnahmen müssen daher aufeinander abgestimmt werden. Zwischen 1987 und 1991[87] konnte die Stadt mehrmals ABM-Beschäftigte einsetzen und musste nur die Materialkosten

---

[84] Dazu kommen noch Beiträge in fünf „Meisenheimer Heften" und im Naheland-Kalender, denen die vorliegende Arbeit ebenfalls viel verdankt, sowie ein Büchlein mit historischen Fotografien. (Vgl. Literaturverzeichnis)

[85] „Dr. Lurz beleuchtet Meisenheims Geschichte / ‚Modell' in der Denkmalpflege / Fremdenverkehr fördern", Allgemeiner Anzeiger 16. 2. 1984

[86] www.meisenheim.de/vg_meisenheim Home - Planen und Bauen – Stadtentwicklung – Denkmalschutz; 1. 12. 2010

[87] „Stadtmauer soll zum Schmuckstück werden", Allgemeiner Anzeiger 6. 8. 1987; Karen Gross: „Die Stadtmauer ist ein Stück Meisenheim", Allgemeiner Anzeiger 4. 6. 1988; „Keine unendliche Geschichte – Meisenheims Stadtmauer wird teilweise saniert.", Allgemeiner Anzeiger 15. 5. 1991

übernehmen – wenn das Werk gelingen sollte, galt es jedes Mal, die privaten Mauerbesitzer ihrerseits zur Übernahme der Materialkosten für ihren Abschnitt zu überreden. Das gelang alles in allem gut – doch zwanzig Jahre später beulte sich die Mauer bereits wieder an einigen Stellen aus, und neue Überlegungen zur Sicherung mussten angestellt werden: Denkmalpflege ist eine niemals endende Aufgabe.

Aber man kann feststellen: Die Sicherung des meisten ist geschafft und im Ganzen wohlgelungen. Über einzelne Sanierungsmaßnahmen ließ und lässt sich streiten. So ist der Platz hinter dem Rathaus so weiträumig geraten, wie er in den 450 Jahren davor nie gewesen war, in mancher Gasse musste ein Stall ersatzlos weichen, um Platz zu machen für den ruhenden Verkehr, so dass nun hier und da eine der oben apostrophierten „Zahnlücken" klafft. Andererseits fallen an manchen Stellen jetzt Sonnenstrahlen in Fenster, in die sie seit Erbauung Hunderte von Jahren lang nicht gefallen sind. Die Neubauten, die an Stelle nicht mehr zu rettender alter Gebäude getreten sind, passen sich durchgehend in den Dimensionen, den Fluchtlinien und – anders als Neubauten der 50er/60er Jahre – auch in Form und Farbe dem vorhandenen Bestand an.

Vermutlich wird sich trotzdem jede Meisenheimerin, jeder Meisenheimer an ein verträumtes Plätzchen, eine romantische Ecke erinnern, der sie oder er nachtrauert – indessen findet zum Glück, wer nur genau hinschaut, immer noch unaufgeräumte Nischen, wo Katzen tagsüber auf bemoosten Kellerstufen schlummern und abends durchs kniehohe Unkraut schleichen.

Die Stadtbürgermeister der letzten dreißig Jahre haben immer wieder mit Erfolg versucht, auch Menschen von außerhalb für ein restaurierungsbedürftiges Gebäude als Liebhaberobjekt zu interessieren, wie Bürgermeister Schumann schon 1984 beim Besuch des Kultusministers von Rheinland-Pfalz feststellte: „Inzwischen haben sich schon mehrere Fremde in Meisenheim angesiedelt, die alte Häuser vorbildlich renoviert haben, so Schumann, und fügte hinzu: ‚Wir könnten noch ein Dutzend dieser Leute brauchen'." [88]

Ein besonderer Sanierungsfall war der Giesen, der jahrhundertelang nicht nur als Mühlbach, sondern auch als Abwasserkanal genutzt worden war. „In den siebziger Jahren sollte mit dem Problemfall Giesen schnell Schluß gemacht werden. Das Gewässer, das durch den penetranten Gestank den Anwohnern das Leben schwer

[88] „Die schöne alte Stadt birgt zahlreiche Sorgen", Allgemeiner Anzeiger 25. 8. 1984

und den Touristen einen Stadtbummel nicht gerade schöner machte, sollte aus Gründen der Kanalisation einfach zugeschüttet werden.“ [89]

Unmut am Giesen (Foto Rudolf Hornberger)

Die Idee war, den Lauf des Giesen zu nutzen, um die Haupt-Abwasserleitung zur Kläranlage nördlich der Stadt darin zu verlegen, und ihn danach einfach zuzuschütten – was die billigste Lösung gewesen wäre, aber aus mehreren Gründen auf Widerstand stieß: „Dadurch wäre eine unserer schönsten Stadtansichten endgültig verloren!“ klagte der Allgemeine Anzeiger[90] - mit vollem Recht, wie sich jeder Besucher überzeugen kann, der etwa von der kleinen Brücke beim Bürgerturm über den Wasserlauf Richtung Untertor schaut. Ein weiteres Argument:

„Die an den Gießen angrenzenden Häuser – und nicht nur die – seien auf Holzpfähle gegründet. Im Falle des Zuschüttens des Gießens würde der Grundwasserspiegel in der Altstadt absinken, die Holzbalken lägen nicht mehr im Wasser und würden anfangen zu faulen. Das Fundament der Häuser würde morsch. Die Folgen wären unschwer abzusehen. Von einer Fachbehörde wurde bestätigt, daß in 10 bis 15 Jahren irreparable Schäden an den Häusern der Unterstadt eintreten würden.“[91]

Also verlegte man den Abwassersammler lieber weiter westlich, und als schließlich alle Häuser an die Kanalisation angeschlossen waren, wurde der Schlamm von Jahrhunderten aus dem Giesen gebaggert. Dabei konnten auch die Vermutungen über die Pfahlgründung der benachbarten Bauten bestätigt werden:

„Der Bagger ist seit mehreren Tagen im Gießen am Werk. […] Vergangene Woche wurde beim Wegräumen einer eingestürzten Mauer das Fundament freigelegt, und man stieß auf eingerammte Eichenpfähle, auf deren Kopffläche Eichenbohlen lückenlos verlegt sind, auf denen dann wiederum die untere Reihe Bruchsteine der Mauer liegen. Inzwischen ist die Stelle jedoch wieder zubetoniert.“[92]

Ein paar Schritte nördlich der eben erwähnten Brücke verschwindet der Giesen in einem Rohr. Gegen die Gefahr eines Hochwasserrückstaus vor der Giesenmündung in den Glan wurde ein Pumpwerk an der Brücke der B 420 gebaut.

Das letzte im Zusammenhang mit der Stadtsanierung nötige Vorhaben war, eine für alle Beteiligten akzeptable Lösung für die Verkehrsprobleme einer Stadt zu finden, deren Straßenstruktur lange vor der Erfindung des Automobils entstanden war – was der Quadratur des Kreises glich: Es sollte Platz geben für die Autos der Anwohner, die selber aber nicht vom Durchgangsverkehr belästigt werden wollten;

---

[89] „Ist Meisenheim ein Venedig am Glan?“, Allgemeiner Anzeiger 4. 10. 1984
[90] 16. 8. 1979
[91] Allgemeiner Anzeiger 4. 10. 1984
[92] ebenda

Der Giesen, längst kein Abwasserkanal mehr, ist immer noch ein reizvoller Blickfang.

Von links oben im Uhrzeigersinn: Blick von der Brücke an der Bleiche flussaufwärts Richtung Untertor / Blick vom Parkplatz Am Wehr flussabwärts / Blick von der Brücke vor dem Untetror flussabwärts / Blick flussaufwärts Richtung Mühle

Geschäftsinhaber wünschten, dass ihre Läden von den Kunden bequem mit dem Auto zu erreichen wären, die ihrerseits trotzdem vom Autoverkehr ungefährdet flanieren wollten. Weder Ober- noch Untergasse waren Einbahnstraßen, von einander begegnenden Autos fühlten sich Fußgänger auf den ohnehin zu schmalen Gehwegen bedrängt…usw.

Halbwegs aussichtsreich war das Unternehmen ohnehin erst nach völligem Abschluss aller Arbeiten an der Abwasserentsorgung. 1981 machten sich unter Führung von Bürgermeister Rings und Beigeordnetem Keym rund 20 Meisenheimer auf, um zu studieren, wie die Probleme woanders gelöst worden waren.[93] Die Ansicht, dass eine „Fußgängerzone […] der Ruin für die Geschäftswelt"[94] wäre, fand Zustimmung. Allerdings war damals den meisten der Unterschied zwischen einer reinen Fußgänger- und einer verkehrsberuhigten Zone nicht klar, eine Wissenslücke, die ein Jahr später die Lokalzeitung zu schließen suchte:

„Der kleine Thomas spielt mit seinem Schwesterchen Klicker. Direkt auf der Straße. Gar nicht so einfach bei den vielen Pflastersteinen. Herr Müller steuert gelassen den gegenüberliegenden Bäckerladen an. Der schicke Porsche, der langsam auf ihn zurollt, stört Herrn Müller überhaupt nicht. Und die elegant gekleidete junge Dame hinter dem Steuer nimmt's gelassen. Kein Hupen, kein Aufheulen des Motors.

Die Fenster der Gaststätte stehen sperrangelweit offen. Der Inhaber kann es sich leisten. Denn aufgewirbelter Staub und Lärm vorüberrasender Autos gehören der Vergangenheit an. So läßt es sich gut arbeiten und einkaufen.

Zukunftsmusik in den Ohren der Untergassenbewohner in Meisenheim? Vielleicht. […]

Was ist nun eine ‚verkehrsberuhigte Zone'? Die Straßenverkehrsordnung gibt hier eine recht klare Antwort:

1. Die Fußgänger dürfen die Straße in ihrer ganzen Breite benutzen. […]
2. Der Fahrzeugverkehr muß Schrittgeschwindigkeit einhalten.
3. Die Fahrzeugführer dürfen die Fußgänger weder gefährden noch behindern; wenn nötig, müssen sie warten.
4. Die Fußgänger dürfen den Verkehr nicht unnötig behindern." [95]

Dieses Konzept, heute als "shared space" bekannt, setzt schlicht auf Vernunft und Rücksichtnahme, und es funktioniert – wenn alle Beteiligten es kennen, akzeptiert und die Vorteile eingesehen haben. Bis es in Meisenheim soweit war, gab es jahrelange heftige Debatten und zahlreiche Experimente mit Einbahnstraßenregelungen,[96] abgeteilten Parkflächen, Blumenkübeln[97] in der Untergasse usw. Gelöst wurde das Problem, indem man in der verkehrsberuhigten Zone der Altstadt Kurzzeitparkplätze zum Einkaufen auswies, dagegen für Menschen, die in der Stadt

---

[93] „Anregungen für den Ausbau verschafft / In anderen Städten bereits Erfahrungen mit Verkehrsberuhigung", Allgemeiner Anzeiger 31. 7. 1981

[94] „Fußgängerzone – ‚Das bedeutet den Tod für Meisenheim und seine Geschäfte' / Umfrage des Allgemeinen Anzeigers: Verkehrsberuhigte Zone überwiegend abgelehnt", Allgemeiner Anzeiger 11. 9. 1981

[95] Allgemeiner Anzeiger 26. 6. 1982

[96] Allgemeiner Anzeiger 16. 4. 1988

[97] Allgemeiner Anzeiger 27. 3. 1987

arbeiteten oder – sei es bei der Verwaltung, sei es beim Zahnarzt – länger dauernde Termine hatten, Parkplätze außerhalb der Mauern, aber in bequemer, fußläufiger Entfernung zu allen Zielen in der Altstadt schaffte. Da die Entfernungen in der Meisenheimer Altstadt immer nur kurz sind, bot es sich an, drei Parkplatzanlagen unmittelbar vor den Mauern der Stadt anzulegen: auf der Bleiche, auf der Fläche des abgerissenen alten Lateinschulgebäudes und zwischen Glan und Giesen ‚Am Wehr', wozu ein nicht denkmalgeschütztes Gerbereigebäude abgerissen wurde.[98] Um für die Parkplatzbenutzer kurze Wege in die Stadt zu schaffen, wurde eine Mauerpforte an der Bleiche geöffnet (kurzer Weg zum Rapportierplatz und in die Untergasse) sowie durch eine kleine Brücke über den Giesen, einen neuen Mauerdurchlass und eine Hofentkernung ein schneller Fußgängerweg vom Parkplatz ‚Am Wehr' zum Markt und zum Rathaus hergestellt.[99] Dieser Weg ist zwar eigentlich ganz „unhistorisch", aber wer das kritikwürdig findet, wird durch schöne Blicke den Giesen hinauf und hinunter, auf die alte Mühle und den Münzturm reichlich entschädigt.

Neue Politikfelder

Die Einschätzung einer Region als „strukturschwach" verleitet Wirtschaftsministerien oft dazu, Vorschläge zur Ansiedlung ökologisch riskanter Projekte in dieser Gegend zu machen, weil man meint, mit dem Argument der Schaffung von Arbeitsplätzen eventuellem Widerstand begegnen zu können. In seinem schon erwähnten Vortrag „Der Meisenheimer Raum – Idylle im Abseits?" hatte Bernd Brinken auch ausgeführt:

„Die Erfahrung lehrt ja, daß je größer der Entwicklungsabstand eines Gebietes zum sonstigen Standard wird, desto größer auch die Gefahr, dieses Gebiet dann für Projekte ins Auge zu fassen, die anderswo nicht ausführbar sind. Es ist sicher kein Zufall, daß die Deutsche Gesellschaft für die Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen in Hannover neben zwei anderen möglichen Standorten für einen Wiederaufarbeitungsanlage in Rheinland-Pfalz auch den Meisenheimer Raum als einen solchen möglichen Standort ausgeguckt hat. Es ist hier sicherlich nicht der Ort, über den Nutzen oder die Problematik von Wiederaufarbeitungsanlagen im allgemeinen nachzudenken, aber wer die gewaltigen Ausmaße der französischen Wiederaufarbeitungsanlage in La Hague kennt, muß befürchten, daß der Bau einer solchen Anlage im Meisenheimer Raum einen ungeheuerlichen Eingriff in das Landschaftsbild bedeuten würde. Ebenfalls in Erwägung gezogen wird hier der Bau eines Kohlekraftwerks, das sicherlich zumindest unter dem Gesichtspunkt des Landschaftsschutzes ebenfalls kein Gewinn sein würde."[100]

Beide Projekte hätten ohne Zweifel die Eigenart der Meisenheimer Landschaft und wohl auch den Reiz der kleinen Stadt unwiederbringlich zerstört. Ein Kohlekraftwerk an einem Standort mit einer nur noch eingleisigen Eisenbahnstrecke, zudem an einem Fluss mit sehr wechselnder Wasserführung – man mag kaum glauben, dass das ernst gemeint war. Gegen die Wiederaufarbeitungsanlage (WAA),

[98] „Parkplätze für Meisenheim", Allgemeiner Anzeiger 3. 11. 1980
[99] Allgemeiner Anzeiger 13. 4. 1987 und 21. 3. 1991
[100] Allgemeiner Anzeiger 3. 1. 1983

die dann auch im oberpfälzischen Wackersdorf *nicht* gebaut wurde, regte sich im Februar 1982 Protest, kaum dass der Standort-Vorschlag bekannt geworden war:

„Heftigen Widerstand gegen eine Atom-Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) im Raum Meisenheim kündigten die Sprecher der Arbeitsgruppe ‚Wir und die Dritte Welt' beim zweiten Treffen zu diesem Komplex im evangelischen Gemeindehaus an. Rund 90 interessierte Teilnehmer, darunter auch erstaunlich viele Personen älterer Jahrgänge, diskutierten über die mit der Errichtung einer WAA verbundenen Konsequenzen."[101]

Das Flugblatt,[102] das nach dieser Versammlung verteilt wurde – von der handschriftlich und mit Schreibmaschine beschriebenen Wachsmatrizen auf dem Vervielfältigungsgerät der Schule von Hand „abgenudelt" –, erklärte zunächst, was überhaupt eine WAA sei, ging auf die von einer solchen ausgehenden Gefahren ein, verwies auf die Pannenserien in La Hague und Windscale (England) und endete mit dem Appell: „Nur wenn wir uns gemeinsam wehren, bleibt unsere Heimat auf Dauer bewohnbar. Die Verantwortlichen werden mit Sicherheit dahin bauen, wo am wenigsten Widerstand zu erwarten ist!!" Schon eine Woche darauf wurde aus einer von 200 Menschen besuchten Versammlung heraus eine Bürgerinitiative gegen die WAA („Keine WAA in Meisenheim und auch nicht anderswo") gegründet. Der bei dem Treffen anwesende Verbandsgemeindebürgermeister Schumann wurde für seine nicht ganz eindeutige Haltung kritisiert.[103]

Damit hatte eine politische Entwicklung auch in Meisenheim breitere Resonanz gefunden, die in größeren, vornehmlich Universitätsstädten in der Folge von Neunzehnhundertachtundsechzig[104] schon früher politisches Gewicht erlangt hatte. In der Presse wurde dafür der freundlich-ironische Begriff „die Ökopaxe" geprägt, der eigentlich treffender ist als „Neue Soziale Bewegungen", wie die Politikwissenschaft sie dann nannte; denn die Sorge um den Frieden und die Bewahrung der Umwelt waren ihre wesentlichen Entstehungsgründe. Dabei wurde die Gefahr für den Frieden nicht nur im Wettrüsten der beiden Blöcke erblickt, das mit der so genannten „Nachrüstung"[105] in Europa seinen irrwitzigen Höhepunkt erreichte, sondern mehr noch in dem eklatanten Mangel an Gerechtigkeit im Verhältnis der industrialisierten Welt zur abhängigen „Dritten Welt" und dem dadurch erzeugten Massenelend. Die Umwelt sah man bedroht durch Gefahren, die ein nicht nachhaltiges Wirtschaftswachstum mit seinem exzessiven Rohstoff- und Energiehunger erzeugt.

---

[101] „Bereits jetzt Widerstand gegen Plutonium-Fabrik – Rund 90 Interessierte bei Treffen – Flugblatt am Wochenende", Allgemeiner Anzeiger 4. 2. 1982

[102] „Atommüll-Fabrik in Meisenheim" – Kopie im Besitz des Verfassers. Ich danke Frau Charlotte Müller, Meisenheim, für die Übersendung dieser Kopie.

[103] „Bürgerinitiative gegen WAA gegründet – Harte Kontroversen – Rund 200 Teilnehmer", Allgemeiner Anzeiger 11. 2. 1982

[104] Wofür diese Jahreszahl steht, wissen auch mehr als eine Generation später die meisten Deutschen. Es im Einzelnen auszuführen, würde hier zu weit führen. Darum nur zwei Literaturhinweise: **Kraushaar**, Wolfgang: 1968 als Mythos, Chiffre und Zäsur. Hamburg 2000; **Frei**, Norbert: 1968. Jugendrevolte und globaler Protest. München 2008

[105] NATO-„Doppelbeschluss" 12. 12. 1979 zu Stationierung von Mittelstreckenraketen und Marschflugkörpern in der Bundesrepublik Deutschland, u. a. im Hunsrück.

Schon Anfang Oktober 1981 hatte es in Meisenheim eine Friedenswoche[106] gegeben. Sie war auch als Auftakt gedacht für die Fahrt zur Demonstration gegen die Nachrüstung in Bonn am 10. Oktober, die mit über 300 000 Teilnehmern eine der größten in der Geschichte der Bundesrepublik wurde. Geplant und gestaltet worden war die Friedenswoche von einer Initiative, deren Mitglieder sich z. T. auch in der Dritte-Welt-Gruppe betätigten, von der wiederum die Bildung der Bürgerinitiative gegen die WAA angeregt wurde. Im Juli 1982 organisierte die Initiative die Teilnahme von Meisenheimerinnen und Meisenheimern an einer Demonstration gegen den Plan, die WAA in der Eifel bei Kaisersesch zu bauen.

Was diese und verwandte Aktivitäten mit den traditionellen politischen Parteien, den Gewerkschaften und Interessengruppen gemein hatten, war das Bemühen um bürgerschaftliche Partizipation, um die Beeinflussung sozioökonomischer und politischer Prozesse. Dagegen waren „im Vergleich zur ‚alten' sozialen Bewegung […] die ‚neuen' Bewegungen Erscheinungen der ‚nachindustriellen Gesellschaft' oder der ‚Informationsgesellschaft'. Im Brennpunkt stehen nicht mehr Kämpfe um Produktion, Eigentum und Verteilung. Neue soziale Bewegungen befassen sich mit den negativen Folgen des industriellen Wachstums; nicht vorrangig materielle Interessen stehen im Zentrum, sondern das Engagement für eine umwelt- und sozialverträgliche Lebensweise. ‚Lebensqualität' lautete (und lautet) daher der Schlüsselbegriff. […]

Die neuen sozialen Bewegungen […] waren überaus vielgestaltig und ihre Ansprüche auf Mitgestaltung dementsprechend groß: Bürgerrechtsgruppen, Dritte-Welt-Gruppen, Alten- und Selbsthilfegruppen […] gehörten ebenso dazu wie […] vor allem […] die neue Frauenbewegung und die Friedensbewegung. […] Insbesondere die vielen Bürgerinitiativen und ihre breite Anerkennung bei der Gesamtbevölkerung liefern auch Hinweise darauf, daß die Deutschen zu erwachsenen Demokraten geworden sind; sie sind ein Ausweis der ‚lernenden Demokratie' in der Bundesrepublik."[107]

Zu diesem demokratischen Lernprozess gehörte auch die Erkenntnis, dass unter den Bedingungen der repräsentativen Demokratie eine Ergänzung und Absicherung dieser Bewegungen im traditionellen parlamentarischen Prozess sinnvoll und nötig war – die Entstehung der Grünen als Partei war ein Ergebnis dieser Einsicht. Aus den Kontakten der Meisenheimer Initiativen zu ähnlichen im ganzen Kreisgebiet ergab sich irgendwann[108] Mitte der 80er Jahre die Bildung des Ortsverbandes der „Grünen", die seit 1994 auch im Stadtrat von Meisenheim vertreten sind. -

Das Wahlverhalten der Meisenheimerinnen und Meisenheimer verlor einen Teil seiner Besonderheiten – der Vorsprung der Liberalen gegenüber dem Bundesdurchschnitt blieb noch drei Legislaturperioden lang erhalten, sonst zeigten Ver-

---

[106] „Aktionen zum Thema Frieden: Filme, Folk und Fete / In Meisenheim ist ab Sonntag eine Friedenswoche geplant", Allgemeiner Anzeiger 2. 10. 1981; „Lieder für den Frieden eingesetzt", , Allgemeiner Anzeiger 9. 10. 1981

[107] WOLFRUM 2005, S. 505 und 510 f

[108] Wann genau, weiß in Meisenheim und in der Landesspitze der Grünen niemand mehr. Ein Flugblatt „Aufruf zur Entrüstung", datiert vom 9. 3. 1985, soll die erste Aktivität der Meisenheimer Grünen gewesen sein. Gespräch mit Frau Charlotte Müller, 3. 12. 2010

schiebungen zwischen den politischen Lagern auf Bundesebene sich auch in ähnlicher Weise in Meisenheim.

VIII. 1976	Stadt %	Bund	**IX. 1980**	Stadt %	Bund
Wahlbeteiligung	92,4	90,7	Wahlbeteiligung	89,7	88,6
CDU	38,0	48,6	CDU	35,3	44,5
SPD	49,2	42,6	SPD	49,8	42,9
FDP	12,0	7,9	FDP	13,0	10,6
			Die Grünen	1,2	1,5
Sonstige	0,8	0,9	sonstige	0,7	0,5

X. 1983	Stadt %	Bund	**XI. 1987**	Stadt %	Bund
Wahlbeteiligung	89,1	89,1	Wahlbeteiligung	82,2	84,3
CDU	39,5	48,8	CDU	33,2	44,3
SPD	44,3	38,2	SPD	45,0	37,0
FDP	9,4	7,0	FDP	10,0	9,1
Die Grünen	5,9	5,6	Die Grünen	11,2	8,3
sonstige	0,9	0,4	sonstige	0,6	1,3

XII. 1990	Stadt %	Bund
Wahlbeteiligung	77,5	77,8
CDU	36,5	43,8
SPD	45,5	33,5
FDP	10,0	11,0
Die Grünen + B 90	5,2	3,8+1,2
PDS	--	2,4
sonstige	2,8	4,3

Meisenheim als Touristenziel

Meisenheims Schönheit – die Lage am Fluss, die krönende Schlosskirche, die Stadtbefestigung mit ihren Türmen, das weitgehend erhaltene mittelalterlich-frühneuzeitliche Ortsbild mit schön restaurierten Fachwerkhäusern – erschließt sich den Besuchern auf den ersten Blick. Wenn sie dann den ersten kleinen oder größeren Rundgang unternommen haben, stellt sich vielen die Frage, was sie noch machen können – um mehr über die Stadt zu erfahren, um sich zu erfrischen oder um etwas Besonderes zu erleben.

Das schon in den dreißiger Jahren geplante Kurhaus (s. o.) wurde auch nach dem Zweiten Weltkrieg nicht gebaut, zum Glück, denn ein groß angelegter Kurbetrieb hätte einerseits Meisenheims Dimensionen gesprengt, andererseits wahrscheinlich auch seine Investitionsmöglichkeiten überfordert und es in eine ähnliche Krise getrieben, wie sie Bad Münster am Stein erleben musste, das durch Überschuldung seine kommunale Selbständigkeit verlor.

„Im übrigen bin ich der Meinung, dass Meisenheim die Möglichkeit hat, zum Touristenzentrum zu werden oder langsam, aber sicher zu sterben. "[109] Mit den Worten des älteren Cato plädierte Pfarrer Walter Posth, Vorsitzender des Verkehrsvereins, dafür, Maßnamen zu treffen, um Meisenheim für Besucher attraktiv zu machen. Ob es nun am altrömischen Pathos lag oder am wirtschaftlichen Druck – Stadt, Verbandsgemeinde und Vereine begannen den Fremdenverkehr intensiver zu fördern. Die ersten Vorschläge waren die Einführung regelmäßiger Stadtführungen, regelmäßige Orgelkonzerte und die Nutzung des Glanstaus vor der Mühle durch einen Bootsverleih.

Das Bedürfnis nach sachkundiger Erklärung der Stadt – gemäß der Reiseführerweisheit: „Man sieht nur, was man weiß" – war groß; die regelmäßigen Stadtführungen für spontan entschlossene Teilnehmer kamen in Gang, nachdem eine genügende Anzahl von Führerinnen und Führern im Laufe des Jahres 1986 „ausgebildet" worden war.[110] (Gruppenführungen nach Voranmeldung hatte es schon früher gegeben.) Seither ist das Angebot an die Bedürfnisse der „Erlebnisgesellschaft" angepasst und beispielsweise um die „Nachtwächterführungen" ergänzt worden.

Auch für die Besucher, die sich körperlich bewegen wollten, wurden im Laufe der Zeit erweiterte Angebote gemacht – es begann recht klein mit zwei durch Spendengelder für den Förderverein finanzierten Tretbooten im Sommer 1988.[111] Allmählich kamen Ruderboote und Kanus dazu und dann die Kanutouren von Lauterecken über Meisenheim nach Odernheim. Dabei berücksichtigte man das Bedürfnis heutiger Touristen, im Urlaub sorglos zu leben, sich um nichts kümmern zu müssen. So können Besucher heute mit der Kanutour auch ein Picknick oder eine Grillparty zusammen mit der Unterkunft buchen.[112] Ähnliche Kombinationsmöglichkeiten gibt es bei den zwischen Staudernheim im Norden und Altenglan im Süden verkehrenden Draisinteouren, die das Gleis der stillgelegten Glantalbahn benutzen.

Die Übernachtungsdauer der Besucher in Meisenheim beträgt im Schnitt 2,1 Nächte[113] – d. h. der typische Meisenheim-Besucher ist Wochenend-Ausflügler: An Wochenenden und „Brückentagen" im Sommer ist Meisenheim oft komplett ausgebucht; unter der Woche und in der kalten Jahreszeit degegen bleiben viele Betten leer. Das gleiche Schwanken zwischen Über- und Unterbelegung der Kapazitäten gilt auch für Cafés und Restaurants. Die für Investitionen daraus folgende Unsicherheit macht die Zahl der erweiterten und dann doch wieder aufgegebenen Hotels deutlich (z. B. Bahnhofshotel, Pfälzer Hof, Central-Hotel).[114]

---

[109] „Handeln, bevor es zu spät ist – Vorschläge des Kreisverkehrsamtes um Meisenheim touristenattraktiv zu machen", Allgemeiner Anzeiger 25. 2. 1978

[110] „Führungen durch die Altstadt", Allgemeiner Anzeiger 4. 4. 1987

[111] „Mit zwei ‚Nixen' im Juni ab in die Sommerfrische – Meisenheims Förderverein kauft zwei Tretbote", Allgemeiner Anzeiger 2. 4. 1988

[112] Vgl. **Tourist-Information**der Verbandsgemeinde Meisenheim (Hg.): Meisenherim am Glan. Meisenheim 2010

[113] Berechnet nach www.infothek.statistik.rlp.de/lis/Meine Region/gebieteInfoDetail.aspx?t=4&id 30. 10. 2010

[114] Vgl. z. B. Allgemeiner Anzeiger 23. 1. 1988 und 19. 10. 1990

Meisenheims Wasserseite (mit Tretbootverkehr)

Um dem interessierten Besucher vertiefte Einblicke in die Geschichte Meisenheims zu ermöglichen, wäre natürlich ein Museum wünschenswert. Von 1925 – 1929 hatte es schon einmal ein Museum in Meisenheim gegeben (s. o. *Goldene Zwanziger?*), in den 30er Jahren hatte der „Verein für Heimatkunde“ sich noch ein-

mal um den Aufbau eines Museums, im Wesentlichen fußend auf den Sammlungen Philipp Hassingers und des Mittelschullehreres Wiemann, bemüht,[115] bis der Krieg die weitere Arbeit unmöglich machte. Die Exponate ruhten im Obergeschoss der Markthalle und mussten „mit Engagement (und) Staubtüchern" bearbeitet werden – die anlässlich der Aufräumaktion im Oktober 1979 geäußerte Hoffnung, „daß das Heimatmuseum, interessant für die Bürger der Stadt und der Umgebung und sicherlich eine Bereicherung im Hinblick auf den Fremdenverkehr, in absehbarer Zeit realisiert werden"[116] könne, erfüllte sich allerdings nicht; auch die Überschrift des Berichtes über die Mitgliederversammlung des historischen Vereins 1985 „Meisenheimer Museum nimmt Formen an" erwies sich als zu optimistisch – trotz der Vorarbeiten:

„Stadtarchivar Günther F. Anthes erläuterte den Stand der Planung zum ‚Heimatmuseum der Stadt Meisenheim', das in der ehemaligen Markthalle eingerichtet werden soll. Das Museum solle einen Überblick über die Geschichte der Stadt Meisenheim geben, aber auch andere Ausstellungen sollten dorthin geholt werden. Anthes plant vier Abteilungen im Museum, und zwar: eine Abteilung ‚Vor- und Frühgeschichte', die zweite Abteilung ‚Die Grafen von Veldenz und die Wittelsbacher' die dritte Abteilung soll von ‚Hessen-Homburg' handeln, und die letzte Abteilung schließlich solle über ‚Preußen' informieren."[117]

Es wäre ermüdend, das Hin und Her der Suche nach einem geeigneten Ort – neben Rathaus und Markthalle waren zeitweise auch Räume in der ehemaligen Brauerei und eine Kombination von Brauerei- und Heimatmusesum im Gespräch[118] - und die vielen Anläufe zur Konkretisierung des Ausstelluungskonzeptes[119] im Einzelnen zu verfolgen. Ein Grund für die Probleme war wohl auch, dass der Historische Verein, der sich für die inhaltliche Konzeption zuständig fühlte, selber nicht über Räume und nur über wenige Exponate verfügte – die Sammlung, die in der Markthalle verstaubte, später in Räumen der Brauerei abgestellt und schließlich in einen Lagerraum der ehemaligen Mälzerei auf dem Brauereigelände verfrachtet wurde,[120] gehörte größtenteils der Stadt; der Historische Verein stellte eine vorläufige Bestandsliste zusammen,[121] da das Verzeichnis aus den 20er oder 30er Jahren verloren gegangen war. Allerdings kam der zuständige Fachberater für Heimatmuseen im Regierungsbezitk Koblenz nach einer Besichtigung zu dem Urteil, „die vorhandenen Objekte rechtfertigen keinesfalls die Begründung eines neuen Museums."[122]

---

[115] Allgemeiner Anzeiger 16. 12. 1937 und 11. 3. 1938

[116] Allgemeiner Anzeiger 24. 10. 1979

[117] Allgemeiner Anzeiger 6. 5. 1985

[118] „Noch ist Hopfen und Malz nicht verloren – Endet Suche nach Räumen für das Stadtmuseum in Meisenheimer Brauerei?" Allgemeiner Anzeiger 20. 4. 1991

[119] Z. B. „Meisenheimer Historiker reisten in die Vergangenheit – Verein suchte in Stromberg Anregungen für Museum", Allgemeiner Anzeiger 4. 5. 1991

[120] Historischer Verein Meisenherim, Rundbrief 29 vom Juli 2006

[121] Historischer Verein Meisenherim, Rundbrief 2 vom 5. 3. 1992

[122] Historischer Verein Meisenherim, Rundbrief 4 vom August 1992

Dabei war die Frage der personellen Betreuung noch nicht einmal angesprochen – dass Meisenheim hauptamliches, besoldetes Museumspersonal nicht finanzieren konnte, war klar – was für ein Betrieb ließe sich mit Ehrenamtlichen gewährleisten?

Natürlich wären die Bestände des Stadtarchivs ergiebig für ein Museum, und auf Speichern und in Kellern der alten Meisenheimer Häuser befinden sich mit Sicherheit schriftliche, bildliche und dingliche Quellen zur Meisenheimer Geschichte – nur gilt bisher immer noch, was im Kopf des Berichtes von Karen Gross über den Informationsbesuch von Mitgliedern des Historischen Vereins im Museum Bendorf stand: „Ohne Museum, keine Exponate – Ohne Exponate, kein Museum“: „Daß jeder […] zur Zeit zögert, wertvolle Gegenstände dem Verein oder auch der Stadt zu übereignen, ist verständlich. Erst wenn feststeht, dass sie angemessen aufbewahrt und ausgestellt werden, kann dieses erwartet werden. Jedoch, ohne zu wissen, welche Gegenstände überhaupt vorhanden sind, ist es fast unmöglich, eine Ausstellung vozubereiten.“[123]

Da das Fehlen eines Museums immer noch als Manko empfunden wird, besteht vielleicht Hoffnung, dass das Herannahen des Jubiläumsjahrs einen neuen, diesmal erfolgleichen Anlauf bewirkt.

[123] Historischer Verein Meisenherim, nicht nummerierter Rundbrief vom März 1993

Am symbolträchtigen 9. November des Jahres 1989 erreichte die einzige völlig erfolgreiche deutsche Revolution der letzten beiden Jahrhunderte ihren Höhepunkt – Mauer und Grenzzäune in Deutschland fielen, das spätstalinistische Regime der DDR implodierte, und seit dem 3. Oktober 1990 „wächst zusammen, was zusammengehört", wenn auch langsamer und widerspruchsvoller als damals angenommen. Der erste „Trabbi" in der Verbandsgemeinde Meisenheim wurde am Mittwoch, 15. November 1989, in Breitenheim gesichtet – ein Ehepaar aus Kloschwitz bei Plauen besuchte ein Paar aus Breitenheim; man hatte sich während einer Urlaubsreise in Ungarn 1986 kennengelernt und angefreundet.[2052]

Die Kleinstadt Mühltroff, Kreis Schleiz, im DDR-Bezirk Gera führte damals die gleiche (noch vierstellige) Postleitzahl wie Meisenheim – 6554 – und ein Mühltroffer Lehrer hatte die Idee, Kontakt zur Leitzahl-Schwester aufzunehmen. Der Meisenheimer Verkehrsverein unter dem Vorsitz von Gerhard Heil lud daraufhin für das letzte Januar-Wochenende eine Delegation aus Mühltroff (heute Vogtlandkreis in Westsachsen) nach Meisenheim ein,[2053] um eine Städtepartnerschaft „aus dem Volk heraus wachsen" zu lassen, denn „offizielle Wege …brauchten in der Regel etwas länger", wie es beim Treffen der Gäste mit den Vertretern Meisenheimer Vereine, der Kirchen, der Freiwilligen Feuerwehr usw. hieß.[2054] Nach zahlreichen Besuchen in beiden Richtungen wurde die Städtepartnerschaft am 14. September 1990 durch Stadtratsbeschluss besiegelt.[2055] –

Die starre Ordnung des Kalten Krieges, der die letzten viereinhalb Jahrzehnte des kurzen[2056] „Jahrhunderts der Extreme"[2057] bestimmt und auch das Leben der Meisenheimerinnen und Meisenheimer durch zahlreiche Militäreinrichtungen in der Umgebung, durch Artilleriedonner und Fluglärm zumindest am Rande geprägt hatte, löste sich auf, ohne dass den Zeitgenossen schon sichtbar wäre, was darauf folgen mochte. Dass es die erhoffte Friedensdividende nicht geben würde, machte der 11. September 2001 furchtbar klar; dass der „Clash of Civilisations"[2058] dennoch nicht eingetreten ist, machte und macht Hoffnung, dass vernünftige Politik ihn auch in Zukunft wird verhindern können.

Auch innergesellschaftlich war das ausgehende zwanzigste, das beginnende einundzwanzigste Jahrhundert geprägt von der Auflösung starrer Ordnungen, von

---

[2052] Allgemeiner Anzeiger 24. 11. 1989

[2053] „Neue Kontakte: Mühltroffer und Meisenheimer näher – Verkehrsverein lädt eine Delegation der DDR-Stadt ein", Allgemeiner Anzeiger 20. 1. 1990

[2054] Allgemeiner Anzeiger 29. 1. 1990

[2055] Allgemeiner Anzeiger 15. 9. 1990

[2056] Man mag die Rede der Historiker vom „langen 19. Jahrhundert " und vom „kurzen 20. Jahrhundert" für eine müßige intellektuelle Spielerei halten. Trotzdem wird jeder Betrachter zugeben, dass 1989/90 eine (politisch-ideologisch-militärische) Konstellation zu Ende gegangen ist, die in den militärisch-ideologisch-politischen Umwälzungen 1914/17 ihren Ausgangspunkt hatte.

[2057] So der Titel des schon zitierten Werkes von Eric Hobsbawm von 1994

[2058] **Huntington**, Samuel P.: Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert. Berlin [3]1998

„der Erosion herkömmlicher sozialer Milieus, und eine(r) Pluralisierung von Lebenslagen sowie eine(r) Individualisierung von Lebensführungen".[2059] Die Soziologen prägten dafür den Begriff der „Erlebnisgesellschaft", in der die Menschen infolge hoher Mobilität, fast grenzenlos verfügbarer Information und eines reichen freizeitkulturellen Angebots[2060] auch die Art ihres demokratischen Engagements änderten. Weniger die kontinuierliche (und oft recht abstrakte) Mitarbeit in einer Partei, einer Gewerkschaft oder in einem Kommunalparlament, mehr der Einsatz für ein konkretes, überschaubares Ziel oder Projekt vermochte und vermag Menschen auf die Beine zu bringen. Die sinkende Beteiligung an den Stadtratswahlen in Meisenheim – von 77,6% im Jahre 1974 auf nur noch 52,6% 2009[2061] illustriert diese Entwicklung recht drastisch. Ob man sich angesichts dieser Zahlen, angesichts hoher individueller Mobilität (und in Anbetracht der Tatsache, dass es von Meisenheim nach New York oder Hongkong via „Frankfurt-Hahn" nicht mehr sehr weit ist) Sorgen um die Bindungs- und Identifikationskraft der kleinen Stadt ihren Bürgern gegenüber machen muss, vermag der Historiker nicht zu beurteilen.

Seit der deutschen Vereinigung wird im Meisenheimer Jubiläumsjahr auch schon wieder ein Vierteljahrhundert vergangen sein. Aber 25 Jahre sind angesichts von 700 Jahren Stadtgeschichte, von mehr als 2000 Jahren Siedlungsgeschichte doch nur eine etwas ausführlichere Gegenwart. Und damit endet hier die Aufgabe des Historikers; sein Handwerkszeug ist für die Formulierung von Gegenwartsanalysen oder gar von Prognosen nicht geeignet.

Werner Keym und Günther Lenhoff haben es – als kundige Zeitgenossen und Mitgestalter der Ereignisse – übernommen, einen kurzen Überblick über die Meisenheimer Geschehnisse des letzten Vierteljahrhunderts zu geben. (*s. nächstes Kapitel)*

Ausblick

Im Jubiläumsjahr 1990 führte Klaus Dietrich, Redaktionsleiter des „Allgemeinen Anzeigers", ein längeres Interview mit Bürgermeister Schumann und stellte dabei auch die Frage: „Als Bürgermeister hat man doch garantiert einen dicken Katalog an Wünschen, die eine Stadt voranbringen könnten. Wenn Sie drei Wünsche frei hätten, welche würden das sein?" – Antwort:

„Wunsch Nummer eins: Das Gewicht der Kommunalpolitik sollte mehr auf die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung, eine bessere Fremdenverkehrsstruktur und die Ansiedlung wenig umweltbelastender Betriebe gelegt werden, um mehr Arbeitsplätze in der Stadt zu schaffen. Zweitens wünsche ich mir, dass diese irrsinnigen Tiefflüge aufhören. Und drittens sollte der wirtschaftliche Anschluß erhalten bleiben, ohne gleichzeitig die Beschaulichkeit des Städtchens aufzugeben."[2062]

Auf dem Wege zum nächsten „runden" Jubiläumsjahr ist wenigstens der zweite Wunsch weitgehend erfüllt – am ersten wird gearbeitet, und der letzte beschreibt

---

[2059] WOLFRUM 2005, S. 530

[2060] ebenda, S. 529 u. 531

[2061] Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz www.infothek.statistik.rlp.de/MeineHeimat/zeitreihe.aspx?l=3&id=35376k..., 05. 01. 2011.

[2062] Allgemeiner Anzeiger 27. 6. 1990

das Dilemma der kleinen Stadt, das, eigentlich unlösbar, immer wieder neu ausbalanciert werden muss.

Was die Menschen, die im Stadtrat, in einem der Vereine, als Interessenvertreter oder einfach so als Bürgerinnen und Bürger an der Gestaltung des Gemeinwesens mitwirken, von der zukünftigen Entwicklung ihres Städtchens im achten Jahrhundert der Stadtgeschichte erwarten – erhoffen oder befürchten –, hat der Verfasser am Ende seiner Arbeit herauszufinden versucht. Allerdings erwies sich das als schwierig – nicht, weil den Meisenheimern die Zukunft ihres Städtchens gleichgültig wäre, sondern weil der Zeitpunkt für Zukunftsprognosen ungünstig gewählt war: Eine erneute Reform der Verbandsgemeindestrukturen steht auf der Tagesordnung der Landespolitik und sorgt für Unsicherheit. Fest steht, dass die Verbandsgemeinde Meisenheim wieder einmal als zu klein gilt und deswegen eine Verbindung eingehen muss. Wegen der Verkehrsstruktur, aus geschichtlicher Tradition und auch aus emotionalen Gründen liegt eine Orientierung glanaufwärts, entsprechend dem pfalz-zweibrückischen Oberamt nahe – doch gelten die Kreisgrenzen nach wie vor als unantastbar, so dass die Trennlinie zwischen den Kreisen KH und KUS noch einmal die Erinnerung an die unsinnige Grenzziehung des Wiener Kongresses aufleben lässt. Die Orientierung nach Norden zur VG Bad Sobernheim dagegen widerstrebte und widerstrebt den Meisenheimern nicht *nur* aus rationalen Gründen.[2063] Und wenn man nicht weiß, mit wem man zusammengehen wird, fällt es verständlicherweise schwer, sich ein Bild von der Zukunft zu machen.[2064]

Dennoch soll der Versuch unternommen werden, die Situation am Vorabend des achten Jahrunderts Meisenheimer Stadtgeschichte zu skizzieren. Ein Problem der deutschen Gesellschaft am Anfang des 21. Jahrhunderts macht sich in Meisenheim besonders bemerkbar: der demografische Wandel, die relative Überalterung,[2065] die sich auch in zurückgehenden Schülerzahlen zeigt. Mit der Ausweisung von Baugebieten auf dem Hang zwischen Glan und Reiffelbach (Bebauungsplan „Am Hohrech / Auf Kipp“) und näher an der Altstadt auf dem Areal des ehemaligen Güterbahnhofs („Am Heimbacher Weg“) versucht die Stadt besonders Familien mit Kindern zur Niederlassung zu bewegen. Aber natürlich reicht das alleine nicht: Eine Stadt mit einer hohen Zahl von Auspendlern, die, zugespitzt formuliert, *nur* zum Schlafen in die Stadt kommen, wäre wenig lebendig und in den Augen ihrer Bewohner auch ziemlich beliebig.

Um den *einen* Wunsch von Stadtbürgermeister Werner Keym in Erfüllung gehen zu lassen: die Meisenheimerinnen und Meisenheimer für ihre, *ihre* Stadt zu begeistern,[2066] bedarf es über die Bereitstellung von Bauplätzen hinaus also dauernder Anstrengungen, um Meisenheim als lebendiges Zentrum für Wohnen und Arbeiten, Bildung und Kultur, Einkaufen und Freizeit zu erhalten. Zu *erhalten* – denn eigentlich bietet Meisenheim das alles schon längst. Die Erklärung der Altstadt zur

---

[2063] „Die haben uns schon das Amtsgericht weggenommen“, hat der Verfasser mehr als einmal zu hören bekommen

[2064] Die Unsicherheit hielt bei Abschluss des Manuskriptes (Frühjahr 2012) noch an.

[2065] „In fünfundzwanzig Jahren? Da ist Meisenheim eine sterbende Stadt.“ Diese pessimistische Aussage stand allerdings allein.

[2066] - was sich dann auch in einer höheren Beteiligung bei Kommunalwahlen zeigen sollte…

Denkmalzone hat dafür gesorgt, dass das Stadtbild, das den unvergleichlichen Reiz von Meisenheim ausmacht, erhalten geblieben ist. Und wenn es auch nicht einfach ist und manchmal lange dauert – es finden sich doch immer wieder Mernschen, die bereit sind, ein Haus zu retten.

Der Autor kann nur wünschen, dass das so bleibt.

***

Kurze Übersicht über die Jahre 1990 – 2014

Von Werner Keym und Günther Lenhoff

Jahr 1990

Partnerschaft mit der Stadt Mühltroff (Sachsen)
675 Jahre Stadtrechte Meisenheim gefeiert: Ausstellung, Festvortrag, Broschüre
Großer Festumzug (alle 5 Jahre) beim Heimbacher Brunnenfest
150 Jahre MGV „Liederkranz-Eintracht" (später Chorgemeinschaft Meisenheim-Rehborn)
100 Jahre katholischer Kirchenchor Cäcilia
Ehrenring der Stadt für langjährigen ehrenamtlichen Einsatz geschaffen
Erster Träger des Ehrenrings: Günter F. Anthes (ehrenamtlicher Archivar der Stadt)
125 Jahre Freiwillige Feuerwehr
Sandstein-Verblendung der Hochwasserschutzmauer und Errichtung des Schutzdamms bis zur B 420 (wegen Hochwasserkatastrophe an Silvester 1981)
Friedenslinde auf dem Rondell in der Carl-Hellermann-Straße am 3. Oktober gepflanzt

Jahr 1991

Fachabteilung für demente Menschen im Haus am Bendstich
Fastnachtsveranstaltungen wegen Golfkrieg abgesagt
Sanierung der historischen Stadtmauer (Arbeitsbeschaffungsmaßnahme)
Altstadt-Sperrung für Kraftfahrzeuge an Wochenenden und Feiertagen
Aufnahme von russlanddeutschen Aussiedlern im Herzog-Wolfgang-Haus
Polizei-Inspektion in Lauterecken für Meisenheim zuständig (vorher in Kirn)

Jahr 1992

Handball-Mannschaften des Paul-Schneider-Gymnasiums alljährlich erfolgreich, 1992 Bundesssieger
Umschlagplatz für Güterverkehr am Bahnhof geschlossen
Regionale Schule in Meisenheim (vorher Hauptschule)
Verstärkung der Feuerwehr durch Beschäftigte von Bito-Lagertechnik

Jahr 1993

Umfangreiche Sanierung des Rathauses: Rathaus-Halle, öffentliche Toiletten; Ratssaal mit Vorraum, Aufenthaltsraum der Arbeiter-Wohlfahrt; Bücherei-Räume; Hausmeister-Wohnung

Erweiterung der Kreismülldeponie (22,8 Mio. DM)

Jahrhunderthochwasser an Glan und Nahe: Schutzmaßnahmen der Vorjahre plus Sandsäcke erfolgreich in Meisenheim, Überflutung der Innenstadt in Bad Kreuznach

Jahr 1994

DRK-Rettungswache Meisenheim rund um die Uhr besetzt

Barocke Stumm-Orgel in der Schlosskirche originalgetreu restauriert (500.000 DM)

Wahl zum Stadtrat: SPD 7 Sitze, Liste Heil 7, CDU 4, Grüne 2

Wiederwahl von Stadtbürgermeister Wolfgang Schumann (2 Kandidaten)

Freiherr-vom-Stein-Plakette für Wolfgang Schumann (viele Jahre Kommunalpolitik)

Firma Vergölst (vormals Reifen-Maurer) schließt (34 Mitarbeiter betroffen)

25 Jahre Schulsportverein des Paul-Schneider-Gymnasiums

Jahr 1995

150 Jahre Bito-Lagertechnik (seit 1980 in Meisenheim)

Wahl von Verbandsgemeinde-Bürgermeister Alfons Schneider (zwei Kandidaten)

20 Jahre Ökumenische Sozialstation Meisenheim/Bad Sobernheim

Ampelanlage an der B 420 installiert

Jährliches Wasserfest der Freiwilligen Feuerwehr, 1995 mit besonders großem Anklang

Origineller mobiler Hochwasserschutz geschaffen (mit Hilfe von Spenden)

Jahr 1996

Kontroversen über Abriss und Art des Neubaus des Lettermannschen Hauses

Kinder-Demonstration für Grundschul-Neubau beim kommunalen Heimbach-Frühschoppen am 8. Juli

Portrait Herzog Wolfgang auf Messing-Kanaldeckel in Herzog-Wolfgang-Straße (Straßenfest-Spende)

Neues Baugebiet auf ehemaligem Fiscus-Gelände

Glockenspiel auf Ev. Gemeindehaus (42.000 DM) durch Spendenaktionen

Rapportierplatz und Klenkertor gepflastert

Neues Feuerwehr-Gerätehaus am Obertor (3,3 Mio. DM)

Jahr 1997

1. Fastnachtssitzung seit Jahrzehnten

50 Jahre Arbeiter-Wohlfahrt in Meisenheim

Krankenhaus-Sparplan (Wegfall von 80 Betten) von Minister Gerster angekündigt

2000 Demonstranten vor dem Krankenhaus auf dem Liebfrauenberg gegen Sparplan

Übergabe von 16.000 Unterschriften in Mainz gegen Sparplan

Ausbau von Schweinsgasse und Marktgasse
Kritik an Spekulationen mit leerstehenden Häusern in der Altstadt

Jahr 1998
150 Jahre Turnverein Meisenheim (größter Verein Meisenheims)
Ehrennadel des Landes für Werner Pretorius (jahrelanges Engagement im TV Meisenheim)
Neues Tourismus-Konzept
Ausbau des Parkplatzes Pfeiffermühle
Neuer Eiserner Steg (Eigenanteil der Stadt von Bürgern gespendet)
Erdgas-Versorgung in Meisenheim begonnen
Bau der Jugendfreizeitstätte im Heimbachtal
Neue Grundschule in der Präses-Held-Straße (5,8 Mio. DM)

Jahr 1999
30 Jahre Kantorei an der Schlosskirche
Altentagesstätte im Rathaus ehrenamtlich betrieben
Ehrenring der Stadt für Wolfgang Schumann (langjähriger haupt- und ehrenamtlicher Einsatz)
Wahl zum Stadtrat: SPD 7 Sitze, CDU 6, Liste Heil 5, Grüne 2
Wahl von Stadtbürgermeister Volkhard Waelder (2 Kandidaten)
Gelände am Bahnhof als Wohn- und Gewerbegebiet ausgewiesen

Jahr 2000
Draisinen-Bahn zwischen Altenglan und Staudernheim eingerichtet
1. Mai'n Sonntag der Werbegemeinschaft „Blickpunkt"
Rathausplatz samt Wasserlauf fertiggestellt
Austausch des 1996 verlegten Pflasters am Rapportierplatz und Klenkertor erstritten
Erschließung des Baugebietes An der Mälzerei durch private Firma
20 Jahre Historischer Verein Meisenheim
1. großer Weihnachtsbaum auf dem Rapportierplatz durch die Werbegemeinschaft „Blickpunkt"

Jahr 2001
Bau der großen Sporthalle des Paul-Schneider-Gymnasiums
Sanierung der Markthalle
Fertigstellung des Lettermannschen Hauses
Neuer Jakobssteg
Ausbau der Amtsgasse
Anerkennung Meisenheims als Urlaubsort (Wochenend-Öffnungszeiten für bestimmte Geschäfte)

Jahr 2002
Einbau des Wasserrads im Giesen

Stadt Miteigentümer des Ev. Gemeindehauses (weitsichtige Vertragslösung zwischen Stadt und Ev. Kirchengemeinde)
Bau des Wasserlaufs auf dem Rapportierplatz
Wiederwahl von Verbandsgemeinde-Bürgermeister Alfons Schneider (2 Kandidaten)
Gedenkstein (444 Jahre Lateinschule) auf dem Lindenplatz

Jahr 2003
Krankenhaus Hinter der Hofstadt in der Trägerschaft des Landeskrankenhauses
Landesweit neues Wahlfach Diakonie/Sozialwesen am Paul-Schneider-Gymnasium
Restaurierung der Stadtmauer an der Bleiche
Neue Verbindung durch Steg zwischen Wehr und Altstadt
Kurioser Streich: Ortsschilder von Meisenheim und Meißenheim (Baden) vertauscht
1. Nachtwächter-Führung durch Meisenheim

Jahr 2004
Naturnaher Spielplatz im Tal vollendet
1. deutsche Draisinen-Meisterschaft
Wahl zum Stadtrat: Liste Heil 7 Sitze, SPD 5, CDU 5, Grüne 3
Wiederwahl von Stadtbürgermeister Volkhard Waelder (1 Kandidat)
500 Jahre Schlosskirche Meisenheim: viele Veranstaltungen, Festgottesdienst, Buch „1504-2004 Schlosskirche Meisenheim“ (408 Seiten, 48 Bildseiten)
Ehrenring der Stadt für Werner Martin (vielfältiger ehrenamtlicher Förderer)
Geologisch-paläontologische Dauerausstellung „Meisenheim-See“ in der Rathaus-Halle
Durchgang durch die Stadtmauer von der Bleiche zum Rapportierplatz
Fusion der Volks- und Raiffeisen-Banken Nordwestpfalz und Kaiserslautern
Freiherr-vom-Stein-Plakette für Engelbert Lenz (35 Jahre Kommunalpolitik)
Verdienstorden des Landes für Werner Keym (landesweiter Einsatz für Gymnasien)
Neue Weihnachtsbeleuchtung durch die Werbegemeinschaft „Blickpunkt“
Erstmals „Weihnachtsdorf“ auf dem Rapportierplatz

Jahr 2005
Renovierung des Gemeindehauses (Stadt und Ev. Kirchengemeinde)
Renovierung der Schiller-Anlage mit Brunnenstein im Heimbachtal
Erstmals Junior-Akademie im Paul-Schneider-Gymnasium
1. Meisenheimer Abend im Gemeindehaus (Erlös für Restaurierung des Flügels)
Besuche von Bürgermeister und Ratsmitgliedern in Meisenheim und Meißenheim
Zusage des Innenministeriums zur Unterstützung privater Sanierungsvorhaben
Gussplatten am Ehrenmal auf dem Friedhof zum Gedenken an die Kriegstoten
Neue Beleuchtung der Stadtmauer
Ausbau der Bleiche begonnen
20 Jahre Schüleraustausch von Paul-Schneider-Gymnasium und Institution Sainte Anne in Sablé-sur-Sarthe (Frankreich)

Jahr 2006

Ausbau der Lindenallee (nach Kontroversen wegen der Fällung der alten Linden)
Ehemalige Volksschule als „Erlebnishotel“ eröffnet
Erweiterung des Sanierungsgebietes auf die gesamte Altstadt
Pflasterung von Wagnergasse und Lauergasse
Sanierung des Wehrganges längs des Glans
Neubau des Sprachheilzentrums des Landes auf dem Liebfrauenberg
Erweiterung der Firma Bito-Lagertechnik
Verkauf des Sportplatzes an der Deslocher Straße an Bito-Lagertechnik (Parkplatz)

Jahr 2007

Bildung der „Glantal-Klinik Meisenheim“ aus den drei Betriebsteilen Krankenhaus (Hinter der Hofstadt), Landeskrankenhaus und Sprachheilzentrum (beides auf dem Liebfrauenberg)
Neue ärztliche Bereitschaftsdienstzentrale in der Glantal-Klinik
Ausbau von Stadtgraben und Scheidenberg
Pflasterung Obergasse und Umgestaltung des Platzes am Schlösschen (mit Brunnen)
Ehrenring der Stadt für Engelbert Lenz (langjähriger, vielfältiger ehrenamtlicher Einsatz)
100 Jahre Fußballclub Meisenheim (gute Jugendarbeit der Spielgemeinschaft Desloch-Jeckenbach-Meisenheim)
Sanierung der katholischen Kirche
Gelbes Haus (ältestes Fachwerkhaus im Glangebiet) und Fürstenwärther Hof renoviert
Durchgängiger Radweg von Meisenheim nach Rehborn und nach Callbach
Zunehmende Dezentralisierung für Behinderte (aus dem Bodelschwingh-Zentrum)
1. „Nacht der 1000 Lichter“ und Erweiterung der Weihnachtsbeleuchtung durch die Werbegemeinschaft „Blickpunkt“

Jahr 2008

500 Jahre Rathaus gefeiert (Sitzung in historischem Stil; Fest in der Rathaushalle)
450 Jahre Lateinschule und 60 Jahre Paul-Schneider-Gymnasium (Schulfest, Festschrift)
Brunnenverein aufgelöst und Heimbacher Brunnenfest durch Stadt organisiert
Historische Kutsche im offenen Unterstand in der Obergasse
Mühlgasse saniert
Ausbau von Obergasse (Teil) und Platz am Schlösschen
Neuer Lebensmittelmarkt an der B 420 (nach Abriss der Diskothek, einer ehemaligen Brotfabrik)
Neue Sportanlage für Schulen und Fußballverein (auf dem früheren PSG-Gelände)
41 „Stolpersteine“ (zum Gedenken an die Opfer des Nazi-Regimes) in Meisenheim verlegt

Jahr 2009

Sanierung des Boos von Waldeckschen Hofes

Neuer Weg mit Wasserlauf vom Platz Am Schlösschen zur Schweinsgasse
Sanierung mehrerer Häuser in der Obergasse
Veldenztag in Meisenheim groß gefeiert (Festakt, historischer Festzug)
Wahl zum Stadtrat: Liste Heil 7 Sitze, SPD 4, CDU 4, Grüne 3, FDP 2
Wiederwahl von Stadtbürgermeister Volkhard Waelder (4 Kandidaten)
100 Jahre Pfälzerwaldverein Meisenheim
PSG-Schüler für Film und Hörspiel über Paul Schneider ausgezeichnet
Ausbau der Schmidtsgasse
Bauhof der Stadt in Industriehalle im Gewerbegebiet untergebracht
50 Jahre Familienunternehmen Möbel Martin

Jahr 2010

Erweiterung der Werkstätten der Diakonie in der Raumbacher Straße
Zunahme der Stadtführungen, besonders der Nachtwächterführungen
Unerwarteter Tod von Stadtbürgermeister Volkhard Waelder (mit 59 Jahren)
175. Heimbacher Brunnenfest groß gefeiert (Brunnenkönigin, historischer Festzug)
Wahl von Stadtbürgermeister Werner Keym (3 Kandidaten)
Wiederwahl von Verbandsgemeinde-Bürgermeister Alfons Schneider (2 Kandidaten)
Bau eines Radweges von Meisenheim nach Breitenheim
Komplett-Sanierung des Freibades für 2,4 Mill. Euro (Kostenvoranschlag 1,8 Mill. Euro)
Fertigstellung des Platzes Am Klenkertor mit Stelen und (wieder entdecktem) Brunnen
Große Delegation aus Meisenheim beim Festzug in Zweibrücken (600 Jahre Herzogtum)
Premiumwanderweg „Pfälzer Höhenweg“ eröffnet
1. Licht-Installation im Weinberg von Raumbach (14m x 60m): „Traubenmeise“

Jahr 2011

Spendenaktion Winterdienst zur Reparatur des Schneeräum-Fahrzeugs
Einheitliche Parkregelung in der Altstadt (Abbau vieler Schilder)
1. Kulinarisch-musikalische Sommernacht der Werbegemeinschaft „Blickpunkt“ (statt Altstadtfest)
Jubiläumsfeier der 1951 in Meisenheim gegründeten Bereitschaftspolizei Rheinland-Pfalz mit einem Benefizkonzert des Landespolizeiorchesters
Umbenennung des Fußweges „Aufm Liebfrauenberg“ in „Werner-Martin-Weg“
Umbenennung des neuen Fußweges „Unterm Schlösschen“ in „Bürgermeister-Waelder-Weg“
Verdienstmedaille des Landes für Jost Didlaukies (ehrenamtlicher Einsatz für Naturschutz)
Ausbau von Hammelsgasse, Luisengässchen und Herrenschlag
Mikroverfilmung der Meisenheimer Zeitung 1864-1994 (Kopie beim Historischen Verein)
Einrichtung einer Mensa in der Grundschule

Jahr 2012

Ehrennadel des Landes für Rolf Staab (ehrenamtliche Tätigkeit als Richter)
40 Jahre Altenzentrum Dr.-Carl-Kircher-Haus
Renovierung des Ehrenmals mit Terracotta-Engel am Schlossplatz (Förderverein Stadt Meisenheim)
Renovierung der Glockenstühle der Schlosskirche (mit Hilfe von Spendenaktionen)
Antiquitäten-Geschäft im renoviertem Haus Untergasse 35 (ehemals Trarbach)
Neuer „Markt am Platz": Lebensmittelgeschäft, Metzgerei, Bäckerei, Restaurant
Große Mehrheit der Bürger der Stadt und Verbandsgemeinde Meisenheim für eine Fusion mit der Verbandsgemeinde Alsenz-Obermoschel im Kreis Bad Kreuznach
Portraits von Gräfin Charlotte Friederike und Herzog Wolfgang im Vorraum des Ratssaales

Jahr 2013

Sanierung von Herzog-Wolfgang-Haus (Magdalenenbau) und Nebengebäude
30. Herzog-Wolfgang-Straßenfest
Wahl von Verbandsgemeinde-Bürgermeister Dietmar Kron (3 Kandidaten)
„Tag der Region" in Meisenheim erfolgreich gefeiert
Neues stilvolles Hotel-Restaurant „Meisenheimer Hof" (ehemals „Blume") nach Renovierung durch den neuen Eigentümer Christian Held
25 Jahre Haus der Begegnung (ehemalige Synagoge) mit Aktivitäten des Synagogenvereins
Ersatzpflanzung von Platanen und Linden am Lindenplatz
Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland für Fritz Bittmann (unternehmerischer Erfolg mit sozialem Engagement, z. B. Gewinnbeteiligung, Altersversorgung)
50 Jahre Volksbildungswerk (besondere Schwerpunkte: Konzerte und Kunstausstellungen)

Jahr 2014

Renovierte Häuser in Obergasse, Rathausgasse, Schweinsgasse und Wagnergasse
Treppenstufen und neuer Aussichtspunkt („Felsenblick") im Stadtwald
40 Jahre Kindertagesstätte
Wahl zum Stadtrat: Liste Heil 6 Sitze, SPD 5, CDU 4, FDP 3, Grüne 2
Wahl von Stadtbürgermeister Gerhard Heil (1 Kandidat)
Einschränkungen beim Kanu-Tourismus auf dem Glan
30 Jahre erfolgreiche Werbegemeinschaft „Blickpunkt"
Wirtschaftsmedaille des Landes für Prof. Dr. Silvia Martin (unternehmerische Leistung mit besonderem Engagement in der Mitarbeiterqualifizierung und im Umweltschutz)
Blickfang „Ritterherberge" renoviert

Neues „Gesundheitszentrum Glantal – Ambulante und stationäre Akutversorgung, neurologisches Zentrum und Sprachheiltherapie“ (mit 150 Betten) auf dem Liebfrauenberg als Ersatz für die zwei bisherigen Krankenhäuser (42 Mio. Euro). Landesweit neu ist eine Abteilung für interdisziplinäre Grundversorgung (25 Betten) mit Gynäkologie, Hals-Nasen-Ohren-Heilkunde, Orthopädie und Urologie.

Bürgermeister der Stadt Meisenheim ab 1948

Max Kircher	1948-1965
Walter Keller	1965-1979
Karl-Heinz Rings	1979-1983
Wolfgang Fiehn	1983-1984
Wolfgang Schumann	1984-1999
Volkhard Waelder	1999-2010
Werner Keym	2010-2014
Gerhard Heil	2014-

Ehrungen *(Stand: 31.12.2014)*

Ehrenbürger der Stadt Meisenheim
Johann Sturtz , Pfalz-Zweibrückischer Rat
Carl Bonnet, Brauerei-Besitzer
Heinrich Schaffner, Bürgermeister
Max Kircher, Bürgermeister
(durch Stadtratsbeschluss aus der Liste gestrichen:
Adolf Hitler, Paul von Hindenburg, Erich Hilgenfeldt)

Träger des Ehrenringes der Stadt Meisenheim
Günter F. Anthes
Wolfgang Schumann
Werner Martin
Engelbert Lenz

Träger des Siegels der Stadt Meisenheim
Wolfgang Dörr
Kurt Georg Lenz
Eugen Ziegler
Hubertus Friedsam
Volkhard Waelder
Annemarie Jakubowski
Günter Fettig
Engelbert Lenz
Gerhard Dick
Gertrud ter Schüren
Heinz Jürgen Zeeb
Gudrun Gréus
Paul Dörr
Adolf Engbarth
Günther Lenhoff
Fritz Bittmann
Ella Wahl-Maurer
Gernot Zoller
Wilhelm Köhl
Werner Pretorius
Werner Keym
Gerhard Heil
Dieter Rings
Ralf Gillmann
Rolf Staab
Birgit Walter
Christian Held
Friedhelm Anthes

Zum Ausklang: Hommage à Meisenheim

Das folgende Sonett erschien vor 50 Jahren in der zum 650. Jubiläum der Stadtrechtsverleihung herausgegeben Sonderausgabe der Schülerzeitung „Mosaik“ des Paul-Schneider-Gymnasiums. Über die Person des Verfassers hat Stadtbürgmeister Keym, der später ja auch für längere Zeit Lehrer am Paul-Schneider-Gymnasium war, herausfinden können, dass dieser als 18-Jähriger Austauschschüler in Meisenheim war. Richard Albert, der die Nachdichtung verfasst hat, war zu der Zeit Lehrer am Paul-Schneider-Gymnasium.

HOMMAGE A MEISENHEIM

Solidement fermé par tes vieilles murailles
Qui t'ont bien protégé de toutes les batailles
Tu reposes, ô joyau des cités médiévales,
Dans l'écrin précieux de ton doux et beau val.

Le Glan de ses flots arrose tes maisons,
Et tes coteaux très verts me cachent l'horizon,
Offrant à tous mes sens, mes oreilles et mes yeux,
Le chant des tes oiseaux au vol majestueux.

Tu possèdes aussi, dans ton petit empire,
Des gens délicieux, dont les charmes divers
Ont fait tout ce bonheur, qu'hélas je vois finir.

De tes maisons les poutres, de tes gens la bonté,
De ton air le parfum, des nymphes la beauté,
Resteront, Meisenheim, gravés dedans ces vers.

Dominique Peccoud

HULDIGUNG AN MEISENHEIM

Ringsum bewahrt von deinen festen alten Mauern,
so konntest du die Zeit der Schlachten überdauern
und ruhest nun, o Kleinod, schicksalsreiche Stätte,
in deines Tales Schrein, des Flusses sanftem Bette.

Es spiegeln sich im dunklen Glan der Häuser Reihen,
das Grün der Hügel fängt rundum den Blick mir ein;
der Landschaft Reiz lässt alle Sinne froh verweilen,
und stolzer Vögel Flüge durch die Lüfte eilen.

Dein köstlichster Besitz, du kleine, stille Welt,
ist deiner Menschen heitrer Reichtum im Gemüte:
er schuf mein Glück, das, ach, im Abschied nun zerfällt.

Der Häuser trautes Fachwerk, der Bewohner Güte,
des Himmels holder Hauch, der Zauber deiner Schönen
wird, Meisenheim, in meinem Liede weitertönen.

Nachdichtung von Richard Albert

Da auf den Seiten dieses Buches oft, allzu oft, von Krieg und Feindschaft zwischen Deutschland und Frankreich die Rede war, mag diese Liebeserklärung eines Franzosen an die kleine Stadt am Glan einen hoffnungsvollen Ausklang bilden.

Anhang

Abkürzungsverzeichnis

Abkürzungen im Text

abs.	absolut
ABM	Arbeitsbeschaffungsmaßnahme
AWO	Arbeiter-Wohlfahrt
BauGB	Baugesetzbuch
BdL	Bund der Landwirte
BdM	Bund deutscher Mädel
BdV	Bund der Vertriebenen
BHE	Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten
BK	Bekennende Kirche
BVP	Bayerische Volkspartei
CC	Combat Command, Kampfgruppe
CDU	Christliche Demokratische Union
CIC	Counter Intelligence Corps, Spionage-Abwehrorganisation
Cie.	Compagnie
DB	Deutsche Bundesbahn
DC	Deutsche Christen
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DM	Deutsche Mark
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DP	Deutsche Partei
DRP	Deutsche Reichs-Partei
DStP	Deutsche Staatspartei
EGRP	Entwicklungsgesellschaft Rheinland-Pfalz GmbH
EU	Europäische Union
Ev., ev.	evangelisch
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FAD	Freiwilliger Arbeitsdienst
FDP	Freie Demokratische Partei
fl	Gulden (florin)
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GVP	Gesamtdeutsche Volkspartei
H.C.I.T.R.	Haute Commission Interalliée des Territoires Rhénans, Hohe Interalliierte Rheinlandkommission
Hg., hg.	Herausgeber, herausgegeben
HJ	Hitler-Jugend
IG	Industriegewerkschaft
KdF	Kraft durch Freude
KG	Kommanditgesellschaft
Kp.	Kompanie
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KZ	Konzentrationslager
LEP	Landesentwicklungsprogramm

LPR	Liberale Partei Rheinhessens
NATO	North Atlantic Treaty Organisation
NN	Normal-Null
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NS	Nationalsozialismus, nationalsozialistisch,
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
OAPEC	Organisation of Arab Petrol Exporting Countries
OPEC	Organisation of Petrol Exporting Countries
OT	Organisation Todt
PD	Panzerdivision
PO	Parteiorganisation
RBdB	Reichsbund der deutschen Beamten
RSHA	Reichssicherheitshauptamt
RThlr	Reichsthaler
SA	Sturmabteilung
SD	Sicherheitsdienst
Sgr	Silbergroschen
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel
SV	Sozialer Volkksbund
VBW	Volksbildungswerk
VG	Verbandsgemeinde
VGD	Volksgrenadierdivision
WRV	Weimarer Reichsverfassung
z. Zt.	zur Zeit

Siglen im Quellen- und Literarurverzeichnis:

BPfKG	Blätter für Pfälzische Kirchengeschichte
DGnZ	Deutsche Geschichte der neuesten Zeit, München 1984 ff
Gebhard	Handbuch der deutschen Geschichte, Stuttgart 9. Auflage 1970 ff bzw. 10 Auflage 2001 ff
GG	Geschichte und Gesellschaft
KHBl	Bad Kreuznacher Heimatblätter
LHAK	Landeshauptarchiv Koblenz
LMA	Lexikon des Mittealters, München 2003
MH	Meisenheimer Hefte
MhEKgRh	Monatshefte für Evangelische Kirchengeschichte des Rheinlandes
MHVPf	Mitteilungen des historischen Vereins der Pfalz
MRUB	Mittelrheinisches Urkundenbuch
NLK	Naheland-Kalender
o. O.	ohne Ortsangabe
o. J.	ohne Erscheinungsdatum
SAM	Stadtarchiv Meisenheim
StRP	Statistik von Rheinland-Pfalz

SVRhKG	Schriftenreihe des Vereins für Rheinische Kirchengeschichte
VfZ	Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte
VVPfKG	Veröffentlichungen des Vereins für Pfälzische Kirchengeschichte

Quellen- und Literaturverzeichnis
(Zitierte Zeitungsartikel sind in diesem Verzeichnis in der Regel nicht noch einmal aufgeführt; Ausnahme: historische Aufsätze)

Abelshauser, Werner: Wirtschaft in Westdeutschland 1945 – 1948.
Stuttgart 1975

Abelshauser, Werner: Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland (1945 – 1980).
Frankfurt a. M. 1993

Acht, Peter (Hg.): Regesten Kaiser Ludwigs des Bayern (1314 – 1347). Acht Bände
Bonn 1991 - 2003

Adams, Carl Peter: Die Schlosskirche zu Meisenheim 1479 – 1968.
Meisenheim 1968

Adams, Carl Peter: Kirche und Stadt Meisenheim.
Köln 1978 (SVRhKG 55)

Alemannia Judaica 2010:
www.alemannia-judaica.de /meisneheim: Meisenheim (Landkreis Bad Kreuznach) Jüdische Geschichte/Synagoge 26. Januar 2010

Alföldy, Géza: Römische Sozialgeschichte.
Wiesbaden 1975

[Alsenz]
1200 Jahre Alsenz 775 – 1975. Beiträge zu Geschichte und Gegenwart der Gemeinde. Hg. von der Ortsgemeinde Alsenz.
Meisenheim 1976

Alter, Willi (Hg.): Pfalzatlas. 2 Kartenbände, 4 Textbände.
Speyer 1963 – 1994

Aly, Götz: Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus.
Frankfurt am Main 2005.

Ammerich, Hans: Landesherr und Landesverwaltung. Beiträge zur Regierung von Pfalz-Zweibrücken am Ende des Alten Reiches.
Saarbrücken 1981

Ammerich, Hans: Geschichtsschreibung und –pflege seit dem 18. Jahrhundert.
In: **Glück-Christmann**, Charlotte (Hg.): Die Wiege der Könige. 600 Jahre Herzogtum Pfalz-Zweibrücken.
Zweibrücken 2010, S. 390 - 392

Anthes, Günter F.: Die Kasualien der Einwohner von Odenbach, Adenbach, Cronenberg und Medard in den Lutherischen Kirchenbüchern von Meisenheim 1684 – 1789.
MH 5 / 1979

Anthes, Günter F.: Aus Meisenheimer Notariatsakten.
MH 9 / 1980

Anthes, Günter F.: Meisenheim und Wittelsbach. Streiflichter aus ihrer gemeinsamen Geschichte 1420 – 1798.
MH 10 / 1980

Anthes, Günter F.: Die Wanderjahre des Meisenheimer Seilergesellen Carl Fuchs.
MH 14 / 1982

Anthes, Günter F.: Die Meisenheimer Scharfrichterfamilie Riemenschneider.

Verhandlungen vor dem peinlichen Halsgericht in Meisenheim 1547 – 1629.
MH 15/16 / 1982

Anthes, Günter F.: Das Häuserbuch der Stadt Meisenheim Anno 1768.
MH 18 / 1982

Anthes, Günter F.: Die freiherrlich von Steincallenfelsische Generalschlussrechnung 1772. Kriegsbegebenheiten 1673 – 1695.
MH 19 / 1983

Anthes, Günter F.: Das Meisenheimer Steinbuch von 1608.
MH 20 / 1983

Anthes, Günter F.: Italiener in Meisenheim.
MH 24 / 1983

Anthes, Günter F.: Die Familie ANTHES – 500 Jahre Familientradition.
In : Anthes / Lurz (Hg.): Meisenheim – Studien. Bd. II Bad Kreuznach 1984, S. 270 ff

Anthes, Günter F.: Dienstnachrichten aus dem Oberamt Meisenheim 1818 – 1866.
MH 28 / 1985

Anthes, Günther F. (Hg.): Quellen zur Geschichte der Stadt und Verbandsgemeinde Meisenheim am Glan:
Heft IV – X: Regesten der Meisenheimer Protokollbücher 1493 – 1793,
IV: Regesten der Meisenheimer Protokollbücher 1493 – 1645,
V: Regesten der Meisenheimer Protokollbücher 1646 – 1793,
VI: Judicialpotokolle 1735 – 1773,
VII: Judicialpotokolle 1735 – 1773,
VIII: Judicialpotokolle 1774 – 1793,
IX: Stadtratsprotokolle 1578 – 1687,
X: Stadtratsprotokolle 1688 – 1788 .

Anthes, Günter F. (Hg.): 700 Jahre Raumbach.
Raumbach 1993

Anthes, Hans Conrad: Mein Weg mit der Technik.
MH 14 / 1982

Arnold, Hermann: Juden in der Pfalz. Vom Leben pfälzischer Juden.
Landau 1986

Asmus, Helmut: Philipp Jakob Siebenpfeiffer, Johann Georg August Wirth und die rheinbayerische Polenfreundschaft in den Jahren 1831 und 1832.
In: **Saarpfalz-Kreis** (Hg.): Ein Leben für die Freiheit. Philipp Jakob Siebenpfeiffer 1789 – 1845. Konstanz 1989, S. 238 - 271

Aufsätze zur Geschichte des Raums an der mittleren Nahe. (= Heimatkundliche Schriftenreihe des Landkreises Bad Kreuznach 20) Hg. von der Kreisverwaltung Bad Kreuznach; Redaktion Werner Vogt / Horst Silbermann
Bad Kreuznach 1985

Babel, Rainer: Deutschland und Frankreich im Zeichen der habsburgischen Universalmonarchie 1500 – 1648. (=Deutsch-französische Geschichte Bd. III)
Darmstadt 2005

Bachmann, Johann Henrich: Pfalz-Zweibrükisches Staats-Recht.
Tübingen 1784

Bariéty, Jacques: Die französische Besatzungspolitik im Rheinland nach dem ersten Weltkrieg. Historisch-politische Mythen und geostrategische Realitäten.
In: **Koops**, Tilman /**Vogt**, Martin: Das Rheinland in zwei Nachkreigszeiten 1919 – 1930 und 1945 – 1949
Koblenz 1995

Baumann, Kurt (Hg.): Das Hambacher Fest.
Speyer 1957

Baumann, Kurt: Von Geschichte und Menschen der Pfalz. Ausgewählte Aufsätze, hg. von Kurt Andermann.
Speyer 1984

Baumann, Kurt: : Stanaislaus Lesczinsky [sic] in Zweibrücken – eine Geschichtslegende.
In: Zweibrücken 600 Jahre Stadt.
Zweibrücken 1952, S. 62 – 68

Baumgart, Karl: Friedrich Heinrich Roemmich (1807-1852) Der erste Tierarzt im Oberamt Meisenheim.
MH 38 / 1992

Baumgart, Karl: Philipp Jacob Roemmich (1766-1813). Vom reformierten Pfarrer zum „fonctionnair" in der Zeit der Französischen Revolution. Zugleich ein Beitrag zur rheinisch-pfälzischen Landes- und Kirchengeschichte.
(VVPfKG XXI)
Speyer 1999

Baumgart, Karl: Das Oberamt Meisenheim im Vormärz und Revolution 1848/49.
MH 40 / 2000

Baumgarten, Achim R.: Hexenwahn und Hexenverfolgung im Naheraum. Ein Beitrag zur Sozial- und Kulturgeschichte.
(=Europäische Hochschulschriften Bd. 325)
Frankfurt a. M. Bern New York Paris 1986

Bayern, Adalbert Prinz von: Die Familie Zweibrücken-Forbach.
In: Zweibrücken 600 Jahre Stadt.
Zweibrücken 1952, S. 109 – 119

Beaupré, Nicolas: Das Trauma des großen Krieges 1918- 1932/33.
(=Deutsch-Französische Geschichte VIII)
Darmstadt 2009

Becker, Kurt (Hg.): Heimatchronik des Kreises Kreuznach..
Köln 1966

Behindertensiedlung in Meisenheim/Glan. Architekt Hugo Faust, Mainz.
In: Baumeister 9, September 1971, S. 1076 f

Behrens, Günther: Die Meisenheimer Landschaft in alter Zeit.
In: Pfälzisches Museum 49/ 1932 S. 291 ff

Bein, Alex: Die Judenfrage. Biographie eines Weltproblems. Zwei Bde.
Stuttgart 1980

Benz, Wolfgang: Deutschland unter alliierter Besatzung 1945 – 1949. (= Gebhard[10] Band 22)
Stuttgart 2009

Berghahn, Volker: Der Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten 1918 – 1935.
Düsseldorf 1966

Berghahn, Volker: Das Kaiserreich 1871- 1914.
(= Gebhardt[10] Bd. 16)
Stuttgart 2003

Bernhard, Helmut: Die römische Geschichte in Rheinland-Pfalz.
In: **Cüppers,** Heinz (Hg.): Die Römer in Rheinland-Pfalz.
Stuttgart 1990, S. 39 - 168

Bihl, Wolfdieter: Deutsche Quellen zur Geschichte des ersten Weltkrieges.
Darmstadt 1991

Bischof, Erwin: Rheinischer Separatismus 1918 – 1924. Hans Adam Dortens Rheinstaatbestrebungen.
Bern 1969

Blaich, Fritz: Der Schwarze Freitag. Inflation und Weltwirtschaftskrise.
(DGnZ 15)
München 1985

Blinn, Dieter: Das Fürstentum Pfalz-Zweibrücken hat eine jüdische Geschichte.
In: **Glück-Christmann**, Charlotte (Hg.): Die Wiege der Könige. 600 Jahre Herzogtum Pfalz-Zweibrücken.
Zweibrücken 2010, S. 111 - 114

Blinn, Dieter: „In Erwägung des genießenden herrschaftlichen Schutzes…" Jüdisches Dasein im Fürstentum Pfalz-Zweibrücken im Spiegel normativer Quellen.
In: **Konersmann**, Frank/ **Ammerich,** Hans (Hg.): Historische Regionalforschung im Aufbruch. Studien zur Geschichte des Herzogtums Pfalz-Zweibrücken anlässlich seines 600. Gründungsjubiläums.
Speyer 2010, S. 273 - 298

Bloch, Charles: Die SA und die Krise des NS-Regimes 1934.
Frankfurt (Main) 1970

Boak, A. E. R.: Menschenmangel und der Untergang Roms. (1955)
In: **Christ**, Karl (Hg.): Der Untergang des Römischen Reiches. Darmstadt 1970

Böcher, Otto: Die Ebernburg in Bad Münster am Stein.
Köln 2007

Böhme, Helmut: Prolegomena zu einer Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert.
Frankfurt/M 1968

Böhner, Kurt: Die fränkischen Altertümer des Trierer Landes
1. Teil: Textband
2. Teil: Katalog, Tafeln und Karten.
Berlin 1958

Böhn, Georg Friedrich: Wiederaufbau der Verwaltung.
In: **Heyen**, Franz-Josef (Hg.): Rheinland-Pfalz entsteht. Beiträge zu den Anfängen des Landes Rheinland-Pfalz in Koblenz 1945 – 1951
Mainz 1984, S. 1 - 30

Boockmann, Hartmut/ **Dormeier,** Heinrich: Konzilien, Kirchen- und Reichsreform 1410 – 1495. (= Gebhard [10], Band 8)
Stuttgart 2005

Boppert, Walburg: Die Anfänge des Christentums.
In: **Cüppers** Heinz (Hg.): Die Römer in Rheinland-Pfalz.
Stuttgart 1990, S. 233 – 257

Borck, Heinz-Günther (Hg.): Beiträge zu 50 Jahren Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz. (= Veröffentlichungen der Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz Band 73)
Koblenz 1997

Boshof, Egon: Die Salier.
Stuttgart Berlin Köln [2]1992

Bracher, Karl Dietrich. Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtzerfalls in der Demokratie. (Erstmals 1955)
Königsstein im Taunus / Düsseldorf 1978

Brandenburg, Hans-Christian und **Polke**, Johannes: 425 Jahre Reformation an Nahe und Glan.
Köln 1983 (SVRhKG 74)

Brandenburg, Hans-Christian: Gemeinden in der Entscheidung. Der Kirchenkampf 1933 – 1945 in den rheinischen Kreissynoden an Nahe und Glan.
In: **Norden**, Günther van: (Hg.): Zwischen Bekenntnis und Anpassung. Aufsätze zum Kirchenkampf in rheinischen Gemeinden, in Kirche und Gesellschaft. (SVRhKG 84)
Köln 1985

Braun, Guido: Von der politischen zur kulturellen Hegemonie Frankreichs. (=

Deutsch-Französische Geschichte Bd. IV)
Darmstadt 2008

Brommer, Peter (Hg.): Quellen zur Geschichte von Rheinland-Pfalz während der französischen Besatzung März 1945 bis August 1949. (= Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz Bd. 6)
Mainz 1985

Brommer, Peter (Hg.): Die Partei hört mit. Lageberichte und andere Meldungen des Sicherheitsdienstes der SS, der Gestapo und sonstiger Parteidienststellen im Gau Moselland. Bd. 1 und 2
Koblenz 1992

Broszat, Martin: Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik.
Frankfurt/M 1972

Broszat, Martin: Die Machtergreifung. Der Aufstieg der NSDAP und die Zerstörung der Weimarer Republik. (DGnZ 16)
München 1987

Brüchert, Hedwig: Stunde Null? Neubeginn und „Vergangenheitsbewältigung".
In: **Meyer**, Hans-Georg / **Berkessel**, Hans (Hg.): Die Zeit des Nationalsozialismus in Rheinland-Pfalz Bd. 3: „Unser Ziel – die Ewigkeit Deutschlands".
Mainz 2001 S. 181 – 201

Brumm, Rudolf: Die Rhein-Nahe-Bahn Bingerbrück bis Neunkirchen.
Bad Kreuznach 1986

Brunn, Gerhard: Französische Kulturpolitik in den Rheinlanden nach 1918 und die Wiesbadener Kunstausstellung 1921.
In: **Hüttenberger**, Peter und **Molitor**, Hansgeorg (Hg.): Franzosen und Deutsche am Rhein 1789 – 1918 – 1945
Essen 1989, S. 219 - 241

Brunner, Otto: Sozialgeschichte Europas im Mittelalter.
Göttingen 1978

Bülow, Bernhard Fürst von: Denkwürdigkeiten –
2. Band: Von der Marokko-Krise bis zum Abschied.
Berlin 1930

Bulst, Marie Luise: Das Reich vor dem Investiturstreit. (In Gebhardt[9], Band 3)
München 1983, S. 121 - 182

Burghardt, Paul. Meisenheimer Reminiszenzen an die Schwedenkönige.
in: Nordpfälzer Geschichtsverein 35/1955 S. 73 – 75

Burkhardt, Johannes: Vollendung und Neuorientierung des frühmodernen Reiches 1648 – 1763.
(= Gebardt[10] Band 11)
Stuttgart 2006

Buß, Karl: Meisenheim und sein Oberamt unter französischer Besatzung in den Jahren 1796 – 1798.
In: KHBl 1968 / 9 S. 33f

Buß, Karl: Die Besetzung des Oberamtes Meisenheim durch preußische Truppen im Jahre 1849.
In: KHBl 1973/3 S. 11 f

Buß, Karl: Lazarett in Meisenheim. 1794 für die Besatzungstruppen errichtet.
In KHBl 1980/8 S. 29

Buß, Karl: Mit Hilfe einer Geldlotterie. Finanzierung des Neubaus der -Synagoge in Meisenheim - 1863-1865.
In KHBl 1980/8 S. 30

Buß, Karl: Politische Ereignisse in Meisenheim im Revolutionsjahr 1848.
In: NLK S. 52 – 57

Buß, Karl: Die Errichtung einer Telegraphenstation in Meisenheim.
In: NLK 1985, S. 51 f

Buß, Karl: Jugenderinnerungen eines alten Meisenheimers.
In: NLK 1985, S. 58 – 64

Buß, Karl: Geschichte der Stadt Meisenheim.
In: NLK 1985, S. 81 - 88

Buß, Karl: Das „Gelbe Haus" in Meisenheim.
In: NLK 1985, S. 104 f

Buß, Karl: Frühere Bedeutung verloren – Die Meisenheimer Handwerker um die Jahrhundertwende (1900).
In: KHBll 1990, S. 7 f

Buß, Karl: Die Juden in Meisenheim.
In: NLK 1991, S. 91 – 94

Busch, Eberhard: Kirche und Judentum im Dritten Reich.
In **Norden,** Günther (Hg.): Zwischen Bekenntnis und Anpassung. Aufsätze zum Kirchenkampf in rheinischen Gemeinden, in Kirche und Gesellschaft. (SVRhKG 84)
Köln 1984

Busch, Egon: Meisenheimer Demokraten wissen sich zu wehren.
In: **Rothley**, Willi / **Geis**, Manfred: Schon pflanzen sie frech die Freiheitsbäume. 150 Jahre Hambacher Fest.
Neustadt a. d. Weinstraße 1982

Büsch, Otto: Die Militarisierung von Staat und Gesellschaft im altern Preußen.
In: **Schlenke**, Manfred (Hg.): Preußen – Beiträge zu einer politischen Kultur.
Reinbek 1981, S. 45 – 60

Bussiek, Dagmar: „Das Gute gut und das Böse böse nennen." Der Reichsbote 1873 – 1879.
In: **Grunewald**, Michel **/ Puschner**, Uwe: Das evangelische Intellektuellenmilieu in Deutschland, seine Presse und seine Netzwerke (1971 – 1963).
Bern 2008, S. 97 - 119

Butterweck, Kurt: Die Nahebruderschaft. Kirchenkampf im südlichen Rheinland.
In: MhEKgRh 25 (1976) S. 213 – 234

Büttner, Ursula: Weimar – die überforderte Republik 1918 – 1933. (= Gebhard[10], Band 18)
Stuttgart 2010

Clausewitz, Carl von: Vom Kriege. Hinterlassenes Werk.
Fankfurt/M – Berlin [4]1994

Coerper, Fritz: Nachrichten über die evangelische Gemeinde Meisenheim und deren Schloß- oder Johanniskirche.
Meisenheim 1880

Cüppers, Heinz (Hg.): Die Römer in Rheinland-Pfalz.
Stuttgart 1990

Dehio: Handbuch der deutschen Kunstdenkmäler: Rheinland-Pfalz Saarland .
München 1984

Demandt, Alexander / **Engelmann**, Josef (Hg.): Konstantin der Große. Geschichte – Archäologie – Rezeption.
Trier 2006

Demel, Walter: Reich, Reformen und sozialer Wandel 1763 – 1806.
(=Gebhard[10], Band 12)
Stuttgart 2005

Diewald-Kerkmann, Gisela: Denunziantentum und Gestapo. Die freiwilligen ‚Helfer' aus der Bevölkerung.
In: **Paul**, Gerhard /**Mallmann**, Klaus-Michael (Hg.): Die Gestapo – Mythos und Realität.
Darmstadt 1995, S. 288 – 305

Dölemeyer, Barbara: Fragmentarische Staatlichkeit. Die Landgrafschaft Hessen-Homburg im Alten Reich und im Deutschen Bund.

In: Mitteilungen des Vereins für Geschichte und Landeskunde zu Bad Homburg vor der Höhe Heft 44 (1995)

Doll, Anton: Philipp Jacob Siebenpfeiffer 1789 – 1845. Johann Georg August Wirth 1798 – 1848.
In: **Baumann**, Kurt (Hg.): Das Hambacher Fest.
Speyer 1957, S. 7 - 94

Dörr, Wolfgang: Zur Geschichte der Juden in Meisenheim und Umgebung.
Meisenheim 1991

Dotzauer, Winfried: Die vordere Grafschaft Sponheim als pfälzisch-badisches Kondominium 1437 – 1707/08.
Diss. phil. Mainz 1963

Dotzauer, Winfried: Auswirkungen des Hambacher Festes im Naheraum.
In: KHBl 1983/5, S. 18 – 20 und 1983/6. S. 23 f

Dotzauer, Winfried: Geschichte des Nahe-Hunsrück-Raumes von den Anfängen bis zur französischen Revolution.
Stuttgart 2001

Drescher, Karl-Heinz: Zur Geschichte der Lateinschule in Meisenheim am Glan 1558 – 1948.
Beiheft der Festschrift zur Vierhundertjahrfeier 1958.
Meisenheim 1958

Drescher, Karl-Heinz: Meisenheim am Glan.
München 1966

Drescher, Karl-Heinz: Geschichte der Stadt Meisenheim.
In: NLK 1968, S. 82 – 87

Drescher, Karl-Heinz: Die Lateinschule in Meisenheim.
In: NLK 1968, S. 103 – 105

Drescher, Karl-Heinz: Die Schlosskirche zu Meisenheim.
Meisenheim 1973

Drescher, Karl-Heinz: Meisenheim am Glan. Ein Gang durch Jahrhunderte.
Hg. durch die Sparkasse Bad Kreuznach.
Bad Kreuznach 1974

Drescher, Karl-Heinz: Aus dem Leben und Wirken des Rokokodichters und Pfarrers Johann Nikolaus Götz (1721 – 1781).
MH 13 / 1981

Drut-Hours, Marie: Die „Gesellschaft der Aufklärer“ im Herzogtum Pfalz-Zweibrücken und ihre Netzwerke.
In **Konersmann**, Frank/ **Ammerich,** Hans (Hg.): Historische Regionalforschung im Aufbruch. Studien zur Geschichte des Herzogtums Pfalz-Zweibrücken anlässlich seines 600. Gründungsjubiläums.
Speyer 2010, S. 171 - 187

Duckwitz, Gert: Kleinstädte an Nahe, Glan und Alsenz – ein historisch-geographischer, wirtschafts- und siedlungsgeographischer Beitrag zur regionalen Kulturlandschaftsforschung.
Paderborn 1971

Dumont, Franz / **Scherf**, Ferdinand / **Schütz**, Friedrich (Hg.): Mainz. Die Geschichte der Stadt.
Mainz 1998

Dumont, Franz: Die Mainzer Republik von 1792/93. Studien zur Revolutionierung in Rheinhessen und der Pfalz.
Alzey ²1993

Dunker, Ulrich/ **Leviné-Fredenthal,** Rachel: Im Kaiserreich – Versuch der Assimilation.
In: Juden in Preußen. Ein Kapitel deutscher Geschichte. Hg. vom Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz.
Dortmund 1981, S. 245 - 257

Düwell, Kurt / **Matheus**, Michael (Hg.): Kriegsende und Neubeginn. West-

deutschland und Luxemburg zwischen 1944 und 1947. (=Geschichtliche Landeskunde Bd. 46)
Stuttgart 1997

Eberle, Gerhild: Berufsbildende Schule Ländliche Hauswirtschaft. Beratings- und Weiterbildungsstelle für Landwirtschaft und Hauswirtschaft Meisenheim.
In: NLK 1985, S. 188 -190

Ekberg, Carl J.: The Failure of Louis XIV's Dutch War.
Chapel Hill 1979

Emich, Hans-Joachim / **Becker**, Rolf: Die Eisenbahnen an Glan und Lauter.
Waldmohr o. J. [1996]

Ennen, Edith: Die europäische Stadt des Mittelelters.
Göttingen [4]1987

Erb, Rainer / **Bergmann**, Werner: Die Nachtseite der Judenemanzipation. Der Widerstand gegen die Integration der Juden in Deutschland 1780 – 1860.
Berlin 1989

Erdmann, Karl Dietrich: Die Weimarer Republik. (= Gebhard[9], Bd. 19)
München 1983

Erdmann, Karl Dietrich: Deutschland unter der Herrschaft des Nationalsozialismus 1933 – 1939. (= Gebhard[9], Bd. 20)
München 1984

Evans, Richard: Fakten und Fiktionen. Über die Grundlagen historischer Erkenntnis.
Frankfurt/New York 1998

Evans, Richard: Tod in Hamburg. Stadt, Gesellschaft und Politik in den Cholera-Jahren 1830 – 1910.
Reinbek bei Hamburg 1990

Ewig, Eugen: Die Rheinlande in fränkischer Zeit
In: **Petri**, Franz / **Droege**, Fritz (Hg.): Rheinische Geschichte Band I
Düsseldorf o. J.

Faber, K(arl) G(eorg): Kirn an der Nahe und Meisenheim am Glan.
In: Berichte zur deutschen Landeskunde Bd. 24, H. 2, 1960, S. 121 – 144

Faber, Karl-Georg: Die kommunale Selbstverwaltung in der Rheinprovinz im 19. Jahrhundert.
In: Rheinische Vierteljahresblätter 30 (1965), S. 132 – 151

Faber Karl-Georg: Die südlichen Rheinlande 1816 – 1956.
In: **Petri**, Franz / **Droege**, Fritz (Hg.): Rheinische Geschichte Band II: Neuzeit
Düsseldorf o. J.

Fabricius, Wilhelm: Die Grafen von Veldenz. Ein Beitrag zur geschichtlichen Landeskunde des ehemaligen Nahegaues.
In: MHVPf. 33/1913, S. 1 – 91 und 36/1916, S. 1 - 48

Fandel, Thomas: Konfession und Nationalsozialismus. Evangelische und katholische Pfarrer in der Pfalz 1930 – 1939.
Paderborn 1997

Fandel, Thomas: Protestantische Pfarrer und Nationalsozialismus in der Region. Vom Ende der Weimarer Republik bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges.
In: GG 29 (2003) H. 4, S. 512 – 541

Faralisch-Lindemann, Waltraud: Philipp Jakob Siebenpfeiffer – ein Leben für die Demokratie.
In: **Saarpfalz-Kreis** (Hg.): Ein Leben für die Freiheit. Philipp Jakob Siebenpfeiffer 1789 – 1845. Konstanz 1989, S. 12 - 39

Fenske, Hans: Rheinland-Pfalz und die Neugliederung der Bundesrepublik.
In: **Haungs**, Peter (Hg.): 40 Jahre Rheinland-Pfalz. Eine politische Landeskunde.
Mainz 1986; S. 103 - 130

Fischer, Fritz: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18.
Kronberg im Taunus 1977

Fischer, Thomas: Die Römer in Deutschland.
Darmstadt 1999

Fleischer 2010: www.fleischer-amtherot.de/ resources/ Guenher+Hinnenthal.pdf. : Günther Hinnenthal (1903 – 1945) Pfarrer der „Bekennenden Kirche" März 2010

Foerster, Cornelia: Der Preß- und Vaterlandsverein von 1832/33. Sozialstruktur und Organisationsformen der bürgerlichen Bewegung in der Zeit des Hambacher Festes. (=Trierer historische Forschungen Bd.3)
Trier 1982

Foerster, Cornelia: Das Hambacher Fest: Höhepunkt einer demokratischen Massenbewegung in Deutschland.
In: **Rothley**, Willi / **Geis**, Manfred: Schon pflanzen sie frech die Freiheitsbäume. 150 Jahre Hambacher Fest.
Neustadt a. d. Weinstraße 1982

Forster, Hans: die Wirtschaft des Kreises Kreuznach vor 1815.
In: **Becker**, Kurt (Hg.): Heimatchronik des Kreises Kreuznach..
Köln 1966, S. 200 – 276

Forster, Hans: Landesgeschichte und Heimatgeschichte. Grundzüge des Merkantilismus im Herzogtum Pfalz-Zweibrücken
Mainz 1984

Freckmann, Klaus: Meisenheim am Glan
(=Rheinische Kunststätten H. 268)
Köln 1992

Frei, Norbert: Der Führerstaat. Nationalsozialistische Herrschaft 1933 – 1945. (DGnZ 17)
München 1987

Frei, Norbert: 1968. Jugendrevolte und globaler Protest.
München 2008

Fried, Johannes: Das Mittelalter. Geschichte und Kultur.
München 2008

Friedländer, Saul: Das Dritte Reich und die Juden. Erster Band: Die Jahre der Verfolgung 1933 – 1939.
München 1998

Fröhlich, Hugo: Die Einführung der Union im ehemaligen Hessen-Homburgischen Oberamt Meisenheim 1817 – 1836.
Meisenheim 1954

[Fußballclub] Erster FC Meisenheim 07: 50 Jahre I. FC Meisenheim 07 1907 – 1957.
Meisenheim1957

Gabriel, Oscar W.: Die kommunale Selbstverwaltung.
In: **Haungs**, Peter (Hg.): 40 Jahre Rheinland-Pfalz. Eine politische Landeskunde.
Mainz 1986, S. 383 - 416

Gedye, G(eorge) E(ric) R(owe): Die Revolverrepublik. Frankreichs Werben um den Rhein.
Köln 1931

Glück-Christmann, Charlotte (Hg.): Die Wiege der Könige. 600 Jahre Herzogtum Pfalz-Zweibrücken.
Zweibrücken 2010

Goergen, Dieter: Gerbereien in Meisenheim am Glan. In: Jahrbuch für Hausforschung Bd. 41.
Marburg 1993. S. 73 – 80

Grab, Walter: Die Französische Revolution. Eine Dokumentation.
München 1973

Grab, Walter: Von Mainz nach Hambach. Zur Kontinuität revolutionärer Bewegungen und ihrer Repression von 1792 bis 1832.
In: **Rothley**, Willi / **Geis**, Manfred: Schon pflanzen sie frech die Freiheitsbäume. 150 Jahre Hambacher Fest. Neustadt a. d. Weinstraße 1982

Gross, Karen: Neue Erkenntnisse zur historischen Markthalle in Meisenheim am Glan.
In. **Arbeitskreis für Hausforschung** (Hg.): Rathäuser und andere kommunale Bauten (= Jahrbuch für Hausdforschung 60) S. 399 - 408
Marburg 2010

Große, Rolf: Vom Frankenreich bis zu den Ursprüngen der Nationalstaaten 800 – 1214 (= Deutsch-Französische Geschichte Band I)
Darmstadt 2005

Hagen, Josef: Römerstraßen der Rheinprovinz.
(= Erläuterungen zum geschichtlichen Atlas der Rheinprovinz Bd. 8) Zweite neu bearbeitete und vermehrte Auflage
Bonn 1931

Hain, Dieter: Verlag Anton Hain. Gründung und Geschichte.
MH 41 / 2010

Hannig, Jürgen: „Freiheitsbäume" im Umkreis des Hambacher Festes.
In: **Saarpfalz-Kreis** (Hg.): Ein Leben für die Freiheit. Philipp Jakob Siebenpfeiffer 1789 – 1845.
Konstanz 1989, S. 289 - 319

Hansen, Joseph: Preußen und Rheinland von 1815 bis 1915. Hundert Jahre politisches Leben am Rhein.
Bonn 1918

Hansen, Joseph: Quellen zur Geschichte des Rheinlandes 1780 – 1801. Band IV: 1797 – 1801.
Bonn 1938

Haungs, Peter (Hg.): 40 Jahre Rheinland-Pfalz. Eine politische Landeskunde.
Mainz 1986

Heil, Peter: Staat und Kommune 1945 – 1974. Von der Integration zur Modernisierung der Verwaltung.
In: **Borck**, Heinz-Günther (Hg.): Beiträge zu 50 Jahren Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz. Koblenz 1997, S. 115 - 138

Heinemann, Hartmut: Die Landgrafschaft Hessen-Homburg (1806) 1815 – 1866.
In: Handbuch der hessischen Geschichte. Vierter Band
Marburg 2000, S. 649 – 665

Heinen, Heinz: Trier und das Trevererland in römischer Zeit (= 2000 Jahre Trier Bd.1)
Trier [5]2002

Heintz, Philipp Casimir: Das ehemalige Fürstenthum Pfalz-Zweybrücken und seine Herzoge, bis zur Erhebung ihres Stammes auf den bayerischen Königsthron. Erster Theil 1410 – 1514.
München 1833

Held, Martin: Die Kirchenschaffnei Meisenheim. (SVRhKG 78)
Köln 1984

Held, Richard: Das Notgeld des Kreises Meisenheim.
MH Sonderheft Nr. 2 / 1990

Henke, Klaus-Dietmar: Politik der Widersprüche. Zur Chrarakteristik der französischen Militärregierung in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg
In: VfZ 30 (1982), Heft 3 S. 500 – 537

Henke, Klaus-Dietmar. Die amerikanische Besetzung Deutschlands.
München [2]1996

Henn, Markus: Die Machtergreifung der Nationalsozialisten in Meisenheim. Ursachen, Motive, Hintergründe
In: Anthes / Lurz (Hg.): Meisenheim – Studien. Bd. II Bad Kreuznach 1984 S. 294 - 319

Hering, Rainer: Konstruierte Nation. Der Alldeutsche Verband 1890 bis 1939. Hamburg 2003

Hermelink, Heinrich (Hg.): Kirche im Kampf. Dokumente des Widerstands und des Aufbaus in der Evangelischenkirche Deutschlands von 193 bis 1945.
Tübingen/Stuttgart 1950

Herrmann, Hans-Walter: Der Kleinstaat des 18. Jahrhunderts.
In: Vom Faustkeil zum Förderturm. Geschichtliche Landekunde des Saarlandes 1
Saarbrücken 1978, S. 266 – 309

Herrmann, Hans-Walter: Die Grafschaft Veldenz
In: Geschichtliche Landeskunde des Saarlandes 2
Saarbrücken 1977, S. 332-337

Herrmann, Hans-Walter: Die Grafschaft Zweibrücken
In. Geschichtliche Landeskunde des Saarlandes 2
Saarbrücken 1977, S. 316 -322

Herrmann, Hans-Walter: Das Herzogtum Pfalz-Zweibrücken
In Geschichtliche Landeskunde des Saarlandes 2
Saarbrücken 1977, S. 244 – 253

Herrmann, Hans-Walter: Das Königreich Frankreich.
In: Geschichtliche Landeskunde des Saarlandes 2
Saarbrücken 1977, S. 439-469

Heyen, Franz-Josef (Hg.): Rheinland-Pfalz entsteht. Beiträge zu den Anfängen des Landes Rheinland-Pfalz in Koblenz 1945 – 1951. (Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz Bd. 5)
Mainz 1984

Hobsbawm, Eric: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts.
München ²1999

Hofmann, Hans Hubert (Hg.): Quellen zum Verfassungsorganismus des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation 1495 – 1815.
Darmstadt 1976

Hohensee, Jens: Der erste Ölpreisschock 1973/74. Die politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen der arabischen Erdölpolitik auf die Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa.
Stuttgart 1996

Holzfurtner, Ludwig: Die Wittelsbacher. Staat und Dynastie in acht Jahrhunderten.
Stuttgart 2005

Hölzle, Erwin: Quellen zur Entstehung des Ersten Weltkrieges. Internationale Dokumente 1901 – 1914.
Darmstadt 1978

Hoppstädter, Kurt und **Herrmann**, Hans-Walter (Hg.): Geschichtliche Landeskunde des Saarlandes. Band 1: Vom Faustkeil zum Förderturm.
Saarbrücken 1978
Band 2: Von der fränkischen Landnahme bis zum Ausbruch der französischen Revolution.
Saarbrücken 1977

Hornung, Klaus: Der Jungdeutsche Orden.
Düsseldorf 1958

Huillard-Bréholles, J.-L.-A.:, (Hg.): Historia Diplomatica Friderici Secundi

sive constitutiones, privilegia, mandata quæ supersunt istius imperatoris et filiorum eius.
Paris 1852

Huber, Ernst Rudolf: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Band III: Bismarck und das Reich.
Stuttgart [3]1990

Hudemann, Rainer: Zur Politik der französischen Besatzungsmacht.
In. **Heyen**, Franz-Josef (Hg.): Rheinland-Pfalz entsteht. Beiträge zu den Anfängen des Landes Rheinland-Pfalz in Koblenz 1945 – 1951.
Mainz 1984, S. 31 - 58

Hüttenberger, Peter und **Molitor**, Hansgeorg (Hg.): Franzosen und Deutsche am Rhein 1789 – 1918 – 1945.
Essen 1989

Illustrierte Geschichte der Stadt Meisenheim am Glan. Die Grundtatsachen der Stadtgeschichte in Wort und Bild. Hg.: Bürgermeister der Stadt Meisenheim. (Ohne Autorenangabe)
Meisenheim 1940

Iserloh, Erwin: Reformation – Katholische Reform und Gegenreformation. Handbuch der Kirchengeschichte Bd. IV
Freiburg 1985

Jürgensmeier, Friedhelm: Das Bistum Mainz. Von der Römerzeit bis zum II. Vatikanischen Konzil.
Frankfurt/M 1988

Kaack, Heino: Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems.
Opladen 1971

Kaack, Heino / **Sarcinelli**, Ulrich: Parteien und Wahlen.
In: **Haungs**, Peter (Hg.): 40 Jahre Rheinland-Pfalz. Eine politische Landeskunde.
Mainz 1986, S. 131 - 172

Kasper-Holtkotte, Cilli: Juden im Aufbruch. Zur Sozialgeschichte einer Minderheit im Saar-Mosel-Raum um 1800. (=Forschungen zur Geschichte der deutschen Juden Abt. A, Bd. 3)
Hannover 1996

Kater, Michael H.: Hitler-Jugend
Darmstadt 2005

Keddigkeit, Jürgen: Das militärische Ende des Zweiten Weltkrieges 1945.
Pfalzatlas Karten 110 und 111;
Textband III, S. 1430 – 1455

Keller, Hagen / **Althoff**, Gerd: Die Zeit der späten Karolinger und der Ottonen. Krisen und Konsolidierungen 888 – 1024. (= Gebhard[10] Bd.3) Stuttgart 2008

Kemp, Wolfgang: Zur Geschichte der Meisenheimer Juden.
In: Sachor. Beiträge zur jüdischen Geschichte und zur Gedenkstättenarbeit in Rheinland-Pfalz 2/1995, H. 10, S. 31 – 42

Kermann, Michael: Die Konskription des Jahres 1812 in den Kantonen der Arrondissements Speyer, Kaiserslautern und Zweibrücken.
Pfalzatlas II, Textband III, S. 1481 ff

Kermann, Rose: Die Rolle der Frau in den Schriften Philipp Jakob Siebenpfeiffers.
In: **Saarpfalz-Kreis** (Hg.): Ein Leben für die Freiheit. Philipp Jakob Siebenpfeiffer 1789 – 1845.
Konstanz 1989, S. 221 - 236

Kimpel, Karl: Die Hauptschule Meisenheim.
In NLK 1985, S. 187

Kinzinger, Lothar: Schweden und Pfalz-Zweibrücken. Probleme einer gegenseitigen Integration. Das Fürstentum Pfalz-Zweibrücken unter schwedischer Fremdherrschaft (1689 – 1719)
Saarbrücken 1988

Köbler; Gerhard: Historisches Lexikon der deutschen Länder. Die deutschen Territorien vom Mittealter bis zur Gegenwart.
München [3]1990

Koch, Walther: Die Kriegskosten Herzog Wolfgangs von Pfalz-Zweibrücken und ihre Regulierung.
Speyer 1961 (Sonderdruck aus MHVPf)

Koch, Walther: Der Pietismus im Herzogtum Pfalz-Zweibrücken in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts (Der Kampf um Gewissensfreiheit und Toleranz)
In: BPfKG 34 (1967) S. 1 – 159

Koch, Walther: Zweibrücker Gerichtsordnungen in ihrer historischen Entwicklung.
In: MHVPf 66 (1968) S. 306 – 325

Kocka, Jürgen: Das lange 19. Jahrhundert. Arbeit, Nation und bürgerliche Gesellschaft. (= Gebhard[10], Band 13)
Stuttgart 2001

Kohler, Alfred: Karl V. 1500 – 1558. Eine Biographie.
München 1999

Köhler,, Henning: Französische Besatzungspolitik 1918 – 1923.
In: **Hüttenberger**, Peter und **Molitor**, Hansgeorg (Hg.): Franzosen und Deutsche am Rhein 1789 – 1918 – 1945.
Essen 1989, S. 113 – 126

Konersmann, Frank: Kirchenregiment und Kirchenzucht im frühneuzeitlichen Kleinstaat (SVRhKG 121)
Köln 1996

Konersmann, Frank: Das Gymnasium illustre in Hornbach.
In: **Glück-Christmann**, Charlotte (Hg.): Die Wiege der Könige. 600 Jahre Herzogtum Pfalz-Zweibrücken.
Zweibrücken 2010, S. 92 - 93

Konersmann, Frank: Wirtschaftspolitik in der Regierungszeit Herzog Christians IV. von Pfalz-Zweibrücken
In: **Glück-Christmann**, Charlotte (Hg.): Die Wiege der Könige. 600 Jahre Herzogtum Pfalz-Zweibrücken..
Zweibrücken 2010, S. 210 - 214

Konersmann, Frank/ **Ammerich,** Hans (Hg.): Historische Regionalforschung im Aufbruch. Studien zur Geschichte des Herzogtums Pfalz-Zweibrücken anlässlich seines 600. Gründungsjubiläums
Speyer 2010

König, Wolfgang/**Weber**, Wolfhard: Netzwerke, Stahl und Strom 1840 – 1914. (=Propyläen Technik-Geschichte Bd. 4)
Berlin 1997

Koops, Tilman: Die rheinische Tausenfjahrfeier 1925.
In: **Koops**, Tilman /**Vogt**, Martin: Das Rheinland in zwei Nachkreigszeiten 1919 – 1930 und 1945 – 1949. Ergebnisse einer Tagung des Bundesarchivs in der Universität Trier vom 12. bis 14. Oktober 1994.
Koblenz 1995

Kosim, Jan: Zur Geschichte der Vereine zur Unterstützung der Polen in Deutschland unter Berücksichtigung der Bayerischen Pfalz und der Landgrafschaft Hessen-Homburg.
In: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte 4 (1978), S. 313 – 355

Kossert, Andreas: Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945.
Berlin 2008

Kraushaar, Wolfgang: 1968 als Mythos, Chiffre und Zäsur.
Hamburg 2000

Krüger, Petzer: Versailles. Deutsche Außenpolitik zwischen Revisionismus und Friedenssicherung. (DGnZ 13)

München [2]1993

Krumeich, Gerd: Versailles 19191. der Krieg in den Köpfen. In: Ders. (Hg.): Versailles 1919. Ziele - Wirkung – Wahrnehmung.
Essen 2001

Kübler, Johann Ludwig: Quellen-Sammlung zu dem Oeffentlichen Recht des Teutschen Bundes.
Erlangen [3]1830

Kühne, Thomas: Dreiklassenwahlrecht und Wahlkultur in Preußen 1867 – 1914. Landtagswahlen zwischen korporativer Tradition und politischem Massenmarkt
Düsseldorf 1994

Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz (Hg.): Dokumentation zur Geschichte der jüdischen Bevölkerung in Rheinland-Pfalz und im Saarland von 1800 bis 1945 – Band 1: Die Juden in der französischen Zeit 1789/1801 bis 1814 bearbeitet von Editha Bucher.
Koblenz 1972

Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz (Hg.): Dokumentation zur Geschichte der jüdischen Bevölkerung in Rheinland-Pfalz und im Saarland von 1800 bis 1945 – Band 6: Die nationalsozialistische Judenverfolgung 1933 - 1945 bearbeitet von Johannes Simmert
Koblenz 1974

Lang, Elmy: Meisenheim am Glan in Wort und Bild. Mit Zeichnungen von Willi Stock
Bad Kreuznach 1989

Lanzinner, Maximilian: Konfessionelles Zeitalter 1555 – 1616. (= Gebhard[10] Band 10)
Stuttgart 2001

[Lateinschule] Vierhundert Jahre Lateinschule Meisenheim 1558-1958 – Zehn Jahre Paul-Schneider-Gymnasium. Festschrift zum 19. und 20. Juli
Meisenheim 1958

[Lateinschule] In freier Trägerschaft, herausgegeben aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des Paul-Schneider-Gymnasiums in Meisenheim.
Meisenheim 1973

Lehmann, Johann Georg: Vollständige Geschichte des Herzogtums Zweibrücken und seiner Fürsten.
München 1867 (Reprint Osnabrück 1974)

Lehmann, Johann Georg: Die Grafschaft und die Grafen von Spanheim der beiden Linien Kreuznach und Starkenburg.
Kreuznach 1869 (Reprint Liechtenstein 1990)

Lempert, Hartmut: Das Schicksal der Juden im Kreis Kreuznach in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.
In: Vogt/Silbermann (Hg.): Aufsätze zur Geschichte des Raumes an der mittleren Nahe (= Heimatkundliche Schriftenreihe des Landkreises Bad Kreuznach Bd. 20]
Bad Kreuznach 1985

Lenger, Friedrich: Industrielle Revolution und Nationalstaatsgründung. (= Grebhardt[10] Bd. 15)
Stuttgart 2003

LHAK
Bestand 476 Landratsamt Kreuznach und Meisenheim
Bestand 602.029 Amtsgericht Meisenheim
Bestand 655.024 Bürgermeisterei Meisenheim
Bestand 856 Säuberungskommission

Longerich, Peter: Die braunen Bataillone. Geschichte der SA.
München 1989

Lorenz, Gottfried (Hg.): Quellen zur Vorgeschichte und zu den Anfängen des Dreißigjährigen Krieges.

Darmstadt 1991

Lurz, Meinhold: Das Heimbacher Brunnenfest 1634 – 1835 – 1985
MH 25 / 1985

Lurz, Meinhold: Vom Handwerk zur Landwirtschaft Teil I Meisenheim 1793; II 1835; III 1871
MH 26 / 1985

Lurz, Meinhold: Das Herzog-Wolfgang-Haus. In: NLK 1985, S. 91 ff

Lurz, Meinhold: Meisenheim. Historische Aufnahmen
Horb am Neckar 1985

Lurz, Meinhold: Einführung in die Stilgeschichte an Beispielen aus Meisenheim am Glan.
In: Silbermann/Vogt (Hg.): Studienbuch zur Regionalgeschichte des Landkreises Bad Kreuznach. Bad Kreuznach 1986, S. 59 - 127

Lurz, Meinhold: Meisenheims Stadtrechte bis zum Ende der Pfalz-Zweibrücker Herrschaft.
MH 30 / 1986

Lurz, Meinhold: Ordnung und Alltag. Öffentliches Leben in Meisenheim vom 15. bis 20. Jahrhundert.
Teil I: MH 31 /1986
Teil II: MH 32 / 1986

Lurz, Meinhold: Meisenheim. Architektur und Stadtentwicklung.
Horb am Neckar 1987

Lurz, Meinhold: Der Adelshof, der keiner ist. Zur Geschichte des Hunolsteiner Hofes in Meisenheim: Eigentümer und Gehöfttyp.
In: Jahrbuch für Hasuforschung Bd. 41
Marburg 1993. S. 355 – 368

Mais, Edgar (Hg.): Die Verfolgung der Juden in den Landkreisen Bad Kreuznach und Birkenfeld 1933-1945. Eine Dokumentation. (Heimatkundliche Schriftenreihe des Landkreises Bad Kreuznach Bd. 24)
Bad Kreuznach 1988

Martin, A*[dolf]*: Eine deutsche Frau rettet Meisenheim
In: NLK 1962, S. 73 f

Martin, A*[dolf]*: Historischer Rundgang durch das tausendjährige Meisenheim/Glan
Meisenheim o. J.

Martin, Michael: Pfalz und Frankreich. Vom Krieg zum Frieden
Landau 2008

Massing, Paul W.: Vorgeschichte des politischen Antisemitismus.
Frankfurt/M. 1987 [erstmals New York 1949]

Mathy, Helmut: 50 Jahre. Ein Querschnitt durch die Geschichte.
In: **Borck**, Heinz-Günther (Hg.): Beiträge zu 50 Jahren Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz.
Koblenz 1997, S. 23 – 60

Matthias, Erich / **Morsey**, Rudolf (Hg.): Das Ende der Partien 1933. Darstellungen und Dokumente.
Königstein i. Ts./Düsseldorf 1979

Maurer, Rudolf: Charlotte Friederike, Pfalzgräfin bei Rhein und zeitweilige Administratorin von Pfalz-Zweibrücken.
MH 37 / 1992

Maurer, Trude: Abschiebung und Attentat. Die Ausweisdung der polnischen Juden und der Vorwand für die „Kristallnacht".
In: **Pehle**, Walter H. (Hg.): Der Judenpogrom 1938. Von der „Reichskristallnacht" zum Völkermord.
Frankfurt/M 1988, S. 52 – 73

Mertens, Dieter: Christen und Juden zur Zeit des ersten Kreuzzuges.

In: Bernd **Martin** und Ernst **Schulin** [Hg.]: Die Juden als Minderheit in der Geschichte.
München 1981, S. 46 ff

Meyer, Enno: Grundzüge der Geschichte Polens.
Darmstadt 1977

Meyer, Hans-Georg / **Berkessel**, Hans (Hg.): Die Zeit des Nationalsozialismus in Rheinland-Pfalz
Bd. 1: „Eine nationalsozialistische Revolution ist eine gründliche Angelegenheit."
Mainz 2000
Bd. 2: „Für die Außenwelt seid ihr tot."
Mainz 2000
Bd. 3: „Unser Ziel – die Ewigkeit Deutschlands"
Mainz 2001

Möhler, Rainer: Entnazifizierung in Rheinland-Pfalz und im Saarland unter französischer Besatzung von 1945 bis 1952. (= Veröffentlichungen der Kommission für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz Band 17)
Mainz 1992

Möhler, Rainer: Politische Säuberung im Südwesten unter französischer Besatzung.
In: **Düwell**, Kurt / **Matheus**, Michael (Hg.): Kriegsende und Neubeginn. Westdeutschland und Luxemburg zwischen 1944 und 1947.
Stuttgart 1997, S. 175 - 191

Möller, Horst: Weimar. Die unvollendete Demokratie (DGnZ 12)
München [5]1994

Moltke, Helmuth Graf von: Geschichte des deutsch-französischen Krieges von 1870-71.
Berlin 1895

Mommsen, Hans: Die politischen Folgen der Ruhrbesetzung.
In: **Krumeich**, Gerd/**Schröder**, Joachim (Hg.): Der Schatten des Weltkriegs. Die Ruhrbesetzung 1923
Essen 2004, S.305 – 314

Mommsen, Wolfgang J.: 1848. Die ungewollte Revolution.
Frankfurt/M 2000

Mommsen, Wolfgang J.: Die Urkatastrophe Deutschlands. Der Erste Weltkrieg 1914 – 1918. (= Gebhardt[10] Bd. 17)
Stuttgart 2002

Mommsen, Wolfgang J.: Der Vertrag von Versailles. Eine Bilanz.
In: **Krumeich**, Gerd: Versailles 1919. Ziele – Wirkung – Wahrnehmung.
Essen 2001, S.353 - 360

Mosaik. Schülerzeitschrift am Paul-Schneider-Gymnasium: 650 Jahre Stadt Meisenheim.
Meisenheim 1965

[MRUB] Beyer/Eltester/Goerz: Urkundenbuch zur Geschichte der jetzt die preußischen Regierungsbezirke Coblenz und Trier bildenden mittelrheinischen Territorien. Bd. I - III
Koblenz 1860 (Neudruck Scientia Aalen 2007)

Mühl, Albert: Die Pfalzbahn. Geschichte, Betrieb und Fahrzeuge der Pfälzischen Eisenbahnen.
Stuttgart 1982

Müller, Michael: Die Schule im Spannungsfeld der Weltanschauungen.
In: **Heyen**, Franz-Josef (Hg.): Rheinland-Pfalz entsteht. Beiträge zu den Anfängen des Landes Rheinland-Pfalz in Koblenz 1945 – 1951 (Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz Bd. 5) Mainz 1984, S. 347 - 366

Müller, Rolf-Dieter: Der Zweite Weltkrieg 1939 – 1945. (= Gebhard[10] Bd. 21)
Stuttgart 2004

Müller, W.: Sobernheim und seine Umgebung im Wechsel der Zeiten.
Bad Kreuznach 1924

Münkler, Herfried: Die neuen Kriege.
Reinbek 2004

Münzer in Meisenheim und Zweibrücken. –16./17. Jahrhundert. **–** Forschungsstand 1976. Hg. von der Zweibrücker Arbeitsgemeinschaft für Familienforschung in Verbindung mit dem Arbeitskreis pfalz-zweibrücker Bergbau und Münzwesen.
o.O., o.J. (Zweibrücken 1976)

Naumann-Humbeck, Anneliese: Studien zur Geschichte der Grafen von Sponheim vom 11. bis 13. Jahrhundert.
Diss. 1981
[= Heimatkundliche Schriftenreihe des Landkreises Bad Kreuznach Bd. 14]
Bad Kreuznach 1983

Neubach, Helmut: Aufnahme, Eingliederung und Leistung der Vertriebenen.
In: **Borck**, Heinz-Günther (Hg.): Beiträge zu 50 Jahren Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz. Koblenz 1997, S. 499 - 534

Neussel, Johann Wilhelm: Aufzeichnungen des Kirchenrats und Hofpredigers J. W. N. Meisenheim 1825.
MH 42

Neussel, Kläre: Kulturgeographie des unteren Glangebietes.
Typoskript [Meisenheim] 1953

Ney, Julius: Pfalzgraf Wolfgang – Herzog von Zweibrücken und Neuburg.
In: Schriften des Vereins für Reformationsgeschichte Nr. 106/107
Leipzig 1912, S. 1- 124

Nikitsch, Eberhard J.: Die Öffnung der Fürstengruft in der Schlosskirche zu Meisenheim.
In: Landeskundliche Vierteljahresblätter 23(1989) Heft 1, S. 3 ff

Nikitsch, Eberhard J.: Die Inschriften des Landkreises Bad Kreuznach.
Wiesbaden 1993

Norden. Günther van (Hg.): Zwischen Bekenntnis und Anpassung. Aufsätze zum Kirchenkampf in rheinischen Gemeinden, in Kirche und Gesellschaft. (SVRhKG 84)
Köln 1985

Norden, Günter van: Kirchenkampf im Rheinland 1933 bis 1934
In: ders. (Hg.): Kirchenkampf im Rheinland. Die Entstehung der Bekennenden Kirche und die Theologische Erklärung von Barmen 1934. (SVRhKG 76)
Köln 1984 S. 1 – 188

Norden, Günther van: Politischer Kirchenkampf. Die rheinische Provinzialkirche 1934- 1939
Bonn 2003 (SVRhKG 159)

Paul, Gerhard /**Mallmann**, Klaus-Michael (Hg.): Die Gestapo – Mythos und Realität.
Darmstadt 1995

Paul-Schneider-Gymnasium: 1948 – 1973. Jubiläumsschrift zum 25-jährigen Bestehen.
Meisenheim 1973

Petri, Franz / **Droege**, Fritz (Hg.): Rheinische Geschichte in drei Bänden
Düsseldorf o. J.

Peukert, Detlev J. K.: Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne.
Frankfurt/M 1987

Pitz, Ernst: Die Stadt des europäischen Mittelalters.
In: **Haase**, Carl (Hg.): Die Stadt des Mittelalters. I: Begriff, Entstehung und Ausbreitung.

Darmstadt 1978, S. 1 ff

Planungsgemeinschaft Rheinhessen - Nahe: Regionaler Raumordnungsplan Rheinhessen – Nahe.
Mainz 2004

Plappert, Rainer: Verkehr und Verkehrspolitik
In: **Borck**, Heinz-Günther (Hg.): Beiträge zu 50 Jahren Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz. Koblenz 1997, S. 235 - 292

Plümacher, Walther: Blick ins Land. Landschaften um die Nahe.
Speyer 1947

Pöhlmann, Karl: Die Grafen von Veldenz.
In: Heimatblatt für den Kreis Meisenheim und das untere Glantal I, 1921/22

Pöhlmann, Carl: Regesten der Lehnsurkunden der Grafen von Veldenz. (Veröffentlichungen der Pfälzischen Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften Bd. III)
Speier 1928

Pöhlmann, Karl: Geschichte der Grafen von Zweibrücken aus der Zweibrücker Linie.
München 1938 (Reprint 1974)

Pöhlmann, Carl: Zweibrücken in der Zeit der französischen Reunion (1680 – 1697).
In: MHVPf 56 (1958) S. 107 – 136

Press, Volker: Steuern, Kredit und Repräsentation. Zum Problem der Ständebildung ohne Adel. In: Zeitschrift für historische Forschung 2 (1975) S. 59 – 93

Press, Volker: Kaiser und Reichsritterschaft.
In: **Endres**, Rudolf (Hg.): Adel in der Frühneuzeit: ein regionaler Vergleich.
Köln 1991 S. 163 – 194

Puhle, Hans-Jürgen: Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservatismus im wilhelminischen Reich (1893 – 1914). Ein Beitrag zur Analyse des Nationalismus in Deutschland am Beispiel des Bundes der Landwirte und der Deutsch-Konservativen Partei.
Bonn ²1975

Pyta, Wolfram: Dorfgemeinschaft und Parteipolitik 1919 – 1933. Die Verschränkung von Milieu und Partien in den protestantischen Landgebieten Deutschlands in der Weimarer Republik.
Düsseldorf 1996

Pyta, Wolfram: Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler.
München 2007

Rädler, Arno: Die Grundschule Meisenheim.
In: NLK 1985, S. 187

Ramge, Thomas: Die großen Polit-Skandale. Eine andere Geschichte der Bundesrepublik.
Frankfurt/New York 2003

Raumer, Kurt v.: Die Zerstörung der Pfalz von 1689 im Zusammenhang de französischen Rheinpolitik.
Neustadt a. d. Saale 1982 (erstmals 1930)

Reibel, Carl-Wilhelm: Handbuch der Reichtagswahlen 1890 – 1918. Bündnisse – Ergebnisse – Kandidaten
Düsseldorf 2007

Reichardt, Rolf: Die deutsche Bibliothek der Französischen Revolution oder: Wie jakobinisch war die Revolutionsrezeption im Südwesten?
In: **Rödel**, Volker (Hg.): Die Französische Revolution und die Oberrheinlande (1789 – 1798).
Sigmaringen 1991, S. 147 - 179

Reimer, Klaus: Rheinlandfrage und Rheinlandbewegung (1918 – 1930). Ein

Beitrag zur Geschichte der regionalistischen Bestrebungen in Deutschland.
Frankfurt/M, Bern, Las Vegas 1979

Reinhard, Wolfgang: Reichsreform und Reformation 1495 – 1555. (= Gebhardt[10], Band 9)
Stuttgart 2001

Reiniger, Wolfgang: Stadt- und Ortsansichten des Kreises Bad Kreuznach 1523 – 1899. Katalog der Holzuschnitte, Kupfer-, Stahl- und Holzstiche sowie der Steinzeichnungen.
Bad Kreuznach 1990

Remling, Franz-Xaver: Die Rheinpfalz in der Revolutionszeit von 1792 – 1798. Ein Beitrag zur vaterländischen Geschichte
Bd. 1. Speyer 1865; Bd. 2 Speyer 1866

Rémond, René: Frankreich im 20. Jahrhundert. Erster Teil 1918 – 1958.
Stuttgart 1994

Resmini, Bertram: Lager der Besatzungsmächte in Rheinland-Pfalz. Kriegsgefangene, Internierte und Verschleppte im Rheinland nach dem Zweiten Weltkrieg.
In: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte19 (1993), S. 601 – 621

Reuter, Alfred: Der Merkantilismus im Herzogtum Pfalz-Zweibrücken. Die wirtschaftliche Entwicklung eines deutschen Kleinstaates in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts.
Frankfurt a. M. 1931

Rieckhoff, Sabine: Die Kelten in Deutschland – Kultur und Geschichte.
In: **Rieckhoff**, Sabime / **Biel**, Jörg (Hg.): Die Kelten in Deutschland.
Darmstadt 2001

Ritter, Gerhard A. unter Mitarbeit von M. Niehuss: Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1871 – 1918.
München 1980

Rödel, Volker: Die Entnazifizierung im Nordteil der französischen Zone.
In: In: **Heyen**, Franz-Josef (Hg.): Rheinland-Pfalz entsteht. Beiträge zu den Anfängen des Landes Rheinland-Pfalz in Koblenz 1945 – 1951.
Mainz 1984, S. 261 - 282

Rödel, Volker (Hg.):Die Französische Revolution und die Oberrheinlande (1789 – 1798).
Sigmaringen 1991

Rödel, Walter G.: Das Großpriorat Deutschland des Johanniter-Ordens im Übergang vom Mittelalter zu Reformation.
Köln 1972

Rödel, Walter G.: Die deutschen Johanniter im Zwiespalt zwischen Katholizismus und Luthertum, dargestellt an den Kommenden in Meisenheim und Sobernheim.
In: Beiträge zur Mainzer Kirchengeschichte in der Neuzeit. Festschrift für Anton Philipp Brück zum 60. Geburtstag.
Mainz 1973 S. 55 - 70

Rödel, Walter G.: Wirtschaftliche und kirchliche Verhältnisse der Johanniter-Kommende Meisenheim vom Ende des 15. Jahrhunderts bis zu ihrer Aufhebung in der Reformationszeit
in: Ebernburg-Hefte 11/1977 S. 132 ff

Rödel, Walter G.: Die Johanniter und ihre Kirche in Meisenheim.
In: Schlosskirche Meisenheim 1504 – 2004. Hg. von der evangelischen Kirchengemeinde Meisenheim.
Meisenheim 2004

Rohe, Karl: Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfbünde zur Zeit der Weimarer Republik.
Düsseldorf 1966

Rolef, Georg: Die rheinische Landgemeindeverfassung seit der französischen Zeit.
Berlin und Leipzig 1912/13

Rose, Monika: Das Gerichtswesen des Herzogtums Pfalz-Zweibrücken im 18. Jahrhundert.
Frankfurt/M 1994

Rothenberger, Karl-Heinz / **Scherer**, Karl / **Staab**, Franz / **Keddigkeit**, Jürgen (Hg.): Pfälzische Geschichte. 2 Bände
Kaiserslautern 2002

Rothenberger, Karl Heinz: die Hungerjahre nach dem Zweiten Weltkrieg am Beispiel von Rheinland Pfalz.
In: **Düwell**, Kurt / **Matheus**, Michael (Hg.): Kriegsende und Neubeginn. Westdeutschland und Luxemburg zwischen 1944 und 1947.
Stuttgart 1997, S.159 - 173

Rothley, Willi / **Geis**, Manfred: Schon pflanzen sie frech die Freiheitsbäume. 150 Jahre Hambacher Fest.
Neustadt a. d. Weinstraße 1982

Ruge-Schatz, Angelika: Umerziehung und Schulpolitik in der französischen Besatzungszone 1945 – 1949
Frankfurt/M 1977

Runciman, Steven: Geschichte der Kreuzzüge
München 1989

Saarpfalz-Kreis (Hg.): Ein Leben für die Freiheit. Philipp Jakob Siebenpfeiffer 1789 – 1845.
Konstanz 1989

Salden-Lunkenheimer, Elfriede: Die Besitzungen des Erzbistums Mainz im Naheraum
[= Heimatkundliche Schriftenreihe des Landkreises Bad Kreuznach Bd. 1]
Bad Kreuznach 1968

Salomon, Udo (Hg.): Hofprediger Wilhelm Neussel. Ein reformierter Pfarrer erinnert sich an die französische Herrschaft in Meisenheim am Glan 1794 - 1814. MH 42 (2010)

Salomon, Udo: Meisenheim 1914 – 1918. Kriegswahrnehmung und Alltag während des Ersten Weltkrieges, dargestellt auf Grundlage der Meisenheimer Schulchronik.
MH 43 (2014)

Sander, Hartmut: Die politischen Wahlen im Regierungsbezirk Koblenz 1918 bis 1924.
Diss. (Ms.) Bonn 1971

Schaab, Meinrad: Geschichte der Kurpfalz.
Bd. 1: Mittelalter Stuttgart 1988
Bd. 2: Neuzeit Stuttgart 1992

Schaffner, Heinrich: Vor dreihundert Jahren. Eine heimatgeschichtliche Erinnerung.
Allgemeiner Anzeiger 26., 27., 28., 29. 3. 1935

Schaffner, Heinrich: ein Gang durch Meisenheim vor 300 Jahren.
In: Heimatblatt für den Kreis Kreuznach, Gau Koblenz-Trier 1937, S. 54 – 65

Schaffner, Heinrich: Kurzgefaßte Geschichte der Stadt Meisenheim.
Meisenheim 1938

Scherer, Karl: Karten zum 30jährigen Krieg.
In: Pfalzatlas Karten 107 und 108.
Text: Bd. III, S. 1398 ff

Schichtel, Peter: Das Recht des zünftigen Handwerks im Herzogtum Pfalz-Zweibrücken während des 18. Jahrhunderts. Ein Beitrag zum Gewerberecht eines deutschen Kleinstaates gegen Ende des Ancien Régime.
Berlin 1986

Schindling, Anton: Kriegstypen der Frühen Neuzeit.
In: Dietrich **Beyrau**/Michael **Hochgeschwender**/Dieter **Langewiesche** (Hg.): Formen des Krieges. Von der Antike bis zur Gegenwart.
Paderborn 2007, S. 99 – 120

Schildt, Axel / **Sywottek**, Arnold (Hg.): Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre.
Bonn 1993

Schildt, Axel / **Siegfried**, Detlef / **Lammers**, Karl Christian (Hg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften.
Hamburg 2000

Schlager, P. Patricius O.F.M.: Zur Geschichte der Franziskanerkloster in Meisenheim und Blieskastel.
in: MHVPf XXVIII 1907 S. 127 ff

Schlarb, Kläre: Grabsteine auf dem Alten Friedhof.
MH 33 /1987

Schlarb, Kläre: Meisenheim unter französischer Herrschaft (1794 – 1815)
MH 36 /1988

Schlarb, Kläre: 675 Jahre Stadt Meisenheim.
Meisenheim 1990

Schlarb, Kläre und Anni **Lamb**: Jüdische Mitbürger in den 20er und 30er Jahren. Zeitzeugen berichten
MH 39 / 1992

Schlemmer, Martin: „Los von Berlin" Die Rheinstaatbestrebungen nach dem ersten Weltkrieg.
Köln – Weimar – Wien 2007

Schlick, Gabriela: Die Landgrafschaft Hessen-Homburg 1816 – 1866. Liberale Bestrebungen oder Rückkehr zum Status quo ante?
In: Mitteilungen des Vereins für Geschichte und Landeskunde zu Bad Homburg vor der Höhe Heft 45 (1996)

[Schlosskirche] 1504 -2004 Schlosskirche Meisenheim. Bewegende Geschichte und lebendige Gegenwart eines einzigartigen Bauwerks. Hg. von der Evangelischen Kirchengemeinde Meisenheim.
Meisenheim 2004

Schlundt, Rainer: „Und hat sich das ertz wol erzaiget." Nordpfälzer Bergbau der Herzöge von Zweibrücken-Veldenz im 15. und 16. Jahrhundert
Speyer 1982

Schlundt, Rainer (Hg.): 650 Jahre Stadt Obermoschel 1349 – 1999. Beiträge zur Geschichte und Gegenwart. Hg. von einem Autorenteam unter der Leitung von Rainer Schlundt.
Otterbach 1999

Schlundt, Rainer: Zur Geschichte des Bergbaus um Obermoschel.
In: **Schlundt**, Rainer (Hg.): 650 Jahre Obermoschel. Beiträge zu Geschichte und Gegenwart.
Otterbach 1999, S. 170 – 192

Schlundt, Rainer: Licht und Schatten. Zum Verhältnis von Bergbau und Herrschaft in Pfalz-Zweibrücken.
In: **Konersmann**, Frank/ **Ammerich,** Hans (Hg.): Historische Regionalforschung im Aufbruch. Studien zur Geschichte des Herzogtums Pfalz-Zweibrücken anlässlich seines 600. Gründungsjubiläums.
Speyer 2010, S. 189 - 208

Schormann, Gerhard: Hexenprozesse in Deutschland.
Göttingen 1981

Schormann, Gerhard: Dreißigjähriger Krieg 1618 – 1648. (= Gebhard[10] Band 10)
Stuttgart 2001

Schorr, Albert: Die Stellung des Herzogs von Zweibrücken zur Reichsritterschaft. In: Westpfälzische Geschichtsblätter 29 (1930), S. 6 – 11

Schubert, Werner: Französisches Recht in Deutschland zu Beginn des 19. Jahrhunderts
Köln 1977

Schuler, Max: Zweibrückens große Zeit im 18. Jahrhundert.
In. Zweibrücken 600 Jahre Stadt.
Zweibrücken 1952, S. 120 – 131

Schulz, Gertrud: Aus der Rechtsgeschichte von Meisenheim
MH 29 / 1986

Schunk, Erich: Von der Souveränität des Volkes. Zum Wechsel der Machtverhältnisse in den pfalz-zweibrückischen Gebieten unter französischer Oberhoheit 1789/90.
In: **Rödel**, Volker (Hg.): Die Französische Revolution und die Oberrheinlande (1789 – 1798). Sigmaringen 1991, S. 85 – 96

Schunk, Erich: Französische Revolution und pfälzischer Protestantismus. (= Saarbrücker Hochschulschriften Band 12)
St. Ingbert 1992

Schweinitz, Hellmut von: Geschichte im Raum. Völker, Rassen, Kulturen. Das a b c des N(*ationalen)*)-B*(ücherei*) D*(ienstes*), Heft 2.
Berlin 1936

Schwindt, Helmut: Kreuznach in der Revolution von 1848/49. (= Heimatkundliche Schriftenreihe des Landkreises Bad Kreuznach Bd. 17)
Bad Kreuznach 1984

Schwindt, Helmut: Arbeiterbewegung und Industrialisierung in Stadt und Landkreis Kreuznach von 1849 bis 1918. (= Heimatkundliche Schriftenreihe des Landkreises Bad Kreuznach Bd. 30)
Bad Kreuznach 1999

Schwindt, Helmut: Die Kommunistische Bewegung in Stadt und Landkreis Kreuznach (1918/20 – 1933). (= Heimatkundliche Schriftenreihe des Landkreises Bad Kreuznach Bd. 33)
Bad Kreuznach 2004

Schworm, Ernst: Kusel. Geschichte der Stadt.
Kusel 1987

Schworm, Karl: Odernheim am Glan und Disibodenberg. Ein Geschichts- und Heimatbuch.
Koblenz o.J. [1983]

Seibrich, Wolfgang: Die Entwicklung der Pfarrorganisation im linksrheinischen Erzbistum Mainz. Das Archidiakonat in Bingen. Die Landkapitel Sobernheim und Kirn im Archidiakonat des Dompropstes. (Quellen und Abhandlungen zur mittelrheinischen Kirchengeschichte 29)
Mainz 1977

Seibrich, Wolfgang: Zur Geschichte des Disibodenbergs.
Staudernheim o. J.

Seul, Cordula: Herzog Wolfgang von Wittelsbach-Zweibrücken und sein Verhältnis zum Schmalkaldischen Bund.
In: Vogt/Silbermann (Hg.): Aufsätze zur Geschichte des Raumes an der mittleren Nahe (= Heimatkundliche Schriftenreihe des Landkreises Bad Kreuznach Bd. 20]
Bad Kreuznach 1985

Sieburg, Heinz-Otto: Grundzüge der französischen Geschichte.
Darmstadt 1973

[Sobernheim] Stadtchronik Sobernheim
Kirn o. J. [1971]

Soehring, Dr. (Hg.:) 50 Jahre Landwirtschaftsschule in Meisenheim am Glan 1908 – 1958.
Meisenheim 1958

Soboul, Albert. Die Große Französische Revolution.
Darmstadt 1983

Sommer, Michael: Flüchtlinge und Vertrieben in Rheinland-Pfalz. Aufnahme, Unterbringung und Eingliederung. (=Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz Band 15)
Mainz 1990

Sparkasse in Meisenheim 1874 – 1974. Hg. von der Sparkasse. Text: K. H. Drescher.
Bad Kreuznach 1974

Sparkasse Bad Kreuznach (Hg.): Die Stadt Meisenheim. Fotos und Texte von Rudolf Hornberger.
Bad Kreuznach 1984

Spieß, Pirmin: Die Gerichtsordnung von 1536.
In: **Konersmann**, Frank/ **Ammerich,** Hans (Hg.): Historische Regionalforschung im Aufbruch. Studien zur Geschichte des Herzogtums Pfalz-Zweibrückenan lässlich seines 600. Gründungsjubiläums.
Speyer 2010, S. 247 – 272

Springer, Max: Loslösungsbestrebungen am Rhein (1918 – 1924)
Berlin 1924

Springer, Max: Die Franzosenherrschaft in der Pfalz 1792-1814 (Departement Donnersberg).
Stuttgart 1926

Staab, Franz: Mainz vom 5. Jahrhundert bis zum Tod des Erzbischofs Willigis (407 – 1011)
In: **Dumont**, Franz/**Scherf**, Ferdinand/**Schütz**, Friedrich (Hg.): Mainz. Die Geschichte der Stadt.,
Mainz 1998, S. 71 - 107

Staatskanzlei Rheinland-Pfalz (Hg.): Landesentwicklungsprogramm III.
Mainz o. J. (1995)

Stanzl, Günther: Die Klosterruine Disibodenberg. Neue baugeschichtliche und archäologische Untersuchungen. (=Denkmalpflege in Rheinland-Pfalz. Forschungsberichte Bd. 2)
Worms 1992

Stein, Wolfgang Hans: Vertriebene, Flüchtlinge und andere Zonenfremde in Rheinland-Pfalz.
In: **Heyen**, Franz-Josef (Hg.): Rheinland-Pfalz entsteht. Beiträge zu den Anfängen des Landes Rheinland-Pfalz in Koblenz 1945 – 1951 Mainz 1984, S. 235 – 260,

Stier-Somlo, Fritz: Handbuch des kommunalen Verfassungsrechts in Preußen.
Mannheim – Berlin – Leipzig ²1928

Struck, Bernhard / **Gantet**, Claire: Revolution, Krieg und Verflechtung 1789 – 1815. (= Deutsch-Französische Geschichte Band V)
Darmstadt 2008

Stümpel, Bernhard: Urgeschichte im Überblick.
In: **Becker**, Kurt (Hg.): Heimatchronik des Kreises Kreuznach.
Köln 1966, S. 15 - 42

Stürner, Wolfgang: Friedrich II. Teil 2: Der Kaiser 1220 – 1250.
Darmstadt 2000

Thielen, Rainer (Hg.): Rehborn im Wandel der Zeiten. Das letzte Jahrhundert in Bildern.
Bad Kreuznach 1986

Topographischer Atlas Rheinland-Pfalz. Hg. Vom Landesvermessungsamt Rheinland-Pfalz.
Neumünster 1973

Tormin, Walter: Geschichte der deutschen Parteien seit 1848
Stuttgart [2]1967

Treitschke, Heinrich v.; Deutsche Geschichte im Neunzehnten Jahrhundert. Erster Theil. Bis zum zweiten Pariser Frieden.
Leipzig [5]1894

Ulbrich, Claudia: Rheingrenze, Revolten und Französische Revolution
In: **Rödel**, Volker (Hg.):Die Französische Revolution und die Oberrheinlande (1789 – 1798). Sigmaringen 1991, S. 223 - 244

Vogt, Elke: Das Kloster Disibodenberg in seiner Bedeutung für den mittleren Naheraum.
In: Vogt/Silbermann (Hg.): Aufsätze zur Geschichte des Raumes an der mittleren Nahe (= Heimatkundliche Schriftenreihe des Landkreises Bad Kreuznach Bd. 20]
Bad Kreuznach 1985

Vogt, Werner: Untersuchungen zur Geschichte der Stadt Kreuznach und der benachbarten Territorien im frühen und hohen Mittelelter.
Düsseldorf 1956

Vogt, Werner: Meisenheim (= Berichte zur deutschen Landeskunde 33/1964) S. 89 f

Vogt, Werner: Die Geschichte des mittleren und unteren Naheraumes. In: Becker, Heimatchronik 1966, S. 75 – 196

Vogt, Werner: Meisenheim.
In: Handbuch der Historischen Stätten Deutschlands V: Rheinland-Pfalz und Saarland.
Stuttgart [Kröner] 1976. S. 231 f

Vogt, Werner: Wir stellen vor: Verbandsgemeinde Meisenheim.
In: NLK 1985, S. 228 ff

Vogt, Werner: Meisenheim am Glan als Zweiresidenz der Wittelsbacher Herzöge und Pfalzgrafen von Zweibrücken.
In: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte 19. Jahrgang 1993, S. 303 – 324

Vogt, Werner: Geschichte des Disibodenbergs an der Nahe.
o. O. 1995

[Vogt]
Kultur- und Geschichtslandschaft Nahe –Hunsrück. Festgabe für Werner Vogt. Hg. von Joachim Füllmann, Heinz Herrmann, Wolfgang H. München
(= Sonderband der Heimatkundlichen Schriftenreihe des Landkreises Bad Kreuznach Bd. 27)
Kirn 1994

Vollbracht, Kurt: Die Entwicklung des rheinland-pfälzischen Gemeindeverfassungsrechts.
Diss. Mainz 1965

Wahl, Adalbert: Geschichte des europäischen Staatensystems im Zeitalter der Französischen Revolution und der Freiheitskriege (1989 – 1815)
Darmstadt 1967 (Reprografischer Nachdruck der Ausgabe München – Berlin 1912)

Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie.
Tübingen [5]1983

Weber, Max: Die Stadt. [ursprünglich 1921] Wieder abgedruckt in: **Haase**, Carl: Die Stadt des Mittelalters. I: Begriff, Entstehung und Ausbreitung. Darmstadt 1978, S. 41 ff

Weber, Wilhelm [Hg.]: Das Herzogtum Pfalz-Zweibrücken und die Französische Revolution.

Zweibrücken 1989 *(Ausstellungskatalog)*

Wehler, Hans-Ulrich: Das Deutsche Kaiserreich 1871 – 1918.
Göttingen 1983

Wehler, Hans-Ulrich: deutsche Gesellschaftsgeschichte:
Zweiter Band: Von der Reformära biss zur industriellen und politischen „Deutschen Doppelrevolution“ 1815 – 1845/49
München 1987
Dritter Band: Von der „Deutschen Doppelrevolution“ bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs 1849 – 1914
München 1995
Vierter Band: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914 – 1949.
München 2005

Weiling, Christoph: Die „Christlich-deutsche Bewegung“. Eine Studie zum konservativen Protestantismus in der Weimarer Republik.
Göttingen 1998

Weinrich, Lorenz (Hg.): Ausgewählte Quellen zur deutschen Verfassungs-Wirtschafts- und Sozialgeschichte bis 1250.
Darmstadt 1977

Weitzel, Kurt: Vom Chaos zur Demokratie. Die Entstehung der Parteien in Rheinland-Pfalz 1945 – 1947
Mainz 1989

Wendt, Bernd-Jürgen: Großdeutschland. Außenpolitik und Kriegsvorbereitung des Hitler-Regimes. (DGnZ 18)
München 1987

Wentzcke, Paul: Rheinkampf. Zweiter Band. Im Kampf um Rhein und Ruhr 1919 – 1924.
Berlin 1925

Wernigk, Ferdinand (Hg.): Die Stadt Meisenheim. Eine Festrede, im Zweibrücker Gymnasium gehalten am 20. Oktober 1726 von dem Primaner G. B. Sundahl.
Meisenheim 1914

Wibel, Hans: Die Urkundenfälschungen G. F. Schotts.
In: Neues Archiv der Gesellschaft für ältere deutsche Geschichtskunde XXIX/1904, S. 655 f

Wild, Klaus Eberhard: Zur Geschichte der Grafschaften Veldenz und Sponheim und der Birkenfelder Linien der pfälzischen Wittelsbacher. 8 Vorträge. (= Mitteilungen des Vereins für Heimatkunde im Landkreis Birkenfeld Sonderheft 43)
Birkenfeld 1982

Wilke, Herbert / **Hothum**, Norman: Die Burg Montfort.
Idar-Oberstein 1987

Winkler, Heinrich August: Weimar 1918 - 1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie.
München 1993

Winkler, Heinrich August: Der lange Weg nach Westen I. Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik..
II. Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung.
München 2000

Wittner, Heinz R.: Von der Meisenheimer Spenglerwerkstatt zur Edenkobener Weltfirma. Aus der Geschichte der Familie Gillet.
MH 35 / 1897

Wolfrum, Edgar: Die Bundesrepublik Deutschland 1949 – 1990. (= Gebhard[10] Band 23)
Stuttgart 2005

Wünschel, Hans-Jürgen (Hg.): Quellen zum Neubeginn der Verwaltung im rheinland-pfälzischen Raum unter Kon-

trolle der amerikanischen Militärregierung April bis Juli 1945. (= Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz Bd. 7)
Mainz 1985

Zeller, Gudula: Die fränkischen Altertümer des nördlichen Rheinhessen
1. Teil: Text
2. Teil: Katalog und Tafeln
Stuttgart 1992

Zeus, Marlis: Ein Pfälzer in Stockholm. Johann Casimir von Pfalz-Zweibrücken, Schwager und Vertrauter Gustavs II. Adolf im Dreißigjährigen Krieg.
Karlsruhe 2002

Ziegler, Eugen: Die vom Untertor
Meisenheim o. J.

Ziethen, Gabriele: Mogontiacum – vom Legionslager zur Provinzhauptstadt.
In: **Dumont**, Franz/**Scherf**, Ferdinand/**Schütz**, Friedrich (Hg.): Mainz. Die Geschichte der Stadt.
Mainz 1998, S. 39 - 67

Zimmermann, Walter: Meisenheim
In: Die Kunstdenkmäler des Kreises Kreuznach. (Düsseldorf 1935). Nachdruck 1985 S. 235 ff

Zink, Albert: Das Oberamt Meisenheim in den Revolutionskriegen im Frühjahr 1793
In: Nordpfälzer Geschichtsverein 33/ 1955 S. 25 – 29

Zink, Albert: Meisenheim während der französischen Revolutionskriege 1793/94. In: Allgemeiner Anzeiger 12., 14. und 20. 1. 1956

Zink, Albert: Chronik der Stadt Lauterecken
Neustadt/W 1968

Zweibrücken 600 Jahre Stadt 1352 – 1952. Festschrift zur 600-Jahrfeier. Hg. vom historischen Verein Zweibrücken.
Zweibrücken 1951

Abbildungsverzeichnis

Trotz sorgfältiger Nachforschung konnte nicht in jedem Fall der evtl. Rechteinhaber einer Abbildung ermittelt werden. Wir bitten ggf. um Nachricht.

Seite

13 Schulchronik der evangelischen Volksschule zu Meisenheim
15 Heimatblatt für den Kreis Meisenheim und das untere Glantal 1923 – 1929; Meisenheimer Hefte 1978 ff
16 Viermal Meisenheimer Geschichte: Sundahl, Heintz, Lehmann, Coerper
17 Zwei Bürgermeister schreiben die Geschichte ihrer Stadt: Schaffner 1938, Willms 1940
32 Territorialgeschichte I: Römische Provinzen auf dem Gebiert von Rheinland-Pfalz
35 Territorialgeschichte II: Kurfürstentümer auf dem Gebiet von Rheinland Pfalz
37 Fränkische Bodenfunde aus der Umgebung von Meisenheim
44 Das Oberamt Meisenheim unter den Grafen von Veldenz…
45 …im Vergleich zur heutigen Verbandsgemeinde
54 Das „Gelbe Haus", Sitz der Johanniter-Kommende
56 Die Schlosskirche zu Meisenheim
63 Vier Wittelsbacher Herrscher: Ruprecht, Stephan, Ludwig, Alexander
66 Das Meisenheimer Schloss im 18. Jahrhundert
76 Schloss und Schlossbezirk Anfang des 21. Jahrhunderts
83 Meisenheims Stadtbefestigung
88 Zwei Stadtansichten: Merian 1645, C. Gapp um 1850
99 Herzog Wolfgang
104 Herzog Wolfgangs Kirchenordnung
111 „Thaynsches Haus"
116 Herzog Wolfgangs Grabstätte
122 Lutherisches Pfarrhaus
142 Ezéchiel du Mas, Comte de Mélac
143 Karte der Zerstörungen im Pfälzischen Erbfolgekrieg
145 Die schwedischen Könige Karl XI und Karl XII.
159 Herzog Christian IV. – Pfalz-Zweibrückisches Staatsrecht von J. H. Bachmann
205 Französische Revolution: Erklärung der Menschenrechte und Code Napoléon
208 Territorialgeschichte III: Französische Departements um Meisenheim
215 Französische Revolution: Landesaufnahme durch Oberst Tranchot
230 Territorialgeschichte IV: Das Hessen-Homburgische Oberamt Meisenheim
232 „Magdalenenbau" des Schlosses und Anbau von 1827
253 Gebäude der Brauerei Bonnet
270/71 Gerbereihandwerk
273 Glantal-Bahn 1896 – 1986
275 Wasserversorgung im 19. Jahrhundert: Pumpstation in der Jeckenbach
277 Kindergarten und Krankenhaus
318 „Weimarer Architektur": Landwirtschaftsschule
319 „Weimarer Architektur": Genossenschaftsmolkerei
321 Freilegung von Fachwerkfassaden
326 Demonstration des „Stahlhelm" in Meisenheim
348 Appell des Reichsarbeitsdienstes (ca. 1934)

350 NSDAP-Kundgebung in der Saarstraße
356 „Mutter und Kind“, Statue von Hans Breker / Pferdegespann am Liebfrauenberg
357 Rathaus und Anbau von 1934
367 Die Meisenheimer Synagoge, 1922 und 2011
388 Bombenschäden in Meisenheim 1944
415 Der „Allgemeine Anzeiger“ als Anzeigenblatt 1946
419 Der „Allgemeine Anzeiger“ erscheint wieder – 1949
428 7-Familien-Haus, Warthstraße
429 6-Familien-Haus, Herzog-Wolfgang-Straße
432 Gewerbegebiet an der Raumbacher Straße 1957 und 2011
434 Meisenheimer Beschäftigten-Zahlen 1958
439 Volksschule Meisenheim
441 Realschule Meisenheim
442 Astrid-Lindgren-Grundschule
443 Altbau des Paul-Schneider-Gymnasiums
445 Paul-Schneider-Denkmal, Pferdsfeld
446 Die „Spießburg“
447 Ältestes Internatsgebäude des Paul-Schneider-Gymnasiums
454 Verbandsgemeinde Meisenheim 2012
465 Mutter-und-Kind-Heim und Krankenhausneubau auf dem Liebfrauenberg
467 Bodelschwingh-Zentrum
472 Sanierungsgebiet in der Altstadt
474 Bonnet-Villa / Rathaus-Umbau
476 Stadterneuerung am Beispiel des Boos-von-Waldeckschen Hofes
478 Das Alter der Gebäude in der Meisenheimer Innenstadt
480 Ein Rest Mittelalter
481 Protestplakat am Giesen
482 Der Giesen als Blickfang im Stadtbild
489 Meisenheims Wasserseite

(Herrscher gleichen Namens sind alphabetisch nach Territorien angeordnet, das (Heilige Römische bzw. Deutsche) Reich dabei vorangestellt. Verweise auf Fußnoten werden mit Seitenzahl/Anmerkungsnummer aufgeführt.)

Adelbero, Urkunden-Zeuge 1154 *47*
Adams, Carl Peter, * 1898, † 1978, Superintendent *15, 92, 158, 296, 443 f*
Adenauer, Konrad, * 1876, † 1967, Bundeskanzler 1949 – 1963 *422 f*
Adolf I. von Nassau, * um 1353, † 1390, Erzbischof von Mainz 1381 – 1390 *69*
Agnes, Gräfin von Veldenz, *1258 *48, 57, 67*
Albert, Friedrich, Notar um 1848 *244, 247*
Albert, Richard, um 1965 Lehrer am Paul-Schneider-Gymnasium *504 f*
Albrecht I., * 1255, † 1308, seit 1298 deutscher König *48 f*
Alexander:
Pfalz-Zweibrücken
A., Pfalzgraf, * 1462, † 1514, Herzog von Pfalz-Zweibrücken *63, 72 - 75, 86 f, 91, 109, 160*
Russland
A. I., * 1777, † 1825, seit 1801 russischer Zar *227, 235*
Altmeier, Peter, * 1899, † 1977, CDU-Politiker, Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz 1947 – 1969 *398, 452*
Altschüler, Abraham, Mitglied des Bürgerausschusses 1848 *246/86*
Altschüler, Ferdinand, * 1865, † 1940, *373 /202*
Amalie, Prinzessin von Oranien, * 1581 † 1657 *123*
Anastasius IV., Papst 1153 – 1154 *57*
Andres, Gerbereiinhaber *320*
Anna:
Hessen
A., Landgräfin von Hessen, * 1529, † 1591, Gemahlin Herzog Wolfgangs *100, 104, 116, 211, 317*
Veldenz
A., Gräfin von Veldenz, † 1439 *61 ff*
Anthes, Friedhelm, Stadtarchivar *7*
Anthes, Günter F., Heimatforscher *13, 490, 495*
Anthes, Hans Conrad, * 1903, Diplom-Ingenieur *267*
Anthes, Jakob, Mitglied des Polen-Vereins 1831 *236*
Anthes, Wilhelm, Deputationsmitglied 1848 *244*
Antoninus Pius * 68, † 161, römischer Kaiser 138 – 161 *25*
Artois, Charles Comte de, * 1757, † 1836, Bruder Ludwigs XVI, Führer einer französischen Emigranten-Armee, als Karl X. König von Frankreich 1824 – 1830) *195, 197*
Attlee, Clement, * 1883, † 1967, britischer Premierminister 1945 – 1951 *394*
Auguste Viktoria von Schleswig-Holstein, † 1921, Gemahlin Kaiser Wilhelms II. *311*
Augustus, urspr. Gaius Octavius, * 63 v. C., † 14 n. C., erster römischer Kaiser 27 v. – 14. n. C. *24, 29*

Bach, Johann Sebastian, * 1685, † 1750, Komponist *451*
Bachmann, Johann Heinrich, * 1719, † 1786, pfalz-zweibrückischer Staatsrechtler 159, *172, 180*
Bader, Johannes, * um 1487, † 1545, Theologe *91*
Bansa, Christian, * 1791, † 1862, Regierungsrat *246 f*
Barzel, Rainer, * 1924, CDU-Politiker, CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender im Bundestag 1964 – 1973 *456*
Bäßel, Jakob, Tuchmacher um 1832 *238*
Bäte, Ludwig, * 1892, † 1977, Schriftsteller *451*
Baumann, Kurt, * 1909, † 1983, Historiker *163*
Beck, Bürgermeister v. Meisenheim um 1874 *268*
Becker, Adam, Feldschütz um 1848 *246*
Becker, Friedrich, Möbelfabrikant *320 f, 438*

Becker, Georg, Möbelfabrikant *320 f, 346, 389, 433*
Becker, Peter, Möbelfabrikant *402 f, 346*
Behrens, Günther, Archäologe *39*
Belling, v., pfalz-zweibrückischer Regierungspräsident Ende 17. Jh. *140*
Bernhard, Herzog von Sachsen-Weimar, protestantischer Feldherr, * 1604, † 1639 *128 f*
Bernhard, Johann, Landschreiber in Meisenheim *102*
Berthold von Grumbach, Wildgraf *57*
Bertolf Spiess, Urkunden-Zeuge 1154 *47*
Bethmann Hollweg, Theobald v., * 1856, † 1921, Reichskanzler 1909 – 17 *281*
Beysiegel, Heinrich, * 1866, † 1932, Pfarrer in Meisenheim 1910 – 1932 *332, 363*
Bismarck, Otto v., * 1815, † 1898, preußischer Ministerpräsident, Reichskanzler *134*, *254 ff, 258 f, 271, 282 f, 294, 344*
Bittmann, Fritz-August, Unternehmer (BITO) *469, 501, 503*
Blücher, Gebhard Leberecht, Fürst von B.-Wahlstatt, * 1742, † 1819, preußischer Generalfeldmarschall *218, 228, 354*
Blum, Mitglied des Kreuznacher Arbeiter- und Soldatenrates *290*
Bodelschwingh, Friedrich v., * 1870, † 1946, Pfarrer in Bethel, 1933 ev. Reichsbischof *361*
Boden, Wilhelm, * 1890, † 1961, CDU-Politiker, 1945 Regierungspräsident in Koblenz, 1946/47 erster Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz *396, 398*
Böhler, Brüder, Meisenheimer Sympathisanten der französischen Revolution 1793 *201*
Böhmer, Nikolaus, Bäcker in Meisenheim um 1640 *130*
Bonaparte → Napoleon
Bonnet, W., Stadtoberschultheiß in Meisenheim um 1848 *235, 243 f, 246, 251,*
Bonnet, August, * 1838, † 1907, Gründer der Meisenheimer Brauerei *253, 276*
Bonnet, Ludwig, Mitinhaber der Brauerei *244, 263 f*
Boos von Waldeck, Karl, Mitarbeiter Herzog Alexanders *73*
Borkard, Kellermeister von Disibodenberg um 1154 *47*
Bormann, Martin, * 1900, † 1945, NSDAP-Politiker, Leiter der Partei-Kanzlei *365*
Boué, Edgar, Oberkirchenrat *447*
Bouflers, Louis François de, * 1644, † 1711, französischer General *142, 144*
Brandt, Willy, * 1913, † 1992, SPD-Politiker, Bundeskanzler 1969 – 1974 *456*
Braukmann,, Amtgerichtsrat, Vorsitzender des separatistischen Aktionsausschusses *306, 309*
Braun, Otto, SPD-Politiker, * 1872, † 1955 preußischer Ministerpräsident *313*
Brenchenborn, Hans, um 1575 Censor in Meisenheim *171*
Briand, Aristide, * 1862, † 1932, französischer Außenminister *309/100*
Brinken, Bernd, Kreisdeputierter *462, 484*
Brockdorff-Rantzau, Ulrich Graf v., * 1869, † 1928, 1919 deutscher Außenminister *295*
Brüning, Heinrich, *1885, † 1970, Zentrumspolitiker, Reichskanzler 1930 – 1932 *324 f, 327, 329, 337, 342, 346 f*
Bucer, Martin, * 1491, † 1551, Reformator *91*
Bückler, Johannes, gen. Schinderhannes, * 1783 (?), † 1803, Räuberhauptmann *224*
Buddel, Peder, ab 1453 Spitalmeister in Meisenheim *71*
Buss, Karl, Mitglied des Polen-Vereins 1831 *236*
Buß, Karl, Lehrer und Heimatforscher *14, 52, 280, 371*

Caelius, Walther, Amtsbürgermeister um 1959 *17*
Caesar, Gaius Julis C, * 100 v. C.,† 44 v. C., römischer Staatsmann und Feldherr *22 ff*
Cahn, Albert, * 1879, Metzger in Meisenheim *374*
Caracalla, eigentlich Marcus Aurelius Antoninus, * 188, † 217, römischer Kaiser 211 - 217 *28 f,*

Caspar, * 1458, † 1527, Pfalzgraf *72*
Castlereagh, Robert Stewart Viscount, * 1769, † 1822, britischer Außenminister *294*
Cato, Marcus Porcius C. Censorius (Cato der Ältere), * 234 v. C., † 149 v. C., römischer Staatsmann und Schriftsteller *488*
Chamberlain, Neville, * 1869, † 1940, britischer Premierminister 1937 – 1940 *378/230*
Charlotte:
Bourbon
Ch. von Bourbon-Montpensier , *1546 oder 47, † 1582 *123*
Pfalz-Zweibrücken
Ch. Friederike, Pfalzgräfin, * 1653, † 1712 *139 ff, 144 f, 154f, 501*
Chlodwig * um 466, † 511, fränkischer König (Merowinger) *35 f*
Christian:
Pfalz-Birkenfeld
Ch. II., Pfalzgraf, *1637, † 1717, Herzog von Pfalz-Birkenfeld *139, 156*
Ch. III, Pfalzgraf, * 1674, † 1735, Herzog von Pfalz-Zweibrücken seit 1731 *150, 158, 160 f*
Pfalz-Zweibrücken
Ch. IV., Pfalzgraf, * 1722, † 1775, Herzog von Pfalz-Zweibrücken seit 1740 *122, 161 – 165, 173, 179, 186, 188 f, 206, 222, 238*
Churchill, Winston S., * 1874, † 1965, britischer Premierminister 1940 – 1945 *394*
Clive, Robert Henry, * 1877, † 1948, britischer Generalkonsul in München *308*
Coerper, Fritz, * 1816, † 1888, Pfarrer an der Schlosskirche zu Meisenheim 1865 – 1888 *9, 15, 127*
Coerper, Mitglied des Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrates Meisenheim *291*
Colbert, Jean Baptiste, Marquis de Seignelay, * 1619, † 1683, französischer Staatsmann *185*
Coligny, Gaspard de, * 1519. † 1572, französischer Heerführer *115 f*
Colloredo-Waldsee, Graf Rudolf v., * 1585, † 1657, kaiserlicher Feldmarschall *129f*
Condé, Henri Prince de C., * 1552, † 1588, französischer Heerführer *115*
Condé, Louis Joseph de Bourbon, Prince de C., * 1736, † 1818, Bruder Ludwigs XVI., Führer einer französischen Emigranten-Armee *195, 197*
Cuno, Abt von Disibodenberg vor 1154 *46*
Conrad, Adolf, Inhaber Elektromotorenfabrik *320, 344, 434*
Custine, Adam Philippe Comte de, * 1740, † 1793, französischer General im Ersten Koalitionskrieg *197*

Dahl, Isaak (Isaak Israel), um 1808, Meisenheimer Jude *226*
Daladier Édouard, * 1884, † 1970, französischer Ministerpräsident 1938 – 1940 *378/230*
David, Adolf, * 1879, † 1938, Getreidehändler *433*
David, Louis, * 1836, † 1918, Getreidehändler *253, 369*
David, Otto, * 1907, † 1979, Getreidehändler *433*
Dawes, Charles, * 1865, † 1951, amerikanischer Finanzpolitiker *309*
Deutsch, G., Advokat, Mitglied des Polen-Vereins 1831 *236*
Diebitsch, Johann (Iwan) Graf, * 1785, † 1831, russischer Generalfeldmarschall *238*
Diether (Dietrich) II. von Isenburg, * um 1412, † 1482, Erzbischof von Mainz 1459 – 61/63 *68 ff*
Dietrich, Klaus, Journalist *493*
Diokletian, lat. Gaius Aurelius Valerius Diocletianus, * um 245, † 313, römischer Kaiser 284 – 305 *30 f*
Disibod, angelsächsischer Mönch, 6./7. Jh. *36*
Döhl, Erich, * 1914, Amts- bzw. Verbandsgemeindebürgermeister 1963 – 1979 *466*
Dölemeyer, Barbara, * 1946, Rechtshistorikerin *18*
Dolpen, Engel, um 1575 der Hexerei verdächtigt *171*
Domitian, lat. Titus Flavius Domitianus * 51, † 96, römischer Kaiser 81 – 96 *24 f*

Dorten, Hans Adam, * 1880, † 1963, Staatsanwalt, Separatistenführer *299 f, 305*
Dotzauer, Winfried, * 1936, Historiker *18*
Drescher, Karl-Heinz, * 1906, † 1985 Geschichtslehrer, Heimatforscher *13 f*
Dröscher, Wilhelm, * 1920, † 1977, SPD-Politiker, MdB 1957 – 1971 *455*
Drusus, Nero Claudius D., * 38 v. C., † 9 v. C. römischer Feldherr und Politiker *24*
Duesterberg, Theodor, * 1875, † 1950, Stahlhelmführer *328,, 336*

Eberhard, Karl, Tagelöhner um 1832 *239*
Ebert, Friedrich, * 1871, †1925, Reichspräsident 1919 – 1925 *295 f, 312*
Ehrentraut, Karl Ludwig, Amtmann in Meisenheim *155*
Eichner, preußischer Veranlagungs-Commissar um 1871 *267*
Einstein, Albert, * 1879, † 1955, Physiker *341*
Elisabeth:
England
E. von England (Stuart), * 1596, † 1662, Gemahlin des Kurfürsten Friedrich VI. von der Pfalz *123*
Hessen
E., Landgräfin von Hessen, * 1505, † 1563 *95, 98 f*
Elisabeth, Landgräfin v. Hessen-Homburg, Gemahlin Friedrichs VI. Joseph *231, 234*
Kurpfalz
E. Charlotte, Pfalzgräfin „Lieselotte von der Pfalz“ * 1652, † 1722 *141 f,*
Emicho I. Graf im Nahegau 1072 – 1113 *42*
Emicho II. Graf von Kirburg, Schmidtburg usw. 1103 – 1135 *42*
Emicho, Vogt von St, Maximin vor 1154 *46*
Engel, Katzen (Katharina), „Hexe“ aus Meisenheim um 1566 *171*
Engel, Prassen, „Hexenopfer“ aus Meisenheim um 1566 *171*
Engelbach, pfalz-zweibrückischer Amtmann in Meisenheim 1793 *201, 206, 212 f*
Erasmus von Rotterdam, * 1466, † 1536, Humanist *133*
Erhard, Ludwig, *1897, † 1977, CDU-Politiker, Bundeswirtschaftsminister 1949 – 1963, Bundeskanzler 1963 - 1966 *420, 452*
Ernst der Bekenner, * 1497, † 1546, seit 1521 Herzog von Braunschweig-Lüneburg *96*
Eva, Hoffrau in Meisenheim, um 1575 der Hexerei verdächtigt *171*

Faber, Nikolaus, †1576, Pfarrer der Reformationszeit *92 f, 95 f, 98, 102 f*
Fabricius, Wilhelm, * 1861, † 1920, Historiker *18*
Fach, Johann, Türmer in Meisenheim um 1734 *152*
Falkenhagen, Bürgermeister von Meisenheim *256, 268*
Feickert, Sekretär des Polen-Hilfsverein 1831 *236*
Feickert, Gerichtssekretär um 1901, nationalliberaler Politiker *262*
Feickert, Adolf, Drucker und Zeitungsverleger, Stadtratsmitglied *292*
Feickert, Jakob, Drucker *253*
Ferdinand:
Heiliges Römisches Reich
F. I, Erzherzog, * 1503, † 1564, Kaiser seit 1558 *94 f, 100 f*
F. II., Erzherzog * 1578, † 1637, Kaiser seit 1619 *124 ff*
Hessen-Homburg
F., * 1783, † 1866, seit 1848 Landgraf v. Hessen-Homburg, *250*
Feuchtwanger, Lion, *1884, † 1958, Schriftsteller *342*
Filbinger, Hans, * 1913, † 2007, CDU-Politiker *421/8*
Fleury, André Hercule de, * 1653, † 1743, französischer Kardinal und Staatsmann *149*
Franco von Staudernheim, Disibodenberger Vogt um 1154 *46*
Franz:
Heiliges Römisches Reich

F. I., * 1708, † 1765, Herzog von Lothringen, Großherzog von Toskana, deutscher Kaiser 1745 – 1765 *150/82*
F. II, * 1768, † 1835, letzter Kaiser der Heiligen Römischen Reiches 1792 – 1806, als Franz I. österreichischer Kaiser 1806 – 1835 *218*
Frankreich
F. I., * 1494, † 1547, französischer König seit 1515 *91, 93 ff*
Frech, Wilhelm, * 1860, † 1923, Hauptlehrer in Meisenheim *347, 351, 358, 362, 372, 381, 469*
Frick, Wilhelm, * 1877, † 1946, NSDAP-Politiker, Reichsinnenminister *336, 350*
Friedrich:
Heiliges Römisches Reich
F. I. Barbarossa, * 1122, † 1190, seit 1152 Römischer König, seit 1155 Kaiser *47, 220*
F. II., * 1194, † 1250, Römischer König seit 1196, Kaiser seit 1220 *50 f, 59, 220*
F. der Schöne, * 1289, † 1330, Herzog von Österreich und Steiermark, seit 1314 (Gegen-) König *49*
F. III, * 1414, † 1493, Römischer König seit 1440, Kaiser seit 1452 *68 ff*
Brandenburg
F. Wilhelm, * 1620, † 1688, „der Große Kurfürst", seit 1640 Kurfürst von Brandenburg *133, 258*
Hessen-Homburg
F. V. Ludwig, * 1748, † 1820, seit 1816 Landgraf v. Hessen-Homburg *228 f, 231*
F. VI. Joseph, * 1769, † 1829, seit 1820 Landgraf v. Hessen-Homburg *231, 234, 274, 354*
Kurpfalz
F. I., der Siegreiche, Pfalzgraf, * 1425, † 1475, seit 1452 Kurfürst von der Pfalz *67 ff*
F. II, der Weise, Pfalzgraf, * 1482, † 1556, seit 1544 Kurfürst von der Pfalz *100, 109*
F. IV, Pfalzgraf, * 1574. † 1610, Kurfürst von der Pfalz seit 1583 *121, 123 f*
F. V., Pfalzgraf, * 1596, † 1632, Kurfürst von der Pfalz 1610 – 23, König von Böhmen 1619 – 21 *123 ff*
Pfalz-Landsberg
F. Casimir, Pfalzgraf (Pfalz-Landsberg) . * 1585, † 1645 *144*
Pfalz-Simmern
F. von Pfalz-Simmern, † 1480. seit 1459 Pfalzgraf v. Simmern *62*
Pfalz-Zweibrücken
F., Pfalzgraf. * 1616, † 1661, Herzog von Pfalz-Zweibrücken seit 1644 *130, 135*
F. Ludwig, Pfalzgraf, * 1619, † 1684, Herzog von Pfalz-Zweibrücken seit 1661 *134 ff, 161, 164 f, 167*
Preußen
F. II., der Große, * 1712, † 1760, König von Preußen seit 1740 *159, 258, 340*
F. Wilhelm II, * 1744, † 1797, König von Preußen seit 1786 *195, 204*
F. Wilhelm IV., * 1795, † 1861, seit 1840 preußischer König *250*
Friedrich Karl v. Hohenzollern, Kommandeur der II. preußischen Armee im Krieg 1870/71 *255*
Sachsen
F. August I. (August der Starke), Kurfürst von Sachsen, * 1670, † 1733, als August II. polnischer König *147, 150*
F. August II, Kurfürst von Sachsen, * 1696, † 1763, als August III. polnischer König *150*
Veldenz
F. III., Graf von Veldenz, † 1444 *61 f, 64, 67*
Fuchs, Wahlkommissar 1793 *200 f*
Fürstenwärther, Baron Carl Emilius v., *152*

Gallas, Matthias Graf von, * 1584, † 1647, kaiserlicher General im Dreißigjährigen Krieg *128*
Gaulle, Charles de, * 1890, † 1970, Französischer Ministerpräsident 1945/46, Staatspräsident 1958 – 1969 *394, 402, 423*
Gebhard, Apotheker in Meisenheim um 1832 *239*
Gebold, Disibodenberger Vogt von Odernheim um 1154 *47*

Gedye, George Eric Rowe, * 1890, † 1970, britischer Journalist *295*
Georg:
Brandenburg-Ansbach
G. der Fromme, * 1484, † 1543, seit 1515 Markgraf von Brandenburg-Ansbach *96*
Großbritannien
G. III, * 1738, † 1820, seit 1760 König von England *231*
Pfalz-Birkenfeld
G.-Wilhelm, Pfalzgraf, * 1591, † 1669, Herzog von Pfalz-Birkenfeld *135*
Pfalz-Veldenz
G. Hans, Pfalzgraf, *1543, † 1592, Herzog zu Pfalz-Veldenz-Lützelstein *100*
Veldenz
G. I., 1298 – 1347 Graf von Veldenz *48 ff, 53, 55, 57*
Gérard, französischer General *299 ff*
Gerlach I., Graf von Veldenz 1112 – 1146 *42 f, 46*
Gerlach V., 1254 – 1259 Graf von Veldenz *48, 67*
Gillet, Heinrich, Klempnermeister, Stadtratsmitglied *310*
Gillmann, Carl, Deputationsmitglied 1848 *244*
Gir, Urkunden-Zeuge 1154 *47*
Giselbert, † 937, Herzog von Lothringen seit 915 *316*
Glaser, Kaspar, Reformator *99*
Globke, Hans * 1898, † 1973, Staatsekretär im Bundeskanzleramt 1953 – 1963 *421*
Godebold, rheingräflicher Burgmann um 1200 *46*
Godefrid, Kämmerer von Disibodenberg um 1154 *47*
Godefridus, Gottfried, veldenzischer Ministeriale um 1154 *11*, *46 f*
Goebbels, Josef, *1897, † 1945, NSDAP-Politiker, Propagandaminister *340, 355, 374, 382*
Goethe, Johann Wolfgang v., * 1749, † 1832, Dichter, sachsen-weimarischer Minister *197, 449 f*
Goetz, Johann Nikolaus, * 1721, † 1781, lutherischer Pfarrer in Meisenheim 1754 – 1761, Dichter *163*
Göring, Hermann, * 1893, † 1946, NSDAP-Politiker, Reichsluftfahrtminister *336, 361*
Gregor VII. * zwischen 1019 und 1030, † 1085, Papst 1073 – 1085 *41*
Gross, Karen * 1935, Vorsitzende des Historischen Vereins Meisenheim *491*
Großarth, 1. Kreisdeputierter des Kreises Meisenheim *308*
Grynszpan, Herszel, * 1921, verschollen 1942, Attentäter *374*
Guébriant, Jean Baptiste, Comte de, * 1602, † 1643, französischer General im 30-jährigen Krieg *129*
Günther, Ch., Stadtratsmitglied 1848 *244*
Günther, Theodor, Kaufmann, Mitglied des Polen-Vereins 1831 *236*
Gustaf, * 1761, † 1848, seit 1846 Landgraf v. Hessen-Homburg 1846 - 1848 *244, 250*
Gustav:
Pfalz-Zweibrücken
G. Samuel, Pfalzgraf, *1670. † 1731, Herzog von Pfalz-Zweibrücken seit 1718 *14, 131, 149, 155 f 160 f, 166, 180*
Schweden
G. II. Adolf, König von Schweden * 1594, † 1632 *124, 128 f, 138, 146*
Gutenson, Hans, † 1586, Münzmeister *114*

Haas, Eberhard, * 1872, Pfälzer Separatistenführer *299*
Hadrian, lat. Publius Aenius Hadrianus, * 76, † 138, römischer Kaiser 117 - 138 *25*
Hain, Anton, * 1892, † 1973, Verleger in Meisenheim seit 1946 *391 , 435*
Hammerstein-Equord, Kurt v., * 1878, † 1943, Generaloberst *375*
Hardenberg, Karl August Freiherr v., *1750, † 1822, preußischer Staatskanzler *229*
Harterard, Johanniter-Komtur um 1321 *55*, *57*
Hartmut, Mönch in Disibodenberg um 1154 *47*
Hassinger, Philipp, * 1863, † 1941, Offizier, Heimatforscher *317, 354, 359, 490*

Häuser, Baurat, Architekt der Meisenheimer Volksschule *280*
Haussmann französischer Konventskommissar *205*
Heil, Gerhard, Apotheker, Meisenheimer Kommunalpolitiker, Vorsitzender des Verkehrsvereins, Stadtbürgermeister seit 2014 *492, 496 ff, 501*
Heimerich, Hermann, * 1885, † 1963, SPD-Politiker, 1945 Oberregierungspräsident der Provinz Mittelrhein-Saar *395 f*
Heinrich:
Heiliges Römisches Reich
H. I, * um 876, † 936, deutscher König seit 919 *399*
H. IV. * 1050, † 1106, deutscher König seit 1056, Kaiser seit 1084 *41*
Heinrich V. * 1086, † 1125, deutscher König seit 1106, Kaiser seit 1111 *41*
H. VII, * um 1275, † 1313, seit 1308 deutscher König, seit 1312 Kaiser *48*
Böhmen
H. VI., * um 1270. † 1335, 1307 – 1310 König von Böhmen, seit 1310 Herzog von Kärnten *49, 53*
Frankreich
H. II, * 1519, † 1559, französischer König *103*
H. IV. *1553, † 1610, französischer König *115, 128*
Geroldseck
H. I., Graf von Geroldseck 1252 – 1289, † vor 1298 *48, 67*
Kurköln
H. von Virneburg, * 1246, † 1332, Erzbischof von Köln seit 1304 *49*
Veldenz
H. II, Graf von Veldenz 1340 – 1378 *48, 52, 59*
H. III, Graf von Veldenz 1371 – 1389 *55, 59*
Zweibrücken
H. II., Graf von Zweibrücken , * vor 1228 † 1284 *48*
Heintz, Philipp Casimir, Oberkonsistorialrat und Historiker *18*
Heinz, Georg, Bauhandwerker in Meisenheim um 1734 *152*
Heinz, Franz Josef („Heinz-Orbis"), * 1884, † 1924 Pfälzer Separatistenführer *308*
Heinzen, Katharina, um 1575 der Hexerei verdächtigt *171*
Held, Christian, * 1961, Rechtsanwalt *501, 503*
Held, Heinrich, * 1897, † 1957, Präses der ev. Kirche im Rheinland, Mitbegründer des Paul-Schneider-Gymnasiums *446 f*
Helfferich, Karl, * 1872, † 1924, Staatssekretär des Reichsschatzamtes 1915 – 16 *285/130, 302/63*
Hellermann, Gustaf, Deputierter 1848 *244*
Hellermann, Gustav Christian Daniel, * 1746, † 18.., Maire in Meisenheim *224, 226*
Hellermann, Philipp Heinrich, * 1728, † 1808, Architekt in Meisenheim *162*
Hellpach, Willy, *19877, † 1955, DDP-Politiker, Psychologie-Professor *313*
Helmger, Abt von Disibodenberg um 1154 *46*
Hepp, Johann Abraham, * 1679, † 1757, reformierter Pfarrer in Meisenheim 1736 – 1749 *150*
Heuß, Theodor, * 1884, † 1963, FDP-Politiker, Bundespräsident 1949 – 1959 *317*
Heyl, Messerschmied in Meisenheim um 1832 *239*
Hierl, Konstantin v., * 1875, † 1955, NSDAP-Politiker, Reichskommissar für den Arbeitsdienst *347*
Himmler, Heinrich, * 1900, † 1945, NSDAP-Politiker, „Reichsführer" der SS *354*
Hindenburg, Oskar v., * 1883, Oberst i. G. *335*
Hindenburg, Paul v. Beneckendorff und H., * 1847, † 1934, preußischer Generalfeldmarschall, Reichspräsident 1925 – 1934 *287 ff, 295,312 ff, 328, 334 ff, 340 f, 344, 361, 503*
Hinnenthal, Günther Walter, * 1903, † 1945, Pfarrer in Meisenheim 1934 – 1937 *363, 365*

Hirsch, Paul, * 1868, † 1940, SPD-Politiker, preußischer Ministerpräsident 1918 – 1920 *299*
Hitler, Adolf, * 1889, † 1945, NSDAP-Politiker, Reichskanzler 1933 – 1945 *261, 289, 306, 323, 328 ff, 332 – 338, 340 – 347, 351, 354, 361 f, 364, 366, 374 ff, 381 f, 386, 396, 405 f, 444, 503*
Hobsbawm, Eric, *1917, britischer Historiker *425*
Hoffacker, Amtsgerichtssekretär, Schriftführer des Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrates Meisenheim *291*
Hoffmann, Johannes, Feldschütz um 1848 *246*
Hohl, Christian, Gastwirt in Meisenheim um 1832 *238*
Homberger, Rudolf, Fotograf *469*
Honorius III., Papst 1216 – 1227 *51*
Hoppstätter, Wilhelm, * 1872, † 1934, Hauptlehrer in Meisenheim *303, 310, 320*
Hossenfelder, Joachim, * 1899, † 1976, ev. Pfarrer, Reichsleiter der „Deutschen Christen“ *360*
Hugenberg, Alfred, *65, † 1951, DNVP-Politiker *333, 336*
Hus, Jan, * um 1370, † 1415, tschechischer Reformator *93*
Hutten, Ulrich von, * 1488, † 1523, Humanist *91*
Huxelles, Nicolas du Blé, Marquis d’, französischer General *144*

Illges, Georg Philipp, Strumpfweber um 1832 *238*
Ingebrand, Disibodenberger Vogt von Oberhausen um 1154 *47*
Innozenz XII., Papst 1691 – 1700 *158*
Irenäus I. von Lyon, * um 140, † um 200, Bischof und Kirchenlehrer *34*

Jahn, Friedrich Ludwig, * 1778, † 1852, Pädagoge und Politiker, „Turnvater“ *228*
Jakob I, König von England, *1566, † 1625 *125*
Jarres, Karl, * 1874, † 1951, DVP-Politiker *312*
Johann:
Böhmen
J., *1296, † 1346, König von Böhmen seit 1310 *48 f*
Kurpfalz
J. Casimir, Pfalzgraf, * 1543, † 1592, Kuradministrator seit 1583 *121, 123 f, 138*
J. Wilhelm (Jan Wellem), Pfalzgraf, * 1658, † 1716, 1708- 1714 Kurfürst von der Pfalz *147*
Nassau-Saarbrücken
J.-Ludwig, *1472, † 1545, Graf von Nassau-Saarbrücken *73*
Pfalz-Birkenfeld
J. Karl, Pfalzgraf, * 1638, †1704, Herzog von Pfalz-Birkenfeld *139*
Pfalz-Kleeburg
J.-Casimir, Pfalzgraf von Kleeburg, * 1589, † 1652 *123, 138*
Pfalz-Zweibrücken
J. I. Pfalzgraf, * 1550, † 1604, Herzog von Pfalz-Zwei-brücken seit 1569 *115, 118 – 123, 155, 131, 178, 180*
J. II., Pfalzgraf, * 1584, † 1635, Herzog von Pfalz-Zwei-brücken seit 1604 *118, 122 – 126, 129 ff, 138, 222*
Sachsen
J. II., * um 1275, † 1325, Herzog von Sachsen-Lauenburg 1305 – 1321 *49*
J. der Beständige , * 1468, † 1532, seit 1525 Kurfürst von Sachsen *96*
J. Friedrich I, der Großmütige, * 1503, † 1554, seit 1532 Kurfürst von Sachsen *101, 103*
Sponheim
J. V., Graf von Sponheim, * nach 1356, † 1437 *61*
Johann, Johanniter-Komtur in Meisenheim um 1321 *55, 57*
Johann (Hans) von Trarbach, * 1530, † 1586, Bildhauer *211, 317*
Johanna:
Navarra
J. von Albret, Königin von Navarra,* 1528, † 1572 *115*
Pfalz-Zweibrücken
J. von Croy, † 1504, Herzogin von Pfalz-Zweibrücken *71*
Joseph:
Heiliges Römisches Reich
J. I., * 1678, † 1711, Kaiser seit 1705 *147*
J. II, * 1741, † 170, Kaiser seit 1765 *189*

Jung, Edgar Julius,* 1894, † 1934, jungkonservativer Publizist 308 /95, *351*

Kalckreuth, Friedrich Adolf, Graf v., * 1737, † 1818, preußischer General, Kommandeur im Ersten Koalitionskrieg *201*
Kalckreuth, Eberhard Graf v., * 1881, † 1941, DNVP-Politiker, Präsident des Reichslandbundes *335*
Karbach, Rolf, * 1908, † 1992, HJ-Führer *352*
Kardorff, Wilhelm v, * 1828, † 1907, freikonservativer Politiker *260*
Karl:
Heiliges Römisches Reich
K. I., der Große, * 747, † 814, König der Franken seit 768, römischer Kaiser seit 800 *40*
K. IV., *1316, † 1378, Kaiser seit 1355 *60*
K. V., * 1500, † 1558, König 1519 – 1556, Kaiser 1530 - 1556 *91, 93 ff, 97, 100 f, 115 ff, 163, 168*
Braunschweig
K. Wilhelm Ferdinand, * 1735, † 1806, seit 1780 Herzog v. Braunschweig, Oberbefehlshaber im Ersten Koalitionskrieg gegen Frankreich *196 f*
Frankreich
K. IX., * 1550, † 1574, seit 1560 französischer König *116*
K. X., * 1757, † 1836, französischer König 1824- 1830 *235*
Kurpfalz
K. I. Ludwig, Pfalzgraf, * 1617, † 1680, Kurfürst seit 1649 *141 f*
K. Theodor, Pfalzgraf , * 1724, † 1799, Kurfürst von der Pfalz seit 1742 *161*
Pfalz-Birkenfeld
K., Pfalzgraf, * 1560, † 1600, Herzog von Pfalz-Birkenfeld *115, 212*
Pfalz-Zweibrücken
K. II. August, Pfalzgraf, * 1749, † 1795, Herzog von Pfalz-Zweibrücken seit 1775 *160, 163 f, 174, 180, 189 f,*
Schweden
K. X. Gustav, * 1622, † 1660, schwedischer König *138*
K. XI., * 1655, † 1697, schwedischer König *138 ff, 145 f*
K. XII., * 1682, † 1718, schwedischer König *145 – 149, 160*
Spanien
K. II., * 1661, † 1700, seit 1665 spanischer König *146*
Karoline, *1704, † 1774, Gräfin von Nassau-Saarbrücken, Gemahlin Christians IV. *161*
Katharina
Frankreich
K., Prinzessin von Rohan, 1578, † 1607 *123*
Russland
K. II., * 1729, † 1796, russische Zarin *204*
Schweden
K. Wasa, Prinzessin von Schweden, * 1584, † 1638 *124, 138*
Kehl, Amtsrat VG Meisenheim *477*
Keller, Kirchenschaffner in Meisenheim um 1734 *152*
Keller, Helmut, NSDAP-Ortsgruppenleiter in Meisenheim 1929 – 1931 *326*
Keller, Walter, Stadtbürgermeister 1965 – 1979 *473*
Kellermann, François-Christophe, Duc de Valmy, * 1735, † 1820, Kommandeur der Moselarmee im Ersten Koalitionskrieg, Marschall von Frankreich *198*
Kempff, Wilhelm, Tierarzt um 1848 *243 ff, 247 f*
Kerrl, Hanns, * 1887, † 1941, NSDAP-Politiker, Minister für kirchliche Angelegenheiten *364*
Keym, Werner, * 1942, Beigeordneter 1979 – 1982, Stadtbürgermeister 2010 – 2014 *5, 7 f, 483, 493 ff, 498, 500, 502 ff*
Kiehl, Adolf, Hausbesitzer in Meisenheim *20*
Kiehl, Jakob, * 1898, Krankenkassen-Angestellter, NSDAP-Ortsgruppeneiter in Meisenheim *366*
Kiehl, Wilhelm, SA-Führer in Meisenheim *338*
Kircher, Max, * 1892, † 1985, Bürgermeister von Meisenheim 1947 – 1965 *354, 418, 424 f, 427, 431, 433, 464, 502 f*

Klemens VII., Papst 1523 – 1534 *94*
Klotz, Ella „Hexe“ aus Meisenheim, um 1566 *171*
Koenig, Pierre, * 1898, † 1970, französischer General, 1945 – 1949 Militärgouverneur der französischen Besatzungszone *397*
Kohl, Helmut * 1930, CDU-Politiker, Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz 1969 – 1976, Bundeskanzler 1982 – 1998 *452*
Kohlen, Bürgermeister von Meisenheim *293*
Konrad II, *um 990, † 1039, seit 1025 deutscher König, Kaiser seit 1027 *42*
Konstantin, lat. Flavius Valerius Constantinus, * 272 oder 273, † 337, römischer Kaiser 306 – 337 *30 f, 35*
Konstantin, Großfürst, Oberkommandierender der polnischen Armee 1830 *235*
Kreppner, Gauredner der NSDAP *386*
Kriech, Peder, ab 1453 Spitalmeister in Meisenheim *71*
Kron, Dietmar, Verbandsgemeinde-Bürgermeister seit 2013 *501*
Krüger, Emil, Tierarzt, Stadtratsmitglied (DVP) 1920 – 1933 *310*
Krüger, Helmut, * 1925, Heimkehrer aus Kriegsgefangenschaft 1955 *423*
Krumm, Kulturdezernent des Kreises Bad Kreuznach *478*
Krummacher, Gottfried Adolf, * 1892, † 1954, NSDAP-Politiker, DC-Führer *361*
Kuus, Leiter der Brauerei Bonnet 1955 *423*

Laffon, Émile, * 1907, † 1957, Administrateur général der französischen Besatzungszone *402*
La Goupillière, Anton Bergeron de, französischer Intendant der Saar-Provinz *137, 144*
Lang, Eduard, NSDAP-Mitglied *365*
Lawer (Lauer), Margaret, „Hexenopfer“ aus Meisenheim um 1566 *171*
Laubenheimer, Carl, Ortskommissar im separatistischen Aktionsausschuss, Sägewerksbesitzer *306, 320*
Laubenheimer, Gebrüder, Sägewerksbetreiber *274*
Laubenheimer, Ernst, * 1874, † , Techniker, Erfinder *269*
La Valette – Louis de Nogaret, Herzog von Épernon, Cardinal de L.V., * 1593, † 1639, französischer Prälat und Generalleutnant *128*
Lehmann, Johann Georg, * 1797, † 1876, Pfarrer und Historiker *18, 140*
Lehmann, Rudolf, Amtsbürgermeister 1949 – 1954 *427*
Lenek, General v., Kommandant in Meisenheim 1734 *151*
Lenz, Engelbert, Kommunalpolitiker *498 f*
Leo X., Papst 1513 – 1521 *93*
Leopold I., * 1293, † 1326, Herzog von Österreich und Steiermark seit 1308 *58*
Leopold II, * 1747, † 1792, Kaiser seit 1790 *195*
Lettermann, Sägewerksbesitzer *320*
Levy, Julius, * 1900, Weinhändler in Meisenheim *374*
Liebermann, Max, * 1847, † 1953, Maler *341*
Litzenberger, SA–Standartenführer *351*
Loeb, Albert, * 1860, Textilkaufmann in Meisenheim *375*
Loeb, Julius, * 1872, †, Teilhaber einer Möbelfabrik, stellvertretender Vorsitzender des Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrates von Meisenheim *291, 306,*
Louis Philippe, , * 1773, † 1850, „Bürgerkönig“ von Frankreich 1830 – 1848 *242*
Louis, Pfarrer der Diakonie *468*
Louise von Savoyen, * 1476, † 1531 *95*
Louvois, François Michel Le Tellier, Marquis de, * 1641, † 1691, französischer Kriegsminister *137, 141*
Ludendorff, Erich, * 1865, † 1937, preußischer General *306*
Ludwig
Heiliges Römisches Reich
L. IV., der Bayer, * um 1281/82, † 1347, deutscher König seit 1314, Kaiser seit 1328 *10, 48 f,, 53, 64, 82, 379*
Bayern

L. II, * 1845, † 1886, König von Bayern *163*
Frankreich
L. XIV., * 1638, † 1715, französischer König 1643 – 1715 *6, 134 – 146, 153, 155, 159, 185*
L. XV, * 1710, † 1774, französischer König 1715 – 1774 *95, 149 f, 162, 219*
L. XVI, * 1754, † 1793, französischer König 1774 – 1792 *164, 195 f*
L. XVIII, * 1755, † 1824, französischer König seit 1814 *227/3, 235*
Hessen-Homburg
L., * 1770, † 1839, seit 1829 Landgraf v. Hessen-Homburg *234*
Kurpfalz
L. VI., * 1539, † 1583, Kurfürst von der Pfalz *118, 121*
Pfalz-Zweibrücken
L. I., der Schwarze, Pfalzgraf, * 1421, † 1489, Herzog von Pfalz-Zweibrücken seit 1459 *62 f, 67 - 72, 81, 104*
L. II, Pfalzgraf, * 1502, † 1532, Herzog von Pfalz-Zweibrücken seit 1514 *91, 95 ff, 109*
Luise (Luisa Juliana), Pfalzgräfin, * 1594, † 1640 *123, 129*
Lurz, Meinhold, Kunsthistoriker *5, 11, 18, 271, 477, 479*
Luther, Martin, * 1483, † 1546 Reformator *91 ff, 95 ff, 114, 121, 258, 296, 312*
Lützow, Adolf Freiherr v., *1782, † 1834, preußischer Generalmajor *228*

Magdalena, Herzogin von Jülich-Cleve-Berg, * 1553, † 1633 *123*
Mahnken, Heinrich, Stahlhelmführer *347*
Mangin, Charles, *1866, † 1925, französischer General *299, 301*
Mannlich, Konrad, * 1700. † 1758, Hofmaler in Zweibrücken *162*
Marbach, Johannes, * 1521, † 1581, lutherischer Theologe, Professor in Straßburg *107 f*
Margarete, Gräfin von Nassau-Saarbrücken, † 1427 *61*
Margarete von Österreich, *1480, † 1530, Statthalterin der Niederlande *95*
Margaretha, Gräfin von Hohenlohe, * 1480, † 1522 *91*
Maria Leszczińska, * 1703, † 1768, französische Königin *149*
Martin, Adolf, * 1884, † 1952, Hauptlehrer in Meisenheim *310, 352*
Martin, Friedrich, * 1839, † 1919, Hauptlehrer in Meisenheim 1862 – 1908 *369*
Martin, Silvia, Prof. Dr., Unternehmerin, Mäzenatin *501*
Martin, Werner, Möbelhändler, Mäzen *435, 498*
Marx, Wilhelm, * 1863, † 1946, Zentrumspolitiker, 1923/24 und 1926 – 28 Reichskanzler *313*
Matthes, Josef Friedrich, * 1886, † 1943, Separatistenführer *305*
Maurer, Schmiedemeister in Meisenheim um 1907 *25 f*
Maurer, Heinrich, † 1963, Inhaber Reifenerneuerungswerk *320, 434, 461*
Maximilian
Heiliges Römisches Reich
M. I., * 1459, † 1519, römischer König seit 1486, Kaiser seit 1508 *93*
Bayern
M., Herzog von Bayern,, Kurfürst, * 1573, † 1651 *125*
M. III. Joseph, Herzog von Bayern, * 1727, † 1777, Kurfürst von Bayern seit 1745 *161*
Mazarin, Jules, Herzog von Nevers, Kardinal, französischer Staatsmann * 1602, † 1661 *134*
Medhard, Henne † vor 1575 *171*
Medhard, Katharina, um 1575 der Hexerei verdächtigt *171*
Meisenheimer, Johannes, Kanzleivorsteher Herzog Alexanders *73, 91*
‚Meiso', fränkischer Grundherr *37 ff*
Meissner, Otto, 1880, † 1953, Staatsekretär im Reichspräsidialamt *335*
Mélac, Ezechiel de, † 1709, französischer General *142*
Mendès-France, Pierre, * 1907, † 1982, französischer Ministerpräsident 1954/55 *422*
Merian, Matthäus, (der Ältere), *1593, † 1650, Kupferstecher und Verleger *50, 88, 170*

Merlin, Antoine Christophe, * 1762, † 1833, französischer Konventskommissar *205*
Messerschmidt, Georg, Johanniter-Komtur in der Reformationszeit *71, 95, 97*
Messerschmidt, Johannes, 1438 – 1453 Johanniter-Komtur in Meisenheim *97*
Metternich, Klemens Wenzel Fürst von, * 1773, † 1859, österreichischer Staatskanzler *228, 242, 294*
Moller, Georg, * 1784, † 1852, Architekt *233 f*
Moltke, Helmuth Graf v., * 1800, † 1891, Generalstabschef der preußischen Armee 1857 – 1888 *271*
Moltke, Helmuth v., * 1848, † 1916, Generalstabschef seit 1906 *281*
Moritz von Sachsen, * 1521, † 1553, Kurfürst von Sachsen seit 1547 *102*
Moses, um 1551 Jude in Meisenheim *219*
Moulin, Peter du, französischer Husar um 1734 *152*
Müller, Georg Alexander v., * 1854, † 1940, Admiral, Chef des Marinekabinetts *280*
Müller, Herrmann, * 1876, † 1931,SPD-Politiker, Reichskanzler 1920 und 1928 – 1930 *323 f*
Müller, Ludwig, * 1883, †1945, ev. Reichsbischof 1933 – 1945 *362*
Mussolini, Benito, *1883, † 1945, faschistischer Politiker, italienischer Ministerpräsident *378/230*

Napoleon I. (Napoleone Buonaparte) * 1769, † 1821, 1804 – 1815 Kaiser der Franzosen *194, 204, 209, 214 – 218, 223, 225 – 229, 262, 281*
Napoleon III., * 1808, † 1873, 1852 – 1870 Kaiser de Franzosen *255 f, 267*
Nasse, Erwin v., Landrat des Kreises Kreuznach am Ende des Ersten Weltkrieges *290*
Nathan, Friedrich, jüdischer Lehrer in Meisenheim 1914/15 und 1918 – 1920 *371*
Nazareth, Alexander, Schreiner um 1848 *246*
Neussel, Hermann, Arzt und Kommunalpolitiker in Meisenheim, * 1877 *290 f*
Neussel, Wilhelm, *1767, † 1842, reformierter Pfarrer in Meisenheim 1796 – 1838 *201, 213, 233*
Nikolaus V., Papst 1447 – 1455 *69*
Nikolaus I., *1796, † 1855, russischer Zar seit 1825 *235*

Oberkirch, Seifried von, Hofmeister Herzog Wolfgangs *100*
Oekolampad, Johannes, * 1482, † 1531, Reformator *91*
Oñate, Iñigo Velez de Guevara y Tasis, * 1566, † 1644, spanischer Diplomat im Dreißigjährigen Krieg *125*
Ott, Wahlkommissar 1793 *200 f*
Ottheinrich (Otto Heinrich), Pfalzgraf, * 1502, † 1559, Kurfürst seit 1556 *109*
Otto II., * 955, † 983, deutscher König seit 961, Kaiser seit 967 *41*
Oxenstierna, Bengt Gabrielsson Graf, * 1623, † 1702, schwedischer Gesandter in Versailles *140*
Oxenstierna, Gabriel Turesson, schwedischer Gouverneur in Zweibrüchen 1697 – 1707 *155 f*

Pape Wahlkommissar 1793 *200 f*
Papen, Franz v., * 1879, † 1969, Reichskanzler 1932 *324, 329, 332, 334 – 337, 351*
Peccoud, Dominique, französischer Austauschschüler 1965 *504*
Persinger, Daniel, Mitglied des Polen-Vereins 1831 *236, 244*
Peter der Große, *1672, † 1725, russischer Zar *148*
Pettig, Bäcker in Meisenheim um 1566 *171*
Pfaff, Georg Michael, * 1823, † 1893, Nähmaschinenfabrikant *269*
Pfaff, Jeremias, Leiendecker in Meisenheim um 1734 *152*
Pfaff, Peter, Leiendecker in Meisenheim um 1734 *152*
Pferdmenges, Hans, Textilindustrieller *431, 433*
Philipp
Hessen(-Homburg)

Philipp der Großmütige, * 1504, † 1567, seit 1518 Landgraf von Hessen *95 f, 100 ff, 119*
Philipp, * 1779, † 1846, seit 1838 Landgraf v. Hessen-Homburg 1939 – 1846 *235*
Kurpfalz
Philipp der Aufrichtige, * 1448, † 1508, seit 1476 Kurfürst von der Pfalz *67, 74*
Kurtrier
Philipp Christoph von Sötern, * 1567, † 1652, Erzbischof von Trier seit 1616 *128*
Orleans
Philipp I., Herzog von Orléans, * 1640, † 1701 *141*
Philipp II, Herzog von Orléans, * 1674, † 1723, Regent von Frankreich *149*
Pfalz-Neuburg
Philipp Ludwig, Pfalzgraf, * 1547, † 1614, seit 1569 Herzog von Pfalz-Neuburg *115, 118*
Spanien
Philipp von Anjou, Philipp V., * 1683, † 1746, seit 1700 spanischer König *147*
Pius II., Papst 1458 – 1464 *69*
Pius XI., Papst 1922 – 1933 *377*
Pöhlmann, Carl, Historiker *18*
Poincaré, Raymond, * 1860, †1934, französischer Staatspräsident 1913 – 1920 *304*
Pompadour, Jeanne Antoinette Poisson, Marquise de, * 1721, † 1764, Mätresse Ludwigs XV.*163*
Popp, Kaspar, Maurermeister um 1734 *153*
Posth, Walter, * 1914, † 1988, Pfarrer in Meisenheim 1969 – 1980, Vorsitzender des Verkehrs- und Verschönerungsvereins *489*
Pretorius, Werner (TV Meisenheim) 496
Preuel, Nikolaus, Meisenheimer Bürger im Dreißigjährigen Krieg *127*
Puricelli, Carl Anton, * 1739, † 1822, Kaufmann in Meisenheim *184*

Quesnay, François, * 1694, † 1774, französischer Arzt und Volkswirtschaftler *186*

Rädler, Arno, Rektor der Grundschule *442*
Rath, Ernst vom, * 1909, † 1938, Legationssekretär an der deutschen Botschaft in Paris *285*
Rathenau, Walter, * 1867, † 1922, Industrieller, deutscher Außenminister *311*
Reinartz, Hubert, Präses der Meisenheimer Franziskaner um 1684 *154*
Reindell, Richard, Superintendent des Kreises Meisenheim *297/37, 371*
Reinhardt, Georg Martin, * 1794, † 1872, Landrat 1866 – 1872 *238, 246, 252, 255, 276, 330*
Remigius, * um 436, † 533, Bischof von Reims seit 458 (?) *35*
Remling, Franz Xaver, * 1803, † 1873, Domkapitular in Speyer, Historiker *202*
Reubell, Jean-François, * 1747, † 1807, französischer Politiker, Konventskommissar *205*
Richelieu, Armand-Jean du Plessis, Kardinal, französischer Staatsmann, * 1585, † 1642 *127*
Riehl, Wilhelm Heinrich v., * 1825, † 1897, Kulturhistoriker *269*
Rings, Karl-Heinz, Stadtbürgermeister 1979 -1982 *483,, 502*
Rischmann, Gustav Adolf, * 1798, † 1857, Kaufmann *236, 238 f, 244, 247 f*
Rischmann, Heinrich August *206*
Rischmann, Johann Ludwig, * 1719, † 1799, Kaufmann, Amtsschultheiß, Friedensrichter in Meisenheim *206, 212*
Robespierre, Maximilien, * 1758, † 1794, französischer Revolutionär *202*
Robinson, Friedrich, Mitinhaber der Brauerei Bonnet *264, 277*
Roemmich, Friedrich, * 1807, † 1852, Tierarzt *245, 247*
Roemmich, Philipp Jacob, * 1766, † 1813, reformierter Pfarrer, secétaire en chef der Kantonsverwaltung Meisenheim *206, 214*
Röhm, Ernst, *1887, † 1934, Stabschef der SA *351*
Romulus Augustulus, † nach 507, weströmischer Kaiser 475 – 476 *31*

Roosevelt, Franklin D., * 1882, † 1945, 32. Präsident der USA 1933 – 1945 *394*
Rosenberg, Alfred, * 1893, † 1946, NSDAP-Politiker *364*
Rosenberg, Auguste, * 1863, † 1942 *374*
Rosenberg, Moritz, * 1866, † 1943, Tabakwarenhändler in Meisenheim, Stadtratsmitglied 1924 – 1933 *372, 374*
Rosenboom, Johannes, * 1911, Leiter des Paul-Schneider-Gymnasiums 1950 – 1973 *447 f*
Rousselot, Helene, Mitglied des Polen-Vereins 1831 *236*
Rudler, François Josephe, * 1757, † 1837, Regierungskommissar des fanrzösischen Direktoriums *207 f f, 212 f, 229*
Rudolf
Kurpfalz
R. I., * 1274, † 1319, Pfalzgraf bei Rhein, 1294 – 1317 *49*
Sachsen
R. I. † 1356, Herzog von Sachsen seit 1298 *49*
Rudolf von Masmünster, Johanniter-Prior um 1321 *55, 57*
Ruprecht von der Pfalz, * 1352, † 1410, Kurfürst seit 1398, König seit 1410 *61, 63 f*
Ruprecht, Pfalzgraf, * um 1504, † 1544, seit 1543 Herzog zu Pfalz-Veldenz-Lützelstein *98, 100, 166*
Rust, Bernhard, * 1883, † 1945, preußischer Kultusminister *361*

Salbach, Johann Christoph, * 1640, † 1708, reformierter Pfarrer in Meisenheim 1683 – 1690 *155*
Schaffner, Arzt, Mitglied des Polen-Vereins 1831 *236*
Schaffner, Heinrich, Bürgermeister von Meisenheim, * 1864, † 1937 *15, 17, 26, 258, 282, 288, 294, 304, 310 f, 419, 503*
Schaub, Hans, Meisenheimer Bürger im Dreißigjährigen Krieg *127*
Schellenberger, P., Mitglied des Polen-Vereins 1831 *236*
Schiebe, Paul, * 1885, Amtsbürgermeister von Meisenheim nach dem 2. Weltkrieg *391*
Schilling, Gustav Adolf, Apotheker, Mitglied des Polen-Vereins 1831, Delegationsmitglied 1848 *236, 238, 244, 247*
Schimper, Karl Balthasar, *1722, † 1764, pfalz-zweibrückischer Kammerdirektor *159/122, 186, 319*
Schinderhannes → Bückler, Johannes
Schirach, Baldur v., * 1907, † 1974, NSDAP-Politiker, „Reichsjugendführer“ *364*
Schlageter, Albert Leo, * 1894, † 1923, Freikorpskämpfer *353*
Schlarb, Andreas, Maurer um 1832 *239*
Schlarb, Kläre, geb. Neussel, * 1927, Historikerin, Kulturgeografin *8 f*
Schleicher, Kurt v, *1882, † 1934, General, Reichskanzler 1932/33 *324, 334 ff, 351*
Schmidt, Friedrich Karl, Ökonom um 1832 *238*
Schmitt, Ernst, * 1896, † 1972, NSDAP-Kreisleiter Kreis Kreuznach *349, 350, 363, 379, 410*
Schneider, Alfons, Verbandsgemeinde-Bürgermeister 1995 – 2013 *496 f, 500*
Schneider, Paul, * 1897, † 1939, Pfarrer, „Prediger von Buchenwald“ *364, 444 ff*
Schorr, Jacob, * 1484, † 1566, Zweibrücker Kanzler *95*
Schötz, Herbert, * 1911, † 1972, Rektor der Meisenheimer Hauptschule 1949 – 1972 *417 428, 440, 449*
Schröder, Kurt Freiherr v., * 1889, † 1966, Bankier *334 f*
Schuman, Robert, * 1886, † 1963, französischer Außenminister 1948 – 1953 *422*
Schumann, Wolfgang, * 1930, Verbandsgemeinde- und Stadtbürgermeister 1979 ff *480, 485, 493, 496 f, 502 f*
Schwebel, Ernst, * 1886, Landrat des Kreises Meisenheim 1919 – 1924 *304, 311*
Schwebel, Johannes, * 1490, † 1540, Reformator *91, 93, 95 f, 98, 106, 122*

Schweinitz, Hellmut v., * 1901, † 1960, Pfarrer in Meisenheim 1947 – 1960 *449 ff*
Schwinn, Fritz, Mitglied des Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrates Meisenheim *291*
Schworm, Karl, * 1889, † 1956, Heimatschriftsteller, NSDAP-Politiker *326, 350, 410*
Sebastian von Heusenstamm, Erzbischof von Mainz 1545 – 1555 *102*
Seldte, Franz, * 1882, † 1947, „Stahlhelm"-Führer *336*
Sell, Wilhelm Johann, * 1890, letzter Landrat des Kreises Meisenheim 1924 – 1932 *332*
Sickingen, Franz von, * 1481, † 1523, Reichsritter *91*
Sickingen, Schweikard von, Mitarbeiter Herzog Alexanders *73*
Siebenpfeiffer, Philipp Jakob, * 1789, † 1845, Jurist, Publizist *237*
Sigebold, Propst von Disibodenberg um 1154 *47*
Siger, Abt von St. Maximin zu Trier vor 1154 *47*
Sigismund, (Siegmund), * 1368, † 1437, seit 1410 römischer König, seit 1433 Kaiser *64, 91*
Spee von Langenfeld, Friedrich, * 1591, † 1635, kath. Theologe, Jesuitenpater *171*
Spener, Gottlieb Wilhelm, *1731, † 1797, Landvermesser (Renovator und Peräquator) *50, 182*
Spengler, Anna, „Hexe" aus Meisenheim, † vor 1575 *171*
Spenner, Eduard, * 1874, † 1934, Rektor der Lateinschule *310, 321*
Spindler, Bürgermeister von Meisenheim 1928 – 1936 *310*
Spinola, Ambrosio, * 1559, † 1630, spanischer General im Dreißigjährigen Krieg *125 f*
Sprenger,, Johann Gabriel, *1674, † 1746, reformierter Pfarrer in Meisenheim 1707 – 1727 *157*
Springer, Max, Historiker *202*
Staab, Rolf, ehrenamtlicher Richter *501*
Stahl, Michael Joseph, * 1725, † ?, Oberbergbaudirektor in Zweibrücken bis 1775, Alchimist *162*
Stalin, Jossif W., *1879, † 1953, sowjetischer Partei- und Staatschef *394*
Stanislaw (Stanislaus) I. Leszczynski, *1677, † 1766, 1704 – 06 und 1733-36 König von Polen *65 f, 75, 148 - 152, 354*
Stengel, Freiherr v., Präsident des bayerischen Rheinkreises um 1835 *239*
Stephan, Pfalzgraf, Herzog von Pfalz-Zweibrücken *1385, † 1459 *61 – 68, 72 f, 78, 91, 109, 165*
Stern, Dr., Chemiker *275*
Stralenheim, Henning v., * 1665, † 1731,Graf zu Forbach, seit 1710 schwedischer Gouverneur in Pfalz-Zweibrücken *148, 156*
Strauss, Ida, * 1862, † 1940 *373/202*
Strauss, Johanna, * 1873, † 1940 *373/202*
Streicher, Julius, * 1885, † 1946, NSDAP-Politiker, antisemitischer Publizist *343, 374*
Stresemann, Gustav, * 1878, † 1929, DVP-Politiker, Reichsaußenminister 1923 – 1929 *309/100, 342*
Stuckrad, Bürgermeister v. Meisenheim vor dem Ersten Weltkrieg *282*
Stumm, Karl Freiherr v. St.-Halberg, *1836, † 1901, Industrieller, MdR *259 f*
Sturtz, Johann, Bürgermeister von Meisenheim um 1607 *174*
Sturtz, Johann Reinhard, * um 1660, † 1718, pfalz-zweibrückischer Regierungsrat *140*
Sundahl, Gabriel, Autor der „Oratio de Meisenheimio" 1727 *14 f, 72*
Sundheimer, Heinrich, Mitglied des Polen-Vereins 1831 *236*
Suworow, Alexander Wassilijewitsch, * 1729, † 1800, russischer Feldmarschall *204*
Syagrius, letzter römischer Machthaber in Gallien 464 - 486 *31, 35*

Talleyrand, Charles Maurice de, * 1754, † 1838, französischer Staatsmann *218*
Taubenheim, v., kaiserlicher Husaren-Rittmeister 1793 *201*

Thälmann, Ernst, * 1886, † 1944, KPD-Politiker *313, 328*
Thayn, Hans, Berghauptmann und Amtmann *110 ff, 114 171*
Théremin, Charles Guillaume, * 1762, Unterpräfekt in Birkenfeld *224*
Tiberius Iuluis Cesar Augustus* 42 v. C., † 37 n. C. römischer Kaiser 14 – 37 *24*
Tirard, Paul, * 1879, † 1945, Präsident der Rheinlandkommission *300, 305*
Tirpitz, Alfred v., * 1849, † 1930, Großadmiral *280 f*
Trajan, lat. Marcus Ulpius Traianus, * 53, † 117, römischer Kaiser 98 – 117 *25*
Truman, Harry S., * 1884, † 1972, 33. Präsident der USA 1945 – 1953 *394*

Ulrich, um 1445/50 Johanniterbruder in Meisenheim *71*
Unrich, Benjamin, * 1812, † 1890, Lehrer an der jüdischen Elementarschule Meisenheim 1837 – 1887 *369*
Urban II, * um 1035, † 1099, Papst 1088 – 1099 *220*

Venedey, Jakob, * 1805, † 1871, Journalist, Mitglied der Paulskirchenversammlung *247 ff, 354*
Venningen, Stephan von, Mitarbeiter Herzog Alexanders *73*
Vercingetorix, * um 82 v. C., † 46 v. C. keltischer Fürst *22*
Vey, Jakob, um 1654 Meisenheimer Bürger *179*
Vischer, Peter, um 1551 Meisenheimer Bürger *219*
Vollmar, Philipp, Deputationsmitglied 1848 *344*
Voos, Julius, jüdischer Religionslehrer in Meisenheim 1924 – 1928 *369*

Waelder, Volkhard, * 1950, † 2010, Stadtbürgermeister 1999 - 2010 *7, 497 f, 500*
Wagner, Siegfried, * 1881, † 1944, Major a. D., „Stahlhelm-Bundeskanzler *347*
Wahl-Maurer, Elli, Inhaberin der Firma Reifen-Maurer *462*
Waldemar, * 1291 (?), † 1319, Markgraf von Brandenburg seit 1305 *49*
Wambold, Wolf, Amtmann in Meisenheim *102*
Weber, Wilhelm, * 1878, † 1953, Pfarrer in Meisenheim 1915 – 1947 *311, 359*
Weißler, Friedrich, * 1891, † 1937, Mitglied der Leitung der Bekennenden Kirche *365*
Wels, Otto, * 1873, † 1939, SPD-Politiker, Vorsitzender der Reihtagsfraktion *340*
Wermuth, Otto, * 1880, † 1919, Regierungsassessor, (stellvertretender) Landrat des Kreises Meisenheim 1917 – 1919 *287*
Werner Ende 9. Jh. Graf im Worms-, Nahe- und Speyergau *41*
Wernigk, Ferdinand, * 1789, † 1867 Regierungsrat in Meisenheim 1830 – 1832 *238*
Wessel, Horst, * 1907, † 1930, SA-Führer *353*
Wickert, Peter, Nagelschmied um 1848 *246*
Wilhelm
Deutsches Reich
W. I., * 1797, † 1888, seit 1861 preußischer König und seit 1871 deutscher Kaiser *250, 254 f, 256, 258*
W. II, * 1859, † 1941, preußischer König und deutscher Kaiser 1888 – 1918 *282 f, 311*
Hessen
W. IV., der Wesie, Landgraf von Hessen, * 1532, † 1592 *118*
Niederlande
Wilhelm I. von Oranien, * 1533, † 1584, seit 1559 Statthalter der Niederlande *123*
Pfalz-Zweibrücken
W. Ludwig, Pfalzgraf, * 1648, † 1675 *139*
Willigis † 1011, seit 971 Kanzler Ottos II., seit 975 Erzbischof von Mainz *41, 46*
Willms, Amtsbürgermeister im Zweiten Weltkrieg *17, 358, 379 f*
Wilson, Woodrow, * 1856, † 1924, 28. Präsident der USA 1913 – 1921 *287*
Wirth, Johann Georg August, * 1798, † 1848, Publizist *237 f*
Wolfgang , * 1492, † 1566, Fürst zu Anhalt *96*

Wolfgang, Pfalzgraf, * 1526, † 1569, seit 1543 Herzog von Pfalz-Zweibrücken *98 – 106, 109 – 112, 114 ff, 118, 123, 131, 160, 166, 172, 211, 221 f, 317*
Wolfram, Rheingraf um 1200 *49, 46 f*
Wolfram von Löwenstein *64*
Wolfrum, Rudolf, * 1896, † 1967, Pfarrer in Odenbach, NSDAP-Politiker *338 f, 342, 345, 350, 353, 359, 386*
Wuermeling, Franz-Josef, * 1900, † 1986, CDU-Politiker, Bundesfamilienminister *435*
Wysocki, Piotr, * 1797, † 1875, polnischer Leutnant im Aufstand 1830 *235*

Young, Owen D., * 1874, † 1962, amerikanischer Wirtschaftssachverständiger *309*

Zedler, Johann Heinrich, , * 1706, † 1763, Verleger und Enzyklopädist *59/72*
Zedlitz, Octavio v. Z.-Neukirch, * 1840, † 1919, freikonservativer Politiker *260*
Zeiller, Martin, * 1589, † 1661, Topograph und Reiseschriftsteller *126*
Zellmayer, Matthias, Bergbauunternehmer um 1555 *110*
Zimmermann, Walter, Kunsthistoriker *18*
Zwingli, Ulrich, * 1484, † 1531, Reformator *96*

DEUTSCHLAND	ALLGEMEINE GESCHICHTE	STADTGESCHICHTE	SEITE
	Um **800 v. C**. Urnenfelder-Kultur		20
		Tongefäße-Funde	20
	Um **100 v. C.** La-Tène-Kultur		21
		Münzfunde	22 f
1. Jh. Germania Superior			24 ff
		Röm. Grabfunde, Töpferwerkstatt	25 f
	212 Constitutio Antoniana: „Meisenheimer" werden römische Bürger		28
	260 Germanische Stämme durchbrechen den Limes		29
3.Jh. Diöcesis Galliarum			30
	476 Ende des Weströmischen Reiches		31 f
	497 Schlacht bei Zülpich		35, 37
	498 Taufe Chlowigs		35
		Um **600** Fränkischer Reihengräber-Friedhof	38 f
911-918 Konrad I.			
918-936 Heinrich I…			
936-973 Otto I., der Große			
973-983 Otto II			41
983-1002 Otto III.			
1002-1024 Heinrich II.			
1024-1039 Konrad II.			
	1037 Lehnsgesetz Konrads II		42
1039-1056 Heinrich III.			
1056-1106 Heinrich IV			41
1106-1125 Heinrich V.			41
	1112 – 1146 Gerlach I., Graf v. Veldenz		42 ff
	1125 Emichonen beerben die Salier		42
1125-1137 Lothar von Supplinburg			
	Um **1127** Gerlach I. v. Veldenz wird mit der Gegend um Meisenheim belehnt:		43, 46
1138-1152 Konrad III.			
1152-1190 Friedrich I. Barbarossa			220
		1154 erste Erwähnung Meisenheims	46 f
1190-1197 Heinrich VI.			
1198-1208 Philipp von Schwaben			
1198-1218 Otto IV.			
1212-1250 Friedrich II			50 f, 59, 220
		Ab. ca. **1200** Meisenheim Residenzstadt	47 f
1250-1254 Konrad IV.			
1248-1256 Wilhelm von Holland			
1257-1272 Richard von Cornwall			
1257-1273 Alfons von Kastilien			
	1259 söhneloser Tod Gerlachs V		48
	1260 Heirat Agnes' v. Veldenz mit Heinrich v. Geroldseck		48
1273-1291 Rudolf I. v. Habsburg			

1279 erste Erwähnung der Kirche……..……37, 46
1292-1298 Adolf von Nassau
1298-1308 Albrecht I. v. Habsburg……...48
1308-1313 Heinrich VII……48
1314-1330 Friedrich der Schöne……..49
1314-1347 Ludwig IV. der Bayer…… ……..49 f
1315 Stadtrecht für Meisenheim……..49 f
1315 Untertor…… 50
1321 Johanniter kommen nach Meisenheim....55 ff
1338 Rhenser „Kurverein“……..……..48
1346-1378 Karl IV.
1356 „Goldene Bulle“……... ……48
1350 Stadtrechtsordnung…… ……..53
1378-1400 Wenzel
Zwischen **1363** und 1378 Obertor……..…....50
1400-1410 Ruprecht von der Pfalz……... ……68 ff
1409 Heirat von Anna v. Veldenz und Pfalzgraf Stephan…… ……61
1410 Große pfälzische Erbteilung……61 f
1410-1437 Sigismund……..……..64
1416 Erste Erwähnung d. Hospitals……...58
1431 Münzrecht für Pfalzgraf Stephan……..64
1436 Graf Friedrich III. v. Veldenz übergibt die Regierung
an Pfalzgraf/Herzog Stephan.....…….… ……...62 f
1438-1439 Albrecht III.
1440-1493 Friedrich III……64
1444 der letzte Graf v. Veldenz, Friedrich III. † …… ……62
1459 Vollendung des Stephansstocks……..65
1459 Herzog Stephan †……..……..67
1453-1489 Herzog Ludwig der Schwarze…….…… 67 ff
1460 Mainzisch-Pfälzischer Krieg…… ……..68 f
1461 Belagerung und
Beschießung Meisenheims……69
1453 Einsetzung von „Spitalmeistern“……...71
1470/71 Weißenburger Krieg…….. ……69 f
1473 Polizeiordnung…… ……..52
1479 Grundsteinlegung der Schlosskirche……...72
1480 Stiftung des Almosenfonds……104
1489-1514 Herzog Alexander……,,,,……73 ff
1493-1519 Maximilian I.
1504 Weihe des Neubaus der Schlosskirche…...72
1504/05 Landshuter Erbfolgekrieg……... ……..74 f
1514 Bergordnung Herzog Alexanders…… ……73, 109
1514-1532 Herzog Ludwig II……..……91 ff
1517 Rathaus……..… ……..……89
1517 Luthers Thesen gegen den Ablasshandel……..……92

1519-1556 Karl V…… ……93 ff
1521 Reichstag zu Worms……91
1520/23 Nikolaus Faber aus Meisenheim zum Theologiestudium in Wittenberg…....92 f
1526 Evang. Gottesdienst in Meisenheim ……...94
1529 Zwingli auf Durchreise in Meisenheim…....96
1532 Auflösung der Johanniter-Kommende…...97 f
1531-1564 Ferdinand I……...94
1532 „Peinliche Halsgerichtsordnung“ Karls V……168 f
1532-1569 Herzog Wolfgang……. …….....98 ff
1536 Erste Gerichtsordnung für Pfalz-Zweibrücken…….....165 f
1547 Schmalkaldischer Krieg……100 f
1548 „Augsburger Interim“…… ……...101
1550/60 Markthalle
1553 Meisenheim Sitz der Bergbauverwaltung.110
1555 Augsburger Religionsfrieden……...103
1557 Wolfgangs Kirchenordnung……...103 f
1558 Gründung der Lateinschule……...106 ff
Nach **1559** Thayn’sches Haus……...111
Seit ca. **1560** Hexenprozesse ……170 f
1564-1571 Münze in Meisenheim…… ……112 f
1564-1576 Maximilian II.
1567 Kirchenschaffnei……105 f
1569 Herzog Wolfgangs Frankreich-Zug…… ……114 ff
1569 Ausweisung der Juden aus Pfalz-Zweibrücken…… ……...114
1569-1604 Herzog Johann I……...118 ff
1576-1612 Rudolf II.
1579 Bildung der pfalz-zweibrückischen „Landschaft“……118 ff
1588 Übergang zum reformierten Bekenntnis.121 f
1604-1635 Herzog Johann II…….....123 f
1607 „Polizey Ordtnung der Statt Meyensheim“174
1614 „Magdalenenbau“ des Schlosses ……...123
1610 Pfalz-Zweibrücken tritt der protestantischen Union bei.....124
1612-1619 Matthias
1618-1648 Dreißigjähriger Krieg……125 ff
1619-1637 Ferdinand II……125 ff
1620/21 Besetzung Meisenheims durch Spanier unter General Ambrosio Spinola ……125 f
1624 Pest in Meisenheim…… ……127
1633 Bündnis Pfalz-Zweibrückens mit Schweden…… ……128
1635 Besetzung Meisenheims durch kaiserliche Truppen unter General Gallas……...128 f
1635-1661 Herzog Friedrich……130
1637-1657 Ferdinand III.
1640 Brand in der Schweinsgasse……...130
1644 Meisenheim wieder Residenzstadt……130
1648 Friede von Münster und Osnabrück…… ……131

1658-1705 Leopold I.
1661-1681 Herzog Friedrich Ludwig…….…….....133 ff
1667/68 Devolutionskrieg……..……135 f
1672-1678 Holländischer Krieg……136
1673–1704 Gymnasium in Meisenheim……..156
1676 Teilbesetzung durch franz. Truppen …….136
1677 Regierung nach Meisenheim verlegt.....136
1679-1684 „Reunionspolitik“ Ludwigs XIV…….....136 ff
1681-1697 Karl XI., König von Schweden, Herzog von Pfalz-Zweibrücken..138 ff
1683 Franziskaner gründen katholische Gemeinde in Meisenheim..... ……...153 f
1683 Stephansstock wird lutherische Kirche…..187
1684 „Regensburger Stillstand“…… ……...141
1684 Gründung des Franziskanerklosters.149, 153
1688-1697 Pfälzer Erbfolgekrieg…….....141 ff
1688 Weihe der katholischen Kirche…… ..154
1697 Friede von Rijswijk, „Rijswijker Klausel“……..……145
1697-1718 Karl XII. König von Schweden, Herzog von Pfalz-Zweibrücken..146 ff
1700-1721 Großer Nordischer Krieg…… ……146 f
1701-1714 Spanischer Erbfolgekrieg…….. ……146 f
1705-1711 Joseph I.
1711-1740 Karl VI.
1703 Postverbindung Zweibrücken – Kusel – Meisenheim ……188
1714-1733 Stanisłas Leszczyński in Pfalz-Zweibrücken……..148 f
1714 Besuch Stanisłas’ in Meisenheim ……...149
1718-1731 Herzog Gustav Samuel Leopold……...149 ff
1722 letzte Gerichtsordnung der absolutistischen Epoche……..166
1731-1735 Herzog Christian III……158
1733-1735 Polnischer Thronfolgekrieg…….……..150
1734 Brand des Meisenheimer Schlosses…..150 ff
1734 Steinerner Stock wird lutherische Kirche..162
1735-1775 Herzog Christian IV. ……161 f
1740 „Beschreibung der Privilegien, Freiheiten und Gnaden“ der Stadt Meisenheim.....173.ff
1742-1745 Karl VII. Albrecht
1743 Thurn- und Taxis’sche Postlinie Zweibrücken – Meisenheim – –Mainz……..189, 267
1745-1765 Franz I. Stephan
1761/71 Bau der lutherischen Kirche…… …….163
1765-1790 Joseph II.
1775-1795 Herzog Karl II. August…… ……160 f
1776 „Gemeine Zunftartikel“ Pfalz-Zweibrückens……..……181 ff
1784 „Pfalz-zweibrückische Zunftverordnung“……...181 ff
1787 Synagoge in der Wagnergasse… ……..219
1789-1799 Französische Revolution……194 ff
1790-1792 Leopold II.
1792-1797 Erster Koalitionskrieg……..196 ff

.

1794 Einmarsch französischer Revolutionstruppen in Meisenheim……193, 203
1795 Friede von Basel…….. ……204
1797 Friede von Campo Formio…… …… ……..204
1797 Erster „Freiheitsbaum“ in Meisenheim……212 f
1798 Einteilung des linksrheinischen Gebietes in Departements…… ……207 f
1798-1802 „Schinderhannes“-Bande …… ……..224
1798 Meisenheim zum Saar-Departement…….209
1799 Napoleon Bonaparte „Erster Konsul“……..209, 214
1801 Friede von Lunéville, linkes Rheinufer an Frankreich……204
1801 Staatsbürgerliche Gleichstellung der Juden nach französischem Recht.223
1803 Reichsdeputationshauptschluss……218
1804-1810 Code Napoléon…….. ……216 f
1806 Ende des Heiligen Römischen Reiches…… ……218
1808 « Décret infâme » hebt jüdische Gleichberechtigung auf……225 f
1813 „Völkerschlacht“ bei Leipzig……218
1814/15 Wiener Kongress……...227 ff
1815-1866 Deutscher Bund……227 ff
1816 Kanton Meisenheim als Oberamt an Hessen- Homburg……229 f
1822 Abbruch des Klenker- u. Obertores……232
1826 Landgräfin erwirbt Magdalenenbau, Anfügung des südlichen Giebels……...232
1826/27 Amtshaus an der Amtsgasse……276
1829 Oberamt Meisenheim an das Bankhaus Rothschild verpfändet……234
1830 Polnischer Aufstand gegen den Zaren……235 f
1831 Polen-Hilfsverein gegründet……236
1831 „Preßverein“…… ……..237
1832 Hambacher Fest, 15 Meisenheimer nehmen teil……238
1836 Union der beiden protestantischen Konfessionen…… ……..233
1841 Neubau der Lateinschule……233
1842 jüdische Schule in der Wagnergasse……369
1848/ 49 Demokratische Revolution……..242 ff
1848 Meisenheimer Deputaion nach Homburg.244
Wahl von Jacob Venedey zur National-versammlung ……....247
1849 Paulskirchenverfassung, Reichsverfassungskampagne…… ……249 f
1849 Meisenheim durch preußische Truppen besetzt……..250 f
1863 Gründung der Brauerei Bonnet……252 f
1864 Neubau des Amtshauses nach Brand…...276
1864 „Allgemeiner Anzeiger“……253
1866 Deutscher Krieg, Ende des Deutschen Bundes, Gründung des Norddeutschen Bundes…..255

1866 Bau d. Synagoge in d. Saarstraße…278, 367
1867 Meisenheim an Preußen (Rheinprovinz)..255
1868 Maßeinheiten des metrischen Systems eingeführt… …… ……..266
1869 Meisenheim Kreisstadt…… ……..255
1870/71 Deutsch-französischer Krieg…….. …… ……255 f
1871-1945 Deutsches Reich
1871-1888 Wilhelm I.
1871 Reichsgründungsfeier…….....256
1871 „Mark“ als einheitliche Währung im Deutschen Reich…… ……..266
1871 Strafgesetzbuch …… …… ……..266
1872 Erste Dampfmaschine in Meisenheim…...268
1873 Anschluss ans Telegrafen-Netz ……..268
1874 Gründung der Sparkasse…… ……..268
1877 Gerichtsverfassungsgesetz, Straf- und Zivilprozessordnung… ……..266
1882 Bau der „Kleinkinder-Schule“..... ……..277
1888 Friedrich III.
1888-1918 Wilhelm II.
1890 Anschluss ans Telefonnetz……268
1890 Bau des Krankenhauses…….....277 f
1896 Eröffnung der Eisenbahnstrecke durch das Glantal……..271 f
1898 Elektrische Straßenbeleuchtung ……..274
1899 Wasserwerk…… ……274 f
1900 Bürgerliches Gesetzbuch…… …… ……..266.
1904 Fertigstellung des Bahnhofsgebäudes…..273
1906/07 Bonnet-Villa (heute VG-Verwaltung)…276
1908 Neubau der Volksschule…… ……279 f
1914-1918 Erster Weltkrieg…… …… …….....283 ff
1915 Ausgabe von Brotkarten…… …… ……..286
1917 Friedensresolution des Reichstages…… ……..285
1918 Novemberrevolution…… ……289 f
1918-1933 Weimarer Republik…… ……..289 ff
1918 Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat…....290 f
1919-1930 Besetzung des linksrheinischen Gebietes durch die Alliierten….292 f
1919 Versailler Vertrag…….. ……294 f
1919-1925 Friedrich Ebert Reichspräsident
1919 Weimarer Reichsverfassung…… ……..296 f
1919 Separatistische Staatsgründungsversuche ……..298 ff
1920 Rheinlandabkommen…….. ……300
1922 Heimatausstellung in Meisenheim…….315 ff
Ab **1922** Bebauung der Herzog-Wolfgang-Str…318
1923 Besetzung des Ruhrgebietes durch französische Truppen…… ……..303
1923 Ausrufung der „Rheinischen Republik“ in Meisenheim……305
1923 Neubau der Landwirtschaftsschule……..318 f
1924 Einweihung des Kriegerdenkmals……..311
1925 „Jahrtausendfeier“ des Rheinlandes…….…. ……316 f
1925 Heimatmuseum (bis 1929)…….……...317

DEUTSCHLAND	ALLGEMEINE GESCHICHTE	STADTGESCHICHTE	SEITE

1925-1934 Paul v. Hindenburg Reichspräsident…… …… ……312 f
1928 Erste NSDAP-Kundgebung in Meisenheim……..325
1929 Volksbegehren gegen den Young-Plan scheitert.....… ……..310
1929 Gebäude der Molkereigenossenschaft… .320
1929 Beginn der Weltwirtschaftskrise…… …… ……...322 ff
1930 Ende der französischen Besatzung… …… ……310
1932 Auflösung des Kreises Meisenheim…….331 f
1933 Rheinische Landeskirche übernimmt Magdalenenbau als „Herzog-Wolfgang-Haus“….332
1933-1945 NS-Diktatur…… …….. ……...334 ff
1933 Erennung Hitlers zum Reichskanzler…….335 f
1933 Reichstagseröffnung in der Potsdamer Garnisonkirche……..339 f
1933 „Judenboykott“……..342
1933 Arbeitsdienstlager in Meisenheim……347 f
1933 Bücherverbrennung auf dem Karlsberg…352
1933 Ortsgruppe der „Deutschen Christen“……359
Seit **1934** Evangelische „Nahebruderschaft“…..462
1934 „Röhm-Putsch“…… ……351
1935 Allgemeine Wehrpflicht…… ……..376
1935 „Nürnberger Gesetze“…….. ……..373
1936 Kino im „Schwinn’schen Saal...……..278
1938 Besetzung des entmilitarisierten Rheinlandes durch die Wehrmacht…..377
1938 Novemberpogrom……..……...374
1938 Brand der Meisenheimer Synagoge……..374
1938 „Mutter-und-Kind-Heim“…… ……355 f
1939-1945 Zweiter Weltkrieg……...379 ff
1940 Verschleppung Meisenheimer Juden nach Gurs (Frankreich)…… ……..373
1944 Drei Bombenangriffe auf Meiseheim…...388 f
1945 Besetzung Meisenheims durch US-Truppen……..390 f
1954-1949 Besatzungszeit……. ……...394 ff
1945 Übergang der Militärregierung von den USA an Frankreich… ……..396
1946 Erste Stadtratswahl nach dem Krieg…….398
1946 Allgemeiner Anzeiger erscheint als Anzeigenblatt……414
1946 Verfassunggebende Versammlung des Landes Rheinland-Pfalz……398
1946-1976 Verlag Anton Hain in Meisenheim…435
1948 Währungsreform…… ……..415
1948 Beginn der Beratungen des Parlamentarischen Rates……..416
1948 Paul-Schneider-Gymnasium……443 f
1949 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
1949 Erstes Heimbachfest nach dem Krieg…...417
1949 Bundesrepublik Deutschland
1949 Erste Bundestagswahl…...……..417
1949-1966 CDU-geführte Bundesregierungen

DEUTSCHLAND	ALLGEMEINE GESCHICHTE	STADTGESCHICHTE	SEITE

1949 Allgemeiner Anzeiger erscheint wieder.....419
1949-1961 Tagungen des „Meisenheimer Freundeskreises“…… ..449 f
1950 Aufhebung der Rationierung…… ……420
1950 Schumann-Plan……422
1950 Ankunft des ersten Flüchtlings-transportes……...426 f
1950-1976 Spinnerei Meisenheim…….. 431, 461
1952 7-Familien-Haus in der Warthstraße……427 f
1952 Diakonisches Werk übernimmt Herzog-Wolfgang-Haus……466
1955 Landeskrankenhaus bezieht ehemaliges Mutter-und-Kind-Heim……437
1964 Wohnungsbau am östlichen Glanufer……431
1966-1969 Regierung der Großen Koalition
1966-1974 Verwaltungsreformen in Rheinland-Pfalz……453 f
1967 Schließung des Amtsgerichtes ……..459
1968 Schulneubau „In der Wesbach“……..441
1969-1982 Regierungen der sozialliberalen Koalition
1969 Verkauf der Brauerei Bonnet.....460
1971 Städtebauförderungsgesetz……471
1972 Verbandsgemeinde Meisenheim……453
1973 „Ölkrise“……457 f
1975 Beginn der Stadtsanierung……..471
1978 BITO-Lagertechnik nach Meisenheim…...469
1979 Einweihung des „Bodelschwingh-Zentrums“ der Diakonie……...466 ff
1980 Gründung des Historischen Vereins……13
1982/85 Denkmalschutzaufnahme der Meisenheimer Altstadt……... 477 f
1982-1998 CDU-geführte Bundesregierungen
1982 Proteste gegen Planung einer Wieder-aufbereitungsanlage bei Meisenheim ……485
1984 Sanierung des Giesen……...480 f
1986 Stilllegung der Glantalbahn……...462 f
Seit **1986** Angebot von Stadtführungen……..488
1988 Stellenabbau bei Reifen-Maurer……461
1989 Fall der innerdeutschen Grenze……492
1990 Städtepartnerschaft mit Mühltroff in Sachsen……492